UC-NRLF
B 4 079 018

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

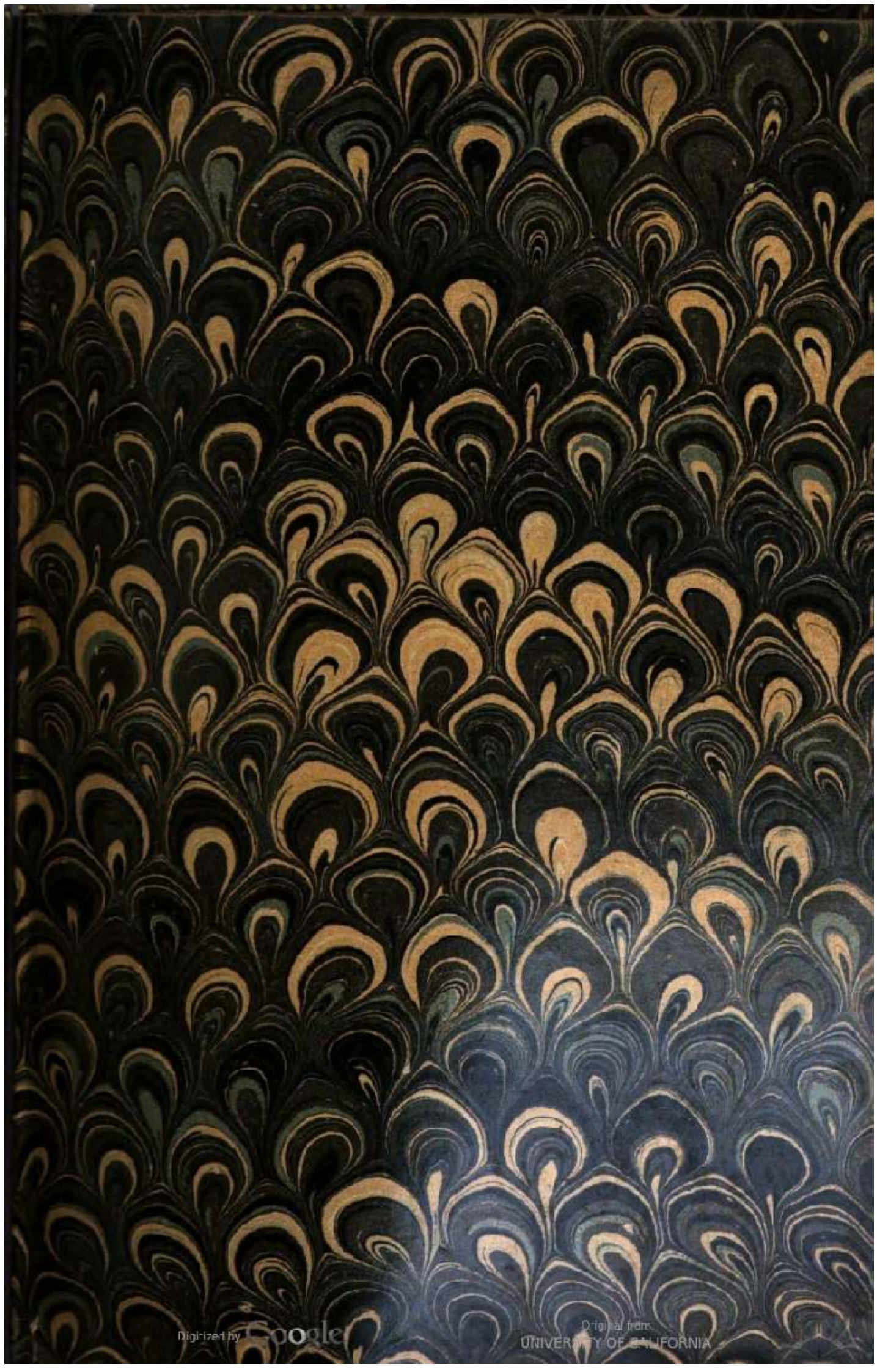
University of California

Lux et Tenebris.

Claus Spreckels Fund.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA


Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google
Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google
Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der dreißigjährige Krieg

bis zum

Tode Gustav Adolfs 1632.

Zweite Ausgabe des Werkes:

Tilly im dreißigjährigen Kriege,

von

Onno Klopp.

Zweiter Band:

Vom Beginne 1621 an bis zur Übertragung des Herzogthumes Mecklenburg an Wallenstein 1628.

Paderborn.
Druck und Verlag von Ferdinand Schöningh.
1893.
Zweigniederlassungen in **Münster i. W., Osnabrück u. Mainz.**

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

H25x
K6
J.2

Mit Vorbehalt aller Rechte.

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Vorwort.

Ich darf mich zunächst auf das Vorwort zum ersten Bande beziehen, und wiederhole nur, daß ich jegliche Polemik gegen Personen zu vermeiden suche.

Für diesen zweiten Band ist mir in ungleich mehr ausgiebiger Weise zu statten gekommen die mehrjährige Benutzung des K. und K. Haus-, Hof- und Staatsarchives, namentlich der langen Reihe der Fascikel, die unter dem Namen Kriegs- und Friedensacten in den letzten Jahrzehnten neu geordnet sind. Das Studium dieser Acten hat mich in den Stand gesetzt, manche bisher unbekannte Thatsachen und Urtheile kundiger Zeitgenossen ans Licht zu bringen.

So wichtig für die Sache diese Ausbeute ist, so meine ich doch bei diesem Anlasse gegenüber derjenigen Richtung in unserer Zeit, die nur auf eigene archivalische Forschung über den dreißigjährigen Krieg Werth legen möchte, hervorheben zu müssen, daß dabei das Studium der Druckwerke von Zeitgenossen leicht unterschätzt werden kann. Ich rede nicht bloß von den Sammelwerken Meteren, Londorp, Theatrum Europäum, Khevenhillers Annalen, die sämmtlich, bei allen kundbaren Mängeln, durch kein Archiv überflüssig gemacht werden. Sowohl in Betreff des Urtheiles als des geschichtlichen Stoffes der Thatsachen an sich selber haben Zeitgenossen des deutschen Kriegesjammers uns gewichtige Vermächtnisse hinterlassen. In der ersteren Beziehung steht voran Leonhard Pappus, über dessen Werk sich Wachler ausspricht mit den Worten: „Nur die Hand eines Meisters konnte solch' ein Gemälde einer erschütternd furchtbaren Periode entwerfen. — — Die kleine Schrift

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wiegt an innerem Gehalte viele Folianten auf." — In Betreff des Geſchichtsſtoffes darf man ſagen, daß die Reihe der ſtattlichen Bände des Weſtfrieſen Leo van Aitzema, diplomatiſchen Agenten des Hanſabundes im Haag, ein Quellenwerk iſt, ähnlich einem gedruckten Archive. — Der erſte Band der unter dem Namen Sir Thomas Roe zuſammen getragenen Actenſtücke, aus der Zeit von 1621 bis 1628, enthält auf ſeinen 828 Folioſeiten eine Fülle von Nachrichten, die direct oder indirect die deutſchen Angelegenheiten betreffen.

Und doch iſt in Deutſchland über den dreißigjährigen Krieg manches geſchichtliche Buch geſchrieben, in welchem, neben anerkennenswerthen archivaliſchen Studien, von einer Kunde jener doch an vielen Orten zugänglichen Quellenwerke keine Spur ſich findet.

Es iſt ſehr wohl möglich und ſogar wahrſcheinlich, daß in unſerer Zeit, wo das geſchichtliche Studium reger iſt als je zuvor, einem Hiſtoriker, der den Geſammtverlauf ins Auge faſſen will, auch bei aller Umſicht irgend eine mehr oder minder wichtige Local-Publication entgeht; aber der Kunde ſolcher Hauptwerke, wie der genannten, darf, bei aller archivaliſchen Forſchung, ein Hiſtoriker, der mit dem Ganzen ſich befaſſen will, nicht entbehren.

Wien / Penzing, im März 1893.

Onno Klopp.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Inhalt.

Sechstes Buch.

Das Jahr 1621.

Erstes Jahr des Parteigängerkrieges.

1. Pfalzgraf Friedrich V. bis zur Reichsacht über ihn.

Bericht des Herzogs Maximilian, November 1620, 3. — Flucht des Winterkönigs nach Breslau 3. — Elisabeth nach Küstrin 4. — Rath Rusdorfs für Friedrich 5. Meinungen Camerars 6. — Friedrich und die schlesischen Fürsten und Stände 7. Aufforderung Johann Georgs an Schlesien 8. — Die Fürsten und Stände geneigt zur Besprechung 9. — Friedrich willigt ein und sinnt auf weitere Flucht 10. — Gründe dafür von Christian von Anhalt 11. — Aufbruch und Schriftwechsel mit den Ständen 12. — Friedrich entsendet Hohenlohe an Johann Georg 12. — Reichsacht über Friedrich, Johann Georg von Brandenburg, Christian von Anhalt, und Hohenlohe, 29. Januar 13.

2. Das Vergehen der Union.

Stimmungen in der Unions-Partei 14. — Die Reichsstädte Straßburg, Nürnberg, Ulm 15. — Entgegen-Kommen des Kaisers 18. — Vertrag von Aschaffenburg, im Februar 18. — Unionstag in Heilbronn, im Februar 19. — Gesandtschaft an den Kaiser und Einlenken vor dem Landgrafen Ludwig 20. — Der Landgraf Moritz von Hessen-Cassel und seine Landstände 21 u. f. — Der Vertrag von Bingen, 5. April 24. — Der Vertrag von Mainz, 12. April 24. — Auflösung der Union 25.

3. Die Politik Ludwigs XIII. in der Wendung.

Der Sieg des Kaisers erregt den Neid der französischen Politik 26. — Spanien macht sich die Unruhe im Valtellin zu nutze 27. — Ludwig XIII. beruft die Botschaft aus Wien ab 28.

4. Accord des Kurfürsten Johann Georg mit den schlesischen Fürsten und Ständen.

Verhandlungen in Dresden im Januar und Februar 32. — Darlegung der Motive der Schlesier für Bethlen Gabor 33. — Der Accord vom 18. Februar 34. — Bestätigung des Kaisers 35.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

5. Fortdauer des Kriegszustandes durch Mansfeld und Friedrich V.

Vertrag Mansfelds mit den Kaiserlichen über Pilsen 35. — Nach der Schlacht neue Unterhandlung 36. — Klagen Maximilians über die kaiserlichen Truppen in Böhmen 37. — Die Hauptleute in Pilsen verhandeln ohne Mansfeld 38. — Seine Erklärung an sie, 16. Januar 39. — Neue Werbungen Mansfelds und Bericht an Bethlen Gabor 39. — Der Kaiser muß die Abwehr der Liga überlassen 41. — Friedrich in Berlin, dann in Wolfenbüttel 42. — Seine Vollmacht für Mansfeld, 2./12. Februar 43.

6. Andere Aussichten der Hülfe für Friedrich V.

Verhalten des Königs Jacob I. 44. — Generalstaaten tragen ihm eine Allianz an 45. — Christian IV. beruft einen Convent nach Segeberg 46. — Friedrich mahnt Bethlen Gabor zur nachdrücklichen Kriegführung 47. — Friedrich in Segeberg von Christian IV. getadelt 48. — Die eigenen Wünsche Christians IV. 49. — Jacob I. lehnt den Antrag der Generalstaaten ab 49. — Generalstaaten nicht für die Wünsche Christians IV. 50. — Die Schritte Christians IV. ohne Nachdruck 50.

7. Frage der Fortdauer des zwölfjährigen Stillstandes.

Die Generalstaaten eher geneigt für den Krieg 51. — Antrag des Kanzlers Peckius und dessen Ablehnung 51. — Gesinnung der herrschenden Partei in der Republik 52.

8. Friedrich V. im Haag, April 1621 und ferner.

Ankunft Friedrichs V. und Audienz bei den Generalstaaten 54. — Bericht über sein Verhalten im Haag 55. — Über das Verhalten Jacobs I. in dieser Sache 56. — Erregung in England für das pfalzgräfliche Paar 57. — Folge des Verhaltens von Jacob I. für Friedrich im Haag 58.

9. Johann Georg von Jägerndorf. Bethlen Gabor. Haltung des Kaisers.

Johann Georg von Jägerndorf 59. — Bethlen Gabor an den Chan der Tartaren und an Friedrich V. 60. — Antworten Friedrichs 61. — Haltung des Kaisers Ferdinand II. 62.

10. Verfahren des Kaisers in Böhmen.

Die Hochverräther in Prag verhaftet 63. — Die Sinnesart der Zeit und das Verhalten des Kaisers 64. — Vollstreckung des Urtheiles, 21. Juni 66. — Die Confiscationen 67. — Das Kipper- und Wipperwesen im Reiche 67. — Die lange Münze in Böhmen und der Gilterkauf dafür 69. — Die Angelegenheit der Anwendung des Reformationsrechtes auf Böhmen 70. — Rücksicht des Kaisers dabei auf den Kurfürsten Johann Georg 72.

11. Der Stand des Krieges bis zur Sendung des Lords Digby, im Juli 1621.

Die Liga bewilligt Hülfe für den Kaiser, im Februar 73. — Auffallendes Verhalten des Mansfeld 75. — Er rückt in die Oberpfalz ein und legt Schanzen an 76. — Johann Georg von Jägerndorf 77. — Seine Absicht auf Schlesien mislingt 78.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

— Die Angelegenheiten des Kaisers in Ungarn ungünstig 79. — Johann Georg nach Ungarn 79. — Mansfeld in Waidhausen. Verhalten der Stadt Nürnberg 80. — Tilly hat keine Ermächtigung zum Angriffe auf Mansfeld 81.

12. Der Kaiser Ferdinand II. und der König Jacob I. von England.

Das kaiserliche Versprechen der pfälzischen Kurwürde für Maximilian 82. — Der Standpunct Jacobs I. und seine Hoffnung auf Spanien 84. — Tod Philipps III. Nachfolge Philipps IV. 84. — Spanien und England 85. — Anträge Digbys in Wien und Verhalten des Kaisers 86. — Antwort des Herzogs Maximilian an den Kaiser 86. — Antwort des Kurfürsten Johann Georg 87. — Schwierigkeit der Frage für den Kaiser 88.

13. Verhalten Mansfelds im Sommer 1621.

Mansfeld erlangt, durch Friedrich, Geld von den Generalstaaten 89. — Friedrich will nicht Frieden, noch Stillstand 90. — Mansfelds Schritte wider den Stillstand 91. — Die Wünsche Digbys auf einen allgemeinen Stillstand 93. — Maximilian geht, ungeachtet Digbys, gegen Mansfeld vor 94.

14. Unterhandlungen Mansfelds im Sommer 1621.

Mansfeld und Chalon 96. — Maximilian mit kaiserlicher Vollmacht verhandelt mit Mansfeld 97. — Kundgebungen des Kaisers nach Madrid. Handschreiben an Zuniga 97. — Weitere Mittheilungen nach Madrid, namentlich Caraffas 102. — Wichtigkeit und Ungewisheit der Entscheidung Mansfelds 103. — Zweifel Maximilians. Gründe Mansfelds für das Nicht-Halten 104. — Lord Digby gibt Geld. Verwendung dessen durch Mansfeld 105. — Fluchtmarsch des Mansfeld in die Unterpfalz 106.

15. Mansfeld in der Unterpfalz.

Nächste Wirkungen des Auftretens dort 107. — König Jacob I. und sein Parlament 108. — In Brüssel und Madrid die Stimmung gegen Maximilian 110. — Ähnlich auch Johann Schweikard 111. — Mansfeld im Fürstenthume Speier 111. — Nicht-Willfährigkeit Cordovas hindert Tilly, den Mansfeld zu schlagen 112.

16. Auftreten des Herzogs Christian, der Tolle zugenannt.

Persönlichkeit Christians und seine Wahl zum Administrator von Halberstadt 114. — Gegenstellung gegen die Ordnungen des Reiches und Neigung zum Kriege 116. — Theilnahme am Feldzuge 1620 und der Plan der Union 117. — Sein Erbieten zu werben an Friedrich und die Generalstaaten 118. — Werbungen Christians. Allgemeine Wehrlosigkeit 119. — Abmahnungen an Christian 120. — Sein Auftreten im Fürstbisthume Münster 121. — Kaiser Ferdinand II. und Christian 122. — Christians erster Zug, im November und December 123.

17. Bethlen Gabor und der Friede von Nikolsburg.

Bethlen sucht wiederholt ein Bündnis mit Venedig 126. — Sein damaliges Verhältnis zu der Pforte 127. — Gustav Adolf nimmt während des polnisch-türkischen Krieges die Stadt Riga 128. — Friedenshandlung in Nikolsburg und Bethlens Verhalten 129. — Johann Georg von Jägerndorf 130. — Friedensschluß des Kaisers mit den schlesischen Fürsten und Ständen 131.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Siebentes Buch.

Das Jahr 1622.

Zweites Jahr des Parteigängerkrieges.

1. Mansfeld in den ersten Monaten des Jahres 1622.

Die Erpressungen des Mansfeld 135. — Verhalten der Reichsstände in Schwaben 136. — Geringe Macht der Liga und des Kaisers 137. — Vortheile Mansfelds 137. — Die Cancellaria Hispanica 138. — Papst und Kaiser über die pfälzische Kur 139. — Die Stellung des Mansfeld 140. — Seine Vorschläge im Haag 141.

2. Mansfelds Unterhandlungen mit der Infantin.

Mansfeld knüpft in Brüssel an 143. — Seine Verhandlung mit Rollingen 144. — Auf die Bewilligung zögert Mansfeld 145. — Mansfelds neue Forderungen, 19./29. März 146.

3. Herzog Christian von Braunschweig in Westfalen.

Einmarsch in das Stift Paderborn 147. — Die Brandschatzungen 148. — Neue Abmahnungen des Kaisers und des Bruders 148. — Christian besetzt Lippstadt, Soest, Paderborn 149. — Sein Verhalten in Paderborn 150. — Äußerungen Christians und fernere Erlangung von Mitteln 152. — Graf Anholt dem Herzog Christian nicht gewachsen 154. — Prinz Moritz von Oranien lenkt Friedrich wie Christian 154. — Die Republik die in Deutschland kriegführende Macht 156.

4. Friedrich V., Mansfeld, der Markgraf von Baden-Durlach, bis Mingolsheim, 17./27. April.

Reise Friedrichs V. zu Mansfeld 157. — Stand der Verhandlungen Mansfelds 158. — Das Eintreffen Friedrichs durchbricht sie 158. — Die englische und die kaiserliche Meinung über den Stand der Dinge 159. — Die weimarischen Brüder 160. — Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach 161. — Tilly auf dem linken Neckarufer 162. — Hohenzollern von dem Markgrafen andauernd getäuscht 163. — Beim Anzuge Friedrichs und Mansfelds erklärt sich der Markgraf 164. — Das Treffen bei Mingolsheim 165. — Hohe Schätzung des Erfolges auf Seiten Friedrichs und Mansfelds 165.

5. Der Stand der Dinge im Monate Mai.

Mansfeld und der Markgraf vereinigen sich nicht 167. — Das Treffen bei Wimpfen, 7. Mai 168. — Mansfeld bemüht sich sein Fürstenthum Hagenau zu sichern 170. — Der Kaiser, ohne Heer, ernennt Montenegro zum Oberfeldherrn 172. — Gleichzeitige Friedenshandlungen 173.

6. Gefangennahme des Landgrafen Ludwig, im Juni 1622.

Das mansfeldische Heer in Darmstadt 175. — Der Landgraf entflieht und wird gefangen 178. — Mishandlung des Landes 178. — Die Schritte Tillys bewegen Mansfeld zum Rückzuge auf Mannheim 179. — Verluste Mansfelds. Er das Haupt, nicht Friedrich 180. — Bemühungen um Stillstand vergeblich 181.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

7. Christians Walten in Westfalen und Marsch auf den Main.

Christian muß vor Geseke abziehen 182. — Der Kurfürst Ferdinand strebt das Land wehrhaft zu machen. Generalstaaten arbeiten entgegen 182 u. f. — Sie trachten Ferdinand vom Anschlusse an Spanien abzuhalten 184. — Forderungen Christians an Münster 185. — Sein Abzug aus Westfalen. Verhalten gegen Jesuiten 186. — Sein Zug südwärts 187. — Verhalten des Landgrafen Moritz von Hessen-Cassel 188.

8. Das Treffen bei Höchst, 11./21. Juni, und dessen nächste Folgen.

Christian hält fest an der Absicht den Main zu überschreiten 189. — Das Treffen bei Höchst, 11./21. Juni 191. — Siegesbotschaft Tillys und Dank des Kaisers 192. — Cameral über die Lage der Dinge vor dem Treffen 193. — Erste Begegnung Mansfelds und Christians 194. — Mansfeld beschließt Abzug nach dem Elsaß 196.

9. Mansfeld im Elsaß bis zur Entlassung, 3./13. Juli.

Auf die Mahnungen Johann Georgs und des Königs Jacob entläßt Friedrich den Landgrafen 196. — Bericht des Landgrafen darüber an den Kaiser 197. — Mansfelds und Christians Walten im Elsaß, Straßburg 199. — Meinungen Friedrichs einerseits, andererseits des Kaisers über die Verheerung 201. — Urkunde der Entlassung für Mansfeld und Christian, 3./13. Juli 202. — Meinungen Friedrichs darüber 203.

10. Mansfelds Unterhandlungen und sein Reiterdienst für die Generalstaaten.

Mansfelds Versuch der Anknüpfung mit Tilly 204. — Bevorstehender Abzug aus dem Elsaß. Besorgnisse vor ihm 205. — Seine verschiedenen Unterhandlungen und Urtheile darüber 206. — Sein Antrag an die Generalstaaten und die Belagerung von Bergen op Zoom 207. — Abzug Mansfelds durch Lothringen nach Sedan und fortdauernde Unterhandlungen 208. — Mansfelds Aufbruch von Sedan, 26. August, und das Treffen bei Fleurus, 29. August 210. — Verwundung Christians 211. — Entsatz von Bergen op Zoom 212.

11. Tillys Fortschritte in der Unterpfalz.

Differente Ansichten des Königs Jacob und des Kaisers 213. — Tilly nimmt Stadt und Schloß Heidelberg 214. — Verhalten der kriegführenden Parteien gegen die Einwohner 215. — Die Heidelberger Bibliothek 218. — Erregung des Königs Jacob I. über die Einnahme von Heidelberg 219. — Tilly nimmt Mannheim 220. — Rückblick auf die Leistungen Tillys im Jahre 1622 221.

12. Frage einer türkischen Hülfe für die Aggressiv-Partei.

Bethlen betheuert, nach Nikolsburg, dem Kaiser seine Ergebenheit 222. — Dennoch dauert in Wien das Mistrauen 223. — Landtag in Oedenburg, Krönung der Kaiserin 224. — Bethlen fügt sich nicht den weiteren Beschlüssen und verdeckt damit seinen türkischen Plan 224. — Der junge Sultan Osman und die türkische Monarchie 225. — Anbringen der Gesandten Bethlens bei der Pforte 227. — Ferner des Grafen Thurn 227. — Die türkischen Minister mit dem Gesandten Roe über die Entwürfe Bethlens 228. — Urtheil Roes über seine Leistung.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sein ferneres Bemühen 230. — Jacob I. läßt es dem Könige Philipp IV. berichten 234.

13. Die Frage der Übertragung der pfälzischen Kurwürde vor Philipp IV.

Das Trachten nach der pfälzischen Kur traditionell im bayerischen Hause 235. — Gregor XV. sendet P. Hyacinth an Philipp IV. 235. — Thätigkeit des Grafen Bristol in Madrid 236. — Nach dem Tode Zunigas überwiegt in Madrid die Neigung für England 237.

14. Der Collegialtag zu Regensburg, im Winter 1622/3.

Rückblick auf den bisherigen Verlauf des Krieges 238. — Ausübung des jus reformandi in Böhmen 240. — Johann Georg im Sommer 1622 für die Übertragung der Kur 242. — Ausweisung der lutherischen Prediger aus Prag 243. — Verstimmung Johann Georgs. Eintreten Caraffas 244. — Johann Georg lenkt ein. Der Kaiser versichert ihn nochmals den Religionsfrieden 245. — Die Reformationssache in Böhmen und Mähren fortan ohne Einfluß auf den Krieg 246. — Propositionen des Kaisers in Regensburg und Einwände der Fürsten 247. — Der Kaiser beharrt. Belehnung Maximilians mit der Kurwürde 248. — Verhalten dazu von Seiten Spaniens, des Papstes, Frankreichs 248. — Diese Differenzen nicht Ursache der Fortsetzung des Krieges 249.

Achtes Buch.

Das Jahr 1623.

Drittes Jahr des Parteigängerkrieges.

1. Einbruch Mansfelds in Ostfriesland.

Besorgnisse vor Mansfeld und Christian im Herbste 1622 253. — Verhandlung im Haag über die Verwendung Mansfelds 253. — Die Grafen von Ostfriesland und die Stadt Emden 254. — Einmischung der Generalstaaten 255. — Das gräfliche Haus geneigt für Spanien 255. — Unterliegen des Grafen Enno III. 1603 256. — Abermaliges Unterliegen desselben 1610 257. — Auf die Zurückforderung seiner Festung erfolgt die Sendung des Mansfeld 258. — Zug des Mansfeld und Einbruch 259. — Mit den Entwürfen des Mansfeld beginnt eine neue Phase des Krieges 260. — Das Urtheil des Zeitgenossen Pappus 261. — Mansfelds Plan eines eigenen Fürstenthumes 262. — Mansfelds Unterhandlung mit der Infantin 263. — Sein Angebot bei Venedig und Ludwig XIII. 264. — Bündnis zwischen Frankreich, Venedig, Savoyen 265. — Mansfeld, von Oldenburg zurückgewiesen, lastet hauptsächlich auf Ostfriesland 266.

2. Verhalten des Collegialtages in Regensburg zu dem neuen Friedensbruche.

Die Reichsfürsten in Regensburg gegen Mansfeld 267. — Geringe Willigkeit gegen Türken und Generalstaaten 268. — Jacob I. und Gustav Adolf für Enno III.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

an die Generalstaaten 268. — Die Reichsfürsten in Regensburg in Betreff der Generalstaaten 269. — Das eigentliche Übel die Politik der Generalstaaten 270. — Besorgnis einiger Holländer 271. — Ligatag in Regensburg 272. — Instruction für Tilly in Betreff der Holländer 272.

3. Kriegesrüstung des Herzogs Christian des Jüngeren.

Trennung Christians von Mansfeld 273. — Die Stellung Anholts in Westfalen 274. Das Kreisheer von Niedersachsen unter Herzog Georg 275. — Das Heer des Herzogs Christian 276. — Sein Versprechen an seinen Bruder eine Täuschung 277. — Sein Verhalten erweckt diesen Verdacht 278. — Die Herzöge von Weimar und von Altenburg 278. — Frage der Vereinigung von Christian und Mansfeld 279.

4. Entwürfe und Wünsche der Aggressiv-Partei, namentlich in Betreff Bethlen Gabors.

König Jacob und die Infantin schließen Waffenstillstand, April, 280. — Berichte des Gesandten Roe über Türken und Bethlen Gabor 281. — Bethlen Gabor in Oberungarn 282. — Friedrichs und Bethlens Hoffnungen und Wünsche 283. — Die Übereinstimmung und die Verschiedenheit 285.

5. Mansfeld in Ostfriesland, bis zum Juli 1623.

Frage der Begnadigung für ihn 286. — Sein Verhältnis zu der Stadt Emden 286. — Die Stadt belegt seine Artillerie mit Beschlag 287. — Mansfeld General des Bundes von Frankreich, Venedig, Savoyen 288. — Reden im Haag über Mansfeld 288. — Mansfelds vergeblicher Versuch auf Emden 289.

6. Herzog Christian in Niedersachsen, im Frühling 1623.

Herzog Christian von Niemandem gehindert 290. — Die Geldmittel, freiwillig und unfreiwillig 290. — Der Pardon des Kaisers, vom 29. April, 291. — Verhalten Christians persönlich zu dem Pardon 293. — Er beruft sich bei Christian IV. auf seine Obersten 294. — Kreistag in Gardelegen, 20./30. Mai 294. — Verwendung Christians IV. in Wien. Die Hoffnung auf Mansfeld 295.

7. Tilly in Hessen, im Mai und Juni.

Tilly in den Winterquartieren 1622/3 296. — Verhalten des Landgrafen Moritz von Hessen-Cassel 297. — Der Kaiser und darauf Tilly verlangen den Durchmarsch 297. — Moritz, seine Landstände und Tillys Einmarsch 298.

8. Unentschiedenheit der Reichsstände in Niedersachsen gegenüber Christian.

Antwort Friedrich Ulrichs auf Tillys Aufforderung 300. — Der Pardon für Christian. Die Liga kriegesmüde 301. — Frage des Einmarsches Tillys in den niedersächsischen Kreis 302. — Kreistag in Lüneburg bittet den Kaiser um Frist 303. — Das Thun und Treiben Christians 304. — Seine Truppen 305. — Christians Correspondenz mit Tilly 306. — Tilly an den Kreistag in Lüneburg, 3. Juli, 307. — Tilly, vom Eichsfelde aus, an den Kaiser gegen Christian, 14. Juli, 308. — Desgleichen gegen Moritz von Hessen-Cassel 309.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

9. Abzug Christians und die Schlacht bei Stadtlohn.

Tilly an den Kreistag, und Beschluß desselben 310. — Abzug Christians westwärts auf Holland zu 311. — Tilly eilt ihm nach, 30. Juli u. f. 312. — Schlacht bei Stadtlohn, 6. August, und nächste Folgen 313. — Verhalten Christians und Urtheile über ihn 314. — Die Frage der Ausnutzung des Sieges nach Holland hinein 315. — Klage Tillys und Antwort Maximilians 316. — Weitere Erörterung der Frage gegen die Holländer, nach Stadtlohn 317.

10. Consequenzen des Sieges bei Stadtlohn.

Die Kriegesregungen in Niedersachsen gedämpft 319. — Ein damaliger Plan Gustav Adolfs vereitelt 320. — Der Überrest der Truppen Christians nicht verwendbar 321. — Trotz der Bitte der Mutter läßt Christian sich von den Generalstaaten zu Mansfeld schicken 321.

11. Tilly gegen Mansfeld in Ostfriesland.

Mansfeld auf Ostfriesland beschränkt 322. — Tilly an den Grafen Enno III. und die Stadt Emden 323. — Der Graf machtlos. Die Stadt nimmt holländische Besatzung ein 324. — Neue Mahnung Tillys von Oldenburg aus an Emden 325. — Vorschlag des Prinzen Moritz 326. — Oldenburgisch-dänische Verhandlung mit den Landständen scheitert 327. — Tilly verzichtet auf das Einrücken in Ostfriesland 327.

12. Die letzten Monate des Mansfeld in Ostfriesland.

Die Noth des Landes, gesteigert durch das Einrücken der Truppen Christians 328. — Verhalten der Landstände, der Stadt Emden, sowie der Einzelnen 329. — Mansfeld unterhandelt wieder in Brüssel 330. — Treffen bei Friesoithe, 25. December, 331. — Herzog Christian entläßt die ihm noch übrige Mannschaft 332. — Entlassung der Mansfelder 333. — Leiden Ostfrieslands 335.

13. Tillys Verhalten gegenüber Niedersachsen und Hessen-Cassel, im Herbste 1623.

Mahnung Tillys an die Fürsten in Niedersachsen 337. — Furcht vor der Rückforderung der Kirchengüter 338. — Marsch Tillys durch Westfalen 339. — Seine Verwendung bei der Infantin 340. — Entlassung der niedersächsischen Kreistruppen 341. — Tilly und der Landgraf Moritz 342. — Tillys Zeugnis für die hessische Ritterschaft 343. — Der Landtag, vom Landgrafen Wilhelm berufen, beschließt Entlassung der Truppen 344. — Das kaiserliche Urtheil über das Marburgische Erbe vollzogen 345.

14. Bethlen Gabors neue Erhebung.

Bethlens Erbietungen an den Kaiser 345. — Neue Erhebung Bethlens, im August 1623, 346. — Geringe Aussichten auf Hülfe von Ost und West 347. — Einschließung in Göding 348. — Abschluß eines Stillstandes 349. — Friedenshandlung 349.

15. Friedensaussichten zu Ende 1623 und Anfang 1624.

Der Kaiser sendet den Prälaten Gramay nach dem Haag 351. — Die politischen Meinungen im Haag 352. — Friedrich V. und Elisabeth 352. — Maximilian, im Namen der Liga, dringt beim Kaiser auf Frieden 353. — Der Kaiser begnadigt

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wilhelm von Weimar und Friedrich von Altenburg 354. — Desgleichen die Christiane von Anhalt, den Jüngeren, den Älteren, und Hohenlohe 355. — Christian von Braunschweig und das Gutachten Knyphausens 356. — Geschichtliche Bedeutung des Gutachtens 358.

16. Frage der englisch-spanischen Heirath.

Stand dieser Frage bei der Ankunft des Prinzen Carl und Buckinghams in Madrid 359. — Verhalten des Prinzen Carl und des Königs Jacob zum päpstlichen Stuhle 360. — Jacob I. beschwört die spanischen Bedingungen 360. — Aufschub der Heirath, verursacht durch Buckinghams Verhalten 361. — Entschluß des Buckingham zur Rache 363. — Prinz Carl handelt gemeinsam mit Buckingham 364. — Der Abschied, 9. September 365. — Der erste Versuch Buckinghams scheitert an Bristol 366. — Weiteres Verfahren Buckinghams 366. — Täuschung Jacobs und Anderer darüber 367. — Gelingen der Berechnung Buckinghams 369. — Friedrich empfiehlt dem Könige Jacob ein Bündnis mit der Republik 370. — Auch Jacob zuweilen kriegerisch 371.

Neuntes Buch.

Die Zeit der Vorbereitung des dänischen Krieges, 1624 bis 1625.

1. Der König Jacob I. und sein Parlament 1624.

Das Parlament, durch Buckingham bethört, verlangt Krieg zum Wiedergewinne der Pfalz 375. — Verhalten des Königs Jacob I. 377. — Holländische Gesandtschaft und Mansfeld in London 378. — Urtheile von Kundigen über Mansfeld und Christian 380. — Der Kriegeseifer im Nachlassen 382.

2. Friedensbestrebungen im Reiche.

Fortgang der Reformation in den österreichischen Erblanden 383. — Besorgnisse in Wien 384. — Vorschläge von Tilly und Donnersberg in Wien 386. — Die Armee der Liga 387. — Reichsstände in Niedersachsen bitten um Abführung des Heeres 388. — Zusammenkunft zu Schleusingen, im Juni 389. — Aussicht auf die Herstellung des Friedens 391.

3. Ludwig XIII. und der Cardinal Richelieu.

Allmähliche Wandlung Ludwigs XIII. zur Feindschaft 391. — Cardinal Richelieu als erster Minister 392. — Seine Bemühungen bei den katholischen Kurfürsten 393. — Maximilian von Bayern der französischen Täuschung zugänglich 393. — Die Abneigung der Deutschen gegen Spanien 395. — Feindselige Politik des Cardinals Richelieu gegen Spanien 396. — Frage der Unterstützung der Generalstaaten 397. — Plan der englisch-französischen Heirath 399. — Bemühungen des Mansfeld 400. — Französische Kundgebungen gegen die Politik des Cardinals 401. — Unterschied zwischen dem Kriegesrufe Englands und der Politik des Cardinals 402.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

4. Bethlen Gabor im Jahre 1624.

Seine Forderung um Hülfe im Haag vergeblich 403. — Der englische Gesandte Roe thätig für Bethlen 404. — Die Türken wünschen Bethlens Feindseligkeit wider den Kaiser 405. — Roe verlangt das Angebot einer Heirath für Bethlen 406. — Weitere Berichte über Bethlen 407. — Bestimmtere Vorschläge des Roe nach Westen und nach Osten 408. — Bereitwilligkeit des Bethlen 410.

5. Christian IV. von Dänemark im Jahre 1624.

Ferdinand II. und Christian IV. zu einander im Beginne 1624 410. — Besorgnisse vor und Hoffnungen auf Christian IV. 412. — Seine Antwort an den kaiserlichen Gesandten Grafen Anton Günther 413. — Der englische Gesandte Anstruther und die Antwort Christians IV. 414.

6. Gustav Adolf von Schweden im Jahre 1624.

Gustav Adolf, Camerar, Oxenstierna 416. — Gustav Adolfs Antrag auf ein Bündnis, Ende 1623, im Haag abgelehnt 417. — Sein Verhalten auf den Kriegesruf aus England 418. — Er läßt durch Oxenstierna seine principielle Stellung darlegen 419. — Zur Kritik dieser Entwürfe 421. — Der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg 421. — Bellin in seinem Namen an Gustav Adolf und dessen Antwort 422.

7. Die Belagerung von Breda.

Spinola unternimmt die Belagerung, im Juli 1624, 424. — Sie prägt den Character des niederländischen Krieges aus 425.

8. Mansfeld und seine Truppen, im Winter 1624/5.

Bedenken der Generalstaaten und des Camerar gegen Mansfeld 426. — Festhalten an Mansfeld in England 427. — Frage des von ihm einzuschlagenden Weges 427. — Werben und Pressen der Mannschaft 428. — Mansfeld und Christian 429. — Die geistlichen Kurfürsten an Ludwig XIII. und Richelieu gegen Mansfeld 430. — Antwort derselben auf Täuschung berechnet 431. — Furcht der Infantin und ihrer Unterthanen vor Mansfeld 433. — Mansfelds Überfahrt und Landung, desgleichen Christians 434. — Durch den Anzug Mansfelds und Christians der Kurfürstentag vereitelt 435.

9. Wettbewerbung der Könige Gustav Adolf und Christian IV. um Geld zum Kriege.

Anträge Bellins vor Jacob I. 436. — Bellin nach Paris 437. — Vergleich Gustav Adolfs und Richelieus 437. — Umschlagen Christians IV. für den Krieg 439. — Gustav Adolf und Oxenstierna über diese Wandlung 440. — Gründe in England zu Gunsten des Dänen 441. — Tod Jacobs I. noch günstiger für Buckingham, sowie für Christian IV. 443. — Gustav Adolf, ausgeschlossen, hält dennoch seinen Plan fest 444.

10. Christian IV., Landgraf Moritz und die Fürsten des niedersächsischen Kreises.

Christian IV. will seinen Offensivkrieg als inneren deutschen Krieg geltend machen 445. — Tilly, Landgraf Moritz, die hessischen Landstände 445. — Tilly ersucht den Kaiser um Schutz für die Ritterschaft 447. — Kaiserliche Schreiben in dieser

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sache 447. — Erklärungen der Stände und des Landgrafen 448. — Plan Christians IV. zur Verstrickung einiger Fürsten in Niedersachsen 450. — Das Kreisobersten-Amt. Vertrag zu Lauenburg 450. — Frage, ob diese Fürsten die Absicht Christians IV. durchschaueten 452. — Kreistag in Lüneburg 455. — Verhalten der Stadt Lübeck 456.

11. Der Kaiser und die Liga gegenüber der aufsteigenden Kriegsgefahr.

Meldungen über die aufsteigende Kriegsgefahr 457. — Ferdinand II. bietet nochmals Pardon für Christian d. J. an 458. — Meinungen und Vorschläge der Kurfürsten Max und Johann Georg 459. — Der Kaiser andauernd ungewis und unsicher 459. — Christian IV. sucht ihn in dieser Ungewisheit zu erhalten 461. — Kreistag zu Braunschweig, im Mai, Mehrheit und Minderheit 462. — Furcht vor Kosaken 465. — Auf Rath der Fürsten erneuert der Kaiser die Beschlüsse von Mühlhausen 1620 466.

12. Kaiserliche Kriegsvorbereitung. Tilly und Wallenstein.

Wallenstein 467. — Sein Angebot, ein Heer zu werben, vom Kaiser angenommen 469. — Die Werbung soll geschehen im fränkischen Kreise 469. — Vollmacht und Instruction des Kaisers für Tilly 470. — Instruction des Kaisers für Wallenstein 472. — In Betreff der Reichsangehörigen, vornehmlich der Religion 473. — Verschiedenheit in der Errichtung beider Armeen 474. — Der Kaiser über die Errichtung der Armee an den Kurfürsten Johann Georg 475. — Die Werbung 476.

13. Übersicht der politischen Gestaltung um die Mitte des Jahres 1625.

Gustav Adolf vertagt den Plan seines Krieges in Deutschland 476. — Bethlen Gabor gehindert durch die Erneuerung des Friedens von Sitvatorok 477. — Das Valtellin. Papst Urban VIII. 479. — Richelieu entsendet den Marschall Coeuvres ins Valtellin 479. — Er unterstützt Carl Emmanuel gegen Genua 480. — Überblick des Verlaufs der Dinge in Italien 1624/5 481. — Es gelingt Richelieu, die holländischen Schiffe gegen die Hugenotten zu verwenden 482. — Tod des Prinzen Moritz von Oranien 483. — Capitulation von Breda 484. — Die Holländer für den englischen Plan des Krieges gegen Spanien 484. — Buckingham als Botschafter nach Paris 485. — Gleichzeitiger Antrag Khevenhillers in Madrid 486. — Richelieu und Buckingham 487. — Der Stand der Dinge in Europa zum großen Theile die Consequenz des Thuns von Buckingham 488.

Der dänische Krieg, von 1625 bis 1629.

Zehntes Buch.

Zeit des dänischen Krieges von Juli 1625 an bis zur Schlacht bei Lutter, 27. August 1626.

1. Beginn des Krieges.

Die conservativen Körperschaften in Niedersachsen zu dem dänischen Kriegsplane 493. — Christian IV. hat den Kreis in seiner Gewalt 494. — Er will den Beginn

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

des Krieges durch Tilly 496. — Auf Vollmacht Maximilians stellt Tilly Sommation 497. — Fall des Königs und Hinzögern der Antwort 498. — Tilly in Hameln. Hoffnung auf Frieden 499. — Ruf des Religionskrieges. Excesse auf beiden Seiten 501. — Erörterung des Verhaltens Tillys 503. — Fruchtlose Friedensberedung in Braunschweig 504. — Christian IV. erwirkt Geld von den Generalstaaten 506.

2. Anzug des Mansfeld.

Camerars Urtheil über Mansfeld 507. — Cardinal Richelieu geneigt für Mansfeld 508. — Der Zug des Mansfeld 509. — Tilly macht den Fürsten einen Brief Friedrichs V. kund 509. — Christian IV. gegen Herzog Christian d. Ä. 510.

3. Gustav Adolfs Urtheil über den Krieg in Niedersachsen.

Die Herzöge von Mecklenburg und Gustav Adolf 511. — Urtheil des Königs über den Krieg 512. — Sein Angebot 513. — Stand der Dinge in Niedersachsen 513.

4. Anzug Wallensteins mit seiner Armee.

Ansammlung des Heeres 513. — Aufbruch und Marsch im September 514. — Verhalten Wallensteins zu Tilly 516. — Tillys Bericht über die Winterquartiere 517.

5. Weitere Kriegsvorfälle in den letzten Monaten des Jahres 1625.

Walten des Herzogs Christian d. J. 518. — Calixt über die Stadt Helmstädt 520. — Die Landstände und die Stadt Hannover 522. — Einnahme der Feste Calenberg. Treffen bei Seelze 523. — Verhalten der Stadt Hannover 523. — Die Ritter- und Landschaft von Calenberg 526. — Mansfeld im Fürstenthume Lüneburg, weiter in Lauenburg, Mecklenburg, Gebiet Lübeck 527.

6. Verhalten der Hansestädte.

Magdeburg. Der Kaiser an Wallenstein über die Hansestädte 528. — Husans Berichte über die Hansestädte 530. — Husan über den Ruf des Religionskrieges 531.

7. Der Haager Allianz-Vertrag vom 9. December 1625.

Der Kriegesruf des Jahres 1625 ausgegangen von England 532. — Eine holländisch-englische Flotte gegen Cadix 533. — Vertrag der Haager Allianz 533. — Die geheimen Artikel 535. — Bethlen Gabor in der zweiten Hälfte 1625 535. — Ungarischer Landtag in Oedenburg, im October u. f. 537. — Vorschläge Bethlens durch Quadt im Haag 538. — Die Subsidien für Christian IV. 539.

8. Die Politik des Cardinals Richelieu, zu Ende 1625 und Anfang 1626.

Nicht-Beitritt Frankreichs zur Haager Allianz 540. — Richelieu im Rathe des Königs über die Hugenotten und den Krieg in Deutschland 541. — Friedensschluß mit den Hugenotten, 5. Februar 542. — Friedensschluß mit Spanien, zu Monzon 543. — Druckschriften gegen die Politik des Cardinals 544. — Das Widerstreben erfolglos 546.

9. Die Frage des Vorranges zwischen Tilly und Wallenstein.

Ungünstiger Stand der Dinge für Tilly und seine Armee 546. — Fürstenberg und Ruepp suchen die Herstellung des Vorranges für Tilly 548. — Die Antworten

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Tillys und Wallensteins 549. — Bericht Wallensteins nach Wien, 11. December, Bericht des Kurfürsten Maximilian 551. — Antworten des Kaisers an Wallenstein und an den Kurfürsten 552. — Erledigung der Frage 553. —

10. Die Zeit der Friedenshandlung in Braunschweig, December 1625 bis März 1626.

Der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg 554. — Die beiderseitigen Forderungen scharf gegen einander 556. — Herzog Friedrich Ulrich zu Wolfenbüttel 557. — Herzog Christian der Ältere zu Celle 559. — Friedrich Ulrich in der Gewalt Christians IV. 560. — Verhalten der Ritter- und Landschaft 561. — Tilly für sie an den Kaiser 562. — Gutachten des Reichshofrathes, und Schreiben vom 14. März 563. — Die Friedenshandlung in Braunschweig 564. — Die Haltung Christians IV. 565. — Abbruch der Verhandlungen 566. — Öffentliche Mandate von beiden Seiten 567. — Christian IV. an Ludwig XIII. 569. — Officiöse kursächsische Schrift 570. — Kundgebung des Kaisers in ähnlichem Sinne 576.

11. Der Krieg in Norddeutschland in der ersten Hälfte des Jahres 1626.

Christian IV. und sein Neffe Christian 577. — Schwierige Lage Tillys 577. — Walten des Herzogs Christian d. J. 580. — Tilly und seine Truppen 581. — Defensives Verhalten Wallensteins 583. — Der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg 584. — Niederlage Mansfelds bei Dessau, 25. April 585. — Er wird von Wallenstein nicht verfolgt 586. — Klagen über Wallensteins Heer aus Halberstadt und Magdeburg 587. — Desgleichen aus dem Kreise Obersachsen 588.

12. Wallenstein und sein Heer.

Unklarheit über die Geldfrage bei Errichtung des Heeres 589. — Wallenstein setzt bei dem Kaiser sein System durch 591. — Der Druck des Wallensteinischen Heeres 592. — Mahnung des Kurfürsten Maximilian an den Kaiser 592. — Desselben unmuthige Äußerung über Wallenstein 594. — Wiederholte Schreiben des Kurfürsten Johann Schweikard an den Kaiser 595.

13. Der Kaiser Ferdinand II. und Wallenstein.

Entschuldigung in Wien für Wallenstein 597. — Der Kaiser und Wallenstein in Betreff des schwäbischen Kreises 598. — Wallenstein gegen Collalto 602. — Das Verhalten im Allgemeinen begründet auf die Meinung der Unentbehrlichkeit Wallensteins 604. — Die Stimmung im Reiche nicht feindselig wider den Kaiser 606. — Wallenstein über Tilly und Maximilian 608.

14. Der weitere Feldzug Tillys, im April, Mai, Juni, Juli 1626.

Die Gefahren für das Fürstenthum Osnabrück 609. — Der Landgraf Moritz von Hessen Cassel 610. — Die Stadt Münden 612. — Walten des Herzogs Christian d. J. 613. — Tilly vor Münden 614. — Eroberung der Stadt, 8. Juni 616. — Verhalten Christians IV. 618. — Das Ausbleiben der englischen Subsidien 618. — Tod des Herzogs Christian d. J. und Urtheile über ihn 619. — Tilly und der Landgraf Moritz, im Juni und Juli, 621. — Weitere Schicksale des Landgrafen Moritz 623. — Stimmung der Gemüther in den Fürstenthümern Calenberg und Wolfenbüttel 624. — Auffallendes Verhalten Wallensteins 626.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

— Die Landstände und Friedrich Ulrich kaiserlich 627. — Tillys Bitten um Nachschub gegen die dänische Übermacht 628.

15. Die Brüsseler Conferenzen und die Zusammenkunft in Duderstadt.

Differenzpuncte zwischen Maximilian, dem Kaiser, Spanien 629. — Schwarzenbergs Antrag und die Resolution der Infantin 630. — Misstimmung darüber bei Maximilian 631. — Auch zwischen ihm und dem Kaiser 632. — Beredung in Duderstadt 633. — Wachsende Misstimmung. Infantin will Neutralität mit Christian IV. 633.

16. Bethlen Gabor im Frühlinge 1626.

Die Hochzeit in Kaschau 635. — Geld von Frankreich, nicht von England 636. — Erwägungen Bethlens für und wider den Krieg 636.

17. Gustav Adolf nimmt Pillau.

Gustav Adolf will Krieg gegen den Kaiser, ohne Beitritt zum Haager Bündnis 637. — Plan auf Pillau im Frühling 1626, ohne Vorwissen Georg Wilhelms, 638. — Die Vorwände für den Plan im Haag 640. — Einnahme von Pillau, 26. Juni / 6. Juli 642.

18. Gustav Adolf in Preußen.

Unterredungen Gustav Adolfs mit preußischen Abgeordneten 643. — Gustav Adolf in Elbing 646. — Neutralitäts-Vertrag mit dem herzoglichen Preußen 648. — Gustav Adolf und Bethlen Gabor verschiedener Meinung 649. — Gustav Adolf legt seinen Plan dar 649. — Georg Wilhelm in der Wendung zum Kaiser 651. — Der reelle Erfolg Gustav Adolfs in Preußen 653.

19. Bethlen Gabor im Sommer 1626.

Bethlen schwankend. Türken durch die Perser in Schach gehalten 654. — Sultan ermächtigt die Paschas in Ungarn zur Defensive 654. — Plan der Vereinigung von Bethlen und Mansfeld 655. — Bethlens Agent Quadt im Haag 655.

20. Mansfeld und Wallenstein, im Juli und August 1626.

Aufbruch des Mansfeld 656. — Erwägungen Wallensteins 657. — Mansfeld und Pechmann in Schlesien 658. — Aufbruch Wallensteins und abermalige Erwägungen 659.

21. Die Schlacht bei Lutter am Barenberge, 27. August.

Frage der Hülfe aus Brüssel für Tilly 661. — In Folge des Treffens bei Rössing bricht Christian IV. auf 662. — Capitulation von Göttingen, 11. August, 663. — Tilly, von Northeim zurück gewiesen, zieht die Wallensteiner an sich 664. — Bericht Tillys über die Tage vom 25. bis 27. August 663. — Urtheile über den Sieg 666.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der dänische Krieg von 1625 bis 1629.

Elftes Buch.

Von der Schlacht bei Lutter bis zur Übertragung von Mecklenburg an Wallenstein.

1. Folgen des Sieges von Lutter für den Kreis Niedersachsen 1626.

Herzog Friedrich Ulrich und die Landstände von Wolfenbüttel und Calenberg 669. — Die Stadt Hannover 671. — Das Wort des Religionskrieges 672. — Zeugnisse über die Fürsten in Niedersachsen 674. — Zorn Christians IV. gegen die Lüneburger Herzöge 676. — Die Herzöge von Mecklenburg und ihre Landstände 679. — Der brandenburgische Gesandte Kraz bei Tilly 678. — Tilly über den Stand der Dinge, Ende October 680. — Vollmacht des Kaisers für den Herzog Christian d. Ä. und Tilly, 23. November, 681.

2. Die Nachricht von Lutter in London, Paris, dem Haag 1626.

Äußerungen Carls I. und seiner Minister 681. — Die Generalstaaten und der Cardinal Richelieu 683.

3. Bethlen Gabor, Mansfeld, Wallenstein.

Hoffnungen auf Bethlen Gabor und Mangel an Geld für ihn 684. — Bethlen, Mansfeld, Wallenstein in Bewegung 685. — Eine Reihe von Motiven wirkt zurückhaltend auf Bethlen 687. — Die Frage der Vereinigung und des Schlagens 688. — Berichte über die Entscheidung am 30. September 689. — Weitere beiderseitige Unthätigkeit 690. — Unzufriedenheit in Wien mit Wallenstein 691.

4. Der Preßburger Friede mit Bethlen Gabor, im December 1626.

Bethlen sucht Frieden mit dem Kaiser 692. — Entlassung des Mansfeld. Dessen Tod 693. — Rückblick auf die Kriegführung des Mansfeld 694. — Johann Ernst von Weimar 694. — Principielle Erwägung der Friedensfrage 696. — Der Preßburger Friedensschluß 697. — Frage des Bestandes dieses Friedens 698. — Friedensthätigkeit Pazmanys 698.

5. Erneuerung des Generalates für Wallenstein, im November 1626.

Verhandlungen mit Wallenstein und sein Selbstzeugnis 699. — Klagen des Kurfürsten Johann Schweikard über Wallenstein 700. — Der Kaiser darüber an Wallenstein 702. — Andauernde Klagen der Kurfürsten Philipp Christoph, Maximilian, Ferdinand 702. — Verschärfte Beschwerde Maximilians 704. — Verhalten der Truppen Wallensteins zur Kriegführung Tillys 706. — Tilly über die Winterquartiere 706. — Wallenstein und die Stadt Halle a./S. 707. — Zusammenfassender Bericht des Kurfürsten Johann Georg 709. — Guter Wille des Kaisers 710. — Die Frage der Entlassung Wallensteins 710. — Die Beredung zu Bruck a./L., am 25. November 711. — Die Darlegung Wallensteins nicht den Thatsachen entsprechend 713. — Die Frage der Beibehaltung Wallensteins für den Kaiser 713. — Möglichkeit des Friedens 717.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

6. Der Bauernkrieg in Ober-Österreich 1626.

Der Kaiser hält fest an dem landesfürstlichen Reformationsrechte 717. — Kirchliche Verwilderung und schwerer Steuerdruck in Ober-Österreich 718. — Ausbruch des Aufstandes 719. — Verbindungen der Häupter nach auswärts 720. — Schwankender Zustand bis in October 721. — Pappenheim wirft den Aufstand nieder, im November, 722.

7. Friedensaussichten Ende 1626 und Anfang 1627.

Friedensaussichten in Niedersachsen und Gegenwirken Christians IV. 723. — Herzog Christian und Tilly an die Mecklenburger Herzöge 725. — Christian IV. schwankend wegen des Zustandes der Dinge in England 726. — Tilly an den Kaiser über die Friedenssache 727. — Verhandlungen zwischen dem Grafen Anton Günther und Tilly 729. — Die Kriegesneigung in Christian IV. überwiegend 730. — Seine Aussichten auf Hülfe 731.

8. Verhalten Tillys und seiner Armee in ihren Quartieren, 1626 und 1627.

Tilly beim Betreten des Lüneburger Landes 733. — Die Kriegeslast wird mit der Landesobrigkeit vereinbart 734. — Beispiel der Disciplin Tillys. — Seine Ermächtigung für die Landesobrigkeiten 736. — Tilly in Winsen an der Luhe 738. — Sein Verkehr mit den Landesbeamten 739. — Sein Verhalten zu den Städten. Minden. Helmstädt 741. — Tilly an die Städte Einbeck und Osterode für Göttingen und Münden 742. — Tilly in Betreff von Geschenken. Die Stadt Hannover 742. — Tilly und die Stadt Hameln 743. — Die Last des Tillyschen Heeres minder schwer als eines anderen 745. — Der Kurfürst Maximilian über die Officiere und über Tilly selber 746.

9. Der Kaiser, die Liga, Wallenstein, Tilly, in den ersten Monaten 1627.

Klagen der Kurfürsten von Sachsen, Mainz, Bayern 747. — Neue Werbungen Wallensteins 748. — Aufforderung des Kaisers an ihn in Betreff jener Klagen 748. — Antwort Wallensteins, vom 2. Februar, 750. — Fortgang der Werbungen und neue Beschwerde der vier k. Kurfürsten 751. — Wallenstein sucht der Ladung nach Wien auszuweichen 752. — Ligatag in Würzburg, 21. Februar. Vergleichender Bericht Tillys 752. — Frage der Hülfe für Tilly zum Zwecke der Offensive 754. — Urtheil Antonas über Wallenstein 756. — Die kaiserlichen Minister getheilter Ansicht 757.

10. Wallenstein in Wien, im April und Mai 1627.

Wallenstein verspricht Hülfe für Tilly. Zweifel daran 758. — Neue Beschwerden der vier katholischen Kurfürsten 759. — Die Gesandten der Kurfürsten in Wien 760. — Audienz derselben bei Wallenstein 761. — Wallenstein erwirbt Sagan 762. — Mahnung des Kaisers an ihn zum Einvernehmen mit Tilly 764. — Worte und Handlungen Wallensteins entsprechen nicht dieser Mahnung 765.

11. Feldzug Tillys bis zum Übergange über die Elbe, 7. August 1627.

Tilly im Frühling nicht stark genug zur Offensive 766. — Die dänische Proclamation des Religionskrieges von Friedrich Ulrich und den Landständen zurückgewiesen 767.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Grimm Christians IV. gegen die Lüneburger Herzöge 770. — Herzog Christian bittet Tilly zu Hülfe 771. — Anzug Tillys, im Juli, 772. — Übergang Tillys über die Elbe, 7. August, 773. — Sein Bericht an den Kaiser, 20. August 774.

12. Wallenstein in Schlesien, im Sommer 1627.

Winterquartier der Wallensteiner in Schlesien 1626/7 776. — Die beiderseitigen Streitkräfte 777. — Rasche Erfolge Wallensteins 778. — Die Kriegeslast für Schlesien dauernd 779. — Wallensteins Marsch an die Unterelbe, im August, 779.

13. Der Herbstfeldzug von 1627 gegen die Dänen.

Tilly und Wallenstein in Lauenburg 780. — Die Friedensverhandlung, ohne Ergebnis 780. — Tilly vor Pinneberg verwundet 782. — Wallenstein dringt siegreich vor. Erfolg Schlicks bei Heiligenhafen 784. — Rendsburg. Einmarsch in Schleswig 785. — Klagen Christians IV., und Erwiederungen 785. — Erfolg von Aalborg 787. — Belagerung und Einnahme von Wolfenbüttel 787. — Nienburg. Der Oberst Morgan auf Stade beschränkt 788.

14. Die Friedensberedung in Colmar, im Juli 1627.

Hoffnung auf ein gütliches Abkommen mit Friedrich V. 789. — Gutachten des Rathes Rusdorf für Friedrich V. 790. — Beredung in Colmar, im Juli, ohne Erfolg 793.

15. Wallensteins Verhalten zu den Reichsfürsten und dem Reiche, im Sommer 1627.

Neue Beschwerde der vier katholischen Kurfürsten, vom 10. Juli 794. — Der Oberst Görzenich 795. — Verschiedene andere Klagen 795. — Vorstellung Eggenbergs bei dem Kaiser 796. — Kaiserliche Instruction für Questenberg an Wallenstein 797. — Wallensteins Antwort, vom 28. September 798. — Bemerkungen zu diesem Schreiben 800. — Wallenstein läßt Görzenich hinrichten 802.

16. Der Kurfürstentag in Mühlhausen im October 1627.

Die Kurfürsten über Friedrich V. und Christian IV. 802. — Die Frage der Rückforderung der Kirchengüter 803. — Einigkeit der Kurfürsten über den Druck des Heeres 805. — Der Kurfürst Johann Georg gegen eine französische Einmischung 805. — Ebenso die anderen Kurfürsten 807. — Klageschrift der Kurfürsten über das Wallensteinische Heer 808. — Frage des Fürstentitels für Tilly 812. Besondere Beschwerde Johann Georgs 812. — Wallenstein auf die Kunde der Beschwerden 813. — Auf wiederholte Klage Johann Georgs Antwort des Kaisers 814. — Wallenstein beharrt dabei. Urtheil Leukers 814. — Hoffnungen Wallensteins 815.

17. Die Frage der Schiffe gegen Ende 1627.

Ansicht des Herzogs Bogislav 815. — Spanien zur See den Holländern nicht gewachsen 816. — Diese benutzen die Hansestädte 816. — Wunsch Spaniens die Hanse von Holländern zu lösen 817. — Der Kaiser schickt deshalb Schwarzenberg nach Lübeck 819. — Die Hanse schlägt Schiffe gegen Dänemark ab 819.

18. Gustav Adolf im Jahre 1627.

Ungünstiger Beginn des Feldzuges 820. — Georg Wilhelm schließt Vertrag der Neutralität 821. — Die märkischen Landstände wollen nicht ein stehendes Heer 823.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

— Gesandtschaft der Generalstaaten an Polen und Schweden 824. — Reden Gustav Adolfs an diese Gesandten 825. — Geringe Frucht der Gesandtschaft 826. — Schwanken Gustav Adolfs, ob mit dem Kaiser, ob mit Christian IV. 827. — Schwedische Anknüpfung nach beiden Seiten 828. — Schwedischer Plan auf Schonen 830. — Wallenstein über die Anknüpfung mit Schweden 830. — In Betreff seiner eigenen Person 831. — Die Unterhandlung ohne Ergebnis 832.

19. Die Frage der Winterquartiere und des Verhaltens zu den Generalstaaten.

Vertheilung der Winterquartiere 833. — Tilly aus Buxtehude über seine Truppen um Stade 834 u. f. — Seine Truppen in Ostfriesland und Wunsch ihrer Verwendung gegen die Holländer 836. — Verhalten der Republik 837. — Tilly und die Stadt Emden 838. — Maximilian lehnt Bruch mit der Republik ab 839.

20. Wallenstein erlangt Mecklenburg für sich, im Januar 1628.

Verhalten der Herzöge von Mecklenburg 840. — Entwickelung der Absicht Wallensteins auf Mecklenburg 841. — Bemühungen der Herzöge dagegen 843. — Wallensteins weiteres Verfahren in Mecklenburg und Pommern 845. — Gutachten der Minderheit der kaiserlichen Räthe 848. — Gutachten der Mehrheit 851. — Verleihung von Mecklenburg an Wallenstein 852.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Verzeichnis der wiederholt angeführten ungedruckten und gedruckten Quellen und Geschichtswerke.

Acta Mansfeldica. Gründtlicher Bericht von des Mansfelders Ritterthaten. Getruckt im Jahre MDCXXIII.

Acta publica. Verhandlungen und Correspondenzen der schlesischen Fürsten und Stände. Von 1618 bis 1627. Sechs Bände. Breslau 1872 u. f.

Acta Sanctorum mensis Julii.

Adlzreitter, annalium Boicae gentis partes tres etc. Francofurti a/M. 1710.

Aitzema, Lieuwe van, historie of verhael van saken van staet en oorlogh enz In 's Gravenhage 1657. Ich bediene mich der ursprünglichen Quartausgabe.

Ambassade extraordinaire de M. le duc d'Angoulême etc. Paris 1667.

Anhaltische gehaimbe Cantzley, das ist Gegründete anzaig der verdeckten, unteutschen, nachtheiligen consilien usw. Editio tertia et correctior. Gedruckt im Jahre 1621.

Apocalypsis, nova, in qua innocentia Caesaris Augusti et fidelium Imperio Principum et noxa Rebellium etc. revelatur etc. Luceburgi. 1626.

Apologie des Grafen Ernst zu Mansfeld 1622.

Archiv der Unirten Prot., wie in Bd. I.

Aretin, Freiherr v., Bayerns auswärtige Verhältnisse seit dem Anfange des 16. Jahrhunderts. Erster Band, Passau 1839.

Aretin, Wallenstein. Beiträge zur näheren Kenntnis seines Charakters usw. München 1845.

Aurich, ehemals fürstliches Archiv in.

Avenel, lettres, instructions diplomatiques et papiers d'etat du cardinal de Richelieu. Paris 1853 et suiv. 8 Bände in 4.

Balbinus, epitome rerum Bohemiae.

Bassompierre, mémoires du maréchal de. Cologne 1665.

Beiträge zur Kunde Preußens. Königsberg 1817 u. f.

Bericht, wahrhafter und gründlicher, derer unterschiedliche Belägerungen usw. Frankfurt a. M. 1626.

Beschreibung, kurze, dessen was sich von anno 1618 bis 1626 sonderliches und wunderliches begeben. O. O. u. J.

Bougeant S. J., histoire des guerres et des négociations qui précédèrent le traité de Westphalie etc. 1751.

Cabala sive scrinia sacra: Mysteries of State and Government etc. London 1691. F.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Calenberg, Archiv der Landschaft, in Hannover.
(Camerar) Prodromus oder Vortrab nothwendiger Rettung usw. 1622.
Camerarii epistolae aliquot selectae, quibus ipse selectus civilis belli auctor, altor et fautor demonstratur etc. A. 1625.
Cancellaria Hispanica. Adjecta sunt acta publica, hoc est scripta et epistolae authenticae etc. Freistadii 1622.
Capellen, Gedenkschriften van Jonkheer A. v. d. Te Utrecht 1777.
Carafa, Caroli, episcopi Aversani commentaria de Germania sacra restaurata etc. Coloniae A. 1639.
Celler Briefarchiv, Abtheilung im Königlichen Archive in Hannover.
Chlumecky, Briefe Albrechts von Waldstein, Herzogs von Friedland, in Regesten der Archive im Markgrafthume Mähren Bd. I. Brünn 1856.
(Comenius,) historia persecutionum Ecclesiae B.
Continuatio Mansfeldischer Kriegshandlung 1623.
Correspondance des empereurs avec les gouverneurs des Pays-Bas, im Staatsarchive zu Brüssel.
Correspondance du duc de Bavière avec Albert et Isabelle, im Staatsarchive zu Brüssel.
Correspondance de Wallenstein et de Tilly, im Staatsarchive zu Brüssel.
Cosmar, Beiträge zur Untersuchung der gegen den Gr. Adam zu Schwarzenberg erhobenen Beschuldigungen. Berlin 1828.
Decken, Fr. v. d., Herzog Georg von Braunschweig und Lüneburg usw. Hannover 1833.
Droysen, J. G., Geschichte der preußischen Politik. Berlin 1855 u. f. Bd. III.
Du Jarry de la Roche, der dreißigjährige Krieg vom militärischen Standpuncte aus beleuchtet. Schaffhausen 1848.
Emden, Rathhaus-Archiv der Stadt.
Extracte aus den Acten des 30j. Krieges von 1613 bis 1648. Ein besonderer Fascikel im K. K. Archive. Filiale am Josephsplatze.
Faber, preußisches Archiv usw. Königsberg 1809 u. f.
Fiedler, die Relationen der Botschafter Venedigs über Deutschland und Oesterreich, im 17. Jahrh. Wien 1866. Bd. XXVI und XXVII der Fontes rerum Austr.
Flassan, histoire générale et raisonnée de la diplomatie française. 2e édition. Paris 1811.
Förster, F., Albrechts von Wallenstein usw. ungedruckte, eigenhändige vertrauliche Briefe usw. Berlin 1828.
Frank, D., Altes und neues Mecklenburg. XIX Bändchen in 4to.
Friedensacten, besondere Abtheilung im K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchive. Filiale am Josephsplatze.
Gardiner, Prince Charles and the spanish marriage.
Gardiner, a history of England under the Duke of Buckingham and Charles I. 1624—1628. London 1875.
Geijer, Geschichte von Schweden. Hamburg 1832.
Gindely, Geschichte des 30j. Krieges. Prag 1869 u. f. Vier Bde.
Gindely, Waldstein während seines ersten Generalates usw. Zwei Bände. Prag und Leipzig 1886.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Groen van Prinsterer, archives et correspondance inédite de la maison d'Orange-Nassau. Deuxième Série. Utrecht 1857.

Habernfeld, bellum Bohemicum. Lugduni Batavorum 1645.

Hammer-Purgstall, Geschichte des osmanischen Reiches. Zweite A. in vier Bdn. Pesth 1840 u. f.

Handschriften. Besondere Abtheilung im K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchive Filiale am Josephsplatze.

Hannover, Rathhaus-Archiv der Stadt.

(Hardwicke.) Miscellaneous statepapers from 1521 to 1726. In two volumes. London 1778.

Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz. Zweite A. Heidelberg 1856.

Havemann, Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg. 1853 u. f.

Henke, Georg Calixt und seine Zeit.

Heß, Gottfried Heinrich Graf zu Pappenheim. Leipzig 1855.

Hoffmann, Geschichte der Stadt Magdeburg. 1856. Bd. III.

Hormayr, Taschenbuch für die vaterländische Geschichte. Jahrgänge 1839 und 1844.

Hurter, Fr. v., Geschichte des Kaisers Ferdinand II. und seiner Eltern. Schaffhausen 1850 u. f.

Hurter, Fr. v., zur Geschichte Wallensteins. Schaffhausen 1855.

Information, Kurtze gründliche, und beständiger Bericht, was es um die Grafschaften Hon- und Reinstein usw. Wolfenbüttel 1628. Die Wichtigkeit der Schrift besteht in ihren 60 Beilagen.

Kaiserchronik, Continuatio der. Matthias und Ferdinand II. Frankfurt a./M. 1627.

Katona, historia regum Hungariae t. XXX, XXXI.

Keller, Drangsale des nassauischen Volkes usw. Gotha 1845.

Khevenhiller, Annales Ferdinandei, oder wahrhafte Beschreibung usw., in zwölf Theilen. Leipzig 1721 u. f.

Kriegesacten. Wie Friedensacten, eine besondere Abtheilung im K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchive, Filiale am Josephsplatze. Es kommen hier in Betracht F. 40 bis F. 82.

Kurz, Versuch einer Geschichte des Bauernkrieges in Ober-Oesterreich. Leipzig 1805.

Lichtenstein, die Schlacht bei Lutter a./B.

Lingard, a history of England etc. Ich bediene mich der fünften Ausgabe. Paris 1840.

Litura seu castigatio Cancellariae Hispanicae etc., auctore Fabio Hercyniano. Burghovii 1623.

Löher, Fr. v., Geschichte des Kampfes um Paderborn 1597 bis 1604. Berlin 1874.

Londorp, Acta publica und schriftliche Handlungen usw. Frankfurt a./M. 1668.

Lorenz, Wallenstein und der Besitz von Mecklenburg. 1880. In der „deutschen Rundschau." Jahrgang VI Heft 7.

Lünig, Europäische Staats-Consilia usw. Leipzig 1715.

Lünig, Literae procerum Europae. Tres partes, ab anno 1552. u. a. 1712. Lipsiae 1712.

Mansfelders Ritterthaten s. Acta Mansfeldica.

Meiern, J. G. v., Acta pacis Westphalicae publica usw. Hannover 1734 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Menzel, Carl Adolf, Neuere Geschichte der Deutschen. Breslau 1854 u. f.

Meteren, (genauer) Meterani novi, das ist niederländischer Historien dritter Theil. Von 1620 bis 1630. Amsterdam 1640.

Miller, epistolae quae haberi poterant Cardinalis Petri Pázmány etc. Tomuli I et II. Budae 1822.

Mittendorf, Herzog Christian von Braunschweig usw., im Archive des historischen Vereines für Niedersachsen. Hannover 1845.

(Moser,) patriotisches Archiv für Deutschland. Frankfurt und Leipzig 1784 u. f. Es kommen in Betracht die Bände V, VI, VII.

(Moser,) neues patriotisches Archiv. Band I.

Müller, J. G., Carlo Caraffa, Relatione dello stato dell'Imperio e della Germania etc. Wien 1860.

Müller, K. A., Forschungen auf dem Gebiete der neueren Geschichte. Dresden und Leipzig 1841.

Mysteria politica, hoc est, epistolae arcanae virorum illustrium sibi mutuo confidentium. Neapoli a. 1624.

Neubauer, Wallenstein und die Stadt Magdeburg 1891.

Neubur, Geschichte des 30j. Krieges. Schwerin und Güstrow 1774.

Newald, Beiträge zur Geschichte des österreichischen Münzwesens. Wien 1882.

Oberleitner, Beiträge zur Geschichte des 30j. Krieges usw. vom Jahre 1618 bis 1634. in Bd. XIX. des Archives für die Kunde ö. Geschichtsquellen.

Opel, der niedersächsisch-dänische Krieg. Zwei Bände von 1621 bis 1626. Halle und Magdeburg 1872 und 1878.

Opel, die Resignation Christians d. J. auf Halberstadt. In den Neuen Mittheilungen des Thüring. Sächs. Vereines usw. Bd. XIII. Halle, Nordhausen 1874.

Original-Bericht Fürst Christians zu Anhalt, über die verlorene Schlacht bei Prag. (Moser) Patriotisches Archiv VII, 123 u. f.

Osnabrücker ehemaliges Domcapitel-Archiv. Bereits für die erste Ausgabe dieses Werkes von mir benutzt. Das Archiv ist besonders wichtig, weil der Fürstbischof Franz Wilhelm, Graf von Wartenberg, nicht bloß ein sehr eifriges Mitglied der Liga war, sondern auch als Vetter der Kurfürsten Maximilian von Bayern und Ferdinand von Köln mit denselben in engeren Beziehungen stand.

Óváry Lipót, Oklevéltár Bethlen Gábor Diplomácziai Összeköttetései Történetéhez etc. Budapest 1886.

Pappus, epitome rerum Germanicarum ab anno 1617 ad a. 1641 gestarum. Ich bediene mich der Ausgabe von Arndts. Wien 1856.

Pray, epistolae procerum regni Hungariae.

Prodromus s. (Camerar).

Rammer, Briefe aus Paris. Leipzig 1881.

Raupach, Evangelisches Oesterreich, das ist historische Nachricht usw. Hamburg 1741. Drei Theile in 4to.

Redekers Chronik, Mscpt im Rathhausarchive der Stadt Hannover.

Reichard, die maritime Politik der Habsburger im siebzehnten Jahrhunderte. Berlin 1867.

Reuß, Graf Ernst von Mansfeld im böhmischen Kriege von 1618 bis 1621. Braunschweig 1865.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Reuß, Straßburg im 30j. Kriege 1879.
Richelieu, mémoires du cardinal de. (Collection Petitot) Paris. 1823 et suiv.
Richelieu, testament politique du cardinal de. Par M. l'abbé de St. Pierre. A la Haye 1740.
Roe, Sir Thomas, the negotiations of. In his Embassy to the Ottoman Porte, from the year 1621 to 1628 incl. London 1740. Ein Band in F.
Röse, Herzog Bernhard der Große von Sachsen-Weimar. Weimar 1828. Zwei Bde.
Rommel, Correspondance inédite de Henri IV. et du landgrave de Hesse. Hambourg et Paris 1840.
Rommel, Geschichte von Hessen. Band VI, VII und VIII. Cassel 1837.
Rusdorf, Consilia et negotia politica. Accedit epistolarum familiarium etc. collectio. Francofurti et Lipsiae 1727.
Rusdorfii epistolae s. das vorstehende Werk.
Rusdorf, mémoires et négociations de, rédigées par Cuhn. Leipzic 1789.
Sattler, Geschichte Württembergs. Band VI.
Sattler, Dodo v. Knyphausen. Norden 1891.
Scheible, die fliegenden Blätter des 16. und 17. Jahrhunderts in sog. Einblattdrucken. Stuttgart 1850.
Schotel, de Winterkoning en zyn gezin. Tiel 1859.
Schreiber, Maximilian I. Kurfürst von Bayern. München 1868.
Senkenberg, Fortsetzung von Häberlins teutscher Reichsgeschichte, Halle 1786 u. f.
Slangen, Geschichte Christians IV., übersetzt von Schlegel.
Söltl, der Religionskrieg in Deutschland. Hamburg 1840. Bd. III.
Speculum Germaniae. Lutherische Flugschrift von 1621.
Spiegel van der Calvinisten Tyrannie, geplegt in Oostvriesland, onder het beleid van den Grave van Mansvelt in dienste der Staaten Generael. Lutherische Flugschrift.
Stieve, der oberösterreichische Bauernaufstand des Jahres 1626. München 1891. Zwei Bde.
Strobel, Vaterländische Geschichte des Elsasses. Straßburg 1844.
Stülz, Geschichte des Cisterzienser Klosters Wilhering. Linz 1840.
Stülz, Geschichte des regulierten Chorherrnstiftes St. Florian. Linz 1835.
Stumpf, diplomatische Geschichte der teutschen Liga im siebenzehnten Jahrhunderte. Erfurt 1800.
Styffe, Konung Gustav II. Adolfs skrifter. Stockholm 1861.
Tedra, Briefe Albrechts von Waldstein an K. v. Harrach 1625 bis 1627. Wien 1879. Aus Bd. XLI der Fontes rerum Austriacarum.
Theatrum Europaeum oder ausführliche und wahrhaftige Beschreibung usw. Frankfurt a. M. 1635 u. f.
Tubus Gallilaeanus hebescentibus L. Camerarii oculis etc., a Fabio Hercyniano 1625.
Ütterodt, Graf, Ernst G. zu Mansfeld, Gotha 1867.
Villermont, le comte de, Mansfeld. Bruxelles 1865. 2 Bde.
Villermont, le comte de, Tilly ou la guerre de trente ans. Paris et Tournai. 1860. 2 Bde.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Vreede, Inleiding tot eene geschiedenis der Nederlandsche Diplomatie. Utrecht 1856. Twee gedeelten in drie stukken.
Wagenaar, Algemeene geschiedenis der vereenigde Nederlanden. enz. 1752.
Weskamp, das Heer der Liga in Westfalen zur Abwehr usw. 1622 – 23. Münster 1891.
Weskamp, Herzog Christian von Braunschweig usw., 1618 bis 1622. Paderborn 1884.
Westenrieder, Beiträge zur vaterländischen Historie Bd. VIII.
Wiarda, Ostfriesische Geschichte Bd. IV. Aurich 1794.
Willigerod, Geschichte von Münden.
Winckelmann, Oldenburgische Chronik.
Zeitschrift für hessische Geschichte.
Zeno in Barozzi e Berchet, relazioni di Roma. vol. I.
Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches in Europa. Hamburg 1840.
Zwiedinek-Südenhorst, die Politik der Republik Venedig während des 30j. Krieges. 2 Bde. Stuttgart 1885.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sechstes Buch.

Das Jahr 1621.

Erstes Jahr des Parteigängerkrieges.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

1. Verhalten Friedrichs V. und die Reichsacht über ihn.

Bevor der Herzog Maximilian, im November 1620, Prag verließ, meldete er in einem eigenhändigen Schreiben dem Kaiser den dortigen Stand der Dinge.[1] Nach der Ansicht des Herzogs erforderte es die unumgängliche Nothdurft, daß der Kaiser entweder persönlich sich nach Prag begebe, oder doch die Anstalten treffe, welche zur völligen Ausnutzung des Sieges bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge durchaus erforderlich seien. Denn die Gemüther des Statthalters Fürsten von Liechtenstein und des Generals Grafen Buquoi stimmen nicht wohl zusammen. Der letztere sei ein getreuer Diener und verstehe das Kriegswesen; aber es hafte ihm die spanische Langsamkeit an. Dazu hause das kaiserliche Kriegsvolk mit Mord, Raub und Plünderung an Katholiken wie an Nicht-Katholiken. Der Herzog schildert weiter die nachtheiligen Folgen dieser Zügellosigkeit, welche auch die Gehorsamen zur Desperation bringe. Einstweilen belasse er seinen G. L. Tilly mit der Bundesarmee, die sehr abgenommen, in Prag. Besser aber werde es sein, die Armeen getrennt zu verwenden. — Eindringlich mahnt am Schlusse noch einmal der Herzog: „Ew. Majestät wollen nur die Zeit und Gelegenheit nicht verlieren. Denn der Gegentheil vigiliert, und feiert nicht."

Diese letzten Worte des Herzogs Maximilian trauen dem flüchtigen Winterkönige und seinem Berather Anhalt mehr Energie zu als sie besaßen. Nachdem sie Prag verlassen, ging der Zug, unter dem Geleite der wenigen Truppen, die man hatte zusammen raffen können, rastlos weiter nordwärts. Einige treue Anhänger riethen, in dem festen Glatz Halt zu machen. Dort sei Friedrich im Mittelpunkte der Länder, habe Fühlung mit Bethlen Gabor, könne halten, was noch zu ihm stehe, und sich vertheidigen.[2] Nicht das war seine Meinung. Er eilte nach

[1] Das Schreiben bei Hurter VIII, 661. [2] Theatrum E. 514.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Breslau, seine Frau zur Sicherheit für ihre Entbindung von dort aus weiter in die Mark Brandenburg.

Schon im Beginne des Monats October hatte der König Jacob I. an den Kurfürsten Georg Wilhelm das Ersuchen gerichtet, seiner Tochter dort für den Fall der Flucht eine Unterkunft zu gestatten. Georg Wilhelm, der sich in Preußen befand, meldete von da aus diese Bitte nach Wien, am 16. October.[1] Er meint, daß er wegen großer Freundschaft die Bitte füglich nicht abschlagen könne. „Auch habe ich, fährt er fort, nicht dafür gehalten, daß solches Ew. K. M. ungleich von mir aufnehmen werden, dieweil höchstgedachte J. Königliche Würde (Jacob I.) sich bis anher gar nicht feindlich wider Ew. K. M. bezeigt, auch bei dergleichen Unruhen man solche hohen Standes-Weibspersonen mit sonderbarer Discretion und gutem Glimpf ohne dies zu tractieren pflegt, als welche mit den Waffen und anderen Hostilitäten überall nichts gemein haben. Ew. K. M. aber habe ich dies berichten wollen, damit Sie hiervon gründliche Nachricht hätten."

Eine Antwort von Wien her scheint damals nicht erfolgt zu sein. Die Meldung der Elisabeth, daß sie kommen werde, und um die Einräumung einiger Gemächer in den Schlössern zu Küstrin oder Spandau ersuche, setzte die Geheimenräthe in Berlin in Verlegenheit. Sie erwiederten: es fehle in den Schlössern an Tapeten, der Kammer an Geld zur Verpflegung der Fürstin; zudem sei Küstrin unsicher, weil die Eisdecke der Oder den Polen als den Freunden des Kaisers den Zugang verstatte. — In Frankfurt a./O. angekommen, erneuerte Elisabeth ihre Forderung, ihr einen Winkel zu verstatten, wo sie auf eigene Kosten ihrer Leibesfrucht genesen könne. Inzwischen traf jedoch auch die Antwort des Kurfürsten auf die Anfrage seiner Räthe ein. Er wies für Elisabeth einige Zimmer des Schlosses in Küstrin an, nicht ohne einen Ausdruck des Bedauerns, nicht ausweichen zu können. Seine Furcht indessen erwies sich nicht als begründet. Gern, erwiederte dann der Kaiser, gebe er die Erlaubnis. Nur erwarte er Fürsorge gegen das Einschleichen von Personen, die der böhmischen Rebellion theilhaftig.[2]

Friedrich ward in Breslau als König empfangen. Da damals offenkundig nur erst Böhmen verloren war, die mährischen Stände noch

[1] Kriegsacten F. 40. [2] Hurter VIII, 562.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht sich losgesagt hatten: so stand es in seiner Macht, durch rechtzeitiges Entgegen-Kommen sich seine Erblande zu sichern. Darauf hin lautete das Gutachten, welches sein Rath Rusdorf von Heidelberg aus ihm zusandte.[1] „Böhmen, sagt er darin, haben wir verloren. Schlesien und Mähren und alles Übrige wird folgen. Wir haben sie niemals gehabt, und die Wendung der Dinge gestattet uns nicht, sie zu haben. Geben wir sie also um so bereitwilliger dem alten Eigenthümer zurück, damit wir nicht zugleich auch unseren Stammsitz verlieren."

Rusdorf erörtert dann die Aussichten der Hülfe. „Von England haben wir nichts zu erwarten als Verzug, Wankelmuth, Hindernisse, trügerische Verhandlungen. Weder der Däne, noch der Schwede wird sich rühren, wenn nicht England voran geht. Sie beide, einzeln oder auch geeinigt, sind der Bürde des Krieges nicht gewachsen. Dazu sind sie argwöhnisch gegen einander, gelähmt durch ihre Landstände, ohne die sie nichts vermögen. — Nicht höher sind die Generalstaaten zu achten. Im nächsten Frühling beginnt wieder für sie selber der Krieg, der alle ihre Kräfte in Anspruch nimmt. — Was ist ferner von Bethlen Gabor zu hoffen? Er kann die Brandfackel in die Grenzländer des Kaisers tragen: einen Krieg zu führen vermag er nicht. Dazu regt er sich nur für baares Geld, welches wir, nach dem Verluste Böhmens, ihm nicht geben können. Der Kaiser hat es immer in der Hand, den ihm lästigen Mann zu beschwichtigen. — Soll ich reden von dem Türken? Mich als Christen schaudert es bei dem Namen. — Soll ich vertrauen auf Savoyen, auf die Schweizer, auf Venedig, auf Frankreich? Wir würden uns lehnen an eine morsche Wand und bauen wollen ohne Fundament. Wohin immer wir unsere Augen wenden mögen: wir finden nirgends eine feste Stütze. Die Fortsetzung des Krieges ist unser sicheres Verderben. Das einzige Heilmittel ist die Unterwerfung und die Bitte bei dem siegenden Kaiser."

Und dann weist Rusdorf hin auf Friedrichs Heimat, die Pfalz. „Seit zwei Monaten, sagt er, bin ich Augenzeuge dessen, was hier geschieht." Er schildert die Leiden, den Jammer derselben, vor Allem aber die Unfähigkeit, die Feigheit der Unierten, die nichts für die Pfalz gethan. Nach Allem, was er die zwei Monate hindurch im Hauptquartiere der Unierten gesehen und gehört, sagt er mit Bestimmtheit voraus, daß binnen kurzem die Union zergehen, jedes der Häupter nur

[1] Rusdorf, consilia etc. 8.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auf ein gutes Abkommen für sich selber bedacht sein werde. Vor Allem mahnt er Friedrich an den schweren Schlag, der auf ihn selber fallen werde: die Reichsacht. Friedrich möge nicht hören auf die Reden derjenigen, die sagen, daß der Kaiser diesen Schritt, ohne das herkömmliche Rechtsverfahren, nicht wagen werde. Bereits liege das Schriftstück in der Mainzischen Canzlei ausgearbeitet vor. Es handele sich nur noch um die Verkündigung. Bevor diese das Übel unheilbar mache, möge Friedrich durch andere ihm wohlgesinnte Reichsfürsten sich dem Kaiser zur Unterwerfung erbieten und zu retten suchen, was noch zu retten sei.

Der Rath entsprach nicht dem Sinne Friedrichs, noch auch demjenigen seines bei ihm anwesenden Berathers Camerar. Der Letztere freilich schwankte. Das eine Mal rieth er, die Vermittelung Schwedens und Dänemarks nachzusuchen, damit dadurch die Kurpfalz erhalten bleibe.[1] Also sah Camerar wie Rusdorf voraus, daß bei Fortsetzung des Krieges die Kurpfalz verloren gehen müsse. Dazu drückte ihn besonders die Einbuße der von den Bayern in Prag erbeuteten Canzlei. „Unser verlorenes Archiv, schreibt er, quält mich Tag und Nacht."[2] — Mit Recht durfte Camerar annehmen, daß der Herzog Maximilian diese Kriegesbeute nicht ungenutzt lassen, daß er alle die bösen Anschläge der Triumvirn, so wie der Unierten überhaupt, die man bis dahin nur erst vermuthen konnte, aus den eigenen Schriftstücken derselben der Welt kund machen würde. Daher kam Camerar zu der Äußerung: „Nach meiner Meinung ist der Verlust der Acten viel größer als alles Andere, wie es die Zeit geben wird." — Er war daher der Ansicht, daß im Falle des Friedensschlusses die mangellose Zurückstellung der Acten eine Bedingung sein müsse.[3]

So jedoch redete Camerar nur dann, wenn die Besorgnis bei ihm überwog. Zu anderen Zeiten erging er sich in hohen Entwürfen. Er wollte drei oder auch vier Armeen aufstellen.[4] Die eine derselben von 40,000 Mann solle der König Christian IV. von Dänemark und unter ihm Fürst Christian von Anhalt führen. Vermittelst dieser Armee vergab Camerar an Christian IV. die Länder Oesterreich ob und unter der Ens nebst Passau. Die anderen deutschen Länder des Hauses Habsburg, Kärnten, Krain usw., sollen an den König von Ungarn d. h.

[1] Sölln III, 108. [2] A. a. O. 111. [3] A. a. O. 108.
[4] Pfälzische geheime Ratschläge usw. Nr. XVII. Auch bei Londorp II, 613.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bethlen Gabor fallen. Ferdinand soll nichts behalten. Er wird sich dann vielleicht, meint Camerar, wie einst Carl V. gegenüber dem Unternehmen des Kurfürsten Moritz, nach Spanien begeben und einsperren. Der Kurfürst von Sachsen, falls er nicht gutwillig mitthut, ist mit Gewalt zu bezwingen. „Und ist sonderlich Bayern zu rupfen, weil den Herzog seine Macht und sein Vermögen nur zum Übermuth bewegt, so jedoch daß die Aussicht auf das ganze Bayern bei Pfalz verbleibe." — Nach der Redeweise seiner Partei fügt dann Camerar hinzu: „Der Allmächtige verleihe dazu Mittel, Herz, Weisheit und Sieg, damit Alles zu seines Namens Ehre und zum Troste der Bedrängten ausgehe."

„Wenn aber sich das nicht füglich will thun lassen, so muß man es wohl Gott anheimstellen, und alle evangelischen Stände, auch die umliegenden Könige müssen Gesandte an den Kaiser abordnen und ihn zur Moderation ermahnen, auch zur General-Amnestie."

Wenn dergleichen Phantastereien in dem Kopfe eines sonst verständigen Mannes aufwuchsen: wie konnte da Friedrich sich derselben erwehren! Dies zumal, wo er nach wie vor festhielt an dem Worte seiner Vocation! —

Er entsandte von Breslau aus den Oesterreicher Zacharias Starzer an die Fürsten der Union, um sie aufzumahnen zur Beständigkeit, damit es ihnen nicht ergehe wie in Oesterreich und Böhmen, wo die Stände mit dem Aufwande des zehnten Teiles der Mittel, die sie nunmehr verlieren müßten, den traurigen Ausgang hätten abwehren können.[1] Desgleichen wurde Camerar zunächst an die Fürsten in Niedersachsen entsendet.

In ähnlicher Weise wie zu der Union redete die Proposition Friedrichs zu den Fürsten und Ständen von Schlesien, die er nach Breslau auf den 3. December einberufen hatte.[2] Auch diese antworteten noch in gleichem Sinne. Sie hätten, sagten sie, „mit demüthigem Herzen zu rühmen, daß J. K. Majestät derselben getreue Königreiche und Lande bei der letzthin erfolgten Zertrennung der christlichen Armada nicht allein nicht verlasse, sondern Deroselben gnädigste und recht väterliche Fürsorge dahin richte usw. usw., sie zu defendieren und zu recuperieren."[3] In diesem Tone ist die ganze über alles Maß ausführliche Antwort gehalten. Sie schließt mit der Bewilligung einiger Geldmittel.

[1] Londorp II, 236. [2] Acta publica 1620 p. 229.
[3] A. a. O. 236. Vom 13. December.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In entsprechender Weise antworteten die schlesischen Fürsten und Stände dem Bethlen Gabor, der von Preßburg aus, am 16. November, sie aufforderte festzuhalten und ihm einen Theil ihrer Truppen nach Mähren hin entgegen zu senden.[1] Sie sagen, daß sie bereit seien, alle ihre Habe und ihren Besitz und Blut und Leben aufzusetzen, um den König und die Freiheit der evangelischen Religion zu vertheidigen. So am 12. December.[2]

Inzwischen jedoch waren auch andere Meldungen auf dem Wege. Von Bautzen aus erließ der Kurfürst Johann Georg, am 26. November / 6. December, an die Fürsten und Stände von Schlesien ein ausführliches Schreiben.[3] Er legt darin den Ursprung und den Gang der böhmischen Rebellion dar. Er berichtet, wie er mit Schmerzen habe erfahren müssen, daß die böhmischen Stände seine Bemühungen um eine friedliche Interposition hinausgezogen und vereitelt, in dem Kurfürsten von der Pfalz sich ein neues Haupt erwählt und gegen ihren König und Kaiser jegliche Feindseligkeit verübt haben. Darum habe der Kaiser ihm, dem Kurfürsten, und dem Herzoge Maximilian von Bayern die Commission zur Herstellung der Ruhe und des Friedens aufgetragen.

„Und gelanget demnach, läßt Johann Georg schreiben, an EE. LL. und Euch unser freundliches Bitten und gnädigstes Gesinnen" der Unterwerfung. „Wir bezeugen mit Gott und einem guten Gewissen, daß wir es mit EE. LL. und Euch treulich und gut meinen und Anderes hierunter nicht suchen, wünschen und begehren, als daß EE. LL. und Ihr möchtet zur Ruhe kommen, vor allem Verderben errettet, und bei den Privilegien, Rechten und Gerechtigkeiten, insonderheit aber bei dem freien Exercitio der wahren christlichen und unverfälschten Religion defendiert werden, die EE. LL. und Euere Vorfahren und Eltern von hochlöblichsten Kaisern des Hauses Oesterreich erlangt, und (die von) jetziger K. und K. Majestät bei Antretung Deroselben königlicher Regierung confirmiert worden."

Der Kurfürst legte eine Abschrift der kaiserlichen Commission für ihn bei, datiert vom 20. April 1620.[4] Der Kaiser gibt darin die Ansicht kund, daß auch in Schlesien eine Minderheit der Stände die Mehrheit einschüchtere. „Wir haben, sagt er, gründliche Nachrichtung, wasmaßen die Wenigsten unter Euch das Hauptwerk und die rebellische, öffentlich fried- und eidbrüchige Erklärung wider uns ohne einige Vollmacht

[1] A. a. O. 271. [2] A. a. O. 273. [3] A. a. O. 256. [4] A. a. O. 262.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zu Prag geschlossen." — In der That haben ja die eigenen Berichte der schlesischen Delegierten aus Prag seiner Zeit uns wiederholt gezeigt, daß bei denselben ein starkes Motiv für ihr Mitthun bestand in ihrer Furcht vor dem Zorne der böhmischen Häupter.

Die Fürsten und Stände von Schlesien reichten dem Winterkönige das kursächsische Schreiben ein. Es sei daraus unschwer zu vermerken, sagten sie, daß dem Kurfürsten „sonder Zweifel von Friedhässigen dieses Landes allerhand befremdliche Meinungen und Prätensionen wider uns wollen eingebildet, und (daß wir) solcher Dinge beschuldigt werden, welche uns niemals in Sinn und Gedanken gekommen." Deshalb fragen sie an, ob nicht Friedrich für rathsam, thunlich und nöthig erkennen möchte, daß die Stände einige Personen an den Kurfürsten absenden und ihm die Nothdurft vorstellen.[1]

Die Höflichkeit der Worte verhüllt nur leicht die beginnende Schwenkung der schlesischen Fürsten und Stände. Friedrich und seine Umgebung erkannten dieselbe, wie auch den Grund. Am nächsten Tage, dem 22. December, schrieb er aus Breslau an Thurn, der sich in Mähren befand: „Allhier ließen sich die Dinge wohl an und schickte man sich zur Defension mit ansehnlichen Mitteln. So kommt der Bericht, daß mehrentheils die mährischen Stände wider ihre Pflicht und theuer geschworene Confoederation sich nicht allein in Tractate mit dem Kaiser eingelassen, sondern auch gänzlich demselben ergeben und Gnade suchen wollen."[2]

Das Umschlagen also der mährischen Stände erweckte, nach dem Zeugnisse Friedrichs, auch in den schlesischen Herren friedliche Gedanken. Wie aber kam es, daß Friedrich gerade dem Grafen Thurn dies kund gab? — Das Schreiben Friedrichs ist, wie die weiteren Worte desselben zeigen, eine Antwort auf eine Meldung Thurns. Was dieselbe enthielt oder andeutete, erfahren wir aus dem Berichte der französischen Botschafter in Wien. Sie sagen: „Die mährischen Stände haben sich dem Kaiser ergeben, sans aucune condition que de sa grace. Le comte de Tour eût pris la même condition, s'il n'eût été averti que l'Empereur ne lui voulait pas pardonner.[3] — In jener Meldung an Friedrich hatte Thurn angedeutet, daß er dieses Gnadengesuch in Wien durch seine Frau und seinen Sohn betreiben lasse. Die Meldung

[1] A. a. O. 265. Vom 21. December. [2] Londorp II, 243.
[3] Ambassade 433. Vom 6. Januar 1621. Vgl. Gindely III, 393.

Digitized by Google Origina from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kann kaum einen andern Zweck gehabt haben, als, für den Fall des Fehlschlagens, es nicht zugleich auch mit Friedrich zu verderben. Demgemäß aber war auch jenes Urtheil, welches Friedrich über die mährischen Stände fällte, für Thurn selber bestimmt. — Nach der Zurückweisung seines Gnadengesuches redete und handelte dann Heinrich Matthias Graf von Thurn, wie er vordem gethan, und wir werden ihm als heimatloser Brandfackel des Krieges, als Diener der Feinde seines Vaterlandes, noch oftmals wieder begegnen.

Der Ausdruck des Wunsches der schlesischen Fürsten und Stände, auf die Ladung des Kurfürsten von Sachsen zu einer Beredung mit ihm einzugehen, lag Friedrich vor. Abschlagen oder Ausweichen war nicht thunlich. Deshalb gab er, bereits am nächsten Tage, dem 22. December, seine Einwilligung.[1] Er gestattet ihnen, sich mit Kursachsen in gütliche Unterhandlung einzulassen. Nicht jedoch entläßt er sie darum des geleisteten Eides und der Pflicht. Damit die Stände darin ohne sondere Hinderung verfahren können, sagt er, sei er Willens, sich an einen mehr sicheren Ort, doch in aller Nähe zu begeben, „wie das dem gemeinen Besten selbst merklich zu statten kommt und an solcher Ihrer Majestät Person Versicherung diesen Landen das Meiste und Vornehmste gelegen." Friedrich behält sich seine Rechte und Befugnisse den Ländern gegenüber vor, gedenkt dagegen auch die Stände mit eigener und fremder Potentaten Hülfe keineswegs zu verlassen. Indem er sich mit der Unterhandlung mit Kursachsen wohl zufrieden erklärt, will er sich keines anderen gnädigst versehen, als daß seine Person darin mit umfaßt werde. Zum Schlusse jedoch warnt er die Schlesier auf das mitconfoederirte Ungarn wohl Acht zu haben, damit nicht, wie Bethlen Gabor den mährischen Ständen für ihre Unterwerfung allbereits mit Türken und Tartaren gedroht, auch sie in größere Gefahr und Unglück rennen mögen.

So lautete die öffentliche Antwort. Es liegt einiger Widerspruch darin, daß, wo doch nur erst die mährischen Stände sich losgesagt hatten, nicht die schlesischen, wo vielmehr Friedrich diese aufs neue an sich bindet, er doch in der Fürsorge für die Sicherheit seiner Person erklärt, in Breslau nicht bleiben, sondern sich an einen anderen Ort begeben zu wollen. Es fragt sich also um die Motive für die Absicht der aber-

[1] Londorp II, 237. Acta publica 1620. p. 265.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

maligen Flucht. Wir erfahren sie von derjenigen Persönlichkeit, welche alle die Jahre herdurch bis zur Schlacht von Prag den thörichten jungen Mann rastlos vorwärts getrieben hatte und nunmehr sich mit ihm in einer ähnlichen Lage befand — dem Fürsten Christian von Anhalt. Fassen wir die Erwägungen desselben zusammen.[1]

„Die Person des Königs ist in Breslau nicht mehr sicher, weil wir in der Richtung auf Böhmen keine Besatzung haben als in Glatz. Die Unter-Lausitz ist von Kursachsen besetzt, die Ober-Lausitz bereit zur Unterwerfung. Der Kurfürst tentiert auch die schlesischen Stände. Besonders aber ist seine Absicht dahin gerichtet, dem Könige den Rückzug abzuschneiden. Wenn ihm dies gelingt, so geräth unvermeidlich der König den Feinden in die Hände."

„Dagegen hat sich die Affection hier verändert. Der gemeine Mann, des Kriegsvolks überdrüssig, redet von Ergebung an den Kurfürsten." — „Die Mittel an Geld und Kriegsvolk ermangeln. Der Feind dagegen besitzt alles, und will den Sieg ausnutzen. — Die Bürgerschaft in Breslau ist Meister der Stadt. Sie hat ihren Un- und Widerwillen vielfältig kund gegeben, die Soldaten, sogar die eigenen Commissäre des Königs nicht in die Stadt eingelassen. Sie hat tumultuierend und bedrohlich geredet gegen die reformierte Predigt, für die der König einen eigenen Majestätsbrief gegeben. Sie hat ohne Consens und Vorwissen des Königs während seiner Anwesenheit hier ein Fähnlein Soldaten angeworben und gemustert, und ihre Wachen gleichsam mit Trotz verstärkt, und dadurch erweisen wollen, daß sie der Orten Meister sei."

„Das Kriegsvolk der Fürsten und Stände von Schlesien ist aus allem Gehorsam gekommen. Es hat erklärt, daß, wenn es nicht für vier Monate Sold erhielte, es auf Breslau marschieren würde."

„Bethlen Gabor hat die Fürsten und Stände von Schlesien vielfältig zur Schuldigkeit ermahnen lassen, auch mit Bedrohungen. Dagegen hat sein Secretär Krauß sich hier ausdrücklich vernehmen lassen: wenn der König von Böhmen sich zu den bevorstehenden Friedensbedingungen nicht verstehen wolle: so sei er, Bethlen, entschlossen, seines Theiles für sich den Frieden einzugehen."

„Auch die Stände von Mähren hatten die Schlesier zum Beharren ermahnt. Eben sie aber haben nunmehr über alles Vermuthen, ohne Vorwissen des Königs, Buquoi willig ins Land gelassen, auch dem Könige

[1] Originalbericht uiw. 158 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

geschrieben: er möge damit zufrieden sein, daß sie sich in die Pflicht des Kaisers einlassen."

„Aus den aufgezählten Ursachen kann der König für sich keine Sicherheit in diesen Landen finden. Nachdem nun nach gepflogenem fleißigem Rathe mit etlichen der vornehmsten Stände in Schlesien das Allermeiste daran gelegen zu sein befunden, daß Dero königliche Person nicht irgends dem Feinde in die Hand tradiert werden möchte: als haben Sie nicht vorüber gekonnt, die Resolution zu nehmen, sich bis auf eine weitere Occasion an mehr sichere Orte zu begeben, und ihrer assistierenden Herren und Freunde Rathes zu pflegen, auch fernerhin Hülfe und Beistand zu erlangen."

Dies Gutachten Anhalts für die weitere Flucht Friedrichs eignete sich in gleichem Maße für ihn selber. Auch auf ihn drückte in Breslau, wie sechs Wochen zuvor in Prag, die Furcht, daß bei längerem Verweilen die Bürgerschaft ihn wie Friedrich dem Kaiser ausliefern werde.

Noch einmal machten die Fürsten und Stände von Schlesien höfliche Worte. Die Erwiederung[1] Friedrichs, vom 23. December, legt durch ihre Verworrenheit Zeugnis ab von der Hast zur Reise, in welcher er und seine Umgebung sich befanden. Noch am selben Tage verließen sie Breslau, um als nicht-geladene Gäste sich in die Mark Brandenburg zu begeben.

Abermals, jedoch erst elf Tage später, schickten die Fürsten und Stände von Schlesien ihm höfliche Reden nach, daß sie in den gütlichen Tractaten mit Kursachsen „Sr. Majestät Person, Dignität und Hoheit in Obacht nehmen wollten," nunmehr jedoch mit dem Zusatze: „wie es nach den Pflichten zu geschehen immer möglich."[2]

Daß die Worte schon klarer als zuvor die Schwenkung in Aussicht stellten, scheint Friedrich oder wer immer damals ihn berieth, nicht erfaßt zu haben.

Auch er entsendete an den Kurfürsten von Sachsen den Grafen Hohenlohe, „mit der ganz freundlichen Bitte, daß es J. K. G. gefallen möge, Mittel zum Frieden vorzuschlagen." Dieser Friede, wie Friedrich ihn sich dachte, setzte nicht bloß seine Herstellung voraus, sondern auch

[1] Londorp II, 237. Irrthümlich dort das Datum als st. v. bezeichnet.

[2] Acta publica 1620 p. 268. Vom 4. Januar 1621.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„eine Ergötzung des zugefügten Schadens." — Der Vortrag schloß mit einer Hindeutung auf die Gefahr des Reiches vor Türken und Tartaren.[1]

Die Antwort Johann Georgs lautete scharf. Er erkenne die Gefahr vor Türken und Tartaren an, sagte er, belasse sie aber zur Verantwortung derjenigen, die dazu Ursache und Anleitung gegeben, und bei denen kein Bitten, Flehen, Ermahnen noch Erbieten habe helfen wollen. Es sei nunmehr zu spät, Rath und Mittel bei demjenigen zu suchen, der von Anfang an das ganze Werk misbilligt, dessen treuherzige Erinnerung aber man hintangesetzt habe. Auch wisse der Kurfürst kein anderes Mittel mehr als die demüthige Bitte um Verzeihung. Im anderen Falle, wenn man noch auf weiteres Blutvergießen und Landverderben sinne, könne erfolgen, was Kurpfalz vielleicht nicht vermeine.[2]

Die Worte des Kurfürsten Johann Georg, vom 11./21. Januar, deuten auf den Ausspruch der Reichsacht über Friedrich V.

Daß nicht längst, bereits bei dem Beginne des offenen Krieges wider den Winterkönig, die Reichsacht über ihn ausgesprochen war, wie der Kaiser selbst, der Herzog Maximilian, der Erzherzog Albrecht in Brüssel, und andere Fürsten es für zweckmäßig hielten, hatte Friedrich, wie wir gesehen, hauptsächlich der Rücksicht des Kaisers für die abweichende Meinung des Kurfürsten von Sachsen zu danken. Eben darum auch zauderte der Kaiser mit dieser Maßregel noch nach der Prager Schlacht über zwei Monate. Aus jenem Gutachten Rusdorfs haben wir die Mahnung an Friedrich vernommen, daß er dem Schlage, der die Brücke abbrechen würde, zuvorkommen möge durch die Unterwerfung. Es geschah nicht. Am 12. Januar 1621 that der Kaiser dem Kurfürsten Johann Georg seine Absicht kund, nunmehr den schweren Streich zu führen.[3] — Demnach geschah jene Andeutung für Hohenlohe aus gutem Wissen des Kurfürsten. Daß Johann Georg noch einen Einwand dagegen erhoben, liegt nicht vor.[4]

Siebenzehn Tage nach jener Meldung des Kaisers an Johann Georg, am 29. Januar 1621, vollzog sich in der Hofburg in Wien der Act der Verkündung der Reichsacht in den hergebrachten alten Formen. Bei dem Zuge in die Ritterstube trug der Marschall dem Kaiser das Reichsschwert vor. Der Kaiser ließ sich nieder auf den Thron, umgeben

[1] Londorp II, 248. [2] A. a. O. 249. [3] Kriegsacten F. 41.

[4] Vgl. die Worte bei Khevenhiller IX, 1346: die Kurfürsten haben es sich gefallen lassen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

von seinen Geheimräthen und den Mitgliedern des Reichshofrathes. Der Reichs-Vicecanzler Ulm hielt den Vortrag. Die Declaration der Acht und Aberacht über Friedrich ward verlesen, dann das Actenstück dem Kaiser überreicht. Er zerriß es, stieß dann die Stücke mit dem Fuße hinweg. Die Herolde nahmen sie auf, und ließen sie zum Fenster hinaus in alle Winde fliegen.

Es folgte, in kürzerer Form, die Achtserklärung über den Markgrafen Johann Georg von Brandenburg, über den Fürsten Christian von Anhalt, „der mit Rath und That vornehmlich ein Anstifter dieses ganzen Unheiles gewesen," über den Grafen Georg Friedrich von Hohenlohe. Sie wurden sämmtlich als pflicht- und eidbrüchige Rebellen, als aufrührerische Verächter und Verletzer der kaiserlichen Hoheit und Majestät, als Verbrecher des gemeinen Landfriedens aus dem Frieden in den Unfrieden gesetzt. Dann gingen die Reichsherolde mit Heerpauken und Trompeten aus, um auf den Hauptplätzen der Stadt Wien die Achtserklärung öffentlich zu verkünden.[1]

Der Achtserklärung über Friedrich geht eine lange geschichtliche Rechtsabhandlung vorher, die das Hauptgewicht darauf legt, daß das Verbrechen Friedrichs notorisch und weltkundig sei. Des ungeachtet wuchs gegen die Achtserklärung wie dann auch für dieselbe eine Reihe von Druckschriften empor. In der ersteren Richtung, welche hauptsächlich die Gedanken vertritt, daß Friedrich ungehört verurtheilt, und daß der Kaiser in eigener Sache Richter gewesen sei, ist besonders nennenswerth der Achtsspiegel von Camerar. Aber derselbe Camerar war einer der Räthe Friedrichs, die in ihrem Gutachten vom October 1619 gegen die Annahme der böhmischen Krone geltend gemacht: „daß es endlich wider Pfalz (Friedrich V.) gar zur Acht kommen werde."[2] Der Wahrscheinlichkeit nach war sogar dies Gutachten aus der eigenen Feder Camerars geflossen.

Drei Tage nach der Achtserklärung, am 1. Februar, erfolgte die Vollmacht zur Execution derselben an den Herzog Maximilian von Bayern.[3]

2. Das Zergehen der Union.

Die Kunde der Acht und Aberacht erscholl durch die Länder des Reiches. Sie übte ihre Wirkung auf diejenigen Fürsten und Stände

[1] Khevenhiller IX, 1346. Die Achtserklärung, vom 22. Januar 1621 datiert, in allen Sammelwerken, bei Londorp II, 306 u. f.; im Th. E. I, 528; bei Meteren III, 68.

[2] Moser VII, 112. [3] Londorp II, 375.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

desselben, die, als Mitglieder der Union in ähnlicher Lage wie der Pfalzgraf Friedrich, etwas zu verlieren hatten.

Auf die Kunde der Prager Schlacht hatte der Pfalzgraf Johann von Zweibrücken als der Statthalter Friedrichs die Unierten auf den 28. Januar 1621 nach Heilbronn geladen.[1] Dort wolle man gesammter Hand berathen, „welcher Gestalt die so hochnöthige Gegenverfassung und Defension des allgemeinen nothleidenden evangelischen Wesens vermittelst einmüthiger Zusammensetzung der Nothdurft nach zu continuieren sei."

Unterdessen durcheilte Camerar als Bevollmächtigter Friedrichs im weiten Bogen die deutschen Länder, um „wiewohl an Leib und Seele krank," zum Unionstage in Heilbronn einzutreffen.[2] Seine Reise ging über Lübeck, Hamburg, Braunschweig, Cassel. Er befliß sich, wie er meldet, „die Gemüther allenthalben wohl zu disponieren, zu erwärmen und zur gemeinsamen Vertheidigung und Rettung zu entflammen." Seine Berichte aus dieser Zeit haben daher den geschichtlichen Werth, uns Aufschlüsse zu geben über die Stimmungen der Menschen, wie sie sich in seiner Auffassung wiederspiegeln.

Der selber unermüdliche Mann fand im Januar, daß die Erwartung der zu verkündenden Reichsacht schwer auf den Gemüthern lag. „Schon nennt man, schreibt er aus Cassel, am 9./19. Januar, die Herren und die Städte, die vom Kaiser in die Reichsacht erklärt werden sollen." — Er gelangte weiter nach Heidelberg. Inzwischen erfolgte jene Verkündung der Acht über Friedrich. „Die leidige Acht, meldet Camerar von dort am 17./27. Februar, hat vieler Menschen Herzen offenbar gemacht. Die unierten Kur- und Fürsten fürchten ebenmäßige Prozesse, wollen gern den Kopf aus der Schlinge ziehen, es gehe mit Kurpfalz wie es wolle. Die unierten Städte sind mit dem Markgrafen Joachim Ernst sehr unzufrieden, wie mit dem Kriegsvolke, womit es wahrlich fast wie in Böhmen hergeht." Er macht weitere Reflexionen und faßte dann zusammen: „In Summa, teutsche Mannheit, Treue und Beständigkeit ist dahin."[3]

So der Gesammteindruck auf den rastlosen Agitator der Aggressiv-Partei. Wenden wir uns zu den verschiedenen Gruppen derselben.

Noch vor dem Schlusse des Jahres 1620 hatten die drei hauptsächlichsten Reichsstädte, die dem Bunde der Union angehörten, Straß-

[1] Londorp II, 242. [2] Söltl III, 110. [3] A. a. O. 114.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

burg, Nürnberg, Ulm, sich zu einer Gesandtschaft an den Kaiser geeinigt. Das Creditiv für dieselbe trägt das Datum des 3. Januar.[1] Man pflegte diese drei Städte die Directorial-Städte zu nennen, weil die ihnen benachbarten Reichsstädte ihrer Führung zu folgen pflegten. Zu Straßburg standen in dieser moralischen Abhängigkeit die Reichsstädte Worms, Speier, Weißenburg am Rhein, Landau; zu Ulm die Städte Nördlingen, Schwäbisch-Hall, Heilbronn, Memmingen, Kempten; zu Nürnberg die Städte Rotenburg, Schweinfurt, Windsheim, Weißenburg im Nordgau. Alle diese Städte waren dem Beispiele jener drei zum Eintritte in die Union gefolgt. Wie dagegen Frankfurt a./M. nicht beitrat, so auch nicht Friedberg und Gelnhausen, die in ähnlichem Verhältnisse der moralischen Abhängigkeit von Frankfurt standen.[2]

Wir haben seiner Zeit die Abmahnung eines Nürnbergers an die Städte vor dem Eintritte in die Union vernommen. Sie war fruchtlos verhallt. Neben anderen Mitteln hatte den Häuptern der Union damals der Name Donauwörth zum wirksamen Drucke gedient, die Städte in den Bund einzuscheuchen. Nun dagegen, wo die Sache ihren Verlauf genommen, wo nach und nach die Anschläge der Union und insbesondere der Triumvirn ans Tageslicht traten, redete man von Seiten der Liga zu den Reichsstädten in folgender Weise. „In den Acten und Briefen der Union hat es sich darum gehandelt, wie man die Welt aus den Angeln heben, das Haus Oesterreich zu Grunde richten, die Herrschaften der Kirchenfürsten unter sich vertheilen, den Kurpfälzer zum Könige machen, Bethlen Gabor, auch den Türken zu Hülfe rufen, lieber den Teufel als Ferdinand zum Kaiser machen wolle. Dagegen findet sich von einer Herstellung Donauwörths in diesen Acten kein Wort. Die Stadt ist in demselben Stande, in welchem sie war am Tage der Begründung der Union. Dafür also habt Ihr Reichsstädte nicht bloß Hunderttausende, sondern Millionen gezahlt."[3]

In der That hatten die Reichsstädte, deren Häupter sich in die Union hatten verlocken lassen, die Hauptlast derselben getragen. Sie konnten es, weil damals ihre Kraft noch nicht gebrochen war durch die lange Nacht dieses Kriegszustandes, an dessen Beginne die Thorheit der Häupter der Städte einen erheblichen Antheil der Mitschuld trug. Damals hieß es, daß in den drei Städten Straßburg, Ulm, Nürnberg, sich mehr Geld finde als in dem ganzen Königreiche Dänemark.[4] — Die Städte,

[1] Senkenberg XXV, 19. [2] Nova Apocalypsis 178. [3] A. a. O. 179.
[4] A. a. O. 205.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bei ihrer geordneten Geldwirthschaft, zahlten pünktlich. Man konnte daher die einzelnen Beträge nachweisen: Nürnberg hatte in die Unionscasse eingezahlt 478,800 Fl., Straßburg 279,000 Fl., eben so viel Ulm, die anderen nach Verhältnis weniger, aber doch Rotenburg 117,800 Fl.[1] — Auf Grund solcher Rechnungen konnte ein Gegner der Union damals ausrufen: „Ihr Reichsstädte habt den unierten Fürsten in wenigen Jahren mehr gezahlt als dem Kaiser gegen die Türken in einem Jahrhunderte.“[2]

Weniger schwer lasteten die Beiträge zur Union auf den Fürsten. Die Triumvirn namentlich empfingen zurück durch die hohen Gehalte für ihre Generalate.[3] Andere, namentlich der Landgraf Moritz von Hessen-Cassel, blieben im Rückstande. Insgesammt betrugen die Rückstände der unierten Fürsten beim Schlusse des Jahres 1620 die Summe von 586,972 Fl.[4]

Jene Reichsstädte hatten also mit ihren Mitteln sich der Habgier und der Herrschsucht der Fürsten freiwillig dienstbar gemacht. Dennoch darf man den Bürgerschaften jener Reichsstädte die Schuld des thörichten Verhaltens eben so wenig beimessen, wie dem böhmischen Volke die Schuld der Rebellion. Die Verfassung der Reichsstädte war nicht mehr aristokratisch, sondern, seitdem die Kaiser nicht mehr Vertreter ihrer Oberhoheit sandten, allmählich oligarchisch geworden. Die Patricier-Familien, obwohl nicht adeliger Geburt, sondern aus dem Bürgerstande emporgewachsen, hatten die Herrschaft in Händen.[5] In jeder dieser Städte fanden sich, obwohl das Territorial-Kirchenthum derselben das lutherische war, Mitglieder des Rathes, die sich dem Calvinismus zuneigten, und daher für das Trachten der Union nach der Säcularisierung alles noch bestehenden Kirchengutes zugänglich waren. Andere auch mochten durch Bestechungen und Verheißungen gewonnen sein. Eine Flugschrift jener Zeit kleidet diesen Verdacht in die Worte:

Die Herren mit Schmieralienſaft
Sein übergüldet worden:
Drum kommt die arme Bürgerſchaft
In dieſen ſchweren Orden.[6]

Die Kunde der Schlacht von Prag jedoch, die aufsteigende Furcht vor der Reichsacht, die nicht bloß die Patricier treffen, sondern den Verkehr und den Handel und das ganze Erwerbsleben der eigenen Stadt

[1] A. a. O. 120. [2] A. a. O. 211. [3] A. a. O. 180. [4] A. a. O. 121.
[5] A. a. O. 252. [6] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bedrohen würde, löste die Zungen der Bürgerschaft. Auf die Frage einiger Pfälzer, warum Nürnberg von der Union abtreten wolle, erhielten sie die Antwort, daß im anderen Falle ein Aufstand der Bürgerschaft zu befürchten sei.[1]

Darum also eilten Straßburg, Ulm und Nürnberg, bei dem Kaiser gütlich abzukommen. Eben dies entsprach dem Wunsche desselben. Noch vor der Verkündigung der Reichsacht über den Pfalzgrafen Friedrich, am 23. Januar,[2] erging ein kaiserliches Schreiben an die Reichsstädte Straßburg, Nürnberg, Ulm. Der Kaiser sagt darin, daß der Landgraf Ludwig, wie er im Sommer zuvor sich zur Vermittelung erboten, auch ferner bereit sei, dem Gemeinwohl zum Besten darin fortzufahren. Obwohl nun seitdem die göttliche Allmacht dem Kaiser verschiedene Siege verliehen, so wolle er doch alle friedliche Mittel dem rauhen Wege des Krieges vorziehen. Darum nehme er das gutherzige und rühmliche Vorhaben des Landgrafen mit Dank an, ermahne aber auch die Städte nun noch einmal und zum letzten Male, daß sie von der Union abstehen und für das Kriegsheer derselben nichts mehr beitragen. Wenn dies geschehe, so solle „alles und jedes was etwan wider uns und unsere hochgeehrten Vorfahren am Reich auf Seiten Eurer oder anderer mitunierten Städte jemals verhandelt worden, todt und ab und zu ewigen Tagen nicht anders, noch weniger vergessen sein, als wenn obbesagte Union und die böhmische Unruhe sammt Allem, was damit in Verbindung steht, niemals gewesen wäre." Dieselbe Versicherung gab der Kaiser im Namen des Königs von Spanien.

Dazu erbot sich der Kaiser, den Städten alle Privilegien, Satzungen, Gebräuche, Gewohnheiten — in so weit dieselben dem (Augsburger) Religions- und Profanfrieden nicht zuwider — zu bestätigen. — Zum Zwecke des Abschlusses gab er Vollmacht an den Kurfürsten Johann Schweikard von Mainz und den Landgrafen Ludwig.

Im Februar begannen die Verhandlungen zu Aschaffenburg. Voran traten dort die Abgeordneten der Stadt Straßburg, unter ihnen der Syndikus Antonius Wolf, den dafür Camerar als „einen Sclaven der Pfaffen" bezeichnet.[3] Bei der beiderseitigen Willigkeit ging die Sache glatt und leicht von statten, so daß bereits am 14./24. März der Vertrag

[1] A. a. O. 23. [2] Kriegsacten F. 41. [3] Söltl III, 115.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auf Grund des kaiserlichen Schreibens vom 23. Januar zu Stande kam. Dazu versprach der Kaiser ausdrücklich, die Reichsstädte mit Einlagerungen und Durchmärschen zu verschonen.[1] — Dieser Punct des Vertrages ist von besonderer Wichtigkeit für die folgenden Zeiten. Der Stadt Straßburg gegenüber blieb der Kaiser, zum Danke für ihre Willfährigkeit, nicht stehen bei der Bestätigung ihrer Privilegien. Er verlieh ihr ein neues und wichtiges dazu. Vermöge eines Privilegiums von Kaiser Maximilian II. besaß die Stadt eine philosophische Facultät. Ferdinand II. bekräftigte und erweiterte dies Privilegium zu demjenigen einer völligen Universität, mit dem Rechte, Doctoren aller Facultäten zu ernennen. Wie hoch diese Verleihung geschätzt wurde, ergibt sich aus der Thatsache, daß die Festlichkeiten der Promulgation, unter dem Zuströmen vieler tausende, fünf volle Tage in Anspruch nahmen.[2]

Die Stadt Straßburg hatte den Aschaffenburger Vertrag zunächst für sich selber abgeschlossen, so jedoch, daß den anderen Reichsstädten für sechs Wochen der Beitritt offen gehalten wurde. Sie säumten nicht, davon Gebrauch zu machen. Noch vor dem Ablaufe der ersten Hälfte des Monates April waren sämmtliche Reichsstädte von der Union abgetreten.

Die Mehrzahl der Fürsten in der Union hatte kaum geringere Eile, auf das Trockene zu kommen, als die Reichsstädte. Auch ihnen eröffnete der Kaiser den Weg. In einem Schreiben, bereits vom 20. Januar, that er dem Landgrafen Ludwig kund, daß er zwar über den Pfalzgrafen Friedrich die Reichsacht aussprechen wolle, jedoch für alle diejenigen, welche sich an dem böhmischen Unwesen nicht betheiligt, sich zu friedlichen Versicherungen erbiete.[3]

Der Erste, der dem Kaiser näher trat, war der Herzog Johann Friedrich von Württemberg, auf den auch seine Landstände in diesem Sinne drängten. „Nachdem, schrieb er am 19./29. Januar, ein Unionstag nach Heilbronn angesetzt, so sollte zu Ew. K. M. Satisfaction und dem lieben Vaterlande zum Besten es mir erfreulich und lieb sein, wenn von Derselben ich beschieden werden möchte, durch was Mittel und Wege zu einem sicheren Frieden in der Nachbarschaft zu gelangen."[4] Jedoch sprach er den Wunsch aus, daß Spinola abziehen möge. Dieser seinerseits richtete im Namen seines Königs an die Versammlung in

[1] Der Aschaffenburger Vertrag bei Dumont VII, 387 u. f.
[2] Theatrum E. 579. Vgl. Reuß, Straßburg 14. [3] Senkenberg XXV, 21.
[4] Sattler VI, Beilagen Nr. 46.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Heilbronn die Versicherung, daß Niemandem, der sich friedlich halte, etwas zu Leide geschehen solle.[1] Solchen Worten gegenüber erlahmten die Reden Camerars, wie des holländischen und des englischen Gesandten. Dieser letztere, Ritter Morton, hatte von dem Könige Jacob 100,000 Rthlr. mitgebracht. Der König Jacob meldete dabei, daß er dies thue: pour les conforter contre l'étonnement qu'ils auraient pu prendre du malheur arrivé en Bohème. Das Geld solle dienen für die Bedürfnisse der Armee, einstweilen bis der König mit der Hülfe seines Parlamentes, welches er hauptsächlich zu diesem Zwecke berufen, eine mehr ausgiebige Hülfe für die Vertheidigung und den Wiedergewinn der Pfalz verschaffen könne. Denn dafür, schloß das Schreiben: nous sommes résolus d'employer le verd et le sec.[2]

Das Schreiben ist ein abermaliger Beweis der unablässig schwankenden Gesinnung des Königs Jacob. Wie das Mistrauen des Kaisers in ihn durch diese Geldsendung für die Union neue Nahrung erhielt, so ward die hinsiechende Union, deren Schuld an die Soldaten sich auf Millionen belief, durch jene sehr mäßige Summe nicht neu gekräftigt. Camerar berichtet darüber: „Das Geld aus England ist sogleich dem Markgrafen Joachim Ernst überliefert und nach seinem Wohlgefallen vertheilt worden. Unterdessen bekommt das eigene Kriegsvolk der Kurpfalz nichts davon, und das andere" — also doch wohl der Union — „verdirbt die Pfalz mehr als die Feinde."[3] — Nur auf Joachim Ernst als General können sich auch die anderen Worte Camerars beziehen: „Weil das Geld aufgehört, daß man mit Rosenobeln sich nicht mehr füllen kann, ist Muth und Herz auf einmal gesunken."[4]

Auf die Mittheilung des kaiserlichen Schreibens, vom 20. Januar, durch den Landgrafen Ludwig, beschlossen die Unierten in Heilbronn, eine Gesandtschaft an den Kaiser zu schicken. Die Instruction derselben, vom 14./24. Februar, sucht den Bestand und das Verhalten der Union zu rechtfertigen, beklagt, daß wider ihr allseitiges Verhoffen der Kaiser sich zum Aussprechen der Reichsacht über Friedrich habe bereden lassen, und bittet, daß er sich seines Sieges als ein milder Kaiser bedienen und die Execution der Acht einstellen werde.[5] — Der Wortlaut der Instruction zeigt also noch einige Anklänge an frühere Zeiten. Wichtiger als solche Worte war die Thatsache, daß diese Union, deren Gründer Heinrich IV.

[1] Senkenberg XXV, 20. [2] Sattler VI, Beilagen Nr. 45.
[3] Söltl III, 115. [4] A. a. O. 120. [5] Sattler VI, Beilagen Nr. 47.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und Christian von Anhalt sich das Verderben des Hauses Habsburg zum Ziele gesetzt, nun um den Frieden bittend vor dem Kaiser erschien.

Auch die Worte der Unierten ließen dem Landgrafen Ludwig gegenüber täglich nach. Es gebe, ließen ihm die Unierten sagen, für Friedrich V. kein anderes Heilmittel, als die Abtretung alles dessen, was er in Böhmen noch besitze, an den Kaiser. Weiter baten sie den Landgrafen, den Spinola von jeglicher Feindseligkeit gegen sie abzumahnen. Solchen Eröffnungen, die der Graf Friedrich Solms im Namen der Unierten nach Aschaffenburg überbrachte, legte Joachim Ernst noch ein besonderes Schreiben an den Landgrafen bei. Dieser berichtet an Spinola den Inhalt mit den Worten: „Er bezeugt, daß er lieber in schuldigem und gehorsamem Dienste für den Kaiser Eine Pike tragen, als sonst ein Heer anführen wolle." [1] — Es war derselbe Mann, einer der Triumvirn, der zwei Jahre zuvor mit erbetteltem venetianischem Gelde die Welt hatte aus den Angeln heben wollen.

Bei dieser Geneigtheit vieler Unionsfürsten, von der Sache abzukommen, hing es fast nur von Spinola ab, die Bedingungen vorzuschreiben.

Minder nachgiebig bewies sich ein anderer Fürst der Union, der Landgraf Moritz von Hessen-Cassel, der den Unionstag in Heilbronn nicht mit beschickt hatte.

Moritz hatte dem Pfalzgrafen Friedrich nicht zur Annahme der böhmischen Krone gerathen. Er wandte damals ein, daß Friedrich durch die Anerkennung Ferdinands als Mit-Kurfürsten, dann durch die Wahl selber in Frankfurt sich den Weg zur Annahme versperrt habe.[2] Nachdem aber Friedrich angenommen, that Moritz alles, was er konnte, um ihn dabei zu behaupten. Dies war freilich nicht viel, weil die Landstände den Forderungen des herrischen Fürsten trotz der Entfaltung seiner unermüdlichen Beredsamkeit nicht willfahrten. Als er im Monate August 1620 außerordentliche Mittel forderte, erwiederten sie insgesammt: die Gefahr sei so groß, daß man ihr mit innerlichen Mitteln nicht hinreichend begegnen könne.[3] Daß dies nur eine Verkleidung der eigentlich kaiserlichen Gesinnung der Landstände, also eine in Betreff des Landgrafen schonende Ausdrucksweise war, ergab sich aus seiner Weisung an

[1] Kriegsacten F. 41. Vom 12./22. Februar. Contestatur, malle se in debito et obsequioso servitio S. Cnae Mtis unicam hastam ferre, quam alterius militis ducem agere.

[2] Rommel VII, 369. [3] A. a. O. 56.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

seine Räthe, den Landständen seine auswärtigen Verbindungen zu verhehlen. Er habe schon im Jahre 1610 darüber verschiedene boshafte Reden gehört. — Dies dürfte sich auf Äußerungen der Landstände über die Verbindung des Landgrafen mit dem Könige Heinrich IV. von Frankreich oder mit den Generalstaaten beziehen. — Auf jene Weigerung der Landstände meldete Moritz, im September, dem Markgrafen Joachim Ernst als dem General der Unions-Armee seine Meinung: man müsse noch eine Armee bilden und den Unterhalt derselben auf die „bösen Pfaffen" wälzen.[1] — Es ist der Gedanke, den wir bei der Agressiv-Partei immer wieder aufleuchten sehen, dessen Bethätigung aber eben so wie im Jahre zuvor, auch noch 1620, erlahmt an der Besorgnis, daß die zu Beraubenden sich wehren würden.

Moritz ging zu seinen Ständen zurück. Er forderte die Ritterschaft auf, sich binnen acht Tagen, am 7. October, zum Lehnsdienste zu stellen. Er redete von Religion und Freiheit, drohte gegen die Säumigen mit landesfürstlicher Ungnade, mit Verlust der Lehngüter und der Pfründen. Im Jahre 1599 hatten hundert hessische Rittergeschlechter noch 227 Mann gestellt. Im Jahre 1620 kamen kaum 100, langsam, schlecht bewaffnet, mit untauglichen Pferden.[2] Immerhin mochte damals die Willigkeit zum Lehndienste aller Orten sehr abnehmen; aber eine Abnahme solcher Art war gar zu groß. Moritz rief aus: das sei scandalös, eine unerhörte Verletzung der ihm von Gottes und Rechts wegen zustehenden Obrigkeit.

Die Ursache des Verhaltens der hessischen Stände war in Wahrheit die, daß sie kaiserlich gesinnt waren, und dies nicht verhehlten.[3] Moritz erwiederte unwillig: es scheine ihm, als ob die Stände die kaiserliche Majestät fast vergöttern wollten, als wäre dieselbe unfehlbar. Aus Furcht konnte diese Gesinnung der Stände nicht hervorgehen; denn es war October 1620, wo die Jämmerlichkeit des böhmischen Wesens noch nicht zu Tage lag, die Schlacht am Weißen-Berge noch nicht geschlagen war, die Union anscheinend noch in voller Stärke stand. Die Stände von Hessen-Cassel riethen damals dem Landgrafen an: er möge sich dem Kaiser fügen. Moritz erwiederte: wie ihre Vorfahren Verräther gewesen seien gegen den Landgrafen Philipp: also seien sie es gegen ihn. Er wollte als Kreisoberster den Kreis in die Waffen rufen gegen Spinola. Die Stände entgegneten: ein solches Recht gegen den Kaiser oder den

[1] A. a. O. 396: les méchans prêtres. [2] A. a. O. 9. [3] A. a. O. 63.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Feldherrn desselben stehe ihm nicht zu. Sie verlangten gütliche Einigung mit Spinola. Moritz wollte nicht. Als die Nachricht von dem Siege der kaiserlichen Waffen bei Prag die deutschen Länder durcheilte und von den Lutheranern in Dresden und Berlin, wie in Prag selbst, mit großer Freude vernommen ward, ließ Moritz in Cassel alle Feste verbieten und verordnete Gebete zur Abwendung der päpstlichen Tyrannei, der Verfolgung des wahren Christenthumes und der evangelischen Kirche.[1]

Die klingenden Worte verhallten gegen die Thatsache, daß Spinola mit Heeresmacht an der Grenze stand. Moritz bequemte sich der Bitte seiner Stände zur Absendung einiger seiner Räthe an Spinola. Dieser forderte das Abtreten von der Union.

Zur Charakteristik der Anschauungen der Menschen jener Zeit ist das Gutachten der hessischen Räthe für ihren calvinischen Landesherrn besonders lehrreich.[2] Die Räthe untersuchen, ob das Beharren bei der Union für Moritz nützlich und ehrenhaft sei. Die Nützlichkeit wird, wie zu erwarten, sofort verneint. Es handelt sich um die Ehrenhaftigkeit. Die Räthe legen ihrem Landgrafen, dessen grimmerfüllte Gesinnung gegen den Kaiser sie kennen, ihre Ansicht dar. Sie verwahren sich, daß sie es thun ohne alle Affecte, in ihrer Einfalt. Sie sagen, daß man sich gegen den Kaiser als die von Gott gesetzte Obrigkeit einzig und allein dann vertheidigen dürfe, wenn die Religion bedroht werde. „Daß es bei der Beschützung der Pfalz um die Religion sich handele, sagen sie weiter, wird von Vielen in Zweifel gezogen. Denn der Kaiser ist vorher in Böhmen gewählt, gesalbt, gekrönt. Er ist von den Kurfürsten als König von Böhmen in das Collegium der Kurfürsten aufgenommen, als solcher mit den Titeln und Würden geehrt. Die Union selbst hat ihn als König von Böhmen anerkannt. Erst dann hat man den Kaiser in seinen Erblanden, ja an seinem Hoflager zu Wien selbst feindlich verfolgt, belagert, ihm sein Land verwüstet. Der Kaiser hat das hoch empfunden, hat sich zur Wehr gesetzt, und Gottes Verhängnis hat ihm den Sieg gegeben. Sollen wir das misbilligen, mit Feuer, Blut und Schwert verfolgen? Das würde nur geschehen können mit der äußersten Gefahr für die Religion und das allgemeine Vaterland. Deshalb halten wir in unserer Einfalt dafür, es sei ehrenhafter, in den Schranken des Respectes gegen den Kaiser, zum wenigsten der Neutralität, zu verharren. Besser wäre

[1] A. a. O. 400.

[2] Zeitschrift für hessische Geschichte III, 200. Vgl. Londorp II, 387. Theatrum E. 550.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

es für das evangelische Wesen, wenn der Kurfürst Friedrich seinen Ansprüchen auf Böhmen entsagte."

Daß die Räthe des Landgrafen Moritz zu diesem herrischen Manne in einer solchen Weise zu sprechen wagten, die, wie sie wußten, seinen Wünschen und Neigungen durchaus entgegen lief, enthält für uns Spätere, abgesehen von den deutlichen Kundgebungen der hessischen Landstände, den Beweis, daß auch bei den Räthen die Sache des Pfalzgrafen moralisch gerichtet war.

Moritz gab so weit nach, in eine weitere Besprechung in Bingen einzuwilligen. Die Bedingungen, die Spinola als Feldherr des Kaisers an Moritz stellte, waren dieselben wie überhaupt für die Mitglieder der Union. Für das Aufgeben der Sache des Pfalzgrafen Friedrich und die Eröffnung des Rheinpasses sicherte Spinola dem Landgrafen die Erhaltung des Friedens, kirchlich wie weltlich. Die Abgeordneten des Landgrafen schlossen darüber einen Vertrag zu Bingen, am 26. März / 5. April. Der Vertrag ward veröffentlicht ohne Vorwissen des Landgrafen Moritz. Er dagegen behauptete, daß seine Räthe durch den Abschluß ihre Instruction überschritten hätten. Ungeachtet der Bitten und Warnungen der Landstände, seiner Räthe, einiger benachbarten Fürsten, der Genehmigung des Kaisers und aller anderen Betheiligten, verweigerte der Landgraf Moritz die seinige.[1]

Die Weigerung des Landgrafen verlor ihre Bedeutung dadurch, daß um eine Woche später, am 2./12. April, in Mainz ein ungleich wichtigerer Vertrag vereinbart wurde. Um den Kurfürsten Johann Schweikard und den Landgrafen Ludwig als die Vermittler sammelten sich dort von der einen Seite der General Spinola, von der anderen der Markgraf Joachim Ernst, der Herzog Johann Friedrich von Württemberg. Die Fürsten und Reichsstände der Union versprachen ihre Truppen nicht wider Spinola zu gebrauchen, dem Pfälzer Friedrich weder mittelbaren noch unmittelbaren Beistand zu leisten. Spinola seinerseits sagte zu, keinen der Unierten feindlich zu behandeln. Die Union lief am 4./14. Mai zu Ende. Die Fürsten versprachen, sie nicht zu erneuern, noch eine andere aufzurichten, ihre Truppen vorher aus der Pfalz zu ziehen, und dem Kaiser getreu zu verbleiben. Spinola willigte in einen Stillstand auch für die Truppen Friedrichs in der Pfalz.[2]

[1] Rommel VII, 407. [2] Sattler VI, Beilage 48. Auch sonst oft.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Spinola äußerte dann mündlich, daß, wenn binnen der Zeit des Stillstandes der König Jacob von England und andere Potentaten bei dem Kaiser eine Fürbitte für Friedrich einlegen, und dieser selber sich näher zum Ziele legen wolle, der Kaiser gern Gnade bewilligen werde.[1]

Noch einmal kamen dann die Häupter der Union in Heilbronn zusammen, am 24. April / 4. Mai, um unter dem Hader gegenseitiger Anklagen die Union für aufgelöst zu erklären und sich über die Abdankung des Kriegsvolkes zu vergleichen.[2] „Zu wünschen wäre es, rief Camerar, daß nie eine Union gewesen, als daß sie mit solcher Schmach ein Ende nehmen sollte."[3]

Es kam noch dazu, daß in denselben Tagen die Besorgnis sich verwirklichte, welche von der Niederlage vor Prag an besonders schwer auf Camerar gelastet hatte. Der Herzog Maximilian hatte die dort erbeuteten Papiere des Fürsten Christian von Anhalt in Auszügen drucken lassen und unter dem Namen der Anhaltischen Canzlei der Öffentlichkeit übergeben. Zugleich also mit der Nachricht des sehr wenig ehrenhaften Ausganges der Union lagen hier die noch minder ehrenhaften Anschläge derselben, namentlich der Triumvirn, aller Welt vor Augen. Der Eine derselben, Joachim Ernst, hatte sich gesichert. „Er ist nunmehr, meldet Camerar, am 24. Mai, ganz kaiserlich."[4] Der Andere, Christian von Anhalt, ließ einige Tage später, am 2. Juni, in Wien seine Bitte um Gnade einreichen. Nur Friedrich V. wollte nicht. „Am kaiserlichen Hofe und in München, meldet Camerar an Anhalt, im April, exaggeriert man das zum höchsten, daß seit der Schlacht vor Prag der König sein feindliches Gemüth wider den Kaiser immerzu fortgesetzt, auch nie einige Neigung sich zu accommodieren, erscheinen lassen."[5] An der Persönlichkeit dieses Einen jungen Mannes hing der Friede.

Die Wirkung der Publication jener Anhaltischen Canzlei auch für Camerar ergiebt sich aus seinen Worten aus Heidelberg, der von Friedrichs Truppen besetzten Hauptstadt der Pfalz, vom 24. Mai / 3. Juni: „Ich bin nicht mehr sicher, habe einen starken Haß auf mir, weil ich bei den Reichstagen und sonsten votiert, die Vorträge thun und allenthalben der Katze die Schelle anhängen müssen, habe mich nunmehr weder bei den Unierten noch anderswo einigen Schutzes zu versehen."[6] Einige Tage später verließ Camerar die Stadt Heidelberg und suchte Zuflucht im Haag.

[1] Senkenberg XXV, 34. [2] Sattler VI, 155. [3] Söltl III, 126.
[4] A. a. O. 129. [5] A. a. O. 127. [6] Senkenberg XXV, 45.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Das Verhalten der Unierten zu Friedrich V. kleidete der Volkswitz in die Spottverse:

Der Unierten Treu ging ganz verlorn,
Kroch endlich in ein Jägerhorn:
Der Jäger blies sie in den Wind:
Das macht, daß man sie nirgends findt.

Bezeichnender für den Charakter der Union dürfte das damalige Distichon sein:

Bestia multorum capitum, concordia discors,
Seditione viget, seditione perit.[1]

Die Union war erloschen, nicht jedoch zugleich auch die Wünsche und Bestrebungen, welche sie ins Leben gerufen hatten. Es war einerseits das Trachten der Politik Heinrichs IV. von Frankreich, das Reich in sich selber zu entzweien, damit bei dem Wirrwarr er Stücke desselben am linken Rheinufer sich aneignen und das Haus Habsburg schädigen könne. Es war andererseits die Gier von Reichsfürsten, namentlich calvinischen, den Besitz der geistlichen Fürsten an Land und Leuten sich anzueignen. Diese Gier war einstweilen im Zaume gehalten, und doch auch nur einstweilen, so lange in den Einzelnen, in denen sie mächtig war, die Furcht überwog. Nur diese hatte ihnen die loyalen Worte ausgepreßt. Während sie in Heilbronn über die Fassung derselben beriethen, entsandten sie zugleich, am 24. Februar / 6. März, an die Generalstaaten die Bitte, bei Ludwig XIII. dahin zu wirken, daß er auftrete als vindex libertatis germanicae.[2]

3. Die Politik Ludwigs XIII. in der Wendung.

Die kurze Zeit, während welcher Ludwig XIII. die aggressive Politik seines Vaters Heinrich IV. gegen Deutschland und das Haus Habsburg nicht wieder aufnahm, war bereits im Schwinden. Ihm misfiel nicht die Sache des Kaisers, sondern dessen Glück, welches nach der Auffassung dieser französischen Politik erschien wie ein Nachtheil für Frankreich.

Die Berichte der französischen Botschafter in Wien tragen nach der Schlacht am Weißen-Berge nicht das Gepräge der Freude. „Das ist, melden sie am 23. November, die Consequenz des Vertrages von Ulm, den wir vermittelt haben, und der Engländer Wotton sagt uns

[1] Aitzema I, 106.

[2] Gindely IV, 117, bezieht sich für diese Angabe auf das Münchener St. Archiv.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

das offen ins Gesicht."[1] — Von diesem ihrem Standpunkte aus hätten die französischen Botschafter gern gesehen, daß der flüchtige Winterkönig einlenke, damit der Sieg des Kaisers nur nicht noch vollständiger werde. „Allein, sagen sie, wie Friedrich in seiner Eitelkeit uns nicht einmal anhören wollte, weil wir ihm den königlichen Titel nicht geben durften: so ist zu fürchten, daß auch nach seiner Niederlage seine Verblendung ihn fortreißt, lieber sich rächen als seine Angelegenheiten in Ordnung bringen zu wollen."[2] Die Botschafter wünschten damals, daß es nicht zum Ausspruche der Reichsacht über Friedrich komme. „Die Reichsacht, sagen sie, ein Nichts für den Mächtigen, lastet schwer auf dem Schwachen."[3] — Sie sehen die Macht des Hauses Habsburg emporsteigen. In ihren Berichten an Ludwig XIII. weisen sie hin auf die Bündnisse Frankreichs, von Franz I. an, mit den protestantischen Reichsfürsten, mit den Holländern, mit den Graubündtnern. „Frankreich, sagen sie weiter, hat durch den Ulmer Vertrag so viel für das Haus Habsburg gethan, daß man es nicht Neid nennen darf, wenn es nun dasselbe ernstlich mahnt, an den Frieden zu gedenken. Das Haus Habsburg darf nicht erobern wollen unter dem Namen der Gerechtigkeit."[4] Immer höher steigt der Unmuth dieser französischen Botschafter in Wien. Sie sehen den Kaiserhof an als völlig abhängig von Madrid. Sie reden von dem unerträglichen Hochmuthe dieses Hauses Oesterreich. Sie schreiben es diesem zu, daß die Doppelheirath zwischen Frankreich und Spanien, anstatt engere Freundschaft und Vertrauen zwischen den zwei Königen zu begründen, nur das Mistrauen und die Eifersucht von König zu König, von Macht zu Macht und selbst der Unterthanen nähre.[5]

Dazu kam noch eine besondere Thatsache. In den Alpen waren die Gebiete beider Linien des Hauses Habsburg, dasjenige der spanischen in Mailand, dasjenige der deutschen in Tirol, nur getrennt durch das kleine Valtellin, welches unter der Oberhoheit der drei Bünde, des späteren Graubündten, stand. Wie die zwei habsburgischen Linien den Besitz der sicheren Verbindung durch dies Ländchen erstrebten, so suchten Frankreich und Venedig dies zu hindern.

Die Bewohner des Thales waren der Kirche getreu verblieben, die Bündtner hatten bei sich das Territorial-Kirchenthum errichtet. Jene fanden ihre Stütze an den beiden Linien des Hauses Habsburg, diese an

[1] Ambassade 346. [2] A. a. O. [3] A. a. O. 349. [4] A. a. O. 363.
[5] A. a. O. 368.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Frankreich und Venedig. Die Gegenstellung ward schärfer und entwickelte sich auf beiden Seiten zu Thaten des Unrechtes und der Gewalt, für welche, nach damaligem Brauche, die Religion den Namen hergeben mußte. Im Juli 1620 wurden von einem Haufen zusammen gerotteter Katholiken viele hunderte von Nicht-Katholiken grausam erschlagen. Der spanische Statthalter in Mailand mengte sich ein, und einstweilen schien der Verlauf der Dinge dort dem spanischen Einflusse zu Statten zu kommen. Ludwig XIII. dagegen schickte nach Madrid einen Gesandten mit der Ankündigung, daß er eine spanische Besetzung des Valtellins nicht dulden würde. Er befahl seinen Botschaftern in Wien, dies auch dem Kaiser nachdrücklich auszusprechen.[1]

Ihrem Auftrage gemäß begaben sich im December 1620 diese französischen Botschafter zu Bethlen Gabor, um nochmals ihre Vermittelung zum Frieden anzutragen. Nach der späteren Erzählung des Bethlen Gabor zu dem schwedischen Gesandten Paul Straßburger war jedoch dabei vom Frieden nicht viel die Rede.[2] Bethlen Gabor legte ihnen den ganzen Stand der Dinge nach seiner Auffassung dar, mit der Mahnung, daß sie lieber als ein Wort zu Gunsten Ferdinands zu reden, sich bemühen sollten, dem Könige von Frankreich den Weg zur römischen Kaiserkrone zu bahnen. Der König von Böhmen werde gern ihm seine zwei Stimmen geben, der Brandenburger dem Beispiele folgen, der Sachse desgleichen in Güte oder mit Gewalt. Auch unter den geistlichen Kurfürsten werde der eine oder der andere sich willig finden lassen. Er selber aber, Bethlen, werde mit Ungarn und Siebenbürgen dafür eintreten. — Nach dem Berichte Bethlens scheinen seine Worte den französischen Botschaftern glatt eingegangen zu sein, und die neue Freundschaft ward, nach der üblichen Weise der Zeit, durch einen starken Trunk besiegelt. Die Franzosen schieden von Bethlen mit dem Versprechen des baldigen Aufbruches.

Nach Wien zurückgekehrt, faßten die Botschafter ihr Urtheil zusammen in die Worte: „Wir für uns haben immer die Besorgnis gehegt, daß die eine der streitenden Parteien die andere mit Waffengewalt überwinden würde. Und dies kann nicht anders als der gemeinen Sache zum Nachtheile gereichen.“[3]

[1] Ambassade 416.

[2] Bericht Straßburgers vom 25. August 1625, bei Moser VI, 50.

[3] Ambassade 451. Vom 30. Januar.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Meinungen in Paris entsprachen denjenigen der Botschafter in Wien. Auf die Meldung des Ausspruches der Reichsacht über Friedrich V. berief Ludwig XIII. seine Botschafter von Wien ab, mit den folgenden Worten: „Die Verkündigung der Reichsacht über den Kurfürsten von der Pfalz gibt mir Grund zur Vermuthung, daß es die Absicht des Hauses Habsburg sei, sich durch Waffengewalt auszubreiten. Dies macht Ihre Bemühungen dort unnütz, und erhöht nicht das Ansehen meiner Vermittelung. Machen Sie also sich die günstige Gelegenheit zu nutze, um baldmöglichst abzureisen, und sprechen Sie zum Abschiede dem Kaiser die stärksten Versicherungen meiner Freundschaft aus."

„Nach meiner Ansicht ist es zweckmäßiger, dem Siegeslaufe des Hauses Oesterreich Einhalt zu thun als zu Erfolgen beizutragen, deren hauptsächliche Frucht, zum Nachtheile Anderer, der König von Spanien pflücken würde. Daher haben Sie, ohne diese Vorsicht und Disposition meinerseits bemerkbar werden zu lassen, in geschickter Weise einer Fortsetzung der Unterhandlungen auszuweichen, um hierher zurückzukehren. Und wenn Sie unterwegs einen der verbündeten protestantischen Fürsten antreffen, so ermahnen Sie denselben zum Beharren und zum Vertrauen in meinen guten Willen, der nicht dahin geht, die Wirren in Deutschland zu nähren, sondern die Mittel zu einer vernünftigen Beilegung zu gewähren. Die spanischen Minister verwerthen die Erfolge der kaiserlichen Waffen und derjenigen des Generals Spinola für das Wachsthum der Größe des Hauses Oesterreich, und bedienen sich der Vermittelung von Frankreich nur wie einer Staffel, um ihre Monarchie zur höchsten Macht zu erheben. Danach würde das Gleichgewicht, welches ich in der Christenheit zu erhalten strebe, nicht mehr in meinen Händen sein, und dann würde Spanien, wo nicht sein besonderes Interesse es verlangte, geringen Werth auf meine Freundschaft und meine Willfährigkeit legen. Vielmehr würde Frankreich dann für Spanien die Mittel darreichen, die eigenen Interessen zu befördern, sich selber dagegen seinen Freunden verdächtig und verhaßt machen. Dies muß Frankreich sorgfältig vermeiden, um diese Freunde einerseits und andererseits die Spanier in der Stellung zu einander zu erhalten, die dem Gemeinwohle Europas entspricht. Wie sehr Frankreich dasselbe sich angelegen sein läßt, haben die guten Dienste, die es bis heute dafür aufgewendet, zur Genüge gezeigt. Nunmehr darf Frankreich damit aufhören, in Erwägung der Haltung des Kaisers, welcher, nicht zufrieden mit der Unterwerfung und der Besitzergreifung der Pfalz, unter demselben Vorwande auch noch diejenigen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Städte und Fürsten des Reiches in Unruhe setzt, welche der Partei des Kurpfälzers nicht beigetreten sind, während von der anderen Seite her, wenn der König von Spanien, wie es offenkundig sein Wunsch, das Valtellin behielte, die Freiheit Italiens nicht mehr gesichert wäre und die Vereinigung dieses Landes mit Deutschland in gewisser Aussicht stände." [1]

Die Übertreibungen Ludwigs XIII. in diesem Schreiben liegen vor Augen. Sie haben geschichtlich den Werth, zu zeigen, unter welchen matten Vorwänden Ludwig XIII. sich anschickt, in die Bahn seines Vaters zurückzulenken und nicht zu gestatten, daß das Reich unter dem Kaiser zum inneren Frieden gelange.

Einstweilen jedoch beschränkte sich, wie die Hoffnung der Unierten, daß Ludwig XIII. der vindex libertatis Germanicae sein werde, so die seinige, daß in seiner Hand das Gleichgewicht Europas liegen müsse — auf solche Worte. Denn Ludwig XIII. war daheim verwickelt. Dieser selbe König, der die Fürsten des Territorial-Kirchenthumes in Deutschland mahnen ließ, in der ablehnenden Haltung wider den Kaiser zu beharren, zog eben damals aus, um die Großen seines Königreiches völlig unter sich zu brechen.

Daß Ludwig XIII. darauf ausging, war die unvermeidliche Consequenz der Wirren unter den letzten Königen des Hauses Valois. Damals hatten sich einige der Großen des Reiches erhoben, um die Macht der Krone zu schwächen, und zu diesem Zwecke die Religion zum Vorwande und zur Fahne sich ersehen. Im Principe also waren die Dinge ähnlich wie in Deutschland; dagegen walteten dann die zwei großen Unterschiede ob: der eine, daß in Frankreich sich die Religionsneuerung nicht an bestimmte Territorien band, daher keine in sich abgeschlossenen Territorial-Kirchenthümer errichtete, und eben darum sich republikanisch gestalten mußte: der andere, in enger Verbindung mit dem ersteren, daß die neue Richtung in Frankreich sich nicht die verhältnismäßig conservative Kirchenform des Lutherthumes erkor, sondern die auf kirchlichem wie auf staatlichem Gebiete in gleicher Weise aggressive Richtung des Calvinismus.

Unter den Großen des Königreiches, die in dieser Weise aggressiv auftraten, stand voran das Haus Bourbon. Aber mit dem Tode des letzten Königs aus dem Hause Valois trat der Umschwung ein. Die Krone vererbte auf das Haus Bourbon, zunächst auf Heinrich von

[1] Ambassade 537. Flassan II, 342.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Navarra, den bisherigen Führer derjenigen Partei, welche das Hugenottenthum sich zur Fahne ersehen. Das französische Volk aber war in in seiner großen Mehrheit der Kirche getreu verblieben; daher folgte Heinrich IV., ob aufrichtig, ob nicht, um den Frieden des Königreiches herzustellen und seine Herrschaft zu begründen, dem Rathe der Rückkehr zur Kirche.

Er suchte durch das Edict von Nantes von 1598 seine bisherigen Freunde, die Hugenotten, sicher zu stellen. Allein wie das Edict sie nicht befriedigte, so überbrückte es nicht die weite Kluft. Es wird berichtet, daß Heinrich IV. einmal sich zu klagenden Hugenotten geäußert: „Ihr wisset nicht, wie gut Ihr es unter mir habt. Ihr besitzt die Sicherheitsplätze: ich lasse Euch dabei. Ich habe Euch lieb; denn Ihr habt mir ja doch auch in vergangenen Zeiten Dienste erwiesen. Aber dies Kind" — auf den dabei stehenden Dauphin zeigend — „wird Euch zu Grunde richten und Euch die festen Plätze nehmen, auf die Ihr jetzt Euch stützt."[1]

Nur in der Person Heinrichs IV. konnte der natürliche Gegensatz der Krone gegen das Hugenottenthum schlummern: er erwachte in Ludwig XIII. Im Jahre 1617 forderte dieser durch ein Edict die Kirchengüter in Bearn, die seine Großmutter Jeanne d'Albret zum Unterhalte calvinischer Prediger und Lehrer angewiesen, für die Kirche zurück. Die Sache zog sich hin bis in 1620. Dann begab sich Ludwig XIII. selber dahin und setzte sein Edict in Vollzug. Am fünfzigsten Jahrestage der Abschaffung der Messe in Navarreux durch die Großmutter stellte der Enkel sie her.

Die Hugenotten erhoben sich und im Jahre 1621 kam es zum Kriege. Aber die frühere Zähigkeit war nicht mehr da. Eine Versammlung der Häupter in der festesten Burg des Calvinismus, La Rochelle, erließ drohende Beschlüsse; aber eine Reihe von Commandanten der Sicherheitsplätze war für königlichen Lohn bereit zur Übergabe. Ludwig XIII. brach von Paris auf, nicht so sehr um feste Plätze zu erobern, als um in diejenigen, die unter der Hand ihm schon zugesichert waren, seinen Einzug zu halten.[2] Er begann mit Saumur. Dann hielt sich St. Jean d'Angely unter Soubise fünf Wochen lang. Andere jedoch folgten rasch. Erst der Widerstand von Montauban unter der Führung von Rohan setzte den Fortschritten Ludwigs XIII. ein Ziel. Daneben jedoch gingen

[1] Aitzema I, 204. [2] A. a. O. 206.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Verhandlungen mit den Häuptern fort, und zogen sich hinein bis tief in das folgende Jahr. Obwohl die eigentliche feste Burg des Hugenottenthums, La Rochelle, dem Könige Ludwig XIII. für damals unerreichbar blieb: so darf man doch mit Recht sagen, daß die Sache der Hugenotten im Allgemeinen bereits im Jahre 1621 einen sehr schweren Streich empfing, hauptsächlich in Folge der Habgier und Uneinigkeit ihrer Häupter und Großen. Die Hugenotten kleideten ihren Unmuth darüber in die Worte: Chatillon nous a vendus, et Rohan nous a livrés.[1]

Das für die damalige Macht Ludwigs XIII. unbezwingliche La Rochelle blieb, nach seiner und seiner Berather Ansicht, wie ein Dorn im Fuße des französischen Königthumes, und gestattete ihm daher nicht die freie Bewegung nach außen. Im selben Maße dagegen, wie die Erfolge des Kaisers sich mehrten, wuchs auch, gemäß der Anschauung, die sich in jener Abberufung der französischen Botschaft ausprägt, die Neigung der französischen Politik, diese Erfolge zu stören, wenn nicht offen, so heimlich. Bereits im nächsten Jahre werden wir diese Neigung sich bethätigen sehen.

4. Accord des Kurfürsten Johann Georg mit den Fürsten und Ständen von Schlesien.

Bevor noch die französische Botschaft von Wien aus zur Heimkehr aufbrach, hatte sich ein neuer wichtiger Friedensact vollzogen.

Wir haben vernommen, daß auf die Aufforderung des Kurfürsten Johann Georg die Fürsten und Stände von Schlesien, mit der Zustimmung des damals noch in Breslau anwesenden Winterkönigs, beschlossen hatten, eine Deputation nach Dresden zu entsenden. Die sehr ausführliche Instruction derselben,[2] vom 2. Januar 1621, ist vielfach noch durchweht von dem Geiste der Zeit vor der Schlacht am Weißen-Berge. Ähnliche Äußerungen kommen vor in den langen Verhandlungen, die dann in Dresden gepflogen wurden. Die Deputation wollte die Behauptung festhalten, daß die Sache in Böhmen die Religion betroffen habe. Johann Georg ließ erwiedern: „Es wird ihnen das nicht zugestanden, sondern die Sache ist jederzeit für ein politisches Werk geachtet worden. Denn der Kaiser hat nicht mehr gethan als die Schmach zu rächen, daß die Statthalter zum Fenster ausgeworfen (sind), und die Böhmen zuerst die Waffen ergriffen haben. Sonsten da es eine Religions-

[1] A. a. O. 209. [2] Acta publica 1621 p. 28.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sache wäre, würde der Kaiser (Ferdinand II.) die Privilegien nicht bestätigt haben." [1]

Auch die Einwände der Schlesier gegen die Reichsacht über Friedrich ließ Johann Georg nicht gelten. Die Deputation sagte: „Insonderheit kommt uns die Reichsacht desto unverhoffter vor, weil uns gar nicht wissend, daß die in die Acht erklärten Personen jemals citiert worden sich zu stellen." — Darauf erhielten sie, ihrem Berichte gemäß, die Antwort: „Es werden in dieser Achtserklärung die Reichs-Constitutionen angezogen, welche in solchen notorischen Fällen keine Citation, sondern nur ipsum factum erfordern." [2]

Das Sträuben der Deputation gegen jedes belastende Wort zog ihnen von Seiten der kursächsischen Räthe einmal die Erwiederung zu: „Pardon bitten und gleichwohl recht gethan haben wollen, kann nicht beisammen stehen." [3]

Es würde zu weit führen, in die Einzelnheiten dieser Verhandlungen tiefer einzugehen. Die schlesischen Fürsten und Stände selber legen, am 13. Februar, dem Bethlen Gabor die Motive ihres Handelns in folgender Weise dar.[4] „Nach dem Schlage von Prag ist über Alle ein panischer Schrecken gekommen. Wie Ober-Oesterreich und Nieder-Lausitz schon vorangegangen, so haben sich auch Nieder-Oesterreich und Ober-Lausitz dem Kaiser unterworfen. Nur unser Vaterland, außer Ungarn, ist von der Conföderation noch übrig, völlig verlassen, aller menschlichen Hülfe entblößt, wie auf der Schneide des Schwertes. Keine Hoffnung leuchtet uns. Ungarn ist selber von feindlichen Waffen bedroht. Wir für uns sind dem Angriffe keineswegs gewachsen. Darum hat die Nothwendigkeit uns gezwungen, nach reifer Berathung andere Entschlüsse zu fassen. Weil uns der Kurfürst Johann Georg im Namen des Kaisers neulich in Breslau aufgefordert, auch dann mit gewichtigen Worten uns die Privilegien und die Übung der Augsburgischen Confession angeboten: so haben wir, mit Zustimmung des Königs Friedrich, eine Gesandtschaft an den Kurfürsten geschickt, und stehen in Hoffnung, die uns vorgeschlagenen Bedingungen zu erhalten."

Sie wiederholen dann noch einmal nachdrücklich: „Bei der jetzigen Sachlage haben wir dem Beispiele der anderen Provinzen folgen und der kaiserlichen Majestät uns unterwerfen müssen, zumal weil wir nicht

[1] A. a. O. 94. [2] A. a. O. 75. [3] A. a. O. 107. [4] A. a. O. 54.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auf andere Weise das Verderben des Vaterlandes vermeiden können, ferner weil der König Friedrich selber in diese Unterhandlung gewilligt, und endlich weil uns sichere Nachricht zukam, daß auch Ew. M. mit dem Kaiser über den Frieden unterhandeln."

Dieser letzte Grund war nicht eine Fiction: die Unterhandlungen des Bethlen Gabor waren nur nicht zu einem Abschlusse gekommen. Johann Georg dagegen führte vor dem Kaiser unter seinen Motiven für den Abschluß des Accordes die Furcht vor Bethlen Gabor an, der damit umgehe, die Türken ins Land zu führen.[1]

Am 18. Februar kam der Accord zu Stande.[2] Darin „erkennen die schlesischen Fürsten und Stände (an), daß sie durch dasjenige, so bei währender böhmischer Unruhe vorgegangen, die R. K. M. als obersten Herzog in Schlesien nicht wenig offendiert." Sie bitten daher unterthänigst um Verzeihung und Gnade. Sie sind erbötig, den Kaiser als rechten erwählten, gekrönten und gesalbten König und Oberherzog in Schlesien, so wie sie am 14. September 1617 gethan, zu erkennen und zu ehren, auch die Katholiken bei dem Ihrigen geruhiglich verbleiben zu lassen. Sie erklären sich willig, dem Kaiser zur Bezahlung seines Kriegsvolkes binnen Jahr und Tag 300,000 Fl. zu reichen. Sie entsagen allen Conföderationen mit den Ständen der Nachbarländer. Sie versprechen, die 4000 Mann, die sie zur Landesvertheidigung noch in Sold behalten, nicht wider den Kaiser zu gebrauchen.

„Auf diese Erkenntnis und Bekenntnis nimmt der Kürfürst Johann Georg alle Einwohner insgesammt, vom obersten bis zum niedrigsten, zu Gnaden an, dergestalt, daß des Vergangenen niemals gedacht werden soll, mit Ausnahme des Markgrafen Johann Georg von Brandenburg und des Fürsten Christian von Anhalt, die vor dem Abschlusse des Accordes in die Reichsacht erklärt worden sind."

Ferner verspricht der Kurfürst, bei dem Kaiser die Erneuerung der Confirmation des Majestätsbriefes, wie sie im April 1619 allbereits eingeschickt, zu erwirken, so daß den Fürsten und Ständen alle Privilegien, Freiheiten und Immunitäten unverkürzt verbleiben.

Endlich verspricht der Kurfürst: „wenn die Fürsten und Stände wegen der wahren, reinen, unverfälschten Religion, wie dieselbe in den prophetischen, apostolischen Schriften, und in der ungeänderten anno 1530

[1] A. a. O. 120. [2] A. a. O. 116.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dem Kaiſer Carl übergebenen Augsburgiſchen Confeſſion, feindſelig ſollten bekriegt werden, dieſelben zu ſchützen und zu defendieren."

Günſtiger für Rebellen, welche, gemäß jenem ihrem Schreiben an Bethlen Gabor, die Noth zwingt zu ihrer Pflicht zurückzukehren, dürfte ſelten ein Vertrag abgeſchloſſen worden ſein. Der Wortlaut zeigt, daß der Kurfürſt in ſeiner Gewährleiſtung der Augsburgiſchen Confeſſion das Vollgewicht legt auf die Lehre derſelben. Es mochte ihm dabei nicht völlig klar ſein, daß unter ihm als dem summus episcopus natus ſeines Territorial-Kirchenthums die Sache anders ſtehe, als in einem Lande, wo jeder Grundherr über ſein Local-Kirchenthum dieſelbe Summepiscopal-Gewalt beanſpruchte, und zwar, wie die Erfahrung bewies, auch gegen den Landesfürſten.

So ſchwer dem Kaiſer Ferdinand II. es geworden ſein mag, einen Vertrag anzuerkennen, der in einer der wichtigſten Beziehungen einen anderen Reichsfürſten zum Beſchützer ſeiner Unterthanen machte: ſo erhob er gegen den Vertrag in ſeiner Geſammtheit keinen Anſtand. Dagegen wiederholte er mit Nachdruck, daß der ſchleſiſche Majeſtätsbrief nur auf die ungeänderte Augsburgiſche Confeſſion von 1530 laute.[1] Es lag darin eine gewiſſe Gewähr, daß der Kurfürſt ſelber einen etwaigen Calvinismus mit den Conſequenzen desſelben nicht dulden werde. Andere Einwendungen des Kaiſers betrafen die Auslegung der Worte im zweifelhaften Falle. Der Kurfürſt indeſſen beharrte, und der Kaiſer ſandte auch ſo ihm die Beſtätigung des Accordes ein.[2]

Unter den Gründen für den Frieden in dieſer für die ſchleſiſchen Fürſten und Stände ſo günſtigen Weiſe hatte Johann Georg nicht bloß die Beſorgnis vor Bethlen Gabor geltend gemacht, ſondern auch diejenige vor dem um ſich greifenden Mansfeld.[3]

5. Fortdauer des Kriegszuſtandes durch Mansfeld und Friedrich V.

„Ein Jeder ſuchte gut ab zu kommen: Mansfeld allein, der nichts zu verlieren hatte, blieb ſtandhaft."[4] Mit dieſen Worten zeichnet ein Zeitgenoſſe in Holland den Gang der Dinge. Wir haben dieſe Standhaftigkeit uns näher anzuſehen.

[1] A. a. O. 153. [2] A. a. O. 154. [3] A. a. O. 116.

[4] Aitzema I, 104: Elck zocht om een goet heen komen: Mansfelt alleen, die niet te verliesen had, bleef stantvastig.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dem Leser ist erinnerlich, daß Mansfeld im October in seinem sicheren Pilsen verblieb, von Friedrich des Dienstes entlassen, von den Kaiserlichen nicht weiter behelligt (Bd. I, 595). Mit ihnen hatte er seinen Vertrag geschlossen, der nur noch der Genehmigung des Kaisers harrte.

Die Forderungen des Mansfeld für den Verkauf von Pilsen damals waren nicht gering. Er verlangte drei Tonnen Goldes baar. Weiter forderte er die Aufhebung der Acht über ihn, die Rückgabe des Reverses, den er einst dem Erzherzoge Leopold ausgestellt, ferner völlige Gnade und Pardon, kaiserliche Legitimation seiner Person, die Würde eines Reichsgrafen, endlich die Statthalterschaft in Luxemburg, wie sie vordem sein Vater besessen.[1]

„Ob nun zwar, meldet der kursächsische Gesandte Zeidler aus Wien, solches einzugehen dem Kaiser hoch bedenklich und schwer gewesen, so hat doch damals die hohe Noth und die Beschaffenheit des übelen gemeinen Zustandes J. M. (dazu) bewogen." Der Kammerdiener Papazoni sollte die Ratification überbringen; aber die Unsicherheit der Straßen zwang ihn, in weitem Bogen umzureisen. Nach seiner Ankunft im Hauptquartiere zauderten die kaiserlichen Commissäre mit der Ausantwortung der Ratification. Darüber kam der 8. November. Die Kunde der Niederlage schnitt für Mansfeld die Aussicht auf den gehofften Lohn von kaiserlicher Seite ab.

Sein Klagebrief, vom 1./11. November, an den Herzog Carl Emmanuel von Savoyen zeigt uns seine Verlegenheit. Er fürchtet wegen Geldmangels die Meuterei seiner Truppen. Der rückständige Sold für ihn und sie betrage mindestens 500,000 Livres. Der Herzog möge guten Rath geben, wie zu diesem Gelde zu gelangen.[2] — Es scheint nicht, daß der Herzog Carl Emmanuel den gewünschten guten Rath zu geben wußte. Dagegen ergibt die Thatsache dieses Klagebriefes an sich selber, daß Mansfeld, wie es der Wirklichkeit entsprach, seine dienstliche Stellung zu Friedrich als gelöst betrachtete.

Dann jedoch geschah das Auffallende, daß, nach dem Berichte Mansfelds,[3] Friedrich selber wieder anknüpfte, indem er, von Breslau aus, am 16./26. November 1620, seine Bestallung für Mansfeld erneuerte. Es ist möglich, daß längere Zeit verstrich, bis diesem das Schreiben

[1] Die Actenstücke bei Gindely IV, 573.
[2] Villermont, Mansfeld II, 392 und 272.
[3] Mansfelds Apologie 66.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Friedrichs zu Händen kam. Jedenfalls machte er zunächst davon, bei einer anderen Unterhandlung, keinen Gebrauch.

Da er, im August 1618, in den Dienst der böhmischen Stände getreten war, so lag diesen die Verpflichtung ob, sich mit ihm abzufinden. Sie forderten ihn auf, seine Truppen zu entlassen. Er schickte einen Unterhändler, Porta, mit einer Denkschrift über seine Forderungen, vom 11. December.[1] Die Denkschrift beginnt mit den Worten: „Nachdem der König Friedrich sich, ohne mir Befehle zu hinterlassen, aus dem Lande begeben und ich in der Bezahlung der Stände von Böhmen stehe, bin ich bereit ihnen zu gehorchen." Es folgen dann seine Forderungen. Im Besitze der festen Plätze Pilsen und Tabor, gegen welche auf kaiserlicher Seite eine Macht nicht zur Verfügung stand, konnte Mansfeld immerhin viel verlangen. Außer der Aufhebung der Reichsacht für seine Person, dem Generalpardon für Alle und Anderem forderte er 200,000 Fl. baar, und weitere 200,000 Fl. auf Fristen in Nürnberg. Für einen seiner Obersten, Frenk, besonders verlangte er 60,000 Fl. Das Geschäft also, das man zu machen ging, war kein schlechtes. Und dennoch liegt in der Begehrlichkeit dieser Individuen, nach allem Jammer, den sie über ihre Mitmenschen gebracht, noch einen Geldgewinn davon zu tragen, die Wahrnehmung vor Augen, daß von solchen Persönlichkeiten und ihren unberechenbaren Gelüsten auch ferner der Friede der Völker abhing.

Allmählich nämlich mögen bei Mansfeld, auf Grund der neuen Bestallung Friedrichs, auch andere Gedanken aufgestiegen sein: diejenigen der Fortsetzung des Kriegszustandes, und zwar zu nicht geringem Theile im Anblicke des Gebahrens der kaiserlichen Truppen in Böhmen. Wir haben die Klagen des Herzogs Maximilian an den Kaiser darüber vor seiner Heimkehr vernommen. Von München aus, am 21. December, erneuerte er sie. „Mit sonderbarem Befremden und bekümmertem Gemüthe, schreibt er dem Kaiser, habe ich vernommen, daß Ew. M. Armada bis auf den 10. dieses Monates noch immerdar um Prag sich aufhalte, und (daß) allda, wie auch vor diesem an mehr Orten geschehen, wider gegebene Parole und Versicherung mit Plündern, Rauben und Tyrannisieren dergestalt gehauft wird, daß fast ein Kreis nach dem anderen und also das ganze Königreich verderbt und ruiniert werden muß, und zwar auch diejenigen Kreise, welche bisher noch etwas verschont worden, und die nicht

[1] Abgedruckt bei Gindely IV, 570.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

anders begehren als unter Ew. M. zu stehen."[1] Maximilian malt die Besorgnis aus, die er damals hegte, daß bei einer solchen Behandlung die Länder Mähren und Schlesien „in der Rebellion noch mehr verbittert, und daß sogar die ergebenen böhmischen Stände wieder zum Abfall angetrieben würden." — Maximilian ist der, allerdings irrigen, Meinung: „Die Gründe des Pfalzgrafen haben bei den Schlesiern und Mährern so viel gewirkt, daß sie bei ihm Leib und Leben wollen lassen." „Und ich besorge, sie werden die Gemüther in Böhmen ebenmäßig wenden, weil auf Ew. M. und der katholischen Seiten die böhmischen Stände, so sich ergeben, so übel und nicht anders ihrem Vorgeben nach tractiert werden, als es ein Feind oder der Türk selber thun könnte und würde. Welches denn eine ganze Desperation macht, (so) daß die Widerwärtigen Freund und Feind, ja den Türken selbst, wider Ew. M. und die Katholischen werden anrufen. Der Kurfürst-Pfalzgraf thut dessen genugsame Andeutung. Das, allergnädigster Kaiser und Herr, geht mir tief zu Gemüthe."

Der Vorwurf Maximilians traf, den Umständen nach, hauptsächlich die Langsamkeit des Grafen Buquoi. Wenige Tage später brach jedoch dieser mit der kaiserlichen Armee nach Mähren auf, und fand dort die Stimmung günstiger als Maximilian sie sich gedacht. Diejenige dagegen im westlichen Böhmen kann, nach jener Schilderung des Herzogs Maximilian, nicht durchweg als geneigt für die Herstellung der Regierung des Kaisers angesehen werden.

Bis tief in December hinein verharrte Mansfeld still in Pilsen. Dann brach er, mit Begleitung weniger Truppen, von dort auf. Er sicherte Tachau und Eger, ließ jedoch dabei an Tilly melden, daß er den Stillstand nicht breche.[2] Er ging weiter gegen Nürnberg, und entsendete von da aus einen Officier, um bei den Unierten anzufragen, ob er sich von ihnen einer Hülfe zu versehen. „Er bekam nichts als glatte Worte."[3]

Bei seiner Rückkehr nach Böhmen fand Mansfeld die Sachlage verändert. Die Hauptleute seiner Truppen in Pilsen, ob aus Besorgnis, von ihm bei dem Verkaufe der Stadt an die Kaiserlichen übervortheilt zu werden, oder auf Lockungen von kaiserlicher Seite, hatten sich auch ohne Mansfeld in Unterhandlungen über ihre Abfindung eingelassen. Von Wien her verlautete sogar die Hoffnung: die Hauptleute würden

[1] Hurter VIII, 664. Beilage VIII. [2] Vgl. Reuß 95.
[3] Mansfelders Ritterthaten 81.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Mansfeld „selber beim Kopfe nehmen.“[1] — Es hätte also der schlaue Plan mit Pilsen, den Mansfeld seit reichlich zwei Jahren, nicht im Dienste einer Sache, sondern in seinem persönlichen Interesse verfolgt, ihm zur Falle werden können. Mansfeld ging nicht hinein. Vielmehr ward er durch diesen Verdacht vorwärts gedrängt in die andere Bahn.

Nachdem er genauere Kunde der Verhandlungen erhalten, richtete er von Tachau aus, am 16. Januar 1621, eine Abmahnung an die Hauptleute in Pilsen.[2] Darin sagt er: „Ich habe mich mit dem Feinde zu dem Ende in Handlung eingelassen gehabt, auf daß wir durch solches Mittel — es wäre ehrlich oder nicht — wenn wir ja kein anderes hätten, zu unserer Bezahlung kommen, und zugleich auch unser Volk, im Mangel anderer Hülfe und Succurs, von hinnen sicher wegbringen könnten. Nachdem wir aber durch andere Wege bezahlt werden und gute Mittel haben können, von hinnen weg zu kommen, ich auch sonsten vermerkt, daß der Feind uns nur anzuführen vorhat, will ich mit obgedachter Handlung ganz nichts mehr zu thun haben.“

In einem anderen schärfer gehaltenen Schreiben an seinen Stellvertreter in Pilsen, den Obersten Frenk, fordert Mansfeld ihn auf, die Hauptleute zum Gehorsame zurückzuführen, und erklärt, daß er, nach seinem Ermessen, sich nach Pilsen begeben werde. Die Drohung war eben so leer, wie die vorangeführten Worte: „Nachdem wir durch andere Wege bezahlt werden und gute Mittel haben können, von hinnen weg zu kommen“ in sich nichtig waren. Mansfeld hatte damals, im Januar, kein Geld, und von keiner Seite her Geld zu erwarten. Und dennoch schließen jene Worte, daß „wir gute Mittel haben können“ — eine furchtbare Wahrheit in sich: Mansfeld wollte das Geld nehmen, wo er es fand. Er beschloß aufs neue zu werben.

Die Zeit und die Umstände waren ihm günstig. Der Winter war streng und hart. Damals fror der Bosporus zu, was für einen Zeitraum von 900 Jahren als nur zweimal geschehen berichtet wird.[3] Die Zersprengten des früheren böhmischen Heeres irrten umher, hungernd, vom scharfen Froste gequält, dazu grollend über den Rückstand, den sie in Böhmen noch zu fordern hatten. Die Werbetrommel Mansfelds

[1] Zeidlers Bericht vom 24. December / 3. Januar bei Gindely IV, 573.
[2] Mansfelds Apologie 50.
[3] Hammer, Osmanen II, 787. Vgl. Reuß, Straßburg 14.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wirbelte um durch Stadt und Land. Er gab aufs Pferd 20 Reichsthaler Handgeld, und 15 Fl. Monatsold. Höher hatte noch kein Fürst geboten. „Daneben erbeut er sich, ihnen den Raub gänzlich zu lassen.“ [1] Sein Heer schwoll an zum Schrecken und Entsetzen derer, an welchen Beute zu machen war. Mansfeld warf sich auf das Prämonstratenser-Stift Tepl, raubte es aus und zerstörte es.

Alsdann erstattete er dem Bethlen Gabor Bericht über seine Thaten, am 18./28. Januar, aus Schlaggenwalde.[2] Er spricht darin zuerst seine Freude aus, daß „Se. Königliche Majestät“, nämlich Bethlen, „nicht geringen Eifer trage, die wahre evangelische Religion zu handhaben und fortzupflanzen, wie auch alle frommen Menschen von der päpstlichen Tyrannei und dem spanischen Joche zu befreien.“ Dann erzählt er von sich: „Es ist mir bisher nichts mehr noch heftiger angelegen als der Königlichen Majestät in Böhmen die geleistete Treue und Pflicht standhaftig und fest zu halten, usw. Daher habe ich die Städte Pilsen und Tabor bisher in Pflicht und Gehorsam erhalten, auch wider alle feindliche Zufälle und Bedrohungen stand- und mannhaft beschirmt, Tachau mit göttlicher Verleihung aus der Feinde Gewalt erobert, und jetzo mit Kriegsvolk bewehret und besetzt, das Kloster Tepl, das vor diesem eine rechte Mördergrube gewesen, zerstört, und Schlaggenwalde in der Nachbarschaft, doch auf Ergebung, wieder eingenommen, wie dann auch den Elnbogener Kreis usw. zur Standhaftigkeit bei der christlichen wahren Religion, und dem geliebten Vaterlande Gut und Blut aufzusetzen ermahnt.“ Mansfeld giebt also den Umkreis seines Machtbereiches an, freilich in übertriebener Weise; denn Pilsen gehörte nicht ihm, sondern den Hauptleuten dort, bei denen es sich nur noch um die Verkaufssumme handelte.

Andererseits aber beweist Mansfeld sich hier nicht bloß als einen Räuberhauptmann, der von heute auf morgen von seiner Beute zehrt, sondern er trägt sich mit größeren Entwürfen. Er berichtet weiter, daß er Tag und Nacht darüber sinne, etwas Wichtiges zu versuchen, wie „diesem Königreiche zu dem gewünschten Frieden und vorigen Wohlstande möchte verholfen werden.“ Er zeichnet die Lage der Macht Spanien als sehr bedrängt. Sie leidet an Geldmangel. Sie wird bedroht vom Herzoge von Savoyen, von der Republik Venedig, von den Schweizern, die um des Valtellins willen den König von Frankreich um Hülfe bitten. Dazu sind die Holländer in starker Bereitschaft, den Krieg wider Spanien

[1] Müller III, 438. [2] Londorp II, 246.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zu erneuern. „In Summa, fast Alles und Jedes hat sich gleichsam zusammen verschworen und verbunden, der Spanier Inquisition, Tyrannei und Verfolgung abzuwenden, auszurotten und gänzlich zu vertilgen."

Und von da kommt Mansfeld zurück auf seine Sache. „Ich bemühe mich, schreibt er, mit Annehmung von Truppen nach allem Vermögen, und bin der Hoffnung, inner weniger Wochen bei 15 000 Mann auserlesenen Volkes in Bereitschaft zu haben. Da ich aber zu ferneren Kriegsexpeditionen 2000 Mann zu Roß hoch benöthigt, als gelangt an E. K. M. mein hochflehentliches, demüthiges Suchen und Bitten, Sie geruhen gnädigst obbenannte Zahl ungarischer Reiter, aufs eheste es immer möglich sein kann, mir zu senden. Ich will mich mit höchster Mühe und Arbeit befleißen, damit die evangelische wahre Religion manuteniert und hierdurch das Königreich Böhmen wieder erlangt und zu friedlichem Stande möge gebracht werden." Dann unterzeichnet sich Mansfeld, nach verschiedenen anderen Titeln, als „des Königlich böhmischen Kriegsvolkes bestellter Oberst-Feldmarschall." [1]

Der Kaiser erkannte die volle Furchtbarkeit des gewandten Abenteurers. Bereits im Januar nennt er ihn in einem Schreiben an den Erzherzog Albrecht in Brüssel den allgemeinen Friedensstörer und Landverderber.[2] Aber der Kaiser vermochte zur Zeit nichts gegen ihn. Die Armee unter Buquoi war verwickelt gegen Bethlen Gabor, und andere Truppen standen nicht zur Verfügung. Ferdinand II. mußte die Abwehr des Mansfeld dem Heere der Liga überlassen. Dieses, oder so viele als davon aus dem mörderischen Feldzuge des Jahres zuvor übrig geblieben, 7500 Mann, standen ruhebedürftig in Prag und der Umgegend. Weder Tilly, noch selbst Maximilian, welche nur ein regelmäßig bezahltes und darum diszipliniertes Heer wollten, konnten wie Mansfeld das Heer durch beliebige Werbung verstärken. Maximilian bedurfte dazu vorher des Beschlusses der Bundesfürsten, die wie er dafür zu zahlen hatten. Einstweilen war also Tilly dem Mansfeld an Zahl der Truppen nicht gewachsen.

Das Einzige, was der Kaiser gegen den verwegenen Freibeuter thun konnte, war die Erneuerung der Reichsacht, die schon Matthias über ihn ausgesprochen. Da Mansfeld nicht Hab und Gut besaß, das man ihm absprechen konnte, so betraf die Acht lediglich seine Person. Der Kaiser setzte einen Preis aus von 100,000 Fl. für den, welcher

[1] So in der Abschrift in Handschriften Nr. 108 Bd. VI.

[2] Correspondance des Empereurs etc.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Mansfeld lebendig einbringe, von 10,000 Fl. für den, welcher ihn todt einliefere.

Bis dahin handelte Mansfeld auf eigene Hand. Es kam darauf an, wie Friedrich sich dazu stellte.

Wir haben den Winterkönig verlassen auf seiner Flucht in die Mark Brandenburg. Dort war er nicht willkommen. Sein Schwager ließ ihn mehrere Stunden vor dem Thore warten. Friedrich schien das nicht zu empfinden. Erst als die Stände der Mark ihn ersuchten, sich einen anderen Aufenthalt zu wählen, ging er von dannen. Er begab sich nach Wolfenbüttel. Als der Herzog Friedrich Ulrich die bevorstehende Ankunft des Vetters erfuhr, ritt er davon und überließ es seiner Mutter Elisabeth, für den ungebetenen Gast zu sorgen.[1] Auch sie wäre gern gegangen; aber Friedrich war nun einmal da. Er wußte, daß sein Vetter um seinetwillen gegangen sei. Er meldet es seiner Frau, und fügt hinzu: „Eine seltsame Höflichkeit." Er dagegen, nach diesen Briefen zu urtheilen, blieb lustig und guter Dinge.[2]

Und nicht anders als bei den fürstlichen Häuptern stand es mit der Sache Friedrichs bei der Bevölkerung. Wie die Flugschriften die Nachricht von dem jämmerlichen Ausgange der böhmischen Rebellion durch die Länder trugen, so blieb auch die Haltung Friedrichs dabei nicht unbekannt. Die Geringschätzung seiner Person gibt sich kund in mancherlei Caricaturen jener Zeit.[3] Dieser Misachtung entsprechend war die Behandlung, die er erfuhr. Er fand in Wolfenbüttel nicht einmal die Aufmerksamkeit, um von Theilnahme nicht zu reden, welche das Volk jederzeit so gern einem unglücklichen Fürsten zollt. Man achtete seiner nicht.[4] Und während er noch dort weilte, hallte des Kaisers Achtruf über ihn durch die Länder des Reiches.

Auch andere Kundgebungen gelangten in Wolfenbüttel an Friedrich. Er hatte nicht abgedankt, die Krone nicht niedergelegt, stand darüber nicht in Unterhandlung. Dagegen hatten die böhmischen Großen und ihrem Beispiele nach diejenigen aller einverleibten Länder sich von ihm losgesagt, und dadurch alle seine Scheinansprüche, die lediglich in der Königswahl beruheten, durch diese Lossagung vernichtet und aufgehoben. Friedrich

[1] Hurter VIII, 568. [2] Aretin, Beiträge VII, 174.
[3] Man sehe z. B. Scheible 233 u. f. Nr. 61 u. f.
[4] Aus dem Berichte eines Agenten für Friedrich bei Hurter VII, 569.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

freilich substituierte dafür das, was er seine Vocation nannte. Es wurde ihm von Böhmen aus eine Darlegung nachgesandt, daß er durch den Bildersturm, durch gewaltsame Einführung des Calvinismus den Majestätsbrief schreiender gebrochen, als von Ferdinand je zu erwarten gewesen. Es ward ihm vorgehalten, daß er durch sein Bündnis mit den Türken alles gethan, was er vermocht, um das grausame Joch derselben über die ganze Christenheit zu bringen. Daher habe er sich viel mehr des Königreiches verlustig gemacht, als Ferdinand. Zuletzt sei er geflohen, und habe die Länder preis gegeben. Das Haupt sei fort: was sollen die Glieder? Es gelangte die flehende Bitte an ihn: da bei Fortdauer des Krieges nur der Ruin der Länder zu erwarten stehe, so möge er, um nicht den Schein auf sich zu laden, daß er seiner Ehre, seines Nutzens wegen die Länder gesucht, jetzt entsagen.[1]

Zugleich jedoch gelangte nach Wolfenbüttel an Friedrich auch die Kunde der neuen Thaten des Mansfeld. Sie entsprachen besser seinem Sinne. An diesen Mansfeld, der drei Monate zuvor als eine der Bedingungen seines Verrathes an Friedrich von dem Kaiser die Legitimation seiner Geburt verlangt hatte, richtete nun Friedrich ein Schreiben,[2] welches beginnt: „Unsere königliche Gnade und alles Liebes zuvor, Wohlgeborener Graf. Es ist uns nicht ohne sonderliches Wohlgefallen vorgebracht worden, welchermaßen Ew. Liebden nicht allein (des) unserer königlichen Person (geleisteten) Unterthanen-Eides bis anher treuschuldig eingedenk verblieben, der anbefohlenen Kriegs-Expedition mit allem Gehorsam nachgelebt, sondern auch unterschiedene Städte, Flecken und Schlösser in unserem Königreiche Böheim vom Feinde erobert und wiederum unter unseren Gehorsam gezwungen. Weil wir aber keineswegs gesonnen, unseres von Gott verliehenen und von Rechts wegen zuständigen Königreiches und dessen Regalien zu vergessen, sondern, was uns mit Unrecht genommen, durch Recht und mit Schwertes Gewalt wieder zu gewinnen: Als begehren wir hiermit an Ew. Liebden, Sie wollen in dem vorgesetzten Eifer standhaftig fortfahren, des Juramentes unvergessen bleiben, in Wiederbringung des Königreiches Böheim keine Mühe, Folge noch Unkosten sparen, und also sowohl Gott als uns und der geliebten Posterität ein wohlgefälliges und vor aller ehrbaren Welt lob- und ruhmwürdiges Werk verrichten."

---

[1] Theatrum E. I, 516. [2] Londorp II, 377. Vom 2./12. Februar.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Worte Friedrichs bergen in sich eine Fülle von Consequenzen der Drangsal und des Jammers zunächst für Böhmen, dann aber auch für viele andere Länder des Reiches. Zwar sagt das Schreiben weiter: „Wir wollen Ew. Liebden mit genugsamer Volks- und Geldeshülfe auf alle kommenden Fälle erscheinen" —; allein diese Ruhmredigkeit änderte nicht die kundige Thatsache, daß derjenige, der jene Worte unterschrieb, selber ein mittelloser Flüchtling war, der damals sein eigenes Dasein fristete von der widerwillig ihm erwiesenen Gastlichkeit Anderer. Auf Geld also, um die neu geworbenen Truppen zu bezahlen, hatte Mansfeld von daher nicht zu rechnen.

Und dennoch hatte die Vollmacht für ihn wie für Friedrich selber thatsächlich eine weit reichende Bedeutung. Die Sache des letzteren ist verloren: Niemand hofft und wünscht noch für ihn. Und dennoch ist fortan die Sache, oder vielmehr der Name dieser Sache wieder da, und flattert hoch als Banner des Söldner-Fürstenthumes. Mansfeld hält dasselbe empor. Für ihn hat die Vollmacht die Bedeutung, daß er nicht mehr wie bisher als ein Räuberhauptmann auf eigene Faust erscheint, sondern als kriegführende Macht im Dienste eines Königs. Und damit beginnt für ihn die Zeit der schrankenlosen Herrschaft über Alles, was in seinem Bereiche. Er will Krieg führen und hat den Auftrag, Krieg zu führen; aber er hat zu diesem Zwecke keine Mittel. Er muß sie nehmen. Er kann die Truppen, die er anwirbt, nicht anders bezahlen als durch Nehmen. Er zuerst macht das grauenvolle Wort zur Wahrheit, daß der Krieg den Krieg ernähre, mit der Ermächtigung seines fürstlichen Auftraggebers, daß er in Wiederbringung des Königreiches Böhmen keine Mühe, Folgen noch Unkosten sparen solle.

6. Andere Aussichten der Hülfe für Friedrich V.

Mansfeld allein erhielt das Kriegsfeuer für Friedrich auf dem Boden des Reiches im Gange. Daneben jedoch hatte oder machte sich dieser eine Reihe von Aussichten oder Wünschen: auf Bethlen Gabor, auf Christian IV. von Dänemark, auf die Generalstaaten, auf Jacob I. von England. Folgen wir ihm auf dem Wege seiner Flucht.

Der König Jacob I. von England hatte, wie wir oben vernommen, gleich nach der Schlacht bei Prag den Ritter Morton mit einigem Gelde und mit der Ermahnung zum Beharren an die Union geschickt. Er hatte angekündigt, daß er in dieser Sache auch das Parlament berufen werde. Es geschah. Bei den heftigen Reden der Mitglieder desselben,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

namentlich der puritanischen Richtung, welche die böhmische Sache als diejenige der Religion auffaßte und Repressalien gegen die Katholiken in England verlangte,[1] überwog in Jacob die Furcht, daß das Parlament ihn zum offenen Kriege treiben wolle. Ein Krieg aber hätte seinen liebsten Wunsch vereitelt: denjenigen der Heirath seines einzigen Sohnes Carl mit der spanischen Infantin Maria. Je eifriger daher das Parlament, desto kühler wurde Jacob. Und ferner würde voraussichtlich die Anwesenheit des flüchtigen Friedrich mit der Familie in England den Kriegeseifer noch höher anfachen. Deshalb schickte Jacob I., noch im Januar, seinem Schwiegersohne die Weisung entgegen, nicht nach England zu kommen: nur in seinem angestammten, nunmehr von den Feinden angegriffenen Erbe sei für ihn der rechte Ort.[2] — Damals waren Heidelberg, Mannheim, Frankenthal noch im Besitze der pfälzischen Truppen. Friedrich dagegen scheint kaum an einen anderen Ort für sich gedacht zu haben als den Haag.

Denn die Generalstaaten hatten bisher im eigenen Interesse nach Kräften für die Unruhen in Deutschland geschürt und waren ferner dazu erbötig. Sie entsandten zu Ende Januar eine stattliche Gesandtschaft von sechs Personen an den König Jacob. Diese legten ihm den, wie sie sagten, traurigen Zustand von Deutschland dar. Sie berichteten, daß die Hochmögenden, um das Unheil abzuwenden, nicht bloß den König von Böhmen, sondern auch die Unierten mit monatlichen Subsidien unterstützt, und, um die Spanier abzulenken, ein mächtiges Heerlager an der Grenze gehalten hätten. Da nun der König durch seinen Gesandten Carleton den Hochmögenden kund gethan, daß er seine Kinder mit Macht herstellen wolle: so bäten sie um die Erfüllung dessen, mit der Erklärung, daß, zur Unterstützung, auch die Republik bereit sei, in den Krieg zu treten.[3]

Der Antrag mochte den Wünschen des Königs Jacob sehr wenig entsprechen. Er ließ mehrere Wochen verstreichen, ohne eine Antwort zu geben.

Dagegen findet sich aus denselben Tagen eine Nachricht über einen anderen merkwürdigen Versuch des Königs Jacob zur Herstellung des Friedens.[4] In Madrid trat eines Tages im Februar eine mit dem englischen Gesandten vertraute Persönlichkeit zu dem Grafen Khevenhiller,

[1] Lingard VI, 119. [2] Gindely IV, 127. [3] Aitzema I, 25.

[4] Khevenhiller IX, 1239. Villermont, Mansfeld I, 288 berichtet genau dasselbe nach einer chiffrirten Depesche Khevenhillers im Münchener Archive.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mit der Andeutung, daß es ein einziges Mittel gebe, alle diese Unruhen auf einmal beizulegen und einen beständigen Frieden zu schaffen. Auf die Frage Khevenhillers nach diesem Mittel erwiederte Jener: der Kaiser möge durch welche Mittel immer den Pfalzgrafen Friedrich tödten lassen, und dann die Elisabeth heirathen. Der König von England werde zufrieden sein, wenn nur seine Tochter eine Königin verbliebe. — „Auf diese verwunderliche Rede, meldet Khevenhiller weiter, die vielleicht mehr aus der Absicht zu versuchen, als aus aufrichtigem Herzen geflossen war, erwiederte ich lachend: in der katholischen Religion sei dergleichen nicht bräuchlich." Dann fuhr er fort: „Der römische Kaiser hat durch den Beistand und die Gnade Gottes solche Mittel in Händen, daß er seine Feinde in billiger und zulässiger Weise strafen kann. Wenn Sie aber des Pfalzgrafen so gern sich entledigen wollen, und es vielleicht nach Ihrer Religion und Ihren Gesetzen erlaubt ist: so nehmen Sie selber diesen Angriff vor die Hand, und tractieren dann mit dem Kaiser über die Heirath." — Derselbe Vorschlag ward, wie Khevenhiller berichtet, von einem englischen Minister in London dem spanischen Gesandten, Grafen Gondomar, gemacht.

Unterdessen setzte der flüchtige Friedrich seine Reise fort. Eine besondere Hoffnung schien ihm aufzuleuchten in dem Mutterbruder seiner Frau, dem Könige Christian IV. von Dänemark. Wie die Generalstaaten, so hatte auch dieser König das Flackerfeuer der Äußerungen des Königs Jacob I. nach der Schlacht am Weißen-Berge ernsthaft genommen, und darauf hin auf den 1. März einen Convent nach Segeberg hin ausgeschrieben. Dort sammelte sich eine Reihe von Gesandten der verschiedenen Mächte, auch des Schwedenkönigs Gustav Adolf. Um auch dabei sich einzufinden, bog Friedrich auf seinem Wege nach dem Haag von Wolfenbüttel aus nordwärts ab.

In Hamburg erreichte ihn die Kunde des Fortschreitens der Unterhandlungen zwischen den schlesischen Fürsten und Ständen mit dem Kurfürsten von Sachsen über ihre Unterwerfung, vielleicht sogar schon das eigene an ihn gerichtete Schreiben derselben, vom 13. Februar.[1] Sie sagen darin, daß „zur Verhütung und Abwendung unseres endlichen Verderbens und Unterganges wir die anerbotene kaiserliche Gnade annehmen

[1] Acta publica 1620 p. 52.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wollen." Dann wenden sie sich an Friedrich. „Wiewohl wir dadurch, daß E. K. M. in die Tractaten eingewilligt und sich ganz aus diesem Land begeben, auch in specie nur um Restitution der abgenommenen Güter durch dero Gesandten anhalten lassen" — dies war nicht richtig — „wir gleichsam ipso facto unserer Pflicht (uns) erlassen zu sein erachten: so haben wir doch auch zu mehrerer Sicherheit unserer Gewissen bei E. K. M. hierum gehorsamst anhalten wollen." — Es folgt die Ausführung dieser Bitte.

Nicht so verstand Friedrich die Sache. Ob ihm dies Schreiben selber schon vorgelegen haben mag, oder nur erst eine allgemeine Kunde: er richtete am 8./18. Februar von Hamburg aus an Bethlen Gabor ein Schreiben ähnlichen Inhaltes, wie einige Tage zuvor an Mansfeld. Darin will Friedrich gar nichts fahren lassen, will alles wieder haben, will die Abtrünnigen als seine Feinde bestrafen. Zu diesem Zwecke fordert er Bethlen auf, „den Krieg gegen den Kaiser nach höchstem Vermögen fortzusetzen, damit Oesterreich, Steier und Kärnten verherget, Mähren verstöret und Schlesien neben anderen incorporierten Ländern zu Grund in die Aschen gelegt werden." [1]

Dann malt er seine Hoffnungen aus: „Wir haben nunmehr durch die Hülfe des Königs in Groß-Britannien, wie auch Dänemarks und Schwedens usw., imgleichen der löblichen Fürsten und Stände in Niedersachsen, mehr als 20,000 wohl armiertes Volk zu Roß und Fuß in Bereitschaft, und sind entschlossen täglich mehr anzunehmen und zu unterhalten. Wir wollen mit solchem Volk nach Verfließung zweier Monate uns nach Böhmen begeben." Dort, meldet er weiter, halte der treue Mansfeld ihm die Pässe offen.

Es bedarf nicht des Nachweises, daß die Worte des flüchtigen Friedrich der Wahrheit nicht entsprachen. In der Wirklichkeit verfügte er auch nicht über einen einzigen Mann. Er mochte sich die Übertreibung gestatten, weil er das, was er dem Bethlen Gabor zur Anspornung als schon vorhanden meldete, in Segeberg zu erlangen hoffte.

Dort jedoch ward er nicht seinen Wünschen gemäß empfangen. Darüber vernehmen wir die Meldung eines der Gesandten wie folgt. [2]

---

[1] Londorp II, 377. K. A. Menzel III, 450 bemerkt dazu: „Dieses Schreiben ist so widersinnig, daß es schwer hält, an dessen Ächtheit zu glauben." — Aber das Schreiben an Mansfeld ist in der Gesinnung nicht minder frevelhaft.

[2] Müller III, 408.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„Als der Pfalzgraf in Segeberg zu dem Könige gekommen, hat dieser gar wunderliche Discurse mit ihm gehalten. Anfangs soll er gefragt haben: wer ihm gerathen, daß er sollte Könige verjagen und Königreiche einnehmen. Hätten es seine Räthe gethan, so hätten sie gehandelt wie Schelme. Danach fragt er ihn: warum er die Bilder gestürmt. Wie nun der Pfalzgraf geantwortet: wer ein Haus hätte, der richtete es gern zu, wie es ihm gefiele — inquit rex Daniae: es sei die Frage, ob es auch sein Haus gewesen wäre." — Ein anderer Bericht sagt: der König habe auf ein im Zimmer befindliches Crucifix gedeutet, mit den Worten: „Dort hangt auch ein Crucifix. Wäre es in Prag gewesen: es hätte fort müssen."[1] — Weiter sagte Christian IV: es komme ihm seltsam vor, daß Friedrich lauter Böhmen bei sich hätte und keinen von seinen Landständen. — Dann fuhr er fort: „Zuvor hat man die Pumpsäcke (die Dänen) nicht geachtet; nun jene aber den Karren in den Dreck geschoben, so kommen sie und suchen Hülfe bei den Dänen." — Friedrich müsse sich vor dem Kaiser demüthigen und um Verzeihung bitten: alsdann wolle er, Christian IV, helfen, daß Spinola solle abgeschafft werden, und Friedrich wieder zu seinen Landen kommen. Mit Böhmen wolle Christian IV. gar nichts zu thun haben: das wäre Unrath."

Die Unterredung zeigt, was im günstigen Falle Friedrich von seinem Oheim von Dänemark zu erwarten hatte. Es fragte sich aber, ob der Fall günstig für ihn lag. Es war Thatsache, daß Christian IV. Truppen warb; aber er warb sie zunächst für seine eigenen Zwecke.

Als die Union im Herbste 1620 an ihrer Thatlosigkeit hinsiechte, hätten die Häupter doch das, was sie selber nicht wagten, gern von Anderen ausgeführt gesehen. Am 17./27. October entsendeten sie an Christian IV. den Hessen Dietrich von Werther, um ihm kund zu thun: „die unumgänglich vor Augen schwebende Nothdurft und Gefahr erfordere, daß man, zur Erhaltung beständiger Sicherheit, auch zur Ergötzung erlittenen Schadens, eine starke und äußerste Resolution fasse, nämlich die Pfaffen an allen Orten und Seiten anzugreifen." — „Überdies könne dann auch zugleich Se. Majestät der Fürstbisthümer, zu denen Sie gut Fug und Recht hätten, sich desto mehr versichern."[2] — Also ein Angebot von Ländern des Reiches von deutschen Fürsten an einen fremden König!

---

[1] Aitzema I, 90. Slangen üb. v. Schlegel, II, 166.

[2] Londorp II, 607.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Einladung fiel bei Christian IV. wie eine Saat auf fruchtbaren Boden. Es war bekannt genug, wie sehr er zunächst nach dem Besitze des Erzbisthumes Bremen strebte. Er selber hatte sich darüber verlauten lassen: er könne sonst sein Königreich nicht erweitern. — Darüber lautete die Kritik seines Rivalen Gustav Adolf kurz und bündig: „Daran doch wenig gelegen.“ [1] — Gustav Adolf meinte weiter: wenn Christian IV. in Folge dessen zwei Stimmen im niedersächsischen Kreise besäße, so würden diese bald so laut erklingen, daß man die anderen gar nicht mehr vernähme.

Christian IV. dagegen hoffte für seine Wünsche auf die Mithülfe der damals noch nicht zergangenen Union, der Fürsten in Niedersachsen, der Generalstaaten, des Königs von England. In seiner Anrede an die Fürsten und die Gesandten zu Segeberg betheuerte er den Entschluß, seine Religion, wo sie angefochten werde, mit aller Macht zu vertheidigen. Er schloß mit dem Antrage: die versammelten Fürsten möchten sich zur Aufbringung eines Heeres von 6000 Reitern und 20 000 Mann Infanterie vereinigen, das nicht nur zur Vertheidigung von Niedersachsen, sondern auch zur Unterstützung der Union dienen solle. [2]

Die Worte klangen für die eigentlichen Wünsche Christians IV. unverfänglich genug. Es kam nur darauf an, ob die Mächte, auf die er hoffte, sich darauf einlassen würden.

In denselben Tagen, im Anfange März, ließ Jacob I. den in London einer Antwort harrenden holländischen Gesandten seinen Dank für die dem Pfalzgrafen Friedrich geleistete Hülfe aussprechen, und sie auffordern, in bestimmter Weise anzugeben, wie sie sich das begehrte Bündnis dächten. Es war dem Könige sichtlich nur um Zeitgewinn zu thun. Denn, nachdem die Gesandten eine Diversion nach Flandern hinein beantragt, ward ihnen die Antwort: der König wolle die Restitution der Pfalz durch eine Besendung nach Spanien suchen. Es würde ihm nicht ehrlich anstehen, thätlich gegen den König von Spanien vorzugehen, mit dem er in Frieden lebe. Er erhob dagegen Anklagen gegen die Holländer. „Ihr seid Blutegel meines Volkes, sagte er. Ihr saugt den Engländern das Blut ab, und nehmt durch die Groß-Fischerei ihnen das Brot vor dem Munde weg.“ [3]

---

[1] Styffe 400. [2] Decken I, 86.

[3] Aitzema I, 32. Vgl. Villermont, Mansfeld I, 235 et suiv.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Das Verhalten des Königs Jacob zeigt zur Genüge, daß, wie an einen gemeinsamen Krieg Englands und der Republik gegen Spanien, so auch an ein Eingehen auf die Wünsche Christians IV. nicht zu denken war.

Die Generalstaaten ihrerseits waren durchaus nicht geneigt, die Macht Christians IV., die durch die Erhebung des Sundzolles schon lästig genug für sie war, noch höher ansteigen zu lassen. Ihr Bündnis von 1614 mit der Hansa und mit Gustav Adolf von Schweden war am letzten Ende gegen Christian IV. gerichtet.[1] Eben so wenig waren sie Willens, ihn im nordwestlichen Deutschland sich weiter ausbreiten zu lassen, von wo aus er einmal mit Spanien gemeinschaftliche Sache wider sie machen könne.[2] Sie hatten ihre Gesandten nach Segeberg geschickt. Sie nahmen den seinigen, Uhlefeld, im Haag höflich an. Sie verhandelten mit ihm. Sie schlossen dann mit ihm eine Allianz, aber eine solche, daß der letzte Artikel die ganze Allianz wieder durchlöcherte.[3]

Mehrere der niedersächsischen Fürsten einigten sich mit Christian IV. zu einer Zuschrift an Spinola, die einigermaßen einen drohenden Anstrich hatte. Spinola antwortete, und damit endete die Sache. Unterdessen zerging die Union. Christian IV. schickte nach Wien eine Gesandtschaft, die dort vor dem Kaiser wegen der Reichsacht über den Pfalzgrafen Friedrich hochfahrende Reden hielt. Es war ein diplomatisches Waffenklirren, wie es häufig, wenn Macht und Wille dahinter steht, einem Kriege voranzugehen pflegt. In der That hielt Christian IV. einige Monate lang 6000 Mann unter den Waffen, immer in der Hoffnung, sein Schwager von England werde das erforderliche Geld hergeben. Statt dessen ließ ihm Jacob I. durch den Ritter Sinclair seine Verwunderung aussprechen, daß Christian IV. sich zum Kriege bereite und dadurch die Friedensmittel, welche Jacob I. aufbiete, durchkreuzen werde.[4] — Demgemäß ließ Christian IV. ab. Die Nicht-Willigkeit Christians IV. zu einem Kriege gegen den Kaiser ward erst allmählich offenkundig. Jedenfalls aber mußte es dem Winterkönig schon bei dem Aufenthalte in Segeberg klar werden, daß für ihn von Christian IV. her wenig zu hoffen war. Er machte sich weiter auf den Weg, westwärts, nach Holland zu. Dort nahmen gerade damals die Dinge eine für seine Wünsche günstige Wendung.

[1] Aitzema I, 90. [2] Man vgl. die Denkschrift bei Londorp II, 418.
[3] Aitzema I, 96. [4] Khevenhiller IX, 1345.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

7. Frage der Fortdauer des zwölfjährigen Stillstandes.

Der am 9. April 1609 zu Antwerpen auf zwölf Jahre geschlossene Waffenstillstand lief ab mit dem 9. April 1621. Man erwartete also mit Spannung, was dann geschehen würde.

Es fehlte nicht an Anzeichen vorher, daß die Generalstaaten die Erneuerung des Krieges einem Frieden oder der Verlängerung des Stillstandes vorziehen würden. Sie hatten seit langer Zeit Freundschaft und Bündnisse mit allen Gegnern beider Linien des Hauses Habsburg gesucht. Am 31. December 1619 hatten sie mit der Republik Venedig ein Bündnis geschlossen, mit der gegenseitigen Versicherung, daß weder die eine noch die andere Republik eine Allianz mit Spanien oder Oesterreich habe.[1] Das Bündnis ward erneut am 2. Januar 1621, mit der Behauptung, die bei den Aggressiv-Parteien jener Zeit immer wieder kehrt, dies Mal bei dem Venetianer Suriano im Haag: daß das Haus Oesterreich nach der Monarchie über die Christenheit trachte und alle Staaten ihrer Freiheit und Gerechtigkeit berauben wolle.[2]

Klarer noch trat im Jahre 1620 im Haag die Absicht hervor. Am 28. Juli wies der Staatsrath der Republik die Generalstaaten auf den demnächstigen Ablauf des Stillstandes hin, mit den ausdrücklichen Worten: „Es ist darüber keine andere Vermuthung aufzustellen, als daß wir uns mit frischer Kraft zum Kriege vorzubereiten haben."[3]

In gleichem Sinne war, wie wir gesehen haben, im Februar 1621 die Gesandtschaft an Jacob I. ergangen, um ihn zur Allianz gegen Spanien aufzufordern. Der Entschluß der Holländer zum Kriege lag hier wenigstens dem Könige Jacob klar vor Augen.

Dennoch verliefen dann die Dinge so, daß der Vorwurf des erneuten Krieges gegen Brüssel gewendet werden konnte.

Weder die wohlwollende Infantin Isabella, noch der bereits hinsiechende Erzherzog Albrecht in Brüssel waren kriegslustig. Auf die Umgebung dagegen waren die Erfolge des Jahres 1620 nicht ohne Wirkung geblieben. Man wollte nicht geradezu den Krieg beschließen, sondern für die Erhaltung des Friedens von den Generalstaaten gewichtige Bedingungen fordern. Zu diesem Zwecke wurde, im März, der Kanzler Peckius nach dem Haag entsendet.[4]

[1] Aitzema I, 24. [2] A. a. O. 18. [3] A. a. O. 7. [4] A. a. O. 81.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In die Versammlung der Generalstaaten eingeführt, hob Peckius hervor, daß die Erzherzöge wünschten, die Erneuerung des Kriegszustandes abzuwenden, den Frieden zu sichern. Der größte Vortheil für Alle würde darin bestehen, daß alle Theile und Glieder der Niederlande sich wieder zu Einem Körper unter Einem Haupte vereinigten, und das durch die Geburt verliehene Recht anerkennten.

Noch am selben Tage, dem 23. März, beriethen darüber die Stände von Holland. Sie kamen zu dem Beschlusse, daß die durch Peckius gestellte Forderung unerträglich sei. Sie brachten ihren Beschluß in die Versammlung der Generalstaaten. Die Delegierten der anderen Provinzen stimmten bei. Man beschloß eine nachdrückliche Antwort zu geben. Diese hob zuerst die von allen Mächten anerkannte Souveränetät der Republik hervor, und schloß dann: „Demgemäß können die Hochmögenden sich nicht einlassen auf eine so unerwartete, unrechtmäßige, unnachbarliche Proposition, welche eine unleidliche Atrocität gegen ihren Staat enthält, sowie eine Ehrenkränkung gegen alle Mächte, die ihn anerkannt haben."

Also erstickte die Unterhandlung in ihrer Geburt, und war fast noch eher geendigt, als sie begonnen hatte.[1]

So entsprach es der Gesinnung der herrschenden Partei der Prädestinatianer, deren Anschauungen Moritz von Oranien mit der Mehrheit hauptsächlich des niederen Volkes und der Prediger theilte. Die Meinungen derselben prägen sich aus in einer damaligen Flugschrift.[2] Darin heißt es: „Wir haben vom Frieden nur Schaden gehabt, und nur Einzelne einigen Nutzen. Allerdings ist der Verkehr nach Flandern und Brabant frei und sicher gewesen; aber dafür sind auch diejenigen unter uns, die der katholischen Religion zugethan, frei dahin ausgegangen, haben Pfaffen und Jesuiten gehört, und diese wiederum sind zu uns gekommen. Die Schifffahrt hat danieder gelegen; denn wir waren vom westindischen Handel ausgeschlossen." Dies klingt auffallend, erklärt sich aber dadurch, daß der westindische Handel der Holländer lediglich der Seeraub gegen Spanien war, dem der Friede Einhalt gebot. „Der Waffenstillstand hat ferner die hochschädliche Secte der Arminianer ausgebrütet, deren Führer Oldenbarnevelt, Grotius und Andere waren. Auch liegen die Dinge weder zu Lande, noch zu Wasser günstig. Aachen

[1] A. a. O. 87. [2] Londorp II, 468.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und Wesel sind unterdrückt, Böhmen und die Pfalz sind erobert. Dazu hätten die Gegner keine Mittel gehabt, wenn wir im Kriege verblieben wären. Die Macht der Seeräuber auf dem Meere ist gestiegen, so daß man jetzt für die Versicherung gegen sie 16—18 Procent geben muß, wo man früher mit $5^1/_2$ abkam. Diese Seeräuber sind entstanden aus unseren abgedankten Kriegsleuten, die sich mit Türken und anderen Überläufern verbunden haben. Der Feind sucht den Frieden, um sicher zu sein vor uns zu Wasser, und seine kostbaren Waaren ungefährdet einzubekommen."

Aber soll man denn darum Krieg wollen? Das fiel auch selbst dieser Partei schwer aufs Gewissen, und zur Befriedigung desselben mußte etwas gesagt werden. Deshalb preist sie den Frieden und die Segnungen desselben. „Der Krieg, sagt sie weiter, ist an ihm selbst ein böses Thier, und wer Lust am Kriege hat, muß eines wilden unmenschlichen Gemüthes sein." Das genügt zur Beschwichtigung des Gewissens, und es tritt dann die Lichtseite des Krieges hervor. „Aus dem Kriege ist für uns allezeit Nutzen zu hoffen, aus dem Waffenstillstande nur Schaden. Nun ist es ja besser Hoffnung auf Nutzen zu haben, als sicheren Schaden. Man könnte sagen: die Mittel fehlen uns. Aber haben unsere Vorfahren auch Mittel gehabt, als die Watergeusen den Briel überfielen und einnahmen? Lasset uns in wahrhaftiger Bekehrung und demüthigem Gebete unser Bündnis und unsere Gemeinschaft mit Gott machen: so wird uns wohl geholfen werden."

Solche Worte entsprachen der Anschauung der herrschenden Partei. Die Stimmung derselben war, im März 1621, für die Erneuerung des Krieges zu Wasser und zu Lande. Zu Wasser war Niemand geeigneter ihn zu führen, als die Holländer selbst, die an Seetüchtigkeit damals alle anderen Nationen überboten. Zu Lande war nach der Kriegesweise jener Zeit nur ein einziges Erfordernis nöthig, nämlich Geld. Für dieses kaufte man Menschen, Kriegeserfahrung, geradezu Alles. Und dies eine Mittel, welches alles erschloß, besaßen die Holländer durch jene andere Seite der Kriegführung.

Voran in dem Wunsche nach der Erneuerung des Krieges stand der Prinz Moritz von Oranien. Er hatte im Jahre 1609 nur widerstrebend in den Stillstand gewilligt. Er war der Oberanführer der Streitkräfte der Republik zu Wasser und zu Lande: daher stieg mit dem Wiederbeginne des Krieges sein Ansehen und sein Einkommen. Er vor allen Anderen hatte seinen Neffen von der Pfalz vorwärts getrieben,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ihm zur Annahme der fremden Krone gerathen. Im offenen Kriege mit Spanien meinte Moritz für seinen Neffen mehr thun zu können als bisher.[1]

8. Friedrich V. im Haag, im April 1621 und ferner.

Wie also im März 1621 die Dinge lagen, stand, während der Winterkönig und Elisabeth Niedersachsen und Westfalen durchkreuzten, die Erneuerung des Krieges zwischen der Republik und der Macht Spanien in sicherer Aussicht. Am 9. April sah man in holländischen Städten eine Spott-Leichenfeier. Es war der Treves, der Stillstand, den man zu Grabe trug, mit einem Trauergefolge in der Tracht von Welt- und Ordensgeistlichen.[2] — Der spöttische Aufzug mochte der Stimmung der Mehrheit der Holländer entsprechen: sie begrüßten die Erneuerung des Krieges als die Zeit des besseren Gewinnes. — In denselben Tagen nahete Friedrich heran. Auf seine Meldung, daß er kommen werde, sandten ihm die Generalstaaten sechs Compagnien Reiter bis in die Gegend von Münster entgegen. Sie führten ihn nach Emmerich, wo ein Schiff bereit lag, welches ihn mit dem Gefolge den Strom hinab nach Rotterdam trug. Dort harrten die Wagen des Oheims, des Prinzen Moritz von Oranien, mit vielen anderen, und führten die Flüchtlinge nach dem Haag, am 14. April. Dort war das Haus Wassenaar im Vorgehölz zu einer stattlichen Wohnung für sie bereitet.[3]

Von da an begann für Friedrich und Elisabeth, nach der Entbehrung von fünf Monaten, wieder eine besser anmuthende Zeit. Sie konnten wieder König spielen, und es entsprach dem Interesse der Hochmögenden, diesem Spiele den Schein der Realität zu geben. Am 19. April ließ Friedrich melden, daß er wünsche in die Versammlung der Generalstaaten zu kommen.[4] Es wurden ihm sieben Commissäre geschickt mit dem Entbieten: Se. Majestät möge nicht sich bemühen, sondern den Commissarien eröffnen, was Sie vorzuschlagen geruhten. — Friedrich entgegnete: das Erscheinen werde ihm nicht eine Mühe, sondern eine Ehre sein.

Demnach holten am nächsten Tage die Commissarien ihn ab, und geleiteten ihn in die Versammlung der Generalstaaten. Friedrich legte in ausführlicher Rede dar, was in Prag geschehen sei, alles aus Mangel

[1] Aitzema I, 88. [2] Scheible 294. [3] Schotel 65.
[4] A. a. O., ferner Aitzema I, 102.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

an Unterstützung. Die Hörer verstanden dies dahin, daß es meist auf den Schwiegervater in England ziele.[1] Friedrich erklärte weiter, daß er von fast allen Freunden verlassen gewesen sei, nur nicht von dieser Republik, von welcher er mehr Freundschaft und Hülfe empfangen, als er habe hoffen dürfen. Allezeit werde er dessen eingedenk sein. Nunmehr sei er gekommen, um mit Rath und Weisung der Hochmögenden zu thun, was zur Herstellung der guten Sache als nothwendig erscheinen werde. — Im Namen der Versammlung antwortete der Vorsitzende mit den dienlichen Complimenten.

Friedrich hatte sich also moralisch in die Gewalt der Generalstaaten gegeben. Dafür machten diese ihm die Freude seines klingenden Titels, weniger jedoch diejenige eines reellen Unterhaltes. Ein Kursachse, Johann Georg von Pöllnitz, von dem Kurfürsten nach Brüssel entsendet, berichtet darüber wie folgt.[2] „Ich habe den Erzherzog in Brüssel nicht getroffen, und mich deshalb vor der Hand nach dem Haag begeben, allwo ich den Pfalzgrafen mit den bei sich habenden Herren, wie zu beklagen, in ziemlicher Armuth gefunden. Denn, obwohl der Ruf ergangen, als würden ihre Zehrungen von den Generalstaaten bezahlt, ist es doch in der Wahrheit viel anders. Denn dies ist nicht länger geschehen als die ersten vier oder fünf Tage. Jetzt aber müssen sie, damit sie leben können, Pferde, Kleinodien und alles, was sie mitgebracht, täglich verkaufen. Sie wissen zur Zeit noch nicht, worauf oder wie ihre Sachen beruhen und ablaufen möchten. Wie mir von einer vertrauten Persönlichkeit, die täglich um den Prinzen von Oranien, insgeheim berichtet worden, soll der Ruppa, gewesener böhmischer Kanzler, mit einem Herrn von Zierotin, die beide im Haag sich befinden, den Generalstaaten vorgeschlagen haben, 200,000 Fl. vorzustrecken. Vermöge dieser Summe wüßten sie Mähren und Schlesien wieder zur Devotion des Pfalzgrafen zu bringen. Weil aber die Generalstaaten ihr Geld mehr als genugsam von nöthen, auch befürchten, daß, wenn jene die gedachte Summe empfingen, (der Pfalzgraf und) sie vielleicht ein anderes Land suchen und wenig verrichten möchten: so hat man ihnen geantwortet, etwas in Ruhe zu stehen."

Demnach muß bei den Generalstaaten damals bereits die Besorgnis erörtert sein, daß das wichtige Kriegsmittel, welches sie an Friedrich

[1] A. a. O.: dit zach meest op den Koning van England, zyn schoonvader.
[2] Müller III, 460.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

oder doch an dessen Namen in den Händen hatten, ihnen wieder entgehen könne. An der Person desselben mochte diese Besorgnis weniger haften. Jener Bericht fährt nämlich fort wie folgt.

„Was die Persönlichkeit des Pfalzgrafen betrifft, so stellt er sich nicht anders an, als wäre ihm niemals etwas Widerwärtiges begegnet. Er spaziert und fährt täglich außerhalb dem Haag, spielt mit den jungen Herrn im Gehölze mit Buchs-Kugeln, was von Vielen mehr für ein Kinder- als ein Königsspiel gehalten wird. Der Prinz von Oranien ist damit nicht wohl zufrieden, sagt vielmehr: es würde ihm besser anstehen, Nacht und Tag darüber zu sinnen, wie er seine verlorene Krone und die Pfalz wieder gewinne."

Endlich bespricht der Bericht das wichtige Verhalten Jacobs I., mit den Worten: „Der König von England hat den Generalstaaten durch verschiedene Schreiben hart verwiesen, daß sie die vornehmste Ursache seien an dem Verderben seiner Tochter und deren Kinder, daß sie auch noch den Pfalzgrafen täglich aufwiegelen, und, anstatt ihm zu rathen, wie er sich mit der Kaiserlichen M. aussöhnen könne, diejenigen seien, die ihn davon abhielten. Es wird auch für gewis gesagt, daß der König an die Pfalzgräfin geschrieben: er wolle ihr etwas Geld senden, unter der Bedingung, daß sie ihrem Herrn nichts davon zukommen lasse."

Eine andere Nachricht sagt, daß einerseits Jacob I., andererseits die Generalstaaten dem kurpfälzischen Hofe im Haag zusammen monatlich 36,000 Fl. zum Unterhalte gereicht haben.[1] — Jedenfalls ergibt sich aus den späteren Meldungen Rusdorfs, den Friedrich bald nachher als seinen Gesandten nach England schickte, daß erst Jacob I., dann Carl I. den Unterhalt des pfälzischen Ehepaares im Haag bestritt. Dies hörte auf, als Carl I. nichts mehr zu geben hatte. In späterer Zeit, 1649 und 1650, sah Aitzema die Witwe Elisabeth im Haag „creditlos nnd von allen Blutsfreunden verlassen, wenn nicht die Generalstaaten durch einen Vorschuß von 60,000 Fl. ihr geholfen hätten."[2]

Hier liegt die Frage nahe: warum nicht Elisabeth als geborene Prinzessin von England und Schottland mit dem eventuellen Rechte der Nachfolge in diesen zwei Königreichen sich zu ihrem Vater, dem Könige Jacob I., begab. Die Frage führt uns zurück auf das eigenthümliche Verhältnis des Königs Jacob zu dem pfalzgräflichen Ehepaare. Er hatte ihnen auf ihrer Fluchtreise wiederholt die Weisung zugehen lassen,

[1] Schotel 71. Ohne bestimmteren Nachweis. [2] Aitzema I, 117.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht nach England zu kommen. Dennoch quälte ihn die Besorgnis, daß dies geschehen, daß namentlich Elisabeth dann einen starken Anhang finden und ihm seine Friedensplane durchkreuzen werde.[1]

Wie stark dort die Strömung in den Gemüthern zu Gunsten des pfalzgräflichen Paares oder doch der Prinzessin Elisabeth rann, legt sich uns dar an dem Beispiele eines katholischen Advokaten Floyd. Während in Deutschland und selbst in Holland[2] Karikaturen und Spottgedichte auf das kurpfälzische Paar von Hand zu Hand gingen, ward Floyd angeklagt, über dasselbe minder ehrerbietige Worte gesprochen zu haben.[3] Das Unterhaus maßte sich der Sache an, im Mai. Es wurden heftige Anträge gestellt auf Stehen am Pranger, auf Auspeitschung, Annageln der Ohren, Durchbohrung der Zunge. Es blieb im Unterhause bei einer Geldbuße, Ausstellung am Pranger und schimpflichem Aufzuge durch die Stadt. Dem Hause der Lords genügte das nicht. Sie setzten die Geldbuße auf das Fünffache, erklärten Floyd für infam, verfügten öffentliche Auspeitschung und dann Gefängnis auf Lebenszeit. Die Intervention des Prinzen von Wales wendete die öffentliche Auspeitschung ab.

Es ist möglich und wahrscheinlich, daß zu diesem Zornesausbruche der Mehrheit des Parlamentes über ein minder schweres Vergehen erheblich mitwirkte die allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierung Jacobs I. Er hatte sich einen jungen Mann, Namens Villiers, als Günstling herangezogen, ihn zum Grafen Buckingham gemacht. Über diesen berichtet der französische Gesandte Tillieres: „Diejenigen, welche nicht mit Leidenschaft über Buckingham urtheilen, sagen: er war ein junger Mensch von gutem Naturell und guter Sinnesart, auch sehr maßvollen Wesens, bis die Gunst des Königs ihn verdarb. Anstatt ihn mit Vorsicht zu leiten und zu erziehen, gab der König ihm volle Freiheit und uneingeschränkte Macht, dergestalt daß es ihm ergangen ist, wie fast allen Günstlingen solcher Art. Zunächst beherrschen ihn Eitelkeit, Anmaßung und Habgier, und für die Zukunft ist er in Gefahr, durch einen kläglichen Sturz zu fallen, mag nun der König sterben oder ihn verlassen, oder auch das Übermaß der Unverschämtheit des Buckingham die Engländer in einen Aufstand hineintreiben."[4] — Einstweilen jedoch war Buckingham in der Lage, unsägliches Unheil anzurichten.

[1] Raumer, Briefe usw. II, 308, 309. [2] Schotel 66.
[3] Lingard VI, 124. That goodman Palsgrave and goodwife Palsgrave.
[4] Raumer, Briefe usw. II, 330.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ein anderes Mal meldet Tillieres: „Man denkt hier nicht an einen Krieg, sondern nur an Essen, Trinken und lustige Unterhaltung. Das Haus Buckinghams ist der Ort dafür; aber ich bin nicht unverschämt genug, der Wahrheit gemäß Dinge zu beschreiben, die man lieber verschweigt.“ [1] Le roi est perdu dans les voluptés et la plupart du temps enseveli dans le vin.

Indem die Engländer weder dem Könige Jacob, noch seinem Sohne Carl eine hohe Achtung und warme Zuneigung bezeigten, der Prinzessin Elisabeth dagegen, welche sie nicht kannten, alle Tugenden beimaßen, welche der Vater und der Bruder nicht besaßen, mochte der König Jacob nicht mit Unrecht besorgen, daß die Herüberkunft seiner Tochter nach England einen Sturm entfachen würde, dessen er nicht Herr bleiben könne. Zunächst war dann der Krieg mit Spanien zu Gunsten des pfalzgräflichen Paares unvermeidlich. Jacob aber scheuete den Krieg um so mehr, weil dieser ihn vom Parlamente abhängig machen würde. Daher faßte er, am 4. Juni, den Muth, das Parlament bis zum November zu vertagen. Bevor jedoch die Vertagung ausgesprochen wurde, einigte sich die Mehrheit des Unterhauses zu dem Beschlusse: wenn nicht während der Vertagung die Unruhen in Deutschland zur Zufriedenheit beigelegt würden: so wollten sie bei ihrer Rückkehr bereit sein, für die Herstellung des Pfalzgrafen und die Aufrechthaltung der wahren Religion Gut und Blut zum Opfer zu bringen. [2]

Jacob I. hatte also seine Tochter und deren Gemahl seinem Lande fern gehalten und dadurch den Sturm daheim vermieden. Er stand gut mit Spanien und wollte es noch mehr sein. Er wollte an den Kaiser einen Gesandten schicken und die pfälzische Angelegenheit gütlich vergleichen. Allein der Vortheil des Fernhaltens seiner Tochter mit ihrem Gemahle von England hatte für ihn den Nachtheil, daß nicht er der Herr ihres Willens war. Immerhin mochte er einen friedlichen Ausgleich wollen: seine Tochter und ihr Gemahl befanden sich unter der moralischen Einwirkung einer Macht, die nicht den Frieden unter irgend welchen Bedingungen wollte, sondern den Krieg, für welchen in Deutschland der Winterkönig den Namen hergab.

[1] A. a. O. 316 u. f.
[2] Lingard VI, 126.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

9. Johann Georg von Jägerndorf. Bethlen Gabor. Haltung des Kaisers.

Eben damals war der Sache desselben ein anderer dem Mansfeld moralisch ziemlich gleichwerthiger, jedoch weniger gewandter Kämpfer erstanden. Es war der Markgraf Johann Georg von Jägerndorf. Die über ihn mit verhängte Reichsacht vom 29. Januar schloß ihn von dem Accorde aus, den der Kurfürst von Sachsen den schlesischen Fürsten und Ständen bewilligt und der Kaiser bestätigt hatte. Aber der Markgraf war der Commandant der schlesischen Truppen. Diese machten gemeinschaftliche Sache mit ihm. Sie insgesammt richteten von Schweidnitz aus, am 31. März, an die schlesischen Fürsten und Stände die Forderung ihrer Bezahlung.[1] Die Summe war hoch. Sie ward auf zwei Drittel hinab bedungen, und auch dieser Betrag noch wird auf 700,000 Thaler angegeben.[2]

Zugleich knüpfte Johann Georg mit Friedrich im Haag an. Er erhielt von diesem die Vollmacht, die abgedankten Truppen von Schlesien und Mähren für den Dienst Friedrichs wieder anzuwerben und als desselben General und Commissar sie zu commandieren.[3] — Von den Mitteln, diese Truppen dann zu bezahlen, schweigt die Vollmacht. Es versteht sich, daß Johann Georg mit dem Plane der Neuwerbung nicht eher offen hervortrat, als bis die Auszahlung für den früheren Dienst ganz erfolgt war. Dies zog sich hin bis in den Monat Juni. Dann erst konnte Johann Georg ähnlich handeln wie Mansfeld.

Der gewichtigste Bundesgenosse Friedrichs im Osten war Bethlen Gabor. So lange die französische Botschaft in Wien weilte, hatte sie verschiedene Vermittelungsversuche angestellt. Daher ruhten die Waffen. Im April gelang es dem Ungar Setschi, der von Bethlen Gabor ab und dem Kaiser zugetreten war, einen tartarischen Boten mit einem Schreiben des Bethlen an den Chan der Tartaren abzufangen. Das Schreiben, aus Tyrnau, vom 1. April datiert,[4] legt zuerst dem „viel-

[1] Acta publica 1621 p. 156. [2] A. a. O. 160.

[3] Londorp II, 437. Dort steht das Datum des 23. Mai. Die Abschrift in den Kriegsacten F. 41 hat das Datum des 23. April. Eben dasselbe Datum hat, nach Acta publica 171, eine Abschrift im Dresdener Archiv. Dafür sprechen auch die Umstände.

[4] Londorp II, 388. Theatrum E. I, 570.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

geliebten Freunde und Bruder" das Verhalten Bethlens zu Polen dar, dann dasjenige zum Kaiser. „Wir sind jetzt, sagt Bethlen, mit einander in Friedenshandlung begriffen. Wir haben den Gegnern seither gute Worte gegeben, lediglich darum, damit inzwischen des mächtigsten Kaisers uns zugesagte Hülfsmacht hervorbreche, und wir mit besserer Gelegenheit des Feindes reiche Landschaften anzugreifen und zu erobern vermögen. Es wäre uns hocherwünscht, wenn Ew. Durchlaucht uns noch 10,000 auserlesener Mannschaft unter einem vornehmen Haupte zuschickten. Eine größere Freude noch wäre es, wenn Ew. Durchlaucht in Person uns besuchen wollten. Dadurch würden Ew. Durchlaucht dem mächtigsten Kaiser zum höchsten willfährig und dienlich sein, auch größeren Namen und Nutzen davon tragen als vom Siege über die Polen. Wir wollen Ew. Durchlaucht in Person erwarten und Sie durch reiche Länder und Fürstenthümer führen, dergleichen Sie in der tartarischen Nation niemals gesehen. Dero Soldaten werden sich mit Schätzen und Sclaven genug und überflüssig bereichern. Nur müssen Ew. Durchlaucht 20,000 wohl Bewaffnete mit sich führen. Wir haben 2000 Lanzenreiter, 20,000 zu Fuß. Des mächtigsten Kaisers vorangeregte Hülfsmacht wird sich auf 15,000 Osmanen erstrecken. Der König von Böhmen kann 30,000 Mann aufbringen. Dergestalt wird kein Feind unser erwarten, sondern sie werden ihre Königreiche und Länder, mit allerhand Reichthümern erfüllt, an Mannschaft ledig, uns hinterlassen."

Der Kaiser sandte Abschriften dieser Einladung des Bethlen an die Tartaren, mit einer entsprechenden Beleuchtung, an alle Fürsten des Reiches.[1]

Nachdem die öffentliche Kunde dieses Schreibens auch auf den Anhang Bethlens in Ungarn ihre Wirkung gethan, erging er sich etwas weniger hochfahrend in einem Schreiben an Friedrich im Haag. „Es hat das Ansehen, meldet er, daß das Gemüth der Christen durch den Antrieb der Natur selbst und durch angeborene Antipathie gegen die Gemeinschaft mit den Türken einen Abscheu trage." — „Aber welcher Feind, fragt er dann, kann oder soll für schädlicher gehalten werden, derjenige, welcher sich nicht einen Christen nennt, auch nicht dafür gehalten sein will, und welcher doch darauf bedacht ist zu thun, was einem Christen geziemt — oder derjenige, der den Namen der Christenheit führt und doch auf alle Weise und Wege bedacht ist, die Christenheit zu tyrannisieren?"[2]

---

[1] Kriegsacten F. 41. Vom 12. Mai. [2] Londorp II, 434. Vom 23. April.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Jedoch ermäßigt dann Bethlen die Prahlerei, die er dem Chan der Tartaren gegenüber aufgeboten. Er bittet Friedrich, „wo nicht mit einem großen Kriegsheere, doch mit etlichen tausend bewährten Soldaten zu kommen.“ Er bittet ferner, Friedrich möge dem Gerüchte einer Friedenshandlung seinerseits mit dem Kaiser durchaus keinen Glauben beimessen, sondern für gewis halten, „daß einmal für allemal bei uns beschlossen sei, so lange wir leben, mit dem Hause Oesterreich keinen Frieden einzugehen.“

Das entsprach dem Sinne Friedrichs im Haag. Zwar verschwieg er in seiner Antwort[1] nicht den Verfall seiner Angelegenheiten, das Zergehen der Union, die geringen Leistungen Mansfelds in Böhmen; jedoch hoffe er noch auf Hülfe von den Königen von England, Dänemark, Schweden. Wenn er also auch den Wünschen Bethlens nicht entsprechen könne: „so geleben wir doch, gemäß der allerheiligsten Gemeinschaft des mit einander getroffenen Bundes, der getrosten Zuversicht, Ew. Majestät werden leichtlich abnehmen, daß wir an unserer Treue und Glauben, viel weniger an unserem Amte nichts ermangeln lassen.“

So klar die Thatsachen beweisen, daß Friedrich in seiner Thorheit und seine Berather im eigenen Interesse den für ihn aussichtslosen Krieg fortsetzen wollten: so trachteten sie doch vor den Unkundigen die Schuld der Fortdauer des Kriegszustandes auf den Kaiser zu wälzen. Ferdinand II. trug sich im Frühling mit der Hoffnung, einen Fürstentag in Regensburg zu Stande zu bringen und dort den allgemeinen Frieden herzustellen. Er schrieb den Tag aus auf den 14./24. Juni. Um im voraus den Beschlüssen eines solchen Tages zu begegnen, erließ Friedrich vom Haag aus, am 1./11. Mai, an alle Reichsfürsten ein Circularschreiben zur Betheuerung seiner Friedensliebe.[2] Er werde gern, sagt er darin, „dem Kaiser sich zu unterthänigen Ehren bequemen, so viel seine Ehre und Gewissen litte.“ Aber was litt Friedrichs Ehre und Gewissen? Damals lag bereits die Anhaltische Canzlei aller Welt vor Augen, und dennoch versichert Friedrich in jenem Schreiben, welches er mit seinem böhmischen Königstitel beginnt: „daß wir in die vergangene Weitläufigkeit nicht aus einiger Ambition oder Begierde eines Privatnutzens gerathen, sondern in unserem Gewissen dafür gehalten, einen öffentlichen Beruf und rechtmäßige Defension zu haben.“ — Der Kaiser verlangte allen

[1] Londorp II, 435. [2] Londorp II, 444.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Verwendungen der Reichsfürsten und des Königs von Dänemark gegenüber als die erste und unerläßliche Bedingung von Seiten Friedrichs die Anerkennung einer Verschuldung. In diesem Ausschreiben dagegen, welches eine Friedensliebe bethätigen sollte, tritt der Besiegte dem Sieger gegenüber, als seien die Rollen getauscht, und läßt von seinem vermeintlichen Rechte auch nicht einen Buchstaben fallen.

Als nun gar die neue Vollmacht des Winterkönigs auch für den Jägerndorfer bekannt wurde, kraft welcher dieser den Krieg abermals in den Erblanden des Kaisers anfachen sollte, richtete Ferdinand am 28. Juni, an die Reichsfürsten ein Schreiben mit dem Ausdrucke der Zuversicht: „E. L. werden, nachdem Sie, anstatt der Submission der Geächteten, dieses ihr friedhässiges Verfahren gegen uns und unsere Erbkönigreiche und Länder vernommen, uns nicht allein nicht verdenken, daß wir mit der nothwendigen Execution und Vertheidigung nicht mehr einhalten, sondern Sie werden auch nunmehr keinen Anlaß finden, solcher beharrlichen Ächter, Feinde und Widersacher durch Intercession oder in andere Wege sich anzunehmen." Mit Nachdruck fragt Ferdinand II., ob ihm als dem römischen Kaiser, der von Gott das Schwert führt, die Hand gebunden, den Ächtern und Rebellen dagegen dieselbe frei gelassen werden solle.

Dem entsprechend muß damals das allgemeine Urtheil gewesen sein. Fragen wir darüber Camerar. Im Mai haben wir von ihm vernommen, daß er sich wegen des starken Hasses, der auf ihm laste, selbst in Heidelberg nicht mehr sicher fühle. Später im Sommer meldet er: „Das Größte und Beschwerlichste ist, daß nunmehr auch den Dienern und Unterthanen eingebildet wird, Ihre Majestät hätten mit nur einem guten Brieflein an den Kaiser den Frieden haben können und dieß dennoch nicht gewollt, und gleich wie diejenigen Räthe, welche mit in Böhmen gewesen, den größten Haß auf sich geladen und alles müssen gethan haben, also wird auch der Haß und Neid auf diejenigen fallen, die jetzt in den Niederlanden sind."[2] — Erwägen wir, daß die deutschen Volksstämme ohne Ausnahme jederzeit ihren eigenen Landesfürsten eine merkwürdige Treue und Anhänglichkeit bewiesen haben — erwägen wir, daß des Pfälzers eigene Unterthanen sich in solcher Weise, wie Camerar hier andeutet, über die Handlungsweise ihres Pfalzgrafen aussprachen: wie

[1] A. a. O. 438. [2] Sötti III, 135.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wird dann das Urtheil der anderen Deutschen gelautet haben, die nicht für den Pfälzer, sondern für den Kaiser und ihre eigenen, dem Kaiser getreuen Landesfürsten Anhänglichkeit fühlten!

10. Verfahren des Kaisers in Böhmen.

In Betreff der Unterthanen in Böhmen sprach der Herzog Maximilian noch vor dem Schlusse des Jahres 1620 dem Kaiser seine Warnung aus, mit den Worten: „Den gezwungenen Ständen und Unterthanen ist wohl aufzusehen; denn man hat dieser Leute Art nunmehr zu mehreren Malen erfahren, und die Exempel sind noch im Angedenken. Es steigen allerlei Reden empor, aus denen keine gute Consequenz zu schöpfen. Ew. Majestät werden wohl aufzuachten haben. Wenn Sie sich diese Gelegenheit nicht zu nutze machen, die Rädelsführer aus dem Wege zu räumen, sie Anderen zum Exempel und ihrem Verdienste nach zu strafen, die verwirkten Privilegien, aus denen alles dies Übel entsprungen, an Sich zu nehmen: so werden Ew. Majestät eine Ungelegenheit nach der anderen zu erwarten haben. Ew. Majestät mögen sich (durch) die von mir für die Stände eingewendete Intercession, welche ich auf ihr Deprecieren öffentlich nicht habe abschlagen sollen, durchaus nicht beirren lassen.“ [1]

Nach der damaligen Rechtsanschauung wurden durch das Verbrechen des Hochverrathes Leben und Güter verwirkt. Es handelt sich also zunächst um die erstere Strafe, diejenige an Leib und Leben.

Die zwei Schuldigsten von Allen, Heinrich Matthias Graf von Thurn und Herr Wenzel von Ruppa, der erstere nach vergeblicher Bitte um Verzeihung, hatten sich in Sicherheit gebracht. Auch den Anderen blieb Zeit, nicht freilich zur Rettung ihrer Güter, jedoch ihrer Personen durch die Flucht.

Auf eine Mahnung von Wien aus, die Schuldigen zu verhaften, antwortete der Statthalter Fürst Liechtenstein, am 17. Januar: es sei von den in Prag wohnenden Herren und Rittern nichts mehr zu besorgen: ihr Muth sei gebrochen und ihr Ansehen dermaßen gesunken, daß sie von ihren früheren Anhängern nur verspottet würden und mit Schmach ihr Leben fristeten. Eine Verhaftung würde den Übrigen zur Warnung dienen und die Flucht beschleunigen. — Demnach scheinen diejenigen, die in Prag verblieben, auch sogar die, welche zum Fenstersturze

[1] Das Schreiben bei Hurter VIII, 661.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Hand mitangelegt, gemeint zu haben, daß sie gegen eine Leib- und Lebensstrafe sicher sein würden.

Den einzelnen ehemaligen Directoren jedoch, die in Prag verblieben, war je ein Hauptmann zur Seite gegeben. Darüber berichtet der böhmische Exulant Habernfeld:[1] „Am letzten Tage, der ihnen verhängnisvoll wurde — es war der 20. Februar — entblieben die Hauptleute. Das gab jenen um so mehr Hoffnung auf Begnadigung. Sie erhielten dagegen von Tilly, der den Böhmen ein besonderes Wohlwollen bewies, durch einen Freund die Warnung, sich durch schleunige Flucht in Sicherheit zu bringen. Wo die Wächter selbst die Augen zudrückten, war dies leicht auszuführen. Jene jedoch hielten fest an der vergeblichen Hoffnung und ließen sich nicht überzeugen. In der darauf folgenden Nacht wurden sie sämmtlich verhaftet."

Demnach war zu erwarten, daß in Böhmen eine Strafe statt finden würde, blutig gemäß der Größe des Verbrechens der Rebellion und der Sinnesart der Zeit. Das Verbrechen der Rebellion war notorisch, und auf diese Notorietät ward von kaiserlicher Seite schwerer Nachdruck gelegt. „Die Verhafteten, sagt der Kaiser, waren nicht allein die Häupter und Anfänger des hochschädlichen Aufstandes, durch den unsere Lande und Leute in Ruin und Verderb gebracht, fast ganz Europa in Unruhe gesetzt, und so viel unschuldiges, christliches Blut vergossen worden, sondern hatten auch unsere wohlmeinenden Friedensanträge und anerbotene Gnade verächtlich ausgeschlagen." — „Wenn wir als die höchste Obrigkeit keine Strafe anwendeten, so würde dies uns vor dem Allerhöchsten unverantwortlich sein, auch das unschuldige Blut um Rache gegen uns schreien."[2]

Die Sinnesart der Zeit war hart und grausam, geneigt zu Hinrichtungen. Es war die Höhezeit des Hexenwahnes. Die Hexenbrände loderten fern und nah: sie fraßen wenige Jahre später allein in den Städten Würzburg und Osnabrück Hunderte von Menschen. Auf den Städtebildern aus jenen Tagen fehlt niemals das wohl erkennbare Hochgericht. Im Anschauen dessen, in der Gewöhnung an Blutscenen und Hinrichtungen, wuchsen die Menschen heran. Dazu trat damals der ausgiebige Gebrauch der Tortur. Es geschah, daß in den Kellern der Rathhäuser deutscher Städte die Gewölbe wiederhallten von dem Schmerzens-

[1] Habernfeld, bellum Bohemicum. Lugduni B. 1645. p. 61.

[2] Londorp II, 442. Der Kaiser an die Schlesier.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

rufe derer, die man in politischen Prozessen auf der Folter sterben ließ.[1] Auch bei den eigentlichen Hinrichtungen war häufig nicht die Abkürzung der Todesstrafe, nicht das Zusammendrängen derselben auf Einen Moment, die Aufgabe, welche man sich stellte, sondern die Verlängerung der Qual nach Maßgabe der angerechneten Schuld. Der König Jacob von England ließ den Verurtheilten der Pulververschwörung lebendig die Eingeweide aus dem Leibe reißen, fünfzehn lebendig viertheilen. Der Landgraf Moritz von Hessen, nicht bloß ein Theologe in seiner Art, wie der König Jacob, sondern bewandert in vielen Wissenschaften seiner Zeit, hielt es für vereinbar mit seiner Würde, zuzuschauen bei der Viertheilung eines Lebendigen, der, nach wiederholter schwerer Folterung, mit unerhörter Eile kaum drei Tage nach seiner That in des Landgrafen eigener, persönlicher Sache dieses Schicksal erfuhr. Dafür mußte dann Moritz von dem Sterbenden das letzte Wort vernehmen, daß er seinen irdischen Richter Moritz vorlade vor Gott am Tage des Weltgerichtes.[2]

Nicht in solcher Art verfuhr der Kaiser Ferdinand. Bei dem Prozesse des Hochverrathes in Prag vernehmen wir nichts von einer Folterung. Nur das notorische Verbrechen der offenen Rebellion sollte bestraft werden. Gemäß der Carolina, dem Criminalgesetzbuche des Reiches, erfolgte der Spruch bei Mehreren auf Viertheilung. Ferdinand II. bestätigte nicht diesen Spruch. Auch die heftigsten seiner damaligen Gegner, die doch etwas von ihm wußten, und nicht, wie später oft geschehen, ihre Meinung über seinen Charakter nach eigener oder fremder Einbildung gestalteten, erkennen ihm das Zeugnis zu, daß er von Blutdurst nie eine Spur gezeigt.[3] — Ganz anders vielmehr lautet die Charakteristik Ferdinands II., die wir von seinem kundigen Zeitgenossen Pappus schon früher (Bd. I, 268) vernommen und immer uns gegenwärtig zu halten haben: Ferdinand II. war gütig und mild. Einer seiner Gegner erzählt, daß der Kaiser die Nacht vor der Unterzeichnung des Urtheils schlaflos zugebracht. Am Morgen habe er seinem Beichtvater, P. Becanus S. J., die Frage vorgelegt: ob er ohne Verletzung des Gewissens die Verurtheilten begnadigen könne, oder ob er die Vollziehung des Richterspruches gestatten müsse. — „Beides, habe P. Becan erwiedert, steht in Ew. Majestät Befugnis."[4] In der That suchte dann der Kaiser Beides zu vereinen.

[1] Strombeck, Henning Brabant. Braunschweig 1829. S. 92.
[2] Rommel VI, 635. [3] Habernfeld 61.
[4] (A. Comenius), Historia persecutionum E. B. 221.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Gerichtshof in Prag hatte über 43 Personen das Todesurtheil gesprochen. Der Kaiser bestätigte es für 27, so jedoch, daß er durchweg die Erschwerung strich, und nur die Todesstrafe der Enthauptung bestehen ließ.

Am Morgen des 21. Juni ward der Spruch auf dem Altstädter Markte in Prag vollzogen. Die Berichte erzählen, daß kurz vor dem Beginne der Execution ein schöner Regenbogen sichtbar geworden und über eine Stunde lang gestanden sei.[1] Er ward begrüßt als das Zeichen des Friedens für die Verurtheilten. Auch die Haltung derselben in den letzten Stunden söhnte Manche aus mit ihrer Vergangenheit. Weil sie jedoch den geistlichen Zuspruch der Jesuiten, die man zu ihnen gesendet, nicht angenommen, sondern Prediger ihrer Confession verlangt und durchweg auch erhalten hatten, ward ihnen von ihrer Partei aus, damals und später, ihr Tod als Martyrium angerechnet. In Wahrheit erlitten sie doch den Tod nicht wegen ihrer Religion, sondern wegen der notorischen That ihrer Rebellion. Und diese Rebellion hatte das Thor eröffnet für die Kriegesfurie, deren Fackel nicht bloß bis dahin Städte und Dörfer in Asche gelegt, das Lebensglück und die Lebensfreude vieler menschlichen Wesen unter Trümmern begraben hatte, sondern auch ferner noch für lange Jahre begraben sollte.

Nur dieses Blut ließ Ferdinand fließen. Die in Mähren zum Tode Verurtheilten, 23 an der Zahl, wurden sämmtlich begnadigt. Und wo Ferdinand verzieh, da verzieh er völlig und ohne Rückhalt. Der Graf Nachod, einst des Kaisers Kämmerer, war zu Friedrich übergetreten. Hernach verzieh ihm Ferdinand auf die Bitte des Herrn von Zierotin, und gab ihm den Kammerherrnschlüssel zurück. Aber man wußte, daß Nachod mit Friedrich davon gesprochen, wie Ferdinand auf der Jagd könne gefangen, oder sonst aus dem Wege geräumt werden. Hieran wurde Ferdinand erinnert. Man fragte ihn, wie er Jemandem trauen möge, der so schwer sich gegen ihn vergangen. „Gewähre ich Jemandem Verzeihung, erwiederte Ferdinand, so thue ich es mit solchem treuen Herzen, daß ich ihm niemals mehr etwas Böses zutraue, und es ist mir, als hätte er niemals etwas wider mich gethan."[2]

Die andere Strafe der Rebellen durch die Einziehung ihrer Güter war, nach den Gesetzen der Zeit, so wenig zweifelhaft, daß es sich nur

[1] Khevenhiller IX, 1310. [2] A. a. O. 1392.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

um die Verwendung dieser Güter handelte. Ein Gutachten Khevenhillers lautete dahin, die confiscierten Güter nur auf Lebenszeit zu vergeben, damit die Krone dieses Mittel der Belohnung für die Getreuen immer in der Hand behalte.[1] — Auch Tilly hatte gemäß der Anschauungsweise jener Zeit, nach welcher ein siegreicher Feldherr mit einem Grundbesitze belohnt wurde, um die Verleihung eines verwirkten Rebellengutes gebeten. — Vorschläge solcher Art erlahmten an dem nimmer zu ersättigenden Bedürfnisse des kaiserlichen Hofes nach Baarmitteln. Die eingezogenen Rebellengüter wurden zum Verkaufe bestimmt.

In Folge dessen fand ein Besitzwechsel statt, wie er nur selten erhört worden sein mag. Die Einzelnheiten desselben gehören der böhmischen Landesgeschichte an. Den Verlauf im Allgemeinen zeichnen die Worte eines kaisertreuen Böhmen, des Grafen Slawata.[2] „Manche, sagt er, misbrauchten die übergroße Güte des Fürsten, wuchsen empor durch das Verderben Anderer und nährten sich von fremdem Blute. Es geschahen in jener Zeit unter einem Herrn, der die Gerechtigkeit liebte, unzählige Verstöße gegen die Gerechtigkeit, vor Allem in den Confiscationen von Gütern, die auf falsche, dem Kaiser eingereichte Informationen erfolgten. So kamen solche Güter in fremde Hände."

Das Übel ward gesteigert durch die Münzverschlechterung, die, unter dem Namen des Kipper- und Wipperwesens durch das ganze Reich verbreitet, gerade vom Jahre 1621 an in entsetzlicher Weise stieg.

Die Münzfälschung jener Zeit im Reiche begann nicht durch den Krieg; denn die Anfänge liegen noch vor dem Kriege. Auch fand sie sich nicht bloß in den von dem Kriege betroffenen Ländern, sondern in ähnlicher Weise auch in den kriegsfreien. Sie bestand hauptsächlich darin, daß, während der harte Reichsthaler blieb, die Münzen abwärts geringer ausgeprägt wurden. Demnach gibt das Verhältnis des Thalers zu den geringeren Münzen den Maßstab der Entwerthung der letzteren an. Eine Tabelle, aus der Flugschrift eines Zeitgenossen[3] entnommen, läßt den Verlauf in Zahlen erkennen.

1618 den 15. Mai hat der Thaler angefangen um 2 Kreuzer zu steigen, und hat gegolten 1 Gulden 32 Kreuzer.

[1] Khevenhiller IX, 1233. [2] Balbinus 630.

[3] Kurze Beschreibung dessen, was sich von anno 1618 bis 1626 Sonderliches und Wunderliches begeben. — Die Angaben bei Reuß, Straßburg 15, stimmen wesentlich damit überein.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

1619	20.	October	kam	der	Thaler	auf	1 Fl.	48 Kr.
1620	im	Februar	der	Thaler			2 Fl.	4 Kr.
1620	„	Mai	„	„			2 „	8 „
1621	„	Januar	„	„			2 „	20 „
„	„	März	„	„			2 „	30 „
„	„	April	„	„			2 „	36 „
„	25.	Mai	„	„			2 „	48 „
„	im	Juni	„	„			3 „	6 „
„	„	Juli	„	„			3 „	15 „
„	„	August	„	„			4 „	
„	„	Septbr.	„	„			4 „	30 „
„	„	Novbr.	„	„			5 „	30 „
„	„	Decbr.	„	„			6 „	30 „
1622	im	Januar	„	„			7 „	30 „
„	„	Februar und März überall an einigen Orten 11 bis 12[1]					10 „	
„	11.	Juni hat das neue Geld angefangen, und der Thaler ist ausgegeben zu					3 „	15 „
1623	27.	August	der	Thaler			1 „	30 „

Die trockenen Zahlen können nur anregen darüber nachzudenken, welcher Druck und welcher Jammer aus dieser Münzverschlechterung weniger für die Reichen und Wohlhabenden, die sich des Besitzes harter Thaler erfreueten, als für die erwerbende Bevölkerung durch das ganze Reich erwuchs. Der Unmuth darüber prägt sich aus in Caricaturen jener Zeit mit begleitenden Liedern,[2] wie z. B.:

Es ist kein brüderliche Lieb:
Die ganze Welt ist voller Dieb.
Es ist kein Treu noch Glauben mehr:
Betrügen, Lügen ist ein Ehr.

Die Falschmünzerei war nicht das Verbrechen einiger weniger geringeren Leute, sondern fraß sich wie eine moralische Epidemie vorzugsweise in die höheren Schichten der bürgerlichen Gesellschaft ein. Eine Chronik der Stadt Hannover berichtet: „Die Landdrosten Arend Wobersnow,

[1] Reuß, Straßburg 15: Zu Nürnberg, Leipzig und in ganz Meißen und Schlesien bis auf 12 Gulden und mehr.

[2] Scheible 44 bis 46.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der zugleich Oberst war, Henning von Reden, und Joachim von der Streithorst haben auf den Ämtern und fast aller Orten ihre Kippermünzen angelegt; auch unternahmen sich etliche von Adel, imgleichen einige literati solches leidigen Wesens."[1] — Man hatte es dahin gebracht, die Münzen so zu schlagen, daß „ein Gutergroschen auf dem Wasser schwamm."[2] — Ähnliche Anklagen wurden gegen Mitglieder städtischer Obrigkeiten erhoben. Die Anzahl der Münzstätten im Reiche wuchs in das Endlose.

In Böhmen jedenfalls geschah die Verschlechterung der Münze, dort die lange Münze genannt, mit Zuthun kaiserlicher Behörden. Am 17. März 1621 erfolgte eine Verordnung des Fürsten Liechtenstein in Prag, die Wiener feine Mark Silber, für die 25 Gulden bezahlt wurden, in der Ausmünzung auf 37 Gulden zu bringen.[3] Wenige Monate später, im September stieg die Ausprägung für die Mark fein auf 79 Gulden.[4] Am 18. Januar 1622 ward ein Pachtvertrag mit Johann de Witte über die Münze abgeschlossen, nach welchem in Nieder-Oesterreich, Böhmen und Mähren für ein Jahr lang Niemand münzen solle als er.[5] Es geschah nach jenem Fuße. Aber das Schlimme an der Sache war, daß derartige Verträge über die Münze nicht inne gehalten wurden, daß vielmehr auch dort, wie überall im Reiche, in dem einen Lande wie dem anderen, eine unzählige Menge von Münzstätten erwuchs, die eine schlechter als die andere. Darum ward die Mark fein oft noch viel minderwerthig ausgeprägt als zu jenem Fuße. „Es ist so weit gekommen, sagen die Fürsten und Stände von Schlesien, daß jedweder Privatus ihm in Sinn ziehen darf, seines Gefallens das Geld zu steigern und zu mindern, daraus denn Anderes nicht als die nunmehr vor männiglichen Augen sich erweisende Confusion entsprießen thut."[6]

Unter denen, die in Böhmen an solchem unrechtmäßigen Gewinne durch die Münzfälschung sich betheiligten, werden voran genannt der Fürst Carl von Liechtenstein, Albrecht von Wallenstein, Paul Michna, Johann de Witte, Jacob Basseni.[7] Zugleich führte dieser letzte, ein Jude, die Geschäfte für eine Reihe anderer Parteien. Es kommt die fast unglaubliche Angabe vor, daß für diese verschiedenen Parteien 4848 Mk. fein ausgeprägt seien zu mehr als zwei Millionen Gulden, so daß

[1] Redekers Chronik. [2] A. a. O. [3] Newald 11. [4] A. a. O. 15.
[5] A. a. O. 18. [6] Acta publica 1621 p. 238. [7] Newald 25.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

für sie die Mark Silber ausgetragen habe 440 Gulden. Geringer war der Gewinn Wallensteins, für welchen 5000 Mark ausgemünzt wurden zu reichlich 600,000 Gulden, so daß die Mark auf 123 Gulden kam.

Demgemäß stieg das Agio der guten alten Münzsorten, so daß schließlich der Ducaten auf 16 Fl. 54 Kr. kam, der Reichsthaler auf 11 Fl. 15 Kr. — Dieser Wirrwarr dauerte bis in das Jahr 1623, wo durch eine kaiserliche Entschließung vom 3. Juli die Ausprägung der leichten Münze gänzlich eingestellt wurde.[1] Der Werth der langen Münze wurde auf 13,3 Procent herabgesetzt.

In jenem schlechten Gelde, so lange es dauerte, bezahlten die Käufer dem Kaiser die confiscierten Rebellengüter, und erwarben also große Besitzungen um geringe Summen. Voran unter diesen Käufern stehen die fortan für die erste Hälfte des dreißigjährigen Krieges bedeutungsvollen Namen Wallenstein und Eggenberg. Dem letzteren schenkte der Kaiser die Herrschaft Krumau. Er erwarb drei andere dazu, die durch eine, wie die Acten sagen, „unebene Taxierung" auf 384,524 Gulden geschätzt wurden. Eggenberg zahlte in langem Gelde 352,255 Gulden. In der Wirklichkeit also zahlte er 71,377 Fl., das ist nicht ein Fünftel des gering taxierten Werthes.[2] — Auch der Fürst Liechtenstein hatte seinen Gewinn gemacht. An ihn jedoch erhob später die kaiserliche Hofkammer den Anspruch auf Ersatz von $10^1/_2$ Millionen Gulden.[3]

Es folgten die weiteren Consequenzen für Böhmen.

Der Sieg von Prag gab den der Kirche treu gebliebenen Katholiken in Böhmen die freie Bewegung zurück. Das kirchliche Leben, von welchem der schwere Druck genommen war, schnellte in allen seinen Bethätigungen wieder empor. Die Abgeordneten der schlesischen Stände melden, am 15. August 1621, daß sie an diesem Tage wegen der Menge der Wallfahrer nicht von Prag nach Brandeis haben gelangen können.[4]

Der Majestätsbrief Rudolfs II. war verwirkt, nicht bloß durch die Rebellion an sich, sondern mehr noch durch die ausdrückliche Zurückweisung der Bestätigung desselben, die nach dem Tode des Kaisers Matthias der König Ferdinand den böhmischen Ständen entgegen getragen hatte. Vor allen Dingen fiel damit im Principe das Territorial- und Local-Kirchenthum der böhmischen Herren und Ritter.

---

[1] Newald 36. [2] A. a. O. 42. [3] A. a. O. 41.
[4] Acta publica 1621 p. 26.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Denn wie der Kaiser Ferdinand II. einst als Herzog von Steiermark das Reformationsrecht, welches die nicht-katholischen Reichsfürsten im Religionsfrieden von Augsburg dem Kaiser Ferdinand I. abgedrungen und zum Reichsgesetze gemacht, auch für sein Erbland angewendet und durchgesetzt hatte: so stand mit Sicherheit zu erwarten, daß er eben dasselbe Recht auch für die wieder gewonnenen Länder geltend machen würde. Und zwar nicht bloß im Interesse der Kirche, sondern zugleich seines landesfürstlichen Ansehens. Auch damals schon, bei seinem Beginne, war es ihm wie seiner Mutter Maria völlig klar gewesen, daß es, wie die letztere sich ausdrückt: „diesfalls nicht allein und bloß um die Religion und das Heil vieler tausend Seelen, sondern auch um den politischen Gehorsam zu thun ist." Eine lange Erfahrung von zwanzig Jahren seitdem hatte in den Augen Ferdinands II. die Richtigkeit der Anschauungen, mit denen er begonnen, nur bestätigt. Seit der Herstellung der Kirche in seinen Ländern Steiermark, Kärnten, Krain herrschte dort der Friede, ähnlich wie in Tirol, in dessen Ständen der Wunsch nach der Gestattung von Territorial-Kirchenthümern niemals laut geworden war. Die Länder dagegen der älteren Linie unter Rudolf und Matthias waren vor den Augen Ferdinands unablässig zerwühlt durch die Selbstüberhebung, den Trotz, die Rebellion der Herren und Ritter, die jeden ihrer Übergriffe in das Recht der Kirche, wie des Landesfürsten und der Gesammtheit des Volkes, mit dem Namen der Religion umhüllten. Nachdem nun endlich auf diesen Trotz und diese Rebellion der vernichtende Schlag am Weißen-Berge gefallen, war es für Ferdinand II. folgerecht, daß er dasselbe Mittel, durch welches es ihm gelungen war, in seinen Erbländern Steiermark, Kärnten, Krain, den Frieden herzustellen, das Reformations-Recht zu Gunsten der Kirche, auch auf die neu ihm zugefallenen Länder anzuwenden und durchzuführen Willens war.

Der Anwendung dieses Rechtes standen jedoch einige Hindernisse entgegen: zunächst die Rücksicht auf den nicht-katholischen Bundesgenossen, den Kurfürsten Johann Georg von Sachsen. Dieser hatte sogar in dem Accorde, welchen er im Namen des Kaisers mit den schlesischen Fürsten und Ständen geschlossen, ihnen das Territorial-Kirchenthum auf Grund der Augsburgischen Confession bestätigt. Johann Georg mochte von seinem Standpunkte aus diese Gestattung als dem landesfürstlichen Rechte Ferdinands in Schlesien unschädlich ansehen, weil ja doch auch in Kursachsen das Territorial-Kirchenthum auf Grund der Augsburgischen Confession das landesfürstliche Recht eher stärkte als schwächte. Es bestand

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

jedoch dabei der große Unterschied, daß das kursächsische Territorial-Kirchenthum zu dem Kürfürsten selber als dem summus episcopus natus hin gravitierte, dagegen die zahlreichen schlesischen Territorial-Kirchenthümer nicht in dem Landesfürsten, sondern ein jedes in dem eigenen Grundherrn ihren Schwerpunct fanden. Die Beschränkung der Gestattung des Territorial-Kirchenthumes in Schlesien auf die Augsburgische Confession, die Ausschließung des Calvinismus, hatte immerhin ihren Werth, einen höheren jedoch in den Augen des Kurfürsten als in denen des Kaisers. Denn die Concessionen von Maximilian II. und von Matthias für die Herren und Ritter in Nieder- und in Ober-Oesterreich hatten immer sich beschränkt auf die Augsburgische Confession. Und doch lag die Erfahrung vor, zu welchen Consequenzen auch dort dies geführt hatte. In den Augen des Kaisers Ferdinand II. war daher der Unterschied zwischen der Gestattung des Territorial-Kirchenthumes in lutherischer oder in calvinischer Form nur graduell und nicht specifisch.

Daß dies im Wesentlichen der Gedankengang des Kaisers, blieb dem Kurfürsten Johann Georg aus den Berichten seines Residenten Zeidler in Wien nicht verborgen. „Was die Erbländer betrifft, meldet dieser noch im December 1620, mögen die Gedanken des Kaisers dahin gerichtet sein, solche dermaßen zu fassen, daß man sich künftig dergleichen Widersetzlichkeit nicht befahren dürfe.“ [1] Und bestimmter meldet er einige Wochen später: „Man gibt in täglichen Discursen auch nunmehr fast öffentlich solche Meinung an den Tag, daß, wenn nicht die römisch-katholische Religion allerdings in diese Länder eingeführt werde: so wäre nimmermehr beständiger Friede ohne Aufruhr zu hoffen.“ [2]

Wie jedoch der Kaiser Ferdinand der Sachlage gemäß nicht umhin gekonnt hatte, den Accord des Kurfürsten von Sachsen mit den schlesischen Fürsten und Ständen zu bestätigen: so hielt auch die Rücksicht auf diesen Bundesgenossen ihn zurück, sein landesfürstliches Reformations-Recht sofort vollaus zur Geltung zu bringen.

Im Laufe des Jahres 1621 gab der Kaiser eine Reihe von Kirchen zumeist in Prag dem katholischen Cultus zurück. Den verschiedenen Predigern geschah kein Leid. Erst im December wurde über diejenigen, „welche den Samen der Rebellion ausgesäet und in der Kreuzwoche des Jahres 1618 durch Verlesung einer mit Unwahrheiten angefüllten Schrift

[1] Müller III, 457. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

das Volk aufgehetzt," die Verbannung ausgesprochen.[1] Die Mitnahme des beweglichen Besitzes, der Verkauf des unbeweglichen binnen drei Monaten, ward ihnen gestattet. Es zogen etwa fünfzig Prediger ab, darunter auch lutherische.

Diese wandten sich klagend an den Kurfürsten von Sachsen. Johann Georg trat sofort in nachdrücklicher Weise für sie ein. „Ein solches unzeitiges Verfahren, schrieb er an den böhmischen Landhofmeister Adam von Wallenstein, ist unverantwortlich. Wie kann man ohne Verhör so plötzlich ausweisen? Man hört sogar, daß an die Stelle der Abgeschafften katholische Priester wieder eingesetzt werden sollen. Dadurch bricht die Intention, weshalb die evangelischen Prediger weggejagt werden, offen hervor und wird männiglich kund."[2] — Adam von Wallenstein antwortete: „In dem betreffenden Edicte ist Niemand mit Namen genannt, sondern es ist einem Jeden anheimgestellt, sein Gewissen zu prüfen, ob er mit Worten oder Werken einer Theilnahme an den Unruhen schuldig. Da nun diejenigen, welche sich schuldig gefühlt, um der Strafe zu entgehen, sich dieser milderen Sentenz gefügt: so haben sie nicht Ursache, darob sich zu beklagen."[3]

Die Beschwerde und die Antwort genügen, zu zeigen, welche Rücksicht der Kaiser auf seinen Bundesgenossen nahm und zu nehmen hatte. Johann Georg selber freilich duldete innerhalb seiner Grenzpfähle weder einen Katholiken, noch einen Calvinisten. Aber in Betreff der Anwendung des sogenannten Reformations-Rechtes durch katholische Reichsfürsten stand er wie viele Andere, damals und später, auf dem Standpuncte, den ein katholischer Zeitgenosse in die Worte kleidet: In se jus, in aliis licentiam vocant.[4] — Erst im nächsten Jahre, wie wir sehen werden, griff der Kaiser in dieser Sache mit stärkerem Nachdrucke durch.

Ein anderer Grund, der den Kaiser abhielt, sofort im Jahre 1621 in Böhmen sein volles landesherrliches Recht geltend zu machen, war die Fortdauer des Kriegszustandes.

11. Der Stand des Krieges bis zur Sendung des Lords Digby, im Juli 1621.

Der Stand des Krieges knüpfte sich ostwärts an die Person des Bethlen Gabor, bald auch des Markgrafen Johann Georg von Jägerndorf, westwärts an diejenige des Mansfeld, da die kaiserliche Kriegsmacht

[1] Hurter VIII, 591. [2] Müller III, 463. [3] A. a. O. 464. [4] Pappus 22.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

unter Buquoi mit Bethlen Gabor verwickelt war, so bedurfte Ferdinand II. gegen den Mansfeld der Hülfe der Liga. Zu diesem Zwecke berief der Herzog Maximilian einen Bundestag nach Augsburg, im Februar.[1]

Die geistlichen Herren waren sehr wenig kriegeslustig. Es ist zum Erstaunen aus ihren Reden zu sehen, wie wenig sie auch damals noch die Gefahr erkannten, welche, durch den Sieg von Prag einstweilen abgewendet, täglich neu sie alle bedrohen konnte. Von Seiten der rheinischen Bundesstände fiel bereits das Wort der Auflösung der Liga. Wenn dies geschähe, ließ Maximilian erwiedern, so würden gerade die rheinischen Bundesstände nur zu bald zu ihrem größten Nachtheile erfahren, welchen Nutzen ihnen bisher dieser Bund gewährt habe. — Ein Jahr später durften die rheinischen Bundesstände sich mit Dank dieser Mahnung erinnern. — Damals aber schrieb Maximilian in die Instruction seiner Gesandten: „Also man zu sehen hat, wie schwer ein Bundesoberster bei diesen Leuten zu handeln. Einer wird zehnmal mehr sich bedenken, hinfüro solches Amt auf sich zu nehmen, auch wenn er kann, sich dessen zu entschlagen suchen.“[2]

Nach langem hartem Kampfe gelang es den Bevollmächtigten des Herzogs auf dem Bundestage in Augsburg, zur Hülfe für den Kaiser den Beschluß der Aufstellung einer Armee von 15,000 Mann und der dafür erforderlichen Geldmittel durchzusetzen.

Es ist hier abermals die Verschiedenheit des neu zu bildenden Heeres der Liga von demjenigen des Mansfeld ins Auge zu fassen. Der Herzog Maximilian hatte den Bestand dieses Heeres zu sichern durch die Geldbewilligungen der Bundesstände. Er hatte dann noch den Kaiser zu bitten um die Werbepatente.[3] Diese erfolgten, wie vorauszusehen, sofort. — Von dergleichen lästigen Bedingungen war Mansfeld, als souveräner Fürst von der Werbetrommel, völlig frei. Er fragte nicht nach einer Geldbewilligung, sondern er nahm. Er hatte kein Maß und keine Zahl seiner Truppen, sondern was da zulief, das war ihm willkommen. „Wenn ihm Einer, sagt ein Bericht, 50 oder 100 Soldaten zuführt, gibt er ihm einen hohen Befehl, obgleich derjenige seine Lebtage keinen todten Mann im Felde gesehen.“[4]

---

[1] Aretin, Bayern usw. 158 u. f.

[2] A. a. O. Urk. zum 3. und 4. Abschn. 100.

[3] Kriegsacten F. 41. Vom 13. und vom 22. Februar.

[4] Ütterodt 351. Dies Werk hat hier eine Reihe von Mittheilungen aus dem Dresdener Staatsarchive.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Mansfeld hatte, wie der Leser sich erinnert, bereits im Februar seine neue Bestallung von dem Winterkönige empfangen. Um so auffallender ist, daß er in einem Werbepatente von Ende März, ohne Friedrichs zu gedenken, mit einem abermals gesteigerten Titel sich bezeichnet als General-Feldmarschall des Herzogs von Savoyen.[1] — Noch später beobachtet Mansfeld wieder ein anderes Verfahren. Am 25. Juni meldet der kursächsische Oberst Wrzesowetz: „Dies andere neue Volk, das der Mansfelder hat werben lassen — die müssen allein ihm schwören als bestelltem Feldmarschall des Königreiches Böhmen, und da wird weder Pfalzgraf, noch ein anderer (Fürst) mit inbegriffen."[2]

Mansfeld hatte von dem Pfalzgrafen den Auftrag, das ihm noch Gehörende in Böhmen zu bewahren. Es fragt sich also, wie er dieser Aufgabe nachkam.

Nachdem die Hauptleute des Mansfeld in Pilsen diese Stadt für eigene Rechnung verkauft, hielt doch Mansfeld noch eine Reihe kleinerer Plätze im westlichen Böhmen besetzt. Im Verlaufe der Monate März und April mußte die Mehrzahl derselben sich entweder an Tilly oder den sächsischen Obersten Wrzesowetz ergeben. Es blieben nur Elnbogen, Tabor, Wittingau, das erstere bedroht. Mansfeld ward auf die oberpfälzisch-böhmische Grenze gedrängt. „Es ist, heißt es am 20. April, ein mächtiger Schrecken und Furcht sowohl unter denen vom Adel als dem gemeinen Mann in Städten und Dörfern (der Oberpfalz), auch allbereits eine große Flucht, und continuiert noch immer, daß der Mansfelder sich mit Gewalt stärke."[3]

Von dieser Grenze aus, der Stadt Tirschenreut, richtete dann Mansfeld, am 19. April, ein sehr merkwürdiges Schreiben an den Kurfürsten von Sachsen.[4] Dasselbe redet ganz anders als die früheren an Bethlen Gabor oder Friedrich. Von ihnen beiden ist darin nicht die Rede. Mansfeld sagt kurz, daß er an die Grenze gekommen sei, um die Oberpfalz zu schützen, nicht um gegen den Kurfürsten etwas Feindliches zu unternehmen. Vielmehr klagt er diesem sein Leid, daß ihm die Stadt Pilsen, die er als Unterpfand seiner großen Forderungen an die Krone Böhmen besessen, durch den Verrath seiner Hauptleute dort verloren gegangen sei. Er habe nun zu seiner Versicherung nur noch Elnbogen, Tabor, Wittingau und andere Plätze. Er bietet sie dem Kurfürsten an, wenn dafür dieser als „ein teutschgesinnter hochrühmlicher

[1] A. a. O. 739. [2] A. a. O. 343. [3] A. a. O. 329. [4] A. a. O. 742.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Potentat dies mein, als eines armen Cavaliers, der das Seinige dabei aufgesetzt, der Billigkeit gemäßes Intent sich gnädigst wolle belieben lassen." Das Intent ist, daß der Kurfürst Mansfelds „Anforderung, welche sich auf eine große Summe belaufen thut," bei dem Kaiser vertreten wolle, damit er sie den böhmischen Ständen anbefehle, „und ich und meine Soldateska zu der gebührlichen Bezahlung gelangen mögen."

Die große Summe, von der Mansfeld hier redet, belief sich, nach Tillys Ansicht,[1] auf zwei Millionen. Was Mansfeld mit dem Angebote weiter bezweckte, liegt außerhalb des Rahmens der geschichtlichen Darstellung, weil Johann Georg durch sein Schweigen die Sache sofort begrub. Diese hat geschichtlichen Werth nur zur Charakteristik des Individuums Mansfeld, das für damals und noch auf Jahre hinaus für die Geschicke vieler Menschen eine so weittragende Bedeutung hatte.

Das Einrücken des Mansfeld in die Oberpfalz geschah, wie schon das Flüchten vor ihm beweist, nicht mit gutem Willen der Stände dieses Landes. Sie richteten an ihn die Forderung, seine Truppen wieder aus ihrem Lande zu ziehen, weil es ja doch das Ansehen habe, daß er den Krieg mehr im eigenen Interesse führe als in demjenigen des Königs (Friedrich).[2] — Der pfälzische Rath Camerar meldet aus Heidelberg: „Der traurige Zustand in der Oberpfalz ist nicht zu schildern. Das Mansfeldische Kriegsvolk haust übel."[3]

Anstatt des Abzuges mehrten sich, im Mai, die Mansfelder in der Oberpfalz, namentlich durch das Eintreffen der Truppen, die der Herzog Wilhelm von Weimar geworben.

Die kaiserliche Commission für den Herzog Maximilian und demgemäß auch für Tilly, lautete auf die Sicherung Böhmens, nicht auf einen Angriff gegen die Oberpfalz. Dahin also durfte Tilly dem Mansfeld nicht folgen. Nachdem aber dieser die Weimarer an sich gezogen, wählte er sich die Stelle zu einem befestigten Lager bei Waidhausen auf der Grenze nach Böhmen hinein. Tilly meldet darüber am 24. Juni dem Kurfürsten von Sachsen:[4] „Ich habe gestern die pfälzische Grenze beritten und selbst gesehen, daß Mansfeld eine gute halbe Meile hereinwärts auf dem Grunde und Boden dieses Königreiches Schanzen abzeichnen, diese wirklich bauen und zu solchem Zwecke viele Bäume fällen

[1] A. a. O. 335. [2] A. a. O. 336.

[3] Söltl III, 129. Vom 17./27. Dort steht Unterpfalz, augenscheinlich ein Schreibfehler. [4] Das Schreiben bei Ilgterodt 344.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

läßt. Durch dieses Werk, bei welchem Mansfeld in Person zugegen, macht er sich einer offenen Feindseligkeit schuldig. Auch sonst habe ich gewisse Nachricht, daß er beabsichtigt, mit der Assistenz des Jägerndorf der Stadt Tabor zu succurrieren." — Tilly fürchtet, daß aus dem Zusammen-Wirken der Beiden „ein allgemeines durchgehendes Unheil im H. R. Reiche erweckt werden könne." — Auf den Jägerndorfer also, nach Osten hin, haben wir zunächst unsere Blicke zu wenden.

Nachdem der Kurfürst Johann Georg mit den schlesischen Fürsten und Ständen den Accord gemacht, der ihnen die kaiserliche Amnestie zusicherte, handelte es sich für sie um die Auszahlung ihrer Soldtruppen. Bei der Höhe der erforderlichen Summe, 700,000 Thaler, zog sich dies längere Zeit hin.[1] Dabei hatten die Truppen ihren General, den Markgrafen Johann Georg von Jägerndorf, zu der Übereinkunft gedrängt, bis zur völligen Auszahlung mit ihnen zusammen zu stehen.[2] Obwohl also das Bindemittel hier dasselbe war wie bei den Mansfeldern, die Forderung des rückständigen Soldes: so ist doch die Führung eine verschiedene. Mansfeld tritt selber immer voran, Johann Georg fügt sich dem Drucke der Seinigen auf ihn. „Der Markgraf für seine Person, meldet ein Berichterstatter aus Neisse, am 20. April, wollte gern hinweg, die Soldaten lassen es aber nicht zu: er wird bei Tag und Nacht von zwei Fähnlein scharf bewacht."[3]

Inzwischen war die bereits erwähnte Bestallung des Winterkönigs für den Markgrafen, vom 13. April, unterweges. Das Eintreffen derselben scheint ihn zum festen Entschlusse gebracht zu haben. Die Werbung wurde so angestellt, daß die bisherigen Truppen der schlesischen Stände, wie sie durch die Auszahlung des letzten Soldrestes abgedankt wurden, alsbald sich als im Dienste Friedrichs stehend betrachteten. Als der ständische Commissär Debitz in der Stadt Glatz, nach der Auszahlung der Gelder, von dem Commandanten die Übergabe der Stadt forderte, ward ihm, nach einigem Zaudern desselben, die Antwort, daß er, der Commandant, nach der Abdankung nunmehr in die Dienste des Königs Friedrich getreten sei, und für ihn Truppen werbe. — Debitz hielt es für gerathen sich von dannen zu begeben.[4]

Dann trat der Markgraf Johann Georg, dessen Truppenzahl auf 7000 Mann angegeben wird, in seiner festen Burg Neisse offen als

[1] Acta publica 1621 p. 160. [2] A. a. O. 156 u. f.
[3] A. a. O. 157. [4] A. a. O. 172. Vom 20. Juni.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Feind des Kaisers auf. Vielfach war die Besorgnis lebendig, die wir von Tilly vernommen, daß er trachten werde, sich mit Mansfeld in Böhmen die Hand zu reichen, und man meinte aus den Bewegungen Beider auf eine solche Absicht schließen zu müssen. So in München, so in Darmstadt.[1] Da zugleich alles, was von den entlassenen Truppen der eben aufgelösten Union noch übrig war, dem Mansfeld zuströmte, so bat der Herzog Maximilian den Kaiser alle nur irgend verfügbare Mannschaft für Tilly zur Hülfe zu senden.

Der Markgraf Johann Georg, der sich fortan Generalfeldoberst und Commissar des Königs Friedrich nannte, faßte jedoch zunächst Schlesien ins Auge. Von der Execution in Prag, vom 21. Juni, nahm er den Anlaß zu verkünden, daß demnächst auch „in Breslau und anderen vornehmen Städten ein solcher tyrannischer Proceß ergehen solle." — Dies haben „unter Anderen auch etliche gefangene Neapolitaner, so wegen ihrer Verrätherei dieser Tage zu Neisse aufgeknüpft worden, öffentlich ausgesagt." — „Solche Tyrannei und spanische Inquisition bezwecke die Ausrottung der wahren christlichen evangelischen Religion."[2]

Ein anderes Patent vom selben Tage, dem 3. Juli, fordert die Fürsten und Stände von Schlesien auf zur Treue „für den rechtmäßigen, aus freiem Willen erwählten König Friedrich."

Das erste Patent des Markgrafen war kaum ein geschicktes zu nennen; denn es provocierte den Kurfürsten von Sachsen, der mit den schlesischen Fürsten und Ständen den Accord geschlossen, eben so sehr oder noch mehr als den Kaiser. Johann Georg von Sachsen säumte nicht. Bereits am 6./16. Juli erging an die schlesischen Fürsten und Stände sein Mandat,[3] in welchem er abermals sein Wort zum Pfande setzt, daß „der ertheilte Pardon sammt dem ganzen Accord festiglich soll gehalten werden," zugleich aber die Stände auffordert, sich von der Vertheidigung ihres Vaterlandes durch nichts abschrecken zu lassen. — Auch der Kaiser erließ zur Antwort auf jenes Patent eine Declaration,[4] in welcher er hervorhebt, daß von der Zeit an, wo der geächtete Markgraf seinen Fuß in Schlesien gesetzt, dort, „fast keine Ruhe noch recht friedlicher Zustand mehr gewesen ist." — Die Declaration erneuert die Versicherung, daß alles, wie es der Kurfürst von Sachsen mit den Ständen

[1] Kriegsacten F. 41. [2] Acta publica 1621, p. 174. [3] A. a. O. 178.
[4] A. a. O. 181.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

geschlossen, „unbrüchig gelassen werden solle," und mahnt, sich durch des Achters betrügliche Praktiken nicht verleiten zu lassen.

Indem diese Erklärungen, erst des Kurfürsten, dann des Kaisers, den Vorwand der Schilderhebung des Markgrafen zu nichte machten, hatte er auf einen weiteren Erfolg für dieselbe in Schlesien nicht zu rechnen.

Dagegen wendeten sich die Angelegenheiten des Kaisers in Ungarn eben damals ungünstig. Am 8. Juli meldet er dem Kurfürsten Johann Georg, daß Bethlen Gabor einen der Führer seines Heeres in Ungarn, Posmack Thomas, betrogen und unter dem falschen Scheine einer Friedenshandlung in seine Gewalt gebracht habe. „Dadurch stehen unsere Angelegenheiten in Ungarn in Confusion. Deshalb müssen wir alles unser Kriegsvolk aus Böhmen dahin ziehen, weil sonst Bethlen Gabor die Belagerung von Neuhäusel anfechten möchte."[1] An demselben Tage, wo der Kaiser diese Worte niederschrieb, gestaltete sich die Lage der Dinge vor Neuhäusel noch viel ungünstiger. Der Bericht des Kaisers darüber, vom 14. Juli, an Maximilian von Bayern lautet wie folgt:[2] „Unser vor Neuhäusel liegendes Kriegsvolk ist um Proviant ausgezogen. Demnach sich aber unter gemeldetem Kriegsvolke etwas Confusion zugetragen, und unser G. L. Graf Buquoi sich zur Remedierung derselben mit einem Theile Kriegsvolkes zu Roß und zu Fuß erhebt und aufgemacht, haben sich unterdessen etliche Truppen unserer Feinde und Rebellen herfürgethan. Alsdann ist gedachter Graf Buquoi an seinem Leibe, damit er sich vor dem Feinde ritterlich und tapfer gewehrt, dermaßen beschädigt und verwundet worden, daß er bald darauf gestorben." — Der Verlust dieses Feldherrn im vollkräftigen Mannesalter wog für die Sache des Kaisers sehr schwer. Die nächste Folge war, daß die Belagerung von Neuhäusel mit Schaden aufgegeben werden mußte.

Der Markgraf Johann Georg dagegen kündete nunmehr durch ein drittes Patent, vom 10. Juli, den Fürsten und Ständen von Schlesien an, daß er vom Könige Friedrich den Befehl habe, „der königlichen Würde zu Ungarn sammt dero getreuen Ständen zu Hülfe zu ziehen."[3]

Was immer der wahre Grund des Abzuges dieses Markgrafen nach Osten sein, und welche Gefahren er dadurch bereiten mochte: die

[1] Kriegsacten F. 41. [2] A. a. O. [3] Acta publica 1621 p. 177.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

größere Gefahr, die man in Wien und München von ihm befürchtete, diejenige seiner Vereinigung mit Mansfeld, war dadurch abgewendet.

Dieser selber jedoch stand in seinem verschanzten Lager zu Waidhausen, bedrohlich für alle Länder rings umher, ob Böhmen, ob Bayern, ob ein anderes,[1] zunächst schwer lastend auf der Oberpfalz selber. Am 25. Juni berichtet der kursächsische Oberst Wrzesowetz aus Eger: „Es ist gewis, daß die Pfalz mit dem Volke sehr beschwert ist; denn weil Mansfeld den Soldaten kein Geld gibt, so läßt er ihnen allen Muthwillen zu, und sie plündern, was sie antreffen.“[2]

Den wirklichen Stand der Mansfelder schätzt Tilly damals auf 14,000 Mann: andere 8000 werden erwartet. Unter jenen seien viele noch unbewehrt, erhalten jedoch Waffen und Munition aus Nürnberg.[3]

Der Kaiser und der Herzog Maximilian hatten Besseres von der Stadt Nürnberg gehofft. Der Letztere machte bereits im März aufmerksam, daß Mansfeld öfters in Nürnberg verweile, daß daher der Kaiser den Rath der Stadt beauftragen möge, den wiederholt Geächteten dort festzunehmen.[4] Der Kaiser antwortete, daß er dem Rathe von Nürnberg darüber bereits zugeschrieben, und daß dieser sich in Unterthänigkeit dazu erboten habe.[5] Es findet sich keine Nachricht, daß der Rath sich bemüht habe, diesem Erbieten nachzukommen. Vielmehr liefen am kaiserlichen Hofe zahlreiche Klagen über die Begünstigung der Mansfelder durch den Rath von Nürnberg ein, so daß der Kaiser einen eigenen Agenten, Namens Vatiga, mit der Aufgabe betraute, von Nürnberg aus Bericht zu erstatten, ob und was von da aus zu Gunsten Mansfelds geschehe.[6]

Der Herzog Maximilian hatte dort seine eigenen Berichterstatter. Einer dieser Berichte, vom 23. August, meldet: „Es kommen aus dem Mansfeldischen Lager täglich in die 20, 30, 40 und mehr Fuhren mit Häuten und Beute an, welche von hier Wein, Brot, Bier und Munition wieder ins Lager führen. Es wird also dem Mansfelder nicht eine schlechte Hülfe erzeigt. Wie dann auch die Reiter selbst, die aus dem Lager herkommen, und zum Theile wieder hinein reiten, öffentlich sagen:

---

[1] Brief Tillys vom 25. Juni, bei Ütterodt 345. [2] A. a. O. 343.
[3] A. a. O. 352. [4] Kriegsacten F. 41. Vom 13. März.
[5] A. a. O. Vom 30. März.
[6] A. a. O. Das Memorial für B. vom 10. September.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wenn sie nicht von Nürnberg aus diese Hülfe hätten, so müßten sie wohl Alle verhungern." [1]

Dem Rathe von Nürnberg blieb nicht unbekannt, welche Nachrichten über ihn umliefen, zumal da sogar in Druckschriften die Forderung erhoben wurde, daß, wie der Rath sich ausdrückt: »status noster aristocraticus dringend eine Reformation von nöthen habe." Dagegen beruft sich der Rath mit unendlichem Wortschwalle auf die stets bewiesene Kaisertreue der Vorfahren, „die per traducem auch auf uns verstammt ist. Wir bezeugen vor Gott und der ganzen ehrbaren Welt, daß unsere Herzen und Gewissen von dem angegebenen Calvino-Turcismo rein, daß wir nur nach der Augsburgischen Confession von 1530 lehren." — Sie können den Handel nicht sperren, sagen sie. Sie können nicht Durchfuhren verweigern, welche andere mächtigere Reichsstände zugelassen haben. Aber niemals würden sie diejenige von Waffen und Munition gestatten. [2]

Mindestens eben so gewichtig wie solche Entschuldigungen des Senates vor dem Kaiser möchten diejenigen vor den Agenten Friedrichs sein: der Senat dürfe für die Vertheidigung der Oberpfalz darum nichts beitragen, weil dann eine Empörung der Bürger zu befürchten stehe. [3] — Demnach dürfte die Begünstigung nur nicht direct und offen geschehen sein. Damit ist wohl vereinbar, daß Mansfeld seine zusammengebrachten Reliquiarien und Kelche in Nürnberg aufbewahrte. [4]

Ungünstig für den Rath von Nürnberg lautete namentlich das Urtheil des Herzogs Maximilian. „Was die Treue der Stadt Nürnberg betrifft, sagt er am Ende dieses Feldzuges, so gibt darüber aus den vorigen Jahren her Zeugnis die Anhaltische Canzlei, aus dem jetzigen im Zeughause zu Amberg eine halbe Carthaune, mit dem Mansfelder Wappen gezeichnet und zu Nürnberg gegossen." [5]

Den Monat Juni hindurch standen Tilly und Mansfeld einander gegenüber, jener auf böhmischem Gebiete, dieser auf demjenigen der Oberpfalz, nur daß die fünf Schanzen von Waidhausen auf den böhmischen Boden hinein ragten. Aber Tilly hatte nicht die Ermächtigung, den

[1] A. a. O. Vom 23. August.

[2] A. a. O. Vom 23. August. Wie immer die Schreiben der Stadt Nürnberg an den Kaiser, zierlich auf Pergament. [3] Nova Apocalypsis 182.

[4] A. a. O. 31. [5] Kriegsacten F. 42. Vom 17. December.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Boden der Oberpfalz zu betreten. „Ich habe, schreibt er, am 25. Juni, vom Schlosse Haid aus, das Kriegsheer an der Grenze so disponiert, daß, für den Fall daß Mansfeld in Böhmen, Bayern oder anderwärts hindringen und einfallen wollte, ich ihm alleweg zu begegnen verhoffe.“ [1] — „Ich gedenke mit Gottes Hülfe, schreibt er am selben Tage dem Kurfürsten Johann Georg, diese Grenze zu vertreten. Wenn es mir weiter zu rücken nachgelassen würde, verhoffte ich ihm den Zorn bald zu legen.“ [2]

Diesen Gedanken des Generals, daß es verstattet werden müsse, nunmehr den Mansfeld anzugreifen, vertrat auch der Herzog Maximilian mit allem Nachdrucke bei dem Kaiser. Inzwischen jedoch befand sich der englische Gesandte, Lord Digby, bereits auf dem Wege, um die Friedensvorschläge Jacobs I. zu überbringen. Darüber sagt Maximilian: er habe von sicheren Orten vernommen, daß sowohl die Sendung des Lords Digby, als insgemein die Absicht der Gegner nur auf ferneren Stillstand gerichtet sei, um sich unterdessen aller Orten, sei es mit Christen-, sei es mit Türkenhülfe, zu stärken. [3]

In Betreff Friedrichs mochten, wie sich später ergeben wird, jene Nachrichten Maximilians der Wahrheit entsprechen, nicht jedoch in Betreff des Königs Jacob. Vielmehr muß diesem zu Ehren nachgesagt werden, daß er weder mit den Türken, noch mit Bethlen Gabor irgend welche Gemeinschaft haben wollte, [4] und eben damals dem Polenkönige Sigismund III. Werbungen in England gegen die Türken gestattete. Jacob I. erwartete vielmehr von der Sendung Digbys alles Heil. Der Kaiser seinerseits empfing den Gesandten mit hohen Ehren.

12. Der Kaiser Ferdinand II. und der König Jacob I. von England.

Allein zwischen den Standpuncten der Anschauung des Kaisers Ferdinand II. und des Königs Jacob I. gähnte eine weite Kluft.

In seiner Bedrängnis im October 1619 hatte der Kaiser bei den Beredungen in München seinem Vetter Maximilian das Versprechen entgegen getragen, im Falle des Sieges über den Rebellen Friedrich ihm die Kurwürde desselben zu verleihen. Das Versprechen war mündlich: es ward nicht in den geheimen Vertrag vom 8. October aufgenommen. Der Kaiser jedoch hielt daran fest. Nach der Schlacht am Weißen-Berg

[1] Ütterodt 345. [2] A. a. O. 350. [3] Kriegsacten F. 42. Vom 12. Juli.
[4] Roe 28 und oft.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

befragte er den Reichs-Hofrath. Dieser gab am 26. November 1620 sein Gutachten dahin: die goldene Bulle verordne, daß, im Falle der Vacanz einer Kurwürde, sie auf den nächsten Agnaten übergehe. Dagegen falle bei der Achtserklärung über einen Kurfürsten die Kurwürde von dem Lande, auf welchem sie hafte, an das Reich zurück, könne daher auch auf einen Nicht-Agnaten übertragen werden.[1]

Der Kaiser erneuerte sein Versprechen auch schriftlich. In einem Schreiben Maximilians finden sich die Worte: es werde sich der Kaiser zweifelsohne annoch erinnern, zuerst mündlich und dann durch Handschrift mehrmals proprio motu erklärt zu haben, daß dem Herzoge die Kurwürde ohne einige Limitation und Restriction ertheilt werden solle.[2]

Das Versprechen des Kaisers an Maximilian lag nicht öffentlich vor, und doch sah man voraus, daß der Ausspruch der Reichsacht über Friedrich die Übertragung der Kurwürde auf Maximilian nach sich ziehen werde. Nicht damit einverstanden jedoch war der Kurfürst Johann Georg. Auf seine Einwände erwiederte der Kaiser: das Verbrechen Friedrichs sei unerhört, so lange das römische Reich bei der deutschen Nation gewesen. Carl V. habe auch die Kur nicht auf einen Sohn Johann Friedrichs, sondern auf einen entfernten Agnaten übertragen. Der Kaiser fragt, ob, nachdem Friedrich die Stände in allen Ländern des Hauses Oesterreich zur Rebellion aufgestachelt, dennoch wieder ein Calviner zur Kur gelangen solle. Es sei nunmehr ein so gutes Vertrauen zwischen den Häusern Oesterreich, Sachsen, Bayern, daß sie vereinigt jedem Feinde gewachsen. So möge es bleiben. — Diese Darlegungen befriedigten jedoch Johann Georg noch nicht. Zwar finden sich von ihm gelegentliche Äußerungen, aus denen eine Zustimmung zu sprechen schien;[3] dennoch beharrte er damals, im März und April, bei dem Wunsche einer persönlichen Zusammenkunft, in der sich Alles leichter erledigen lasse.[4] — Das Einrücken des Mansfeld in die Oberpfalz versperrte den Weg einer solchen Zusammenkunft. Bei dem Kaiser dagegen verblieb die Verleihung der Kur an Maximilian eine fest beschlossene Sache.

Dazu kamen die entsprechenden Wünsche von Rom aus. Am 28. Januar 1621 war der um die Sache der Kirche und des Hauses Habsburg in Deutschland hoch verdiente Papst Paul V. gestorben. Es folgte ihm durch einstimmige Wahl von fünfundfünfzig Cardinälen

[1] Extract usw. Nr. 183. [2] A. a. O. Vom 9. April 1621.
[3] In den Meldungen bei Gindely IV, 183.
[4] Kriegsacten F. 41. Vom 23. März und 24. März / 4. April.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gregor XV., aus dem Hause Ludovisi. Er zog sofort den Cardinal Robert Bellarmin in seine Nähe, um sich des Rathes desselben zu bedienen. Er bethätigte seine Gunst für die Liga durch eine Beisteuer von 160,000 Kronthalern. Zugleich entsendete er den Kapuziner Pater Hyacinth an den kaiserlichen und von dort an den spanischen Hof, um für die Übertragung der pfälzischen Kurwürde auf Maximilian thätig zu sein.[1] Um so mehr also ward der Kaiser in seinem Entschlusse der Übertragung bestärkt.

Ganz anders der König Jacob I. Zwar die begehrlichen Wünsche seines Schwiegersohnes, der nicht bloß seine Erbländer zurück verlangte, sondern auch eine Geldentschädigung für den Verzicht auf die Krone Böhmen, nicht bloß für sich, sondern auch für seinen Sohn Friedrich Heinrich[2] — überging Jacob I. mit Schweigen. Er hatte sich ja, wie er meinte, des böhmischen Wirrwarrs niemals angenommen. Aber er hielt fest an dem oft ausgesprochenen Gedanken, daß ihm die Pflicht obliege, seinen Enkeln das väterliche Erbe ungeschmälert zu erhalten. Dies hoffte er durch die Sendung des Lords Digby nach Wien zu erwirken. Zu diesem Zwecke vertraute er zugleich auf die Empfehlung und Verwendung des Hofes von Madrid. Wir haben also unsere Blicke nach Spanien zu richten.

Zu Ende Februar 1621 erkrankte der König Philipp III. Das Bild, welches die aggressiven Parteien in Europa von diesem Könige zu entwerfen pflegten, um ihre feindselige Gesinnung wider ihn zu beschönigen, entsprach sehr wenig dem Originale.[3] Philipp III., dem man Schuld gab nach der Weltherrschaft zu streben, war nicht Herr in seinem Königreiche, sondern stand unter dem Einflusse des Herzogs von Lerma, dann dessen Sohnes Uzeda und des Beichtvaters Alliaga. Auf seinem Krankenlager kam er zur vollen Erkenntnis seines Fehles, und richtete darüber an Uzeda und Alliaga scharfe Worte. Ihm redete darauf der Jesuit Florentius, wie Khevenhiller meldet, „mit über die Maßen schönen und tröstlichen Worten zu, wie ich es zum Theil mit eigenen Ohren gehört." Als es dann mit dem Könige Philipp III. zu Ende ging und

[1] Khevenhiller IX, 1487.

[2] Das Protokoll der Berathung Friedrichs mit seinen Räthen bei Gindely IV, 577.

[3] Das Folgende nach dem Berichte Khevenhillers an Ferdinand II., bei Khevenhiller IX, 1239 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ihm bereits das Crucifix, welches einst sein Großvater und dann sein Vater sterbend umfaßt, in seine Hand gegeben war, richtete im Namen des Königs Pater Florentius mit lauter Stimme das Wort an die zahlreichen Anwesenden: „Ihr Herren, betet für Eueren König, damit ihm Gott das Leben fristen möge; denn er hat zugesagt, hinfort als unser König und Herr zu regieren und nicht durch seine Minister die Gerechtigkeit und Billigkeit unterdrücken zu lassen." — Dankend ergriff der König die Hand des Paters, mit den Worten: „O wie wohl habt Ihr geredet!" — Dann sammelte er sich zum Sterben, 31. März.

Der Sohn und Nachfolger Philipp IV. war erst sechszehnjährig, aber, wie Khevenhiller meldet, thätig, fleißig, vernünftig. Die Partei Lerma, die seit zwanzig Jahren alles an sich gezogen, wurde in wenigen Wochen völlig beseitigt. Einen Monat nach dem Tode Philipps III. vernehmen wir die Worte: „Der junge König hat in diesen wenigen Tagen ganz Spanien in ein neues Modell gegossen. Wenn ihm Gott das Leben verleiht und er so fortfährt: so wird er gewis keinem seiner Vorfahren etwas bevorgeben." [1]

Wie der neue König sich zu allem Guten für den Kaiser erbot, so war es diesem eine besondere Freude, daß der langjährige Botschafter in Prag und Wien, Don Balthasar Zuniga, bei jenem in hohem Ansehen stand. Die Gunst des jungen Königs ruhte vor allen Anderen auf dem Grafen Olivarez, dem Zuniga hohes Lob zusprach. [2]

Von je her herrschte in Spanien politisch eine Hinneigung zu England, die ihren Ausdruck fand in dem schon dem Kaiser Carl V. zugeschriebenen Sprichworte: Con todos guerra, y paz con Inglaterra. Damals erwiederte nicht die Mehrheit der englischen Nation, wohl aber der König Jacob I. diese Neigung. Auf die Todesnachricht Philipps III., der in seinen letzten Tagen eine engere Verbindung mit der deutschen Linie seines Hauses vorgezogen hätte, hielt Jacob I. die Zeit für gekommen, die Werbung um die Infantin Maria, die Schwester Philipps IV., für seinen Sohn Carl mit Nachdruck wieder aufzunehmen. Zu diesem Zwecke ersah er den Lord Digby, der zuvor in Wien einen Ausgleich zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen anbahnen sollte. Auch dafür hoffte Jacob I. auf die Fürsprache Spaniens. Noch im Juni überreichte der englische Gesandte in Madrid dem Könige Philipp IV. die Bitte Jacobs I. um Verwendung in Wien für seinen Schwiegersohn. [3]

[1] A. a. O. 1265. [2] A. a. O. 1253. [3] A. a. O. 1273.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In der That war auch in Madrid in den letzten Monaten ein nachdrückliches Moment zu Gunsten Jacobs eingetreten. Man wußte, mit welcher Entschiedenheit er vor dem Ende des zwölfjährigen Stillstandes den Antrag der Generalstaaten auf ein Bündnis mit ihnen abgelehnt. Es war nunmehr wieder zwischen Spanien und den Generalstaaten offener Krieg. Um so mehr galt es für Spanien, den König Jacob bei dieser freundlichen Gesinnung zu erhalten, damit er nicht die Wege seiner Vorgängerin Elisabeth betrete. Wie die Infantin Isabella in Brüssel, deren Gemahl Albrecht eben damals verstarb, den Lord Digby mit ihren Empfehlungen an den Kaiser Ferdinand ausstattete: so verwendete sich auch Philipp IV. durch ein Handschreiben direct bei dem Kaiser, freilich auf die irrthümliche Versicherung des Königs Jacob hin, daß der Pfalzgraf die Gnade des Kaisers ersehne.[1]

Von den zwei Anträgen Digbys in Wien lautete der erste dahin: der Kaiser möge geruhen, den Pfalzgrafen in die frühere Gnade wieder aufzunehmen, und ihm die Erbländer und Titel zurückzugeben, welche er vor dem Anschlusse an die Böhmen besaß. Dann werde der König von Großbritannien es auf sich nehmen, den Pfalzgrafen zur schuldigen Reverenz und zum Gehorsame, und zu allen gerechten und vernunftgemäßen Bedingungen für die Satisfaction des Kaisers zu bringen.

Der zweite Antrag lautete dahin, daß, während über den ersten Antrag berathen werde, der Kaiser dem Vollzuge der Reichsacht Einhalt gebiete und den Waffenstillstand in der Unterpfalz verlängere.

Fassen wir zunächst den ersten Antrag ins Auge, so ergibt sich, daß zwischen dem Entschlusse des Kaisers, die erledigte Kurwürde dem Herzoge Maximilian zu übertragen, und der Forderung des Königs Jacob, seinen Schwiegersohn wieder einzusetzen, eine unausfüllbare Kluft gähnte. Der Kaiser indessen konnte oder wollte nicht direct ablehnen, sondern wich aus. Die Angelegenheit, ließ er dem Engländer erwiedern, betreffe nicht ihn allein, sondern das gesammte Reich. Da also der Kaiser zu diesem Zwecke des Rathes der Fürsten bedürfe, so habe er eine Zusammenkunft nach Regensburg ausgeschrieben.[2]

Auch so jedoch wandte sich der Kaiser sofort fragend an die zwei Fürsten, auf die es für ihn hauptsächlich ankam, den Herzog Maximilian von Bayern und den Kurfürsten Johann Georg von Sachsen.

---

[1] Das Schreiben bei Londorp II, 485. [2] Cancellaria H. 71.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Herzog erwiederte,[1] daß er nicht die Verantwortung auf sich laden könne, in dieser „so wichtigen, so weit aussehenden, und nach E. M. und Dero Haus, alle getreue und sonderlich die katholischen Kurfürsten und Stände direct angehenden Sache, mit einem absonderlichen Gutachten vorzugreifen." Demgemäß unterblieb in dieser Antwort des Herzogs jegliche Mahnung an das vom Kaiser ihm gegebene Versprechen der Kurwürde. Eben so wenig aber fand sich darin ein Wort, das wie eine Rückgabe dieses Versprechens, wie ein Verzicht auf dasselbe gedeutet werden konnte.

Dagegen zeichnet Maximilian den Stand der Dinge. Er fragt, was die Katholiken im Reiche für sich zu erwarten haben, wenn derjenige, der seit Jahren das Haupt aller Unruhe, der Verstörer der kaiserlichen Rechtspflege gewesen, nun nach dem Siege über ihn zum vollen hergestellt werden solle. Dann wendet sich der Herzog an den Kaiser persönlich. „Endlich, sagt er, möchte Einer sich ebenmäßig verwundern, warum man bei E. K. M. die volle Herstellung des Gegners begehrt, wo doch Ewr. M. beide Königreiche Ungarn und Böhmen sammt anderen Ländern durch Zuthun und Verursachen des Pfalzgrafen entzogen, unglaublicher Schaden zugefügt, das Königreich Ungarn bis auf diese Stunde meistentheils, desgleichen mehrere Örter in Böhmen gewaltthätig vorenthalten, wo ferner daselbst täglich neue Praktiken wider E. K. M. geführt, Bethlen Gabor zu Hülfe gerufen, der Jägerndorfer als pfälzischer Bevollmächtigter mit seiner Armada noch obhanden ist, (so daß) also E. M. zu dem Ihrigen bis Dato noch nicht kommen, oder restituiert worden."

Maximilian schließt mit dem Ausdrucke der Überzeugung: der Kaiser werde alles wohl erwägen und dann dasjenige vornehmen, was die Allmacht und die Ehre Gottes, die Erhaltung und die Sicherheit der katholischen Religion, des Kaisers und seines Hauses, aller katholischen Stände und des h. Reiches, als unumgängliche Nothdurft erfordere. — In dieser Mahnung prägt das Schriftstück, das nicht ein eigentliches Gutachten sein sollte, dennoch den Gedankengang des Urhebers zur vollen Genüge aus.

Anders der Kurfürst Johann Georg von Sachsen.

Die Instruction,[2] mit welcher den Kaiser den Grafen Carl Hannibal von Dohna nach Dresden entsendete, läßt den Unwillen des Kaisers

[1] Das Schreiben vom 24. Juli abgedruckt bei Gindely IV, 581.

[2] Kriegsacten F. 42. Vom 30. Juli.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

über die ihm gemachte englische Zumuthung sehr wohl erkennen. „Die Forderung des Digby, heißt es darin, geht darauf hinaus, daß wir als der Hochbeleidigte uns dem Willen unseres Gegentheiles am ersten untergeben, und hernach dann seiner Humiliation erwarten sollen. Ein solcher modus tractandi ist fast unerhört — zu geschweigen unter Königen und Potentaten — daß der beleidigte Theil und zugleich höchste Obrigkeit an ihrem Theile erstlich alles nachlassen und — was das vornehmste, worauf die Handlung nothwendig besteht — alsdann erst und nach Niederlegung der Waffen, über die Bedingungen der Aussöhnung Tractaten eingehen solle." — Deshalb bittet der Kaiser, daß der Kurfürst seine persönliche Erscheinung beim Convente allem Anderen voranstelle. Wenn aber nicht, so möge Johann Georg seine Meinung schriftlich sagen, „damit die angebotene Friedenshandlung nicht gänzlich zerschlagen werde."

Der Kurfürst erwiederte, daß er sich nicht nach Regensburg begeben dürfe; denn Mansfeld, der über 24,000 Mann verfüge, darunter 4000 auserlesene Reiter, könne ihm nicht bloß den Weg verlegen, sondern auch in seiner Abwesenheit irgend ein Attentat verüben.[1] Dann jedoch gibt Johann Georg sein Gutachten, und zwar so, als sei ihm von einem Versprechen des Kaisers an Maximilian nichts bekannt. Der Kaiser könne, meint er, seine Antwort an den König so einrichten, daß, wenn die Vorschläge der Satisfaction nicht der Forderung entsprächen, auch der Kaiser durch seine Antwort zu nichts verbunden sein wolle. „Wenn es aber, fährt der Kurfürst fort, Ew. K. M. nicht gefällig, auch mit solcher bedingten Antwort dem Gesandten zu begegnen, wollte ich doch meines Theils dafür halten, es wäre der Hoheit und Würde Ew. K. M. nicht präjudizierlich und nachtheilig, sondern vielmehr vorträglich, wenn Ew. K. M. selbst Bedingungen verfassen, auf was Maß und Weise Ew. K. M. den Palatinum zu Gnaden annehmen und restituieren wollen." — „Dergestalt würden Ew. K. M. alsbald zum Hauptwerk gelangen und die Verhandlung nicht zerschlagen werden, welches, daß es nicht geschehe, mit allem emsigen Fleiße zu verhüten."

In denselben Tagen mußte der Kaiser den Reichsfürsten melden, daß abermals die Türkengefahr heran wachse, daß ihm ein Schreiben des Beglerbeg Mehemed Pascha aus Stuhlweißenburg vorliege, mit der Drohung, sich mit dem Pascha von Buda zum Vormarsche zu vereinigen,

[1] A. a. O. Vom 6. August.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

weil die Kaiserlichen vielfältig den Frieden gebrochen.[1] Im Schmerze und Zorn über diese Nachrichten rief der Landgraf Ludwig: „Bethlen Gabor ist der Verwüstung des schönen Königreiches Ungarn, dieser Vormauer der Christenheit, der einzige Anstifter.“[2]

Wie der Kaiser aus sich dem Kurfürsten Johann Georg gesagt, daß er das gänzliche Zerschlagen der Friedenshandlung nicht wünsche, so mußte einerseits die Mahnung des Kurfürsten, andererseits das Wachsen der Gefahr im Osten darin ihn bestärken. Aber die Schwierigkeit war die, daß in der Hauptfrage, derjenigen der Herstellung des Pfälzers, weder der Kaiser von seinem Standpuncte aus, noch der Engländer von dem seinigen, einen Schritt entgegen kommen konnte oder wollte.

Günstiger dagegen für den Kaiser lag die Nebenfrage, diejenige des Waffenstillstandes für die Zeit der Unterhandlung. Der Kaiser ließ dem Gesandten die Gegenfrage stellen, wie es zu vereinen sei, daß, wo auf seinen Befehl in der Unterpfalz Waffenruhe herrsche, wo er die Oberpfalz nicht angreife, wo nunmehr der König Jacob diesen Wunsch des Stillstandes ausspreche — dennoch sein Schwiegersohn Friedrich durch Mansfeld Böhmen beunruhige, und durch den Brandenburger Johann Georg neue Empörungen in Schlesien und Mähren anzuzetteln suche.[3]

Diese Anzettelungen des Jägerndorfers, der in seinem Thun und Lassen völlig von Bethlen Gabor abhing, fallen für den Gang der Dinge im Großen weniger ins Gewicht. Vielmehr hangt hier alles ab von der Persönlichkeit des Mansfeld.

13. Verhalten des Mansfeld im Sommer 1621.

Mansfeld deckte sein Söldner-Fürstenthum mit dem Namen Friedrichs, als des Kriegsherrn. Aber dieser Kriegsherr zahlte nicht, und deshalb hatte sich Mansfeld neben dem nominellen auch nach reellen Kriegsherren rechtzeitig umgesehen. Am 8. April richtete er an die Generalstaaten die Klage, daß Friedrich versprochen, in Nürnberg für ihn 200,000 Gulden zahlbar zu machen, dies Versprechen aber nicht gehalten habe. Weil er daher sich von aller Welt verlassen sehe, so erbiete er sich — en foi de cavalier d'honneur, wie Mansfeld sich ausdrückt — wenn die Generalstaaten ihn mit einer solchen Summe

[1] A. a. O. Kais. Schreiben vom 7. August. [2] A. a. O.
[3] Cancellaria H. 71.

Digitized by Google Origina from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

unterstützen wollen, wie sie für nothwendig erachten, seine Armee marschieren zu lassen, wohin es den Herren Generalstaaten gefalle.[1]

Dies Angebot schlug bei den Hochmögenden nicht durch. Sie wollten nicht den offenen Krieg mit dem Kaiser, sondern den versteckten durch die Mittelspersonen, Friedrich und Mansfeld. Der letztere erkannte also, daß er noch einen Schritt weiter gehen müsse. Im Juni schrieb er an Friedrich im Haag die folgenden Worte: „Da die Noth so dringend ist, daß wir ohne Geld hier nicht mehr existieren können, so schicke ich an Ew. Majestät den Hauptmann meiner Leibwache, Goldstein, mit der Bitte, ihm Wechsel auf 100,000 Thaler einzuhändigen, einstweilen, bis mehr geschickt werden kann. Wenn dies nicht geschieht, so ist gewis, daß die Sache hier zum völligen Untergange steht, dessen ich Ew. Majestät einmal für allemal hiermit habe Nachricht geben wollen."[2] Dann fügt er hinzu: „So eben erhalte ich Nachricht, daß der Herzog von Bayern sich zu seinen Truppen begibt, um mit geeinter Macht in dies Land (die Oberpfalz) einzubrechen. Deshalb ersuche ich Ew. Majestät dahin zu wirken, daß holländische Cavallerie heraufkomme, und daß der besagte Goldstein oder der Graf Löwenstein mit den 100,000 Rthlrn. schnell an mich abgeordnet werde, damit ich den dringenden Bedürfnissen abhelfen kann. Unterdessen werde ich die Dinge hier drei, und wenn ich kann, auch vier Wochen hinziehen. Wenn jedoch in der genannten Zeit mir die 100,000 Rthlr. mit genügender Resolution nicht zukommen, so werden Ew. Majestät mir zu Gnaden halten, wenn ich mit meinen Leuten mich zurückziehe, um mich anderswohin zu begeben."

Hier liegt das Verhältnis klar ausgesprochen vor: nicht der Söldnerhauptmann, der ja auch die neu geworbenen Truppen auf seinen Namen schwören ließ, stand auf Kündigung, sondern der Kriegsherr. Dieser aber, wie Mansfeld wohl wußte, hatte das Geld nicht. Darum war nicht auf ihn der Druck gerichtet, sondern durch ihn auf die Generalstaaten. An diese, wie vorauszusehen, brachte Friedrich das Schreiben. Die Generalstaaten, die jenen nützlichen Mann nicht verlieren wollten, zahlten, und zwar, der besseren Form wegen, gegen die Bürgschaft Friedrichs.[3]

Wie es nicht dem Interesse der Generalstaaten entsprach, daß durch eine Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen der Friede

[1] Das Schreiben bei Villermont, Mansfeld I, 290.

[2] Villermont, Mansfeld I, 295. Aus dem Haager Archive. [3] Aitzema I, 107.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

in Deutschland hergestellt werde, so war auch ein Waffenstillstand als die Vorstufe des Friedens ihnen eben so wenig genehm. In demselben Sinne schrieb, am 17. / 27. Juni, Friedrich aus dem Haag an Bethlen Gabor: „Der König, unser Schwiegervater, spinnt eine Unterhandlung nach der anderen an, um mit den gemeinsamen Feinden ich weiß nicht welchen Stillstand zu schließen. Wir aber widerstreben, so viel wir können, und wenn nur Ew. Durchlaucht Ihrem Versprechen gemäß recht bald Ihr Heer aus Ungarn näher heranführen, so werden wir niemals uns bewegen lassen, wider unser gegebenes Wort, in einen aufgedrungenen Frieden zu willigen."[1]

Auf die Aufforderung des Schwiegervaters dagegen gab Friedrich fünf Tage später, am 23. Juni / 2. Juli,[2] die Versicherung, daß er dem Mansfeld für die Dauer der Unterhandlung Ruhe anbefohlen habe. Wie dieser Befehl gemeint war, oder wie demselben Folge geleistet wurde, ergibt sich aus Mansfelds weiteren Thaten.

Am 24. Juni / 4. Juli entsandte er von seinem befestigten Lager bei Waidhausen einen Trompeter mit einem Schreiben an das Domcapitel zu Bamberg, zugleich auch für dasjenige von Würzburg bestimmt. Er verlangte darin, daß beide Capitel ihre Regimenter von dem Heere der Liga in Böhmen „unverzüglich abfordern, sich auch weltlicher Händel, als dazu sie keineswegs, sondern zur Kirche berufen, nicht annehmen sollen. Wo nicht, so sollen Sie wissen, daß, so wahr ich ein Cavalier von Ehre bin, wir alle des Capitels Land und Leute mit Feuer und Schwert aufs äußerste zu verfolgen nicht unterlassen wollen."[3]

Die Drohung war an die Capitel gerichtet, nicht an den Fürstbischof Johann Gottfried. Dieser war schon geneigt die Truppen abzuberufen, stand jedoch auf die Ermuthigung Maximilians davon ab. Die Domcapitel dagegen setzten selber sich in wehrhaften Stand, so daß Mansfeld seine Drohung gegen sie nur zum Theile ausführte. Zugleich brandschatzte er den völlig wehrlosen Landgrafen von Leuchtenberg in Pfreimd. Die Zahl der Truppen des Mansfeld betrug damals 18000 Mann.[4]

---

[1] Litura 258. [2] Dies Datum gibt Gindely IV, 470 an.

[3] Londorp II, 443.

[4] Kriegsacten F. 41. Im Mai. Da die Angaben dort im Einzelnen etwas abweichen von denen bei Hurter IX, 51, so lasse ich sie ganz hier folgen:

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Indem die Mansfeldischen Schanzen zu Waidhausen, fünf an der Zahl, von der Grenze der Oberpfalz aus in das böhmische Gebiet vorsprangen, kam es dort wiederholt im Monate Juli zu kleineren Gefechten, mit größerem Verluste, wie es scheint, der Ligisten.

Eines Tages ließ Mansfeld durch einen Trompeter an Tilly die Meldung bringen, daß der Statthalter in der Oberpfalz, der Graf Solms, sich mit Tilly zu bereden wünsche. Es ward ein Ort zwischen beiden Lagern bestimmt, und Tilly schickte einige Cavaliere dahin. Auch er selbst ritt am folgenden Tage zu diesem Orte. Als man mitten in der Besprechung war, kam Mansfeld herangesprengt. Tilly wandte sofort sein Roß und ritt von dannen. Man kam über einen Stillstand von sechs Tagen überein.

Einige Wochen später vernahm man vom Mansfeldischen Lager aus das Gerücht, daß ein Italiener gefunden sei mit einem Messer, daß er bekannt habe, von Tilly und von Jesuiten zu einem Mordversuche auf Mansfeld gedungen zu sein. Auf die Kunde von diesem Gerüchte schickte Tilly sofort einen Trompeter an Mansfeld und ließ demselben auf seine ritterliche Ehre versichern, daß ein solcher Mensch von ihm nicht geschickt sei.[1] Es kann sich dabei nur um die Frage handeln, ob Mansfeld selber dieser Aussage eines Italieners, die er reichlich ein halbes Jahr später, also ungeachtet der Verneinung Tillys, drucken ließ, Glauben beigemessen habe oder nicht. Die Beantwortung dieser Frage wird sich

---

H. Ernst Gr. v. Mansfelds Rgt zu Fuß, dessen O. L. Graf Heinrich von Ortenburg 2000
H. Wilhelm von S. Weimar Rgt zu Fuß, O. L. Büßmann . . . 3000
H. Casimir Graf zu Lewenstein, O. L. Frentking 2000
Joachim Carpizau, dessen O. L. ist der von der Heid 2000
Pöblis wirbt ein Rgt zu Fuß, soll Butler O. L. werden 2000
Balth. J. v. Schlammersdorf, commandirt als O. L. ein halbes Rgt 1000
12000
So hat der Mansfeld noch an altem Volk zu Fuß 3000
S. zu Fuß 15000

Reiterei.

H. Wilhelm von S. Weimar 1000
Markgraf Sigismund von Brandenburg 1000
H. Fritz von Weimar 500
2500
So hat der Mansfelder noch an alter Reiterei 500
Summa der Pferde 3000

[1] Theatrum E. I, 593. Meteren III, 100. Acta Mansfeldica 92.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ergeben an dem Verhalten des Mansfeld gegenüber Tilly im nächsten Jahre.

Diese Scharmützel, an sich selber von geringem Belange, hatten doch die Bedeutung, daß sie den Kriegeszustand darthaten. Wie immer also auch die Befehle Friedrichs an Mansfeld lauten mochten, durch das Verhalten des letzteren dauerte dieser Zustand fort. Die Wirkung dessen auch auf die Unterpfalz ergibt sich aus einem Berichte des Engländers Trumbull, vom 21. Juli / 1. August, aus Heidelberg.[1] „Ich habe, schreibt er, nach Kräften gearbeitet, um den Marchese Spinola zu einer Verlängerung des Waffenstillstandes zu bewegen; aber ich bin abgewiesen worden, ohne auch nur in Worten eine Milderung zu erfahren. Die Ursache dieser Weigerung liegt, wie man mir sagt, an dem gewaltsamen und feindseligen Auftreten Mansfelds, der an die Domcapitel von Würzburg und Bamberg nicht bloß Drohungen erlassen, sondern auch offene Feindseligkeiten gegen sie begangen, ihnen einige Dörfer verbrannt, den Obersten Bauer getödtet und zwei Compagnien Kroaten zersprengt hat. Weil diese Truppen und der Landgraf von Leuchtenberg zur Liga gehörten, so erklären unsere Gegner rund und entschieden, daß sie nicht mehr Waffenstillstand mit uns haben, noch dulden können, daß ihre Freunde hülflos niedergeschlagen werden. Es ist völlig aus, wenn nicht Lord Digby in Wien einen neuen Frieden verschafft."

Aber auch Digby mußte vielmehr erkennen, daß das Verhalten des Mansfeld äußerlich die Klippe war, die allen seinen Unterhandlungsversuchen scharf entgegen stand. Er war der Meinung, daß im Falle des Fehlschlagens derselben es wieder zum offenen Kriege kommen müsse. Er selber, im Sinne Jacobs, wollte nicht den Krieg. Aber jeglichem Verlangen einer kategorischen Erklärung auf seinen ersten Antrag wich man aus durch den Hinweis auf Mansfeld. Digby war überzeugt, daß die Vorstufe einer Friedenshandlung ein allgemeiner Waffenstillstand sein müsse. Er befragte darüber den ihm zugegebenen pfälzischen Rath Andreas Pawel.[2] Dieser berichtet wie folgt: „Aus diesem Labyrinthe zu kommen, hat der Gesandte vielfältige Anschläge, die aber alle ihre Unmöglichkeiten gehabt. Und weil er auch an mich begehrt, meine Gedanken ihm hierüber zu eröffnen, habe ich ihm angezeigt, daß ich an meinem

[1] Litura 257. Auch bei Aretin, Bayern usw. 172.

[2] Der Bericht von 15. / 25. August bei Gindely IV, 588.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wenigen Orte nicht sehen könne, daß ein allgemeiner Waffenstillstand zu hoffen, so lange der von Mansfeld wird armiert bleiben."

Digby kam daher auf den Gedanken, dem Kaiser den allgemeinen Waffenstillstand in der Ober- und Unterpfalz vorzuschlagen, mit dem Zusatz, daß wenn Mansfeld nicht zur Abdankung seines Volkes kommen könne, der Kaiser ihn als Geächteten verfolgen möge, wo er anzutreffen, der Kurfürst Friedrich dagegen sich des Mansfeld nicht mehr annehmen solle.[1] — Mit diesem Vorschlage ward der Graf Nostitz von Wien aus, am 7. September, an den Herzog Maximilian entsendet. Danach hatte Digby erklärt: der König Jacob und Friedrich würden den Mansfeld, wenn er sich nicht füge, öffentlich als ihren Feind benennen, alle gegebene Gewalt von ihm zurückfordern und dadurch ihm allen Credit bei dem Kriegsvolke niederlegen.[2]

Die Vorschläge dieses Diplomaten entsprachen doch wohl mehr seinen Wünschen als der Realität der Dinge. Denn der Credit des Mansfeld bei seinen Truppen hing nicht ab von Jacob oder Friedrich, die nicht dafür zahlten, sondern der Credit Friedrichs bei den Truppen hing ab von Mansfeld.

Aber es ist sogar die Frage, ob Digby auch nur den Friedrich selber kannte. Dieser hatte am 31. Juli / 10. August dem Bethlen Gabor gemeldet: „Ew. Durchlaucht mögen wissen, daß wir fest bei unserer Meinung beharren, uns in keinen Stillstand noch einen Tractat einzulassen, wenn nur, was wir uns nicht einbilden können, Ew. Durchlaucht uns nicht verlassen".[3] Dagegen schreibt Digby, zu Ende September, an den Herzog Maximilian: „Ich habe wiederholt (in Wien) kein Bedenken getragen, es auf mich zu nehmen, daß in Allem was die Würde des Kaisers und die Herstellung des Friedens betrifft, der Pfalzgraf den Wünschen des Kaisers entsprechen werde."[4]

Es war also diesem Gesandten eben so wenig klar wie dem Könige Jacob selber, daß dieser seinen Schwiegersohn nicht in seiner Gewalt habe. Um so weniger war es dem Gesandten möglich, die an sich selber unendlich schwierige Aufgabe der Vermittelung zwischen den Anschauungen des Kaisers und des Königs Jacob zu lösen.

In Wien dagegen erlangte man durch jenen Vorschlag des englischen Gesandten einen großen Vortheil. Indem man ihm in der Haupt-

[1] A. a. O. 590. [2] A. a. O. 594. [3] Litura 260.
[4] Cancellaria H. 87.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

frage, der Herstellung des Pfalzgrafen, nicht willfahren konnte noch wollte, schob man den lästigen Mann in der Nebenfrage dem Herzoge von Bayern zu.

Maximilian hatte schon vor der Ankunft Digbys in Wien, entsprechend der Ansicht Tillys, dem Kaiser wiederholt dargelegt, daß man Mansfeld in der Oberpfalz angreifen müsse. Auf die Kunde jener Bedrohung der Stifter Bamberg und Würzburg begab Maximilian sich, am 12. Juli, nach Straubing und begann dort eine zweite Truppenmacht zu sammeln, theils Geworbene, theils Landesausschuß. Zugleich legte er dem Kaiser dar, daß ein Angriff auf Mansfeld in der Oberpfalz nicht genüge, daß vielmehr gleichzeitig Spinola in der Unterpfalz allen Nachdruck entwickeln müsse.[1]

Der Kurfürst Johann Georg, in seiner Besorgnis vor der überlegenen Macht des Mansfeld, beharrte bei seiner Weigerung, zu dem vom Kaiser ausgeschriebenen Fürstentage in Regensburg zu erscheinen. Nachdem es daher im Laufe des Monates August zur Gewisheit geworden war, daß dieser Tag nicht statt finden werde, beschloß Maximilian, wie Tilly längst gebeten und wie der Kaiser mittelbar genehmigt, mit allen Kräften gegen Mansfeld vorzugehen. Und zwar dies um so mehr, da zugleich, wie sich bald ergeben wird, von Seiten Mansfelds selber eine andere Hoffnung aufgegangen war, so daß man nur noch eines Nachdruckes bedurfte.

Und ferner kam dem Herzog eine ähnliche Aufforderung zu aus der Oberpfalz selbst. Die Ritter- und Landschaft derselben, der Last der Mansfelder müde, ersehnten den Herzog als ihren Befreier herbei. Maximilian nahte heran mit 10,000 Mann. Er ließ eine ausführliche Proclamation an die Bewohner der Oberpfalz ausgehen, daß er komme im Namen des Kaisers und darum Gehorsam von ihnen fordere. Die mansfeldische Besatzung in Cham setzte sich zur Wehr. Es bedurfte einer Belagerung von acht Tagen, um die Übergabe zu erzwingen, am 25. September.

Unterdessen war jedoch auch der Lord Digby auf der Heimkehr nach England in die Nähe gekommen. Er richtete schriftlich an den Herzog die Bitte nicht weiter vorzugehen. Maximilian antwortete, am 27. September, mit einer ausführlichen Darlegung des Verlaufes der Rebellion und der ganzen Sachlage, die ihm nicht gestatte, eine bewaffnete Macht von 20,000 Mann unter Mansfeld an seiner Grenze zu dulden.[2]

[1] Kriegsacten F. 42. Vom 12. Juli. [2] Cancellaria H. 80.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Auf die Meldung Maximilians über seine Fortschritte in der Oberpfalz bestätigte ihm der Kaiser die Fortdauer der Commission gegen Friedrich, mit dem Befehle die Oberpfalz zu besetzen.[1]

Nur die mansfeldische Besatzung in Cham hatte einen Widerstand geleistet. Wie fortan die Ligisten und Bayern vordrangen, wichen die Mansfelder ohne Kampf zurück. Es handelte sich um einen anderen schon von längerer Zeit her angeknüpften Plan.

14. Unterhandlungen Mansfelds im Sommer 1621.

Zur selben Zeit, wo Mansfeld durch Friedrich von den Generalstaaten 100,000 Thaler herausdrückte, im Juni, hatte er anderweitig anzuknüpfen gesucht.[2] Er hatte einen Theil seiner Jugend zugebracht bei René de Chalon, der dem Blute nach sein Neffe, dennoch an Jahren viel älter war als der Bastard. An diesen Wohlthäter seiner Jugend, damals Gouverneur von Hulst, ließ Mansfeld durch einen Trompeter die Bitte gelangen, ihm beim Erzherzoge Albrecht die Aussöhnung mit dem Hause Oesterreich, namentlich mit Spanien zu erwirken. Denn nachdem er nunmehr von dem Pfalzgrafen nichts mehr zu erwarten, wünsche er nichts anderes als wieder die Gnade des Hauses Oesterreich zu erbitten und seine begangenen Fehler mit zukünftigen treuen Diensten wieder gut zu machen. — In ähnlicher Weise schrieb er an den Erzherzog Albrecht. Dieser dem Grabe zuwankende Fürst — er starb 13. Juli — in dem Wunsche vor seinem Abschiede von der Welt den Frieden hergestellt zu sehen, gab dem Herrn von Chalon Befehl, sich zu Mansfeld zu begeben. Chalon, selber kränklich und gebrechlich, reiste nach Nürnberg, und knüpfte von dort aus mit Mansfeld an. Dieser schilderte beredt, wie er nur aus Leichtfertigkeit seiner Jugend vom Hause Oesterreich abgefallen. Er bat Chalon, dies dem Kaiser zu sagen. Nicht auf seine Verschuldung wolle der Kaiser sehen, sondern auf die treuen Dienste seines Vaters. Wenn der Kaiser ihm verzeihe, so wolle er fortan im Dienste des Hauses Oesterreich, so lange er einen Tropfen Blutes in sich habe, sich so verhalten, daß es dem Kaiser zur Genugthuung gereichen werde. — In gleicher Weise bat Mansfeld, an den spanischen Gesandten Onnate zu schreiben.

---

[1] A. a. O. 87. [2] Villermont, Mansfeld I, 306. Acta Mansfeldica 95. Der Verfasser der Schrift will den ganzen Verlauf aus dem Munde von Chalon entnommen haben.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dem von ostwärts her schwer bedrängten Kaiser kam das Erbieten sehr erwünscht. Ähnlich dachte man darüber in Madrid,[1] in Brüssel. Es ging die Hoffnung auf, den verzehrenden Krieg mit Einem Schlage zu beenden. Darum war man erbötig zu schweren Opfern für die Entlohnung der Mansfeldischen Truppen wie für ihn selber.

Der Kaiser gab dem Herzoge Maximilian Vollmacht mit Mansfeld abzuschließen. Es wurden Geiseln ausgetauscht. Dann jedoch erhob sich die wichtige Frage, ob Mansfeld auch seines Heeres sicher sei. Er erwiederte: die Mannschaft habe nur ihm geschworen, nicht einem Anderen. Das ebnete völlig die Bahn. Schon am 25. September konnte der Herzog Maximilian nach Brüssel berichten, daß er mit Mansfeld in der Hauptsache einig sei.[2]

Die Verhandlungen zogen sich länger hin; die Aussicht jedoch auf den Frieden, den die Auflösung des Mansfeldischen Heeres nach sich ziehen würde, war eröffnet. Eins der Schreiben des Herzogs Maximilian über diese günstigen Aussichten gelangte an den Kaiser, während er im Rathe saß. Er ließ es sofort verlesen, bis auf den Schluß, der die Bitte des Herzogs aussprach, daß nunmehr, nach dem Geleisteten, der Kaiser auch ihm das Versprochene erfüllen wolle. Auf die Mittheilung und die Anfrage des Kaisers erwiederten alle Räthe einstimmig: so entspreche es der Vernunft und der Billigkeit.[3]

Wie im Rathe des Kaisers, so ward überall da, wo man den Frieden ersehnte, als dessen Vorstufe dieser Vertrag erschien, die Nachricht mit Jubel vernommen. In Prag läuteten die Glocken, donnerten die Kanonen, sang man das Tedeum.[4]

Unter dem Eindrucke der Nachrichten über den günstigen Verlauf der Verhandlungen mit Mansfeld erfolgte in Wien eine Reihe wichtiger Kundgebungen, namentlich für den spanischen Hof berechnet. Denn das Verhalten des spanischen Gesandten Onnate gab sichtlich kund, daß Philipp IV., dem Könige Jacob freundlich gesinnt, mit der Übertragung der Kurwürde auf Maximilian von Bayern schwerlich einverstanden sein werde. Dagegen durfte Ferdinand II. sich nicht der Gefahr aussetzen, von Philipp IV. verlassen zu werden, weil, wie er dem päpstlichen Legaten

[1] Villermont, Mansfeld I, 310.
[2] Correspondance du duc de Bavière avec A. et I. t. I.
[3] Cancellaria H. 137. Schreiben Caraffas. [4] Meteren III, 108.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Pater Hyacinth offen einbekannte,[1] er in diesem Falle nicht vermögen würde, dem Herzoge Maximilian sein Versprechen zu halten. Es kam also sowohl für den Pater Hyacinth, der im Namen des Papstes dieser Übertragung das Wort redete, als auch für den Kaiser selbst, der seines Versprechens für Maximilian eingedenk war, darauf an, die Zustimmung in Madrid zu erlangen. Auch durfte man mit diesen Bemühungen nicht zaudern, weil der Lord Digby den Auftrag hatte, sich von Wien aus nach Madrid zu begeben, und dort die Freundschaft der zwei Höfe von London und Madrid durch die Werbung um die Infantin Maria für den Prinzen von Wales zu besiegeln.

Das wichtigste der Schriftstücke, die zu jenem Zwecke damals in Wien entstanden, ist ein Schreiben des Kaisers Ferdinand II., welches er zur größeren Wahrung des Geheimnisses völlig eigenhändig abfaßte, nicht an seinen Neffen Philipp IV., sondern an den altbewährten Diener beider Linien des Hauses, Balthasar Zuniga, zur Mittheilung an den König. Dieses Schreiben, den Kern des Ganzen enthaltend und die eigensten Gedanken der wichtigsten Persönlichkeit wieder spiegelnd, vom 15. October 1621, lautet wie folgt.[2]

„Lieber Don Balthasar.

Meine Meinung und Absicht in Betreff der Übertragung der Kurwürde, meinem Versprechen gemäß, auf den Herzog von Bayern, so wie meine Gründe für die Ansicht, daß diese für das gesammte Reich und besonders für den Schutz unseres Erzhauses gegen die Anschläge der Gegner so nothwendige und so nützliche Angelegenheit nicht länger verschoben werden dürfe — wie mich auch der Heilige Vater unabläßig dazu ermahnt — diese meine Meinung und meine Gründe, sage ich, werdet Ihr von dem Pater Hyacinth, den deshalb der Papst an mich und an meinen Neffen, den König von Spanien, so wie an andere katholische Reichsfürsten entsendet hat, ausführlicher vernehmen. Die hauptsächlichen Gründe sind wie folgt. Wenn ich den Verlauf meiner Regierung von Anfang an überblicke, und die Schwierigkeiten erwäge, unter denen ich sie angetreten habe: so muß ich, in der Verehrung der wunderbaren Fürsorge Gottes für mich, aufwärts schauen, und um so mehr mich für verpflichtet halten, auf Gott zu vertrauen, keine Gelegenheit zum Preise seiner Ehre und seines Ruhmes mir entschwinden zu lassen, und das in wunder-

[1] Cancellaria H. 125. [2] A. a. O. Auch bei Londorp II, 494. Es sind, genau genommen, zwei Schreiben des Kaisers an Zuniga, das kürzere jedoch nur eine Aufforderung.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

barer Weise Erfahrene mehr göttlicher Weisheit als menschlicher Klugheit beizumessen. Und darum hauptsächlich ist, nach meiner Meinung, mir vor einem Jahre der herrliche Sieg verliehen, damit ich ihn anwende zum Lobe und zur Ehre Gottes, zur Austilgung der rebellischen Factionen, welche hauptsächlich aus dem Calvinismus entspringen, und damit ich das Urtheil vermeide, welches der Prophet dem Könige Israels ankündigt: Weil Du den Todeswürdigen freigelassen, so soll Deine Seele für dessen Seele sein. — Nachdem dem Pfalzgrafen nicht bloß mein Königreich, dessen er sich angemaßt, sondern auch seine eigenen Länder genommen, weilt er nunmehr als Flüchtling bei den Holländern, des letzten Streiches des Geschickes gewärtig. Wenn nun ich, durch ein verkehrtes Mitleid, oder durch schlau angelegte Bitten bewogen, ihn wie eine erstarrte und halbtodte Natter an die Brust nähme und in die Kurwürde wieder einsetzte: so hätte ich nichts Anderes von ihm zu erwarten als den Todesbiß. Denn die Meinung, daß ich durch die Größe der Wohlthat ihn gewinnen könnte, ist, wenn nämlich das Wort der Politiker gilt, daß die Rache zum Gewinne, die Gnade zur Last gereiche, nicht haltbar. Dies zumal da die Beleidigungen jenes Mannes gegen mich so feindselig, seine Listen gegen mich so tückisch sind, daß, wenn ich auch meine Abneigung wider ihn durch christliche Liebe überwinden wollte, er doch des Bewußtseins seiner Frevel gegen mich sich niemals entledigen oder mir sichere Treue beweisen könnte, vielmehr immer auf die Gelegenheit lauern würde, wie er sich befreien könne von der Furcht dessen, was er verdient zu haben weiß, und wie er den einmal verlorenen ehrlichen Namen durch neuen Frevel überdecke. Dazu kommt die calvinische Erziehung, die dieser Secte eigenthümliche Gesinnung, nichts für Betrug, nichts für Frevel anzurechnen, was im Interesse ihrer Religion verübt wird. Da steht keine Heiligkeit des Eides, keine Furcht vor übeler Nachrede entgegen. Welche Sicherheit gegen einen so gesinnten Menschen bietet sich dem Hause Oesterreich, oder den übrigen katholischen Fürsten, denen er, sei es um der Religion, sei es um der Hülfe willen für uns, nicht minder feindselig ist? Soll der König von England Bürge für ihn sein? Aber er ist derselben Religion. Und es ist nichts leichter, als, wenn die Gelegenheit zu einer bösen That sich bietet, den Treubruch mit einem Vorwande zu umhüllen. Die Geschichte ist voll von derartigen Beispielen. Kurz in einer solchen Sache gibt es keine Bürgschaft, die den Feind so bände, daß er nicht zu schaden vermöchte. Derjenige dagegen, der immer wieder Vertrauen beweist, trägt zuletzt Verachtung davon."

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„Auch die andere Erwägung ist von nicht geringerem Gewichte, daß der Pfalzgraf, wenn hergestellt, auch ferner wie bisher, alle Werkzeuge und Minengänge dort versuchen würde, wo er meint am ersten und leichtesten Schaden zufügen zu können, nämlich durch Bethlen und die Türken. Diese hat er schon früher als Feinde gegen mich aufgestachelt, und hetzt er auch noch ohne Aufhören. Auf den Türken beruht alle Hoffnung der Calviniſten. Bis ſie ſelbſt wieder zu Kräften kommen, trachten ſie an ihrer Statt die Türken zu verwenden, um durch die Verwüſtung meiner Länder, wie bisher durch Schwert und Feuer geſchehen, mich zu entwaffnen und durch die Ausgaben zu Grunde zu richten. Wollte ich mit ihnen einen Frieden eingehen, welchem ich doch niemals trauen dürfte: welche Bedingungen würde mir der noch nicht beſiegte Bethlen Gabor vorſchreiben, wenn ich dem beſiegten Pfalzgrafen die Kurwürde und ſeine Länder zurückgäbe? —"

„Wie es darum, ſchon bevor mir Gott jenen herrlichen Sieg verlieh, bei mir beſchloſſen war und feſt ſtand, daß der Pfälzer, wenn einmal geächtet, nicht ohne die höchſte Gefahr aller Katholiken und meines Hauſes, in die Kurwürde hergeſtellt werden dürfe: ſo habe ich dem Herzoge von Bayern, dem wackerſten Vertheidiger der katholiſchen Religion, deſſen Länder nach Weſten hin den meinigen wie ein Schutzwall gegen die deutſchen Fürſten vorliegen, der dazu mit Rath und That es vermag jene Würde aufrecht zu halten — die Kurwürde aus freien Stücken, jedoch, wie ich des Vertrauens lebe, auf göttliche Eingebung, entgegen getragen. Nachdem ich nun ſeit jener Zeit in den Wiedergewinn meiner Königreiche und Länder mich der Mühewaltung des Herzogs mit ſolchem Erfolge erfreut habe und noch erfreue, ſcheint mehr noch die Zeit als der Herzog ſelber zu fordern, daß ich ohne weiteren Verzug das gegebene Verſprechen einlöſe, die Kurwürde auf den Herzog übertrage, und dadurch dem Pfälzer, ſo wie denen, welche deſſen Herſtellung mit Ungeſtüm von mir verlangen, jegliche Hoffnung benehme."

„Dies jedoch bedarf der Hülfe und der Zuſtimmung des durchlauchtigſten Königs von Spanien. Obwohl er aus ſich willig iſt für Alles, was zur Ehre Gottes und zur Sicherheit unſeres Hauſes gereicht: ſo habe ich doch bei dieſem Anlaſſe ihn anmahnen wollen, daß er nicht dieſe günſtige Gelegenheit, unſer Haus und unſere Religion inskünftig zu ſichern, außer Acht laſſe. Dies kann nach meiner Anſicht am zweckmäßigſten durch Euch geſchehen. Denn es wird, wie ich glaube, Sr. Durchlaucht das beſtändige Urtheil unſerer Vorfahren nicht unbekannt ſein, daß

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

das Fundament unseres, Gott sei es gedankt, so weithin über den Erdkreis herrschenden Hauses beruhe in Deutschland, und daß darum dieses Fundament, dessen Unterwühlung das Verderben bringt, um so nachdrücklicher gegen die Gewalt der Feinde vertheidigt werden müsse."

„Viele Widersacher seiner Macht hat bisher unser Haus gefunden, unter den deutschen Fürsten jedoch keine beharrlicher als diejenigen des Hauses Pfalz, wie es die Geschichte der Zeiten unter den Kaisern Maximilian I., Carl V., Ferdinand I. und Rudolf II. zur Genüge ausweist. Die holländische Rebellion gegen Philipp II., den Großvater Sr. Durchlaucht, hat ihre Nahrung aus der Pfalz gezogen, und niemals wird Se. Durchlaucht die rebellischen Unterthanen in den Niederlanden zum Gehorsam bringen, wenn nicht zuvor diese Wurzel derselben im Reiche abgehauen wird. Dies Verhältnis allein, wenn auch die zuvor von mir angeführten Gründe nicht beständen, müßte mit Recht den König bewegen nicht zu gestatten, daß der danieder liegende Feind sich wieder erhebe, und, wo ihm die Gesinnung niemals fehlen wird, auch wieder Kräfte gegen uns sammele."

„Obwohl wir uns nicht verhehlen dürfen, daß die lutherischen Fürsten, namentlich der Kurfürst von Sachsen, diese Übertragung der Kurwürde auf den Herzog von Bayern vielleicht nicht gern sehen werden, weil er besorgen könnte, daß dadurch das katholische Wesen im Reiche allzu sehr anwachse: so kann er doch in unserem Falle nicht verwerfen, was er bei seinen eigenen Vorfahren gut heißt, nämlich bei Moritz, auf welchen Carl V. die wegen viel geringerer Vergehen dem Johann Friedrich genommene Kurwürde übertragen hat. Dazu erkennt auch er, daß die Entwürfe der Calviner dahin zielen, daß ohne Zweifel, wenn wir nicht entgegen treten, durch sie den Türken der Eingang in das Reich gebahnt wird. Da ferner die Lutheraner gegen die Calviner nicht geringeren Haß beweisen als gegen die Katholiken, oder vielmehr von diesen für sich geringere Gefahr befürchten als von jenen: so ist zu hoffen, daß der Kurfürst von Sachsen und die übrigen lutherischen Fürsten, sobald einmal die Sache geschehen, in ihrer Abneigung gegen die Übertragung der Kurwürde nicht so weit gehen werden, darum auf Krieg wider mich zu sinnen. Darüber werde ich bald Genaueres von meinem Bruder, dem Erzherzog Carl, erfahren, den ich zu diesem Zwecke an den Kurfürsten von Sachsen entsendet."

„Wie dies Dinge von hoher Wichtigkeit sind, so glaube ich auch, daß Ihr, die Ihr dem Könige im Rathe zunächst steht, nicht weniger

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

fleißig als ich, dies seit langem erwägt und nichts unterlassen werdet, was Ihr für zweckmäßig erachtet, die Sache klar zu stellen, damit daraus die ersehnte Frucht erfolge, die Verbreitung der Ehre des allmächtigen Gottes durch das Reich, und das Wachsthum des Heiles und der Würde unseres Hauses."

Der Kaiser fügte dann, ebenfalls eigenhändig, die Nachschrift hinzu: „Lieber Don Balthasar. Ich sehe, daß in meinem Schreiben ein Motiv von nicht geringer Bedeutung nicht erwähnt ist, nämlich, daß wenn wir noch eine katholische Stimme im Kur-Collegium mehr haben, wir sicher sein werden, daß die Kaiserwürde immer bei den Katholiken bleiben wird, vernünftiger Weise also in unserem Hause. Zu dieser Förderung wird immer der Herzog von Bayern gern beitragen, in der Erkenntlichkeit zu einer so hervorragenden Würde von einem Kaiser unseres Hauses erhoben worden zu sein."

In der Wirklichkeit hatte der Herzog Maximilian zu seiner Sicherheit die Belehnungs-Urkunde der Kurwürde bereits in Händen, jedoch noch unter dem Siegel des Geheimnisses, bis die rechte Zeit der Veröffentlichung gekommen sein würde.

In ähnlicher Weise wie an Philipp IV. und an Zuniga schrieb der Kaiser an die Carmeliterin Erzherzogin Margareta in Madrid. Mitwisser dieser Geheimnisse waren der päpstliche Legat Pater Hyacinth und der Nuntius Caraffa. Der letztere hebt hervor, daß der Spanier Onnate seine Einwände gegen die Verleihung der Kur auf die Abneigung von Kursachsen stütze. In Wirklichkeit dagegen wolle Spanien für sich die Unterpfalz. Caraffa meint: im Interesse der Niederlande sei dies sogar zu wünschen. Wer auch wolle es hindern?[1] „Bayern, bei den errungenen eigenen Vortheilen, wird sich damit zufrieden geben, und die anderen Mitglieder der Liga, meistens geistliche Fürsten, werden ohne Bayern einen Einspruch nicht erheben. Die Calvinisten sind getheilt. Sie können weder aus Frankreich noch aus Holland ihre Freunde heranziehen; denn diese stehen in beiden Ländern um das Eigene in Gefahr. — Der König von Frankreich, daheim in der Aufgabe verwickelt, sich im eigenen Lande Gehorsam zu verschaffen, kann nicht hören auf diejenigen, welche ihm rathen, dem Wachsen des spanischen Ansehens in Deutschland sich zu widersetzen. Die Lutheraner und Neutralen haben

[1] Schreiben an den Nuntius in Brüssel, vom 20. October, in Cancellaria H. 142.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

weder Kraft noch Willen." In Betreff des Kurfürsten von Sachsen bemerkt Caraffa noch besonders: „Er ist weder so befähigt noch so mächtig, daß man sich vor ihm sehr zu fürchten hätte."

Allen diesen Kundgebungen nach Madrid hin diente zur Grundlage das Vertrauen auf die Unterhandlungen und den Vertrag mit Mansfeld. Wenn dieser Vertrag zu Stande kam und ausgeführt wurde, so ward dadurch, wie die Dinge im Anfange des Monates October 1621 lagen, der Friede in Deutschland sofort hergestellt, und demgemäß stand dann der Übertragung der Kurwürde kein Hindernis entgegen. Man vertrauete und hoffte so sehr, daß der päpstliche Legat, Pater Hyacinth, als er von mehreren Seiten vernahm, daß man von einem formellen Abfalle des Mansfeld von der Kirche nichts wisse, an diesen die wohlwollende Mahnung richtete, die sich darbietende Gelegenheit zur völligen Umkehr zu ergreifen.[1]

Allein es fragte sich doch noch, ob diese Hoffnungen begründet waren. Die Dinge hatten sich so gefügt, daß eine Entscheidung von unermeßlicher Tragweite in die Hand eines einzigen Menschen gelegt war. Dieser Mann war Mansfeld, dessen Verhalten bis dahin keine andere Gewähr bot, als daß er, unbekümmert um jegliche Verpflichtung und jegliche Rücksicht, nur dem eigenen Vortheile nachstrebte. Es wird berichtet, daß in jener Zeit einige seiner Obersten zu ihm getreten seien, mit der Frage, was sein Vorhaben sei. Darauf habe er erwiedert: sie möchten sich zufrieden geben: binnen kurzem würden sie es erfahren. Zur Zeit jedoch, wenn er Jemanden wüßte, der davon Kenntnis hätte, würde er ihn tödten.[2]

Ja es dürfte sogar die Frage sein, ob damals, bis in den Monat October hinein, Mansfeld selber sich darüber klar geworden ist, nach welcher Seite hin er sich endlich entscheiden werde. In seiner späteren Apologie sucht er glaubhaft zu machen, daß er, weil die Oberpfalz in ihrer Treue für Friedrich gewankt, sich in Tractaten habe einlassen müssen, um das Land zu retten. Solche Mittel und Kriegslisten seien so wenig verboten, daß sie in den Historien höchlich gepriesen werden.[3] So Mansfeld später. Allein erst im August knüpften die Stände der Oberpfalz mit Maximilian an. Bereits im Juni dagegen hatte Mansfeld bei Chalon angeklopft.

[1] Das Schreiben Hyacinths an Mansfeld bei Villermont, Mansfeld I, 309.
[2] Theatrum E. 598. [3] Continuatio Mansf. Kriegesbandlung 8.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Thatsache dagegen ist, daß Mansfeld dem Winterkönige von der Unterhandlung mit Chalon Kunde gab, im August, aber so als habe Chalon im Auftrage von Brüssel ihn gesucht, er dagegen abgelehnt.[1] Friedrich drängte damals in die Generalstaaten, für Mansfeld monatlich 50,000 Gulden zu bewilligen.[2] In gleicher Weise drängte, im October, im Haag Friedrichs bevollmächtigter Rath Ludwig Camerar.[3]

Ferner richtete Mansfeld, im September, also zu einer Zeit, wo die Unterhandlungen mit Maximilian in vollem Gange waren, an die Stadt Straßburg im Elsaß das Begehren um Geldhülfe für den Unterhalt seiner Truppen zum Dienste der evangelischen Stände, und klagte dabei in Betreff der Besetzung der Pfalz den Kaiser als wortbrüchig an. Das Schreiben ward am 19./29. September im Rathe von Straßburg verlesen, jedoch darauf hin kein Geld bewilligt.[4]

Derartige Thatsachen beweisen, daß Mansfeld sich den einen Weg offen zu halten suchte wie den andern, um zu wählen nach den Umständen. Aber der Vertrag mit dem Herzoge Maximilian kam zu Stande. Mansfeld für seine Person sollte 200,000 Rthlr. erhalten, jeden zu 3 fl. gerechnet, für seine Truppen 750,000 fl. baar.[5]

Demnach bewilligte der Vertrag die Forderungen Mansfelds. Aber der Herzog Maximilian fügt seiner Meldung dessen vom 3. October, an den Kaiser die Worte hinzu: „So thut Mansfeld doch die Sache in die Harre spielen und solche neue Bedingungen vorschlagen, die man nicht eingehen kann. Daher ich mich entschlossen, allhier mit meiner Armada aufzubrechen, und ihm, der sich gegen meine und die Eichstättischen Grenzen nähert, auf dem Fuße nachzuziehen, dadurch entweder den Accord zu befördern, oder Mansfeld in andere Wege, so viel möglich, zu verfolgen."[6] Demnach wird hier bereits der Verdacht laut, daß Mansfeld Zeit zu gewinnen suche.

Es fragt sich also, was bei Mansfeld gegen das Halten des Vertrages sprach. Wie günstig auch immer ein Vertrag für ihn sein mochte: ein Etwas, das er bisher thatsächlich besessen, ward ihm nicht gewährt und konnte ihm nicht gewährt werden: die Unabhängigkeit als Söldnerfürst. Von der Einnahme von Pilsen an, im Herbste 1618, hatte er

[1] Villermont, Mansfeld I, 308.

[2] A. a. O. 302. Vom 8. und 15. September. [3] Aitzema I, 115.

[4] Strobel IV, 272. [5] Diese Angaben in der Instruction des Herzogs Max für Richel, bei Aretin, Bayern u. s. w. U. B. 26. [6] Kriegsacten F. 42.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

durch sein Verhalten bewiesen, daß jegliche Unterordnung ihm zuwider war. Nun hatte er seit Monaten es dahin gebracht, daß seine Truppen seinem Namen folgten, ihm den Eid der Treue schwuren, und zwar, wie damals der Bestand war, 11,000 Mann zu Fuß und 4000 Reiter.

Allein andererseits erwuchs ihm eben von diesen Truppen her der Druck, einen solchen Vertrag zu suchen und zu begehren. Es war die Furcht vor Meuterei. Mansfeld war, wie der Rath von Nürnberg, am 8. October, in einer klagenden Meldung über den Vorüberzug der Truppen desselben sich ausdrückt, „seines unbezahlten Volkes nicht mächtig.“ [1]

Für denjenigen also, dessen Interesse es war, daß Mansfeld den geschlossenen Vertrag nicht vollzog und nicht das Heer auflöste, durch welches allein noch der Pfalzgraf Friedrich wie eine kriegführende Macht da stand — für den Engländer Digby war hier der Punct gegeben, an den der Hebel anzusetzen war. Daß ein Vertrag geschlossen war, daß Mansfeld in Folge desselben westwärts zurückwich, ward so wenig geheim gehalten, daß Maximilian selber in seinem Schreiben an Digby, vom 2. October, aus seinem Lager bei Schwarzfelden, sagte: „Um die fernere Vergießung von Christenblut zu vermeiden und desto eher den ersehnten Frieden wieder zu bringen, haben wir den von Mansfeld selber vorgeschlagenen Vertrag angenommen und ihm ehrenhafte Bedingungen bewilligt.“ [2]

Digby erreichte den westwärts ziehenden Mansfeld in Neumarkt. Es kam zu scharfen Erörterungen.[3] Mansfeld versuchte abzuleugnen. „Als ich ihm darauf erwiederte, meldet Digby nach London, daß ich selber den Vertrag gesehen, zeigte er sich so verstört und niedergeschlagen, wie ich niemals einen Menschen gesehen. Er beschwor, daß noch nichts abgeschlossen sei, und daß er nicht anders handeln werde als mit Zustimmung der Regierung in Amberg. Ich schloß damit, ihm offen meine Meinung zu sagen, daß nachdem die Vertheidigung der Oberpfalz ihm anvertraut, seine Ehre daran hinge, und daß im anderen Falle, wenn er für Geld sie aufgäbe, der Graf Mansfeld, bisher einer der berühmtesten Cavaliere der Christenheit, hinabsinken würde in Schmach und Schande. Er beschwor, daß er nichts thun werde als was mit seiner Ehre vereinbar. So schieden wir. Allein, Mylords, ich muß wiederholen, daß ich niemals einen Menschen so verstört gesehen habe.“

[1] Kriegsacten F. 42. [2] Cancellaria H. 111. [3] Gardiner II, 107.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digby versprach im Namen des Königs Jacob dem Mansfeld die Summe von 40,000 Pfund Sterling, und es gelang ihm, mit dem Aufgebote aller seiner Mittel, eingerechnet das Silbergeschirr seiner Tafel, ein Viertel der Summe sofort zusammen zu bringen. Bevor er weiter westwärts eilte, händigte er diesen Betrag entweder dem Mansfeld direct ein, oder der Regierung in Heidelberg.[1] In jedem Falle war im Sinne Digbys dies Geld bestimmt für die Vertheidigung der Oberpfalz.

Anders dachte der an Listen Allen überlegene Mansfeld. Das baare Geld gewährte ihm die Mittel, die drohende Gefahr der Meuterei seiner Truppen abzuwenden und sie wieder willig zu machen, nicht zur Vertheidigung der ausgezehrten Oberpfalz, wie Digby es gemeint, sondern zum Marsche in die Unterpfalz, von wo aus die rheinischen Fürstbisthümer und das Elsaß reiche Beute in Aussicht stellten. Daß Digby nicht zu diesem Zwecke ihm das Geld gegeben, folgt sowohl aus der eigenen Rede desselben an Mansfeld in Neumarkt, als auch aus dem späteren Verhalten Digbys. Drei Jahre später trafen er, damals als Graf Bristol, und Mansfeld einander wieder in London. Ungeachtet der allgemeinen Gunst, die damals den Mansfeld umgab, erging sich der Graf Bristol in scharfen Ausdrücken über Mansfelds unaufrichtiges und illoyales Verhalten.[2]

Zunächst jedoch nach der Abreise Digbys aus Neumarkt erneuerte Mansfeld die Unterhandlungen und den Vertrag mit dem Herzoge Maximilian.[3] Nur bedang er sich dabei vierzehn Tage Frist aus, vom 10. October an gerechnet, damit er den Pfalzgrafen im Haag in Kenntnis setze. Komme binnen dieser Frist eine Antwort oder nicht, so solle dann alles genau nach dem Vertrage ausgeführt werden.

Am 11. October berichtet der Herzog Maximilian aus dem Feldlager bei Amberg dem Kaiser: „In dem Vertrage mit Mansfeld ist verglichen, daß er sich aus der Oberpfalz, doch ohne Schaden und Beschwerde der Nachbaren, zurückziehen soll." Mansfeld hatte es so eilig, daß er nicht bloß Geschütze, sondern auch geraubte Kirchenglocken stehen ließ. — Bereits am 12. October regte sich bei dem Kaiser der Verdacht, daß Mansfeld „nach seiner bekannten boshaften Art" mit Betrug umgehe.

---

[1] A. a. O. 112. [2] Rusdorf, mémoires I, 303.

[3] Cancellaria H. 136. Caraffa aus Wien an P. Hyacinth: Di nuovo si è stabilito l'accordo con il Mansfelt come si era stabilito prima.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Am 15. October meldet Maximilian aus Neumarkt, Mansfeld habe die Oberpfalz völlig geräumt, halte sich noch im Nürnbergischen auf. „Obwohl ich nun verhoffe, schließt der Hergog, er werde sein Versprechen und die von ihm selber so inständig gesuchte Handlung unfehlbar aufrecht halten und allem ehrbarlich nachkommen: so will ich ihm doch mit meiner Armada so lange nachfolgen, bis man des Accords allerdings von ihm versichert, und demselben ein völliges Genügen geschehen sein wird. In wenigen Tagen wird sich alles entscheiden." [1]

Am 9./19. October beklagt sich Mansfeld von Weikersheim an der Tauber aus, daß der Herzog neue Forderungen erhoben habe und trachte ihm den Paß abzuschneiden. „Und weil ich verstehe, daß E. F. D. uns einen Weg als den anderen in die Unterpfalz nachfolgen wollen, so wird es desto schwerlicher fallen etwas zu accordieren, wenn E. F. D. wider gegebene Parole und Revers solches thun sollten." Er erbietet sich dann nochmals der gegebenen Zusage nachzukommen: „nämlich mit dieser Armee wider J. K. M., E. F. D. und die katholische Liga in Deutschland nicht zu dienen, im Falle nur E. F. D. sich auf die überschickten Puncte leidlich resolvieren und den General-Pardon ohne Bedingung zusagen." [2]

Auf dies Schreiben hielt Maximilian an, damit, wie er meldet, „Mansfeld sich nicht zu beschweren hätte, als wenn ich ihn, dem bewilligten Termine zuwider, übereilen wollte," in der Erwartung dagegen, daß, bis auf das Eintreffen seiner Antwort, Mansfeld in der Taubergegend um Rotenburg verweilen werde. [3] — Ein solches Verfahren Maximilians entsprach der Berechnung Mansfelds, der dann die dadurch ihm gewordene Frist benutzte, um in Eilmärschen westwärts zu gelangen. Am 23. October kam Maximilian im Lager zu Neumarkt darüber zur Gewisheit. Er sendete dann sogleich Tilly mit 10 bis 12,000 Mann ihm nach. Allein bereits stand Mansfeld, der in den Eilmärschen dieser wenigen Tage 2000 Mann hatte am Wege liegen lassen, auf dem Boden der Unterpfalz, etwa 10,000 Mann stark.

15. Mansfeld in der Unterpfalz, Ende October 1621.

Sein Erscheinen dort hatte sofort einen augenfälligen Erfolg. Auf die Mahnung des Kaisers hatte die Infantin Isabella den General Cordova, der dort an die Stelle Spinolas getreten war, beauftragt, die

[1] Kriegsacten F. 42. [2] A. a. O. [3] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. Cordova belagerte Frankenthal. Aber nun nahete Mansfeld und überschritt, verstärkt durch die pfälzischen Besatzungen von Heidelberg und von Mannheim, die Rheinbrücke bei Mannheim. Cordova sah sich genöthigt, die Belagerung von Frankenthal eiligst aufzuheben.

Daß die Dinge diesen Verlauf genommen, erregte Freude und Jubel im Haag und in London, Misstimmung und Verdruß in Brüssel und Madrid. Im Namen des Königs Jacob meldete Friedrich dem Mansfeld, daß die von Digby ihm versprochenen ferneren 30,000 Pfund Sterling über Amsterdam ihm richtig zugehen würden. Er kündigte an, daß er selber die Absicht erwäge, sich nach der Pfalz zu begeben. Er berichtete endlich, daß Jacob das Parlament auf den Schluß des Monates einberufen habe, um weitere Mittel für den Krieg zu verlangen.[1]

In der Wirklichkeit war Jacob nicht so eifrig. Er ließ durch Buckingham dem Lord Digby, der noch in Brüssel weilte, seine völlige Zufriedenheit aussprechen. Er verlangte abermals in dringenden Worten von dem Kaiser die völlige Herstellung seines Schwiegersohnes in dessen Erbländer, jedoch mit dem Zusatze, daß Friedrich auf den Knien Abbitte thun solle.[2] — Es war die alte Selbsttäuschung Jacobs nach beiden Seiten. Weder konnte noch wollte Ferdinand II., wie sein Schreiben an Zuniga dargethan hat, den Friedrich herstellen, noch war dieser zu einer Anerkennung seines Unrechtes zu bringen.

Zugleich berief Jacob I. das Parlament ein, auf den 20./30. November. Aber die Mehrheit dieses Parlamentes dachte anders als er. Während Jacob seine Hoffnung auf Spanien setzte, war die Adresse des Parlamentes dictiert von glühendem Hasse gegen Rom und gegen Spanien. Jenes strebt, sagt diese Adresse, vermöge seiner teuflischen Lehre nach der geistlichen Monarchie über den Erdkreis, dieses nach der weltlichen. Die Adresse spricht in scharfer Weise gegen den Plan der spanischen Heirath, fordert vielmehr den Krieg.[3] — Der König kam der Überreichung der Adresse zuvor durch ein Schreiben an den Sprecher des Unterhauses. Dasselbe änderte die Gesinnung nicht. Es erfolgten beiderseits heftige Schriften. Die Forderungen des Parlamentes drängten sich zusammen

[1] Das Schreiben vom 16./26. November in Handschriften. Supplement Nr. 88.

[2] Khevenhiller IX, 1546. Der englische Wortlaut in Cabala 239 ist: He shall upon his kneels crave pardon of the I. M.

[3] Theatrum E. I, 693.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

in die drei Puncte: der König solle alle Macht aufwenden, den Pfalzgrafen herzustellen; er solle für die reformierte Religion in England Sorge tragen; er solle die Unterhandlung wegen der spanischen Heirath abbrechen. Je schärfer das Unterhaus auf den Krieg drang, in der Wirklichkeit mit der nicht ausgesprochenen Absicht, durch das Recht der Bewilligung der Mittel zum Kriege den König von sich abhängiger zu machen, desto mehr widerstrebte Jacob I. Da das Unterhaus wie Friedrich das eigene Trachten nach Herrschaft in den Vorwand der Religion kleidete, so zeigte Jacob ihnen seinen Schwiegersohn im Spiegel der Wahrheit. „Weil Ihr, sagte er, diesen Krieg in der Pfalz mit der Religion verknüpft, müssen wir Euch die Augen ein wenig öffnen. Die Ursache dieses elendigen Krieges, in welchen fast die ganze Christenheit verwickelt worden ist, entspringt nicht von der Religion, sondern von der Unbesonnenheit unseres Schwiegersohnes, welcher bösem Rathe folgend sich mit der Annahme der böhmischen Krone übereilt hat. Daß dem also, erscheint aus seinen eigenen, damals an uns gerichteten Schreiben, in welchen er von uns begehrt, dem Könige von Frankreich und der Republik Venedig die Versicherung zu geben, daß die Annahme der Krone Böhmen die Religion in nichts angehe und daß er allein auf das Recht seiner Wahl sehe. Und wahrlich, es sollte uns leid sein, daß unserer Religion eine solche Schmach angethan würde, als wenn man unter dem Scheine derselben andere Könige von ihren Thronen stoßen und ihre Königreiche einnehmen dürfe." — „Welche Regel, fügt dann Jacob hinzu, wir doch nicht gern wollten, daß sie unseren Unterthanen eingebildet würde." [1] — Die Worte zeigen, daß der König Jacob die Zeichen der Zeit für ihn selber und für sein Haus sehr wohl erkannte: es fragte sich nur, ob er und nach ihm sein Sohn auch die rechten Mittel zur Abwehr finden würden.

In seiner ausführlichen Darlegung erklärte Jacob I. weiter dem Parlamente: er habe sich in der Heirathsangelegenheit seines Sohnes mit dem Könige von Spanien schon so tief eingelassen, daß, „wenn dieser vollbringe, was wir von ihm erwarten, wir mit Ehren nicht zurücktreten können." — Der König hielt dann in scharfen Worten dem Parlamente vor, daß es sich in Dinge mische, die es nicht angehen.

Das Parlament antwortete mit einer nachdrücklichen Protestation zur Wahrung seiner Rechte. Der König dagegen, vor seinem versam-

[1] A. a. O. 698. Khevenhiller IX, 1560. Aitzema I, 321.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

melten Rathe, zerriß eigenhändig diesen Protest und löste das Parlament auf.[1]

Diese Vorgänge, im November und December 1621, wendeten von Deutschland die Gefahr ab, daß England mit Nachdruck in den Krieg eingriff. Es blieb dem Könige Jacob, um aus der Verwickelung herauszukommen, in die sein Schwiegersohn Friedrich ihn geführt, nur die Hoffnung auf Spanien.

Es fragt sich also, wie dort, in Brüssel und in Madrid, die Thatsache des Entweichens der Mansfelder in die Unterpfalz und damit des neuen Aufloderns der Kriegesflamme aufgenommen wurde.

In Brüssel waren die Gemüther erregt gegen den Herzog Maximilian, dem man die Schuld beimaß, daß er um des Besitzes der Oberpfalz willen den Mansfeld nach der Unterpfalz habe entkommen lassen. Die Infantin Isabella schrieb klagend an ihren Neffen Philipp IV., am 4. November: „Ich weiß nicht, wie ich dem Cordova helfen soll. Spinola steht den Holländern gegenüber. Andere Truppen belagern Jülich. Ich habe kaum so viele übrig, daß ich Geldsendungen geleiten kann.“[2] Unterdessen nahte jedoch auch Tilly zur Hülfe für Cordova.

Weit heftiger noch war die Stimmung im Staatsrathe zu Madrid wider Maximilian, und es fielen dort schwere Anklagen gegen ihn.[3] Diese beruhten zu nicht geringem Theile auf Unkunde. Aber es blickt aus allen diesen Reden eine Abneigung der Staatsmänner von Madrid gegen die Ansprüche des Herzogs hervor. Er seinerseits ward dadurch für Spanien nicht freundlicher gestimmt. Diese gegenseitig nicht willfährige Gesinnung erwächst daher zu einem nicht geringen politischen Factor der folgenden Jahre. In Betreff der Sicherung der Unterpfalz damals berief sich Maximilian darauf, daß er nach dem Ablaufe des ersten Stillstandes mit dem Monate Juli wiederholt zu schärferem Nachdrucke der spanischen Waffen in der Unterpfalz angemahnt hatte.

Für diese Ansicht Maximilians, daß eine Versäumnis der Spanier vorliege, spricht der Spott der mansfeldischen Officiere über die Spanier. „Wir lachen viel, schreibt damals einer von ihnen, über die Scharfsicht oder vielmehr die Blindheit der Spanier. Ein Jahr lang haben diese Leute Zeit gehabt, das Land zu erkunden, und in aller dieser Zeit sind

[1] Lingard VI, 131. [2] Villermont, Mansfeld I, 334.
[3] A. a. O. 335.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sie nicht auf den Gedanken gekommen, uns den wichtigen Eingangspaß in die Unterpfalz zu versperren." [1]

Jedoch auch in den Kundgebungen des Kurfürsten Johann Schweikard von Mainz ist der Mismuth über das Entkommen des Mansfeld nach der Unterpfalz unverkennbar. Maximilian trug ihm die Direction des Krieges dort an. Johann Schweikard lehnte sie ab als seinem Amte nicht entsprechend, und bat den Erzherzog Leopold, der als Landesherr des Elsasses nicht minder als die geistlichen Fürsten am Rheine die Beutegier der Mansfelder zu fürchten hatte, sie zu übernehmen.

Um dieser Beutegier willen verwirklichte sich nicht die Besorgnis, welche die Infantin für Cordova gehegt hatte. Nachdem dieser sich von Frankenthal auf den Brückenkopf zu Stein zurückgezogen, ersah sich Mansfeld das Fürstbisthum Speier, zunächst den Theil am rechten Rheinufer.

Es war das erste Mal, daß Mansfeld auf dem Boden des Reiches ein Land betrat, dessen Fürst als Mitglied der Liga von ihm als Feind betrachtet werden konnte. Was in solchem Falle geschehen würde, hatte er einige Monate zuvor den Fürstbisthümern Würzburg und Bamberg angedroht, jedoch dort nur zum geringen Theile ausführen können. Im Fürstbisthum Speier ward er nicht gehindert. Einer seiner Officiere kleidet dies in die Worte: L'évêché de Spire est tout entier à nous. [2] — Officiere und Soldaten durften handeln nach ihrem Gefallen.

Die Klage, daß Mansfelds Kriegführung schrecklich war, hallt uns aus jedem Berichte jener Zeit und von allen Seiten entgegen. Er selbst hat in seiner Apologie das Verfahren seiner Söldner in den Grundstrichen gezeichnet. Es ist hier nöthig das Bild weiter auszuführen, mit den Worten freilich eines Gegners, [3] aber eines Officiers von ehrenhafter Gesinnung, dessen Angaben der Regel nach die Probe der eingehenden Forschung bestehen, dessen Angaben in diesem Falle eben nur die Ausführung dessen sind, was aus Mansfelds eigener Darlegung in seiner Apologie sich errathen läßt.

„Die Mansfelder haben die armen, unbewehrten Bauern haufenweise in die brennenden Häuser mitten in die Flammen geworfen, und diejenigen, die sich retten wollten, wie die Hunde niedergeschossen. Sie

[1] Das Schreiben bei Villermont, Tilly I, 160. [2] A. a. O. 160.
[3] Acta Mansfeldica 118.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

haben die Kirchen aufgebrochen, beraubt, die Altäre abgerissen, das heilig hochwürdige Sakrament mit Füßen getreten, einander ja ihre blutrünstige Schuh mit dem heiligen Oele und Chrysam angestrichen und beschmiert. Sie haben die Taufsteine ausgeschüttet und sie auf unehrliche Weise zu Schanden gemacht. Sie haben alle Weibspersonen öffentlich geschändet und nach verübtem Muthwillen dieselben ins Feuer geworfen. Ja welches Einem die Haare auf dem Kopfe zu Berge kehrt, und in der ganzen Christenheit, ja von allen Zeiten nach der Benjaminiter verteufeltem Laster unerhört, sie haben junge Kinder von neun, zehn Jahren mit unaussprechlicher, teuflischer Unzucht verderbt, so lange unmenschlich rottenweise verschändet, bis sie unter ihnen gestorben. Wie ihrer dann junger und alter Weibsbilder eine gute Anzahl drei Tage danach in offenen Wegen, in den verbrannten Scheuern noch unehrlich, unbedeckt, todt gefunden worden, andere aber dermaßen verderbt, daß sie kaum athmen können und nach wenigen Tagen ebenfalls weggestorben. Sind das nicht in den hohen Himmel rufende und ewig Rache begehrende Laster? Wo haben je die kaiserlichen Soldaten, deutsche oder spanische, dermaßen gehandelt? Wo ist solche teuflische Tyrannei, ja deren geringsten Stücken eines, von uns verübt worden?"

Mansfeld hatte sein Hauptquartier in Bruchsal. Von dort reichte sein Arm weit hinaus, um sogenannte Ritterzehrungen einzufordern, wie es z. B. geschah von den Reichsstädten Worms, Heilbronn, Wimpfen, Schwäbisch-Hall, dem Deutschmeister und Anderen.

Unterdessen war auch Tilly mit dem Heere der Liga herangekommen, verringert jedoch durch verschiedene Entsendungen. Nachdem er Ladenburg am Neckar genommen, eine Stunde weit oberhalb Mannheim, erhielt er von Cordova die Zusage der Vereinigung mit ihm. „Zu diesem Zwecke, meldet Tilly,[1] ließ ich für die Infanterie eine Brücke über den Neckar legen, die Reiterei und die Bagage gingen durchs Wasser, das den Pferden kaum an den Bauch reichte. Als ich mit Allem hinüber, dem Feinde dagegen dies verkundschaftet war, hat er sich von Bruchsal, wo sein Hauptquartier, mit der Mehrzahl seines Volkes auf Heidelberg zurückgezogen. Nachdem ich dies vernommen und daß es mit ziemlicher Unordnung geschähe, gedachte ich auf ihn fortzurücken, vermeinend, das spanische Volk würde, wie accordiert, succurrieren. Wir

[1] Bericht vom 26. November, in Kriegsacten F. 43.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hätten dann ihn leicht zertrennen können. Unterdessen kommt mir Avis, daß das spanische Volk ganz nicht herüber wolle, sondern vorgebe, es sei solches wider ihren Kriegsgebrauch, sich in Risico und in Gefahr zu setzen, mit Vermelden, daß, wenn das Wasser größer würde, sie alsdann keine Retirade hätten, wo keine Brücke geschlagen wäre, über welche Geschütz, Bagage und Cavallerie passieren könnte."

„So nun ich zu meinem großen Schmerze nicht fortrücken, sondern sehen müssen, daß durch den Mangel des versprochenen spanischen Succurses ich nichts weiter tentieren könnte, bin ich verursacht worden, die Artillerie und Bagage sammt der Cavallerie und einem Theile des Fußvolkes wieder herüber führen zu lassen, außer zwei Regimentern, welchen ich jenseits zur Verwahrung der Schanze und der Brücke zu verbleiben befohlen."

Nach einem Rückblicke auf den Feldzug spricht Tilly sich weiter aus: „Also will ich auch jetzt der tröstlichen Hoffnung geleben, es werden Ew. F. D. den billigen Schmerz, den durch solche Verhinderung und Verabsäumung einer so schönen Occasion, welche so leicht und so bald nicht wiederkehren dürfte, ich empfinde, Ihro gnädigst imaginieren und erwägen."

Einige Tage später erhielt Tilly eine Bestätigung seiner Ansicht von dem Fürstbischof von Speier, Philipp Christoph. Dieser meldet, am 7. December, mit Beilegung der Aussagen gefangener Mansfelder: obwohl Mansfeld Kunde gehabt, daß Cordova nicht durch den Neckar habe setzen wollen, so sei doch wegen des Tilly'schen Heeres eine solche Confusion unter ihnen gewesen, daß ein Jeder seiner Bagage zugeeilt. — Die Aussagen der Mansfelder geben an, daß sie bei nachdrücklichem Angriffe alle ausgerissen wären.[1]

Tilly zweifelt, daß sich ihm im Winter noch eine Gelegenheit wieder biete. Aber er läßt die Brücke bauen, und verlangt dafür vom Herzoge wasserkundige Baumeister vom Inn und von der Donau. Wenn es gelingt, so hoffe er noch, das Fürstbisthum Speier von der mansfeldischen Drangsal zu entledigen. Wenn aber nicht, so bleibe ihm nichts übrig als die sämmtlichen Pässe über den Neckarstrom zu verwahren, zwölf Meilen Weges, von Heilbronn bis Mannheim.

Der Herzog Maximilian ergoß seine Klagen vor dem Kaiser. Er zweifelt, ob Cordova, der nunmehr frühzeitig sich in die Winterquartiere

[1] Kriegsacten F. 43.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ziehe, von wo aus Tilly sich keiner Hülfe von ihm zu getrösten, der ihm zugewiesenen Aufgabe in dem ihm unbekannten Lande gewachsen sei. Er, der Herzog, dürfe die Armee der Liga nicht eigenmächtig verstärken; Mansfeld dagegen gebe neue Werbepatente aus nach seinem Belieben. Wenn einmal Mansfeld die Oberhand erlange, so sei zu besorgen, daß alles darunter und darüber gehe.[1]

18. Auftreten des Herzogs Christian, der Tolle zugenannt.

Noch bevor der land- und menschenverderbende Mansfeld aus der Oberpfalz westwärts floh, um den Krieg in den Stiftern am Rhein neu zu entzünden, war dem Winterkönige ein anderer Vorkämpfer ähnlicher Art im nordwestlichen Deutschland erstanden. Es war der jugendliche Christian, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Bruder des in Wolfenbüttel regierenden Herzogs Friedrich Ulrich, Sohn des einst mit hohen Ehren genannten Heinrich Julius. Das welfische Haus war in mehrere Linien getheilt: die genannte Braunschweiger Linie, und die Lüneburgische zu Celle, unter der Führung Christians des Älteren. Dieser war kaiserlich gesinnt, und eben so der friedfertige Herzog August zu Hitzacker und Dannenberg, der gelehrteste Fürst seiner Zeit. Auf Friedrich Ulrich und Christian dagegen ruhete nicht der Geist des Vaters. Friedrich Ulrich, schwach und unselbständig, ergab sich dem Einflusse jedes stärkeren Willens. Christian, geboren 1599, ungleich höher, ja ungewöhnlich begabt, ward kaum zwölfjährig[2] zu seiner Ausbildung nach den Niederlanden entsendet. Es gereichte nicht zu seinem, noch Anderer Heile. Denn bei seiner Empfänglichkeit und Gelehrigkeit sog er dort, unter dem Einflusse des herrschenden Calvinismus, manche den bestehenden Ordnungen in Kirche und Reich so feindselige Meinungen auf, wie bis dahin keinem Fürsten seines Hauses eigen gewesen war.[3] Nachdem er dann noch längere Zeit am Hofe seines Oheims von Mutterseite, Christians IV. von Dänemark, verweilt, gelang es der braunschweigischen Partei im Domcapitel zu Halberstadt, den jugendlichen Prinzen zum Administrator von Halberstadt zu erwählen, 1616. Es wird berichtet, daß, in Anerkennung der außerordentlichen Befähigung Christians, hauptsächlich der

[1] Schreiben vom 27. December, in Kriegsacten F. 43. [2] Opel I, 186.

[3] Acta Sanctorum m. Julii V, 402: Erat huic magnanima indoles, tam excelso digna genere, verum eadem nimis facilis, aptaque circumveniri, praesertim cum apud Batavos, sub quibus militaris artis tirocinium posuerat, alte Calvinianorum praeceptiones, et religionum ac juris despicientiam imbibisset.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

katholische Domdechant Matthias von Oppen für die Wahl eintrat.[1] Dies, wie überhaupt das friedliche Neben-einander-Leben von Katholiken und Lutheranern nicht bloß im Stifte Halberstadt, sondern auch vielfach sonst, beweist, daß vor dem großen Kriege die Gegensätze sich noch keineswegs zu der Schärfe ausgebildet hatten, welche sie im Laufe der Zeit durch die Aggressiv-Parteien erhielten.

Anders jedoch faßte der junge Herzog selber später die Sache auf. Nachdem er im Jahre 1621 in den Dienst der Generalstaaten getreten, legt er diesen in einem ausführlichen Schreiben[2] seine Stellung zu dem Domcapitel von Halberstadt dar. „Es betrübt uns gar sehr, sagt er, daß wir in unserer Jugend uns mit einer solchen ungebührlichen und ungewöhnlichen Capitulation haben verknüpfen lassen müssen, daß wir nicht ihr Herr und Bischof, auch nicht ein vollkommener Landesfürst, vielmehr beinahe ihr mancipium, der ohne ihr Gutheißen nichts vornehmen und anstellen könnte, sie auch desto besser Fug und Macht hätten, ihre Absicht mit Wiedereinführung gottloser Mönche und Pfaffen und der abgöttischen Messe usw. erreichen könnten."[3]

Dieser Meinung Christians nach hätte im Domcapitel von Halberstadt, im Jahre 1616, die katholische Richtung noch die Oberhand gehabt. Jedenfalls aber hielten auch die damaligen Lutheraner dort wie überall noch fest an einer Reihe der alten kirchlichen Traditionen und Gebräuche.

Diesem Stande der Dinge entsprechend erfolgte die Inthronisation des jugendlichen Fürstbischofs, am 1. Mai 1617.[4] Er ward in bischöfliche Gewänder gekleidet; es ward eine Reihe von altherkömmlichen Ceremonien vorgenommen: die Fassung war da, nur der Edelstein fehlte.

Erst dann jedoch scheint mit Christian eine besondere nachtheilige Wandlung vorgegangen zu sein, und zwar durch den Einfluß eines viel gereisten, weltkundigen Arztes, der, zur Vertraulichkeit mit dem jungen Prinzen gelangt, ihm vorspiegelte, ihn aus einem allzu sehr schulmäßigen Jüngling zum reifen Manne zu machen. — So ging darüber in Niedersachsen allgemein die Rede.[4]

---

[1] Opel I, 196.

[2] Opel, Resignation usw. 93. Das Schreiben trägt kein Datum. Der ganze Inhalt spricht für den Beginn der kriegerischen Laufbahn Christians.

[3] A. a. O. 95. Ähnlich 97, 99.

[4] Acta Sanctorum m. Julii V, 421: Bertholdus Nihusius testatus est, Christianum ducem eo tempore (1615) indolis fuisse optimae. Sed postquam Episcopatum H. nactus est, alios plane mores eum induisse, fraude (ut omnium

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dazu kam, daß der Herzog Christian eben so wenig wie andere nicht-katholische Häupter, die von überwiegend nicht-katholischen oder gemischten Domcapiteln zu Administratoren von Fürstbisthümern gewählt waren, die kaiserliche Bestätigung erhielt. Von diesem Puncte aus entwickelte sich um so mehr die Gegenstellung des jungen Herzogs gegen die Ordnungen der Kirche und des Reiches. Seine Lieblingsbeschäftigung auf seinem Residenzhause Gröningen bestand in militärischen Übungen.[1]

Die böhmische Unruhe schien ihm ein Feld für diese Thätigkeit zu eröffnen. Bereits im Frühling 1619 bot er den böhmischen Directoren seine Dienste an. Die Unterhandlungen zerschlugen sich. Nach den eigenen Worten Christians hatten Moritz von Oranien und die Generalstaaten, auf sein Ersuchen um ihr Gutachten, ihm die Betheiligung in Böhmen höchst widerrathen.[2] Der Fortgang der Dinge zeigt, daß sie hofften, ihn für sich nützlicher verwenden zu können. Christian brach nach Holland auf, im April 1619. Dort wolle er, schreibt er seinem Oheim Christian IV., „sich vorbereiten, um auf allen Nothfall für das Heil, die Wohlfahrt und die unschätzbare Freiheit seines lieben Vaterlandes als ein rechtschaffener Rittersmann durch die gnädige Hülfe und den Beistand des Allerhöchsten mit Ruhm und Ehren ritterlich zu fechten."[3]

In diese Zeit fällt, aller Wahrscheinlichkeit nach, die bereits berührte Denkschrift[4] Christians an die Generalstaaten, die ihren Ausgangspunct davon nimmt, daß er in ihre Dienste getreten sei. Die Schrift läuft auf die Bitte hinaus, daß die Generalstaaten ihm etliche Soldaten bewilligen mögen, zum Zwecke der „Reformierung der unchristlichen Inconvenienzen" im Bisthum Halberstadt, „auch Wegnehmung des besagten Stiftes aus des Feindes Rachen."[5] Kürzer also: Christian will die Fesseln der vom Domcapitel in Halberstadt ihm auferlegten, von ihm beschworenen Capitulation durch Soldaten sprengen. — Die Hochmögenden wußten die wild wuchernde Thatkraft des jungen Fürsten nützlicher für sich zu verwenden.

Im Sommer 1620 machte Christian als Rittmeister unter Friedrich Heinrich von Nassau den Zug mit, durch welchen dieser die Engländer

opinio est) Billerfeldii chirurgi, hominis impiissimi, qui aliquandiu Constantinopoli atque in Perside versatus, in hujus deinde improvidi adolescentis sese familiaritatem insinuavit etc.

[1] Opel I, 220. [2] A. a. O. 222. [3] A. a. O. 223.
[4] Opel, Resignation usw. 93. [5] A. a. O. 100.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

unter de Vere bis nach Frankenthal geleitete. Damals entwarfen die Häupter der Union, deren Kraft, Spinola gegenüber, bereits wie gelähmt erschien, einen besonderen Plan, um neue Hülfe heranzuziehen.[1] Sie suchten, wie wir (S. 48) vernommen haben, Christian IV. zu gewinnen durch die Lockspeise von norddeutschen Fürstbisthümern. Christian IV. wäre, wenn nicht damals gleich, doch im Frühlinge 1621 gern darauf eingegangen, wenn Jacob I. und die Generalstaaten das erforderliche Geld gegeben hätten. Beide Mächte wollten nicht.

Der Gesandte der Union, Dieterich von Werther, hatte jedoch damals, im October 1620, nicht bloß an Christian IV. jenen Auftrag, sondern einen ähnlichen auch an den Prinzen Moritz von Oranien. Auch diesem sollte er melden, daß „man zur Erhaltung beständiger Sicherheit, auch zur Ergötzung erlittenen Schadens die starke und äußerste Resolution fassen müsse, die Pfaffen, so viel möglich und thunlich, von allen Seiten anzugreifen." Die Execution einer solchen Resolution habe anzufangen bei den Stiftern Münster und Paderborn. Das geeignete Mittel dazu würde sein, daß „die von den Herren Generalstaaten zum Succurs heraufgeschickte Cavallerie auf dem Rückwege sich zur Rafraichierung und Erquickung in die genannten Stifter werfe und darin überwintere." Auch zur Rechtfertigung dieser stillen Einnehmung hätten die Generalstaaten genugsame Ursache, „weil, ungeachtet der Herren Staaten vielfältigen Erinnerns, die Fürstbisthümer nicht neutral verblieben, sondern sich wider uns als der Herren Staaten Alliierte feindselig erzeigt."[2]

Dies würde auch noch den Nutzen haben, lassen weiter die Häupter der Union sagen, daß der Herzog von Braunschweig dahin seinen Laufplatz legen und allerlei Werbung und Musterung vornehmen könne. So im October 1620.

Diese Einladung der Unionshäupter zum Verderben deutscher Länder ward von den Generalstaaten in ihrer Weise verwerthet, nämlich so, daß nicht sie vorantraten, sondern dem Herzog Christian für den Vortritt die geeignete Anleitung geben ließen.

Auf der Rückkehr aus der Pfalz nahm Friedrich Heinrich von Nassau nicht den geraden Weg nach der Republik, sondern zog in weitem Umkreise über Corvei durch die Grafschaft Lippe nach Ravensberg. Von dort aus führte er seine Mannschaften südwärts durch das Fürstbisthum

[1] Londorp II, 606. Rusdorfs Bericht vom 17./27. October 1620.
[2] A. a. O. 607.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Paderborn über Erwitte im Herzogthume Westfalen nach Soest. Überall suchten die einzelnen Landschaften durch große Geldsummen entweder den Durchzug abzukaufen, oder doch die Einhaltung guter Ordnung zu erwirken.[1] Der junge Herzog Christian, der als Rittmeister diesen Zug der holländischen Truppen mitmachte, sah also mit eigenen Augen, wie wehrlos dies ganze Land offen lag, und konnte aus sich selber den Schluß ziehen, daß mit dem erforderlichen Nachdrucke noch viel mehr Geld herauszupressen war, als womit sein Lehrmeister Friedrich Heinrich sich begnügte.

Im August 1621 war Christian mit dem pfalzgräflichen Paare in Arnheim in Geldern. Dort trat er vor Friedrich mit dem Erbieten, tausend Reiter für ihn zu werben, am 17./27. August.[2] Friedrich stimmte nicht sogleich zu. Er wolle mit dem Prinzen von Oranien darüber reden, sagte er. Christian beharrte. Zehn Tage später verzeichnet Friedrich abermals: „Christian ist des festen Willens zu werben. Ich weiß noch nicht, wozu ich mich entschließen soll."[3] — Der Verlauf der Sache thut dar, daß der Prinz von Oranien und die Generalstaaten zugestimmt haben, und daß Christian den Auftrag erhielt, mit der anzuwerbenden Mannschaft, die nicht auf eintausend beschränkt wurde, sich zu Mansfeld zu begeben. Da dies im September 1621 geschah, so ergibt sich zugleich daraus, daß man im Haag keinen Zweifel gehabt: Mansfelds damalige Unterhandlung sei nur eine Kriegesliſt.

Dieser Beginn der Sache ist gleich damals etwas ausgeschmückt. Nach den Memoiren Friedrich Heinrichs von Nassau, späteren Prinzen von Oranien, unternimmt Christian die Sache aus schwärmerischer Verehrung für die unglückliche schöne Königin von Böhmen, mit zehn Thalern in der Tasche.[4] — Aber die Hochmögenden waren doch wohl weder so thöricht, noch so unvermögend, ein für sie so nützliches Werkzeug ohne Geld auszusenden. Sie gaben die Mittel her, den Brand anzuzünden: das Feuer im Gange zu erhalten, war die Sache Christians. Wir werden sehen, daß der Landgraf Moritz die Generalstaaten geradezu als die Kriegsherren Christians benannte. — Anders ist es mit der Ritterlichkeit. In der That steckte Christian den Handschuh der Elisabeth an seinen Helm, und ließ auf seine Fahnen die Worte sticken: Tout pour Dieu et pour Elle. Elisabeth ihrerseits sagt später einmal, daß er

[1] Weskamp, Christian 33 u. f. Dort viele Einzelnheiten.
[2] Aretin, Beiträge VII, 176. [3] A. a. O.
[4] Mémoires de Frédéric Henri, prince d'Orange, p. 3.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

lediglich um ihretwillen die Waffen ergriffen.[1] Es fragt sich also um die Thaten, durch welche Christian seine Ritterlichkeit bewiesen hat.

Vom Beginne September an entsendete Christian seine Werbe-Officiere durch das nordwestliche Deutschland, vorzugsweise westwärts der Weser, wo besonders im Ravensbergischen die Schaaren sich sammelten.[2] In diesen Gebieten zwischen Weser und Rhein zeigt sich in besonders auffallender Weise die Wehrlosigkeit der einzelnen Theile des Reiches. Nicht bloß standen sie unverbunden neben einander, der niedersächsische Kreis neben dem westfälischen, sondern auch in jedem Kreise wieder stand jedes Territorium auf sich. Dazu aber war auch noch jedes Territorium in sich selber fast ganz ohne alle Waffenmacht. Wir haben bereits früher das Wort des Prinzen Moritz von Oranien vernommen: „Die deutschen Fürsten haben zum Verzehren zu viel; aber sich zu wehren zu wenig." — Es fragt sich dabei freilich, ob nicht ein Vorwurf dieser Art eben so sehr die Landstände trifft wie den Landesfürsten. Der Kurfürst Ferdinand, dessen Unterthanen im Kölnischen wie im Münsterlande den Streifereien holländischer Soldaten in besonderer Weise ausgesetzt waren, hatte wiederholt darauf gedrungen, daß die Landstände Mittel bewilligen sollten, damit „streifende Rotten, herrenlose Knechte, Gardengänger und dergleichen Gesindlein abgeschafft und möglichst ausgehalten werden könnten."[3] Er hatte dafür geringe Willigkeit gefunden. — Wiederum aber dürfte es nicht gerecht sein, den Landständen jener Länder daraus einen besonderen Vorwurf zu machen, mehr als anderen. Denn die Furcht vor Söldnern in der Hand des Landesherrn war den Landständen eines jeden Territoriums gemeinsam, eben so wie den Unterthanen insgesammt die Furcht vor dem Mangel an Disciplin in den einzelnen Söldnern.

Ähnlich daher wie in den Fürstbisthümern des Kurfürsten Ferdinand von Köln, war das Verhältnis auch in den anderen Territorien von Westfalen und Niedersachsen. Es ist nicht anzunehmen, daß irgend ein Fürst oder eine Corporation billigend auf das den gemeinen Land-

[1] Roe 74: He has engaged himself only for my sake in our quarrel. Leigh Hunt, the town p. 262 hat der Prinzessin Elisabeth die Schönheit abgesprochen. Er bemerkt: Schönheit sei nicht die Mitgabe der Stuarts gewesen. Aber die Porträts der Elisabeth in den königlichen Schlössern zu Hannover und Celle stellen sie als eine sehr schöne Frau dar.

[2] Weskamp, Christian 41. [3] A. a. O. 30.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

frieden bedrohende Unternehmen Christians blickte. Dennoch waren sie höchstens im Stande, das Zusammen-Laufen kleinerer Banden in ihrem Gebiete zu verhindern, einzelnen Rotten den Paß zu verweigern. Sobald dieselben eine gewisse Stärke erreicht hatten, stand ein solcher Anführer da als eine gebietende Macht, allen geordneten Obrigkeiten furchtbar, allen gefährlich, und, weil mächtiger als jeder Einzelne, auch mächtiger als sie alle. Auch lief nur ein kleinerer Haufe Gefahr, sich nicht erhalten zu können. Ein Heer ernährte sich selber, indem es jeden Widerstand erdrückte. Mansfeld zuerst hatte in Böhmen, dann in der Oberpfalz das Beispiel gegeben sich zu erhalten, sich zu verstärken, ohne, nach dem einmaligen Lauf- und Anrittsgelde, fortan regelmäßigen Sold zu zahlen. Der gelehrige Schüler Christian ahmte dies Beispiel nach mit entschiedenem Glücke, weil ja die Umstände für ihn noch viel günstiger lagen. Jene Einladung der unierten Fürsten an die Generalstaaten, vom October 1620, hat uns gezeigt, worauf es ankam, nämlich, wie man sich ausdrückte, den Pfaffen die Pferde an den Zaun zu binden. Nach einer eigenen Äußerung Christians hatte er zu Ende September bereits 1500 Reiter und 3000 Mann zu Fuß.

Mit Schrecken und Entsetzen vernahmen und sahen es die umwohnenden Fürsten und Bevölkerungen. Ein Fürst nach dem anderen erließ an Christian bittende Abmahnungen. Die Stände des Fürstenthumes Calenberg, welche, weil der Herzog Friedrich Ulrich kinderlos, auf den Bruder Christian als Nachfolger zu sehen hatten, boten ihm 20,000 Reichsthaler, wenn er ablassen wolle von seinem Beginnen.[1] Das machte Christian nicht irre.

Die lüneburgischen Vettern in Celle baten Friedrich Ulrich einzuschreiten. Dieser selbst und die Mutter Elisabeth richteten dringende Abmahnungen an den Bruder und Sohn. Namentlich stellte Elisabeth in den eindringlichsten Klagen einer Mutter ihrem Sohne alles Unheil vor, das er herabziehe auf sich selber, auf sein Haus, auf sie, auf das Reich, auf unzählige Menschen; denn schon am 20. October hat sie vernommen, wie die Reiter ihres Sohnes plündern, rauben, brennen.[2]

Friedrich Ulrich hatte zwar gegen das schriftliche Versprechen, keinen Schaden im Lande zu thun und alles richtig zu bezahlen, den freien Durchzug verstattet. Jedoch hatte er im Bunde mit Christian dem

[1] Archiv der Landschaft Calenberg.

[2] Kurze und gründliche Information usw. 106.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Älteren zu Celle und Christian Wilhelm von Magdeburg eine kleine Macht vereinigt. Als ein im Stormarn von einem holländischen Commissär, Namens Hohenhug, geworbener Haufe im Heraufziehen jenes Versprechen nicht hielt, dagegen sich vernehmen ließ: sie seien nicht auf Sold, sondern auf Beute ausgezogen, und was sie nicht mitnehmen könnten, das wollten sie verderben — erfolgte auf sie der Angriff jener besser geordneten Macht, am 23. October / 2. November. Der Haufe ward zersprengt, Gewehr und Fahnen ihnen genommen, „und den Befehlshabern gute Stöße zum Trinkgeld gegeben."[1]

Dies betraf jedoch nur den einen Haufen von etwa 4000 Mann.[2] Mit den andern Schaaren befand sich Christian westwärts der Weser, im Ravensbergischen, in der Grafschaft Lippe, den Fürstbisthümern Minden, Osnabrück und Münster.

Ein Beispiel aus diesem letzteren Lande möge zeigen, in welcher Weise Christian auftrat. Von seinem Lager in Dornik aus ließ er am 25. October den fürstlichen Räthen in Münster vorhalten: „Zu verschiedenen Malen (haben) Eure im Stift liegende Hahnenfedern uns und die Unserigen mit allerhand Thätlichkeiten, sonder gehabte Reden,[3] affrontiert." Die Räthe antworteten, am 29.: es sei ihnen nicht bekannt, wie dem Herzoge ein Affront geschehen. Sobald sie darüber bestimmtere Nachricht erhalten, solle der Thäter zur Strafe gezogen werden. — Darauf Christian: „Von Gottes Gnaden Christian Herzog zu B. und L. Auf der Münster'schen Räthe gethanes Schreiben sein wir angehalten worden ihnen vorzubringen, was wir auf das Stift und ihre Personen haben zu prätendieren, wollen aber unlängst solche Mittel an die Hand nehmen, daß Ihr und Euere, des Stiftes, Unterthanen nicht allein, sondern Kindeskind darüber Wehe schreien werden. Wonach Ihr Euch zu richten. Und ist dies dem Boten loco recepisse ertheilt worden. Urkund unser subscription, signatum Hohenvorden, am 31. October 1621 st. v. Christian."

Vom Beginne des Monates October an strömten die Klagen und Beschwerden, namentlich der geistlichen Fürsten, über Christian bei dem

[1] Theatrum E. I, 608.

[2] Opel I, 293. Fernere Einzelnheiten bei Mittendorf 7 u. f. Weskamp, Herzog Christian 17 u. f.

[3] reden holländisch für Grund. Die Correspondenz in Kriegsacten F. 44.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kaiser ein. Der Fürstbischof von Bamberg und Würzburg war damals der Meinung, daß Christian seinen Marsch auf die Oberpfalz zu Mansfeld richten werde. Der Mainzer Kurfürst meldete: Christian habe einen starken Zulauf gleich dem Mansfelder; denn er gestatte zu beuten. Bestimmter berichtete Ferdinand von Köln und Münster: „Herzog Christian läßt dem angenommenen Kriegesvolke die Vertröstung beschehen, daß demselben die Erz- und Stifter zum Raube und zur Beute sein sollen." — Er selber sei dem Landfriedensbruche nicht gewachsen, bitte um Hülfe.[1]

Dem Kaiser schien es zuerst fast unglaublich, daß ein Sohn des Herzogs Heinrich Julius so handeln könne, wie die einlaufenden Klagen besagten. In seiner Abmahnung an Christian, vom 25. October, erinnerte Ferdinand II. den jungen Herzog an das Gedächtnis seines Vaters. Die Antwort Christians, das einzige Schreiben, das er direct an den Kaiser gerichtet haben kann, datiert aus Fürstenau, vom 9./19. November, ist ein sonderbares Actenstück.[2] Er sagt darin: um sich zum Dienste für Kaiser und Reich um so viel besser befähigt zu machen, habe er sich nicht allein außerhalb des Reiches in fremde Länder begeben, sondern auch eine Zeit her Profession von Waffen gemacht. „Wie ich nun die Fortun, um obigen Zweck desto besser zu erreichen, gesucht und meiner Profession nachgesetzt, ist mir eine Charge auf etliche Truppen Pferde, dieselben in die Unterpfalz zu führen, committiert worden. Ob nun wohl, wie ich jetzo vernommen, solches von E. K. u. K. M. ungnädigst vermerkt, und mich dannenhero von solcher Condition abzuthun agdst. erinnert, so wollen doch E. K. u. K. M. dabei agdst. versichert sein, daß, wann, ehe und zuvor ich diese Bestallung angenommen, von Ew. K. u. K. M. Gemütsmeinung ich eine gründliche Wissenschaft erlangt, ich mich darein keineswegs wollte begeben haben." — In dieser wenig aufrichtigen Weise geht es weiter. Christian, in Wirklichkeit der Diener der Generalstaaten, versichert, daß er nicht gegen den Kaiser, noch einigen Stand des Reiches seine Truppen gebrauchen werde, sondern „zur Verhütung weiteren Unheiles, welches allem Ansehen nach von fremden und auswärtigen Nationen unserem geliebten Vaterlande teutscher Nation angedräuet wird, als auch zu ehester Wiederbringung des gewünschten Friedens." Er hofft, der Kaiser werde mit dieser seiner Entschuldigung zufrieden sein, werde „die auf ungleichen Bericht geschöpfte Ungnade in kaiserliche Huld und Gnade wieder verändern", und befehlen, daß Christians Name in die Lehenbriefe

[1] Kriegsacten. F. 44. Vom 27. November.
[2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

des Herzogthumes miteingesetzt werde. Er versichert dann nochmals, daß „Ew. K. und K. M. meine allerunterthänigste Devotion und Treue gegen Ew. K. und K. Majestät und das H. R. Reich, denen meiner Voreltern gnädigst gerühmten Exempeln nach, solle zu verspüren haben." —

Das Schreiben, wahrscheinlich von dem zweiundzwanzigjährigen Prinzen selber dictiert, enthält, wie man sieht, eine wunderliche Mischung von knabenhaftem Trotze und doch auch wieder von deutungsfähigen Versicherungen. Der Kaiser und seine Räthe bemüheten sich diese in günstigem Sinne aufzufassen. Dazu kamen die Fürbitten, welche die Mutter Elisabeth, die Witwe des Herzogs Heinrich Julius, direct und durch den böhmischen Landhofmeister Adam von Wallenstein an den Kaiser gelangen ließ.[1] Ein kaiserliches Schreiben vom 13. December bewilligte für den Herzog Christian die Aufnahme in die Lehenbriefe des Hauses, und bot, unter der Bedingung des Abstehens von seinem Thun, ihm die Verzeihung des bereits Geschehenen an.[2]

Als dies kaiserliche Schreiben an Christian gelangte, war er in seinem Thun über die Annahme eines solchen Angebotes bereits weit hinaus. Im November brach er mit etwa 13,000 Mann südwärts auf, um sich mit Mansfeld in der Unterpfalz zu vereinigen. Er durchzog das Fürstbisthum Paderborn, und zwang durch die Einnahme des Städtchens Corbach den Grafen von Waldeck, die Lehnshoheit des Landgrafen Moritz anzuerkennen. Der Reiterdienst besiegelte die Freundschaft zwischen Christian und Moritz, beförderte jedoch nicht den Zug Christians südwärts. Er gelangte an die Grenzen des Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt. Dieser bat um Verschonung mit Durchzug.[3] Christian erwiederte: wenn der Landgraf es hindern und ihm Quades erweisen wolle, werde er auch Quades erweisen. Ludwig entgegnete klagend, daß die Reiter Christians seine Unterthanen bereits mishandelten. Besser doch, rathe er, sei es für einen kriegslustigen Herrn, sich Lob und Ehre im Kampfe gegen den Erbfeind der Christenheit zu erstreiten. Er bat Christian seinem Rathe eher als Anderen zu folgen, indem er daran erinnerte, daß, wie damals von jüngeren Leuten gegenüber älteren oft gebräuchlich war — Christian vor Zeiten ihn Vater genannt. — Christian erwiederte: „So wir im geringsten angegriffen werden sollten: so haltet

[1] Kriegsacten F. 45. [2] A. a. O.

[3] Die Correspondenz bei Londorp II, 529 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gewis dafür, daß wir dermaßen in Dero Landen hausieren werden, daß es Dieselben gereuen und Kindeskinder sich darüber sollen zu beklagen haben. Dies zur Nachricht." So am 28. November / 8. December aus Neustadt.

Ludwig wie schon zuvor wandte sich um Hülfe an den Stammesvetter Moritz in Cassel. Dieser entgegnete: das Heer des Herzogs sei nicht bloß für Friedrich, sondern zugleich für die Hochmögenden Herren Generalstaaten mit geworben. „Also will uns, solche mächtige Principale uns zu Feinden und zuwider zu machen, eben so wenig gebühren, wie wir sonst gemeint, uns wider K. M. unseren agdst. Herrn, gebrauchen zu lassen." Er wisse, sagte er weiter, nichts von der Intention des Herzogs. Das sei ein Herr von der Faust und gar nicht von der Feder. Ein anderes Mal nannte Moritz den jungen Herzog den heros Germaniae.

In der Wirklichkeit war Moritz mit Christian in Gesinnung völlig einverstanden, nur daß bei jenem die Vorsicht überwog. Er hieß den Herzog willkommen; aber er verband sich nicht mit ihm. Er unterstützte ihn mit Lebensmitteln und mit Pulver, aber heimlich. Er meldete dem General Tilly, im December: er befleißige sich vollkommener Neutralität.[1] Aber auch er hatte Truppen unter den Waffen, abwartend was geschehen werde. Für den Fall des Gelingens hatte er sich mit Christian in Corbach im voraus verständigt.

Christian zog weiter südwärts. Er nahm und besetzte die mainzische Stadt Amöneburg im Busecker Thale. Er forderte von den Einwohnern den Eid der Huldigung für den Pfalzgrafen Friedrich. — Diese Einnahme von Amöneburg, wie zuvor der Einbruch Mansfelds in das Fürstbisthum Speier mochten dem Landgrafen Moritz als hochwichtige Leistungen erscheinen. Die Truppen Tillys fingen ein Schreiben[2] von ihm auf, welches beginnt mit den Worten: „Wir haben mit Freuden vernommen, daß der lange schwarze Pfaffe zu Speier also aus dem Neste getrieben, und wird es nun an diesem guten Vorschlage stehen, daß man an allen Orten wo man kann, der Pfaffen-Liga zusetze, sie mit aller Kriegsmacht angreife, senge und brenne und mit dem Schwerte verfolge; denn sie sind jetzt wegen der Amöneburg in großer Furcht." Das Schreiben macht weitere Vorschläge gegen das Erzstift Köln, und fährt dann fort: „Dazu wollen wir aus Cassel und allen Orten Vorschub und alle mögliche Assistenz leisten, und nicht aufhören, bis alle Katholiken

[1] Hurter IX, 85. [2] Kriegsacten F. 45.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gedämpft sein. Verhoffentlich werden Mansfeld und De Vere und Obentraut auch das ihrige thun, einen nach dem anderen einnehmen, ranzionieren, und, gleich wie sie angefangen, davon werben lassen, hernach Anstalt machen, daß alle zusammen rücken und die Pfaffen mit ihrem Anhang in die Mitte bringen: alsdann wollen wir ihnen um ihr Geld die Köpfe entzwei schmeißen. Jetzund ist es Zeit. Die bayerische Sau und alle Feinde sind in der Furcht, erbieten sich zum Accord. Man soll ihnen nicht viele gute Worte geben, wie ich das einmal gethan, sondern wollen sie mit guten Worten leiten und aufhalten, bis wir allen Vortheil haben und genug gestärkt sein: alsdann wollen wir hinter ihnen herwischen. Herzog Christian hat für den Anfang genug ausgerichtet und so viel Ranzion bekommen und in Aussicht, daß er und Graf Otto (von Stwrum) wohl alles Volk werben und in kurzer Zeit auf die Beine bringen können." Zum Schlusse bittet der Landgraf Moritz, „an Mansfeld und Obentraut unseren Gruß zu vermelden, und sie zu trösten, daß in Stiftern und Städten noch viele Beute zu holen." Dann jedoch überkommt ihn ein Bedenken: „Sie mögen sich aber dabei auch vorsehen; denn die Schelme unter den langen Röcken auch Schwerter tragen."

Unterdessen waren die Hülferufe des Landgrafen Ludwig an die südwärts wohnenden Fürsten und namentlich an Tilly ergangen und vernommen. Obwohl dieser die Bewegungen des an Zahl überlegenen Mansfeld zu beobachten hatte, entsendete er doch den Obersten Anholt mit 11 Compagnien zu Roß und 1000 Musketieren. Dazu stießen 1400 Mainzer, 900 Darmstädter. Der Fürstbischof von Bamberg und Würzburg sendete 2300 Mann, Graf Ludwig von Nassau 2000.[1] Es war also eine nicht unbeträchtliche Macht, die dem Herzoge Christian gegenüber trat. Sie zwang ihn, Amöneburg aufzugeben, und dann, nach verschiedenen für ihn unglücklichen Gefechten, den Rückzug anzutreten. Rings umher beleuchteten brennende Dörfer den Weg.[2]

Das Urtheil der mansfeldischen Offiziere über diesen ersten Versuch Christians lautete nicht günstig. „Er hat, meldet Einer von ihnen, seinen Angriff übel gewählt. Wir erwarteten, daß er auf Lahnstein, Oberwesel, Boppart marschieren und so uns die Hand zur Vereinigung reichen würde. Statt dessen hat er sich begnügt, durch einen Handstreich ein mainzisches Städtchen wegzunehmen, und dann, gleich als hätte er eine

[1] Kriegsacten F. 44. Bericht des Landgrafen Ludwig vom 4. December.
[2] Mittendorf 15.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Heldenthat vollbracht, dort still zu liegen. Während der kostbaren Zeit, die er dort verlor, marschierten die Gegner, nach ihrer alten Art, langsam auf ihn zu. Sobald sie ihm aber zu Gesichte kamen, verschwand unser Mann."[1]

Wie immer dem sein mochte, die Gefahr eines Zusammen-Wirkens von Mansfeld und Christian war für das Jahr 1621 vorüber gegangen.

So standen die Dinge 1621 im Westen des Reiches. Wir haben uns nach dem Osten zu wenden.

17. Bethlen Gabor und der Friede von Nikolsburg.

Der Fall des Grafen Buquoi vor Neuhäusel, am 10. Juli, hatte nicht bloß das Aufgeben der Belagerung dieses festen Platzes zur Folge, sondern gab auch überhaupt den Waffen Bethlens und des Jägerndorfers das Übergewicht. Im August belagerten sie Preßburg. Dagegen konnte es dem Bethlen nicht verborgen bleiben, daß wie Setschi von ihm ab und zum Kaiser getreten war, so auch viele Andere sich innerlich von ihm abwandten.[2] Die Veröffentlichung jenes Schreibens, vom 1. April, (S. 59), an den Chan der Tartaren, hatte nicht zu seinen Gunsten gewirkt. Viele der ungarischen Stände drängten zum Frieden.

Bethlen sah sich nach andern Freunden um. Bereits im Juni erschienen seine Boten vor der Signoria in Venedig.[3] Sie legten in langer Rede den Stand der Dinge dar, Wahres und Falsches. Sie erzählten, daß nach dem unverhofften Unfalle, der den verbündeten König von Böhmen betroffen, der König von Ungarn sein Bündnis mit dem großmächtigen Sultan erneuert, daß dieser sehr starke Hülfstruppen von Türken und Tartaren versprochen, und daß in Folge dessen bereits eine große Anzahl derselben sich bei seinem Heere befände. Nunmehr biete der König von Ungarn auch der Republik Venedig ein Bündnis an. Dasselbe solle umfassen die Wallachei, Siebenbürgen, Böhmen, Oesterreich, Mähren, Schlesien und die Lausitze.

Die Signoria gab dem Bethlen nicht den königlichen Titel. Mit den höflichen Worten, daß ja eine aufrichtige Freundschaft bestehe, wurde alles Weitere als unnöthig abgelehnt. Zum Abschiede ward jedem der drei Boten eine goldene Kette umgehängt.

[1] Villermont, Tilly I, 161.

[2] Gindely IV, 264, aus einer Relation im Innsbrucker Archive.

[3] Óvary 34 u. f. [4] A. a. O. 41.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Noch vor der Rückkehr dieser Boten suchte Bethlen, im Juli, mit dem Kaiser Friedensunterhandlungen anzuknüpfen,[1] so jedoch, daß unterdessen die Waffen nicht ruheten. Die Belagerung von Preßburg gelang nicht. Am 1. September zog Bethlen von dort ab, brach jedoch dann verwüstend in Mähren ein. Der Kaiser war geneigt zum Frieden. Man kam über Nikolsburg als den Ort der Verhandlungen überein, im September.

Zugleich schickte Bethlen einen neuen Gesandten, Lucio, nach Venedig.[2] Er führte, am 28. October, Klage über die Versagung des Königstitels, erneuerte den Antrag der Allianz und pries die Vortheile derselben für Venedig, namentlich die Befestigung der Freundschaft mit dem Sultan. Der Kaiser, gedrängt von Mehemet Pascha von Kanisza und von Bethlen, suche auf alle Weise den Frieden und biete, mit sehr annehmbaren Bedingungen, ihn an. Der Kaiser habe seine Gnade auch dem Jägerndorfer angeboten, der jedoch als geschworener Feind des Hauses Oesterreich leben und sterben wolle.[3] Wenn die Republik auch dies Mal das Bündnis ablehne, das nicht bloß heilsam für sie, sondern auch für die ganze Christenheit nothwendig sei, so müsse Bethlen den dargebotenen Frieden annehmen.

Die Gesinnung der Häupter der Republik war, nach ihrem ganzen Verhalten jener Zeit, gegen den Kaiser so feindselig wie möglich; aber diese Gesinnung bewirkte noch nicht einen Glauben an die hochfahrenden Prahlereien des Bethlen und seines Agenten. Sehr bald, sagte dieser, werde Bethlen sich die Krone aufs Haupt setzen. Er habe 90,000 Mann unter den Waffen, und werde sie sämmtlich auf dem Gebiete des Kaisers überwintern lassen.[4] — Lucio steigerte. Er wiederholte die alte Lüge Bethlens, daß der Kaiser die Allianz der Türken suche.[5] Er schilderte dann Bethlen. „Von allen christlichen Fürsten verlassen, sagte er, findet sich mein tapferer Herr, ohne jegliche Hülfe, allein im Kampfe gegen solche Entwürfe, beseelt von dem einen Wunsche sich um die ganze Christenheit verdient zu machen, darum Allen lieb und angenehm, nur nicht dem Hause Oesterreich, welches sich zur Aufgabe stellt, den Frieden und die Freiheit von ganz Europa zu zerstören."[6] — Lucio erhielt wie zuvor von der Signoria von Venedig glatte Worte.

Bethlen Gabor hatte in den Reden seiner Gesandten vor der Signoria Gewicht legen lassen auf sein Bündnis mit dem Sultan. Es kommt darauf an, welche Hülfe er von dort zu erwarten hatte.

[1] Gindely IV, 264. [2] Óváry 54 u. f. [3] A. a. O. 59.
[4] A. a. O. 66. [5] A. a. O. 72. [6] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Seine Einladung, vom 1. April, an den Chan der Tartaren zum Raube in den Ländern des Kaisers mußte schon darum fruchtlos bleiben, weil den Tartaren oblag, mit den Türken gegen Polen zu ziehen. Das Verhältnis war ähnlich wie im Jahre zuvor: indem der Kriegesschwall der Osmanen sich auf Polen warf, war dieses abermals mittelbar ein Schutzwall für den Kaiser und seine Länder. Der Sultan Osman überschritt mit einer ungeheueren Macht den Dniester, um die Polen in ihrem befestigten Lager am nördlichen Ufer desselben anzugreifen. Der Angriff gelang ihm nicht. Nach unsäglichem Menschenverluste, mehr jedoch der Türken als der Polen, mußte er fruchtlos abziehen. Das Heer gelangte heim in kläglichem Zustande.[1]

Demnach war von türkischer Seite im Jahre 1621 dem Bethlen nur der Beistand des Mehemed Pascha von Kanisza geleistet. Wie Bethlen im October und November in Venedig um Allianz und Hülfe nachsuchte, so trafen zu gleichem Zwecke im Anfange December abermals seine Boten in Constantinopel ein. Sie fanden dort als ihren Anwalt den Holländer Cornelius Haga.[2] Zugleich jedoch langte im Namen des Königs Jacob der Engländer Sir Thomas Roe dort an. Es gereicht, wie schon früher erwähnt, dem Könige Jacob zur besonderen Ehre, daß er nicht Willens war, den Bethlen oder die Türken für die Sache seines Schwiegersohnes zu benutzen. Roe hatte den Auftrag, seine Vermittelung zum Frieden zwischen Türken und Polen anzubieten. Mit Bethlen dagegen wollte Jacob nichts zu thun haben, und Roe erhielt auf seinen Bericht über ihn die abermalige Weisung, keine Notiz von Bethlen zu nehmen.[3]

Nicht alle christlichen Mächte dachten in Betreff der türkischen Hülfe ähnlich wie der König Jacob. Wie die Holländer in Constantinopel schüren ließen zu Gunsten des Bethlen, so zog auch, mittelbar, der König Gustav Adolf von Schweden aus dem Angriffe der Türken auf die Polen seinen Vortheil. Bei dem Ablauf des Stillstandes zwischen ihm und seinem Vetter Sigismund III. war der Versuch einer Erneuerung desselben gescheitert, nach der Behauptung Gustav Adolfs durch die Schuld der Polen. Während dann die gesammte Macht derselben durch den Angriff der Türken in Anspruch genommen war, brach Gustav Adolf, im Juli, mit einer starken Flotte gegen Riga in Livland auf. Von dem

[1] Roe 12. [2] A. a. O. [3] A. a. O. 28.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kriegeslager vor Riga aus schickte er an seinen Schwager Johann Casimir eine Darlegung des Sachverhaltes, damit, wie er sagt: „E. L. bei unseren Freunden können ablehnen die falschen Reden, so gehen werden von den jetzigen unseren Actionen."[1] Nach diesen seinen Worten ist der Krieg eine Strafe der Sünden, die Schuld aber trägt der Hochmuth der Polen. — Kürzer als in dieser Abhandlung für Johann Casimir stellt er zwei Jahre später, 1623, seine Meinung über sein Verhältnis zu seinem Vetter Sigismund III. und seinen Angriff auf Riga dar, in einem Schreiben an den Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg.[2] „Wir stehen, sagt er dort, wie weltkundig ist, mit dem (Könige) von Polen in einer unvergleichlichen controversia regni. Diese hätte ich vor zwei Jahren gern durch einen langwährenden Stillstand suspendiert, bis die Zeit Gelegenheit geboten hätte, solche controversiam allerdings beizulegen. Hierzu und solches zu erlangen, machte mir Hoffnung der Polen Gefahr, so ihnen bevorstünde von den Türken. Aber der contemtus nostri war bei ihnen so groß, daß auch die Gefahr des Staates sie nicht zu solchem billigen Stillstand zu bewegen vermochte. Damit nun solcher contemtus nicht auf uns sollte sitzen bleiben, als haben wir die Waffen ergriffen, ihnen Riga, durch Gottes Hülfe, genommen und sie zu dem jetzigen Stillstande gezwungen."

Kürzer und bündiger lautet das Urtheil eines Holländers jener Zeit. Er sagt: „Während der König Sigismund von Polen, Vetter Gustav Adolfs, mit den Türken verwickelt war, machte Gustav Adolf sich die Gelegenheit zu nutze,[3] fiel in Livland ein und belagerte und nahm die Stadt Riga." — Es geschah jedoch, wie ein anderer Holländer rühmt, nicht ohne Vorschub der Generalstaaten.[4]

Nachdem es bei den Verhandlungen in Nikolsburg den Kaiserlichen zur Gewisheit geworden war, daß die Stände von Ungarn auf den Frieden drängten, daß dagegen für Bethlen Gabor weiter keine Hülfe in Aussicht stand, weder von der Republik Venedig her, noch von den Türken, traten sie zuversichtlicher auf. Bethlen, forderten sie, solle alles zurückstellen, was er mit Gewalt sich angeeignet, auch den angemaßten Königstitel ablegen. Dagegen wolle der Kaiser alles verzeihen und vergessen,

[1] Styffe 347. [2] A. a. O. 416.
[3] Aitzema I, 109: Hy nam zyn slach waer. [4] Londorp II, 473.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auch dem Bethlen Gabor Geld geben.[1] — Diese Forderung erschien zu hoch. Die Verhandlungen zogen sich hin bis in das Jahr 1622.

Am 6. Januar 1622 kam der Nikolsburger Friede zu Stande, hauptsächlich auf die Bedingung, daß Bethlen allen Ansprüchen auf die Krone von Ungarn entsagte, also auch die Krone auslieferte, dagegen sieben Comitate in Ungarn auf Lebenszeit, und die Fürstenthümer Oppeln und Ratibor in Schlesien erhielt, dazu den Titel eines Fürsten des römischen Reiches, sowie das Versprechen von Geldentschädigungen.

Die Vortheile dieses Friedensschlusses, wenn Bethlen ihn hielt, für den Kaiser waren augenfällig. Denn Bethlen wurde dadurch Vasall des Kaisers, und verpflichtete sich, mit dem Kaiser dieselben Feinde zu haben.[2]

Des Markgrafen von Jägerndorf ward in den Verhandlungen eben so wenig gedacht, wie des Winterkönigs. Bethlen Gabor sorgte nur für sich selber.

So war der Friede einstweilen hergestellt, und doch nur einstweilen. Bethlen Gabor ließ dem Camerar melden: die Ungarn hätten ihm erklärt, sie könnten und wollten nicht länger kriegen, und einem Anderen, der selber nichts thäte, seine Länder mit ihrem Blute gewinnen. Diese Abneigung der Ungarn gegen ferneren Krieg habe hauptsächlich ihn zum Frieden gezwungen. Bethlen ermächtigte zugleich den Camerar, dem Pfalzgrafen im Vertrauen kund zu thun: weil er gezwungen worden, so wolle er auf den künftigen Juni mit Hülfe und ganzer Macht der Türken die Ungarn tanzen lehren und alsdann den Feind bis aufs äußerste verfolgen helfen.[3]

Am schwersten traf der Friede von Nikolsburg den Jägerndorfer. Ihm, allein gelassen, bangte vor dem eigenen Kriegsvolke, das mit Ungestüm den schuldigen Sold forderte. Er sah sich genöthigt, Zuflucht zu nehmen nach Kaschau zu Bethlen Gabor, der ihn preis gegeben. Seine Truppen, die nicht gutwillig aus dem Lande weichen wollten, wurden zersprengt. Es blieb nur noch ein fester Platz übrig, die Stadt Glatz, in die sich Graf Thurn der Sohn mit einigen Truppen geworfen. Dort leistete er Widerstand bis tief in das Jahr 1622, für den Gang der Dinge im Großen ohne Wichtigkeit.

---

[1] Firnhaber 7. [2] A. a. O. 20.

[3] Sölti III, 82. Vgl. 16. Aus den Papieren Camerars. Firnhaber 122.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Auch mit den Fürsten und Ständen von Schlesien kam im Laufe des Jahres 1621 der Friede völlig zu Stande. Nachdem der von dem Kurfürsten von Sachsen ihnen angebotene Accord beiderseits besiegelt war, entsandten sie im Juni eine Deputation, zuerst nach Dresden, um das Fürwort des Kurfürsten bei dem Kaiser zu erlangen. Johann Georg gewährte es.[1] Sie begaben sich nach Wien und traten vor den Kaiser.[2] „Allda stunde Se. K. M. gegen dem Fenster an einem mit rothem Sammet bedeckten Tischlein ganz allein, bote Jeglichem unter uns Dero kaiserliche Hand, hörete darauf die Proposition, und gab darauf alsobald mit Dero kaiserlichem Munde diese erfreuliche Antwort: Ich habe angehört und mit mehrerm vernommen, was im Namen der Fürsten und Stände aus Schlesien durch Euch itzo vorgebracht. Wie ich mich nun der Gratulation und Glückwünschung gdst. bedanke, also weiß ich mich der J. L. dem Kurfürsten zu Sachsen aufgetragenen Commission gar wol zu erinnern. Es ist mir zwar leid gewesen, daß Fürsten und Stände sich so weit verleiten und in das böhmische Unwesen einmengen lassen. Weil sie aber nunmehr ihren Error erkannt, der Accord auch nach allem meinem Willen und Wohlgefallen mit ihnen geschlossen: so bleibt es billig dabei, und will ich ihnen alles dasjenige, so vorgegangen, bei Grund meines Herzens verzeihen. Es soll auch dessen ganz nicht mehr gedacht, sondern der getroffene Accord in allen seinen Puncten und Artikeln treulich gehalten werden. Ich will auch der Fürsten und Stände in Schlesien gnädigster Kaiser, König und Herr, so lange ich lebe, sein und bleiben. Dagegen ich mich versehe, Fürsten und Stände sich ihrem Erbieten nach jederzeit also erzeigen werden, wie es getreuen Fürsten, Ständen und Unterthanen geziemt."

Auf die Bitte der Deputation bewilligte der Kaiser, daß die Fürsten und Stände nicht aufs neue den Huldigungseid schwören, sondern den früher bereits geleisteten durch Handschlag bekräftigen sollten. Um im Namen des Kaisers dies Handgelöbnis zu empfangen, begab sich der Kurfürst Johann Georg mit einem stattlichen Gefolge nach Breslau. Der Eingang der Proposition, die er vorlegte,[3] hob nochmals als den Beginn der Unruhen hervor: „daß diejenigen, die, unter dem gesuchten Scheine der Religion, für sich selbst aber aus Begier, sich mit der Länder Schaden, Unheil und Ruin zu bereichern, dieser hochschädlichen Unruhe Anfänger und Urheber gewesen seien."

[1] Acta publica 1621 S. 221.
[2] A. a. O. 224. Ausführlicher dann 227 u. f. [3] A. a. O. 208.

Digitized by Google Origina from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In der Wirklichkeit traf doch dieser Rückblick nicht bloß den Grafen Thurn und den Herrn Wenzel von Ruppa und ihre Gefährten, sondern auch diejenigen schlesischen Fürsten und Stände, welche sich mit jenen Häuptern der Rebellion solidarisch gemacht hatten. Es war nun anders. Sie wünschten „Sr. Majestät die göttliche Vergeltung in einer friedlichen und langen Regierung."[1] Sie dankten für die Erlaubnis, die Erneuerung ihrer Pflicht nur durch Handschlag leisten zu dürfen. Sie gaben diesen Handschlag.

Aber der Kaiser verlangte Geld: eine halbe Million Thaler baar, und je 100,000 Thaler sechs Jahre hindurch. Nach unendlichen Klagen über „den elenden und bekümmerlichen Zustand, in welchen dies Land durch das unselige böhmische Unwesen eingeronnen,"[2] bewilligten die Fürsten und Stände zwar nicht den ganzen verlangten Betrag, jedoch 400,000 Thaler in sechs Jahren, und je 70,000 Thaler auf drei Jahre, so wie eine Biersteuer.[3]

Für mehrere Jahre herrschte dann in Schlesien der Friede.

---

[1] A. a. O. 210. [2] A. a. O. 210. [3] A. a. O. 213.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Siebentes Buch.

Das Jahr 1622.

Zweites Jahr des Parteigängerkrieges.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

1. Mansfeld in den ersten Monaten des Jahres 1622.

Während im Winter 1621/2 der Südosten des Reiches sich des hergestellten Friedens erfreuete, lastete auf dem Westen, namentlich auf den Landschaften des Oberrheines und Westfalens, mit schwerer Wucht ein bis dahin unerhörter Kriegesdruck. Dort war es Mansfeld, hier Christian, die, ohne andere eigene Kriegsmittel als die nach Verhältnis geringen Beisteuern der Generalstaaten oder des Königs von England, sich diese Mittel erst durch die Brandschatzung der Einwohner erwerben wollten.

Tilly hielt, wie er meldet, die Neckarpässe von Mannheim bis Heilbronn besetzt, damit nicht Mansfeld nach dem Odenwalde durchbreche. Mansfeld scheint nicht eine Absicht solcher Art gehabt zu haben. Einer seiner Officiere beschreibt sein Treiben mit den Worten: „Er will weder Vertrag, noch Versöhnung, und spottet der Gegner. Alle seine Gedanken gehen auf das eine Ziel, möglichst viel Geld, Soldaten und Vorräthe zu sammeln, um im nächsten Frühlinge mit 40,000 Mann Infanterie und 10,000 Reitern dazustehen. Zu diesem Zwecke wendet er, um den Leuten im Elsaß und der Umgegend das Geld herauszudrücken, sehr eigenthümliche Mittel an."[1]

Ein Kupferstich aus jener Zeit stellt Mansfeld als Bader dar, welcher Alle in seine Badestube ladet: protestantische Fürsten, Reichsstädte, geistliche Stände, Ritter und Edelleute, den Handwerker, den Bauersmann.[2] Er schröpft sie Alle und ihr blutiger Schweiß, hervordringend, wandelt sich in harte Thaler. Dennoch dürfte der klagende Bauersmann Recht haben mit den Worten:

Keiner wie wir badet so heiß,
Vielen geht aus der blutge Schweiß:
Unsre Noth ist nicht auszusagen,
Wie uns thut dieser Bader plagen.

---

[1] Das Schreiben bei Villermont, Tilly I, 160. [2] Scheible 292.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Immerhin mochte Mansfeld dort, wo es ihm geeignet erschien, auch die üblichen Redensarten anwenden. Indem er von der Stadt Landau 20,000 Fl. verlangte, ließ er sagen: es sei dies von ihrer Seite ein Opfer, das sie der Religion brächten; aber man solle nicht das Zeitliche dem Ewigen vorziehen. Die Stadt handelte ab auf 15,000 Fl.[1]

Es war die Regel, daß besonders die Reichsstädte gütlich mit Mansfeld abzukommen suchten. Auf die Anforderung des Kaisers, die Waffen gegen Mansfeld zu ergreifen, legte namentlich die Stadt Straßburg dies ihr Verhalten dar. „Die Macht Mansfelds ist so groß, antwortete sie, am 9. Januar, daß auch andere mächtigere Reichsstände beider Religionen friedlich mit ihm abzukommen suchen."[2] Der Rath von Straßburg bittet, ihn bei dem Mittelwege zu belassen, daß er die Stadt bewahre. Gegen die Aufnahme einer Besatzung beruft sich die Stadt auf den Vertrag von Aschaffenburg des Jahres zuvor.

In ähnlicher Weise wichen Ulm, Heilbronn, Speier und andere Reichsstädte zurück vor der Forderung, eine kaiserliche Besatzung einzunehmen.[3] Der bayerische Kriegscommissär Muggenthal war der Ansicht, daß alle diese Reichsstädte die Werbungen Mansfelds begünstigen. Es habe das Ansehen, als erstehe die Union aufs neue.[4] Denn es war offenkundig, daß auch der Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach, sowie Johann Friedrich von Württemberg Truppen warben — wie sie sagten — zur eigenen Sicherheit.

Dennoch würde es nicht richtig sein, die Reichsstädte im Südwesten insgesammt derselben Haltung anzuklagen. Am 21. März sagten achtundzwanzig Reichsstädte in Schwaben dem Kaiser Dank für seine Erklärungen und versicherten ihre Treue.[5]

Bei der zweifelhaften Haltung so vieler Reichsstände rieth Tilly schon gleich im Beginne des Jahres, daß Jeder, der den Mansfeld begünstige, für vogelfrei erklärt werden möge.[6] Der Erzherzog Leopold im Elsaß dagegen war der Meinung: weil Jedweder nur sich selber zu salvieren suche, so bleibe kein anderes Mittel, als dem Feinde mit Gewalt entgegen zu treten.[7]

[1] Strobel IV, 272. [2] Kriegsacten F. 45. [3] A. a. O.
[4] A. a. O. Vom 4. Januar. [5] A. a. O.
[6] A. a. O. Vom 3. Januar. Aus Weinheim.
[7] A. a. O. Vom 15. Januar.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Diese Gewalt oder Macht war nur nicht vorhanden. Wie jener mansfeldische Officier, so meldet auch Tilly, am 10. Januar: Mansfeld werbe so stark, daß man ihn für den künftigen Frühling auf 50,000 Mann schätze, ohne das, was ihm von Anderen zukomme.[1] „Dagegen aber sind wir so schwach, daß ich der gänzlichen Meinung: wenn ich mich jetzt ins Feld begeben und zugleich das Volk aus den Garnisonen nehmen müßte, ich gewis über 6000 streitbare Knechte und 1500 gesunde Reiter nicht haben würde. Dermaßen ist die Soldatesca ermattet, daß es zum Erbarmen ist."

Es waltete ein ähnliches Verhältnis ob wie im Jahre zuvor in Böhmen und der Oberpfalz. Der Herzog Maximilian als das Haupt der Liga konnte dennoch nicht werben nach seinem Ermessen, sondern war abhängig von der Bewilligung der Bundesglieder, die ihrerseits nicht geneigt waren, einen Hauptkrieg zu führen, sondern von denen Jeder für das aufgewendete Geld die eigenen Besitzungen geschützt wissen wollte. Der Herzog Maximilian meldet, am 13. Januar: er stehe in Zweifel, ob die Bundesglieder sich zu noch weiteren Werbungen entschließen werden. — Tilly dagegen rieth ihm, von solchen Berathungen als zu weitläufig abzusehen.

Massenhaft strömten die Klagen und die Bitten um Schutz aus dem Westen des Reiches bei dem Kaiser ein. Aber es stand Ferdinand II. nicht ein Reichsheer zu Gebote. Ungeachtet des Friedensschlusses mit Bethlen Gabor, erwiederte der Kaiser dem drängenden Herzog Maximilian, könne er doch die Truppen von dort aus nicht in das Reich senden. „Denn Ew. L. ist unschwer zu ermessen, daß wir uns in Betracht des Bethlen Gabor und der fast insgemein bekannten Unbeständigkeit der ungarischen Nation, als welche sich die Unruhen im Reiche leicht und etwa um einer gar geringen Ursache willen zu nutze machen könnte, von allem Kriegsvolke so gar nicht entblößen dürfen."[2]

Wie war das bei Mansfeld Alles anders! Er war an keine Rücksichten gebunden. Er hatte Geld, weil er es nahm. „Er hat, heißt es in einem Berichte vom 14. Januar, 100,000 Dukaten ausgetheilt, um dafür zu werben zu Roß und zu Fuß. Das Lauf- und Anrittsgeld soll stattlich sein. Wer für sein Leben fürchtet, läßt er sagen, solle sich nicht gebrauchen lassen. So könne er sich auch zu Monatssold nicht

[1] A. a. O. Vom 10. Januar. [2] Kriegsacten F. 45. Vom 31. Januar.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

verbinden: er wolle sie aber an Orten und Enden führen, da solle alles Beste im Überflusse sein." [1]

Unter solchen Umständen klagte der Erzherzog Leopold, von Breisach aus: „Hagenau ist in Mansfelds Händen. Das Geld, das die Stadt ihm hat zahlen müssen, verwendet er zu neuen Werbungen. Der Rhein ist bei Lauterburg im Stifte Speier so überfroren, daß das Eis Frachtwagen trägt. Auch das kommt Mansfeld zu statten. Ich bin weder mit Geld, noch Volk versehen, indem Mansfeld, theils durch die zu hoffende Beute, theils durch das hohe Lauf- und Anrittsgeld die besten Knechte an sich zieht." [2]

Auch sogar im Ankaufe von Waffen überbot Mansfeld. Leopold hatte einen Kaufmann nach Straßburg geschickt, um dort Musketen zu erhandeln, das Stück zu vier Thalern. Er erhielt die Antwort, daß Mansfeld für das Paar zwölf Thaler zahle, und alles nach Hagenau schaffen lasse. [3]

Nur Eine Stadt im Elsaß wagte es, Mansfeld zu trotzen. Es war Zabern. Der harte Frost zwang Mansfeld, von der Belagerung abzulassen. Dennoch forderte er dann von der Stadt 100,000 Thaler. Es ward ihm die Antwort: für dies Geld habe die Stadt Pulver und Blei gekauft. Wolle er es riechen, so möge er wieder kommen. [4] — Den Trotz der festen Stadt büßte das unglückliche Land. „Darauf, erzählt ein Straßburger Chronist, [5] hat Mansfelds gottloses Volk das ganze Land mit Rauben, Brennen, Schänden dergestalt ruiniert, und so grausam gehaust, daß dergleichen noch niemals erhört worden. Man sah rund um die Stadt herum nichts als Feuersbrünste in den Dörfern; ja man konnte öfters bis in sechszehn und mehr Feuer auf einmal zählen." — Der Oberst Obentraut, der im Übrigen als der beste Soldat unter Mansfeld genannt wird, streifte hinauf bis Basel.

Zugleich hatte damals Mansfeld den Staatsmännern der pfälzischen Partei die Mittel verschafft, einen, nach ihrer Meinung, schweren Streich auf die Politik des Kaisers und Maximilians zu führen. Die Vorsicht, mit welcher der Nuntius Caraffa die wichtigen Briefe vom October, unter ihnen das vorangeführte Handschreiben des Kaisers an Zuniga, über Brüssel nach Madrid hatte senden wollen, erwies sich nicht als probehaltig. Die Briefe wurden von den Mansfeldern aufgefangen und

[1] A. a. O. [2] A. a. O. Vom 4. Januar. [3] A. a. O. Vom 14. Januar.
[4] Strobel IV, 276. [5] Reuß, Straßburg 14.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dann an Camerar eingesendet. Er hoffte darin der anhaltischen Canzlei, deren Veröffentlichung in seinen Augen ein eben so schwerer Streich für seine Partei gewesen war, wie die Niederlage von Prag, ein gleich wiegendes Seitenstück entgegen zu stellen. Er veröffentlichte daher die gesammten Briefe mit seiner Einleitung unter dem Namen der spanischen Canzlei. „Ich hoffe, schreibt er, sie sollen nutzen, nachdem die anhaltische Canzlei viel Böses gestiftet hat.“ [1]

Da aus diesen Briefen zu Tage lag, daß der Kaiser vorlängst und aus sich das bindende Versprechen der pfälzischen Kurwürde an den Herzog Maximilian gegeben — da ferner daraus durchblickte, daß der Kaiser geneigt war, durch die Verleihung der Oberpfalz an Maximilian Oberösterreich für sich wieder einzulösen, die Unterpfalz dagegen dem Könige von Spanien für die geleistete Reichshülfe zu belassen: so konnte auf alle diejenigen, welche hofften, durch ihre Vermittelung für den Pfalzgrafen Friedrich etwas zu erreichen, die Veröffentlichung nicht günstig einwirken, besonders nicht auf den Kurfürsten von Sachsen, der darin persönlich gestreift war. Dadurch trat an den Kaiser die Nothwendigkeit heran, jene Entwürfe zu beschränken. Einen moralischen Erfolg dagegen von ähnlicher Art wie die anhaltische Canzlei konnte die spanische Canzlei nicht haben, weil sie zwar politische Geheimnisse enthüllte, nicht aber irgend welche mit Lug und Trug, mit Verrath und Felonie Jahrelang ausgesponnenen Plane des Umsturzes und der Rebellion bloß legte.

Der Papst Gregor XV. war so sehr eifrig für die Übertragung der Kurwürde auf Maximilian, daß er im Beginne Januar 1622 den Kaiser daran mahnen ließ.[2] Er wiederholte diese Mahnung im Februar durch den nach Wien entsendeten Cardinal Verospi.[3] Der Kaiser legte diesem den Stand der Dinge dar. Was die Sache selber betreffe, so habe er bereits im September durch ein Diplom den Herzog für die Kurwürde sicher gestellt. Der öffentlichen Einführung in das Collegium jedoch stehen noch Hindernisse entgegen, die der Herzog selber als so gewichtig anerkenne, daß er auf den Vollzug des Diplomes nicht dringe, vielmehr mit dem Kaiser dahin trachte, daß auf ehrenhafte Bedingungen beiderseits die Waffen niedergelegt werden. Es handele sich dabei namentlich um die Frage, ob und in wie weit der Pfälzer in Gnaden aufzunehmen

[1] Söltl III, 150.

[2] Kriegsacten F. 45. Savellis Bericht aus Rom, vom 4. Januar.

[3] A. a. O. F. 46. Dort auch die Antwort des Kaisers.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sei. Darüber habe der Kaiser die Ansicht der Infantin in Brüssel, so wie des Königs Philipp IV. zu vernehmen, habe auch bereits einen eigenen Gesandten, den Grafen Schwarzenberg, an den König von Großbritannien entsendet.

„Wenn durch diese Verhandlung, sagt weiter die kaiserliche Schrift, bei dem Könige von England erreicht werden kann, daß der geächtete Pfalzgraf sowie sein Bruder und seine Söhne der Kurwürde entledigt verbleiben: so wird ohne Verzug der Kaiser den Herzog in den Vollbesitz der Kurwürde einführen. Wenn jedoch dies Ziel nicht auf andere Weise als durch den Krieg zu erreichen ist: so sieht der Kaiser, bei der Erschöpfung der Schatzkammern der katholischen Fürsten, bei der Verwüstung ihrer Länder, bei der Zertheilung der Streitkräfte des Königs von Spanien, bei der Verringerung der kaiserlichen Truppen selber, längst klar vor Augen, wie beschwerlich, wie gefährlich, wie langwierig ein solcher Krieg sein würde, der das gesammte Deutschland in Mitleidenschaft ziehen kann. Bevor daher der Kaiser sich in einen solchen Krieg einlassen darf, ist ihm und allen katholischen Häuptern hoch daran gelegen, rechtzeitig zu erfahren, mit welcher Beihülfe und auf wie lange Se. Heiligkeit ihm zur Seite zu stehen entschlossen ist. Dann läßt sich alles im voraus genauer erwägen und feststellen. Denn nicht leichthin dürfen wir uns in einen Krieg einlassen, welcher für die katholische Sache in Deutschland diejenige Gefahr näher bringt, von der sie auch jetzt nicht weit entfernt ist — die Gefahr des völligen Unterganges."

Allein es war ja nicht mehr die Frage, ob man sich auf einen Krieg einlassen könne oder dürfe. Der Krieg war da, und dieser Thatsache gegenüber standen alle Verhandlungen in zweiter Linie. Die Thatsache desselben haftete wesentlich und hauptsächlich an derjenigen Persönlichkeit, welche die Fackel voran trug, nicht an Friedrich V., der den Namen hergab, sondern an Mansfeld.

Über ihn sagt in jener Zeit das damalige Pariser Zeitungsblatt, le Mercure Français: Chose étonnante qu'un homme qui n'a pour ainsi dire, ni feu, ni lieu, ni argent, ni parents, ni religion (car il n'était ni Catholique ni Protestant déclaré), se fasse ainsi également redouter et rechercher par toutes les puissances de l'Europe.[1]

[1] Bougeant I, 143.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Qualität, welche dem Mansfeld diese Stellung in der Welt gab, war diejenige des Söldnerfürsten — man darf hinzusetzen: des freien. Mansfeld war an die Sache Friedrichs V. nicht gebunden. Bereits hatte er bei Ludwig XIII. angeklopft, und wie die Folgezeit darthun wird, Gehör gefunden. — Vom Elsaß aus hatte er angeknüpft mit der Republik Venedig. Die Signoria, die Bedenken getragen hatte gegen ein Bündnis mit Bethlen Gabor, nahm, noch vor dem Schlusse des Jahres 1621, den Mansfeld in Bestallung auf fünf Jahre. Er erhielt 12,000 Dukaten jährlich, mit der Verpflichtung, auf den Ruf der Republik ihr zu dienen gegen wen immer, ob offensiv, ob defensiv, und in diesem Falle 25,000 Mann für die Republik zu werben. Außerhalb der Grenzen der Republik solle er keinen Oberen haben, nur innerhalb derselben den, welchen die Signoria ihm setze. Einstweilen forderte sie nicht von ihm, daß er den Dienst des Pfalzgrafen aufgäbe.[1]

Diesem seinem nominellen Dienstherrn schickte Mansfeld damals einen Hauptmann Ferenz, um über den Austritt aus der Oberpfalz zu berichten und weitere Forderungen zu stellen.[2] Ferenz soll darlegen, daß der Abzug aus der Oberpfalz, durch welchen Mansfeld diese dem Herzoge Maximilian hingegeben, unvermeidlich gewesen, daß dagegen, da die Unterpfalz das Heer nicht zu ernähren vermöge, der Einbruch in das Fürstbisthum Speier zum Vortheile gereiche, weil dadurch Mansfeld aus der Defensive zur Offensive übergegangen sei. — Der Einbruch mochte ein Vortheil für Mansfeld sein: er war es nicht für die Sache Friedrichs.

Mansfeld versichert dann seine Treue, so lange er im Dienste des Pfalzgrafen verbleiben werde. Dagegen bittet er, daß Friedrich ihm die erforderlichen Mittel verschaffe, und schildert zu diesem Zwecke durch Ferenz das bisherige Verhalten der Truppen. „Die Soldaten, sagt er, sind zur Zeit einigermaßen zufrieden und viele andere stellen sich ein, weil es nothwendig erscheint, ihnen das Beuten hier und da zu gestatten." Er führt dies weiter aus, nämlich: „daß, um von den Soldaten nicht zu reden, mehrere Kriegsofficiere manchmal eher darauf sinnen, ihre Beute in Sicherheit zu bringen, als ihre Ehre zu bewahren. Und doch wäre es Ew. Majestät nicht zu rathen, die Armee länger lediglich mit Beute zu befriedigen." Eine genauere und bestimmtere Schilderung des

[1] Zwiedinek-Südenhorst I, 191 und 305.

[2] Der Vortrag des Ferenz ausführlich bei Villermont, Mansfeld I, 365.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Treibens der Söldner, die nur auf Beute angewiesen waren, haben wir von Mansfeld selber früher vernommen (Bd. I, 543).

Jene Darlegung bahnt für Ferenz im Namen von Mansfeld den Weg zu seinen Forderungen. Diese sind: so bald wie möglich 300,000 Gulden baar; ferner die Generalstaaten dahin zu bestimmen, daß sie fortfahren, die bewilligten 50,000 Gulden monatlich zu zahlen; dann Fürsorge zu treffen, daß zum 1. April der Betrag für zwei Monatsolde bereit liege, damit die Armee gemustert und sofort ins Feld geführt werden könne. Endlich verlangt Mansfeld für sich das allgemeine und absolute Commando. Dies bezog sich auf den englischen General Vere, der in der Unterpfalz diese Stellung für sich in Anspruch nahm.

Im Falle der Pfalzgraf diese Forderungen nicht bewillige, ließ Mansfeld durch Ferenz um seine Entlassung vor dem Monate April ersuchen. Er hoffe jedoch, daß die Generalstaaten im eigenen Interesse, um den Krieg von sich fern zu halten, alle Mittel gewähren werden. Entschließe sich Friedrich zur Fortsetzung des Krieges, so möge er selber sich zur Armee begeben.

Friedrich hatte von seinem Schwiegervater Jacob jene 30,000 Pfund Sterling erhalten, welche Lord Digby dem Mansfeld zu den von ihm gegebenen in Aussicht gestellt. Aber er hatte dies Geld fast ganz vertheilt zwischen Mansfeld, Vere, Christian. Den neuen Forderungen Mansfelds konnte er nicht willfahren. Die Generalstaaten ihrerseits hielten die feste Linie ihrer Politik inne, den Kriegesbrand in Deutschland nicht erlöschen zu lassen. Darum waren sie zur Erfüllung der einen Forderung Mansfelds zu bewegen, die 50,000 Gulden monatlich auch ferner zu zahlen. Darüber hinaus gingen sie nicht, weder auf die Bitten Friedrichs, noch Mansfelds selber.

Die Verlegenheit Friedrichs stieg, als nun auch ein Bote des Generals de Vere im Haag eintraf, mit Bitten und Klagen, deren Ziel zu einem bedeutenden Theile Mansfeld war.

Friedrich hatte seit langer Zeit den Gedanken bei sich erwogen, den sein Schwiegervater früher wiederholt ihm nahe gelegt, daß er selber in Person sein Erbland zu vertheidigen habe. Die von Mansfeld her an ihn ergangene Aufforderung, die Verlegenheit, in welcher er sich den beiden Heerführern gegenüber befand, wirkte bestimmend auf ihn. Er kündigte, noch im Januar, den Generalstaaten seinen Entschluß an.[1]

---

[1] Villermont, Mansfeld I, 373.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bis zur Ausführung indessen verging noch eine lange Zeit. Während derselben finden wir den rastlosen Mansfeld mit anderen Entwürfen beschäftigt, die nicht die Sache Friedrichs betrafen, sondern sein eigenes Interesse.

2. Mansfelds Unterhandlungen mit der Infantin.

Noch vor dem Schlusse des Jahres 1621 finden sich in einem Briefe eines mansfeldischen Officiers die Worte: „Die Vertheilung der zu erobernden Länder ist bereits gemacht, und Mansfeld bekommt davon seinen dicken Theil.“ [1]

Am 13. Januar 1622 macht der Herzog Maximilian den Kaiser aufmerksam auf das verschiedene Verhalten des Mansfeld zu den Ländern am Oberrheine, die er durchzieht.[2] „Er hat Speier und Mainz, so weit er dies abreichen konnte, geplündert, nicht besetzt; aber, sobald er in Ew. M. und Dero Hauses Lande gerückt, allda sich zum Herrn gemacht und öffentlich zu erkennen gegeben, daß er sie zu besitzen begehre.“ — Wir erblicken hier den Keim eines Planes, der in den folgenden Wochen sich weiter entwickelte.

Mansfeld hatte im October 1621 seine Unterhandlung mit dem Herzoge Max abgebrochen durch seine Flucht. Aber die Sache war so verlaufen, daß man in Brüssel und in Madrid eher geneigt war, dem Herzoge die Schuld des Abbruches beizumessen als dem Mansfeld. Darauf hin durfte dieser einen abermaligen Versuch der Anknüpfung wagen. Schon im November war eine neue Meldung von ihm in Brüssel. Dies Mal schrieb er an Peter Ernst von Rollingen, Erblandmarschall von Luxemburg, mit welchem ihn eine Jugendbekanntschaft verband.[3] Derselbe Mansfeld, der nachher in seiner Apologie gedruckt in die Welt ausgehen ließ: er habe in der Oberpfalz die Unterhandlung nur zum Scheine angesponnen, behauptete vor Rollingen: seine Unterhandlung mit Chalon sei deshalb nicht zum Ziele gekommen, weil der Herzog von Bayern ihm die versprochenen Artikel nicht gehalten, sondern mit Gewalt aus der Oberpfalz getrieben habe. Deshalb sei er gezwungen in die Unterpfalz gekommen. Er wünsche nichts so sehr, als von dem Hause Oesterreich zu Gnaden angenommen zu werden; doch wolle er

[1] Der Brief bei Villermont, Tilly I, 160. [2] Kriegsacten F. 45.

[3] Zahlreiche Actenstücke über diese Unterhandlung bei Villermont, Mansfeld I, 347.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sich ungern wieder mit Chalon einlassen. Rollingen möge sich zu ihm nach Hagenau begeben.

Abermals also ging für die friedensbegierige Infantin die Hoffnung auf, durch Geldopfer des einen Mannes ledig zu werden, an dessen Person die Fortdauer des Kriegeszustandes haftete. Sie war geneigt, und erhielt die Zustimmung des Königs Philipp IV. Auch die Fürstbischöfe der Liga, wenn auch mit dem Ausdrucke des Mistrauens gegen Mansfeld, erklärten einer nach dem anderen sich bereit, für die früher bei dem bayerischen Accorde mit Mansfeld vereinbarte Summe je ihren Beitrag zu entrichten. Am 29. Januar ward zu diesem Zwecke eine gemeinsame Resolution gezeichnet. Das Actenstück enthielt jedoch noch mehr. Um einer etwaigen Arglist des Mansfeld vorzubeugen, wollen die Bundesfürsten nicht bloß ihre Truppen unter den Waffen halten, sondern auch dieselben, unter der Leitung des Bundesobersten Maximilian, bis zu 20,000 Mann verstärken, und ersuchen die Infantin, auch ihrerseits denselben Entschluß zu fassen.[1]

Demnach zog nach dieser Richtung hin der Antrag des Mansfeld eine Consequenz nach sich, die er am wenigsten beabsichtigt haben konnte.

Rollingen trat mit Mansfeld in Verhandlung. Aber die Erwartung in Brüssel und bei der Liga, mit Mansfeld auf Grund des früheren Vertrages von Waidhausen abzukommen, erfüllte sich nicht. Der Vergleich der Stellung Mansfelds im Anfange des Jahres 1622 mit derjenigen im October 1621 steigerte für ihn seinen Preis. Unter anderem hob er hervor, daß er seit jenem Vertrage von Waidhausen seine Armee mit großen Kosten sechs Monate lang unterhalten habe.[2] — Die Thatsachen, auf wessen Kosten der Unterhalt beschafft war, lagen himmelschreiend vor Augen. Allein die Infantin wollte nun einmal gütlich mit dem furchtbaren Manne abkommen. Am 28. Februar bewilligte sie seine Forderungen, weit hinaus über jenen Vertrag vom October 1621. Außer den Summen, welche dieser ihm gewährte, soll Mansfeld von Spanien 100,000 Goldthaler erhalten. Er soll als General über 7000 Mann in den Dienst der Infantin treten, nur von ihr und von Spinola Befehle empfangen. Er soll ein Jahrgeld von

[1] Villermont, Mansfeld I, 352.

[2] Correspondance de Wallenstein etc.: Comme le dit S. C. de Mansfeld depuis le dict traicté a entretenu son armée à grands frais l'espace de six mois, il demande etc.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

12,000 Kronthalern beziehen. Die Infantin wird sich bemühen, daß Mansfeld die Statthalterschaft der Landvogtei Hagenau und die Würde eines Reichsfürsten erhalte.

Rollingen bekam von der Infantin den Auftrag, auf seiner Rückkehr zu Mansfeld den Fürsten der Liga die Bewilligungen zu eröffnen. Sie zweifelten, namentlich Philipp Christoph von Speier. Dennoch versprachen sie, dem Sinne der Infantin gemäß zu handeln.

Mansfeld wartete die Ankunft Rollingens nicht ab. Er schickte ihm einen Trompeter entgegen mit der Meldung, daß die Sache nicht verborgen geblieben sei, daß er darum seiner Ehre wegen den König Friedrich im Haag habe in Kenntnis setzen müssen, und dessen Antwort erwarte. Er bitte Rollingen, einstweilen ihm die Resolution der Infantin einzusenden und sich zu gedulden.[1] — Philipp Christoph von Speier meldete dem Kaiser seine Ansicht: „Eben so wenig wie mit Lucifer, ist mit diesem Menschen ein Accord zu treffen."[2]

In der Wirklichkeit hatte weniger der Pfalzgraf Friedrich vom Haag aus auf Mansfeld eingewirkt, als der Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach. Dieser wußte noch auf lange hin die eigentliche Absicht seiner Rüstungen mit Erfolg zu verhehlen. Nur dem Mansfeld gegenüber hielt er auf die Kunde von dessen Unterhandlungen nicht zurück. Wenn Mansfeld für die Sache Friedrichs gegen das Haus Oesterreich und Spanien ausharre, schrieb ihm der Markgraf, so werde er alle seine Macht einsetzen, um ihn in dem Besitze der Landvogtei Hagenau und des Fürstbisthumes Speier zu erhalten.[3] Die Versprechungen gingen noch weiter. „Wiewohl nun dies sehr fremde und seltsame Händel sind, schreibt der Kurfürst von Mainz dem Kaiser, so erzeigen sich die Sachen doch dermaßen, daß man nicht Ursache hat einigen Zweifel darin zu setzen."[4] Johann Schweikard sieht damit die Unterhandlung des Mansfeld mit der Infantin als abgebrochen an.

In Wirklichkeit jedoch wollte Mansfeld Zeit gewinnen. Er schützte bei Rollingen die Nothwendigkeit einer Reise vor. Die Reise galt einem Anschlage auf Kaiserslautern, in welcher Stadt Mansfeld Anknüpfungen hatte. Der Anschlag ging fehl.

---

[1] Villermont, Mansfeld I, 337. Vom 10. März.

[2] Kriegsacten F. 46. Vom 13. März.

[3] Villermont, Mansfeld I, 357. [4] Kriegsacten F. 47. Vom 28. März.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Am 9./19. März formulierte Mansfeld in Hagenau seine Forderungen auf's neue.[1] Sie überstiegen weitaus die früheren. Er erbot sich im Dienste der Infantin zwölf Regimenter Infanterie zu je 3000 Mann zu führen und 5000 Mann Cavallerie. Für den Besitz der Landvogtei Hagenau mit Zubehör berief er sich auf das Kriegesrecht der Eroberung. Er verlangte ferner, daß der Markgraf von Baden in den Vertrag mit einbegriffen werde. — Er gab für die Resolution drei Wochen Frist. Den Forderungen legte er ein eigenhändiges Schreiben an die Infantin bei, mit dem Ausdrucke seines Wunsches, ihrem Befehle gehorchen zu dürfen.

Mansfeld fühlte sich des bleibenden Besitzes von Hagenau bereits so sicher, daß er am 3. April den Grafen Georg Ludwig von Löwenstein als seinen Statthalter in der Regierung einsetzte, und durch einen Revers denselben zur Treue bis auf den letzten Blutstropfen verpflichtete.[2]

Unterdessen gelangten die Berichte Rollingens mit seinen Zweifeln nach Brüssel und von da nach Madrid. Hier wie dort war man, um der Gefahr vor diesem Menschen ledig zu werden, willig zu weiteren Concessionen an ihn. Zugleich jedoch ging man ein auf die Vorstellungen Spinolas in Brüssel, welcher, ohne der Verhandlungen mit Mansfeld zu gedenken, die Armee Cordovas zu verstärken rieth.[3]

Demnach hatte Mansfeld auch nach dieser Seite ähnlich wie zuvor bei der Liga, durch das Anknüpfen und das Hinziehen seiner Verhandlungen den Anlaß für etwas gegeben, was er nicht beabsichtigt hatte — die Verstärkung der Armeen wider ihn. Nicht jedoch hatte er erreicht, was er im Haag erstrebt, die Gewährung derjenigen Geldmittel, welche, zur Zahlung des Soldes verwandt, gedient hätten, seine Schaaren kriegsfähiger zu machen. Der Zustand, wie er ihn mit leisen Strichen dem Winterkönige angedeutet, dauerte fort und mußte demgemäß sich verschlimmern.

Mansfeld hatte für die Resolution auf seine letzten Forderungen eine Frist von drei Wochen gestellt. Bevor wir daher die Lösung des Knotens ins Auge fassen, haben wir uns zurückzuwenden zu dem gleichzeitigen Treiben des Herzogs Christian, der in ähnlicher Weise wie Mansfeld Armeen zu errichten beflissen war.

---

[1] Villermont, Mansfeld I, 360.
[2] Kriegsacten F. 61.
[3] Villermont, Mansfeld I, 359.

Digitized by Google Origina from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

3. Herzog Christian von Braunschweig in Westfalen.

Auf jenes Erbieten des Kaisers vom 13. December hatte Christian nicht geantwortet. Die Antwort bestand in seinem Thun. Sein erster Zug war misglückt. Vom Busecker Thale aus wandte er sich zurück, um in den Fürstbisthümern Westfalens Kräfte zu sammeln zu einem zweiten.

Der Anmarsch Christians galt zunächst dem Stifte Paderborn, welches wie Münster und Hildesheim, dem Kurfürsten Ferdinand von Köln unterthan war. Es liegt nahe, daß diese Länder mit vereinten Kräften eine Heeresmacht hätten aufstellen können, stark genug jeden Versuch Christians abzutreiben. Der Kurfürst Ferdinand hatte, wie nachher seine Räthe den Ständen von Münster vorhielten,[2] wiederholt Schritte in dieser Richtung gethan. Sie hatten keinen Erfolg. Wie der Herzog Christian bei seinem Beginne, im September 1621, diese Länder gefunden hatte, fast völlig wehrlos, eben so traf er sie wieder gegen das Ende des Jahres, nach seinem verunglückten ersten Zuge.

Christian rückte, gegen Ende December, in das Stift Paderborn ein, ohne den fürstlichen Räthen in Paderborn auch nur eine Anzeige davon zu machen. Sie entsendeten an ihn eine Deputation mit der Bitte, das Stift wieder zu räumen.

Christian erwiederte, auch dies Mal, wie es scheint, persönlich: „Auf Euer unterthäniges Bitten bleibt Euch zur Antwort unverhalten, daß Wir selbsten Uns solches (den Einmarsch) vorgenommen und vorlängst gewillt sind, Euch zum Trotze, mit den Unsrigen allhie und dieser Orten einzulogieren. Und sofern Ihr Uns im geringsten angreifen und die Courage haben würdet, mit Uns zu fechten und thun zu delogieren. So haltet vor gewis dafür, daß Wir nichts Lieberes als solches sehen, und befürchten Uns vor Euch nichts, es sei bei Tage oder bei Nacht; sofern Ihr aber bei Nacht solches gesinnet zu thun und zu Werk zu richten, So wollen Wir Euch solche Gelegenheit mit Anzündung der Dörfer machen, daß Ihr desto besser sehen und Euere Hahnenfedern anzuführen habt. Dann Wir nicht als Freunde, sondern als Feyandt[3] hierhin sein kommen. Wornach Ihr Euch zu richten."

Auch dann noch hielten Domcapitel und Räthe mit der Absendung von Bevollmächtigten zur Verhandlung über die Abfindung zurück. Darum

[1] Kriegsacten F. 45. [2] Weskamp, Christian 130.

[3] Das holländische vyand. Meine Abschrift hier aus Kriegsacten F. 44 weicht etwas ab von derjenigen bei Mittendorf 17.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

meldet er ihnen abermals am 23. December / 2. Januar: er spüre wohl ihre Halsstarrigkeit und bösen Willen wider ihn. „So wollten wir Euch doch zum Überfluß am fleißigsten gewarnet haben, wofern Dieselben sich nicht ein Anderes stündlich im Augenblicke erklären, damit wir einen Frieden haben, daß wir alsdann sonder weiter Avisen das ganze Stift abbrennen und alle Bauern und Angehörige niederhauen und schießen werden lassen, daß darüber Kindes-Kinder sich werden zu beklagen haben."

Christian forderte von der Paderbornischen Geistlichkeit 100,000 Thlr., von den übrigen Landständen 150,000 Thaler, von der Judenschaft im Paderbornischen 30,000 Thaler.[1] Dies waren die ersten Ansätze, über die jedoch dann noch vielfältig verhandelt wurde.

Diese Contributionen im Großen waren die minder schwere Last im Vergleiche zu denjenigen, welche die einzelnen Ortschaften und Gehöfte trafen. Die Ankündigung geschah durch Brandzettel, Stücke Papier, die entweder an allen vier Ecken angebrannt waren, oder ein Brandloch in der Mitte zeigten, mit der Umschrift: „Feuer, Feuer! — Blut, Blut!"[2] — Es waren das nicht leere Worte. Die Brandmeister, die unter diesem Namen Christian mit sich führte, verstanden sich darauf, eine Ortschaft, ein Gehöfte so anzuzünden, daß das Feuer nichts Brennbares übrig ließ.

Das Gerücht dieser wilden Zügellosigkeit durcheilte die Länder. An den Kaiser trat dringend die Frage heran, was zu thun. Auf seine Aufforderung berichtete, am 14. Januar, der Reichshofrath: „Am selben Tage, von welchem der Herzog Christian jenes Schreiben (vom 9./19. November) an Ew. K. M. datiert, hat er einen ganz ärgerlichen Absagebrief an die Kurkölnischen Räthe zu Paderborn abgehen lassen, und nachher die von Kurmainz und dem Landgrafen Ludwig geklagten Gewaltthaten verübt. Die Schreiben des Herzogs lauten fremd und beschwerlich."[3] Der Reichshofrath erneuert seinen Beschluß einer nochmaligen Abmahnung an den Herzog Christian. „Denn sonst könnten Ew. K. M. nicht vorbei, auf das Anrufen der Geschädigten wider ihn der Gebür und den Reichsgesetzen nach zu verfahren."[3] — Die Worte lassen erkennen, wie sehr der Kaiser zurückscheuete vor dem Worte der Reichsacht über den Sohn des einstigen Heinrich Julius.

[1] Weskamp, Christian 50. [2] A. a. O. [3] Kriegsacten F. 45.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Zugleich ließ der Bruder Friedrich Ulrich am 6./16. Januar abermals eine dringende Abmahnung an Christian. Darin heißt es: „Wir bitten nochmals aus rechtschaffenem treuem Herzen, ermahnen ganz brüderlich so treu und fleißig wie möglich, und bitten, Sie wollen in Sich selber schlagen, die hohen und großen Gefahren, den endlichen Ruin und Untergang Ihrer Wohlfahrt, die Verkleinerung Ihres fürstlichen Hauses und Namens, hingegen aber den reichen Segen Gottes, unserer hochlöblichen Vorfahren rühmliche Thaten, der zur Zeit regierenden K. Kaiserlichen Majestät treuherziges Bezeigen — hochvernünftig und wohl erwägen, und, dieweil es noch Zeit, abstehen von solchen Kriegsexpeditionen und Verheerungen der armen unschuldigen Leute, deren Thränen zum Himmel steigen."[1] Friedrich Ulrich mahnt weiter den Bruder an das Flehen und Bitten der gemeinsamen Mutter. — Es blieb vergeblich.

Es war dem Herzoge Christian um die festen Plätze zu thun, zunächst Lippstadt, welches eine Besatzung von 40 Mann im Dienste der Infantin Isabella hatte.[2] Hier tritt die eigentlich kriegführende Macht klarer hervor: der Graf Styrum forderte die Übergabe im Namen der Generalstaaten und des Prinzen Moritz von Oranien. Die zum Theile calvinischen Bürger mögen für die Übergabe gestimmt haben; jedenfalls hatte ein Widerstand geringe Aussicht auf Erfolg. Styrum zog ein, und Christian ersah sich dann Lippstadt zum Hauptquartiere.

Weiter galt es der Stadt Soest. Auch sie wurde im Namen der Generalstaaten aufgefordert. Der Rath berief sich auf die von den Generalstaaten anerkannte Neutralität der Stadt. Es war vergeblich. Er erkaufte sich Frieden für 4000 Thaler.[3] Der Friede währte nur einige Tage. Dann erschien vor den Thoren Christian selber mit bewaffneter Macht, und mit der üblichen Androhung von Feuer und Schwert. Nach einigem Widerstande zog der Rath vor zu capitulieren. Die Stadt mußte Besatzung einnehmen und zahlen.

Es handelte sich weiter um die Hauptstadt des Stiftes Paderborn. Diese wäre im Stande gewesen sich zu wehren; aber die Bürgerschaft war getheilt. In vielen deutschen fürstbischöflichen Städten, die nicht reichsunmittelbar waren, hatten im Laufe des Jahrhunderts zuvor die Stadtobrigkeiten die kirchliche Jurisdiction sich angeeignet und somit das Local-Kirchenthum begründet, welches man das Evangelium zu nennen

[1] Celler Briefarchiv. [2] Opel I, 323. [3] A. a. O. 325.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

pflegte. In sehr vielen Fällen, wie in Hildesheim, Osnabrück und anderen gelang es, dies Local-Kirchenthum zu behaupten auch gegen den Fürstbischof, der auf Grund des Augsburger Religionsfriedens das Reformationsrecht, das Recht des cujus regio, ejus religio, als höchstes Regal für sich in Anspruch nahm. Ungeachtet der Schürung durch den Landgrafen Moritz von Hessen, die auf Calvinismus deutet, gelang es nicht in Paderborn. Der Bischof Dietrich von Fürstenberg mit der Hülfe des Grafen Johann von Rietberg brach die Macht des Rathes, 1604, und setzte das landesfürstliche sogenannte Reformationsrecht durch. Die Stadt Paderborn ward wieder katholisch.

Die Erinnerung dessen was im Jahre 1604 geschehen, war im Jahre 1622 noch frisch genug. Es lebten nicht bloß Söhne der damals Gefallenen und Hingerichteten, sondern auch solche Persönlichkeiten, die damals sich betheiligt.[1] Einer derselben, Arnold Drohm, der mit Anderen nach Lippstadt zum Herzog Christian entsendet war, um mit diesem zu unterhandeln, rieth statt dessen ihm an, zuzugreifen, und versprach ihm die Thore zu öffnen.

So geschah es. Am Abend des 31. Januar zog Christian in Paderborn ein, mit ihm kam „eine unsägliche Menge Soldaten zu Roß und zu Fuß, mit unzähligen losen Weibern, Buben und dergleichen unnützem Gesindel.“[2] Der junge Herzog nahm sein Quartier im Collegium der Jesuiten, die er jedoch ebenso wie die Kapuziner, nicht unfreundlich behandelte. In der Frühe des nächsten Morgens begab er sich mit Gefolge in den Dom; denn dort, hatte man ihm gesagt, seien unermeßliche Schätze der Jahrhunderte verborgen. Gemäß dem Berichte der Patres,[3] „gebot er alle Reliquiare wie er sie dort fand, sowie alles was an edlen Metallen erreichbar war, in seine Wohnung im Collegium zu tragen. Als darunter auch eine Monstranz mit dem Sanctissimum sich befand, gab er sie einem der Unseren, sie zu den Domherrn zurückzubringen. Vor den Reliquien des hl. Liborius nahm er den Hut ab, und bot sie den Unseren, die dabei standen, zum Verehren und zum Küssen dar. Um diese Zeit, zwischen neun und zehn Uhr Morgens, erblickte man bei hellem Himmel drei leuchtende Sonnen.“ — Eben dasselbe

[1] Löher 324 und 113.

[2] Weslamp, Christian 77. Aus einem Paderborner Berichte.

[3] Die Stelle aus der Historia collegii Pad. S. J., abgedruckt bei Opel I, 330.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wird aus Straßburg berichtet mit den Worten: „Den 22. Januar st. v. Vormittags um 10 Uhr sah man bei hellem Wetter und großem Schnee und Kälte drei Sonnen am Himmel stehen und einen schönen Regenbogen darum, so von vielen tausend allhier gesehen. Ich war damals zu Nürnberg, wo ich es auch gar eigentlich gesehen. Es ließ sich auch ein Wunderzeichen um den Mond sehen, welches dann lauter böse signa waren, wie erfolget."[1]

„Der Herzog Christian, meldet weiter der Paderborner Bericht, auf die Erscheinung aufmerksam gemacht, betrachtete sie sehr eifrig, nahm dann ein Blatt Papier, zeichnete aus freier Hand sie treffend ab und reichte uns die Zeichnung Hernach begab er sich mit den gesammten Kirchenschätzen und den Kanonen der Stadt wieder nach Lippstadt."

Unter diesen Kirchenschätzen wird eine Kiste angegeben, die sich unter dem Hochaltare verborgen fand, enthaltend 8000 Goldstücke zu je sechs Thaler an Werth.[2] Der für den Herzog Christian wichtigste Gegenstand war ein Schrein von sargähnlicher Gestalt, das Reliquiar für die Gebeine des h. Liborius, aus gediegenem Silber, stark vergoldet und mit werthvollen Steinen besetzt. An den Langseiten des Reliquiars befanden sich die in Silber getriebenen Bilder der Apostel. Das Gewicht des Kunstwerkes betrug 800 Pfund.

Schon bei den Zeitgenossen[3] treffen wir die Sage von einem spöttischen Danke Christians an die silbernen zwölf Apostel, daß sie so lange seiner geharrt und daß er sie nun in alle Welt senden werde. Der Bericht der Jesuiten, die, wenigstens in ihrem Collegium, Augen- und Ohrenzeugen seines Verhaltens bei den Reliquien waren, ist mit der Sage kaum vereinbar. Thatsächlich war, daß Christian das Silber dieses Reliquiars zu den bekannten Thalern ausprägen ließ, mit der Aufschrift: „Gottes Freund, der Pfaffen Feind", und aus der Thatsache konnte leicht die Sage erwachsen.

Um das Urtheil jener Zeit über das Sacrilegium Christians nicht bloß im Dome, sondern in allen sechs Pfarrkirchen der Stadt Paderborn klar zu stellen, haben wir nicht bei Katholiken oder Lutheranern anzufragen. Daß es diese insgesammt davor schauderte, bedarf nicht eines Nachweises. Daß bürgerliche deutsche Calvinisten den Raub nicht billigten, darf nach Maßgabe aller anderen menschlichen Verhältnisse angenommen

[1] Reuß, Straßburg 15.

[2] Weskamp, Christian 79. Auch für das Folgende.

[3] Im Theatrum E. I, 698.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

werden. Es kommt nur darauf an, über einen Eingriff solcher Art das Urtheil eines calvinischen Fürsten jener Zeit einzuholen.

Im Jahre 1620 schlug das Geheimrathscolleg von Brandenburg vor: der Kurfürst möge befehlen die im Dome bei Seite gesetzten Götzenbilder, mit denen in Zukunft vielleicht noch mehr Abgötterei getrieben werden könne, zu Thalern auszuprägen, an denen es im Lande fehle. Freilich sei der letzte Wille und Befehl der in Gott ruhenden kurfürstlichen Eltern dagegen; doch werde es wohl zu entschuldigen sein. Der sonst so gefügige, schwache Kurfürst hatte dießmal den Muth den Antrag abzuschlagen.[1] „Denn, erklärte er, darüber ist unserer Vorfahren äußerste Verfluchung vorhanden, auch würde hierdurch das Land gar nicht befreit, uns dagegen ein äußerst böser Name gemacht werden." Der Kurfürst schlug dieß ab im eigenen Lande für Kirchenschätze, auf die er nach der Praxis des Calvinismus wenigstens einigen Anspruch hatte. Danach darf man annehmen, daß die Meinung über das Verfahren des Herzogs Christian in Paderborn sich außer dem Haag an wenigen Orten einer Billigung erfreut haben werde.

Überhaupt schauete unter den nichtbetheiligten Fürsten vielleicht nur Einer zustimmend auf dies Treiben, in welchem die Namen Mansfeld und Christian hervorragen. Es war Gustav Adolf von Schweden. Er hatte in Upsala genauere Kunde als der Kaiser in Wien, daß der Markgraf von Baden-Durlach zur Schilderhebung bereit stand.[2] Er ließ durch seinen Schwager Johann Casimir den Markgrafen „erinnern, daß die Fürsten in Deutschland viel zu spät meinen Rath ergriffen haben, als nämlich die Pfaffen anzugreifen, und weil es nun endlich von Grafen Mansfeld und Herzog von Braunschweig ist angefangen, so wünsche ich Glück zum Handel, und will hoffen, so es recht administrieret wird, alle Dinge möchten sich noch herstellen."

Christian selber wußte sehr wohl, daß er mit seinem wilden Thun und Treiben unter den Fürsten in Norddeutschland ganz allein stand. Es war nicht seine Weise sich in Schweigen zu hüllen: vielmehr redete er manches Wort, das von seiner Umgebung aufgefangen und weiter berichtet wurde.[3] Er sagte offen: der Däne, nämlich sein Oheim Christian IV., seine Mutter, sein Bruder, die Fürsten des niedersächsischen Kreises mahnen ihn

[1] Cosmar 156. [2] Styffe 354. Vom 3. April.
[3] Kriegsacten F. 45. Halberstadts Verlautungen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ab: er aber lache ihrer. Wenn auch der niedersächsische Kreis gegen ihn werben wolle: er achte es nicht. Auch sein Stammesvetter, der Fürstbischof Philipp Sigismund von Osnabrück, habe ihm ein Schreiben geschickt. Er habe es nicht lesen wollen; denn jener habe ihm nichts zu befehlen. Nur wenn man ihm Schreiben von Mansfeld bringe, werde er Folge leisten. Der Kaiser habe ihn in die Reichsacht erklärt — was nicht richtig war —; aber den Boten, der ihm die Acht insinuiere, werde er hängen lassen, und dann auch den Kaiser und den Kurfürsten (von Köln) in die Acht erklären. Alle Contributionen, welche die Stifter für die Liga heimlich geleistet, seien durch aufgefangene Briefe ihm bekannt geworden: eben so viel wolle er auch haben. Lieber wolle er tausendmal sterben als den Kaiser um Verzeihung bitten. In diesem Jahre sollen 136,000 Mann zu Felde kommen, und er wolle dann Kurfürst von Köln werden.

Diese Zahl ist die höchste, die wir vernehmen. Eine Übersicht aus dem Mansfeldischen Lager bringt, mit Hinzurechnung aller derer, welche sich abwartend verhielten, „die Summa Summarum alles Volkes, so Ihrer Majestät dem Könige Friedrich zu Hülfe geworben, zu Roß und zu Fuß, auf 128,000 Mann."[1]

Zwischen Mansfeld und Christian ist dennoch, so ähnlich sie sich sehen, ein großer Unterschied. Der Erstere geht zunächst und vor allen Dingen auf seine persönliche Bereicherung aus. Namentlich will er ein Fürstenthum für sich. Anders Christian. Er setzt sein zu erbendes Fürstenthum aufs Spiel. Er nimmt Geld und Geldeswerth, nicht um es für sich zu behalten, sondern um Soldaten zu werben und sie zu bezahlen.

Das Glück war dabei ihm günstig. In der Stadt Soest fand er mühelos fast mehr als alle seine Brandschatzungen ihm einbrachten. Dort ward verwahrt der Paderborner Domschatz, der Erbschatz des Bischofs Dietrich von Fürstenberg, bestehend aus baarem Golde und werthvollen Kunstgegenständen, ferner ein Schatz des Klosters Neuenheerse.[2] Christian nahm alles, zum Gesammtbetrage von weit mehr als einer halben Million Thaler.

Die Holländer erzählten: bei der Entdeckung dieses letzten Schatzes habe Christian sich geäußert: er spüre, daß Gott der Herr ihn nicht verlassen wolle, indem er ihm das Kriegsvolk zusende und das Geld

[1] Kriegsacten F. 45. Zu Ende Januar. [2] Westamp, Christian 70.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

anweise. In der That, meinten sie, scheine es, daß Gott etwas Besonderes mit diesem jungen Herrn vorhabe.[1]

Christian nahm, was er erlangen konnte. Nachdem er von Soest wieder nach Paderborn zurückgekehrt war, am 24. März, erging sein Befehl an die Bürgerschaft, sich in voller Rüstung vor dem Rathhause zu versammeln. Die katholischen Bürger, denen schon früher jede Wehr genommen war, erschienen in ihren Mänteln, die nicht-katholischen mit ihren Waffen angethan. Es erfolgte der Befehl, die Waffen niederzulegen. Der Blick auf die den Markt umringenden Söldner ließ ein Sträuben nicht zu. Nachdem jene Bürger entwaffnet, kam über sie dasselbe Geschick, wie früher über ihre katholischen Mitbürger, voran über den reichen Arnold Drohm, der zuvor die Stadt an Christian verrathen. In das Haus des Drohm als einen sicheren Ort hatten auch andere nicht-katholische Bürger ihre Kostbarkeiten geflüchtet. Um so lockender winkte dort die Beute.[2]

Durch ein solches Verfahren flossen dem Christian die Mittel so reichlich zu, daß der Graf Anholt, welchem der Herzog Maximilian nach dem Erfolge über Christian im Busecker Thale den Befehl gegeben, ihm auch nach Westfalen zu folgen, bei mangelnder Soldzahlung an seine Truppen Besorgnis hegte für den Bestand derselben. Zur Begründung seiner Bitte um die Zahlung des Soldes für mehrere Monate schrieb er aus Werl, am 3. März, an den Herzog Maximilian: „Auch ist nicht wenig dabei zu besorgen, daß, weil der Feind die Seinigen durch sein unchristliches Procedieren, nämlich Raub und Preismachung alles dessen, was sie nur erlangen können, dermaßen an sich zieht, möchte ein Theil der Unserigen — weil ein solches Leben allezeit dem gemeinen Manne am besten gefällt — sich zu ihnen begeben. Dies wäre aber doch neben dem merklichen Schaden und Gefahr ein höchster Schimpf.“[3] — Diese Vorstellung war wirksam. „Mit gar harter Mühe, mit Verpfändung und Verkaufung etlicher Sachen und Güter“, brachte der Kurfürst Ferdinand von Köln die erforderliche Summe von 40,000 Thalern zusammen.[4]

Als die Frühlingszeit sich ankündigte, ward im Haag der Aufbruch Friedrichs V. nach der Pfalz erwogen. Er suchte bei dem Prinzen

[1] Capellen I, 35. [2] Weskamp, Christian 112.
[3] Weskamp, Heer der Liga 21. [4] A. a. O. 22.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Moritz von Oranien an, daß zugleich Christian den Befehl erhalten möge, nach der Pfalz zu ziehen.[1] „Es scheint, sagt der holländische Bericht, dem wir hier folgen, daß der Prinz von Oranien sich dazu geneigt zeigte, um den König desto eher und mit mehr Sicherheit zum Aufbruche zu bewegen." Verfolgen wir hier gleich diese Sache weiter.

Nach dem Aufbruche Friedrichs aus dem Haag überwogen bei dem Prinzen von Oranien andere Gründe. Der Marsch Christians nach der Pfalz sei deshalb nicht erforderlich, weil Mansfeld Truppen genug habe, die bis in den Grund verdorbene Pfalz dagegen für so große Heere nicht ausreichende Lebensmittel besitze. Dazu komme, daß Mansfeld seinen Reitern monatlich drei Thaler gebe, Christian dagegen sechs. Das könne Eifersucht erwecken.[2] — Es dürfte doch nach den eigenen früheren Äußerungen Mansfelds die Frage sein, ob er überhaupt einen Sold gab oder geben konnte.

Endlich folgte noch ein anderer Grund: das eigene Interesse der Hochmögenden.

Im Beginne der Erhebung Christians hatten sie die Hoffnung gehegt, daß er rechtzeitig stark genug sein würde, die von Spinola belagerte Stadt Jülich zu entsetzen.[3] Der Commandant Pithan capitulirte zu früh, bereits am 23. Januar, unter so verdächtigen Umständen, daß er dafür im Haag zur Rechenschaft gezogen wurde. Vom Haag aus erging sofort an Christian die Weisung auf seiner Hut zu sein, und an den Kurfürsten Ferdinand von Köln die Warnung, nichts gegen Christian zu unternehmen, weil die Generalstaaten bereit sein würden ihn zu schützen.[4]

Indessen waren, wie wir bereits vernommen, die Hülferufe Ferdinands bei seinem Bruder Maximilian nicht verklungen. Maximilian hatte dem Obersten Anholt Befehl gegeben, nach Westfalen vorzurücken und Christian dort in Schach zu halten. Dies sah der Prinz von Oranien jedoch in so fern als einen Vortheil für die gesammte Aggressiv-Partei an, daß dadurch die bayerische Macht getheilt, die Fürstbisthümer dagegen ausgesogen würden. Wenn Christian in Lippstadt verbleibe, dachte man im Haag, so dürfe Spinola nicht über den Rhein gehen, weil für ihn zu besorgen, daß er aus den Stiftern Köln und Münster keine Zufuhr erhalten könne, daß dagegen Christian mit seiner Reiterei ihn umschwärmen oder auch mit den Holländern sich vereinigen werde.

[1] Capellen I, 34. [2] A. a. O. [3] A. a. O. 12. [4] A. a. O. 25.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Müsse aber Christian aus Mangel an Lebensmitteln Lippstadt verlassen, so liege es im Interesse der Generalstaaten, daß er nicht nach der Pfalz sich begebe, sondern in das Fürstbisthum Münster.[1]

Hier ist also das Verhalten Christians für die nächsten Wochen vorgezeichnet: er handelt gemäß den Befehlen aus dem Haag.

Bereits im Jahre 1620 legt ein lutherischer Schriftsteller der Person der Germania die Worte in den Mund: „Mit Herzeleid muß ich sehen und hören, daß fast alle meine Unordnung, Trennung, Krieg und Aufruhr aus Holland mir ins Herz geführt werden."[2]

Augenscheinlicher noch als im Jahre 1620 entsprechen im Jahre 1622 diese Worte der Wahrheit. Der Prinz Moritz von Oranien wirkt entscheidend für den Aufbruch Friedrichs nach der Unterpfalz. Ebenderselbe will den Herzog Christian, nachdem dieser das Stift Paderborn ausgeraubt, zu gleichem Zwecke gegen das Stift Münster entsenden.

Das Selbstgefühl der Holländer, daß sie in Wahrheit die eigentlich kriegführende Macht in Deutschland sind, steigert sich damals bei Einem von ihnen zu den Worten: „Spanien hat in Deutschland kaum einen anderen Feind als uns. Daher würde es, wenn es dort den Stillstand zu Stande brächte, danach trachten, sich in den friedlichen Besitz der Unterpfalz zu setzen, würde sich der deutschen Fürsten versichern und dann mit der ganzen Macht der papistischen Liga sich auf uns werfen."[3]

Aus diesen Gedanken ergibt sich kurz und klar als die Richtschnur der Politik des Prinzen von Oranien und der Generalstaaten: Deutschland darf nicht zum inneren Frieden kommen. Zwar wußten sie, daß es in Deutschland nicht wenige gab, welche dies Spiel durchschauten, welche sie als die Schürer des deutschen Brandes bezeichneten;[4] allein sie wußten auch, wie zertrennt, zerrissen dies deutsche Wesen war, und daß es immer in ihrer Macht stand, mit verhältnismäßig kleinen Auslagen Deutsche durch Deutsche zu Grunde zu richten.

Das hauptsächlichste Werkzeug, dessen sich Moritz von Oranien zu diesem Zwecke bediente, war sein Neffe, der Winterkönig, welcher für den gesammten Brand den Namen hergab.

Der Entschluß Friedrichs sich in die Unterpfalz zu begeben, fand die volle Zustimmung der Hochmögenden. Sie stellten ihm ein Kriegs-

[1] A. a. O. 35. [2] Speculum Germaniae 20. [3] Capellen I, 15.
[4] Aitzema I, 115.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

schiff zur Verfügung. Bevor Friedrich aufbrach, zeichnete er ein Schreiben an „die evangelischen Fürsten und Stände des Reiches," abgefaßt in der ihm geläufigen Redeweise.[1] Er habe die Krone von Böhmen angenommen, sagte er darin, „nicht aus Begierde zu herrschen, sondern mit dem Vorsatze, so vielen Christenmenschen zu Hülfe zu kommen und größeres Unheil von dem Reiche abzuwenden, und das um desto mehr, weil von den mehrentheils evangelischen Ständen die Verfolgungen in Böhmen für eine allgemeine Religionssache gehalten würden." Er betheuerte ferner, daß er nicht die Türken in dies Kriegswesen habe einflechten wollen. Vielmehr habe seine Gesandtschaft dahin den Zweck gehabt, „damit für einen beständigen Frieden des Reiches mit den Türken ein Weg gemacht würde." Und weiter im gleichen Sinne redete derselbe Mann, dem kurz zuvor Bethlen Gabor durch Camerar hatte melden lassen, was er mit den Türken auf den Sommer beabsichtige.

4. Friedrich V., Mansfeld, der Markgraf von Baden-Durlach, bis Mingolsheim.

Am 29. März schiffte sich Friedrich V. im Briel ein. Das Fahrzeug trug ihn nach Dieppe. Dort stieg er aus, um mit nur zwei Begleitern den Weg quer durch Frankreich anzutreten. Unterwegs erkannte ihn ein französischer Edelmann, der früher in Böhmen gedient, und rief einem Begleiter zu: „Das ist ja wahrlich der König von Böhmen." Friedrich eilte vorüber. Trotzdem war die Neugier in ihm so mächtig, daß er unerkannt mehrere Tage in Paris weilte, um den König speisen zu sehen. Gefährlicher konnte es für ihn werden, als er unfern Bitsch an der elsässischen Grenze unter eine Abtheilung von zwölf Reitern des Erzherzogs Leopold gerieth. Sie hielten ihn an. Weder dem Führer jedoch, noch den Einzelnen stieg eine Ahnung auf, welchen wichtigen Fang sie gemacht. Friedrich mußte mit ihnen Mahlzeit halten, viele spöttische Worte über den Pfälzer Fritze anhören und auf seiner Feinde Gesundheit Bescheid thun. Auch ihm seinerseits ward dadurch die Gelegenheit geboten, die wahre Meinung des Volkes von ihm kennen zu lernen. Auch er benutzte die Gelegenheit nicht. In der Nacht gelang es ihm, nach Zweibrücken zu entkommen. Von dort begab er sich nach Landau, und hier erst entdeckte er sich dem Grafen Georg Ludwig von Löwenstein. Sofort erging die Meldung an Mansfeld, der sich in Germersheim befand. Bei

[1] Theatrum E. I, 715.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ihm war Rollingen mit der Resolution der Infantin auf die letzten Anträge Mansfelds.[1] Sehen wir also zunächst den Stand dieser Angelegenheit.

Mansfeld hatte inzwischen auch noch Gelegenheit gefunden, durch den heimkehrenden Oberst Grey mit dem Könige Jacob von England anzuknüpfen. Er behauptete, daß Friedrich ihm vier Millionen Gulden schulde, und ersuchte den König, bei einer Friedenshandlung zu bewirken, daß zum Ersatze eines Theiles dieser Summe ihm die Stadt Hagenau mit der Landvogtei zuerkannt werde.[2]

Es ergibt sich also, daß das neue Fürstenthum Hagenau, wer immer es verschaffe, den Kern der Gedanken des Abenteurers in sich schließt.

Er machte dann andere Vorschläge. Es würde zu weitläufig sein, dieselben zu erörtern. Denn inzwischen kam Rollingen mit der Resolution der Infantin auf jene Forderungen vom 9./19. März. Das hauptsächliche Zugeständnis der Infantin war, daß sie die Truppenzahl, mit welcher sie Mansfeld in Dienst nehmen wollte, beträchtlich erhöhete. Sie hatte vorher zugestanden 6000 Mann Infanterie und 1000 Mann Cavallerie. Sie erhöhte diese Zahlen auf 10,000 und 2000. Am 29. März brach Rollingen mit dieser Bewilligung von Brüssel auf, und traf, nachdem er die Zustimmungen der Ligafürsten eingeholt, am 21. April in Germersheim bei Mansfeld ein.[3]

Rollingen legte die Resolution der Infantin dar. „Darauf hat, fährt er fort, der Graf sich allbereits so weit erklärt, daß er annehme, und auf den anderen Morgen die Zeit angesetzt, die endliche Resolution in Schrift zu verfassen und beiderseits zu unterzeichnen. Es ist aber noch desselbigen Tages zwischen zehn bis elf Uhr in der Nacht Zeitung kommen, wie der Pfalzgraf mit drei Pferden allein zu Landau angelangt, und des anderen Tages, Morgens, zu Germersheim sein werde, wie auch geschehen. Nach seinem Eintreffen, um zehn Uhr, hat er gleich den Freiherrn von Winnenberg zu mir auf mein Gemach geschickt und mich zum Essen berufen lassen. Dem ich auch beigewohnt. Dabei sind allerlei Discurse, aber nichts Sonderliches vorgegangen; allein nach dem Essen hat er mich im besonderen gefragt, was meine Werbung wäre. Er

[1] Theatrum E. I, 717. [2] Villermont, Mansfeld I, 383.

[3] Bericht Rollingens an Kur-Mainz, vom 23. April, aus Ladenburg, in Kriegsacten F. 47.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hätte vernommen: ich wollte ihm seinen besten und getreuesten Diener abspannen, welcher jedoch bei ihm standhaft verbliebe. Gleichwohl, wenn er dessen und des Volkes nicht mehr bedürftig, könnte man dieselben alsdann nach Belieben annehmen. — Worauf ich meinen Urlaub und Abschied genommen, und obgedachter Graf Mansfeld mir zur Antwort angesagt: er könne anjetzo nicht tractieren, weil das Kriegsvolk nunmehr nicht in seiner, sondern des Pfalzgrafen Gewalt und Disposition wäre. Dadurch denn alles zertrennt und zerschlagen." Rollingen eilte von dannen.

Wir haben zu beachten, daß diese Dazwischenkunft des Pfalzgrafen für Mansfeld die Aussicht beließ, bei einem abermaligen Versuche ähnlicher Art in Brüssel geltend zu machen, daß nicht mit seinem Willen die Sache in Germersheim mislungen sei.

So sehr die Infantin gewünscht hätte, auch mit großen Opfern an Mansfeld diesen Störenfried zur Ruhe zu bringen: so hatte sie dennoch auch für den Fall des Fehlschlagens ihre Maßregeln getroffen und traf sie ferner. Sie und desgleichen Spinola richteten nach Madrid ihre dringenden Vorstellungen, daß nicht aus freiem Willen, sondern unter dem Drucke der Noth abermals mit Nachdruck gerüstet werden müsse.[1]

Aus denselben Tagen der Ankunft Friedrichs bei Mansfeld vernehmen wir einen merkwürdigen Bericht von englischer Seite.[2] Der Staats-Secretär Calvert meldet vom 11./21. April: „Der Kaiser hat in einen Stillstand mit dem Pfalzgrafen gewilligt, und die Bedingungen desselben sollen verhandelt werden in Brüssel, wo die Infantin vom Kaiser Vollmacht zum Abschlusse hat. Sir Richard Weston geht dahin, um als Botschafter des Königs mitzuwirken. Die Friedenshandlung wird dann sofort folgen; jedoch steht der Ort und die Grundlage noch nicht fest. Der Graf Schwarzenberg, der im Namen des Kaisers hier verhandelt und dem Könige die brüderliche Zuneigung des Kaisers versichert, kehrt demnächst nach Wien zurück." Und dann, nachdem der Staats-Secretär diese Friedensaussichten eröffnet, fügt er hinzu: „Der Pfalzgraf hat sich verkleidet und in der Stille in die Unterpfalz begeben. Und Sr. Majestät königliche Tochter erwartet im Haag ihre Niederkunft. Gott verleihe Beiden eine glückliche Verrichtung!"

Demnach scheint im Palaste St. James abermals keine Klarheit

[1] Villermont, Mansfeld II, 1 et suiv. [2] Roe 29.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

darüber geherrscht zu haben, daß mit den friedlichen Aussichten, die der Eingang des Briefes eröffnete, die Nachricht von der Reise des Pfalzgrafen am Schlusse in scharfem Widerspruche stand. Nicht um des Friedens willen hatte ja Moritz von Oranien den schwankenden Neffen zum Aufbruche gedrängt.

In nachdrücklichen Worten dagegen ließ der Kaiser diesen Misklang dem Dänen Sivert Pogwisch vorhalten, den eben damals Christian IV. zur Vermittelung nach Wien entsendet. Nachdem der Kaiser durch den Grafen Schwarzenberg dem Könige Jacob seine Bereitwilligkeit zur Unterhandlung dargethan, „ist der Pfalzgraf Friedrich, mit verächtlicher und hochmüthiger Hintansetzung der von der Königlichen Würde in England gesuchten und von der Kais. Majestät bewilligten Friedenshandlung, aus Holland wiederum ins Reich gerückt, hat sich zu dem gleichfalls proscribierten allgemeinen weltkundigen Friedensstörer und Landverderber Mansfeld gesellt, in dem boshaft rachgierigen Vorsatze, mit dem Kriegsvolke des gedachten Mansfeld, des von Braunschweig und Anderer, die ihre hochbetheuerliche Zusagen wider alle teutsche Ehrbar- und Redlichkeit in den Wind geschlagen, Ihrer Majestät wie auch der getreuen Kurfürsten und Stände Lande von neuem feindlich anzugreifen, zu verheeren und zu verderben." [1]

Unter den Anderen, auf welche diese Rede deutet, war zunächst zu verstehen der Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach, und mit ihm einige Herzöge von Weimar.

Unter der langen Reihe der weimarischen Brüder waren namentlich vier, denen die Grenzen des eigenen Landes zu eng wurden, Johann Ernst, Friedrich, Wilhelm, endlich der jüngste, Bernhard. Wilhelm, der im Jahre 1621 unter Mansfeld in der Oberpfalz gestanden, trat dann, mit der Zustimmung desselben, zu Ende des Jahres als Oberst in den Dienst des Markgrafen von Baden-Durlach, mit der Verpflichtung, 3000 Mann Infanterie und 1000 Küraſſiere zu werben.

Im Januar 1622 wirbelte die Werbetrommel Wilhelms um durch Thüringen. Das entsprach nicht dem Willen des Kurfürsten Johann Georg. Als Kreisoberst und kraft kaiserlicher Vollmacht entsandte er an die Herzöge durch einen Trompeter den Befehl, sofort die Werbungen einzustellen. Die Antwort des jungen Herzogs Wilhelm [2] zeichnet ihn

[1] Theatrum E. I, 730. [2] Bei Röse I, 94.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

selber wie den Markgrafen von Baden-Durlach. „Ew. Gnaden ist bewußt, schreibt Wilhelm, daß wir als ein junger Fürst uns eine Zeitlang im Kriegswesen geübt haben, weil wir uns sammt allen unseren lieben Brüdern in dem engen Fürstenthume nicht aufhalten können. Und als wir entschlossen waren, dem Kriege ferner zu folgen und uns noch mehreres zu versuchen, aber erfahren haben, daß es sowohl Se. K. Majestät als Ew. Gnaden nicht wohl aufnehmen würden: so haben wir uns desselben zur Verhütung aller Ungelegenheit entschlagen und uns in des Markgrafen Georg Friedrich von Baden Bestallung begeben, welcher, auf des Kaisers Anmahnen und Nachlaß, zur Vertheidigung der markgräflichen Lande und zur Verwahrung der Päße etliche Regimenter errichtet, wie Ew. Gnaden aus des Herrn Markgrafen beiliegendem Schreiben ersehen können."

Die nicht sehr fein angelegte List verfehlte bei dem Kurfürsten ihren Zweck. Er wiederholte seine Abmahnung und Drohung. Die weimarischen Brüder versuchten nun eine entgegengesetzte Begründung. „Sie entschlossen sich, sagt der Geschichtschreiber ihres Hauses, den wahren Zweck ihrer Rüstungen durch Übersendung aufgefangener kaiserlicher Schreiben zu rechtfertigen, in welchen die gefährlichsten Plane des Wiener Hofes gegen die Protestanten enthalten waren." [1] — Von diesen gefährlichen Planen erfahren wir aber weiter nichts, als daß die Mittheilung derselben auf Johann Georg keine Wirkung übte. „Nichts, heißt es dort weiter, konnte den Kurfürsten zur Nachgiebigkeit bewegen."

Dessen ungeachtet gelang es den Herzögen Wilhelm und Bernhard mit ihrer geworbenen Mannschaft zu dem Markgrafen von Baden-Durlach zu gelangen, im März.

Bereits hatte dieser ein stattliches Heer zusammen gebracht. Dabei versicherte er dem Kaiser unablässig, daß dies nur zur Sicherung des eigenen Landes geschehe. Für ihn warb aber auch ein Oberst Fleckenstein in den Stiftern Osnabrück und Münster, und von dort her strömten bei dem Kaiser Klagen über ihn von gleicher Art ein, wie über den Herzog Christian im Paderbornischen. [2] Im März entsandte der Kaiser den Grafen Hohenzollern an die Fürsten im schwäbischen Kreise; denn auch Johann Friedrich von Württemberg hatte 6000 Mann unter den Waffen. Hohenzollern ward in Stuttgart so aufgenommen, daß der

[1] Röse 1, 94. [2] Kriegsacten F. 46.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kaiser dafür ein Dankschreiben an den Herzog erließ.[1] Hohenzollern begab sich nach Durlach. Dort legte er dem Markgrafen ein kaiserliches Schreiben über das Treiben des Fleckenstein vor. Georg Friedrich erwiederte: es bekümmere ihn nicht wenig, daß Fleckenstein sich beim Herzog Christian aufhalte, jedoch nur gezwungen, weil ihm der Paß nicht offen. Man möge ihm den Paß frei lassen, weil dadurch Christian geschwächt werde. Georg Friedrich bat Hohenzollern um die Übermittelung eines Handschreibens, in welchem er sich dem Kaiser zu beharrlicher kaiserlicher Gnade empfahl, am 23. März.[2] Während, wie wir an Gustav Adolf gesehen, bei der gesammten Aggressiv-Partei in Europa die Absicht des Markgrafen offenkundig, bei der Defensiv-Partei, wie namentlich bei Johann Schweikard von Mainz, starker Verdacht gegen ihn rege war, beharrte Georg Friedrich dem Kaiser und dessen Vertreter Hohenzollern gegenüber bei den Betheuerungen seiner Treue und Ergebenheit. Er überreichte, am 3. April, darüber dem Abgesandten eine schriftliche Resolution.[3]

Tilly war damals bei Wimpfen auf das linke Neckarufer übergegangen und stand in Sinsheim. Bei dem engen Raume, auf welchem in den nächsten Tagen die Ereignisse sich abspielten, haben wir uns immer gegenwärtig zu halten, daß nach den Verhältnissen der damaligen Zeit jeder ummauerte Ort für einen festen Platz galt. Am nächsten Tage lief die Kunde ein, daß 28 Cornet Mansfeldischer Reiter sich bei Bruchsal befanden. Der Ort hatte die Einquartierung mit 1500 Thalern abgekauft. Am Abende des 5. April erreichte Tilly jene Mannschaft und zerschlug sie.[4] Die flüchtigen Mansfelder, die sich in die Markgrafschaft zu retten suchten, ließen fast das ganze Gepäck zurück, „so dem Kriegsvolke zur Beute worden, dabei sich denn auch viele Geldsorten in Gold und Silber befunden, so die Soldaten bald mit ausgebreiteten, bald mit zusammen gefaßten völligen Händen unter einander getheilt."

Am 6. April zog Tilly gegen Hilspach und Eppingen. Auf die Aufforderung an den ersteren Ort im Namen des Kaisers erfolgte die Antwort, daß man sich wehren wolle. „Weil keine gütliche Warnung geholfen, berichtet Tilly, so habe ich einen nothwendigen Ernst brauchen und die Stadt ersteigen lassen müssen. Dannenhero der Soldat in prima

[1] A. a. O. Vom 21. März. [2] A. a. O.
[3] A. a. O. Bericht Hohenzollerns vom 11. April.
[4] A. a. O. Tillys Bericht vom 11. April.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

furia also ergrimmt, daß der meiste Theil der Bürger — denn kein geworbenes Volk darin gewesen — niedergehauen und theils verwundet worden. Eppingen hat sich eines Besseren besonnen."

Bei der Kunde dieser Vorgänge in der Nähe gab der Markgraf die Abreise Hohenzollerns nicht zu. Er selber begab sich mit starker Macht eine Stunde weit vor Durlach hinaus, um dort den Paß in das Land gegen den Einbruch der Mansfelder zu verwahren, „mit der beständigen Resolution, wie Hohenzollern meldet, eher das Äußerste zu wagen, und, da es von nöthen, sogar mit dem Herrn von Tilly sich zu conjungieren, ehe er den Mansfeld in das Land lassen oder gar darin gedulden wolle."

Hohenzollern schließt seinen Bericht, vom 11. April, an den Kaiser, mit den Worten: „Und weil der Markgraf also bekannt, auch von Jugend auf anders nicht demonstriert hat, als daß er eines redlichen aufrichtigen teutschen Gemüthes ist: Als werden sich auch E. K. M. auf desselben Parole, Erklärung und Versicherung um so viel mehr zu verlassen haben." [1]

Ähnliche Versicherungen gab Hohenzollern an Tilly. Dieser wandte sich daher nordwärts, um auch die Stadt Dilsberg am Neckar zu nehmen. Während er diese berannte, ward ihm die Kunde von der Ankunft Friedrichs V. in Germersheim, so wie die weitere, daß bereits am nächsten Tage Mansfeld und mit ihm sein nunmehriger Kriegsherr Friedrich mit 12,000 Mann Infanterie und 6000 Pferden oberhalb Germersheim den Rhein überschritten. Der Zug, den die Flammen der speierischen Dörfer beleuchteten, ging ostwärts auf den Neckar zu. Die Richtung deutete die Absicht an, durch die Annäherung den Markgrafen von Baden-Durlach und den Württemberger Herzog zur Erklärung zu bringen. Tilly ließ demgemäß von Dilsberg ab und wandte sich südwärts, auf Wiesloch zu.

Noch am Abende des 22. April hatten Friedrich und Mansfeld an den Markgrafen Couriere mit der Meldung ihres Aufbruches und mit der Aufforderung zur Vereinigung entsendet. Friedrich schrieb: Si donc il vous plaisait joindre les vôtres le jour d'après, vous m'obligeriez extrêmement, et il aurait autant de temps gagné. [2] —

[1] A. a. O. [2] Du Jarry I, 88.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dennoch wollte Georg Friedrich mit möglichster Vorsicht handeln. Am 15./25. April versammelte er um sich seine Söhne, den Kanzler und die Landofficiere, entließ sie ihrer Pflichten gegen ihn, und verlangte den Eid für seinen ältesten Sohn. Indem er durch diesen Verzicht sich selber zum besitzlosen Abenteurer gleich Mansfeld machte, meinte er für den Fall des unglücklichen Ausganges dem Kaiser die Möglichkeit zu benehmen, ihn zu strafen. Alsdann erklärte er: „Nunmehr wolle er bis an sein Ende ein Soldat sein und als Soldat sterben, auch nicht ruhen, bis die Eduardischen Erben ausgereutet wären, und ferner nicht ruhen, bis den katholischen Geistlichen alle Gewalt und alles Land genommen sei.“[1]

Wir sehen dieselben drei Hauptmotive wirksam, wie bei so vielen anderen kleinen deutschen Machthabern jener Zeit: wilde Lust nach Abenteuern, Haß der verwandten Fürstenfamilien unter einander, Habgier nach den Gütern der kirchlichen Fürsten. Es versteht sich, daß auch dieser Baden-Durlacher diese drei Motive, die er selber hier für seinen Krieg angibt, concentrierte in das Wort: Religion.

Das Heer dieses Markgrafen war so stattlich ausgerüstet, wie es aus dem Beutel eines kleinen Reichsfürsten nicht bezahlt, wie es nur durch fremdes, wahrscheinlich holländisches Geld ermöglicht sein konnte, und selbst die Art und Weise der Ausrüstung, die alles übertraf, was man von solchen Dingen bislang gesehen, deutete auf weit hinaus blickende Plane. Maximilian machte später geltend, daß unter den geheimen Sachen, die der Markgraf mit ins Feld geführt, sich auch eine große Karte von Bayern befunden habe.[2]

Das treulos verrätherische Benehmen dieses Markgrafen von Baden-Durlach erregte namentlich den Widerwillen und Abscheu derer, die durch seinen Lug und Trug nicht bloß selbst getäuscht, sondern eben darum von ihm als Werkzeuge zur Täuschung Anderer benutzt waren. Mit Zorn und Scham meldete der Graf von Hohenzollern einem Freunde: „Ich hatte für den Markgrafen beim Kaiser und beim Herzoge von Bayern mein Wort zum Pfande gesetzt. Eher hätte ich mich des Einsturzes des Himmels versehen, als daß ich so zu Schanden werden sollte.“[3] Auch bei Tilly entschuldigte sich Hohenzollern: „Ich habe den Markgrafen gekannt von Jugend auf. Ich habe ihn stets für aufrichtig gehalten, weil er jederzeit die Worte im Munde geführt: lieber sterben, als Treue

---

[1] Correspondance du duc de Bavière avec A. et J. Bericht eines Anwesenden. [2] Aberenbiller IX, 1715. [3] Hurter IX, 116.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

brechen. Ich stand immer in der Meinung, mit einem aufrichtigen, gewissenhaften deutschen Fürsten zu verkehren. Hab und Gut hätte ich auf ihn vertraut, zumal in der letzten Zeit."

„Es wird, meldet der Kurfürst Johann Georg dem Kaiser, ein übeler Zustand im H. R. Reiche werden, wenn auf deutscher Fürsten offene Erklärung, Versprechen und Betheuerung nicht mehr zu vertrauen." [1]

Es handelte sich für Tilly darum, Mansfeld anzugreifen vor der Vereinigung mit dem Markgrafen. Mansfeld seinerseits hatte nicht die Absicht, vor dieser Vereinigung zu schlagen.[2] Als ihm am Abend des 16./26. April kund wurde, daß Tilly bei Wiesloch eine feste Stellung inne hatte, machte er Halt in Mingolsheim, eine Stunde von da.

Die beiderseitigen Berichte über das Treffen am nächsten Tage, dem 17./27. April, sind sehr wenig vereinbar. Gemeinsam ist ihnen, daß der Rauch des brennenden Dorfes Mingolsheim, welches Mansfeld zu diesem Zwecke hatte anzünden lassen, so wie ein enger Weg, den Bayern zum Nachtheile gereicht habe. Verschieden sind sie namentlich in dem Puncte, daß besonders der Herzog Maximilian selber in seinem Berichte an den Kaiser das Eingreifen der Markgräflichen, von Eppingen her, hervorhebt, daß dagegen die Berichte von mansfeldischer Seite über ein solches Eingreifen schweigen.[3] Diese letzteren geben den Verlust auf ligistischer Seite auf 2000 oder 2400 an; die Bayern denselben auf 500.

So unvereinbar indessen die Berichte in den Einzelnheiten sind: so stimmen sie doch überein in der Hauptsache: die Bayern hatten eine Schlappe erlitten, und der Vereinigung des Mansfeld mit dem Markgrafen stand kein Hindernis mehr im Wege.

Der Erfolg schwellte die Stimmung im Mansfeldischen Lager hoch empor. Am nächsten Tage schrieb Friedrich: „Wir sind der Zuversicht, wir wollen noch dies Jahr unsere Revanche von dem Weißen-Berg haben." [4]

Die auf die Meldung eines großen Sieges zugestutzten[5] Berichte der Aggressiv-Partei durcheilten die Länder. Mansfeld schrieb in hohem

[1] Kriegsacten F. 48. Vom 8./18. Mai.

[2] So wiederholt in dem Berichte Nethersoles bei Roe 39.

[3] Über diese Controverse Röse I, 355. Das persönliche Eingreifen des Markgrafen wird von Seiten Maximilians nicht behauptet. [4] Röse I, 355.

[5] Dies gilt besonders von dem englischen Berichte Nethersoles bei Roe 39.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Tone an die Generalstaaten und mahnte, ihm fortan die 100,000 Fl. monatlich zu zahlen, die er bereits früher verlangt. „Ich schreibe dies, fügt er hinzu, damit auf allen Fall mein Gewissen mir Zeugnis gebe, an meiner Pflicht nichts unterlassen zu haben.“[1] — In etwas mehr bescheidener Weise mahnte auch Friedrich im Haag um Geld, sowohl um dasjenige, welches die Generalstaaten selber ihm bewilligt, als auch um dasjenige, welches die Republik Venedig für ihn versprochen hätte.[2] — Die Hochmögenden hatten damit zunächst keine Eile. Dennoch ward auch dort die Sache von Mingolsheim als ein gewichtiger Erfolg angesehen. Wir vernehmen von einem unbetheiligten Beobachter dort ein Urtheil geradezu in dem Sinne Friedrichs: „Dieser Sieg scheint mir die völlige Herstellung des Pfalzgrafen vorzubedeuten.“[3]

Voran in der Werthschätzung des erlangten Erfolges trat Mansfeld selber. Am 21. April / 1. Mai richtete er ein Schreiben an Bischof und Capitel der Stifter Würzburg und Bamberg.[4] Im Eingange desselben nennt er sich „General-Oberst der K. Majestät zu Böhmen und der hochlöblichen Herrschaft Venedig, wie auch General-Oberst der Krone Frankreich über dero flamisch Volk.“ Dazu hatte er sich von Friedrich zum Fürsten ernennen lassen, und schrieb im damaligen Stile eines solchen. Zuerst berichtet er seinen „stattlichen Sieg“ von Mingolsheim. „Und sind wir nunmehr auf dem Wege, den Feinden unseres Principalen und Kriegsherrn, auch allen deren Helfershelfern mit der Schärfe des Schwertes stracks nachzujagen und zu verfolgen. Wann wir aber für die Domstifter Würzburg und Bamberg bisher den Respect getragen, daß wir ihrer im Marschieren verschont: Als ermahnen wir Ew. Liebden, die Herren und Euch diesfalls unseres Ortes freundlich, günstig und gnädig, Ihr wollet alsbald und ohne einigen Verzug Euere übrigen bei dem Kaiserlichen Haufen restierenden Völker wieder abfordern.“ Ferner verlangt Mansfeld 200,000 Dukaten. Im anderen Falle verweist er auf das Beispiel des Fürstbisthums Speier. Er schließt wie im Jahre zuvor mit der Mahnung: „Sintemal dem Priesterstande nicht gebührt, sich in weltliche Händel einzumischen.“

In ähnlicher Weise kündigt Mansfeld der fränkischen Ritterschaft seinen Willen an. Der hochfahrenden Rede entsprach eine von der Furcht vor dem Gewaltigen dictierte Antwort.[5] „Gleichwie nun, sagt diese, aus dem Schreiben Ew. F. G. zu uns und unseren adelichen

[1] Villermont, Mansfeld II, 8. [2] A. a. O. [3] Capellen I, 42.
[4] Kriegsacten F. 48. [5] A. a. O. Vom 4. Mai, aus Rotenburg a./T.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Zugewandten tragende gnädige Zuneigung genugsam zu spüren, deren wir uns auch hiermit ganz unterthänig bedanken thun: Als sollen E. F. G. hinwieder wohl versichert wissen, daß Ew. F. G. wir mit unterthänigen Diensten willfährigklich wohl beigethan und die Occasion wünschen, solche im Werke zu demonstrieren." — In der Hauptsache hoffen sie, daß die zwei Stifter sich der Gebühr nach erklären, damit „Ew. F. G. nicht Ursache haben, gegen dieselben etwas Feindliches vorzunehmen. An welcher beider Stifter Wohlfahrt und Conservation dann uns und unserer Posterität nicht wenig gelegen, weil sie fürnehmlich auf den hohen teutschen Adel gewidmet sind und vor unser Hospital von uns gehalten werden. Wir bitten dagegen unterthänig und hochfleißig, Ew. F. G., welche ihre Abkunft und Geburt von einem hohen Stamme teutschen Geblütes her haben, wollen als ein getreuer Patriot Ihnen den Jammer in unserem Vaterland zu Herzen und Gemüthe gehen lassen, daher Ihre Gedanken dahin richten, wie der werthe Friede wieder erlangt werden könne."

Drängen wir alles kurz zusammen, so bitten hier Schafe den Wolf um Frieden.

Das Schreiben ist gezeichnet von „Ew. F. G. unterthänigen Directoren, Hauptleuten und Räthen des H. Reiches gefreiter Ritterschaft in Franken, anjetzo zu Rotenburg beisammen."

So wenig würdig der Ausdruck der Furcht bei dieser fränkischen Ritterschaft erscheint: so muß doch anerkannt werden, daß eine schwere Besorgnis vor den kommenden Dingen, zu Ende April, wohl begründet war.

5. Der Stand der Dinge im Mai 1622.

Mansfeld und der Markgraf von Durlach, Jeder einzeln an Mannschaft dem Tilly überlegen, hatten, nach dem Tage von Mingolsheim, dem 27. April, kein Hindernis der Vereinigung mehr. In diesem Falle waren sie stark genug, um Tilly zu erdrücken. Dies war die Hoffnung der gesammten Aggressiv-Partei. Sie gedachte dann, wie es von Anfang an beabsichtigt war, auch den Herzog Christian heranzuziehen. Die drei zusammen, hieß es innerhalb der Partei, würden die Länder aller geistlichen Fürsten besetzen, diese selber für ihr Leben lang gefangen halten. Nur der Erzbischof Johann Schweikard von Mainz, die Fürstbischöfe von Speier und Würzburg sollten mit dem Schwerte hingerichtet werden.[1]

[1] Verschiedene Briefe über diese Entwürfe in der Correspondance du duc de Baviere avec A. et J.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Und weiter rechnete man dabei auf die Fürsten der ehemaligen Union. Von denselben hatte Johann Friedrich von Württemberg 6000 Mann unter den Waffen. Man hoffte auch auf Joachim Friedrich von Ansbach, das Mitglied des Triumvirates vom Jahre 1618. Sogleich nach Mingolsheim erließ Friedrich an sie die Aufforderung zur Erhebung.

So wohl berechnet das alles schien, und so schlau der Plan angelegt war: er hatte dennoch eine Lücke, nämlich die Frage, ob Mansfeld und der Markgraf sich vertragen würden, oder welcher von ihnen in der Heeresleitung sich dem Anderen unterordnen solle. Ein friedliches und freundliches Zusammengehen zweier Söldnerfürsten, von denen jeder zunächst den eigenen Vortheil sucht, wäre beispiellos. Die Vereinigung war so gut wie geschehen, und dennoch erfolgte sie nicht. Daß sie nicht geschah, war ungleich gewichtiger als der Erfolg von Mingolsheim.

Denn, indem sie nicht geschah, war die Wahrnehmung dieses Verhältnisses, das von der ersten Begegnung an sichtbar werden mußte, ein starkes Motiv für die Mitglieder der ehemaligen Union, sich auch ferner abwartend zu verhalten. Ihre Antworten an Friedrich lauteten ausweichend.[1]

Anstatt sich zu vereinigen oder auch nur, zur gegenseitigen Hülfeleistung, einander nahe zu bleiben, schlugen Mansfeld und Baden-Durlach sofort verschiedene Wege ein. Der Erstere führte seinen Kriegsherrn und das Heer innerhalb des Bogens, den der Stromlauf des unteren Neckar beschreibt, nordwärts, um in Heidelberg oder in Mannheim den Neckar zu überschreiten, und dann Ladenburg anzugreifen. Es war ja für Friedrich einleuchtend, daß es seinem Interesse entsprach, dem Feinde diese Stadt zu nehmen, welche die Verbindung zwischen Mannheim und Heidelberg durchschnitt.

Der Markgraf von Baden-Durlach dagegen ersah sich Tilly als Gegner.

Dieser hatte sich auf Wimpfen am Neckar zurückgezogen. Von dort ergingen seine Eilboten an den spanischen General Cordova. Für diesen stand die Sache anders als im November zuvor. Er hatte die bestimmten Befehle der Infantin, dem General der Liga die Hand zu bieten. Demgemäß hatte er sich schon vor dem Tage von Mingolsheim auf dem Marsche zu Tilly am linken Neckarufer befunden, war aber

[1] Villermont, Mansfeld II, 8. Die Briefe aus dem Brüsseler Archive.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dann über Ladenburg auf das rechte Ufer zurückgekehrt. Dort erreichte ihn die Meldung Tillys, die sich bündig in die Worte drängte: „Es gilt die Erhaltung des Reiches.“[1] Cordova traf eine Auswahl unter seinen Truppen, und setzte sich mit etwa 6000 Mann in Marsch. Am Abende des 6. Mai traf er im Lager Tillys vor Wimpfen ein.

Ein Officier unter Cordova beschreibt nachher das Heer des Markgrafen als „eine schöne, mit aller Nothdurft exquisit versehene Armada, in Wahrheit dermaßen beschaffen, daß ein solches Heer bei vielen Jahren nicht gesehen, wie denn aus allem dem, so wir mit der Gnade Gottes erobert haben, abgenommen worden. Die Reiterei, so sich auf die 6000 befunden, war überaus wohl montiert; das Fußvolk auf das beste armiert, und mit schönen glänzenden und blinkenden Küraſſen und anderen Wehren aufgeputzt. Sie hatten über die hundert metallene schöne Stücke, in allen Gattungen groß und klein.“[2] Er beschreibt weiter das andere Heergeräth, den Vorrath an Lebensmitteln, „die Wagen für die Stücke und allerlei Nothdurft und was nur erdacht werden kann, daß man damit dem Türken bis vor Constantinopel ohne Furcht vor die Augen hätte ziehen können. Daher der Durlacher der Victoria also versichert gewest, daß er gottesläſterlich aussagen dürfen: wenn er mit solcher Macht den Sieg nicht erlangte, wäre Gott ungerecht, ja kein Gott im Himmel.“

Der Plan des Markgrafen war, nach dem gehofften Siege über Tilly gegen die Stifter Würzburg und Bamberg zu marschieren und weiter durch die Oberpfalz nach Böhmen zu dringen. In dieser Absicht rückte er am 7. Mai auf Wimpfen zu.

Der Beginn des Treffens gestaltete sich durch eine Unordnung, die in die Reihen der Cavallerie der Liga einriß, so günstig für den Durlacher, daß er bereits Victoria blasen ließ. Dann wendeten sich die Dinge. Im Fortgange des Treffens wurden die Durlacher völlig zersprengt. „Sie sind wie die Hasen weggelaufen,“ sagt jener Officier unter Cordova. Die gesammte stattliche Ausrüstung wurde die Beute der Sieger.[3]

Die Sage hat später der Geschichte des Treffens den Heldentod von 400 Pforzheimer Bürgern hinzugedichtet.[4] Sie ist, wie bekannt,

[1] A. a. O. 10: Le salut de l'Empire est en jeu. [2] Acta Mansfeldica 133.

[3] Acta Mansfeldica 136. Der Bericht Netherſoles bei Roe 40. Beide erwähnen nichts von den aufgesprengten Pulverkarren.

[4] Du Jarry I, 106. Neuerdings bei Reitzenstein 157 ein Versuch die Sage zu halten.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht die einzige der unwahren Überlieferungen, welche nach dem grauenvollen Kriege unter veränderten politischen Verhältnissen entstanden; aber sie gehört zu den harmlosen, die Niemandem wehe thun würden, wenn nämlich die Sache des Badeners nur moralisch und politisch einen höheren Werth hätte, als den der Rebellion und einer selbst damals erstaunlichen Verlogenheit. Der Sohn fand bei dem Kaiser seine Fürsprecher an den Besiegern seines Vaters: an dem Herzoge Max und dem General Tilly.[1]

Nach der Niederlage begab sich der Markgraf mit den immerhin noch bedeutsamen Überbleibseln, etwa der Hälfte seines Heeres, zu Mansfeld und Friedrich. Jenem war der Plan auf Ladenburg sofort gelungen. Auf die Forderung der Übergabe kam der Befehlshaber selber zur Unterhandlung hervor. Während er mit einem der Obersten Mansfelds die Bedingungen besprach, ließ dieser die Sturmleitern anlegen und stürmen. Ladenburg ward genommen.[2]

Nach der Niederlage des Durlachers ergingen die Boten Friedrichs an den Herzog Christian in Westfalen mit der Aufforderung, heranzukommen. Nicht jedoch that Mansfeld Schritte, ihm entgegen zu gehen und die Hand zu bieten. Er wendete sich auch nicht gegen Tilly, nicht gegen Cordova. Es ist, zur Charakteristik dieser Kriegführung, von besonderem Interesse, den weiteren Schritten Mansfelds zu folgen.

Der Erzherzog Leopold hatte die Gelegenheit des Überganges von Mansfeld auf das rechte Rheinufer benutzt, um auf dem linken wieder vorzudringen. Ihm lag namentlich an dem Wiedergewinne der Stadt Hagenau im Elsaß. Aber wir haben gesehen, daß in den verschiedenen Unterhandlungen des Mansfeld mit der Infantin, mit dem Könige Jacob, für ihn das Ziel war — ein zu errichtendes Fürstenthum Hagenau. In diese Stadt hatte er alle seine Beute zusammen gebracht. Um sie und sein künftiges Fürstenthum zu bewahren, sammelte er nunmehr seine Truppen um Frankenthal, und brach am 15. Mai von dort aus mit denselben südwärts auf.[3] Wohl oder übel wanderten die beiden abenteuerlichen Fürsten, der Pfälzer und der Durlacher, an der Hand des willensstärkeren Abenteurers dahin, um vor allen anderen Dingen, die in Mansfeld Augen minder wichtig erschienen, ihm seine Beute bewahren

[1] Hurter IX, 118. Vgl. Londorp II, 626.
[2] Acta Mansfeldica 134.
[3] Theatrum E. 720.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zu helfen.[1] Als sie sich der Stadt Hagenau naheten, und der Erzherzog Leopold aus den Berichten erkannte, daß er der überlegenen Macht nicht gewachsen sein würde, zog er sich eiligst mit schwerem Verluste zurück.

Und nun hielt Mansfeld die Zeit für gekommen, von seinem Schützlinge und Kriegsherrn seinen Lohn einzufordern. Er glaubte sich des Besitzes von Hagenau und der Umgegend so sicher, daß er, wie wir seiner Zeit gesehen, schon am 3. April einen Statthalter dort eingesetzt hatte. Es fehlte nur noch der Huldigungseid der Bürger und Einwohner. Auch diesen feierlichen Act ließ nunmehr Mansfeld durch jenen Statthalter, den Grafen Löwenstein, vornehmen. Die Kundmachung desselben an den Rath und die Bürgerschaft von Hagenau beginnt wie folgt.[2]

„Der hochgeborene Fürst und Herr, Herr Ernst Fürst und Graf zu Mansfeld usw. gibt dem Rathe der Stadt Hagenau in Gnaden zu erkennen: nachdem Se. Fürstl. Gn. nicht allein vor diesem im Namen des durchl. hochg. Fürsten und H., Herrn Friedrich König zu Böhmen, Pfalzgraf und Kurfürst usw., nach Kriegesrecht und mit bewaffneter Hand in allhiesige Stadt gekommen, und körperlich Besitz des Ortes erlangt, sondern auch nunmehr sie nach demselben Kriegsrechte mit bewaffneter Hand defendiert — und nachdem von hochgedachter K. Majestät Sr. Fürstlichen Gn. die ganze Landvogtei Hagenau, wie auch das Bisthum Speier diesseit des Rheines, zur Recompens der bis daher geleisteten ansehnlichen heroischen Kriegsdienste, mit anhangenden Regalien inne zu haben und eigenthümlich zu genießen übergeben — und solchem nach Sr. F. Gn. obliegt, wie auch hochwichtige Ursachen und Motive, zuförderst des gemeinen Nutzens Consideration es erheischen, aller Orten und unter denselben auch von hiesiger Stadt die Pflichten einzufordern und dadurch sowohl animo als corpore Besitz zu ergreifen, inmaßen auch in dem ermeldeten Bezirke des Bisthums Speier solches allbereits geschehen, und sich die Unterthanen desselben aller Gebühr und alles Gehorsams dazu bequemt —: derhalben significieren S. Fürstl. Gn. dem Rathe und gemeiner Stadt in Gnaden und beschlossener Meinung, daß solcher Actus morgigen Tages vorgenommen werden soll" usw.

Der Actus ging von statten. Der Rath und die Zünfte von Hagenau leisteten am 10./20. Mai dem von Friedrich ernannten Fürsten Mansfeld den Huldigungseid.

---

[1] Der englische Bericht des Netherfole in Mannheim, bei Roe 41, deutet das Verhältnis leise an mit den Worten: Mansfeld has his particular interest, as Y. L. conceive. [2] Kriegsacten F. 61. Vom 9./19. Mai.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In denselben Tagen kam der Reichshofrath in Wien zu dem Schlusse: „daß der Mansfelder als ein beharrlicher offener Ächter und des gemeinsamen Vaterlandes Feind die einzige Ursache aller noch währenden Kriegsunruhe ist.“[1] — Um dies klar zu legen, überblickt der Beschluß nochmals die ganze Laufbahn des Mansfeld von seinem Zuge gegen Pilsen an. — Aber wie war abzuhelfen? Die Nothrufe des Erzherzogs Leopold an seinen Bruder, den Kaiser, erklangen vergeblich. Ferdinand II. hatte kein Heer zu entsenden. Leopold beschwerte sich über Tilly, über Cordova, daß sie aus der Ferne seiner Überwältigung zugesehen. Aber auch sie konnten nicht handeln nach freiem Ermessen. Der Reichshofrath wand sich um die Frage der Execution gegen die Ächter. Sie stand dem Reichsoberhaupte zu; aber der Kaiser konnte nur die Heere Tillys und Cordovas verwenden, und aus den Erwägungen des Reichshofrathes blickt klar hervor, daß die friedensbegierigen Fürsten der Liga das von ihnen bezahlte Heer dem Herzoge Maximilian zur Execution nicht verstatten würden. Und dennoch war dies, wenn auch der Name der Execution vermieden wurde, thatsächlich die einzige Möglichkeit.

Dazu that der Kaiser noch einen anderen Schritt. Er hatte bis dahin nach dem Tode des Grafen Buquoi nicht wieder einen Oberfeldherrn ernannt. Er ersah sich nun den von Philipp IV. ihm empfohlenen Marchese Montenegro. Die Stellung, welche Montenegro einnehmen sollte, ergibt sich aus den Worten des Herzogs Maximilian darüber an den Kaiser.[2] Max meldet, „daß er an Tilly zur gebührenden Folgeleistung Kunde gegeben, (in) der gänzlichen Hoffnung, daß dadurch und sonderlich da meines Generallieutenants Procedieren und sanftmüthiges Gemüth — mit dem er sich mit Jedermann wohl vertragen kann — bekannt ist, allen Competenzen, so viel meine Armada betrifft, vorgebaut werde. In effectu hat also Montenegro auf gewisse richtige Maß die oberste Autorität und den Respect, und wenn er seinerseits, wie ich ihm zutraue, sich gebührlich erweist, so wird man desto besseren Succeß gegen den Feind zu erwarten haben.“ Ausdrücklich behält sich dann Maximilian die selbständige Action bevor. — In Wahrheit blieben die Dinge wie zuvor: auf dem eigentlichen Kriegsschauplatze stand nicht eine direct kaiserliche Macht, sondern die Truppen der Liga unter Tilly und die burgundischen unter Cordova dem Feinde entgegen.

[1] Kriegsacten F. 48. Vom 11. Mai.
[2] Kriegsacten F. 48. Vom 31. Mai.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Mangel an eigenen Truppen bewog im Sommer 1622 den Kaiser, die von seinem Schwager Sigismund III. ihm angebotene Hülfe von Kosaken unter der Führung von Radzivil nicht abzulehnen. Wohin immer diese Truppe kam, da erging an den Kaiser die dringende Bitte, sie abzurufen. Der Kaiser stützte sich auf die Noth, die ihn zwinge, gegen die Landverderber die Hülfe zu nehmen, die ihm möglich. Im August kam es sogar dahin, daß Ludwig XIII. sich vom Kaiser diese Kosaken erbat, weil er ihrer bedürfe gegen Mansfeld.[1] — Die Proteste gegen die Verwendung von Kosaken im Reiche ließen jedoch nicht nach. Sie kamen ein von den Kurfürsten Maximilian und Johann Georg, vom Fürstbischofe Johann Gottfried, von Tilly, namentlich im August und September.[2] Dann verstummen sie.

Unterdessen ward in Brüssel über einen Frieden unterhandelt. Denn ungeachtet der schweren Klage, die der Kaiser erhoben, daß zur selben Zeit, wo er auf die Bitte des Königs Jacob der Infantin in Brüssel Vollmacht zur Unterhandlung gegeben, der Pfalzgraf durch seine Rückkehr in die Pfalz den Krieg aufs neue angefacht, hatte doch Ferdinand II. diese Vollmacht nicht zurückgenommen. Im Mai erschien in Brüssel als englischer Gesandter der Kanzler, Lord Weston. Er schlug einen Waffenstillstand vor. Auf die Frage, wen darin einzubegreifen, erwiederte er: zunächst den englischen General De Vere, der unweigerliche Folge leisten werde. Die Anderen, die für Friedrich Hülfe leisteten, hoffe er auch dahin zu disponieren. Die Infantin möge ihrem General Cordova den Befehl ertheilen, auch den Erzherzog Leopold und Tilly dahin anweisen.[3]

Die Infantin ließ dem Engländer die Unbilligkeit seines Vorschlages darlegen, welcher dem Mansfeld und dem Christian freie Hand belassen würde. Sie dagegen machte den Vorschlag, die Vermittelung eines Stillstandes einem deutschen Fürsten anzuvertrauen. Sie schlug den Landgrafen Ludwig vor. Weston willigte ein.[4]

Am nächsten Tage machte er die Meldung, daß der König Jacob zur Vermittelung eines Stillstandes einen außerordentlichen Gesandten, Lord Chicheſter, ins Reich senden werde. Auf die Frage, ob die Vollmacht desselben sich auch auf den Herzog Christian erstrecke, erwiederte Weston, daß der vom Herzog Christian in Westfalen geführte Krieg das pfälzische Wesen nicht betreffe.[5]

[1] Kriegsacten F. 50. Vom 22. August. [2] A. a. O. F. 50 und 51.
[3] Khevenhiller IX, 1775. [4] A. a. O. 1776. [5] A. a. O. 1777.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bei dieser erstaunlichen Unkunde des Engländers war in Brüssel nicht weiter zu kommen. Die Infantin mußte abwarten, was der Landgraf Ludwig ausrichten würde. Denn jener ihr Vorschlag beweist, daß sie über die rastlosen Bemühungen dieses Fürsten um den Frieden völlig unterrichtet war. Der Landgraf war der Vertrauensmann der, wie auch die Engländer wußten,[1] längst kriegesmüden Fürsten der Liga, namentlich des alten Kurfürsten Johann Schweikard von Mainz. Er reiste umher von Mainz nach Dresden und nach München, um eine Grundlage gemeinsamer Vorschläge zu vereinbaren. Auf ein besonderes Dankschreiben des Kaisers für diese Mühen antwortete der wackere Mann: „Es bedarf dessen nicht, weil ich mich schuldig befinde, mit meinen Leibeskräften und übrigem Vermögen zu allem demjenigen treulich zu rathen und zu helfen, wodurch Ew. K. M. Autorität befestigt und dem Vaterlande zum Nutzen geholfen werden kann."[2]

Die Gutachten der einzelnen Fürsten lauteten auf die Berufung eines Deputationstages. So namentlich auch dasjenige des Herzogs Maximilian, der dadurch andeutete, daß er seine Ansprüche dem Urtheile des Deputationstages, d. i. des Kaisers, der Kurfürsten, des Landgrafen und anderer Fürsten von beiderlei Religion anheim stellen wollte.

Allein eine andere Frage war, ob von einer solchen Willigkeit der defensiven Partei der Friede abhing. Immerhin mochte auch seinerseits der Winterkönig sich persönlich einem Waffenstillstande geneigt äußern:[3] es handelte sich darum, ob Mansfeld und die Qualität seines Heeres einen solchen Stillstand gestatteten.

Am 30. Mai berichtet Montenegro, der sich in München befand, dem Kaiser wie folgt. „Es ist ein Schreiben aufgefangen, nach welchem bei dem Pfalzgrafen und bei Mansfeld auf einen Stillstand keine Hoffnung. Der hauptsächliche Grund ist, daß sie nicht vermögen, ihre Truppen in Ruhe zu unterhalten. Denn ohne die Hoffnung eines Raubes und der Plünderung würden diese von einander ziehen und den Mansfeld allein lassen. Hingegen steht er während Kriegeszeit in großem Respecte und kann sein Glück immer wieder versuchen. Darum auch will er die Waffen nicht niederlegen, es sei dann zuvor anderswo Krieg, wie er der Republik Venedig in dieser Richtung große Anerbietungen macht."[4] — Die Wahrheit der Worte in dem Beginne dieses aufgefangenen Schreibens bestätigte sich in den nächsten Tagen.

[1] Roe 41. [2] A. a. O. Vom 19./29. Mai. [3] Roe 41.
[4] Kriegsacten F. 48.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Am 30. Mai befand sich der Landgraf Ludwig bei dem Kurfürsten von Mainz. Jener erstattete Bericht über die Wahrnehmungen seiner Reise, über das Misvergnügen vieler Fürsten mit der Absicht des Kaisers, die pfälzische Kurwürde auf Maximilian zu übertragen. Der Landgraf ersuchte den Kurfürsten, alles dem Kaiser zu melden. In diesem Berichte an den Kaiser erging sich Johann Schweikard weiter über den Zustand des Reiches. „Die Stifter Worms, Speier, Paderborn, wie auch etlicher Maßen Münster und Straßburg, sind ganz ruiniert, also daß wohl bei Menschen Gedenken sich daran nicht wieder zu erfreuen. Anjetzo steht der Herzog Christian an meinem Lande, dem Eichsfelde. Wie er dort hausen wird, ist leicht zu erachten. Es folgt Fulda und, wie zu besorgen, auch Würzburg. Und habe ich in meinem Erzstifte stündlich dasselbe zu befahren, ohne daß dem einen, noch dem anderen von der bayerischen Armada, welche mit so überschwenglich großer Last von den geistlichen Ständen erhalten worden, hülfreiche Hand geboten werden könne. Die burgundische Armee ist so abgekommen, daß sie die innehabenden Posten schwerlich wird vertheidigen können. Die Vereinigung von Mansfeld und Christian steht bevor. Bethlen Gabor und die Türken lauern." [1]

Darum, schließt Johann Schweikard, sei es wesentlich, den Kurfürsten Johann Georg von Sachsen bei guter Devotion zu erhalten. In Betreff der Berufung eines Conventes von friedlich gesinnten Fürsten beider Religionen möge der Kaiser keine Stunde feiern.

Dieser Bericht des Kurfürsten, obwohl in einigen Puncten dunkeler gefärbt als es der Wirklichkeit entsprach, zeigt dennoch, welche Willfährigkeit zu einem gütlichen Abkommen mit dem Winterkönige obwaltete, wenn er sie hätte benutzen wollen oder können. Denn es fragt sich, wie weit sein Wille maßgebend war.

6. Gefangennahme des Landgrafen Ludwig, im Juni 1622.

In Bezug auf Friedrich hatten Johann Schweikard und der Landgraf Ludwig verabredet, daß dieser einen der pfälzischen Räthe von Heidelberg nach Darmstadt erfordern werde, um durch ihn von Friedrich V. eine solche Erklärung zu erlangen, wie sie Christian IV. von Dänemark dem Kurfürsten Johann Georg als erreichbar in Aussicht gestellt. Zu diesem Zwecke entsendete der Landgraf am 21./31. Mai einen Trompeter nach Heidelberg. [2]

[1] A. a. O. [2] Kriegsacten F. 49. Der ausführliche Bericht, auf welchen sich die folgende Darstellung stützt, ist, wie schon die Datierung nach dem alten Stil ausweist, hessen-darmstädtischen Ursprunges.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Das mansfeldische Heer, von jenem Zuge ins Elsaß zurückgekehrt, lagerte nordwärts von Mannheim. Der Trompeter ward abgefangen und nach Lampertsheim vor Mansfeld geführt. Dieser erbrach das nicht an ihn gerichtete Schreiben, und entsendete darauf an den Landgrafen den Obersten Pöblis mit weiteren Anfragen. Der Landgraf gab Auskunft. Zum Abschiede, am 23. Mai / 2. Juni, ließ Pöblis sich vor dem Landgrafen verlauten: der König mit der Armee sei aufgebrochen und am Tage zuvor an die Grenze gerückt. Es sei bei Leibes- und Lebensstrafe ernster Befehl gegeben, die hessischen Unterthanen über das, was ein jeder Hausmann den Soldaten reiche, nicht zu vergewaltigen. Mit anderen Worten: Pöblis kündigte die Invasion des Landes an.

Das also war der Dank Friedrichs für die rastlosen Bemühungen Ludwigs um einen Frieden, der für jenen zu retten suchte, was noch zu retten war. So könnte es scheinen; in Wahrheit jedoch war es nicht Friedrich, welcher handelte, sondern Mansfeld. Friedrich, wenn vorher gefragt, hätte sich nicht verhehlen können, daß ein feindseliges Vorgehen gegen den Landgrafen ihm die Sympathien aller Reichsfürsten entfremden müsse. Aber Mansfeld handelte aus sich und gemäß seinem Interesse. Es war nicht sein Interesse, daß ein Friede seinem souveränen Söldnerfürstenthume ein Ende machte. Er wollte die Fortdauer des Krieges. Er bedurfte dazu der Truppen, die bisher ihm gefolgt. Allein er hatte nicht die Mittel, sie zu bezahlen. Er lohnte in seiner Weise. Anders als Pöblis vor dem Landgrafen Ludwig, redete Mansfeld vor dem Betreten des Darmstädtischen Landes zu seiner Mannschaft. Er führe sie nun, sagte er, auf eine gute Weide. Dort solle ihnen alles preis gegeben, jedoch Brennen und Todschlagen verboten sein; auch Mühlsteine und heißes Eisen sollten sie liegen lassen.[1]

Dennoch scheint dann Mansfeld, ähnlich wie einst Anhalt, den haltlosen jungen Mann nur schrittweise auf der Bahn des neuen Verbrechens vorwärts geschoben zu haben.

Kaum hatte Pöblis die Stadt verlassen, als dem Landgrafen die Meldung gebracht wurde, daß man vor den Thoren, die auf jene Worte des Pöblis der Landgraf hatte schließen lassen, mansfeldische Soldaten erblicke, die Brot verlangten. Gegen Mittag erschien auch Pöblis wieder, und ersuchte um Einlaß und Audienz im Namen des Königs von Böhmen. Der Landgraf ließ ihn vor. Pöblis eröffnete, daß er Bericht erstattet.

[1] Theatrum E. I. 721.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Es wolle indessen der König lieber selber mit dem Landgrafen reden, weil besser mündlich als schriftlich. Darum begehre er mit seiner Leibgarde in die Stadt zu kommen. Der Landgraf beschwerte sich: die Person des Pfalzgrafen werde ihm angenehm sein, nicht jedoch Truppen. Pöblis bestand auf 200 Reitern und der fünffachen Anzahl Fußvolk, und versprach gute Ordnung. Endlich stellte der Landgraf die Frage: ob der Pfalzgraf als Freund oder Feind komme.

Auf diese Frage war Pöblis nicht vorbereitet. Er bat, Resolution einholen zu dürfen. Bereits nach Ablauf einer halben Stunde war er wieder da mit der Erklärung: der König komme als Freund. — Der Landgraf vertraute auf das Fürstenwort und ließ das Neue-Thor von Darmstadt öffnen. Die vorher benannten Truppen zogen ein, und besetzten alle Wachen in Stadt und Schloß. Friedrich und der Schwarm der fürstlichen und gräflichen Abenteurer in seinem Gefolge nahmen Quartier im Schlosse, das Haupt des Ganzen, Mansfeld, für sich allein auf dem Rathhause der Stadt.

Der Landgraf eröffnete seinem Gaste sofort die Vorschläge, zu denen der Kaiser ihn ermächtigt, und deren Bedingung die Abbitte war. Friedrich erwiederte: er stehe nun in ansehnlicher Kriegsverfassung und sei nicht mehr in dem Stande, (sich) zu submittieren oder zu deprecieren. Zudem bliebe ein solches Schreiben, wenn er es abgehen ließe, nicht geheim, sondern käme vor seine Assistenten und würde diese entmuthigen.

Johann Schweikard, der dies nach einer Meldung des Landgrafen dem Kaiser berichtet, fügt hinzu: „Wie wenig dies mit den Erklärungen von Jacob I., Christian IV., Johann Georg übereinstimmt, liegt vor Augen.“[1] — Die Kunde jener Worte Friedrichs gelangte auch nach Brüssel. Dort hielt man sie dem friedesuchenden englischen Gesandten, Kanzler Weston, entgegen.[2]

In Darmstadt jedoch gingen auch ferner die Reden der nichtgeladenen Gäste des Landgrafen so hoch wie je zuvor. Namentlich Johann Ernst von Weimar that in diesen Reden vor dem Landgrafen Ludwig sich hervor. Er wiederholte die juristische Spitzfindigkeit des Camerar: Friedrich habe mit Ferdinand nicht als mit dem Kaiser, sondern als mit einem Erzherzoge von Oesterreich zu thun. „Auch könne kein Friede gemacht werden, man thue denn Erstattung des angerichteten Schadens, weil die kurpfälzischen Lande ganz eröset und deren nunmehr nicht zu

[1] Kriegsacten F. 49. Vom 9. Juni. [2] Gardiner I, 208.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

genießen." — Unter dem Gefolge Friedrichs ging die laute Rede: er werde höchlich dadurch offendiert, daß man (der Landgraf) ihm den königlichen Titel nicht gebe.

Jedoch vergingen vier Tage ohne Gewalt gegen die Person des Landgrafen. Spät am Abende des 26. Mai / 5. Juni, als der Landgraf sich niederlegen wollte, trat Pöblis bei ihm ein und überreichte eine Schrift mit einer Reihe von Forderungen, die den Reden der letzten Tage entsprachen. Dazu sollte Ludwig als Friedrichs Gefangener innerhalb Darmstadt verbleiben, seine Festung Rüsselsheim überliefern und eins seiner Kinder als Geisel stellen.

Noch in derselben Nacht entwich der Landgraf, um nicht wider Pflicht und Gewissen zu handeln, mit seinem zweiten Sohne Johann aus seinem Schlosse und aus seiner Stadt. Als am nächsten Morgen der Herzog Johann Ernst dem Winterkönige die Meldung brachte, war Friedrich doch betroffen. Er meinte, seine Forderungen seien ja kein Ultimatum gewesen. Er könne nicht glauben, daß der Landgraf aus der Stadt sei.

Unterdessen war dem Landgrafen die Flucht nicht gelungen. Bei dem Dorfe Büttelborn gewahrten ihn Durlachische Reiter, hielten ihn an und führten ihn nach Wolfskehlen vor den Markgrafen. Dieser eröffnete dem Gefangenen, daß „sein Abfall von der evangelischen Sache das Verfahren gegen ihn rechtfertige." [1] — Ludwig und sein Sohn wurden nach Darmstadt zurückgeführt.

Dort erneuerte Friedrich ihm gegenüber die Forderungen vom Abende zuvor. Der Landgraf erklärte: Friedrich habe ihm bei der Ankunft sein fürstliches Wort gegeben, daß er komme als Freund. Er verwahre sich, demselben den königlichen Titel zu geben. Er habe an dem Kriege nicht Theil genommen, und insofern sei er neutral; aber er sei nicht neutral, indem er die Sache des Kaisers als die gerechte anerkenne. — Das Einzige, was man von ihm erlangte, war das Versprechen, nicht wieder entfliehen zu wollen. Er blieb Gefangener, jedoch mit fürstlicher Bedienung. [2]

Und unterdessen das unglückliche Land? Die Stadt Darmstadt selber blieb, hauptsächlich durch die Bemühungen der sächsischen Herzöge

[1] Rommel VI, 206.

[2] Außer dem officiellen Darmstädter Berichte die Briefe des Schwiegersohnes, Herzogs Georg, an Herzog Christian d. Ä., im Celler Briefarchive.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Johann Ernst und Friedrich, mit eigentlicher Plünderung verschont. „Im Lande ist alles mit unersättlicher Feindschaft und Tyrannei abgegangen, alles gebrandschatzt, geplündert und fast alle Kirchen ausgeraubt, ehrliche Leute, geistlich und weltlich, geschlagen und gar ermordet, und dazu Frauen und Jungfrauen Gewalt angethan. Die Schlösser und Häuser sind ihrer Vorräthe bis auf den letzten Bissen beraubt. Im Schlosse Dornberg hat das Lauenburgische Regiment hundert Fuder des besten rheinischen Weines, vom Jahrgang 1616, jedes 100 Thaler werth, theils hinweggeführt, theils in Koth und Keller laufen lassen und verdorben. — Nach und nach sind auch die Dörfer angesteckt, ein Feuer nach dem anderen gesehen worden.“ [1]

Die Macht Friedrichs oder richtiger Mansfelds stand, wie es schien, auf ihrer Höhe. Am 3. Juni meldet Tilly aus Wimpfen seine Besorgnis vor der Vereinigung von Mansfeld und Christian. Noch während des Schreibens kommt ihm die Nachricht zu, daß der Vortrab Mansfelds bereits in Bensheim stehe, am nächsten Tage nach Darmstadt gelangen werde. „Daher, fügt er hinzu, ist die Conjunction mit dem Herzog Christian nicht mehr zu verhüten, zumal da dem G. Cordova mit seiner Infanterie der Weg zu mir durch Mansfeld abgeschnitten.“ [2]

Ungeachtet dieser Meldung sehen wir dann doch Tilly alle Kraft und allen Scharfsinn aufbieten, wie es ihm, der noch am Neckar stand, gelingen könne, zwischen die Beiden zu kommen, von denen der Eine in Darmstadt sich befand, der Andere von Norden her südwärts auf den Main zu marschierte.

Am 28. Mai / 7. Juni brach das mansfeldische Heer von Darmstadt ostwärts auf, nach Dieburg, auf dem Wege nach Aschaffenburg. Es war nur der eine Marsch. Bereits am zweiten Tage nachher, am 30. Mai / 9. Juni, wendete sich das ganze Lager südwärts, nach der Bergstraße und nach Mannheim. [3]

„Es war nämlich — so erzählt ein Zeitgenosse — dem Mansfeld berichtet worden, daß die bayerische und die spanische Armada im Anzuge seien ihn anzugreifen, der Orten ihn in die Kluppe zu fassen und zu dem Ende sich der Mannheimer Brücke zu bemächtigen.“ [4] Der Besitz

[1] Der Darmst. Bericht in Kriegsacten F. 49. Vgl. damit Theatrum E. 721.
[2] Kriegsacten F. 49. [3] Darmstädter Bericht in Kr. A.
[4] Theatrum E. I, 721. Lord Chichester bei Roe 42.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Mannheimer Brücke schloß oder eröffnete den Weg nach dem Elsaß, wo Mansfeld seine Beute verwahrte. Um sich diesen Weg und seine Beute zu sichern, kehrte Mansfeld von Dieburg südwärts um nach Mannheim zu, und verzichtete dadurch auf die bereits sichere Vereinigung mit Christian. Der erste Meisterstreich Tillys war gelungen.

Es folgte sofort der zweite. Bereits am zweiten Tage war Tilly der Nachhut des abziehenden Mansfeld im Walde von Lorsch auf den Fersen. „Wir haben ihn, meldet Tilly an Maximilian, am 15. Juni, aus unterschiedlichen Posten getrieben, beim Scharmützeln wohl in die 3000 niedergelegt, namentlich Fußvolk. Die Unseren waren durch dreitägiges Marschieren abgemattet, sonst noch viel mehr.“ [1]

Lord Chichester in Mannheim berichtet: „Die vereinigte Macht von Cordova und Tilly erreichte die verstreute Mannschaft und schlug viele der ermüdeten und kranken Leute nieder. Als sie mit ihrer Cavallerie an die Armee selber gelangten, gab es ein Gefecht mit beiderseitigem Verluste, schwerer jedoch, wegen der Verstreuten, auf unserer Seite. Jedoch kamen der König und seine Armee in ziemlich guter Ordnung ab, nicht aufgelöst. Es gereichte ihnen zum Glücke, wie ich sagen darf, daß die Infanterie des Feindes nicht so zeitig herankam, sie anzugreifen, bevor sie Mannheim erreichten. Die Mansfelder überschritten dann die Neckarbrücke und lagerten zwischen Neckar und Rhein.“ [2]

Der Bericht Chichesters läßt durchschimmern, wie sehr sich in den acht Tagen zuvor die Dinge zu Ungunsten Friedrichs oder richtiger Mansfelds gewendet. Bestimmter sagen es die Berichte Tillys. Wenige Tage zuvor, wo Mansfeld auf Darmstadt zog, hatte er gemeint, die Vereinigung von Mansfeld und Christian sei so gut wie vollzogen. Indem er dann, durch den Scheinangriff auf die Mannheimer Brücke, den Mansfeld zum Rückzuge von Dieburg auf Mannheim bewog, stand er in Ebersdorf, am 15. Juni, zwischen Mansfeld und Christian. [3]

Bei den auffallenden Vorgängen dieser letzten Tage war das Verhältnis Friedrichs zu Mansfeld nicht ein Geheimnis geblieben. In Frankfurt lief die Äußerung eines vornehmen Herrn um, der mit in Mannheim gewesen: es bedünke ihn, der Pfalzgraf sei in Mannheim eben so wohl ein Gefangener wie der Landgraf, inmaßen man auch in Darmstadt wohl bemerkt, daß derselbe fast thun müsse, was dem von

[1] Kriegsacten F. 49. Vom 15. Juni. [2] Roe 72. [3] Kriegsacten F. 49.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Mansfeld gefällig, es sei ihm gleich lieb oder leid.[1] — Nun gab noch dazu der wenig ehrenhafte Rückzug von Dieburg nach Mannheim den Anlaß zu Erörterungen, wie sie in solchen Fällen unter den Häuptern unvermeidlich sind.

Die moralische Auflösung war also offenkundig. Um so mehr drängte Weston in Brüssel auf einen Waffenstillstand. Die Infantin in ihrer Sehnsucht nach der Herstellung des Friedens war willig. Am 6./16. Juni sendete Lord Chichester von Mannheim aus an Tilly die Meldung, daß er von Brüssel her den Auftrag habe, einen Stillstand auf drei Wochen abzuschließen. Deshalb habe er den Pfalzgrafen bewogen, sich in der Stadt Mannheim aufzuhalten. Er erwarte von Tilly, dem die Infantin ihren Entschluß kund gethan haben werde, die Antwort, wann der Stillstand beginnen solle.[2]

Tilly antwortete am 18. Juni: bis zur Stunde sei ihm ein solcher Befehl der Infantin, ohne welchen er sich nicht einlassen dürfe, nicht zugekommen. In jedem Falle müsse er zuvor wissen, wohin Mansfeld und Herzog Christian sich zurückziehen würden, damit es nicht den geistlichen Fürsten zum Nachtheile geschehe.

Zugleich wandte sich Tilly fragend nach München, mit der Meldung, daß Cordova allerdings von Brüssel her den Befehl habe, nicht er. „Ich halte dafür, schließt er, daß die Gegner diesen Stillstand allein darum begehren, weil sie unsere Streitkräfte vereinigt vor sich sehen." Er bittet die Antwort nach Aschaffenburg zu dirigieren. Das Wort zeigt den weiteren Plan Tillys an: er will gegen den Herzog Christian ziehen.

Die Antwort Maximilians billigte nicht den Plan des Stillstandes. „Die Hoffnung auf die Niederlegung der Waffen, meldet er, ist noch nicht geschwunden. Ein Stillstand würde verzögern." Jedoch erörtert er die Bedingungen, unter denen man sich einlassen könne. Dann schließt er: „So lange man das Kriegsvolk — d. i. dasjenige Tillys und Cordovas — also beisammen hat, ist kein Mittel zu versäumen. Wie ich denn gänzlich dafür halte, Ihr werdet, unerwartet dieser Resolution, in den Feind so viel möglich gesetzt, und alles was zu dieser Intention dienlich, wie bisher, wohl erzeigt haben."[3]

[1] Bericht aus Frankfurt vom 11./21. Juni, in Kriegsacten F. 49.
[2] Tillys Bericht vom 15. Juni, in Kr. A.
[3] Kriegsacten F. 49. Vom 22. Juni.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In der That hatte Tilly, noch bevor der Herzog Maximilian in München diese Resolution unterschrieb, im Sinne derselben mit Nachdruck gegen Christian gehandelt.

Bevor wir darauf eingehen, haben wir uns zurückzuwenden zu dem Walten dieses jungen Herzogs in Westfalen.

7. Christians Walten in Westfalen und Marsch auf den Main.

Ungeachtet der Bitten Friedrichs bei Moritz von Oranien und des Scheines der Einwilligung in dieselben, war Christian, wie wir gesehen haben, in Westfalen verblieben auf den Befehl eben desselben Prinzen Moritz, weil Christian im Stifte Münster den Generalstaaten nützlicher sein würde als in der Pfalz. Christian fuhr also fort, in Westfalen zu nehmen, was er ablangen oder herausdrücken konnte.

Eben damals jedoch, als er das Stift Münster nachdrücklicher als zuvor zu bedrohen begann, fand er ein nicht erwartetes Hindernis an der kleinen Stadt Gesecke.[1] Nachdem, bereits im Januar, die Stadt sich durch eine Zahlung von 1500 Thalern abzufinden gemeint, ließ doch Christian wiederholt Versuche auf sie machen. Aber Anholt sandte den Obersten Erwitte mit 1000 Mann zu Hülfe. Die Bürgerschaft war entschlossen zum Widerstande, zumal bei der furchtbaren Drohung Christians, kein Kind in der Wiege schonen zu wollen. Am 4. April rückte er mit fast seiner ganzen Macht vor die Stadt. Er ließ stürmen. Es war vergeblich. Dennoch forderte er die Übergabe. Er erhielt die Antwort: er möge nur lustig kommen mit rechtschaffenen Soldaten, der armen Bauern aber schonen. Christian entschloß sich zum Abzuge von Gesecke, am 12. April.

Es war der Ehrentag dieser kleinen Stadt. Sie hat das Gedächtnis desselben, im Volksmunde mit Anspielung auf Christian den Tollen der Dulletag genannt, in würdiger Weise gefeiert bis herab auf unsere Zeiten.[2]

Das Stift Münster hatte dem Herzoge Christian bereits 30,000 Thlr. Brandschatzung gezahlt. Er forderte mehr. Es kehrt bei ihm immer die Redeweise wieder: eben so viel wie die Stände dem Landesherrn für die Liga gegen Kurpfalz gezahlt, eben so viel wolle er auch haben. Es

[1] Weskamp, Christian 109 u. f.

[2] A. a. O. 118. Der andere Name ist Lobetag.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ist ein merkwürdiger Einklang seiner Reden zu diesen Landständen mit denen der Generalstaaten zu dem Kurfürsten Ferdinand von Köln. Diesem „bringen die Generalstaaten, am 4. April, in Erinnerung, daß sie im October und December 1619 die Stände der drei Stifter Köln, Paderborn und Münster gewarnt, gegen die Fürsten und Stände der Union etwas beizutragen. Aus aufgefangenen Schreiben liege nunmehr wieder die Absicht des Kurfürsten vor, den Herzog Maximilian gegen Kurpfalz zu unterstützen. Die Generalstaaten erlassen daher, lediglich aus nachbarlicher Affection, an den Kurfürsten die treuherzige Warnung dies nicht zu thun, damit die Verwüstung, das Verderben, der totale Ruin dieser Länder vermieden werde." [1] — Der Kurfürst, indem er dieses Schreiben dem Kaiser einsandte, fügte sein Urtheil hinzu: „Es ist das eine fast große Vermessenheit."

Es ist das Bestreben des Kurfürsten Ferdinand, die Stände seiner Länder zur einmüthigen Abwehr, also zur Bewilligung der Mittel für diesen Zweck zu bewegen. Es ist dagegen das Bestreben der Generalstaaten, durch Furcht oder, je nach den Umständen, auch durch gütliche Mittel, den Willen zum einmüthigen Handeln nicht aufkommen zu lassen.

Am 13. April eröffneten die Räthe des Kurfürsten den lange vorbereiteten Landtag in Münster. Sie begannen mit einer Schilderung des Jammers, den bis dahin Christian zunächst über das Stift Paderborn und das Herzogthum Westfalen gebracht. [2] „Es ist landkundig, sagen sie, in welcher Art von dem Kriegsvolke des Herzogs Christian mit Brandschatzen und Plündern, mit Schänden und Morden im Stifte Paderborn und im Herzogthume Westfalen gewüthet worden ist. Durch Brandbriefe und Brandmeister sind die Landschaften insgemein, wie die einzelnen Städte, Flecken, Dörfer und adeligen Häuser besonders zu Zahlungen gezwungen, und weder Unterschrift noch Siegel haben vor weiteren Bedrückungen geschützt. Die armen, an den Bettelstab gebrachten Leute sind genöthigt worden, ihr Heim zu verlassen und mit Weib und Kind ins Elend zu wandern. In Wäldern und hinter Hecken und Sträuchern hat man Leichen gefunden, die Opfer der Kälte und des Hungers. Es ist dann dem Stifte Münster gleiches Verderben angedroht, wenn es nicht eine hohe Summe bewillige. Trotz der dadurch erkauften Salvegarde haben die Halberstädter mit Einlagerung, mit Rauben, Plündern, Niederschießen, mit abgenöthigter Zufuhr der Lebens-

[1] Kriegsacten F. 47. [2] Weskamp, Christian 130.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mittel fortgefahren. Es sind Dörfer abgebrannt, die Städte bedroht, das ganze Land gefährdet."

Der Kurfürst ließ weiter sagen, daß allem diesem Übel hätte gesteuert werden können, wenn, seiner Aufforderung gemäß, die Stände der westfälischen Länder sich zu einer einmüthigen Abwehr hätten vergleichen können. Sie dagegen hätten ihre Unvermögenheit und andere Bedenken eingewendet. Aber auch jetzt noch sei es Zeit, für die Sache des Rechtes und der eigenen Wohlfahrt einzustehen mit Gut und Blut.

Die Stände dankten dem Landesherrn „für seine treuherzige väterliche Sorgfalt"; aber ihre Beschlüsse riefen nicht dasjenige ins Leben, worauf es zur Gegenwehr ankam — eine Bewilligung für eine Kriegesmacht. Sie ersuchten dagegen die fürstlichen Räthe, bei den Generalstaaten und bei Christian Beschwerde zu führen über die Drangsale, welche das Land von den streifenden Truppen erleide.

Die Beschwerde im Haag fand auffallend schnell ihre Lösung. Noch im April erschienen gedruckte Placate der Generalstaaten, welche ihren Truppen die Androhung scharfer Strafen für jede Bedrückung der friedlichen Nachbaren in Köln und Münster in Erinnerung brachten.[1]

War denn nun auf einmal der bei den Generalstaaten so oft schlummernde Rechtssinn gegen ihre friedlichen, aber durch ihre Uneinigkeit schwachen Nachbaren wach geworden? — Es gab noch eine andere und mehr glaubliche Lösung dieser Frage.[2] Spinola hatte schon seit längerer Zeit gedrängt, daß der Kurfürst Ferdinand mit seinen Ländern sich offen als Feind der Generalstaaten erklären möge. In diesem Falle werde der König von Spanien die wiederholt gesuchte und wegen dieser Unentschlossenheit verzögerte Hülfe leisten. In der That ließ dann, im April, Spinola den Grafen Heinrich von Berg mit nicht geringer Macht oberhalb Wesel auf einer Schiffbrücke den Rhein überschreiten. Der Kurfürst war dem Verlangen Spinolas geneigt, nicht das Domcapitel und die Landstände. Ihnen schwebten lebhaft die Drohbriefe der Generalstaaten vor Augen, daß, im Falle sie die geringste Feindseligkeit gegen den Herzog Christian oder die Generalstaaten verübten, das ganze Land abgebrannt werden solle. Als die Drohungen ihre Wirkung gethan, folgten jene friedlichen Placate, „um also, wie ein holländischer Zeitgenosse sich ausdrückt, die Landschaften, unter dem Vorwande der Freundschaft und des

[1] Westkamp, Christian 134. [2] Capellen I, 43.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Schutzes, von den Entwürfen und Anschlägen ihres Landesfürsten abwendig zu machen." [1]

Jedoch auch so drohte der Anmarsch Heinrichs von Berg mit 10,000 Mann Infanterie und entsprechender Cavallerie für Christian Gefahr. Moritz von Oranien fand ein Gegenmittel. Er entsendete seinen Bruder Friedrich Heinrich mit zahlreicher Cavallerie in aller Stille und Schnelle mitten durch feindliches Land an Turnhout vorbei bis über die Demer. Dann loderten in dem ganzen Dreieck Landes, in dessen Winkeln die Städte Mecheln, Löven und Brüssel liegen, die Feuer auf. Die Infantin Isabella glaubte nicht eher an diese Verwegenheit des Feindes, als bis sie selber von den Wällen von Brüssel aus in die Flammen blickte. Dann gebot sie die schleunige Rückkehr Heinrichs von Berg. [2]

Die Stände der Länder Ferdinands vermeinten ihren Mangel an Entschlossenheit unter dem Namen der Neutralität zu verbergen. Christian verstand das anders. Vom 10./20. April an ergingen seine Forderungen an Münster. Er verlangte die Auslieferung eines Drosten Schorlemer, der aus der Kriegsbeute von Prag Werthsachen zum Betrage von 100,000 Thalern nach Münster gebracht. [3] Darum sei Schorlemer ein Feind des Königs von Böhmen, darum auch ein Feind Christians. „Wer unseren Feind aufnimmt, der ist selbst auch unser Feind. Ferner ist unser Feind der giftige pestilentialische Haufe der Jesuiten, die Ihr bei Euch habt. Deshalb verlangen wir Auslieferung der Güter, die Schorlemer in die Stadt gebracht, Verjagung der Jesuiten oder 150,000 Thlr. für ihre Hälfe. Dagegen wir eine Einrede wegen Neutralität oder andere jesuitische oder sophistische Ausflüchte nicht leiden mögen." — Am 28. April forderte Christian als Gegenleistung dessen, was die Stände dem Kurfürsten als Landesherrn bewilligt, 200,000 Thaler. [4]

Die erste Forderung ließ sich als unbegründet darthun, die zweite als unerfüllbar, an der dritten hielt Christian fest. Er rückte in das Stift Münster ein, mit dem üblichen Verfahren. Dann verhandelte man. Christian ließ von jener Summe etwas ab, jedoch mit der Drohung,

[1] A. a. O. 44: om alsoo de Lantscap, onder dexsel van vrientscap ende sauvegarde, te separeeren von de desseins ende aenslagen van haer Bisscop.

[2] A. a. O. 49.

[3] Londorp II, 625. Ich schreibe Schorlemer nach Westkamp 141.

[4] Westkamp, Christian 135.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„unsäumlich wieder anzufangen mit Brennen.“ [1] — Endlich, am 10. Mai, gelang es, ihn mit 10,000 Thalern baar zu beschwichtigen.

„Und will, schrieb der Kurfürst Ferdinand, am 15. Mai, an den Kaiser, der unsinnige Mensch noch nicht meine Länder verlassen, sondern es scheint aus allem seinem Verfahren, daß er eher nicht zu scheiden gedenkt als bis er es also gemacht, daß ich es vielleicht nicht mehr erleben möchte, daß die Länder dieses jämmerliche Verderben wieder überwunden und verschmerzt haben.“ [2]

Diese Meinung war nicht richtig. Am selben Tage zog Christian zum dritten Male in die Stadt Paderborn ein, nicht, um dort zu verweilen. Am nächsten Tage wollte er, vor dem Aufbruche, das Collegium der Jesuiten, das ihm auch dies Mal zum Quartiere gedient hatte, in die Luft sprengen. [3] Nachdem schon mehrere Tonnen Pulver unter den Hauptthurm gebracht waren, ließ er auf das Zureden einiger braunschweigischen Edelleute davon ab. Jedoch führte er die drei Patres, die dort geblieben waren, mit den zwei anderen, die schon zuvor ihm hatten folgen müssen, als Geiseln für die noch nicht gezahlte Brandschatzung gefangen mit. [4]

Es sind damals und später von Freunden und Feinden der Sache Christians über ihn manche scharfe Urtheile gefällt, wie wir sie nach Zeit und Gelegenheit vernehmen werden — nicht von diesen Jesuiten, die er gefangen mit sich führte. „Auf dem Marsche — so berichtet die Geschichte des Paderborner Collegs, [5] — ließ er ihnen die Fesseln lösen, und, wenn er sie zu Fuß gehend antraf, ließ er ihnen einen Wagen stellen. Oft auch redete er sie freundlich an. Traten dann Andere herzu, so trug er eine stramme Miene zur Schau, welche er ablegte, sobald er wieder mit ihnen allein war.“

Dennoch blieb das persönliche Verhalten des Herzogs Christian zu den gefangenen Jesuiten auch damals gleich nicht unbekannt. Eine Flugschrift erzählt: „Die Jesuiten waren zwar Gefangene, aber von dem Herzoge sehr stattlich und ehrlich gehalten.“ [6]

Das Verhalten Christians gegen den Orden der Jesuiten im Allgemeinen und gegen die einzelnen Personen im Besonderen erscheint also wie ein Widerspruch. Und dennoch dürfte die Lösung dessen nicht schwer

[1] A. a. O. [2] Kriegsacten F. 48. [3] Westkamp, Herzog Christian 150.
[4] A. a. O. 149. [5] Das Citat bei Opel I, 332.
[6] Theatrum E. I, 723.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sein. Christian, wie die gesammte Partei der ihm gleich oder ähnlich Gesinnten jederzeit zu thun pflegt, verhielt sich zu dem Orden in der Gesammtheit gemäß den Vorurtheilen seiner Unkenntnis. Die einzelnen Persönlichkeiten dagegen, denen er gegenüber trat, übten auf ihn diejenige Wirkung, welcher auch rohere Menschen gegenüber der moralischen Überlegenheit sich nur schwer entziehen.

Unter der Beute aus Paderborn, die Christian mit sich führte, befanden sich die Reliquien des hl. Liborius, eingehüllt in ein Leinentuch, versiegelt mit seinem Siegel.[1] Ob er bei dieser Beute sich ganz ohne Scrupel fühlte, werden im Verlaufe der Dinge seine Äußerungen ergeben.

Bevor Christian aus Westfalen schied, räumte er die Städte Lippstadt und Soest den Truppen der Generalstaaten ein. — Bei Höxter überschritt er die Weser und durchzog dann einige Ämter seines Bruders Friedrich Ulrich, um das mainzische Eichsfeld brandschatzen zu können. Für 20,000 Thaler baar und die Zusage von weiteren 80,000 Thalern gab er das Versprechen, nur Eine Nacht in dem Gebiete zu rasten. Ein Bericht von dort gibt damals, am 26. Mai, die Stärke des Heeres an auf „6000 Reiter und 26 Fähnlein zu Fuß, etwa 4500, sammt einem unglaublichen Troß und unnützem Gesindlein.“[2] Doch stieß dort auch die im Halberstädtschen geworbene Mannschaft, etwa 1000, zu der Hauptmacht.[3]

Nach der üblichen Weise der Aggressiv-Partei verkündete Christian: „er habe sich zu keinem anderen Zwecke aufgemacht, als daß dadurch die wahre Religion, so wie des Reiches heilsame Satzungen, sonderlich der werthe Religions- und Profanfriede in gleicher sicherer Wage erhalten werden mögen.“[4]

In Wien dagegen erwog der Reichshofrath die Frage der Reichsacht über Christian. Es stand dagegen das Bedenken, daß zur Zeit keine Execution verfügt werden könne. Denn Maximilian mußte, gemäß dem Willen der Liga, die Aufgabe seines Heeres auf den Schutz der Länder der geistlichen Fürsten beschränken. Zweckmäßiger, meinte man, werde eine Abmahnung durch die Reichsstände des niedersächsischen Kreises sein.[5] — Nachdem Christian wiederholt gezeigt, wie viel oder wie wenig er sich um solche Abmahnungen kümmerte, erscheint der Beschluß nur wie

[1] Acta sanctorum m. Julii V, 427. [2] Kriegsacten F. 48.
[3] Opel I, 344. [4] Kriegsacten F. 49. Vom 11. Mai.
[5] A. a. O. Vom 7. Juni.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

eine Umhüllung der Verlegenheit was zu thun. Es gab gegen ihn kein Mittel als die Waffen.

Er forderte von der Stadt Mühlhausen 200,000 Thaler oder Quartier. Der Rath wandte sich fragend an den Kurfürsten Johann Georg, der mit einiger Macht in Langensalza stand. Mit seiner Zustimmung lehnte die Stadt das Ansinnen ab. Der Kurfürst meldete dem Kaiser, daß er, wenn nur einige Assistenz vorhanden, den Herzog angegriffen und geschlagen haben würde.[1]

Bereits war ein Drohbrief Christians an den Fürstbischof von Würzburg und Bamberg ergangen, abermals wie ein Ausdruck des vollen jugendlichen Übermuthes, welcher die Raufluft mit dem Hohne absichtlicher Beleidigung paart.[2] Zugleich jedoch hatte der in solcher Weise Bedrohete seinen Hülferuf erhoben. Tilly meldete, am 31. Mai, daß er Herbersdorf mit so vieler Mannschaft nach Würzburg entsendet, daß es genug sein dürfte.[3] In der That wendete Christian sich nicht dahin, sondern weiter westwärts. Es handelte sich für ihn darum, den Landgrafen Moritz zur thätigen Betheiligung mit fortzureißen.

Das Verhalten dieses Fürsten ist, wie so häufig bei ihm, in sich widersprechend. Auf die Nachricht des Ausbruches von Christian berief Tilly auch den Grafen Anholt aus Westfalen in Eilmärschen zu sich. Der kürzeste Weg für Anholt führte durch Hessen-Cassel. Beim Herannahen desselben verlangte Moritz von seinen Räthen ein Gutachten, ob er Christian zum Succurs gegen Anholt rufen solle. Die Räthe hielten entgegen, daß Anholt aufs geschwindeste durcheilen, Christian also zu spät kommen würde. Habe man ihn aber einmal im Lande, so werde man sich nach seinem Willen richten müssen.[4]

Über dies Gutachten gerieth der Landgraf in heftigen Zorn. In den stärksten Ausdrücken bezeichnet er dasselbe, welches ihm die Vertheidigung seiner Unterthanen wehre, als „einen unauslöschlichen Schimpf." „Damit aber sie (die Räthe) auch nicht dafür halten, daß wir gemeint, ihnen solche und dergleichen handgreifliche und zumal grobe Fehler mit überflüssiger Geduld hinpassieren zu lassen: so sollen sie wissen, daß sie in unsere hohe Straf und Ungnad gefallen, und daß sie nach Anhörung

[1] A. a. O. Vom 12. Juni. [2] Khevenhiller IX, 1682.

[3] Kriegsacten F. 49. Vom 31. Mai.

[4] Vom 17./27. Mai, in Kriegsacten F. 51. Dort auch das Folgende. Das ausführliche Urtheil des Landgrafen, für hier zu lang, ist ein Curiosum.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dieſes in ihre Loſamenter verſtricket ſein und zur Ausſöhnung der an uns und unſeren Unterthanen begangenen Unthat zwölf tauſend Thaler zahlen ſollen."

Dieſe Stimmung des Landgrafen Moritz hielt nicht vor. Chriſtian, in Vacha angelangt, ſprach, am 28. Mai / 7. Juni, dem Landgrafen Zweifel an ſeiner Ehrlichkeit aus. Moritz verwahrte ſich. Noch am 31. Mai / 10. Juni gab er ſeinem Sohne Wilhelm den Auftrag, mit den verſammelten Räthen, ſo wie auch dem Ausſchuſſe der Ritterſchaft zu erwägen: „ob mit dem Herzoge Chriſtian, oder auch, da inmittels die Conjunction des böhmiſchen und des braunſchweigiſchen Löwen erfolgen ſollte, mit dem Haupt-Principal, nämlich dem Könige in Böhmen, hierüber zu tractieren ſein möchte." — Moritz meinte nämlich damals noch, daß Mansfeld gemäß der Richtung ſeines Marſches, am 28. Mai / 7. Juni, von Darmſtadt aus, ſich auf dem Wege nach Aſchaffenburg befinde, und erwartete ſtündlich die Nachricht der Einnahme dieſer Stadt.[1] Er wußte noch nicht, daß Mansfeld bereits wieder, ſicher vor Tilly, in Mannheim ſaß.

Eben ſo daher, wie der ſchleunige Rückzug des Mansfeld von Dieburg aus auf Mannheim ihm ſelber die Gelegenheit der Vereinigung mit Chriſtian benahm, muß angenommen werden, daß die Nachricht dieſes Rückzuges auch bei Moritz und ſeinem Sohne Wilhelm jeden Wunſch der Vereinigung mit Chriſtian erſtickte. Moritz alſo, ungeachtet ſeines Zornes über das Gutachten ſeiner Räthe, handelte wider ſeinen Willen demſelben gemäß.

Um ſo höhere Anerkennung iſt dem Feldherrn zu zollen, der mit wohl erwogener Berechnung der Charaktere ſeiner Gegner, durch ſeine ſcheinbare Abſicht auf Mannheim ſolche Erfolge erreicht hatte. Der wichtigſte derſelben ſtand jedoch noch aus. Chriſtian gelangte mit unverſehrter Macht bis an den Main.

8. Das Treffen bei Höchſt, 11./21. Juni, und deſſen nächſte Folgen.

In dem bereits früher angeregten Schreiben Tillys aus Eberſtadt, vom 15. Juni, ſagt er: „Dieweil Cordova und ich berichtet, daß der Herzog Chriſtian mit 80 Cornet Reitern und 6 Regimentern zu Fuß zu je 2000 Mann ſich zu Nidda in der Wetterau befinde, nicht über vier Meilen von Frankfurt, und daher zu beſorgen, daß er ſich der

[1] A. a. O. Schreiben des Landgrafen vom 31. Mai / 10. Juni.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Brücke von Aschaffenburg bemächtige, oder auch sich in den Rheingau begebe: so haben wir uns abermals also conjungiert, daß wir auf jeden Angriff, ob von Mansfeld, ob von Christian, uns zugleich wenden, auch, da der Bischof von Würzburg nichts zu besorgen, die aus Böhmen her unter Caraccioli anmarschierten Truppen heranziehen können." [1]

Von Mannheim aus sandten Mansfeld und Friedrich an Christian die Meldung, daß sie ihm zum Übergange über den Main die Hand nicht bieten könnten. Sie riethen daher, daß er sich gegen Würzburg wenden und sich dort stärken möge, bis, nach dem Aufbruche des feindlichen Lagers, das königliche Heer die Vereinigung mit ihm anstreben könne. [2] Christian verschmähete den Rath: er wollte über den Main.

Sobald an dieser Absicht nicht mehr zu zweifeln war, eilte Tilly auf Aschaffenburg zu, um dort den Main zu überschreiten und dann am rechten Ufer des Stromes hinunter zu gehen und auf Christian zu treffen vor dessen Übergange.

Mit besorgtem Blicke schauete auf diese Vorgänge der englische Gesandte in Heidelberg, Lord Chichester. „Ich habe nun, meldet er, die Truppen des Markgrafen von Baden und Mansfelds, ihre schlechte Mannszucht und geringe Ordnung, zur Genüge kennen gelernt, um urtheilen zu können, daß die Sache, für welche sie fechten, sich in großer Gefahr und Wagnis befindet. Man sagt mir, daß die Truppen des Herzogs von Braunschweig in nicht viel besserer Verfassung sind. Wie auch könnte es anders sein, wo die Mannschaft angeworben wird aus der Hefe des Volkes, von Fürsten, welche dieser Leute nicht mächtig, aus Mangel an Geld keine Mittel haben, weder zu bestrafen, noch zu belohnen, sondern sie leben lassen auf Raub und Beute! Wenn Christian einen Schlag empfängt, wie ich vermuthe, so ist die Pfalz verloren." [3]

„Es ist, meldet eine damalige Flugschrift, in dieser Zeit ein großes Flüchten in die Stadt Frankfurt am Main zu Wasser und zu Land gewesen, sonderlich als man vernommen, daß der Herzog Christian seinen Zug der Enden zu nehmen Willens wäre." [4] Bereits in der Nacht vom 15. auf den 16. Juni gelangte der Vortrab unter dem Obersten Knyphausen vor die mainzische Stadt Höchst am rechten Mainufer. Einige Stunden

[1] Kriegsacten F. 49.

[2] Capellen I, 55. Chichesters Bericht bei Roe 73: If he had made use of the intelligence and advice given him, etc.

[3] Gardiner I, 204. [4] Theatrum E. I, 721, stärker dann 723.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

versuchte die Stadt sich zu halten: dann entflohen vor des selber verwundeten Knyphausen furchtbaren Drohungen die entsetzten Einwohner über den vorbeifließenden Strom. An den Zurückgebliebenen wurden Thaten verübt, die jenen Drohungen entsprachen.

Am 7./17. Juni besetzte das Hauptheer Christians die Stadt. Seine Brandmeister erhielten Befehl, die nahegelegenen Orte anzuzünden, ob feindlich, ob neutral, und man sah an Einem Tage, dem 9./19. Juni, die Feuergarben aufsteigen von den Flecken und Dörfern ringsum, von Eschborn, von Ober-Ursel, von Sulzbach, von Nidda, ob mainzischen, ob frankfurtischen, ob hanauischen, oder was immer Gebietes.[1] „Ich habe, meldet ein Schreiben aus Frankfurt, Rauch und Flammen von neun verschiedenen Feuern aufsteigen sehen."[2]

Bereits jedoch waren die Retter auf dem Wege: sie nahten heran. Am 8./18. Juni lagerten Tilly und Cordova auf freiem Felde zwischen Hanau und Frankfurt. Am 9./19. sah man sie unweit Frankfurt vorüber ziehen bis an die Nidda. Christian ließ unterdessen an einer Brücke arbeiten, zu welcher die Frankfurter ihm das Material zögernd verkauften.[3]

Von Kriegskundigen ist damals und später gesagt worden, daß für den Herzog Christian keine Nothwendigkeit vorlag, ein Treffen anzunehmen, daß er vielmehr hinreichende Zeit gehabt, vorher mit seinem Heere über den Main zu gelangen. Wenn dem so ist, so hatte Tilly auch dies Mal, wie vierzehn Tage zuvor den Mansfeld, den Gegner nach Maßgabe der Persönlichkeit richtig geschätzt. Christian nahm das Treffen an mit dem vollen physischen Muthe der Jugend.

„Nachdem wir, meldet der bayerische Bericht,[4] in der Nacht vom 19. auf den 20. die abgeworfenen Brücken über die Nidda hergestellt, zogen wir am Morgen hinüber und fanden den Feind vor uns gegen Höchst zu in völliger Bataille. Darauf ward auch unser Volk in Bataille gestellt, zuvor aber das Schloß Rödelheim, dem Grafen Friedrich Solms gehörig, weil sich 200 Soldaten des Feindes darauf befanden, mit sieben oder acht Kanonen beschossen. Für die Übergabe erhielt die Mannschaft freien Abzug mit Sack und Pack und brennenden Lunten. Nächst unter Rödelheim im Walde lag eine starke Schanze, besetzt mit 1000 Musketieren.

[1] A. a. O. 724. [2] Kriegsacten F. 49. Vom 11./21. Juni.
[3] Theatrum E. I, 724.
[4] Des Kriegs-Commissärs Muggenthal, vom 30. Juni, in Kriegsacten F. 50.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wir griffen sie an mit 1500 aus allen Regimentern. Der Kampf dauerte drei Stunden, bis sie mit Gewalt hinaus getrieben wurden. Inmittels war die Schlachtordnung fertig gestellt. Als nun die Stücke etliche Stunden gespielt, so ist dem Feinde ein Stück verlegt, an dem anderen ein Rad gebrochen, so daß er nur noch Ein Stück zur Verwendung hatte. Als wir dann stärker vorgingen, wich der Feind zurück, bis zwischen 6 und 7 Uhr Abends er sich auflöste in die Flucht auf Höchst. Obwohl die Cavallerie dem Feinde gern nachgesetzt hätte, so hat doch Tilly es nicht gestattet, aus Besorgnis, daß Mansfeld angelangt. Daher blieb die Cavallerie halten, und nur 4 Compagnien Kroaten mit dem Fußvolk, das bereits im Marsche war, drängten nach. Als nun die Unserigen gegen Höchst zu näher kamen, erkannten sie, daß der Feind sich in voller Flucht befand, auf die Brücke zu oder in den Main."

Die Brücke war für den Andrang der Flüchtigen zu schmal. Viele stürzten hinab. Viele Andere, die den Strom durchschwimmen wollten, ertranken. Man erzählte, daß viele Fischer am Mainstrome reich geworden seien durch die Beute an den Ertrunkenen. An denjenigen, die sich landwärts nach Hessen hinein gerettet und versprengt umher irrten, vollendeten die umwohnenden Bauern die Blutarbeit des heißen Tages. Christian war herangezogen mit etwa 20,000 Mann. Mit etwa 6000 gelang es ihm, Mansfeld zu erreichen. Dieser war aus Mannheim heraus gekommen, nicht jedoch so weit, wie Tilly besorgte. Zum Zeichen, daß er in der Nähe sei, ließ er den Marktflecken Pfungstadt in Rauch aufgehen,[1] für Christian dennoch nicht zum Nutzen.

Noch am selben Abende, dem 21., ergab sich die Besatzung in Stadt und Schloß Höchst. Dadurch erhielten auch die aus Paderborn mitgeführten Jesuiten ihre Freiheit. Als die gefangenen Soldaten am anderen Morgen abgeführt werden sollten, traten viele bei Anholt unter.[2]

Tilly entsendete die Siegesbotschaft an den Kaiser durch Johann Francisco Magno, dem er großes Lob zuerkannte. Aus sich gab er einen Überblick der Tage seit Wimpfen mit. Magno wurde in Wien vom Kaiser zum Ritter geschlagen und zum Obersten ernannt. Für Tilly selber brachte er die folgende Antwort mit, vom 1. Juli.[3] „Inmaßen Du Dich um uns, um das H. R. Reich, unser hochlöbliches Haus

[1] Acta Mansf. 133.
[2] Jener Bericht Muggenthals vom 30. Juni.
[3] Kriegsacten F. 50.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Oesterreich und den allgemeinen Wohlstand schon viele und lange Jahre, anfänglich wider die Rebellen in den Niederlanden, dann wider der gemeinen Christenheit Erbfeind, den Türken, und hernach wider unser und aller getreuen Kur- und Fürsten offene Feinde und Rebellen mit ewigem unsterblichem Ruhme verdient gemacht — wollen wir solche Deine ansehnliche und ritterliche Thaten in K. Gnaden mit wirklichem Danke also zu erkennen und zu recompensieren unvergessen sein, wie solches denselben billig geziemt und gemäß ist, und Du, auch die Deinigen, dessen einen Ruhm und einen Genuß empfangen mögest."

Der Sieg Tillys bei Höchst war von weittragender Bedeutung. Um uns dies völlig klar zu machen, haben wir das Urtheil eines der kundigsten Mitglieder der Aggressiv-Partei über die Lage der Dinge vorher zu erfragen, nämlich Camerars.

Er weilte in Bremen. Dort vernahm er am 6./16. Mai die Nachricht von Mansfelds Vortheile über die Tillyschen Truppen bei Wiesloch. Seine Phantasie malt ihm dieselben zu einem glänzenden Siege aus. Schon sieht er im Geiste den Friedrich als Sieger in München einziehen. Das Nächste, meint er, wird sein, daß der Kaiser und die Pfaffen um Frieden bitten. Dann freilich steigen auch die Bedenklichkeiten auf. Er weiß nicht, wozu er dem Friedrich rathen soll „bei einer solchen Opposition fast aller Evangelischen." [1]

Diese Worte Camerars sind sehr gewichtig. Es ist nicht etwa eine Einräumung, ein Zugeständnis, das er macht: es ist nicht eine Behauptung, die erst bewiesen werden müßte. Camerar spricht hier als eine anerkannte, Friedrich und der ganzen Partei unverborgene Thatsache aus, daß das Bestreben, diesem Kriege, der aus Habgier und Frevelmuth entsprungen war und aus Habgier und Frevelmuth fortgeführt wurde, durch den schmählichen Misbrauch des Wortes Evangelium bei den deutschen Nicht-Katholiken eine Art von religiöser Weihe zu geben — daß dies Bestreben damals vollständig mislungen war. Es gab, wie es scheint, Niemanden, der in dem Maße berufen und geeignet war, ein Urtheil in dieser Sache abzugeben, wie Camerar. Er war geistig der am meisten befähigte unter Friedrichs Partei. Er scheint es, so viel wir zu erkennen vermögen, mit diesem am ehrlichsten gemeint zu haben. Er hielt die Sache der Rebellion gegen Kaiser und Reich leidenschaftlich fest

[1] Söltl III, 155.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

durch sein ganzes Leben. Er kannte die Sachlage und Deutschland genau durch seine diplomatischen Reisen. Sein Zeugnis ist ferner offenbar nicht für das, was er erstrebt, sondern dagegen. Sein Zeugnis ist ferner abgelegt im Mai 1622, wo er sich in Siegeshoffnungen wiegte. Fassen wir daher alles zusammen: so gibt es kaum ein Wort so moralisch vernichtend über die eigene Sache, wie dieses von Camerar: daß die Protestanten an seine und Friedrichs Blendwerke nicht glaubten.

Also urtheilte Camerar zu Bremen im Mai 1622. Seitdem hatte Tilly mit zwei gewaltigen Schlägen zwei Heere Friedrichs zertrümmert. Noch bevor Camerar die Nachricht von dem Siege bei Höchst haben konnte, kam er zu der Überzeugung: ein ehrlicher Friede sei jetzt am meisten zu wünschen.[1] Denn er sieht keine Hoffnung, den Krieg in die Länge mit Glück fortzusetzen. Die Gefangenschaft Ludwigs von Darmstadt empört die Gemüther. Bei der Fortdauer derselben hat Friedrich zu fürchten, daß der König von Dänemark und die Fürsten in Niedersachsen feindlich gegen ihn auftreten.

Und nun kam noch dieser Schlag von Höchst hinzu, der ähnlich wie derjenige bei Wimpfen, von einem am Tage vorher stattlich anzusehenden Heere nur verstreute Trümmer übrig ließ, und dessen moralische Wirkungen noch gar nicht abzusehen waren.

Eine besondere Wirkung jedoch konnte Friedrich V. sofort in seiner nächsten Umgebung gewahren. Mansfeld, welchen Christian früher wiederholt als seinen Vorgesetzten bezeichnet, empfing den Flüchtigen nicht mit freundlichen Worten.[2] Er sagte: Christian habe nicht Befehl gehabt, mit Tilly zu schlagen. Christian solle wissen, daß er, Mansfeld, ein viel besseres und mehr erfahrenes Volk habe. Dennoch habe er sich noch nicht getraut mit Tilly zu schlagen. Denn er kenne diesen alten Fuchs viel besser als der Herzog. Darum sei er ihm jüngst bei Lorsch gewichen. Eben dies sollte auch Christian gethan und sich in Höchst nicht gesäumt haben. — „Darauf, meldet unser Bericht, hat der Herzog sehr unlustig geantwortet."

Die Thatsache dieses Wortwechsels legte für Friedrich die Frage nahe, ob diese zwei Persönlichkeiten, die er für die hauptsächlichen Vorkämpfer seiner Sache ansah, sich jemals vertragen würden.

---

[1] Söltl III, 158.

[2] Aus dem Berichte Muggenthals vom 30. Juni, in Kriegsacten F. 50.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Auf den zweiundzwanzigjährigen Herzog scheint allerdings die Niederlage von Höchst nicht einen entmuthigenden Eindruck gemacht zu haben. An der Tafel Friedrichs in Mannheim führte er ein rohes, lautes Wort.[1] Er nannte den Ulmischen und den Mainzer Vertrag, welche früher die Union geschlossen, Verträge für Schelme. Es kümmerte ihn wenig, daß der Landgraf Ludwig, der hauptsächlich den letzteren Vertrag vermittelt, als ein gefangener Mann mit an demselben Tische saß. Christian fuhr fort: der Markgraf Joachim Ernst von Ansbach und die Neutralisten würden ihn mit Sengen und Brennen schon kennen lernen. Es sei seine Absicht, sich mehr durch Schaden als Gutes thun einen Namen zu machen. Er verweilte mit Wohlgefallen bei dem Unheil, welches er über das verwüstete Stift Paderborn gebracht. Agrum Padebornensem, dixit, nunc quidem satis exhaustum, sed semina quoque ibi sparsa esse, nec se dubitare quin Duculi nonnulli in posterum ibi sint vagaturi.

Christian erließ ein drohendes Schreiben an den Rath von Frankfurt, von welchem Tilly die Auslieferung des Obersten Knyphausen forderte. Wenn der Rath nicht ausliefere, meldete Christian, so bleibe er der Stadt mit Gnaden gewogen. „Im widrigen Falle habt Ihr Euch zu versichern, daß wir solche Mittel beschaffen werden, die wegen dieser Widersetzlichkeit Euch und gemeiner Stadt zu gänzlichem Untergange gereichen sollen.“[2]

Der Rath stellte der Forderung des Kriegs-Commissärs Muggenthal verschiedene Ausreden entgegen. Frankfurt sei neutral. Die Auslieferung würde der Stadt große Ungelegenheiten zuziehen. Auch sei sie wider die christliche Charitas. Muggenthal wies hin auf die von Knyphausen in Höchst verübten Grausamkeiten, über die, wie der Kaiser sich ausdrückte,[3] „mehr als barbarischen Crudelitäten.“ Muggenthal setzte es dennoch nicht durch. Er mußte sich damit begnügen, daß der Frankfurter Rath dem Knyphausen wie allen anderen Flüchtlingen in Frankfurt das schriftliche Versprechen abforderte, für drei Monate nicht gegen den Kaiser zu dienen.

---

[1] Senkenberg XXV, 139. Aus den Aufzeichnungen des Landgrafen Ludwig im Darmstädter Archive.

[2] Kriegsacten F. 50. Das Schriftstück trägt Vermerk: pr. 17. Juni, also alten Stiles.

[3] A. a. O. Vom 11. Juli. Auch bei Sattler 588. Dort überhaupt mehrere Actenstücke.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Um Christian sammelten sich allerdings so viele Versprengte, daß er wieder über eine nennenswerthe Macht verfügte. Dazu ging das Gerücht, daß er wieder Werbepatente ausgetheilt für zehn Regimenter zu Pferd und zu Fuß.[1]

Allein, nachdem Christian sich zu Mansfeld und Friedrich begeben, war nicht mehr er der souveräne Söldnerhauptmann, sondern stand, wie der Markgraf von Baden-Durlach, unter dem Befehle jener beiden, oder richtiger des Mansfeld. Für diesen aber handelte es sich bei dem Stande der Dinge nicht darum, noch einmal wieder in die Schranken zu treten und etwa Tilly herauszufordern, sondern um ein leidliches Abkommen.

Noch vorher gelangte zu dieser Erkenntnis der Markgraf von Baden-Durlach. Am Tage nach dem Eintreffen der Nachricht von Höchst ward er bei Friedrich nicht mehr gesehen. Er war in der Stille fortgegangen. Friedrich forschte bei sich nach den Gründen, und kam zu der Überzeugung, daß sie schwach, auch wohl ganz nichtig seien.[2] Der Durlacher selber dagegen faßte den Kern seiner Gedanken zusammen in die Worte: „Ich sehe, menschlich zu reden, den Untergang vor mir“[3] — und eilte darum, einestheils durch die Entlöhnung seiner Truppen und andererseits durch die Fürsprache seines Sohnes bei Tilly zu retten, was für ihn noch zu retten war. Ein besonderer Beweggrund seines Thuns mochte aus der Thatsache entspringen, daß der Kaiser den Sohn Friedrich, zu dessen Gunsten Georg Friedrich vor seiner Schilderhebung abgedankt, am 8. Juni zu Gnaden aufgenommen hatte.[4]

Der englische Gesandte Chichester in Mannheim war der Meinung, daß die um Mannheim vereinigten Streitkräfte ausreichen würden, Tilly ein Treffen anzubieten.[5] Mansfeld dagegen zog es vor, wieder nach dem Elsaß aufzubrechen. Chichester, im Namen des Königs Jacob, suchte Friedrich zu bewegen, in seinem Stammlande zu verbleiben. Friedrich meinte dort nicht sicher zu sein, und wanderte abermals mit. Demgemäß mußte auch sein Gefangener mit, der Landgraf Ludwig.

9. Mansfeld im Elsaß bis zur Entlassung, 3./13. Juli.

Die Ereignisse der letzten Tage waren so rasch auf einander gefolgt, daß nun erst, auf diesem Zuge ins Elsaß, die scharfen Misbilligungen

[1] Kriegsacten F. 50. Muggenthals Bericht vom 30. Juni.
[2] Aretin, Beiträge VII, 186. [3] Londorp II, 627. [4] Kriegsacten F. 49.
[5] Roe 73.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Fürsten, auf deren Urtheil Friedrich Werth zu legen hatte, in Betreff der Gefangenschaft des Landgrafen Ludwig an ihn gelangten. Johann Georg von Sachsen gab sein Urtheil in der Form, daß er an den König von Dänemark schrieb: „Wir haben das Procedieren (Friedrichs V.) und daß keine Bereuung zu spüren, man auch mit dem Landgrafen Ludwig also verfahren, und es dahin hat kommen wollen, daß auf fürstliches Wort und Versprechen, man erscheine nicht als ein Feind, sondern als ein Freund, nicht mehr zu trauen, auch (daß) Einer in seiner Residenz nicht sicher sein solle — ungern vernommen."[1] Es folgt dann das Lob des Landgrafen als eines Fürsten „von großer Discretion und Qualitäten, gegen die R. K. Majestät unseren allergnädigsten Herrn devot und gehorsam, und eines solchen zu Friede und Ruhe geneigten Gemüthes, daß es nicht genugsam zu rühmen." Der Kurfürst erklärt, den Landgrafen nicht hülflos und ungerettet lassen zu können.

Der König Jacob, von Greenwich aus, beginnt ein langes Schreiben an seinen Schwiegersohn mit einem Lobe für den Entschluß, in Mannheim zu verbleiben, also mit einem Lobe, welches, den Thatsachen nach, sich in das Gegentheil wandeln mußte.[2] Dann erst folgt der eigentliche Tadel für die That an dem Landgrafen, auch von Jacob erschwert durch das Lob für die maßvolle Haltung des Landgrafen, auf den als Vermittler alle Stimmen sich vereinigen. Jacob fordert also die sofortige unbedingte Entlassung des Landgrafen, mit dem Ausdrucke der Erwartung zugleich, daß Friedrich sich nicht wieder Handlungen zu Schulden kommen lasse, die dem Gemeinwohl und Endzweck so sehr zum Nachtheile gereichen.[3]

Friedrich mochte längst selber sich nicht wohl fühlen bei dem Anblicke dieses Gefangenen. Er meldete seiner Frau, daß er den Landgrafen so gut bewirthe, wie nur immer möglich.[4] Auf eine so laut mahnende Stimme des Unmuthes wie des Kurfürsten Johann Georg aber mußte gehört werden. Und dennoch schrieb er dann Bedingungen vor, welche dem Acte den möglichen Werth der Freiwilligkeit benahmen. Der Landgraf fügte sich mit Sträuben in diese Bedingungen. Dann entließ ihn Friedrich.

Von Mainz aus, am 23. Juni / 3. Juli, legte der Landgraf die Sache dem Kaiser dar.[5] „Obwohl ich während der Gefangenschaft

[1] Kriegsacten F. 49. Vom 20. Juni. [2] A. a. O. Vom 17./27. Juni.
[3] Qui portent tant de nuisance au bien et but général des affaires.
[4] Aretin, Beiträge VII, 124. [5] Kriegsacten F. 49.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wohl ein großes Bedenken getragen, mich auf etwas einzulassen, sondern auf Gott und meine Unschuld vertraut habe: so habe ich doch in noch größerer Gefahr meines Leibes und Lebens deshalb gestanden, daß ich aus vielfältigen Muthmaßungen mich täglich einer solchen Trennung im pfälzischen Lager befürchten mußte, daß es zur Meuterei gerathen würde. Die Ober- und Unterbefehlshaber sind ihrer Soldaten nicht mehr mächtig. Bei längerem Aufenthalte wäre ich unwiederbringlich ins Verderben mitverwickelt worden. Derowegen habe ich in diesem Zwange endlich ein Mittel ergreifen und unter solchen Pressuren auch dasjenige versprechen müssen, was ich sonst freien Muthes nimmermehr würde gethan haben." Er könne also nicht Theil nehmen an dem auf den 1. September berufenen Deputationstage, und stellt dem Kaiser die Entscheidung darüber anheim.

Und dennoch hatte dann bei der Verabschiedung Friedrich vor dem Landgrafen noch eine Bitte erhoben, welche dieser berichtet wie folgt. „Er hat mich ersucht Ew. K. M. zu schreiben, daß er Derselben allen Gehorsam zu erzeigen erbötig, bäte aber daneben ihn als einen Kurfürsten bei Land und Leuten zu schützen. Welches Ew. K. M., weil es also von ihm sonderlich gebeten worden, ich auch gehorsamst anzeigen soll, mit allerunterthänigster Bitte, solches in kaiserlichen Gnaden zu vermerken."

Auch dem Könige von England gegenüber stimmte Friedrich den Ton etwas niedriger. Auf den Tadel desselben stellte er zur Erwägung, ob der König es gerathen finde, daß er seine Erb- und Stammlande mit der Kurwürde seinem ältesten Sohne abtrete, und sich in Betreff des Übrigen freie Verfügung vorbehalte. Den Rath des Königs, in seinem Lande zu bleiben, könne er nicht befolgen, weil dort für ihn kein sicherer Ort. Er habe durch den Landgrafen dem G. Tilly melden lassen, daß er bereit sei, den Ausgang der Beredung in Brüssel an irgend einem Orte ruhig abzuwarten. Allein die Antwort bleibe aus.[1]

Wir haben aus den Worten des Landgrafen an den Kaiser vernommen, welche Bedingungen ihm Friedrich für die Freilassung auferlegte. In dem Schriftstücke für Jacob I. läßt Friedrich in Bezug auf den Landgrafen Ludwig die Worte gebrauchen: auquel le roi de Bohème a permis de retourner librement en sa maison.

[1] Kriegsacten F. 50. Vom 19. Juni.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Mansfeld und Christian fanden im Elsaß im offenen Felde keine Gegenwehr. Der Erzherzog Leopold dort hatte schon wiederholt vor dem Kaiser die Klage erhoben, daß er von Tilly und Cordova keine Hülfe habe. Der Aufforderung des Kaisers an Maximilian, Tilly nach dem Elsaß zu senden, hielt Maximilian das Bedenken entgegen, daß dann Mansfeld sich wieder wenden und bei Mannheim über den Rhein zurückkehren könne.[1]

Bei dieser Antwort scheint der Herzog noch nicht die Aussage gekannt zu haben, die ein gefangener mansfeldischer Officier in Darmstadt machte. Auf die Frage, was er über die weiteren Absichten Mansfelds wisse, antwortete er: er halte nicht dafür, daß Mansfeld in ein verderbtes Land zu ziehen begehre, sondern allezeit ein frisches suchen werde.[2] — Die Worte bewähren sich in der ganzen Laufbahn Mansfelds als der Grundzug seiner Art der Kriegführung.

Er stand nun im Elsaß. Das Land war nicht mehr frisch, jedoch auch noch nicht ausgezehrt. Dies zu vollenden, betrachteten die Schaaren Mansfelds und Christians, denen eine Löhnung nicht verabreicht wurde und die dafür sich schadlos zu halten suchten durch Verzehren und Nehmen, für ihre Aufgabe. Am 22. Juni / 2. Juli näherte Mansfeld sich der Stadt Straßburg. Der Rath schickte ihm die einem Reichsfürsten gegenüber übliche Huldigung entgegen, einen Wagen mit Wein und Haser, dazu ein Schreiben, welches beginnt: „Nachdem Ew. F. Gnaden in dieser unserer Nachbarschaft glücklich angelangt, so haben Dieselben, zur Bezeugung unserer sonderbaren unterthänigsten Affection, wir mit einem Wagen Weines und Habers unterthänigst wollen verehren, indem wir dabei angelegenen Fleißes höchlich bitten, Ew. F. Gn. geruhen vielmehr unser tragendes unterthäniges Gemüth als die Geringfügigkeit des Präsentes anzusehen, und also dasselbe in hoher fürstlicher Huld und Gnaden zum besten zu vermerken und aufzunehmen, zumal auch unsere und der Unsrigen Ämter, Flecken, Dörfer, Leute und Unterthanen bei Dero vorhabendem Kriegszuge mit allen Beschwerden gnädig zu verschonen“ usw.[3]

In diesen letzten Worten tritt das hauptsächliche Motiv der unterwürfigen Rede des Rathes von Straßburg vor Mansfeld augenscheinlich hervor. Dazu lieferte die Stadt Brot. Diese Willigkeit indessen dauerte nicht lange. Bereits drei Tage hernach bittet Mansfeld wiederholt um

[1] A. a. O. Vom 8. August. [2] A. a. O. Vom 19. Juli.
[3] Kriegsacten F. 49.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Brot. Der Secretär, der das Schreiben verfaßte, war derselbe Mann, des Namens Knod, den wir als den Quäler der Juden von Prag kennen gelernt haben.[1] Es ist von besonderem Interesse zu sehen, mit welchem Geschicke Knod-Mansfeld die durch Furcht dictierte Willigkeit des Rathes von Straßburg in seine Redeweise vom Religionskriege übersetzt. „Befinden uns also genöthigt, heißt es da, die Herren und Euch nochmals aufs freundlichste zu ersuchen, nach Inhalt unseres heute erlassenen Schreibens, unserer Armee noch zwei Tage mit der Vorschießung von Proviant beförderlich zu sein, und also zu weisen, daß Sie gern sehen, daß wir und unsere untergebene Armada den Feinden des heiligen Evangelii, welches gewislich dermalen aufs härteste angefochten wird, mit Zusetzung unseres Blutes und Aufopferung dieses zeitlichen Lebens Widerstand thun, und also die rechte christliche Religionsfreiheit eines und anderen Ortes vermittelst göttlicher Gnade in Sicherheit setzen."

Am selben Tage vernehmen wir aus Straßburg: „Wir sind allhier jetzt in miserrimo statu. Die Armeen liegen im Land, halten mit Brennen und Verheeren übel Haus. Es ist schier kein Brot um Geld zu bekommen. Es ist unmöglich, daß eine so große Menge Kriegsvolkes sich noch lange wird erhalten können. Es werden Viele Hungers sterben müssen."[2]

Weil der Herzog Christian nicht in der Reichsacht war, so durfte ihm gegenüber der Rath von Straßburg noch mehr zuvorkommend sein als gegen Mansfeld und Friedrich. Er ward mit stattlichem Gefolge von „Grafen und Rittmeistern" in die Stadt eingelassen, dort ihm Wein, Fische und Hafer präsentiert, und dann ein stattliches Bankett mit Tanz gehalten.[3]

Nach der Rückkehr Christians ins Lager, wohin die Stadt Straßburg kein Brot mehr liefern konnte oder wollte, zog das Heer, das jedoch nur auf 100 Fähnlein und 40 Cornet angegeben wird, westwärts ab nach Molsheim und anderen Orten. Es hieß, daß alle diese Orte sich wehren wollten. Wie ihnen das gelang, werden wir nachher von Friedrich selber übersichtlich vernehmen. Besonders schlimm erging es dem Städtchen Andlau. „Darin, heißt es in einem Berichte aus Straßburg,[4] vom 2./12. Juli, ein Frauenkloster und sehr viel Wein und Getreid gewesen, ist auf den Grund alles hinweggebrannt." Und weiter: „Die Götzen

[1] In Bd. I S. 573. Eine Archiv-Note zu dem Schreiben sagt: „Dies ist des Mansfeld Secretarii Knod eigene Hand."

[2] Handschriften Nr. 108 Bd. VI. [3] A. a. O. [4] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sind hin und wieder aus den Kirchen genommen und aufs Feld getragen, seltsame Processionen mit ihnen gehalten. Die Dörfer sind aller Orten angezündet, auf den Feldern laufende Feuer in dem Getreide gemacht, alles verhergt und verbrannt. Man sieht — nämlich von Straßburg aus — Tag und Nacht unterschiedliche Feuersbrünste, daß es zum Erbarmen. Es wird dermaßen gehaust, daß, wer es nicht täglich vor Augen sehen thut, es nicht wohl glauben kann. Man tractiert die Leute ärger als der Türk. Und weiß man noch nicht eigentlich, wie lang diese Armada der Orten verbleiben, oder wohin sie sich wenden werde."

Im Anblicke dessen, was um ihn her vorging, ließ sich Friedrich in einem Schreiben vom 18./28. Juni an den Engländer Weston in Brüssel aus: er wünsche, das Vaterland möge von den Kriegesübeln befreit werden, und er selber möge sich von dem Heere entfernen können, wegen der großen Zügellosigkeit, welche gegen seinen Willen herrsche und welche man doch ihm zur Last legen werde.[1]

Diese Worte der Klage spiegeln nicht minder als diejenigen des Trotzes vierzehn Tage zuvor in Darmstadt die Unklarheit des haltlosen Jünglings wieder. Unzweifelhaft wurden die Greuel im Elsaß eben so wie der ganze Krieg überhaupt nicht bloß seinen bösen Berathern, sondern auch ihm selber, der den Namen hergab, zur Last gelegt. Zur selben Zeit ließ der Kaiser dem Herzoge von Württemberg, der im Namen Friedrichs ähnliche Worte an ihn gebracht, wie der Landgraf Ludwig, die Antwort melden: „Die eigentliche Resolution des Ächters und seiner Adhaerenten geht dahin, durch ihr landverderbendes Rauben, Brennen und Morden der Unschuldigen uns die von ihnen erzielten Conditionen abzuzwingen."[2]

Die Reden Mansfelds im Elsaß waren nicht geeignet, einen solchen Verdacht abzuschwächen. Er ließ sich über Tafel verlauten, daß er vorhabe, in den Breisgau, die Landgrafschaft Nellenburg, überhaupt an den Bodensee zu ziehen.[3] „So geben auch andere Umstände genugsam zu erkennen, daß Schwaben Noth leiden wird." — In Straßburg dagegen hieß es: Mansfeld wolle zuerst die vorderösterreichischen Länder ruinieren, dann auf Bayern ziehen, damit für die Friedens-Tractaten mit dem Pfalzgrafen bessere Conditionen erlangt werden möchten.[4]

[1] Sölti III, 86. Aus der Camerarischen Sammlung in München.
[2] Kriegsacten F. 50. Vom 23. Juli.
[3] Handschriften Nr. 106 Bd. VI. Aus dem Allgäu, 6. 16. Juli. [4] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Diese Reden sind nicht sehr verschieden von jenem Verdachte des Kaisers. Wenn Friedrich derartiges von sich ablehnen wollte, so war es an ihm, dem Unwesen, dem er zuschauen mußte, ein Ende zu machen. Es ist eine wichtige Frage, ob eine Initiative dieser Art von ihm ausging.

Das Heer lagerte vor Elsaß-Zabern, mit geringer Aussicht auf Erfolg gegen die Stadt. Dagegen war der Hang der Meuterei in dem nicht bezahlten Kriegsvolke im Wachsen, und von Osten her drohte die Gefahr, bei dem etwaigen Nachrücken Tillys zerschlagen zu werden. Eine der Persönlichkeiten, die Mansfeld als Unterhändler gebrauchte, erzählte nachher einem Vertreter der Infantin: Mansfeld habe damals dem Pfalzgrafen, der wie ein Kind in seinen Händen, die Frage vorgelegt: welche Mittel er habe, die Armee zu bezahlen. In völliger Verlegenheit habe Friedrich erwiedert: man müsse abwarten, was die englischen Gesandten unterhandeln würden. Darauf habe Mansfeld ihm den Rath gegeben, sich der Infantin in Brüssel zu Füßen zu werfen.[1]

Wie immer es um die Einzelnheiten dieses Berichtes stehen möge, Friedrich befand sich dem Namen nach an der Spitze eines Heeres, welches zu bezahlen er keine Mittel, seine Gönner in London und im Haag keine Neigung hatten. Der Hang zur Meuterei in diesem Heere ward stärker.

Abermals trat Mansfeld zu Friedrich. Dieser berichtet seiner Frau die Sache mit den Worten: Mansfeld a desiré que le roi de Bohème le licentiât et donnât permission de chercher autre part condition, menant tous les officiers. Je lui ai donné cela par écrit, n'ayant aucun moyen de les entretenir. Il me dit me pouvoir plus servir par diversion.[2]

Am 3./13. Juli unterzeichnete Friedrich im Lager vor Zabern eine Urkunde,[3] die im Eingange für Mansfeld, Christian und die Truppen die Anerkennung ihrer Dienste ausspricht, und dann weiter lautet wie folgt: „Demnach uns aber dieselben ferner zu unterhalten alle Mittel gesperrt und sie in unserer Pflicht ohne ihren äußersten Ruin nicht verharren mögen, (wollen) wir sie nicht allein nicht verdenken, daß sie solcher Pflicht entlassen zu sein gebührlich begehrt, sondern erlassen sie auch deren in Kraft dessen frei, günstig und gnädig, sein auch wohl zufrieden, daß sie ihre Fortuna anderswo, bei ihrer Fürsichtigkeit und Maß, suchen

[1] Villermont, Mansfeld II, 174. [2] Gardiner I, 210.

[3] Handschriften Nr. 106 Bd. VI. Im Auszuge in indirecter Rede im Theatrum E. 734.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mögen, wo und welcher gestalt sie es rathsam und füglichst befinden werden. Zu Urkund dessen" usw.

Wie nach jenen Worten Friedrichs an seine Frau, so haben auch nach dem Wortlaute dieser Urkunde Mansfeld und Christian ihre Entlassung begehrt, und Friedrich sie bewilligt. Nicht von Friedrich ist die Initiative der Entlassung ausgegangen, sondern von Mansfeld und Christian. Nicht also hat der Kriegsherr seine Soldaten entlassen, sondern die Soldaten den Kriegsherrn. Es ist der Höhepunct des Söldnerthumes.

Dagegen ist es von Wichtigkeit, Friedrich selber zu hören, wie er sich, allerdings erst um reichlich zwei Monate später, in einem Schreiben an den Herzog Friedrich Ulrich in Wolfenbüttel zur Entschuldigung oder Rechtfertigung seines Schrittes darüber ausgesprochen hat.[1]

„Weil in Mannheim vieles mangelte, sind wir unumgänglich gezwungen worden, uns ins Elsaß zu begeben, ob nämlich die Armee allda etwas zu erfrischen und zu ihrer Contentierung einige Contributionen zu erlangen. Gleichwie aber solches ein zweifelhaftes und gewagtes Mittel gewesen, also hat es fast wenig oder nichts verfangen, indem dadurch die Soldatesca nur in noch mehr und größere Unordnung gerathen, endlich auch allen Respect und Gehorsam fallen lassen, daß man Anderes nicht als Plündern und Verhergen und andere schreckliche Thaten sehen müssen. Es wurden auch den eingenommenen Städten die Capitulationen, wiewohl sich solche dadurch zur Herschießung stattlicher Summen Geldes erbietig gemacht, nicht gehalten, sondern sie mußten sich gleich den anderen plündern, auch theils sich gar in die Asche legen lassen. Solches und anderes greuliche Unwesen, und dieweil dabei aus Mangel der nothwendigen Disciplin und dazu gehörigen Mittel keine Remedur zu hoffen, hat uns eigentlich zu dieser unvermeidlichen Resolution gedrungen, uns der Armee abzuthun und anhero — nach Sedan — als einen neutralen Ort zu begeben, damit auch solchergestalt dem beständigen Begehren unseres Herrn Schwähervaters Kön. Liebden ein Genüge geschehe, nämlich uns den von Deroselben stetiglich continuierten Friedensmitteln desto mehr zu bequemen. Zu welchem Ende und damit des Kriegsvolkes unbändiges Beginnen und Excesse, was auch dasselbe fernerhin vornehmen möchte, uns desto minder mit Fug zugemessen, der Zweck aber des Friedens und der Brüsselschen Tractaten dadurch unbehindert bliebe — sind wir noch

[1] Kriegsacten F. 51. Vom 15./25. September, aus Sedan.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

weiter gegangen und haben alles Kriegsvolk und Officiere durchaus abgedankt, auf daß dem Gegentheil aller Schein und Praetext genommen würde, als seien wir zum Frieden nicht geneigt."

Kürzer und offener schreibt die Frau Elisabeth an ihre Freunde: „Der König hat sich gezwungen gesehen, die Armee zu verlassen, weil diese aus Mangel an Bezahlung bereit war zu meutern." [1]

Dagegen zeigt der zweite Theil jenes Schreibens von Friedrich, daß er den auf ihn geübten Zwang als einen Act seiner Freiwilligkeit und seiner Friedensliebe darzustellen sucht. Auf einen Erfolg dieses Bestrebens durfte er damals höchstens bei den halbkundigen und voreingenommenen Engländern rechnen. [2] Erst in späteren Zeiten haben auch Deutsche in jener Entlassung den Beweis einer Friedensliebe sehen wollen, oder gar, wie vor einem Jahrhunderte der in den Vorurtheilen seiner Zeit befangene ehrliche Sentenberg: „eine Meisterschaft der machiavellistischen Politik," [3] nämlich der Spanier! — Damals selbst wollte man auf Seiten der Gegner sogar wissen, daß Friedrich vor Elsaß-Zabern „mit großem Bitten und Flehen sich unterstanden," den Mansfeld von der Forderung des Abschiedes abzubringen, jedoch vergeblich. [4] In jedem Falle beweist der Wortlaut der Entlassungs-Urkunde, in welcher Weise die entscheidende Persönlichkeit, Mansfeld, die Sache angesehen wissen wollte.

Dies führt uns zurück zu der Thatsache, daß der Vorgang im Lager vor Elsaß-Zabern den Höhepunkt des Söldnerthumes darstellt. Mansfeld und Christian entließen ihren bisherigen Kriegsherrn. Sie hatten noch keinen neuen. Sie gingen darauf aus, sich einen solchen zu suchen. Richtiger indessen wird es sein zu sagen: Mansfeld ging darauf aus. Denn er war der Höchstcommandierende, und es war nicht seine Weise, Andere in seine Geheimnisse blicken zu lassen.

10. Mansfelds Unterhandlungen und sein Reiterdienst für die Generalstaaten, August 1622.

Mansfeld spann seine Fäden an zugleich nach vier verschiedenen Richtungen. Am folgenden Tage, dem 4./14. Juli 1622, schickte er jenes Zeugnis der Entlassung an den General Tilly. Mansfeld hatte demselben bereits vorher Erbietungen gemacht, auf welche Tilly, wie es

[1] Roe 74: He is constrained to leave his army, being ready to mutiny for lack of payment.

[2] Roe 70. [3] Senkenberg XXV, 140.

[4] Actorum Mansf. Continuatio 20.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

scheint, nicht eingegangen ist. Mehrmals schon waren Trompeter zwischen den Anführern ab- und zugegangen. Mansfeld stellt nun mit Berufung auf seine eben erhaltene Entlassung das Anerbieten, daß sowohl er, als Christian von Braunschweig und das ganze Heer willens und bereit seien, für die Zahlung des rückständigen Soldes in kaiserliche Dienste zu treten.[1] Denn dem Kaiser zuerst und vor allen Anderen seien sie zu dienen willig. Dies dem General zu eröffnen sei der Zweck des Schreibens. Wenn aber der Kaiser ihre Dienste nicht wolle: so bitten sie ihn die Reichsacht über sie aufzuheben und einen Generalpardon zu erlassen. In diesem Falle seien sie sämmtlich bereit, sofort aus den Grenzen des Reiches zu scheiden. Und eben dazu seien sie auch bereit, erklärt Mansfeld, wenn nur Tilly persönlich ihnen verspreche, daß dieser Generalpardon des Kaisers erfolgen werde, und in diesem Falle würden sie auf Tillys Zusage sofort gehen.

Diese Erklärung Mansfelds, daß das Wort Tillys ihm für die Erfüllung durch den Kaiser bürgen werde, ist, wie eine Huldigung des Mansfeld vor Tilly, so zugleich ein Zeugnis, ob Mansfeld selber an die Beschuldigung geglaubt haben kann, die er ein Jahr zuvor vom Lager zu Waidhausen aus gegen Tilly erheben ließ.

Tilly, der sich zu einer Antwort auf eine solche Anfrage nicht ermächtigt hielt, berichtete die Sache dem Herzoge Maximilian.[2] Dieser erwiederte: man dürfe sich auf ein solches Anerbieten nicht verlassen. Es sei nur ein Vorwand, um neue Schwierigkeiten zu erregen. Tilly möge die Sache dem Kaiser vorlegen. So am 22. Juli. Daß der Kaiser den Söldnerhäuptling, der wiederholt ihn betrogen, durch schweigende Verachtung habe strafen wollen, scheint weniger glaublich, als daß die Ereignisse einer solchen Antwort voran eilten. Mansfeld und Christian konnten sich in dem Lager vor Zabern nicht mehr halten: sie mußten einen Ausweg suchen.

Daß Mansfeld ungern diesen Entschluß des Weiterzuges gefaßt, liegt schon in der einen Thatsache, daß er damit seinem Traume eines Fürstenthumes Hagenau entsagen mußte. Es geschah für die Stadt nicht unentgeltlich. „Am 26. Juli, heißt es in einer Straßburger Chronik, sind alle mansfeldische Soldaten auf ihres Generals Erfordern aus

[1] Handschriften Nr. 108 Bd. VI. Aretin, Bayerns usw. 182. Auch sonst öfter abgedruckt, nicht immer genau.

[2] Westenrieder VIII, 153.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Hagenau gezogen, und haben zum Valet noch 120,000 Dukaten für den Abzug gefordert. Zu deren Versicherung haben sie etliche der reichsten Bürger und Juden mitgenommen.“ [1] Die Chronik faßt dieses zusammen mit den Worten: „Ehe diese gottlosen Leute gar aus dem Lande gezogen, haben sie in dem Elsaß und dem Bisthume Straßburg grausamen Schaden gethan, und fast alle kleine Städtlein, Flecken und Dörfer gebrandschatzt, und überaus große Summen Geldes von ihnen erfordert, als von Obernehenheim 100,000 Thaler, von Roßheim, das sie mit Sturm genommen, 125,000 Thaler usw. In Summa, es war kein Ort, der nicht dergestalt tractiert wurde, Elsaß-Zabern allein ausgenommen, vor welchem sie, wie zuvor, unverrichteter Sachen haben abziehen müssen.“

Die Frage, wohin Mansfeld sich wenden würde, mag in den ersten Tagen nach der Kunde seines Aufbruches von Zabern viel erörtert worden sein. Namentlich fürchteten die Erzbischöfe von Trier und Köln für sich. Ferdinand von Köln gab, am 18. Juli, dieser seiner Furcht Ausdruck in einem Schreiben an Maximilian, mit den Worten: „Herzliebster Herr Bruder, ich habe diesen Morgen von dem Kurfürsten von Trier gewisse Avisen empfangen, daß Mansfeld sich durch Pfalzburg, welches er abgebrannt, den geraden Weg nach Trier begeben. Es ist schlechte Bestellung von dem von Trier gemacht, eine solche Gewalt aufzuhalten. Summa, wenn Tilly nicht in aller Eile dem Mansfeld folgt, so sind der von Trier und ich in den Grund ruiniert, und ist mir nichts übrig, als der Bettelstab.“ [2]

Die Nachricht hat einen Werth nur als ein Maßstab der Furcht vor Mansfeld. Sie bewährte sich nicht. Mansfeld wußte eben so wohl, daß bei fernerem Verweilen auf dem Reichsboden unabwendbar Tilly über ihn kommen würde.

Da, wie er bei der ersten Unterredung mit Christian kund gegeben, eine solche Begegnung seiner Neigung nicht entsprach: so war die Aussicht darauf, wie im Falle seines Verbleibens im Reiche unvermeidlich, ein hauptsächliches Motiv ihn hinauszudrücken. Er strebte westwärts, um sich einen neuen Dienstherrn zu suchen.

Wir finden ihn dann in Unterhandlung über seine und seines Heeres Dienste zugleich mit dem Könige von Frankreich wider die Huge-

[1] Reuß, Straßburg 17. Strobel IV, 289.

[2] Weskamp, Heer der Liga 57.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

notten und mit den Hugenotten wider den König, mit der Infantin in Brüssel und mit den Generalstaaten im Haag wider die Infantin. Es fragt sich also, ob er lediglich dem Meistbietenden feil war, oder ob er doch dabei einen bestimmten Plan verfolgte.

Eine Reihe von kundigen Staatsmännern jener Zeit, in Frankreich,[1] Holland,[2] England,[3] Belgien,[4] Spanien, sprechen unabhängig von einander die Ansicht aus, daß Mansfeld nur mit den Generalstaaten es ernstlich meinte, daß er mit den anderen Parteien nur zu dem Zwecke anknüpfte, um durchzukommen. Diese Ansicht wird, wie hernach darzuthun, durch die Zeitangaben der Unterhandlung bestätigt. Sie entspricht ferner der Kriegesweise des Mansfeld, dem nur von Holland, nicht von Frankreich aus sich die Gelegenheit bot, wieder, fern von Tilly, ein deutsches, bis dahin vom Kriege noch nicht angebrochenes Land zu betreten.

Der Antrag des Mansfeld kam den Generalstaaten sehr gelegen. Vom 15. Juli an ging das Gerücht, daß Spinola einen Anschlag auf Bergen op Zoom beabsichtige; jedoch erst am 18. gewahrte man von den Wällen der Stadt aus den Vortrab der Spanier auf der nahe gelegenen Haide.[5] Die Stadt war ein wichtiger Platz, weil sie die Verbindung der Provinzen Holland und Seeland beherrschte. Obwohl ihre Lage in dem Winkel der Einmündung der Zoom in die Schelde zur Festigkeit viel beitrug, so war doch im Übrigen die Stadt sehr wenig auf eine Belagerung vorbereitet. Der Besitz der Schelde dagegen und die Sicherheit des Hafens gestattete den Holländern, die Stadt mit allem Nothwendigen zu versehen.[6]

Während die Kunde der Gefahr für Bergen op Zoom die Gemüther der Generalstaaten im Haag in Erregung hielt und die Frage wach rief, ob es nicht gerathen sei, unter diesen Umständen den von Friedrich entlassenen Mansfeld heranzuziehen, erschienen vor ihnen wie gerufen die Boten desselben, Golstein und Quadt, mit dem Erbieten, einen Reiterdienst zu thun, mit 15,000 Mann Infanterie und 10,000 Mann Cavallerie.[7] Die Verständigung der Generalstaaten darüber mit dem

[1] Richelieu, Mémoires II, 218. [2] Aitzema I, 282. Capellen I, 62.

[3] Der englische Gesandte Carleton im Haag, bei Roe 70, sowie der Staats-Secretär Calvert eben dort 105.

[4] Villermont, Mansfeld II, 179. Spinola, der Staatsrath in Madrid, Philipp IV. selber, wenigstens in Betreff der Unaufrichtigkeit des Mansfeld.

[5] Aitzema I, 373. [6] A. a. O. 276. Roe 74.

[7] Capellen I, 62 und 67.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Prinzen Moritz von Oranien ging schnell von statten; denn zu der Hoffnung auf die Hülfe, die man von Mansfeld erwartete, trat die Besorgnis, daß im Falle der Nicht-Bereitwilligkeit Mansfeld die voraussichtlichen Erbietungen der Infantin annehme. Es wurden für den Dienst von drei Monaten 600,000 Fl. bewilligt. Bei der Verfassung der Republik, welche jeder einzelnen der sieben Provinzen die Souveränetät verbürgte, war es nothwendig, daß die Stände jeder einzelnen Provinz den Vertrag genehmigten. Bereits am 26. Juli gingen die Bevollmächtigten vom Haag aus, um diese Zustimmung einzuholen.[1]

Kehren wir also zurück in das Lager vor Elsaß-Zabern, um in kurzen Zügen zu zeichnen, wie Mansfeld, der — um mit den Worten eines Zeitgenossen zu reden — das Fuchsfell über die Löwenhaut gezogen, es anstellte, um von dort aus nach Holland zu gelangen.

Noch am Tage der Entlassung, dem 3./13. Juli, also vor dem Schreiben an Tilly, hatte Mansfeld sich bei dem Herzoge von Lothringen angemeldet. „Zu meinem großen Bedauern, schreibt er, werde ich gezwungen, Ew. Durchlaucht hiermit zu ersuchen, daß Sie uns den Paß durch Ihr Land nach Frankreich verwilligen. Daneben habe ich zur Bezeigung meiner für Sie und Ihre Lande tragenden Affection Sie erinnern wollen, daß Sie Commissarien zu uns abordnen." — „Und weil, fährt Mansfeld fort, unsere Soldaten wegen böser Bezahlung sich einer überaus großen Freiheit anmaßen, auch wider meinen Willen allerhand Excesse begehen" usw., so räth er dem Herzoge, daß die Unterthanen rechtzeitig alle Kostbarkeiten in die festen Plätze bringen, diese stark besetzen, aber auch für die Truppen die nothwendigen Lebensmittel bereit halten mögen.[2] — Der Herzog von Lothringen machte sich selber mit einigen Truppen gefaßt, und bat Maximilian von Bayern um Hülfe.[3]

Während Mansfeld in dieser Weise, nicht ohne schweren Schaden des Landes, wenn auch nicht zu vergleichen mit demjenigen des Elsasses, erst durch Lothringen, dann an der französischen Nordgrenze her auf Sedan zu, bis wohin er seinen Schützling Friedrich mitnahm, langsam weiter zog, waren die Fäden seiner Unterhandlungen mit der Infantin in Brüssel, mit dem Könige Ludwig XIII., mit dem Herzog von Bouillon in Sedan, ununterbrochen im Gange. Demgemäß durchkreuzten einander die verschiedenartigsten Gerüchte über die vermeintlichen Entwürfe Mansfelds

[1] A. a. O. [2] Kriegsacten F. 50. Von Erzherzog Leopold eingesandt.
[3] A. a. O. Ferdinand II. an Leopold, am 4. August.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Erzherzog Leopold bat die Infantin, nicht einzugehen auf die abermalige Forderung des Mansfeld, ihm Hagenau mit der Landvogtei als Fürstenthum anzuweisen.[1]

Diese Besorgnis war nicht begründet. Mansfeld verlangte zwar auch dies Mal in Brüssel für sich ein Fürstenthum, nicht jedoch Hagenau, sondern die Herrschaft Vianden mit dem Titel eines Reichsfürsten. Seine Erbietungen gingen weit: er wollte die Reichsstädte bezwingen, die dem Kaiser so oft zuwider gehandelt. Er nannte Straßburg, Nürnberg, Ulm.[2] Von belgischer Seite ward angeregt: Mansfeld möge die Person des Pfalzgrafen ausliefern. Mansfeld ließ entgegen halten, daß es ihm schwer fallen würde, einen solchen Act vor der Welt zu colorieren. Die Forderung jedoch entsprach auch nicht dem Willen der Infantin. Dagegen ließ sie sich zu weit gehenden Concessionen herbei, sowohl für Mansfeld als für Christian, namentlich auch derjenigen der Herrschaft Vianden. Aus der Instruction der Infantin für den Unterhändler von ihrer Seite, vom 23. Juli, blickt hervor, daß sie auch dies Mal an die Möglichkeit der Ehrlichkeit des Mansfeld geglaubt hat.[3]

Diese Ansicht über die Infantin galt auch in Wien. Mansfeld selber nämlich suchte in Brüssel mit besonderem Eifer glaubhaft zu machen, daß er sich dem Könige Ludwig XIII. gegen die Hugenotten zur Verfügung stellen wolle. Die Reden Eggenbergs in Wien zu dem Venetianer Padavin über die betreffenden Berichte aus Brüssel thun dar, daß die Infantin geneigt war, dieser Versicherung Mansfelds Glauben zu schenken.[4] Dieser selber leistete in Worten das Mögliche. Wie er in Brüssel betheuern ließ, niemals wieder gegen das Haus Oesterreich die Waffen tragen zu wollen, so gab er dem Grafen Grandpré, Abgesandten Ludwigs XIII. an ihn, die Versicherung, vom katholischen Glauben, in welchem er auferzogen, niemals abgefallen zu sein.[5] Nicht jedoch begnügte sich Mansfeld mit geheimen Unterhandlungen. Er ließ mit Trompetenschall vor den Truppen verkünden, daß sie dem Könige von Frankreich zu Hülfe marschieren würden. Darüber entstand unter der Mannschaft Misverstand und Spaltung.[6] Bereits wünschte die Pfalzgräfin Elisabeth im Haag den Mansfeld an den Galgen.[7]

[1] Kriegsacten F. 50. Vom 18. Juli.
[2] Villermont, Mansfeld II, 176. Aus den Archiven zu Brüssel und Simancas.
[3] A. a. O. 177. [4] Zwiedinek-Südenhorst I, 310.
[5] Acta Mansfeldica C. 22. [6] Capellen I, 68.
[7] Roe 74: I would he may be hanged.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Und doch regte sich auf der anderen Seite die Furcht, daß Mansfeld sich mit dem Herzog von Bouillon und den Hugenotten vereinigen und dann Paris belagern werde. Einige Einwohner dort flüchteten nach Orleans, Andere versahen sich mit Vorräthen.[1]

Mansfeld indessen wie immer handelte gemäß seinem Spruche des: dolus an virtus quis in hoste requirat? — Die Maske, die er dies Mal vornahm, hatte nur den Zweck, den König Ludwig XIII. hinzuhalten, um, unter dem Vorwande der Bereitwilligkeit für dessen Dienst, nicht angegriffen zu werden, ferner Lebensmittel zu bekommen, zugleich aber auch, um der Infantin in Brüssel den Verdacht der wirklichen Absicht zu benehmen.

Die Politik von französischer Seite indessen stand derjenigen des Mansfeld an Schlauheit nicht nach. Während der Herzog von Nevers ihm gute Worte gab und Vertröstungen machte, war er eifrig beflissen, eine Macht zusammen zu ziehen, die derjenigen Mansfelds gewachsen wäre. Bereits machte der französische Gesandte in Brüssel, Pericard, der Infantin Vorschläge, mit geeinigter Macht den voleur, wie er den Mansfeld nannte, zu erdrücken.[2] Auf die Kunde dessen sprach der Kaiser seinem Bruder Leopold seine Wünsche aus mit den Worten: „Hoffentlich ist jetzt die Gelegenheit gekommen, mit vereinten Kräften diesen allgemeinen Landverderber und Friedenszerstörer dermaleins zu dämpfen und dem hochschädlichen Kriege ein Ende zu machen.“[3]

Nicht das war das eigentliche Ziel des Herzogs von Nevers. „Es war, wie nachher der französische Gesandte Pericard in Brüssel einbekannte, lediglich seine Absicht, das Gewitter von Frankreich abzuwenden, ohne sich weiter darüber zu beunruhigen, ob es über den Nachbar sich entladen würde.“[4] Nevers trachtete nur, die mansfeldischen Schaaren, unter denen Krankheit und Tod stark aufräumten, mit Güte oder mit Gewalt aus Frankreich hinaus zu drücken.

Es bedurfte dessen nicht mehr. Sobald Mansfeld die Commission der Generalstaaten in Händen hatte, am 26. August, brach er von Sedan aus nordwärts auf, nach Brabant. Von seinen Wagen beließ er viele in Sedan, um möglichst viele Mannschaft beritten zu machen. Denn nur in Eilmärschen konnte dieser Zug mitten durch feindliches Land

[1] Richelieu, mémoires II, 219. [2] Villermont, Mansfeld II, 91.
[3] Kriegsacten F. 50. Vom 4. August.
[4] Villermont, Mansfeld II, 95. Aus den Berichten des Pericard.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gelingen. Jedoch auch in Brüssel hatte man eine solche Wendung der Dinge nicht außer Acht gelassen. Cordova stand im Luxemburgischen. Auf die Nachricht des Aufbruches von Mansfeld aus Sedan marschierte Cordova sofort auf Givet, und dann weiter nordwärts. Am Morgen des 29. August gewahrten die Vortruppen Mansfelds bei Fleurus vor sich die Truppen Cordovas in Schlachtordnung. Ein Treffen war unabwendbar.[1]

Das Treffen dauerte sieben Stunden. „Es mag genug sein, berichtet ein holländischer Zeitgenosse, zu sagen, daß ein abgemattetes, herunter gekommenes, ja beinahe ausgehungertes Kriegsvolk, das nun zehn Wochen lang unter dem blauen Himmel marschiert war, mitten in den Hundstagen, mitten im feindlichen Lande, gegenüber einem Gegner, der mit nicht ermatteten Truppen seine Stellung frei gewählt, dennoch so auf ihn traf, daß er Raum zum Weiterzuge gewähren mußte. Zwar es war ein blutiger Sieg; denn an Mannschaft verlor Mansfeld eben so viel wie Cordova. Und hernach nahmen beide Theile für sich den Sieg in Anspruch."

In der That lautet aber auch der Bericht Cordovas minder günstig für die Gegner. Er gibt die Zahl der Truppen Mansfelds und Christians an auf 5000 Reiter und 4000 Fußgänger. Diese Zahl war damals noch übrig von dem Angebote der 15,000 Mann Infanterie und 10,000 Mann Cavallerie vier Wochen zuvor. Der Verbrauch an Menschen unter der Führung Mansfelds und Christians war demnach sehr stark. Nach Cordovas Angabe büßten sie bei Fleurus 1200 Mann ein, er selber 300.[2] — Auch jener holländische Bericht verschweigt nicht, daß Cordova der Infantin eine Reihe genommener Fähnlein und Cornets zu Füßen legte.[3]

Jedenfalls aber bleibt die Thatsache, daß Mansfeld mit den ihm verbliebenen Truppen weiter zog, auf Breda. Tota fere victoria fuit effugere.[4]

Minder gut erging es dem Herzog Christian persönlich. Eine Drahtkugel traf ihn oberhalb der linken Hand, und lief zerquetschend am Armknochen hinauf.[5] Da der Herzog der Wunde nicht genügend

[1] Genaue Beschreibung bei Aitzema I, 283. [2] Kriegsacten F. 51.
[3] Aitzema I, 287. [4] Acta Sanctorum m. Julii V, 404.
[5] A. a. O. Der Bericht ist genau. Eben so Capellen 1, 71.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

achtete, ward sie brandig, und er mußte sich den Arm abnehmen lassen. Es geschah einige Tage hernach zu Breda unter dem Schalle von Pauken und Trompeten. Dann machte ihm ein kunstverständiger Bauer aus dem Maaslande einen Arm von Kork und Silber, den er zu mancherlei Verrichtungen gebrauchen konnte. Als er in Breda an der Wunde krank lag, kam ein spanischer Trompeter dahin, um wegen Auslieferung von Gefangenen zu unterhandeln. Christian ließ ihn an sein Bett führen und gebot ihm dem General Spinola zu sagen: der tolle Herzog habe zwar einen Arm verloren, aber auch einen behalten, um sich an seinen Feinden zu rächen. Er hielt diesen Gedanken fest. Er ließ neue Thaler prägen mit einer Hand darauf und der Umschrift: Altera restat.[1] Die andere Seite dagegen wiederholte zum Schrecken aller Katholiken die in Christians Munde so inhaltsschweren Worte: Gottes Freund, der Pfaffen Feind.

Wie sticht von dem wüsten Kriegsleben so wohlthätig ab das Walten der Infantin in Brüssel! Häufig nannte man sie die Nonne.[2] Sie war mehr als das. Sie wußte zugleich zu regieren und sich die warme Zuneigung des Volkes lebendig zu erhalten. Sie war mild und gütig. Nach der Schlacht von Fleurus ließ sie die Verwundeten ohne Unterschied in die Spitäler der benachbarten Städte bringen und die Genesenen mit einem Zehrpfennige verabschieden.[3]

Die Truppen unter Mansfeld wurden einstweilen um Breda einquartiert. Sie waren so herabgekommen, daß man viele von ihnen erst neu bewaffnen mußte.[4] Unterdessen ging den Monat September hindurch die Belagerung von Bergen op Zoom mit Heftigkeit fort. Es war in und um diese Stadt ein wirres Gewimmel von Menschen und Zungen. Es gab dort auf beiden Seiten Wallonen, Italiener, Spanier, Engländer. Man vernahm bei den Stürmen derselben das wilde Geschrei durch einander: tue, tue; mata, mata; kill, kill; val aan, val aan.[5] Dazu kam nun noch Mansfeld mit seinem Heere aus allerhand Nationen, vorwiegend jedoch Deutschen mit den vielfachen Abstufungen ihrer Mundarten von der Nordsee bis nach Bayern und dem Elsaß. Denn welches Land immer Mansfeld berührte, da blieben an seinen Schaaren verwandte Elemente kleben und zogen mit. Obwohl bis dahin die Macht

[1] Theatrum E. I, 760. [2] Der Ausdruck im Prodromus (Camerar).
[3] Aitzema I, 286. [4] A. a. O. 286. [5] A. a. O. 278.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Holländer zu einem eigentlichen Entsatze der Stadt nicht reichte, so hatten doch die Belagerten durch den Besitz des Hafens und den freien Verkehr zu Wasser manche Vortheile voraus. Spinola mochte längst erkannt haben, daß es ihm nicht gelingen werde, sich des Hafens zu bemächtigen. Dennoch hielt er aus, bis zu Ende des Monates September die vereinigte Macht des Prinzen Moritz und des Mansfeld zum Entsatze anrückte. Dann trat er, nicht ohne schwere Einbuße, in den ersten Tagen des Monats October den Rückzug an.[1]

Mansfeld hatte seinen Reiterdienst geleistet und empfing die noch rückständigen Raten seines Lohnes von 600,000 Fl. für die drei Monate. Bevor wir jedoch seine weitere Thätigkeit verfolgen, haben wir uns zurückzuwenden, um zu ersehen, was unterdessen in Betreff der Unterpfalz und ostwärts geschah.

11. Tillys Fortschritte in der Unterpfalz.

Nach seiner Ankunft in Sedan berichtete Friedrich, am 6./16. Juli, dem Könige Jacob: er habe sein Heer entlassen und bitte nun den König zu verhindern, daß der Feind weitere Fortschritte in der Pfalz mache. Er werfe sich ganz in die Arme des Königs.[2] — Seine Worte wurden in St. James aufgenommen wie er gewünscht. Die Entlassung vor Zabern wurde von Jacob und seinen Ministern in Brüssel und nach Wien hin geltend gemacht nicht als ein Act des Zwanges, den die Umstände und die Personen auf Friedrich geübt, sondern als ein Act seiner Friedensliebe und der Ergebung in den Willen seines Schwiegervaters. So redeten Jacob selber, Buckingham, der Gesandte Weston in Brüssel.[3] Der König Jacob stellte dem Kaiser geradezu die Forderung, nunmehr durch die That zu beweisen, welchen Dank er abstatten wolle für die außerordentliche Mäßigung und die Treue, die der König bisher während der wechselvollen Lage der Dinge dem Kaiser und dem Hause Oesterreich bewiesen habe.[4] Jacob verlangte einen Waffenstillstand.

Auf diese Forderung erwiederte der Kaiser, daß er auf den 1. Octbr. einen Kurfürstentag nach Regensburg ausgeschrieben. Die Räthe Jacobs nannten das ein faules Spiel, und demgemäß ließ Jacob das schärfste Schreiben verfassen, das er bisher an den Kaiser gerichtet.[5] Die Antwort des Kaisers führte ihm die Thatsachen vor: Friedrich hat, nachdem der

---

[1] A. a. O. 297. [2] Söltl III, 86. [3] A. a. O. 87. [4] A. a. O. 88.
[5] Roe 98.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Stillstand für ihn beantragt, im Angriffe beharrt, hat den Landgrafen von Hessen-Darmstadt gefangen fortgeführt, den mit Kirchenraub beladenen Herzog Christian an sich gezogen, hat mit diesem und Mansfeld das Elsaß verwüstet — dies alles, nachdem der König versprochen, seinen Schwiegersohn zu schuldiger Unterwerfung zu bringen. Ungeachtet aller dieser neuen Beleidigungen lade doch der Kaiser den König Jacob ein, den Kurfürstentag in Regensburg zu besenden. „Dort werden wir nichts unterlassen, wodurch wir öffentlich darthun können, welchen Werth wir auf die Freundschaft Ew. Durchlaucht legen." [1]

Es scheint, daß diese Worte, obwohl von anderen Engländern als rhetorischer Dunst [2] bezeichnet, dennoch den Zorn Jacobs etwas gedämpft haben. Er ernannte als seinen Gesandten nach Regensburg den Lord Belfast. Daß überhaupt die Engländer bei allen ihren hochfahrenden Reden dennoch des wirklichen Herganges der Dinge nicht unkundig waren, läßt sich ersehen aus einem Berichte, den der Staats-Secretär Calvert darüber an den englischen Gesandten in Constantinopel schickte. [3] „Bei den Verhandlungen des Stillstandes in Brüssel, sagt er, wurde von Seiten des Gegentheiles verlangt, daß der König, wie für seinen Schwiegersohn, so auch für Mansfeld und Christian bürgen solle. Das konnte der König nicht thun. Dann geriethen die Heere des Pfalzgrafen in Noth und wurden zur Pfalz hinaus gehungert. Er selber — um die Wahrheit zu reden — angewidert von ihren Ausschweifungen, und dem väterlichen Rathe folgend, verließ sie und zog sich nach Sedan zurück." Es folgt dann eine Erzählung von dem Durchbruche Mansfelds und Christians durch das Gebiet der Infantin bis nach Bergen op Zoom.

„Dieser Zwischenfall, berichtet der Staats-Secretär weiter, verwirrte alle unsere Unterhandlungen in Brüssel. Dort tadelte man den Pfalzgrafen, dessen Interessen man von denen der Anderen nicht als getrennt ansehen wollte. Man klagte ihn und den Herzog von Bouillon des Einverständnisses an, während sie bei Sedan lagerten, und der Mitschuld an diesem Einbruche. Darüber ist der Vertrag ins Stocken gerathen, und Tilly und der Erzherzog Leopold gehen vor nach ihrem Belieben."

In der That machten der Erzherzog im Elsaß, Tilly in der Unterpfalz rasche Fortschritte. Es waren in der Unterpfalz drei Städte,

[1] A. a. O. 98. [2] A. a. O. such like rhetorical stuff.
[3] A. a. O. 105. From M. Secretary Calvert to Sir Thomas Roe.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

welche ernsten Widerstand leisteten und deshalb mit Gewalt zu nehmen waren: Heidelberg, Mannheim und Frankenthal. In der ersten Stadt commandierte der Holländer van der Merven. Vor demselben erschien am 16./26. August ein Trompeter Tillys und verlangte die Übergabe. Merven wies ihn an seinen Obercommandanten de Vere in Mannheim. Auf diese Entgegnung begann Tilly die Belagerung. In der Stadt war keine Einigkeit. Die Bürgerschaft von Heidelberg stand gespannt, fast feindlich mit dem Gouverneur, und beide Theile gaben später heftige Schriften gegen einander in Druck.[1] Es sind Parteischriften: es fragt sich nur, auf welcher Seite die größere innere Wahrscheinlichkeit. Die Bürgerschaft beklagt sich über das unbändige Wesen der Besatzung, über den Mangel an Zucht und Disciplin unter diesen Söldnern. Sie wirft ihnen Stehlen, Rauben, Fressen, Saufen, Fluchen und Toben, Mishandlung und Mord der Bürger vor, und fügt mit Nachdruck hinzu, daß auf alle Klagen weder von Seiten des Gouverneurs selbst, noch der Officiere eine Abhülfe geschehen sei. Mit Ingrimm erzählen die Bürger, daß man sie durch Schläge und Mishandlungen aller Art gezwungen habe, die Dirnen der Söldner mit an ihren Familientisch zu nehmen. Der härteste Vorwurf dagegen von Seiten des Gouverneurs gegen die Bürger ist, daß sie die Stadt an Tilly überliefert haben.

Nach jenen Anklagen der Bürger gegen die Soldaten Mervens ist allerdings mit Recht anzunehmen, daß Tilly vielen Heidelbergern als Befreier erschien. Auch reden seine Berichte nach München und nach Wien nicht von einem Widerstande der Bürger. Er meldet, daß er am 16. September vom Morgen bis gegen Abend auf die zwei Bollwerke Trutz-Kaiser und Trutz-Bayern mit großen Stücken gespielt, und dann zum Sturme habe anlaufen lassen.[2] „Durch geschwinden Nachdruck sind alle Schanzen sammt der Vorstadt, wie auch gar die Stadt Heidelberg fast in anderthalb Stund durch Gewalt erobert, und alles was vom Feind — was Soldaten gewesen — sich nicht alsbald durch die Stadt ins Schloß salviert hat, erlegt und niedergehauen, deren ungefähr 400 Mann, mit gar wenigem Verluste meiner Knechte.“ Am Abende dieses Tages mahnte zum ersten Male wieder seit langer Zeit in Heidelberg die Glocke an den englischen Gruß.[3]

Noch war indessen das Schloß nicht gewonnen, sondern schauete drohend auf die Stadt herab. Tillys Bericht darüber fährt fort: „Und

[1] Londorp II, 751. [2] Kriegsacten F. 51. Vom 20. September.
[3] Handschriften Nr. 108 Bd. VI.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

weil sich der Feind in das Residenz-Schloß zurückgezogen, habe ich dasselbe nicht weiter angegriffen, sondern des anderen Tages durch Abgeordnete den Gubernator van der Merven ersuchen lassen, wes Gemüths und ob er das Schloß aufzugeben gesinnt sei. Darauf er sich dann also angelassen, daß es zum Accord gelangt. Vermöge dessen ist er heute mit Officieren und Knechten abgezogen, und ich habe nunmehr mit göttlicher Verleihung Stadt und Schloß Heidelberg in Ew. K. M. Devotion gebracht."

Tilly fragt weiter an, wie es mit dem Religionswesen in der Pfalz, mit den Gütern und Möbeln des Kurfürsten, so wie mit den Freiheiten und Immunitäten der Bürger von Heidelberg zu halten. Die einzige Änderung, die er aus sich vorgenommen, bestehe darin, daß er „Gott dem Allmächtigen zu Lob und Ehre in der Stiftskirche zum Heiligen Geiste den Gottesdienst habe verrichten lassen." [1]

Der Bericht Tillys spricht nur von dem Abzuge der Officiere und Soldaten aus dem Heidelberger Schlosse, nicht der Beamten, Bürger, Bauern. Die Bürgerschaft erhob nachher gegen Merven den Vorwurf, daß er sie absichtlich preisgegeben. [2] Die Anklage war nicht begründet; denn die Correspondenz zwischen Tilly und Merven über die Capitulation weist aus, [3] daß Merven allerdings die pfälzischen Räthe, Diener, Geistliche, Bürger, Bauern mit hatte einschließen wollen, daß jedoch Tilly dies abgeschlagen.

Demgemäß mußte die bürgerliche Bevölkerung nach Kriegsrecht sich ranzionieren. Das war hart und schwer. Aber fragen wir die Bürgerschaft von Heidelberg selbst. „Nach der Hand, sagt sie in jener Schrift, ist die Ranzion aus sonderlicher Barmherzigkeit und auf Interceſſion der Herren Commissarien gemildert worden." [4]

Es liegt hier nahe, nach dieser Seite hin das Verhalten beider kriegführenden Parteien gegen die Einwohner überhaupt zu vergleichen.

Im Juni 1622 finden sich in einem Briefe aus Heidelberg, in welchem Friedrich als rex noster bezeichnet wird, über die Mansfeldischen Schaaren die Worte: Mansfeldius cum suo milite, si latrones rapacissimi hoc nomine digni. [5] Die Briefe Camerars sind, im Interesse Friedrichs, erfüllt von Klagen über die Zügellosigkeiten unter Mansfeld und Christian. [6] „Gott gebe, ruft er im April 1622, daß

[1] A. a. O. Vom 20. September. [2] Londorp II, 751. [3] A. a. O. 629.
[4] A. a. O. 752. [5] Handschriften Nr. 108. Bd. VI. [6] Sötti III, 149 u. f..

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

das mansfeldische Volk in der Gegenwart des Königs in der Unterpfalz nicht hause wie in Böhmen, damit nicht alles verzweifele."[1] Wir haben dann, zum Monate Mai, die Klage Camerars über „die Opposition fast aller Evangelischen"[2] gegen die Sache Friedrichs vernommen. Niemals dagegen enthalten die kund gewordenen Briefe des Camerar die Andeutung einer ähnlichen Anklage gegen Tilly oder Cordova wie gegen Mansfeld und Christian. Einem solchen Schweigen gegenüber fällt die positive Aussage eines Officiers unter Tilly und Cordova ins Gewicht.[3]

„Will Einer, sagt er, unsere Soldaten mit jenen vergleichen und sehen, welche von beiden Parteien einen gerechten Krieg führt: der schaue die von beiden Theilen verübten Thaten an und erwäge dieselben: er wird dann leicht, was er sucht, schließen können. Die Mansfeldische Apologie beklagt sich, daß wir die Unterdrückung der unkatholischen Religionen suchen. Wollt Ihr sehen, was von beiden Theilen in Religionssachen in diesen pfälzischen Kriegen verübt worden? — Sie haben keine Stadt eingenommen, in welcher sie nicht alle Kirchen aufgebrochen, beraubt, die Altäre weggerissen, die Geistlichen und Kirchendiener geschmissen und vertrieben oder gar getödtet, alle katholische Exercitia verboten, die Kirchen zu Ställen und ..... Häusern gemacht, ja dieselben und sogar die Taufsteine zu Kloaken gebraucht. Sie haben die Glocken zerschmolzen, die Bilder und Fenster zerschmettert und zerbrochen, die Stühle und Bänke verbrannt. — Was ist auf unserer Seite geschehen? Von uns ist seiner Religion halber nicht Einer molestiert worden, keine einzige Kirche violiert. Ja, um ihre Religion von unserer Soldaten Muthwillen zu befreien, hat man an den Sonntagen zur Zeit ihrer calvinischen Predigt, damit dieselbe unverhindert gehalten würde, an den vornehmsten Orten an die Kirchthüren Schildwachen gestellt, ihnen ihre Prädikanten frei gelassen, ihre Kirchen- und Religions-Exercitia im geringsten nicht beleidigt, wie sie dann durch die ganze Unterpfalz in allen Orten, die in unserer Gewalt, bis auf den heutigen Tag unmolestiert wie vor Alters ihre Psalmen singen, ihre Predigten, ihre Kindtaufen, Begräbnisse usw. frei und unverhindert halten. Ja es ist in keine ihrer ordentlichen Pfarrkirchen einig katholisches Exercitium oder auch Predigt eingeführt worden, wie dann dessen Kreuznach, Alzei, Oppenheim, Bacharach, Simmern, Kirchberg, Kaiserslautern, Neustadt, Stromburg, Oggersheim,[4] und alle

[1] A. a. O. 153. [2] A. a. O. 156. [3] Acta Mansf. 119.

[4] Im Originale steht Ottersheim. Man hat also zu wählen zwischen Otterberg und Oggersheim.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

andere von uns besetzte Orte Zeugnis und öffentliches Bekenntnis geben können."

„Was die Unterthanen betrifft, ist von uns in der ganzen Unterpfalz kein einziges Haus mit Wissen angezündet worden, ausgenommen die Dörfer Engelstadt, Guntersblum, und nachmals drei andere um Worms, in welchen die Bauern mörderischer Weise unsere Soldaten massacriert hatten, und derhalben, den Anderen zum nothwendigen Spiegel, diese Strafe unumgänglich ihnen hat müssen zugefügt werden. Desselbigengleichen sind alle Unterthanen im geringsten an Leib und Leben nicht berührt worden als diejenigen, welche durch öffentlich erzeigte Feindlichkeit sich dies Unglück verursacht haben. Hatten wir etwa weniger Ursache als Mansfeld in Speier? Dennoch hat uns die der wahren katholischen Religion gemäße Zucht von solchen unchristlichen Stücken abgehalten, (so) daß alle Örter, die wir eingenommen haben, sich über unserer Soldaten Frömm- und Mäßigkeit, und unglaubliche Bescheidenheit verwundert, ja selbst bekannt haben und noch bekennen, daß sie von ihrem eigenen pfälzischen, oder der Union Kriegsvolk tausendmal mehr Schadens und Verderbens als von uns erlitten haben."

Solchen bestimmten Worten eines Officiers gegenüber ist für einen etwaigen Widerspruch der Nachweis von Thatsachen erforderlich.

Unter der Heidelberger Kriegesbeute befand sich auch die pfalzgräfliche Bibliothek. Bereits im Jahre zuvor, bei dem Einmarsche Tillys in die Unterpfalz, hatte die Sorge um das Schicksal dieser Bibliothek, wenn etwa die Stadt Heidelberg mit Sturm genommen würde, dem kaiserlichen Bibliothekar Tengnagel in Wien schwere Stunden bereitet.[1] Auf seinen Bericht ließ damals der Kaiser, am 8. December, an Spinola das folgende Schreiben ergehen.

„Demnach wir von unterschiedlichen vornehmen Orten verständigt werden, was für ein ansehnlicher Schatz sich zu Heidelberg in der Unterpfalz bei der Bibliothek befindet, nämlich an allerhand uralten geschriebenen und gedruckten Büchern, in lateinischer, griechischer, hebräischer, arabischer und anderen Sprachen, welche in den verschiedenen Jahren aus den alten Stiftungen, Gotteshäusern und Klöstern weggenommen und daselbst zusammen gebracht worden, und demnach wir hierin nicht unzeitige Beisorge tragen, daß erwähnte Opera und Bücher, bei dem jetzigen Stande

[1] Kriegsacten F. 44.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Dinge dort, entweder von dem Feinde selbst verschlagen und hinweg geraubt, oder nach, ob Gott will, ehestens erfolgender Eroberung und Ergebung zu unserem Gehorsame und Devotion, von unserem eigenen Kriegsvolke, wie in dergleichen Fällen je zu Zeiten zu geschehen pflegt, verzogen und zum Verderben gebracht werden möchte:

Hierum so befehlen wir Dir hiermit gnädigst, Du wollest auf das Eine wie das Andere Deinen Fleiß und Obacht geben, und Deine ernstliche Verfügung thun und bestellen, damit obberührte Heidelbergische Bibliothek, im Falle selbiger Ort, wie zu hoffen, zu unserem Gehorsame und unserer Devotion kommen, in gute sichere Verwahrung genommen werde."

Nach der Einnahme von Heidelberg durch Tilly und auf dessen Bericht erging, am 6. October, an ihn der kaiserliche Befehl[1] zur Aufnahme eines Inventars über das in Heidelberg eroberte öffentliche Eigenthum. Darunter befand sich auch die Bibliothek. Sie fiel jedoch nicht dem Kaiser, sondern dem Herzoge Maximilian als dem eigentlichen Kriegsherrn Tillys zu. In so weit die Bibliothek entstanden war aus genommenem Klostergute, erhob der Papst als oberster Verwalter der Kirchengüter darauf Anspruch.[2] Die Sache wurde im nächsten Jahre, wie wir sehen werden, in Regensburg erledigt.

Die Belagerung von Heidelberg fachte den Zorn des Königs Jacob und seiner Umgebung aufs neue an. Am 3./13. September schrieb der Günstling Buckingham an Friedrich: wenn Heidelberg genommen und dennoch kein Waffenstillstand bewilligt werde, so wolle der König dem Kaiser den Krieg erklären und alle Mittel aufwenden, um Genugthuung zu erhalten.[3] — Friedrich suchte nach Kräften diesen Zorn zu steigern. Er war nun voll Ergebenheit in den Willen Jacobs. Er stellte ihm das Elend seiner Unterthanen vor Augen, vorzüglich der belagerten Stadt Heidelberg. Er führte dem Könige zu Gemüthe, wie sehr er verpflichtet sei, sich zu rächen für die Beleidigungen, die der Feind ihm zugefügt, und zwar dies ungeachtet der so oft wiederholten Versprechungen. Der König möge sich doch durch Verhandlungen nicht länger täuschen lassen.[4] Er bat weiter: der König möge, um das von der Pfalz noch Übrige zu retten, einen Einfall in Flandern machen.

[1] Kriegsacten F. 51. [2] Schreiber 293. [3] Sötzl III, 88.
[4] A. a. O. 89.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Das war im Sinne der Generalstaaten gesprochen, die gar gern den König Jacob mit Spanien verwickelt gesehen hätten. Am wenigsten dagegen entsprach es dem Sinne des Königs Jacob, der, bei allen hohen Worten nach Wien hin, sein Vertrauen auf Spanien setzte.

In der That hatte auch die Infantin in Brüssel sich bei Tilly für Heidelberg verwendet. Dieser erwiederte, daß Alles, was er thue, auf Befehl des Kaisers geschehe, der ihm geboten habe, die ungehorsamen Fürsten zur Vernunft zu bringen.[1] — Als dann, nach dem Falle von Heidelberg, der englische Gesandte Weston im Namen des Königs an Tilly die Aufforderung ergehen ließ, mit den noch übrigen Plätzen der Pfalz einen Stillstand zu schließen, ließ Tilly ihm antworten: er habe dazu keinen Befehl und werde thun, was er seinem Dienste angemessen finde. Er versehe sich, der König werde sich der Rebellen gegen den Kaiser eben so wenig annehmen, wie es ihm gefallen würde, wenn der Kaiser englische Rebellen schützte. Es wäre besser, der König ließe dem de Vere den Befehl zugehen, Mannheim und Frankenthal gütlich aufzugeben. Dadurch würde der Pfalzgraf viel eher zu kaiserlichen Gnaden kommen.[2]

Von Heidelberg aus zog Tilly den Neckar hinab vor Mannheim. Auch hier war es ein Fremder, der mit großentheils fremden Söldnern eine Stadt des Reiches gegen den Feldherrn des Oberhauptes zu halten suchte: der Engländer de Vere. Auch hier mag den Umständen nach der gute Wille der Bürger nicht allzu eifrig gewesen sein. Andererseits aber war es weniger die Absicht de Veres, die Stadt Mannheim zu vertheidigen als die Citadelle Friedrichsburg. Jene lag am Neckar, diese am Rheine. Tilly nahm die Stadt, wie er berichtet, „mit gewaffneter Hand und stürmender Gewalt sonder Verlust des mir untergebenen Kriegsvolkes, am 18. October, nach Mittag.“[3] De Vere verlor etwa 100 Mann, die Anderen retteten sich in die Citadelle. Erst dann wurde die Absicht de Veres für Tilly klar. Sein Bericht vom 19. fährt fort: „Und wiewohl die Stadt, welche der Feind gestrigen Tages zu früher Zeit an unterschiedlichen Orten in Brand gesteckt, nunmehr fast allerdings devastiert und in die Asche gelegt, so habe ich doch nichts desto minder dieselbe stark besetzt, gestalten ich darin auch mit dem Arbeiten und Bauen, auf daß ich einen Vortheil aufs Castell gewinnen möge,

[1] A. a. O. 92. [2] Handschriften Nr. 108. Bd. VI. [3] Kriegsacten F. 51.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dapfer verfahren thue. Weil nun aber berührtes Caſtell ſehr befeſtigt, auch aufs beſte verproviantiert, iſt die Beſorgnis zu tragen: es werde ſo leicht mit dem Zwange nicht gehen. Ich will an nichts erwinden laſſen."

Dennoch dauerte es nicht ſehr lange. Die Noth in der Citadelle, Krankheit, Ermattung nahmen überhand. Am 2. November 1622 erhielt de Vere dieſelben ehrenvollen Bedingungen des Abzuges, wie van der Merven.

Noch eine Stadt blieb übrig. Es war Frankenthal auf dem linken Rheinufer, auch mit engliſcher Beſatzung. Dieſelbe hatte ein Jahr zuvor erſt Spinola, dann Cordova getrotzt. Sie trotzte auch Tilly. Der einbrechende Winter hinderte den Feldherrn an Unternehmungen gegen ſie. Bis auf die eine Stadt, über welche erſt im folgenden Jahre die Engländer mit Spanien einen Vertrag abſchloſſen, war die Unterpfalz in Tillys Händen.

Hier iſt der Ort, der Leiſtungen dieſes einen Mannes in dem Jahre 1622 überſichtlich zu gedenken. Es hatte trüb für ihn begonnen. Im April ſchien er der Übermacht erliegen zu müſſen, und wenn er unterlag, ſo ſtürzte in ihm einer der ſtärkſten Pfeiler des römiſchen Reiches deutſcher Nation. Dann brach das Chaos herein. Es war anders gekommen, als man erwarten durfte. Der alte Tilly hatte mit jugendlicher Thatkraft und Schnelle hierhin einen Streich gethan und dahin, und jeder dieſer Streiche vernichtete ein anſcheinend furchtbares Heer. Noch war ein drittes übrig; aber der Führer desſelben erwog weislich das Schickſal ſeiner Gefährten, und ſuchte ein gütliches Abkommen. Bevor man damit zu Ende kam, verlor er ſich vom deutſchen Boden. Tilly ſtand da als Sieger über alle ſeine Gegner. Er hatte das Reich gerettet vor den Verderbern.

Seit dem 18. Juli 1622 unterſchrieb er ſich nach dem Willen des Kaiſers als Johann Tſerklaes Graf von Tilly.[1] Von da an bis an ſein Ende ſind ſeine Schreiben ſo gezeichnet, in der Regel doch kürzer „Johann graue von Tilly," mit feſter, ſehr deutlicher, man möchte ſagen, zierlicher Hand.

Er verlegte ſein Heer nach der Wetterau in die Winterquartiere, um ſelber von dort aus der Ladung des Kaiſers zu dem Fürſtentage nach Regensburg zu folgen.

[1] Weſtenrieder, Beiträge VIII, 159.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

12. Frage einer türkischen Hülfe für die Aggressiv-Partei.

„Es ist keine Hoffnung mehr, schreibt am 15./25. November Camerar, wenn nicht Gott plötzlich hilft und etwa aus dem Oriente ein Wetter bringt." — Daß dies die Absicht, hatte ja Bethlen Gabor gleich nach dem Nikolsburger Frieden durch Camerar dem Winterkönige kund thun lassen. Es erwächst also die Frage, ob im Laufe des Jahres 1622 die Dinge im Osten derartig lagen, daß die Hoffnung der Aggressiv-Partei auf eine türkische Hülfe als begründet erscheinen konnte. Zunächst haben wir daher unsere Blicke nach Ungarn zu richten.

Der Vertrag von Nikolsburg hatte äußerlich den Frieden hergestellt. Bethlen Gabor befliß sich dazu gegenüber den Gesandten des Kaisers, die zur Regelung der Gebiete und zur Abholung der ungarischen Krone bei ihm in Kaschau erschienen, sein Verhalten so einzurichten, daß ein Zweifel nicht aufkommen solle. Seine Reden athmeten Ergebenheit für den Kaiser.[1] Er ließ die Geschütze abfeuern bei jedem Trunke, den er auf das Wohl des Kaisers that. In entsprechender Weise schrieb er nach Wien. Er bat den Kaiser bewaffnet zu bleiben und ihm Hülfe zu leisten, im Falle er von den Türken angegriffen würde. Er habe dies zu fürchten, weil sie es übel aufgenommen, daß er ohne ihr Vorwissen Frieden geschlossen. Die Thatsache dieser Begründung war richtig. Bethlen meldete weiter, daß er den Grafen Thurn an die Pforte senden werde, sich zu entschuldigen. Ob diese Meldung der Wahrheit entsprach, wird der Verfolg uns zeigen.

Der Kaiser gab öffentlich seine Zufriedenheit mit den Berichten über Bethlen Gabor und dessen Worte kund, und dem entsprechend der Hof. Andere, welche die Natur des Bethlen zu kennen meinten, behaupteten, daß ihm jetzt noch minder zu trauen sei als zuvor. Die Thatsachen indessen bewiesen klarer als Worte, was der Kaiser selber von der neuen Treue des Bethlen hielt. Dem Friedensschlusse gemäß mußte ein Landtag berufen werden. Der Kaiser war um so williger dazu, weil er wünschte, daß die Gemahlin, die er in zweiter Ehe im Februar heimgeführt, Eleonora von Mantua, in Folge dieses Landtages als Königin von Ungarn gekrönt werde. Aber es war nicht die Rede von dem gewöhnlichen Orte, Preßburg, weil am linken Donauufer gelegen,

[1] Berichte des Venetianers Padavin bei Óváry 249, auch für das Folgende. Vgl. Gindely IV, 464.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sondern nur von Oedenburg, trotz aller unvermeidlichen Unbequemlichkeiten dieses Ortes.[1] Auch dahin wollte der Kaiser sich nicht anders begeben als geleitet von einer bewaffneten Macht, die zu Anfang auf 14,000 Mann bestimmt wurde.

Von Ungarn aus wurden die Einwände erhoben, daß der Ort zu entlegen, die Redefreiheit unter dem Drucke der Waffen nicht gesichert sei. Der Kaiser jedoch beharrte bei dem Entschlusse, nicht über die Donau zu gehen. Der Primas Pazmany machte sich auf den Weg, bei den Vornehmsten des Landes umher zu reisen und sie der aufrichtigen Gesinnung des Kaisers zu versichern.[2]

Bethlen unterdessen erneuerte die Betheuerungen seiner Ergebenheit und Treue. Er habe, sagte er, die Krone von Ungarn nur darum an sich genommen, um sie dem Kaiser zurückzustellen. Dies war geschehen. Er meldete, daß er sich in großer Gefahr befinde, Siebenbürgen zu verlieren, weil zur Strafe für den Friedensschluß die Türken es ihm nehmen wollten. Er gab ferner Nachricht, daß die Türken sicherlich mit dem Kaiser brechen würden, weil der junge Sultan Osman von vier kriegsbegierigen Paschas umgeben sei, die ihm riethen, daß, um den Fuß in Italien zu setzen, er zuvor sich Steiermarks und Kärnthens, namentlich der Stadt Graz bemächtigen möge. Der böse Wille dieser Paschas werde angefeuert durch Officiere des Jägerndorfers und des Grafen Thurn, die ihre Güter verloren hätten. Bethlen gab weitere gute Rathschläge, wie zuvorzukommen. — „Alle diese Charitas des Bethlen, fügt der Venetianer Padavin seinem Berichte hinzu, so wie seine Rathschläge werden von Kundigen als Erfindung und Kriegslist angesehen.“[3] Dem entsprechend zog man die Folgerungen.

In welcher Weise auch in anderen Dingen über Bethlen geurtheilt wurde, zeigen die folgenden Worte des Venetianers Padavin: La moglie di Gabor è morta, e vien scritto di veneno, per non farle figli, e già si pubblica che sia in trattazione per pigliar la figliuola di Giagerndorf, che qui spiace grandemente.[4]

Wie die Berichte des Primas über die Willigkeit der ungarischen Stände günstiger lauteten, so minderte auch der Kaiser die Zahl der Geleitstruppen auf 4500 Mann herab. Gegen Ende Mai hielten er

[1] A. a. O. 243 u. f. [2] A. a. O. 245. [3] A. a. O. 252. Vom 23. April.
[4] A. a. O. 259. Vom 6. Juni.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und die Kaiserin ihren feierlichen Einzug in Oedenburg. Es erfand sich, daß die Anzahl des bewaffneten Gefolges der ungarischen Magnaten weitaus die Truppenmacht des Kaisers überstieg.[1]

Die ungarischen Stände drangen vor allem Anderen auf die Wiederbesetzung der Stelle des Palatins. Der Kaiser gab nach und schlug einige Persönlichkeiten vor, unter welchen die Stände zu wählen hatten. Die Mehrheit der Stimmen fiel nicht, wie der Kaiser gehofft haben mochte, auf den immer treu gebliebenen Esterhazy, sondern auf Stanislaus Thurzo, der in den Jahren zuvor unter den Rebellen voran gestanden. Eine Besorgnis solcher Art war jedoch nicht mehr gegründet. Von der Wahl zum Palatin an bewies sich Thurzo als der wärmste Anhänger des Kaisers.[2] — Wenige Tage später bei einem Bankette brach der neue Palatin gegen die Gesandten des Bethlen über die Anmaßung desselben, sich als König von Ungarn gedünkt zu haben, in so scharfen Ausdrücken hervor, daß die Gesandten vorzogen, sofort abzureisen.[3]

Die ungarische Krone ward nach Oedenburg gebracht, und dort, mit dem Aufwande aller erdenklichen Pracht, die Kaiserin am 26. Juli als Königin von Ungarn gekrönt.

Dies war der wesentliche Vortheil, den der Kaiser durch den Oedenburger Landtag errang;[4] denn im Übrigen gingen die Dinge im Landtage mit der herkömmlichen Verwirrung.[5] Es handelte sich wesentlich um die Rückgabe der genommenen Kirchengüter, welche die Katholiken forderten, die Nicht-Katholiken abschlugen. Die Frage war das Mittel der Agitation für die Partei des Bethlen Gabor. Zwar wurden endlich darüber solche Beschlüsse gefaßt, daß der Kaiser sie mit Befriedigung verkündete und dann den Landtag entließ, am 13. August;[6] aber wenige Tage später vernahm man Äußerungen Bethlens, daß er sich in die Beschlüsse der Rückgabe der Kirchengüter, von denen ein großer Theil in seinen Händen, nicht fügen werde. Zugleich hieß es, daß er abermals rüste.[7]

Aus den Nachrichten, die von Wien her aus diesen Tagen vorliegen, ergibt sich nicht, daß man dort eine Kenntnis von den weit aussehenden

[1] A. a. O. 257.
[2] A. a. O. 260: Appassionatissimo per gl'interessi dell' Imperatore.
[3] Khevenhiller IX, 1676. — Óváry 261. [4] Óváry 267.
[5] A. a. O. 262: con la solita confusione. [6] A. a. O. 270.
[7] A. a. O. 271.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Planen hatte, die damals Bethlen Gabor mit seiner Unzufriedenheit über die Forderung der Rückgabe von Kirchengütern verdeckte. Daher haben wir nach Constantinopel unsere Blicke zu richten.

Der junge Sultan Osman war nicht mit Ehren aus dem polnischen Feldzuge 1621 heimgekehrt. Er wünschte von dem Kriege abzukommen. Daher war ihm das Erbieten des Engländers Sir Thomas Roe, im Namen des Königs Jacob den Frieden zu vermitteln, ganz willkommen.[1] Die Nachricht dagegen, daß Bethlen Gabor den Frieden von Nikolsburg geschlossen, verstimmte.[2] Es kam eine andere Nachricht, daß der Kaiser Ferdinand II., sein Bruder und sein Sohn mit vielen Anderen auf der Brautfahrt nach Innsbruck erschlagen seien. Sogleich ergingen an Bethlen Gabor die Befehle, sich die Gelegenheit zu nutze zu machen und zu greifen, was er vermöge, so wie an die Paschas in Ungarn die Weisungen, ihm darin zur Seite zu stehen. Es schien, daß der leidenschaftliche Osman allen seinen Zorn wegen Polen über den Kaiser entladen wolle.[3]

Als sich jene Nachricht bald als falsch auswies, erloschen auch jene Befehle. Aber sie zeigten, wie man gesinnt war. Eine andere Frage mochte sein, ob die Kraft der Gesinnung entsprach. „Wenn es mir zustünde zu prophezeien, schreibt am 3./13. Mai der Engländer Roe, so möchte ich sagen, daß dies mächtige Reich die Mittagshöhe überschritten hat und im Abnehmen ist, wenn nicht der Auflösung nahe. Das Fürstenhaus ist fast erloschen. Außer dem Sultan ist nur noch ein Oheim von ihm übrig, der blödsinnig, und ein Bruder, der noch ein Knabe. Der Sultan selber ist bei allen Lebensständen verhaßt, von den Soldaten verachtet, von den Wesiren gefürchtet, von dem geistlichen Stande verwünscht, weil er Gesetze und Gewohnheiten ändert. Er wird beherrscht von phantastischen Träumen und Visionen, gibt Offenbarungen vor, durchbricht das Herkommen der Vorfahren, macht sich gemein durch nächtliche Gänge in Verkleidung. Die Wehrkraft des Reiches ist im Sinken. Die Flotte verfault. Die Janitscharen, einst die Kraft des Reiches, die keinen anderen Vater kannten als den Sultan, sind zuchtlos, ohne Liebe noch Ehrfurcht vor dem Sultan, geneigt zur Meuterei."[4] — Ein anderes Mal sagt Roe: „Diese mächtige Monarchie hat zu ihrer Vertheidigung

[1] Roe 25. [2] A. a. O. 20, 26. Óváry 522. [3] Roe 26. Óváry 521.
[4] Roe 38.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kein anderes Bollwerk als die Streitigkeiten der christlichen Fürsten unter einander."[1]

Der Engländer Roe kannte augenscheinlich nicht den Plan des Papstes Paul V., im Jahre 1617, einen allgemeinen Bund der Christenheit wider die Türken zu Stande zu bringen (Bd. I, 236). Damals war, wie wir gesehen, die Stimmung der Häupter in Paris und Madrid nicht abgeneigt. Dann erfolgte der Fenstersturz in Prag, im Mai 1618. Wie er das Eingangsthor eröffnete für den unsäglichen Jammer des Krieges im Reiche: so durchschnitt er die Hoffnung des päpstlichen Stuhles auf das endliche Gelingen des Planes, mit welchem von Gregor VII. an sich alle Päpste getragen, die christlichen Völker des Orientes zu befreien von der türkischen Knechtschaft. Und nicht bloß durchschnitt das Attentat des Fenstersturzes diese Hoffnung. Von demselben Tage an schauete die Aggressiv-Partei sehnsüchtig aus nach der Hülfe der Türken gegen die defensiven Mächte in der Christenheit.

Auf jenes Gerücht der Ermordung des Kaisers hatte der Sultan Osman die Absicht erwogen, sich nach Westen hin einzumischen. Nachdem das Gerücht sich als falsch erwiesen, faßte er, mit dem Rathe eines Vertrauten, Delavir Pascha, den Entschluß, mit Hülfe einer anderen Miliz, die jener bei Damaskus zusammen bringen wollte, sich der Janitscharen zu erwehren, und spiegelte, zur Verhüllung dieser Absicht, diejenige einer Wallfahrt nach Mekka vor. Trotz aller Abmahnungen hielt er daran fest, als wäre er, wie der Engländer Roe ihn bezeichnet, homo natus ad imperii ruinam.[2] Die Abmahnenden hatten richtig gesehen. Denn an dem Tage selbst, an welchem Osman seine Zelte über den Bosporus schiffen ließ, dem 7./17. Mai, erhob sich die ganze Soldatenschaft, Janitscharen und Spahis, in wilder Empörung. Sie hatten keinen festen Plan. Aber sie stürmten das Serail. Als sie den Sultan Osman nicht fanden, zerrten sie dessen geistesschwachen Oheim Mustafa, halbverhungert, aus dem Kerker hervor, in welchen Osman ihn gelegt, und setzten ihn auf den Thron. Dann ward Osman gefunden und als Gefangener in die Sieben-Thürme gebracht. Die Wellen jedoch gingen höher als die Erreger des Sturmes gewollt und gedacht. Der neu ernannte Großwesir begab sich mit einer Henkerschaar in die Sieben-Thürme und ließ den Sultan Osman erdrosseln. Er war der erste Sultan, der auf solche Weise endete.[3]

[1] A. a. O. 54. [2] Roe 38, 45.
[3] A. a. O. 42. Dann ausführlicher, in lebhafter Darstellung 45 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Fäden der Verbindung der Pforte mit Bethlen Gabor schienen durch diese Revolution zerrissen zu sein. „Wenn auch, meinte Roe, Bethlen seinen Frieden mit dem Kaiser nur gemacht, um Athem zu schöpfen, und dann mit Hülfe der Türken wieder anzufangen: so ist doch dazu hier bei der jetzigen Verwirrung geringe Aussicht.“ [1] Die Meinung war nicht richtig. Bereits einige Wochen später, im Juli, konnte Roe melden, daß die Türken sich bemüheten, Bethlen wieder zu gewinnen. [2] Es bedurfte dessen nicht. Im August trafen Heinrich Matthias Graf Thurn und ein Gesandter des Bethlen Gabor in Constantinopel ein. [3] Noch vor ihrer Ankunft überreichte der Dolmetsch dem englischen Gesandten Roe ein Schreiben, welches einige Hauptpunkte ihrer Werbung enthielt. [4]

Danach sollte der Gesandte Bethlens den Ministern der Pforte eröffnen, daß er, nachdem drei Jahre hindurch der Krieg das Land verwüstet, den Frieden mit dem Kaiser nur geschlossen, um Zeit zu gewinnen. Dies auch namentlich in Bezug auf Polen, dessen König, nach dem mit der Pforte erlangten Frieden, auf Anstiften des Kaisers, ihn in Siebenbürgen mit Krieg bedrohe. Dagegen sei es durchaus nicht die Absicht Bethlens, den Frieden mit dem Kaiser zu halten. Er sei der Pforte treulich zugethan und werde es verbleiben, nicht zweifelnd, auch von der Pforte bei jeder Gelegenheit die gesuchte Hülfe zu empfangen.

Ferner meldete er, daß verschiedene Magnaten und andere Herren von der protestantischen Partei in Polen an Bethlen Gabor heimlich das Erbieten gerichtet, daß, wenn sie seiner Hülfe sicher, durch irgend welche Mittel den Tod ihres Königs beschaffen, [5] und hernach ihn, Bethlen, zum Könige erwählen wollten. Denn nur dadurch könnten sie eines dauernden Friedens mit der ottomanischen Pforte sicher sein.

Dann habe auch die Republik Venedig dem Bethlen Gabor ihr Bündnis angeboten. Er wolle jedoch nicht abschließen ohne Gutachten und Rath der hohen Pforte, deren Diensten er aufrichtig sich gewidmet.

In Betreff des Grafen Thurn hatte der Dolmetsch zu melden, daß er von Bethlen aufgefordert sei, den Gesandten zu begleiten und ihm beizustehen, zugleich jedoch erscheine als der Sachwalter der prote-

[1] A. a. O. 57. Vom 17./27. Juni. [2] A. a. O. 65. [3] A. a. O. 75.
[4] A. a. O. 76.
[5] A. a. O. 77: That they would by some means procure the death of their king.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

stantischen Partei in den sieben Provinzen.[1] In ihrem Namen habe er die Versicherung zu geben, daß sie festhalten an dem Willen und Entschlusse, den ihre Gesandten vor nun zwei Jahren der Pforte kund gethan, (Bd. I, 581). Ferner solle er bei der Pforte die Erinnerung an ihre Betrübnisse wieder auffrischen und Mitleid erregen, so wie das damals errichtete Bündnis erneuern und bestätigen. Weiter habe er ihre Zuneigung und Ergebenheit für die hohe Pforte auszusprechen, dann auch durch Gründe und Beweise die Schwäche des Kaisers, seinen Haß gegen die ottomanische Pforte und die Leichtigkeit einer Unternehmung wider ihn darzuthun. Endlich solle er durch alle Mittel die Hülfe und den Beistand der Pforte zu erlangen suchen.

Thurn und der Gesandte des Bethlen Gabor gingen bei dieser Mittheilung an den englischen Gesandten Roe von der Meinung aus, daß er eben so wie der Holländer Cornelius Haga für sie eintreten werde.[2] Sie erschienen persönlich bei ihm, nach seinem Berichte wider seinen Wunsch. Er eröffnete ihnen, daß der König Jacob ihn gesandt, um den Frieden der Christenheit zu bewahren. Dann jedoch ließ er sich mit ihnen in eine Unterredung ein, in welcher Thurn ausführlich seine Wünsche und Plane darlegte. Der Kaiser, meinte er, müsse dahin gebracht werden, dem Könige Friedrich die Krone von Böhmen, dem Könige Bethlen Gabor diejenige von Ungarn zurückzustellen. Auf den Einwand Roes, daß der Pfalzgraf Friedrich, der sich völlig in die Hand seines Schwiegervaters gegeben, bei dem neuen Plane nicht genannt werden dürfe, erwiederte Thurn, daß Friedrich mit dem Kaiser keinen Frieden schließen dürfe ohne die Bewilligung der Generalstaaten und Bethlen Gabors.[3] — Daß Friedrich sich den Ersteren in dieser Weise verbindlich gemacht, war ja allerdings ein Punct, den der König Jacob und die Seinen allzu oft aus der Acht ließen.

Bei den türkischen Ministern dagegen blieben die Reden des Grafen Thurn und des Gesandten Bethlens, bei der Mitwirkung des Holländers Haga, nicht ohne Wirkung. Dagegen befragten sie den Engländer Roe als Unparteiischen und Freund. Er legte ihnen seinen Auftrag des Friedens dar und mahnte ab. Seine Worte machten Eindruck. Indessen auch jene waren nicht unthätig. Es gelang ihnen, den Mufti und einen

[1] In the seven Provinces. Wenn diese Worte richtig, so würden das sein: Böhmen, Mähren, Schlesien, beide Lausitz und beide Oesterreich.

[2] Roe 80. [3] A. a. O. 84.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

vornehmen Pascha, Namens Georg Mohammed, für den Krieg zu gewinnen. Ihnen gegenüber standen der Großwesir und der Kanzler. Sie suchten Verstärkung an dem englischen Gesandten Roe, und luden ihn daher zu einer Berathung. Der Bericht Roes über diese Unterredung ist denkwürdig.[1]

Der Kanzler begann: „Wir haben Ihre neuliche Rede und den uns gegebenen Rath erwogen, und weil wir denselben wohl begründet gefunden haben, er uns auch aufrichtig gemeint erscheint, und der Großwesir sich derselben Ansicht zuneigt: so haben wir beschlossen, Ihnen alle Eröffnungen Bethlen Gabors voll und wahrhaft kund zu thun, mit dem Wunsche, daß Sie offen und frei Ihre Ansicht aussprechen, und, als der Minister eines Freundes des Sultans, uns die Wahrheit sagen, mit dem Versprechen zugleich, daß wir Ihrem Rathe folgen, wenigstens nichts ohne Ihr Vorwissen thun werden. Sie sollen also aus dem eigenen Schreiben Bethlens erfahren, was er berichtet, was er verlangt, was er verspricht."

Der Inhalt des langen Schreibens besagte, daß der Kaiser, nachdem Bethlen sich gezwungen gesehen einen Frieden einzugehen, ihn völlig von dem Sultan ab und zu sich hinüber zu ziehen trachte. Zu diesem Zwecke habe ihm der Kaiser kund gethan, daß ein Bündnis bestehe zwischen ihm, dem Könige von Spanien, demjenigen von Polen und einigen Reichsfürsten, zu dem Zwecke eine Armee von 150,000 Mann zu errichten, und mit derselben im nächsten Jahre Ungarn, Bosnien und die angrenzenden Länder zu überziehen, den Krieg bis nach Constantinopel zu tragen und den gesammten Besitz der Türken in Europa zu nehmen. Wenn Bethlen in dies Bündnis mit eintreten und sich verpflichten wolle, so biete ihm der Kaiser dafür die Oberanführung der Armee und, für seinen Antheil, Siebenbürgen und Bosnien zusammen als ein Königreich für ihn und seine Erben.

In dem Schreiben erging dann Bethlen sich weiter in der Ausmalung des Hasses des Hauses Oesterreich gegen das türkische Reich. Weil aber er, Bethlen, sein Emporkommen völlig der Gunst der Pforte verdanke und als treuer Unterthan ihr verpflichtet sei, so wolle er, weil entschlossen, dem Sultan bis in den Tod zu dienen, nicht unterlassen, ihm von diesem Bündnisse Kunde zu geben. Die Invasion sei so völlig beschlossen, daß es kein Mittel gebe, den Sturm abzuwenden, als die

[1] A. a. O. 87.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gelegenheit des Zuvorkommens zu ergreifen, bevor der Kaiser den Frieden in Deutschland geschlossen und Kraft gesammelt habe. Denn zur Zeit sei der Kaiser innerhalb seiner Grenzen schwach, seine Streitkräfte in Nieder-Deutschland verstreut, die eigenen Länder verwüstet, Ungarn, Böhmen und alle Provinzen bereit zur Erhebung: darum sei jetzt die günstige Zeit, sich von diesem alten Feinde zu befreien. Er, Bethlen, habe Zusicherungen sowohl von den Ständen jener Länder als von Anderen, daß sie an dem Streite sich betheiligen würden. Wenn daher der Sultan seine Armee in den angrenzenden Ländern, in Bosnien und in Buda in Bewegung setze, mit dem Befehle, über Kanisza in Oesterreich einzudringen, so werde Bethlen in Schlesien und Böhmen einmarschieren. Die Eroberung werde sehr leicht sein. Kurz, er, Bethlen, wolle den Kaiser dem Sultan in die Hände liefern, jenem alle seine Länder nehmen und den Sultan zum Herrn aller dieser Theile von Deutschland machen. Wenn diese Gelegenheit versäumt werde, so sei die Gefahr groß; wenn sie ergriffen werde, so sei der Erfolg wie sicher.

Dagegen werde im Falle der Weigerung des Sultans er, Bethlen, zum Äußersten getrieben; denn der Kaiser werde damit beginnen, ihn zum Anschlusse an das Bündnis zu zwingen. Wenn er dann sich zu retten suche, so dürfe auf ihn kein Tadel fallen. Es gebe darum für Beide keinen anderen sicheren Weg als die Ermächtigung für ihn, Bethlen, und den Pascha von Buda, den Krieg nach Discretion zu führen, ohne weiteren Befehl von der Pforte her abzuwarten.

Nachdem der Kanzler diesen Bericht über das Anbringen Bethlen Gabors geendet, fügten er und der Großwesir hinzu: „Wenn dies alles wahr ist, so bleibt kein Mittel, als dem Angriffe durch einen Angriff zuvorzukommen. Das Angebot ist groß, der Weg leicht. Wir wissen, daß der Kaiser schwach, die Gelegenheit günstig, und daß viele Wesire geneigt sind, sie nicht vorbei gehen zu lassen. Deshalb beschwören wir Sie, die Wahrheit zu sagen und uns Ihren Rath zu geben."

„Ich war, berichtet Roe, fast außer mir vor Erstaunen, und antwortete in etwas erregter Weise, daß ich mich verwundere über eine solche Fiction, die man mit einigen Wahrheiten verquickt, um die Unwahrheiten glaubhaft zu machen. Ich versicherte, daß ich der Wahrheit gemäß reden würde. Ich zweifelte nicht, sagte ich, auch würde es Thorheit sein zu verneinen, daß die Polen, die Spanier, die Deutschen im Allgemeinen der türkischen Herrschaft feindlich gesinnt wären, und daß, wenn ihre eigenen Angelegenheiten es ihnen gestatteten, ich nicht dafür bürgen wollte,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

daß sie nicht den Willen hätten die gesammte Türkei zu erobern, wie auf der anderen Seite auch die Türken die ähnliche Neigung haben würden. Daß aber zur Zeit irgend ein solches Bündnis bestehe, erklärte ich für unmöglich."

„Was zuerst die Polen betrifft, sagte ich, so sind sie kürzlich, des Krieges müde, zum Frieden gelangt. Die Verfassung des Landes ist geeignet zur Vertheidigung, nicht zum Angriffe. Die Polen haben ihre Hände voll mit dem Schwedenkönige. Sie müssen auf ihrer Hut sein gegen den Moskoviten. Sie stehen mit Spanien nicht so freundschaftlich, daß sie mit dieser Macht ein Bündnis eingehen würden. — Der König von Spanien dagegen hat innerhalb der Christenheit viel zu thun, wenn er alle seine Unternehmungen durchführen will. Holland nimmt eine Armee in Anspruch, das Valtellin eine andere. Beide Indien leiden Gefahr. Deshalb hat er so mancherlei Eisen im Feuer, daß er nicht vermag eine so große Sache zu unternehmen. — Was den Kaiser betrifft, so ist zwar die Lage seiner Länder die günstigste. Dagegen hat er erst kürzlich den Jammer des Krieges erlitten. Das gesammte Deutschland ist darin schwer mitgenommen und erfreut sich jetzt der Hoffnung auf den Frieden. Es würde dem Kaiser schwer fallen, die Reichsfürsten so weit von ihrer Heimat weg zu ziehen. Zur Vertheidigung daheim sind sie bereit; aber an die untere Donau zu marschieren, erfordert mehr Vorbereitung als so schnell getroffen werden kann."

„Ich zog daher den Schluß: es sei das Alles von Bethlen Gabor erdichtet für seine Absicht im trüben Wasser zu fischen."

Die Türken erwiederten: „Wenn sich das so verhält und zur Zeit ein solches Bündnis nicht zu besorgen ist: was haben wir zu erwarten, wenn wir sie zu Athem und zur Herstellung kommen lassen? — Jetzt haben wir die gute Gelegenheit, uns für immer sicher zu stellen. Denn jene Gesandten gestehen zu, wie auch Sie sagen, daß der Kaiser mit dem Pfalzgrafen über den Frieden verhandelt; aber sie setzen hinzu, daß er dies lediglich thue, um dann im Stande zu sein, uns zu bekriegen."

Roe entgegnete: „Wenn eine solche Absicht da sein sollte, so wird die Kunde derselben rechtzeitig genug an Euch herantreten. Eine Armee von 150,000 Mann wird nicht binnen Monatsfrist angeworben und bewaffnet. Ausgesogene, kriegesmüde Länder werden nicht so bald zu einer Freudigkeit gehoben, welche auf Eroberungen bedacht ist. Ihr habt ja die Augen offen und werdet das Herannahen eines solchen Sturmes mindestens um ein Jahr voraussehen. Was die Schwäche des Kaisers

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zur Zeit betrifft, so bitte ich Euch, nicht durch den Schein Euch täuschen lassen. Seine Armeen, mit denen er Böhmen und Ungarn bezwungen, sind nur schwer mitgenommen, nicht aufgezehrt. Freilich er wird lieber im Frieden leben wollen, und eben so die deutschen Fürsten; aber gebet Acht, daß Ihr nicht, aus Besorgnis vor einem möglichen, entfernten Kriege, Euch in einen wirklichen, gegenwärtigen stürzet; denn, seid dessen sicher, sobald Ihr einen Angriff beginnt, werdet Ihr damit den Anlaß geben, daß aller Hader im Westen beigelegt, und daß nicht bloß alle Fürsten in Deutschland, sondern auch der König von Spanien und alle andere Christen insgesammt gegen Euch stehen werden als den gemeinsamen Feind. Wenn Polen den Willen hat sich zu rühren, so wird dazu dann die Zeit sein, wo Euere Streitkräfte in Deutschland verwickelt sind. Wenn Euere Galeeren im Schwarzen Meere beschäftigt sind, Truppen und Lebensmittel zu verschiffen, so werden die Spanier Euere Inseln und Küsten im Archipel heimsuchen. So werdet Ihr sicherlich einen gefährlichen Krieg auf Euch ziehen, aus welchem Bethlen Gabor wohl schwerlich Euch losmachen könnte. Endlich, bedenkt Eueren eigenen gegenwärtigen Zustand. Die Augen in der Christenheit sehen scharf. Wir wissen, daß Ihr nicht in dem Stande seid, die Welt in Verwirrung zu setzen, wenn Ihr nicht zuvor daheim bessere Ordnung schafft. Wollt Ihr also meinen Rath annehmen, so glaubt mir, daß in den Vorschlägen Bethlen Gabors andere Absichten stecken als einen Krieg von Euch abzuwehren. Ihr habt nach eigenem Wunsche Frieden mit dem Kaiser und mit Polen. Durch einen Bruch begeht Ihr ein Wagnis, und erlangt nichts als Unruhe und Ungewisheit."

Die Türken antworteten sehr befriedigt. Dann jedoch erhoben sie aufs neue die Frage, was zu thun. — „Verlassen wir Bethlen Gabor, so bringen wir ihn zur Verzweiflung, und sicherlich greift dann der Kaiser ihn an. Geschieht dies, so werden wir mit Recht getadelt, daß wir seine Erbietungen abgelehnt. Geben Sie uns ein Mittel an."

Der Gesandte entgegnete: „Ihr könnt immerhin doch Bethlen stützen und ihn in Schutz nehmen durch Briefe an den Kaiser, aber dadurch auch das Gleichgewicht und den Frieden zwischen Beiden erhalten. Ich meine doch nicht, daß der Kaiser aus geringem Grunde mit der Pforte brechen wird."

Die zwei Türken versetzten: „Aber hier glauben Viele an die Richtigkeit der Meldungen des Bethlen Gabor. Was können wir diesen antworten?"

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Roe entgegnete: „Der Gesandte Bethlens behauptet, daß an dem vergeblichen Bündnisse sich Viele betheiligt haben. Wo sind die Briefe, die Beglaubigungen, die Sicherheit dafür? Wäre es denn Weisheit von Euch, auf die Aussage Eines Mannes hin den Frieden zu brechen?"

Darauf kamen die zwei Türken zu dem Beschlusse, einen Bruch mit dem Kaiser durchaus zu vermeiden, lediglich den Bethlen Gabor in dem Seinen zu schützen und den Frieden so zu erhalten, wie er stehe. Zu diesem Zwecke solle an den Kaiser ein höfliches Schreiben ergehen, welches den Bethlen Gabor als Bundesgenossen der Pforte anerkenne. Um jedoch Bethlen volle Sicherheit zu geben, sollen er und der Pascha von Buda Befehl erhalten, gemeinsam sorgfältig über die Grenzen zu wachen und, im Falle einer Verletzung, sofort ohne weiteren Befehl einzuschreiten.

Der Gesandte Roe schließt seinen Bericht mit den Worten: „Der Großwesir und der Kanzler sprachen mir überschwenglichen Dank aus, bewirtheten mich vortrefflich und thaten mir so viele Ehre an, wie, nach meiner Ansicht, jemals irgend einem Gesandten widerfahren ist. Sie versicherten beide, meinem Rathe zu folgen, und bei jeder Gelegenheit denselben einholen zu wollen. Und ich halte mich überzeugt und darf mich rühmen, daß ich dem Kaiser einen guten Dienst geleistet und von ihm einen Krieg abgewendet habe, der schon stark im Werden war. Ich allein, kein anderer Gesandter mit mir, habe die Ehre gehabt, im Rathe des Sultans diese Angelegenheit zu führen und zu entscheiden."

Die Gefahr war indessen damit noch nicht vorüber. Wenige Tage später stürzte der Großwesir, und an seine Stelle trat jener Georg Mohammed Pascha, den Thurn und der Gesandte Bethlens zuvor gewonnen. Er war ein alter Gegner der Deutschen und der Polen, namentlich dem Hause Oesterreich sehr feindselig. Roe hatte einen neuen Kampf zu bestehen, der ihm dies Mal noch mehr als früher erschwert wurde durch den Holländer Cornelius Haga. „Er läßt nichts unversucht, endet Roe, wo er dem Kaiser einen Dorn in den Fuß stoßen kann, und ist, wenn irgend jemand schuldig, von Allen der schuldigste. Bethlen Gabor hat ihm einen Titel und eine Grafschaft in Ungarn versprochen, wenn er das Königreich gewinnt, und jener ist fähig genug, seinen Vortheil zu nehmen, wo immer es sei."[1] — Das wichtigste Hindernis indessen war und blieb, daß die Türkei, ungeachtet des zeitweiligen Friedens mit

[1] A. a. O. 90. Vom 20./30. September.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Persien, nicht in der Verfassung war, einen Offensivkrieg zu unternehmen.

Das Wetter aus dem Oriente, auf welches Camerar und Andere seiner Partei hofften, blieb also aus.

Der Gesandte Roe erhielt für die Abwendung der Türkengefahr die volle Anerkennung seines Königs Jacob durch ein eigenes Handschreiben.[1] Die Geschichtschreibung dagegen schuldet die Anerkennung in erster Linie dem Könige Jacob; denn auf dessen Befehl hatte Roe gegen Bethlen gewirkt. Als später andere Zeiten kamen und andere Befehle brachten, vermochte Roe auch zu Gunsten desselben Bethlen Gabor zu wirken.

Der König Jacob ließ durch seinen Gesandten Grafen Bristol, den früheren Lord Digby, dem Könige Philipp IV. in Madrid den ganzen Verlauf der Dinge in Constantinopel darlegen. Der König Philipp möge daraus ersehen, wie herzlich und aufrichtig die Minister Jacobs, auf seinen Befehl, sich bemühen für die allgemeine Ruhe der Christenheit und im Besonderen für das Wohl des Hauses Oesterreich.[2] Da zwischen Spanien und der Türkei niemals ein Friede abgeschlossen war, so darf um so mehr mit Sicherheit angenommen werden, daß der Bericht über jene Thätigkeit des Gesandten Roe die freundliche Gesinnung in Madrid für den König Jacob noch mehr befördert hat.

Und dies führt uns auf die Haltung des Königs Philipp IV. und seiner Räthe in derjenigen Frage, welche, wie es schien, den Kern aller politischen Verwickelung enthielt: ob Maximilian von Bayern die pfälzische Kurwürde erhalten, oder Friedrich V. in dieselbe hergestellt werden sollte.

17. Die Frage der Übertragung der pfälzischen Kurwürde vor Philipp IV.

Die Briefe, durch welche der Kaiser und der päpstliche Nuntius, im October 1621, nach Madrid hin ihre Absichten und Wünsche hatten kund thun wollen, waren aufgefangen und unter dem Namen der spanischen Canzlei durch Camerar mit scharfen Bemerkungen zur öffentlichen Kunde gebracht. Aller dieser Einwände ungeachtet band die Veröffentlichung selber den Kaiser nur um so fester an sein gegebenes Wort.[3]

[1] A. a. O. 104. Vom 24. November.
[2] A. a. O. 105. Der St.-S. Calvert an Roe, 29. November.
[3] J. G. Müller 242.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Eher noch, dürfte man sagen, hätte der Herzog Maximilian, wenn dadurch der Friede zu erreichen stand, den Kaiser des ihm gegebenen Wortes entbinden können. Allein die durch das Wort des Kaisers Ferdinand II. in Maximilian angeregte Hoffnung auf die Kurwürde war in den Augen des Letzteren nicht etwas Neues, sondern entsprach der Tradition, die in dem bayerischen Hause seit Jahrhunderten lebendig war. Nach dieser Tradition hatte der Kaiser Carl IV., indem er in der goldenen Bulle das Erzamt des Truchsesses mit der Kurwürde auf die pfälzische Linie des Hauses Wittelsbach fest stellte, der bayerischen Linie ein Unrecht zugefügt. „Für die bayerische Linie, sagt einer ihrer Wortführer, spricht alles Recht, für die pfälzische nur der Besitz, die unrechtmäßige Detention."[1] — Er führt an, daß achtzig Jahre zuvor bei der Rebellion des Pfalzgrafen Friedrich II. der Kaiser Carl V. dem Herzoge Wilhelm von Bayern die Kurwürde desselben zugesagt, nachmals freilich jenen wieder zu Gnaden angenommen habe. — Jedenfalls war die hauptsächliche bayerische Staatsschrift über die Ansprüche auf die Kurwürde[2] *vor* der Zeit der böhmischen Rebellion abgefaßt.

Demnach ist bei dem Festhalten Maximilians an seinem Anspruche auf die Kurwürde das Moment der Tradition seines Hauses mit in die Wage zu legen.

Dazu kamen die wiederholten und nachdrücklichen Kundgebungen des apostolischen Stuhles für die Übertragung der Kurwürde von Friedrich auf Maximilian. Auf die Meldung des Sieges von Prag hatte sofort Paul V. dem kaiserlichen Botschafter Savelli geantwortet: die schönste Frucht desselben würde sein die Übertragung der Kur auf Bayern.[3] Um in diesem Sinne zu wirken, hatte dann der Nachfolger Gregor XV. im Jahre 1621 als seinen Legaten den rührigen Pater Hyacinth zunächst nach Wien entsendet.

Bei dem Kaiser indessen bedurfte es keiner Mahnung. Es kam auf den König von Spanien an, ohne dessen Zustimmung der Kaiser nicht öffentlich vorgehen wollte. Nach Madrid also war die weitere Bestimmung des Paters Hyacinth. Die Schreiben vom October 1621 hatten den Zweck gehabt, die Stimmung in Madrid für Hyacinth vorzubereiten. Den Abgang derselben ersetzte er durch seine rastlose Thätigkeit.

[1] Die Schrift Leukers bei Khevenhiller IX, 1187. Vgl. Litura 171. Tubus 33.

[2] Gewold, de Septemviratu.

[3] Hurter IX, 157. Aus dem Berichte Savellis.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„Es sollicitierte, wie der kaiserliche Gesandte Khevenhiller meldet, opportune, importune."[1]

Die Meinungen am Hofe in Madrid schwankten hin und her. Nachdem Khevenhiller diese ausführlich dargelegt, schließt er: „In Summa, daß E. K. M. dem Herzoge von Bayern die Kurwürde zugesagt, weiß man allenthalben, ob hierher, ob dorther. Die Meinung der Meisten geht nun dahin, E. K. M. sollten keinen Stillstand eingehen, den Feind aller Orten angreifen, die Kurwürde declarieren und alsdann vom übrigen Accord reden lassen."[2]

Es gelang dem Eifer des Paters Hyacinth von Philipp IV. eine günstige mündliche Antwort zu erlangen, und zugleich eine schriftliche, die auf Schrauben gestellt war. Dennoch enthielt sie die Worte, daß der König von Spanien die Kurwürde eben so gern im Hause des Herzogs von Bayern sehen würde, wie in dem eigenen.[3]

Erst nachdem Pater Hyacinth von Madrid zur Rückkehr aufgebrochen war, im Juni 1622, traf der Graf Bristol, frühere Lord Digby, dort ein. In ihm prägte sich der volle Gegensatz gegen jenen aus. Wie der Pater Hyacinth den König von Spanien für die Ansicht zu gewinnen gesucht, daß die Consequenzen der Verschuldung Friedrichs von der Pfalz voll und ganz über ihn kommen müßten: so vertrat der Graf Bristol den Standpunkt des Königs Jacob, der die Verschuldung seines Schwiegersohnes anerkannte, aber die Consequenz derselben auf den Verlust der angemaßten Krone von Böhmen beschränkte, das Erbe der Enkel dagegen ungeschädigt erhalten wollte, und für diese Anschauung den ihm politisch freundlich gesinnten König von Spanien zu gewinnen suchte.

Dem Grafen Bristol folgte nach Madrid auf dem Fuße die Nachricht der Niederlage Christians bei Höchst. Bristol trat nicht für diese Kriegführung von Seiten Friedrichs ein. Er tadelte Christian, wie Mansfeld. Er billigte das Verhalten des Kaisers wie dasjenige des Königs von Spanien. Er bedauerte nur, daß die Beiden sich zu Gunsten des Herzogs von Bayern in einen endlosen Krieg verwickelten.[4]

Das weiche Verhalten der Infantin in Brüssel gegenüber den herrischen Reden des englischen Gesandten Weston legt Zeugnis ab, daß der Graf Bristol in Madrid nicht ohne Erfolg sich bemühete. Er verstieg

[1] Khevenhiller IX, 1771.

[2] A. a. O. Ich habe den etwas verworrenen Text richtig zu stellen gesucht.

[3] A. a. O. 1772. [4] A. a. O. 1773.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ſich zu dem Vorſchlage, daß die zwei Mächte, Spanien und England, unter ſich eine Übereinkunft treffen, dann Spanien den Kaiſer, England den Pfalzgrafen zur Annahme derſelben verhalten ſollten.[1] Da Jacob I. und ſeine Miniſter ſich niemals darüber klar wurden, daß nicht ſie, ſondern die Generalſtaaten den Pfalzgrafen in der Hand hatten: ſo konnte vorausſichtlich die Conſequenz eines ſolchen Vorſchlages nur die Entzweiung des Herzogs Maximilian mit dem Hauſe Oeſterreich ſein. Philipp IV. ging auf den Vorſchlag nicht ein; aber es erfolgte von Madrid aus an den Kaiſer die Mahnung, ſich in der Kurſache nicht zu übereilen, ſondern mit der Infantin in Brüſſel und mit dem Botſchafter Onnate in Wien darüber Raths zu pflegen.[2]

Dies ſtimmte nicht zu den Meldungen, die der Pater Hyacinth nach Wien überbracht, noch zu dem bereits ergangenen Ausſchreiben des Fürſtentages nach Regensburg auf den 1. October 1622. Der Kaiſer ließ daher durch ſeinen Geſandten Khevenhiller dem Könige Philipp IV. nochmals darlegen, wie die Angelegenheit ſich entwickelt, und daß er demgemäß von dem gegebenen Worte nicht weichen könne, ſondern nunmehr handeln müſſe. Die Geſinnung der Miniſter in Madrid lenkte damals, im Beginne October, ſo ſtark zu England hinüber, daß Zuniga, der für den Kaiſer eifrigſte von ihnen, dem Grafen Khevenhiller den Rath gab, ſeine Schrift Niemandem zu zeigen als dem Könige. Und dann widerfuhr dem bereits fieberkranken Zuniga das Misgeſchick, daß er, in ſeinen Papieren ſich vergreifend, ſelber jene Schrift im Rathe der Miniſter zur Verleſung brachte. Dem Sturme der Vorwürfe, der auf ihn eindrang, war die matte Lebenskraft Zunigas nicht mehr gewachſen: nach wenigen Tagen ſtarb er, im Anfange October.[3]

Damit gewann die Strömung zu Gunſten der Wünſche des Königs Jacob I. am Hofe von Madrid völlig die Oberhand. Jacob unterließ, was er früher zugeſagt, den Tag in Regensburg zu beſchicken. Er verſtieg ſich dagegen in einem Schreiben, vom 22. November, zu der Behauptung, daß der Kaiſer, zur Bezeigung ſeiner Freundſchaft, durch den Lord Digby im Jahre zuvor ihm die völlige Herſtellung ſeines Eidams verſprochen habe.[4]

Jacob I. verſchwieg dabei, daß der Kaiſer als die Bedingung jeglicher Rückgabe voran geſtellt hatte das Schuldbekenntnis des Pfalzgrafen.

[1] A. a. O. 1780. [2] A. a. O. [3] A. a. O. 1784. [4] A. a. O. 1787.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dennoch machte das ganze Schreiben Jacobs I. am Hofe von Madrid tiefen Eindruck. Dies um so mehr, da auch in der Angelegenheit der Werbung des Prinzen von Wales um die Infantin Maria die beiden Höfe von London und Madrid einander täglich näher kamen.

Der leitende Minister Olivarez sann über neue Entwürfe zum Ausgleiche zwischen dem Kaiser und dem Könige Jacob. Sie trugen keine Frucht. Zunächst jedoch ließ Olivarez durch den Grafen Khevenhiller den Kaiser dringend abmahnen, in der Übertragung der Kurwürde weiter vorzugehen. Das Schreiben war vom 6. December 1623. Es war die Frage, ob es den Kaiser, der den Fürstentag bereits auf den 1. October angesetzt, in seinen Entschlüssen noch zurück halten konnte.

14. Der Fürstentag von Regensburg, im Winter 1622/23.

Der Abzug der Freibeuter Mansfeld und Christian vom deutschen Boden, im Juli 1622, stellte, nach menschlicher Meinung, den Frieden in Aussicht. Es ist daher hier der Ort, einen raschen Rückblick zu werfen auf den bisherigen Verlauf des unseligen Kriegszustandes.

Er war entsprungen einerseits aus der Rebellion vieler böhmischen Herren und Ritter, andererseits aus der Gier des jungen Pfalzgrafen Friedrich nach fremdem Eigenthume, aus seiner Annahme einer nicht-erledigten Krone durch eine Wahl, welche im Reiche Niemand billigte als die böhmischen Stände selber, Friedrich, sein Verführer Anhalt, seine Frau, die englische Königstochter, und sein Hofprediger Scultet. Vergeblich hatte Friedrich gesucht, sein Verbrechen mit dem Namen der Religion zu umhüllen: er hatte damit bei seinen deutschen Zeitgenossen keinen Glauben gefunden. Seine Unterthanen in der Pfalz selbst haßten seine Räthe nach Maßgabe des Verdachtes, daß der Eine mehr als der Andere zur Annahme gerathen hatte, obwohl ja in der Wirklichkeit in ihrem Gutachten die rechtlichen und moralischen Gründe für die Ablehnung überwogen. Die Annahme der Krone zog den böhmischen Krieg unvermeidlich nach sich. Friedrich ward geschlagen. Dennoch gab er die verlorene Sache nicht auf: selber ohne Geldmittel, beauftragte er den eben so mittellosen Söldnerhauptmann Mansfeld, sie weiter zu führen. An die Person dieses Mannes, an seine Habgier, an die unberechenbaren Entschlüsse seiner gewandten Verlogenheit knüpft sich fortan der Krieg fast in gleichem Maße, wie an Friedrichs Eigensinn gegen jeden guten Rath und seine Fügsamkeit unter denjenigen der Holländer, in deren

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Interesse es liegt, daß der Brand in Deutschland nur nicht erlösche. Von einer Theilnahme des deutschen Volkes für Friedrichs Sache oder Person ist nirgends eine Spur. Seine Räthe sind verhaßt, in welche Stadt auch sie kommen. Camerar fürchtet in Bremen, in Hamburg, in Lüneburg für sein Leben. Er darf sich nicht öffentlich zeigen: seine Person ist in stäter Gefahr.[1] Katholiken und Lutheraner sind der Sache Friedrichs mit gleicher Energie abgeneigt. Friedrichs eigene Unterthanen in der Oberpfalz sind willig für Maximilian, und an vielen Orten in der Unterpfalz zieht das Volk die Truppen Tillys den bisherigen Beschützern vor.

Nur Mansfeld und Christian mit ihren Schaaren halten den Krieg. Ihnen strömen die Abenteurer zu, die geringen, wie diejenigen von fürstlicher Geburt, die aus dem Umsturze der bestehenden Rechtsordnung einen Vortheil für sich zu erhaschen hoffen. Sie gehen mit wie die Weimaraner, wie der Markgraf von Baden-Durlach, oder helfen, bald versteckt, bald offen, wie der Landgraf Moritz von Hessen-Cassel.

Mehr als einmal steht es in Friedrichs Hand, durch ein nach der Lage der Dinge günstiges Abkommen die Sache zu enden, sich selber und demjenigen Lande, welches die Gnade des Kaisers ihm belassen will, den Frieden zu geben, den Söldnerhäuptlingen den Vorwand weiterer Brandschatzungen der gequälten Deutschen zu nehmen. Wenige Tage vor dem Treffen von Höchst bietet sich ihm abermals ein Weg, so völlig geebnet, so leicht gebahnt, wie keiner zuvor. Es bedarf nur Eines Wortes an den Vermittler selbst, daß Friedrich sein Unrecht erkenne, daß er Versöhnung begehre. Friedrich spricht es nicht. Er mishandelt den Wohlthäter, der so viel für ihn erreicht hat, beraubt und plündert das Land desselben, und prahlend auf das Heer hinweisend, das nicht ihm gehorcht, sondern dem Mansfeld, ruft er aus: nur die Waffen können entscheiden. In der That entschieden die Waffen, und daneben der Wille derjenigen, die Friedrich als seine getreuesten Diener ansieht, und vier Wochen nach jenem vermessenen Worte irrt Friedrich abermals als Flüchtling durch die Länder, um das Gnadenbrod zu essen von fremder Hand.

Müde der hochfahrenden Reden der Engländer in Brüssel, faßt der Kaiser den festen Entschluß, den so lang ersehnten Fürstentag in Regensburg endlich zur Wahrheit zu machen. Er lud dahin die Kurfürsten des Reiches, mit ihnen den Herzog Max von Bayern, den Land-

[1] Londorp II, 608 bis 611. Söltl III, 129, 135.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

grafen Ludwig und einige andere lutherische Fürsten. Daß in Regensburg der Kaiser die Zustimmung zur Übertragung der Kurwürde von Friedrich auf Maximilian verlangen würde, wußten Alle vorher. Daß auch Friedrich selber von Anfang an auf einen solchen Schritt des Kaisers gefaßt sein mußte, ergibt sich aus dem Gutachten seiner Räthe in Heidelberg, im Sommer 1619, über die Frage der Annahme der böhmischen Königskrone. Die Räthe, unter denen Camerar die Feder führte, hatten damals klar und bündig vorausgesagt: „Da auch S. Kf. Gnaden in Dero Landen einmal den kürzeren ziehen sollten, stünde zu befahren, daß sie ganz und gar von Land und Leuten kommen möchten.“ [1] Sie hatten weiter hingewiesen auf die Reichsacht, also den Verlust der Kurwürde, nach welcher, wie sie damals meinten, der Stammesvetter Herzog Wolfgang Wilhelm schon begierig die Hand ausstrecke.

Von diesem Gesichtspuncte aus, daß Friedrich und seine Räthe die Consequenzen seines Thuns von Anfang an vorausgesehen, sind die Beschwerden dieser Persönlichkeiten zu würdigen, die nun im Jahre 1622, zur selben Zeit, wo sie meinten, daß nur noch ein Wetter aus dem Oriente ihrer verlorenen Sache helfen könne, mit Berufung auf das Gesetz der goldenen Bulle zu beweisen suchten, daß Friedrich ungehört und ohne rechtliches Verfahren in die Reichsacht gethan und der Kur beraubt werde.

Dennoch fand der Kaiser Ferdinand II. für den Schritt der Übertragung der Kur auf Maximilian bei den Reichsfürsten nicht die gehoffte Willfährigkeit. Er fand sie namentlich nicht bei dem für ihn wichtigsten von allen, dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen. — Wir haben hier dies beim Jahre 1621 bereits berührte Verhältnis übersichtlich ins Auge zu fassen.

Der Sieg des Kaisers am Weißen-Berge zog den Strich der Vernichtung durch den Majestätsbrief, den die Mehrheit der Herren und Ritter auf Kosten der Gesammtheit der Unterthanen dem schwachen, zagenden Kaiser Rudolf II. abgetrotzt. Einer der wichtigsten Puncte des Majestätsbriefes war die Dahingabe des kirchlichen Wesens an die Grundherren, also das Territorial- oder Local-Kirchenthum der Herren und Ritter. Nachdem das Schwert dieses ertrotzte jus reformandi der Grundherren durchschnitten hatte, fiel dasselbe zurück an den Landesherrn.

[1] Moser VII, 112.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dem es nach dem Reichsrechte des Augsburger Religionsfriedens gebührte. Um der Wichtigkeit dieses Verhältnisses und zugleich der häufigen Verkennung willen ist es erforderlich, die Sache hier abermals klar zu stellen.

Der Augsburger Religionsfriede enthält noch nicht eine kurze klare Definition des sogenannten jus reformandi, sondern eine solche findet sich erst im Osnabrücker Friedensinstrument von 1648. Sie lautet wie folgt.[1]

„Weil den unmittelbaren Reichsständen mit dem Territorial- und Hoheitsrechte, gemäß der allgemeinen bisher im Reiche geübten Praxis, auch das Recht der Reformation der Religionsübung zusteht, und längst im Religionsfrieden den Unterthanen solcher Reichsstände, wenn sie von der Religion des Landesherrn abweichen, die Wohlthat der Auswanderung zugestanden ist — weil auch ferner zur Erhaltung besserer Eintracht unter den Reichsständen vorgesehen ist, daß Keiner fremde Unterthanen zu seiner Religion herüber ziehen, oder aus diesem Grunde sie in Schutz oder Vertheidigung nehmen, oder in irgend einer Weise ihnen förderlich sein dürfe: so ist man überein gekommen, daß eben dies auch ferner von den Reichsständen von beiderlei Religion beobachtet, und daß keinem unmittelbaren Reichsstande das Recht, welches in Sachen der Religion vermöge des Territoriums und der Hoheit ihm zusteht, verhindert werden dürfe."

Wir haben dabei immer uns gegenwärtig zu halten, daß die Einwilligung in dies sogenannte Reformationsrecht im Augsburger Religionsfrieden von der Übermacht der nicht-katholischen Fürsten dem Kaiser Ferdinand I. abgezwungen war.

Freilich wandelte sich von da an, wo dies sogenannte Reformationsrecht auch von katholischen Fürsten für die Herstellung der Kirche angewendet wurde, gar oft die Meinung der nicht-katholischen Fürsten über dieses Recht in anderen Händen als den ihrigen. Wir haben uns zu erinnern an das schon früher angeführte Wort des Zeitgenossen Pappus, in welches sich die Einseitigkeit vieler nicht-katholischen Fürsten zusammen drängt: In se jus, in aliis licentiam vocant.[2]

Sehen wir ab von solchen Meinungen, so hatte Ferdinand II. als König von Böhmen nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht, die Kirche in Böhmen herzustellen, nicht bloß um der Kirche, sondern zugleich auch, gemäß seiner eigenen Erfahrung, um seines landesfürstlichen

[1] Instr. Pacis O. Articulus V, XII, 30. [2] Pappus 22.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Rechtes willen. Denn die Erfahrung langer Jahrzehnte bewies, daß die Abweichung in der Religion durchweg auch die Auflehnung in politischen Dingen nach sich zog, und daß sehr oft die erstere nur als Fahne für die zweite diente.

Diesen Gedankengang vertrat vor dem Kaiser am klarsten und nachdrücklichsten der päpstliche Nuntius Caraffa.[1] Von der Fastenzeit des Jahres 1621 an traf er in Prag und in Böhmen eine Reihe von Maßregeln zum Wiederaufbau, mit um so größerem Eifer, da der zurückgekehrte Erzbischof, alt und matt, es nicht vermochte.

Caraffa verlangte nicht bloß Neubegründung von positiv förderlichen Anstalten, sondern auch Entfernung der nach seiner Ansicht schädlichen Elemente, namentlich der Prediger. Hier jedoch begann im kaiserlichen Rathe der Widerspruch, nicht wegen des Princips — denn für die Calviner und Picarden und Andere trat Niemand ein — sondern wegen der Zweckmäßigkeit, nämlich zu Gunsten der Lutheraner. In der Stadt Prag gab es nur zwei lutherische Prediger. Es wurde dem Nuntius entgegen gehalten, daß man durch die Austreibung derselben den Kurfürsten Johann Georg und andere lutherische Fürsten verletzen würde.

Caraffa gab sich damit zufrieden, daß die Ausweisung dieser zwei Lutheraner auf Ostern 1622 verschoben wurde. Dann aber hatte man wieder Rücksicht zu nehmen auf den bevorstehenden ungarischen Landtag in Oedenburg. Die Sache zog sich weiter hinaus.

In den Unterhandlungen, die im Sommer 1622 der Kaiser mit verschiedenen Reichsfürsten über seine Absicht mit der pfälzischen Kurwürde halten ließ, sprach der Kurfürst von Sachsen sich zu dem kaiserlichen Gesandten, Grafen Hans Georg von Hohenzollern, persönlich ganz geneigt aus.[2] „Der Kurfürst wünscht, meldet der Gesandte, und sähe von Herzen gern, daß der Kaiser die ihm von Gott verliehenen stattlichen Victorien ohne Zeitversäumnis mit Ernst verfolge, daß er sich durch so viele vergebliche und von dem Gegner allein zu seinem Vortheile gesuchte Tractaten davon nicht ab- oder aufhalten lasse, damit der Pfalzgraf Friedrich noch vor dem angesetzten Convente gänzlich aus dem Sattel gehoben und, wo möglich — wie die Formalia lauten — selbst beim

[1] Germania Sacra 114, 130, 134. — J. G. Müller, Carlo Caraffa 139 u. f.
[2] Khevenhiller IX, 1763. Vom 18. Juli.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kopfe genommen werde. Wenn dies geschehe, ähnlich wie einst bei Johann Friedrich von Sachsen, so werde auch der Kaiser Ferdinand II. eben so leicht wie einst Carl V. das Gesetz vorschreiben und mit der Übertragung der Kurwürde verfahren können." — Wie Johann Georg damals, im Juli, dem Kaiser alle Erfolge wünschte, so hatte er auch in Betreff der Person des Herzogs von Bayern keinerlei Bedenken, weder der Religion, noch anderer Rücksichten wegen, „wenn nur Salus Imperii damit erhalten werden könne." Auch möge der Kaiser, wenn ihm über den Kurfürsten etwas Anderes zu Ohren komme, dies nicht achten, wie es denn zu Anfang bei dem Fürstentage in Regensburg auch nicht unterbleiben werde. — Zum Schlusse versichert Hohenzollern nochmals, daß ihm dies im strengsten Geheimnisse nur für die Person des Kaisers anvertraut worden sei.

Unterdessen blieben die zwei lutherischen Prediger den ganzen Sommer über ungefährdet in Prag. Der Statthalter Fürst Liechtenstein wußte allem Andringen des Nuntius auszuweichen. Aber rings umher gestalteten die Dinge für den Kaiser sich günstiger. Mansfeld und Christian mit ihrem Winterkönige wurden aus dem Elsaß hinaus gedrängt. Was immerhin Bethlen Gabor planen mochte, zunächst drohete von ihm keine Gefahr. Die letzten festen Plätze der Rebellions-Partei in Böhmen, Klingenberg, Glatz fielen in die Hände der Kaiserlichen. Bei dieser Lage der Dinge entschloß sich der Nuntius, im Anfange October, nochmals die Frage der lutherischen Prediger in Prag mit Nachdruck zur Sprache zu bringen.[1]

„Es handelt sich hier, sprach er im kaiserlichen Rathe, nicht bloß um die zwei Prediger, sondern um die gesammte Frage der Freistellung der Religion. Denn so lange jene zwei hier verweilen und ihre Kirchen offen stehen haben, kehrt von ihrem Volke Niemand zur katholischen Religion zurück. Vielmehr geben sie sich der Hoffnung hin, daß der Kaiser doch einmal eine Proclamation zu ihren Gunsten erlassen werde. In gleicher Weise geht es nach diesem Beispiele durch das ganze Königreich, wie in den Städten, so in den Schlössern der Großen, und bei den einzelnen Gemeinden. Die Prediger berufen sich auf die Augsburgische Confession und halten vor dem Volke namentlich den Kelch

[1] Caraffa, Germania sacra 130 und 134. Ich ziehe diese Reden zusammen, indem ich mich möglichst genau den eigenen Worten anschließe.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

empor. Darüber wendet das Volk sich ihnen zu und von den Priestern der Kirche hinweg. Wenn nicht darin ein Einsehen geschieht, so ist es um die Religion für lange Zeit gethan. Jetzt noch ist die Abhülfe möglich. Sie ist es nicht mehr nach dem Tage in Regensburg. Denn dort werden der Kurfürst von Sachsen und Andere so sehr auf den Kaiser eindringen, daß schwer zu widerstehen sein wird." — Endlich kam Caraffa auf das formelle Recht des Augsburger Religionsfriedens. „Sollen denn wir Katholiken, fragte er, nachdem wir so viele Siege errungen, das Kaiserthum gesichert, die Mehrheit im Collegium der Kurfürsten erlangt, Königreiche und Länder gewonnen, immer noch uns den Nicht-Katholiken nachsetzen? Diese, unter welchen ich zunächst den Kurfürsten von Sachsen hervorhebe, dulden innerhalb ihrer Grenzpfähle keinen Priester, gestatten keinen katholischen Gottesdienst, und weder die Autorität des Kaisers, noch Bitten der Freunde, oder irgend welche politische Rücksichten vermögen das zu ändern. Darum haben sich mit mir viele Katholiken verwundert und erzürnt, daß wir uns in unseren eigenen Ländern von anderswoher Gesetze vorschreiben lassen, deren Consequenzen mit dem ewigen Wohl auch das zeitliche, die Regierung selber gefährden, wie es die Erfahrungen der letzten Rebellionen nur allzu klar dargethan."

Diese Rede gab bei dem Kaiser den Ausschlag. Am 28. October erfolgte an den Statthalter Liechtenstein in Prag der Befehl, die lutherischen Prediger auszuweisen. Liechtenstein machte keine Einwände mehr.

Der Kurfürst Johann Georg und sein Hofprediger Hoe von Hoenegg nahmen die Ausweisung so übel wie eine persönliche Kränkung für sie. Sie erließen dringende Verwendungen, zunächst an den Fürsten Liechtenstein, dann Johann Georg auch an den Kaiser. Als gewichtig erscheint darin besonders der Vorhalt: „Es ist genugsam bekannt, daß die Unruhe und Rebellion in Böhmen nicht von den Geistlichen herrührt, sondern von politischen, in hohen Ämtern stehenden Personen, die dem geistlichen Stande zu gebieten und denen dieser sich zu widersetzen weder Gewalt noch Macht gehabt."[1] — Johann Georg war der Ansicht, daß diese Lutheraner deutscher Zunge in Prag nicht schuldiger seien als die Katholiken dort, die auch sich hätten fügen müssen.

Wichtiger noch war die nach verschiedenen Seiten abgegebene Erklärung des Kurfürsten, daß er zum Aufbruche nach Regensburg

[1] Khevenhiller IX, 1661.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bereit gestanden, auf die Nachricht aus Prag jedoch dagegen Bedenken gefaßt habe.[1]

Der Kaiser machte sich auf den Weg nach Regensburg. An der bayerischen Grenze, in Schärding, ward ihm abermals ein Schreiben Johann Georgs voll schwerer Vorwürfe überreicht.[2] Nach der Angabe Caraffas hatte die eifrige Mutter Johann Georgs dazu den Sohn bewogen. Das Schreiben that in der Umgebung des Kaisers Wirkung gegen den Nuntius Caraffa. Der Kaiser selber gerieth ins Schwanken. Auf die Meldung dieses Standes der Dinge kehrte Caraffa, der vorangereist war, wieder um. Er traf den Kaiser, am 18. November, in Straubing. Er stellte abermals das Princip voran, daß der Regel nach die Unterthanen einem Fürsten, dessen Religion verschieden von der ihrigen, nicht gehorchen. Er kam dann wieder zurück auf die feste Grundlage des Augsburger Religionsfriedens. Gemäß demselben gebühre dem Kaiser in seinen Erblanden das Reformationsrecht eben so voll und ganz, wie jedem Reichsfürsten in seinem Territorium. Wenn der Kurfürst von Sachsen sage, daß er gewissenshalber in seinem Lande keine andere Religion dulden dürfe als das Lutherthum: so habe doch auch der Kaiser das Recht, von seinem Standpuncte aus ihm dasselbe zu erwiedern.

Dies schlug durch. Am nächsten Tage berief der Kaiser seine Räthe, um ihnen zu eröffnen, daß er bei dem Beschlusse der Ausweisung der lutherischen Prediger aus Prag beharre.

Dennoch mochte auch Johann Georg sich überzeugt haben, daß seine Zumuthungen an den Kaiser zu weit gegangen waren. Es gelang dem Nuntius Caraffa, in Regensburg Einsicht in einen Briefwechsel zweier Brüder zu bekommen, von denen der Eine im Dienste des Kaisers stand, der Andere im Dienste des Kurfürsten von Sachsen. Der Letztere meldete, daß Johann Georg sich die Ausweisung der lutherischen Prediger aus Prag nicht so sehr zu Herzen nehme, wie es nach den Worten scheine, sondern daß er dem Eifer seiner Glaubensgenossen zuliebe etwas Lärm habe schlagen und zugleich einen Vorwand erlangen müssen, nicht nach Regensburg zu gehen.[3]

Der Kaiser ließ dann von Regensburg aus dem Kurfürsten auf seine erhobenen Anklagen eine Denkschrift zusenden, die in gedrängten Zügen nochmals den ganzen Verlauf der Dinge in Böhmen zusammen

[1] Theatrum E. I, 748. [2] Caraffa 136. J. G. Müller 144.
[3] J. G. Müller 149.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

faßt.[1] Sie schließt mit den gewichtigen Worten: „Wir erinnern uns gnädigst gar wohl, daß zuvor, wenn von unseren Widerwärtigen insgemein allerhand Calumnien ausgesprengt worden, als seien wir darauf bedacht, etwas gegen sie und den Augsburger Religionsfrieden vorzunehmen — wir D. L. ersucht, die Stände des Reiches zu versichern, daß wir den so hoch und theuer geschworenen Religionsfrieden (von 1555) als das Fundamental-Gesetz des Reiches, gemäß unserer Wahlcapitulation, jederzeit steif und fest zu halten entschlossen sind." — Zugleich hebt der Kaiser hervor, daß er den Schluß des Kurfürstentages von Mühlhausen ganz und voll sich zu eigen gemacht. Und ferner bestätigt der Kaiser, daß er den Verträgen, welche kraft seiner Vollmacht der Kurfürst mit den Ständen von Schlesien und den Lausitzen geschlossen, richtig und unverbrüchlich nachkommen werde.

In Böhmen und Mähren ward fortan das Reformationswerk betrieben. Der Nuntius Caraffa richtete seinen Eifer besonders gegen den Laienkelch, den er bezeichnet als Grundlage und Wurzel so vieler Ketzereien in Böhmen.[2] Die Vorderseite der Theinkirche in Prag trug seit der Zeit Ziskas bis dahin das Abzeichen des Kelches mit einem Schwerte. Caraffa setzte durch, daß beides hinweg genommen wurde. Das Beispiel fand Nachfolge an vielen anderen Kirchen des Königreiches, an denen in ähnlicher Weise bis dahin der Kelch prangte. Es waren ihrer, wie das folgende Distichon zeigt, nicht wenige.

Tot pingit calices Boemorum turba per urbes:
Ut credas Bacchi numina sola coli.

Die Durchführung des Reformationsrechtes in Böhmen und Mähren zu Gunsten der Herstellung der Kirche nahm im Wesentlichen ungehindert ihren Fortgang,[3] ohne directen Einfluß auf die Fortdauer des unseligen Krieges. Darum tritt sie fortan in den Hintergrund für unsere geschichtliche Betrachtung, welcher zunächst und hauptsächlich die Aufgabe obliegt, die Verkettung der Dinge nachzuweisen und klar zu stellen, welche die Fortdauer des unseligen Krieges nach sich zogen.

Am 24. November hielt der Kaiser seinen feierlichen Einzug in Regensburg. Es fanden sich dort um ihn die Kurfürsten von Mainz

[1] Theatrum E. I, 751.
[2] Fondamento e radice di tante heresie di Boemia, bei J. G. Müller 151.
[3] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und Köln, mehrere andere Fürstbischöfe, von weltlichen regierenden Fürsten nur der Landgraf Ludwig von Darmstadt. Wie die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, so waren auch die mitgeladenen Herzöge Friedrich Ulrich von Braunschweig und diejenigen von Pommern entblieben.[1]

Der Kaiser legte den Fürsten zuerst den Vertrag eines allgemeinen Stillstandes vor, den auf Grund seiner früheren Vollmacht die Infantin in Brüssel mit dem Könige Jacob von England abgeschlossen. Der Vertrag mußte in sich selber zergehen, weil Niemand die Bürgschaft einer Ruhe Mansfelds übernehmen konnte noch wollte.

Ungleich wichtiger war die eigentliche kaiserliche Proposition, betreffend die Übertragung der pfälzischen Kurwürde auf den Herzog Maximilian. Sie entrollte noch einmal das ganze Sündenregister Friedrichs, welches die Reichsacht über ihn herbeigezogen, und stellte dagegen die Verdienste Maximilians, welche den Kaiser bewogen, zur Bethätigung seiner Dankbarkeit ihm die erledigte Kur aufzutragen.

Alsdann erhoben sich die Einwendungen, namentlich von protestantischer Seite. Die Gesandten Johann Georgs, des Brandenburgers Georg Wilhelm, der Landgraf Ludwig, den man gar zu leichthin oft als einen unbedingten Diener des Kaisers bezeichnet hat, erkannten zwar das Verhalten Friedrichs als Friedensstörers und Majestätsverbrechers als strafwürdig an; aber sie erhoben den Einwand, ob die Übertragung der Kur auf Bayern, ohne Rücksicht auf die Söhne Friedrichs und die anderen Agnaten, der rechte Weg zum Frieden sei, ob nicht auswärtige Könige sich des Pfalzgrafen annehmen, ob nicht nach der Bitte des Königs von England eine Begnadigung vorzuziehen sei. Dies sei auch der Rath der Infantin.

Der Kaiser dagegen legte, wie bisher immer, den stärksten Nachdruck darauf, daß Friedrichs niemals Reue gezeigt. Er forderte, daß Friedrich zuerst durch ein Eingeständnis seines Unrechtes sich moralisch binde. Er erklärte sich bereit, auf die Verwendung der Könige von England und von Dänemark, ferner der Kurfürsten, wenn der Pfalzgraf zuvor sich als schuldig unterwerfe, zwar nicht ihm die Kur zurückzugeben, die er nach der Reichsverfassung ihm abgesprochen, aber sonst Milde zu erweisen und ihn herzustellen. Der Kaiser versicherte, den Rechten der Agnaten

[1] Ich folge der Darstellung Senkenbergs XXV, 194 u. f., aus den Darmstädter Acten.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Friedrichs auf die Kur nicht zu nahe treten zu wollen. Diese Rechte sollen geprüft, und demgemäß darüber entschieden werden. Maximilian werde sich verpflichten, daß nach seinem Tode diese Entscheidung in Kraft trete.

Am 25. Februar 1623 geschah die feierliche Belehnung des neuen Kurfürsten, mit allem erdenklichen Pompe des alten Reiches.

Die Gesandten des Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg hielten sich von der Feier fern. Der spanische Botschafter begnügte sich nicht mit dem Fernbleiben, sondern überreichte dazu im Namen der Infantin in Brüssel einen scharf gehaltenen Protest.[1] Diese Belehnung mit der Kur, sagte er darin, werde, so viel man aus den Absichten aller Protestanten und des pfälzischen Anhangs, auch nach den Zeichen der Zeit vernehmen und verstehen könne, mehr Unruhe und Unfrieden in Deutschland erwecken als jemals zuvor, und es sei zu besorgen, daß durch diesen Act der Belehnung der Kaiser sich selber, das römische Reich, alle katholische Kurfürsten und Fürsten, sammt der katholischen Religion in die höchste Gefahr bringe.

Das Actenstück ist ein Product der Freundschaft, die damals zwischen den Höfen von London und Madrid sich zu entwickeln schien, für die jedoch eine Bürgschaft noch nicht bestand. Die scharfen Worte, die auf Maximilian nicht zu Gunsten einer Freundschaft für Spanien wirken konnten, blieben von anderer Seite her nicht ohne Erwiederung. Sie erfolgte durch den Cardinal Ludovisi, Neffen des Papstes Gregor XV., an den Nuntius Massimi in Madrid.[2] Sie that geringe Wirkung. Onnate beharrte in seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Kurwürde Maximilians. Wie nach Madrid hin, so und stärker noch sprach Gregor XV. dem neuen Kurfürsten selber seine Genugthuung über diesen Verlauf der Dinge aus. „In Deiner hohen Würde, schrieb er, erkennt die ganze Kirche den Glanz ihres eigenen Sieges.“[3] Wiederum ging die Dankbarkeit des neuen Kurfürsten für den Papst so weit, diesem geradezu Alles beizumessen.[4]

Die Dankbarkeit Maximilians für den Papst entschied endgültig auch über die Bestandtheile der Heidelberger Bibliothek, welche die Vorgänger Friedrichs aus den aufgehobenen Klöstern und Stiftern zusammen gebracht hatten, und auf welche der Papst als der oberste Hüter des

[1] Khevenhiller X, 66. [2] A. a. O. 67. [3] Schreiber 293.
[4] Khevenhiller X, 73.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kirchengutes Anspruch erhob. Maximilian that diesem Anspruche Genüge. Der reichste Theil der Bibliothek, die Blume[1] derselben, wie Caraffa ihn nennt, wurde nach dem Vaticane gebracht.

In späterer Zeit, nach 1815, gab, auf die Verwendung des Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen, der Papst Pius VIII. die deutschen Handschriften nach Heidelberg zurück, und rechtfertigte das Behalten der anderen.[2]

Anders als die spanische Politik benahm sich in Bezug auf die bayerische Kurwürde die französische. Nachdem die Erfolge des Kaisers, von der Schlacht am Weißen-Berge an, den Neid und die Eifersucht in Paris wach gerufen, erschien es wie ein Vortheil für Frankreich, daß innerhalb des römischen Reiches eine katholische Macht aufwachse, die je nach den Umständen auch einmal ein Gegengewicht gegen das Haus Oesterreich abgeben könne. Darum war Frankreich, so viel von ihm darin abhing, für die Übertragung der Kurwürde auf Maximilian.[3]

Wir sehen also in Regensburg eine Reihe von Differenzen. Die nicht-katholischen Reichsfürsten nehmen es übel, daß der Kaiser in seinen Erblanden dasselbe jus reformandi für sich beansprucht, welches jeder deutsche Reichsfürst daheim bei sich ausübt. Die Übertragung der Kurwürde wird vollzogen, nicht jedoch mit der Zustimmung der nicht-katholischen Kurfürsten, unter dem Widerspruche fremder Mächte.

Allein setzte **darum** der unselige Krieg sich fort? Gab diese Nicht-Zustimmung von Sachsen oder Brandenburg, dieser Widerspruch von England oder Spanien irgend welchen Zündstoff her, das deutsche Land abermals in Flammen zu setzen? Hatte Einer von den Fürsten, welche die Übertragung der Kur an Bayern nicht billigten, dazu den Willen oder die Macht?

Mitten in die Berathungen zu Regensburg hinein hallte die Schreckenskunde: Mansfeld und Christian sind mit ihren Schaaren von Holland aus abermals ins Reich eingebrochen, und hausen im westfälischen Kreise nach ihrer bekannten Art.

---

[1] J. G. Müller 277.

[2] Note des C. St. S. Consalvi, abgedruckt bei Wilken, Geschichte der Heidelberger Bücherssammlung 248. Den Unmuth Wilkens über diese Entscheidung überbietet Häusser II, 410.

[3] Aretin, Bayern 192.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digit zed by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Achtes Buch.

Das Jahr 1623.

Drittes Jahr des Parteigängerkrieges.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

1. Einbruch Mansfelds in Ostfriesland.

Bereits am 2. September 1622 meldete Ferdinand von Köln dem Kaiser: „Es steht zu befahren, daß Mansfeld seiner verschlagenen Art nach, weil seines Bleibens bei den Generalstaaten wegen des beschwerlichen Unterhaltes für seine Truppen nicht sein möchte, andere Angriffe vornehmen werde.“[1] Der kaiserliche Gesandte Schwarzenberg meldete aus Brüssel, daß Christian, sobald er sich etwas besser befunden, von seinem Krankenlager aus neue Werbepatente unterzeichnet habe.[2] Von Mitte October an wußten Ferdinand von Köln und seine Räthe, daß die beiden Landverderber sich bedrohlicher Reden wider das Stift Münster verlauten ließen.[3] Der eigentliche Plan ward damals erst gesponnen.

Am 18. October 1622 erschien Mansfeld im Haag und erhielt Audienz in der Versammlung der Generalstaaten. Er war, wie ein Augenzeuge damals ihn beschreibt, „ein Mann von Mittelmaß, mager, mit langem Gesichte, braunen Augen, rothem Barte, verständigem Verhalten, sparsam in Worten, höflich im Umgange, rasch von Entschluß, und von hohem Muthe.“[4]

Man nannte ihn Fürstliche Gnaden wegen des Fürstenthums Hagenau, das Friedrich ihm verliehen,[5] also gleichwerthig mit dessen böhmischem Titel. Zu der Versammlung der Generalstaaten redete Mansfeld: er sei gekommen, um das Belieben der Hochmögenden zu vernehmen, was zum Dienste des Gemeinwohles und besonders des Königs von Böhmen — der sich von Sedan her damals wieder im Haag eingefunden — er mit seinen Truppen zu thun habe. Zugleich verlangte er den ihm noch schuldigen Rest der 600,000 Fl. — Der Präsident dankte und versprach binnen kurzem Erledigung. Am 26. October traf der Prinz Moritz im Haag ein.[6]

[1] Kriegsacten F. 51. [2] A. a. O. Vom 11. October.
[3] Weslamp, das Heer der Liga usw. 77. [4] Capellen I, 109.
[5] A. a. O. [6] Aitzema I, 314.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Puncte der Berathung, die dann im Haag statt fand, drängt der dort anwesende Berichterstatter Aitzema zusammen in die Sätze: „Mansfeld und seine Truppen wußten nicht, wo zu überwintern. Geld zu ihrem Unterhalte hatte die Republik nicht übrig. Die Könige von Frankreich, England, Dänemark gaben nichts her. Der König von Böhmen hatte nichts. Das gesammte Deutschland, auch die einstige Union, beugten sich vor dem Kaiser und der Liga. Dennoch lag daran, daß die Mansfeldische Armeee conserviert wurde. Also connivierte dieser Staat und sah nicht gern, daß Mansfeld die Grafschaft Ostfriesland überzog. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dies geschah mit Kenntnis des Prinzen Moritz und einiger Vornehmen der Regierung; aber die Versammlung der Generalstaaten als solche wußte nicht darum.“ [1]

Dieses Doppelspiel des officiellen Nicht-Wissens beließ den Hochmögenden die Möglichkeit, gegen jegliche Reclamation die eigene Betheiligung abzuleugnen.

Andere holländische Historiker, damals und später, haben sich über die Absicht der Generalstaaten bei diesem Loslassen des Mansfeld gegen Ostfriesland stärker ausgedrückt. „Die Einlagerung des Mansfeld in Ostfriesland, sagt Wagenaar, geschah zum heimlichen Vergnügen der Generalstaaten, die auf den Grafen Enno III., wegen seiner Correspondenz mit Spinola, seit langer Zeit unwillig waren.“ [2] — Wir haben daher das Verhältnis dieses reichsgräflichen Hauses Cirksena zu den Generalstaaten in raschem Überblicke ins Auge zu fassen.

Nachdem 1526 in Kursachsen und Hessen das Beispiel des Territorial-Kirchenthumes gegeben war, machte sich auch das gräfliche Haus Cirksena dasselbe zu nutze, und der reiche Besitz von dreiundzwanzig Klöstern starb nach und nach demselben zu. Von 1570 an jedoch entspann sich zwischen den Brüdern Edzard II. und Johann ein Zwist, der, nach der Weise der Zeit zunächst kirchliche Färbung annehmend, bald auch das politische Verhalten nach außen beherrschte. Edzard II. war Lutheraner, Johann neigte sich dem Calvinismus zu. Edzard hielt treu zu Kaiser und Reich, Johann hörte die Emissäre des Prinzen von Oranien willig an.

Wie dieses Haupt der Revolutions-Partei, so schaueten auch die spanischen Statthalter in Brüssel, von Requesens an, sehnlich aus nach dem Besitze der Stadt Emden mit ihrem herrlichen Strome. Denn die Lage

[1] A. a. O. 315. [2] Wagenaar b. LX § 19.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Stadt Emden an der Ems galt damals als gleichwerthig mit den besten in der Christenheit.[1] Die Stadt war blühend und reich. Sie erbauete damals ein stattliches Rathhaus und schrieb daran die Worte: Concordia res parvae crescunt, discordia vel maximae dilabuntur. Die Worte fanden ihre Erfüllung an den Urhebern selbst.

Denn zur selben Zeit, vom Jahre 1583 an, begann der herrliche Strom, der bis dahin die Mauern der Stadt bespülte, und bis an sie heran die schwersten Seeschiffe trug, weiter westwärts sich ein kürzeres Bett zum Meere zu wühlen. Es gebührt den damaligen Bürgern der Stadt die Anerkennung, daß sie, allein auf sich und die eigene Kraft beschränkt, staunenswerthe Leistungen unternahmen, um den gewaltigen Strom in sein altes Bett zu zwingen. Jahrzehnte hindurch währten diese Leistungen, dennoch am Ende erfolglos, weil die discordia, der Zwiespalt der Stadt mit dem Landesherrn, sie lähmte.

Nach dem kinderlosen Tode des Grafen Johann suchte der Graf Edzard II. seine Herrschaft auch in den Landestheilen an der Ems, die jener besessen, den Ämtern Emden, Leer und Gretsiel, herzustellen, namentlich sein Reformationsrecht geltend zu machen. Denn unter dem Schutze Johanns hatte sich dort, wo er gebot, der Calvinismus befestigt. Edzard II. war, auf Grund des Augsburger Religionsfriedens, formell im Rechte, jedoch weder an Macht, noch an kluger Führung dem calvinisch gesinnten Theile seiner Landstände überlegen. Die Stadt Emden erhob sich 1594 zur offenen Rebellion. Und damit war für die Generalstaaten, die sehnlichst dessen geharrt, der Anlaß zur Einmischung gegeben. Sie vermittelten den Frieden, zu Delfzyl 1597, und verbürgten den Vertrag. Indem dadurch die calvinische Partei der Landstände von Ostfriesland ihnen dienstbar wurde, wußten sie doch mit staunenswerthem Geschicke ihre Einmischung immer so einzurichten, daß jene Partei diese ihre Dienstbarkeit für eine Bethätigung eigener Freiheit nahm.

Um so mehr fühlte sich der Graf Edzard II. zu Spanien hingedrängt. Die Grundrichtung des Hofes zu Aurich legt sich uns dar in einem Gutachten, das dem Grafen in seinen letzten Tagen, 1598, eingereicht sein muß.[2] Darin heißt es: „Wie es um der (General-)

[1] Groen v. Prinsterer III, 138. Ähnlich Guicciardini in der Beschreibung der Niederlande. Werdenhagen P. IV p. 956.

[2] Aurich. — Das ganze Verhältnis ist ausführlich dargelegt in meiner Geschichte von Ostfriesland Bd. II S. 142 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Staaten Sache im Grunde beschaffen, wissen E. G. am besten. Es wird zwar libertas religionis et privilegiorum immunitas, und daß solche der König in Spanien per tyrannidem et crudelissimam saevitiam unterdrücken und zunichte machen wolle, vorgewendet. — So will ich auch so groß nicht dawider sein, weil es ohnedies notorium, daß der König auf die katholische Religion zu hart gehalten, und die privilegia wider seine jura majestatis anzuziehen nicht verstatten wollen —: dem sei aber wie ihm wolle, so ist doch das ganze Wesen der (General-) Staaten proprie anders nichts denn eine Rebellion und Empörung der Unterthanen wider ihre Obrigkeit, daran Gott niemals Gefallen gehabt — daß ich also in diesem Kriege des Königs Sache für sich jederzeit gerechter geachtet als diejenige der Staaten." — Folgerecht schloß das Gutachten mit dem Vorschlage eines Schutz- und Trutzbündnisses des Grafen mit dem Könige von Spanien.

Edzard II. starb darüber: seine Söhne traten in die Fußstapfen des Vaters. Die zwei jüngeren, Johann und Christoph, gingen in spanische Dienste. Der regierende Herr, Enno III., suchte im treuen Anschlusse an den Kaiser zunächst für sich die Reichs-Admiralität zu erlangen. Aber dieser Kaiser war Rudolf II., der nur Worte und Diplome zu vergeben hatte, und keine Macht. Um seinen Plan durchzusetzen, ging Enno III. darauf aus, zuvor die scheinbar selbstherrliche Stadt Emden unter sich zu beugen.

Der Streit gedieh zum offenen Kriege, in welchem Enno III. nicht der Macht der Stadt Emden, sondern derjenigen der sie schützenden Generalstaaten unterlag. Während auf dem Reichstage in Regensburg 1603 die Frage der Reichsacht über die Stadt Emden in Worten erwogen wurde, mußte Enno III., verlassen und hülflos, den Frieden hinnehmen, den der Sieger dictierte. Die Stadt Emden erhielt auf Kosten des Landes eine Besatzung, die nicht dem Grafen vereidet ward, sondern dem Rathe der Stadt, und daher in der Wirklichkeit diese für die Generalstaaten sicherte.

In der Zeit dieses kurzen Krieges war zugleich jenes mächtige Pfahl- und Balkenwerk, das Emdener Höft genannt, welches den neuen Strom der Ems verschließen sollte, durchbrochen, und damit die Verschlammung des alten Strombettes unvermeidlich geworden. Langsam vollzog sich dieser Prozeß. In unseren Tagen rollt die Locomotive da, wo einst Hochbord-Schiffe in aller Sicherheit ankerten: damals blieb noch für Jahrzehnte das tiefe

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und breite Fahrwasser erhalten, welches den Besitz der Stadt für die streitenden Mächte begehrenswerth machte.

Sogar Heinrich IV. von Frankreich nahm Anstoß an dem Verfahren seiner holländischen Freunde wider den Grafen Enno III. Er schrieb zu Gunsten desselben an den Landgrafen Moritz von Hessen-Cassel. Dieser erwiederte: „Es würde mir nichts lieber sein, als Ewr. Majestät jeden angenehmen Dienst zu erweisen. Aber vor wenigen Tagen haben die Herren Generalstaaten mir durch einen eigenen Gesandten kund thun lassen, daß die Grafen von Ostfriesland darauf ausgehen, dem Könige von Spanien den sehr wichtigen Hafen einzuräumen. Daraus können Ew. Majestät ersehen, daß dies Störenfriede sind, die zu eigenem Verderben der allgemeinen Sache zu schaden suchen." [1]

So das Urtheil eines calvinischen Reichsfürsten über einen lutherischen Reichsfürsten, dem im eigenen Lande, auf dem Boden des Reiches, eine fremde Macht Fesseln anlegte! — Moritz und seine Gesinnungsgenossen, die Häupter der Union, welche damals sich abmüheten, die Vollstreckung eines richterlichen Urtheiles über die Pöbel-Excesse von Donauwörth vor der Welt als eine Sache der Religion zu verkünden, gingen mit Schweigen oder gar mit Zustimmung hinweg über die Gewalt, welche von den Generalstaaten gegen einen ihrer Mitfürsten und gegen eine, wie die Dinge damals lagen, der wichtigsten Städte des Reiches verübt wurde.

Weil die Reichsfürsten den Grafen von Ostfriesland den Generalstaaten gegenüber schutzlos ließen, hatten diese, wie wir (Bd. I S. 81) gesehen, die Dreistigkeit, bei der Verhandlung des Stillstandes von 1609, von den französischen und englischen Vermittlern die Stadt Emden für sich zu verlangen. Die Abweisung änderte nicht das Verhältnis, daß dennoch thatsächlich die Stadt Emden unter den Generalstaaten stand, ein Bollwerk für sie war im fremden Lande und auf fremde Kosten. Aber sie wollten mehr. Es kam ihnen zu statten, daß in seiner Ungeduld über das ihm auferlegte Joch der übel berathene Graf Enno III. zur Arglist seine Zuflucht nahm. Die Arglist schlug gegen ihn aus. Der Streit zwischen ihm und hauptsächlich der Stadt Emden loderte aufs neue empor. Abermals vermittelten die Generalstaaten. Wie die

[1] Rommel, correspondance etc. 189. Vom 7. Juni 1604.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

frühere Vermittelung ihnen die Besetzung der Stadt Emden eingebracht, so die neue die Einräumung der starken Feste Leerort. Diese Feste, gelegen auf der Spitze, das ist dem Ort des Winkels, den die in die Ems einmündende Leda mit jener bildet, also an zwei Seiten des Dreiecks durch die zwei breiten, tiefen Ströme gedeckt, so wie an der dritten durch einen weitgedehnten Inundationsboden, galt nach dem damaligen Stande der Kriegswissenschaft für uneinnehmbar.[1]

Enno III. hatte im Jahre 1610 diese seine Festung überliefern müssen, jedoch vertragsmäßig nur auf fünf Jahre. Nach Ablauf derselben mahnte er an die Rückgabe. Er mahnte Jahr auf Jahr, besonders dringend im Jahre 1621. Er erinnerte an Gelöbnis, Brief und Siegel. Man erkannte das an. Der Prinz Moritz von Oranien gab seine Meinung ab: man müsse Wort und Gelöbnis halten, also auch die Räumung von Leerort nicht weigern. Nur möchte man wünschen, daß der Graf etwas weniger präcis und hastig dringe. In der Wirklichkeit erfolgte dann nicht das Halten von Wort und Gelöbnis, sondern Geldsendungen zu weiterem Ausbau der Festung Leerort.[2]

Der Graf Enno III. berief, im April 1622, einen Landtag nach Marienhafe und forderte die Stände auf, für die Sicherheit des Landes Sorge zu tragen. Ostfriesland war eins der wenigen Länder des Reiches, wo neben der Ritterschaft und den Städten auch der Hausmannsstand zu den Landtagen geladen wurde. In diesem Stande zeigte sich einige Neigung, den Wünschen des Grafen zu willfahren; die Ritterschaft und Emden dagegen lehnten entschieden ab, ihm die Mittel für Söldner zu gewähren. Das Land blieb wehrlos, wie es war.

In dem Verkehre mit den Generalstaaten hatte Enno III. in den Jahren 1621 und 1622 einen höheren Ton angeschlagen als zuvor.[3] Er mochte damals, nach den mannigfachen Erfolgen der kaiserlichen Waffen, auch für sich auf Erlösung aus der holländischen Knechtschaft hoffen. Es kam anders. Der Prinz Moritz schickte ihm und seinem Lande die mansfeldischen Schaaren.

Nach jenem Berichte des Holländers Aitzema ist der Vorschlag im Haag von Mansfeld ausgegangen. Wie immer dem sei: er war der

[1] Aitzema II, 25: de onwinnelyke vesting Lieroort.
[2] A. a. O. 214. [3] A. a. O. 314.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Zustimmung so sicher, daß er sich sofort auf den Weg machte. Er bestimmte Deventer zum Sammelplatz. Dort sammelten sich zuerst die Reiter, 4000 in 55 Compagnien vertheilt. „Sie sind sehr muthwillig, meldet ein Holländer, rauben und nehmen, was sie können, aber abgehärtet, obwohl die Reiter nur kleine, geringe Pferde haben. Das Fußvolk, 3000 Mann in 35 Compagnien, ist durch Twente marschiert, richtet nicht mehr Schaden an als unsere Truppen auch, was bei dem Rufe, der ihnen voraufgeht, zum Verwundern ist.“ [1]

Von Deventer aus, wohin die Commissäre der Generalstaaten den Rest der schuldigen Summe überbrachten, wandte Mansfeld in mehreren Abtheilungen sich ostwärts und nordostwärts. Beim Betreten des Stiftes Münster kündigten die Flammen der Kirchspiele Wüllen und Wessum an, daß hier nicht mehr die Rücksichten galten, die man auf holländischem Boden hatte beobachten müssen.[2] — Mansfeld selber mit der Hauptmacht marschierte nordostwärts auf Meppen zu, von dort nordwärts über die Leda. Es war nicht seine Absicht, sich an die zwei starken, von den Truppen seiner Gönner, der Generalstaaten, besetzten Festungen, Leerort und Emden zu wagen. Von dem Marktflecken Leer aus, der im Bereiche der Kanonen von Leerort lag, am 9. November, sandte er der Stadt Emden einen Salvegarde-Brief für alle ihre Besitzungen.[3] Anders trat er zugleich gegen den Landesherrn auf, den Grafen Enno III., der sich mit seiner Familie nach Esens geflüchtet hatte. Mansfeld forderte von ihm 300,000 Thaler baar und die Festung Stickhausen. Enno erwiederte, daß er mit seinem Lande neutral, daß seine Unterthanen erbötig seien, für Bezahlung Lebensmittel zu liefern, im Übrigen aber um bessere Manneszucht ersuchten. Das Schreiben traf Mansfeld, als er schon seine Kanonen auf die Burg Stickhausen richtete. Sie capitulierte. Desgleichen die Friedeburg. Dann hielt Mansfeld mit vielen Kutschen und Pferden seinen feierlichen Einzug in Aurich. Er schickte einige Mannschaft nach Esens, um sich der Person des Grafen zu versichern. Es ward diesem ein Diener belassen: im Übrigen war er mit seiner Familie wie gefangen. Mansfeld ließ die Gesandten Ennos nicht vor, deutete dagegen an, daß er milder verfahre als er Weisung habe.[4]

Mansfeld nahm, was des Grafen war. Es ward ihm verkundschaftet, daß in den Kellern der Burg zu Esens das Geld für die Abfindung einer Tochter von Enno III., der Fürstin Liechtenstein, bereits

[1] Capellen I, 110. [2] A. a. O. 110. Westamp 91.
[3] Emden. F. 135½, 143, 344. [4] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

verpackt und zur Absendung fertig lag. Es waren 150,000 Thaler. Mansfeld ließ das Geld abholen. Die öffentlichen Einkünfte des Landes, so lange es solche noch geben konnte, waren sein. Und weiter nahm er, was zu nehmen war.

Das Genommene ward sofort zu neuen Werbungen verwendet. Bereits auf dem Marsche nach Ostfriesland verlautete, daß Mansfeld Werbepatente ausgegeben auf 24,000 Mann.[1] Im Januar 1623 ließ er im Haag melden, daß er, bei weiteren Geldzuschüssen und Lieferung von Geschützen, sich erbiete, eine Armee von 40,000 Mann Infanterie und 20,000 Mann Cavallerie zu errichten.[2]

Es ist einer der vielen und sehr verschiedenen Entwürfe, die zugleich im Kopfe des vielgewandten Mannes sich regen. Gemeinsam ist allen denselben damals der Kern: Mansfeld will in Ostfriesland und den angrenzenden Gebieten Westfalens nicht bloß seine bisherigen Truppen erhalten, sondern ein neues und stärkeres Heer errichten. Und damit beginnt eine neue Phase des schauerlichen Krieges. Blicken wir zurück.

Bei allen seinen früheren Raubzügen hatte Mansfeld immer einen gewissen Vorwand, einen Schein seines Thuns gehabt. Er hatte Böhmen ausgeplündert. Immerhin konnte er erwiedern: die böhmischen Herren haben mich und meine Söldner angenommen und bezahlen uns nicht. Er hatte die Oberpfalz ausgepreßt. Sie war Friedrichs Eigenthum, und Mansfeld war in Friedrichs Diensten ohne Sold. Er hatte die Unterpfalz schwer mitgenommen. Auch sie gehörte Friedrich. Er hatte Speier gebrandschatzt. Der Bischof und das Domcapitel waren katholisch. Mansfeld behauptete: es sei Pflicht gegen seinen Herrn solchen Gegnern die Mittel zum Schaden zu benehmen. Er hatte in Hessen-Darmstadt den Soldaten freien Lauf gelassen. Der Landesherr war, wie Friedrich sagte, sein Gegner und sollte dafür bestraft werden. Mansfeld hatte das Elsaß ausgedrückt. Es war ein österreichisches Erbland. Er hatte die spanischen Niederlande mit Gewalt durchzogen. Er war damals im Dienste der Generalstaaten, der Feinde der Infantin.

Von allen diesen Scheingründen und Vorwänden war bei dem Einfalle in Ostfriesland auch nicht der leiseste vorhanden. Die Ostfriesen standen nicht in der entferntesten Beziehung zu dem bisherigen Kriege. Mansfeld hatte öffentlich keinen Kriegsherrn. Er war von

[1] Capellen I, 109. [2] A. a. O. 145.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Friedrich, von den Generalstaaten entlassen. Die letzteren, von denen aus Mansfeld zu den Ostfriesen kam, nannten diese ihre Freunde. Sie meldeten dem unglücklichen Lande in denselben Tagen, daß die Wohlfahrt desselben ihnen stets am Herzen liegen werde, wie diejenige ihres eigenen Landes. Die Generalstaaten waren calvinisch. Eben so war es die Mehrheit der ostfriesischen Landstände. Sie hatten jüngst auf die Bitte der Hochmögenden die Synode von Dortrecht beschickt. Flüchtige Böhmen, unter ihnen auch Friedrichs Hoftheologe Scultet, hatten in diesem Lande Zuflucht gefunden, und der letztere betrat als Prediger die Kanzel in Emden. Mansfeld, katholisch geboren und erzogen, hielt sich zum Calvinismus, obwohl von seinem Übertritte nichts Sicheres bekannt.

Mansfeld zuerst hatte das Beispiel gegeben, wie in Feindes oder Freundes Land der Krieg sich selbst ernähre. Hier ging er einen Schritt weiter und gab zuerst das Beispiel, wie man, abgesehen von Freund oder Feind, auch auf Kosten derer den Krieg ernähre, die überhaupt etwas besaßen, was dazu dienlich war. Er gab dem Kriege den Charakter, den er mit der Zeit allgemein erhielt.

Vernehmen wir darüber die Worte des beobachtenden Zeitgenossen Pappus.[1]

„Aus dem Dienste der Generalstaaten entlassen, führte Mansfeld sein darbendes Heer nach Ostfriesland, welches er ohne Ankündigung einer Feindschaft betrat, um seine Truppen herzustellen durch Nehmen und Erbeuten an diesen Nachbaren. So gab er zuerst das Beispiel Soldaten zu unterhalten durch die Mittel der Bevölkerung eines anderen Landes. Dies Beispiel ward angenommen und nachgeahmt, bis es fast zu einer regelrechten Kriegesweise wurde. Es gab Fürsten, die es nicht ungern sahen, wenn so der Krieg sich selbst ernähren konnte. Aber dies Verfahren hat das Kriegswesen dahin gebracht, wo es heute[2] steht, daß der eigentliche Krieg sich vom Räuberhandwerke nur durch den Zweck der Waffen unterscheidet. Dies Verfahren hat es ferner dahin gebracht, daß nach dem Aufhören einer regelmäßigen, fest bestimmten Soldzahlung nach dem daraus erfolgenden Verfalle der Kriegszucht, Deutschland zuerst den eigenen, hernach den fremden Soldaten zur Beute geworden ist. Der Unterschied dabei ist, daß der Einheimische die Beute für sich nahm, der Fremde

[1] Pappus 15.

[2] Also etwa 1641, wo Pappus den ersten Theil seines Geschichtswerkes beendete.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zugleich die Herrschaft. Der Erfolg ist ferner der, daß eine auch noch so gerechte Sache, die nicht mit gleichem Geschicke geführt wird, demjenigen unterliegt, der es versteht, nicht sowohl seine eigene Kraft als die Fehler der Gegner nach seiner Gelegenheit auszunutzen, und weniger dem in der Regel zweifelhaften Siege der Feldschlachten, als dem fast sicheren Erfolge des in die Länge gezogenen Krieges nachzutrachten."

An den Namen Mansfeld also bindet sich in aller Beziehung die Fortdauer und die Fortentwickelung des Krankheitszustandes, den wir den dreißigjährigen Krieg nennen.

Erscheint in so weit Mansfeld als das Werkzeug der Generalstaaten, die unablässig dahin trachten, den Kriegesbrand im Reiche im Gange zu erhalten: so verfolgte er doch hier wie immer seine eigenen Plane, und zwar zunächst denjenigen eines Fürstenthumes für sich.

Mansfeld hatte hinreichend Zeit und Gelegenheit gehabt, die Lage der Dinge in Ostfriesland schon vorher im Haag zu erkunden, zumal da einer der ersten Edelleute des Landes, Dodo von Knyphausen, nach der Entlassung aus Frankfurt, sich im October wieder beim Herzoge Christian im Haag eingestellt hatte.[1] Bereits wenige Wochen nach seinem Einbruche legte Mansfeld den Ständen einen fertigen Plan vor.[2] Da der Graf Enno III., sagte er, nur darauf sinne, mit der Hülfe der Spanier die Verfassung umzustürzen, so möge man denselben auf seine Erbgüter beschränken, die Einkünfte der dreiundzwanzig Klostergüter dagegen für die Wehrkraft des Landes verwenden und die vier nächst gelegenen Ämter des Fürstbisthums Münster, also Meppen, Kloppenburg, Wildeshausen, Vechta, mit zu Ostfriesland ziehen. Alsdann sei es zweckmäßig, die vollziehende Gewalt einem Gubernator, die gesetzgebende den Ständen zuzusprechen, mit den Generalstaaten ein enges Bündnis zu schließen und den Schutz des Königs von Frankreich nachzusuchen. Zu allem diesem werde er, Mansfeld, die starke Hand bieten.

Die Stände lehnten mit höflichen Redensarten das Erbieten des neuen Beschützers ab. Die Anträge konnten den Generalstaaten nicht ein Geheimnis sein oder bleiben. Sie wußten auch so schon um Mansfelds Unterhandlungen mit Frankreich. Nur von einem anderen gleichzeitigen Plane des Abenteurers hatten sie, wenigstens noch für Monate lang, wohl kaum eine Ahnung.

[1] Sattler 82. [2] Wiarda IV, 156.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Noch im December 1622 erschienen zwei Abgeordnete Mansfelds, Tournon und St. Flamant, vor der Infantin in Brüssel, um ihr abermals die Dienste des Abenteurers anzubieten.[1] Auch vor der Infantin ließ der Bastard seinen Rang erhöhen, sich als Fürsten und Grafen von Mansfeld benennen. Er erbot sich mit seinem ganzen damaligen Heere zum Dienste der Infantin. Seine Bedingungen dafür waren nicht gering. Die erste derselben betraf den Orden des goldenen Vließes. Ferner verlangte er 15,000 Reichsthaler monatlich für den Unterhalt seines Hauses, seiner Leibwache und für die außerordentlichen Ausgaben seines Heeres. Die ordentlichen, oder was er so nannte, erhob er von dem besetzten Lande. Er forderte ferner alleiniger General des Heeres zu bleiben, welches zur Zeit unter seinen Befehlen stehe und nur ihm gehorche. Nur von dem Könige selbst, von der Infantin, oder dem Marchese Spinola wolle er Befehle annehmen.

Für die Friedenszeit verlangte Mansfeld einen Jahrgehalt von 20,000 Reichsthalern. Dafür wolle er verzichten auf die Pensionen, die er von Frankreich und Venedig beziehe, von jenem 8000 Reichsthaler, von Venedig 12,000 Dukaten, ferner auf die Ansprüche, die er an Holland und England mache. Auf die Pfalz, ließ Mansfeld sagen, habe er Ansprüche zu mehreren Millionen. Mit Hülfe von Spanien hoffe er einige davon verwirklichen zu können. Mit Berufung auf den Namen und die Empfehlung seines Vaters bittet Mansfeld um den Titel eines Grande von Spanien. Fortan werde er an Treue und Eifer für das Haus Oesterreich wetteifern mit seinem Vater.

Was immer die Infantin über die Glaubwürdigkeit dieser Erbietungen denken mochte: die Möglichkeit, daß sie aufrichtig gemeint seien, eröffnete die Aussicht, diesen gefährlichen Menschen mit geringeren Mitteln abzukaufen als seine Bekämpfung kosten würde.

Sie erwiederte sofort, am 25. December 1622, daß die Treue des Vaters bei Spanien noch in gutem Andenken stehe. Sie hofft, daß der Sohn darin ihm nacheifern werde. Dann bewilligt sie fast alles. Mansfeld soll Anführer seines Heeres bleiben unter Spinola. Er soll Graf Mansfeld sein. Mit 15,000 Reichsthalern monatlich und den Contributionen des besetzten Landes soll er sein Heer unterhalten. Er soll das goldene Vließ erhalten, sobald der Vertrag vollzogen und, mit

[1] Die betr. Actenstücke in der ersten Ausgabe dieses Werks Bd. I, 522 u. f., so wie bei Villermont, Mansfeld II, 183 et suiv.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Genehmigung der Infantin, öffentlich wird. Wenn er die Stadt Emden und die festen Plätze, die er jetzt inne hat, dem Könige von Spanien überliefert, so wird er mit diesem Acte Grande von Spanien.

Mit dieser Zusage kehrten Tournon und St. Flamant nach Ostfriesland zu Mansfeld zurück. Er nahm an mit Dank, mit der zugefügten Bitte jedoch, auch Reichsfürst zu werden. Er ersuchte weiter, daß der König von Spanien binnen drei Monaten oder so bald wie möglich, ratificieren möge. Je kürzer der Termin, desto besser. — Über die Frage, ob es ihm gelingen werde, die Stadt Emden, wie er sich ausdrückte, zur Vernunft zu bringen, mochten ihm Bedenken aufgestiegen sein. Er schlug die Anlage eines Kriegeshafens am Jahdebusen vor. Man könne dort, meldete er, unter vollen Segeln einlaufen und die Schiffe in Sicherheit legen vermöge eines Hafens, der sich bei dem reichen Holzbestande dort leicht erbauen lasse. Von diesem Hafen aus werde man die Schifffahrt aus den drei Strömen ins Meer beherrschen, namentlich auch Emden unter dem Drucke halten.

Tournon und St. Flamant zeichneten im Namen Mansfelds diese Erklärungen zu Brüssel, am 10. Februar 1623.

Da damals, im Beginne des Jahres 1623, die Fortdauer des Krieges nur erst noch an der Person des Mansfeld hing: so ist die Tragweite, die sein völliger Umschlag gehabt haben würde, unabsehbar. Aber hat er diesen völligen Umschlag jemals ernstlich gewollt? — Das ist eine Frage, die Niemand bejahen, noch verneinen kann. Ein starkes Hindernis vor Allem war, daß das wichtigste Kleinod, das Mansfeld zu geben versprach, die Stadt Emden mit ihrem Hafen, nicht in seiner Hand, sondern in derjenigen der Holländer sich befand.

Während nach den Worten Mansfelds an die Infantin er fortan sich ganz an Spanien hingeben wollte, knüpfte er zugleich seine Fäden in der entgegengesetzten Richtung an.

Bereits im Beginne December 1622 erschien in seinem Namen Veit Ferenz mit seinem Dienstangebote vor der Signoria in Venedig. Dort lobte man die, wie man sagte, seines erhabenen Sinnes würdigen Thaten, und pries seinen Eifer für das Gemeinwohl. Aber Geld für seine vortrefflichen Plane könne die schwer belastete Republik nicht hergeben.[1]

Und dennoch hatte Mansfeld richtig erkannt, daß man dort seiner bald bedürfen würde.

[1] Zwiedinek-Südenhorst I. Beilage XXX.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Im Februar 1623, in denselben Tagen, wo Mansfeld die Bewilligungen der Infantin in Brüssel mit Dank annehmen ließ, finden wir einen anderen Agenten Mansfelds in Paris. Er hatte ein Angebot zu machen von 20,000 Mann, für welche der König Ludwig XIII. nicht mehr zu zahlen habe als monatlich 65,000 Kronthaler.[1] Der Vorschlag kam für Ludwig XIII. zu gelegener Zeit.

Denn die Stimmung des jungen Königs war in den letzten zwei Jahren gegen das Haus Oesterreich, insbesondere gegen Spanien, immer feindseliger geworden. Sein Verdruß hatte Nahrung erhalten namentlich durch die Angelegenheiten des Valtellin. Nachdem Spanien die Wirren des Jahres 1620 dort zu seinem Vortheile benutzt, hatte Ludwig XIII. den Marschall Bassompierre nach Madrid gesandt, um die Herstellung des früheren Standes der Dinge zu verlangen. Spanien gab damals nach. Bereits am 25. April 1621 ward der Vertrag von Madrid geschlossen, der diese Herstellung zu Grunde legte. Bald jedoch riefen neue Übergriffe der Graubündtner abermals den Krieg hervor. Auch dies Mal verlief er zu Gunsten des Erzherzogs Leopold von Tirol und der Spanier. Der Vertrag von Lindau, im September 1622, sicherte ihr Übergewicht. Dies erschien in Paris bedrohlich für die Freiheit Italiens.

So lange indessen Ludwig XIII. durch seinen Krieg mit den Hugenotten völlig in Anspruch genommen wurde, mengte er sich nicht ein. Aber die lange Belagerung von Montpellier machte die Hugenotten willig zum Frieden. In ihrer Bitte um denselben, im October 1622, wiesen sie selber hin auf die Sachlage im Valtellin als ein Motiv für den König, ihnen den Frieden zu bewilligen.[2] Ludwig XIII. bestätigte ihnen, im October 1622, das Edict von Nantes.

Von da an woben sich die Fäden eines Bündnisses zwischen ihm, der Republik Venedig und dem Herzoge von Savoyen, zu Gunsten der Graubündtner, gegen Philipp IV. von Spanien. Es hieß, daß der junge König Ludwig XIII. besonders erregt worden sei durch die Meldung: sein Schwager Philipp IV. habe in hochfahrender Rede die Absicht ausgesprochen, selber nach Italien zu gehen und dort an der Spitze von 40,000 Mann den König von Frankreich zu erwarten.[3] — Ludwig XIII. gebot seiner Frau, ihrem Bruder zu schreiben: er verlange die Voll-

[1] Capellen I, 159. Bericht des Gesandten Languerac.
[2] Aberenthiller X, 213. [3] Capellen I, 156.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ziehung des Vertrages von Madrid, wie recht und billig, und werde in anderem Falle alle Macht und Mittel dafür aufwenden.

Der Bündnis-Vertrag zwischen Frankreich, Venedig, Savoyen ward geschlossen am 11. Februar. Dennoch kam es darüber nicht zum Kriege in Italien. Um demselben zuvorzukommen, bot der Papst Gregor XV. dem Könige Philipp IV. an, die streitigen festen Plätze in Verwahrung zu nehmen und mit seinen Truppen zu besetzen. Die Zustimmung Philipps IV. erfolgte sofort.

Aber jenes Bündnis mit der feindseligen Absicht gegen Spanien blieb. Mansfeld war zum General dieses Bundes ersehen. Die Häupter des Bundes wünschten, daß Mansfeld bald aufbrechen möge, um die spanische Grafschaft Burgund zu besetzen. Einstweilen stand er in Ostfriesland, des definitiven Auftrages harrend. „Jene Potentaten, sagt ein Zeitgenosse, gaben ihm Namen und Titel, und überließen den Unterhalt seiner Armee den armen Ostfriesen.“ [1] Darüber verging eine Reihe von Monaten.

Es war nicht von Anfang an die Absicht des Mansfeld, sich auf dieses Land zu beschränken. Er machte sehr bald nach seiner Ankunft, noch im November 1622, den Versuch, sich auch die Grafschaft Oldenburg tributpflichtig zu machen. Dort regierte der Graf Anton Günther, ein kluger, umsichtiger Herr, der mit staunenswerthem Geschicke das Schifflein seines Staates durch die wilden Wirbel der schauervollen Zeit hindurch steuerte. Mansfeld verlangte von ihm 150,000 Thaler und freie Werbung in der Grafschaft. Anton Günther lehnte die Forderungen mit glatten Worten ab. Mansfeld schien sich mit der Antwort zu begnügen. Dann schickte er vorsichtig tastend eine Abtheilung aus, um sich des Ellenser Deiches zu bemächtigen, von wo aus er den Weg von Oldenburg nach Jever beherrschen würde. Aber Anton Günther hatte sich mit jenen Worten nicht begnügt. Er hatte rechtzeitig die Ritter und die waffenfähige Mannschaft seines Landes aufgeboten. Mansfeld erkannte, daß er ohne Kampf hier nicht durchdringen würde. Er ließ von Oldenburg ab. Weiter aufwärts hielt er, mehr oder minder stark, westfälische Gegenden besetzt, namentlich die vier vorgenannten Ämter, die er im Beginne seinem erträumten Fürstenthume zulegen wollte. Die Hauptlast jedoch lag auf Ostfriesland.

[1] Aitzema I, 567.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dieses Land war beim Einmarsche der Mansfelder blühend und reich, so daß, bei einiger Mannszucht der Truppen, es vermocht hätte, dieselben auf längere Zeit zu unterhalten. Aber jeder einzelne Soldat war ein Abbild des Hauptes. Wie Mansfeld den Landesherrn, so behandelte der Soldat, in seiner Art, seinen Wirth. Einer der mansfeldischen Officiere verfaßte ein Gedicht, welches jeder zweiten Verszeile die Worte des Vaterunser der Reihe nach so zufügt, daß dadurch erst der Sinn klar wird. Es wurde als Flugblatt gedruckt: Boeren geklag in Oostvriesland 1623. Der Anfang lautet:

Als tot den Boer komt de Soldaat,
So groet hy hem met vrientlyk g'hlaat: . . . . . Vader.
Gedenkt tot aller tyd gewis,
Boer, wat ghy hebt, dat alles is . . . . . Onze.

Die Worte schließen alles in sich.[1]

2. Verhalten des Collegialtages in Regensburg zu dem neuen Friedensbruche.

Die Nachricht von Mansfelds Einbruche in Ostfriesland mochte in die Versammlung der Reichsfürsten um den Kaiser in Regensburg gefallen sein wie ein Donnerschlag. Eben noch hatte man geglaubt, nach der Besiegung des Pfalzgrafen sichere Hoffnung auf Frieden zu haben, da machte nun dieser Einbruch alle Hoffnung zunichte. Auf die kaiserliche Proposition erwiederten die dort versammelten Reichsfürsten, am 15. Februar: „Nachdem einmal der proscribierte Ernst Mansfelder derjenige ist, der den Frieden des Reiches betrübt, die Stände mit Heereskraft überzieht, und seinem Brauche nach zu ruinieren in völliger Bereitschaft steht, dazu auch bereits in der Grafschaft Ostfriesland und dem benachbarten Westfalen einen starken Anfang gemacht: so möge der Kaiser die Verordnung thun, daß sein Kriegesheer solchem allgemeinen Friedensstörer, vor welchem Niemand sicher, als der es mit ihm und seinen boshaften Anschlägen hält, unverzüglich unter Augen gehe, und mit Hülfe der benachbarten Reichsstände ihn von des Reiches Boden ab und zur Ruhe treibe."[2]

Wie wenig dennoch diese Fürsten in Regensburg zu einem durchgreifenden Handeln Willens waren, wie sehr sie krankten an dem allge-

[1] Einzelnheiten in Klopp, Ostfriesland II, 252 u. f.

[2] Londorp II, 667.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

meinen deutschen Übel, nicht zu einem festen Entschlusse gelangen zu können — zeigte sich dann in zwei anderen wichtigen Fragen: der Abwehr, dem Schutze des Reiches gegen die Türken und gegen die Holländer. Auch dabei freilich kargte man nicht mit Worten. Der Kaiser verlangte Beihülfe für den Unterhalt der Grenzhäuser gegen die Türken. Die Fürsten erwiederten, daß die väterliche Fürsorge des Kaisers für das Reich zu unterthänigem hohem Danke gereiche, daß sie aber, bei der auch so schon so schweren Belastung ihrer Unterthanen, ihm dies Mal mit einer Steuer nicht entgegen gehen könnten: der Kaiser möge die Sache an die gesammten Reichsstände bringen.[1]

Es ist kaum anzunehmen, daß diese Reichsfürsten Kunde gehabt haben von der Gefahr, die noch unlängst von Constantinopel her gedroht, und die noch nicht ganz sich verzogen hatte.

Eine andere kaiserliche Proposition betraf die Frage, wie das Reich sich zu verhalten habe gegen die Übergriffe der Generalstaaten. Die Stellung der Reichsfürsten zu Regensburg zu dieser Frage ist für die Erkenntnis des Jammers und der Noth jener Zeiten besonders lehrreich. Darum haben wir zuvor zu sehen, wie andere Mächte den Einbruch des Mansfeld in Ostfriesland auffaßten.

Der Prinz Moritz von Oranien hatte, gemäß dem Berichte Aitzemas, die Vorsicht gebraucht, nur mit einigen wenigen Vertrauten den Abzug des Mansfeld nach Ostfriesland zu berathen und zu beschließen. Die Versammlung der Generalstaaten als solche hatte davon keine Kunde. So konnte es geschehen, daß die Hochmögenden den klagenden Gesandten des Grafen Enno III. und der ostfriesischen Landstände antworteten: Mansfeld stehe nicht unter ihren Befehlen. Auch werde es schwer sein, für ein Schreiben an ihn den rechten Stil zu finden.[2]

Zugleich jedoch ließ auch der König Jacob seinen Gesandten Carleton im Haag für seinen Verwandten Enno Fürsprache einlegen.[3] Der Gesandte erklärte, von guter Hand vernommen zu haben, daß die Invasion des Mansfeld mit Vorwissen und Zuthun der Hochmögenden geschehen sei. Er wolle das nicht glauben; jedoch, da ihm bekannt, daß Mansfeld holländische Kanonen mit sich führe, so lege er Verwendung ein, daß Mansfeld den Grafen befreie und das Land räume.

[1] Londorp II, 668. [2] Aitzema I, 228.
[3] A. a. O. 315. Am 13./23. Decbr. 1622.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Aus der Rede Carletons ergab sich auch für die weiteren Kreise der Holländer die auffallende Thatsache, daß der Pfalzgraf Friedrich, mit dessen Rath und für dessen Sache der Einbruch des Mansfeld geschehen, seinem Schwiegervater Jacob nichts darüber mitgetheilt hatte. Dem Gesandten gegenüber hatten die Hochmögenden dieselbe Antwort bereit wie den klagenden Ostfriesen: Mansfeld stehe nicht unter ihren Befehlen.

Noch ein anderer König legte für den Grafen Enno III. bei den Generalstaaten Verwendung ein, Gustav Adolf von Schweden.[1] Sie waren Vettern, Enkel des Königs Gustav Wasa, dessen Tochter Katharina die Mutter Ennos III. gewesen war. Die Worte des Königs gegen Mansfeld waren scharf. Aber auch ihm gegenüber lag die Antwort bereit: Mansfeld stehe nicht im Dienste der Generalstaaten, sondern in demjenigen des Bundes von Frankreich, Savoyen, Venedig.

Bei der eigenthümlichen Verfassung der Republik der Niederlande war es möglich, durch solche Ausflüchte den Schein zu retten, nicht jedoch auch die Aussage glaubhaft zu machen. Den Thatsachen nach mußte jeder Kundige ähnlich urtheilen, wie jener Engländer Carleton.

Und damit haben wir zu vergleichen die Antwort der Reichsfürsten in Regensburg auf die kaiserliche Proposition. Nachdem sie ihrem Unmuthe wider den Friedensstörer Mansfeld Ausdruck gegeben, kommen sie auf die gefährlichen Anschläge der Holländer, besonders auf die im Rheine bei Bonn auf dem Komperwerth erbauete Schanze Pfaffenmütz.[2] „Wobei, sagen sie, Ihrer K. M. lobwürdiger Eifer für des H. Reiches Wohlfahrt abermals nicht genugsam berühmt werden kann." Dann jedoch fahren sie fort: „Es erinnern sich aber die anwesenden Kur- und Fürsten, daß um dieser und dergleichen Feindseligkeiten willen, so die (General)staaten auf des H. Reiches Boden nun von vielen langen Jahren her getrieben, bei vorigen Reichstagen vielfältige Consultationen vorgangen aber jederzeit so viel befunden worden, daß solchem Gewalt der Nothdurft (nach) zu begegnen, in etlicher weniger Stände Macht und Zuthun nicht sein würde, derohalben auch dies Mal die anwesenden Kur- und Fürsten und der Abwesenden Gesandte nicht sehen können, wie bei diesem engen Convente von Remedierung (der) angezogenen Beschwerden mit Bestand gehandelt oder geschlossen werden könne." — Es ließ sich darauf

[1] A. a. O. 550. [2] Londorp II, 668.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

einwenden, daß die Erbauung der Schanze Pfaffenmütz auf dem Boden des Reiches doch ein grober Friedensbruch sei. Die Reichsstände in Regensburg fanden darauf den glücklichen Ausweg, daß die Schanze Pfaffenmütz bereits von den Truppen der Infantin erobert sei, und baten nun den Kaiser, seinen Einfluß bei der Infantin zu verwenden, daß sie die Schanze schleife und damit den Rheinstrom wieder eröffne.

Eine Anklage dagegen wider die Generalstaaten, daß diese in dem Landverderber Mansfeld abermals die Brandfackel des Krieges in das Reich geschleudert, vernehmen wir von den Reichsständen in Regensburg nicht. Sie beschwerten sich über den Einbruch des Mansfeld.

Und doch war ja dieser Einbruch nur ein Symptom des Übels. Dieses Übel bestand in dem politischen Grundsatze der Generalstaaten, unabläßig den Brand im Reiche zu schüren oder neu wieder anzufachen, damit das Reich nicht eine Macht entwickele wider sie. Im Haag befand sich das Gebläse des Feuers, welches Deutschland in Asche legte. Dafür diente den Generalstaaten Mansfeld als ein Feuerbrand. Aber sie hatten deren mehr. Sie hatten, wie wir bald sehen werden, abermals den Herzog Christian, der damals sich von Mansfeld trennte. Wir haben im Jahre zuvor vernommen, daß Bethlen Gabor in Constantinopel keinen anderen so eifrigen Fürsprecher hatte, wie den Holländer Cornelius Haga. Im Beginne des Jahres 1623 stiegen diese Hoffnungen im Haag auf die Türken aufs neue empor.[1]

Ferner berief der Prinz Moritz im Januar den Residenten Foppius van Aitzema aus Hamburg nach dem Haag, um ihn zu beauftragen, bei dem Könige Christian IV. von Dänemark, bei den Hansestädten, bei den niedersächsischen Reichsfürsten für einen Krieg zu wirken, den er einen Vertheidigungskrieg nannte. Man wolle, wie es hieß, damit dem Mansfeld und dem Christian Erleichterung verschaffen und die Sache in Deutschland ins Gleichgewicht bringen.

Und selbst für die Hülfeleistungen, welche die Generalstaaten jenen Parteigängern gaben, um durch sie das Reich in Brand zu stecken, wußten sie sich vom Reiche her bezahlt zu machen. Sie erhoben gegen Ferdinand von Köln die Anklage, daß er im Sommer zuvor den General Anholt zur Hülfeleistung nach Fleurus und nach Bergen op Zoom entsendet. Das sei ein Bruch der Neutralität, für welchen ihnen Satisfaction ge-

[1] Camerar bei Söltl III, 180. [2] Aitzema I, 392.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bühre. Diese Satisfaction setzten sie an für das Erzstift Köln, eben so für das Stift Lüttich, je auf 50,000 Thaler, für Münster auf 30,000. Das Bitten und Sträuben gegen die Übermächtigen war vergeblich. Das Geld ward gezahlt.[1]

Dennoch regte sich bei den Holländern je zuweilen die Besorgnis, daß das gesammte Reich sich wider sie aufraffen werde. So im Beginne 1623. „Es ist zu besorgen, schreibt im Januar der Holländer Capellen, daß im nächsten Sommer neben der spanischen Macht auch der Kaiser mit den Waffen des Reiches und der gesammten Liga über uns kommen werde.“[2] Die Besorgnis erhielt durch jene Äußerungen der Reichsfürsten in Regensburg keine Bestätigung. Eher vielleicht dürfte man sagen, daß der Name Spanien selber ein Hindernis war. Denn bei der Mehrzahl der Reichsfürsten jener Zeit, bei Johann Schweikard von Mainz oder Max von Bayern nicht minder als bei Johann Georg von Sachsen, ist eine Abneigung gegen Spanien wohl erkennbar.

Jedenfalls befand sich in Regensburg, vom Kaiser dahin berufen, Eine Persönlichkeit, die, wenn es von ihr abhing, jener Besorgnis der Holländer entsprochen hätte. Es war der Führer des Heeres der Liga, Graf Tilly. Auch blickte wohl keiner der Zeitgenossen so klar in das Werden und den Bestand der Auflehnung der Holländer, wie dieser damals vierundsechszigjährige Mann, dessen Lebensschicksale im jugendlichen und im Mannes-Alter mit dem spanisch-holländischen Kriege verwachsen waren. Tilly gehörte, wie aus jedem seiner Briefe in Betreff der Generalstaaten ersichtlich, zu denen, welche, wie ein Holländer sich ausdrückte: „diesen Staat ansahen als den Ursprung und die Quelle alles dessen was wider sie geschah.“[3] Aber nicht von Tilly hing eine Entscheidung in dieser wichtigen Frage ab.

Die Reichsstände in Regensburg hatten den Kaiser ersucht, sein Kriegsheer wider den allgemeinen Friedensstörer Mansfeld zu entsenden. Der Kaiser jedoch verfügte nicht über ein Reichsheer. Es gab im Reiche nur Ein schlagfertiges Heer, dasjenige der Liga. Nur um dieses also konnte es sich handeln. Der Kurfürst Maximilian berief einen Ligatag auch nach Regensburg.[4] Von Seiten der Ligafürsten ward dort geltend

[1] A. a. O. 270. [2] Capellen I, 148. [3] Aitzema I, 115.
[4] (Stumpf), Geschichte usw. 182.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gemacht, daß die Abwehr des Mansfeld das gesammte Reich angehe, weil er ja die Stände der Augsburgischen Confession eben so wenig schone wie die katholischen. Darum seien auch jene mit heranzuziehen. So richtig dies war, so stand dagegen die Gefahr der Verzögerung. Die Ligafürsten willigten also in die Verwendung ihres Heeres gegen Mansfeld, ersuchten jedoch zugleich den Papst und den Kaiser um Beihülfe. Im Namen des Papstes versprach der Nuntius Caraffa monatlich 20,000 Fl., dazu den Unterhalt für ein Regiment zu Pferde und für 2000 Fußgänger. Der Kaiser sagte 2000 Reiter und 6000 Fußgänger zu. Das rheinische Directorium machte sich verbindlich zu 70,000 Fl. monatlich, die oberländischen Stände, ohne Bayern und Salzburg, zahlten 85,000 Fl., Maximilian von Bayern stellte über seinen Matricular-Anschlag zwei Regimenter oder 6000 Mann, deren Monatssold sich auf 6000 Fl. belief.

Es ist wichtig diese Zahlen hervorzuheben, weil sie hauptsächlich den Beweis ergeben, daß das Heer der Liga das bestdisciplinierte jener Zeit sein konnte und, unter Tillys Führung, sein mußte.

Andererseits zeigen die im Beginne geltend gemachten Einwände der Ligafürsten, daß ihnen der Gedanke fern lag, das Heer für spezifisch katholische Zwecke zu entsenden. In Wahrheit galt ja der Heereszug, wie er beschlossen wurde, prinzipiell der Rettung eines lutherischen Reichsfürsten von der Vergewaltigung durch den Freibeuter Mansfeld.

Es handelte sich dann aber um die Frage, wie Tilly sich gegen die Generalstaaten zu verhalten habe. Die Liga kam überein, daß ihr Feldherr ein etwaiges Heer der Holländer, das sich mit Mansfeld vereinige und auf dem Reichsboden ihm Hülfe leiste, als offenbare Feinde angreifen und verfolgen solle. Stünden sie dem Mansfeld nicht bei, zöge sich aber dieser in das holländische Land: so wolle man ihn als einen öffentlichen Feind aller Orten hin verfolgen. Dann jedoch erhob sich das Bedenken, daß das Reich und dessen Stände aus erheblichen Gründen sich niemals in den niederländischen Krieg hätten verwickeln lassen, vorzüglich um nicht einen neuen Feind zu haben und die angrenzenden Erzstifte und Bisthümer nicht in Gefahr zu bringen. Die Mehrheit indessen beruhigte sich bei dem Gedanken, daß die Verfolgung eines abgesagten Feindes nicht für einen Bruch der bisher beobachteten Neutralität angesehen werden könne. Auch wolle man, wenn etwa Mansfeld sich in einen festen Platz auf dem Boden der Republik zurückzöge, sich nicht auf eine Belagerung einlassen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bis so weit, darf man sagen, entsprachen die Beschlüsse dem Charakter der Defensive, aus welcher die Liga hervorgegangen war. Es folgt jedoch noch der weitere Satz: „Überhaupt wolle man die Generalstaaten vorher ersuchen und ermahnen, sich nicht mit Mansfeld gegen den Kaiser und die gehorsamen Stände des Reiches zu verbinden, noch ihn auf seinem Rückzuge zu unterstützen und in ihr Gebiet aufzunehmen.“ [1]

Einen stärkeren Beweis für die Friedenssehnsucht der geistlichen Herren als diesen Beschluß, kann es kaum geben. Die Neutralität, welche sie erstrebten, bestand in Wahrheit nicht, sondern der Name derselben kam nur den Hochmögenden zu gute, welche unter dem Deckmantel derselben Jahr aus Jahr ein vermöge ihres Geldes den Brand im Reiche schürten, ohne eine Vergeltung dafür zu erfahren. Im Interesse des Reiches und nicht zum wenigsten der Liga lag der offene Krieg, den die Holländer fürchteten, und den sie verschuldet zu haben sich wohl bewußt waren.

An der Friedenssehnsucht der Häupter der Liga oder an ihrer Abneigung sich zu Gunsten Spaniens in den niederländischen Krieg miteinzulassen, prallten die Darlegungen ihres Feldherrn ab. Wir werden im gegebenen Momente zu erfahren haben, wie schwer diese Beschränkung seines Auftrages auf ihm lastete. Dieser Auftrag, wie er in Regensburg ihm ertheilt wurde, lautete gegen Mansfeld, entwickelte sich aber dann im Laufe der nächsten Monate zu dem Auftrage gegen Christian und gegen Mansfeld.

3. Kriegsrüstung des Herzogs Christian.

Nachdem der junge Herzog von seiner Wunde völlig hergestellt war, folgte er mit der ihm gebliebenen Reitertruppe, Ende 1622, dem Mansfeld nach Ostfriesland. Die Stimmung jedoch, welche sie im Jahre zuvor bei der ersten Begegnung wider einander kund gegeben, gewann bald wieder die Oberhand. Elisabeth von der Pfalz meldet, daß Mansfeld durch übele Behandlung Christian gezwungen, ihn zu verlassen.[2] Ein eben so starkes Motiv mochte in Christian der Wunsch sein, selbständig zu handeln. Er zog südwärts und bemächtigte sich, am 14. Februar, des wichtigen Weserpasses der Stadt Rinteln.

Der niedersächsische Kreis war in großer Furcht vor einem Durchbruche Mansfelds nach Südosten. Und hier tritt abermals die Wehrlosigkeit der deutschen Reichsstände in einer kläglichen Weise zu Tage. Sie

[1] (Stumpf), Geschichte usw. 189 und Beil. 207. [2] Roe 146.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Alle fürchten Mansfeld. Sie nennen ihn das commune malum.[1] Sie beeilen sich dem Kaiser ihre Devotion, ihre Entrüstung über Mansfeld zu betheuern. Allein anstatt nun sofort eine Heeresmacht aufzubringen, um ihrem bedrängten Mitfürsten Enno zu helfen und den Reichsfriedensbrecher wieder hinauszuschlagen — anstatt dadurch einerseits sich selber gegen Mansfeld zu sichern, andererseits das Herannahen des Heeres der Liga unnöthig zu machen — schicken sie, im Februar 1623, an ihn eine Gesandtschaft, um anzufragen, ob er vorhabe, auch in den niedersächsischen Kreis einzurücken. Die Gesandtschaft traf ihn in Stickhausen, der damaligen Grenzfeste von Ostfriesland gegen Oldenburg, am 6./16. Februar.[2] Mansfeld erwiederte sehr höflich, daß er eine solche Absicht nicht habe. Er rieth jedoch wohlmeinend, daß der Kreis recht daran thun würde, sich in Kriegsverfassung zu stellen; denn die Zeiten seien gefährlich, und man könne nicht wissen, wem zu vertrauen. Er jedoch werde die Weser nicht überschreiten.

Ferner antwortete Mansfeld auf die Fragen der Gesandten über Christian. Dieser stehe nicht unter seinem Commando. Er, Mansfeld, habe dem Herzog gerathen, sich des Kriegswesens für etliche Monate zu enthalten und abzuwarten, wie die Sachen sich anlassen würden. Das habe dem Herzog nicht gefallen. So habe er weiter gerathen, der Herzog möge seine Truppen so führen, daß die Fürsten und die Stände von Niedersachsen nicht offendiert würden. Der Herzog dagegen habe beharrt bei seiner Absicht, über die Weser sich nach dem Stifte Halberstadt zu begeben. Darüber seien sie mit verschiedenen Ansichten von einander geschieden, und sei nun ein Jeder sein eigener Herr. Es möge also der Herzog Christian selber verantworten, so er etwas Übeles gethan.

Was immer für die Trennung dieser Parteigänger mit eingewirkt: die Thatsache war da. Demnach bestanden zwei Feuerherde des Krieges: derjenige des Mansfeld in Ostfriesland und weiter südwärts in Westfalen hinein, derjenige Christians in Niedersachsen.

In Westfalen stand bereits vom Herbste 1622 an der ligistische Feldmarschall Anholt den Mansfeldern gegenüber. Er fand bei der Bevölkerung geringe Willigkeit; denn es wirkten ihm sehr verschiedene Motive der Furcht entgegen: diejenige vor dem Zorne der General-

[1] Wiederholt so in den Correspondenzen im Celler Briefarchive.

[2] Londorp II, 754.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

staaten, diejenige vor der Gewaltthätigkeit der bayerischen Soldaten, endlich diejenige der Unterdrückung der eigenen Privilegien.[1] Demgemäß weigerten die Städte durchweg, auch selbst die kleineren, die Einnahme einer Besatzung. Wir vernehmen sogar, noch im Januar 1623, von den Ämtern Kloppenburg und Vechta aus die Meldung, daß „alle Bauern und Beamte mehr zu dem Feinde als unserer Partei inclinieren".[2] Anholt verlangte von dem Kurfürsten Ferdinand die Ermächtigung zur Gewalt gegen die Widerstrebenden, im Januar 1623.[3] Der Kurfürst gab sie. Es bedurfte dann freilich mitunter, wie bei der Stadt Dülmen, nur eines einzigen Kanonenschusses.[4] Andere dagegen wie Rheine und namentlich Warendorf, hielten länger aus. Der Ausgang war, daß die Selbständigkeit der Städte des Münsterlandes gebrochen wurde.[5]

Die Einlagerung dieser ligistischen Truppen im Münsterlande im Jahre 1623 fiel daher den Einwohnern sehr schwer und würde noch schwerer gefallen sein, wenn sie nicht „das greuliche, abscheuliche Exempel der Mansfelder in Ostfriesland und im Emslande vor Augen gehabt hätten".[6] — So wichtig diese inneren Vorgänge unter Anholt für die innere Geschichte des Münsterlandes sind, so hatten sie doch für den Verlauf der Dinge im Großen geringere Bedeutung, weil es darüber zu irgend einem Zusammenstoße zwischen Anholt und Mansfeld nicht kam.

Dieser hielt sich in Ostfriesland, bald auf diesem, bald auf jenem der festen Häuser desselben, ohne von dort aus nach irgend einer Richtung hin für längere Zeit etwas mit Nachdruck zu unternehmen. Unsere Aufmerksamkeit hat sich daher zunächst dem Herzoge Christian zuzuwenden, welcher in Niedersachsen ein neues Feuer anzufachen trachtete.

Die Stände von Niedersachsen, um gegen einen weiteren Vorbruch des Mansfeld sicher zu sein, beschlossen die Werbung eines Heeres von 10,000 Mann, und gaben die Führung desselben dem Herzog Georg, dem Bruder des damaligen Kreisobersten, des Herzogs Christian des Älteren zu Celle. Der Herzog Georg, bekannt als der Stammhalter des welfischen Hauses, war damals und noch auf viele Jahre, ähnlich wie namentlich sein Bruder Christian, kaiserlich gesinnt. Unversehens aber erhielt dann der niedersächsische Kreis wider den Willen dieser beiden

[1] Westkamp 108. [2] A. a. O. 157. [3] A. a. O. 183.
[4] A. a. O. 184. [5] A. a. O. 206.
[6] A. a. O. 259. Aus einem Schreiben des Kanzlers Westerholt.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Fürsten noch ein anderes und zwar wachsendes Heer dazu. — Wir haben den Schritten Christians des Tollen nachzugehen.

Die Macht, über welche er bei der Besitznahme von Rinteln verfügte, dürfte etwa 6000 Mann betragen haben.[1] Von dort aus erließ er an die Fürsten des niedersächsischen Kreises, am 8./18. Februar, eine Aufforderung in der Redeweise vom Religionskriege, wie sie vom Prager Fenstersturze an bei der Aggressiv-Partei üblich war.[2] Er mahnte zu bedenken, daß die Stifter, auf welche die Katholiken seit langen Jahren das Auge geworfen, zu unwiederbringlichem Nachtheile aller Evangelischen ihnen abgezwackt werden sollten. Er sei in dieser Sache von Gott dem Allmächtigen erleuchtet, betheuerte er, nicht jedoch, wie einige ihm Widerwärtige, bevorab die durch Gold verblendeten Leute ihm mit Unwahrheit nachgeben, dem niedersächsischen Kreise den allgemeinen Feind auf den Hals zu ziehen, sondern ihn abzuwehren. — Es liegt nahe, daß Christian mit den verblendeten Leuten seine Stammesvettern in Celle meinte. Aber nicht diese bezogen Gold, etwa von dem Kaiser, sondern Christian von den Generalstaaten.[3] Auch war nicht bei jenen die Verblendung, sondern bei Christian. Sein Thun mußte die Waffen Tillys, dessen Auftrag ursprünglich nur gegen Mansfeld lautete, eben so sicher heranziehen, wie der Magnet das Eisen.

Christians Mutter Elisabeth und sein Bruder, der regierende Herzog Friedrich Ulrich, sahen mit Angst und Bangen sein neues Beginnen. Sie baten und fleheten abermals: er möge ablassen.[4] Er weigerte sich. Da gerieth die Mutter auf einen sonderbaren Einfall. Um zugleich ihren Sohn völlig von Mansfeld abzuziehen, seinen Waffen einen rechtmäßigen Anstrich zu geben, und bei dem Kaiser für ihn Gnade zu erlangen, traf sie mit beiden Söhnen, am 14./24. Februar, auf dem Schlosse Calenberg die Übereinkunft, daß Friedrich Ulrich den jüngeren Bruder mit dessen Heere auf drei Monate in Dienst nehmen solle.[5] Christian versprach, das böhmische Kriegswesen Gott und der Zeit zu befehlen, sich von Mansfeld gänzlich abzuthun, seine Truppen im Herzogthume und im Halberstädtischen füglichst ohne Schaden der Unterthanen einzuquartieren. Er erhielt von seinem Bruder Ulrich 100,000 Thaler. Der

[1] Vgl. Weskamp, 164 u. f. [2] Londorp II, 758. [3] Aitzema I, 567.
[4] Kurtze und gründliche Information usw. 115.
[5] Abgedruckt bei Mittendorf 64. Unterzeichnet von Elisabeth und beiden Söhnen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Oheim, Christian IV. von Dänemark, werde sich bei dem Kaiser für ihn um völlige Verzeihung verwenden. Christian willigte ein, daß dieser Vertrag dem Kaiser und den Kreisständen von Niedersachsen kund gemacht werde.

Nach Rinteln zurückgekehrt, am 20. Februar / 2. März, schrieb Christian an den Prinzen Moritz von Oranien die Worte: J'ai été contraint de tromper le duc de Brunsvic, en lui offrant mon service.[1] — Er selber zeichnet mit diesen Worten sein ganzes Verhalten; denn aus dem ersten Treubruche keimten alle weiteren Unwahrhaftigkeiten, um die Täuschung möglichst lange zu erhalten und so Zeit zu gewinnen.

Auf Grund jener Übereinkunft ward die Bestallung von Friedrich Ulrich für Christian ausgefertigt.

Zugleich erging die Verwendung des Königs Christian IV. für seinen Neffen an den Kaiser, von Hadersleben aus, am 6. / 16. März. Der König bittet, das Vergangene als in jugendlicher Hitze geschehen ansehen zu wollen. Dann fährt er fort: „Da nun E. K. M. und Lbd. in Erwägung dessen, wie auch jetziger Sr. Lbd. unterthäniger gehorsamer Submission, diese unsere wie auch des gesammten Hauses Braunschweig-Lüneburg Intercession bei sich statt finden lassen und des Herzogs Christian Lbd. in Dero kaiserliche Huld und Gnade wieder auf- und annehmen werden, zweifeln wir nicht, es werden S. Lbd. sich hinwieder als ein treuer und gehorsamer Reichsfürst erzeigen und Ew. K. M. und Lbd. inskünftig stattliche Dienste leisten können."[2]

Auch an Tilly, der noch in den Winterquartieren zu Assenheim in der Wetterau lag, ließ Friedrich Ulrich sofort die Meldung ergehen, daß er und andere Fürsten bei dem Kaiser sich um Gnade für Christian bemüheten. Tilly entgegnete, am 23. März: er freue sich sehr über solche Bemühungen. Denn ein dauernder Friede sei ja nur dadurch zu erlangen, daß sich die protestantischen Fürsten in gleichem Maße wie die katholischen an den Kaiser anschlössen und in ihm ihren Herrn verehrten. Er freue sich, daß Christian diesen Entschluß gefaßt; denn wahrer Ruhm für einen deutschen Fürsten sei ja doch allein unter den Fahnen des Kaisers. Darum habe er gern vernommen, daß die Braunschweiger Herzöge in die Fußstapfen ihrer Vorfahren eingetreten seien.[3]

[1] Opel I, 415. [2] Mittendorf 68. Auch Kriegsacten F. 52. [3] A. a. O. 73.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Antwort des Kaisers stand noch längere Zeit aus. Das Verhalten Christians inzwischen war nicht geeignet, das Vertrauen in die Worte seiner Verwandten für ihn zu kräftigen. Nach der Übereinkunft mit seinem Bruder Friedrich Ulrich sollte er seine Armee nach drei Monaten „ohne einiges Einwenden dimittieren.“[1] Am 3./13. März fügte er von Rinteln aus in einem geänderten Revers für seinen Bruder die Bedingung hinzu: „Wofern uns und unserem vielgeliebten Herrn Bruder von kaiserlicher Majestät und den katholischen Ständen wegen künftiger Gewalt, Überfall und Beschwernis genugsame Assecuration widerfahren wird.“[2] — Mit Schrecken mochte der arme, schwache Herzog Friedrich Ulrich gewahren, daß die Bedingung den ganzen Revers in das Belieben Christians stellte.

Der Feldmarschall Anholt forderte den Herzog Christian auf, die Stadt Rinteln als im westfälischen Kreise gelegen, dessen Schutz ihm, Anholt, anvertraut sei, zum Beweise seiner Aufrichtigkeit nunmehr zu verlassen. Christian antwortete, daß er sie bewahren werde.[3]

Namentlich der Herzog Georg als General der eigentlichen Kreisarmee konnte sich über den Vetter Christian nicht täuschen. Er schrieb, am 23. März / 2. April, von Nienburg aus, seinem Bruder Christian in Celle: seine Stellung als General der Kreisarmee werde mit jedem Tage schwieriger. Nach seiner Instruction solle er Mansfeld beobachten; allein der Hauptfeind stehe ihm in der Flanke und im Rücken. Noch bediene sich der Herzog Christian nicht der Waffen gegen ihn, desto mehr aber gehässiger Verleumdungen. — Gestern habe er, Herzog Georg, einen Rittmeister von Christians Truppen in Verhaft nehmen lassen, der, verkleidet, unter den Kreistruppen und den Unterthanen Meuterei und Aufstand zu erregen gesucht habe.[4]

Das Heer Christians, welches sich weiter als in den Ländern seines Bruders, auch über Hildesheim und Halberstadt ausbreitete, schwoll im Monate März rasch an. Der Herzog Wilhelm von Weimar hatte mehrere tausend Mann geworben, um, wie er sagte, die von seinen „in Gott ruhenden hochlöblichen Vorfahren lang erhaltene reine evangelische Religion Augsburgischer Confession zu schützen.“[5] Aus seinen später erbeuteten Papieren ergab sich der Entwurf einer neuen Union, unter dem Namen Friedbund, vom 17. October 1622. Der Pfalzgraf Friedrich

[1] Opel I, 416. [2] A. a. O. [3] Weskamp, Liga 268.
[4] V. d. Decken I, 105. [5] So das Citat bei Opel I, 424.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

war darin als König von Böhmen mitbenannt. Der Prinz Moritz von Oranien war am 2. December 1622 beigetreten, überhaupt der Friedbund auf die Assistenz der Generalstaaten gebaut.[1] Als Sammelplatz war damals die Grafschaft Ravensberg bestimmt. Indem nun der Herzog Christian in Niedersachsen den Herd des Feuers anlegte, zog Wilhelm von Weimar mit seinen geworbenen Truppen dahin, wider den Protest des Herzogs Friedrich Ulrich und des Kreisobersten, Herzog Christian des Älteren zu Celle, und nicht einmal mit Zustimmung Christians des Jüngeren.[2] Mit Wilhelm waren seine Brüder Johann Ernst, Friedrich, Bernhard.

Ähnlich geschah es dann mit denjenigen des Herzogs Friedrich von Altenburg, in der für das Söldnerthum charakteristischen Weise. Er hatte ein Regiment oder mehr geworben, mit Vorschuß und für den Dienst der Infantin in Brüssel. Bereits am 12. December 1622 ward zwischen Friedrich von Altenburg und Wilhelm von Weimar ein Vertrag vereinbart, daß jener mit dem für spanisches Geld geworbenen Volke zu der neuen Union treten werde. Einstweilen quartierte Friedrich seine Truppen im Gebiete der Stadt Erfurt ein. Die Klagen des Landvolkes dort schrien zum Himmel.[3]

Die Vereinigung Christians mit Mansfeld war nicht so völlig aufgegeben, wie es nach jenen Worten Mansfelds im Februar scheinen könnte. Im April entsendete Mansfeld an Christian einen seiner gewandtesten Agenten, Samuel Weiß, um diese Angelegenheit zu besprechen. Der Bericht vom 22. April / 2. Mai,[4] der mir vorliegt, bezieht sich auf einen früheren vom 16./26. April, nach welchem die Vereinigung beiderseits angestrebt werden soll. Es handelte sich also nur noch um das Wie. Der Herzog, meldet Weiß, könne nicht sich zu Mansfeld begeben, weil Tilly so nahe stehe, sondern Mansfeld müsse heraufkommen. Der Weg wird ihm vorgezeichnet die Weser entlang durch das Fürstbisthum Minden, dann durch Lippe, Corvei auf Herstelle, von da weiter durch Hessen nach Witzenhausen, und dann nach dem Eichsfelde. Bis zu Pfingsten könne die vollständige Vereinigung erfolgen. Der Agent versichert, daß die Truppen unter Christian eine große Zuneigung zu Mansfeld tragen, und daß sich daher nach der Vereinigung das Sprichwort bewähren werde: Tel pense prendre qui sera pris.

[1] Kriegsacten F. 54. [2] Röse I. Urkunden 2 und 3 und 4.
[3] Näheres bei Opel I, 426. [4] Kriegsacten F. 52.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Von Mansfeld liegt keine Antwort vor. Wir werden später ersehen, ob ihm eine solche möglich war. Näher liegt zuvor die Erörterung der Entwürfe oder Wünsche der Aggressiv-Partei überhaupt, namentlich die Hoffnungen derselben auf Bethlen Gabor.

4. Entwürfe und Wünsche der Aggressiv-Partei, namentlich Bethlen Gabors.

Zu der Aggressiv-Partei ist, ungeachtet der Drohungen zu Ende 1622, nicht mitzuzählen der König Jacob I. von England. Er setzte damals alle Hoffnungen und Wünsche, auch für seine Tochter Elisabeth und ihren Gemahl, auf das Gelingen der Heirath seines Sohnes Carl mit der spanischen Infantin Maria. Zu diesem Zwecke war der Prinz, begleitet von dem Günstling Buckingham, im März heimlich nach Spanien gereist. Von dieser Hoffnung aus wünschte Jacob I. für Deutschland den Stillstand der Waffen. Wir erfahren seine Intention aus den Worten seines Ministers Calvert darüber an den Gesandten Roe.[1] „Die Angelegenheiten in Deutschland stehen wie folgt. Nachdem der König erfahren, daß der Kaiser auf dem Fürstentage in Regensburg die Kurwürde gewaltsamer Weise auf den Herzog von Bayern übertragen, andererseits keine Mittel erblickt, der von allen Seiten blokierten Stadt Frankenthal zu Hülfe zu kommen, hat er vor etwa zwei Monaten für geeignet erachtet, durch seine Bevollmächtigten mit denen der Infantin einen Vertrag abzuschließen. Vermöge dieses Vertrages hat er die Stadt Frankenthal auf achtzehn Monate in die Hände der Infantin übergeben. Nachdem dies abgemacht, haben dieselben Bevollmächtigten einen Waffenstillstand für Deutschland vereinbart. Dieser, erst kürzlich genehmigt, soll fünfzehn Monate dauern. Während desselben soll in Köln eine Verhandlung über den allgemeinen Frieden statt finden. Zu diesem Zwecke werden, am 4. August, dort Commissäre von allen Seiten zusammen treten, um diese unglückseligen Zwistigkeiten in Deutschland über die Sache des Pfalzgrafen zu schlichten."

Die Intention des Königs Jacob I. mochte immerhin gut gemeint sein: nur vergaß er dabei, daß auch nicht ein einziges Haupt der Aggressiv-Partei in seiner Hand war, nicht Mansfeld, nicht Christian, nicht sein Schwiegersohn Friedrich. Wie dieser ohne Vorwissen Jacobs I. erst den Mansfeld, dann den Christian wieder ins Reich geschleudert: so

[1] Roe 161. Vom 6./16. Juni.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

war er, unter der Führung seines Oheims, des Prinzen Moritz von Oranien, auch ferner darauf aus, von allen Seiten her Krieg wider den Kaiser zu erregen. Und zwar schaueten er und die Seinen abermals, wie in den Jahren zuvor, hoffend aus auf Bethlen Gabor und nach Constantinopel.

Dort war es dem englischen Gesandten Roe, im Jahre zuvor, gelungen, die Entwürfe des Bethlen Gabor zu durchkreuzen. Die Neigung jedoch bei vielen Türken für Bethlen Gabor blieb. Sie hatten, wie Roe meldet, das Feuer unabläßiger Empörung in den Eingeweiden.[1] Babylon und Erzerum waren im Aufruhr. Auf dem Throne saß ein alter Mann, durch lange Kerkerhaft zuvor bis zum Blödsinn abgestumpft. Aber selbst dieser ließ sich bewegen, der Kriegespartei zuzustimmen. Am 2./12. Mai erstattete Roe dem Könige Jacob I. über den Stand der Dinge den folgenden Bericht.[2]

„Bethlen Gabor hat, nach dem wiederholten Wechsel der Wesire, neue Gesandte geschickt, ausgestattet mit einigen Erbietungen der Generalstaaten. Wider den Rath der weisesten und erfahrensten Männer, welche die Zeit nicht für geeignet halten, einen Feind herauszufordern, haben sie hier das Versprechen einer Hülfe für die Wiedereroberung von Ungarn erlangt. Der Befehl dazu ist an den Pascha von Erlau ergangen. Die Gesandten Bethlens sind von hier zurückgekehrt, erfüllt von der Hoffnung, daß beim ersten Lärmrufe jenes Königreich sich wider den Kaiser erheben, und alle die anderen Länder der einstigen Conföderation dem Beispiele folgen werden."

„Die Beweggründe für die Kriegspartei hier zu dem Entschlusse waren zuerst die Besorgnis vor dem Überwachsen des Hauses Oesterreich in Folge des Kriegsglückes in Deutschland, ferner das während des böhmischen Krieges den Ständen jener Länder gegebene Versprechen des Schutzes, dann das Unglück des Pfalzgrafen, endlich die Aufstachelung von Seiten der Generalstaaten, mit einigen Verheißungen derselben, die, nicht geeignet erfüllt zu werden, nur zur Brandstiftung dienen."

„Auch ich, fährt Roe fort, wurde zur Berathung gezogen nnd aufgefordert, an Ew. Majestät eine Mahnung zur Wiedereroberung der verlorenen Länder des Pfalzgrafen zu richten. Man drang so scharf in mich, daß ich es nicht zu schreiben wage, und schloß, daß man noch

[1] Roe 133, 135, 142, 147, 150. [2] A. a. O. 152.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wohl einen anderen Friedrich finden könne, der sich bereit erkläre, ihre Erbietungen anzunehmen. Alle diese Aufforderungen habe ich, im Namen Ew. Majestät, abgelehnt, bis zum Nachtheile meines Credites bei diesem Großwesir und seiner Partei, die mich für verdächtig halten, ein Pensionär der Feinde zu sein."

„Die Gesandten des Bethlen Gabor haben auf alle Weise mich zu gewinnen gesucht, mit vielen Betheuerungen von Seiten ihres Herrn, daß er dem gemeinsamen Feinde der Christenheit auch nicht Einen Fußbreit Bodens überlassen, sondern lediglich die unterdrückte Freiheit der Religion herstellen wolle. Allein obwohl die vorgebrachten Gründe stark und nachdrücklich waren, und obwohl die übele Behandlung, die Ew. Majestät für Ihre Geduld von der anderen Seite erfahren haben, mich wohl in Versuchung führte: so wollte ich doch nicht mich auf mein eigenes Urtheil verlassen, sondern hielt fest an dem mir ertheilten Auftrage."

Dann sucht Roe vor dem Könige Jacob I. den Pfalzgrafen Friedrich möglichst schuldfrei zu halten. „Ich kann nicht wahrnehmen, sagt er, daß der Pfalzgraf bei diesem Vertrage sich irgendwie betheiligt hat; sein Name jedoch ist mitgenannt zur Verstärkung für die Sache Bethlen Gabors. Auch hat der Sultan zwei Schreiben an ihn gerichtet. Der Inhalt derselben besteht aus Ermuthigungen und Hülfsversprechungen zur Herstellung in Böhmen, wenn der Pfalzgraf mit den Truppen Mansfelds und der Generalstaaten dahin vorrücken will. An diese sind Briefe desselben Inhalts gerichtet worden." — Genauer als hier von Roe, werden wir die Absichten Friedrichs aus seinen eigenen Worten zu erfahren haben.

Roe schließt mit der Ansicht, daß die Hülfe der Türken von großem Nutzen für Bethlen sein werde, und dennoch von geringer Gefahr, weil die Türken keine Kanonen mit sich führen und daher auch keine festen Plätze besetzen werden. „Darum auch glauben sie durch diese Hülfeleistung ihren Frieden mit dem Kaiser nicht zu brechen."

Bereits vor dieser Meldung Roes aus Constantinopel hatte Bethlen Gabor seine Thätigkeit in Oberungarn begonnen.[1] Er forderte die Ungarn auf zu den Waffen, weil der Kaiser die Zusagen des Friedens von Nikolsburg nicht gehalten. Die Ungarn waren nicht so eilig. Kaum erst, erwiederten sie, fange man an, die Früchte des Friedens zu

[1] Padavins Bericht vom 1. Mai, bei Óváry 275.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

genießen: man dürfe nicht brechen ohne gerechte Ursache. — Zugleich jedoch mit dieser Nachricht aus Oberungarn traf aus Constantinopel bei dem kaiserlichen Hofe die Meldung ein, daß der Gesandte Bethlens dort dem Großwesir 30,000 Thaler geschenkt und dafür die Zusage einer starken Hülfe in Ungarn erhalten habe. Der kaiserliche Hof, damals in Prag, darüber sehr erregt, beschloß eine Gesandtschaft an die Pforte.

Das Mislingen des ersten Versuches hielt Bethlen nicht zurück.[1] Er richtete eine Reihe von Beschwerden über den Kaiser an den Palatin. Nach Wien zurückgekehrt, berief der Kaiser dahin den Primas, den Palatin und andere vornehme Persönlichkeiten, um sie über die Stimmung der Ungarn zu befragen. So geheim die Sache gehalten wurde, so erfuhr man doch so viel, daß die Ansichten befriedigend lauteten, so daß man damals, um die Mitte Juni, sich des Friedens von dort her für sicher hielt.[2]

Bethlen Gabor dagegen hielt fest an zwei Hoffnungen: der einen, daß es ihm gelingen würde, die Ungarn zu einem allgemeinen Aufstande zu bringen — der anderen, daß der Pfalzgraf oder doch wenigstens Mansfeld nach Schlesien kommen, und daß dann, beim ersten Erscheinen einer Armee, vermöge des Eintretens der Freunde des Grafen Thurn, auch Mähren sich erheben werde.[3]

Diese Hoffnungen von Bethlen Gabor und Friedrich waren gegenseitig. „Der König, mein Schwiegervater, schreibt Friedrich an Bethlen Gabor, am 17./27. Juni, spinnt mit den gemeinsamen Feinden allerlei Unterhandlungen über Stillstände an; allein ich widerstrebe, so viel ich kann, und wenn Ew. Durchlaucht, wie Sie mir versprochen, bald Ihr Heerlager aus Ungarn in eins der Nachbarländer führen, so werde ich mich nicht dahin bringen lassen, daß ich, wider mein gegebenes Wort, mich in einen aufgedrungenen Frieden füge."[4]

Bestimmter noch redet Friedrich durch die Feder Camerars einige Tage später, am 3. Juli.[5] Nachdem er behauptet, daß in den verflossenen Jahren die Gegner ihre Erfolge mehr durch Betrug und List als durch ehrlichen Kampf und Thatkraft erlangt haben, fährt er fort: „Nunmehr wo uns in Deutschland nichts mehr übrig ist als die Hoffnung, das Verlorene wieder zu gewinnen, und wo diese Hoffnung, nach dem

[1] A. a. O. 277. Bericht vom 10. Juni. [2] A. a. O. 278.
[3] Roe 158. Bericht vom 30. Mai / 9. Juni. [4] Litura 259.
[5] Camerarii epistolae selectae 40.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Vertrauen auf den göttlichen Schutz, sich stützt einerseits auf die Kraft und Beständigkeit Ew. Durchlaucht, andererseits auf die Streitmacht des Herzogs von Braunschweig und Mansfelds, versuchen sie mit besonderer Arglist auch diese uns zu entwinden. Sie haben nämlich den König von England zu neuen Verhandlungen bewogen, so daß er in einen Stillstand auf fünfzehn Monate gewilligt hat. Dies ist zu keinem anderen Zwecke geschehen, als um Ew. Durchlaucht und die ungarische Nation zu überreden, daß sie in der sicheren Hoffnung auf Frieden sich zur Ruhe begeben, und somit ihnen die Waffen aus den Händen zu nehmen. Aber da nun bereits einmal Ew. Durchlaucht und die ungarische Nation diesen Betrug an sich erfahren und daraus ersehen haben, welchen Nachtheil die gemeinsame Sache von daher erlitten: so zweifeln wir nicht, daß Ew. Durchlaucht und die Häupter der ungarischen Nation fortan den Feinden keinen Glauben wieder schenken, sondern in dem begonnenen herrlichen Werke, ohne weiteren Verzug, mit allem Nachdrucke fortschreiten werden. Denn was immer zwischen den Königen von England und Spanien verhandelt ist, das ist ohne unser Vorwissen und ohne Mittheilung an uns geschehen, und, wenn auch alles mit der Hoffnung unserer Ratification abgemacht wird, so hat man doch nicht eine Kunde unserer Willensmeinung abgewartet. Dagegen hat man mit Lug und Trug fast über den gesammten christlichen Erdkreis verkündet, daß alles mit uns verhandelt und festgestellt sei. Aber sobald wir von der ganzen Sache etwas vernommen, haben wir, eben so wie neulich, als der König von England unsere Ratification verlangte, die Gegengründe, die Schwierigkeiten, die Nachtheile, die Gefahren ihm so klar vor Augen gestellt, daß wir hoffen dürfen, er werde endlich doch den Betrug und die Arglist der Gegner durchschauen. Ew. Durchlaucht sehen also, in welchem Stande die Dinge sind, und, wenn einmal alle Hoffnung, in Zukunft wieder die Waffen zu ergreifen, uns entrissen ist, welche Gefahr uns und das Gemeinwohl bedroht. Dies Alles ist zu vermeiden, wenn Ew. Durchlaucht schnell handeln und mit Einem wuchtigen Streiche alle Anzettelungen der Gegner durchhauen. Wenn Ew. Durchlaucht dies vollbringen, so werden Sie dadurch auch uns den Muth geben, daß wir die Künste und Drohungen der Gegner verachten dürfen, und um so bereitwilliger werden der Herzog von Braunschweig und Mansfeld dorthin eilen. Sobald die Kunde des Vorgehens Ew. Durchlaucht an den König von Frankreich gelangt, wird auch er, den die Spanier mit eben denselben Kunstgriffen vom Entschlusse zum Kriege abzuhalten suchen, um so bereitwilliger mit

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Bundesgenossen das Glück versuchen. Denn auch ihn hat neulich der Hochmuth des spanischen Gesandten indigniert, und das trügerische Spiel, mit welchem die Spanier das dem Papste versprochene Sequester über das Valtellin fruchtlos gemacht haben, fordert ihn zur Rache heraus. Fast das ganze seufzende Deutschland ersehnt diese Befreiung und Rettung, und, bei einer besseren Wendung, werden sich die Gemüther Vieler aufrichten, die jetzt die Furcht der Gefahr vor der spanischen Knechtschaft danieder drückt. Aber schnelles Handeln ist erforderlich, während noch das feindliche Heer durch den Braunschweiger in Niedersachsen festgehalten wird, während noch Mansfeld durch seine Diversion anderswo die feindlichen Kräfte beschäftigt, und zugleich die Generalstaaten zu Lande und zu Wasser den Spaniern zu thun machen. Daher ist kein Zweifel, daß, wenn Ew. Durchlaucht die Zeitlage recht erwägen, Sie mit Gottes Hülfe in kurzer Zeit große Fortschritte machen werden. Im Übrigen, da wir vernehmen, daß der Graf Thurn Constantinopel bereits verlassen, so wünschen wir nichts so sehr, als durch einen zuverlässigen Boten bald eine genaue Kunde über dessen Entwürfe zu vernehmen."

Das Schreiben gewährt vollen Überblick über die Lage der Dinge, nicht wie sie wirklich war, sondern wie sie sich in den Augen und den Wünschen Friedrichs und Camerars im Haag malte, um den Krieg aufs neue anzufachen. Sie hofften auf einen Streich Bethlen Gabors, der auch Christian und Mansfeld zum Ausziehen ermuthigen würde. Allerdings richtete Bethlen Gabor damals, im Juli, an den Kaiser ein drohendes Schreiben,[1] enthaltend die Forderung bis zum 15. August die Commissäre zu schicken, welche ihn in den Besitz der versprochenen Fürstenthümer Oppeln und Ratibor setzen sollten. Wie Friedrich und Camerar, so wollte auch Bethlen Gabor den auf den Monat August nach Köln oder, genauer, nach Frankfurt angesetzten Friedensconvent durchkreuzen. Aber es war auf beiden Seiten der große Unterschied, daß Friedrich und Camerar den ersten Streich von Bethlen Gabor her hofften, dieser dagegen zuvor den Anzug von Christian und Mansfeld erwartete. Auch nahm Friedrich ihm nicht diese Hoffnung. Noch am 31. Juli schreibt er: „Bereits bedrängt der Herzog Christian mit seinem auserlesenen Heere den Tilly im Hessenlande und drückt ihn zurück. Bereits rückt

[1] Una lettera assai mordace, im Berichte Padavins vom 22. Juli, bei Óváry 281.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Mansfeld vor. Alles schwebt zwischen Furcht und Hoffnung, nur in der Erwartung der Fortschritte Ew. Durchlaucht." [1]

So wünschten es Friedrich und Camerar im Haag: es fragt sich, ob diese Wünsche den Thatsachen entsprachen. Wenden wir uns also zurück zu jenen Parteigängern Friedrichs, erst zu Mansfeld, dann zu Christian.

5. Mansfeld in Ostfriesland, bis zum Juli 1623.

Mansfeld lag mit seinen Truppen in Ostfriesland. Der Graf Anton Günther von Oldenburg durfte gegen einen etwaigen ferneren Versuch Mansfelds zum Durchbruch sich verlassen auf die Hülfe seines nahen Verwandten, des Königs Christian von Dänemark. [2] Im Anblicke jedoch des unsäglichen Unheiles, welches das Nachbarland verzehrte, wünschte er der Gefahr ein friedliches Ende zu machen. Deshalb bat er, mit Vorwissen des Dänenkönigs, im Anfange März 1623, bei dem Kaiser um Gnade für Mansfeld. [3] Der Letztere ließ sich das so weit gefallen. Der Kaiser erwiederte: wenn Mansfeld selbst oder Jemand mit Vollmacht von ihm sich gebührend anmelde: so wolle er sich so erklären, wie es die gemeine Wohlfahrt, Ruhe und Einigkeit, auch die Abwendung größeren Unheiles erfordere.

Wenn Mansfeld auf Begnadigung ausgegangen wäre, so hätte er einen bereits gebahnten Weg gehabt durch die Infantin in Brüssel. Die Geneigtheit mit ihm abzuschließen, verblieb dort, weil man in seiner Person eine hauptsächliche Kraft der Gegner zu erblicken meinte. [4] Nicht also in Brüssel oder Madrid lag die Säumigkeit, daß die längst angeknüpften Verhandlungen nicht zu einem Abschlusse gediehen, sondern an Mansfeld.

Dagegen gestaltete sich für alle Entwürfe desselben die Lage der Dinge in Ostfriesland immer weniger günstig.

In den ersten Wochen nach dem Einmarsche der Mansfelder in Ostfriesland überwog in der Stadt Emden die Abneigung gegen den eigenen Landesherrn. Der Rath und die Vierziger (Bürger-Vorsteher), den Generalstaaten dienstbar, beschlossen, am 10. Januar 1623, ein

[1] Litura 262. [2] Slangen, übersetzt von Schlegel, II, 209.
[3] Die Schriftstücke bei Winkelmann 163 u. f. — Kriegsacten F. 52.
[4] Villermont, Mansfeld II, 193. Schreiben des Secretärs Don Juan.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Decret der Absetzung des Grafen Enno III. und hielten die Bürgerschaft an, Mann für Mann dasselbe zu unterschreiben.[1] Damals durfte dort der einstige Hofprediger Friedrichs, Scultet, im Anblicke der unsäglichen Noth des Landes, von der Kanzel aus verkünden: es sei schlimm in die Hände derer zu fallen, welche den Leib verderben; schlimmer jedoch würde es sein, in die Hände derer zu gerathen, welche den Leib und die Seele zugleich und mit einander verderben.[2]

Um mit der Stadt Emden auf gutem Fuße zu verbleiben, hatte Mansfeld sogleich beim Betreten des Landes ihr für die zwei Ämter Emden und Gretsiel Salvegarden gegeben, theils weil die Bürger dort viele Landgüter besaßen, theils zur Sicherung des Unterhaltes für die landständische Besatzung der Stadt.[3] Sehr bald jedoch hielt Mansfeld sein Versprechen nicht mehr. Und dies war für sein Verhältnis zu der Stadt der Wendepunkt. Vom März an schwoll der Unmuth der Bürger wider ihn empor. Sie duldeten keinen Mansfelder unter den Kanonen der Stadt. Der Commandant der holländischen Besatzung in Emden, Ehrentreuter, meldete nach dem Haag, daß er dem Unwillen der Bürger nachgegeben und auf ihr Begehren die kleinen nahe gelegenen Ortschaften Albringswehr, Harsweg, Nesserland am linken Emsufer, mit Wachen besetzt habe.[4]

Feindseligkeiten solcher Art mochten auf Mansfeld geringe Wirkung üben. Aber es kam dazu eine mehr gewichtige. Mansfeld hatte nach Ostfriesland nur die wenigen Kanonen mitgebracht, welche die Generalstaaten ihm zum Abschiede geschenkt. Dagegen hatte er für die große Armee, die er dort zu werben hoffte, die Artillerie bei dem damaligen europäischen Lieferanten, Louis de Geer, in Holland bestellt. Dieser ließ die Kanonen mit der Munition nach Emden verladen. Dort angekommen ward die gesammte Ladung von der Stadt, auf Grund ihrer Ansprüche an Mansfeld, mit Beschlag belegt. Es waren 18 metallene, 10 eiserne Kanonen, dazu eine große Zahl Waffen von allerlei Art, und die entsprechende Munition.[5]

Wann dies geschehen sei, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Da jedoch nicht anzunehmen ist, daß der holländische Lieferant das gesammte

---

[1] Aitzema I, 894: hadden de borgerie gheconstringeert.
[2] Spieghel van der Calvinisten etc. [3] Emden. [4] Wiarda IV, 165.
[5] A. a. O. 194.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kriegszeug nach Emden hin verladen haben würde, wenn ihm ein feindseliges Verhältnis der Stadt zu Mansfeld kund war: so spricht die Wahrscheinlichkeit für den Monat März. Jedenfalls ist die Beschlagnahme vor dem Monate Juli geschehen, weil von da an die Werthangabe des Genommenen zu 150,000 Fl. vorliegt.[1] Nicht jedoch dieser Verlust an Geldwerth war für Mansfeld das schwerste Moment, sondern die Einbuße an dem nothwendigen Kriegsmateriale, das er nicht ersetzen konnte.

Im Anfange Juni erschienen im Haag Gesandte von Venedig und Savoyen, und thaten, im Vereine mit dem französischen Botschafter Maurier dem Prinzen von Oranien und den Generalstaaten den Beschluß ihres Bundes kund, Mansfeld nunmehr definitiv in Dienst zu nehmen, für 60,000 Kronthaler monatlich. Sie brachten für zwei Monate Vorschuß mit. Die Generalstaaten ließen geschehen.[2]

Zugleich verstatteten sie 4000 Mann Franzosen unter dem General Montereau den Durchzug nach Ostfriesland, zur Verstärkung der Armee des Mansfeld. „Sie sind in großer Unordnung, meldet der englische Gesandte aus dem Haag, zum großen Theile halb verhungert. Zwei Schiffe voll Soldaten sind gestrandet. Der rauhe Willkomm wird diese Fremden sehr entmuthigen, und mehr dann noch das harte Geschick, welches ihrer in Ostfriesland wartet, wo in der That alles aufgezehrt ist."[3]

Im Haag gingen über Mansfeld verschiedene Reden. Es hieß, daß er eine Tochter des Grafen Enno heirathen wollte.[4] Dann wieder hieß es, daß er abziehen wolle, und zum Abschiede von den Ständen 500,000 Fl. verlanget, mit der Drohung, im anderen Falle die Grafschaft an den Meistbietenden zu verkaufen.[5] Unzweifelhaft hat er durch den ehemaligen Großkanzler von Böhmen, Wenzel von Ruppa, der nunmehr dem Abenteurer als Agent diente, Unterhandlungen solcher Art mit dem Dänenkönige Christian IV. angeknüpft.[6] Im Haag erzählte man, daß Christian IV. dem Mansfeld einen Diamantenschmuck geschenkt.[7]

[1] Aitzema I, 551. [2] Roe 156. Bericht Carletons. [3] A. a. O. 162.
[4] Carletons Berichte bei Roe 132, 137. [5] A. a. O. 156.
[6] Mittendorf 101. Vgl. dazu Opel I, 487.
[7] Roe 137: a fair jewel of diamonds.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Da indessen diese Anknüpfungen zu einer Reife nicht gediehen, dürfen wir sie auf sich beruhen lassen.

Mansfeld machte einen Versuch anderer Art. Eines Tages im Juli gewahrte die Emdische Wachmannschaft in Nesserland ein Schiff heransegeln, mit mansfeldischen Soldaten besetzt. Als die Absicht zu landen unverkennbar wurde, setzte die Wache sich zur Wehr und schoß. Mansfeld sah sich genöthigt umzukehren. Er richtete eine Klage an den Magistrat von Emden, da er nur eine Vergnügungsfahrt habe machen wollen. Der Magistrat erwiederte, daß er auf alle Fälle dies zuvor in Emden hätte melden müssen. Die Wache habe nach Befehl gehandelt.[1] — Fortan war jeder Versuch der Überrumpelung der Stadt oder auch nur eines ihrer Außenwerke aussichtslos.

Mansfeld besaß also nicht die Stadt Emden, deren Übergabe an Spanien einen wesentlichen Punct seines Vertrages mit der Infantin hätte ausmachen sollen. Dagegen lagen, unerreichbar für ihn, in der Stadt Emden die Kanonen, deren er doch zu irgend einem Feldzuge, sei es zur Verbindung mit dem Herzog Christian, sei es im Dienste der Mächte Frankreich, Venedig, Savoyen, nach der Grafschaft Burgund nicht entbehren konnte. Mansfeld war in Ostfriesland lahm gelegt.

Die Gesandten jener Mächte hatten das mitgebrachte Geld ihm gezahlt. Eine weitere Sendung erfolgte nicht. Mansfeld aber verblieb mit allen diesen Truppen, den alten und den neuen, zur Last des unglücklichen kleinen Landes.

Am 14. Mai hatte der Graf Enno ein um Hülfe flehendes Schreiben an den Kaiser abgesandt. Das Schreiben traf in Wien ein am 10. Juli, die Antwort des Kaisers ist vom 18. Das Schreiben des Grafen muß eine Beschwerde über bisher nicht geleistete Hülfe enthalten haben; denn in der Antwort rechtfertigt sich der Kaiser mit der Entlegenheit des Landes, verspricht jedoch, daß er nach bestem Vermögen jedem Reichsstande helfen wolle, „da wo sich die Gefahr und Noth am meisten hervorthue".[2] Die Gefahr für die Gesammtheit war im Juli größer vom Herzog Christian her als von Mansfeld.

[1] Wiarda IV, 168.

[2] Aurich. Nur das kaiserliche Schreiben vorhanden, zur Hälfte vermodert.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

6. Herzog Christian in Niedersachsen, im Frühling 1623.

Ungleich bedrohlicher wuchs in den Frühlingsmonaten 1623 die Macht Christians in Niedersachsen empor, und dem entsprechend die Besorgnisse, was von ihm zu erwarten. Wir haben diejenigen des eigentlichen Generals der Kreisarmee, des Herzogs Georg, bereits vernommen. Sie waren nicht minder lebhaft bei dem Herzog Christian dem Älteren in Celle, so wie auch, nach äußeren Kundgebungen, bei dem Administrator Christian Wilhelm von Magdeburg.[1] Aber sie allesammt vermochten und wagten nicht etwas dagegen zu thun. Und eben so wenig die Räthe Friedrich Ulrichs. Einer der Gesandten jener Fürsten berichtet darüber: „Die Mutter und die beiden Brüder tractieren und beschließen fast alle Sachen allein, und wenn es gleich in den Rath gezogen wird, so darf doch Niemand sich opponieren, weil den Herren Räthen bekannt, daß zu Wolfenbüttel auf dem Schlosse mehr finstere vergitterte Stüblein vorhanden, so noch ledig sind."[2]

In der Wirklichkeit waren es nicht drei Personen, welche Beschlüsse faßten, sondern nur Christian. Der ältere Bruder, Friedrich Ulrich, war, nach allen Zeugnissen über ihn, ein Mann ohne Kraft und Willen, unfähig der gebieterischen Natur des Jüngeren zu widerstehen. Wie weit die Selbsttäuschung der Mutter Elisabeth ging, dürfte schwer zu entscheiden sein. Aber jener Calenberger Vertrag, den Christian selber damals gleich dem Prinzen von Oranien gegenüber als einen Betrug seinerseits gezeichnet hat, war das Werk der Mutter. Daß Christian damit den Bruder betrogen, mußte nach und nach aller Welt klar werden. Dennoch ist es möglich, daß die Mutter damals noch meinte, den jüngeren Sohn bei dem gegebenen Worte festhalten zu können; denn sie hat später ihm gegenüber sein Verhalten gegen sie und den Oheim von Dänemark mit den richtigen Ausdrücken gekennzeichnet.

Auch nur aus dieser Selbsttäuschung dürfte es sich erklären, daß Elisabeth dem Sohne noch 70,000 Thaler geschenkt hat,[3] nämlich zum Zwecke der Abdankung seiner Truppen gemäß jenem Vertrage. Die Generalstaaten schickten, im Mai, 127,000 Fl.[4] Daß diese Geldsendung nicht zum Zweck der Entlöhnung bestimmt war, ergibt die bald darauf folgende holländische Sendung von Waffen für 5000 Mann Infanterie

[1] Einzelheiten darüber bei Opel I, 427. [2] A. a. O. 444.
[3] Capellen I, 181. [4] Aitzema I, 567.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und 2000 Reiter, ferner von Kanonen, deren Bedienung von den Generalstaaten bezahlt wurde.[1]

Die Hauptlast des Zahlens ruhte jedoch auf den Niedersachsen. Christian „ersuchte das Domcapitel in Halberstadt um eine Beisteuer zur Abdankung seines Kriegsvolkes".[2] Das Ersuchen steigerte sich zu dem stärkeren Drucke der Haft der Domherren. Sie und die Stände von Halberstadt zahlten 100,000 Thaler. Für die weiteren 50,000 Thaler, die Christian verlangte, „schlug er das Auskunftsmittel vor, daß anstatt der 50,000 Thaler das Gold- und Silbergeschirr der Kirchen, Communen und Privatpersonen auf das Rathhaus zu Halberstadt eingeliefert und an irgend einem sicheren Orte gegen baar versetzt werden sollte".[3]

Ein holländischer, durchweg sehr wohl unterrichteter Zeitgenosse, faßt die Sache kurz: „Der Herzog Christian forderte, vor seinem Abzuge, aus den Städten seines Landes (Halberstadt) alle Kleinodien, Gold und Silber, Schmuck der Frauen, um damit sein Kriegsvolk zu bezahlen."[4] — Die Freiwilligkeit dieser Einlieferung dürfte einigem Zweifel unterliegen.

Der kaiserliche Gesandte von der Recke, der im niedersächsischen Kreise weilte, berichtet, daß Christian zu einer Soldzahlung die Mittel „theils aus den Kirchen-Zierrathen, theils vom Domcapitel, der Ritterschaft, und den Einwohnern des Bisthums Halberstadt mit Gewalt genommen habe."[5] — „Für sich selber hat er das alte reiche Meßgewand, in welchem früher die Bischöfe consecriert wurden und ihren Eid leisteten, zur Anfertigung eines Sattels zerschneiden lassen."

Ferner nahm Christian vom Fürstbisthume Hildesheim. Er trieb auf dem Eichsfelde die Brandschatzungen ein, deren Verschreibungen, nachdem sie im Jahre zuvor ihm ausgestellt, vom Kaiser für ungültig und nichtig erklärt waren. Mit der Meldung dessen, am 25. April, verband der Landesherr, der Kurfürst Johann Schweikard von Mainz, die Bitte an den Kaiser, den Herzog Christian nicht zu pardonnieren.[6]

Bevor diese Bitte in Prag eintraf, war die kaiserliche Antwort, vom 29. April, auf die Verwendung des Dänenkönigs und Friedrich Ulrichs für Christian bereits unterwegs.

[1] Bericht Carletons bei Roe 162. [2] Opel I, 434 u. f.
[3] So Opel I, 438, der leider die Original-Worte nicht mittheilt.
[4] Capellen I, 183. [5] Kriegsacten F. 53. Vom 2. Jul.
[6] Kriegsacten F. 52.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wie gegen Mansfeld, wie gegen Friedrich selbst der Kaiser alles that, was er ohne Nachtheil seiner Würde vermochte, um den Frieden wieder zu bringen: so auch gegen Christian. Daß die Werbungen des jungen Herzogs während der ersten Monate des Jahres 1623 nicht bezweckten, den Kreis Niedersachsen gegen Mansfeld zu schirmen, daß es seine Absicht war den Kriegsbrand abermals in die österreichischen Erbländer zu schleudern, ahnte oder wußte Ferdinand zur Genüge. Nun kamen der Bruder, die Mutter, der Oheim dieses Christian mit Bitten heran um Verzeihung für den Söldnerführer, dessen Rüstungen täglich fortgingen, täglich mehr die deutschen Länder in Schrecken setzten. Waren diese Bitten ehrlich gemeint? Der Zweifel mußte bei dem Kaiser sich regen, und Ferdinand verhehlte denselben nicht. Auf die Bitte der Mutter und des Bruders, auf ihre Entschuldigung, daß Christian in der Leidenschaft der Jugend so gehandelt, wie er gethan, erwiederte der Kaiser Ferdinand: er könne von einem deutschen Fürsten, wie Friedrich Ulrich nicht anders erwarten, als daß die Bitte um Begnadigung und das Anerbieten der Unterwerfung redlich gemeint sei. Doch müsse er ihnen sein Befremden aussprechen, warum nicht Christian selber bitte.[1] Dem Könige Christian IV. namentlich erwiederte Ferdinand: er halte für gewis, daß der König seine Fürbitte nicht ohne diese Überzeugung gethan haben würde. Deshalb gewährt der Kaiser die Verzeihung, doch so daß der Herzog als treuer und gehorsamer Fürst sich erweise, sein Versprechen halte, dagegen verhüte, daß das abgedankte Kriegsvolk den Feinden des Kaisers zuziehe.

Auf dies kaiserliche Schreiben meldete der dänische König Christian seinem Neffen: mehr dürfe man von dem Kaiser nicht verlangen. Wenn sein Neffe vielleicht glaube, daß der Rath der Mutter und des Bruders aus natürlicher Neigung mehr die Sicherheit als die Reputation ins Auge fasse: so möge der Neffe auf den Rath des Oheims hören, der die Sache verstehe und es gut mit ihm meine. Der König bat: der Herzog wolle das kaiserliche Anerbieten nicht aus den Händen lassen, nicht auf fremde Einflüsterungen hören. Der Oheim bat den Neffen, auch *seine* Ehre zu schonen. Er habe für den Herzog bei dem Kaiser um Gnade gebeten: darum sei, wenn Christian die Gnade nicht annehme, die Ehre des Königs in Gefahr, und also deute es der Kaiser sehr merklich in seinem Schreiben an. — Friedrich Ulrich meldete seinem Bruder: der Kaiser habe sich so mild und gnädig erboten, daß nicht

[1] Mittendorf 70.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

abzusehen sei, was derselbe ohne Verletzung seiner kaiserlichen Majestät mehr thun könne, solle oder möge. Mit besserer Reputation als unter diesen Umständen könne Christian von dem Handel nicht abkommen. In gleicher Weise stimmten ein Christian Wilhelm von Magdeburg, Christian von Celle und andere Fürsten. Also am 24. April / 4. Mai 1623.[1]

Friedrich Ulrich hatte Recht. Der Kaiser ging in seinem Anerbieten bis an die Grenze dessen, was er moralisch als oberster Richter des Reiches thun durfte. Denn wenn auch die Gnade gegen den reuigen Verbrecher das edelste Recht der Krone ist: so war der Kaiser auf der anderen Seite kraft seines Amtes auch der berufene Schutzherr der Tausende, die in Christians Frevelmuthe schuldlos hingeopfert wurden.

Wir sehen, wie nach solchen Worten der Fürsten wir annehmen müssen, daß sie mit ihren Bitten für Christian bei dem Kaiser es aufrichtig meinten. Auch handelten sie in gutem Glauben. Der dänische Gesandte Sivert Pogwisch versicherte einige Monate später dem Kaiser: Christian habe seiner Mutter mit Hand und Mund versprochen von dem Kriegswesen abzustehen.[2]

Christian hatte in der Bestallung seinem Bruder bei fürstlichen Ehren und wahren Worten getreulich und ohne Gefährde gelobt, nicht eigenmächtig Quartier zu nehmen, keinen Fürsten noch Stand des Reiches zu beleidigen, noch mit Gewalt zu überziehen, sich gegen den Kaiser allerunterthänigst zu verhalten, und dergleichen mehr.[3]

Es kommt also auf das Verhalten Christians zu dem erbetenen Pardon an. Wir vernehmen darüber die folgende Meldung aus dem Haag.[4] „Der kaiserliche Pardon, welchen der König von Dänemark für den Herzog Christian erwirkt, ward von einem Herolde nach Wolfenbüttel überbracht. Er enthielt die Bedingung, daß der Herzog sofort zu entwaffnen und seine Truppen zu entlassen habe, und eine Nachschrift vom Kaiser eigenhändig, daß, wenn nicht Christian den Pardon mit den Bedingungen bereitwillig annähme, der Kaiser ihn nicht noch einmal gewähren würde. Der Herold getraute aus Furcht sich nicht, dem Herzoge Christian selber den Pardon zu überreichen, sondern gab ihn der Mutter und dem Bruder. Diese sandten das Actenstück, am 1./11. Mai, dem

[1] Alle diese Schreiben in der Kurtzen und gründlichen Information uiw. 121 u. f.

[2] Hurter IX, 279. N. 79. [3] Kurtze und gründliche J. 114.

[4] Roe 156. Bericht Carletons an Roe, vom 26. Mai / 5. Juni.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Herzoge Christian nach dem Schlosse Gröningen, wo er zu weilen pflegte. Er zerriß es in Stücke und trat sie in den Staub, mit den Worten: bevor er entwaffne, wolle er das Äußerste wagen, bis er den König und die Königin von Böhmen, für die er zuerst zu den Waffen gegriffen, in den Besitz ihrer Länder hergestellt erblicke: dann werde er zufrieden sein, zugleich mit ihnen auch seinen Pardon zu empfangen. Der Herzog Friedrich Ulrich und die Herzogin Witwe sind zu dem Könige von Dänemark gereist, der sich in Holstein befindet. Sie wollten auch Christian mit sich dahin ziehen: er jedoch hat abgelehnt, um nicht durch den Oheim wider seine eigene Meinung gedrängt zu werden."

Aber Christian bedurfte zur Vertheidigung der Nicht-Annahme des Pardons vor seinem Oheime des Rückhaltes an seinem Heere. Er legte die Sache den Häuptern desselben vor, am 15./25. Mai. Sie antworteten mit einer Schrift, in welcher sie das Erstrecken der Verzeihung in aller Beziehung auch auf sie verlangten, so wie die rückständige Löhnung nebst der Entschädigung für ihre gemachten Ausgaben. Im anderen Falle werde der Herzog sich ewige Beschimpfung und seinen Ländern große Gefahr zuziehen.[1]

Gestützt auf dieses Schriftstück, das nicht dem Eingeständnisse eines begangenen Unrechtes ähnlich sah, entsendete Christian noch am selben Tage seine Boten an seinen Oheim. Die Instruction derselben beginnt: „Se. F. Gn. bitten den König, sich nicht in die Gedanken führen zu lassen, als hätten Se. F. Gn. aus Trotz oder Widerwillen den Pardon nicht acceptieren wollen."[2]

Im Fortgange der Instruction macht er sich dann alle jene Forderungen zu eigen. Wenn die Mittel zur Entlöhnung der Armee ihm angewiesen werden, dann wolle er „die Obersten und Officiere zuversichtlich zur Ablegung der Waffen disponieren."

Unterdessen hatte Christian der Ältere einen niedersächsischen Kreistag nach Gardelegen einberufen. Die Versammlung erließ am 20./30. Mai an den jüngeren Christian die Mahnung, den kaiserlichen Pardon anzunehmen.[3] „Im widrigen Falle aber sollen die Gesandten dem Herzoge anzeigen, daß Fürsten und Stände solches ganz ungern und mit hoher Bestürzung vernehmen würden, weil sie dann den Untergang des übrigen evangelischen Kreises vor Augen sehen, und hoch zu besorgen sei, daß

[1] Röse I, 58. Das Datum muß 15./25. Mai sein.
[2] Kriegsacten F. 53. Vom 15./25. Mai. [3] Kriegsacten F. 53.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die K. Majestät mit allem Ernste das Werk angreifen werde. Es möchten aber J. F. G. auf den Fall, den man J. F. G. nicht gönnt, der guten Freunde liebender, wohlgemeinter Erinnerung eingedenk sein, und denjenigen, die J. F. G. von der schuldigen Accommodation abgehalten, alles Unheil imputieren und beimessen."

So diese niedersächsischen Kreisstände gegenüber dem unbotmäßigen jungen Fürsten, dessen Leichtsinn und Trotz den Krieg über seine Heimat heraufbeschwört. Zugleich lassen sie dem Kaiser „ausdrücklich erklären, daß, so lange Odem in ihnen, sie in der Kaiserlichen Majestät Devotion und Gehorsam unausgesetzlich verharren und zu keinem Widrigen in keinerlei Weise und Wege sich werden bereden lassen." Dagegen sprechen sie die Hoffnung aus, daß Tilly nicht in den Kreis einrücken werde.[1] — Man sieht: weder nach der einen, noch nach der anderen Seite sind Klarheit und Muth die charakteristischen Eigenschaften der Mehrheit dieser Kreisstände.

Der Herzog Christian erreichte, was er zunächst gewollt. Am 23. Mai / 2. Juni entsandte sein Oheim Christian IV. von Steinburg in Stormarn aus ein abermaliges Gesuch, daß der Kaiser dem Wunsche seines Neffen gemäß den Pardon extendieren möge.[2] — Damit war Zeit gewonnen.

Damals, im Monate Mai, ging bei Freund und Feind noch das Gerücht, daß Mansfeld heraufziehen und sich mit Christian vereinigen werde. Jener aufgefangene Bericht des Samuel Weiß schien für Tilly, für den Kurfürsten Max, für den Kaiser das zu bestätigen. Auch kamen aus dem Mansfeldischen Lager Meldungen im ähnlichen Sinne. Mansfeld habe sich geäußert: der größte Vortheil, den er zur Zeit habe, sei der, daß er auf Niemanden zu sehen, gegen Niemanden eine Verpflichtung habe, wie in den Jahren zuvor in der Ober- und der Unterpfalz. So wolle er in alleweg durchdringen, und werde Niemand ihn hindern als Gott allein.[3]

Mansfeld hatte damals, wie es hieß, 10,000 Mann Infanterie und 3800 Pferde, „alles gute, alte und versuchte Soldaten." — Es ist daher sehr möglich, daß in der Umgebung Christians die Hoffnung auf Mansfeld einen erheblichen Factor in der Rechnung ausmachte. — Jeden-

[1] Instruction der Gesandten an den Kaiser, vom 24. Mai / 4. Juni, in Kriegsacten F. 53.

[2] Kriegsacten F. 53. [3] Vom 10./20. Mai in Kriegsacten F. 53.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

falls war das Gerücht von der Absicht dieser Vereinigung für Tilly ein Motiv zu dem Aufbruche aus Assenheim in der Wetterau nordwärts, im Mai.[1]

7. Tilly in Hessen, im Mai und Juni.

Dort und weiter ostwärts hatte sein Heer den Winter über still und friedlich in den Quartieren gelegen. Eines Tages geschah es, daß der Graf Johann Ludwig von Nassau sich auf den Weg machte, um bei dem Feldherrn um eine Erleichterung der Einquartierung in Diez zu bitten. Um dieser Bitte Gewicht zu verleihen, hatte er eine goldene Kette zum Werthe von 2400 Fl. bei sich. Als er zuvor Anderen von dieser Absicht erzählte, erhielt er den wohlmeinenden Rath, in Betracht der Persönlichkeit des Feldherrn das Angebot dieser Kette zu unterlassen.[2]

Bevor Tilly an ein Vorgehen gegen Christian oder Mansfeld denken konnte, mußte er den Ausgang der Unterhandlungen des Königs Jacob mit der Infantin in Brüssel erwarten, im Mai. Diese Rücksicht fiel dann hinweg durch die Kunde, daß weder Mansfeld noch Christian sich um jene Verhandlungen kümmerten, sondern daß, wie Tilly damals erfuhr, Christian durch die Stifter Würzburg und Bamberg nach Böhmen hin vorbrechen wolle.[3]

Bevor jedoch Tilly zu Christian gelangen konnte, lag ihm ein anderes Land zunächst, durch welches er ziehen mußte, dasjenige des Landgrafen Moritz. Werfen wir auf das Verhalten desselben einen kurzen Rückblick.

Von seiner Verbindung mit Heinrich IV. von Frankreich an war dieser in besonderer Weise nach Kirchengütern gierige Mann ein hauptsächlicher Motor der Unruhe sowohl im Reiche, wie im eigenen Lande, wo er voll krankhaften Unmuthes mit seinen Räthen, mit seinen Landständen, mit seiner Frau, mit seinen Kindern in beständigem Hader lag.[4] Im Sommer 1622 hatte er sich mit dem Plane getragen, zu dem pfälzischen und dem braunschweigischen Löwen auch den hessischen zu gesellen, bis der Streich von Höchst auch diesen Plan zerschlug. Jedoch blieb Moritz damals, wider den Willen seiner Landstände, in Waffen.

[1] Sein Schreiben an Cordova, bei Röse I, 396. Nur das Datum dort kann nicht richtig sein.

[2] Keller 48. [3] Jenes Schreiben an Cordova, bei Röse I, 396.

[4] Rommel VII, 431.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Im August 1622 sagte man: Moritz habe 20,000 Mann auf den Beinen. Tilly fragte einen hessischen Lieutenant, ob dem also. Als dieser auswich, meinte Tilly: „Euer Herr hat viel zu thun. Er wird nicht eher ruhig werden, bis ich komme und ihm ein Paar Federn ziehe.“ [1] Dennoch verharrte sowohl der Kaiser als Tilly in schonender Weise. Auf der Reise nach Regensburg gab Ferdinand auf die Frage seiner Räthe über Moritz zur Antwort: er wisse wohl, wie es um denselben stehe. Doch wolle er, wenn das Heer vor Schaden gegen den Landgrafen sicher sei, das hessische Land mit Einquartierung verschonen. Dem Landgrafen indessen schlug das Gewissen. Er schickte im December 1622 einige Räthe zu Tilly, der in Assenheim weilte, und ließ sich nach dessen Absichten erkundigen. Tilly entgegnete: er für seine Person habe mit dem Landgrafen in Ungutem nichts zu thun, auch weder vom Kaiser, noch vom Herzoge Max einen Auftrag zur Feindseligkeit. Er wisse zwar wohl, welchen Vorschub der Landgraf den Feinden des Kaisers gethan; doch solle Moritz sich dessen nichts Böses zu befahren haben. Die Räthe thaten sehr unwissend. Sie fragten, was Tilly meine. Er bewies ihnen, daß Christian dort unterstützt, daß dem Mansfeld im Hessenlande Werbungen verstattet seien. Die hessischen Räthe entgegneten: wenn dieß geschehen: so sei es heimlich gewesen. Tilly wies sie hin auf die Nothwendigkeit des Friedens für das Reich. Der Kaiser sei geneigt. „Auch haben die armen Priester und Pfaffen wenig Lust zum Kriege. Sie sind dessen nicht gewohnt, wollten gern Frieden halten und Jedem das Seinige lassen, wenn man nur ihnen auch das Ihrige nicht nähme.“ Die Hessen entgegneten: der Kurfürst von Sachsen könne viel zum Frieden thun. „Allerdings,“ erwiederte Tilly, „aber auch euer Herr, der Landgraf, könnte es und hätte es längst thun können. Er ist ein Fürst von gutem Verstande und großer Autorität im Reiche. Er würde sich selber nützen, dem Kaiser angenehm sein, und sich um das ganze Reich verdient machen.“ [2]

Bereits im März hatte der Kaiser dem Landgrafen Moritz den Durchmarsch Tillys in Aussicht gestellt mit den Worten: „Weil der geächtete Mansfelder sammt seinem räuberischen Anhange einzig und allein derjenige ist, welcher im H. R. Reiche, unserem geliebten Vaterlande, den werthen Frieden beharrlich und unausgesetzlich zerstört, hin und

[1] Rommel VII, 431. [2] Abschrift der Verhandlung im Celler Briefarchiv.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wieder im Reiche von einem Orte zum anderen feindlich grassiert, und mit Rauben, Plündern und Brennen unverwindlichen Schaden thut, dessen Verfolgung die heilsamen Reichssatzungen einem jeden Fürsten und Stande für sich selbst auflegen und befehlen —: so haben D. L. leicht zu ermessen, daß um des willen wir, wie auch obgenannte treue, gehorsame Stände, aus andringender Noth nicht umgehen können noch mögen, ihm, dem Mansfelder und seinem Anhange, vermittelst unseres geworbenen Kriegsvolkes aller Orten und Enden, wo derselbige anzutreffen sein mag, unter Augen zu ziehen und sie zu verfolgen."[1] Es folgt der Befehl für Tilly.

Demgemäß forderte Tilly, noch im April, den Durchzug durch Hessen. Die Abneigung des Landgrafen Moritz wider den Kaiser war in der letzten Zeit gesteigert durch die Nachricht aus Regensburg, daß der Kaiser in dem Marburger Erbstreite zu Gunsten des Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt entschieden und den Kurfürsten von Köln und Sachsen den Vollzug aufgetragen.[2] Um so mehr ergrimmte Moritz über die Forderung Tillys. Er eröffnete dem in Eile berufenen ständischen Ausschuß, mit Anwendung der ihm geläufigen Bibelsprüche, daß die Religion bedroht sei, und er sich wehren wolle.[3] Jene erwiederten: man könne sich nicht wehren, nur bitten, daß das Land nicht beschwert werde. Moritz verstand sich zu einer Gesandtschaft, welche bei Tilly die Neutralität beanspruchen sollte. Tilly entgegnete: „Es heißt hier nicht Neutralität: es heißt Gehorsam der Fürsten und Stände des Reiches. Der Landgraf ist ein Fürst des Reiches, ist wie Andere dem Oberhaupte unterthan. Wie andere Fürsten gehorchen, so muß auch der Landgraf auf vierzehn Tage Quartier geben."[4] Der General verlangte die Absendung von Commissarien zur Regelung der Quartiere. Immerhin möge das Land schon bisher gelitten haben; aber daran seien die Kriegsrüstungen des Landgrafen selber schuld.

Es liegt hier die Frage nah, ob unter den damaligen Verhältnissen des Reiches eine Neutralität von solcher Art, wie Moritz sie verlangte, möglich und denkbar war. Es findet sich auf die Frage aus jener Zeit selbst eine bestimmte Antwort von einer Persönlichkeit, die nicht dem Verdachte unterliegt, das Recht des Kaisers über die Fürsten und Reichsstände zu überschätzen. Es ist der Schwedenkönig Gustav Adolf. Als wenige Jahre später bei dessen Einbruche in Deutschland der Graf Anton

[1] Kriegsacten F. 52. Vom 22. März. [2] Rommel VII, 538.
[3] A. a. O. 537. [4] A. a. O. 538.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Günther von Oldenburg ihn um Neutralität bat, mit dem Hinweise, daß er auch bei dem Kaiser sie erstrebe, erwiederte Gustav Adolf, am 16. December 1630: „Es ist ja nicht abzusehen, wie eine solche Neutralität von einem Vasallen des Reiches bei dem Kaiser nachzusuchen, weniger noch, wie sie zu erlangen ist.“ [1]

Auf die Proposition des Landgrafen, dem Tilly den Durchzug zu verweigern und zu verwehren, faßten Prälaten, Ritter und Landschaft, am 20./30. April, den Beschluß, daß jede Weigerung das Übel ärger machen werde. [2] — In seinem Verdrusse darüber eilte Moritz außer Landes. Es blieb nicht unbekannt, daß er den Herzog Christian auf dem Schlosse Gröningen besucht habe.

Des Verzuges ungeduldig betrat Tilly, im Mai, das hessische Land. [3] Da der Einmarsch unabwendbar war, so kann die Nichtabsendung von landgräflichen Commissarien nur absichtlich gewesen sein zu einem ganz besonderen Zwecke. Dieser Zweck wird klarer durch das Verbot des Landgrafen an seine Beamte, die Sorge für den regelmäßigen Unterhalt des Heeres zu übernehmen. Die unvermeidliche Folge war, daß die Soldaten selbst Quartier und Lebensmittel nahmen nach eigenem Gefallen. Dabei war Unordnung unvermeidlich. Diese etwaige Unordnung konnte dann auf Rechnung eines katholischen Fanatismus geschrieben, und durch die calvinischen Geistlichen zur Aufreizung des Landvolkes benutzt werden. Der wohlangelegte Plan mislang nicht völlig. „Obwohl Tilly auf dem Marsche von der Wetterau nach Hersfeld, erzählt uns ein gleichzeitiger Bericht, [4] scharfe Disciplin gehalten und das Streifen ernstlich verboten, ist doch viel Ungemach vorgegangen, die Straßen sind unsicher geworden, und viele Flecken haben herhalten müssen.“ Allein Tilly setzte dem Stratagem des Landgrafen in dieser Art ein anderes entgegen von seiner Art. Moritz hatte das Landvolk aufgeboten zur Vertheidigung. Wo Tilly solche Kämpfer fand, griff er sie nicht an, sondern ließ freundlich zu ihnen reden. „Ihr Bauern,“ sprach er selbst zu einer solchen Schaar, „ihr gute Leute, zieht heim zu euren Weibern und Kindern, und pflanzt Kraut und Rüben: es soll euch nichts widerfahren.“ — „Das ist ein Stratagema,“ sagt ein heftiger Gegner, [5]

[1] Winkelmann 225. [2] Kriegsacten F. 53. [3] Rommel VII, 540 u. f.
[4] Theatrum E. I, 838.
[5] Dormi secure oder Spinolas und M. Tillys Schlaftrunk, von 1625.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„dessen Tilly viel genossen hat." Die Thatsache dürfte nicht zu bezweifeln sein.

In entsprechender Weise schrieb Tilly an Anholt in Westfalen, für den Fall, daß er diesen durch Hessen an sich ziehen müsse: „Wir haben dahin zu trachten, daß unsere Truppen sich mit solcher Bescheidenheit und guter Zucht benehmen, daß der Landgraf Moritz keinen Anlaß hat, sich zu beklagen." [1]

Dieser Intention gemäß, ließ Tilly nicht ab, auch vom Marsche aus immer die Zusendung von Commissarien zu verlangen. Bevor er von Hersfeld aufbrach, forderte er von allen Behörden eine schriftliche Erklärung, die ferneren kaiserlichen Truppen ungehindert durchziehen lassen zu wollen. Jene beriefen sich auf ihren Eid gegen den Landgrafen. Tilly erwiederte: obenan stehen die Pflichten der Fürsten und Unterthanen gegen den Kaiser. Wenn der Landgraf Moritz sie daran hindere, werde es ihm nicht wohl bekommen. Auch so noch gaben die Behörden den verlangten Revers nur bedingungsweise, und entschuldigten sich bei Moritz: sie hätten noch Härteres befürchten müssen, als diesen Revers. [2]

8. Unentschiedenheit der Reichsstände in Niedersachsen gegenüber Christian.

Am 19. Juni befand sich Tilly zu Eschwege an der Werra. [3] Von dort aus meldete er dem Herzog Friedrich Ulrich bestimmter: „Die Sachen lassen sich so an, daß der Herzog Christian mir Ursache geben möchte, Ew. F. Gnaden Länder mit meiner Armee zu berühren." Tilly bittet daher zur Verhütung aller Unordnung um die Absendung von Quartier-Commissarien.

Die heranwachsende Gefahr gab endlich den Räthen des Herzogs Friedrich Ulrich den Muth, offen zu ihrem Herzoge zu reden. Am 11./21. Juni, also sofort nach dem Eintreffen der Aufforderung Tillys vom 19. Juni, legten sie ihm die Bitte vor, der Herzog wolle seinen Bruder ermahnen, daß Christian in sich gehe und bedenke, was zum zeitlichen und ewigen Frieden diene. „Wir können," sagen sie, „das Unternehmen des Herzogs jetzt so wenig wie zuvor genehm halten. Auch möchten wir nicht gern beschuldigt werden, daß wir nicht als ehrliche Deutsche das Unsrige gethan hätten. Wenn der Erfolg ein ungünstiger

[1] Kriegsacten F. 53. Vom 2. Juli. [2] Rommel VII, 546.
[3] Kriegsacten F. 53. Viele dieser Wechselschriften auch bei Londorp II, 761 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ist, so wird gemeiniglich alles den Räthen beigemessen. Darum wollen wir unseres Ortes vor Gott, vor der kaiserlichen Majestät, vor allen Kurfürsten, Fürsten und Ständen des Reiches hiermit entschuldigt sein."[1] Sie wiederholten die Bitte, Christian müsse die kaiserliche Gnade annehmen.

Nicht dieser Bitte entsprechend lautete die Antwort Friedrich Ulrichs an Tilly, oder, richtiger doch wohl, diejenige Christians, für welche Friedrich Ulrich den Namen hergab, vom 14./24. Juni.[2] Der Herzog, heißt es darin, habe mit nicht geringer Befremdung vernommen, daß Tilly gesinnt, seine Armee in den niedersächsischen Kreis zu führen. Er kann nicht absehen, wie der Herzog Christian „Euch zu solchem Marsche Ursach gegeben, indem S. Lbd. so wenig wider Euch wie Jemanden anders, wer der auch sein möchte, einige Thätlichkeit verübt, sondern mit Dero unterhabenden Armee — die S. L. zu ihrer Sicherheit bei sich haben — sich in ihren Quartieren anjetzo still verhalten, und der ferneren Extension und Assecuration des kaiserlichen Pardons in unterthänigstem Gehorsam erwarten."

Die Angelegenheit des Pardons für Christian und seine Partei tritt hier, den Worten nach, in den Vordergrund. Wie Christian darüber dachte, liegt aus seinem Verhalten vor. Für den Kaiser jedoch verhielt sich die Sache doch etwas anders. Eine besondere Darlegung des Kurfürsten Maximilian vor dem Kaiser, vom 31. Mai, fällt dafür schwer ins Gewicht.[3]

Der Kurfürst bittet darin den Kaiser, daß er bei der großen Gefahr selber mehr Truppen werbe. Er weist hin auf die vielen Mitglieder der Stände in den Ländern des Kaisers daheim, die nur dem Zwange gehorchen. Die flüchtigen Mitglieder hetzen in allen Ländern Europas wider den Kaiser. Der Herzog Christian stärkt sich täglich mehr. Seine Vereinigung mit Mansfeld steht, nach der Meinung des Kurfürsten, in naher Aussicht. — Dann aber folgt noch die andere schwere Besorgnis, daß die Mitglieder der Liga, des Krieges müde, geneigt sein werden, einen Frieden anzunehmen, „mit was (für) Conditionen es auch geschehen möge."

Daß die geistlichen Herren kriegesmüde, haben wir auch früher von Tilly in seinen Reden an die hessischen Gesandten vernommen. Stärker ausgeprägt tritt jedoch hier der Gedanke auf. Die Consequenz für den Kaiser war, daß, wie und wo immer die Möglichkeit eines

[1] Celler Briefarchiv. [2] Londorp II, 761. [3] Kriegsacten F. 53.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gütlichen Abkommens sich bot, er, um die Defensiv-Partei im Reiche bei sich zu behalten, gehen mußte bis an die Grenze der Nachgiebigkeit, namentlich also in der Angelegenheit des Pardons für Christian und dessen Anhänger.

Bereits am 2. Juni hatte Ferdinand II. dem Dänenkönige geschrieben: wenn der Herzog Christian von Stund an sein Heer abdanke, so werde Tilly dort bleiben, wo er sich befinde.[1] Dann gelangten an den Kaiser die Verwendung Christians IV. für die Ausdehnung des Pardons und die Bitten des Kreistages von Gardelegen, daß Tilly nicht in den Kreis einrücken möge. Die Kreisstände hatten zugleich damit gemeldet, daß sie am 18./28. Juni in Lüneburg wieder zusammen treten würden. Mit Bezug auf alles dies schrieb der Kaiser, mit dem Ausdrucke seines vollen Mistrauens gegen Christian den Jüngeren, dennoch, am 18. Juni, an Tilly: „Hierum so stellen wir zu Deinem ferneren Nachdenken, ob, wenn noch eine Hoffnung der gütlichen Niederlegung der Waffen erscheint, es nicht etwa rathsam sein möchte, Dich an den niedersächsischen Grenzen im Lande zu Hessen, Eichsfeld, Stift Fulda und der Orten etwas aufzuhalten, damit der gedachte niedersächsische Kreis, so wie auch dann der obersächsische von etwa einem unversehenen Einfalle nicht Ursache hernehme, sich mit des Halberstädters Volk zu vereinigen." Der Kaiser spricht sogar die Besorgnis aus, daß, wenn auch die Kreisstände dies ungern sehen möchten, dennoch die Befehlsbaber dort, in der Hoffnung auf einen längeren Krieg, dies durchsetzen könnten. „Doch stellen wir, fügt der Kaiser hinzu, dies Deiner bekannten Discretion und wie Du die Sache befinden wirst, völlig anheim."

Auch zwischen München und Wien ward diese dornige Frage des Einrückens von Tilly in den niedersächsischen Kreis lebhaft erwogen. Nachdem Maximilian die Gründe für und wider ausführlich erörtert, schließt er mit den Worten: „Ich will unterthänigst gebeten haben, daß E. K. M. die Resolution nicht auf mich zurückschieben und meinem Gutbefinden anheimstellen, sondern mir einen ausdrücklichen und endlichen Befehl geben." So am 17. Juni.[2]

Darauf hin richtete der Kaiser, am 21. Juni, durch einen Courier an die Kreisstände von Niedersachsen eine nachdrückliche Aufforderung. „Es findet sich, heißt es darin, bei dem Herzog Christian nicht ein

[1] A. a. O. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

einziges Zeichen der Reue. Ja, es wird nunmehr sogar ausdrücklich ausgegeben: es sei von ihm her niemals einiger Pardon begehrt. Es kommt daher in- und ausländischen Kriegsverständigen nicht wenig fremd vor, daß wir diesfalls eine solche Langmuth beweisen, die Allen zu mehr Verderben gereiche." — Indem dann der Kaiser sich bezieht auf jenes Schreiben von Gardelegen aus, in welchem die Kreisstände ihre Treue versichern, so lange Athem in ihnen sei, verlangt er „eine kategorische, gewisse Erklärung, ob und wie dieselben den Herzog Christian zur Entwaffnung und Entlassung seines Kriegsvolkes disponieren wollen" — oder wenn Christian seine Truppen heimlich oder öffentlich einem Anderen überlasse, „wie und welcher gestalt E. F. Ld. und Ihr gefaßt, ohne allen weiteren Verzug, es sei auf was immer für einen Schein, den Herzog Christian und seine zusammen gerotteten Haufen anzugreifen, so wie auch, wenn Ihr Euch dazu nicht stark genug befindet, mit unserer und der getreuen Fürsten Armada unter Tilly zu vereinigen, um Christian mit seinem Haufen, ehe derselbe sich noch mehr stärkt, zu schlagen und zu trennen. Nur dadurch kann der Kreis von unserem Kriegsvolke verschont bleiben. Wir wollen von heute an bis auf den 8. des künftigen Monates noch inne halten und des Ausschlages gewarten. Wenn bis dahin die Entwaffnung nicht begonnen, so hat unsere Armada bereits Befehl."

Das Schreiben gelangte an den versammelten Kreistag in Lüneburg. Dort befand sich auch der kaiserliche Gesandte von der Recke. Er meldet, daß Alle darin einig: es sei unmöglich, mit den eigenen Kräften Christian zur Entwaffnung zu bringen.[1] Die Mehrheit dagegen der persönlich anwesenden Fürsten, welche an einer besonderen Tafel beriethen, „hat, mit Vorwendung von allerlei Verdachtsgründen, die Vereinigung mit Tilly abgerathen." So kam man, ungeachtet aller Einreden von der Reckes, auf den Ausweg, um Frist zu bitten. Am 25. Juni / 5. Juli erfolgte diese Antwort. Sie wiederholt die Versicherungen von Gardelegen. Sie erzählt, wie man Christian abgemahnt. Dann fährt sie fort: „Und wiewohl S. L. und F. G. sich noch zur Zeit darauf nicht kategorisch erklärt, so haben Sie doch auch den kaiserlichen Pardon, unseres Wissens, noch nicht ausgeschlagen, sondern es auf weitere Unterhandlung gestellt. Daher wir uns dieses Ortes zusammen gethan, um

[1] Ausführliche Relation v. d. Reckes, in Kriegsacten F. 53.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zu erwägen, durch welches zulangende Mittel S. L. und F. G. nochmals zu schuldiger Accommodation zu bringen und anzuhalten." Bis zum 8. Juli sei jedoch dies nicht möglich. Sie bitten daher den Termin für Tilly noch um einen Monat von Dato an zu verlängern.

Die Antwort läßt das Schwanken und Zagen dieser Kreisfürsten zur Genüge erkennen. Entschieden kaiserlich waren unter ihnen nur die Lüneburger und die Mecklenburger.[1] Sie insgesammt wußten nicht, daß Christian selber an jenem Tage, dem 25. Juni / 5. Juli, an welchem sie um abermalige Frist baten, schon viel weiter vorgegangen war. — Werfen wir hier zuvor einen Blick auf das Thun und Treiben des damals dreiundzwanzigjährigen Prinzen.

Schon jene schwankende und unentschlossene Haltung der Fürsten in Niedersachsen deutet an, daß Christian sich einiger Sympathien erfreuete. Wenn auch keiner von ihnen darin so weit ging wie der Landgraf Moritz von Hessen, den nur seine Landstände hinderten, offen zu Christian zu treten: so drückte doch auf jene durchweg das Bewußtsein, Kirchengüter in Besitz zu haben, die nach dem Augsburger Religionsfrieden und also wider denselben genommen waren und darum zurückgefordert werden konnten. Christian Wilhelm von Magdeburg war einer derjenigen Fürsten, die in Wien als kaiserlich gesinnt erschienen. Aber Christian Wilhelm schenkte seinem Schwager Christian zwei schöne halbe Karthaunen.[2]

Dem Volke gegenüber wandte Christian das hergebrachte Schlagwort an: es handele sich um die Religion. Christian ging darin so weit, in diesem Sinne für das Stift Halberstadt auf den 13./23. Juni einen allgemeinen Bettag auszuschreiben.[3] — Daß die Worte des Ausschreibens und die entsprechenden Predigten nicht ohne Wirkung geblieben, ist mit Sicherheit anzunehmen. Es liegt eine Meldung eines Landpastors aus Brunshausen an den Amtmann zu Rotenkirchen vor: „Der Tilly soll Menschen mit Pferden auseinander gerissen haben."[4]

Bis tief in den Juni verweilte Christian auf dem Schlosse Gröningen. Dort stand der kaiserliche Oberst Fuchs von Bimbach aus Franken, der im Stadium des Überganges zur Aggressiv-Partei begriffen war, ihm Wochen hindurch berathend zur Seite. Eines Tages zeigte Christian dem Fuchs und den Weimaranern das schöne Schloß. Dann brach er

[1] Die Berichte v. d. Reckes.
[2] Kriegsacten F. 54. Erklärung den O. Fuchs betr. [3] Opel I, 449.
[4] Celler Briefarchiv.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

aus: „Wenn ich wüßte, daß Tilly noch einst in diesem Schlosse Gröningen logieren sollte, so würde ich es heute mit eigener Hand anzünden und zu Asche brennen.“ [1]

Es war nicht die Weise Christians, aus seinen Absichten ein Hehl zu machen. Wie er in seine Fahnen ein gekröntes E, oder auch den Spruch: Tout pour Dieu et pour Elle — sticken ließ: so vernahm man von ihm auch die Worte: er hoffe bald in Prag seiner Muhme Elisabeth den Handschuh von seinem Hute wieder überreichen zu können. Dies war bekannt genug. Ein gefangener Reiter sagte aus: „Des Herzogs Intent und der Armee gemeine Sage ist nach Schlesien, Mähren, Böhmen. Er ist auch resolviert, mit Excellenz Tilly zu schlagen. Er hat oft vermeldet: er begehre keine Conjunction (mit Mansfeld), wolle auch keine annehmen, wolle alleinig vollziehen, gewinnen oder verlieren.“ [2]

Eine Verbindung mit Mansfeld würde dem um fast zwanzig Jahre jüngeren Herzog Christian die Unterordnung wie im Jahre zuvor auferlegt haben. Dies entsprach nicht dem Sinne Christians. Ihm dagegen ordneten sich willig unter die Weimarischen Brüder, so wie dann der Herzog Friedrich von Altenburg, der im Juni zu ihm stieß. Über dessen Einrücken meldet der Amtmann von Rotenkirchen dem Herzoge Christian dem Älteren in Celle, am 27. Juni / 7. Juli: „Wie nun diese in und außer ihren Quartieren mit Rauben, Plündern und anderer Gewalt gehaust, davon ist nicht genug zu schreiben. Nur daß sie bloße und arme Leute gemacht und ihnen in den Häusern nicht allein nichts, so ihnen gedient und sie nur fortbringen können, übrig gelassen, sondern auch sonst in den meisten noch das Übrige und Alles, was sie nur gekonnt, in Stücke geschlagen und zunichte gemacht, also daß der Feind es schier nicht ärger machen könnte, und es, wie man sagt, einen Stein erbarmen möchte.“ [3]

Wie dieser Bericht kein günstiges Urtheil über die Qualität der Truppen Friedrichs von Altenburg erweckt, so lauten auch die Aussagen von Gefangenen über diejenige der Truppen Christians des Jüngeren im Allgemeinen nicht vortheilhaft. Nominell sollten sie betragen 19,600 Mann Infanterie und 7500 Pferde, waren aber weitaus nicht so stark. „Herzog Christian hat die Cavallerie sehr und hoch lieb, ist der Infanterie aber stark auffässig. Derhalben er in manchen Märschen 10, 15, ja 20

[1] Kriegsacten F. 54. Erklärung den O. F. betr. [2] Kriegsacten F. 53.
[3] Celler Briefarchiv.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

justificieren thut lassen." — „Vollständig bewaffnet ist nur des Herzogs eigenes Regiment zu Pferde, die Bewaffnung aller übrigen mangelhaft. Die anderen Reiter haben nur jeder die zwei Pistolen und die Seitenwehr." — „Unter der Armee sind an alten Knechten nicht mehr als 3000 Mann zu Pferd und zu Fuß."

Ein anderer Bericht, vom 2. Juli, sagt: „Es bekennen die Halberstädter Officiere selber, daß, wenn bei ihrer Unordnung Tilly nur mit 6000 Mann sie angriffe, das zusammen gelaufene Volk des Herzogs sich zerstreuen und die Waffen niederlegen werde." [1] Deshalb wurde unter diesen Officieren die Frage, ob man Tillys Ankunft erwarten dürfe, lebhaft erörtert.

Christian selber — und damit gelangen wir an das Vorgehen, mit welchem er über das zagende Schwanken des Kreistages in Lüneburg hinausschritt — scheint im Juni noch ein solches Bedenken nicht empfunden zu haben. Am 14./24. Juni hatte sein Bruder Friedrich Ulrich jenes Schreiben unterzeichnet, welches nicht der eigenen Ansicht, noch weniger derjenigen der Räthe entsprach, sondern nur derjenigen Christians. Es ist möglich, daß dieser gemeint hat, dadurch den schwachen Bruder völlig mit in seine Bahn hineinzureißen. Am 16./26. Juni wandte sich Christian direct an Tilly.[2] Sein hochfahrendes Schreiben gipfelt in den Worten: „So gesinnen wir hiermit an Euch, daß Ihr Euch rotunde erklären wollet, wessen wir uns zu Euch zu versehen, ob wir Freundschaft oder Feindschaft von Euch zu erwarten haben." Er fügt hinzu, daß er keinen Pardon annehmen werde, als wie er selber ihn vorgeschrieben. Bis dahin halte er seinen Revers gegen seinen Bruder fürstlich und redlich, und harre in Geduld. Zwar ziehe er vom Eichsfelde einige Gelder ein, welche man ihm dort das Jahr zuvor wegen Verschonung versprochen; doch könne man das keine Brandschatzung nennen: es wäre denn etwa, daß man auch die Gelder, welche Tilly in der Wetterau, in Franken und Schwaben erhebe, Brandschatzung nennen wolle.

Tilly nahm die Herausforderung nicht an. „Mit Befremden vernehme ich, erwiederte er aus Eschwege, am 3. Juli, daß E. F. G. die offerierte kaiserliche Huld und Gnade bis annoch ab- und von sich gewiesen." Tilly mahnt an die unheilvollen Folgen, welche die Fortsetzung des Kriegswesens mit sich führe. Der in den Waffen ergraute Mann

[1] Kriegsacten F. 53. Beilage zum Berichte v. d. Reckes.

[2] Die Wechselschriften bei Londorp II, 765.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

erinnert den Jüngling zu gedenken an allen Jammer und alles Leid, das er über Land und Leute bringe. Er fordert mit eindringlichen Worten ihn auf, auch jetzt noch die kaiserliche Gnade anzunehmen.

Dann aber verwahrt Tilly auch sich selber gegen die wider ihn persönlich gerichteten Anschuldigungen Christians. Er wolle in Unterthänigkeit nicht verhalten, sagt Tilly, daß Seine Fürstliche Gnaden von einem oder dem anderen, der dem Kaiser oder seinem Feldherrn übel zugethan sein müsse, mit Unrecht berichtet sei, als habe er irgend Geld erpreßt. „Denn ich habe mich derselben Mittel nie gebraucht, auch zu brauchen niemals nöthig gehabt." Und weiter verantwortet sich der alte Feldherr gegen den Vorwurf, als führe er fremde Truppen ins Reich. „Die Soldaten unter meinem Commando, sagt er, bestehen nur aus solchen Nationen, welche jederzeit unter des kaiserlichen Adlers Schutz und Schirm gelebt, und die noch wohl vor kurzen Tagen für die werthe Christenheit wider den allgemeinen Erbfeind Gut und Blut willig dargeschossen und ritterlich aufgeopfert haben." Christian hatte ihm ferner den Vorwurf gemacht, Tilly handele der Reichsverfassung zuwider. „Nicht im Geringsten ist das mein Sinn," erwiedert Tilly. „Es ist nur meine Aufgabe das zu vollziehen, was des Kaisers als des höchsten Oberhauptes im Reiche und in der Christenheit, Ordnung und Befehl mit sich bringen, und diese bezwecken Achtung vor dem Kaiser, Ruhe und Einigkeit, und Aufhören des verderblichen Krieges."

Es hätte für Manchen an Tillys Statt nahe gelegen, in diesem Schreiben alle die Vorwürfe, welche Christian gegen ihn erhebt, nicht bloß wie er thut, in ihrem Ungrunde aufzudecken, sondern sie dann auch in vollem Maße und zwar begründet zurückzugeben. Tilly thut es nicht. Nur eine nothwendige Ablehnung der Vorwürfe, die man ihm macht, hat er bezweckt, nicht mehr. Und am Schlusse gar fügt dieser Greis, der als Muster der Zucht und Disciplin seines Heeres allen Anderen voranging, dem Landverderber Christian gegenüber die bescheidenen Worte hinzu: „Es ist Ew. Fürstl. Gnaden nicht unbewußt, daß es unmöglich ist, eine so starke Armee mit großem Nutz, Frommen und Vortheil durchzuführen ohne Ungelegenheit der Unterthanen."

Bei dieser Antwort an Christian, vom 3. Juli, hatte Tilly noch keine Kunde von dem schwächlichen Beschlusse des Kreistages in Lüneburg, vom 25. Juni / 5. Juli, mit der Bitte um die Frist eines Monates. Er wandte sich daher zugleich auch an diesen Kreistag. Er hält den

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ständen vor, wie viel besser es gewesen wäre, das aufglimmende Feuer dieser Kriegsrüstung Christians bei Zeiten zu dämpfen. Nun sei es dahin gekommen, daß er, Tilly, an der Grenze des niedersächsischen Kreises stehe, mit der kaiserlichen Vollmacht, denselben zu betreten. Er thue dies nicht, im Vertrauen auf die Bitte der Stände an den Kaiser, daß er, Tilly, den Ausgang des Kreistages von Lüneburg abwarten möge. Aber er richte an die gesammten Kreisstände die Bitte: „Sie geruhen nunmehr dem gefährlichen, hochschädlichen Unwesen keine Stunde länger connivierend zuzusehen."[1]

Unterdessen war ein neuer kaiserlicher Pardon unterwegs, vom 30. Juni. Auf die Verwendung des Königs von Dänemark und des Kurfürsten von Sachsen dehnte darin der Kaiser den Pardon so weit aus, wie der Herzog Christian verlangt, also auch auf die geborenen Unterthanen des Kaisers. Jedoch verstattete er für die Annahme dieser Gnade nur acht Tage Frist. Er sandte das Schriftstück an Tilly, mit dem Auftrage, demgemäß zu handeln.[2]

Bevor das Schriftstück an Tilly gelangte, hatten sich die Dinge bereits weiter verwickelt. Tilly war von Hessen aus ins Eichsfeld eingerückt. Dort eröffnete Christian, der sein eigenes Schreiben vom 26. Juni wie eine Kriegserklärung angesehen zu haben scheint, die Feindseligkeiten wider ihn. Tilly, noch ohne Antwort vom Kaiser auf die Bitte der niedersächsischen Kreisstände um die Frist eines Monates, zauderte noch. Er sandte, am 14. Juli, dem Kaiser sein Gutachten gegen die Fristbewilligung ein, gestützt auf eine Darlegung des Thatbestandes.[3] „Die Sache, sagt er, leidet keinen Verzug, und es bedarf keiner Berathschlagung mehr. Der Herzog Christian handelt wider seine Obrigkeit, und bedroht viele tausende unschuldiger armer Menschen mit Verheerung und Verderben. Remonstrationen fruchten nichts mehr. Er gewinnt dadurch nur Zeit zur Verstärkung." — „Die ganze Armee befindet sich nun seit acht Tagen auf dem Eichsfelde, welches, vorher von Christian erschöpft und ausgesogen, uns nicht länger zu tragen vermag. Nach Hessen oder Fulda zurückzugehen ist nicht möglich ohne Disreputation Ew. K. Majestät. Dazu hat der Herzog Christian die Thätlichkeiten bereits begonnen. Am 6. dieses Monates hat er, einige tausend Mann stark, das Regiment des Herzogs Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg im Marschieren ohne Ursache angegriffen, am 9. das Salzburgische Regiment auf kurmainzischem

[1] Londorp II, 766. [2] A. a. O. 764. [3] Kriegsacten F. 53.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Boden überfallen, dann am 11. eine Reihe kurmainzischer Dörfer geplündert, Altäre und Bilder zerhauen, und — was ich mit höchst empfindlichem Herzen schreibe — an fünfzig consecrierte Hostien aus einem Tabernakel geraubt. Sie lassen sich insgemein verlauten, daß ihnen befohlen, das ganze Eichsfeld mit Mord und Raub und anderen Feindseligkeiten zu erfüllen."

„Dies alles ist geschehen, bevor ich einen Fuß ins Land Braunschweig gesetzt, oder Münden und Friedland berührt. Vielmehr hat dies mich gedrungen, daß ich erst gestern in etlichen zunächst ans Eichsfeld grenzenden Dörfern des Amtes Friedland Quartier genommen, in der Hoffnung, daß eine so öffentliche Real-Demonstration des Krieges zur agdst. Satisfaction gereichen werde." In entsprechender Weise legt Tilly dem Herzog Christian dem Älteren in Celle den Sachverhalt ausführlich dar.[1]: „Nach den verübten Feindseligkeiten des Herzogs Christian gegen mich habe ich dasjenige vorgenommen, was in solchen Fällen die ratio belli unumgänglich erfordert und jeder Kriegsverständige billigen wird." —

In seinem Berichte[2] an die Infantin sagt Tilly bestimmter, daß er durch diese Demonstration den Herzog Christian zum Treffen gefordert habe. Christian jedoch habe es geschehen lassen, ohne hervorzukommen.

„Es läßt sich danach ansehen, fährt Tilly in seinem Berichte an den Kaiser fort, daß dieser Krieg auf geraume Zeit hinaus beharrlich dauern werde. Darum und in Ansehung daß der Friede und der Wohlstand der deutschen Länder, so wie die Erhaltung der kaiserlichen Hoheit von der gegenwärtigen Kriegs-Expedition abhangt, erfordert es wohl die äußerste Nothdurft, daß ich unverweilt mit mehr Volk secundiert und mit Bezahlung unterhalten werde, damit man dem schändlichen und schädlichen Streifen, Rauben und Plündern, bevorab in Freundes Land, um so viel mehr kräftiglich steuern und gute löbliche Kriegs-Disciplin zu Ew. K. M. Ruhme und zur Gewinnung der Gemüther observieren könne."

Am selben Tage meldete Tilly dem Kaiser den Stand der Dinge in Hessen-Cassel. Dort war Moritz mit der Ritterschaft heftig aneinander gerathen. Er hatte sie zum Anzuge aufgefordert. Die Ritter hatten abgelehnt, mit Berufung auf ihre kaiserliche Devotion. Moritz ließ darauf die Resolution geben: „Wofern sich die Ritterschaft nicht

[1] Celler Briefarchiv. [2] Villermont, Tilly II, 274.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

anders erkläre und einen einhelligen Schluß fasse, so wolle S. F. G. sie alle insgesammt und einen jeden insonderheit wohl zu finden wissen." Die Drohung prallte ab. Die Ritterschaft beharrte bei ihrem Beschlusse, „mit der unterthänigsten Bitte, S. F. G. wolle sie mit der Beschuldigung der Widerspenstigkeit und Halsstarrigkeit, und daß sie die gemeine Wohlfahrt hindern usw., in Gnaden verschonen." Unter der Schrift standen sechszehn Namen. — Dem Berichte darüber an den Kaiser fügte Tilly hinzu: „Die Ritterschaft würde ganz gerne sehen, daß sie gegen unbillige Beschuldigungen durch ein kaiserliches Ermahnungsschreiben verwahrt würde." [1]

Dem Wunsche ward sofort willfahrt. Bereits am 28. Juli zeichnete der Kaiser ein Schreiben an die hessische Ritterschaft, das mit den Worten schließt: „So ermahnen und begehren wir an Euch sammt und sonders hiermit gnädigst, befehlend Ihr wollet bei obbeschriebener Eurer bisher rühmlich erwiesenen Treue, Gehorsam und Devotion nochmalen standhaftiglich verharren." [2]

Jedenfalls war nach diesen Vorgängen gewis, daß der Herzog Christian auf die Bundesgenossenschaft des Landgrafen Moritz sich keine Hoffnung mehr machen durfte. Es kam also für ihn nur noch auf die Kreisstände von Niedersachsen an.

9. Abzug Christians und die Schlacht bei Stadtlohn.

Wie dem Kaiser, so meldete Tilly am selben 14. Juli den Stand der Dinge auch dem Kreistage in Lüneburg, mit der nachdrücklichen Aufforderung: weil die gelinden Mittel der Abmahnung bisher nichts genutzt, so mögen nunmehr die Stände des Kreises ihre Waffen mit den kaiserlichen vereinigen, „um den Herzog Christian zur Acceptierung der kaiserlichen also väterlich anerbotenen Clemenz zu nöthigen." [3]

Damit trat an die in Lüneburg versammelten Kreisstände die Nothwendigkeit heran sich zu entschließen. Es war, wie der Kaiser später wiederholt rühmend anerkannte,[4] hauptsächlich Christian der Ältere als Kreisoberst, welcher den Beschluß durchsetzte, nunmehr entschieden vorzugehen. Am 20. Juli trafen die Abgeordneten des Kreistages den Herzog Christian unter der Burg Plesse unfern von Göttingen. Sie stellten ihm die Wahl: Abdankung seines Heeres oder Abführung des-

[1] A. a. O. [2] A. a. O. [3] A. a. O.
[4] A. a. O. F. 57. F. II. an Christian IV., 2. Januar 1624.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

selben aus dem Kreise binnen drei Tagen: im andern Falle würden sie sich mit Tilly gegen ihn vereinen.

Die Erklärung durchschnitt alle Hoffnungen Christians auf die Vereinigung der Kreisstände von Niedersachsen mit ihm, und damit zugleich auch alle seit langem verkündeten Entwürfe auf einen Durchbruch südostwärts. Auch da noch stand es bei ihm, durch die Entlassung seines Heeres die dargebotene kaiserliche Gnade anzunehmen. Sein Schritt am nächsten Tage bewies, daß er dies nie gewollt. Nachdem er gesehen, erklärte er, daß die Kreisstände „nur allein dahin bedacht seien, wie wir aus den Waffen gebracht und die Katholischen einig und allein ihre Schwerter angegürtet behalten mögen, so müssen wir es Gott und der Zeit befehlen, daß wir also hülflos gelassen und dies Fürstenthum dem Raube und Brande preis gegeben wird." Er erklärte weiter, daß „wir von dato dieses an inner drei Tagen unsere Armee nicht allein von des niedersächsischen Kreises, sondern auch ganz und gar von des römischen Reiches Boden abführen, allda abdanken oder andere ausländische Dienste annehmen wollen usw., im Falle der General Tilly dagegen, dem kaiserlichen Erbieten nach, gleicher Gestalt seine untergebene Armada wieder zurück und vom niedersächsischen Kreise abführen, auch dies uns mit angehende Fürstenthum und die Wahlländer unangefeindet lassen wird."[1]

Diesen Worten gemäß dachte Christian noch nicht, daß die Absicht Tillys nicht auf einen Angriff gegen das Land Braunschweig, sondern auf die Zerschlagung seines Heeres gerichtet sein würde. Noch bestimmter sogar hieß es im Heere Christians, daß die Absicht Tillys auf das Fürstbisthum Halberstadt gerichtet sei.[2]

Zugleich eilten Couriere Christians nach dem Haag, mit der Anfrage, nach welchem Punkte er seinen Marsch zu richten habe.[3]

Er ließ dem ersten Boten einen zweiten folgen, den ältesten der Herzöge von Weimar, die mit ihm waren. Auch im Haag war es nicht von Anfang an klar, daß Tilly dem abziehenden Christian folgen werde. Man erörterte vielmehr die Frage, was Tilly unternehmen werde, nachdem Christian Niedersachsen verlassen. Eben darum auch wurde dem letzteren keine Eile zur Pflicht gemacht. Man berechnete, daß er bis zum 1./11. August bei Rees am Rhein eintreffen könne. Dort werde er dann eine Schiffbrücke und Lebensmittel bereit finden.[4]

[1] Londorp II, 768. [2] Sattler 590. Ein Schreiben Knyphausens aus Göttingen, vom 1./11. Juli. [3] Roe 168. Capellen I, 185. [4] Bericht Carletons bei Roe 168.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Noch am 11./21. Juli brach Christian mit seinem Heere aus den Quartieren auf, überschritt am 27. Juli bei Hameln und Bodenwerder[1] die Weser, und zog zunächst auf Lemgo. Dort that er einen Schritt, in welchem seine und seiner Umgebung Unkunde über die eigentliche Absicht Tillys klar hervortritt. Um das Fürstbisthum Halberstadt gegen den Überzug Tillys sicher zu stellen, zeichnete Christian, am 18./28. Juli, eine Acte der Resignation desselben an das Domcapitel zu Gunsten des Prinzen Friedrich von Dänemark.[2] Es geschah, wie es in der Urkunde hieß, auf Andringen der Mutter Elisabeth und des Bruders Friedrich Ulrich. Die Sache war nicht neu, sondern war vorher, und wurde nachher verhandelt,[3] und es ergibt sich daraus, daß der Kaufpreis 100,000 Thaler betrug.

Von Lemgo aus ging der Marsch Christians nicht in gerader Linie westwärts auf Rees zu, sondern in einem nordwärts convexen Bogen. Wir finden sein Heer am 30. Juli zu Borgholzhausen, südöstlich von Osnabrück, ihn selber in dem Schlosse Iburg. Dahin schrieb er auf den 1. August eine Lieferung von 75,000 Pfund Brot aus.[4] Im Heere Tillys und auch sonst[5] galt die Meinung, daß es Christians Absicht sei, sich mit Mansfeld, der an der Ems herauf kommen werde, im Stifte Münster zu vereinigen. Mag dies der Wunsch oder die Absicht gewesen sein oder nicht: der Mangel an Kanonen legte Mansfeld lahm. Der mehrtägige Aufenthalt Christians in Iburg dagegen thut dar, daß er die ihm drohende Gefahr zuerst auch dort noch nicht kannte.

Tilly hatte nicht die Absicht, das Fürstbisthum Halberstadt zu überziehen. Auf die Kunde des Aufbruches von Christian, wendete auch er sofort seine Fahnen. Am 30. Juli überschritt er, da die Bürger von Höxter ihm den Marsch durch die Stadt verweigerten, die Weser auf einer von ihm geschlagenen Brücke,[6] um dann durch das Paderbornische, Lippe und Ravensberg seinem Gegner nachzueilen. Demnach hatte Christian an Zeit fünf Tage voraus. Tilly bat bereits in München und Wien um weitere Instruction für den Fall, daß er Christian nicht einhole.[7] Aber am 1. August, wo Christian sich noch im Schlosse Iburg befand, marschierte Tilly bereits über die Haide, die lange Senne genannt.

[1] Beide Orte werden genannt. Tillys Bericht bei Villermont, Tilly I, 272. Bayerischer Bericht bei Londorp II, 769. [2] Mittendorf 85.

[3] Opel, Resignation 10 u. f. gibt die Actenstücke.

[4] D. C. Archiv in Osnabrück. [5] Aitzema I, 568.

[6] Villermont, Tilly II, 274. Bericht an die Infantin. [7] Kriegsacten F. 53.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Erst dann mag Christian sichere Nachricht erhalten haben, daß und wie schnell Tilly herannahe. Er brach auf und eilte nun auch selber rastlos weiter. Jedes Zurückbleiben wird bei Todesstrafe verboten. Diese wird vollstreckt selbst an dem Weibe eines Soldaten, welches im Augenblicke des Hängens ein lebensfähiges Kind zur Welt bringt. Dennoch rächte sich das Verweilen in Iburg. Tilly vergönnte den Seinen keine Rast. Als er am Abende des 4. August in Greven an der Ems einrückte, wo auch der Oberst Anholt mit seinen Truppen zu ihm stieß, meldeten die Bewohner, daß Christian am Morgen über den Fluß gegangen. Sie behaupteten, noch vor einer halben Stunde Hornsignale vernommen zu haben. Aber die Soldaten Tillys waren ermüdet. Er gewährte Ruhe, um, durch Anholt verstärkt, in der Frühe des nächsten Morgens um so eifriger nachzueilen. Es war nunmehr klar, daß Christian nicht, wie man zuerst erwartet, die Richtung zu Mansfeld hin einschlug, der, wie es hieß, bis Meppen südwärts gezogen war, sondern gerade aus westwärts die holländische Grenze zu gewinnen suchte.

Tilly wollte vorher ihn schlagen, auf dem Boden des Reiches. Am Abend des 5. August wechselte man einige Kugeln. Der Tagesanbruch am 6. beleuchtete Tillys Krieger wieder in Bewegung. Sie fanden die Feuer im Lager der Gegner noch brennend. Rascher ging der Marsch. Um 8 Uhr wurden die vordersten der Reiter Tillys mit den letzten Christians handgemein. Christian suchte durch Scharmützel den Verfolger aufzuhalten. Es war nicht mehr möglich. Das ganze Heer drückte nach. Um Mittag mußten die Schaaren des Halberstädters unweit Stadtlohn Stand halten zum Treffen. Die ersten beiden Treffen geschehen bei Alms, dann bei dem Dorfe Wullen, das letzte auf dem Vohner Bruche.[1]

Der Ort war nicht ungünstig gewählt, ein Morast deckte die eine Seite; aber die Führung, die Ordnung, der Kampfesmuth waren sehr verschieden. Zwei Stunden dauerte das Treffen. Christian und seine Officiere mahnten mit abgezogenen Hüten die Soldaten zum Fechten. Es half nicht mehr. Tilly hatte geboten der Gegner zu schonen und Jedem Pardon zu gewähren, der darum bitten würde. Man sah ganze Fähnlein auf den Knieen flehend ihre Hände empor halten und um ihr

[1] Einzelnheiten aus einem ausführlichen Berichte im Osnabrücker Domcapitel-Archive. Nach Meteren III, 296 sind von den Tilly'schen nur 4000 zum Gefechte gekommen. Meines Wissens hat nur M. diese Angabe.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Leben bitten. In dem ersten Anlaufe war die Wuth der Soldaten nicht zu bändigen, bis Tilly durch Trompetenschall Aufhören des Blutbades gebot. 4000 der Braunschweiger lagen auf dem Schlachtfelde, 7000 wurden gefangen, die übrigen waren zerstreut.

Das Fußvolk war fast völlig dahin. Nur ein großer Theil der Reiterei, von welcher wenige ins Gefecht gekommen, rettete sich mit dem Herzoge Christian und zwei Herzögen von Weimar über die holländische Grenze, wo das schützende Bredevoort sie aufnahm. Alles Gepäck, alle Kanonen wurden genommen. Die Hälfte derselben trug das Braunschweigische Wappen, die andere dasjenige der Generalstaaten.[1]

Die Gefangenen, so viele sich ihrer nicht erboten, Dienste zu nehmen, wurden nach Münster geführt. Dort lagerten sie, zu Tausenden an der Zahl, am 9., 10., 11. August vor dem Liebfrauen- und dem Jüdefelder Thore. Es war ein erbärmlicher Anblick. Man sah Weltliche und Geistliche, Jesuiten und Kapuziner ihnen Brot, Wein, Bier, Kleider zubringen. — Unter den Gefangenen waren die Herzöge Wilhelm von Weimar und Friedrich von Altenburg, derselbe, der für Spanien geworben, und dann die Geworbenen zu Christian geführt hatte. Sie wurden nach Wien gebracht. Wir werden sie wieder treffen auf der früheren Bahn.

Die nach einem verlorenen Treffen üblichen gegenseitigen Anklagen wurden dies Mal sehr laut. In Arnheim angelangt, ließ Christian den Obersten Knyphausen kriegsrechtlich zum Tode verurtheilen.[2] Es war derjenige Mann, der in den Augen der Herzogin Elisabeth als der Verführer ihres Sohnes galt. Darüber traf der Graf Friedrich Heinrich von Nassau dort ein. Seine ersten Worte an Christian über dessen ganzen Zug lauteten dahin: man müsse nicht allerlei Rathschlägen folgen, sondern das richtig Vorgeschriebene ausführen. — Als Christian darüber sich sehr betroffen bewies, redete jener wieder begütigend, daß auch ein erfahrener Feldhauptmann es schwierig finden würde, seinen Rückzug durch feindliches Land zu nehmen. — Man erfuhr dann, daß der Prinz Moritz dem Herzoge einen anderen Weg vorgezeichnet hatte, mit genauer Angabe von Tag zu Tag.[3] — Die Intervention des Grafen Friedrich Heinrich rettete Knyphausen: die Zänkereien dauerten fort.[4]

---

[1] Das Inventar bei Londorp II, 771.

[2] Ausführliche Erörterungen über den ganzen Hergang bei Sattler 110 u. f.

[3] Capellen I, 189. [4] A. a. O. 191.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ein geldrischer Edelmann von dem sittenstrengen Gepräge, welches im Privatleben der Calvinismus jener Zeit zu bewähren pflegte, erörtert die Ursachen der Niederlage Christians. Er findet eine Reihe derselben, sieben an der Zahl. Dann schließt er: „Das sind menschliche Gründe. Der hauptsächliche jedoch liegt einerseits in der Unfrömmigkeit des Herzogs. Er flucht und schwört. Er tödtet seine Leute. Er mishandelt das weibliche Geschlecht. Er läßt den Soldaten alles hingehen. Diese wiederum treiben Blasphemie, Mord, Raub und andere Laster. Von der anderen Seite ist es die Hand Gottes, welche, weil sie derartige Menschen nicht segnen kann, nicht will, daß seine Kirche sich herstelle weder durch Unfrömmigkeit, noch durch den fleischlichen Arm und die menschliche Weisheit."[1]

Dennoch tritt uns in diesen Tagen, wo der junge Herzog Christian so manches scharfe und dennoch wohl verdiente Urtheil über sich erfahren mußte, ein anderer Zug bei ihm entgegen. Sein Weg von Bredevoort nach Arnheim führte ihn durch Emmerich. Dort stattete er dem Collegium der Jesuiten einen Besuch ab.[2] Damals waren die Reliquien des h. Liborius schon nach Paderborn zurück gelangt. Im Jahre zuvor auf dem Zuge durch Lothringen hatte der Herzog Christian in Vaucouleur sie dem Wild- und Rheingrafen Otto Philipp übergeben, und dieser hatte die Einleitung getroffen, daß sie in würdiger Weise nach Paderborn zurückgeführt wurden. Vor den Jesuiten in Emmerich begann Christian aus sich von jenem seinem Sacrilegium in Paderborn zu reden. „Hätte ich, sagte er, den guten alten Mann an seinem Orte ruhen lassen, so würde ich besseres Glück im Kriege gehabt haben." Dann fügt der Bericht hinzu: Ferociam tamen non exuit.

Abermals hatte Tilly gesiegt. Bis an die Grenze verfolgte er den Gegner. Dort hielt er an und schauete hinüber auf das Gebiet, von woher aller Jammer dem Reiche entsprang. Es zuckte in der Seele des Feldherrn, dem Feinde weiter nachzusetzen, und seinen Sieg vollständig zu machen.[3] Es lag in seiner Hand, den Generalstaaten Ruhe zu gebieten. Was halfen alle vereinzelten Siege, die Heilung der Symptome der Krankheit, wenn man nicht das Übel anfaßte an seiner verderblichen, immer neue Sprossen treibenden Wurzel? — Von dort her waren noch zuletzt, als schon das ganze Reich beruhigt schien, Mansfeld und Christian wieder eingebrochen in das deutsche Land. Die Holländer hatten abermals dem

[1] A. a. O. 190. Ähnlich 201. [2] Acta Sanctorum m. Julii V, 404.
[3] Westenrieder VIII, 155.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Christian Mittel gegeben zur Anwerbung eines Heeres. Die bei Stadtlohn genommenen noch neuen Kanonen legten Zeugnis ab wider sie. Dazu schrieb Tilly, am 7. August, an die Infantin: „Wie ich von den vornehmsten Gefangenen vernommen, ist der eigentliche Urheber des Zuges von Christian wieder derselbe Mann, dessen Geist so fruchtbar ist an Entwürfen des Verderbens für die Niederlande, namentlich für Brabant“[1] — also der Prinz Moritz von Oranien.

Daß nach der Niederwerfung der Gegner in Deutschland der Kaiser und die Liga den Krieg in die Republik der Niederlande versetzen würden, war vielfach die Erwartung. Gustav Adolf schrieb diese Ansicht nieder in denselben Tagen, noch bevor die Kunde von Stadtlohn ihn erreichte.[2] Um so viel mehr mußte dies nach derselben seine Meinung sein.

Es fragt sich also, wie man im Haag selber darüber dachte. „Der Graf Friedrich Heinrich, berichtet Capellen, war nach Arnheim mit der Vollmacht entsendet, auf alles ein wachendes Auge zu haben; denn der Feind hatte eine gute Gelegenheit, die Flüchtigen zu verfolgen, bis an die Yssel und darüber hinaus — denn sie hatte wenig Wasser — und sich der Insel vor Doesborg zu bemächtigen, ohne daß, bei der Schwäche der Besatzung in dieser Stadt, Jemand es hätte hindern können. Daher hätte dieser Sieg, unser Schrecken, unsere Bestürzung über das unvermuthete Ereignis uns schwere Nachtheile bereiten können, denen kaum abzuhelfen gewesen wäre. Allein die Feinde ließen sich diese Gelegenheit entschlüpfen, sei es aus Mangel an Befehl, ohne welchen sie nichts zu unternehmen wagen, oder weil sie des Marschierens müde waren.“[3]

Ähnlich berichtet der englische Gesandte aus dem Haag, am 10./20. August: „Tilly hat sich eine günstige Gelegenheit wider diese Republik entgehen lassen. Er konnte über die Yssel, welche an vielen Stellen nicht mehr als knietief war, in die Veluwe eindringen. Aber jetzt beginnt Regen zu fallen.“[4]

So richtig die Angaben über die günstige Gelegenheit für Tilly sein mochten, so stand es doch um diesen selber etwas anders als man im Haag meinte. Auf ihm lag der Druck der Befehle, mit denen man ihn von Regensburg aus entsendet. Eben darum fügte er seinem Berichte an Maximilian die schmerzliche Klage bei, daß ihm zur Verfolgung des Sieges die Hand gebunden gewesen sei. Wenn er seinen Sieg besser

[1] Correspondance de Wallenstein et de Tilly. [2] Söltl III, 267.
[3] Capellen I, 189. [4] Roe 173.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hätte verfolgen können, so zweifele er nicht, daß das ganze römische Reich wieder in Ruhe und Frieden gestellt und in den alten Stand hätte gerichtet werden können. So aber werde man noch lange Jahre mit dieser Unruhe zu thun haben, weil ja diesen Leuten im Haag, die niemals ruhen würden, nicht zu trauen sei. Wenn aber, schloß dann Tilly, es an den begehrten Mitteln und der freien Verfügung fehle, so bäte er, man wolle ihn der schweren Bürde seines Amtes in Gnaden entheben.[1] — Er stand damals im 65. Jahre seines Lebens.

Maximilian antwortete mit voller Anerkennung des Geleisteten für Tilly und die Armee. Dann fügte er hinzu: dieser letzte Sieg erwecke die Hoffnung, daß der Friede nicht lange mehr ausbleiben werde: deshalb möge Tilly das große Werk zum Abschlusse bringen. „Dadurch werdet Ihr Euch bei Gott dem Allmächtigen ein unzweifelhaftes Verdienst und bei der ganzen Welt und Posterität einen unsterblichen Namen und Ruhm erwerben."[2] — Damit jedoch gestattete Maximilian dem Feldherrn nicht einen Angriff auf die Republik, die nach Tillys Ansicht der Brunnquell alles Übels war, sondern wies ihn gegen Mansfeld, der noch in Ostfriesland stand.

Jedoch noch von einer anderen Seite trat an den Kurfürsten Maximilian und an den Kaiser diese Frage heran.

Der Schlag von Stadtlohn, der das gefürchtete Heer Christians zerschmetterte, hatte namentlich in Brüssel einen tiefen Eindruck gemacht. Die Infantin ließ dem Sieger ein Juwel überreichen, dessen Werth in Holland auf 20,000 Kronthaler geschätzt wurde.[3] Es war nicht die Weise Tillys, derartige Geschenke für sich zu verwenden. Er bestimme es, ließ er sich verlauten, der Dame seines Herzens. Man verstand darunter die Braut seines Neffen Werner. Anders hatte es Tilly gemeint. Er verwendete das Geschenk für den Muttergottes-Altar in Altötting.[4] — Aber wenden wir uns zurück nach Brüssel. Die Stimmung dort in Betreff der Kurwürde für Maximilian wurde günstiger.[5] Man that dies dem P. Hyacinth kund, der sich in Brüssel befand. Zunächst handele

[1] Westenrieder VIII, 154. Aretin, Bayerns usw. 199. Das dort Gesagte bezieht sich nicht auf Niedersachsen, sondern auf die Generalstaaten.

[2] Schreiber 316.

[3] Capellen I, 199. [4] Adlzreitter 265.

[5] Für das Folgende ein ausführliches Schreiben von P. Hyacinth, vom 19. August, in Kriegsacten F. 54.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

es sich um das völlige Erdrücken von Mansfeld und Christian, so wie um den Wiedergewinn der von den Holländern besetzten Städte auf des Reiches Boden. Dann werde der Kaiser einen allgemeinen Reichstag ausschreiben können, und alles sich friedlich ordnen lassen. Der Kurfürst möge einen Bevollmächtigten nach Brüssel entsenden, damit dort die erforderlichen Schritte vereinbart würden.

Maximilian indessen war nach wie vor nicht geneigt, angriffsweise gegen die Holländer zu verfahren. Er meldet seine Ansicht darüber in kurzen Worten dem Grafen Khevenhiller in Madrid.[1] „Was man, wie Ihr meldet, nach Madrid berichtet hat, daß ich dem Grafen Tilly den Befehl gegeben, die Staatischen nicht anders anzugreifen, als wenn sie ihr Kriegsvolk mit den öffentlichen Feinden des Reiches verbinden — ist richtig. Es ist jedoch nur darum geschehen, weil die sämmtlichen vereinigten katholischen Kur- und Fürsten, aus hochwichtigen Bedenken, dahin sich verglichen und geschlossen, daß sie sich in das niederländische Kriegswesen nicht einmischen, noch das, was sich das ganze Reich zuvor nicht getraut, für sich allein unternehmen können. Dies ist auch die Ursache gewesen, daß ich die Armada des katholischen Bundes mit der spanischen wider die Generalstaaten nicht so conjungieren und gebrauchen lassen kann, wie man es zu Brüssel gern gesehen hätte."

Die Thatsache, die Maximilian hier angab, war begründet. Nicht er allein war Herr der Armee, sondern die gesammte Liga. Und jene ihre Weigerung, gegen die Holländer etwas zu thun, legt überzeugend dar, daß die Häupter der Liga, auch wenn Tilly für sie noch so viele Siege errang, festhielten an ihrem Grundsatze der Defensive.

Dazu kommt, daß der Kaiser die von Maximilian dem P. Hyacinth und Khevenhiller gegebene Antwort durchaus anerkannte. „Wir finden sie, schreibt er, also reiflich und hochvernünftig erwogen und bedacht, daß wir es bei derselben völlig bewenden lassen."[2]

Und dennoch liegt eine Äußerung vor, welche das Verhalten Maximilians in einem anderen Lichte erscheinen läßt. Der Kapuziner Alexander von Hales, dessen sich Maximilian zu verschiedenen diplomatischen Sendungen bediente, ließ sich im Februar 1624 in London die Äußerung entfallen: daß zwischen Spanien und Bayern nicht eine gute Freundschaft bestehe, sei daraus zu sehen, daß nach Stadtlohn Maximilian dem General Tilly nicht erlaubt habe, die Grenze der Republik zu überschreiten.[3]

[1] Khevenhiller X, 104. [2] Kriegsacten F. 54. Vom 4. September.
[3] Rusdorf, mémoires etc. I, 227.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

10. Consequenzen des Sieges bei Stadtlohn.

Wenn demnach auch der Sieg von Stadtlohn nicht die Tragweite erlangte, welche Tilly selber davon hoffte: so erstrecken sich doch auch so die Wirkungen desselben nach allen Seiten weiter sogar als damals selber offenkundig wurde.

Sehen wir zuerst nach Niedersachsen.

Auch nach dem Abzuge Christians dauerte dort bei einigen der Reichsfürsten das Schwanken fort. Zu dem Herzoge Friedrich Ulrich, bei dem in Braunschweig sich noch der kaiserliche Oberst Fuchs von Bimbach befand, hatte sich auch der Oheim Christian von Dänemark begeben.[1] Zugleich nahete der Oberst Collalto, den der Kaiser auf die Bitte Tillys ihm zur Verstärkung senden wollte, dem Kreise Niedersachsen. Als Fuchs sich in lauten Reden erging, daß man Collalto nicht durchziehen lassen solle, forderte der König ihn auf, mit den geworbenen Truppen Friedrich Ulrichs und dem Landvolke dem Collalto den Weg zu verlegen. Fuchs suchte auszuweichen. Nachdem man jedoch ihm, für den Fall des Verlustes seiner Güter in Franken, vollen Ersatz versprochen, willigte er ein, mit den hochfahrenden Reden, wie sie sehr vielen Kriegshäuptern jener Zeit als Manifestation des Muthes erschienen. Der Auszug gegen Collalto wurde auf Montag den 4./14. August angesetzt.

Am Sonntage zuvor begab sich Christian IV. mit den anderen in Braunschweig anwesenden Fürsten zur Kirche. Beim Austreten aus derselben gewahrten sie vier armselig daher kommende Soldaten. Auf Befragen gaben diese zur Antwort: die Armee des Herzogs Christian sei zersprengt, alle Kanonen und das Gepäck verloren. Die Worte erregten Schrecken, fanden jedoch keinen Glauben. Das Evangelium des Tages hatte gelautet von den falschen Propheten: man wandte es an auf diese Soldaten. Am Nachmittage indessen mehrte sich die Zahl der Flüchtigen. Sie liefen bis zu zehn daher, auch Officiere. An der Niederlage der Armee Christians war nicht mehr zu zweifeln. Und damit war der Kriegeszug des Fuchs im voraus vereitelt. Er erhielt eine goldene Kette und 125 Rosenobel für die Zehrung. Die Gäste Friedrich Ulrichs zogen heim.

Ähnlich wirkte Stadtlohn nach dem Norden. Der König Gustav Adolf meldet von Gripsholm aus, am 6./16. August, also vor seiner

[1] Kriegsacten F. 54. Erklärung, den O. Fuchs betr.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kunde von Stadtlohn, dem Pfalzgrafen Johann Casimir, daß er den Rutgersius als Residenten nach dem Haag entsendet, mit dem Auftrage durch Camerar dem Könige von Böhmen eine Proposition zu thun, und durch diesen bei dem Prinzen Moritz durchtreiben zu helfen.[1] „Ich will hoffen, fügt er hinzu, daß sie ein Mittel sei, das alles redressieren könnte." — Bestimmteres sagt er dort nicht. Am selben Tage jedoch schreibt er auch an seinen Vetter, den Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, in einer Weise, die seinen Plan deutlicher erkennen läßt.[2] „Ihr Stände der evangelischen Religion, sagt er, steht in größter Gefahr, Euere Freiheit, kirchlich wie weltlich, zu verlieren, oder Land und Leute verdorben zu sehen. Denn welcher Ausgang ist sonst zu hoffen, wo die Stände in Niedersachsen nur Kreistage halten und berathschlagen, wie sie stille sitzen mögen und die Beute des Siegers werden können? E. L. werden mir antworten, daß Sie vielmehr berathschlagen, wie Sie allem Unheil zuvorkommen. Aber der Erfolg bestätigt meine Ansicht. Denn in Eueren Rathschlägen ist keine Eintracht, sondern lauter Zwietracht, durch welche auch große Dinge zerfallen. Dann ist auch kein Haupt da, welches Euch zusammen halten könnte. Daher kommt es, daß die bösesten Consilia stattfinden. Im Falle, daß die Ligisten gewinnen, seid Ihr um Euere Religions- und politische Freiheit. Erlangen die Anderen die Oberhand, so werden sie sich wohl in der Ligisten Ländern eine Weile aufhalten; aber weil keine Mittel so groß oder kein Land so reich, solche irreguläre Armeen zu unterhalten, so werden sie, nachdem im Oberlande alles verzehrt, Euch dergestalt besuchen, wie sie den von Ostfriesland leider besucht haben. Dagegen Euch zu wehren habt Ihr weder eine Armee, noch Festungen, noch ein Haupt."

Dann ergeht sich Gustav Adolf über die Nachbaren, die im Trüben zu fischen suchen, mit besonderer Schärfe gegen den Dänenkönig, der sich der Elbe und der Weser zu bemeistern trachte. Es folgt sein Plan. Unter dem Vorwande, den Grafen von Ostfriesland herzustellen, möge der Herzog Adolf Friedrich ein Bündnis zu errichten suchen, das nicht bestehe aus Papier und Tinte, sondern aus guten und kräftigen Mitteln, nämlich der Stellung von Mannschaft. Gustav Adolf schlägt dazu vor den Bruder des Adolf Friedrich, den Herzog Johann Albrecht, ferner den Herzog von Holstein, die Städte Lübeck, Rostock, Hamburg. Dann folgt der Kern der Sache. „Wenn ich eine solche Macht sähe, die auf

[1] Styffe 359. [2] A. a. O. 411.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sich selbst bestünde — etwa 13,000 Mann — so würden E. L. mich bereit finden, auf allen Fall ein solches Werk zu assistieren mit einem Lager zu Lande und einer Flotte zur See, die königlich sein sollten, nach Bedarf des Unternehmens, um den Feinden das noli me tangere mit Gottes Hülfe zu weisen. — Und dafern E. L. mich für ein Haupt der Correspondenz erkennen wollen, werde ich entweder selber oder durch geeignete Legaten die Sachen dergestalt beschicken, daß Sie sich dessen nicht zu gereuen haben sollen."

Bestimmter schon als bei den ersten Entwürfen Gustav Adolfs vom Jahre 1620 tritt hier der Wille hervor, das Haupt des Krieges in Deutschland zu werden. Wie jener Plan zertrümmert war auf dem Schlachtfelde bei Prag, so dieser auf demjenigen von Stadtlohn. — Es blieb die Wurzel.

Obwohl Tilly seinen Sieg nicht weiter direct gegen die Holländer ausbeutete, so hatte doch der Tag von Stadtlohn auch einen weit aussehenden Plan des Prinzen Moritz von Oranien zerschlagen. Den Sommer über hatte man dort beiderseits sich in den Quartieren gehalten. Dagegen war es die Absicht des Prinzen Moritz, nach der Ankunft Christians etwas Bedeutendes nach Brabant hinein zu unternehmen.[1] Die dem Herzog verbliebene Mannschaft reichte dafür nicht. Es waren 3000 Reiter und 2500 Mann Infanterie.[2] Die Generalstaaten nahmen sie für drei Monate in Sold. Allmählich verlor sich diese Mannschaft; denn Officiere und Soldaten waren misgestimmt über den Hochmuth des Herzogs Christian, der jedem Anderen die Schuld der Niederlage von Stadtlohn beimaß, nur nicht sich selber.

Die Niederlage Christians weckte dagegen in der Mutter Elisabeth die Hoffnung, nun endlich ihren Sohn dem schauerlichen Söldnerhandwerke zu entreißen. Was auch ihre Erziehung an ihm versündigt haben mochte: ihr Schreiben an den Verlorenen athmet die Fülle der Mutterliebe und der Wahrheit. „Du siehst ja, ruft sie ihm zu, daß Gott dies Werk nicht gefällt. Darum geht alles zurück, was dein Vornehmen ist. Denn vor Gott kann man nicht lügen, wie vor den Menschen; denn Gott sieht ins Herze." Sie gedenkt an seine Versprechungen, die er ein halbes Jahr zuvor ihr und dem Könige von Dänemark wegen der

[1] Capellen I, 201. [2] Bericht Carletons bei Roe 172.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kaiserlichen Amnestie gethan. „Wärst du damals mir gefolgt: so hättest du nicht so betrogen deinen Oheim, den König, und alle die Verwandten, die es so gut mit dir gemeint haben. Folge nur noch diesmal deiner Mutter. Dank ab von den Generalstaaten: du hast keine Ehre von ihnen. Sie achten deiner wie nichts. Bedenk, in welches Unglück du uns alle mit einander gebracht hast. Welch Seufzen hast du auf dich geladen! Ich hätte wohl Ursache dir zu fluchen; aber nein, ich bitte den lieben Gott, daß er dir endlich einmal soll die Augen öffnen.“ [1]

Die Mutter flucht nicht ihrem Kinde. Die Last der Flüche auf der Seele des jungen Verderbers war ohnehin schon schwer genug. Allein weder der Haß der Vielen, noch die Liebe der Einen übte auf ihn eine Wirkung. Er setzte sich wieder mit Mansfeld in Verbindung, und versprach, ihn als seinen General zu erkennen.

Und doch hatte auch in Betreff der Generalstaaten der klare Blick der Mutter richtiger gesehen als der von Leidenschaft umflorte des Sohnes. „Alle alte Kriegsofficiere erklären, sagt Capellen, nicht begreifen zu können, wie der Herzog die Truppen bei einander halten und etwas Gutes ausrichten könne, mistrauen auch dem Mansfeld, der, wie sie sagen, alle Welt betrüge.“ [2]

11. Tilly gegen Mansfeld in Ostfriesland.

Von dem Aufbruche Christians aus Niedersachsen an hatte Mansfeld an ihn verschiedene Meldungen ergehen lassen. Zuerst: er könne sich über seinen Aufbruch nicht so bald entschließen. Dann: er wolle sehen, daß er so bald wie möglich zu Christian stoße. Ferner: binnen wenigen Tagen solle es gewis geschehen. Endlich: es könne aus erheblichen eingefallenen Verhinderungen zur Zeit nicht sein: Christian möge sich nicht auf ihn verlassen. [3]

Es bedurfte nicht neu eingefallener Verhinderungen: das durchschlagende Hindernis war seit Monaten gegeben. Die gesammte Feldartillerie Mansfelds lag, ihm unerreichbar, in der Stadt Emden. Diese Beschlagnahme, die zu Anfang als ein vorüber gehender Zwischenfall hatte erscheinen können, gestaltete sich durch die Beharrlichkeit, mit welcher die Stadt Emden daran fest hielt, zur lähmenden Fessel für das ganze Mansfeldische Thun dieses Jahres. Im Auftrage des Kaisers schrieb

[1] Kurze und gründliche Information usw. 137.
[2] Capellen I, 216. Zum October. [3] Londorp II, 771.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der General Anholt aus Westfalen an die Stadt: der Kaiser habe mit Wohlgefallen vernommen, daß die Stadt sich dem Reichsrebellen Mansfeld widersetzt und ihm Geschütz und Munition weggenommen. Anholt warnte weiter die Stadt, sich nicht mit Mansfeld in Verhandlungen einzulassen, namentlich ihm nicht das Geschütz auszuliefern. Denn dadurch würde sie sich der erworbenen Gnade des Kaisers unwürdig machen.[1] — Es liegt kein Anzeichen vor, daß Mansfeld den Versuch einer directen Unterhandlung mit der Stadt gemacht habe.

Immerhin ist es möglich, daß Mansfeld, auf die Kunde von Christians Aufbruche, an der Ems stromaufwärts bis Meppen gezogen ist. Bereits am 4./14. August jedoch datiert er wieder seine Briefe aus Leer.[2] Was immer indessen Mansfeld gethan oder unterlassen haben mochte, der Streich von Stadtlohn fiel mit schwerer Wucht auch auf ihn. Von da an hatte er den Anmarsch Tillys zu erwarten, dessen ursprüngliche Aufgabe, den Mansfeld aufzusuchen und zu schlagen, nunmehr in volle Kraft trat. Wir finden von Tilly wiederholt die Klage, daß Mansfeld niemals ihm Stand halte.[3] Mansfeld fand es auch dies Mal nicht gerathen. Auf die Kunde des Anmarsches von Tilly auf Meppen zu, welches Mansfeld durch die Besatzung unter dem Obersten Limbach hatte befestigen lassen, zog er auch diesen, wie überhaupt alle seine Besatzungen aus den kleinen Städten des Münsterlandes an sich.

In Meppen angelangt, erließ Tilly, am 22. August, seine Aufforderungen an den Grafen Enno und die Stadt Emden.[4] Die Schreiben beweisen, daß er um die Entwickelung der Dinge dort seit etwa dreißig Jahren genauen Bescheid wußte. „Noch niemals, schrieb er dem ersteren, ist eine Gelegenheit da gewesen, die Streitigkeiten zwischen E. L. und Dero Landschaft, welche von den wohlbekannten Nachbaren zu ihrem Vortheile listiglich erweckt und mit wunderbaren Praktiken und Anschlägen bisher erhalten und vermehrt worden sind, nunmehr in der Güte beizulegen und zu schlichten, des unerträglichen Joches der fremden Herrschaft Euch zu entschütten und diese edle Provinz Ostfriesland wieder unter den gesegneten Schutz des kaiserlichen Adlers zu bringen."

In ähnlicher Weise schrieb Tilly an die Stadt Emden. Durch göttliche Verleihung, sagte er, sei nun allem Ansehen nach die Gelegenheit

[1] Wiarda IV, 192. [2] Villermont, Mansfeld II, 423.
[3] An Herzog Christian d. Ä., im Celler Briefarchive.
[4] Abgedruckt bei Winckelmann 271, und Meteren III, 297.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gekommen, sie und die angehörige Bürgerschaft von dem fremden Zwange, den sie so lange erduldet, für immer zu retten, sie mit dem Grafen zu versöhnen und wieder unter die sanfte und milde Regierung des Reiches zu bringen. Dahin laute sein bestimmter Auftrag vom Kaiser. Er forderte die Stadt auf, zunächst ihm zur Verjagung des Mansfeld behülflich zu sein.

Am nächsten Tage, dem 23. August, meldete Tilly an Spinola in Brüssel diesen Stand der Dinge, mit der Anfrage, ob Spinola sich entschließen werde, Truppen zur Verstärkung zu schicken, damit die gute Gelegenheit, auch den anderen Übelthäter aus seinem Neste zu treiben und zunichte zu machen, ausgenutzt werde.[1] Es ist, bei der wiederholt kund gegebenen Gesinnung Tillys wider die Holländer, sehr wohl möglich, daß seine Entwürfe, jedenfalls seine Wünsche, über die Vertreibung Mansfelds noch hinausgingen.[2]

Allein weder der Graf Enno III., noch die Stadt Emden vermochten der Aufforderung Tillys zu entsprechen. Jener weilte in Emden, zwar persönlich wieder frei, aber macht- und hülflos, weil in seinem Lande Mansfeld gebot und in der Stadt Emden die Bevollmächtigten der Generalstaaten. Die Bürger waren erbittert gegen Mansfeld, unzufrieden mit den Generalstaaten, welche dem Lande die Schaaren desselben aufgebürdet; aber in der Stadt weilten staatische Deputirte. Diesen übergab der Rath das Schreiben Tillys. Auf den Bericht derselben erfolgte im Haag sofort der Entschluß der Hochmögenden. Nach wenigen Tagen lagen vor Emden holländische Schiffe mit 200 Mann unter dem Grafen Ernst von Nassau. Die kaiserlich und gräflich gesinnte Partei in der Stadt war die schwächere: sie mußte sich widerstrebend in die Einlassung der Truppen fügen. Die Stadt gab die Zusage, im Falle des Vorrückens von Tilly noch mehr Truppen einzunehmen.[3] Die Zahl stieg bis zu 1600 Mann.[4]

Die Aufnahme auch nur der ersten holländischen Truppen in Emden war für den Plan Tillys ein schweres Hindernis.[5] Auch mochte er sich

---

[1] Meteren III, 299.

[2] Vgl. Nani lib. V. p. 224: Meditava il Tilly un gran disegno etc.

[3] Wiarda IV, 177. Vgl. dazu die Meldung Ernsts von Nassau, bei Capellen I, 201.

[4] Meteren III, 299.

[5] Sein Schreiben an die Infantin, bei Villermont II, 283.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bald überzeugt haben, daß ein Anmarsch von Meppen aus nordwärts gegen Mansfeld ihm geringe Aussichten bot. Vor ihm lag auf diesem Wege zunächst Haide und Moor, dann der breite und tiefe Strom der Leda. Er wandte sich nordostwärts auf Oldenburg zu. Von dort aus führte ein sicherer Zugang auf festem Boden in das ostfriesische Land. An der Grenze desselben jedoch lag das von Mansfeld wohl besetzte Stickhausen.

Die Antwort des Rathes der Stadt Emden auf die erste Mahnung Tillys hatte ihm gezeigt, daß auf eine Erhebung derselben wider die Holländer nicht zu rechnen war. Dennoch erneuerte er von Wardenburg bei Oldenburg aus, am 4. September, seine Mahnung zugleich als Warnung für die Generalstaaten.[1] „Der Kaiser, sagt er darin, wird die von Mansfeld und seines Gleichen versuchte Abreißung dieser edlen Provinz vom Reiche niemals zugeben. Nach meinem Dafürhalten werden auch die Herrn Generalstaaten, wie billig, die oft versprochene Neutralität beobachten. Im unverhofften Falle aber, daß sie sich in diese unleugbare Reichssache, mit der sie überall nichts zu thun haben, einflechten sollten, möchte der Kaiser mir oder einem Anderen solche Befehle ertheilen, wie sie der Reputation, der Würde und dem Ansehen des Reiches entsprechen, den Herren aber großes Ungemach und Nachtheil bringen dürften." Noch einmal forderte dann Tilly die Stadt auf, hülfreiche Hand mitanzulegen, daß der Zweck der Befreiung des Landes von Mansfeld erreicht werde. — Danach möchte man annehmen, daß Tilly nicht ganz ohne Hoffnung irgend eines Erfolges war. Am 15. September überschickte er von Wardenburg aus einen Paß für Deputierte der Stadt Emden.[2]

Allein welche Hoffnung immer Tilly auf die Abneigung eines großen Theiles der Bürgerschaft in Emden gegen die Holländer setzen mochte: so war doch bei diesen die Macht. Für Tilly dagegen wurden die Hindernisse, die aus der Bodenbeschaffenheit des Landes und dem Mangel an Lebensmitteln ihm gegen ein nachdrückliches Vorgehen erwuchsen, noch gesteigert durch eine andauernde Regenzeit. Er willigte daher in das Erbieten des Grafen Anton Günther und des dänischen Gesandten Ranzau, mit Mansfeld einerseits, den ostfriesischen Landständen

[1] Abgedruckt in der ersten Ausgabe. Bd. I, 526. Nr. XI.

[2] Emden.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

andererseits, über die Entlassung der noch übrigen Mannschaft des Mansfeld zu verhandeln.

Die Sendung entsprach nicht den Wünschen der Generalstaaten, welche in Betreff Ostfrieslands ihre eigenen Plane hatten. Bereits im Juli hatte der Prinz Moritz von Oranien die Hoffnung aufgegeben, daß von Mansfeld her ein Dienst für die Republik zu erwarten stehe. Es ist möglich, daß schon damals die Häupter im Haag Kunde von den Anknüpfungen Mansfelds in Brüssel hatten, und über ihn ein ähnliches Urtheil fällten wie dasjenige, welches zwei Monate später dort offen von Munde zu Munde ging, daß Mansfeld alle Welt betrüge.[1] Der Prinz Moritz machte bei den Generalstaaten den Vorschlag einer Anleihe von 300,000 Fl. für die ostfriesischen Landstände. Von diesem Betrage sollte die Hälfte zurückbehalten werden zu Gunsten des Louis de Geer, der dem Mansfeld Kanonen und Heergeräth geliefert, die andere Hälfte dem Mansfeld, nachdem er die von ihm besetzten festen Plätze den Truppen der Republik übergeben, zur Entlohnung seiner Mannschaft ausgehändigt werden. So am 29. Juli. Die Stände der einzelnen Provinzen der Republik genehmigten, eine jede für ihre Quote.[2]

Der Vorschlag läßt klar die Meinung erkennen, daß die Stadt Emden dem Mansfeld seine Kanonen nicht herausgeben werde, deutet aber auch nicht an, daß der Prinz von Oranien sie dazu anhalten wolle. Es wurden später mehrmals Mahnungen zur Herausgabe an die Stadt erlassen;[3] aber jener Vorschlag vom 29. Juli läßt durchblicken, daß man im Haag auf die Erfolglosigkeit derselben gefaßt war.

Der Vertrag über die Anleihe gedieh damals nicht zur Reife, namentlich deshalb, weil die Stadt Emden sich weigerte, eine Quote dieser Anleihe zu übernehmen. Die Bürgerschaft war eher geneigt zum offenen Kriege gegen Mansfeld, besonders nachdem die neue holländische Besatzung eingetroffen war.[4] — Die Holländer ließen geschehen, daß von Emden aus diese und jene Feindseligkeiten gegen die Mansfelder verübt wurden. Weiter gingen sie nicht, wahrscheinlich aus Rücksicht auf Frankreich. Denn Ludwig XIII. hatte sie ersuchen lassen, Sorge zu tragen, daß das Heer des Mansfeld beisammen bliebe.[5]

Aus den Briefen, die dieser selber ausgehen ließ und die dann aufgefangen wurden, ist eine Besorgnis vor dem Zergehen seines Heeres

[1] Capellen I, 216. [2] Aitzema I, 551. [3] A. a. O. 553, 556.
[4] A. a. O. 554. [5] Capellen I, 213.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht zu entnehmen. Er schreibt am 7./17. September, daß wegen der versperrten Pässe seine Armee jetzt nicht viel über 15,000 Mann betrage, jedoch alte rechtschaffene Soldaten.[1] — Der Bund der Mächte Frankreich, Savoyen, Venedig, schreibt er am selben Tage, habe ihm 60,000 Kronthaler monatlich zugesagt: er verhoffe aber in kurzem die Summe auf 100,000 zu bringen. „Mit welcher Hülfe wir uns dahin bearbeiten, daß wir den Winter über auf den deutschen Frontieren verharren, auf den Frühling aber ehestmöglich ins Feld rücken. Meines Theiles begehre ich nichts Anderes denn der lieben teutschen Libertät zu dienen."[2]

Nach dem alten Worte: bella constant fama — mochte Mansfeld durch derartige Prahlereien immerhin entferntere Mächte irre führen, nicht die Generalstaaten, oder Anton Günther von Oldenburg, oder Christian IV. In denselben Tagen, wo er in solcher Weise nach außen redete, traf, gemäß jener Übereinkunft in Oldenburg, der Däne Ranzau in Ostfriesland ein, um über die Entlassung der Truppen des Mansfeld zu unterhandeln.[3] Den Holländern, welche seit Wochen jenen Vorschlag des Prinzen Moritz vom Juli den Landständen empfahlen, war dieser Versuch einer dänischen Vermittelung sehr wenig willkommen. Denn da der Graf Enno und selbst die Stadt Emden auch schon vorher mit Christian IV. in Unterhandlung um seinen Schutz standen, so erwuchs für die Holländer die Gefahr, den Dänenkönig, den sie ähnlich beurtheilten wie der Schwede Gustav Adolf, eben so wie an der Elbe und an der Weser, auch an der Ems mächtig zu sehen. Die Holländer wußten durch ihr Einwirken auf die ostfriesischen Landstände die Versuche jener Unterhandlungen zu durchkreuzen.

Noch einmal also trat an Tilly die Frage heran, den Mansfeld mit den Waffen aufzusuchen. Anton Günther von Oldenburg mahnte ab. „Ostfriesland, sprach er, ist wie eine Einöde, zum großen Theile vom Wasser überfluthet, wo Mansfeld nur in der äußersten Ecke, etwa in dem festen Gretsiel, die kaiserlichen Truppen erwarten wird. Der Hunger allein ist der Feind, vor dem er weichen wird, und vor dem er weichen muß auch ohne Heereskraft."[4]

Tilly erkannte an, daß der Erfolg, den er möglicher Weise erringen könne, nicht im Verhältnisse stehe zu den Opfern, welche er zu bringen

[1] Capellen I, 213. [2] Kriegsacten F. 54.
[3] Wiarda IV, 178 u. f. Bericht Carletons bei Roe 173. [4] Winckelmann 175.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

habe. Auch wenn die Unterhandlungen scheiterten, durfte er ruhig den Auflösungsproceß sich in sich selber vollenden lassen. Bevor er schied, meldete er dem Kaiser in sehr warmen Ausdrücken die getreue Gesinnung des Grafen von Oldenburg. „Derselbe hat sich täglich also erwiesen und bezeigt, daß ich nichts mehr in dergleichen Begebenheiten von ihm zu verlangen mich unterstehen würde." Er bittet den Kaiser dieser Treue, die der Graf im Angesichte der Feinde bewiesen, ihm eingedenk sein zu wollen.[1] Alsdann wendete er nach einem Aufenthalte von zwölf Tagen sein Heer südwärts, um in Hessen-Cassel die Winterquartiere zu beziehen. Anholt verblieb im Münsterlande.

12. Die letzten Monate des Mansfeld in Ostfriesland.

Bei der Vereitelung der dänischen Unterhandlung scheinen die ostfriesischen Landstände gehofft zu haben, durch einen Machtspruch ihrer vermeintlichen Beschützer im Haag des Mansfeld und seiner Schaaren ledig zu werden. Aber diese Gönner hatten für sie nur den bereits im Juli vorgeschlagenen Vertrag, der für die Erlösung von Mansfeld dem Lande eine Schuldenlast von 300,000 Fl. aufbürden sollte. Die ostfriesischen Landstände wollten sich dazu nicht verstehen.

Unterdessen senkte sich immer schwerer die Noth auf das unglückliche Land. Bereits im August hatten die Mansfelder es dahin gebracht, daß die Generalstaaten, um sie zu erhalten, ihrer Provinz Groningen die tägliche Lieferung von 20,000 Pfund Brot und 100 Tonnen Bier für die Mansfelder in Ostfriesland auferlegten. Im Beginne des Monats October ward abermals beschlossen, damit fortzufahren, damit nicht die Mansfelder sich verliefen.[2]

Gereichte dies auch den Ostfriesen zu einiger Erleichterung, so erwuchs ihnen zugleich wieder eine neue Last. Das Kriegsvolk des Christian, welches die Generalstaaten in Dienst genommen, damals noch etwa 6000 Mann, war wild und unbändig. Viele entliefen, nicht zum Verdrusse der Generalstaaten, die es sogar als einen Gewinn betrachteten.[3] Aber man wollte ihrer Aller ledig sein. Bevor noch die drei Monate um waren, lohnte man sie ab. Der Oberst Styrum brach mit der Cavallerie zu Lande nordwärts auf. Die noch übrige Infanterie ward bei Arnheim in Schiffe gesetzt und die Yssel hinab gefahren. Von Campen

[1] Villermont, Tilly II, 299. [2] Wiarda IV, 177. Aitzema I, 552.
[3] Capellen I, 207.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hatten sie weiter zu wandern, wie die Cavallerie, nach Ostfriesland zu, wo Hunger, Noth und Krankheit ihrer harrten.

Und damit war die Zahl der Quäler für die noch übrigen Bewohner des unglücklichen Landes voll und übervoll. Es war verödet, ohne Lebensmittel. Der Winter stand vor der Thür. Im Haag stieg die Besorgnis auf, daß Mansfeld heimlich zu Wasser sich davon machen werde.[1] Jedenfalls hatte er Anstalten getroffen, die dahin deuten konnten. Er ließ das geraubte Gold und Silber, einige Kanonen, die aus den Kirchthürmen gerissenen Glocken, zum Theile in einander geschlagen, und andere Sachen mehr, heimlich in zwei holländische Schiffe verladen. Dies ward dem Grafen Enno und anderen Personen entdeckt. Auf ihre Anzeige ließ die Stadt Emden durch ihre bewaffneten Fahrzeuge die Schiffe aufbringen, die Ladung herausnehmen und in Emden verwahren.[2]

Um so dringender wurden die Mahnungen der staatischen Deputierten an die in Emden versammelten Landstände zur Annahme jenes Vergleiches, der dem Mansfeld die Mittel gewähren würde, seine Truppen zu entlohnen und zu entlassen. Das Geld lag in Delfzyl bereit. Der Vertrag aber forderte von den Landständen für die Anleihe die Verpfändung der sämmtlichen Einkünfte des Landes. Dagegen hielten die Stände den Hochmögenden vor, daß schon allzu lang die leeren Vertröstungen derselben ihr Unglück nur noch schwerer gemacht hätten. Es sei vor Gott, der Welt, dem römischen Reiche nicht zu verantworten, daß sie nun gedrungen werden sollten, den grausamen Verderber ihres Vaterlandes noch mit Gelde zu belohnen. Wer denn wolle eine Adder,[3] die ihm nach der Gurgel steche, am eigenen Busen ernähren?

Man wußte im Haag genau, wie es darum stand. In denselben Tagen bezeichnete dort der englische Gesandte die Mansfelder als ein genus daemoniorum, das nur durch den Hunger hinauszutreiben sei.[4]

Dennoch bewogen nunmehr die staatischen Deputirten den Mansfeld zu öffentlichen Plakaten, welche die Seinen zur Mannszucht zurückrufen sollten. Er ließ sie dem landständischen Ausschusse in Emden zustellen. Dieser erwiederte, mit Anführung einer Reihe neuerlicher Thatsachen: Mansfeld selbst wisse am besten, daß dies leere und kraftlose

[1] Capellen I, 219. [2] Wiarda IV, 183. Winckelmann 117.

[3] Kreuzotter.

[4] Roe 193: genus daemoniorum, not otherwise to be chased out but jejunio.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Worte seien. Dann fügen sie hinzu: „Daß Ew. Fürstliche Gnaden Ihre Armee nunmehr gern aus dieser Landschaft wegschaffen wollten, ist uns nicht unbekannt, und (wir) geleben der einzigen übrigen Hoffnung und Zuversicht, daß uns Pestilenz, Hunger und Kummer bald von einander scheiden werden." So am 20./30. November.[1]

Die staatischen Deputirten ließen es geschehen, daß von der Stadt Emden aus Krieg gegen die Mansfelder geführt wurde. Die Bürger hatten dabei den Vortheil, über bewaffnete Schiffe zu verfügen. Aber auch im Lande erhob sich Mord gegen Mord. Wie das geschah, thut Ein durch die Tradition aufbewahrtes[2] Beispiel zur Genüge dar. In einer Scheune in dem Dorfe Osteel hatten sich sieben halbverhungerte Mansfelder neben einander in einer Reihe auf Stroh gelagert und schliefen. Der Bauer und sein erwachsener Sohn holten eine Leiter herbei, ließen sie über die Schlafenden fallen, daß die Köpfe zwischen den Sprossen steckten, und knieeten Jeder an einem Ende rasch auf die Leiter nieder. Dann trat die mit scharfem Messer bereit stehende Frau herzu, und gurgelte die sieben der Reihe nach ab.

Der Hunger und die Noth aller Art rückten dem Mansfeld täglich näher. Und dennoch ist es erstaunlich und würde unglaublich klingen, wenn nicht die Documente vorlägen, daß er in der Bedrängnis wie er war, in Brüssel nicht etwa um Gnade bat, sondern für die Niederlegung der Waffen Bedingungen stellte, welche die früheren überboten.

Ein eigentlicher Abbruch seiner Verhandlungen mit Brüssel im Jahre 1623 in solcher Weise, daß Mansfeld abgelehnt hätte, war nicht geschehen. In Brüssel blieb die Geneigtheit. Sie ergibt sich aus der Meldung des Secretärs Don Juan an Philipp IV., im Juli: „Nachdem Mansfeld in langer Verhandlung alles erreicht, was er gewollt, hat er alles fallen lassen. Und dennoch muß man sagen, daß, wenn es gelänge, ihn in den Dienst Ew. Majestät herüber zu ziehen, man unseren Feinden den stärksten Theil ihrer Kräfte entwinden würde."[3]

Ähnlich urtheilte der frühere Gesandte bei Jacob I., Graf Gondomar, im Staatsrathe zu Madrid. Welchen Preis immer Mansfeld fordern möge, sagte er: das Opfer werde gering sein im Vergleiche zu den ungeheueren Ausgaben, welche die Nothwendigkeit, ihn zu bekämpfen, auferlege. Weil Mansfeld nun bereits mehrmals auf dem Puncte

[1] Londorp II, 788. Auch sonst oft abgedruckt. [2] Wiarda IV, 202.
[3] Villermont, Mansfeld II, 193.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gestanden abzuschließen, so möge die Regierung in Brüssel nichts außer Acht lassen, wodurch der Faden der Unterhandlung wieder angeknüpft werden könne.[1]

Die Meinung dieser zwei Spanier von den Qualitäten oder von der Gefährlichkeit des Mansfeld war hoch: höher war seine eigene.

In denselben Tagen, wo die Landstände von Ostfriesland ihm jene nicht ehrenvolle Antwort gaben, am 4./14. November, entsandte er von Gretsiel aus nach Brüssel einen Entwurf zu neuen Verhandlungen.[2] Darin verlangt er von dem Kaiser einen allgemeinen Pardon für alle Angehörige seines Heeres, ohne jegliche Ausnahme, so wie die Herstellung in ihre Güter, mögen sie Anderen überwiesen sein oder nicht. Er fordert die Zahlung der Soldrückstände für seine Truppen in Böhmen, Oesterreich, der Ober- und der Unterpfalz. Er verlangt die Zahlung aller seiner Ansprüche an Einzelne wie an Communen im Reiche, Hinterlegung dieses Geldes an neutralem Orte, bevor er seine Truppen entlasse. Er verlangt Sicherstellung aller seiner Officiere und Soldaten gegen etwaige Rückforderungen von Kurfürsten oder Fürsten, geistlich oder weltlich, von Städten und Gemeinden. In diesem Sinne geht es weiter. Kurz, Mansfeld verlangt die kaiserliche Sanction für alles sein Thun seit nunmehr sechs Jahren, Verkündung dessen mit Trompetenschall durch das Reich. Im Falle dann ein Krieg gegen die Türken als die Feinde der Christenheit entstehe, werde der Kaiser es vermitteln, daß der Papst den Mansfeld zum General aller seiner Truppen ernenne.

Die Infantin schickte das curiose Actenstück ohne weitere Bemerkung dem Kaiser ein. Es vergingen mehrere Wochen. Am 12./22. December schrieb Mansfeld abermals von Gretsiel aus nach Brüssel, mit der Forderung einer schleunigen Verhandlung in Lingen, und mit hinzugefügter Drohung, daß er bei längerem Verzuge andere ihm dargebotene Bedingungen annehmen werde.[3]

Bei der Ankunft dieses Briefes in Brüssel bedurfte es keiner Worte mehr. Bereits hatten Thatsachen gesprochen.

Mansfeld mit den Seinen waren von allen vier Seiten her in Ostfriesland eingeschlossen, wo ihnen der Untergang durch den Hunger bevorstand. Es gab nur noch Eine Möglichkeit des Durchbruches, nach Südosten hin, ins Münsterland. Dorthin ließ Mansfeld die noch waffen-

[1] A. a. O. 196. [2] A. a. O. 197. [3] A. a. O. 201.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

fähige Mannschaft unter dem Obersten Limbach, im December, sich sammeln. Es galt den wichtigen Paß Friesoithe zu gewinnen, und dann, wie Tilly besorgte,[1] auf Osnabrück vorzubrechen. Andere waren der Meinung, daß Mansfeld auch den unglücklichen Ausgang erwogen, nämlich daß er in diesem Falle der Zahlung des Soldes an die Gefallenen erledigt sein werde.[2]

Am Tage vor Weihnacht versuchte Limbach dreimal einen Sturm auf Friesoithe, vergeblich. Limbach zog nach Oldenoithe zurück. Unterdessen kam der Oberst Erwitte mit Verstärkung nach Friesoithe. Am Weihnachtstage griff er die Mansfelder an und zwang sie zum Rückzuge auf den ummauerten Kirchhof von Oldenoithe. Am anderen Tage wurden Wagen herangeschafft, mit Mist beladen und von gefangenen Mansfeldern bis an die Mauer geschoben. Vor diesen Anstalten zum Sturme entsank der Muth. Limbach bat um Capitulation. Erwitte gewährte sie. Es wurden 15 Fahnen überliefert, 36 Officiere gefangen abgeführt. Sie sagten aus, daß mit ihrer Niederlage dem Mansfeld die Flügel gestutzt seien.

In der That war es fortan vorbei. Der Herzog Christian zuerst machte ein Ende. Er ließ den Grafen Anton Günther von Oldenburg um die Erlaubnis des Durchzuges mit seinen noch übrigen Reitern bitten, damit er sie daheim in Braunschweig entlasse. Anton Günther schlug ab. Christian kam selber. Es schien, daß die Erfahrungen der letzten Monate auf ihn Eindruck gemacht. Er klagte dem Grafen Anton Günther: von den Generalstaaten sei er mit Undank belohnt, von Mansfeld mit vergeblichen Hoffnungen hingehalten: so wolle er nun dem guten Rathe seiner Mutter, seines Bruders, seines Oheims folgen und nach Halberstadt zurückkehren.[3] — Namentlich äußerte er sich heftig gegen Mansfeld: er verwünschte diesen mit tausend Flüchen.[4] — Auf solche Bezeugungen war Anton Günther willig, ihm 9000 Thaler vorzustrecken, jedoch mit Bedingungen. In dem Vertrage, den darüber Anton Günther, Christian und der Däne Ranzau abschlossen, heißt es: „Vor allen Dingen geloben J. F. G., daß sie der K. Würde zu Dänemark und der hochlöblichen Frau Mutter, des Herrn Bruders und der Freunde getreuem, gutem Anrathen zufolge sich der Römisch-Kaiserlichen Majestät gebührlich accom-

[1] Tilly an Anholt, 26. Decbr. Aus dem Freiherrlich-Dalbergischen Archive.
[2] Theatrum E. 849. [3] Winckelmann 184.
[4] Villermont, Tilly II, 296, 301. Zwei Berichte, der letztere von Anton Günther selber an Tilly.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

modieren und durch wirkliche Dienstbezeigungen Dero Gnade und Huld zu erwerben ernstlich gemeint und begierig sind."[1] — Es war freilich damals noch nicht ein Jahr verflossen, daß Christian seiner Mutter und seinem Bruder dasselbe Versprechen abgelegt.

Christian erhielt die 9000 Thaler, unter der weiteren Bedingung, daß er noch auf ostfriesischem Boden seine Reiter entlasse. Also geschah es. — Die noch übrigen Franzosen, hungrig, krank, zerlumpt, waren schon vorher zu Schiffe nach Holland hinüber geführt.

Es war nur noch übrig Ernst Mansfeld mit den Seinen, die der Graf Anton Günther noch auf 4000 schätzte. Es handelte sich um die Annahme des Vergleiches, den der Prinz Moritz von Oranien schon zu Ende Juli vorgeschlagen hatte. Der Graf Enno und die Landstände fügten sich endlich, eine Schuld von 300,000 Gulden an die Generalstaaten auf sich zu nehmen und dafür die gemeinen Landesmittel zu verpfänden.[2]

Die Hochmögenden verfuhren dabei mit der ihnen eigenen Schlauheit in der Sicherung jedes Vortheiles für sie. Sie besaßen schon die Hauptfestungen des Landes, Emden und Leerort: sie wollten dazu noch die anderen festen Plätze. Diese Absicht lag, wenn auch noch nicht ausdrücklich ausgesprochen, in dem ersten Vorschlage des Prinzen Moritz, vom Juli 1623. Es kam darauf an, diese Absicht durchzusetzen, mit oder auch ohne Willen des Grafen Enno und seiner Landstände. Das Formular des Vertrages[3] der Generalstaaten mit den ostfriesischen Landständen enthielt die allgemeine Bestimmung, daß jene an Mansfeld nicht zahlen würden, bevor er die von ihm besetzten festen Plätze ausgeliefert habe. Daneben jedoch war, bereits am 2. Januar 1624, ein besonderer Vertrag[4] zwischen den staatischen Deputirten und Mansfeld abgeschlossen, durch welchen dieser sich verpflichtete, vor dem Empfange der Zahlung die festen Plätze Gretsiel, Stickhausen, Friedeburg, Esens, Wittmund den Commissarien der Hochmögenden zu überliefern. — Demnach wurden auch noch in diesem letzten Acte der Graf und die Stände von Ostfriesland von den Generalstaaten und Mansfeld übervortheilt.

Auf die Frage des Kaisers über diese Einräumung der festen Plätze meldete ihm die andauernd in Emden tagende Deputation der Landstände

[1] Kriegsacten F. 57. Vertrag vom 3. Januar 1624.
[2] Aitzema I, 552. Wiarda IV, 220. Rüthning, Tilly in Oldenburg usw. 22.
[3] Aitzema I, 552. [4] A. a. O. 879.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

am 25. März, offen diesen Thatbestand. „Obwohl, sagen sie, Mansfeld bei seinem Abzuge die mit Gewalt eingenommenen Grenz- und festen Häuser mehrentheils an die Herren Staden überliefert: so haben doch weder unsere gnädige Herrschaft, noch unsere Principalen, die Landstände, darein gewilligt.“ [1]

Auch Mansfeld seinerseits hatte zu erfahren, daß die Hochmögenden an Schlauheit ihm überlegen waren. Er mußte sich für die von Louis de Geer ihm gelieferten Geschütze und Waffen die Hälfte der Summe von 300,000 Fl. kürzen lassen, welche die Generalstaaten für ihn den ostfriesischen Landständen anrechneten. Aber die Geschütze und die Waffen lagen in Verwahrung der Stadt Emden. Auf das Verlangen Mansfelds sagten die staatischen Commissarien in jenem Sondervertrage ihm zu, ihre äußerste Schuldigkeit [2] anzuwenden, um die Stadt Emden zur Auslieferung des beschlagnahmten Kriegsmaterials zu bewegen. Es konnte dabei den staatischen Commissarien nicht unbekannt sein, daß bei der Erbitterung der Ostfriesen gegen Mansfeld, an welcher die Stadt Emden vollaus betheiligt war, ihr äußerstes Bemühen dennoch geringe Aussicht auf Erfolg hatte. Auch dürfte die Schadenrechnung, welche die Bürger der Stadt dagegen aufstellen konnten, den Betrag jener 150,000 Fl. weitaus überstiegen haben. In der That ließ sich die Stadt Emden auf die Auslieferung nicht ein. Im folgenden Jahre, wo die Dinge sich wieder günstiger für Mansfeld wandten, gelangten an die Stadt Emden Verwendungen der Könige Jacob I., Ludwig XIII., Christian IV., und Friedrichs von der Pfalz um die Auslieferung der Kanonen an Mansfeld. [3] Die Stadt gab sie nicht her. Der ostfriesische Historiker Wiarda meldet zum Jahre 1794, daß damals noch einige schöne metallene Kanonen mit dem Wappen und dem Namen des Mansfeld auf den Wällen von Emden lagen. [4] Die von Louis de Geer gelieferten Handwaffen für 1000 Mann, so wie eine reiche Sammlung von Waffen aller Art, die Mansfeld auf seinen Zügen — auf welche Weise immer — erworben, befinden sich noch heute, als eine Trophäe aus schweren Zeiten, in der berühmten Rüstkammer des Rathhauses von Emden.

Mansfeld erhielt 150,000 Gulden und lohnte damit die Seinigen ab, die in drei Jahren nicht drei Monate Sold erhalten hatten. [5] Er

[1] Aurich. [2] Hare uyterste devoir aanwenden. [3] Emden.

[4] Wiarda IV, 194.

[5] Aussagen von Soldaten vor den Beamten des Herzogs Christian d. Ä., im Celler Briefarchive.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

versprach, daß sie beim Abzuge nicht rauben, noch brennen, noch Menschen oder Vieh mit wegführen sollten. Die Ostfriesen dagegen sicherten zu, auch ihrerseits die Abziehenden nicht beschädigen zu wollen. Ein Theil der Mansfelder trat in holländische Dienste, die anderen zogen ostwärts ab, durch Oldenburg; denn an der Südgrenze harrte Anholt. Auch Anton Günther stand gerüstet und duldete sie nur waffenlos, je in kleiner Zahl. Wo sie einzeln sich fanden, da wurden sie von den oldenburgischen Bauern erschlagen. Dennoch kamen sie in solcher Zahl weiter ostwärts, daß die besorgten Fürsten in Niedersachsen glaubten: es sei ein neues Stratagem des Mansfeld die Söldner vorgeblich zu entlassen, um zwischen Weser und Elbe mit einem Heere wieder aufzutreten. Nicht also war es sein Plan. Er ging sofort nach dem Haag, um von da auszuschauen, wo man weiter seiner bedürfe. Dort auch fanden die höheren Officiere sich ein, eines neuen Kriegesrufes ihres Führers gewärtig.

In solcher Weise wie Ostfriesland hatte selbst nicht Böhmen, nicht die Pfalz gelitten. Vierzehn Monate hatten die Mansfelder dort geweilt, und bei ihrem Abzuge lebte nicht mehr der fünfte Mensch, stand nicht mehr das sechste Haus.[1] Dagegen rechnete man, daß in allem 19,000 Mann eingezogen, beim Auszuge davon noch 8500 übrig waren. Die Einbuße des Landes an Geld und Geldeswerth ward auf zehn Millionen Gulden angeschlagen. So lautet die Angabe eines Gesandten des Grafen Enno im Haag. Ähnlich meldet der Graf Anton Günther dem Kaiser: „Den elenden und erbärmlichen Zustand der Grafschaft Ostfriesland kann Niemand glauben, als der sie zuvor in ihrem Wohlstande gesehen. Es soll aller an Habe und Gütern erlittene Schade, wie ein ostfriesischer Gesandter mir jüngst berichtet, mit zehn Millionen Goldes nicht wieder zu erstatten sein."[2]

Wie überall an den Schaaren des Mansfeld die verwandten Elemente kleben blieben und mit fortzogen, so auch in Ostfriesland. Es ward ihnen der Proceß gemacht und das Todesurtheil gesprochen als Mitschuldigen des vom Kaiser geächteten Mansfeld. Diejenigen Persönlichkeiten, die nicht mit fortzogen, jedoch gerichtlich überwiesen wurden, den Mansfeldern in irgend einer Weise behülflich gewesen zu sein, wurden

[1] Aitzema I, 938. Winckelmann hat dieselben Angaben. Eben so eine handschriftliche Chronik eines Zeitgenossen in der landschaftlichen Bibliothek in Aurich.

[2] Kriegsacten F. 57. Vom 19. Januar 1624.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auf den Backen gebrandmarkt mit den Buchstaben O. F. M., ostfriesische Mansfelder, und dann des Landes verwiesen.[1]

Ob absichtlich, ob nicht, war das Brandmal ein Fingerzeig des Urtheils über die Gönner des Mansfeld, die zu eigenem Nutzen den Verderber über friedliche Menschen losgelassen hatten. Direct und unumwunden sagte dies eine lutherische, dem Grafen Enno vielleicht nicht fern stehende Flugschrift, die eine Reihe von Einzelnheiten der Grausamkeit erzählt.[2]

Der Vortheil, den die Generalstaaten bei dem Ausgange der Sache davon trugen, liegt vor Augen. Der Besitz der festen Plätze von Ostfriesland war, nach ihrer Behauptung, ein Unterpfand der Schuld der ostfriesischen Landstände an sie. In der Wirklichkeit war er viel mehr. Nach damaliger Kriegführung deckte dieser Besitz die Grenzen der Republik gegen etwaige abermalige Entwürfe Tillys. Er eröffnete zugleich ein Thor in das Reich von dort her. Auf jeden Fall nährte er die Unruhe und Besorgnis im Reiche. Das Alles ward sofort sehr wohl erkannt. Anton Günther von Oldenburg wies auf diese Gefahr hin und bat die Fürsten und Stände von Niedersachsen, die 300,000 Gulden herzugeben, damit den Holländern der Vorwand des Verweilens auf deutschem Boden benommen werde.[3] Der Kaiser billigte diese Schritte des Grafen Anton Günther. Er selbst machte Christian von Celle aufmerksam,[4] daß dies Verweilen holländischer Garnisonen auf deutschem Reichsboden in solcher Zahl ihn nöthige, Tilly in der Nähe zu lassen. Christian von Celle verhehlte selber sich das nicht, eben so auch die anderen Fürsten von Niedersachsen. Aber man kam zu keinem Entschlusse, und es geschah nichts. So wollten es die Holländer, und ihre Besatzungen blieben wie ein Pfahl im deutschen Fleische.

Alle diese Fürsten wünschten und hofften, daß namentlich die Stadt Emden sich frei mache vom holländischen Joche. Man kannte ja die Stimmung der Bürger. Man wußte, was sie gegen Mansfeld gethan. Auch der Kaiser lobte sie.[5] Er mahnte die Stadt zu gedenken an ihre

[1] Wiarda IV, 205.

[2] Spiegel van der Calvinisten-Tyrannie, geplegt in Oostvriesland, onder het beleid van den Grave van Mansvelt in dienste der Staaten Generael. 1624.

[3] Villermont II, 305 ff. Schreiben P. de Bischers an die Infantin im Celler Briefarchiv.

[4] Schreiben des Kaisers vom 14. April 1624.

[5] Verschiedene kaiserliche Schreiben im Rathhausarchive zu Emden. Eins derselben Beilage XII. der ersten Ausgabe dieses Werkes.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

einstige Blüthe, ihren Glanz, ihre uralte Freiheit unter dem Schutze und Schirme des Kaisers und des Reiches, und damit zu vergleichen das jetzige Elend, den Jammer und die Dienstbarkeit. Sie möge gewis dafür halten, daß der Kaiser nur ihre Errettung erstrebe.

Es ist nach der Sachlage kein Zweifel, daß viele Bürger dieser Stadt damals solche Worte gern vernommen. Aber die Hoffnung, welche durch alle diese Schreiben Tillys, sowie des Kaisers an die Stadt, und durch die Correspondenzen Anderer über dieselbe herdurchklingt, die Hoffnung, daß sie das holländische Joch durch eigene Kraft abschütteln werde, ward nicht erfüllt.

13. Tillys Verhalten gegenüber Niedersachsen und Hessen-Cassel, im Herbste 1623.

Auf dem Kreistage in Lüneburg im Juli hatten sich die Fürsten des niedersächsischen Kreises endlich aufgerafft zu dem Entschlusse, daß für sie, um nicht das eigene Land zum Sitze des Krieges zu machen, kein anderes Mittel übrig bleibe, als dem unbändigen Herzog Christian das Entweder-Oder zu stellen. Aber der Ausgang von Stadtlohn mochte doch für mehr als einen von ihnen nicht nach Wunsche sein. Sie beschwerten sich beim Kaiser, daß Tilly den wichtigen Weserpaß von Höxter besetzt halte. Der Kaiser erwiederte, 22. September: er sei gänzlich der Meinung, der Graf Tilly, „dessen sonderbare Discretion und friedliebendes, sittsames Gemüth fast aller Welt bekannt," werde die Besatzung in Höxter mehr zur Versicherung als zur Beschwerde des niedersächsischen Kreises eingelegt haben.[1]

Tilly dagegen hegte, so lange noch die Gefahr eines Vorbruches von Mansfeld und Christian aus Ostfriesland bestand, die Besorgnis, daß in solchem Falle die Abenteurer im niedersächsischen Kreise Unterstützung finden würden. Er sprach diese Ansicht als Warnung dahin offen aus.[2] Er erinnerte an den Verlauf der Dinge, wo die Stände des Kreises mit Christian so lange Nachsicht gehabt, bis er ihnen über den Kopf gewachsen. Die Consequenz dessen seien die Unkosten gewesen, die über sie gekommen, „und daß ich mich wider meinen Willen der Enden habe begeben müssen, was durchaus nicht geschehen wäre, wenn

[1] Kriegsacten F. 55.

[2] A. a. O. F. 56. Beilage zu einem Schreiben Maximilians, vom 23. November, an den Kaiser.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

man den Herzog Christian zeitlich abgeschafft." Auf jeden Fall, werde er, dem Befehle des Kaisers gemäß, den Feind suchen, wo er ihn finde. Dagegen mahnt er die niedersächsischen Kreisstände an ihre erst vor wenigen Wochen dem Kaiser gegebenen Versicherungen der Loyalität. Er fragt, welchen Namen vor Gott und Menschen und bei der Nachwelt sie im anderen Falle davon tragen würden.

Die Wurzel alles Mistrauens und darum der Furcht vor Tilly bei den Fürsten in Niedersachsen war — wie immer wieder hervorgehoben werden muß — das Bewußtsein, Kirchengüter in Besitz zu haben, auf die sie gemäß dem Augsburger Religionsfrieden rechtlich keinen Anspruch hatten. Sie hatten jener Loyalitäts-Erklärung, auf welche Tilly hindeutet, die Bitte beigefügt: „E. K. M. wollen auch die evangelischen Administratoren und Besitzer der reformierten Erzstifter, Stifter, Klöster und anderer Güter, weil sie durch rechtmäßigen Titel der Wahl, Postulation oder sonst dazu gekommen, Ihro zu kaiserlicher Huld und Gnade empfohlen sein lassen."[1] — Die Worte: Oder sonst — in diesem Zusammenhange scheinen mit einer indirecten Anerkennung der Unrechtmäßigkeit ziemlich gleichbedeutend zu sein. — Am 30. September drängten die Gesandten des Kreises in Wien auf eine Resolution in Betreff dieser Bitte und zugleich auf den Abzug Tillys.[2] In seiner Antwort, vom 10. October, verwies der Kaiser sie auf die Resolution der Kurfürsten zu Mühlhausen, vom Jahre 1620, und sprach ihnen zugleich die Erwartung aus, daß sie aus eigener Macht eine solche Werbung wie die geschehene des Herzogs Christian, nicht wieder dulden würden.[3] Jene Resolution enthielt die Zusicherung, daß die Kirchengüter den Inhabern nicht mit Gewalt genommen werden sollten, anerkannte jedoch nicht die Rechtmäßigkeit des Besitzes. Der nagende Wurm der Unsicherheit also blieb, und legte damals, 1623, dem siegreichen Feldherrn Plane unter, die er weder aus sich selber, noch im Namen seiner Kriegsherren hegte.

Denn wenn Tilly oder seine Kriegsherren derartige Entwürfe gehegt hätten, wie jener Argwohn sie ihnen zutraute, so war die Ausführung im Herbste 1623 nicht schwer. Zwar gab es eine Kreisarmee unter dem kriegeshurtigen Herzog Georg; aber sie war halb so stark wie das Heer Tillys, und schlecht bezahlt. „Ich thue hiermit nachrichtlich zu wissen, meldet der Beamte der Kreiscasse für Niedersachsen, am

[1] A. a. O. F. 54. [2] A. a. O. F. 55. [3] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

18. December 1623, daß im Kreiskasten nicht ein einziger Thaler vorhanden, auch nunmehr fast in fünf Monaten kein Geld eingekommen ist."[1]

Nicht ein neuer Krieg war die Absicht Tillys, sondern der Friede. Dafür gab es nach seiner Anschauung nur Ein Mittel, und dieses Mittel legte der kaiserliche Feldherr warnend und mahnend jedem der Fürsten in Niedersachsen ans Herz, wo und wie er konnte. Wenn Gesandte derselben vor ihm erschienen: so pflegte er sie mit der Bitte zu entlassen, der Fürst oder Herzog möge dahin trachten, daß der Friede im Reiche hergestellt und befestigt werde. Auf die Frage, wie das zu bewirken, war es immer dieselbe Antwort: die Fürsten müssen sich eng an den Kaiser anschließen.[2] Sie müssen sich verpflichten, daß, wo immer die Generalstaaten, der Herzog Christian, der Mansfelder den Fuß auf des Reiches Boden setzen, die Fürsten gesammter Hand und mit vereinten Kräften sie hinaustreiben. Wo das nicht geschieht, fügt dann Tilly mit ernster Mahnung hinzu: so wird es mit dem Kriege auf deutschem Boden noch immer ärger werden.

Der Marsch Tillys, zu Ende September, ging von Oldenburg nach Hessen-Cassel, wo er die Winterquartiere nehmen wollte. Er gab den Fürsten des niedersächsischen Kreises die ausdrückliche Versicherung, daß er, um denselben möglichst wenig zu berühren, nicht auf das rechte Weserufer hinübergehen werde. Demgemäß zog er durch den westfälischen Kreis. Damit dort keiner über Gebühr belastet werde, bat der General, daß Officiere der verschiedenen Fürsten, deren Besitzungen auf dieser Strecke lagen, zusammen kämen, und sich mit ihm über die Einquartierung verglichen. Von den Fürsten des niedersächsischen Kreises verlangt er Verkauf von Getreide gegen gebührliche Zahlung. Wir finden einem solchen Schreiben von Tillys Hand hinzugefügt, daß er persönlich für die Rücksendung der Wagen und Pferde einstehe, und wo nicht, sie aus seinen eigenen Mitteln ersetzen werde.[3] Und in gleichem Sinne und Geiste zieht er mit seinen Truppen am linken Weserufer einher. Es liegt ein Bericht einiger Beamten vor, die wegen der Quartiere zu ihm gekommen.[4] Sie klagen in allgemeinen Ausdrücken über die Last des Durchzuges. Tilly entgegnet: wenn die Einwohner wegen

[1] Celler Briefarchiv. Vgl. v. d. Decken I, 113, 118.

[2] Celler Briefarchiv. An Christian d. Ä. zu Celle, 11. September; an Friedrich Ulrich, 27. September.

[3] Celler Briefarchiv. [4] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

des Durchzuges beschwert würden: so sei das wider seine Anordnung, er höre es ungern und trage ein großes Misfallen daran. Wofern es geklagt werde, solle alsbald die Strafe erfolgen an Leib und Leben. Es hätte aber Niemand geklagt, und darum könne er auch nicht richten. Er wolle aber nochmals bei höchster Strafe allen Muthwillen verbieten lassen, verhoffe auch morgen, als am Sonntag Abend, mit allem seinem Volke hindurch zu sein, und wolle selbst den letzten Haufen abwarten.

Also der Feldherr zu diesen Beamten. Wenn nun in Wahrheit gegründete Klagen, auf Einzelnes und Besonderes sich beziehend, da gewesen wären: so war es für die Beamten nach diesen Worten Tillys die rechte Zeit sie anzubringen. Statt dessen fährt ihr Bericht fort: „Weiteres zu handeln waren wir nicht befehligt.“ [1]

Erst als Tilly die Länder des Herzogs Christian des Aelteren verließ, der zugleich erwählter Fürstbischof von Minden war, nimmt sich der Feldherr, der an der Spitze eines Heeres von 20,000 alter Soldaten einherzieht, das Herz, dem Beamten, der ihn bis Rehme begleitet, eine persönliche Bitte vorzubringen. Er habe gehört, sagt Tilly, daß im fürstlichen Gestüte eine gute Art Pferde falle. Nun sei er Willens gewesen den Herzog um ein solches zu ersuchen. Weil er aber besorgt, daß es etwa ungleich möchte aufgenommen werden: so möge der Beamte bei dem Herzoge bitten, daß dem General Tilly mit einem guten Pferde für seinen Leib möchte gewillfahrt werden. Tilly begehrt nicht, daß es ein ansehnliches schönes Pferd sein soll. Wenn es nur guten Maules, gewisser Schenkel und sanften Ganges ist: so ist ihm das die Hauptsache, wenn es auch sonst ein schlechter Klepper ist. Mit einem solchen Pferde, also berichtet der Beamte an den Herzog, geschähe dem General eine wunderbar große Freundschaft und Courtoisie. [2]

Daß Tilly auf diesem seinem Marsche von Oldenburg nach Hessen den niedersächsischen Kreis geschont, so viel er dessen vermochte, blieb auf die Fürsten desselben damals nicht ohne Wirkung. Auf einer Rundreise durch die Quartiere seines Heeres, die sich nordwestwärts bis tief in Westfalen erstreckten, einige Wochen später, fand er zu Lübbeke Gesandte von Christian dem Älteren, Friedrich Ulrich, und Christian Wilhelm von Magdeburg. Sie baten ihn um sein Fürwort bei der Infantin in Brüssel; denn diese wolle ihre Truppen nordostwärts vorschieben bis in die Länder Christians des Älteren.

[1] A. a. O. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

So brachte es das traurige Verhältnis der Wehrlosigkeit der einzelnen Theile des Reiches mit sich. Wie ihrerseits die Holländer, so trugen andererseits die burgundischen Truppen der Infantin keine Scheu das Reichsgebiet zu verletzen. In diesem bestimmten Falle hatte der Herzog Christian der Jüngere, der, genau genommen, wie seine Mutter es bezeichnete, im Dienste der Generalstaaten stand, den Anlaß gegeben. Bei seinem Abzuge aus Westfalen, im Mai 1622, hatte er seinen damaligen Waffenplatz Lippstadt holländischen Truppen überliefert. Im Dienste der Infantin belagerte der Graf Johann von Rietberg die Stadt und gewann sie, Ende October 1623. Und eben so nahm er dann die Veste Sparenberg ob Bielefeld. Demgemäß die Einlagerung.

Tilly vernahm die Klagen jener Fürsten und meldete sie der Infantin in Brüssel. „Es ist Wahrheit, sagt er, was jene aussagen. Ich habe dem Berichte allein nicht trauen wollen; allein ich habe mich mit eigenen Augen auf dieser meiner Reise überzeugt. Das Land ist durch die Raubfahrten des Halberstädters und des Mansfelders, durch die Züge meiner Armee hin und zurück sehr verarmt. Eine neue Einlagerung wird hinwegnehmen, was noch geblieben ist, wird das Land ruinieren. Auch darf ich Ew. Hoheit aufmerksam machen auf die Folgen des Mißvergnügens und Mistrauens, welches bei diesen Fürsten erwachsen muß, wenn sie so starke Heereskraft sich so nahe kommen sehen, zu einer Zeit, wo sie hoffen völlig befreit zu bleiben, und nach den vergangenen Leiden einmal wieder Athem zu schöpfen. Ich bitte Ew. Hoheit um des Wohles und der Ruhe des Reiches willen auf diese meine Bitte achten zu wollen." Also Tilly am 3. Februar 1624.[1] Er erhielt die Antwort, daß der Graf von Rietberg, der diese Truppen führe, den Befehl habe, dieselben nicht ostwärts der Weser zu legen.

Derartige Schritte des Feldherrn übten ihre Wirkung zurück auf die Fürsten und Stände des niedersächsischen Kreises. In derselben Zeit waren sie zum Kreistage versammelt. Sie beriethen, ob die Truppen unter dem Herzoge Georg noch beizubehalten seien. Die Landstände unter den einzelnen Fürsten baten dringend sie zu entlassen. Am 16. März 1624 erfolgte der Kreisabschied: weil den Unterthanen die Contributionen für das Heer allzu beschwerlich: so wollen die Fürsten und Stände von Niedersachsen dasselbe entlassen, in dem Vertrauen: der Kaiser werde sie wider seine vielfachen Zusicherungen nicht beschweren.[2]

[1] Villermont, Tilly II, 308, 310. [2] Landschaft Calenberg.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Auf den Landgrafen Moritz von Hessen-Cassel dagegen hatte auch nicht der schwere Streich von Stadtlohn die Wirkung gehabt, ihn zum Verzichte auf seine Entwürfe der Unruhe zu bringen. Von Oldenburg aus, wie bereits erwähnt, zog Tilly zu ihm.

Schon am 20./30. September 1623 traf ein Abgeordneter Tillys bei dem Landgrafen ein. Da weder Mansfeld noch Christian die Waffen niederlegten, ließ Tilly melden: so müsse er in der Nähe bleiben und verlange Commissarien für die Quartiere.[1] Moritz befragte seine Räthe. Sie erwiederten, daß jetzt, wo weder Braunschweigische, noch Mansfeldische Hülfe zu erwarten, Widerstand unmöglich sei. Er fragte die Befehlshaber der Soldaten, die er noch immer nicht verabschiedet hatte. Sie erwiederten, daß man sich bei dem jetzigen Unwesen weder auf die geworbenen Truppen, noch den Landesausschuß verlassen könne. Moritz entgegnete: er erkenne mit Schmerzen, daß seine Räthe und Kriegsanführer sich mit den Ständen verschworen hätten, ihn der Tollkühnheit zu beschuldigen. Aber er wolle nicht die wenigen Truppen abdanken. Er berief die Stände, warnte und mahnte sie. Die Stände beschlossen: man müsse die Truppen entlassen und der Forderung Tillys gemäß Commissare an ihn absenden. Abermals hielt Moritz lange Reden über Religion und Freiheit. Er warf den Ständen, die nicht die Kosten und den Schaden seines thörichten Widerstandes auf sich nehmen wollten, den Bruch ihrer eidlichen Huldigungs- und Unterthanenpflichten vor. Wenn die Stände auf Abdankung seiner Truppen beständen, sagte Moritz: so sähe er das für einen Rath an mit den Seinigen aufzupacken und aus dem Lande zu gehen. Die Antwort der Stände war ein dringendes Gesuch um sofortige Entlassung der Truppen. In denselben Tagen rückte Tilly ein.

Moritz ergriff abermals das Mittel, dessen er schon einmal sich bedient. Er überließ das Land seinem Schicksale, und eilte von dannen, um überall, wo man ihn aufnahm, gegen den Kaiser und den Frieden des Reiches zu hetzen. Die Klagen des Landes, dem die oberste Autorität fehlte, wo Niemand sicher war später von Moritz zur Rechenschaft gezogen zu werden für das, was im Drange der Umstände unvermeidlich war, rührten Moritz nicht. Er habe, erwiederte er aus sicherer Ferne, mit der Tillyschen Einquartierung nichts zu thun.[2]

[1] Rommel VII, 561 u. f.

[2] A. a. O. 573.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Tilly wollte nach seiner altbekannten Weise strenge Mannszucht halten.[1] Aber die Lage der Dinge machte dieselbe dort ihm schwerer als irgendwo sonst. Die höchste obrigkeitliche Person des Landes hatte dasselbe in der Zeit der Noth böswillig verlassen. Die Gesinnung desselben fand immerhin, wenn auch die Stände sie nicht theilten, im Lande hier und dort Wiederhall. Sie fand denselben bei den Beamten, welche erwogen, daß die Einlagerung vorübergehend, die Regierung des Landgrafen dauernd sei. Sie fand denselben ferner bei vielen Geistlichen; denn kein Reichsfürst handhabte seinen Summ-Episcopat mit solchem Nachdrucke wie der Landgraf Moritz. Demgemäß erstreckte sich die Wirkung weiter nach unten: die niedere Bevölkerung hielt mit Moritz. Tillys Soldaten waren ihres Lebens nicht sicher, selbst nicht unter dem Dache ihrer Wirthe.[2] Der Zorn, die Rache der Soldaten drohete Gefahr. Tilly forderte den Landgrafen Wilhelm, den Sohn des Moritz, auf zum ernstlichen Einschreiten. Am 15. November untersagte Wilhelm bei Lebensstrafe jeden Angriff, Mord und Plünderung gegen die eingelagerten, sich des Marktes und der freien Straßen bedienenden Truppen, unter der Bedingung, daß diese sich keiner Verletzung der Unterthanen schuldig machten, und den Festungen des Landes nicht nahe kämen.

Es waltete also dort ein anderes Verhältnis ob als wir es sonst damals gewöhnlich finden. In der Regel mußten die Einwohner gegen die Soldaten geschützt werden, nicht umgekehrt. Und doch kannte Tilly völlig seinen Mann. Moritz selber mochte immerhin noch wähnen, daß der Kaiser, daß Tilly ihn nicht völlig durchschauten: der Feldherr zeichnete ihn den hessischen Commissarien in wahrem Lichte. „Moritz, sagte er, nennt sich einen neutralen, einen gehorsamen Fürsten gegen Kaiser und Reich. Weder das Eine ist wahr, noch das Andere. Seine aufgefangenen Briefe beweisen Feindseligkeit. Sie legen klar vor Augen, daß Moritz nur auf einen Erfolg von Christian oder Mansfeld gewartet, um sich auch offen für dieselben zu erklären. Die Abwesenheit des Landgrafen, der Fortbestand der Soldtruppen, die Moritz geworben, verschulden alle Reibungen und alle Excesse.“[3]

Dagegen hatte Tilly einen besonderen Grund, ungeachtet aller Provocationen, die Moritz ausüben ließ, nicht feindlich vorzugehen. Dieser

[1] A. a. O. 571.

[2] Man vgl. was der Hesse Wolf später dem Falkenberg berichtet, bei Rommel VIII, 92. Nr. 106. [3] Rommel VII, 574.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Grund war das Verhalten der Ritter- und Landschaft. Am 2. December stellte er ihr bei dem Kaiser das folgende Zeugnis aus.[1] „Ew. K. M. habe ich nicht umgehen wollen, zu erkennen zu geben, daß ich seit der Abmahnung vom 28. Juli nicht anders verspüre, als daß die Ritterschaft und der Adel dieses Landes sich durch die That dermaßen erwiesen haben, daß sie zur Bezeugung ihrer Devotion für Ew. K. M. nicht wohl ein Mehr prästieren, oder solche ihre Devotion stärker bekräftigen können. Und zwar dies darum, weil zu betrachten, wenn sie des Herrn Landgrafen Moritz bösen Affecten und übel intentionierten Actionen sich hätten anhängig machen und beipflichten wollen, was für Zerrüttung und Unheil gegen Ew. K. M. und das H. R. Reich hätte erweckt werden können. Dieses Unheil ist vermieden durch das Verhalten der hessischen Ritterschaft."

„Daher nun, weil die Ritterschaft und der Adel ihr Gemüth erklärt und zu erkennen gegeben haben, daß sie nicht des Sinnes oder Willens sind, Ew. K. M. zu widerstreben, oder an den ihnen oftmals geschehenen bösen Zumuthungen sich zu betheiligen: so haben sie sich um Ew. K. M. Gnade um so viel verdient gemacht, daß ich diesen Anlaß genommen, Ew. K. M. mit solchem meinem Zeugnis darüber zu belangen, (auf) daß Sie Ihro die Ritterschaft und den Adel auf alle begebende Occasionen in die kaiserliche Gnade befohlen sein zu lassen, gnädigst geruhen wollen. Das werden sie ferner um Ew. K. M. mit ihren allerunterthänigsten und schuldigsten gehorsamsten Diensten zu verdienen ihnen obgelegen sein lassen."

Indem Tilly den hessischen Commissarien den Fortbestand der Soldtruppen als den Anlaß aller Reibungen und Excesse bezeichnete, sah sich in der Abwesenheit des Landgrafen Moritz sein Sohn Wilhelm dahin gedrängt, über diese Frage einen Landtag zu berufen.[2] Die Stände, so viele deren erschienen waren, erklärten einhellig: das Kriegsvolk müsse bis auf Ein Regiment abgedankt werden. Namentlich war man besorgt und erzürnt wegen des Regimentes des Obersten Lippe, der mit Mansfeld in nahen Beziehungen stand.[3] Wilhelm erwiederte: die Forderung, daß ein unschuldiger und gehorsamer Reichsfürst nur Ein Regiment Soldaten haben solle, sei eine unbefugte Beschränkung der deutschen Freiheit. Doch meldete er dann seinem Vater: es sei besser nachzugeben, zumal da der Kaiser und Tilly dem Regimente des Obersten Lippe sehr feindselig

[1] Kriegsacten F. 55. [2] Rommel VII, 575. [3] A. a. O. 562. Nr. 502.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gesinnt seien. Moritz erwiederte: Wilhelm sei ein einfältiger und unerfahrener Sohn, die Rathgeber desselben bös und strafwürdig, Wilhelm selbst von Tilly verführt.[1] Dann fügte er sich in das Unabänderliche.

Eben so war in einer anderen wichtigen Angelegenheit alles Widerstreben von Moritz umsonst.

Im Beginne des Jahres 1623 war zu Regensburg das Urtheil gefällt, daß Moritz die Marburgische Erbschaft seinem Vetter Ludwig von Darmstadt herauszugeben habe. Der Vollzug war den Kurfürsten von Köln und Sachsen aufgetragen. Die Anwesenheit Tillys gab Nachdruck. Mit der Einsetzung Ludwigs von Darmstadt in sein Erbe verband sich sofort auch die Wiederaufrichtung des Lutherthumes. Die Unterthanen fügten sich willig, selbst mit einem gewissen Eifer. Die Nachricht dessen gab dem Nuntius Caraffa in Wien Anlaß zu der Bemerkung: „Die Deutschen gehen nach dem Gebote ihrer Fürsten leicht von einem Religions-Bekenntnisse zum anderen über, wenn es nur nicht den katholischen Namen hat. Denn diesen Namen hassen sie, nicht die Lehre, welche sie nicht tief erforschen und wenig kennen."[2] — Diese Ansicht war doch nur halb richtig. Damals waren noch nicht zwanzig Jahre verflossen, seitdem Moritz wider den letzten Willen des Erblassers die lutherischen Unterthanen in Hessen-Marburg in den Calvinismus hinein reformiert hatte.[3] Bei dem Volke war also die Erinnerung, daß man damals ihm Zwang angethan, noch nicht erloschen. Dasjenige was 1624 wieder hergestellt wurde, waren die kirchlichen Gebräuche, welche die ursprünglichen lutherischen Territorial-Kirchenthümer bei der Trennung von der Kirche gerettet und auch die damaligen noch vielfach bewahrt hatten. Darum pflegte der Landgraf Moritz das damalige lutherische Territorial-Kirchenthum als halb-papistisch zu bezeichnen. Genau genommen war also die Herstellung desselben in Marburg, welche das Volk gern annahm, eine Wieder-Annäherung an die Kirche. Aber das Volk hielt für lutherisch, was im Grunde katholischen Ursprunges war; denn, wie der Nuntius mit Recht hervorhebt, die Menschen haßten, wie üblich, den Namen, ohne die Sache zu kennen.

14. Bethlen Gabors neue Erhebung.

Die Tragweite der Consequenzen des Sieges von Stadtlohn beschränkte sich nicht auf den Nordwesten des Reiches oder das Reich

[1] A. a. O. 576 und 577. [2] Caraffa 179. [3] Rommel VI, 562 u. f., 604.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

überhaupt. Der Wellenschlag derselben ward sichtbar und fühlbar auch über dasselbe hinaus im Südosten.

Der Leser erinnert sich der Ermuthigungen Friedrichs V. aus dem Haag, im Juni und Juli, an Bethlen Gabor, mit dem Hinweise auf das bevorstehende Vorbrechen von Christian und von Mansfeld nach Böhmen. Zur selben Zeit schien jedoch Bethlen Gabor einen ganz anderen Weg einschlagen zu wollen. Er ließ an den Kaiser den Vorschlag gelangen, sich und Siebenbürgen sammt allem was er inne habe, zur beständigen Devotion des Kaisers zu wenden. Er wolle nicht bloß die Katholiken dulden, sondern auch Kirchen und Klöster errichten, „ja auch sich selbst um die katholische Religion mehr bekümmern als bisher geschehen, und wenn er es befinden könne, sich vielleicht auch dazu bekennen.“ [1] Folgerecht würde er dann dem Kaiser beistehen wider alle Feinde, sowohl Türken als Rebellen. Als Bedingung alles dessen forderte dann Bethlen Gabor die Heirath mit der ältesten Tochter des Kaisers.

Der Kaiser ließ erwiedern: in seinem Hause bestehe das rühmliche Herkommen, in so wichtigen Angelegenheiten nichts aus sich selber, sondern erst nach zuvor eingeholtem Rathe der nächsten Verwandten zu beschließen. — Demgemäß erhielt Khevenhiller den Auftrag, in Madrid die Sache vorzulegen. Im Namen des Königs Philipp IV. erwiederte der Minister Olivarez: es werde vonnöthen sein, daß Bethlen Gabor seine Conversion und die Einführung der Freiheit des Gewissens und der Religion beschließe und feststelle, bevor zu der Heirath geschritten werden könne. [2]

Unterdessen hatte Bethlen Gabor mit dem Rathe, wie er sagte, des Königs von Frankreich, [3] bereits in anderer Richtung gehandelt. In den ersten Tagen des Monates August gelangten an den Kaiser zugleich die Meldungen, daß Bethlen im Anmarsche sei auf Kaschau, Jägerndorf und Thurn gegen Schlesien, die Türken gegen Komorn und von Süden her gegen Carlstadt. [4] Die Nachrichten erregten große Bestürzung; denn es war keine Truppenmacht vorhanden. Es ergingen daher sogleich Befehle an Marradas, der sich mit einigen Truppen auf dem Marsche ins Reich befand, an Collalto, der zu Tilly stoßen sollte, an Montenegro, den damaligen General aller kaiserlichen Truppen. — Dann kam die Nachricht des Sieges von Stadtlohn. Die Kaiserlichen hofften, daß sie Bethlen

[1] Khevenhiller X, 167.
[2] A. a. O. 168. Die Antwort ist vom 27. October. [3] Roe 173.
[4] Padavins Berichte bei Óváry 282.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gabor zur Ruhe bringen würde.[1] Es war nicht der Fall. Der ungarische Primas Pazmany meldete, daß viele Magnaten, insbesondere nicht-katholische, zu Bethlen Gabor hielten. Drohender noch erschien in Wien das Schreckbild des Beistandes der Türken.[2]

In Constantinopel trat jedoch inzwischen ein Umschwung ein. Da die Aufstände in Asien in Folge der Ermordung des Sultans Osman zu so bedenklicher Höhe anstiegen, daß es sich um den Bestand des Osmanen-Reiches zu handeln schien, traten, am 31. August, in Constantinopel eine Anzahl Würdenträger zusammen, um den halbblöden Sultan Mustafa zum Rücktritte zu bewegen. Er leistete Folge, mit der Betheuerung, es freiwillig zu thun. An seiner Stelle ward der noch übrige Bruder des ermordeten Osman, Murad, vierzehnjährig, als Sultan ausgerufen.[3]

Der Wechsel dämpfte ein wenig die Hoffnungen der Freunde des Bethlen. Nachdem die Nachricht von Stadtlohn ihnen die Aussicht auf Hülfe von Westen her benommen,[4] lag es nunmehr vor Augen, daß auch die Türkei nicht im Stande war, einen Krieg zu führen, daß also der kaiserliche Gesandte Curtius, der mit Geschenken auf dem Wege war, die Bestätigung des Friedens erlangen würde. Es konnte sich in Constantinopel nur noch um die indirekte Unterstützung des Bethlen Gabor handeln. Seine Agenten dort und der Holländer Cornelius Haga malten die von Bethlen errungenen Vortheile mit glänzenden Farben aus.[5] Sie Alle überbot Bethlen Gabor selbst. Wenn nicht, meldete er, der Nachschub für ihn sich verzögert, so würde er sein Winterquartier in Prag genommen haben. Er gedenke nun im Frühling dort zu sein. Befehle jedoch der Sultan den Frieden, so sei er auch dazu bereit. Denn nur zum Dienste desselben habe er die Waffen ergriffen. Nunmehr sei er im Stande, allein seinen Frieden zu machen, und zwar unter sehr vortheilhaften Bedingungen; denn es sei ihm, zur Sicherung für die Zukunft, eine Tochter des Kaisers angeboten.[6] — Diese letzte Prahlerei beweist wenigstens so viel, daß Bethlen den vorerwähnten Gedanken noch nicht aufgegeben hatte.

Von der anderen Seite, von Mansfeld und von Friedrich selber im Haag, gelangten an Bethlen Gabor dringende Aufforderungen, zu

[1] A. a. O. 283, 284, 285. [2] A. a. O. 290.
[3] Die Berichte Roes, in Roe 176. [4] A. a. O. 186. [5] A. a. O. 187.
[6] A. a. O. 192.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

beharren. Friedrich gab, am 2./12. September, die Versicherung, daß, ungeachtet der Bemühungen seines Schwiegervaters um den Frieden, er seiner Freundschaft mit Bethlen getreu bleiben und alle Mühe und alle Kraft dahin aufbieten werde, daß, wenn nur Bethlen den Winter hindurch, wie er es vermöge, den Krieg fortsetze, er im nächsten Sommer sammt den Streitkräften Christians und Anderer sich mit ihm vereinigen werde.[1] — Nach wie vor also meinte dieser im Haag moralisch gefangene junge Mann, daß um seinetwillen Individuen wie Bethlen Gabor den unendlichen Jammer ihrer Kriegesweise über die Völker brachten.

Die Schaaren des Bethlen, die man auf 60,000 Mann angab, Siebenbürger, Ungarn, Türken, Tartaren, fanden keinen nachhaltigen Widerstand.[2] Sie überschritten die March und ergossen sich über Mähren. Sie verbrannten die Vorstädte von Brünn. Die Truppen, die Montenegro zusammengebracht, der weitaus überlegenen Reiterei des Bethlen nicht gewachsen, zogen sich nach Göding. Bethlen folgte und schloß sie dort ein, zu Ende October.

Die Nachricht ward in Wien mit banger Erwartung der kommenden Dinge vernommen. Erlag das kaiserliche Heer dort, so war zur Zeit ein anderes nicht mehr vorhanden, und es standen für Bethlen alle Länder des Kaisers offen. Bereits am 11. October hatte Ferdinand den Kurfürsten Max ersucht, ihm Tilly zu senden.[3] Aber der Weg für Tilly war weit, die Gefahr dagegen dringend. Ferdinand II. wandte sich an den Nuntius. Er klagte, daß Frankreich und Venedig dies Unheil über ihn beschworen. Aber bereits betreffe es nicht mehr bloß ihn, sondern es handele sich um die Christenheit. Er verlange die Hülfe des Papstes.[4]

Die Noth in Göding stieg rasch. Der Ort war nicht ungünstig gewählt; denn an der einen Seite lag ein tiefer Teich, an der anderen ein großer Morast, an der dritten ein Wald; nur an der vierten war der Zugang freier über ein ebenes Feld. Aber eben so drohend wie der Feind von außen, war ein innerer Feind. Bei dem eiligen Rückzuge in den Ort hatte für Lebensmittel nicht ausreichend gesorgt werden können, und nach wenigen Tagen schon machte sich der Mangel fühlbar. Die Menschen suchten ihren Hunger zu stillen mit dem Rohre des

[1] Kriegsacten F. 55. [2] Óváry 293. [3] Kriegsacten F. 55.
[4] Óváry 297. Vom 4. November.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Teiches, mit dem Stroh der Dächer. „Wenn Gott nicht ein Wunder thut, berichtet am 18. November der Venetianer Padavin aus Wien, so wird binnen wenigen Tagen die Armee in Göding zu Grunde gerichtet sein.“ [1]

Am 23. November ließ Bethlen Gabor auf Göding heftig feuern. Die Kaiserlichen darin waren auf einen nachfolgenden Sturm gefaßt. Statt dessen ließ Bethlen Gabor das Geschütz wieder abführen. Am nächsten Tage erschien bei ihm der ungarische Palatin Thurzo. Sie schlossen einen Waffenstillstand ab auf sieben Monate.[2] Demnach war das in Göding eingeschlossene Heer gerettet.

Jedermann staunte über diese Wandlung der Dinge. In Wien galt allgemein die Ansicht, daß die Weigerung der Türken, länger im Felde zu verweilen, den Bethlen Gabor zu diesem unerwarteten Entschlusse bewogen habe.[3] An anderen Orten hieß es, daß das Gerücht des Anzuges von 40,000 Mann aus dem Reiche ihn geschreckt.[4] „Dadurch ist, sagt ein Zeitgenosse, von Gott dem Bethlen ein Schrecken eingejagt worden.“ [5]

Anders urtheilt der Engländer Roe in Constantinopel in seinem Berichte an den König Jacob. „Gewis, sagt er, hätte Bethlen Gabor das kaiserliche Heer in Göding vernichten können. Aber dann hätte er auf jegliche Aussöhnung mit dem Kaiser verzichten und sich entschließen müssen, im Kriege zu beharren, ohne der türkischen Hülfe sicher zu sein. — Darum zog er vor, den Kaiser und dessen Armee sich durch eine Wohlthat geneigt zu machen.“ [6]

So das Urtheil des Engländers Roe aus sich. Einige Monate später, als neue Gesandte des Bethlen Gabor in Constantinopel erschienen waren, entschuldigten sie, wie er berichtet, vor ihm den Stillstand von Göding mit der Nicht-Erfüllung mancher Verheißungen von Seiten der Holländer und mit der Niederlage Christians bei Stadtlohn, wo Bethlen Gabor dessen Durchbruch nach Schlesien erwartet habe.[7]

Die weiteren Verhandlungen mit Bethlen Gabor zogen sich lange hin. Im kaiserlichen Rathe ward wiederholt die Frage erwogen, ob nun nicht doch der Krieg gegen Bethlen Gabor mit allem Nachdrucke

[1] A. a. O. 301. [2] A. a. O. 303. [3] A. a. O. 304.
[4] Theatrum E. I, 859. [5] Kaiserchronik 53. [6] Roe 208.
[7] A. a. O. 245.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zu führen sei.[1] Für den Krieg ward geltend gemacht, daß man nunmehr, nach Heranziehung so vieler Streitkräfte, dem Bethlen Gabor überlegen, daß hingegen diesem, der Krieg und Frieden mache je nach seinem Belieben, niemals zu trauen sein werde. Dagegen war der nachdrücklichste Fürsprecher des Friedens mit ihm eben derjenige, von welchem man das Gegentheil erwartete, der General Montenegro. So lange noch, meinte er, die Wirren im Reiche nicht völlig beigelegt, müsse man im Osten den Frieden zu erhalten suchen. Unter denen, welche für den Krieg stimmten, waren der Primas Pazmany, Esterhazy, und andere vornehme Ungarn, weil sie nur dadurch ihre von Bethlen und den Türken genommenen Güter wieder erlangen konnten. Die Ungarn im Allgemeinen waren für den Frieden, um den Einmarsch der tödtlich gehaßten Deutschen in Ungarn zu vermeiden.[2]

Bethlen Gabors Gesandte dagegen kamen auf seine früheren Diensterbietungen für den Kaiser zurück, mit dem Ausdrucke des Wunsches, daß, wie einst dem Vorgänger des Bethlen, Sigismund Bathori, eine Schwester des Kaisers gegeben worden, so nunmehr ihm die älteste Tochter gegeben werden möge. Dies Mal erregte das Ansinnen großes Gelächter.[3] Als die Kaiserin im Scherze ihre Stieftochter Fürstin von Siebenbürgen nannte, erwiederte diese unmuthig: che lo dava al diavolo.[4] — So berechtigt der Widerwille sein mochte, so blieb andererseits das Trachten des Bethlen Gabor nach einer vornehmen Heirath ein gewichtiger Factor seines Lebens und der Unruhen, die er ferner erregte.

Nach langen Verhandlungen kam endlich im Mai 1624 der Friede zu Stande, fast gleich lautend mit dem früheren von Nikolsburg, nur daß die Herzogthümer Oppeln und Ratibor nicht wieder genannt wurden.[5] Nachdem alles abgeschlossen, machte der Kanzler des Bethlen Gabor in offener Audienz vor dem Kaiser kein Hehl, daß die Republiken Venedig und der Niederlande bis zuletzt dem Bethlen Gabor mit ihren Erbietungen dringend angelegen, es nicht zum Frieden kommen zu lassen.[6]

15. Friedensaussichten zu Ende 1623 und Anfang 1624.

Wie die Holländer im fernen Osten den bereits friedenswilligen Bethlen Gabor noch zum Kriege anzustacheln suchten, so war die

[1] Óváry 307, 319.

[2] A. a. O. 324: per evitar l'ingresso in esso d'Alemanni mortalmente odiati.

[3] A. a. O. 324. [4] A. a. O. 348. [5] A. a. O. 342. [6] A. a. O. 344.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Erneuerung des Kriegsbrandes im Nordwesten des Reiches im Jahre 1623 hauptsächlich ihr Werk gewesen. Dennoch machte der Kaiser in denselben Tagen, wo Tilly nach seinem Siege bei Stadtlohn an der holländischen Grenze die Erlaubnis ersehnte, mit dem Schwerte die Maske der arglistigen Neutralität der Generalstaaten zu zerschlagen, den Versuch, mit ihnen ein friedliches und freundliches Verhältnis anzubahnen. Als römischer Kaiser entsandte er an den Prinzen Moritz und die Generalstaaten den Prälaten Johann Baptista Gramay, Primas von Afrika. Die Vollmacht desselben war gerichtet an alle Lehensträger des Reiches im Westen, an die Kurfürsten-Erzbischöfe des Rheines, wie an die Fürstbischöfe von Metz, Toul, Verdun und an die Erzbischöfe von Cambrai und Utrecht, an den König von Spanien wie an die Generalstaaten der sieben Provinzen.[1] Das formelle Recht des Kaisers in Betreff dieser letzteren war unzweifelhaft; denn die Utrechter Union von 1579 erklärte in ihrem Eingange ausdrücklich, daß die Provinzen durch ihren Bund sich dem römischen Reiche deutscher Nation in keinerlei Weise entziehen wollen.

Auf die Nachricht, daß Gramay herannahe, schickten die Hochmögenden ihm die Meldung entgegen, daß es ihm nicht gestattet sei, ihr Gebiet zu betreten, bevor sie seine Vollmacht gesehen. Die Meldung gelangte nicht an ihn. Von Köln bis Dortrecht trieb sein Fahrzeug auf dem Rheine stromab, ohne irgendwo anzuhalten. Am 29. September 1623 erschien Gramay im Haag, und überreichte sofort dem Secretär Valkenburg seine Vollmacht.

Und dabei gleich fand sich ein Stein des Anstoßes, geeignet zur weiteren Abwehr aller Vorschläge zu dienen. Es war darin den Generalstaaten dieselbe Anrede gegeben wie den Schweizer Cantonen: Amplissimi usw. Das genügte nicht. Die Hochmögenden verlangten den Titel der Signoria von Venedig: Illustrissimi usw. Sie nahmen das Schriftstück nicht an. Gramay erklärte, daß er sich nach Hamburg begeben werde, um dort eine andere Abfassung des Schriftstückes zu erwarten und dann wieder zu kommen. Die Hochmögenden ließen sich das gefallen. Es fehlte ihnen nicht an Worten, ihn dann abermals abzuweisen.[2]

Der Grund dieses ablehnenden Verhaltens war, wie der englische Gesandte Carleton im Haag berichtet,[3] die Meinung, daß die Sendung

[1] Die Vollmacht bei Aitzema I, 536.

[2] A. a. O. 538. Capellen I, 210, 221. [3] Roe 183.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

des Gramay berechnet sei sowohl auf den Krieg als den Frieden, auf jenen für den Fall, daß die Waffen des Kaisers und der Liga sich mit den spanischen vereinigten, um, wie es dann wahrscheinlich, über die Republik einen namhaften Erfolg davon zu tragen — für den Frieden, wenn durch die Furcht vor jenen Armeen es gelänge, die Republik zu den Bedingungen zu drängen, welche zwei Jahre zuvor der Kanzler Peckius vorgeschlagen.

Diese Meinung, aus dem Schuldbewußtsein der Lenker der Republik geboren, hätte richtig sein können, wenn Tilly der entscheidende Factor der Liga gewesen wäre. Sein Verhalten nach Stadtlohn hat gezeigt, daß er es nicht war. Das Haupt der Liga, Maximilian für seine Person, und die Liga als Gesammtheit, wiesen den Gedanken einer Vereinigung ihrer Waffen mit denen der Spanier gegen die Generalstaaten bei jedem Anlasse beharrlich zurück.

Die Basis jenes Urtheiles der Lenker der Republik war also irrig. Aber sie zogen nach wie vor die Consequenzen dieses Urtheils. Nicht aus Schadenfreude hatten sie Deutschland in Brand gesteckt und fachten unermüdlich diesen Brand wieder an,[1] sondern damit sie selber desto sicherer seien, daß nicht die geeinigte Macht des Reiches, ob mit den Spaniern, ob ohne dieselbe, über sie komme, und damit sie, während der innere Brand des Reiches ihnen zur Deckung diente, ungestört von daher ihren gewinnbringenden Krieg gegen den König von Spanien fortsetzen könnten.

Vor allen Anderen diente ihnen zu diesem Zwecke das jugendliche Fürstenpaar, das, im Haag weilend und daher, leiblich wie geistig, von holländischer Atmosphäre umfangen, niemals zur Erkenntnis kam, daß es, wie einst unter der Führung Christians von Anhalt, so nunmehr unter derjenigen des Oheims Moritz von Oranien, nicht dem eigenen Interesse diente, sondern dem fremden.

Auf Grund des Stillstandes, der im Frühling zwischen dem Könige Jacob und der Infantin zu Brüssel vereinbart war, hatte der Kaiser auf den 16. August einen Friedenscongreß nach Frankfurt ausgeschrieben, und dann, auf den Wunsch Jacobs I., nach Köln verlegt. Aus dem Schreiben Friedrichs aus dem Haag, vom 3. Juli, an Bethlen Gabor haben wir vernommen, daß er sich durch die Schritte seines Schwieger-

[1] Vreede, Inleiding I, 163: les boutefeux de cette guerre, 174: de stokebranden.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

vaters nicht binden lassen wolle. Der Congreß unterblieb. Demgemäß that, am 22. September, der Kaiser dem niedersächsischen Kreise kund: „daß jene Bemühungen keinen Erfolg gehabt, hat lediglich an dem geächteten Pfalzgrafen erwunden, weil weder er selber, noch auch der König die zu Brüssel verglichenen Puncte, der geschehenen Zusage gemäß, ratificiert und unterschrieben haben, mit dem boshaften Vorsatze des Ächters, durch die von Christian und von Mansfeld wieder zusammen gebrachten Armeen sein Heil nochmals zu versuchen und den Vorstreich zu gewinnen, und zugleich wieder mit Bethlen Gabor und den Türken anzuknüpfen."[1]

Demnach hatte der Kaiser den General Tilly mit dem Heere nach dem Nordwesten entsenden müssen. Aber dieses Heer war dasjenige der Liga: nur mittelbar diente es dem Kaiser. Das damalige Verhältnis legt sich dar aus den Worten des Kurfürsten Maximilian an den Kaiser. Wiederholt schon hatte er ausgesprochen, daß die Liga kriegesmüde sei. Gegen das Ende des Jahres 1623, also vor der Auflösung der Schaaren Christians und Mansfelds, schreibt Maximilian dem Kaiser wie folgt.[2]

„Mansfeld und Christian haben sich vereinigt, um sich den Winter hindurch noch mehr zu stärken und im Frühlinge mit aller Macht nach Oesterreich und Bayern durchzudringen. Daher habe ich Befehl gegeben, an allen Orten und Enden, wo sie anzutreffen, ihnen entgegen zu ziehen. Sie haben einen großen Anhang, und an vielen Orten sind die Gemüther heimlich oder öffentlich für sie disponiert. Dagegen sind die katholischen Reichsstände durch ihre nunmehr seit fünf Jahren stetig continuierende Defensions-Verfassung auf das äußerste erschöpft. Auch mir, der ich bisher die größte Ausgabe aus dem Meinigen gethan, und sonderlich jetzt eine geraume Zeit die ganze Last schier allein tragen müssen, und nirgends mehr, wo und wie inständig ich immer suche und anhalte, ersprießliche Handreichung und Mithülfe erlangen kann — auch mir entgehen und mangeln nunmehr gleichergestalt die Mittel, dieses schwere, wichtige, kostbare Werk länger also zu continuieren. Darum mögen E. K. M. selbst agdst. ermessen, wie hoch es vonnöthen sei, daß Sie bei so bewandten Dingen auf Mittel und Wege, wie Sie bisher zu Ihrem unsterblichen Lobe sorgfältig gethan, auch fürohin unausgesetzt bedacht seien, wodurch man doch einst aus diesem hochbeschwerlichen und gefährlichen Wesen kommen und zu einem billigen, sicheren, beständigen und allerseits erträglichen Frieden gelangen möge."

[1] Kriegsacten F. 55. [2] A. a. O. Vom 21. November.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wie also die Liga, welche doch ein Heer zur Verfügung hatte, dringend den Frieden ersehnte: so mußte dies um so mehr der ohne die Hülfe der Liga im Reiche geradezu wehrlose Kaiser.

In der That gab der Kaiser Beweise genug für seine Wünsche nach dem Frieden, namentlich durch die stäte Bereitwilligkeit, als Beleidigter und als Sieger, zum Verzeihen für den Bittenden.

Dies erfuhren damals an sich die bei Stadtlohn gefangenen sächsischen Herzöge Wilhelm von Weimar und Friedrich von Altenburg. Sie waren nach Wiener-Neustadt geführt. Dort ward namentlich der Erstere wiederholt über den Plan seines Friedbundes verhört.[1] Es ward ihm unter anderen die Frage vorgelegt: „welchen Ständen unter ihnen mit Furcht und Zwang zu viel zugesetzt, und in welchen Fällen und Sachen sie wider Religions- und Profan-Frieden beschwert worden?" — Die Antwort lautete: „Wüßte keinen Stand in specie, dem solches widerfahren wäre, hätte aber diesen Prätext einen starken Nachdruck seiner Intention vermeint." — Wiederholt lautet die Antwort: „Er, Herzog Wilhelm, habe über diesen Punct nicht so tief nachgedacht." — In ähnlicher Armseligkeit schleppen durchweg die Antworten sich hin. Der Schluß des Verhörs lautet: „J. F. G. erklären, daß Sie Ihre Schuld und daß Sie J. K. M. höchlich beleidigt, erkennen, deshalb auch innerliche Reue tragen und nicht anders hinführo als ein gehorsamer Fürst des Reiches sich in allen Occasionen wirklich zeigen wollen. Dessen J. K. M. zu versichern, haben Sie inständig gebeten." Herzog Wilhelm unterzeichnete. Dann fügt der Reichshofrath v. d. Recke seinem Berichte die eigene Ansicht hinzu, daß die Reue ernstlich gemeint sei.

Der Kaiser las und begnadigte den Herzog Wilhelm von Weimar wie auch den Herzog Friedrich von Altenburg. Der Eine wie der Andere wurden später wortbrüchig, und trugen, wo die Gelegenheit sich bot, abermals im Dienste fremder Mächte die Waffen wider Kaiser und Reich.

Noch ein anderer Reichsfürst suchte seit Jahren Begnadigung. Es war Christian von Anhalt, der Ältere. Der Kaiser legte die Bitte wiederholt dem Reichshofrathe vor, zuerst im September 1621. Das Gutachten desselben lautet wie folgt.[2]

[1] Kriegsacten F. 58. Vom 3. Juni 1624. [2] Kriegsacten F. 42.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„So viel nun Christian den Älteren anlangt, so ist notorisch, welt-, reichs- und landkundig, wie vielfältige atrocissima crimina laesae Majestatis, perduellionis et fractae pacis publicae wider E. K. M. derselbe begangen, wie seine Canzlei ausweist. Er ist fax et tuba et primus motor omnium motuum horum intestinorum gewesen. Er wendet vor, daß sein Gemüth noch Intention niemals gewesen, E. K. M. vorsätzlich zu offendieren. Er habe dann als General gehandelt." — „Sein Sohn Christian zieht seine Jugend an. Er habe dem Befehle seines Vaters folgen müssen. Beide Einwände sind unerheblich."

Der Reichshofrath kommt endlich zu dem Beschlusse: weil der Kaiser die Sache mit dem Rathe der vornehmsten Kur- und Fürsten angefangen, so möge er vor einer Entscheidung auch ihr Gutachten vernehmen.

„Ferner, heißt es in diesem Protokolle, bittet auch der Graf Georg Friedrich von Hohenlohe um Gnade. Er sei in die böhmische Sache verwickelt wie ein unglücklicher Soldat. Es verwenden sich mehrere Fürsten für ihn."

In Betreff der Reue des älteren Anhalt könnte Bedenken erregen, daß er eben damals bei Gustav Adolf von Schweden seine Zuflucht suchte, und dieser eine besondere Theilnahme für „den guten Fürsten" aussprach.[2]

Auch für den älteren Anhalt fehlte es nicht an Verwendungen. Am 21. October 1621 baten die Stände von Niedersachsen um völlige Begnadigung für ihn.[3] Abermals verlangte der Kaiser ein Gutachten des Reichshofrathes über Christian den Älteren von Anhalt im Juni 1622. Dasselbe lautet wie folgt.[4]

„Der Pfalzgraf ist in seinen noch unvollkommenen Jahren von gedachtem Christian von Anhalt verführt. Dieser ist das vornehmste Instrument gewesen, daß jener sich der Krone Böhmen und der incorporierten Länder angemaßt, und darüber der jetzige des ganzen Reiches äußerster Ruin entstanden. Aber Anhalt hat nicht lange nach Prag die Waffen niedergelegt und oft um Gnade gebeten." — Der Reichshofrath stellt für Christian den Älteren von Anhalt wie für Hohenlohe die Bedingung, daß sie sich in Person zur Abbitte einzufinden haben.

Auf dem Collegialtage in Regensburg eröffnete der Kaiser, am 28. März, den Kurfürsten, daß es seine Absicht sei, Christian den Älteren

[1] Kriegsacten F. 42. [2] Styffe 346. [3] Kriegsacten F. 44. [4] A. a. O. F. 49.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

von Anhalt zu begnadigen, unter der Bedingung, daß er sich persönlich einstelle und um Verzeihung bitte. Die anwesenden Kurfürsten erklärten ihre Zustimmung. Der nicht anwesende Johann Georg gab die seinige schriftlich, am 1. Mai.[1] Nachdem darin zuerst das Verbrechen Anhalts festgestellt, fährt der Kurfürst fort: „Dieweil sich aber derselbe bald nach der von E. K. M. erlangten Victorie zum Gehorsam und zur Devotion erklärt, gleich darauf vom Pfalzgrafen gesondert, dieses Wesens ganz entschlagen — da ferner auch die Wiederbringung des lang gewünschten Friedens auf Einwendung kaiserlicher Clemenz und Gnade nicht wenig beruht — ferner ich und viele andere gehorsame Stände denselben gern befördert sehen, und daß solcher einstmals erfolge, höchst nöthig erachten — als halte ich unterthänigst dafür: es sollten E. K. M. gegen obermeldeten Fürsten Christian den Älteren Gnade für Recht ergehen lassen."

Ähnlich schrieb dann auch Georg Wilhelm von Brandenburg, mit der ausdrücklichen Versicherung: er habe das Verfahren des Christian von Anhalt niemals gebilligt, noch gut geheißen.

Wie Christian der Jüngere von Anhalt schon im Jahre 1621, so war auch Hohenlohe bald darauf begnadigt. Im Juni 1624 ward es auch Christian dem Älteren von Anhalt gestattet, nach Wien zu kommen und mit einem Fußfalle Abbitte zu thun. Der Kaiser nahm ihn an zu vollen Gnaden.[2]

Unter den Fürsten, welchen der Kaiser ungeachtet jener Rebellion dennoch immer wieder zu verzeihen bereitwillig war, stand voran der junge Herzog Christian von Braunschweig. Er hatte vor der Entlöhnung seiner Mannschaft dem Grafen Anton Günther in Oldenburg gelobt, bei dem Kaiser um Gnade bitten zu wollen. Er fragte dann einen seiner höheren Officiere, Dodo von Knyphausen, um Rath, ob er sich fortan des Kriegswesens gänzlich enthalten solle. Das Gutachten Knyphausens ist sehr merkwürdig, nicht bloß in Bezug auf den Herzog Christian persönlich, sondern in Betreff der ganzen Sachlage im Reiche, des allgemeinen Wunsches nach dem Frieden und namentlich auch der Clemenz des Kaisers. Es ist dabei nicht unwichtig zu bemerken, daß Knyphausen, bis ihn zehn Jahre später die Todeskugel traf, stets die Waffen gegen Kaiser und Reich getragen hat. Das Gutachten lautet wie folgt.[3]

[1] A. a. O. F. 52. [2] A. a. O. F. 58.

[3] Sattler 601: Im Anfang Januar 1624. Da dort der originale Wortlaut vorliegt, so ziehe ich es etwas zusammen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„Auf die Anfrage Ew. F. Gn. werde ich aufrichtig und ohne Schmeichelei meine Ansicht sagen, daß Alle diejenigen, welche es mit Ew. F. Gn. treulich meinen, Ihnen nicht anders rathen können, als sich vom Kriegswesen ab und heim zu begeben. Denn zuerst und hauptsächlich sind Ew. F. Gn. von Gott dem Allmächtigen ausgestattet mit trefflichen Gaben Land und Leute zu regieren. E. F. Gn. besitzen bereits ein Fürstbisthum, und werden, allem menschlichen Ansehen nach, einst regierender Herr des ganzen Fürstenthums Braunschweig werden. Auch als regierender Herr können Sie in der Vertheidigung von Land und Leuten am Kriege sich ergötzen. Dagegen können Sie an keinem anderen Kriege sich betheiligen, ohne in den Verdacht der directen oder indirecten Feindseligkeit wider die K. M. zu gerathen. Ein solcher Verdacht würde die Entsetzung von Ihrem Fürstenthum nach sich ziehen können. Dies ist aber eine hohe Gewissenssache sowohl für E. F. G. selber, das stattliche Erbe der Vorfahren ohne einzige Ursache aus den Händen zu geben, als für die armen unschuldigen Unterthanen, welche E. F. G. dadurch dem Kriegesbrande und dem Verderben aussetzen würden. E. F. G. dürfen nicht hoffen, bei irgend welchem Kriege so viel zu erobern, wie Sie bei Fortsetzung desselben verlieren würden."

Bis hier handelt es sich lediglich um die Person des Herzogs. Dann faßt Knyphausen die Sache allgemeiner in Bezug auf das Reich, und darum sind besonders diese folgenden Worte von schwerem Gewichte.

„Ew. F. G. haben keine Ursache, auf Grund deren Sie einen neuen Brand im Reiche anstecken und den Krieg führen können. Denn es gehen wegen der Religion keine Verfolgungen vor. Alle Kurfürsten und Stände des ganzen R. Reiches stehen in unterthänigster Devotion J. K. Majestät als des höchsten Hauptes. Von daher erwarten sie mit Geduld die Abhülfe der noch im Reiche vorhandenen Beschwerden, und sind des Erfolgens dieser Abhülfe genugsam vertröstet."

„Ew. F. Gn. sind von der K. M. nicht gekränkt. Vielmehr ist von der K. M., ungeachtet aller Offension, die E. F. Gn. gethan, Ihnen alle Clemenz und Gnade angeboten. Es steht allein bei Ew. F. Gn. dieselbe anzunehmen, in die Fußstapfen Ihres Herrn Vaters christmilden Andenkens zu treten und sich bei der K. M. hoch und ansehnlich zu machen. Im Kriegsdienste unter der K. M. würden Ew. F. Gn. eine ehrenvolle Stellung haben und sicherlich Anderen vorgezogen werden."

„Beharren dagegen Ew. F. Gn. in dem Kriegswesen wie bisher, so werden Sie nicht allein den König von Dänemark, die Frau Mutter,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Herrn Bruder, deren beiderseits getreue Unterthanen und alle nahe Verwandte, sondern auch aller Kurfürsten und Stände des R. Reiches Herz, Gemüth und Affection wider Sich ziehen und wenden. Es ist im Reiche kein einziger Fürst, der solche Plane Ew. F. Gn. billigen oder im allergeringsten unterstützen würde. Vielmehr würden alle Menschen hohen und niedrigen Standes, wie Ew. F. Gn. am besten bewußt, Sie davon abmahnen und, wenn sie könnten, gern abbitten."

Das Gutachten erörtert weiter die Besorgnis des jungen Herzogs, daß seine Reputation dadurch leiden könne, wenn er nach Verlust seines Armes sich vom Kriegeswesen zurückziehe. Es findet vielmehr es nicht reputierlich, wenn der Herzog allen ausländischen Kriegen folgen wolle, „wie es denn auch um die jetzige Bestallung des Königs von Frankreich und der Liga — nämlich Venedig und Savoyen — mislich stehe." Wie nicht dem Zwiste um das Valtellin, so sei auch der neuen Unruhe in Ungarn nicht zu trauen; denn der Kaiser werde gar leicht den Bethlen befriedigen können. Und damit gelangt das Gutachten wieder an den Kernpunct. „Das Exempel des Grafen Georg Friedrich von Hohenlohe liegt vor Augen, und auch sonst haben J. K. M. Ihre Clemenz und daß sie wider diejenigen, welche sich gegen sie gebrauchen lassen, die Extrema nicht an die Hand nehmen wollen, der Welt überflüssig kund gemacht."

Die Mutter Christians, die Herzogin Elisabeth, die den Herrn von Knyphausen als den Verführer ihres Sohnes betrachtete, schaute verwundert das Gutachten an, mit der Frage, ob der Wolf zum Schafe werden könne.[1] Nicht die Motive dieses Gutachtens, sondern die äußerste Noth habe ihren Sohn bewogen, vom Kriegswesen abzustehen.[2] Die scharf blickende Mutter mochte darin richtig sehen; dennoch bestätigt gerade ihr Zweifel an der Ehrlichkeit Knyphausens die Glaubwürdigkeit seiner thatsächlichen Angaben. Denn er konnte sich kein Hehl darüber machen, daß den persönlichen Neigungen Christians sein Gutachten nicht entsprach. Um so höheren Werth haben die Angaben des Gutachtens für die geschichtliche Klarstellung der Sachlage im Beginne des Jahres 1624. Sie constatieren den Ruf des Religionskrieges als hohl und nichtig, als nicht einmal von denen geglaubt, welche ihn erhoben hatten. Sie zeigen uns

[1] Ihr Schreiben an Friedrich Ulrich bei Sattler 600.

[2] Opel, Resignation usw. 23.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Christian mit seiner ungezähmten Kriegesgier, seiner wilden Raufluft, als völlig allein stehend. Alle Fürsten, alle Unterthanen des Reiches sehnen sich nach dem Frieden, und hoffen diesen Frieden von dem Kaiser, der, wie er stets bereit, um des Friedens willen auch dem Schuldigen zu verzeihen, auch die noch obwaltenden Differenzen als gerechter Richter entscheiden werde.

Wie also, erwächst dann die Frage, war es möglich, daß dennoch, nachdem das Feuer in Deutschland gelöscht, die Flamme wieder aufschlagen konnte? — Die Thatsachen werden ergeben, daß abermals das Feuer von außen herein getragen wurde.

16. Die Frage der englisch-spanischen Heirath.

Der König Jacob von England setzte alle Hoffnung für die Zukunft seiner zwei Kinder Elisabeth und Carl auf das Gelingen des Planes der spanischen Heirath für den letzteren. Die Unterhandlung derselben führte in Madrid der Graf Bristol, frühere Baron Digby. Dem Wunsche des Königs Jacob für die Heirath entsprach derjenige des jungen Königs Philipp IV. Die Thatsache der Unterhandlung läßt nicht auf die Kundgebung einer Nicht-Willigkeit von Seiten der Infantin Maria schließen. Während daher die Unterhandlung in gutem Gange waren, trafen eines Abends, im März 1623, bei Bristol in Madrid zwei Reisende ein. Es waren der Prinz Carl von England und sein und des Vaters Günstling Buckingham. In England wußte Niemand um diese Reise als der König Jacob, in Spanien nur der frühere Gesandte in England, Graf Gondomar. Er zuerst hatte den Gedanken dieser Fahrt angeregt,[1] den dann Buckingham mit Eifer aufnahm, damals, um die Ehre und den Dank des Abschlusses dieser Angelegenheit bei dem Könige Jacob davon zu tragen.

Philipp IV. und sein Hof waren über die unvermuthete Ankunft dieser Gäste hoch erfreut. Es ward ihnen gegenüber an Aufmerksamkeiten aufgeboten, was immer denkbar war.[2] Der König nahm den Prinzen stets zur Rechten. Er verkündete zu Ehren seines Gastes einen General-Pardon über Spanien, und allein in Madrid gingen Hunderte aus den Gefängnissen hervor. An seinem Geburtstage, dem 8. April, wo er sein achtzehntes Jahr vollendete, ließ er eine Procession veranstalten, so feierlich wie möglich. Es folgte Fest auf Fest.

[1] Gardiner I, 297. [2] Ausführliche Beschreibung bei Aitzema I, 580 etc.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Weniger zufrieden waren die zwei Reisenden, die sich in ihren Meldungen an den König Jacob benennen als your baby und your slave and dog Steenie, mit dem ablehnenden Verhalten des päpstlichen Nuntius Massimi. Sie vermutheten daraus, daß vielleicht der Papst Gregor XV. die erforderliche Dispensation nicht bewilligen werde. Bereits am 10./20. März richteten sie daher an Jacob die mit dem englischen Territorial-Kirchenthume schwer vereinbare Frage, wie weit sie, im Falle der Papst die Dispensation verweigere, den König in die Anerkennung der speciellen Gewalt des Papstes engagieren dürften; denn, wenn Jacob sich bereit erkläre, den Papst als Haupt der Kirche unter Christus anzuerkennen, so werde man für die Heirath einer päpstlichen Dispensation nicht bedürfen.[1]

Die Anfrage war dornig. Jacob faßte sie auf wie eine Anspielung auf eine seiner Äußerungen in dem Streite mit Bellarmin, fügte jedoch dann, mit Hindeutung auf den früheren Zeitgenossen Heinrich IV. hinzu: „Ich bin nicht ein Monsieur, der seine Religion eben so leicht wechselt, wie nach dem Ballspiel sein Hemd."[2] Er wolle den Papst als den ersten Bischof unter allen anerkennen.

Die Stimmung des Papstes Gregor XV. war jedoch in der Wirklichkeit für den englischen Prinzen sehr freundlich. Am 20. April richtete Gregor XV. an den Prinzen ein Breve, in welchem sich in der Erinnerung an das, was einst Gregor der Große für England gethan, und dann namentlich in der Mahnung an die königlichen Vorfahren, die dem Prinzen den Weg zeigen würden, wie die Träger der irdischen Kronen zur ewigen Krone gelangen, — die Hoffnung auf die Conversion des Prinzen klar genug ausgesprochen lag. Die Antwort des Prinzen darauf war, um mit den Worten des späteren Kanzlers Clarendon zu reden, mehr als ein Compliment.[3]

Jacob selber sagt in jenem Schreiben, daß Spanien die Bedingungen in kirchlicher Beziehung für die Heirath aufgesetzt und er denselben seine volle Zustimmung gegeben habe. Es wurden darüber zwei Verträge verfaßt, ein öffentlicher und ein geheimer. Der erstere betraf hauptsächlich die Sicherung der katholischen Religion für die Infantin; der geheime enthielt die Gestattung des Privat-Gottesdienstes für die

[1] Hardwicke I, 402. [2] A. a. O. 412.

[3] A. a. O. 453: The letter to the Pope is, by your favour, more than compliment.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Katholiken, dann das Versprechen Jacobs, daß die Strafgesetze gegen die Katholiken nicht ausgeführt werden sollten, endlich das weitere Versprechen, daß Jacob allen seinen Einfluß aufwenden wolle, um im Parlamente die Aufhebung der Strafgesetze zu erlangen. Den öffentlichen Vertrag beschwor Jacob in der königlichen Capelle zu Westminster, den geheimen im Hause des spanischen Botschafters, in Anwesenheit von vier Zeugen.[1]

In so weit war alles in gutem Gange; aber in Madrid waren unterdessen Hindernisse erwachsen. Der Prinz und Buckingham waren hingereist in der Hoffnung und Erwartung, daß der Prinz die Infantin als seine Frau mit sich zurückführen werde. Der König Jacob meldete ihnen, daß die Flotte, welche sie nach England tragen solle, zum 1. Mai segelfertig liegen werde.[2] Am 6./16. Juni melden dagegen der Prinz und Buckingham: der spanische Botschafter in London werde den König Jacob um die Einwilligung ersuchen, daß die Überkunft der Infantin auf den nächsten Frühling verschoben werde. Zugleich bitten sie dringend um den Befehl der baldigen Rückkehr.[3]

Da der Wunsch des Königs Philipp IV. für das Zu-Stande-kommen der Heirath offenkundig derselbe blieb nach wie vor,[4] so erwächst hier die Frage nach dem Grunde der Bitte um den Aufschub.

Das Votum der Junta von spanischen Theologen, die der König Philipp IV. befragt, war, am 23. Mai, dahin ausgefallen, daß, damit der König mit völlig freiem Gewissen handeln könne, die Infantin nach der Trauung noch wenigstens ein Jahr in Spanien zu verweilen habe, bis innerhalb dieser Frist die Bewilligungen des Königs Jacob zu Gunsten der Katholiken erfüllt sein würden.[5]

Ein kundiger Zeitgenosse, der pfälzische Rath Rusdorf, Vertreter Friedrichs V. bei dem Könige Jacob I., gibt für jene Bitte um Abberufung, vom 6./16. Juni, andere Gründe an, die an der Persönlichkeit Buckinghams haften.[6]

Rusdorf berichtet zuerst, daß die Spanier die Heirathssache in die Länge gezogen und daß es darüber zwischen Buckingham einerseits und Olivarez und Gondomar als den hauptsächlichen Personen andererseits, oft zu scharfen Worten, zu Drohungen des Ersteren gekommen sei. Die Spanier, nach der von Gondomar heimlich ihnen gemachten Hoffnung,

[1] Lingard VI, 138. [2] Hardwicke I, 414. [3] A. a. O. 420.
[4] 499. Die Worte Brijuels. [5] Gardiner I, 343. [6] Rusdorfii consilia. 184.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

seien der Meinung gewesen, daß der Prinz mit der Absicht gekommen, in Spanien katholisch zu werden. In der That scheinen, wenigstens in der ersten Zeit, der Prinz und Buckingham diese Meinung nicht principiell zurückgewiesen zu haben. Während der Frohnleichnams-Procession, welcher sie vom Fenster aus zuschaueten, erblickte man sie, so lange ihnen das Sanctissimum in Sicht, in knieender Haltung.[1] Der Prinz und Buckingham berichten an Jacob, daß ihnen beiden der Vorschlag der Conversion gemacht sei, dem Prinzen wiederholt.[2]

Darin getäuscht, erzählt Rusdorf weiter, haben die Spanier, mit Hinwegsetzung über die anmaßenden und zornigen Drohreden des Buckingham, sich um so mehr auf das Hinauszögern gelegt. Dies habe den übermüthigen jungen Mann, der alles eher ertragen könne, als sich geringschätzen zu sehen, in tiefster Seele verletzt. — Dazu trat dann ein anderes persönliches Erlebnis des Buckingham, nicht von ehrenhafter Art.[3]

Es war die Weise des Buckingham, seine Person dem weiblichen Geschlechte gegenüber für unwiderstehlich zu halten. Er machte der Gräfin Olivarez seine Liebesanträge.[4] Die Frau verbarg ihren Unwillen, sann aber auf Rache für die Beleidigung. Sie entwarf mit ihrem Gemahle den Plan, zum Scheine auf Buckinghams Anträge einzugehen und ihm dann ein sehr häßliches quid pro quo zu spielen.[5] Es gelang vollständig, so sehr, daß noch für eine Reihe von Monaten Buckingham ein bleibendes Andenken mit sich umhertrug.[6]

Es ist also die Frage, wann dies dem Buckingham widerfahren sei. Der Graf Bristol, der inzwischen in England gewesen war, berichtet nach seiner Wiederkehr nach Madrid, am 29. August, dem Könige Jacob: „Ich halte es für meine Pflicht, als treuer Diener Ew. Majestät zu sagen, daß der König hier und seine Minister ein überaus großes Mißfallen an dem Herzog von Buckingham tragen. Einerseits schlagen sie

---

[1] Khevenhiller X, 330. K. war als Botschafter in Madrid.

[2] Hardwicke I, 413, 424.

[3] Ausführlich erzählt in Rusdorfii consilia 101, 184. Vgl. Cabala 254.

[4] Nach Cabala 330 war es die Gräfin Olivarez.

[5] In locum Dominae obsoletum et morbosum scortum vestibus matronam decentibus et quales purpurati istius conjux gestare solebat, adornatur, in cubiculum introducitur etc.

[6] Ad haec dicebant vulgo eum aliquid contagionis Venereae ex illo compressu attraxisse et morbum in venas hausisse. Hoc certum est, reversum in Angliam usum fuisse remediis illis quibus curari solent tales morbi. — Auch Carew bei Roe 250 spricht von langer Krankheit Buckinghams.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Macht des Herzogs über Ew. Majestät und den Prinzen sehr hoch an, andererseits halten sie ihn für so übel gesinnt gegen sie, daß, wenn nicht der Weisheit Ew. Majestät eine Ausgleichung gelingt, zu besorgen ist, Ew. Majestät werden die von der Heirath gehofften glücklichen Erfolge nicht sehen."[1] Bristol wiederholt dann noch einmal: „Zur Entlastung meines Gewissens muß ich, ohne auf Einzelnheiten mich einzulassen, aussprechen, daß Verdacht und Misstimmung zwischen ihnen Allen hier einerseits, und Lord Buckingham andererseits, nicht stärker sein können."

Daß diese allzu allgemein gehaltenen Worte auf den König Jacob, der von den Thatsachen nichts wußte, eine überzeugende Kraft geübt haben, ist nicht anzunehmen. Etwas näher trat Bristol der Sache in einem Privatschreiben nach England. „Das Verhältnis des Königs hier und seiner Minister einerseits und Buckinghams andererseits ist so sehr gespannt, daß sie kein Bedenken tragen zu sagen: sie würden die Infantin lieber kopfüber in einen Brunnen stürzen als in seine Hände geben."[2]

Die Worte enthalten den Fingerzeig für die Zeitbestimmung jenes nächtlichen Vorfalles. Offenbar ist die Weigerung des Königs Philipp IV., seine Schwester in die Hände des Buckingham zu geben, die Consequenz jenes Vorfalles. Die Meldung des Prinzen und Buckinghams, daß der König Philipp IV. wünsche, die Infantin bis zum nächsten Frühlinge in Madrid zu behalten, und demgemäß ihre Bitte um Abberufung, ist vom 6./16. Juni. Jener Racheact des Ehepaares Olivarez liegt also früher.

Wie immer sonst man über jene Rache urtheilen möge, ein Act politischer Klugheit war sie nicht. Man hatte einem Menschen, dessen Macht über den Thronfolger von England man vor Augen sah, dessen Macht über den Träger der Krone sich offenkundig darin zeigte, daß dieser dem noch jungen Manne nach Spanien den Herzogstitel nachsandte — einem solchen Menschen, dessen moralische Nichtswürdigkeit dazu die Spanier schärfer durchschaueten als die eigenen Landsleute, hatte man eine tödtliche Beleidigung zugefügt. Buckingham sann auf Rache, nicht an dieser oder jener Persönlichkeit, sondern an Spanien. Das Mittel dazu lag in seiner Hand. Er selbst gebrauchte, nach seinem Berichte, in einer Unterredung mit Olivarez die Worte, daß er durch die Reise mit dem Prinzen nach Spanien das ganze englische Volk wider sich erregt habe.[3] Er hatte die Fahrt unternommen, um den Dank des

[1] Hardwicke I, 477. [2] Cabala 93.

[3] Hardwicke I, 434: He had distasted all the people in general.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Königs Jacob und des Prinzen für das Gelingen der Heirath davon zu tragen. Wie nun, wenn er sich wandte, wenn er, den Spaniern zum Verdrusse, die Heirath zum Scheitern brachte? In diesem Falle war er des Beifalles jener zahlreichen Partei in England sicher. Wir haben fortan seinen Schritten zu folgen, wie er es darauf anlegte, nicht bloß die Heirath zum Scheitern zu bringen, sondern noch viel mehr zu thun, wie es seiner Rachgier gegen Spanien entsprach.

Aber der Prinz Carl von England? Die Spanier grollten über den Einfluß, den der ihnen widerliche Günstling auf den jungen Mann ausübte. Sie wußten nicht einmal, wie weit und wie tief dieser Einfluß sich erstreckte. Ob der Prinz wußte oder nicht wußte, was zwischen Buckingham und dem Ehepaare Olivarez vorgefallen war, ist nicht ersichtlich. Dagegen liegt aus der Correspondenz der Beiden mit dem Könige Jacob die Thatsache vor, daß der Prinz gemeinsam mit Buckingham handelte. Die Bitte an Jacob, vom 6./16. Juni, um schleunige Abberufung ist von Beiden unterzeichnet.[1] Sie halten dann Jacob noch mit der Hoffnung hin, am 15. Juli, daß es ihnen gelingen könne, zu Michaelis die Infantin mit heim zu bringen,[2] mit anderen Worten: sie belügen ihn gemeinsam. Noch vierzehn Tage später sprechen sie abermals diese Hoffnung aus, jedoch bereits mit dem Zusatze, daß Jacob ihnen, die am Orte seien und darum, besser als er und sein Cabinet, alles mit eigenen Augen sehen, die Entscheidung anheim stellen müsse; denn „die Heirath soll nicht statt finden, wenn die Infantin nicht mit uns geht.“[3]

Hier war der Fingerzeig gegeben. Die Briefe Jacobs lassen jedoch nicht erkennen, daß er seine „süßen Knaben,“[4] wie er sie nannte, durchschauete.

Ungleich schwieriger mochte das falsche Spiel der Beiden in Madrid selber sein. Denn, so lange sich nicht irgend welcher Vorwand des Abbruches fand, so lange mußten sie auf der betretenen Bahn weiter gehen. Es ist nach dem späteren Verlaufe der Dinge, nach dem, man dürfte sagen, Verwachsen-Sein des Prinzen mit seinem Günstlinge Buckingham, nicht anzunehmen, daß er über das eigentliche Ziel desselben

[1] A. a. O. 420. [2] A. a. O. 426.

[3] A. a. O. 432: for marriage there shall be none, without her coming with us.

[4] Sweet boys.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

in Spanien, nach dem 6./16. Juni, jemals im Unklaren war. Um so mehr muß man staunen über ein solches Vollmaß von Unaufrichtigkeit, die in Philipp IV. und der Infantin bis zur letzten Stunde des Zusammenseins einen Zweifel an dem guten Willen ihres Gastes nicht aufkommen ließ. Damals, in der Schule Buckinghams, legte der Prinz Carl, in so weit er selber sein späteres Unglück verschuldete, den Grund desselben.

Gegenüber dem Entschlusse des Buckingham, den Plan der Heirath zu durchkreuzen, werden alle anderen Unterhandlungen, die damals in Madrid direct oder indirect sich an denselben knüpften — geschichtlich bedeutungslos.

Das Verhalten auf spanischer Seite in der ganzen Angelegenheit zeichnete später der englische Graf Bristol mit den Worten: „Die Geneigtheit auf spanischer Seite für die Heirath war groß vor dem Kommen des Prinzen. Sie steigerte sich durch das Kommen. Sie erreichte den höchsten Grad bei dem Abschiede.“ [1]

Dieser erfolgte am 9. September im Escurial, bis wohin Philipp IV. seinen Gast geleitete. Selbst dann riß, in Gegenwart des Königs, die Leidenschaft des Zornes den Buckingham hin zu beleidigenden Reden gegen Olivarez. Dieser antwortete. Der kaiserliche Gesandte Khevenhiller berichtet: „Auf des Buckinghams übermüthige Rede hat ihm der Graf Olivarez bescheiden — was doch wider seine Natur — geantwortet.“ Der Spanier schloß mit den Worten: „Die Heirath, so sie von Gott beschlossen, werde weder Buckingham, noch ein Anderer, verhindern können.“ Dann trat der König beschwichtigend ein.[2]

Wie fest Philipp IV. selber sich überzeugt hielt, daß der Prinz Carl es ehrlich meinte, ergibt sich aus der Thatsache, daß er von da an seiner Schwester, der Infantin, den Titel beilegte: Prinzessin von England. In dem sehr ausführlichen Berichte Khevenhillers über die Heirathssache findet sich keine Spur, daß er um jenen dem Buckingham gespielten Streich gewußt habe. Er als Vertreter des Kaisers, der die Heirath nicht wünschte, beschäftigt sich viel mit denjenigen Gutachten spanischer Theologen, die gegen die Heirath stimmten. Dennoch spricht dann Khevenhiller die Ansicht aus, daß der Graf Bristol, wenn allein gelassen, die Heirathssache durchgeführt haben würde. „Der Andere aber, sagt er,

[1] A. a. O. 500. [2] A. a. O. 479. Khevenhiller X, 335.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dessen Procedieren insolentissimo, mischte sich darein, entzog dem Bristol die Tractation, und gab Ursache zu allen den Difficultäten, ohne Zweifel aus Gottes Schickung."

Die Difficultäten waren jedoch nicht leicht ins Werk zu setzen, weil, nach der Abreise der zwei Hauptpersonen, als englischer Vertreter in Madrid der Graf Bristol zurückblieb, der sich zu einem unehrlichen Spiele nicht gebrauchen ließ. Der Prinz hatte mit Philipp IV. die Übereinkunft getroffen, daß nach der Ankunft der päpstlichen Dispensation binnen zehn Tagen der Graf Bristol die Procuration überreichen solle. Philipp IV. selber oder sein Bruder Don Carlos würde dann bei der Trauung der Stellvertreter des Prinzen Carl sein. Die Vollmacht dazu, vom Prinzen gezeichnet, bis zum Weihnachtsfeste laufend, war unbedingt. Dennoch machten Buckingham und der Prinz gegen diese Vollmacht den ersten Versuch.

Noch von der Reise aus untersagte der Prinz dem Grafen Bristol, von der bei ihm beruhenden Vollmacht Gebrauch zu machen, bis er die Sicherheit habe, daß die Infantin nicht, nach der Übergabe der Procuration, in ein Kloster eintrete. Aus der Meldung Bristols an den König Jacob, vom 24. September / 4. October, über dieses auffallende Verlangen blickt sein Mistrauen klar hervor.[1] Er wiederholt, daß seine nicht durch irgend welche Bedingung beschränkte Vollmacht dahin gehe, binnen zehn Tagen nach dem Eintreffen der päpstlichen Dispensation die Procuration zu überreichen. Er bittet nun, daß der König Jacob umgehend ihn ermächtige, sogleich nach dem Eintreffen der Dispensation, die täglich erwartet werde, die Procuration zu übergeben und dann zugleich sich die Sicherheit zu verschaffen, daß die Infantin nicht in ein Kloster eintrete. Er hebt hervor, daß diese seine Vollmacht laufe bis an das Weihnachtsfest.

Unterdessen trafen der Prinz und Buckingham in London ein. Am 8./18. October unterzeichnete der König Jacob, mit Zustimmung seines Sohnes Carl, an Bristol den Befehl: „Es ist unser besonderer Wunsch, daß die Trauung stattfinden soll an einem Tage in Weihnachten, neuen Stiles." — „Ferner müssen wir Euch erinnern, daß wir immer verstanden und erwartet haben: es solle auf die Heirath unseres Sohnes mit der Infantin eine klare Herstellung der Pfalz folgen."[2]

[1] Hardwicke I, 482. [2] Cabala 239.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Briſtol antwortete am 24. October / 3. November: „Der Befehl, die Übergabe der Procuration auf Weihnachten zu verſchieben, würde die Vollmachten unkräftig und werthlos machen, weil ſie ſelber die ausdrückliche Clauſel enthalten, daß ſie nur bis an Weihnachten gültig ſind." Er führt die weiteren Conſequenzen aus, die aus einem ſolchen Verfahren ſich ergeben würden. — In Betreff der Pfalz bemerkt er, daß Philipp IV. für die Herſtellung des Pfalzgrafen Friedrich immer guten Willen gezeigt, daß man aber die Angelegenheit der Heirath und diejenige der Pfalz jederzeit getrennt behandelt habe. — Die Verknüpfung beider würde die Herſtellung der Pfalz zu einer Bedingung der Heirath machen. Er ſchließt mit dem Hinweiſe, daß bis dahin alles auf gutem Wege, daß dagegen der Aufſchub in der Übergabe der Procuration die Heirath ſelber in Frage ſtellen würde.[1]

In einem folgenden Berichte kündigte Briſtol die Übereinkunft an, die Procuration am 29. November / 9. December zu überreichen.[2] In Madrid wurden die Vorbereitungen zu dem feierlichen Acte getroffen.

Briſtol war voll Hoffnung. Am 22. November ſchrieb er an Rusdorf in London, daß alles gelingen und daß Spanien die engliſchen Wünſche zu Gunſten Friedrichs anerkennen werde.[3]

Bereits jedoch befanden ſich auf jene erſte Meldung Briſtols drei Couriere, am 13./23. November von London entſendet, auf dem Wege nach Madrid. Sie trafen bei Briſtol ein am 25. November / 5. December. Sie überbrachten den Befehl, die Übergabe der Procuration hinauszuſchieben, den weiteren, daß die Sache der Herſtellung der Pfalz als Bedingung mit derjenigen der Heirath verbunden werden müſſe, als den dritten die Abberufung Briſtols.[4]

Die Wendung mochte immerhin Vielen noch nicht geradezu als ein Bruch der Heiratsſache erſcheinen. Sie war es namentlich nicht in den Augen des Königs Jacob ſelbſt. Noch nach dieſer Sendung der Couriere meldete er, am 20./30. November, ſeinem Schwiegerſohne im Haag, was er bei den Unterhandlungen in Madrid für ihn erreicht.[5] Die Bedingung für Friedrich iſt perſönliche Unterwerfung vor dem Kaiſer in einer möglichſt ehrenhaften Form, die zuvor mit Friedrich ſelber vereinbart werden ſoll. Dafür ſteht in Ausſicht die völlige Herſtellung der Pfalz für Friedrichs Sohn, deſſen Adminiſtrator der Vater für Lebens-

[1] Hardwicke I, 483. [2] A. a. O. 489. [3] Rusdorfii consilia 67.
[4] Hardwicke I, 489. [5] Cabala 239. Aitzema I, 626.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zeit sein werde. Es folgen andere Vortheile. Zur Besiegelung des Ganzen ist der Vorschlag gemacht, den ältesten Sohn Friedrichs mit einer Tochter des Kaisers zu verheirathen. Es wird dafür von kaiserlicher Seite gefordert, daß der Prinz in Wien erzogen werde; allein Jacob eröffnet für Friedrich die Aussicht auf die Erziehung des Knaben am englischen Hofe unter den Augen der spanischen Infantin, welche der Prinz Carl demnächst heimführen werde.

Augenscheinlich also wußte der König Jacob nicht, wohin er unter dem Drucke seiner zwei „süßen Knaben" trieb. Er wollte noch die Heirath. Auch, abgesehen von allem Ehr- und Rechtsgefühl, war ein starkes Motiv dafür bei ihm der eigene Nutzen; denn es war für die Infantin eine Mitgift von zwei Millionen Dukaten ausbedungen. Darüber hatte einmal Jacob den zwei Reisenden nach Spanien geschrieben: „Vergeßt nicht die Mitgift der Infantin; sonst sind wir Beide, mein baby und ich, für immer bankerott." [1]

Nach und nach indessen mußte es doch dem Könige Jacob aufdämmern, wie die Sache auslaufen werde. Eines Tages trat der Prinz zu ihm und sagte: es sei nunmehr wohl klar, daß die Spanier keinen anderen Zweck gehabt als ihn zu täuschen. Darauf Jacob: Comment, dit-il, les larmes aux yeux, voulez-vous m'engager dans une guerre, en mes vieilles années, et faire que je rompe avec l'Espagne? [2]

Am selben Tage, dem 6. December, redete einer der zwei spanischen Botschafter dem Könige Jacob scharf zu. „Diejenigen, sagte er, welche die pfälzische Sache mit der Heirath vermengen, suchen nur ihren eigenen Nutzen, um die Heirath zu brechen und Ew. Majestät mit dem Könige Philipp IV. zu verwickeln." — Der König Jacob erwiederte nichts, et demanda, selon sa coutume, à boire. [3]

Wie es dem Könige Jacob noch nicht klar war, wohin der betretene Weg führen mußte, so auch Anderen nicht. Damals, am 9. December, befand sich der englische Gesandte im Haag, Carleton, bei dem Prinzen Moritz in Breda, wo auch die Pfalzgräfin Elisabeth anwesend war. In Gegenwart der letzteren fuhr der Prinz nach seiner Weise kurz heraus: „Wie steht es mit Eurer Heirath?" — Carleton erwiederte: „Es haftet jetzt daran, daß die Herstellung der Pfalz zuerst beschlossen werden muß." Elisabeth sprach ihre volle Zufriedenheit damit aus. [4]

---

[1] Hardwicke I, 428. [2] Rusdorf, mémoires I, 147. [3] A. a. O.
[4] Cabala 177.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wie es gemeint war, erfuhr die Pfalzgräfin einige Tage später in bestimmter Weise von Buckingham selbst. Sie hatte ihn zur Taufe ihres jüngsten Sohnes einladen lassen. Der Bote, der sein Nichtkommen entschuldigte, hatte zugleich den Auftrag ihr zu sagen: „Wir werden keinen weiteren Aufschub gestatten, sondern, indem wir die Herstellung der Pfalz mit der Angelegenheit der Heirath verbinden, wollen wir entweder beides haben oder keins. Und zwar dies bald.“ [1]

Klarer noch zeigte Buckingham in den nächsten Tagen, bevor eine endgültige Antwort aus Spanien eingetroffen war, sein eigentliches Ziel. Auf seinen Anlaß gab Friedrichs Gesandter in London, Rusdorf, am 11./21. December nach dem Haag den Rath: die Republik möge an den König Jacob eine Gesandtschaft schicken zum Zwecke eines Bündnisses. [2]

Wie vor dem Eintreffen der Forderung, die Heirathssache und die Herstellung der Pfalz zu verknüpfen, diese letztere Frage in Madrid angesehen wurde, erfahren wir zuverlässig aus einem Schreiben des Infanten Don Carlos, vom 3. September, an den englischen Staats-Secretär Lord Conway. [3] Darin heißt es: „Möge nur der Pfalzgraf sich dem Kaiser als seinem Oberlehnsherrn in gebührender Weise unterwerfen und dem väterlichen Rathe Sr. Majestät von Großbritannien folgen: dann wird er keine Ursache zur Klage haben. Zugleich möge er aufhören feindliche Heere aufzustellen, möge nicht mehr sich verbünden mit den erklärten Rebellen des Königs von Spanien und des gesammten Hauses Oesterreich, oder gar auch mit den Feinden der Christenheit.“

In diese Stimmung des Hofes von Madrid fiel nun jene neue Forderung Buckinghams, für welche Jacob und Carl sich hatten verleiten lassen, den Namen herzugeben, die Forderung, deren Consequenz Buckingham selber in seiner Meldung an Elisabeth in die Worte kleidet: „Wir wollen Beides haben oder keins, und zwar bald.“ — Der Fortgang der Dinge bewies, daß Buckingham richtig gerechnet hatte. Seine Forderung lief wider Recht und Ehre des Königs von Spanien. So sehr Philipp IV. aus politischen Gründen bis dahin die Heirath wünschen mochte: er konnte nicht anders: er mußte die Zumuthung ablehnen. Die Vollmachten waren abgelaufen. Die Heirathssache stockte nicht bloß: sie war stillschweigend abgebrochen.

[1] Roe 199. Carletons Bericht vom 8./18. December.

[2] Rusdorf, mémoires I, 152. [3] Cabala 203.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Spalt war da, den Buckingham zum unausfüllbaren Bruche zu erweitern trachtete. Bereits am 16./26. December befand sich ein englischer Gesandter auf dem Wege nach Frankreich, um wegen einer Heirath des Prinzen Carl mit Henriette Marie, der Schwester Ludwigs XIII., zu sondiren.[1]

Am 30. December schrieb der Pfalzgraf Friedrich aus dem Haag seine Antwort auf jene Mahnung Jacobs, vom 20./30. November, die für die Unterwerfung unter den Kaiser ihm die Aussicht auf eine bedingte Herstellung eröffnete. Die Herstellung, meinte Friedrich, müsse der Unterwerfung vorangehen.[2] Wenn es dann der Kaiser ernstlich meine, wenn er nicht die Absicht habe, sich den Vortheil über die Person Friedrichs zu nutze zu machen: so werde er sich auch begnügen mit der Abbitte durch einen Gesandten. „Dadurch würde ich befreit sein von der Furcht des Prager Blutgerichtes und anderer üblichen Grausamkeiten der Kaiserlichen."

Die beleidigenden Worte waren überflüssig, weil Friedrich jene Vorschläge Jacobs völlig ablehnte und in der Wirklichkeit den Krieg zu seiner ganzen und vollen Herstellung von Jacob forderte.

Zum Schlusse seiner langen Darlegung weist Friedrich auf den Widerstand und die Erfolge der Republik der Niederlande gegen den König von Spanien hin, und mahnt, mit Schmeichelreden für die Macht Jacobs, ihn zu einem Bündnisse mit derselben. In der Wirklichkeit also war sein Schreiben wie eine Antwort auf die durch Rusdorf einige Tage vorher an ihn gelangte Aufforderung Buckinghams.

Den vereinigten Bemühungen Buckinghams, des Prinzen Carl, Friedrichs, und ihrer Mithelfer gelang es, sogar den König Jacob je zuweilen zu kriegerischen Anwandlungen zu erhitzen. Der Kurfürst Maximilian, der unter der Hand mit Friedrich V. abzukommen suchte, bediente sich als diplomatischen Agenten eines gewandten Capuciners, Alexander von Hales, der in London unter dem Namen Francesco della Rota auftrat. Zu diesem sagte Jacob: „Philipp IV. hat mir allerdings die Herstellung der Pfalz nicht kategorisch versprochen. Aber ich will sie haben.

Flectere si nequeo Superos, Acheronta movebo.

Ich werde Bethlen, Türken, Tartaren rufen."[3]

[1] Rusdorf, mémoires I, 156. Vgl. Gardiner, England under the Duke of B. etc. I, 48.

[2] Aitzema I, 628. Cabala 246. [3] Rusdorf, mémoires I, 184.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die englische Nation, in ihrer herkömmlichen Unkenntnis der Angelegenheiten des Festlandes, zeigte sich wie von einem Schwindel für die Sache des pfälzischen Paares erfaßt. Wir vernehmen von dem ersten Geistlichen des anglicanischen Kirchenthumes, dem Erzbischofe Abbot von Canterbury, über die böhmische Sache die Worte: So religious and righteous a case![1] — Was sollten da die Anderen, die noch weniger als Abbot eine Ahnung davon hatten, wer und warum dieser Mann den neuen Kriegessturm hervorgerufen.

So merkwürdig aber verschlingen sich die Geschicke der Menschen und Völker, daß in denselben Tagen, wo im deutschen Nordwesten die Parteigänger Mansfeld und Christian sich gezwungen sahen, ihre Schaaren zu entlassen — wo im Südosten der schlaue Spieler Bethlen Gabor vorzog, seinen Einsatz zurückzuziehen — wo also durch den Abzug dieser drei Würgengel die Hoffnung des Friedens für Deutschland wieder aufleuchtete — daß in denselben Tagen es einer jenen drei Individuen moralisch gleichwerthigen Persönlichkeit in England gelang, abermals der Kriegsfurie eine neue Aussicht zu eröffnen, und zwar nicht bloß, wie es zu Anfang scheinen mochte, auf Spanien, sondern, wie der Verlauf auswies, noch viel mehr auf Deutschland.

[1] Cabala 103.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google
Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Neuntes Buch.

Die Zeit der Vorbereitung des dänischen Krieges, 1624 bis in 1625.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

1. Der König Jacob I. und sein Parlament, 1624.

In Madrid ward Buckingham als der Urheber des Abbruches der Heirathssache genannt, nicht bloß, wie man ihm von dort aus schrieb, von seinen Gegnern, sondern allgemein.[1] In England dürfte, vor der Rückkehr des Grafen Bristol im Sommer 1624, außer Buckingham auch nicht ein Einziger, vielleicht auch nicht einmal der Prinz Carl selber durchschaut haben, wie das Alles so gekommen war. Denn die Folgsamkeit, des Prinzen gegenüber Buckingham, seit dem Juni 1623, beweist noch nicht eine Kunde des Ursprunges der Wandlung bei dem letzteren. Bei dieser Unkunde der Engländer über den Verlauf der Dinge, bei ihrer Abneigung gegen den Plan der Heirath von Anfang an, waren sie geneigt zu glauben, daß England der beleidigte Theil sei.

Es ging ein Sturm der Erregung gegen Spanien und gegen alles Katholische durch die englische Nation. Bereits ward im Rathe des Königs der Gedanke eines Krieges gegen Spanien, derjenige eines Bündnisses mit den Generalstaaten erörtert. Jedoch wollte man zuvor die Kundgebung des auf Ende Februar einberufenen Parlamentes abwarten.[2]

Am 19./29. Februar eröffnete der König Jacob das Parlament. Er, der im Juli zuvor die von Spanien ihm vorgelegten Artikel für die Duldung der katholischen Religion beschworen, versicherte nun vor dem Parlamente, daß er in dieser Angelegenheit sich auf keinen Tractat eingelassen, ob öffentlich, ob privat. Er verlangte den Rath des Parlamentes, was zu thun.[3]

Die zwei Häuser des Parlamentes vereinigten sich zu einer Conferenz, vor welcher Buckingham, dem der Prinz zur Seite stand, über den ganzen Verlauf der Heirathssache Bericht erstattete. Es war Niemand da, der aus eigener Kenntnis gegen den Bericht einen Einspruch erheben

[1] Cabala 200. [2] Rusdorfii epistolae 20.
[3] Die Reden und Verhandlungen bei Aitzema I, 673.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

konnte, und Buckingham hatte daher freie Hand, seine Erzählung so zu halten, wie es dem Zwecke seiner Popularität in England und seinem Hasse gegen den Minister Olivarez entsprach. Er versicherte Kenntnis der geheimen Instruction des Königs Philipp IV. für seinen Minister erlangt zu haben, nach welcher die Infantin nur innerhalb des Hauses Habsburg heirathen dürfe, der Prinz von Wales nur hingehalten werden solle.

Auf die Kunde dessen richteten die zwei spanischen Botschafter Coloma und Inoyosa schwere Klage an den König Jacob. Sie sagten, daß, wenn ein Spanier daheim über den König Jacob redete, wie Buckingham über den König Philipp IV. gethan, es ihm den Kopf kosten würde. — Die Botschafter erhielten von Jacob I. die Antwort, daß er darüber den Rath des Parlamentes einholen werde. Das Parlament sprach seine Ansicht dahin aus, daß Buckingham nichts gesagt, was nicht einem getreuen Unterthan gezieme, und was nicht auch der Prinz von Wales anerkenne.

Der Schwindel des Irrthumes, von dem das englische Parlament befallen war, prägt sich aus in einigen Worten des Erzbischofs von Canterbury.[1] „Die Barmherzigkeit Gottes über uns, schreibt er, ist so groß gewesen, daß das, was uns als das meist beklagenswerthe Unglück erschien, das in diesen letzten Zeiten der Welt über uns gekommen ist — ich meine die heimliche Abreise unseres Prinzen nach Spanien — sich erwiesen hat als das wohlthätigste und segensreichste Ereignis." Der in seiner anglicanischen Theologie unzweifelhaft sehr gelehrte Mann führt dann weiter aus, wie der Prinz in Spanien alle Hinterhaltigkeit durchschaut, und wie alle Listen dort dahin gezielt, „den Papisten in England zur Freiheit zu verhelfen, und ihnen Duldung zu verschaffen."[2]

Das Parlament legte dem Könige den Beschluß vor, daß von der spanischen Heirath ferner keine Rede mehr sein dürfe. Dagegen ersuchte es den König, die Anstalten zu treffen, um mit Macht die Pfalz wieder zu gewinnen; denn die Ehre Englands gestatte nicht, daß des Königs Enkelkinder ihres Erbes beraubt blieben. Zu diesem Zwecke trage das Unterhaus ihm die Bewilligung der erforderlichen Geldmittel entgegen.

Es ist bemerkenswerth, daß das Parlament des Pfalzgrafen Friedrich selber nicht gedenkt. Sein Gesandter Rusdorf äußerte später einmal,

[1] Roe 252.

[2] A. a. O.: to set the papists in England at liberty, to procure a toleration for them.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

daß unter den Großen Englands Niemand die Sache Friedrichs billige.[1] Wenn sie nicht Rücksicht nähmen auf das englische Blut der Elisabeth und ihrer Kinder, so hätten sie Friedrich längst preisgegeben. Auch die englischen Diplomaten auswärts, wo sie in der Angelegenheit der Pfalz sich bemüheten, pflegten dies zu bezeichnen: for the queen of Bohemia's service.[2] Friedrich persönlich wurde in England gering geschätzt. Man wies darauf hin, daß bei seinem Aufenthalte in der Pfalz, im Jahre 1622, sich nur drei Edelleute des Landes bei ihm eingefunden.[3]

Für Elisabeth und ihre Kinder also drängte das Parlament den König Jacob zum Kriege. Jacob dagegen wich zurück. Er hielt abermals eine Rede an das Parlament. Er hob seine Verdienste um den Protestantismus hervor. Ein Märtyrer sei er zwar nicht, meinte er; aber auf die Ehre eines Confessors mache er Anspruch; denn er habe um der Religion willen Verfolgung erlitten. — Vermuthlich bezog er dies auf die Gegenschrift Bellarmins wider ihn. — Gegen den Krieg sträubte er sich. Niemals solle der Mensch etwas durch Gewalt erstreben wollen, so lange noch die Möglichkeit eines friedlichen Weges übrig sei. Zumal er dürfe das nicht. Er berief sich auf seinen Namen: pacificus rex werde er genannt.

In Wahrheit ward der König Jacob von einer Furcht in die andere getrieben. Er fürchtete, durch einen Krieg unter die Herrschaft des Parlamentes zu gerathen. Die Geldbewilligung, welche das Parlament ihm machte, betrug nicht einmal die Hälfte dessen, was er verlangte.[4] Dazu knüpfte sich daran in der Form der Bitte die Bedingung, daß die Verwaltung der Gelder unter Mitgliedern des Parlamentes stehen solle. Jacob wußte, wie sehr unter seiner Regierung die puritanische Strömung in der englischen Nation zugenommen. Auf der anderen Seite fürchtete er den einst so sehr geliebten Günstling Buckingham, der nunmehr vom Strome der Popularität getragen wurde. Jacob sprach sich über den Prinzen und Buckingham vertraulich aus mit den Worten: „Bevor der Prinz nach Spanien reiste, war er ein so guter Sohn, wie Jemand wünschen kann. Jetzt läßt er sich hinreißen von raschen, jugendlichen Anschlägen, und folgt den Meinungen Buckinghams, der seit jener Reise ich weiß nicht wie viele Teufel in sich hat."[5]

[1] Rusdorf, consilia etc. 317.
[2] Roe 235, 355.
[3] Rusdorfii epistolae 36, 14.
[4] Roe 248. Bericht des Lords Carew.
[5] Cabala 276. Vom 7. April.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Zur Erklärung der Furcht Jacobs vor Buckingham bedarf es nicht der von den Spaniern vor Jacob erhobenen Anklagen, daß ein Plan vorliege, ihm die Regierung zu nehmen und dem Prinzen von Wales zu übertragen; denn ein Eingehen des Prinzen auf derartige Entwürfe ist nicht glaubhaft dargethan. Es dürfte genügen, daß Buckingham Mitwisser des geheimen Planes war, der, im Falle des Gelingens der Heirath, ein Bündnis zwischen den Königen Jacob und Philipp IV. gegen die Republik nach sich gezogen hätte.[1] Diese Mitwissenschaft Buckinghams übte einen Druck auf Jacob aus, zumal da er im Jahre zuvor, wo die Heirathssache einen günstigen Verlauf zu nehmen schien, doch auch den Holländern seine Gesinnungen nicht so völlig verborgen hatte. Er hatte überhaupt die Generalstaaten nie geliebt. Es haftete in ihm so manche schmerzliche Erinnerung, wie diese schlauen Hochmögenden auch bei der besonderen Königsweisheit, die mit ihm geboren sei, ihn überlistet hatten. Jedoch nicht bloß die schlauere Politik der Hochmögenden war ihm ein Dorn: nicht minder verdroß ihn ihre unverkennbare Überlegenheit zur See.[2] Bei den Völkern und Fürsten von Ostindien galt Moritz von Oranien als der eigentliche Herr in Europa: den König Jacob sahen sie viel geringer an. Auch in Europa überwog weit die holländische Flagge. Im Sommer 1623, bei Gelegenheit einer Audienz holländischer Abgeordneten, verhehlte ihnen Jacob weder seinen Unmuth, noch den Grund desselben. „Ihr seid weit und breit Meister zur See, fuhr er sie an. Ihr thut was Ihr wollt. Ihr wehrt meinen Unterthanen das Fischen an meinen eigenen Küsten. Ihr seid Blutegel meines Volkes.“[3] — Damals wußte der König noch nichts von einer besonderen Grausamkeit, welche die holländische Behörde auf Amboina gegen dort ansässige Engländer verübt hatte. Die Nachricht dessen traf erst im Juni ein.[4]

Die gegenseitige Stimmung war daher im Jahre 1623 nicht eine freundliche. Daher auch mochte es kommen, daß den bereits im December von Rusdorf und Anderen aus London nach dem Haag gemachten Winken um eine Gesandtschaft noch Wochen lang nicht entsprochen ward. Am 26. Februar 1624 schifften Aerssen von Sommelsdyk und Joachimi sich ein. Beim Betreten des englischen Bodens fühlten sie sofort den

[1] Andeutungen darauf bei Hardwicke I, 405, 428. [2] Aitzema I, 477.
[3] A. a. O. 490. [4] Roe 250.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Hauch einer günstigeren Strömung als im Jahre zuvor.[1] Es verging jedoch eine Reihe von Wochen, bis Jacob selber sie vorließ.

„Wie die Israeliten nach den Fleischtöpfen Ägyptens, meldet Rusdorf zu Ende März, so sehnt der König Jacob sich zurück nach der spanischen Freundschaft."[2] — Diese Sehnsucht ist sehr erklärlich, weil Jacob, wenn er auch nicht alles erfuhr, was in Spanien geschehen war, doch besser als sein Parlament mit Sicherheit wissen konnte, daß die Ehre des Abbruches in Spanien nicht auf englischer Seite war. Jedenfalls stand bei ihm das Eine fest: kein Krieg gegen Spanien. Den Holländern dagegen war es zunächst und hauptsächlich um ein Offensiv-Bündnis gegen Spanien zu thun.

Unterdessen traf, im April, eine andere kriegesdurstige Persönlichkeit in London ein, Ernst Mansfeld.

Nach seinem Abzuge aus Ostfriesland hatte er sich nach dem Haag begeben. Dort war sein Ruhm etwas verblaßt: höhere Officiere trugen kein Bedenken, ihn einen Betrüger zu nennen und den Pfalzgrafen vor einer ferneren Verwendung des Mannes zu warnen.[3] Mansfeld schauete weiter aus nach Paris, wo damals gerade der Cardinal Richelieu die Leitung übernahm. Zusammen mit dem französischen Gesandten Maurier reiste er dahin. Ludwig XIII. ließ ihn, wie es damals hieß, nicht in Paris öffentlich vor, sondern im Stillen in Compiegne.[4] Richelieu versicherte dem Mansfeld seine Willigkeit für ihn, die jedoch erst zur That werden könne, wenn man zuvor wisse, was von England zu erwarten.[5] Mansfeld machte sich auf den Weg nach England und traf, Mitte April, in London ein.[6] Auf seine Anmeldung beim Könige Jacob erhielt er am nächsten Tage Audienz.[7]

Mansfeld entwickelte seinen Plan mit einer Armee zu landen und nach der Pfalz zu marschieren. Für den Beginn seien nur 20,000 Pfund Sterling erforderlich. Das Fehlende lasse sich durch Contributionen in dem besetzten Lande beschaffen. Jacob entgegnete: „Ich habe viel Geld hin geschickt; aber die deutschen Fürsten als Feiglinge haben meinen Schwiegersohn verlassen. Von Euch hat man mir gesagt, daß Ihr kaiserlich. Und doch habt Ihr am treuesten gedient. Ich will die Pfalz herstellen. Aber Frankreich muß mitgehen." — Mansfeld erwiederte: „E. M. voran, dann folgt Frankreich sicher nach, auch Savoyen und

[1] Aitzema I, 671. [2] Rusdorfii epistolae 30. [3] Capellen I, 251.
[4] Bassompierre II, 460. [5] Villermont, Mansfeld II, 221.
[6] Rusdorfii epistolae 33. [7] Rusdorf, mémoires I, 285.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Venedig." Mansfeld behauptete weiter, daß auch Friedrich V. einverstanden. Die Geläufigkeit seiner Zunge trug den Sieg davon und redete fast alle Bedenken Jacobs nieder. Der König sagte zu.

Es hieß, daß Mansfeld in Einer Woche bei dem Könige Jacob mehr erreicht habe als die zwei holländischen Gesandten in zehn. Buckingham und der Prinz von Wales erwiesen ihm große Freundlichkeit; denn, ohne ihn, meinte man, wäre Jacob nicht so bald zum Entschlusse gebracht worden. Mansfeld wohnte im Palaste des Prinzen. „Überhaupt ward ihm Ehre erwiesen, erzählt Rusdorf, als wäre er einer der größten Fürsten oder un saint."[1] Man brachte ihm reiche Geschenke dar. Wenn er sich in den Straßen zeigte, hallte ihm vom Volke aus der Ruf entgegen: God bless you, Mylord! — Plusieurs s'estimaient heureux de toucher le bord de son manteau.[2]

Wir haben diesem Taumel unwissender Engländer entgegen zu stellen, was kundige Männer der Aggressiv-Partei über Mansfeld wie auch über den Herzog Christian urtheilten. Denn auch bei dem letzteren hatte die Aussicht auf Krieg wieder die Oberhand gewonnen. Nachdem auf Grund seines Gelöbnisses in dem Vertrage mit Anton Günther von Oldenburg die Mutter Elisabeth, der Bruder Friedrich Ulrich, der Oheim von Dänemark sich bei dem Kaiser für ihn verwandt, erklärte der Kaiser sich, am 6. März 1624, auch da noch bereit, die begangenen Excesse, Mishandlungen und Verbrechen Christians seiner Jugend zuzuschreiben, ihm Pardon widerfahren zu lassen, auch ihm eine Bestallung gegen die Türken zu geben.[3] Die Bedingung war, wie immer, daß Christian sein Unrecht erkennte und auch wirklich selber um Verzeihung bäte. Christian hörte auf den Ruf seiner Angehörigen insoweit, daß er im April 1624 nach Wolfenbüttel ging.[4] Es litt ihn nicht dort. Ohne auf die Bitten seiner Mutter und seines Bruders zu achten, zog er wieder nach dem Haag, wo man seiner nicht begehrte. Am 5. Mai versprach er von dort aus: er wolle gegen den Kaiser nichts unternehmen. Am 15. Mai äußerte er sich schwankend. Sein Bruder Friedrich Ulrich entsandte, am 31. Mai, aus Wolfenbüttel nach dem Haag an ihn den Entwurf eines Handschreibens an den Kaiser, welches Christian nur zu vollziehen hatte.[5] Aber bereits befand sich von Christian an Friedrich

[1] A. a. O. 289. Vgl. R. epistolae 35 u. f. [2] A. a. O.
[3] Celler Briefarchiv. [4] Lichtenstein 26.
[5] Opel, Resignation usw. 68.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ulrich die Erklärung unterwegs, daß er seine fortune par la guerre suchen wolle.[1]

Eben damals büßte er in Holland an seiner Reputation noch etwas Anderes ein als durch den Bruch des dem Grafen Anton Günther geleisteten Gelöbnisses. Was er begangen, sagt Camerar nicht: nur daß es eine schmachvolle Handlung gewesen sei.[2] Die Obrigkeit in Amsterdam erholte sich an dem Diener des Herzogs; aber es war offenkundig, daß derselbe auf Befehl Christians gehandelt hatte. „Wir bemühen uns insgeheim, schreibt Camerar, den Herzog von der Schmach zu befreien; aber fürwahr, wenn er seine Gesinnung nicht ändert und Gott fürchten lernt, so dürfen wir für uns von ihm nichts Großes, noch Gutes erwarten." — Christian ging nach England und fand dort eine ähnliche Aufnahme wie Mansfeld.

Auf die Person des Mansfeld setzte damals Friedrichs geheimer Rath Rusdorf noch einiges Vertrauen. Mannigfache Gründe des Verdachts gegen den Söldner waren Rusdorf wohl bekannt.[3] Er half sich mit dem Troste: man muß Vertrauen haben, weil es einmal nicht anders ist, weil ja auch Mansfeld die Autorität des Königs von Böhmen anzuerkennen verspricht. — Es ist sehr fraglich, ob Rusdorf oder andere Mitglieder der Aggressiv-Partei von den wiederholten Dienstangeboten des Mansfeld in Brüssel eine Kunde hatten. — Auf Christian dagegen hat Rusdorf gar kein Vertrauen. „Wir müssen uns bemühen, meint er bei der Ueberkunft des Jünglings nach England, daß er die Unterhandlungen mit Mansfeld nicht stört. Wenn Christian mit diesem zusammen thun und etwa Anführer der Reiter sein will: so ist es aus. Die beiden können sich nimmer vertragen. Ihre Eifersucht, ihr Neid, ihr Haß gegen einander wird die Sache verderben."[4]

Anders dachte der bisher für Friedrich gleich unermüdliche Camerar. Er traute weder dem Mansfeld, noch dem Christian. Camerar hatte schon in Böhmen das Vertrauen auf diesen Söldner verloren.[5] Er hatte dort mit Schrecken die Verheerungen der Banden desselben angesehen. Seitdem hatte Mansfeld nicht eine bessere Meinung bei Camerar begründet. Mit Sorge und Bangen sah nun auf die Nachrichten aus England dieser erfahrene Politiker, welchen Einfluß Mansfeld über den König Jacob gewann. Camerar verkennt die Jämmerlichkeit Friedrichs

[1] Lichtenstein 26. [2] Söltl III, 190. [3] Rusdorfii epistolae 41.
[4] A. a. O. [5] Söltl III, 192 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht; allein er hegt damals noch die Hoffnung, daß durch englische Unterstützung der Schwächling angeregt werde sich aufzurichten, aus dem Frauengemach hervor zu kommen, und seinen Kindern ein Beispiel zu geben. Die Hoffnung trübt sich durch Jacob selbst. Nicht seinem Schwiegersohne und dessen Räthen will der englische König Geld anvertrauen, sondern dem Mansfeld. „Davon, sagt Camerar, ist die Herstellung der Pfalz nicht zu erwarten." Und nicht bloß das, er fürchtet Schlimmeres. Er gedenkt an Mansfelds Kriegsweise. „Wenn Mansfeld nicht der Mehrzahl nach deutsche Soldaten hat, sondern ausländische: so wird das ganze Reich sich wider ihn verbinden." Und dann tritt der Gedanke an Christian von Braunschweig hinzu. „Wenn dieser, der bei Gott und den Menschen gleich verhaßt ist, sich mit Mansfeld vereinigt: so wird die Gefahr erst recht groß." [1]

Eben damals war nach London ein Engländer zurückgekehrt, der befähigt war über manche Dinge Aufschluß zu geben, der bisherige Gesandte in Spanien, Graf Bristol. Der König Jacob ließ ihn nicht vor. Auf die von Buckingham erhobenen Anklagen ward über Bristol Hausarrest verhängt. So ward es ihm unmöglich gemacht, den wahren Hergang der Dinge in Spanien des Jahres zuvor an competenter Stelle klar zu legen. Man vernahm dazu, daß er den Mansfeld unaufrichtiger und illoyaler Handlungen beschuldige. Auch darüber ward er nicht zum Wort gelassen. [3]

Der Kriegeseifer im Parlamente jedoch ließ nach. Von einem Unternehmen gegen Spanien war im Mai nicht mehr die Rede. Man stellte doch alles dem Könige anheim. [4] Jacob versprach den Generalstaaten 6000 Mann Hülfstruppen. Daß man dies nicht als einen Offensiv-Schritt gegen Spanien ansah, ergibt sich daraus, daß zugleich dem Schotten Vaux gestattet wurde, einige Regimenter für die Infantin Isabella zu werben. [5] Die Entsendung von Mansfeld mit bewaffneter Macht war abhängig gemacht von der Zustimmung Frankreichs, also noch nicht eine beschlossene Sache. Jacob schickte ferner den Lord Anstruther an einige deutsche Fürsten und an den König von Dänemark, so wie den Lord Spens an den König von Schweden, um die Gesinnung derselben zu erkunden. Direct feindselig gegen den Kaiser war nur die

[1] A. a. O. 196. [2] Rusdorf, mémoires I, 293. Vom 6. Mai.
[3] A. a. O. 303. [4] Rusdorfii epistolae 42. Vom 27. Mai.
[5] A. a. O. 43.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bis dahin verweigerte Ermächtigung für den Gesandten Roe in Constantinopel, dem Bethlen Gabor bei den Türken das Wort zu reden und dessen Freunde dort zur Unterstützung anzufeuern. „Denn der Dienst des Königs erfordert, die Partei des Kaisers, mit welchem er wahrscheinlich in Krieg gerathen wird, nach allen Richtungen hin zu schwächen."[1]

Dann entließ der König das Parlament bis zum November.

2. Friedensbestrebungen im Reiche.

Nachdem der Sieg von Prag dem Kaiser die landesfürstliche Autorität zurückgegeben, welche gemäß dem Augsburger Religionsfrieden das sogenannte Reformationsrecht in sich schloß, war die Ausübung dieses letzteren im Sinne des Kaisers ein Werk des inneren Friedens. Dennoch haben wir an Böhmen gesehen, welchem Einspruche von außen her der Kaiser dabei ausgesetzt war, so sehr daß eine Besorgnis für den äußeren Frieden daraus erwachsen konnte. Von da an jedoch verstummte dieser Einspruch, und das Werk der Reformation ging von außen ungestört von statten. Darüber meldet Khevenhiller: „Es hat der Kaiser dies Jahr (1624) in seinen Erbkönigreichen und Ländern, wo er dessen, wie andere Kurfürsten und Stände im H. R. Reiche, vermöge des Religionsfriedens befugt, und wo die Privilegien und Religions-Concessionen durch die Rebellion verwirkt, die Stände mit Gewalt zum Gehorsame gebracht, und (daher) der Kaiser mit Zusage und Eid nicht (mehr) verbunden war — die Reformation der Religion continuiert."[2] Den äußeren Anlaß dazu gab eine Klage des Bischofs zu Wien über die Übergriffe der Prediger zu Hernals bei Wien in seine kirchliche Jurisdiction. Dann ging der Kaiser mit Nachdruck vor. Die Herren und Ritter jedoch waren, weder in Nieder- noch in Ober-Österreich, willig sich zu fügen. Es folgte ein lebhafter Schriftenwechsel, bis der Kaiser eine Resolution[3] erließ, die in merkwürdigem Contraste steht mit jenen der früheren Zeiten unter Rudolf, Matthias und Ferdinand II. selber.

„Ihre Majestät haben nicht ohne Verwunderung und Empfindlichkeit angehört, daß die Stände Deroselben eine solche Schrift — die nicht allein wegen des gebrauchten styli defendendi unter Hervorstreichung ihrer vermeinten Religion ganz unverantwortlich, sondern auch der in sich begreifenden scharfen Worte und Anzüge halber ungebührlich — hervor zu bringen und Sie damit zu behelligen, keine Scheu getragen.

[1] Roe 244. Vom 18./28. Mai. [2] Khevenhiller X, 485. [3] A. a. O. 509.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Aus welchem dann J. M. nichts Anderes abnehmen und schließen können, als daß die Gemüther unter ihnen noch nicht allerdings gestillt, sondern noch solche Sachen bei ihnen bisher verborgen seien, welche der ihnen hiervor zu sonderen Gnaden ertheilte Pardon billig hätte wegnehmen sollen. Sie sollten sich vielmehr der wohl erwogenen gnädigsten Resolution und Verordnung J. M., aller Schuldigkeit nach, ohne einiges Widersprechen accommodieren."

„Derowegen lassen es Ihre M. bei Ihrer hierbevor mit wohlbedachtem Rathe genommenen Resolution und Fortsetzung dieses bereits angefangenen Reformationswerkes, wie auch dem von den Reformations-Commissarien in Ihrer Majestät Namen publiciertem Patente gänzlich verbleiben, welchem die Supplicanten sammt den ihrigen gehorsamst parieren und J. M. mit dergleichen unverantwortlichen Begehren und Schriften gewislich zu verschonen haben. Wie ihnen dann auch hiermit perpetuum silentium imponiert wird. Wenn jedoch die Supplicanten in politischen Dingen etwas vorzubringen und zu begehren haben, wollen Ihre Majestät solches gnädigst vernehmen und sich der Gebür nach darüber resolvieren."

Diese Resolution war endgültig. Die Herren und Ritter hatten demnach sich völlig darüber klar zu werden, daß nunmehr andere Zeiten gekommen waren als damals, wo die Fahne der Religion jegliche Rebellion zu decken schien. Die Rebellion hatte nun ein Ende und mit ihr die Fahne. Das Werk der Reformation in den Ländern des Hauses Habsburg ging seinen Gang. Es äußerte keine directe Wirkung mehr auf den Kriegesbrand im Reiche, der, nachdem er von dort her seinen Ursprung genommen, geschürt und lebendig erhalten wurde zumeist von fremder Hand. So wichtig also auch die Entwickelung dieser Reformation in den österreichischen Erblanden an sich selber ist, so tritt sie doch fortan zurück für ein Geschichtswerk, das sich den dreißigjährigen Krieg zum Objecte setzt, und daher zuerst und vor allen Dingen nachzuweisen hat, welche Factoren den Krankheitszustand andauernd erhielten.

Ungeachtet der Auflösung der Schaaren Mansfelds und Christians dauerte in Wien wie in München die Besorgnis vor den, wie der Kaiser sie zu nennen pflegte, weltkundigen Landverderbern und Verstörern des allgemeinen Friedens fort. Man wußte, daß, wenn auch die Mannschaft zerstreut war, doch die Officiere an diesem oder jenem Orte sich zusammen fanden, im Haag, in Bremen, in Hamburg, immer

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

des Winkes der Häupter gewärtig. Der Kurfürst Maximilian verlangte, im Februar, daß der Kaiser gegen diese Officiere mit Nachdruck vorgehe. Das Gutachten des Reichshofrathes darüber lautete ablehnend: man dürfe nicht so scharf zu Werke gehen.[1]

Ein besonderer Gegenstand der Besorgnis in Wien wie in München waren die von Mansfeld den Holländern ausgelieferten festen Plätze in Ostfriesland. Der Kaiser entsandte, am 5. Februar, an den Grafen Enno den Tadel, daß es ihm sehr fremd vorkomme, von dort her so geringe Nachricht zu erhalten, wo doch dem Grafen kund, welche Mühe und Sorgfalt der Kaiser aufgewendet, um die gefährdeten Grenzen des Reiches dort zu schützen und die Streitigkeiten zwischen dem Grafen und den Ständen zu schlichten.[2] — Der Graf Enno erwiederte: „Mögen Ew. K. M. sich versichert halten, daß mich die Mansfeldische Einlagerung wohl nicht würde getroffen haben, auch über mein armes Land die große Verwüstung nicht gekommen sein, wenn meine Intention anders gewesen wäre als in Ew. K. M. Devotion und Gehorsam zu verharren."[3] — Danach schrieb also Enno lediglich der Rache der Generalstaaten für seine kaiserliche und spanische Gesinnung den Einbruch Mansfelds zu. In der Wirklichkeit war die Rache oder die Schadenfreude im Haag an seinem Unglücke doch nur ein mitthätiger Factor gewesen.

Auch die ostfriesischen Landstände mahnte der Kaiser in freilich milden Worten an den Verlauf der inneren Streitigkeiten. „Die römischen Kaiser haben nach Anhörung der streitenden Theile immer Recht und Gerechtigkeit geschafft. Nachdem dagegen Einige, unter dem Vorwande der Entlegenheit des Kaisers, an anderen Orten Schutz und Schirm gesucht haben: so ist offenbar, daß dieser Schutz nicht zum Besten ausgeschlagen, sondern Mistrauen, Unruhe, Krieg daraus erfolgt ist, wie der Augenschein seit mehreren Jahren lehrt."[4]

In der Wirklichkeit lag das Übel der Einmischung der Generalstaaten in die inneren Angelegenheiten Ostfrieslands daran, daß die zwei Vorgänger des Kaisers Ferdinand, Rudolf und Matthias, ihren Entscheidungen zu Gunsten des Grafen Enno keinen Nachdruck hatten geben können. Die Antwort der Landstände an den Kaiser ging auf diesen für sie schwierigen Punct nicht ein. Dagegen nahmen sie für sich das Verdienst in Anspruch: „Wir haben nicht bloß nach unserem Vermögen genug erwiesen, wie gern wir das R. Reich von dem geächteten Mans-

[1] Kriegsacten F. 57. Vom 13. Februar und 6. März. [2] Aurich.
[3] A. a. O. [4] A. a. O. Vom 17. Februar.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

felder befreit gesehen, sondern auch mit unserem Ruin und Verderben zuwege gebracht, daß sein Volk gänzlich zertrennt, und so wohl andere Ew. K. M. Unterthanen als auch wir gegenwärtig vor ihm uns nicht zu fürchten haben." [1]

So richtig dies war, so besorgte eben so wie der Kaiser, auch der Kurfürst Maximilian, daß jene festen Häuser in Ostfriesland im gegebenen Falle für Mansfeld wieder zu Sammelplätzen und Eingangsthoren ins Reich benutzt werden könnten.

Um diese und andere wichtige Fragen zu erledigen, entsandte Maximilian, im März, den General Tilly und den Rath Donnersberg nach Wien. Die Instruction für dieselben schließt mit den Worten: „Es handelt sich also darum, unschuldige Leute und Länder vor Plünderung und Verwüstung zu schützen." [2]

Der Fragen, die dann zur Sprache kamen, waren gar viel und mancherlei. Ein friedlicher Weg, Ostfriesland wieder zu gewinnen, lag vor in der Rückzahlung der 300,000 Fl., welche die Generalstaaten zum Abkaufe des Mansfeld den ostfriesischen Landständen wider deren Willen vorgestreckt hatten. Es wurde dagegen eingewendet: „Das Geld ist dem erklärten Rebellen und Ächter gezahlt. Das Wiedergeben dessen ist der kaiserlichen Hoheit und Autorität zuwider." — Tilly schlug ein anderes Mittel vor. Darüber berichtet das Gutachten des Reichshofrathes: „Bei dieser Frage hat der Graf von Tilly angedient, das beste Mittel werde sein, auf eine Diversion gegen die Generalstaaten zu gedenken und dieselbe auf die Besetzung von Westfriesland zu dirigieren. Bei welchem Vorschlage uns aber dies zu Gemüthe gegangen, daß weder die katholischen, noch anderen Kurfürsten und Stände einwilligen würden in ein Vorhaben, welches den Bruch der Neutralität mit den Generalstaaten in sich schlösse."

Abermals also liegt hier von Seiten des Reiches das Festhalten an der Fiction einer Neutralität vor Augen, welcher die Thatsachen seit nunmehr sechs Jahren und länger widersprachen. Indem man von dieser Fiction aus zurückscheuete vor dem Entschlusse, den bis dahin gefährlichsten Gegner des Friedens im Reiche an seiner verwundbaren Stelle zu fassen, trug diese Mattherzigkeit erheblich bei, dasjenige zu befördern, was man nicht wollte: die Verlängerung des Krieges.

---

[1] Kriegsacten F. 57. Vom 23. März. [2] A. a. O. Vom 21. März.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Kaiser forderte daher den Grafen Enno III. von Ostfriesland auf, selber Mittel vorzuschlagen, wie er der ungebetenen Gäste ledig werden könne, am 5. Juli. In denselben Tagen aber meldete Carleton aus dem Haag: es wachse dort die Besorgnis empor, daß wegen der Plätze in Ostfriesland, die Mansfeld überliefert, und einiger anderen an der Yssel, kaiserliche und burgundische Truppen sich zu einem Angriffe vereinigen würden.[1] Diese Besorgnis war wirksam. Einige Wochen später berichtete der Graf Enno, daß die Generalstaaten die festen Plätze seines Landes, mit Ausnahme der schon früher besetzten, Emden und Leerort, ihm zurückgegeben, ohne eine andere Bedingung als diejenige der Schleifung der von Mansfeld angelegten Werke.[2] — Die Thatsache bewies also die Richtigkeit des Vorschlages von Tilly in Wien.

Ferner ließ Maximilian durch Tilly und Donnersberg in Wien verlangen, daß sowohl der Kaiser als Spanien mehr thue. „Es handelt sich, lauten die Worte, um die Abbassierung des Hauses Oesterreich, und es ist nur die Bundes-Armada da." Und wiederum, darf man sagen, war diese Bundes-Armada nur dadurch da, daß die Hand Maximilians die längst kriegesmüde Liga zusammen hielt. Es gab eine lange Reihe katholischer Reichsstände, die gern des Schutzes der Armada genossen, ohne Beiträge für dieselbe zu zahlen.[3] Es bedurfte eben damals der nachdrücklichen Mahnung des Ligatages in Augsburg, die Rückstände einzutreiben.

Die Armee also, die im Felde stand, war diejenige der Stände des katholischen Bundes; aber darum war noch nicht die Armee eine katholische. Der Pfalzgraf Friedrich redet darüber in einem Schreiben, vom 30. December 1623, an den König Jacob wie folgt. „Die Mehrzahl des Kriegsvolkes zu Roß und zu Fuß unter dem Banner der katholischen Liga ist nicht-katholischer Religion. Ihre Gesinnung daher, wie der ganzen Welt notorisch, ist eher geneigt für den Untergang als für die Erhaltung derselben."[4] — Der Liga gegenüber, meint er weiter, fehle es auch zu diesem Zwecke nur an einem Haupte, wie es der König von Dänemark sein würde. — Diese letztere Behauptung oder der Wunsch, der nicht in Erfüllung ging, löst sich als Friedrichs Eigenthum leicht ab von der Thatsache, für welche er Zeugnis gibt.

[1] Roe 255. Vom 8. Juli. [2] Kriegsacten F. 57. [3] (Stumpf) 197.
[4] Aitzema I, 631. Cabala 247.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Eben so notorisch aber war, daß das Heer der Liga durchweg in den Ländern nicht-katholischer Reichsfürsten einquartiert lag. Die Liga-Häupter erachteten dies darum nicht für unbillig, weil, was immer aufs neue hervorgehoben werden muß, die Liga, die den Frieden des Reiches für Alle schützte, dem Principe nach, die Hälfte der Kosten ihres Heeres aus ihrer Bundescasse trug. Andererseits mochte es als eine Pflicht der Selbstvertheidigung erscheinen, durch die Einquartierung denjenigen Reichsfürsten niederzuhalten, der, wenn er freie Hand hatte, handeln würde wie Mansfeld und wie Christian, den Landgrafen Moritz von Hessen-Cassel.

Allein es war eben so unvermeidlich, daß in den Reichsfürsten und Ständen, welche sich bewußt waren, Kirchengüter zu besitzen, die nach und also wider den Augsburger Religionsfrieden genommen waren, eine Besorgnis vor dem Heere der Liga und darum der Wunsch nach dem völligen Abzuge desselben immer lebendig blieb. Während jener Berathungen in Wien lief von den Ständen des Kreises Niedersachsen an den Kaiser eine eindringliche Bitte um Abführung der Truppen ein. Sie trug einundzwanzig Siegel.[1]

Auf die Anfrage des Kaisers darüber ließ Maximilian erwiedern: es sei zuvor die Bedingung zu stellen, daß, wie Christian der Ältere von Lüneburg gethan, so auch die anderen Fürsten des niedersächsischen Kreises die bündige Zusicherung geben, keine Werbung im Kreise Niedersachsen dulden, und in solchem Falle mit dem Kaiser und dessen Assistenten für Einen Mann stehen zu wollen. Dieselbe Verpflichtung forderte Maximilian in Betreff der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg.[2]

Das Gutachten des Reichshofrathes hielt entgegen, daß die Forderung nicht durchzusetzen sein werde. „Denn der Kurfürst von Sachsen hat immer protestiert, daß er mit der Übertragung der Kurwürde nichts zu thun habe. Nun beruht aber der Grund des noch währenden Krieges auf der Execution der Acht gegen den Pfälzer. Daher wird der Kurfürst beharren bei der Forderung, daß zuvor die Liga ihr Kriegsvolk abdanke, damit man, wie der Ausdruck gelautet hat, libere rede. Auch werden die Fürsten nicht versprechen, einen äußeren Krieg abzuwenden, sondern dafür sich auf einen Reichstag berufen. Jene Forderung würde daher Mistrauen erregen.“[3] Lieber möge man, schließt das Gutachten, zuvor

[1] Kriegsacten F. 57. [2] A. a. O. [3] A. a. O. F. 58.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Ausgang der Verhandlungen abwarten, die zwischen den Kurfürsten von Mainz und Sachsen schweben.

Der Kurfürst Johann Georg stellte für seine Anerkennung der Kurwürde Maximilians drei Bedingungen: Abführung der Truppen der Liga aus den Ländern der Evangelischen, dann Auslieferung der Verhandlungen über die Übertragung der Kur; endlich solle die Acht über Friedrich den Agnaten desselben unschädlich sein. — Das Gutachten des Reichshofrathes darüber sagt: „Ein Eingehen auf die zweite Bedingung wäre gleich einem Eingeständnisse, daß die Acht und die Translation der Kur dem Rechte zuwider. Dagegen können E. K. M. erklären, daß Sie durch die pfälzische Acht und Übertragung der Kur dem kurfürstlichen Collegium, dessen Vorrechten und Hoheit, den Bestimmungen der goldenen Bulle, der Wahlcapitulation, den anderen kur- und fürstlichen Häusern an ihren Belehnungen gesammter Hand, so viel ihnen von Rechtswegen gebühren mag, in nichts haben präjudicieren wollen." [1]

In Betreff der dritten Bedingung Johann Georgs räth das Gutachten des Reichshofrathes dem Kaiser zu erklären: „daß durch den Achtsprozeß den Agnaten an dem, was ihnen vor der ergangenen pfälzischen Acht und der Übertragung der Kurwürde, nach Inhalt der Belehnung, von Rechts wegen gebühren mag, nichts benommen, und daß, nach dem Absterben des Kurfürsten Maximilian, ihnen ein solches, wo es also gütlich oder rechtlich erfunden würde, allerdings richtig und unverletzt sein und verbleiben solle."

Auf Grund dieser Verhandlungen gelang es dem alten Johann Schweikard von Mainz, den Kurfürsten Johann Georg zu einer Zusammenkunft zu bewegen. Man bestimmte dazu Schleusingen in der Grafschaft Henneberg. Dort erschienen, im Juni 1624, die zwei Kurfürsten von Mainz und Sachsen, der Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt, einige geringere Reichsfürsten, und Tilly. Die zwei Kurfürsten und der Landgraf Ludwig hielten besondere Zusammenkünfte. [2]

Die Ansicht dieses letzteren Fürsten in dieser Sache verdient besondere Beachtung. Als Reichsfürst hatte Ludwig dasselbe Interesse wie alle anderen Reichsfürsten, den Kaiser nicht zum absoluten Herrn zu machen. Als Lutheraner war er nicht geneigt, von den Rechten seines Territorial-Kirchenthumes etwas preiszugeben. Andererseits duldete er

[1] A. a. O. F. 58. Eben so das Folgende.

[2] Senkenberg XXV, 349. Bericht nach den Acten des Darmstädter Archives.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

keine Verunglimpfung der katholischen Kirche. Er war dem Kaiser und dem Reiche treu ergeben. Aber er war ein Mann von selbständiger Gesinnung. Er hatte dieselbe bewährt in der Gefangenschaft des Sommers 1622, als Friedrich und Mansfeld ihn mit umherschleppten. Er hatte sie dann bewährt in Regensburg vor dem Kaiser; denn er hatte sich dort dem Bedenken von Sachsen und Brandenburg gegen die Uebertragung der Kurwürde auf Max von Bayern angeschlossen. Die Ansicht eines solchen Mannes hat Gewicht.

Ludwig nun erklärte und bewies dem Kurfürsten Johann Georg: das kaiserlich-ligistische Heer dürfe die besetzten Oerter nicht verlassen, weil man wegen des Mansfeld und des Christian nie Sicherheit habe vor neuen Unternehmungen. Außerdem sei bei Hessen-Cassel noch der besondere Umstand vorhanden, daß Moritz es offenbar mit den Feinden des Reiches halte.

Hier könnte man vielleicht einwerfen, daß Ludwig so redete aus Abneigung gegen seinen Vetter Moritz von Cassel. Allein wenn durch den Abzug Tillys von Hessen in Wahrheit der allgemeine Friede zu erreichen stand: so war in einem solchen Frieden Moritz für Ludwig am wenigsten gefährlich. Hatten doch die Räthe des Moritz ihm mehr als einmal angedeutet, daß seine Ritter- und Landschaft mehr Neigung zu Ludwig habe, als zu ihm.

Und dann wies Ludwig ferner auf das Ausland hin. Sowohl England, als Schweden und Dänemark rüsteten, die Holländer stünden auf des Reiches Boden. Johann Georg erkannte das an. Es gelang den eindringlichen Vorstellungen Ludwigs, diesen Kurfürsten völlig zu überzeugen. Johann Georg erkannte die fortdauernde Einlagerung in Hessen-Cassel als unvermeidlich an, und nahm seinen Widerspruch gegen die Verleihung der Kurwürde an Max von Bayern zurück. Demnach war, bis auf den Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg, der seine eigenen Wege ging, die Einigkeit im kurfürstlichen Collegium hergestellt.

Aus dieser Thatsache erwuchs sofort der Wunsch des Kaisers, daß nun so bald wie möglich ein kurfürstlicher Collegialtag als Vorbedingung eines Reichstages gehalten werden möge. Er that die Absicht kund nach allen Seiten.[1]

[1] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bereits einige Monate zuvor, wo damals die Aussicht aufging, daß die Defensiv-Partei im Reiche den Kurfürsten Johann Georg völlig für sich gewinnen könne, zeichnete Rusdorf, dem Leser bekannt als einer der eifrigsten und begabtesten Anhänger der Sache Friedrichs V., seinem Freunde Camerar den Stand der Dinge mit den Worten: „Wenn es dem Kaiser und den anderen Häuptern im Reiche gelingt, den Kurfürsten von Sachsen ganz zu sich hinüber zu ziehen — wenn sie dann zu einem Reichstage zusammen kommen: so ist es um uns und unsere Sache völlig geschehen. Wenn jedoch in diesem Jahre ein Reichstag durch das Geklirr der Waffen, die ja als alleiniges Hülfsmittel uns übrig bleiben, verhindert wird, und die Gemüther durch eine neue Erhebung im Reiche wenigstens schwankend erhalten werden können: so gebe ich die Hoffnung noch nicht völlig verloren." [1]

Es ist schwer zu sagen, warum, bei der kund gegebenen Absicht des Kaisers, zunächst einen Kurfürstentag zu berufen, dennoch ein solcher in den nächsten Monaten nicht erfolgte. Verschiedene Äußerungen des Kurfürsten Johann Georg deuten an, daß er der in Wien hergebrachten Säumigkeit und Unentschlossenheit einen großen Theil der Schuld beimaß.[2]

Dagegen hatte die Aggressiv-Partei keinen Grund, ihre Sache verloren zu geben, weil zur selben Zeit, wo innerhalb des Reiches die Dinge sich friedlich gestalteten, von außen her die Zahl derer, welche in dem Unfrieden des Reiches ihr Interesse suchten, im Wachsen begriffen war. Zunächst geschah dies in Frankreich.

3. Ludwig XIII. und der Cardinal Richelieu.

Im Jahre 1618 hatte der junge König Ludwig XIII. die Rebellion der böhmischen Großen mit Unwillen vernommen. Er hatte dann lange geschwankt, ob er dem Kaiser Hülfe zu bringen habe, endlich eine Botschaft geschickt, mit der Absicht und dem Wunsche, durch dieselbe der Schiedsrichter der deutschen Angelegenheiten zu werden. Durch die Vermittelung des Vertrages von Ulm leistete die Botschaft der Defensiv-Partei im Reiche einen namhaften Dienst. Allein, indem der Sieg am Weißen-Berge über alle Erwartungen hinausging, trat mit demselben, mit dem Neide, den er erregte, mit der Furcht vor der steigenden Macht des Kaisers, ferner mit dem Verdrusse über die spanisch-österreichische Besetzung des Valtellin, die Wendung zur feindseligen Gesinnung ein, erst

[1] Rusdorfii epistolae 37. [2] Kriegsacten F. 62. Vom 9. April 1625.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

langsam, dann schneller. Die ersten offenkundigen Thatsachen derselben waren der Bund der Mächte Frankreich, Savoyen, Venedig, im Februar 1623, dazu die Ernennung des Mansfeld, der in der nordwestlichen Ecke des Reiches stand, zum General dieses Bundes mit dem Auftrage nach dem Valtellin zu ziehen, endlich die Sendung von einigen tausend Franzosen zu dem Heere des Mansfeld. Auf die Kunde dessen richtete der Kaiser an den jungen König die mahnende Frage, ob eine solche Unterstützung für den Landverderber Mansfeld der königlichen Würde entspreche, ob nicht vielmehr dies die Rebellen im eigenen Lande ermuthigen werde.[1] — Die Mahnung hemmte die neue Richtung Ludwigs XIII. nicht mehr.

Vielmehr war die Neigung, dem Hause Habsburg beider Linien entgegen zu treten, im Wachsen. Im Beginne des Jahres 1624 entließ Ludwig XIII. seine bisherigen Räthe Puisieux und Sillery, und übergab dem Cardinal Richelieu die Leitung der Geschäfte. In seinem Rückblicke auf seine politische Laufbahn sagt dieser Minister: „Ich versprach dem Könige, allen Fleiß und alle Autorität, die er mir verleihen würde, aufzubieten, um daheim die Hugenotten zu Grunde zu richten, den Hochmuth der Großen des Reiches niederzuschlagen, alle seine Unterthanen zu ihrer Pflicht zurückzuführen, und nach außen hin unter den fremden Nationen seinen Namen zu dem ihm gebührenden Range zu erheben."[2]

Das hauptsächliche Mittel für diesen Zweck nach außen hin gibt der Cardinal Richelieu in jenem Rückblicke, in der Form einer Lobrede auf seinen König, an mit den Worten: „Es war eine Bethätigung außerordentlicher Klugheit, daß E. M. zehn Jahre hindurch alle Kräfte der Feinde Ihres Staates durch diejenigen Ihrer Bundesgenossen in Schach hielten, nicht mit den Waffen, sondern mit dem Geldbeutel in der Hand."[3] — Das vermeintliche Lob für Ludwig XIII. fällt, in demjenigen Sinne, in welchem wir es zu würdigen haben, zurück auf Richelieu selber. Während er daheim trachtete, die Hugenotten niederzuschlagen, nahm er in vollem oder noch höherem Maße nach außen die Politik wieder auf, durch welche Franz I. und Heinrich II. dem Territorial-Kirchenthume der deutschen Reichsfürsten zu dem Erfolge verholfen hatten, der in dem von ihnen dictierten Augsburger Religionsfrieden vor Augen lag. Es war ferner in den Grundzügen dieselbe Politik,

[1] Hurter IX, 306. Vom 1. August 1623. [2] Richelieu, testament I, 8.
[3] A. a. O. 46.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

durch welche Heinrich IV. als der eigentliche Urheber der calvinischen Union von 1608 eine Hauptschuld des Jammers trug, den diese Union über das Reich gebracht. Die Kehrseite des Planes der Centralisation von Frankreich unter den königlichen Absolutismus war die Zerklüftung Deutschlands bis zur völligen Ohnmacht des Kaisers. — Wir haben zu sehen, wie Richelieu seine Thätigkeit begann.

Der französische Gesandte Vaubecourt machte den drei geistlichen Kurfürsten die im Rathe des Königs geschehene Änderung kund mit den Worten: „Diejenigen, denen der König bisher die deutschen Angelegenheiten anvertrauete, haben während des Krieges sie vernachlässigt und den Stand der Dinge dem Könige nicht richtig vorgestellt. Im anderen Falle würden während dieser Unruhen die Kurfürsten und Katholiken in Deutschland die volle Kenntnis des guten Willens des Königs durch die That erfahren haben. In seinem Leidwesen, diese günstige Gelegenheit der Bethätigung verloren zu haben, hat darum der König jene Staats-Secretäre entlassen. Die richtige Erwägung der ganzen Lage der Dinge wird genügen, die Kurfürsten zu bewegen, daß sie gern auf die gute Absicht des Königs eingehen. Denn diese bezweckt ihnen und dem Reiche den Frieden zu geben, damit es sich wieder einige zu seinem alten Glanze und zu seiner ursprünglichen Freiheit."[1]

Der Grundzug des Verhaltens des Cardinals Richelieu zu der Liga liegt in diesen Worten vor. Indem er trachtet, eine vermittelnde oder gar eine schiedsrichterliche Thätigkeit im Reiche zu erlangen, will er mit der Liga freundlich stehen, sie von dem Kaiser trennen.

Der Versuch blieb nicht ohne einigen Erfolg, namentlich bei demjenigen Fürsten, der früher auch Heinrich IV. nie völlig durchschaut hatte, dem Kurfürsten Maximilian von Bayern. „Meines Erachtens, schreibt Maximilian dem Kaiser, am 31. Mai, ist das Erbieten der Krone Frankreich nicht außer Acht zu lassen."[2] Er beantragt daher, eine Gegen-Legation nach Frankreich zu senden, um von dem Könige die Vorschläge zu vernehmen, welche er zur Ausführung seiner guten Intention zu machen gedenke. Noch stärker spricht er sich dann aus mit den folgenden Worten: „Es ist mir ferner beigefallen, daß, wie England und der Pfalzgraf die Principal-Partei, mit welcher der Friede gehandelt

[1] Kriegsacten F. 58. Ende April. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

werden muß, so diese wieder E. K. M. und die katholischen Reichsstände für ihre Gegenpartei halten, so daß sie darum, wie leicht zu erachten, eher geneigt sein möchten, einen anderen Potentaten, der bei ihnen in nicht geringem Respect, als Vermittler zu sehen und ihm gegenüber sich mehr in der Güte zu accommodieren. Andererseits würde der König, nachdem er sich einmal eingelassen, zur Erhaltung seines Ansehens gegen die Widerwärtigen, wenn sie exorbitieren und der Billigkeit nicht Raum geben wollen, Ursache haben einen Ernst zu brauchen. Dann würde er auch als ein eifriger katholischer König Ew. K. Majestät und den Katholiken desto näher treten. Im anderen Falle ist das Gegentheil zu befürchten." — „Ich würde Ew. K. M., schließt dann Maximilian, mit diesem Vorschlage gern verschonen, wenn ich wüßte, wie ich die Armada bis zum erfolgenden Frieden erhalten könnte. Aber es dringt mich die Noth, der Mangel an Quartieren."

Endlich weist Maximilian darauf hin, daß Mansfeld in England hoch geehrt, auf des Königs Schiffen nach Boulogne übergeführt und daß in England eine Diversion beschlossen worden sei. „Obwohl Frankreich zuvor, auf mein vielfältiges Bitten und bewegliches Zureden, dem Mansfeld die Hülfe entzogen, ihn letzlich fast meistentheils zur völligen Auflösung seiner Armee getrieben, der König ihn auch nicht vorgelassen: so ist doch zu fürchten, daß, im Falle der Nicht-Annahme der angetragenen Vermittelung, der König in seinem Verdrusse darüber connivieren werde."

Der Hinweis auf die Auflösung der Mansfeldischen Armee in Ostfriesland läßt keine andere Deutung zu, als daß von französischer Seite die Thatsache, daß man nicht bloß dem Mansfeld selber in den letzten Monaten des Jahres 1623 kein Geld geschickt, sondern auch die ihm zur Hülfe geschickten Franzosen dem Hunger und dem Elende preis gegeben hatte, dem Kurfürsten Maximilian als eine Concession an ihn dargestellt war.

Auf die Darlegung und den Vorschlag Maximilians antwortete der Kaiser, am 8. Juni, daß vor allen Dingen zuerst erforderlich sei, den Ausgang der Beredung der Kurfürsten Johann Schweikard und Johann Georg in Schleusingen abzuwarten.[1] — Nachdem diese Beredung einen günstigen Verlauf genommen, fiel damit, wo man hoffen durfte, durch eigene Kraft zum Frieden zu kommen, bei dem Kaiser jeder

[1] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gedanke an die Annahme einer französischen Vermittelung zu Boden. Eine Gegen-Legation nach Frankreich, wie Maximilian sie vorgeschlagen, erfolgte nicht.

Die Darlegung des Kurfürsten Max hat uns gezeigt, wie er und die anderen Häupter der Liga die ersten Schritte des Cardinals Richelieu aufnahmen. Sie hatten sicherlich keine Ahnung davon, mit welchen Aufträgen in derselben Zeit der Gesandte Des Hayes an die Könige Gustav Adolf und Christian IV. abgeschickt wurde. „Wie ich sehe, meldet darüber der schwedische Kanzler Oxenstierna, ist er zu dem Zwecke hergekommen, um, wenn er kann, meinen König und den von Dänemark dahin zu einigen, daß sie mit gemeinsamer Hand die allgemeine Sache und die Pfalz herstellen."[1]

Indem der Kurfürst Maximilian und die anderen Häupter der Liga nicht wußten, daß der Cardinal Richelieu nach verschiedenen Seiten hin das Entgegengesetzte verkünden ließ, konnte es ihnen nicht klar werden, daß von diesem Manne her für das Reich alles Andere eher zu erwarten stand als eine Mitwirkung zum Frieden. Es gelang dem Cardinal Richelieu wie im Beginne, so auch später mehr als einmal, sie zu täuschen, und diese Täuschung ist ein nennenswerther Factor der Geschichte jener Zeit.

Es darf dabei nicht unerwähnt bleiben, daß dem Cardinal Richelieu für sein politisches Trachten gegen beide Linien des Hauses Habsburg zu statten kam die Abneigung der Deutschen gegen Spanien, und folgerechter Weise gegen alles, was mit Spanien in Beziehung stand. Diese Abneigung war namentlich am Rheine sehr lebhaft. Bei aller guten Mannszucht, die im Jahre 1620 Spinola in der Pfalz hielt, hatten doch bereits im Jahre 1621 die Übergriffe seines Kriegscommissärs van Efferen wiederholte scharfe Rügen des Kaisers hervorgerufen.[2] Ähnlich verfuhr dort später die spanische Verwaltung. Der Kurfürst Johann Schweikard, zeichnete, im August 1624, der Infantin in Brüssel den vexatorischen Charakter derselben mit nachdrücklichen Worten.[3] „Man sucht, sagt er, die alten Streitsachen, welche die Pfalzgrafen aus Religionshaß angezettelt, wieder hervor. Die benachbarten, auch wohl katholischen Reichsstände, sagen ohne Scheu öffentlich: sie seien von dem geächteten Pfalzgrafen besser behandelt als von der spanischen Regierung, wünschten daher

[1] Moser V, 71, 94. [2] Kriegsacten F. 41. [3] A. a. O. F. 59.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

alle Tage dessen Wiederkehr. Dies namentlich, weil die spanische Verwaltung in der Pfalz sich um die Befehle des Kaisers nicht kümmere, die Klagenden nach Brüssel oder wohl gar nach Spanien verweise, was im Reiche völlig unerhört."

„Dazu noch kommt, fährt Johann Schweikard fort, der vielfach aufsteigende Verdacht, nicht bloß in Deutschland, sondern auch in Frankreich, daß der König von Spanien die Unterpfalz bleibend behalten wolle. Dieser Verdacht erregt bei den Reichsständen eine solche Verbitterung, daß, wenn fremde Mächte unter dem scheinbaren Vorwande, die Freiheit des Reiches herzustellen, sich einmischten, eine gänzliche Dissolution des Reiches zu befürchten steht. Wenn aber auch das nicht geschieht, so nimmt doch das Mistrauen gegen das Haus Oesterreich dermaßen zu, daß bei einer künftigen Kaiserwahl dasselbe sich wenig oder gar nichts mehr zu getrösten haben wird." — Johann Schweikard bittet die Infantin, dies zu beherzigen, sowohl um des Reiches als des Hauses willen. Er setze kein Mistrauen in Philipp IV., bitte aber die Infantin, von ihm eine schriftliche Erklärung auszuwirken, daß er durch das Innehaben des pfälzischen Landes für sich nichts beanspruche, sondern jederzeit willig und erbötig sei, in der pfälzischen Sache sich dem Spruche des Kaisers und des kurfürstlichen Collegs zu fügen. Auf jeden Fall müsse die spanische Verwaltung in der Pfalz sich auf die Kriegessachen beschränken, und zwar mit strenger Disciplin, alle andere Angelegenheiten von sich ab und an den Kaiser verweisen. „Dies ist nothwendig, schließt der Kurfürst, weil die Gemüther im Reiche so alieniert, daß sie glauben, nur um der Krone Spanien willen den Krieg so beharrlich auf dem Halse zu haben."

Auf die Mittheilung des Schreibens zollte der Kaiser seine volle Zustimmung, mit den Worten: „Die Schrift für die Infantin ist nicht bloß nicht ein Vorgriff, sondern vielmehr ein hochangelegenes, nützliches Werk."[1] — In der That schrieb der Kaiser zugleich in derselben Weise an die Infantin, und bat sie, von dem Könige Philipp IV. eine solche Erklärung zu erwirken, die dem demnächstigen Kurfürstentage vorgelegt werden könne.[2] — Aber dieser Kurfürstentag kam nicht zu Stande.

Zunächst und schärfer noch als gegen die deutsche Linie des Hauses Habsburg wandte Richelieu seine verdeckt feindselige Politik gegen die

[1] A. a. O. Vom 9. September. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

spanische Linie. „Es ist nicht erforderlich, sagt er, daß wir mit Spanien brechen und zum erklärten Kriege kommen. In diesem Falle würden viele Übelstände erwachsen, die zum Verderben der ganzen Christenheit gereichen könnten. Auch ohne die Verträge, die wir mit Spanien haben, zu brechen, können wir dennoch mit Geschick alles gegen diese Macht thun, wenn wir nur des Vorwandes uns bedienen, unseren Freunden in Italien, im Valtellin, in Flandern zu helfen."[1]

Zu diesem Zwecke eignet auch Richelieu sich das Schlagwort an, welches damals seit fast hundert Jahren jeder Aggressiv-Partei gegen Spanien hatte dienen müssen. „Man kann nicht zweifeln, sagt er, daß die Spanier nach der Welt-Monarchie streben, und daß bisher die zwei wichtigsten, wenn nicht einzigen Hindernisse sind die Trennung ihrer Länder und der Mangel an Menschen. Durch den Besitz des Valtellin würden sie beiden Hindernissen abhelfen."[2] — Für Richelieu folgt daraus, daß Frankreich zu Gunsten der Graubündtner das Valtellin besetzen muß. „Denn dadurch hindern wir, daß Italien von allen den Kriegsvölkern überschwemmt wird, welche die Spanier aus Flandern und aus Deutschland heranziehen können — ferner, daß sie die Thore Italiens gegen jede Hülfe verschließen — endlich daß sie den Papst hinabdrücken zu ihrem Caplan, und die anderen Häupter in Italien unter das Joch ihrer Knechtschaft beugen."[3] — Ein anderes Mal drückt Richelieu den entsprechenden Gedanken mit den Worten aus: „Die Einigung der Länder des Hauses Oesterreich würde das Gegengewicht der Macht Frankreich, welches der Christenheit die Freiheit gewährt, völlig aufheben."[4] Die Thatsachen der folgenden Zeiten zeigen uns die Freiheit, welche das Frankreich des Cardinals Richelieu der Christenheit gewährte.

Das Einschreiten des Cardinals Richelieu im Valtellin verzog sich bis zum Ende des Jahres. Näher lag ein anderer Anlaß.

Im Frühlinge des Jahres 1624 erging das Gerücht von starken Kriegsrüstungen des Ambrosius Spinola in Brüssel. Noch wußte man nicht den Zweck; aber vom Haag wie von Paris aus strebten der Wunsch nach Hülfe und die Bereitwilligkeit dazu einander entgegen. Vier Gesandte der Generalstaaten erschienen vor Ludwig XIII., um mit dem Hinweise auf die Furchtbarkeit der spanischen Macht ihm vorzustellen, wie nützlich

[1] Richelieu, mémoires II, 407. [2] A. a. O. 389. [3] A. a. O. 391.
[4] A. a. O. 401.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und zweckmäßig, um diese Macht zu brechen, die Unterstützung der Vereinigten-Provinzen für ihn sein würde.[1]

Im Rathe des Königs ward entgegen gehalten, daß man Rücksicht zu nehmen habe auf Rom, welches ein Bündnis mit den Generalstaaten nicht gutheißen würde. Der Cardinal Richelieu bekämpfte muthig, wie er selber sich ausdrückt,[2] diesen Einwand. Er sei sicher, sagte er, daß man in Rom mehr als an allen Orten der Welt, an die Dinge eben so wohl den Maßstab der Macht lege, als den der Kirche; denn der Papst selber wisse, daß die Fürsten oft durch politische Gründe genöthigt seien, Dinge zu thun, die ihren Gefühlen völlig zuwider laufen. Eine solche Rücksicht auf Rom könne als Schwäche ausgelegt werden: den Fürsten dagegen gezieme es, hochsinnige Entschlüsse zu fassen.

Dann hob er die Vortheile einer solchen Unterstützung hervor. „Der Krieg der Holländer gegen Spanien, sagt er, schwächt unseren Feind, ohne daß wir uns in eine Gefahr begeben, und ist, bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, uns nothwendiger als je." Er entwickelt dann, daß die Republik, bei dem Zustande der Schwäche, in welchem sie sich befinde, auf Gedanken des Friedens oder des Stillstandes mit Spanien kommen könne. Diese Schwäche habe ihren Grund in der Theilung der Holländer in Arminianer und Prädestinatianer. Auch sei der Haß dort gegen Spanien nicht mehr so stark wie früher. Indem der König von England lebhaft wünsche, für seine Enkel die Pfalz wieder zu erlangen und durch Krieg dies nicht vermöge, könne es geschehen, daß er, um auf friedlichem Wege dies zu erreichen, seine Vermittelung zum Frieden zwischen Spanien und der Republik anbiete und auf beiden Seiten Willfährigkeit finde. „Wenn aber jemals die Holländer dahin gebracht werden, schließt Richelieu, so haben wir viel von ihnen zu fürchten, und noch mehr, wenn die sämmtlichen Provinzen unter einem Erzherzog wieder vereinigt würden. Deshalb müssen wir einen neuen Vertrag mit ihnen schließen, der uns gegenseitig zu einer aufrichtigen Freundschaft verpflichtet."[3]

Am 10. Juni erfolgte in Compiegne ein Vertrag, der in seinem Eingange verkündete, daß Ludwig XIII., in der Erinnerung an das Wohlwollen seines Vaters Heinrich IV. für die Republik, die Ruhe derselben zu sichern wünsche, zumal da dieselbe so wichtig sei für die

[1] Aitzema I, 708.

[2] Mémoires II, 313: Le cardinal soutint courageusement.

[3] A. a. O. 319.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Erhaltung des allgemeinen Friedens der Christenheit, den er ersehne und erstrebe, wie es dem von Gott gesetzten allerchristlichsten Könige gebühre. Nach solchen Eingangsworten verspricht der König den Generalstaaten für das laufende Jahr 1624 den Betrag von 1,200,000 Livres zu zahlen, für die zwei nächst folgenden je eine Million. Indem der König keinen anderen Zweck hat als die Einigkeit und die Ruhe der Christenheit, verpflichten sich die Generalstaaten, ohne Vorwissen und Zustimmung des Königs weder Frieden noch Stillstand zu schließen. — Die Worte ergeben, daß der Cardinal Richelieu in der Geschicklichkeit, über den Widerspruch des Redens und des Thuns hinweg zu gelangen, allen seinen Zeitgenossen völlig gewachsen war. In der Wirklichkeit legten er und sein König die Erträgnisse der Steuerkraft des katholischen Volkes von Frankreich in die Wagschale der Prädestinatianer der Republik, um durch dieselben den Krieg zu schüren, der aus der Rebellion seinen Ursprung genommen.

Dafür indessen gedachte Richelieu von den Holländern auch directen Nutzen für seine Politik daheim zu ziehen. Frankreich war arm an Kriegsschiffen, und doch bedurfte Richelieu derselben gegen die zur See mächtigen Hugenotten. Es ward dem Vertrage ein Artikel einverleibt, der kurz besagte, daß, im Falle der König Kriegsschiffe nöthig habe, die Republik sie ihm zu mäßigem Preise leihen oder verkaufen würde.[1] Der unscheinbare Artikel erhielt erst um ein Jahr später seine weit reichende praktische Bedeutung.

Eine andere wichtige Angelegenheit, die sich dem Cardinal Richelieu gleich bei dem Beginne seines Ministerii darbot, war, nach dem Abbruche der englisch-spanischen Heirathssache, die englische Werbung für den Prinzen von Wales um die Hand der Schwester Ludwigs XIII., der Prinzessin Henriette Marie. „Jedermann erkennt, sagt Richelieu, wie nützlich es für die gesammte Christenheit ist, daß der spanische Hochmuth durch alle Mittel gebrochen werde. Unter diesen Mitteln würde die englisch-französische Heirath nicht eins der geringsten sein."[2]

In ähnlicher Weise äußert sich ein Mitglied der europäischen Aggressiv-Partei von England her: „Der Plan dieser Heirath ist die Grundlage aller unserer Entwürfe."[3] — Dennoch zogen die Unterhandlungen sich lange hin, weil im Beginne der Cardinal für die Prinzessin

[1] Aitzema I, 718, 724. [2] Mémoires II, 312.
[3] Rusdorfii epistolae 46. Vom 19./29. August.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und zu Gunsten der Katholiken in England dieselben öffentlichen Zusicherungen verlangte, die zuvor der König Jacob und sein Sohn in der spanischen Heirathssache gegeben. Für diese Zusicherungen jedoch, nachdem sie am Parlamente einmal gescheitert waren, bot sich zum zweiten Male keine Hoffnung. Richelieu und Ludwig XIII. begnügten sich daher endlich mit einem schriftlichen Versprechen der englischen Botschafter Carlisle und Holland, daß der König Jacob und der Prinz sein Sohn eine Acte unterzeichneten, kraft deren Jacob auf Königswort und Glauben seinen katholischen Unterthanen mehr Freiheit verstatten wolle, als jemals in dem früheren englisch-spanischen Heirathsvertrage ausbedungen worden sei.[1] — Auf Grund dieses Versprechens konnte die erforderliche Dispensation in Rom nachgesucht werden. Dann jedoch beutete Richelieu den errungenen Vortheil weiter aus. Er verlangte den Nachlaß aller derjenigen Strafen, die über die Katholiken als solche seit der letzten Versammlung des Parlamentes verhängt waren. Jacob I. und der Prinz mußten nachgeben.[2]

Der Cardinal Richelieu fügte seiner Erörterung dieser Heirath mehrere ähnliche Fälle aus der Kirchengeschichte hinzu. Er hob hervor, daß einst eine Tochter von Frankreich unter denselben Bedingungen, wie er zur Zeit sie verlange, den noch heidnischen König Ethelbert von England geheirathet, mit solchem Erfolge, daß die Kirche später den König Ethelbert in den Kanon den Heiligen aufgenommen habe.[3] — Die Consequenzen der Heirath von Henriette Marie mit Carl I. von England waren dann freilich etwas anderer Art.

Der Fortgang der Heirathssache wirkte günstig auf die Bemühungen des Mansfeld, mit englischem und französischem Gelde für die Errichtung eines Heeres ausgestattet zu werden. Wie zuvor in London, so war er im Sommer 1624 in Paris ein Mann von Ansehen und Gewicht. Er ließ durch den Agenten der flüchtigen Böhmen dem Könige Jacob die Bitte vorlegen, an die deutschen Reichsfürsten einen Gesandten zu schicken, der ihnen melde, daß alles, was Mansfeld thue, nur bezwecke, die Pfalz wieder zu gewinnen und die allgemeine Freiheit herzustellen. Auch der König von Frankreich werde zu gleichem Zwecke einen Gesandten ausschicken. Der König Jacob möge ferner die Könige von Schweden und Dänemark, so wie den Kurfürsten von Brandenburg zur Hülfe auffordern

[1] Hardwicke I, 546. [2] Lingard VI, 154. [3] Mémoires II, 302, 310.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Er möge Bethlen Gabor ermuthigen, von Ungarn her die Macht des Kaisers in Schach zu halten, ferner ihm sagen lassen, daß Mansfeld kommen werde mit 20,000 Mann Infanterie und 6000 Reitern.[1]

Einstweilen waren die Wünsche des Mansfeld noch nicht Thatsachen. Aber die Worte lassen erkennen, wie stark auch in Paris bei den maßgebenden Personen die Strömung für ihn rann.

Man durfte nicht sagen: in Frankreich. Denn wie man für den Fenstersturz von Prag im Mai 1618 nicht die Böhmen insgesammt, sondern den Grafen Thurn und seine wenigen Mitwisser verantwortlich machen darf — wie für den Verrath und die Rebellion vieler Ungarn hauptsächlich Bethlen Gabor —: so ist es auch in Frankreich damals zuerst und hauptsächlich der Cardinal Richelieu, dessen persönlicher Wille die Millionen der Anderen unter sich beugt oder bricht, nicht jedoch ohne Widerspruch der Schwächeren. Auf die Kundgebungen dieser Schwächeren haben wir Spätere zu lauschen, damit wir, nicht geblendet durch den Glanz des Erfolges, Gerechtigkeit üben können gegen Alle.

Im September 1624 erschien in Paris eine Schrift, welche in einer Reihe von Briefen die Politik des Cardinals Richelieu kritisiert. Einer derselben führt zwanzig Gründe gegen die Betheiligung Frankreichs am Kriege auf.[2] Drängen wir sie kurz zusammen. „Wir haben, heißt es dort, keine gerechte Ursache zum Kriege. Sollen wir dem Pfalzgrafen Friedrich helfen? — Er hat sich eine Krone angemaßt, die nicht sein war. Er hat den Türken um Hülfe angerufen. Er hat dem Savoyer die Kaiserkrone versprochen. Er hat seine Mitfürsten mit Krieg überzogen. Der dänische König hat ihn abgewiesen. Sein Schwiegervater hat seine Sache oft misbilligt, hat ihn gebeten, daß er sich dem Kaiser gebührend unterwerfe. Die Urheber des Unheiles selbst haben nachher sich von ihm losgesagt. Nie hat ein wahrer Christ das böhmische Wesen gebilligt. Unser König hat die Sache des Kaisers Ferdinand als die gerechte anerkannt, hat in diesem Sinne auf die Union gewirkt. Alle Archive enthalten davon Zeugnis. Soll er jetzt mit Hand anlegen für den Pfalzgrafen? Wenn er das thut, so wird Gott auch ihm einen Pfalzgrafen erwecken. Soll er ferner mithelfen den Völkern calvinische

[1] Kriegsacten F. 59. Aufgefangenes Schreiben vom 29. August.

[2] Mysteria Politica. Der hier angezogene Brief ist Nr. VII, von S. 16 bis 35. Datiert vom 8. September. — Deutsch bei Londorp III, 734.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Herrscher aufzuzwingen? Dagegen empört sich das Gefühl der Katholiken." Und weiter fragt dieser Franzose: „Sollen wir uns mit den Holländern verbünden, welche den französischen Soldaten unter ihrem Heere katholische Priester und Sacramente verweigern? Eine solche Unterstützung wäre wider die Religion. Sie wäre ferner ein Eingriff in die gesetzliche Ordnung des Rechtes im Reiche. Der Calvinismus ist in Deutschland nur geduldet. Er hat das Recht des Religionsfriedens von Augsburg nie erlangt. Soll er dieß Recht jetzt erlangen durch Waffen von Katholiken?"

„Und was spricht denn im Grunde für den Krieg?" — fragt dieser französische Patriot. Allen unseren Beweisgründen gegen denselben halten die Holländer, die Venetianer, die Gönner Mansfelds, und unsere eigene kriegesdurstige Jugend entgegen: Frankreich wird wachsen, die Kaiserkrone wird auf Frankreich zurückkehren, das Reich wird kraftlos uns zu Füßen liegen. Aber jeder von diesen Freunden Frankreichs hat seinen eigenen Zweck, seine eigene Begier: das Wohl Frankreichs ist in ihrem Munde nur zur Verdeckung dessen, was jeder für sich begehrt." — Er weist dann die Zwecke der einzelnen Kriegeslustigen nach. Wir dürfen dieselben je nach der Stellung des Einzelnen derselben, der Generalstaaten, der Republik Venedig, Mansfelds u. s. w. so als bekannt voraussetzen, wie der Franzose sie schildert.

Besonders merkwürdig in dieser französischen Schrift ist der vorausschauende Blick auf England. „Der König Jacob nimmt ab. Nach ihm wird das Andringen auf seinen Sohn stärker werden. Die Großen des Landes hassen und, weil sie ihn nicht fürchten, verachten ihn. Wenn er ihnen nicht in Allem zu Willen, so werden sie ihn verlassen, wie die Israeliten den Roboam. Dann beginnt die Herrschaft der Puritaner."

Diese Kundgebung in Frankreich gegen die Politik des Cardinals Richelieu blieb nicht vereinzelt. Wir werden im nächsten Jahre noch andere vernehmen.

Der Kriegesruf also, den mit dem Abbruche der spanischen Heirathssache das englische Parlament erhob, hatte in dem Cardinal Richelieu und seinem Könige ein entgegenkommendes Echo gefunden. Es war jedoch dabei der Unterschied, daß jener Kriegesruf eher der Ausdruck einer leidenschaftlichen Stimmung war, die ihre Grenze und ihren Damm fand an der Abneigung des Königs Jacob, feindselig gegen Spanien aufzutreten, so wie an seinem festen Entschlusse, nur den Wiedergewinn

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Pfalz ins Auge zu fassen. Bei dem französischen Minister Richelieu dagegen war die Feindseligkeit gegen das Haus Habsburg beider Linien ein Grundzug seiner Politik, zu dem Zwecke, auf Kosten jener beiden das Königthum von Frankreich zu erhöhen. Damals selbst ward dieser Grundzug noch nicht zum vollen erkannt. Der neue französische Gesandte im Haag, Espesses, that in seiner ersten Audienz in der Versammlung der Generalstaaten kund: der König, sein Herr, sinne auf nichts so sehr als auf Krieg mit Spanien, zur Herstellung der Freiheit von Deutschland und zum Schutze dieser Provinzen. Er, der Gesandte, habe den Auftrag, dieses offen und frei den Generalstaaten zur Ermuthigung anzukündigen. — Den Ohren der Versammelten erklangen die Worte wie eine französische Prahlerei.[1] Der Kriegesjammer der folgenden Jahrzehnte bewies die Wahrheit.

Nur war es, wie der Cardinal Richelieu in seinem Rückblicke auf seine Laufbahn sagt, die besondere Klugheit seiner Politik, den Krieg zu führen nicht mit den Waffen, sondern mit dem Geldbeutel in der Hand. Eine unmittelbare Bethätigung war also von daher nicht zu erwarten.

Es fragt sich zunächst, wie die anderen Mächte sich verhalten würden, von denen der König Jacob eine directe oder indirecte Bethätigung hoffte: Bethlen Gabor, Christian IV., Gustav Adolf.

4. Bethlen Gabor im Jahre 1624.

Bethlen Gabor hatte im Mai einen abermaligen Frieden mit dem Kaiser geschlossen. Gleichzeitig war jene Weisung des Königs Jacob an seinen Gesandten Roe, den Bethlen gegen den Kaiser aufzufordern, unterwegs. Bevor dieselbe eintraf, schildert Roe der Pfalzgräfin Elisabeth die Stellung des Bethlen nach den Aussagen der Gesandten desselben in Constantinopel in folgender Weise.[2] Nach dem Unglückstage von Prag, sagen sie, habe ihr Herr allein die Last des Krieges getragen, allein dem Feinde gegenüber gestanden, vertrauend auf die mancherlei Versprechungen und Zusagen von Holland und von anderen Orten her, und auf die Erhebung Christians von Braunschweig. Im letzten Jahre habe er genügendes Zeugnis seiner Bereitwilligkeit für die gemeine Sache abgelegt, aber keine Hülfe empfangen, nicht einmal einen Gesandten oder einen Brief von irgend einem der Verbündeten. Darum sei er, um

[1] Roe 275. Bericht Carletons vom 23. August / 2. September.

[2] Roe 239. Vom 15./25. Mai.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Zeit zu gewinnen, gezwungen, einen Stillstand zu machen. Aber er habe nunmehr Gesandte ausgeschickt. Sobald er einen Entschluß zur thatsächlichen Hülfe für ihn erkenne: so werde er sich vor der Welt rechtfertigen und niemals einen Frieden ohne die Bundesgenossen schließen. Lasse man jedoch ihn allein, so müsse er der Nothwendigkeit weichen.

Die Übertreibungen in dieser Darstellung der Gesandten Bethlens liegen zu Tage. Namentlich in Betreff Hollands ging sie über alles Maß hinaus. Immerhin mochte der Gesandte Cornelius Haga von Constantinopel aus bei Bethlen geschürt haben, doch nur mit seinen Worten. Allerdings entsendete dann Bethlen, unter dem Titel als König von Ungarn, von Neuhäusel aus, am 8. Januar 1624, einen Gesandten nach dem Haag. Die Rede desselben in seiner Audienz bei den Generalstaaten entsprach derjenigen an den englischen Gesandten Roe in Constantinopel. Er verlangte Hülfe. Die Generalstaaten dagegen urtheilten, daß Ungarn fern entlegen sei, daß man bisher von Bethlen Gabor mehr Gerüchte vernommen als Wirkungen verspürt. Man erzählte, der Prinz Moritz habe sich mehrmals geäußert: er zweifele, ob ein Bethlen Gabor existiere.[1]

Anders jedoch wirkten jene Reden auf den Engländer Roe in Constantinopel. Er zog daraus die Folgerung, daß Bethlen seine Hoffnung auf Hülfe aus der Christenheit baue, und daß er von dort her wieder zu gewinnen sein werde. In der That konnten die Türken, auch wenn sie gewollt hätten, dem Bethlen Gabor damals keine Hülfe leisten; denn der Krieg mit Persien stand wieder in vollen Flammen. In denselben Tagen, wo Roe der Elisabeth jene Meldung machte, am 31. Mai, berichtet er, daß der Großwesir mit der gesammten Armee nach Asien aufbreche.[2]

Zugleich deutet Roe der Elisabeth an, wie man nach seiner Ansicht den Bethlen Gabor ganz gewinnen könne.[3] „Ich erkenne ihm, sagt er, manche vortreffliche Eigenschaften zu, nehme mir aber auch die Freiheit, mein Urtheil dahin zu fällen, daß seine Bewegungen und Neigungen grundsätzlich zielen auf sein eigenes Emporsteigen oder seine Sicherheit. Er steht zwischen zwei großen feindlichen Mächten, und muß, wenn er keine andere Stütze hat, an eine von beiden sich lehnen. An die eine es zu thun, ist ärgerlich, und, nach meiner Ansicht, der ich die nicht

[1] Aitzema I, 900. [2] Roe 245. [3] A. a. O. 238.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ehrenhaften Bedingungen dieser Abhängigkeit kenne, ist er dessen müde. An die andere Macht sich zu lehnen, ist nicht sicher für ihn und gefährlich für Deutschland. Darum sollte man nach beiden Seiten hin zuvorkommen. Da es klar vorliegt, daß er mit allen seinen Schritten nur eine dritte Macht gesucht hat, auf die er sich stützen könne: so wäre es gerathen, ihn heran zu ziehen und aufzunehmen unter die Angehörigen seiner eigenen Religion, auf die er sich verlassen könnte. Hat er nicht neulich eine Frau im Hause Österreich gesucht? Durch diese Verbindung würde er sich für sicher gehalten haben. Auf die ausweichende Antwort suchte er sich das Königreich Ungarn unter dem schützenden Flügel des Sultans zu sichern. Anstatt einer Krone fand er ein Joch. Es bleibt ein dritter Weg, den er noch nicht gewandelt, weil er ihm nicht eröffnet war. Es ist nicht meine Aufgabe ihn näher anzuweisen: der König von Böhmen möge die Sache in nähere Erwägung ziehen. Es genügt mir den Funken aus dem Steine geschlagen zu haben: ein Anderer möge das Licht anzünden." — Wir sehen hier die erste Andeutung des Gedankens, den Roe fortan immer wiederholt, daß Bethlen Gabor durch das Angebot einer Heirath mit einer deutschen Prinzessin für die Partei Friedrichs bleibend gewonnen werden müsse.

Die Ermächtigung Jacobs für Roe, den Bethlen Gabor zum Kriege gegen den Kaiser anzureizen, kam, weil nach bereits abgeschlossenem Frieden, zu spät. Bethlen Gabor konnte den Krieg nicht ohne türkische Hülfe führen, und die Türken, weil zugleich in Asien gegen die Perser und in der Tartarei verwickelt, konnten diese Hülfe nicht leisten. Dennoch waren sie ungehalten über die Unterhandlungen des Bethlen mit dem Kaiser. „Sie hätten die Fortdauer des Krieges gewünscht, meldet der Venetianer in Constantinopel, damit, während sie in Asien verwickelt sind, die Bewegungen des Bethlen Gabor den Kaiser in Schach halten."[1]

Nachdem der Friede wirklich abgeschlossen, mahnte eines Tages der Kaimakam die Gesandten des Bethlen Gabor in Constantinopel an den seit Jahren fälligen Tribut. Jene erwiederten: Bethlen sei bereit zu zahlen; aber die Folge werde sein, daß er völlig entwaffnen müsse. „Nein, entgegnete der Kaimakam, der Sultan ist willig, ihm denselben zu erlassen, unter der Bedingung, daß er in Waffen bleibe und dem Kaiser Besorgnis einflöße."[2]

[1] Óváry 532. [2] A. a. O. 538.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Besonders fürchteten die Türken den Plan Bethlens auf eine Heirath mit einer Tochter des Kaisers. Eines Tages behauptete der Großwesir vor dem englischen Gesandten Roe: Bethlen Gabor besitze ein dahin gehendes Versprechen des Kaisers. Er fragte, was der Gesandte dazu meine. Roe antwortete: „Nach meiner Ansicht wird das Haus Oesterreich nicht zu einer solchen Heirath hinab steigen, da ja Bethlen von Geburt nur ein einfacher Edelmann. Dagegen ist es mir sehr wahrscheinlich, daß der Kaiser ihn mit solchen Hoffnungen hinhält; denn es hat ihnen dort für einen Vortheil bei Verträgen niemals an einer Tochter oder einer Schwester gemangelt. Wenn aber doch dem Bethlen eine solche Ehre zu Theil werden sollte: so mögen Sie nur alle Gedanken an ihn als einen Unterthan aufgeben; denn dann wird er ganz kaiserlich. Darum ist es Ihre Sache, zuvorzukommen." [1]

In ähnlicher Weise berichtet Roe der Pfalzgräfin Elisabeth, am 25. Juli / 4. August: „Es wird hier dafür gehalten und nicht gern gesehen, daß dem Bethlen eine Tochter des Kaisers versprochen sei. Dies würde ihn ganz kaiserlich machen. Der kaiserliche Resident hier verneint es nicht mehr mit der früheren Geringschätzung, sondern stellt sich, als glaube er es nicht, und doch wieder mit der Andeutung, daß wir es zu fürchten haben. Nach meiner Ansicht wird Bethlen angeführt, und, obwohl es schon reichlich spät, so halte ich doch nicht für unmöglich, ihn dessen inne werden zu lassen. Es gibt nur noch Einen Rath, ihn wieder zu gewinnen, nämlich ihm klar zu machen, daß man von Wien aus ihn hinhält nur mit dem Namen einer Frau, als welche, wenn die Gegner ihren Zweck erreicht, sie ihm irgend ein Hoffräulein anbieten werden; denn so gering schätzen sie ihn. Und wenn Se. Majestät (Friedrich V.) im Kriege beharren will, so ist es von größter Bedeutung, Bethlen wieder in Zorn und Indignation zu bringen. Ich bitte Ew. Majestät, diese Worte zu bewahren als für Ihren Dienst geschrieben." [2]

Der eigentliche Gedanke des Roe tritt hier schon erkennbar vor: das pfälzische Ehepaar soll dem Bethlen Gabor eine deutsche Prinzessin verschaffen. Wenige Tage später schreibt Roe ganz offen an den Gesandten Carleton im Haag, der, wie er wußte, alle seine Berichte der Elisabeth vorlegte: „Es muß ihm eine ehrenvolle Heirath geboten werden; denn dahin geht sein höchster Wunsch." [3]

[1] Roe 266. [2] A. a. O. 267. [3] A. a. O. 272.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Das Verhalten des Bethlen zu dem Kaiser war damals, wie es schien, ein durchaus freundliches. Im September 1624 schickte er von Fogaras aus Gesandte nach Wien. In seiner Empfehlung derselben an den Primas Pazmany sagt er: „Es liegt uns nichts so sehr am Herzen, als daß wir Zeugnis ablegen von unserer aufrichtigsten Gesinnung für Se. K. Majestät und für die allgemeine Ruhe des gesammten christlichen Volkes." [1]

Die Berichte aus Wien über das Verhalten des Bethlen Gabor im Jahre 1624 sind schwankend. Der Venetianer Padavin meldet einmal über das andere, daß Bethlen das Wohlwollen des Kaisers suche. Er wolle heirathen nach dem Willen des Kaisers. Er wolle sich der katholischen Sache ganz ergeben. Allein einer jeden solchen Meldung folgt bald die andere: „Man traut ihm hier nicht." [2]

Im September faßt abermals der Engländer Roe in Constantinopel den Stand der Dinge dort in einem Berichte an den Prinzen von Wales zusammen. [3] „Ich bin immer der Meinung gewesen, sagt er, daß wir mit einer kleinen Beihülfe den Bethlen hätten in Thätigkeit für uns erhalten können; aber dies ist nunmehr zu spät, und wir haben die Dinge zu nehmen, wie sie sind. Ich sehe es dennoch nicht für unmöglich an, ihn, wenn das richtige Verfahren eingeschlagen wird, wieder hoch zu bringen, und halte, um den Wiedergewinn der Pfalz zu erleichtern, keine andere Diversion für so zweckmäßig wie diese. Dies beweist die Art und Weise, wie er den Krieg führen kann, so wie die Beschaffenheit seines Kriegsvolkes. Da seine Streitkräfte aus Grenzsoldaten bestehen, aus Reiterei, die immer in Bewegung ist: so ist er fähig, plötzlich auf und da zu sein. Seine Märsche sind schnell, ohne vieles Gepäck. Der Sold, den er gibt, ist die Freiheit des Beutens. Er kann in keine große Gefahr eines Verlustes gerathen, weil er sein Fürstenthum Siebenbürgen von der Pforte zu Lehen trägt, so daß er in irgend welchem Nothfalle sich auf sein Eigenes zurückziehen kann, wohin ihm der Kaiser, wenn er nicht mit den Türken brechen will, nicht folgen darf."

„Die Frage ist nur die, wie er wieder in Thätigkeit gesetzt werden kann. Ohne Zweifel hat er seine großen Entwürfe nicht aufgegeben, sondern, weil er sich allein im Kampfe sah, nur fallen lassen. Allein, wenn ihm eine Ermuthigung zu Theil würde, oder wenn er einige seiner Bundesgenossen in einen solchen Krieg sich einlassen sähe, der auch ihm

[1] Miller I, 68. [2] Óváry 353, 354, 357, 359, 362. [3] Roe 286.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Gelegenheit gewähren würde, seine Ziele zu verfolgen, oder wenn er sich stützen könnte auf einen Vertrag, daß, im Falle einer Friedenshandlung, auch sein Interesse wahr genommen würde: so ist es keine Frage, daß er den Anspruch auf die Krone von Ungarn willfähriger wieder aufnehmen würde als er ihn hat fallen lassen, non animo, sed occasione victus."

„Zu erwarten dagegen, daß er von hier, von den Türken, zum Kriege angeregt werde, wäre ein großer Irrthum, und hätte zugleich einen bösen Namen in der Christenheit." Der Gesandte führt weiter aus, daß die Türken weder Willens noch fähig sind mit dem Kaiser zu brechen. „Es folgt daraus, fährt er fort, daß alle Bewegung von Bethlen ausgehen, und darum sein Ehrgeiz gestachelt werden muß. Dafür gibt es nur das Eine Mittel, daß er durch eine feierliche Botschaft im Namen der verbündeten Fürsten geehrt, und in ihre Allianz aufgenommen wird. Offenbar hat er nach dem Königreiche Ungarn unter türkischem Schutze gestrebt; aber nachdem er sich überzeugt, daß die Hülfe von dort so unsicher und schwankend wie der Staat selber, versuchte er seine Größe durch einen Vertrag zu erbauen, eine Tochter des Kaisers zu heirathen und mit ihr, im Falle der Nachkommenschaft, eine neue Dynastie in Siebenbürgen und einem Theile Ungarns zu begründen. Diese Hoffnung hielt ihn so befangen, daß er im letzten Jahre seinen Vortheil (in Göding) fahren ließ. Nun dagegen sieht er sich genöthigt, Bedingungen anzunehmen, wie er sie erlangen kann, und anstatt einer Frau, den Spott heim zu tragen. Er kann nicht sich verhehlen, daß er angeführt ist; aber er darf es nicht kund geben, weil er keinen sicheren Rückzug hat. Wenn er jedoch gestützt würde durch eine deutsche Allianz, für die man von ihm als protestantischem Fürsten festere Treue erwarten dürfte: so würde er bald mit 30,000 Mann für die gemeinsame Sache im Felde stehen. Um ihn in dieser Gesinnung zu festigen, muß man ihm zweierlei bieten: irgend welche ehrenvolle Heirath in Deutschland, wo ja an Prinzessinnen kein Mangel, und das Versprechen, ihn in seinem Anspruche auf Ungarn zu stützen, bis daß ein allgemeiner Friede alle diese Zwistigkeiten endet."

Noch bevor dieser Bericht in London eintraf, entsandte der Staats-Secretär Calvert von dort an Roe den Auftrag, alle Mittel aufzuwenden den Friedensschluß Bethlen Gabors mit dem Kaiser rückgängig zu machen.[1]

[1] A. a. O. 292.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Antwort Roes, vom 18./28. October, die abermals wiederholt, daß Bethlen Gabor von Wien her anstatt einer Frau Geringschätzung und Spott davon tragen werde, weist dies Mal bereits auf eine bestimmte Persönlichkeit hin, mit den Worten: „Der Kurfürst von Brandenburg hat Schwestern." [1] Dies konnte nur für die Prinzessin Katharina gelten, weil die Ehe der anderen, Anna Sophia, mit dem Herzoge Friedrich Ulrich von Braunschweig, nur thatsächlich, nicht rechtlich gelöst war. Die damalige Kurfürstin von Brandenburg war eine Schwester des Pfalzgrafen Friedrich.

Auf solche vielfache Hindeutungen Roes antwortete die Pfalzgräfin Elisabeth: „In Betreff einer Heirath sind die deutschen Fürstenhöfe so kitzlich, daß kaum ein Vorschlag erfolgen wird, wenn nicht Bethlen Gabor zuvor, direct oder indirect, seinen Wunsch kund gegeben." [2] Dennoch wird der Verfolg uns zeigen, daß die Hindeutung Roes ihre Wirkung gethan.

Auf jene neue Weisung des Staats-Secretärs Calvert entwickelte Roe sofort seine Thätigkeit. Er legte in einer Denkschrift dem Großwesir dar, daß die Bestimmungen des Friedens, welchen Bethlen Gabor mit dem Kaiser geschlossen, für die Türken weder Sicherheit noch Nutzen gewähren. Bereits am 27. November meldet Roe der Elisabeth, daß die Dinge auf gutem Wege. Er wiederholt, daß „kein Mann so fähig und so geschickt, dem unterdrückten Deutschland wieder empor zu helfen," wie Bethlen Gabor. [3]

Auf den Rath des Roe ward von Constantinopel aus an Bethlen Gabor ein Chiaus entsendet, mit dem Auftrage, ihn darauf hinzuweisen, daß der Sultan den mit dem Kaiser geschlossenen Frieden nicht genehmige. Der Chiaus überbrachte zugleich die Meldungen des Roe. Dieser hob vor Bethlen die günstige Gelegenheit hervor, welche ihm erwachse aus dem Bunde mächtiger Fürsten gegen Spanien und das Haus Oesterreich, in der Absicht hier das Valtellin, dort die Pfalz wieder zu gewinnen. Nunmehr könne auch Bethlen sich befreien von den allzu schweren Bedingungen, die der Kaiser ihm auferlegt, könne seine Allianzen mit dem Pfalzgrafen und anderen Bundesgenossen erneuern. Zugleich ließ er die Aussicht auf eine Heirath mit der Prinzessin von Brandenburg durchblicken [4]

[1] A. a. O. 304. [2] A. a. O. 325. [3] A. a. O. 312: there is no man so fit and able to retrieve the oppressions of Germany. [4] Óváry 544. So der Bericht des Bailo. Roe, in seinen verschiedenen Berichten 336, 338, 340, spricht nicht von der Heirathssache.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Reden fanden bei Bethlen Gabor ein geneigtes Ohr. Er ließ dem Sultan zurück melden, daß er seinen Frieden mit dem Kaiser nur unter Vorbehalt der Genehmigung des Sultans geschlossen, und daß er, auf die Meldung des englischen Gesandten über die Bündnisse im Westen, die Befehle des Sultans erwarte. Auch in Constantinopel fügte sich dann alles nach dem Rathe des englischen Gesandten. Da der Sultan mit dem Kaiser nicht offen brechen wollte, erging an Bethlen der Befehl: er solle seinen letzten Vertrag mit dem Kaiser, weil ohne Vollmacht seines Oberlehnsherrn geschlossen, aufkündigen. Er solle innerhalb seines Gebietes, dessen Grenze die Theiß, den Sommer über bewaffnet stehen, der Gelegenheit harrend. — An den Pascha von Buda erging der Befehl, von den Unterhandlungen mit den Kaiserlichen über die Erneuerung des Friedens von Sitvatorok, der im Jahre 1626 ablief, den Bethlen Gabor nicht auszuschließen. Fortan nannte der Pascha von Buda den Bethlen wieder: Re dell' Ongaria e schiavo del Gran Signore.[1]

„Und nun, schließt Roe seinen Bericht, wenn die Häupter irgend eines Bündnisses von Bethlen Dienste hoffen, mögen sie ihn hinnehmen; denn nach meiner Überzeugung wird er wieder thätig sein."[2]

Bei der Chamäleons-Natur dieses Bethlen Gabor kann es kaum auffallen, daß er einige Wochen später, am 18. Februar 1625, in einem Schreiben an den Primas Pazmany, seine treuen Dienste für den Kaiser versicherte.[3]

5. Christian IV. von Dänemark im Jahre 1624.

An den König Christian IV. entsandte Jacob I. für seinen Wunsch des Wiedergewinnes der Pfalz den Lord Anstruther. Zunächst also ist das Verhältnis Christians IV. zu dem Kaiser ins Auge zu fassen.

Im Beginne des Jahres 1624 zollte der Kaiser dem Dänenkönige für dessen Verhalten zu dem Neffen Christian von Braunschweig, so wie überhaupt seine volle Anerkennung. „Diese friedliebenden und gemeinnützigen Bezeigungen, sagt Ferdinand II., gereichen bei der jetzigen und der zukünftigen Welt Ew. Liebden zu sonderbarem unsterblichem Ruhme."[4] Entsprechend antwortete Christian IV.: „E. K. M. und Liebden wollen sich von uns her gewis versichert halten, daß wir mit Deroselben und dem R. Reich nicht allein beständigen Frieden und gute Correspondenz

[1] Óváry 546. [2] Roe 336. Vom 21. Januar 1625.
[3] Miller I, 73. [4] Kriegsacten F. 57. Vom 8. Januar.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bewahren, und zu keiner Alteration Ursache geben, sondern auch allem, was wir durch unsere Abgeordnete einstmals verheißen und versprochen, nachzukommen gemeint sind."[1]

Abermals antwortete der Kaiser, am 6. März, mit dem Ausdrucke seines Dankes dafür, daß Christian IV. auch ferner in guter Correspondenz verbleiben wolle.[2] „Dieser Dank, entgegnete wiederum Christian IV., ist überflüssig, weil wir gegen E. K. M. und L. uns zu viel Höherem und Mehrerem verbunden erkennen."[3] Weiter wünscht er Frieden mit Bethlen Gabor, dann auch im Reiche, „damit die ganze Christenheit in die so lang ersehnte Ruhe gänzlich wieder gesetzt werde."

In Wien ward daher sorgfältig alles vermieden, was den Dänenkönig verstimmen konnte. So in der Angelegenheit des Stiftes Halberstadt. Der Herzog Christian hatte auf dasselbe, wie wir seiner Zeit gesehen, schon am 18./28. Juli 1623, zu Gunsten seines Vetters, des dänischen Prinzen Friedrich, verzichtet,[4] in der Wirklichkeit es für 100,000 Thaler verkauft.[5] Das Capitel ließ die Bedingung des Verzichtes nicht gelten: es nahm die freie Wahl für sich in Anspruch. Es erfolgten an das Capitel heftig drohende Schreiben vom Herzoge Christian, wie vom Könige Christian IV. Dennoch hielt das Capitel fest an seinem Rechte.

Während noch diese Sache unentschieden stand, befürchtete doch der Kurfürst Maximilian, daß die dänische Forderung in Halberstadt durchdringen werde. Er ließ durch Tilly und Donnersberg in Wien auf die daraus erwachsende Gefahr hinweisen. „Der König, sagt die Denkschrift, kann sich dann leicht zum Herrn von ganz Niedersachsen machen. Denn einer seiner Söhne hat schon das Fürstbisthum Verden und ist Coadjutor von Bremen. Wenn nun auch Halberstadt dänisch, so hat Christian IV. einen großen Theil des niedersächsischen Kreises inne; denn auch von Holstein und Schleswig hat er erhebliche Stücke. Es geht von ihm die Sage, daß, wenn er den niedersächsischen Kreis an sich gebracht, so wie noch andere Theile des Reiches, er auch an die römische Krone denkt. — Wenn Halberstadt weg, so ist alle Aussicht auf Rekatholisierung dieses Stiftes verloren, während doch zur Zeit der Domdechant und zwei Capitulare, so wie der meiste Theil aus dem Clerus katholisch, auch etliche Manns- und Frauenklöster noch da sind."[6]

[1] A. a. O. Vom 19. Januar. [2] A. a. O. [3] A. a. O.
[4] Die Actenstücke in Opel, Resignation usw. 10 u. f. [5] A. a. O. 90.
[6] Kriegsacten F. 57.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Reichshofrath erwog die Frage der Postulation des Dänen in Halberstadt. Er kam zu dem Schlusse: eine ausdrückliche Inhibition würde Christian IV. zum Feinde machen. Darum sei es besser, in dieser Sache der Justiz ihren Lauf zu lassen.[1] — Inzwischen jedoch hatte sich das Domcapitel in Halberstadt den dänischen Drohungen nicht gefügt, sondern, am 24. April, den Administrator von Magdeburg, Christian Wilhelm, gewählt.[2] Erst nachher fügte es sich darein, den dänischen Prinzen Friedrich zum Coadjutor, also mit dem Rechte der Nachfolge, anzunehmen.

Damals, im März 1624, ward der vom englischen Parlamente aus erhobene Kriegesruf vernehmbar. Im Auftrage des Kurfürsten Maximilian berichtete Donnersberg dem Kaiser, am 2. April: es werde von England aus eine ansehnliche Deputation nach Dänemark abgeordnet, um den König Christian zu bewegen, daß er werben lasse und das Directorium der neuen Kriegsbereitschaft auf sich nehme. In Wien ward darauf beschlossen, den Grafen Anton Günther wieder an Christian IV zu entsenden.

Die Nachricht von England aus war indessen noch verfrüht. Der Eifer des Königs Jacob für diese Aussendungen, die er versprochen hatte, war dennoch nicht groß. Um so mehr setzte der Prinz von Wales seine Hoffnung auf den Oheim von Dänemark. Er meinte diesen dahin bewegen zu können, daß er nach England herüber komme und bestimmend auf den Vater einwirke. Die Hoffnung hatte keine andere Grundlage als den Wunsch des Prinzen.[3]

Von einer anderen Seite ward jedoch, und zwar, wie es scheint, ohne Vorwissen des Prinzen von Wales, noch vor Anstruthers Ankunft in Kopenhagen, bei Christian IV. ein Versuch gemacht. Im Namen des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg erschien bei ihm der Gesandte Christian von Bellin mit dem Antrage, daß der König die Vertheidigung der Freiheit und der Religion auf sich nehmen und mit bewaffneter Hand den zerfallenen Stand der Dinge in Deutschland herstellen möge. Zu diesem Zwecke würden die wohlgesinnten Fürsten des Reiches ihm 11,000 Mann Infanterie und 3000 Reiter stellen, und sich der Führung des Dänenkönigs als des Retters der Freiheit unter-

[1] A. a. O. [2] Opel, Resignation usw. 58.
[3] Rusdorfii epistolae 34. Vom 19./29. April.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

werfen. Christian IV. erwiederte, daß er aus vielen Gründen eine solche Last nicht auf sich nehmen könne.[1]

Im Anfange Juli traf der Graf Anton Günther bei Christian IV. ein. Sein Auftrag vom Kaiser lautete dahin, den Rath des Königs für die Herstellung des Friedens zu erbitten.[2] Christian IV. antwortete: bereits zweimal habe er ohne Erfolg dafür gearbeitet; dennoch wolle er nicht ablassen. Zuvor aber müsse er die Bedingungen wissen. „Denn, fuhr er fort, wofern dem Pfalzgrafen keine Begnadigung oder Restitution widerfahren sollte, werden alle Tractate vergeblich und nichts Fruchtbares davon zu erwarten oder zu hoffen sein, insonderheit, weil, dem ausgesprengten Geschrei nach, der König von Großbritannien mit dem Könige von Frankreich und anderen Herrschaften sich in starke Conföderation eingelassen hat. Obwohl uns nicht eigentlich bewußt, in welcher Absicht, weil der englische Gesandte noch nicht angelangt, so bringen doch alle Umstände mit, daß es auf die Herstellung des Pfalzgrafen vornehmlich angesehen sei."

Demnach, meinte Christian IV., könne er in dem vom Kaiser gewünschten Sinne nicht mit eintreten, wenn er nicht für die Herstellung bestimmte Vertröstungen erhalte. Abbitte durch Andere würde Friedrich leisten. Den Königstitel würde er ablegen, weil ja doch kein Fürst im Reiche, auch nicht der König Jacob selber, ihm den Titel gebe. Für die Deprecation aber müsse Friedrich die Ober- und die Unterpfalz zurück erhalten. Wolle der Kaiser die Kur bei Maximilian belassen, so sei doch der Friede nicht gewahrt, wenn nicht Friedrich die Würde zurück erhalte. Eben dies sei die Forderung des Königs Jacob. Wenn also der Kaiser nicht die volle Herstellung sowohl des Titels als der Erbländer bewillige, so würden alle Tractate vergeblich bleiben. Darüber möge der Kaiser sich rund und bald erklären, damit nicht andere Weitläufigkeiten in den Weg träten. Denn es seien allerlei Vorbereitungen im Gange.

Christian IV. betonte dann mit Nachdruck, daß sein Rath unvorgreiflich, weil ihm zur Zeit noch weder die Entschlüsse des Kaisers, noch die Absichten des Königs Jacob und der Bundesgenossen desselben bekannt.

[1] Rusdorf, consilia etc. 194. Moser V, 59.

[2] Kriegsacten F. 59. Vom 8. Juli.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Kaiser antwortete, am 9. September: er habe Verfügung gethan, daß so bald wie möglich der kurfürstliche Collegialtag gehalten werde.[1]

In der zweiten Hälfte des Monates Juli traf endlich Lord Anstruther in Kopenhagen ein. Der hauptsächliche Satz seiner Instruction lautet: „Das einzige Ziel des Königs von Großbritannien ist, den Kurfürsten von der Pfalz in dasjenige herzustellen, was nach göttlichem und menschlichem Rechte ihm gebührt; ferner die Freiheit Deutschlands von dem bevorstehenden Untergange zu retten, und nach dem Gebote Gottes einem Jeden das Seine zu geben. Die Sache der Religion stellt der König dem anheim, der die Seelen der Menschen geschaffen hat und sie regiert. Darin irgend etwas in Bewegung zu setzen oder zu ändern, ist seiner Absicht völlig fremd."[2] — Wie bei Christian IV., so hatte Anstruther diese Werbung auf der Durchreise auch bei dem Herzoge Christian dem Älteren in Celle angebracht. Dieser lehnte ab, und schickte das Anbringen dem Kaiser ein.

Anstruther fand Christian IV. nicht williger als jenen Herzog. Der Däne erwiederte[3]: durch ein Eingehen auf jenen Antrag würde er seine Länder aus der völligen Ruhe und dem tiefsten Frieden in offene und höchste Gefahr stürzen. Andere, wenn die Sache nicht nach Wunsch abliefe, könnten sich herausziehen und in Sicherheit bringen: er dagegen würde gezwungen sein, im Kriege auszuharren und alle Gefahr auf sich zu nehmen. Er würde alle seine Länder der Plünderung aussetzen und sie zum Sitze des Krieges machen müssen. Er habe mit vielen Mühen und schweren Ausgaben einige Fürstbisthümer in Deutschland für seine Söhne erlangt. Bereits seien einige derselben von den Truppen der Gegner wie umringt, so daß diese, wenn er den Verdacht einer feindlichen Bewegung auf sich lüde, ohne viele Mühe sie völlig besetzen könnten. Dann auch sei er der Gesinnung einiger Nachbaren nicht völlig sicher und dürfe ihnen nicht so völlig trauen, daß er seine Streitkräfte anderswohin wenden könne: vielmehr habe er aus schwer wiegenden Gründen zu besorgen, daß, wenn ihm in einer so schweren Unternehmung ein Unglück zustieße, sie lieber zur Theilung der Beute als zur Hülfe für ihn herzueilen würden. Ferner sei nicht ein würdiger Vortheil in Sicht, welcher so großen Gefahren gleich wiege, oder an-

[1] A. a. O. [2] Kriegsacten F. 60.

[3] Rusdorf, consilia etc. 194. Er bemerkt dazu: ut verba sonant.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

reizen könnte sie auf sich zu nehmen. Denn, wenn auch wie der Friede und die Freiheit von Deutschland, so auch die Herstellung des Pfalzgrafen ihm sehr am Herzen liege, so zeige sich doch kaum eine Aussicht, dies alles zu erlangen ohne unmittelbare Gefahr für sein Eigenes. Eine solche Gefahr für die Sache eines Anderen, wenn diese auch noch so wünschenswerth, auf sich zu nehmen, sei nicht das Werk der Besonnenheit. Endlich verspreche er sich von der Billigkeit des Königs Jacob so viel, daß dieser, nach wohl erwogener Licht- und Schattenseite, ihm nicht rathen werde, sich mit dem Kaiser und dem Reiche in einen so gefährlichen Krieg einzulassen. — Die dann folgende Begründung des Dänen ist sehr bemerkenswerth. Zumal, sagt er,[1] da seiner Ansicht nach, alle Glieder des Reiches, ob aus Zuneigung, ob aus Furcht vor Gefahr, den Kaiser ehrten, und es wahrlich nicht wohl aufnehmen würden, wenn sie erblickten, daß fremde Fürsten mit mächtigen Heeren in das Innere des Reiches eindrängen.

In Betreff anderer Fürsten, die zum Bündnisse einzuladen seien, müsse er erwiedern, daß er deren Gesinnung nicht kenne, und nicht wisse was von ihnen zu erwarten. Weder wolle er rathen, ihnen den Plan mitzutheilen, noch wolle er dem Könige von England es abrathen.

Die Antwort des Dänenkönigs, vom 27. Juli, enthält, wie bereits angedeutet, ein geschichtliches Zeugnis ersten Ranges in Betreff der damaligen Gesinnung der Reichsfürsten für den Kaiser. In ihrer Gesammtheit bringt sie für die Ablehnung des englischen Antrages so durchschlagende Gründe vor, daß die gewichtige Frage erwächst, wie es dennoch möglich war, daß dieser selbe König einige wenige Monate später ins völlige Gegentheil umschlug. Um so schärfer also hat die geschichtliche Betrachtung auf die Momente dieses Umschlagens zu achten und sie in klares Licht zu stellen.

Anstruther war freilich der Meinung, daß die Antwort, welche Christian IV. vorher dem Kaiser gegeben, eine Handhabe bieten würde, ihn weiter zu führen. Er sprach dies aus bei der zweiten Sendung, die er, im December 1624, nach Kopenhagen auf sich nahm. Bis zum Ende dieses Jahres jedoch blieben die Dinge in dem Stande, daß von Christian IV. her ein Einbruch in das Reich nicht in Aussicht stand.[2]

[1] Praesertim cum omnia Imperii membra Imperatorem, sive ex affectu, sive timore periculi colere, et non oppido bene accepturos esse credat, si intellexerint, Principes extraneos cum potentissimis exercitibus in viscera Imperii penetraturos. [2] Roe 322.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

6. Gustav Adolf im Jahre 1624.

Im Jahre 1623 hatte der Schlag von Stadtlohn auch den damaligen Plan Gustav Adolfs, sich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen, mit zertrümmert. Aber die Wurzel blieb und trieb Sprossen, so bald eine Aussicht auf neuen Krieg in Deutschland empor leuchtete. Die Kenntnis des jungen Königs von den deutschen Zuständen war inzwischen noch gereift durch die Berichte des pfälzischen Rathes Camerar.

Dieser darf als der erste deutsche Staatsmann bezeichnet werden, der die ungemeine Begabung des noch jungen Schwedenkönigs erkannte. Bereits im Sommer des Jahres 1622 bot Camerar in Stockholm seine Dienste an. Sie waren willkommen. Er erhielt den Auftrag, fortdauernd über die deutschen Zustände zu berichten. Im Sommer 1623 lud Oxenstierna ihn nach Schweden ein.[1] Mit Zustimmung Friedrichs folgte Camerar dieser Ladung. Er traf einen anderen Mann, als dem er diente. Nur Eins hatte Gustav Adolf mit Friedrich gemein: es fand sich bei dem lutherischen Könige, wie damals noch nicht bei allen lutherischen Reichsfürsten, dieselbe Schlagfertigkeit im Gebrauche des Wortes „evangelisch" für alle Gelüste der Herrschsucht und der Habgier, wie bei dem calvinischen Pfälzer. Der Kanzler Oxenstierna drängt den Grundgedanken Gustav Adolfs zusammen in die Worte: „Die Sache unseres Königs gegen Polen ist die gemeinsame aller Evangelischen."[2] Daß diesem Gedanken die Unterredungen der drei gewichtigen Persönlichkeiten entsprochen haben, zeigt das Schreiben an Friedrich, mit welchem Gustav Adolf den Camerar entließ.[3] Er erkennt darin an, daß Friedrich aus keiner anderen Rücksicht als derjenigen des Gemeinwohls die in rechtmäßiger Weise an ihn gelangte Krone von Böhmen angenommen. Er beklagt, daß Friedrich dann, verlassen von denen, welchen es oblag ihm beizustehen, nun auf den Rath des Königs von England sich in Unterhandlungen eingelassen. Er versichert, daß ihm selber nicht der Wille, sondern die Mittel zur Hülfe gefehlt, daß aber auch ferner der Wille, Friedrich und der gemeinsamen Sache zu helfen, ihm nicht fehlen werde, wenn nur die Gelegenheit sich biete. — In entsprechender Weise redete Camerar nach seiner Rückkehr im Haag, im December 1623. Er meldet an Rusdorf in London: „Der König von Schweden nimmt sich das gemeine Wesen und unsere Sache so zu Gemüthe, als wenn er unser nächster Blutsverwandter wäre, und verspricht zu unserem Wohle alles."[4]

[1] Moser V, 26. [2] A. a. O. 31. [3] A. a. O. 32. [4] Söltl III, 185.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

— Es scheint also, daß dieser welt- und menschenerfahrene Camerar damals gemeint und also auch vor Friedrich geredet hat: der König Gustav Adolf werde sich zu Gunsten Friedrichs in einen gefährlichen Krieg stürzen, und nach dem Siege das etwa Errungene dem Friedrich großmüthig zu Füßen legen. — Friedrich selber hatte zu seiner Zeit durch die That eine andere Erfahrung zu machen. Aber Camerar fährt fort: „Der König will, wenn der Friede mit Polen nicht zu Stande kommt — was für jetzt unmöglich — mit Nachdruck gegen dasselbe Krieg führen, und somit auch gegen das Haus Oesterreich als den gemeinsamen Feind. Ja er würde die Herstellung unseres Königs in Böhmen mit bewaffneter Hand wagen, wenn er vor dem Dänen sicher wäre, und wenn er nur einige Hoffnung einer besseren Gesinnung bei dem Könige von England bemerkte."

Wir finden hier also in Betreff des Dänen bei Gustav Adolf den Ausdruck derselben Gesinnung des Mistrauens und des Argwohnes, die wir auch bei Christian IV. gegen seinen Nachbar aus dem Bescheide an Anstruther wahrgenommen haben.

In der That jedoch ließ dann Gustav Adolf, gegen Ende 1623, durch seinen Gesandten Rutgersius, dem Camerar berathend zur Seite stand, im Haag ein Bündnis anbieten. Er ging dabei von der Ansicht aus, daß nunmehr, wo die Partei Friedrichs im Reiche völlig unterlegen, der Kaiser die siegreichen Waffen gegen die Generalstaaten wenden werde. Dies war, wie der Leser sich erinnern wird, auch die Ansicht oder vielmehr der Wunsch Tillys: es war nicht die Meinung des Kaisers und der Liga. Gustav Adolf schlug den Generalstaaten vor, zur Herstellung der Fürsten im Reiche in den alten Stand zunächst eine freundliche Unterhandlung zu versuchen, und, wenn diese bis zum 1. Juni erfolglos, bewaffnete Macht anzuwenden. Der Entwurf des Vertrages, den Gustav Adolf zu diesem Zwecke vorlegt, enthält den Grundzug, der ihm beständig bleibt: die Direction des Krieges steht bei ihm, die mit ihm Verbündeten haben zu zahlen.[1]

Die Hochmögenden mochten damals, ungeachtet aller Lobpreisungen Camerars, noch geringe Neigung haben, sich mit dem Schwedenkönige tiefer einzulassen. Er bezahlte schlecht. Sie hatten ihm 1616 eine Summe von drei Vierteln einer Million vorgestreckt, welche er in Kupfer

[1] Styffe 262. Söltl III, 267.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

abtragen sollte. Als sie im Jahre 1623 ihn mahnten, erwiederte er: da er im Kriege mit Polen sei, dessen König dem Kaiser und Spanien so nahe stehe: so müsse man, anstatt Zahlung zu fordern, ihn unterstützen.[1] — Die Werbung des Rutgersius um eine Allianz hatte keinen Erfolg.

Während Gustav Adolf in dieser Stimmung der Gelegenheit harrte, gelangte an ihn die Nachricht des Abbruches der englisch-spanischen Heirath und des Kriegsrufes im englischen Parlamente. Er eilte sich bei Friedrich und Elisabeth im Haag in Erinnerung zu bringen durch die Übersendung kostbarer Geschenke. Diese waren so prächtig, daß sie, wie der Berichterstatter meldet, alles Andere solcher Art an Glanz übertrafen, und dadurch die besondere Geneigtheit und das Wohlwollen des schwedischen Königspaares für Friedrich und Elisabeth darthaten.[2] In London versuchte Gustav Adolf noch einen weiteren Schritt. Er ließ für den Prinzen von Wales die Schwester seiner Frau, die Prinzessin Katharina von Brandenburg, vorschlagen. Damals jedoch, im Mai, hatte man von London aus längst mit Frankreich angeknüpft.[3] Für die Prinzessin Katharina fand sich bald nachher jene andere bereits angedeutete politisch zweckmäßige Verwendung.

Indem aber von England her für Gustav Adolf die Hoffnung auf einen Krieg in Deutschland aufgegangen war, suchte er sich nach anderen Seiten frei zu machen. Mit Polen ward ein Stillstand auf ein Jahr vereinbart. Die mannigfachen Differenzen mit Christian IV. wurden in einer Unterhandlung von sechs Wochen beglichen.[4] Erst nachdem dies geschehen, traf bei Gustav Adolf ein englischer Gesandter ein, Lord Spens. Er war nicht bloß mit den Aufträgen des Königs Jacob ausgestattet, sondern auch mit den besonderen des Prinzen von Wales und des Pfalzgrafen, die, wie Gustav Adolf darüber sich ausdrückt, ihn ersuchten, die Herstellung des Verlorenen auf sich zu nehmen.[5]

---

[1] Aitzema I, 529.

[2] Handschriftliche Briefe in der K. Bibliothek zu Hannover: ea munificentia, ut omnium regum munera suo splendore anteirent, et singularem Majestatum Vestrarum erga se affectum atque benevolentiam praefati principes ex iis perspexerunt. 23. Februar. Nicht unterzeichnet.

[3] Rusdorf, mémoires etc. I, 299.

[4] Oxenstierna an Camerar, 30. Juni, bei Moser V, 39.

[5] A. a. O. 41.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gustav Adolf ließ darauf durch ein Schreiben Oxenstiernas an Camerar seine principielle Stellung darlegen.[1] In dem Schreiben heißt es wie folgt:

„Der König (Friedrich) und der Prinz von Wales wünschen, daß der König von Schweden, unterstützt durch die Mittel der zwei Fürsten, auf sich nehme, den Krieg nach Schlesien zu tragen und durchzuführen." Über diesen Vorschlag gleitet dann Oxenstierna mit höflichen Worten hinweg, um zu dem umfassenden Plane Gustav Adolfs zu gelangen. „Nach meiner Ansicht, fährt er fort, kann kein heilsamerer Plan ausgedacht werden, als daß alle evangelische Könige, Fürsten, Republiken ihre Zwistigkeiten und Feindschaften unter einander bei Seite setzen und dann ihre Rathschläge und Kräfte vereinigen, damit, nachdem alles zeitig und richtig vorbereitet, der Krieg versetzt werde in die Länder und Provinzen der Päpstlichen, besonders derjenigen, welche die Schuld an unserer Calamität tragen. Dies wird, bei richtiger Erwägung der Macht der Evangelischen zur See und ihrer anderen Vortheile, nicht schwer fallen. Denn offenbar ist der Spanier nirgends weniger geschickt zum Kriege als daheim, wo er sich in einem Zustande des Schwindens befindet wie die Glieder eines Leibes, dessen überladener, in seiner Verdauung gehinderter Magen ihnen keine Nahrung zuführen kann. Ferner steht Polen offen, ohnmächtig durch seine Lage, durch den Mangel fester Städte, eines Heeres, einer Flotte, einer Schatzkammer, endlich einer Regierung und des Gehorsames. Weiter liegen offen Böhmen und die anderen sogenannten Erbländer, wegen der unsäglichen an den guten Bürgern und besonders den Evangelischen geübten Grausamkeit. Diese, unter dem Joche seufzend oder auch von Hab und Gut vertrieben und ins Elend gejagt, werden, sobald irgend welche Hoffnung eines besseren Looses ihnen aufleuchtet, einem herannahenden Heere gern sich zugesellen. Auch selbst die verbündeten Päpstlichen oder Ligisten, durch die lange Dauer des Krieges bereits mitgenommen, werden nicht mit derjenigen Kraft sich wehren, die sie, wenn man ihnen Zeit zum Athemholen beläßt, wieder gewinnen können. Wenn also Frankreich, Venedig, Savoyen, denen jene allzu stark hinaus wachsende herrschsüchtige Macht nicht minder als den Evangelischen verdächtig ist, auch dahin bewogen werden können, daß sie, um die Macht der Feinde zu verringern und zu schwächen, ihre

[1] A. a. O. 42. Vom 24. August. Ich ziehe das ausführliche Schreiben zusammen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Waffen nach Bayern tragen, oder nach Italien selber, der Werkstätte aller jener Plane —: so würde das für die Hauptsache ein schweres Gewicht in die Wage legen. Endlich ist anzunehmen, daß auch Bethlen Gabor nicht schwer hervorzulocken sein wird."

„Eine solche Kriegführung bringt uns sicherer zum Ziele als die bisherige, die eher darauf ausging, das uns noch Übrige nicht zu verlieren, als die überall siegreichen Feinde des Evangelii zur Herausgabe des unrechtmäßigen Besitzes zu zwingen."

„Von der Verpflanzung des Krieges nach Italien, Spanien, Bayern rede ich nicht. Die Verhältnisse dort sind Euch besser bekannt als uns. Nur über dasjenige, was Euer König und der Prinz von Wales von meinem Könige verlangen, will ich etwas freier reden, nicht als ob ich mir leichtsinnig einen sicheren Erfolg verspreche, sondern weil nirgends mir eine größere Hoffnung eines günstigen Ausganges erscheint."

„Der Polenkönig und das Haus Oesterreich sind jetzt die zwei stärksten Säulen des Papstthumes, eng verbunden durch Schwagerschaft, Religion, politische Gesinnung, Furcht derselben Gefahren. Wer den Einen, der kennt Beide; wer den Einen, der schlägt Beide. Mit dem Polen ist mein König im Kriege, der seinen Ursprung allerdings aus dem Streite um die Krone hat, der jedoch, wenn man die wahren Ursachen und Wirkungen erwägt, eben so sehr wie uns, die sämmtlichen Evangelischen betrifft. Dieser Krieg hält den König so fest, daß er wie eine Nothwendigkeit auf ihm liegt. Indem wir also diesen Krieg mit dem Polen führen und durch den Polen mit allen Römisch-Katholischen, die ihm helfen oder ihn begünstigen, decken wir zugleich von dieser Seite her die Evangelischen und gestatten keinen Einbruch. Wenn daher die anderen evangelischen Könige, Fürsten, Republiken meinem Könige darin beitreten wollten, so würde man nicht schwer sowohl Polen bezwingen, als auch Schlesien und die anderen Erblande des Kaisers mit verwickeln, die Ligisten dagegen nöthigen auf die Bewahrung des Eigenen bedacht zu sein. Daheim besitzt mein König eine vortreffliche, wohl bemannte und ausgerüstete Flotte, die — Gott sei es gedankt — ausreicht zur Vertheidigung des Königreiches. Auch fehlen meinem Könige nicht die eigenen Mittel, den Feind zu bedrängen und Polen in Unruhe zu setzen. Allein da ihm allein die Last obliegt, während zur Zeit die Anderen schlafen, oder auch von dem einmal Vorgenommenen dann wieder zurückweichen: so hat er bisher etwas vorsichtig zu Werke gehen müssen. Wenn jedoch mein König daheim des Seinigen sicher, und unterstützt durch die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kräfte der Nachbaren und Bundesgenossen, die Sache angreifen dürfte: so setzt er ein so festes Vertrauen in die göttliche Güte und Gnade und die Gerechtigkeit der Sache, daß er versuchen wird, mit dem Erfolge, welcher der Hoheit seiner Seele entspricht, das zerfallene evangelische Wesen und vor Allem den König von Böhmen herzustellen."

Die angeführten Worte Oxenstiernas entrollen uns aus der Seele des damals noch nicht dreißigjährigen Königs den Plan eines Offensivkrieges, wie ihn die christliche Welt des Abendlandes bis dahin noch nicht erlebt, und zwar im Sinne des Religionskrieges, nur daß man auch von der feindseligen Gesinnung der Mächte Frankreich, Savoyen, Venedig gegen das Haus Habsburg Nutzen ziehen will. Und doch lassen sich alle angeführten Phrasen, so wie die noch weiteren des Briefes, zusammen drängen auf den einen Gedanken, der immer als der Kern aller Vorschläge des Schwedenkönigs erscheint: er will einen Offensivkrieg, dessen Direction, also auch die Vertheilung des etwaigen Gewinnes, ihm zusteht, für den die Anderen zahlen.

Der Plan des Schweden hatte allein schon darum keine Aussicht auf Annahme, weil, was immer Friedrich und Elisabeth vom Wiedergewinne des Königthumes von Böhmen träumen mochten, der König Jacob schon bei dem Namen Böhmen in Schrecken und in Aufregung gegen seinen Schwiegersohn gerieth. Der Plan hat daher seinen geschichtlichen Werth nur zur Charakteristik der hauptsächlichsten Persönlichkeit jener Zeit, welche für das gesammte Westeuropa unvertilgliche Spuren ihres einstigen Daseins hinterlassen hat.

Bevor noch Spens mit dieser Antwort entlassen war, erschien, im September, in Stockholm ein anderer Werber, derselbe Christian von Bellin, dessen im Namen des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg gemachten Antrag auf die Leitung eines Offensiv-Krieges gegen den Kaiser der Dänenkönig einige Wochen zuvor zurückgewiesen hatte. Bellin hatte nun den Auftrag in ähnlicher Weise zu dem Schwedenkönige zu reden.

Es ist daher erforderlich, hier das anderweitige Verhalten dieses Kurfürsten zu dem Kaiser mit den eigenen Worten Beider kurz zu zeichnen. Am 13. August schrieb der Kaiser an Georg Wilhelm: „Wie uns nun ganz schmerzlich zu vernehmen, daß, nach den so lange Zeit hindurch erlittenen Kriegsungelegenheiten es dennoch nicht an Leuten ermangelt,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die, ein neues Feuer anzublasen, alle unsere friedfertige Consilia zu traversieren und fremde Potentaten mit in ihre blutige Tragödien zu ziehen, sich äußersten Fleißes bemühen" — so bittet der Kaiser, der Kurfürst wolle ein fleißig wachendes Auge darauf haben.[1]

Die Antwort Georg Wilhelms,[2] vom 17./27. September, spricht zuerst Dank aus, daß der Kaiser bei der Begnadigung des älteren Christian von Anhalt auf seine Verwendung Rücksicht genommen. Auf die Anfrage des Kaisers nach fremden Werbungen antwortet er, daß er in seinen Ländern davon keine Kunde habe. Dann fährt er fort mit den Worten: „Weil ich aber aus diesem Allem nichts Anderes befinden kann, denn daß es Leute geben müsse, die allerhand Argwohn zwischen E. K. M. und mir zu stiften ihnen fürgenommen, so bitte ich, daß E. K. M. denselben hinfüro keinen Glauben zustellen; denn ich kein Anderes fürhabe als zu jeder Zeit mich so zu erweisen, daß E. K. M. daraus genugsam in Kaiserlichen Gnaden zu verspüren haben sollen, daß ich des Friedens, der Ruhe und der Sicherheit des geliebten Vaterlandes höchst begierig sei."

Einige Tage bevor dieses Schreiben nach Wien abging, hatte Georg Wilhelm seinen Rath Bellin entsendet, der in der ersten Hälfte Septembers in Stockholm eintraf. Sein Auftrag lautete dahin zu erfragen, ob Gustav Adolf die Aufgabe der Herstellung der Dinge in Deutschland auf sich nehmen wolle, und für diesen Fall ihm die Hoffnung auszusprechen, daß die mächtigeren deutschen Fürsten und Städte, auf welchen zur Zeit der Druck der Knechtschaft laste, sich ihm anschließen würden.[3] Gustav Adolf antwortete, daß, obwohl er die Übelstände voraussehe, denen er sich unterziehen würde, dennoch um der alle Evangelische bedrohenden Gefahr willen, die zuletzt auch über ihn kommen werde, er Hoffnung gebe, die Direction eines solchen Kriegeszuges zu übernehmen. Jedoch müsse er die Bedingungen stellen, daß die evangelischen Fürsten ihn aufforderten, ferner daß sie die Mittel zur Führung der Sache darreichten, endlich ihm während seiner Abwesenheit sein Königreich sicher stellten. Zugleich übergab Gustav Adolf dem Bellin einen genauen Kostenanschlag für die Ausrüstung der Truppen.[4] Danach wollte er werben 16 Regimenter Deutsche, 4 Regimenter Franzosen und eben so viele Engländer. In dem Anschlage sind die nöthigen Spaten und Schlippen nicht ver-

[1] Kriegsacten F. 59. [2] A. a. O. [3] Moser V, 59.
[4] A. a. O. 63.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gessen. Mit Nachdruck aber werden zur Hinterlegung des Lauf- und Anrittsgeldes für die Werbung im voraus sichere Städte bestimmt.

Bellin hatte nicht Vollmacht zu verhandeln und abzuschließen; aber er deutete an, daß dem Kurfürsten der Weg durch Polen nach Schlesien nicht genehm sein würde. Gustav Adolf ließ darauf den ursprünglichen Plan fallen, stellte aber für den neuen die Bedingung, daß ihm an der Ostsee und Nordsee je ein Hafen als Waffenplatz eingeräumt werde. Er ersah sich Wismar und Bremen. Denn vor Allem schien es wichtig, den Weserstrom und namentlich die Mündung desselben in der Gewalt zu haben.[1]

Die dem Bellin gegebene Antwort ward auch dem Engländer Spens für Friedrich und für den Prinzen von Wales mitgetheilt. Es folgte noch ein Zusatz, der, wenn er auch eben so wenig damals zur Wirklichkeit wurde, wie jene Bedingungen, dennoch in ähnlicher Weise zur Charakteristik Gustav Adolfs dient.[2] „Der König, schreibt Oxenstierna, hält es dem gemeinen Wesen für überaus nützlich, daß auch der Großfürst von Moskau in das Bündnis aufgenommen werde, theils weil er an Menschen und Geld viel vermag, theils weil er dem Polen benachbart und aus vielen Gründen ihm Feind ist. Daher wäre es leicht, ihn zu gewinnen, indem er sieht, daß er Bundesgenossen haben wird. Dagegen ist für die gemeine Sache nichts zweckmäßiger, als den Polen zu beschäftigen, damit er nicht den Ligisten Hülfe bringe, oder den Vormarsch des Königs nach Schlesien hindere. Dies Bündnis mit dem Czaren zu bewirken, ist wegen der Nachbarschaft und der daraus sich ergebenden Zwistigkeiten weniger mein König geeignet als der Prinz von Wales und die Generalstaaten. Wenn dieser Vorschlag Zustimmung findet, dürfte es sich empfehlen, den Czaren anzulocken mit der Aussicht auf eine Heirath mit irgend einer deutschen Prinzessin."

Man wolle sich hierbei dessen erinnern, was früher (Band I, 192) über das Verhalten der schwedischen Linie des Hauses Wasa zu Polen und zu Rußland gesagt worden ist.

Der Kurfürst von Brandenburg machte sich die Vorschläge des Schwedenkönigs zu eigen, und entsandte seinen Rath Bellin mit denselben an die Könige von England und von Frankreich. Darüber ging das Jahr 1624 zu Ende. Erst im Januar 1625 werden wir Bellin in London thätig sehen.

[1] A. a. O. 61. [2] A. a. O. 69.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Während dieser Bemühungen an vielen Orten um einen neuen Krieg ruheten in Deutschland im Jahre 1624 die Waffen: nur von den Niederlanden her vernahm man das Geklirre derselben um die Stadt Breda.

7. Die Belagerung von Breda.

Die starken Rüstungen Spinolas im Frühling 1624 dienten dem Cardinal Richelieu und den Generalstaaten zum Antriebe für den Abschluß ihres Bündnisses von Compiegne. Dennoch blieb es dann lange zweifelhaft, wohin Spinola den Stoß seines Angriffes richten würde, so sehr daß die Holländer bereits darüber spotteten.[1] Daß man dennoch die Stadt Breda als das Ziel vermuthete, beweist ein Kupferstich, auf welchem der König Philipp IV. mit der Laterne ausgeht, um Breda zu suchen, während Spinola, daneben stehend, sich mit beiden Händen den Kopf kraut. — Erst am 21. Juli brach Spinola aus Brüssel auf. Seine Absicht war sicherlich von Anfang an auf die Stadt Breda gerichtet, und dennoch ließen seine Bewegungen noch für die ersten Tage einen Zweifel zu. Die Stadt lag in der schönsten und fruchtbarsten Gegend von Nordbrabant, von Baumgärten und grasreichen Weiden umringt, die letzteren mit grünen Hecken eingefaßt, von Bächen durchrieselt. Der Prinz Moritz nannte die Stadt mit der Umgegend das Paradies von Brabant. Aber sie hatte für ihn einen noch höheren Werth. Wenn ihm ein Gast aus anderen Ländern die Lage, die Sicherheit einer Festung anpries: so pflegte Moritz zur Antwort ihn nach Breda zu weisen, damit er dort lerne, was eine Festung sei. Es schien sich dort alles zu vereinigen, was die Vertheidigung leicht, den Angriff schwierig machte. Das Land ringsumher war, weil der Wechsel der Gezeiten des Meeres bis dort hinauf reichte, leicht unter Wasser zu setzen, der Boden, dazu morastig, gestattete an wenigen Orten dem Angreifer festen Fuß. Breda galt als die Kriegsakademie für Deutsche, Franzosen, Engländer. Als Moritz von Oranien die Nachricht erhielt, daß endlich an der ernstlichen Absicht Spinolas, die Stadt zu belagern, nicht mehr gezweifelt werden könne, rief er aus: „Wenn er das ohne Schaden unternimmt, so ist er geschickter als ich, und ärger als der Teufel selbst."

Die Stadt an sich selber war nicht allzu ausgedehnt. Sie zählte 1600 Häuser. In einer Stunde ließ sie mit allen Außenwerken sich umgehen. Um diesen Kern der festen Stadt legte sich Spinolas be-

[1] Aitzema I, 834, dem ich überhaupt hier folge.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

festigtes Lager, durch Deiche geschützt, nach innen und nach außen eine neue Festung. Und wiederum ward dieser Kreis zu verschiedenen Zeiten umschlossen von einem Entsatzheere in festen Lagern. Die Belagerung, denkwürdig an sich, ward es noch mehr durch die von beiden Seiten aufgewandte Umsicht und Thatkraft, durch die ungeheueren Mittel, für die ein ganzer Feldzug hätte geführt werden können. Darum richteten sich die Augen Europas nach Breda. Man erzählte sich, daß der junge Sultan sich fleißig erkundige, wie es um Breda stehe. Man dürfte sagen, daß sich in dieser Belagerung von Breda der Charakter des niederländischen Krieges zu Lande concentriert.

Auch die Persönlichkeiten, die beiderseits an der Spitze standen, in der Stadt Justin von Nassau, ein Halbbruder des Prinzen Moritz, vor derselben Ambrosius Spinola, respectierten einander. Der letztere bewährte den Ruf, den er sich in Hessen und der Pfalz erworben. Heben wir ein Beispiel dieser Art hervor.

Im Beginne der Belagerung entsendete Spinola einen Wagenzug mit Bedeckung nach dem unfern gelegenen Zevenbergen, um dort Lebensmittel einzukaufen. Der General-Auditeur, den Spinola dem Zuge zu dem Zwecke beigegeben, um jeglichem Muthwillen der Soldaten zuvorzukommen, ersuchte den Magistrat der Stadt, den Preis des zu kaufenden Getreides zu bestimmen, mit dem Versprechen sofortiger Bezahlung. Da jedoch die Generalstaaten dem Magistrate den Verkauf von Getreide an die Feinde untersagt hatten, so setzte diesen jenes Gesuch in Verlegenheit. Er suchte sich herauszuwinden durch das Angebot einer Geldsumme. Spinola ließ das Erbieten dankend zurückweisen: er bedürfe ihres Geldes nicht, sondern des Kornes, und könne es nicht anderswo kaufen.[1]

Dem Zuge wohnten auch zwei Jesuiten bei, um durch ihre Gegenwart den Insolenzen,[2] die bei solchen Reiterzügen vorzufallen pflegten, zu steuern, und zu hindern, daß Jemandem ein Unrecht geschehe. Sie erwiesen den Einwohnern von Zevenbergen großen Dienst, namentlich einem Prädikanten, der, mit Frau und Kindern ins Gedränge gerathen, von den Jesuiten befreit wurde. „Darüber, hieß es, sollen die von der reformierten Religion gesagt haben: hoe nu by die swarte duyvels soo veel candeurs of vromicheyt gevonden wiert."

[1] A. a. O. 849.

[2] A. a. O. om door haare tegenwoordicheyt de insolentie ende overlast der Canaille van de Hoeren ende Boeven, die gemeenlyk by sulcken Ruytertochten zyn, te stillen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Moritz von Oranien machte eine Reihe von Anschlägen auf das Lager Spinolas. Namentlich versuchte er zweimal einen Handstreich auf Antwerpen, dessen Besitz für Spinola die Zufuhr deckte. Sie mislangen. Die Werke Spinolas, auf das Aushungern der Stadt Breda berechnet, häuften sich und dehnten sich aus. Der ganze Umfang betrug zuletzt fünf Meilen. Es ward Herbst, es ward Winter, die Fluthen bedeckten das Land. Der Oranier hoffte das Lager der Angreifer zu ersäufen. Es gelang nicht. Es blieb dem Oranier nur noch eine Hoffnung: diejenige auf ein Entsatzheer. Als ein solches konnten dienen die Truppen, die damals Mansfeld in England sammelte.

8. Mansfeld und seine Truppen, im Winter 1624/25.

Mansfeld war im Sommer und im Herbste 1624 unermüdlich thätig für das Zusammenbringen einer neuen Armee. Sein Credit zwar war wie bei dem kundigen Camerar am Hofe Friedrichs, so auch bei den Hochmögenden im Haag, etwas verblaßt. Bei den Nachrichten über die Gunst, die Mansfeld bei Ludwig XIII. und dem Cardinal Richelieu fand, ließen die Generalstaaten, im September, dort sagen: wenn der König die Absicht habe, ein Heer unter Mansfeld zu entsenden, so bäten sie, daß es nicht in der Nähe der Niederlande geschähe.[1] Nicht, sagten sie, als ob Mansfelds Person ihnen unangenehm wäre; allein die Folge würde sein, daß die ganze Macht des Kaisers und der Liga sich dahin ziehe, und daß ferner das Mistrauen und der Unwille Dänemarks und des niedersächsischen Kreises rege gemacht werde. Denn diese hätten über Mansfelds Züge, Einlagerungen und Plünderungen, da er ja seine Leute nicht bezahlen könne, sich oft beklagt. — Die Hochmögenden stellten daher dem Könige Ludwig XIII. ihre Besorgnis vor, daß für sie aus der Nähe eines solchen Heeres mehr Schaden als Nutzen erwachsen würde. Wenn dagegen Ludwig XIII. ein Heer unter Mansfeld nach der Grafschaft Burgund, dem Valtellin, oder sonst wohin entsenden wolle, so sei dies den Generalstaaten sehr angenehm.

Schärfer und bestimmter urtheilte über Mansfeld der erfahrenste Politiker auf Friedrichs Seite, der Rath Camerar. Wie er bei dem ersten Empfange des Mansfeld in England dem Gesandten Rusdorf dort seine Bedenken gemeldet: so wiederholte er sie, als Mansfeld mit den Zusicherungen Richelieus für ihn aus Paris nach London zurückkehrte.

[1] A. a. O. 907.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

im Herbste. „Ich sehe nicht, schreibt Camerar, wie durch Mansfeld das Verlorene hergestellt werden kann. Dies wird nie geschehen, wenn nicht unter den Auspicien unseres Königs und in seinem Beisein die Sache geführt wird. Der Haß gegen Mansfeld ist durch ganz Deutschland verbreitet, und noch größer ist derjenige gegen den Braunschweiger." [1]

Dieser Haß in Deutschland gegen Mansfeld und Christian mochte allerdings bei manchen Engländern nicht sehr schwer in die Wage fallen. „Wir, sagte der Staats-Secretär Conway zu Friedrichs Gesandten Rusdorf, werden uns nicht darum kümmern, ob auch ganz Deutschland in Flammen stünde, wenn wir nur die Pfalz wieder erlangen." [2]

Auf die Bedenken Camerars erwiederte Rusdorf, daß, wenn er versuchen würde, in London gegen Mansfeld zu reden, den Plan der Unternehmung desselben als den deutschen Fürsten misfällig, als unausführbar darzustellen, die Engländer sich um die Sache gar nicht mehr kümmern würden. „Denn sie suchen und haschen nur nach Vorwänden und Ausflüchten für ihre Mattherzigkeit und einen feigen Frieden. Dann würde erst recht der König von Frankreich die Hand zurückziehen und sich der Sache des Königs von Böhmen nicht annehmen. Frankreich, Venedig, Savoyen zahlen mehr für Mansfeld als der König von England. Bereits theilt Mansfeld Patente aus, und ist verpflichtet, noch in diesem Jahre aufzubrechen." [3]

Solche Reden mochten immerhin den Camerar im Haag nicht überzeugen; aber sie brachten ihn zum Schweigen. Die Thatsache war da, daß Mansfeld mit englischem und französischem Gelde ausgestattet wurde, um zu werben und mit dem so geworbenen Heere die Pfalz für Friedrich wieder zu gewinnen. Und zwar geschah das Alles ohne Mitwissen Friedrichs und seiner Berather im Haag. „Was Mansfeld thun soll, schreibt Elisabeth noch zu Ende des Jahres, weiß ich nicht. Denn der König (Friedrich) und ich sind alles dessen durchaus unkundig, obwohl man uns sagt, es geschehe zu unserem Dienste." [4]

Im Anfange Octobers traf Mansfeld wieder in England ein. In der ersten Audienz bei dem Könige Jacob versicherte er abermals, daß sein Marsch auf Bayern gerichtet sein werde. „Aber, fragte Jacob,

[1] Sölt III, 196.
[2] Rusdorf, mémoires etc. I, 340. Vom 23. August.
[3] Rusdorfii epistolae 51. Vom 25. September. [4] Roe 325.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sie werden die Infantin um die Erlaubnis des Durchzuges ersuchen?" — „Nicht zu lange vorher, versetzte Mansfeld: ich möchte zu viele Vorbereitungen finden." [1] — Als Mansfeld aus den Gemächern des Königs hervortrat, fand er in der Gallerie eine Reihe von Lords, die ihn willkommen hießen.

Die Antwort des Mansfeld mochte den König Jacob wegen der Infantin beunruhigt haben. Am nächsten Tage trat der Staats-Secretär Conway zu Mansfeld mit der Forderung: Frankreich müsse sich schriftlich verpflichten, ihm den Durchmarsch zu gestatten. Es erfolgte ein Wortwechsel. Mansfeld fragte: „Wenn Frankreich nun nicht das schriftliche Versprechen gibt, was wird der König thun, und was wird aus mir? Wird man dann gar nichts thun?" [2] — Buckingham trat hinzu und sagte: „Sobald Sie das schriftliche Versprechen haben, wird der König alles für Sie thun."

Da der Cardinal Richelieu seinen Krieg gegen das Haus Oesterreich nicht offen, sondern verdeckt führen wollte: so kann er, bei aller Werthschätzung, die er auf die Dienste des Mansfeld legen mochte, ihm nicht verschwiegen haben, daß er einen Durchmarsch desselben durch Frankreich nicht gestatten würde.

Es standen also dem beabsichtigten Zuge des Mansfeld von England aus nach der Pfalz die Hindernisse entgegen: der Marsch durch Frankreich war ihm verschlossen; die Generalstaaten hatten sich den Marsch durch ihr Gebiet verbeten; der König Jacob verstattete nicht eine Feindseligkeit gegen das Gebiet der Infantin. — Dennoch mag Mansfeld gemeint haben, alle diese Klippen umschiffen zu können. Er begab sich wieder hinüber, um mit dem Prinzen Moritz von Oranien, dem zum Entsatze von Breda jegliche Hülfe willkommen sein mußte, einen Plan zu vereinbaren.

Unterdessen ward, im October und November, in England ein Heer von 12,000 Mann vorbereitet. Es bestand darin ein merkwürdiger Unterschied zwischen England und dem Festlande. Auf dem Festlande pflegte man zu werben. Wenn die Trommel erdröhnte, wenn die Werbefahne flatterte, strömten, neben gedienten Soldaten, auch viele minderwerthige Mitglieder der menschlichen Gesellschaft hinzu. Bei der Annahme hatte das versuchte Volk d. h. die bereits kriegserfahrene Mann-

[1] Rusdorf, mémoires I, 377. Vom 12. October. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

schaft, den Vorzug. Der Engländer Anstruther, der damals Zeuge war, wie in Hamburg und Umgegend 3000 Mann, unter dem Namen der Generalstaaten, für Mansfeld geworben wurden, berichtet darüber: „Es ist zum Verwundern, mit welcher Munterkeit diejenigen, die früher unter Mansfeld gedient haben, auf seinen Ruf jetzt wieder zu ihm eilen.“[1] — Der Jammer und die Leiden, welche diese Menschen selbst erduldeten, welche sie Anderen zufügten, kamen auf Rechnung des eigenen freien Willens. — Anders in England. Dort wurde gepreßt. Die Presser, Constabler genannt, selber der Waffen und des Krieges unkundig, nahmen diejenigen, die ihnen tauglich erschienen, wenige nach eigenem Willen, die Mehrzahl durch Zwang aller Art. — Die Deutschen, hauptsächlich in und bei Hamburg und Bremen geworben, wurden zu Schiffe nach Queensbury an der Themse gebracht. Der endliche Sammelplatz war Dover.

Im Haag trat Mansfeld mit einem stattlichen Generalstabe auf.[3] Dort fand er auch Christian von Braunschweig, der gekommen war, unter Mansfeld die Cavallerie zu führen, die in Frankreich geworben wurde. Die zwei Kriegeshäupter, die so oft mit einander gehadert, trugen nun eine außerordentliche Freundschaft und Einigkeit zur Schau. Es lag ferner dem Mansfeld viel daran, durch die Verwendung aller derjenigen Mächte, in deren Dienste er nunmehr stand, seine achtzehn metallenen Kanonen von der Stadt Emden ausgeliefert zu erhalten. Die Verwendungen erfolgten, nicht die Kanonen. Der französische Gesandte Espesses im Haag schließt seinen letzten Bericht darüber mit den Worten: „Außer dem bösen Willen, den die Bürger von Emden gegen Mansfeld haben, werden sie hier für die hartnäckigsten Leute in Deutschland gehalten.“[4] — Ein solches Zeugnis von Seiten der Unterdrücker gereicht der Stadt nicht zur Unehre.

Es gelang dem Mansfeld nicht, in seinen Unterredungen mit dem Prinzen Moritz in dessen Hauptquartier zu Rosendael zum Abschlusse eines festen Planes zu kommen.[5] Die Generalstaaten wollten Mansfeld nicht in ihrem Lande. Dennoch ging unter der Besatzung von Breda die gemeine Rede, daß nur Mansfeld ihnen Entsatz bringen könne.[6] Es blieb also die Frage, wie dahin zu gelangen.

[1] Roe 323. [2] Rusdorf, consilia etc. 349.
[3] Villermont, Mansfeld II, 239. [4] A. a. O. 262.
[5] A. a. O. 255 et suiv. [6] Aitzema I, 1040.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Am 12. November bestieg Mansfeld in Vliessingen ein Schiff zur Überfahrt, um seine neue Armee zu holen. Das Fahrzeug strandete an der holländischen Küste: nur Mansfeld mit einigen Officieren ward gerettet. Dann segelte er hinüber. Gleich nachher kam auch Christian von Braunschweig dorthin. Beide wurden abermals festlich dort empfangen und hoch geehrt.

Mansfeld jedoch hatte von Frankreich her das von dem Könige Jacob verlangte schriftliche Versprechen, den Durchzug zu gestatten, nicht erlangt. Andererseits beharrte der König Jacob dabei, daß gegen die Infantin keine Feindseligkeit verübt werden dürfe. Jacob wollte endlich von einer Landung Mansfelds in Holland nicht hören, weil die in Frankreich geworbene Cavallerie bei Calais stehe. „Die französischen Gesandten dagegen, meldet Rusdorf, die es darauf anlegen, Jacob I. zum Bruche mit Spanien zu bringen, rathen die Hülfe für Breda an, also wie Mansfeld will.“ [1]

Demnach handelten Mansfeld und die Franzosen im Einverständnisse.

Der Cardinal Richelieu behauptete damals wie später, ein Versprechen dem Mansfeld den Durchzug durch Frankreich zu gestatten niemals gegeben zu haben.[2] Daß er in Wirklichkeit dies selber nicht gethan haben kann, liegt sowohl im Allgemeinen aus dem Plane seiner verdeckten Kriegführung vor, als besonders aus seiner und des Königs Correspondenz mit den Häuptern der Liga.

Im Beginne des Jahres 1625 richteten die drei geistlichen Kurfürsten an Ludwig XIII. ein Schreiben, mit der Darlegung des Sachverhaltes die Bitte enthaltend, daß der König dem Ächter des Reiches, Mansfeld, kein Gehör geben wolle. Durch die Sendung Vaubecourts habe Ludwig XIII. dargethan, daß seine Gesinnung der ihrigen entspreche. Anders stehe es mit Jacob I., der jetzt zu Gunsten Friedrichs V., dessen Sache er selber verworfen, alle Welt aufreize, sogar den Türken. Nun gebe es Einige, welche behaupten, daß auch Ludwig XIII. den praedo Mansfeld begünstige. Sie, die Kurfürsten, schreiben deshalb, um ihre Überzeugung auszusprechen: „Ew. M. werden niemals gestatten, daß diejenigen, welche wider göttliches und menschliches Recht die Hand an fremde Kronen gelegt, welche ohne jegliche Rücksicht hartnäckig bisher ihre Rebellion fortgesetzt, die Autorität der kaiserlichen Majestät verächtlich

[1] Rusdorf, mémoires I, 417.

[2] Avenel II, 59. Vom 20. December.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gehalten — daß solche Persönlichkeiten für ihre höchst ungerechte Sache einen Schutz bei einem so gerechten Könige finden. Vielmehr werden Ew. Majestät ein königswürdiges Werk vollbringen, wenn Sie durch Ihre Autorität auch den König von Großbritannien dahin vermögen, daß ohne jeglichen Waffenlärm die Sache des Pfalzgrafen, welche, wenn er zu irgend einer Kundgebung der Unterwerfung hätte bewogen werden können, längst erledigt wäre — daß diese Sache nach Recht und Billigkeit dem einen höchsten Tribunal, dem demnächstigen Reichstage, überwiesen werde. Dann dürfen Ew. M. nicht zweifeln, daß, wenn nur noch einige Hoffnung auf Rechtsgefühl bei den Rebellen übrig, die Entscheidung so ausfallen wird, daß auch der Autorität Ew. M. die vollste Rücksicht gewahrt werde."[1]

In ähnlicher Weise schrieben die drei Kurfürsten zugleich an den Cardinal Richelieu. Sie fügen noch hinzu: „Wahrlich, diejenigen, welche die gehässige Beschuldigung erheben, daß die Waffen des allerchristlichsten Königs zum Schaden der Kirche, ja der ganzen Christenheit, die ungerechte Sache der Rebellen unterstützen, scheinen Sr. M. eine allzu schwere Injurie zuzufügen. Es wird Ihre höchste Aufgabe und Ihr Verdienst um den König und die ganze Christenheit sein, auch nur das Gerücht eines solchen Unrechtes von dem Könige abzuwehren."[2]

Das Urtheil, welches die drei Kurfürsten über die thatsächliche Politik des Cardinals Richelieu fällten, konnte er sich aus diesen Schriftstücken zur Genüge entnehmen.

Ferner richten die Kurfürsten am selben Tage ein Schreiben an den Papst Urban VIII. Darin sagen sie ganz offen, daß ihnen die Infantin in Brüssel das Bündnis zwischen Jacob I. und Ludwig XIII. kund gethan, und bitten den Papst, daß er seine Verwendung bei dem letzteren Könige dagegen geltend mache.[3]

Ludwig XIII. antwortete, am 22. Februar,[4] zuerst daß er die frühere Antwort der Kurfürsten an Vaubecourt mehr eingehend gewünscht hätte. Dann sagte er, daß Niemand mehr als er das Gedeihen der Kirche wünsche, und dafür seine Waffen, seine Länder, sein Blut nicht sparen werde. Endlich fuhr er fort: „Was nun die besondere Thatsache betrifft, um die es sich handelt, so bin ich ganz bereit, mich bei dem

[1] Kriegsacten F. 61. Vom 8. Januar. [2] A. a. O. [3] A. a. O.
[4] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Könige von Großbritannien, meinem guten Bruder, dahin zu verwenden, daß er seinen Schwiegersohn bestimme, dem Kaiser zu geben, was er schuldig ist, und sich mit einer vernünftigen Bedingung zu begnügen. Denn ich erachte dies für das geeignete Mittel, die Wurzel aller Parteiungen, die in Deutschland entstehen können, abzuschneiden. Darum auch zweifele ich nicht, daß Sie Ihrerseits alles, was von Ihnen abhangt, beitragen, wie ich meinerseits nichts unterlassen werde, um die Sache zu einem glücklichen Ausgange zu bringen. Dieses Auskunftsmittel würde die Folge haben, daß mein vorgenannter Bruder, der König von Großbritannien, nicht einmal den Gedanken haben würde, den Mansfeld nach Deutschland hinein zu schicken. Wenn Sie mir darüber Ihre Ansichten kund geben, so werde ich durch die That beweisen, wie sehr ich die Ruhe von ganz Deutschland und besonders Ihre Zufriedenheit wünsche."

Es bedarf nicht einer Hervorhebung, wie sehr dieses Schreiben, welches Richelieu von seinem jungen Könige unterzeichnen ließ, im Widerspruche mit den notorischen Thatsachen steht. An dem Tage, an welchem dies Schreiben abging, dem 22. Februar, war auch die Möglichkeit eines Durchmarsches von Mansfeld durch Frankreich bereits vorüber. Aber die Correspondenz zeigt, daß Richelieu, wenn er nicht die Verlogenheit seiner Politik den drei Kurfürsten offen darlegen wollte, diesen Durchmarsch niemals gestatten konnte.

Auf der anderen Seite aber steht die Thatsache einer anderen Meinung in England. Weil das Augenmerk Jacobs nur auf die Pfalz gerichtet war, weil Mansfeld, wenn der Weg durch Holland oder Belgien ihm versagt war, nur über französisches Gebiet dahin gelangen konnte, so muß der König Jacob geglaubt haben, daß Ludwig XIII. dies gestatten würde. Reichlich zwei Jahre später wird in der Kriegserklärung von England an Frankreich als erster Grund geltend gemacht, daß Frankreich der Mansfeldischen Armee den vorher in bester Form bewilligten Paß durch Frankreich dann doch abgeschlagen habe, und dadurch und durch andere Handlungen wider Treue und Glauben die Schuld an dem Miserfolge jener Armee trage.[1]

Jedenfalls also ist man in England, vermöge jenes Zusammenwirkens des Mansfeld und der französischen Gesandten, sich über diesen Abschlag von französischer Seite nicht klar gewesen. Im anderen Falle wäre es undenkbar, daß Jacob I. die Einschiffung gestattet haben würde.

[1] Rhevenhiller X, 1673.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Mansfeld selber machte noch einen anderen Versuch. Er hatte die Dreistigkeit, von Dover aus ein Schreiben an die Infantin in Brüssel zu richten, und darin von ihr die Erlaubnis des Durchzuges zu verlangen, ob mit Güte, ob mit Gewalt. Die Fürstin kannte endlich diesen Menschen. Sie würdigte ihn keiner Antwort.[1] Dagegen meldete sie das Verlangen einerseits an Tilly. Er sagte Hülfe zu mit 13,000 Mann. Andererseits gab sie ihren Gesandten in England, Male und Bruneau, den Auftrag, nochmals ernstlich mit dem Könige Jacob zu reden. Sie trafen ihn in Newmarket. Sie legten ihm mit Nachdruck die Fragen vor: ob der König Philipp und die Infantin des Friedens von Jacob her sicher seien, und welche Bürgschaft er gebe, daß Mansfeld sie nicht angreifen werde.[2] Der König betheuerte abermals seinen Friedenseifer. Mansfeld habe durchaus keinen Befehl einer Feindseligkeit gegen Spanien, sondern den des directen Marsches nach der Pfalz, um diese wieder zu gewinnen. Wo jedoch Mansfeld landen könne, das bleibe Gott und den Winden anheim gestellt. — Die Gesandten fragten weiter: „Wie aber, wenn Mansfeld, mit Hintansetzung der Befehle, sich mit den Holländern einigt, um Breda zu entsetzen?" — „Das wird er nicht thun, antwortete der König; denn ich habe es ihm ausdrücklich untersagt." — „Wie aber, fragten weiter die Gesandten, wenn er es dennoch thut?" — „In solchem Falle, versetzte Jacob, würde ein jeder meiner Unterthanen, der ihm gehorcht, sich der Majestätsbeleidigung schuldig machen." Diese Antwort beruhigte die Gesandten.

„Wie immer dem sei, sagt der Agent Friedrichs, Rusdorf, der dies berichtet: wir wollen fortschreiten auf dem Wege, den die Vernunft und das Glück uns anweisen, und werden bereit sein, die That zu entschuldigen, nachdem wir sie vollbracht haben. Auch fürchten wir nicht den Zorn und die Drohungen des alten Mannes, den der glückliche Erfolg besänftigen wird." — Auf den Erfolg also kam es an.

Unterdessen verbreitete das Gerücht die Nachricht, daß man die Landung des Mansfeld wahrscheinlich an der Küste der spanischen Niederlande zu gewärtigen habe. Bei dem Namen Mansfeld durchrieselte ein Schauder den Bürger und Landmann, den Gatten und Vater. Die Menschen verließen Haus und Hof auf dem Lande, um sich mit allen Habseligkeiten hinter die Mauern der Städte zu flüchten. „Es ist ein

[1] Aitzema I, 1040. Villermont, Mansfeld II, 280.

[2] Rusdorfii epistolae 59. Vom 8./18. Februar 1625. Villermont, Mansfeld II, 281.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Jammer anzusehen, meldet der spanische Statthalter aus Arras an die Infantin, welches Entsetzen die Menschen ergriffen hat. Die Landstraßen sind bedeckt mit Fliehenden." [1] Und freilich war ja die Gefahr groß, da man wenige Truppen zur Verfügung hatte. Die Infantin bot das Landvolk auf und bewaffnete es. Tag und Nacht spähten die Wachen von den Küsten, damit alles bereit sei zum Empfange der Verderbers.

Der König Jacob dagegen ließ an die Reichsfürsten Circularschreiben ergehen, enthaltend die Ankündigung, daß er ein Heer aussende, um die Ruhe und den Frieden der Christenheit, die Ehre des deutschen Namens herzustellen, und einem Jeden das Seine zu geben. Weiter sagt das Schreiben: cui (exercitui), quod felix faustumque sit, illustrem consanguineum nostrum carissimum, Ernestum Principem Mansfeldium, propter eximiam rei militaris et locorum morumque in Germania peritiam, et propter egregiam nobis et genero nostro approbatam fidem, praefecimus cum imperio summum ductorem.

Die Worte sind die höchstklingenden, die dem landverderbenden Bastard zu Theil geworden. Der König Jacob versicherte ferner den deutschen Reichsfürsten, dem Mansfeld streng befohlen zu haben, daß er scharfe Mannszucht halte. Auch vermöge Mansfeld dies besser als zuvor, weil der König für regelmäßige Soldzahlung Sorge getragen.

Das Heer unter Mansfeld bei Dover wird angegeben auf 4000 Deutsche, lauter gediente Soldaten, und reichlich 14,000 Engländer, durchweg gepreßt. Von der Einschiffung an, dem 20. Februar 1625, wurde die Flotte durch Wind und Wellen, die Mannschaft durch Krankheit hart mitgenommen. Als sie nach beschwerlicher Überfahrt vor Vliessingen eintraf, ward dort die Landung nicht gestattet. Die Flotte fuhr weiter stromauf, nach Geertruidenberg. „Dort schien es, als ob der Himmel aufs neue sie anfechten wollte." [4] Mehrere Tage lang wütheten Stürme, stießen die Schiffe auf der Rhede an einander, daß einige zerschellten. Es folgte ein Wechsel von Frost und Thauwetter. Pest, Fieber und Seekrankheit wütheten zugleich auf den Schiffen. Für die Gesunden hatte Geertruidenberg nicht Lebensmittel genug. Der gelinde Frost sperrte die Wege. Die zusammen gedrängten Menschen starben haufenweise.

[1] Correspondance du duc de Bavière avec l'Infante. Bericht des Grafen Hoogstraten, December 1624.

[2] Rusdorf, consilia 325. [3] Villermont, Mansfeld II, 282.

[4] Aitzema I, 1042. Auch das Folgende.

Digitized by Google Origina from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Mansfeld ließ die Leichen und was man dafür hielt, bei Dutzenden ins Wasser werfen. Sie trieben an die Küste, der Hauch der Verwesung verbreitete in den nah gelegenen Orten Pest und Tod. Endlich wurde die Ausschiffung ermöglicht, und sofort begann die Desertion in Haufen. Was auch sollten die Armen? Viele unter ihnen wußten nichts von Waffen und der Handhabung derselben. Manche füllten ihr Musketenrohr mit Pulver bis an die Mündung. Sie wußten nicht, wofür und weshalb der Krieg, wer ihnen Freund sei oder Feind. Allein sie sahen, daß sie sterben mußten so wie so, vor Frost und Hunger, vor Pest und Ungemach. Darum entliefen sie.

Kaum besser erging es der Cavallerie unter Christian, die, in Frankreich geworben, bei Calais zu Schiffe ging, um nach Geertruidenberg zu fahren. Ein heftiger Sturm, dessen Gedächtnis noch für lange in der Erinnerung der Küstenanwohner haften blieb,[1] kam über diese Flotte, verschlug, verstreuete sie. Ein Theil der Schiffe scheiterte, viele Menschen und Pferde gingen zu Grunde. Die übrig Gebliebenen stießen zu der Infanterie des Mansfeld, der man in der Gegend der sogenannten langen Straße bei Hertogenbosch Quartier angewiesen.

Der Erfolg also war bis dahin nicht mit diesen Schaaren. Weder der Qualität, noch auch der Quantität nach waren sie zum Entsatze von Breda verwendbar. Und eben so wenig zu einem Durchbruche nach der Pfalz. Camerar bei Friedrich im Haag ergeht sich darüber in scharfen Worten: „Durch allzu große Zögerung ist die schönste Gelegenheit bereits vorüber. Denn wo soll Mansfeld nun nach Deutschland durchbrechen? Schon stehen bei Lüttich gegen ihn die kaiserlichen Schaaren. Das ist dem Könige von England eigen, große Geldsummen ohne Nutzen zu vergeuden.“[2]

Und trüber wurden diese Dinge, und der Unmuth des Pfälzer Hofes im Haag gegen Mansfeld schwoll an. „Mansfeld ermüdet uns, schreibt Camerar am 3./13. März. Er will, daß wir ihm von den Generalstaaten einen Vorschuß von mehreren Hunderttausend verschaffen, die sie vom Könige in England wieder erhalten sollen. Er will neue Truppen in großer Zahl werben. Wenn er nicht Breda für die Generalstaaten entsetzt, wird er ihnen ein unlieber Gast sein. Sein Heer wird durch Hunger zu Grunde gehen, und niemals wird er es nach Deutschland hinein bringen.“[3]

[1] Villermont, Mansfeld II, 286. [2] Söltl III, 197. [3] A. a. O. 198.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die seit Monaten drohende Wetterwolke dieser Mansfeldischen Rüstung auf Kosten von England und Frankreich hatte also bis dahin die deutschen Grenzen nicht einmal berührt. Und doch hatte sie im voraus dorthin ihre nachtheilige Wirkung geübt. Der Kurfürstentag, den nach dem Ausgange der Beredung von Schleusingen der Kaiser in Aussicht gestellt, als die Vorstufe eines Reichstages, war unterblieben, und damit die Hoffnung auf eine persönliche Einigung der Häupter des Reiches für die Herstellung des Friedens zerronnen.[1]

9. Wettbewerbung der Könige Gustav Adolf und Christian IV. um Geld zum Kriege.

Noch bevor Mansfeld und seine Schaaren von Dover aus in See gingen, wurden in London neue Kriegsplane erwogen. Im Namen des Schwedenkönigs Gustav Adolf und des Kurfürsten von Brandenburg war des Letzteren Rath Bellin dort eingetroffen, um die Vorschläge zu entwickeln, die der Leser bereits kennen gelernt hat.

In der ersten Audienz, im Anfang Januar 1625, sprach Bellin dem Könige Jacob Dank dafür aus, daß er eine Armee unter Mansfeld aufgestellt. Dies sei aber nicht genug. Mansfeld allein werde nicht vermögen, „den Frieden in Deutschland herzustellen.“[2] Dazu bedürfe es einer Allianz auf mehrere Jahre. — Der König antwortete: „Ich schätze den Kurfürsten, der sich ja nach der Flucht von Prag als wahrer Freund benommen. Ich finde es auffallend, daß Christian IV. als so naher Verwandter sich nicht rührt. Gern daher höre ich, daß Gustav Adolf, der weniger betheiligt ist und so schwere Kriege führt, sich willig erzeigt. Ich bin geneigt zu einem Bündnisse, wenn nur auch Christian IV. mitthut, bei welchem Lord Anstruther in diesem Sinne thätig ist.“

Hier lag vom Beginne an der Differenzpunct. Bellin wiederholte dem Könige wie den Ministern: alle Erbietungen Gustav Adolfs geschehen nur unter der Bedingung, daß die Verbündeten ihn als ihren General anerkennen, ihm die Direction des Krieges anheim stellen. — Dagegen mußten Bellin und Friedrichs Gesandter Rusdorf sich überzeugen: der Respect vor Christian IV. sei am englischen Hofe so groß, daß man dem Schweden nichts ohne die Zustimmung des Dänen bewilligen werde.[3]

[1] Man vgl. den Bericht aus Wien bei Roe 323.

[2] De rétablir la paix en Allemagne, bei Rusdorf, mémoires I, 421, 429.

[3] A. a. O. 423, 427. Vom 15. Januar 1625.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bellin drängte auf Bescheid, damit Gustav Adolf wisse, wie er mit Polen es zu halten. Die Worte schließen in sich, daß die Frage, ob Krieg, ob Friede mit Polen, in der Hand Gustav Adolfs stand. Bellin faßte das Ganze zusammen in die Worte: Gustav Adolf verlange nichts, als daß ein jeder Theilnehmer des zu errichtenden Bundes seine Quote bezahle, das Andere werde er besorgen.[1]

Jedoch wünschte Gustav Adolf nicht, daß Frankreich mit in die Allianz aufgenommen werde. Der Zweck derselben müsse die Herstellung der Sache der Evangelischen sein: darum dürfen auch nur evangelische Mitglieder dem Bunde angehören. Hülfe jedoch könne man von Frankreich annehmen.[2] — Es ist von Interesse zu sehen, wie das Schlagwort: evangelisch — welches, dem Augsburger Religionsfrieden unbekannt, erst später in Deutschland zuerst auf calvinischer Seite gebraucht, durch Gustav Adolf in gewisser Weise europäisch wird, nicht jedoch mit allgemeiner Anerkennung. Denn auch die Osnabrücker Friedensacte von 1648 enthält nicht dieses Wort, sondern redet von den Anhängern der Augsburgischen Confession.

Buckingham drängte den Bellin, bevor er in London eine bestimmte Antwort erlangt, sich nach Paris zu begeben. Es geschah. Bellin fand dort eine geneigte Aufnahme, mit vielem Lobe für Gustav Adolf und Georg Wilhelm. Ludwig XIII. erbot sich, eine Million Livres in zwei Jahren beizutragen, und zwar unter der Hand. Insofern also entsprach der Cardinal Richelieu, wenn auch aus einem sehr verschiedenen Beweggrunde, den Wünschen Gustav Adolfs. In einem anderen Puncte war dies nicht der Fall. Der Cardinal und Ludwig XIII. stellten die Bedingung, daß Frankreich und England Schiedsrichter in Deutschland sein müßten.[3] Die Bedingung kreuzte ein wenig die geplante schwedische Kriegesdirection. Es ist nicht unwichtig, dies schon hier, wo die Sache keine Consequenz hatte, zu bemerken, weil derselbe Gegensatz in etwas anderer Form später praktisch wiederkehrt.

Überhaupt liegt hier der Vergleich nahe zwischen diesen beiden hauptsächlichsten Motoren der Unruhe und der Kriege jener Zeiten: Gustav Adolf und Richelieu.

Gemeinsam war ihnen beiden eine Herrschsucht, welche die Schranke eines fremden Rechtes nicht kannte. „Alle politische Klugheit, sagt der

[1] A. a. O. 468. [2] A. a. O. 454. [3] A. a. O. 480, 495.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Cardinal Richelieu, besteht nur darin, die vortheilhafteste Gelegenheit zu ergreifen, wo man thun kann, was man thun will."[1] Es ist dieselbe Gesinnung, von welcher aus die Triumvirn von 1619 erklärten: „Die böhmische Rebellion ist in allweg für eine von Gott zugeschickte sonderbare Occasion zu halten und keineswegs mit Undankbarkeit zu verwahrlosen."[2] Daß Gustav Adolf die Gelegenheit zum Kriege für den besten Grund hielt, legten wie die Besitzergreifung von Riga im Jahre 1621, so die fast alljährlich in dieser oder jener Form erneuten Anerbietungen für den Krieg in Deutschland dar.

Gemeinsam war ferner dem Cardinal Richelieu und dem Könige Gustav Adolf, wie nicht jenen Triumvirn, die sorgfältige Vorbereitung. „Wer große Dinge unternimmt, sagte damals Gustav Adolf, ohne sich auf eigene starke Kraft und gute Hülfe zu stützen, nur weil ihn eine unbestimmte, unsichere Hoffnung leitet, der wird dann, wenn die Dinge eine andere Wendung nehmen, am Ende erkennen, wie er sich durch sich selbst und durch Andere hat täuschen lassen."[3] Es ist möglich, daß, wie man gemeint hat, Gustav Adolf mit diesen Worten dem Vetter Friedrich im Haag eine Lehre hat ertheilen wollen; näher jedoch liegt, daß die Worte durch den Lord Spens, an den er sie richtete, für Jacob I. und den Prinzen von Wales wegen ihrer Vorliebe für Christian IV. bestimmt waren. Wie immer dem sei, der kaum dreißigjährige König hat damals wie später jederzeit in seinem Verhalten jene Gedanken vor Augen gehabt. Er faßt alle Dinge an mit einer staunenswerthen Berechnung der Aussichten des Gelingens, und sucht namentlich zuerst das Fundament des Aufbaues seiner Plane zu sichern.

Ein Ähnliches gilt von dem Cardinal Richelieu. Er selber hat durch die Aufzeichnung seiner Memoiren für die Nachwelt einen Einblick in die geistige Werkstätte seines Schaffens eröffnet. Wir lesen dort, mit welchem Scharfblicke er die Gelegenheit erspäht, seine Entwürfe anspinnt, folgerecht sie festhält und, der Regel nach, sie durchführt. Wir bewundern, wie bei Gustav Adolf, die erstaunliche Kraft der Combination, die Befähigung zu leiten und zu führen, andere Kräfte sich dienstbar zu machen, die Festigkeit des Willens, die Ausdauer in dem Streben nach dem gesteckten Ziele — alles das bei beiden mit wohlklingenden Worten geziert, in Wahrheit zum Dienste für die eigene Herrschsucht.

[1] Mémoires II, 429. Avenel II, 82, 97.

[2] Der Unirten P. Archiv 260.

[3] Moser V, 140. An Lord Spens, 13./23. März 1625.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die wohlklingenden Worte jedoch sind bei diesen beiden Hauptmotoren jener Zeit sehr verschieden. Gustav Adolf hält, wie von dem Fenstersturze in Prag an die gesammte Partei der Aggressive im Reiche, und wie er selber seine Unterthanen seit Jahren darauf vorbereitet, fest an den Schlagworten des Religionskrieges und des Evangeliums. Richelieu dagegen führt den Kampf seines Lebens für, wie er sagt, das französische Königthum, daheim gegen die Hugenotten, nach außen zur Schwächung, Erniedrigung, Vernichtung des Hauses Habsburg. Er will nicht die Religion als Vorwand; vielmehr sagt er: Le prétexte de la religion est celui dont les Espagnols tâchent à se prévaloir.[1] Es kommt vor, daß der Cardinal, wie z. B. später in der Angelegenheit von La Rochelle, in Rom den kirchlichen Gesichtspunct geltend macht. In der Regel dagegen bewährt er die vom Beginne der Kirchenspaltung an erprobte Virtuosität der französischen Politik, die Nicht-Katholiken anderer Länder Europas für ihre Zwecke dienstbar zu machen.

Die Vorschläge Bellins in Paris wurden unterstützt durch die dortigen englischen Gesandten, die Grafen Carlisle und Holland. Der Cardinal Richelieu war sehr geneigt, so jedoch, daß die zwei Könige, Christian IV. und Gustav Adolf, zugleich das, was man die Herstellung des Friedens in Deutschland nannte, auf sich nehmen und zu diesem Zwecke die Subsidien der Bundesgenossen zu gleichen Theilen genießen sollten. Auch den Generalstaaten war dieser Vorschlag genehm. Man einigte sich in Paris dahin, daß auf einem Congresse im Haag am 30. April das Nähere festgestellt werden solle.[2] Der Gesandte Espesses im Haag erhielt den Auftrag, von Seiten Frankreichs eine halbe Million Livres zu bewilligen.[3]

Der Grund, weshalb Buckingham den Bellin aufgefordert hatte, vor einer Entscheidung in London nach Paris zu gehen, war seine Besorgnis, daß Christian IV. wegen der Fürstbisthümer, die er inne habe, sich nicht offen als Feind des Kaisers erklären werde.[4] Die Vermuthung entsprach den Kundgebungen Christians IV. vom Jahre zuvor. Jedoch ein Bericht Anstruthers vom 10./20. December 1624 deutet schon die Möglichkeit einer Wandlung an. „Obwohl, meldet er, der König be-

[1] Avenel II, 75.

[2] Rusdorf, consilia 196. Bei Rusdorf, mémoires I, 478 der Ausdruck: le rétablissement de la paix en A.

[3] Vreede, Inleiding I. Bylagen 80. [4] Rusdorf, mémoires I, 458.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

denklich und vorsichtig, und vom Kaiser zur Zeit so gehätschelt wird, daß er dort fast was er will, erlangen kann: so verzweifele ich doch nicht etwas Gutes bei ihm auszuwirken, wenn nicht öffentlich, so doch unter der Hand. Die kühle Haltung unseres Herrn hat ihn mistrauisch gemacht; aber nun, wo er sieht, daß England, Frankreich, Savoyen, Venedig, nicht bloß Worte machen, sondern auch handeln, habe ich die Hoffnung, daß er in gleicher Weise sich bethätigen wird." [1]

Vier Wochen später, am 13./23. Januar 1625, berichtete Anstruther nach London: „Christian IV. ist erbötig, wenn der König Jacob ihm 7000 Mann unterhält, auch selber 5000 Mann aufzustellen. In Allem denkt er auf eine Armee von 30,000 Mann. Mit derselben wird er am 1. Mai auf Lippstadt marschieren, und Quartier nehmen in den Pfaffenländern, die allein noch ausreichen, Truppen zu unterhalten. Dort wird er die Contributionen nehmen, um den Krieg zu führen, ohne sie jedoch zu Grunde zu richten." [2]

Wir vernehmen also abermals den Gedanken, den vom Beginne an die calvinische Union proclamiert hatte, mit den Worten: den Pfaffen die Pferde an den Zaun zu binden. Nicht bloß sollen die geistlichen Fürsten und ihre Unterthanen beraubt werden, sondern auch selber die Mittel hergeben, mit Hülfe deren man sie berauben will.

Die Vorschläge des Dänen sagten dem Könige Jacob besser zu als diejenigen des Schweden. Er beauftragte den Lord Spens, dem Schweden begreiflich zu machen, daß freilich die dänischen Vorschläge minder gewichtig, dagegen leichter auszuführen und einstweilen genügend seien. Spens solle daher den Schweden bewegen, dem Dänen die Direction des Krieges heimzustellen, oder mindestens in die Wahl eines Dritten einzuwilligen. [3]

Gustav Adolf und Oxenstierna waren über diese Wendung der Dinge sehr betroffen. Nach ihrer Ansicht und derjenigen der schwedisch Gesinnten überhaupt war der Entschluß des Dänen, sich anzubieten, erst hervorgerufen durch die Kunde der Vorschläge, die Bellin nach London und Paris überbracht hatte. Denn bei der Eifersucht dieser zwei Könige gegen einander lag bei jeder Regung des Einen dem Anderen der Argwohn nahe, daß er selber das Ziel sei. Der Schwede hatte eben zuvor aufgefangene Briefe des Dänen nach Polen dahin gedeutet, daß Christian IV.

[1] Roe 322. [2] Rusdorf, mémoires I, 474.

[3] Rusdorf, consilia 197. Diese Darlegung ist in aller Beziehung sehr wichtig.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bereit sei zu einem Bündnisse mit Sigismund III. wider Schweden.[1] Auf die Meldung aus London vom Erbieten des Dänen schrieb Oxenstierna an Camerar: „Unsere Plane sind entweder aus den Höfen der deutschen Fürsten oder aus England selbst verlautbart. Der Däne sucht sie zu durchkreuzen, als wenn man gegen ihn etwas bezwecke, und findet kein besseres Mittel, als sich selber anzubieten, und dadurch alles zunichte zu machen. Aber es ist noch des Königs ernstlicher Wille zu handeln. Er ist bereit zu jeder Stunde."[2] — „Er ist auch dann noch bereit, meldet gleichzeitig Johann Casimir aus Stockholm, wenn vielleicht jetzt oder künftig der Däne der Sache müde werden sollte."[3] — Einstweilen soll Lord Spens in London alles aufbieten, um den englischen König bei der anfänglichen Geneigtheit zu erhalten. Auch selbst neben dem Dänen ist der König Gustav Adolf bereit zu operieren.

Es ist merkwürdig zu sehen, wie unterdessen diese beiden Könige Christian IV. und Gustav Adolf, die sich gegenseitig nicht trauen, unter dem Scheine des Vertrauens einander zu täuschen suchen. Jeder von ihnen thut, als wisse er nichts von den Planen des Anderen. Am 22. Februar 1625 entwickelt Christian dem Nachbar seine Plane, und fragt, was Gustav Adolf zur Hülfe thun könne.[4] Dieser antwortet: er wolle Vertrauen mit Vertrauen erwiedern, und müsse deshalb sagen, daß er einen schweren Krieg in Polen zu führen habe. Darum habe er oft gewünscht, daß irgend ein mächtiger evangelischer Fürst den deutschen Protestanten helfe. Da das nun der Däne thun wolle, sei ihm das sehr lieb. Er seinerseits wolle dafür sorgen, daß unter der Zeit Dänemark von Polen aus nicht angegriffen werde. Gustav Adolf ließ sich sogar den Vorschlag des Cardinals Richelieu gefallen, daß Christian, um den Kaiser und Tilly zu täuschen, in solcher Weise und mit solchen Worten rüsten solle, als gelte es dem Schweden.[5] Dabei indessen fühlte sich Gustav Adolf gar nicht behaglich und sicher. Wenige Wochen später meldet er seinem Gesandten in England: er traue dem Dänen nicht. Es könne im Grunde doch alles, was Christian treibe, gegen Schweden gerichtet sein.[6]

Gegen die Vorschläge des Schweden in London sprach zunächst, daß seine Forderungen zu hoch waren. „Er verlangt Schiffe und Häfen,

[1] Moser V, 97. [2] A. a. O. 143. [3] Moser, neues p. A. I, 45.
[4] Moser V, 153. [5] A. a. O. 127. [6] A. a. O. 140.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die wir ihm nicht geben können."[1] Dies galt namentlich in Betreff der Stadt Bremen. Durfte man dem Senate, den Bürgern einer Hansastadt, welche die Mittel besaß, sich gegen die Kriegsheere damaliger Zeiten selber zu schützen, den Leichtsinn zutrauen, daß sie sich der Gnade eines fremden Königs für seine Eroberungszwecke gutwillig überliefern würde? — So lange den Städten noch eine Kraft des Widerstandes verblieb, wehrten sie solche Anforderungen ab. Gustav Adolf selber hatte später zu erfahren, welche Fehler seiner Gegner, welche Gunst der Umstände ihm zu statten kommen, welche List und welche Gewandtheit seiner Politik er auch dann noch aufbieten mußte, bis die deutsche Hansestadt Stralsund nur halb freiwillig ihn einließ.

Positiv sprach für den Dänen das stärkere Vertrauen des Königs Jacob auf den Schwager, des Prinzen von Wales auf den Oheim, als auf den jugendlichen Schweden, dessen persönliche Überlegenheit doch damals nur erst noch wenige kannten.

Dazu trat im Monate März 1625, daß noch ein anderer Plan sehr viele Mittel erforderte. Man vernahm, daß in den englischen Häfen eine starke Flotte ausgerüstet werde. Der Staats-Secretär Conway sagte dem fragenden Rusdorf, daß die Kosten sich auf eine halbe Million Pfund Sterling belaufen würden.[2] Über den Zweck äußerte er sich nicht. Ein Gerücht bezeichnete Spanien. Auf eine Frage Bellins antwortete Buckingham: „Die Flotte wird mehr ausrichten als alle Landmacht, ist daher eine vortreffliche Diversion zu Gunsten des Königs (Friedrich) und der deutschen Fürsten. In zwei Monaten soll sie segelfertig sein mit 10,000 Mann."[3] Darauf Bellin: „Wir sind Thomas, daß die Flotte gegen Spanien gerichtet sein könne." Dagegen Buckingham: „Der Entschluß bei uns ist sicher. Was den König betrifft, so muß man uns anheim stellen, ihn zu bewegen." — Bellin hielt nochmals entgegen, daß ja Graf Gondomar als Gesandter sich auf dem Wege nach England befinde. Buckingham, mit der Hand auf die Brust schlagend, rief: „Ich versichere Ihnen Allen und Sie müssen es mir glauben, daß der König völlig gegen Spanien ist. — Mansfeld hat selber sich in sein Labyrinth gebracht; denn der König hat der Infantin sein Wort gegeben, nicht feindlich gegen sie zu handeln. Jedoch wird man für die Armee Sorge tragen. — Wir wollen mit den Generalstaaten zusammen halten. Nur mögen sie dem Könige wegen Amboina einige Satisfaction

[1] Rusdorf, mémoires I, 516. [2] A. a. O. 526.
[3] A. a. O. 527 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

geben. Hätte ich nicht Sorge getragen, so wäre neulich in London wegen eines Bildes, das jene Greuel darstellt, eine Revolte entstanden. Mögen die Generalstaaten die Thäter züchtigen! Sagen Sie ihnen das."

Die Worte waren die Entlassung Bellins nach dem Haag. Die Angelegenheit von Amboina, deren schon früher gedacht ist, nämlich das grausame Verfahren der dortigen holländischen Behörde gegen einige ansässige Engländer, war damals in den Einzelnheiten allgemein kund geworden, und namentlich die grausige Folter, welche die Angeklagten erlitten, hatte in England tiefe Erbitterung erregt.[1] — Vor der Aussicht auf die Gemeinsamkeit der Waffen von England und Holland gegen Spanien traten nunmehr die geringeren Differenzen in den Hintergrund.

An dem Tage, an welchem Buckingham jene Worte sprach, dem 19./29. März, lag der König Jacob bereits schwer danieder. Ob daher es den vereinten Bemühungen von Buckingham und dem Prinzen von Wales gelungen ist, dem kranken Könige einen Entschluß zu entreißen, der nicht seiner bisherigen politischen Anschauung entsprach, oder ob Buckingham nur den Wünschen seiner persönlichen Rachgier gegen Spanien jenen Ausdruck gegeben, ist nicht zu entscheiden. Wenn bis dahin das Leben des Königs Jacob noch ein Hindernis für diese Wünsche war, so nahm wenige Tage später, am 27. März / 6. April, der Tod es hinweg. Buckingham gab dann der Welt nicht bloß das seltene Beispiel, daß der Günstling des Vaters auch derjenige des Sohnes, sondern auch, daß er es in gesteigertem Maße war. Der Wille des neuen Königs Carl I. war in seiner Hand. Die reichlich drei Jahre hindurch, die dem Buckingham noch vergönnt waren, dienten der König Carl, und was er in seinem Königreiche vermochte, den Leidenschaften dieser unter allen den gewaltigen Ministern jener Zeit verworfensten Persönlichkeit.

In denselben Tagen, am 8./18. April, kehrte Anstruther mit den weiteren Vorschlägen des Dänenkönigs aus Kopenhagen zurück. Die Haltung der englischen Minister zeigte vom ersten Tage an, daß sie auf alles eingehen würden. „Man läßt keine Kritik zu, meldet der Vertreter Friedrichs in London. Man meint alles gewonnen zu haben, nur dadurch, daß Christian IV. den Krieg unternimmt. Man lacht über uns. Hinterdrein wird die Reue kommen."[2] Carl I. versprach seinem

[1] Ausführliche Erzählung dessen bei Aitzema I, 929 u. f.

[2] A. a. O. 538, 543, 559.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Oheime 300,000 Gulden monatlich. Dies war das Sechsfache der Summe, welche die Generalstaaten für die Söldnerfürsten in Deutschland, von Mansfeld bis zu Gustav Adolf, zu versprechen, aber auch zu zahlen pflegten.

Diese Verhandlungen in London, indem sie sich nur auf Christian IV. bezogen, schlossen Gustav Adolf geradezu aus. Er machte im Haag neue Versuche, neue Vorschläge, ungleich bescheidener als die ersten. Und doch blickten sie auch dann noch immer weiter hinaus als die dänischen, welche die Fürstbisthümer in Niedersachsen und Westfalen ins Auge faßten. „Ich halte es für nothwendig, sagt Gustav Adolf, daß die Ligisten mit ihren Anhängern in ihren eigenen Nestern heimgesucht werden,“ [1] d. h. mit anderen Worten: Gustav Adolf will den Eroberungskrieg gegen alles bisher nicht säcularisierte Gebiet im Reiche. Diese Wünsche, im Jahre 1625 verfrüht, sind der Fingerzeig für das Thun des Schweden in den Jahren 1631 und 32. Denn er hielt daran fest, damals und später. Am 9./19. April schreibt Oxenstierna aus Stockholm an Camerar im Haag: „Mein König will den Dänen nicht zurückhalten, vielmehr ihn antreiben. Er hat ihm glücklichen Erfolg gewünscht, und dabei für den Fall, daß jener doch Bedenken trüge, sich bereit erklärt, die gemeinsame Sache auf sich zu nehmen. Dies sollte, nach der Ansicht meines Königs, dem Dänen zum Antriebe dienen. Da es ferner nicht bloß glaubhaft ist, sondern sogar feststeht, daß unsere geheimsten Entwürfe von England aus nach Dänemark verlautbart sind, so ist es uns für gut geschienen, dem Dänen nichts zu verhehlen, was er auch so schon wußte. Welchen Ausgang jedoch immer die Entwürfe des Dänen nehmen, wisse, daß mein König beständig festhält an seinem Vorsatze. Mag der Däne die allgemeine Sache herstellen, so wird mein König ihn um Ruhm und Glück nicht beneiden. Wenn aber nicht, wenn es sich dann bei der Gefahr der Evangelischen und Freunde ergeben sollte, daß auf meinen König die Sache zurück fällt: so wird auch dann er sich nicht weigern, wenn nur ein sicheres, festes Fundament dem Unternehmen zu Grunde gelegt wird.“ [2]

[1] Moser V, 214.

[2] A. a. O. 161. Vom 9. April.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

10. Christian IV., Landgraf Moritz und die Fürsten des niedersächsischen Kreises.

Der Hergang der Dinge hat gezeigt, daß Christian IV. nicht zuerst aus eigenem Antriebe den Krieg suchte, der ihn zum Kämpfer der europäischen Aggressiv-Partei gegen das Haus Habsburg und die deutsche Liga machen würde, sondern daß er dazu bewogen wurde einerseits durch den Neid gegen den Schweden, andererseits durch die Verlockungen der englischen und der französischen Politik. Als es ihm später nicht nach Wunsche erging, brach er seinem Neffen Carl I. von England gegenüber in den Vorwurf aus, daß auf dessen Versprechen hin er den schweren Krieg unternommen, seine eigene Person gewagt habe.[1] Der König Carl also, der ihn in diesen Krieg engagiert, trage zum Theile die Schuld seines Unglückes, weil derselbe sein Versprechen nicht gehalten.[2] Dies mochte nicht unrichtig sein; aber es tritt nunmehr an uns die Frage heran, ob nicht Christian IV., nachdem er sich auf den Gedanken des Krieges einmal eingelassen, nicht auch Mittel und Wege gesucht und gefunden, ihn für sich selber auszunutzen. Er stellte sich zunächst die Aufgabe, den Krieg, für den fremde Mächte ihn bezahlten, vor den Deutschen, welche die Hauptlast zu tragen hatten, als einen inneren deutschen Krieg geltend zu machen. Einen hauptsächlichen Helfer für dies Bestreben fand er in dem Landgrafen Moritz von Hessen-Cassel. Zunächst also diesem haben wir unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Im Jahre 1623 hatte Tilly vor dem Kaiser der Ritter- und Landschaft von Hessen-Cassel das Lob zuerkannt, daß sie, durch die Ablehnung der Zumuthungen des Landgrafen Moritz, das Unheil einer Vereinigung desselben mit Christian oder Mansfeld abgewandt habe. Bei der Wiederkehr Tillys nach Hessen, im Herbste 1623, verließ dann Moritz grollend sein Land, um überall, wo man auf ihn hören wollte, gegen den Kaiser und den Frieden des Reiches thätig zu sein. Sein Name ward genannt bei allen den Anschlägen, welche die Generalstaaten im Haag, Buckingham und seine Partei in London, der Cardinal Richelieu in Paris, die Könige von Schweden und Dänemark, in bunter Genossenschaft aussannen. Er weilte bei seiner Tochter in Güstrow in Mecklenburg, und schürte von da aus durch die Widersetzlichkeit seiner Beamten gegen die Tilly'sche Einlagerung in seinem Lande das Feuer der Zwietracht.

[1] Rusdorf, mémoires I, 722. [2] A. a. O. 736.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Ritterschaft in Hessen bat, am 19. November 1624, bei dem Kaiser um Schutz- und Schirmbriefe gegen die Eigenmächtigkeiten des Landgrafen in Worten und Handlungen. An dem Actenstücke hangen etwa vierzig Siegel.[1]

Gegen das Ende des Jahres 1624 stand Moritz in Unterhandlung mit den Holländern, ihnen seine Festungen Cassel und Ziegenhain zu überliefern.[2] Der Kaiser dagegen gab Tilly den Auftrag entweder die Landstände von Hessen-Cassel, oder sich selbst vorher in den Besitz derselben zu setzen, mit der bestimmten Erklärung sie zurückzustellen, wenn die Gefahr vorüber sei. Tilly weilte in Hersfeld. Dahin berief er, im Januar 1625, einige Landstände. Er ließ ihnen eröffnen, daß die Kriegsunruhen bald seinen Abzug aus Hessen erfordern würden. Nun folge Moritz den Einflüsterungen boshafter Leute und bezeige sich immer widerwilliger gegen den Kaiser zugleich und die eigenen Stände des Landes, die er nach dem Abzuge des Heeres seine Ungnade wolle fühlen lassen. Moritz habe wegen seiner Landesfesten eine gefährliche Verabredung mit auswärtigen Feinden. Es sei die Pflicht der Stände dem Kaiser zu gehorchen, dem Landgrafen dagegen, wenn er so fortfahre, nicht anzuhangen. — Die Stände baten um Beschickung des Landgrafen Moritz. Der Sohn Wilhelm, die Gemahlin des Moritz, die Räthe ersuchten diesen, er möge heimkehren. Er erwiederte, daß er, abgesehen von den Beschwerden der Winterreise, in Güstrow sicherer sei. Es gäbe wohl Leute in Cassel, die den Tilly dort lieber sähen als ihn. Wenn er jetzt einen Landtag ausschriebe: so sähe es aus, als wenn Tilly Oberschultheiß, er Unterschultheiß sei.

Da Moritz nicht wollte, da Tilly drängte, berief der Sohn Landgraf Wilhelm einen Landtag nach Cassel. Er redete im Sinne seines Vaters Moritz. Prälaten, Ritter und Landschaft baten flehentlich: er möge dem allgemeinen Wohle als dem höchsten Gesetze ein Opfer bringen. Wilhelm forderte eine andere Erklärung. Sie beharrten und baten, er möge nun auch das Seinige thun.

Auf den Mitgliedern der Ritter- und Landschaft lag der Druck der Furcht vor dem, was geschehen könne, wenn, nach Tillys Abzuge, der Landgraf Moritz wiederkehre. Wie Tillys Berichte bereits seit December 1624 wiederholt den Gedanken aussprechen, daß er einen Krieg herannahen sehe, schlimmer als zuvor: so lag dieser Gedanke als

[1] Kriegsacten F. 60. [2] Rommel VII, 590.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Hoffnung ausgedrückt in dem trotzigen und höhnischen Verhalten des böseſten der Räthe des Landgrafen Moritz, des Dr. Wolfgang Günther.[1]

Daher entschloß sich Tilly zu einem besonderen Schritte. Er berichtete von Hersfeld aus, am 12. Februar, dem Kaiser wie folgt.[2] „Es gelangt an mich die glaubliche Nachricht: der Landgraf Moritz habe zu unterschiedlichen Malen verlauten lassen, daß nach meinem Abzuge aus Hessen er eine namhafte Anzahl seiner Ritter- und Landschaft, die es mit mir gehalten, wolle finden, abstrafen und zum Theile hinrichten lassen. Vor welchem traurigen und hochbeschwerlichen Ausgange keine geringe Furcht und Besorgnis in seinem Lande ist. Wenn es mir dann von Herzen leid sein würde, daß ehrliche unschuldige Leute um ihrer gegen E. K. M. in Dero gerechter Sache erwiesenen getreuen Affection willen, so schmählich und bedauerlich leiden sollten, und im Falle man sich dieser ehrlichen Leute nicht zeitlich annähme, solches an anderen Orten großen Abscheu und Abwendung vieler Gemüther bewirken würde: also bitte ich, daß E. K. M. an den Landgrafen Moritz sehr ernstlich schreiben, ihm alle unbefugte Beleidigung untersagen und als Lädierung Ihrer eigenen Person ansehen wollen. Aber Eile thut Noth, weil der Landgraf Moritz nach meinem Aufbruche nicht Eine Stunde feiern wird."

In derselben Weise berichtet, am 22. Februar, dem Kaiser der Kurfürst Johann Schweikard von Mainz. „Der Landgraf Moritz, schreibt er, erklärt sich dessen zum öfteren ohne Scheu."[3] — Auch hebt der Kurfürst abermals die Gefahr für Cassel und Ziegenhain hervor, weil in Soest, nur zwei Tagemärsche von dort, holländische Besatzung liege. — Der Landgraf Moritz dagegen forderte unablässig bei dem Kaiser die Abberufung Tillys.

Am 12. März erfolgte von Wien an Moritz die Antwort: die kaiserliche Kriegsmacht müsse dort sich aufhalten, wo dem Vorbrechen des Feindes am besten zu begegnen.[4] Dann fährt das Schreiben fort: „Wir ermahnen und begehren von D. L. hiermit gnädigst, auch ernstlich befehlend, Sie wollen gegen Ihre Ritterschaft und Adel den unrechtmäßig gefaßten Unwillen und Widerwärtigkeit schwinden und fallen lassen, auch gegen dieselben sammt und sonders nichts mit der That vornehmen, was den geschehenen Drohungen anhängig sein mag, sondern sich diesfalls gegen

[1] Kriegsacten F. 61. Bericht Tillys vom 7. Februar. [2] A. a. O.
[3] A. a. O. [4] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sie so erzeigen, daß man im Werke spüren möge, daß D. L. nicht weniger als ihnen die Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt mehr denn die etwa gefaßte widrige Privat-Impressionen angelegen seien." — Ein besonderes kaiserliches Rescript erging an die Räthe des Landgrafen, sie mahnend und bedrohend bei Verlust von Ehre, Leib und Leben.[1]

Der Kaiser theilte die Mahnung an den Landgrafen dem Kurfürsten von Sachsen und anderen Reichsfürsten mit, unter der folgenden Begründung.[2] „Der Landgraf Moritz hat sich zum Landfrieden nicht verstehen wollen, sondern zu verschiedenen Malen seinen Landständen ganz gefährliche Propositionen gethan, dergestalt daß, weil sie sich gegen uns als das Oberhaupt deswegen nicht einlassen wollen, denselben an Leib und Leben gedroht wird. Alsdann hat der Landgraf sich von seinem Fürstenthume und Lande weg bald da, bald dorthin begeben, und zwar, glaubwürdigen Nachrichten nach, zum Vortheile und zur Beförderung der offenen Feinde, erklärten Ächter und Rebellen und ihres in- und ausländischen Anhanges, und hingegen zu unserem und der getreuen, gehorsamen und friedliebenden Reichsstände unwiederbringlichen Schaden und Nachtheile. Mit jenen hat er allerhand verborgene Correspondenzen angesponnen, und macht noch heute des Praktizierens kein Ende." — Deshalb soll Tilly die Festungen Cassel und Ziegenhain besetzen.

Ferner ertheilte der Kaiser „seinen und des Reiches lieben Getreuen", der Ritterschaft und dem Adel in Niederhessen einen Reichs-Schutzbrief. Er kam damit den Wünschen derselben entgegen; denn am 14. März erging nach Wien eine Supplication der sämmtlichen Ritterschaft und des ganzen Adels im Niederfürstenthume Hessen um kaiserlichen Schirm und Schutz.[3] Die Besorgnis und der Unwille der Ritterschaft richtete sich namentlich gegen jenen Wolfgang Günther, welcher gesagt hatte: die Ritterschaft sei die Brücke, über welche Tilly ins Land gekommen. Sie verlangten vom Kaiser, daß Günther dafür zur Rechenschaft gezogen werde. Als dem General jene Worte zu Ohren kamen, sprach er sich zu einer Deputation der Landstände mit starkem Nachdrucke aus: „Nicht die Stände, sondern die Kriegsraison hat mich ins Land geführt."[4]

Also sicher gestellt, bewegten die hessischen Landstände sich freier. Tilly dagegen trat minder scharf auf als zuvor. Denn der Landgraf

[1] A. a. O. Vom 15. März. [2] A. a. O. Vom 15. März.
[3] A. a. O. [4] Rommel VIII, 596.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ludwig von Hessen-Darmstadt, an dessen Rath der Kaiser ihn gewiesen, trug Bedenken weiter zu gehen, damit Moritz nicht zur Desperation getrieben werde.[1] Tilly ließ die Forderung der Besetzung von Cassel und Ziegenhain fallen. Er berief die Landstände nach Hersfeld. Dort erklärten sie urkundlich, in Devotion für den Kaiser kein fremdes Kriegsvolk einnehmen zu wollen, und, falls der Landgraf Moritz sie dennoch dazu dränge, sich der Eide und Pflichten gegen ihn für entbunden zu erachten. In einer anderen Urkunde versprachen sie für die kaiserlichen Heere freien Durchzug hin und her, freien Verkehr, und möglichste Verhinderung jeder anderen auswärtigen Truppenwerbung. So am 31. Mai.[2]

„Nach seiner Rückkehr aus Güstrow verwarf Moritz diesen Vergleich als eine einseitige, seine Gerechtsame als Landesfürst und Reichsstand verletzende Handlung, am 10. Juni.“[3] — Am nächsten Tage jedoch, dem 11. Juni, entsandte derselbe Landgraf Moritz ein langes Schreiben an den Kaiser. Darin verneint er alle wider ihn erhobenen Anklagen, die der Haß der ihm Widerwärtigen ersonnen. Er bittet, daß die delatores ihm namhaft gemacht werden. Er habe sich gegen den Kaiser niemals anders als ein gehorsamer Stand und Fürst des Reiches gezeigt. Dann fährt er fort: „So erkläre ich mich und versichere E. K. M. hiermit bei meinem fürstlichen Worte, daß ich aus meinen Festungen Ew. K. M., dem Reiche und dessen gehorsamen Kur-, Fürsten und Ständen keinen Schaden zufügen, noch zu solchem Ende Derselben und des Reiches Feinde und Rebellen, oder einiges fremde Kriegsvolk darein führen, sondern (sie) zu Ew. K. M. und des H. R. Reiches Devotion beständig erhalten, auch mich also wie einem Reichsfürsten kraft der Reichs- und Kreisverfassung gebührt, wie zuvor allezeit, also inskünftig verhalten soll und will.“ — Er versichert dann noch weiter: „Der ich mich doch des leidigen böhmischen Wesens niemals angenommen, oder noch anzunehmen gewillt bin.“[4]

Das Originalschreiben dieser Versicherung des Landgrafen Moritz findet sich, was im kaiserlichen Archive sehr selten, mit rothem Striche versehen. Mag der Kaiser selbst es gethan haben oder einer der Räthe: das Vollmaß der Verwunderung über die Verlogenheit prägt sich aus in diesem Striche.

[1] Kriegsacten F. 62. Vom 7. April. [2] Rommel VII, 597.
[3] A. a. O. 598. Es sind die Worte Rommels. [4] Kriegsacten F. 62.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Eben zuvor war dieser Landgraf Moritz dem Dänenkönige behülflich gewesen, einige Fürsten des Kreises Niedersachsen hinein zu reden in das Netz, welches jener ihnen gestellt. Den ersten Entwurf, wie Christian IV. es anzufangen habe, die Fürsten in Niedersachsen für seinen Krieg dienstbar zu machen, finden wir noch sogar vor dem Entschlusse Christians IV. zum Kriege, in einem Berichte des englischen Gesandten Anstruther, vom 10./20. December 1624.[1] Darin heißt es: „Wenn ich mit dem Dänenkönige die Sache fertig gemacht, so, hoffe ich, werden wir eine Zusammenkunft aller Fürsten des Kreises Niedersachsen veranstalten. Diese müssen behaupten, daß, weil fremde Truppen im Reiche stehen und man nicht weiß, was diese endlich bezwecken mögen, es ihnen gebührt, auf ihrer Hut zu sein. Nachdem wir sie so in Bereitschaft gebracht haben, sich, wie ja sich von selbst versteht, zu vertheidigen, werden wir von ihnen und den ihrigen — mit Gottes Hülfe — den bestmöglichen Gebrauch machen. Durch alle Mittel müssen wir versuchen, Tilly abzulenken, der, wie ein Falk über seiner Beute schwebend, sie bedroht."

Die Worte sind der Inbegriff des Planes, nach welchem fortan Christian IV. verfährt. Es handelt sich um die Irreleitung der Fürsten in Niedersachsen. Die Landstände derselben werden nicht erwähnt. Um so schärfer also haben wir unser Augenmerk auf die Frage zu richten, ob denn die Landstände in den Fürstenthümern von Niedersachsen sich anders verhielten als diejenigen in Hessen-Cassel.

Es kam dem Plane des Dänenkönigs zu statten, daß der Herzog Christian der Ältere zu Celle, der dem Kaiser getreueste Fürst in Niedersachsen, eben damals das Kreisobersten-Amt niedergelegt hatte. Er hauptsächlich war der Damm gewesen, der im Sommer 1623 die schwankenden Mitfürsten in Niedersachsen gegen seinen Stammes- und Namensvetter festgehalten und geeinigt hatte. Aber er sehnte sich nunmehr nach Ruhe. In einem ausführlichen eigenhändigen Schreiben, vom 22. Decbr. 1624, legte er dem Kaiser die Gründe dar, die ihn zum Rücktritte bewogen.[2] Ferdinand II. antwortete, am 10. Januar 1625: „Die angedeutete Resignation des Kreisobersten-Amtes betreffend, erinnern wir uns in danknehmigem Wohlgefallen, wie ansehnlich, tapfer, aufrichtig, nütz- und ersprießlich D. L. ermeldetem Dienste nunmehr fast über die fünfzehn

[1] Roe 322. [2] Kriegsacten F. 60.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Jahre, bevorab zur Verhütung vieler Beschwerungen und Ungelegenheiten, welche uns und den getreuen Ständen des Reiches von den offenen Feinden, erklärten Ächtern und Rebellen, auch derselben in- und ausländischem Anhang hätten zustoßen mögen, mit D. L. unsterblichem Ruhme vorgestanden. Um des willen hätten wir dann um so lieber sehen mögen, daß D. L. die längere Continuierung des genannten Kreisobersten-Amtes wäre beliebig gewesen, zumal weil wir leicht ermessen können, theils auch die Erfahrung bisher zu erkennen gibt, daß die Veränderungen in dergleichen hochansehnlichen Ämtern mehr Gefahr und Ungelegenheit als etwas Anderes und Besseres nach sich zu ziehen pflegen."[1] — Der Entschluß des Herzogs jedoch stand fest. Darum erließ der Kaiser zugleich an die Kreisstände von Niedersachsen die Aufforderung, einen neuen Obersten zu erwählen. — Und daran ging sofort jene zum Schlusse an den Herzog Christian ausgesprochene Besorgnis des Kaisers in Erfüllung. Denn damit war der Punct gegeben, an welchem der Dänenkönig einsetzte.

Am 25. März 1625 kam der König mit einigen Fürsten des Kreises Niedersachsen zu Lauenburg zusammen. Es war ein schicksalsschwerer Tag für Norddeutschland zunächst, und weiter für das gesammte Reich. Denn hier gelang es dem Dänenkönige, dem redegewandten Landgrafen Moritz, denen der Holländer Foppius van Aitzema helfend zur Seite stand, die von Christian IV. geladenen sechs Fürsten aus Niedersachsen, Christian Wilhelm von Magdeburg, Johann Friedrich von Bremen, Friedrich Ulrich von Braunschweig, die zwei mecklenburgischen Brüder und Friedrich von Holstein-Gottorp, in das Netz einzulocken und zu fangen, dessen Plan Anstruther bereits im December 1624 nach London gemeldet hatte. Es war das Trugbild der vermeintlichen Defensive. Es sei Gefahr vorhanden für den Kreis, hieß es: daher müsse man sich in Vertheidigungsstand setzen. Zum Beweise dieser Gefahr wiesen jene Häupter hin auf Mansfeld, vor dem man immer auf der Hut sein müsse. Tilly selber habe ja so oft vor ihm gewarnt. — Demgemäß willigten jene sechs Fürsten ein, daß ein Heer zur Vertheidigung geworben, daß der Kreis dafür die dreifache Tripelhülfe, d. i. die neunfache Reichssteuer des Römerzuges, erlegen solle.[2] Der Dänenkönig solle das

[1] A. a. O. F. 61. Die Schriftstücke auch bei Londorp III, 918 u. f.

[2] Die Vertragsurkunde bei Londorp III, 924. Ich benutze ferner eine Reihe von Berichten im ehem. Domcapitel-Archive in Osnabrück.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Heer anführen. Die anwesenden Fürsten versprachen, ihn zum Kreisobersten zu wählen. Er ließ sich von ihnen darum bitten. Nur auf inständiges Bitten ging er ein. Er versprach den Kreis zu vertheidigen. Gegen wen? Die Vertragsurkunde nennt keinen Feind. Dagegen setzt sie andere auffallende Puncte fest. Wenn der eine oder andere Stand dieses Kreises zu solchem einhelligen Belieben sich nicht gutwillig verstehen will: so soll es dem Könige anheim gestellt sein, den Widerwärtigen zu seiner Schuldigkeit anzustrengen. Insonderheit sollen die Städte beitragen für das Heer, das zu ihrer Vertheidigung aufgestellt wird. — Und doch hatten die Leiter die Vorsicht gebraucht, auch nicht Eine der Städte zur Mitberathung nach Lauenburg einzuladen. Aber man blieb nicht einmal bei dem Kreise stehen. Wenn die Armee auf den Beinen, hieß es, so sollen sämmtliche Stände, bevorab diejenigen des Kreises, schuldig sein Lebensmittel und Bedürfnisse zuzuführen. Was barg sich unter diesen Ausdruck, daß bevorab die Kreisstände das thun sollten? — Es war nun ferner möglich, daß der König Christian auf eigene Hand verfuhr, ohne die Fürsten des Kreises zu fragen. Auch dagegen wollten diese sich sicher stellen. Sie setzten fest, der König solle keinen Vertrag mit Anderen eingehen, als mit Bewilligung und Genehmigung der Fürsten des Kreises. Der Bund von Lauenburg konnte ferner dem Kaiser missfallen. Also dachten die Fürsten. Damit dieß nicht geschehe, wollen sie zur Vermeidung alles etwaigen Verdachtes ihre Absicht der Vertheidigung des Kreises wohlmeinend dem Kaiser entdecken.

Der Vertrag ließ also dem Könige Christian und seinen Bundesgenossen scheinbar noch freie Hand. Sie konnten dem etwa fragenden Tilly antworten: er selber habe ja so oft gewarnt und gemahnt: der Kreis möge sich in Stand halten und bereit sein, um jeden etwaigen Einbruch Mansfelds zurückzuschlagen.

Eine andere Frage ist, ob die sechs Fürsten, die mit Christian IV. diesen Vertrag von Lauenburg abschlossen, die eigentliche Absicht des Königs durchschaueten oder vielleicht auch nur ahnten, ob sie wußten um seine Beziehungen in London, im Haag, in Paris, oder ob sie bei dieser umfassenden Kriegsvorbereitung in Wahrheit an Mansfeld und dessen Abwehr dachten. Wir sehen in Lauenburg zwei Wahlfürsten: Christian Wilhelm von Magdeburg und Halberstadt, und Johann Friedrich von Bremen als Inhaber dieser Stifter; und drei Erbfürsten: Friedrich Ulrich von Braunschweig und die beiden Herzöge von Mecklenburg. Der

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Herzog Friedrich von Holstein-Gottorp zog sich bald zurück. Keiner von allen jenen fünf scheint, wie die Folgezeit zur Genüge darthun wird, das Mittelmaß menschlicher Einsicht erreicht zu haben. Wir haben von ihnen selber zu hören, was sie später über ihr Verhalten in Lauenburg aussagten.

Der Administrator von Bremen, Herzog Johann Friedrich von Holstein, verwahrte sich später bei Tilly noch vor der Schlacht bei Lutter: er habe vom Beginne des böhmischen Aufruhres an sich dem Kaiser als getreu erwiesen. Er habe in die Bewaffnung zu Lauenburg nur ungern gewilligt, und nur unter dem Vorbehalte, daß dieselbe nicht gegen Kaiser und Reich gerichtet sei. Er habe dann, als er des Kaisers Misbilligung vernommen, sich nicht mehr zurückziehen können, aber von da an stets zum Frieden gerathen. Der Dänenkönig habe im Lande des Erzbischofs den Unterthanen gegenüber Drohungen gegen ihn ausgestoßen.[1] — Wir werden ersehen, daß sowohl der Kaiser, als Tilly diesen Versicherungen des schwachen Johann Friedrich Glauben schenkten, den Glauben mithin, daß Friedrich zu Lauenburg betrogen sei.

Ähnlich verhielt es sich mit dem noch schwächeren Friedrich Ulrich von Braunschweig. Gutmüthigen, freundlichen Sinnes, aber ohne Kraft und Haltung ward er verrathen ringsumher. Sein Weib, Anna Sophia von Brandenburg, lebte im Ehebruche, bis sie vor den Beweisen ihrer Schuld von ihm floh.[2] Der einzige Bruder Christian, der verzogene Liebling der Mutter, brachte Unheil und Verderben über das Land und über den warnenden, mahnenden Bruder. Zwei Räthe des Herzogs, Vice-Kanzler Elz, ein geborener Pfälzer, und der Kammerjunker Rantenberg, standen im Solde des Oheims von Dänemark. Von ihnen, von dem Oheim bewogen, durch Moritz von Hessen verwirrt, unterzeichnete Friedrich Ulrich zu Lauenburg in gutem Glauben. Als er dann zur Einsicht kam, sprach er einige Jahre später vor seinen Ständen: „Ich bezeuge vor dem allwissenden Gott, der in das Verborgene siehet, vor der kaiserlichen Majestät und vor dem ganzen Reiche, daß ich es nicht anders verstanden, gewußt, gemeint oder geglaubt, als daß der Beschluß von Lauenburg den Reichsgesetzen gemäß sei. Denn niemals ist es mir in den Sinn gekommen, von der schuldigen Treue und Gehorsam gegen den Kaiser auch nur um Eines Fingers breit abzuweichen."[3] Friedrich Ulrich

[1] Hurter IX, 491. [2] Opel I, 581.
[3] Beilage XIV im Bd. I, 529 der ersten Ausgabe.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

begnügte sich nicht, dieß später vor den Ständen, vor den Prälaten, den Rittern, den Magistraten der Städte zu erklären. Er that es durch eine Proclamation dem ganzen Lande kund, daß man ihn getäuscht, daß es niemals sein Wille gewesen sei gegen den Kaiser die Waffen zu erheben.[1] Wer denn anders hatte ihn getäuscht, als sein Oheim und seine Räthe? Die letzteren täuschten ihn auch noch einmal nach einer anderen Seite, zunächst indessen waren sie dem Dänenkönige verkauft.

Die Herzöge von Mecklenburg endlich, Adolf Friedrich und Hans Albrecht, sahen noch vor Ablauf desselben Jahres den Mansfeld in ihrem Gebiete. Gegen jenen allein, den gefürchteten Landverderber, hatten sie durch den Vertrag von Lauenburg sich sicher zu stellen vermeint. Und nun mußten sie erfahren, daß mit Genehmigung eben des Königs, welcher im Vertrage von Lauenburg den Kreis zu schützen versprochen, Mansfeld in ihr Land einbrach. „Wir sind darüber ziemlich perplex und bestürzt," schreiben sie dem Könige. Sie bitten ihn klagend und flehend um Abhülfe.[2] Die Bitte und Klage ist indirect nichts Anderes als der Vorwurf, daß er in Lauenburg sie betrogen habe.

Diese spätere Selbstvertheidigung der Fürsten wird bestärkt durch das Zeugnis des kundigen Schwedenkönigs Gustav Adolf. Im Jahre 1627, also während des Krieges, in den der Däne jene Fürsten hinein gezerrt und betrogen hatte, wies der Schwede seine kriegschürenden Sendlinge in Deutschland an, in ihren Reden bei dem Administrator Johann Friedrich von Bremen, dem Herzoge Friedrich von Holstein, den Brüdern von Mecklenburg, vorsichtig zu sein, weil sie im Herzen ganz und gar kaiserlich seien.[3]

Ein Zweifel, ob mehr Betrüger als Betrogener, kann nur bei Christian Wilhelm von Magdeburg obwalten, dem einzigen jener Fürsten, der nachher am Kriege thätigen Antheil nahm. Erst wenige Monate zuvor, am 27. October 1624, hatte er in einem Schreiben an den Kaiser seine „ungefärbte aufrichtige Liebe, schuldige Treue und gehorsamste Devotion" betheuert.[4] — Wir werden im Verlaufe der Dinge wiederholt Gelegenheit haben, ihn selber zu hören.

Der Vertrag zu Lauenburg, vom 25. März, auch in seiner Unbestimmtheit oder eben wegen derselben, war ein großer Gewinn für

[1] Archiv der Landschaft Calenberg in Hannover.

[2] Das Actenstück XV. in der ersten Ausgabe. Bd. I, 530.

[3] Geijer III, 144.

[4] Opel, Resignation usw. 87. Das Schreiben Christian Wilhelms.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Dänen. Er eröffnete ihm, unter der Maske der Vertheidigung, das Eingangsthor seines Eroberungskrieges zum unsäglichen Unheile für Deutschland.

Von Lauenburg aus begab sich Christian IV. mit seiner Partei zum Kreistage nach Lüneburg. Dort erfolgte seine Wahl zum Kreisobersten. Bereits nahm sein Plan bestimmtere Gestaltung an. Tilly, der es beklagte, daß der Kaiser nicht einen Vertreter nach Lüneburg geschickt, hatte damals ein Schreiben an den Kreistag entsendet, in welchem er mit Nachdruck an das kaiserliche Verbot der Werbungen erinnerte. Die Antwort der Kreisstände an ihn, vom 29. März, lautete, daß sie über das Verbot der Werbung mit gebührendem Eifer halten würden.[1] Zugleich aber benutzten sie in ihrer Versammlung das Schreiben in ihrer Weise, nicht dem Sinne Tillys entsprechend. Wie das geschah, ergibt sich aus der Antwort Christian Wilhelms an den Kurfürsten von Sachsen auf dessen Anfragen.[2] Christian Wilhelm meldet, am 18./28. April: „Auf Tillys Ansuchen und Begehren haben die Kreisstände in Lüneburg beschlossen, die Pässe des Landes selber zu verwahren. Zur Verhütung von Misverständnissen haben sie dies auch der K. M. zu erkennen geben wollen." — „Wie nun dem also, daß der König und dieses Kreises anwesende fürstliche Personen keine andere Intention gehabt, als sind vielmehr dieselben in den sorgsamen Gedanken gestanden, daß, wenn sie nicht eine solche von Tilly selber begehrte Ordnung machten, vorgedachter Tilly endlich wohl bewogen werden könnte, sich selbst der Pässe dieses Kreises zu bemächtigen und für sich einzunehmen und zu besetzen, dadurch aber dem Kreise ein unwiederbringliches Präjudiz, auch unverantwortliche Gefahr und Untergang auf den Hals gewälzt werden dürfte."

Demnach hatten diese Fürsten in Lüneburg das Schreiben Tillys so ausgelegt, daß es für sie das Gegentheil dessen ergab, was er gewollt.

Christian Wilhelm für seine Person spricht dann die Hoffnung aus, daß der König, der als Herzog von Holstein ein Fürst des Reiches, das Werk dahin dirigieren werde, damit aller Argwohn bei Seite gesetzt und dieser Kreis gegen alle auswärtige Durchzüge und Einquartierungen gesichert bleiben möge.

Das Schreiben an den Kaiser, auf welches Christian Wilhelm hindeutet, liegt vor, vom 23. April. Es entspricht dem seinigen, enthält

[1] Kriegsacten F. 62. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

aber dazu unter Anderem eine besondere Beschwerde gegen Tilly. Er habe ihnen vorgeworfen, sagen die unterzeichneten Kreisstände, daß sie für Mansfeld im Kreise von Niedersachsen Werbungen zugelassen. Sie verwahren sich hoch und theuer, daß sie das nicht gethan, daß sie vielmehr im Gehorsam gegen den Kaiser solche Werbungen überall verboten. Sie haben noch jüngst wieder zu Lauenburg sich verabredet, fest und treu an diesem Verbote zu halten. Sie bitten, der Kaiser wolle der anderen Meinung keinen Glauben beimessen: er wolle dem General Tilly eine solche Rede ernstlich verweisen. Es sei ja klar, sagen sie, daß der Erz- und Erbfeind des christlichen Namens, eben so die auswärtigen Potentaten ihre Freude hätten an der Zerrüttung der deutschen Nation.[1]

Das Schreiben war mitunterzeichnet im Namen der Reichsstädte in Niedersachsen: Lübeck, Goslar, Mühlhausen, Nordhausen. Aber es hatte sich von Seiten dieser Städte überhaupt kein Abgeordneter in Lüneburg eingefunden.

Das Verhalten der Städte, voran der wichtigsten unter ihnen, Lübeck, war anders beschaffen.

Noch im December 1624 entsendete der Kaiser an die Stadt Lübeck den mecklenburgischen Edelmann Heinrich Husan. Die Instruction[2] desselben sprach der Stadt Lob und Anerkennung aus für ihr bisheriges Verhalten. Sie wies hin auf die Kriegesnoth, welche die Ächter und Rebellen bisher schon über das Reich gebracht, auf ihr Bemühen, nunmehr fremde Könige in das Vaterland einzuführen, und auch das noch Übrige in äußersten Ruin zu stürzen. Ferner hob die Instruction hervor, wie diese Gegner, um die väterliche Sorgfalt des Kaisers für die Herstellung des Friedens zu hindern, falsche Gerüchte ausstreueten, als sei es die Absicht des Kaisers, die Augsburgische Confession und die deutsche Freiheit zu unterdrücken. — Der Kaiser setze in Bürgermeister und Rath der Stadt Lübeck das Vertrauen, daß sie die arglistigen Erdichtungen in ihrem wahren Werthe erkennen. Dennoch wolle er kraft seines Amtes nicht unterlassen, sie zu ermahnen, daß sie in dem bisherigen aufrichtigen Vertrauen zu ihm verharre, und, da die Stadt das Directorium des Hansebundes führe, in gleicher Weise auch auf die anderen Bundesstädte einwirke.

---

[1] Aus einer ausführlichen Darlegung im ehem. D. C. Archive in Osnabrück.
[2] Bei Moser V, 81.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bei Empfang dieser Instruction war Husan erkrankt; jedoch machte er sich dann bald auf den Weg nach Lübeck. Bürgermeister und Rath überreichten ihm, am 31. Januar 1625, eine ausführliche Darlegung, die wesentlich seiner Instruction entsprach.[1]

Namentlich versicherte Lübeck, keine fremden Werbungen zu dulden. — Nicht dasselbe galt von Hamburg, und noch weniger von Bremen. Die Vertheidigungen der einen wie der anderen Stadt auf die Vorwürfe des Kaisers waren matt. Es war notorisch, daß namentlich Bremen geschehen ließ.[2] — Dies jedoch bewies nicht eine thätige Theilnahme an den Entwürfen Christians IV.

11. Der Kaiser und die Liga gegenüber der aufsteigenden Kriegesgefahr.

Wie schon der Auftrag des Kaisers für Husan an Lübeck gezeigt hat, waren, bereits im December 1624, die Entwürfe der Reichsfeinde nicht unbekannt. Vom Beginne des Jahres 1625 an kamen täglich neue Meldungen ein. Der alte Johann Schweikard von Mainz, in der Meinung befangen, daß Ludwig XIII. sich durch Freundlichkeit von Seiten des Kaisers gewinnen lassen könne, war dennoch von tiefer Besorgnis erfüllt. Er könne nicht alles der Feder anvertrauen, meinte er. „Die Wohlfahrt und die Conservation des Reiches und des Hauses Habsburg dürfte mehr periclitieren als man meint." — „Obwohl man von Seiten der Liga ziemlich gefaßt, so reicht doch die Armee derselben nicht mehr."[3]

Am 12. Februar meldet Tilly, daß ein allgemeiner Krieg ihm wahrscheinlich vorkomme. Es werde stark geworben in Holstein, in Mecklenburg, in Pommern. Er warnt den Kaiser namentlich vor den Generalstaaten als denjenigen, „welche den proscribierten Pfalzgrafen und andere Ächter und Rebellen in ihren unverantwortlichen Thaten fovieren und erhalten, und also dadurch die meiste Ursache der im H. R. Reiche entstandenen und bis noch continuierenden Unruhe und höchst schädlichen Empörung sind. Es wird daher eine unumgängliche Nothdurft sein, daß die Fürsten und Stände des niedersächsischen Kreises, namentlich in den Herzogthümern Holstein, Mecklenburg, so wie auch Pommern, von J. K. M. durch bewegliche und ernstliche Befehle ermahnt und

[1] Kriegsacten F. 61. Eben so 21. März.

[2] A. a. O. Eine Reihe von Schriftstücken. [3] A. a. O. Vom 9. Jan. 1625.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dahin angehalten werden, alle solche für Kaiser und Reich zu höchstem Präjudiz und Schaden gereichenden Werbungen der Holländer abzuschneiden und ihnen kräftig zu wehren." [1]

Der Kaiser erließ die Mahnungen, zugleich aber auch Lobeserhebungen, eine solche namentlich an den Herzog Bogislav von Pommern, der dem Schwedenkönige Werbung und Durchzug abgeschlagen. „Das Verhalten D. L., schreibt der Kaiser, gereicht uns zu sonderlichem gnädigstem Gefallen." [2] — Der Kaiser machte zugleich einen abermaligen freundlichen Versuch bei dem Herzoge Friedrich Ulrich. Das Schreiben lautet wie folgt. [3]

„Damit D. L., auch Deroselben ansehnliche königliche und fürstliche Freundschaft und Blutsverwandte nochmals zu spüren und im Werke zu erkennen haben, mit was friedliebendem Eifer wir unsere kaiserliche Sanftmüthigkeit aller weltkundigen Offension vorsetzen: so erklären wir uns und stellen es endlich und zu allem Überfluß dahin: wann oftgedachter Herzog Christian der Jüngere die zu unterschiedlichen Malen angebotene Reue, Abbitte und Submission wirklich und unfehlbar leisten, sich der Feinde, Ächter und Rebellen und ihres Anhanges alsbald entschlagen, das unter sich habende in- oder ausländische Kriegsvolk licentieren und von sich lassen, und, daß solches geschehen, innerhalb dreier Monate genugsam documentieren, auch uns und den getreuen Reichsständen gewisse und zuverlässige Versicherung, mehr als bisher ans Tageslicht gekommen, leisten würde: — daß wir uns alsdann der Belehnung halber ferner in Gnaden erklären und die Gnadenthür nochmals offen halten wollen."

Daß der Herzog Christian selber um dies abermalige Angebot des Kaisers sich nicht viel kümmerte, ist leicht zu schließen aus denjenigen Urtheilen, welche wir aus der eigenen Partei desselben wiederholt über ihn vernommen haben. Das Angebot entsprach den Worten, die in den Jahren zuvor der Dänenkönig nach Wien hatte gelangen lassen. Im Frühling 1625 verhallte es bei ihm wirkungslos, und demgemäß auch bei dem Neffen Friedrich Ulrich, der dem Willen des Oheims sich fügte.

Damals, im März, hatte noch der Schwedenkönig auf seinen Plan nicht verzichtet, und daher reden auch die Gerüchte von den Angriffs-

[1] A. a. O. Vom 7. und 16. Februar.
[2] A. a. O. Vom 13. April. [3] A. a. O. Vom 15. März.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

planen beider Könige. Die Besorgnis war im Wachsen. Am 3. April meldet der Kurfürst Maximilian dem Kaiser: „Es ist für die Bundesarmada eine pur lautere Unmöglichkeit, noch eine Bürde auf sich zu nehmen.“ [1]

Dennoch ließ Maximilian noch die Hoffnung nicht fallen, daß der Dänenkönig sich besänftigen lassen werde.[2] Man wußte, daß beide Könige warben und rüsteten. Am 8./18. März findet sich vom Herzog Christian in Celle die Meldung: der Däne werbe stark; jedoch wisse man nicht, gegen wen.[3] Mit Beihülfe des französischen Gesandten Des Hayes war ja das Gerücht ausgestreut, daß die Rüstungen des einen Königs gegen den anderen gerichtet seien. Diese Kriegslist indessen hielt nicht lange vor. Noch im März gelangte nach Wien die Meldung: „Nun wird zwar vorgegeben, daß die Kriegsbereitschaft Christians IV. allein gegen Gustav Adolf sei. Dieses ist ein Spiegelfechten. Denn die hohen Officiere Christians stehen mit Schweden und den österreichischen und böhmischen Rebellen, die dort sich aufhalten, in guter Correspondenz. Zu Elsenör haben sich kürzlich mit den Dänen die Gesandten von Schweden, England, Frankreich zusammen gefunden, wohl und freundlich.“ [4]

Der Kurfürst Johann Georg von Sachsen erhob in Mainz und München gegen den Kaiser den Vorwurf, daß er bei der Lage der Dinge im Reiche nicht längst eine Versammlung der Fürsten ausgeschrieben. Er für sich sei erbötig zu kommen, ob zu einem Reichstage, ob zu einem Kurfürsten-Collegialtage, ob zu einem Deputationstage. Weil aber das Erste hier und dort zu viel erscheine, das Zweite zu wenig: so möge doch ein Deputationstag ausgeschrieben und damit nicht auf den Ausgang des niederländischen Krieges gewartet werden. Am 9. April brachte der Kurfürst diesen Vorschlag in nachdrücklicher Weise an den Kaiser selbst.[5] Dem Wunsche gemäß ward ein Deputationstag nach Ulm ausgeschrieben, auf den 16. August.

Es scheint namentlich dem Kaiser schwer geworden zu sein zu glauben, daß Christian IV. im Jahre 1625 ein so ganz anderer Mann sein würde als bis in 1624. Auf die dringenden Mahnungen des Kurfürsten Maximilian antwortete er, am 13. April: „Christian IV. hat oftmals, so namentlich durch den Grafen Anton Günther, seine friedliche

[1] A. a. O. [2] A. a. O. Vom 4. April. [3] A. a. O. [4] A. a. O. [5] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gesinnung betheuert. Er hat hiebevor das von der neuen Conföderation ihm angetragene Generalat wegen der Pflicht und des Respectes, mit welchen S. L. uns und dem Reiche zugethan, freiwillig ausgeschlagen."[1] — „Wir haben nun an des Königs Lbd. in einer solchen Form geschrieben, daß S. Lbd. am wenigsten einiges Mistrauen, noch Offension daraus schöpfen können, und daß gleichwohl, unserem Ermessen nach, eben der Zweck, dahin E. L. deuten, erreicht werden könne." D. h. der Kaiser hatte Christian IV. aufgefordert, sich bei dem Könige von England, damals noch Jacob I., für die Erhaltung des Friedens zu verwenden. „Imgleichen, sagt weiter der Kaiser, haben wir die regierenden Herzöge zu Mecklenburg und den Grafen von Oldenburg durch eigene Handbriefe um fleißige Aufsicht ersucht."

Die Worte ergeben, wie wenig noch in Wien der Thatbestand erkannt wurde. Aber die Nachrichten drängten sich. Am 17. April sandte der Kurfürst Max einen Bericht Tillys ein, mit dessen Bitte um kaiserliche Commission, wie er dem Dänenkönige, dessen Truppen mehr und mehr sich im niedersächsischen Kreise ausbreiten, gegenüber sich zu verhalten habe. Tilly hebt weiter mit Nachdruck hervor, daß den verschiedenen und entlegenen Feinden er mit seiner Armee allein nicht begegnen könne, daher für nothwendig erachte, daß mehrere Armeen aufgestellt werden. — Der Kurfürst machte sich den Vorschlag Tillys zu eigen, mit dem dringenden Zusatze für den Kaiser, keine Stunde damit zu feiern.[2]

Der Bericht ist von besonderer Wichtigkeit als der durchschlagende Anlaß zur Berufung Wallensteins.

Die Meldungen Tillys wurden trüber. „Die Antworten, die ich erhalte, meldet er am 24. April, sind colorierte Worte. Das beste Mittel wäre, daß der Kaiser den Dänenkönig, bevor derselbe mit seiner ganzen Macht vor- und ausbricht, ohne alle Saumsal ernstlich erinnert."[3] — Stärker drängte der Kurfürst Max in den Kaiser. „Hinter den dänischen Werbungen, schreibt er am 2. Mai, steckt mehr als man erkennen kann."[4] Deshalb bittet er abermals, der Kaiser wolle mit den angefangenen Werbungen schleunigst und nachdrücklichst fortfahren. Ferner möge der Kaiser an Christian IV. einen Gesandten schicken, „der ihm beweglich und mit gebührendem Ernste Alles und Jedes vorhalte und ihn frage, was denn eigentlich seine Intention sei und aus welcher Ursache. Darauf

[1] A. a. O. [2] A. a. O. [3] A. a. O. [4] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kommt es an." Max verlangt endlich die vom Kaiser für Tilly bereits bewilligte Vollmacht zum Einrücken in den niedersächsischen Kreis. Seine allgemeine Vollmacht reiche dafür nicht aus.

Der Kaiser dagegen trug Bedenken, den Dänenkönig zu einer kategorischen Resolution zu drängen, weil er selber auf eine feindselige noch nicht vorbereitet war. Lieber wolle er zunächst auf den Deputationstag hoffen. So am 10. Mai.[1] Aber dieser Tag war auf den 16. August einberufen. Die Worte ergeben, wie so weit auch damals noch der Kaiser davon entfernt war, die Plane der Aggressiv-Partei zu durchschauen.

Christian IV. seinerseits war beflissen, den Kaiser noch in Ungewisheit zu erhalten. Am 14. Mai antwortete er, aus Segeberg, auf jenes Schreiben des Kaisers vom 13. April, dessen Inhalt dieser dem Kurfürsten Max angegeben. Er meldet, daß sämmtliche Fürsten und Stände des niedersächsischen Kreises ihn zum Kreisobersten erwählt, auch durch eine ansehnliche Deputation ihn um Annahme haben ersuchen lassen. Auf dieses emsige Anhalten habe er ihre Bitte nicht abzuschlagen gewußt, und werde sich der Reichs- und Kreisverfassung gemäß verhalten.[2]

Bei diesen Worten mochte nachträglich in Wien die von Tilly gerügte Versäumnis empfunden werden, daß der Kaiser keinen Vertreter nach Lüneburg geschickt, um der Wahl Christians IV. entgegen zu treten. Der Kurfürst von Mainz schrieb dem Kaiser: „Christian IV. ist nicht ein im Reiche regierender oder ansässiger Stand, kann darum nicht Kreisoberst sein."[3] Ein Gutachten des Reichshofrathes von der Recke sagt: „Die Reichsabschiede weisen klar dahin, daß ein Kreisoberst zur Zeit dieses Amtes aller anderen Eide und Pflichten entlassen sein soll."[4]

Weiter sagt das Schreiben Christians IV.: „Nachdem wir auch über die Kriegsverfassung des Kreises allerhand uns vielleicht ungleiche Berichte besorgen, so wollen wir nicht unterlassen, den Grund der Wahrheit zu schreiben, daß, nachdem etliche Stände des Kreises durch schwere Einquartierung fast ganz ausgesogen und verderbt, und der bayerische General Tilly noch neulich abermals etlichen Ständen mit solchen Molestien gedroht — sie für eine Nothdurft gehalten, sich etwas in Bereitschaft zu stellen. — Welches wir E. K. M. und L., damit Sie Ihnen nichts Widriges einbilden lassen, freundlich anfügen wollen."

[1] A. a. O. [2] A. a. O. [3] A. a. O. Vom 5. Mai.
[4] A. a. O. Vom 24. April.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Kaiser hatte ferner Christian IV. zur Verwendung bei dem Könige von England um die Erhaltung des Friedens aufgefordert. Zur Antwort erinnerte Christian IV. daran, daß er durch den Grafen Anton Günther im Jahre zuvor seine Meinung kund gethan und darauf keine Antwort erhalten habe. „Also daß wir daraus nichts Anderes schließen können, als daß E. K. M. und L. solche media einzuräumen ganz nicht geneigt." Deshalb getraue Christian IV. sich nicht, sich bei dem Könige von Großbritannien zu verwenden. „Wollen aber, fährt er fort, gleichwohl hierneben die Hoffnung nicht fallen lassen, E. K. M. und L. werden noch endlich Ihre angeborene große Clemenz, welche Sie demjenigen erwiesen, der Anstifter aller Unruhe gewesen, und der den Kurfürsten-Pfalzgrafen als einen jungen Herrn zu solchen Rathschlägen verleitet, zu denen S. L. für ihre Person niemals incliniert hätte — auch gegen S. L. selbst blicken lassen."

Unzweifelhaft war ja Christian von Anhalt als der Verführer in so weit schuldiger als der von ihm bethörte Friedrich V. Aber Anhalt hatte dann um Verzeihung gebeten und dadurch sich moralisch gebunden. Friedrich V. dagegen war geblieben, wie er unter Anhalts Leitung war, gefügig und willig, jedem Friedensstörer des Reiches seinen Namen als Fahne zu verleihen.

Dennoch erreichte Christian IV. mit diesem seinem Schreiben bei dem Kaiser seinen Zweck. Ferdinand II., indem er die Erhaltung des Friedens wünschte, glaubte noch an die Möglichkeit. Dies ergibt sich aus seinem Verhalten gegenüber Niedersachsen.

Zur selben Zeit nämlich, im Mai 1625, fanden sich die Abgeordneten der Fürsten und Stände von Niedersachsen in Braunschweig zum Kreistage zusammen. In dem Ausschreiben der Berufung ward nachdrücklich hervorgehoben, daß der Kaiser und Tilly wiederholt den Kreis aufgefordert, die Päße zu sichern und zu bewahren. Die Hauptfrage also war: ob für die Vertheidigung des Kreises ein Heer geworben werden solle oder nicht.

Das Verhalten dieses Kreistages mußte für die Kriegesfrage entscheidend werden. Wenn der Kreistag einstimmig oder auch mit starker Mehrheit ablehnte, so zergingen daran die Entwürfe des Dänenkönigs, und der Friede blieb gesichert.

Man redete hin und wieder acht Tage lang. Der Herzog Friedrich Ulrich schien zur Erkenntnis gekommen zu sein: er ließ zuerst gegen die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bewaffnung reden. Dann jedoch schlug er wieder um. Die Phalanx von Lauenburg hielt zusammen. Es ergaben sich für die Bewaffnung acht bejahende Stimmen gegen sieben verneinende. Die letzteren sind diejenigen des Herzogs Christian des Älteren zu Celle, des Kölner Kurfürsten Ferdinand als Fürstbischofs von Hildesheim, der Reichsstädte. Wir haben sie zu hören als die patriotische Partei.[1]

Die Minderheit der sieben Stimmen wies der Mehrheit der acht nach, daß diese nur durch Kunstgriffe sich zur Mehrheit gestempelt habe. Der dänische König hatte zweimal gestimmt, einmal für sich als Herzog von Holstein, das zweite Mal für seinen minderjährigen Sohn als Administrator von Schwerin. Die Stadt Nordhausen hatte, ohne einen Abgeordneten zu senden, schriftlich erklärt: was man einhellig bewillige, werde sie genehm halten. Die Bejahenden zählten darauf die Stimme der Stadt ihrer Partei zu. Da sämmtliche andere Reichsstädte gegen die Bewaffnung waren: so sprach die Wahrscheinlichkeit dafür, daß auch Nordhausen dagegen sein würde. Zieht man Schwerin und Nordhausen von den acht bejahenden Stimmen ab: so ergeben sich sechs bejahende gegen sieben verneinende. An jenen Kunstgriffen hing das Geschick des Reiches und der deutschen Nation.

Aber nun die Gründe. „Wozu," fragt die angebliche Minderheit, die in der That die Mehrheit, und nur nach dänischer Zählung Minderheit war, „wozu soll die Rüstung des Kreises dienen? Von Mansfeld, von England, von Frankreich ist nicht das geringste Drohschreiben an den Kreis gelangt. Viel weniger wissen wir, daß wir mit der einen oder der anderen fremden Macht irgend etwas in Ungutem zu schaffen haben. Deshalb droht von dort nicht die geringste Gefahr. Was den Kaiser und die anderen gehorsamen Kurfürsten und Fürsten des Reiches betrifft: so hat man die festen Zusicherungen derselben in Händen. Wir haben bisher denselben getraut, und haben bis zur Stunde keine Ursache in dieselben das geringste Mistrauen zu setzen. Und obgleich man einwendet, der Kaiser und der General Tilly hätten ja selbst den Kreis gewarnt, auf der Hut zu sein vor einem unvermutheten Einbruche des Mansfeld nach Bremen zu, und hätten deshalb ermahnt die Grenzen zu bewahren: so ist ja auch ohnehin dieß unsere Pflicht. Wir haben uns dessen auch jedesmal gegen den Kaiser erboten. Auch kann dieß mit

[1] Das Folgende ein Auszug aus einer längeren Darlegung im D. C. Archiv in Osnabrück. Vgl. Londorp III, 921.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dem Landvolke oder anderer geringer Macht leicht geschehen, zumal da der Kaiser sich zur Hülfe immer erboten, und offenbar allen Feinden zur Genüge gewachsen ist."

„Nicht das ist die Absicht, sagen diese sieben Kreisstände, nicht das ist der Zweck dieser Bewaffnung. Man — also Christian IV. — will die in diesem Kreise noch übrigen Stifter und Klöster sich aneignen. Wenn der Kaiser sich dazu bereit finden ließe, würde man ihm gegen Mansfeld und die Anderen wohl beistehen."

Nach dem Urtheile dieser Reichsstände in Niedersachsen ist also die Habgier des Dänenkönigs nach deutschem Kirchengute die Wurzel des dänischen Krieges. Wir werden die Urtheile, die von der Partei Friedrichs V. aus über ihn gefällt wurden, später damit zu vergleichen haben.

„Warum aber, fragen weiter diese Stände, sollen dafür diejenigen zahlen oder fechten, die für ihre Person nichts davon zu genießen haben? Warum sollen sie aus dem Seckel ihrer unschuldigen Unterthanen dazu kriegen helfen? — Das von uns zu fordern, haben die Kriegsdurstigen kein Recht. Vielmehr muß ein Beschluß, dem wir kraft der Geschichte, kraft des Rechtes widersprechen, dem Kaiser zur Entscheidung heimgestellt werden. Bis dahin, wenn Recht Recht sein und bleiben soll, darf man eine Execution gegen uns nicht beginnen. Geschieht dieß aber dennoch, wie denn leider nach den täglichen Drohungen bereits vor Augen schwebt: so müssen wir zwar eine Zeitlang Geduld haben, hegen jedoch zu dem Kaiser und zu der Liga das Vertrauen, daß sie die getreuen Stände des Reiches und des Kreises nicht hülf- und trostlos lassen werden, weder mit den Mitteln des Rechtes, noch denen ihrer siegreichen Waffen."

Daß die hier kund gegebene Besorgnis der Minderheit der Kreisstände vor den Drohungen des Dänenkönigs und seiner Partei nicht grundlos war, ergibt sich sowohl aus dem Wortlaute des Vertrages von Lauenburg, als auch wird es sich zeigen aus dem Verlaufe der Dinge, namentlich im Fürstenthume Lüneburg.

Dem Kaiser jedoch berichtete die vorgebliche Mehrheit dieses Kreistages in etwas anderer Weise, am 16./26. Mai.[1] Sie melden darin, daß Tilly sie gewarnt, ihre Grenzen wohl in Acht zu nehmen. Nun sei neulicher Tage Bericht eingekommen von anziehenden Kosaken. „Deshalb haben die Stände auf eine ansehnliche Defensions-Verfassung geschlossen und sind nunmehr im Werke begriffen, dieselben förderlichst

[1] Kriegsacten F. 62.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auf die Beine zu bringen, nicht zwar in der Meinung, sich fremder Händel theilhaftig zu machen und sich in andere, den Kreis nicht angehende Dinge zu mischen, sondern es ist hierbei ausdrücklich dieses bedacht worden, daß man sich hierunter durchaus und lediglich in den Schranken der Reichsabschiede halten, daraus im wenigsten nicht schreiten, sondern inhalts derselben zuförderst bei E. K. M. unterthänigst gehorsam unausgesetzt beharren und das Volk zu nichts Anderem als zur Defension dieses Kreises, Besetzung der Grenzen und Abwehr feindlichen Einbruches anwenden solle und wolle." Sie hoffen, der Kaiser werde sich das gnädigst gefallen lassen.

Eben dasselbe gaben diese Fürsten in Form einer Proclamation ihren Unterthanen kund. Mehrere der Fürsten, wie Adolf Friedrich von Mecklenburg am 21./31. Mai, Friedrich Ulrich am 25. Mai / 4. Juni, betheuerten dem Kaiser nachdrücklich ihre Devotion.[1] Ob sie darin aufrichtig handelten oder nicht: die Antworten des Kaisers ergeben, daß die Absicht des Dänenkönigs, ihn noch im Unklaren zu erhalten, erreicht wurde. Am 25. Juni erfolgte die Antwort des Kaisers an den niedersächsischen Kreis.[2] Er habe, sagt er, die Erklärung über den Defensionsstand nicht ungern vernommen: aber es sei ihnen ja für alle Fälle die Hülfe Tillys nahe. Er lasse sich alles wohl gefallen, nur daß nicht, der Reichsverfassung zuwider, fremdes Kriegsvolk ins Reich eingeführt werde. — Etwas stärker jedoch drückt er sich am selben Tage an die Minderheit des Kreistages von Braunschweig aus, an Christian den Älteren, Ferdinand von Köln-Hildesheim, die Stadt Lübeck. Er nennt die sogenannte Kreis-Defension „diese, unseres Ermessens, unzeitige Werbung." Er lobt besonders Christian den Älteren, daß er bei dem Kreistage in Braunschweig „die aus der Armierung erfolgende Ungelegenheit, sonderlich die Verhinderung des allgemeinen Friedens, vernünftig erwogen."

Die Mehrheit des Kreistages hatte sich für ihre Beschlüsse auf ihre Besorgnis vor Kosaken berufen. Wie dem Kaiser, so meldeten sie auch dem Kurfürsten von Sachsen: „Diese Furcht vor den Kosaken hat hauptsächlich uns mitbewogen, für die Defension zu stimmen." Johann Georg erkundigte sich näher. Er fragte den Fürsten von Liegnitz, was es mit diesen Kosaken auf sich habe. Dieser erwiederte, es sei ein leeres

[1] A. a. O. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gerücht. „Allerdings," sagt er, „hat sich ein Haufe solches Gesindels an der schlesischen Grenze sehen lassen, hat auch über dieselbe hinaus geplündert. Indessen hat es Gott verliehen, daß durch Zuthun des Kaisers und der polnischen Herren das lose Volk zerstreut ist, und seinen Raub hat dahinten lassen müssen." Johann Georg sandte dieß Schreiben den Fürsten von Niedersachsen ein. Er bat und ermahnte sie, nicht aus den Schranken dessen zu schreiten, was sie vor Gott und dem Kaiser verantworten können.[1]

In schärferer Weise urtheilt darüber ein Lübecker Patrizier, Steinhauer, in einem Schreiben an den Senator Pich in Hamburg. „Wahrlich, sagt er, unsere Fürsten sind den Kosaken Dank schuldig. Es fehlte ihnen vor Kaiser und Reich zur Rechtfertigung ihrer Armierung jeglicher Vorwand: da erscheinen weit, weit von uns jenseit der schlesischen Grenzen wie ein Deus ex machina die Kosaken. Zwischen uns und den Kosaken liegt dann freilich noch der obersächsische Kreis, der es nicht nöthig findet, um ihretwillen zu rüsten. Allein für unsere Fürsten gelten die Rathschläge der flüchtigen Rebellen und des Gastes aus Cassel in Güstrow. Längst haben wir die Weisheit der Vorfahren verlernt, die ihre Entschlüsse faßten, wie es dem eigenen Besten entsprach; jetzt, wie ein Jeder seine Habgier mit den klingenden Namen der Religion und der Freiheit zu verhüllen weiß, so laufen wir nach wie bethört, bis wir zur großen Schmach des deutschen Namens der Welt kund thun, wie weit wir von der Tugend der Vorfahren abgekommen sind."[2]

Die kaisertreuen lutherischen Fürsten, wie Johann Georg von Sachsen und der Landgraf Ludwig, brachten ihre Ansicht über die Rüstungen in Niedersachsen durch den Kurfürsten Max an den Kaiser.[3] „Weil Tilly, schreibt Maximilian, noch in Hessen-Cassel steht, so fürchten die Fürsten in Niedersachsen, daß er Gelegenheit suchen werde, sich der Pässe an der Weser und der Elbe zu bemächtigen, solche einzunehmen und zu besetzen, und daß in Folge dessen die im niedersächsischen Kreise liegenden

[1] Calenberg. Das Schreiben Georg Rudolfs ist vom 22. Juni, dasjenige Johann Georgs vom 5. Juli.

[2] Nunc ut quisque religionis et libertatis magna nomina cupiditatibus suis obtendit, quasi lymphati sequimur, donec magna Germanici nominis infamia ostendamus, quantum a majorum virtute recesserimus. In Kriegsacten F. 63. Vom 29. Juni.

[3] A. a. O. Vom 10. Juni.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Stifter und Klöster in Gefahr kommen. S. L. (der Landgraf Ludwig) hofft daher, es werde dem gemeinen Wesen fürträglich sein, wenn die Stände in Niedersachsen darin assecuriert würden." Indem der Kurfürst Max dieser Ansicht beitritt, stellt er die Bitte, daß der Kaiser, wenn er eine Gesandtschaft nach dem niedersächsischen Kreise schicke, die Beschlüsse von Mühlhausen von 1620 wiederholen wolle.

Es ergibt sich demnach, daß auch dem Landgrafen Ludwig und dem Kurfürsten Maximilian eine Klarheit über die Absicht des Dänenkönigs, wie der Herzog Christian zu Celle sie durchschaute, noch nicht aufgegangen war. Der Herzog erkannte, daß die Absicht des Dänen dahin ging, die noch übrigen katholischen Stifter und Klöster in Niedersachsen zu nehmen: jene zwei Fürsten meinten, daß der Friede erhalten bleiben könne durch die Zusicherung des bereits Genommenen.

Der Kaiser antwortete, am 17. Juni, daß er die Assecuration an die Reichsstände von Niedersachsen schriftlich ausstellen werde.[1] Und so geschah es. — Dagegen finden sich unter den aus Niedersachsen einlaufenden Avisen, bereits vom 26. Mai / 5. Juni, die Worte: „Man lacht der kaiserlichen Sincerationen. Damit Christian IV. mit den 10,000 Mann desto besser aufkomme, laudem militarem erlange und die kaiserlichen (Soldaten) schwierig mache, gibt er drei bis vier Thaler Laufgeld."[2]

Daß der Kaiser nicht, wie der Kurfürst Max wünschte, einen Gesandten an den niedersächsischen Kreis schickte, mochte seinen Grund haben in seiner Ungewisheit. Bereits war der Reichshofrath von der Reck dazu ernannt, die Instruction für ihn abgefaßt. Aber diese Instruction ist unbestimmt, schwankend. Es liegt eine geheime Neben-Instruction bei, in der sich die Worte finden: „Die Intention der Gegner liegt nicht klar vor."[3] Darum scheint auch die Absendung unterblieben zu sein.

12. Kaiserliche Kriegsvorbereitung. Tilly und Wallenstein.

Seit dem Beginne des Monates April waren an den Kaiser die Wünsche und Bitten Tillys und der Häupter der Liga, der Kurfürsten Maximilian und Johann Schweikard, eingelaufen, daß, da die Armee der Liga gegen die zahlreichen Feinde nicht ausreiche, der Kaiser noch ein

[1] A. a. O. [2] A. a. O. [3] A. a. O. Vom 25. Mai.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

eigenes Heer aufstellen möge. Dagegen standen die schweren Fragen, wie ein solches Heer anzuwerben und wie es zu unterhalten.

Für die erstere Frage schien sich eine Lösung zu bieten in der Persönlichkeit des Albrecht von Wallenstein, Fürsten von Friedland. Die Bedeutung, zu welcher dieser Mann in den nächsten Jahren emporwuchs, führt leicht in die Versuchung, den Beginn seiner Laufbahn zu überschätzen und damit die richtigen Verhältnisse seiner Stellung zu Anderen und zu dem Ganzen zu verschieben. Eine Übersicht der Geschichte des großen Krieges hat sich, in Betreff des Lebens von Wallenstein vor seinem Auftreten als Feldherr, auf das Nothwendige zu beschränken, und das spätere Werden zu beleuchten im Rahmen der Gesammtheit der Thatsachen.

Albrecht von Wallenstein entstammte einer alten böhmischen Adelsfamilie. Geboren 1583, ward er, früh verwaist, von Verwandten als Nicht-Katholik erzogen. Später trat er zur Kirche zurück. Er widmete sich den Waffen, und diente mit Auszeichnung im Kriege des damaligen Erzherzogs Ferdinand gegen die Venetianer in Görz und Gradisca. Durch die Heirath mit einer reichen Witwe von Landeck, die nach kurzer Zeit ihn als ihren Erben hinterließ, gelangte er zu Reichthum und zur Landstandschaft in Mähren. Es war einer der wenigen Edelleute dort, die es wagten, im Jahre 1619 nicht bloß der Rebellion sich nicht anzuschließen, sondern, als Oberst eines Regimentes, offen entgegen zu treten.

Nach dem Umschlage in Böhmen fand Wallenstein seinen Lohn durch Ankäufe von confiscierten Rebellengütern. Er kaufte fünfzehn Güter auf einmal.[1] Von ein und vierzig derer, die er erwarb, ist der Kaufpreis bekannt, zugleich aber auch, daß Wallenstein nicht die Hälfte der Summe bezahlte, und ferner, daß er das, was er bezahlte, durch Gegenrechnungen an die kaiserliche Kammer abtrug. Dazu betheiligte er sich, wie oben (S. 69) berichtet, in hervorragender Weise an dem wenig ehrenhaften Gewinne durch die sogenannte lange Münze, die Ausprägung des minderwerthigen Geldes. Sein Reichthum schwoll an zu einer fabelhaften Höhe.[2] Im Sommer 1623 festigte er seine Stellung in der Aristokratie durch eine zweite Heirath mit Isabella, der Tochter des Geheimeraths Carl von Harrach. Wenige Monate später verlieh ihm der Kaiser den Titel eines Fürsten von Friedland.

---

[1] Hurter, Wallenstein 8.

[2] Gindely, Waldstein 1, 32.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Nach einigen Nachrichten hat schon damals Wallenstein Anträge gestellt, ein Heer zu werben. Wenn dies geschehen, so hatten sie keinen Erfolg. Im November 1624 bot Wallenstein, damals im Lebensalter von 41 Jahren, dem Kaiser an, auf eigene Kosten eine Armee gegen die Republik Venedig zu errichten und damit Friaul anzugreifen. Es ist nicht anzunehmen, daß er dabei von dem Seinigen zusetzen wollte.[1] Die Entscheidung des Kaisers zog sich mehrere Monate hin. Spanien trat wegen der Verwickelungen in Italien für den Antrag ein, so daß bereits die Ansicht emporwuchs, Wallenstein werde als General Philipps IV. eine Armee von 20,000 Mann nach Italien führen. Im April jedoch schlugen die dringenden Mahnungen der Häupter der Liga durch: am 7. April ernannte der Kaiser den Wallenstein „zum Capo über alles Ihro Volk, so dieser Zeit im H. R. Reiche und Niederland vorhanden, oder noch dahinwärts geschickt und abgeordnet werden möchte."[2] Auch dann jedoch zog sich bei dem beständigen Schwanken des Kaisers über die Kriegsgefahr der feste Entschluß noch Wochen lang hin. Erst am 12. Mai that Ferdinand der Infantin Isabella kund: „Wegen der großen Gefahr sind wir, ungeachtet daß unsere Erbkönigreiche und Länder und derselben Unterthanen auf den äußersten Grad abgemattet, ausgeschöpft und verderbt sind, dennoch entschlossen, neben der Ergänzung unserer bisherigen 6 Regimenter zu Fuß und 24 Compagnien Reiter, noch neue Kriegspräparationen unter dem Commando des Fürsten und Obersten von Wallenstein, von 15,000 zu Fuß und 6000 zu Roß, vor und an die Hand zu nehmen, und vermittelst derselben unsere Erbkönigreiche und Länder wider den Bethlen Gabor zu assecurieren und den beiden Königen Christian IV. und Gustav Adolf zu widerstehen."[3]

Nicht jedoch in den Erbländern sollte diese Werbung stattfinden, sondern im Reiche, zunächst im fränkischen Kreise. Diese Nachricht war den Häuptern der Liga wenig erwünscht. Johann Schweikard von Mainz meldete mit seiner Freude über den Entschluß des Kaisers zur Werbung, und mit seiner Bitte keine Stunde damit feiern zu wollen, zugleich sein Bedenken gegen die Anordnung der Musterplätze in Franken.[4] „Die Last, sagte er, wird allein den katholischen Ständen auf den Hals fallen, die

[1] Vgl. Zwiedineck-Südenhorst II, 41, 193, 223.

[2] Vgl. Gindely, Waldstein I, 48.

[3] Kriegsacten F. 62. In dem Actenstücke sieht geschrieben Wallenstein.

[4] A. a. O. F. 63. Vom 2. Juni.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bisher das Ihrige so treulich zugesetzt." Es steige die Besorgnis empor, daß dann auch der auf den 16. August nach Ulm ausgeschriebene Deputationstag vereitelt werde.

Der Kaiser verantwortete sich darüber mit den Worten: „Wir haben die Musterplätze in den fränkischen Kreis gelegt in sonderlicher Erwägung, daß unsere Erbkönigreiche und Länder, weil sie einzig und allein zur Erhaltung unserer Armada stets und allein contribuieren, auch durch die vorigen ausgestandenen vielfältigen, zur Defension des Reiches und der getreuen Stände, ja der gesammten werthen Christenheit gereichenden Kriegesauflagen gänzlich erschöpft und verderbt, und daher sie mit solcher Last zu belegen unmöglich gewesen."[1]

Unverkennbar tritt damit ein bisher nicht angewandtes Princip ins Leben, das sich in die Worte zusammen drängen läßt: der Pflicht des Kaisers, das Reich zu schützen, entspricht die Pflicht des Reiches, das dafür erforderliche Heer zu unterhalten. — War das Princip unanfechtbar, so fragte es sich dann um die Ausführung in der Hand des Mannes, der zunächst die Auslagen der Werbung bestritt, und dessen Lebensgang bisher bewies, daß er nicht Willens war, etwas einzubüßen.

Zugleich erwächst hier die Frage der Stellung Wallensteins zu Tilly im Sinne des Kaisers. Diese wichtige Frage verdient ein besonderes Eingehen um so mehr, weil sie bisher, der Regel nach, irrthümlich aufgefaßt worden ist.

Bei dem Anwachsen der Kriegsgefahr ersuchte der Kurfürst Maximilian den Kaiser um Erneuerung der Vollmacht für ihn und für seinen Substituten Tilly. Dies war um so nöthiger, weil sichtlich das Bestreben Christians IV. vorlag, Tilly bei den Reichsständen als bayerischen General hinzustellen. Der Kaiser willfahrte am 26. April. Er bestätigte dies durch ein eigenes Schreiben, vom 3. Juni, an Tilly.[2] Es lautet wie folgt.

„Wir haben für eine Nothdurft befunden, unsere kaiserliche Gewalt unserem lieben Vetter und Schwager, des Kurfürsten, Herzogs und Pfalzgrafen aus Bayern Lbd. zu ertheilen, cum potestate substituendi auf Deine Person. Wann wir dann vermöge der von J. L. uns eingelangten Antwort gedachte Gewalt zu Dero sicherer Hand beigebracht zu sein wissen, Als stellen wir in keinen Zweifel, Du werdest dessen nicht

[1] A. a. O. Vom 23. Juni, an den Kurfürsten Johann Georg.

[2] A. a. O. Nur den Eingang habe ich etwas gekürzt.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

allein genugsamen Bericht, sondern auch von mehrgedachter L. deshalb nothwendige Verordnung empfangen und gedachter Gewalt auf erheischenden Nothfall Dich zu gebrauchen haben."

„Nichts desto weniger aber, damit wir gleichwohl, über vorbemeldete unsere gemeinnützige nothwendige Verordnung, auch noch ferner bei dieser weit aussehenden Kriegspräparation an unseres tragenden kaiserlichen Amtes Sorgfältigkeit nichts erwinden lassen: So ermahnen wir Dich hiermit, gnädigst befehlend, Du wollest auf obangeregte Gefahr ein wachsames Auge haben, alle Gelegenheit wahrnehmen und zu Schutz und Rettung der getreuen gehorsamen Kurfürsten und Stände und zeitlicher Abwend- und Vorkommung alles feindlichen Einbruches, der tauglichen und bequemen Pässe aller Orten und Enden, wo es die Nothdurft erfordert und die Widerwärtigen etwa ihren Vortheil suchen möchten, damit man ihnen hernach schwerlich zuvorkommen könnte, Dich bemächtigen, dem zusammen rottierten Volke entgegen ziehen, dasselbe aufschlagen und zertrennen, und alles dasjenige, was unser und der getreuen gehorsamen Kurfürsten und Stände, nach Gelegenheit der Sache und Zeiten, Nothdurft erfordert, und obangeregter unserer Gewalt gemäß ist, mit allem Fleiße Deiner uns in viele Wege bekannten Kriegserfahrenheit und Dexterität, und unserem gnädigst zu Dir gestellten Vertrauen nach, ins Werk zu setzen, lassen angelegen sein. Als wir Dir dann zu mehrerer Deiner Wissenschaft obgemelte des Kurfürsten in Bayern L. aufgetragene Gewalt, neben denjenigen Schreiben, so wir jetzo an die Fürsten und Stände des niedersächsischen Kreises abgehen lassen, hiermit communicieren, daraus Du, wohin unsere kaiserliche Intention gerichtet, mit mehrerem abnehmen, und, wie von Dir bishero löblich geschehen, also auch nochmals die Waffen mit solcher Discretion werdest anwenden, daß Jeder im Werke zu spüren habe, daß wir uns derselben nur allein zur Wiederbringung des erwünschten Friedens, auch Rettung unserer und der gehorsamen Kurfürsten und Stände Land und Leute, aus dringender Noth, den an allen Orten gegen uns und erstgedachte gehorsame Reichsstände gemachten Anschlägen zu begegnen, im wenigsten aber einem gehorsamen friedliebenden Stand Ungelegenheit zuzuziehen, zu gebrauchen gemeint seien."

„Hieran erzeigest Du, neben Beförderung desjenigen, was zu gedeihlichem des H. R. Reiches Wohlstand gereichen thut, unseren gnädigsten Willen und Meinung."

Demnach hatte Tilly als Substitut des Kurfürsten Maximilian

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

seine Vollmacht zugleich auch immediat vom Kaiser. Ein anderer Name findet sich nicht in seiner Instruction. Als kaiserlicher Feldherr hatte er zu handeln nach seinem Ermessen.

Anders stand es mit Wallenstein, seit dem 13. Juni Herzog von Friedland.[1] Er sollte sein eigenes, erst noch zu werbendes Heer führen. Aber die Aussendung selber war hervorgerufen durch die Klagen und Bitten Tillys wie der Häupter der Liga, daß ihre Streitkräfte gegen die anwachsende Zahl der Feinde nicht genügten. Darum war zu erwarten, daß die Instruction für Wallenstein, datiert vom 27. Juni,[2] ihm auch die Richtschnur seines Verhaltens zu Tilly vorschreiben würde. Es geschah mit folgenden Worten.

„Da es sich auch zutrüge und begäbe, daß dieses unser Kriegsvolk mit demjenigen der gehorsamen Kur- und Fürsten sich conjungieren oder sonst ein Feldlager dem anderen die Hand reichen müßte, wird Sr. L. nicht entgegen sein, unabbrüchig unserer kaiserlichen Präeminenz und Respectes, auch Nutzens und Frommens, sich des gedachten Grafen von Tilly, dessen vortrefflicher Valor und vor Gott dem Allmächtigen gehabtes Glück, aller Cavaliere Lieb, Affection und Vertrauen erzündet, guten Rathes zu gebrauchen und sich demselben in allem, was er gemeinnützlich befinden wird, zu accommodieren."

Da Tilly seine Vollmacht nicht bloß von dem Kurfürsten, sondern auch immediat von dem Kaiser hatte, so klingen die Worte: „unabbrüchig unserer kaiserlichen Präeminenz" — wie ein fremdartiger Zusatz, der, wenn ohne Absicht von dem Concipienten eingefügt, ein großes Ungeschick beweist, wenn mit Absicht, eine Geschicklichkeit im Dienste Wallensteins. Dennoch bleibt der Ausdruck der Intention des Kaisers, daß, im Falle der Vereinigung der Streitkräfte, Wallenstein sich dem Rathe Tillys accommodieren solle. Es verging nicht lange Zeit, bis diese Frage actuell wurde.

Von Gewicht ist ferner die Stelle der Instruction in Betreff des Verhaltens gegen die Reichsangehörigen. „Er (Wallenstein) soll, unserer Intention nach, sich dahin bearbeiten, die Gemüther zu gewinnen und durch Vorstellung guter Hoffnung, auch eines Jeden Selbstinteresse, Nutzen und Frommen, auf unsere Seite zu bringen, mit nichten aber

[1] Tadra 295. [2] Gindely, Waldstein II, 387.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mit durchgehendem Rigor und Schärfe zu verursachen, daß auch der Freund und Zweifelhafte durch Desperation bei der widrigen Partei Schutz zu suchen und mit derselben sich zu conjungieren gedrungen werde, so Er dann durch gute Correspondenz, seiner Vorsichtigkeit und Erfahrenheit nach, wohl wird ins Werk zu richten wissen, vornehmlich daß er den Prätext der Religion, dessen unsere Feinde bisher am allermeisten zu Bedeckung ihrer rebellischen Anschläge und Interessen sich meisterlich gebraucht, so viel möglich benehmen, und, unseren kaiserlichen Patenten gemäß, so wir Ihm deswegen absonderlich zukommen lassen, denjenigen, so zu unserem Gehorsam treten, von unseretwegen zusage und verspreche, in ihrer Religion und Ceremonien der Augsburgischen Confession keinen Eintrag zu thun, auch ihrer inne habenden Stifter halber dasjenige zu halten, und in Allem nachzukommen, was unser und des Reiches lieber getreuer Johann Tserclaes Graf von Tilly, unseres lieben Vetters usw. Kurfürsten Maximilian bestellter Generallieutenant, ihnen zugesagt und wir hernachmals confirmiert und bestätigt, dessen wir aber uns gegen diejenigen nicht verbunden zu sein erachten, so die verdächtigen Waffen nicht niederlegen und (sich) zu unserm Gehorsam, ihren schweren Eiden und Pflichten nach, (nicht) accommodieren werden."

Die vorstehenden Worte sind durch den Druck hervorgehoben wegen ihrer Wichtigkeit zur Charakteristik des Krieges. Von dem Prager Fenstersturze an haben erst Matthias, dann Ferdinand II. das Wort des Religionskrieges als den Vorwand der Aggressiv-Partei zurückgewiesen. Wenn diese Zurückweisung in den Streit- und Wechselschriften noch einem Zweifel Raum belassen könnte, so ist dieser Zweifel gegenüber der Instruction für die kaiserlichen Feldherren — unstatthaft. Der Kaiser Ferdinand II. wollte keinen Religionskrieg. Und zwar wollte er nicht gemäß seiner Eidespflicht. Der Nuntius Caraffa berichtete nach Rom, daß er versucht habe, den Kaiser im Falle des Sieges für die Reformation im Kreise Niedersachsen willig zu stimmen.[1] Der Kaiser habe erwiedert: er habe im Beginne des Krieges die Erklärung gegeben, nichts Anderes zu wollen, als daß die Feinde die Waffen niederlegten. Im Übrigen werde er die Dinge belassen gemäß seinem in den Wahlcapitu-

[1] Der Bericht vom 26. Januar 1626, bei Gindely, Waldstein I, 71.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

lationen und bei der Krönung geleisteten Eide. „Über diesen Eid, fährt der Nuntius fort, habe ich einige Male mit dem Beichtvater (seit 1624 P. Lamormaini S. J.) gesprochen. Er ist der Meinung, daß der Eid den Kaiser binde."

Es ist für die Gesammtauffassung der traurigen Zeit von besonderer Wichtigkeit, dies Verhältnis hier völlig klar zu stellen. Wer immer also den Namen des Religionskrieges, welchen die Aggressiv-Parteien mit wohl berechneter Absicht auf die Täuschung des Volkes erhoben und immer wieder erneuert haben, auch in der geschichtlichen Betrachtung noch festhalten will, der stellt sich dadurch auf die Seite der Aggressiv-Parteien jener Zeit.

Die Instruction für Wallenstein enthält ferner die Forderung einer „starken Disciplin, sine qua bella nihil aliud quam magna sunt latrocinia." — „Er (Wallenstein) wird die Erhaltung und Anstellung solcher guten Ordnung und Disciplin ihm zu unsterblichem Ruhme vornehmlich angelegen sein lassen, die unrechtmäßige Exactiones über dasjenige, was die tägliche Nothdurft erfordert, als auch das unchristliche Brennen, Sengen, Brandschatzen, Rauben, Schänden und Nothzwängen ehrlicher Frauen und Jungfrauen durch scharfe exemplarische Bestrafung abstellen, damit der Zorn Gottes von unserer Armada abgewendet, und wir um so viel mehr über die gerechte Sache, auch solches guten Gouvernements halber, uns aller Victoria und Sieges von der göttlichen Allmacht zu getrösten haben, dabei S. L. auch den Ruhm zu erhalten, daß durch Sie die fast verfallene Kriegsdisciplin wieder erhoben und bestätigt worden, was allein vielen ansehnlichen Kriegsobersten einen unsterblichen Namen gemacht."

Die Worte klingen vortrefflich: es fragte sich um die Möglichkeit der Durchführung. Von Anfang an lag der Unterschied des neuen kaiserlichen Heeres unter Wallenstein von der Bundesarmee unter Tilly vor Augen.[1] Das Fundament der letzteren war die Bundescasse, in welche die Mitglieder der Liga ihre regelmäßigen Beiträge einzahlten, aus welcher die Armee, dem Principe nach, die Hälfte des Soldes erhielt. Für die kaiserliche Armee, welche Wallenstein zu werben unternahm, war ein solches Fundament einer regelmäßigen Soldzahlung nicht vorhanden.

[1] In neuerer Zeit zuerst wieder hervorgehoben bei v. d. Decken I, 156.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Von Anfang an mußten daher Bedenken gegen die Errichtung eines solches Heeres dem Kaiser entgegen treten. Er verwahrte sich deswegen bei dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen, am 23. Juni.[1]

Nachdem dies Schreiben die Absicht des Kaisers begründet, die neuen Werbungen im fränkischen Kreise vornehmen zu lassen, wendet es sich gegen „allerlei verkehrte Einbildungen," die man gegen diese Werbungen geltend zu machen suche. „Denn wir haben vernommen, daß allbereits von Friedhässigen und uns Widerwärtigen ausgesprengt wird, als ob angedeutete unsere vorhabende Werbung ohne einige Kriegsdisciplin und gebührende ordentliche Besoldung der Soldaten, allein auf Versprechen der freien Beute, angestellt und ins Werk gerichtet werden solle. Daher haben E. L. vernünftiger Weise abzunehmen, daß solches allein aus boshaftig verkehrtem Sinne erdichtet wird, um die Gemüther noch mehr gegen uns zu verhetzen und zu verbittern. Wie es unverantwortlich wäre, dergleichen Dinge im R. Reiche Anderen zu verstatten, geschweige denn selber vorzunehmen, so haben wir solche Mittel auch in unserer größten Noth nimmermehr gebraucht, noch auch zu brauchen die Meinung gehabt. Um so viel mehr aber haben wir für nothwendig erachtet, Ew. Lbd. unsere betreffende Verordnungen und Patente mitzutheilen, mit dem freundlich gnädigem Gesinnen, Ew. Lbd. wollen dieselben aufnehmen in dem Verstande und der Meinung, wie die Patente ausweisen, nämlich daß wir als römischer Kaiser sie erlassen allein zum Schutze und zur Rettung des H. Reiches und dessen Stände und Glieder, wider den oberwähnten Einbruch und zur Beförderung des werthen Friedens, auch zu keines einzigen gehorsamen Standes Betrübung oder Beleidigung, ohne allen Abbruch und Schmälerung der heilsamen Reichssatzungen, des Religions- und Profanfriedens. E. L. wollen also gemäß unserem zu E. L. gehegten beharrlichen Vertrauen solchen fremden Einstreuungen nicht allein für Sich selbst, dessen wir wohl versichert sein dürfen, keinen Glauben oder Beifall geben, sondern auch an anderen Orten alle friedhässige Einbildungen benehmen helfen. E. L. wollen ferner, wie bisher ganz rühmlich geschehen, da wo Sie es für nöthig und ersprießlich erachten, Ihre guten Dienste aufwenden, um weiteren Gefahren vorzukommen, ferneres Blutvergießen abzuwenden, damit wir an unserer friedlichen Absicht, für das Gemeinwohl einen Deputationstag abzuhalten, nicht gehindert werden."

[1] Kriegsacten F. 63. Der Satzbau des Originals ist so schwerfällig, daß einige Umarbeitung geboten erscheint.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Auch dieses Schreiben berührt nicht den Cardinalpunct, die Beschaffung der Mittel für die Soldzahlung. Eben so wenig geschah dies in dem Schreiben, welches der Kaiser an den schwäbischen und den fränkischen Kreis erließ, um zu rechtfertigen, daß das neu zu werbende Kriegsvolk an denjenigen Orten versammelt werde, wo es von den Kriegsverständigen für das rathsamste gehalten werde.[1]

Die Worte des Kaisers in der Instruction für Wallenstein und in seinen Antworten an die Reichsfürsten lassen keinen Zweifel an der Aufrichtigkeit seines Willens zu. Ob er über die Consequenzen sich klar war, welche, ob mit, ob wider seinen Willen, die Aussendung Wallensteins in dieser Weise haben konnte, ist eine andere Frage, auf welche die Thatsachen der Folgezeit die Antwort geben werden.

Wallenstein gab seine Werbepatente aus. Es wird uns in diesem und dem nächsten Jahre wiederholt entgegen treten, welche Anziehungskraft der damals noch nicht verblichene Glanz des kaiserlichen Namens ausübte. Wo die Fahne flatterte, die Trommel erdröhnte, strömten die Söldner herzu. Nach der damaligen militärischen Anschauung bestand ein exercitus formatus aus 25,000 Mann. Eine größere Zahl sei dem Feldherrn nicht mehr übersichtlich. Man besorgte schon, daß Wallenstein darüber hinaus gehen werde. Er beruhigte den Präsidenten des Hofkriegsrathes, Collalto, mit den Worten: „Mein Herr Bruder darf nicht sorgen: ich will die Armada nicht über 24,000 Mann stark machen." So am 23. Juli.[2]

Und damit sind wir an den Punct gekommen, wo, vor dem Ausbruche des dänischen Krieges, eine allgemeine Übersicht der Lage der Dinge erforderlich wird.

13. Übersicht der politischen Gestaltung um die Mitte des Jahres 1625.

Der König Gustav Adolf zuerst und dann der Däne Christian IV. hatten sich in London zur Führung des Krieges in Deutschland erboten, der Däne jedoch sofort die größere Willigkeit gefunden, nicht bloß bei Jacob I., sondern noch mehr dann bei dem Sohne und Nachfolger, Carl I. Dennoch wollte der Schwede nicht gern ablassen. Die Verhandlungen zwischen den zwei Königen von Schweden und Dänemark,

[1] Theatrum E. I, 952. [2] Chlumecky 12

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

direct und indirect, über den in Deutschland zu führenden Krieg, von einem Jeden mit einer besonderen Armee von 25,000 Mann, gingen noch einige Zeit fort.[1] Christian IV., der die Reichsfürsten in Niedersachsen bethörte mit den Worten der Vertheidigung des Kreises Niedersachsen, war sogar erbötig, die aus dem obersächsischen Kreise, aus Franken, Schwaben, Schlesien, dem Elsaß zu erhebenden Contributionen dem Schweden zu überlassen.[2] Die Worte zeigen, wie weit die Begehrlichkeit auf Kosten der Deutschen ging. Die Darlegungen von Seiten Gustav Adolfs geben Zeugnis von einer wohl durchdachten Planmäßigkeit, für welche nur der feste Stütz- und Ausgangspunct fehlte, ein sicherer Hafenplatz, als welchen er damals am liebsten Danzig sich ersehen hätte. Einen solchen Platz ihm zu gewähren, war Niemand geneigt. Es blieb daher auch im Jahre 1625 für Gustav Adolf zuletzt nichts Anderes übrig, als seinen sehnlichen Wunsch, sich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen, abermals zu vertagen. Einstweilen fehlte es ihm nicht an Krieg. Im Juli schiffte er sich mit seinen Truppen nach Riga ein, um von dort aus in Livland vorzudringen.

Im Südosten stand wie eine andauernde Gewitterwolke für den Kaiser der Fürst von Siebenbürgen. Die Meldungen des englischen Gesandten Roe in Constantinopel haben dargethan, daß, nach dessen Ansicht, Bethlen Gabor immer wieder bereit sein werde zum Bruche, wenn von Westen her nur auch seine Wünsche befriedigt würden, nämlich Geld und eine fürstliche Braut. In ersterer Beziehung war die Aussicht gering. Der Pfalzgraf entsandte, am 2./12. April, an Bethlen die Bitte, die günstige Zeit zu benutzen, wo der Däne den niedersächsischen Kreis mit fortziehen werde und der Schwede immer bereit in Waffen stehe. Zur Belohnung versprach Friedrich ihm die Markgrafschaft Mähren auf Lebenszeit, mit der Zusage, daß er auch bei den Landständen dies richtig machen wolle.[3] Geld freilich sei von den Mächten, die selber in Krieg verwickelt, nicht zu erwarten. Dafür gab Friedrich den Rath: „In den Provinzen, in welche Ew. Durchlaucht die Waffen tragen, werden Sie die Kriegskosten ohne Schwierigkeit von den Päpstlichen herausdrücken können."[4]

[1] Die Schriftstücke bei Moser V, 163 u. f. [2] A. a. O. 225.

[3] Khevenhiller X, 764.

[4] Kriegsacten F. 62: In provinciis, in quas arma S. V. inferet, belli sumptus sine difficultate a pontificiis extorquere poterit.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

So wenig Positives dieser Rath für Bethlen enthielt, so erfreulich mochte ihm eine andere Meldung in Betreff seiner Heirathswünsche sein.

Bis dahin hatte er die Hoffnung auf eine der Töchter des Kaisers nicht aufgegeben. Noch im April ließ er wieder in Wien darüber reden. Er ließ den Nuntius mündlich bitten, dem Papste zu melden, wie sehr er wünsche, mit allem Nachdrucke die katholische Religion zu befördern und Sr. Heiligkeit zu dienen.[1] Er ließ sich verlauten, im Mai, daß er einer Braut von hoher Geburt sofort eine halbe Million Thaler jährlicher Einkünfte sichern werde.[2]

Während er noch in Wien so reden ließ, gelangte an ihn die Meldung, welche die Pfalzgräfin Elisabeth aus dem Haag an den englischen Gesandten Roe in Constantinopel mit den Worten übermachte: „In Betreff einer Heirath für Bethlen, die Sie so oft gewünscht haben, sage ich Ihnen, was ich höre. Der Kurfürst von Brandenburg hat eine Schwester, und ist unser Schwager. Ich hoffe, Sie verstehen, was ich meine; aber ich bitte Sie, dies für sich zu behalten, bis Sie es von Anderen hören.“[3] Demnach darf von da an, dem 26. Mai, die Sache als beschlossen angesehen werden.

Einstweilen lag dies noch in weitem Felde. Eine directe Unterstützung zum Kriege gegen den Kaiser war für Bethlen Gabor nicht in Aussicht. Zunächst nicht von Seiten der Türken. Denn der Krieg mit Persien stand in vollen Flammen, nicht zu Gunsten der Türken. Um so nachdrücklicher ward in Constantinopel das alte Staatsprincip geltend gemacht, daß zur Zeit eines Krieges mit Persien jede andere Verwickelung fern gehalten oder beigelegt werden müsse.[4] Daher gingen die Türken ein auf den Wunsch des Kaisers, vor dem Ablauf des Friedens von Sitvatorok denselben zu erneuern. Es geschah zu Buda, im Mai 1625, in Anwesenheit von Gesandten auch des Bethlen Gabor.[5]

Wie also nach diesem Friedensschlusse die Türken nicht in offener Weise den Bethlen zu einem Kriege wider den Kaiser unterstützen würden: so entsprach es auch nicht einmal dem Friedensvertrage, daß Bethlen als der Vasall der Pforte einen solchen Krieg unternahm. Dennoch machte sich dann Bethlen mit Hülfe der Aggressiv-Mächte in der Christenheit an die Lösung dieser Frage. Darüber verging Zeit, und daher

[1] Óvári 368. [2] A. a. O. 369.

[3] Roe 397. Dort steht als Datum der 26. Juli; aber der Vergleich mit S. 405 zeigt den Irrthum des Herausgebers.

[4] A. a. O. 413. [5] A. a. O. 425. Dort auch der Vertrag.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wird erst später der Verlauf der Dinge uns zeigen, wie ihm das gelang.

Wie das Bestreben des Cardinals Richelieu von Anfang seines Ministerii an überall feindselig gegen das Haus Habsburg gerichtet war, namentlich gegen die spanische Linie desselben, so besonders in Italien. Die Differenzen über das Valtellin waren durch den Vertrag von Madrid im Jahre 1621 einstweilen dahin beigelegt, daß das Land dem Papste Gregor XV. in Sequester gegeben werden solle. In gleicher Weise übernahm es dann der Papst Urban VIII. Zum Beginne seines Pontificates verkündete er mit starkem Nachdrucke, daß er als gemeinsamer Vater der Christenheit den Differenzen der weltlichen Häupter gegenüber streng neutral bleiben werde.[1] Und doch wuchs bald die Meinung empor, daß er dem Könige Ludwig XIII. geneigter sei als Philipp IV. Zur Erklärung dessen ward angeführt, daß er, als Nuntius Barberini am Hofe Heinrichs IV. in hohem Ansehen, im Namen des Papstes Paul V. den damaligen Dauphin zur Taufe gehalten, ihn oft auf den Armen getragen, und ihm dann ein väterliches Wohlwollen bewahrt habe.[2] Die französische Art, sagte man, gefalle ihm besser als diejenige anderer Nationen, namentlich der Spanier, welche in alle Dinge die Religion einmengen.[3] Wenn man den Nachrichten der Venetianer glauben darf, so stand auch Urban VIII. unter dem Eindrucke des politischen Vorurtheils jener Tage, welches namentlich von Frankreich her gepflegt wurde, daß Spanien nach der Monarchie trachte und die gesammte Welt mit Knechtschaft bedrohe.[4]

Gemäß dem Principe, nicht offen mit Spanien zu brechen, dagegen dieser Macht, unter dem Vorwande des Schutzes für die Freunde, mittelbar überall zu schaden,[5] ließ Richelieu, gegen das Ende des Jahres 1624, einen auffallenden Kriegeszug unternehmen. Während, gemäß dem Vertrage von Madrid von 1621, päpstliche Truppen unter dem General Bagny zur Aufrechthaltung des Sequesters das Valtellin besetzt hielten, knüpfte der Cardinal Richelieu, im Spätherbste 1624, mit den alten Freunden Frankreichs an, den Graubündtnern, welche die Territorialhoheit über das Valtellin beanspruchten. Der Marschall Coeuvres erschien

[1] Khevenhiller X, 621. [2] Zeno 146, 174. [3] A. a. O. 176.
[4] A. a. O. 176. [5] Mémoires II, 407.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mit einigen tausend Mann. Mit der Hülfe der Graubündtner und anderer nicht-katholischer Schweizer, und der Republik Venedig, die das schwere Geschütz hergab, trieb Coeuvres den päpstlichen General Bagny und dessen Truppen aus allen festen Plätzen hinaus, bis er an dem in Eile befestigten kleinen Orte Riva eine Grenze fand, im Januar 1625. Die That ward von Franzosen selber angesehen wie eine Provocation nicht bloß Spaniens, sondern auch des Papstes.[1]

Weder Spanien jedoch, noch Urban VIII. wollten den Bruch. Auf den Wunsch des Königs Philipp IV. schickte der Papst seinen Neffen, den Cardinal Barberini, zur Verhandlung über die Sache nach Paris.

Der Plan des Cardinals erstreckte sich weiter. „Um die Hülfe abzulenken, sagt er, welche die spanische Regierung von Mailand aus nach dem Valtellin schicken könnte, ist eine Diversion in Italien erforderlich, in welcher die Waffen des Königs nicht offen zum Vorschein kommen. Die geeignetste dazu ist ein Angriff auf Genua im Namen des Herzogs von Savoyen, unter dem Vorwande einer Beleidigung, die er von der Republik erfahren.“[2]

Ein anderes Mal charakterisiert Richelieu diesen Herzog Carl Emmanuel mit den Worten: „Der Herzog, der das Herz eines Königs besaß und doch von Geburt es nicht war, erstrebte den Krieg als das einzige Mittel, durch welches er es werden konnte, auf Kosten Spaniens oder dessen Verbündeten.“[3] — Ein anderer, nicht von Parteisucht gegen Spanien geblendeter Zeitgenosse sagt: „Der Savoyarde gab sich den Anschein, die Genueser um Spaniens willen zu hassen, wo er doch in Wirklichkeit im eigenen Namen die geldreiche Stadt haßte, die ihm, dem geldarmen, aber waffenklirrenden, die Belohnung des Hasses in Aussicht zu stellen schien.“[4] — Es war also das Wiederaufleben des Planes, den den Herzog Carl Emmanuel sechs Jahre zuvor mit Christian von Anhalt erwogen, den Bürgern der Stadt Genua ihre Millionen zu nehmen, um Krieg dafür zu führen (Bd. I, 366). Anhalt hatte seitdem ein gutes Abkommen gesucht und gefunden: einen anderen Namen dagegen finden wir, wie 1619, so auch 1625 betheiligt, den damaligen Marschall, nunmehrigen Connetable Lesdiguieres. Ihm gab der Cardinal die Führung der französischen Truppen zum Dienste Carl Emmanuels.

[1] Französische Urtheile bei Londorp III, 753, 762.
[2] Mémoires II, 404. [3] A. a. O. 425. [4] Pappus 21.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Cardinal beschränkte sich nicht auf diese Hülfe. Der Allianz-Vertrag, vom 24. April 1624, mit den Generalstaaten enthielt im elften Artikel die Zusage, daß, im Falle der König Kriegsschiffe bedürfe, die Generalstaaten sie ihm verkaufen oder vermiethen würden. Im December 1624 entwickelte sich aus dieser Zusage ein besonderer Vertrag, in welchem die Generalstaaten versprachen, gegen die Stadt Genua zwanzig Kriegsschiffe zu stellen.[1]

Zum Heile für das schwer bedrohete Genua kam dieser Vertrag nicht zum Vollzuge. Denn inzwischen erhoben sich in Frankreich die hugenottischen Brüder Rohan und Soubise, und nöthigten dadurch den Cardinal Richelieu, der Seerüstung eine andere Richtung zu geben.

Bevor wir darauf eingehen, haben wir, mit den Worten eines Zeitgenossen, den weiteren Verlauf der Dinge in Italien kurz zu überblicken.[2]

„In Italien hat in diesem Jahre die Fortuna seltsam gewechselt. Die Stadt Genua war in lauter Furcht und Zittern. Diejenigen aber, vor denen sie sich also gefürchtet, nämlich die Armada des Connetable von Frankreich und des Herzogs von Savoyen, die sind dann ihrerseits so furchtsam geworden, und haben mitten in ihrem Triumphe also abgenommen, daß sie mehr zurück als vorwärts gedacht, und ihre besten Waffen, Artillerie und Pferde denen, so sie bereits für überwunden geachtet, hinterlassen. Auch haben diese zwei alten, zu unseren Zeiten für die erfahrensten gehaltenen Capitäne, vor dem Herzoge von Feria, der seinen ersten Feldzug gethan, sich retirieren müssen. — Mit diesem hat sich dann bald hernach das Blättchen auch umgekehrt, so daß, nachdem er vor einem Dorfe (Verrua) seine florierende Armada consummiert, er alsdann vor denjenigen gewichen, die er ein wenig zuvor gejagt hat."

„Gleichfalls hat das französische Volk vor Riva, einem Wirthshause, darin die Eseltreiber und Boten pflegten einzukehren, und das der Graf von Pappenheim tapfer defendiert, mit großem Schaden und Einbuße zurückweichen müssen."

„Es sind also dies Jahr in Italien drei Armaden: die eine des Connetable Lesdiguieres und des Herzogs von Savoyen in dem genuesischen Gebirge, die andere des Herzogs von Feria vor dem Dorfe

[1] Die sämmtlichen Actenstücke bei Aitzema I, 708 u. f.

[2] Khevenhiller X, 969.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Verrua, und die dritte des Marschalls Coeuvres vor einem Wirthshause, zu Grunde gegangen."

In Folge der Erhebung von Soubise und Rohan verlangte der Cardinal Richelieu die Verwendung der holländischen Schiffe gegen sie, also den Krieg der holländischen Prädestinatianer gegen die französischen Hugenotten. Er selber berichtet darüber wie folgt.[1]

„Sie (die Holländer) hätten gern verweigert, wenn sie gekonnt hätten. Aber wenigstens widerstrebten sie einer Bedingung, welche der Cardinal ihnen stellen ließ. Indem er nämlich voraussah, daß, wenn die Schiffe unter holländischem Commando blieben, sie, im Falle eines Kampfes mit Soubise, dem Könige einen schlimmen Streich spielen könnten, verlangte er, daß zwölf von den zwanzig Schiffen mit Franzosen bemannt werden sollten. Dagegen sträubte sich der Staatsrath der Republik sehr und schlug völlig ab. Im Rathe des Königs Ludwig waren Einige geneigt abzustehen, nicht der Cardinal. Er setzte durch, daß an die Holländer die Drohung erging, im Falle der Nicht-Willfährigkeit ihnen die französischen Subsidien zu entziehen. Dies schlug durch."

Demgemäß schloß, am 15. April 1625, der französische Gesandte d'Espesses im Haag einen neuen Vertrag ab, kraft dessen zwölf jener Schiffe auf der Höhe von Dover und Calais französische Besatzung einnehmen und von da an von französischen Capitänen commandiert werden sollten. Nur der holländische Admiral Hautain blieb. Die Aufgabe dieser Flotte war, das Haupt der Hugenotten, Soubise, mit seinen Schiffen aufzusuchen und anzugreifen. Sie wurde dann auch verwendet gegen die feste Burg des Hugenottenthumes, gegen La Rochelle.

Stellen wir dem Berichte des Cardinals Richelieu über diese Vorgänge denjenigen eines holländischen Zeitgenossen entgegen. „Es ist (im Staatsrathe im Haag) für gut befunden, daß man dem Könige (Ludwig XIII.) mit einer Weigerung dieses Dienstes keinen Anstoß geben dürfe, damit er von den guten Absichten, die er zum Besten der allgemeinen Sache vorhabe, nicht abgelenkt werde. Es ist ihm also zugestanden, wie der Vertrag darüber ausweist. Jedoch hat dies nachmals unter den französischen und anderen reformierten Gemeinden hier zu Lande viel Misvergnügen hervorgerufen, so sehr, daß die Prediger sich

[1] Mémoires II, 432. Etwas zusammen gezogen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht enthielten, von den Kanzeln herab diese Sache in der gehässigsten Weise vorzutragen und durchzuhecheln, dagegen öffentlich aufforderten beizutragen für die Collecten, welche von Deputierten der Stadt La Rochelle angestellt wurden."[1]

Und damit sind wir zurück gelangt nach dem Haag und nach London in den Tagen, wo in Betreff des Offensivkrieges in Deutschland der Däne dem Schweden endgültig sich vorgedrängt, und wo zugleich der Tod des Königs Jacob die letzte Schranke hinweg genommen, die den Wünschen des rach- und herrschbegierigen Günstlings Buckingham noch entgegen stand.

Unterdessen bot Moritz von Oranien, fast sterbend, die letzte Lebenskraft auf, um seine Stadt Breda zu entsetzen. Wie Spinola die Stadt zu ersäufen trachtete, so Moritz das Lager Spinolas. Die Noth war beiderseitig groß, nicht der Erfolg. So lange die Kräfte des Prinzen Moritz es noch gestatteten, weilte er beim Heere in einer von Pferden getragenen Sänfte. Jedoch seine Zeit war um. Er starb vor der Entscheidung von Breda, am 13./23. April.

In ihm erlosch eine Persönlichkeit, die, direct oder indirect, mehr als irgend eine andere zu den Kriegeswirren jener Zeiten beigetragen. Denn in seiner Person war das damalige Staatsprincip der Republik, die Aggressive, wie concentriert. Er pflegte zu sagen: die Freiheit der Republik ruhe auf zwei Pfeilern: der eine sei das Bekenntnis der reformierten Religion, ohne Duldung des Papstthumes; der andere der Krieg gegen Spanien.[2] Diesen Sätzen gemäß hatte er gelebt und gewaltet. Denn, obwohl als Anführer aller Streitkräfte der Republik der rechtlichen Stellung nach nur ihr erster Unterthan, besaß er seit der Beseitigung seines Gegners Oldenbarnevelt thatsächlich absolute Gewalt. Wie er jenen Sätzen gemäß gelebt, so bethätigte er sie vor seinem Ende dadurch, daß er den einstigen Präsidenten der Synode von Dortrecht, Bogerman, an sein Sterbelager rufen ließ.

Es mochte dann Manchem fraglich erscheinen, ob sein Halbbruder Friedrich Heinrich,[3] der im Drange der Umstände von den Generalstaaten als sein Nachfolger anerkannt wurde, dieselben Gesinnungen bethätigen

[1] Aitzema I, 1186. Vgl. Capellen I, 383.

[2] Roe 369. Bericht des Lords Carew. Vom 25. März / 4. April.

[3] Capellen I, 348 u. f. Die holländischen Zeitgenossen schreiben den Namen Friedrich Heinrich, Heinrich Friedrich, auch kurz Heinrich.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

würde; denn Vielen galt er als Arminianer. „Man hoffe aber von ihm das Beste, sagt ein Berichterstatter, weil er, wenige Tage vor dem Tode des Prinzen Moritz, sich ohne Scrupel in einer contraremonstrantischen Kirche hatte trauen lassen.“ [1] — Zugleich hatte er das Commando übernommen. Noch einmal machte dann der Prinz Friedrich Heinrich einen Versuch, die Schanzen Spinolas bei Terheyden zu erstürmen. Unter schwerem Blutvergießen mislang auch dies.

Dann forderte Spinola, der um alle Einzelnheiten in der Stadt wußte, mit der Darlegung derselben den Commandanten Justin von Nassau zur Capitulation auf.[2] Er gewährte so ehrenhafte Bedingungen, wie jemals eine belagerte Stadt erlangt hatte. Von der Gegenseite ward namentlich anerkannt, daß er der Besatzung beim Auszuge nicht bloß fliegende Fahnen und Trommelschlag gestattete, sondern auch mehrere halbe Karthaunen und Mörser mit Munition.[3]

Bei dem Auszuge hielt Spinola mit den vornehmsten Officieren an der letzten Verschanzung auf seiner Seite. Man begrüßte einander sehr höflich. Indem die Fahnen der Holländer vor Spinola sich senkten, bemühete er sich dem alten Gouverneur Justin von Nassau, dessen Frau und Kindern, so wie der ganzen Umgebung alle Ehre zu erweisen. Dann pries er mit lauter Stimme die Leistungen der Vertheidigung. Wie von spanischer Seite kein verletzendes Wort fiel, so bewahrten auch die Holländer ihrerseits ihre feste und ruhige Haltung. Sieger und Besiegte zollten einander die verdiente Anerkennung.[4]

„Wahrlich, sagt ein holländischer Zeitgenosse, es war dem Marchese Spinola mehr um die Hochschätzung der Güte seines Königs bei den Gegnern zu thun, als um seinen Ruhm und seine Rache.“ [5] — Die Worte klingen wohlthuend herüber aus der grausigen Zeit, in welcher nicht alle Könige gesinnt waren wie Philipp IV. von Spanien.

So schwer der Schlag des Verlustes von Breda auf den Holländern lastete, so ging ihnen eine neue Hoffnung auf aus der feindseligen Absicht in England gegen Spanien. Nach jener Behauptung Buckinghams zu dem Brandenburger Bellin hatte sich ja auch Jacob I. in seinen letzten Tagen einem Kriege gegen Spanien nicht mehr abgeneigt bewiesen.

[1] Roe 381. Bericht Carletons.
[2] Aitzema I, 1065. Dort auch die Capitulation. [3] Roe 407.
[4] Aitzema I, 1084. [5] A. a. O. 1082.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sicher ist, daß wenige Tage nach dem Tode fünf Mitglieder des geheimen Rathes unter dem Vorsitze Buckinghams die Frage des Krieges gegen Spanien beriethen und bejaheten.[1] Doch blieb die Sache einstweilen noch geheim. Der Vertreter Friedrichs V. in London, Rusdorf, reichte eine Denkschrift über die andere ein, um darzuthun, daß ein Krieg gegen Spanien nur mittelbar seinem Herrn zu gute komme, daß es richtiger sein werde, alle Mittel auf den Krieg in Deutschland zu wenden. Er erreichte nicht seinen Zweck. Denn die Holländer arbeiteten im eigenen Interesse[2] für den Plan, der bei Buckingham persönlich aus seiner Rachgier gegen den spanischen Minister Olivarez entsprang.

Für Buckingham war überhaupt die Zeit des höchsten Glanzes gekommen. Seit dem Monate Februar ward in London an den reich gestickten Gewändern gearbeitet, die ihm und seinem Gefolge bei dem Abholen der königlichen Braut aus Paris dienen sollten. Es hieß, daß die Diamanten eines einzigen dieser Gewänder an Werth über 100,000 Kronen geschätzt wurden.[3] Man sagte, daß Buckingham einem Edelmanne seines Gefolges zur Ausstattung 600 Pfund Sterling gegeben. „Woher, fragt der Berichterstatter, soll nun das Geld für Mansfeld kommen? Das mag das Orakel von Delphi wissen und sagen." Es war die Zeit, wo die unter Mansfeld in Geertruidenberg gelandeten Engländer vor Noth, Hunger und Kummer verdarben und verstarben.

Der Tod Jacobs hemmte die Heirathssache nicht, sondern beschleunigte sie. Am 11. Mai ward im Dome von Notre Dame mit höchster Pracht die Trauung vollzogen, bei welcher der Herzog von Chevreuse den König Carl I. vertrat. Am 24. Mai traf Buckingham mit seinem Gefolge in Paris ein, um die nunmehrige Königin Henriette Marie nach England zu geleiten. Mit solcher Pracht wie Buckingham war seit Wolsey kein englischer Botschafter in Frankreich aufgetreten.[4] Es hieß von ihm, daß er es darauf angelegt habe, die Neigung der Königin Anna für sich zu gewinnen, so wie daß, nach einem glücklichen Anfange,

[1] Rusdorf, mémoires I, 541. Vom 8./18. April.

[2] Rusdorf, consilia 183 u. f.

[3] Rusdorf, epistolae 62: ultra centum millia aureorum. Nachher: sexcentas libras sterlingas. Also zu unterscheiden.

[4] In (Hardwicke's) Statepapers I, 571 das Verzeichnis. Darunter acht und zwanzig reich gestickte Anzüge, ein Mantel zum Werthe von 20,000 Pfund Sterling usw.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

das Dazwischen-Treten anderer Personen seine Zudringlichkeit zurückgewiesen habe.[1]

Der Cardinal Richelieu erzählt: der wahre Zweck des Kommens von Buckingham sei gewesen zu hindern, daß zwischen Frankreich und Spanien der Friede hergestellt werde, also dem kurz zuvor eingetroffenen Legaten Barberini entgegen zu arbeiten. Weiter sei es dann die Absicht Buckinghams gewesen, den längst gehegten Plan einer Offensiv-Allianz von England und Frankreich gegen Spanien zu Gunsten der Pfalz auszuführen.[2] Richelieu hielt ihm entgegen, daß eine solche Offensiv-Allianz von Frankreich und England gegen Spanien alle katholischen Fürsten in Deutschland zu einem Bunde mit Spanien treiben werde. Ein solcher Bund würde, unter dem Vorwande der Religion, nur den Erfolg haben, Spanien groß zu machen und die Christenheit zu zerrütten.[3]

Es ist merkwürdig, damit die Vorgänge in Madrid in denselben Junitagen zu vergleichen. Im Namen des Kaisers stellte dort der Graf Khevenhiller, mit Berufung auf die Gesammtlage in Europa, den Antrag: der König wolle mit dem Kaiser, dem Kurfürsten Maximilian und der ganzen Liga eine solche Allianz eingehen, daß das Interesse des Einen auch dasjenige des Anderen sei, sowohl offensiv als defensiv.[4] Der König Philipp IV. war nicht abgeneigt. Er verlangte genauere Vorschläge. Khevenhiller nahm in dieselben auch „Kursachsen und andere gute Freunde" auf. Die spanische Antwort faßte dies stärker dahin, daß die Allianz nicht declariert werden dürfe, es sei denn Kursachsen mit inbegriffen. — Es kann kaum einen stärkeren Gegenbeweis gegen die damals übliche Anklage wider Spanien geben, daß es in alle politischen Angelegenheiten die Religion mit hereinziehe. — Im Übrigen lautete die Antwort dilatorisch. Khevenhiller erkannte den Grund in der Abneigung Spaniens, mit England zu brechen. Demnach hatte man in Madrid noch keine Ahnung, daß seit Wochen in allen Kriegshäfen Englands eine Flotte gegen Spanien gerüstet wurde. Auch Khevenhiller wendete nicht ein, daß Spanien, ob willig, ob nicht, in den nächsten Monaten Krieg mit England haben werde, sondern bekämpfte das politische Princip, welches sich in die Worte Carls V. kleidete: con todo el mundo guerra, y paz con Inglaterra — und suchte geschichtlich

[1] Rusdorf, consilia 379. [2] A. a. O. 459. [3] A. a. O. 461.
[4] Khevenhiller X, 1045. Auch für das Folgende.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nachzuweisen, daß dies nicht unbedingt zu verstehen sei. Demnach hatte auch Khevenhiller noch keine Kenntnis jener englischen Rüstungen.

Die Thatsache aber war, daß an dieser Abneigung der Spanier mit England zu brechen, damals, im Juni 1625, der Antrag der Kaisers auf eine umfassende Allianz nicht zur Annahme gelangte. Darum war er noch nicht verworfen. Der König Philipp IV. schlug vor, darüber in Brüssel weiter zu verhandeln. Dies indessen zog noch längere Zeit sich hin.

Kehren wir dem gegenüber zurück zu dem Verhalten des Cardinals Richelieu zu den Vorschlägen Buckinghams. Er stellte im Rathe des Königs drei Puncte auf: Frankreich müsse trachten, im guten Einverständnisse mit England zu bleiben, zugleich England zum Kriege gegen Spanien anzutreiben, für Frankreich dagegen volle Freiheit zu bewahren, mit Spanien wieder zum Frieden zu kommen.[1] Gegen eine Allianz mit England wider Spanien spreche vor allen Dingen, daß dies einen Bruch auch mit der Liga in Deutschland nach sich ziehen würde. Immerhin sei es schwer, wo man England unter der Hand gegen die Liga stütze, mit dieser in gutem Verständnisse zu bleiben. Wenn man jedoch darin nicht weiter gehe als bisher, so bleibe eine Verständigung immer offen. Demnach, schloß der Cardinal, dürfe der König keine Schwierigkeit machen, für Mansfeld auch ferner wie bisher zu zahlen.[2]

Es ward also der englischen Botschaft die Antwort gegeben: „Um zu beweisen, daß die Offensiv-Allianz nur um der öffentlichen Meinung willen abgelehnt wird, um dagegen darzuthun, welchen Antheil der König an den Angelegenheiten des Königs von England nimmt, wird er nicht unterlassen, den Mansfeld auch für fernere sechs Monate zu bezahlen." Dabei hatten die französischen Commissare anzudeuten, daß auch über diesen Termin hinaus Ludwig XIII. sich willig finden lassen werde.[3]

Buckingham stand ab von seinem Versuche. Aber der Cardinal seinerseits verlangte mehr. Die gegen die Hugenotten zu Hülfe genommenen holländischen Schiffe reichten nicht aus. Richelieu verlangte auch englische Schiffe. Von englischer Seite war man bereit, sie mit der Bemannung zu stellen. In diesem Falle war mit Sicherheit vorauszusehen, daß die englische Mannschaft gegen die Hugenotten nicht kämpfen werde. Richelieu verfocht daher im Rathe des Königs den Satz, daß

[1] Richelieu, mémoires II, 464. [2] A. a. O. 465.
[3] Avenel II, 92.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

es besser sei, die englischen Schiffe nicht zu nehmen, als sie mit der Bemannung zu nehmen. „Im Übrigen, erzählt er selber, zweifelte er gar nicht, daß, wenn man festhielte, die Schiffe ohne englische Bemannung zu verlangen, der König von England, es möge bisher geredet sein was da wolle, sie endlich nicht versagen werde. Der Eifer für die neue Allianz, und die Nothwendigkeit der Freundschaft mit Frankreich in vielen anderen Dingen würde ihm die Weigerung nicht gestatten." — „Der Cardinal erreichte so völlig seinen Zweck, daß der König von England seine Schiffe schickte, mit der Vollmacht für den König von Frankreich, sie zu verwenden nach seinem Belieben."[1] — Der Zorn der Engländer darüber nachher fiel auf Buckingham.

Nach diesen Verrichtungen in Paris geleitete Buckingham die neue Königin Henriette Marie nach England, im Juni 1625.

Der Stand der Dinge in Europa war zu nicht geringem Theile das Werk oder doch die Consequenz des Thuns dieses noch jugendlichen Mannes, Buckingham, nicht nach planmäßiger Berechnung, sondern nach Maßgabe seiner Leidenschaften. Ob oder in wie weit die Hoffnungen Jacobs I. von der einen Seite, Philipps IV. von der anderen, auf den Plan der englisch-spanischen Heirath berechtigt sein mochten, Buckingham, der den Prinzen Carl nach Spanien führte, in der Absicht, die Heirath zu Stande zu bringen, hatte dann den Plan durchkreuzt. Damit entfiel für Jacob die Hoffnung, daß eine spanische Schwiegertochter als Mitgift die Herstellung der Pfalz für seine Enkelkinder ihm zubringen werde. Es gelang dann der Unwahrheit des Buckingham, wie den unklaren König Jacob, so auch das ohnehin dem Plane jener Heirath abgeneigte Parlament irre zu führen, und die Schuld des Abbruches auf Spanien zu werfen. Daher entstammte der Kriegesruf des Parlamentes. Es gelang dem Könige Jacob, denselben von Spanien abzuwenden, um ihn zu richten auf die Wiedereroberung der Pfalz. Daher lieh er den Vorspiegelungen des Mansfeld ein williges Ohr, um so mehr, weil nach dem Wechsel der Dinge in Frankreich dort der Cardinal Richelieu, in der Wiederaufnahme der Politik Heinrichs IV., jegliche Gelegenheit benutzte, dem Hause Habsburg einen Nachtheil zuzufügen, und zu diesem Zwecke auch seinerseits den Mansfeld sich ersah. Aber weiter hatte der von Buckingham hervorgelockte Kriegeslärm des englischen Parlamentes

[1] Richelieu, mémoires II, 434.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

eine Reihe kampfbegieriger Streiter wach gerufen, denen die deutschen Länder seit Jahrzehnten, wenn nur die Gelegenheit sich bot, als erstrebenswerthe Beute vor den Augen lagen. Zuerst bot der Schwedenkönig sich an. Aber mit dem Neide gegen diesen Nachbar wuchs in dem Dänenkönige zugleich auch die zuvor in diesem Maße von ihm nicht gehegte Gier des Nehmens. Er drängte sich vor. Es gelang ihm durchzusetzen, daß für seinen Plan der Eroberung die Könige von England und Frankreich das Geld hergaben. Es gelang ihm weiter, einige Fürsten in Niedersachsen dahin zu bethören, daß sie für einen Krieg, den er mit Vorbedacht und planmäßig über sie heraufbeschwor, und dessen schwere Last auf sie fallen mußte, ihn unter dem Namen des Vertheidigers zum Herrn ihrer Länder machten. Das war die Vorbereitung des dänischen Krieges.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der däniſche Krieg von 1625 bis 1629.

Zehntes Buch.

Zeit des däniſchen Krieges vom Juli 1625 an bis zur Schlacht bei Lutter, 27. Auguſt 1626.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

1. Beginn des Krieges.

Der Plan des Engländers Anstruther, daß der Dänenkönig den Offensivkrieg, welchen er zunächst für englisches und französisches Geld zu führen ging, den Fürsten in Niedersachsen als eine Defension des Kreises darstellen und dadurch sie mit verwickeln solle, war bis in die Mitte des Jahres 1625 mit erstaunlicher Arglist und nicht geringem Erfolge festgehalten. Eine Reihe jener Fürsten ging mit. Der Eine, der hauptsächlich sich dagegen stemmte, Herzog Christian der Ältere von Lüneburg in Celle, war an Macht geringer als an Einsicht. Eben so wenig hielt die ablehnende Haltung der Reichsstädte des Kreises den König und seine Gefolgschaft zurück. Auch nicht einmal vermochte dies das ablehnende Votum der Landstände.

Denn in Betreff dieser Ablehnung ist mit Nachdruck hervorzuheben, daß die Haltung der verschiedenen Landstände in Niedersachsen durchaus derjenigen in Hessen-Cassel entsprach. Jene Fürsten hatten für die Bewaffnung des Kreises die Tripelhülfe in Triplo, also die neunfache Reichssteuer des Römerzuges, beschlossen. Die Bewilligung jedoch dieser Mittel hing von den Landständen ab.

Der Herzog Friedrich Ulrich hatte noch vor dem Kreistage von Braunschweig seinen Landständen die Sache vorgelegt. Sowohl die Landschaft von Calenberg, als diejenige von Wolfenbüttel erwiederten mit der Bitte, daß die Kreisbewaffnung unterbleibe. Dieselbe sei unvereinbar mit dem Vertrauen zu dem Kaiser, sei unnöthig, unnütz, das Geld dafür aufzubringen ihnen unmöglich.[1] Bei dieser Erklärung beharrten sie auch fortan unter allen Wechselfällen.

Christian Wilhelm von Magdeburg forderte am 2. Juli 1625 auf einem Landtage zu Calbe die Bewilligung der Mittel, zu welchen er persönlich sich durch den Tag von Lauenburg und den von Braunschweig verpflichtet hatte. Die Landstände des Erzstiftes lehnten ab.[2]

[1] Beilage XVI. zur ersten Ausgabe, Bd. I, 530. [2] Hoffmann III, 29.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Mecklenburger Herzöge meldeten desgleichen dem Dänenkönige: ihre Ritter- und Landschaft weigere sich jeder Bewilligung, und Gewalt anzuwenden seien sie nicht im Stande.[1]

Daß auch die Magistrate der größeren Städte nicht geneigt waren, sich auf die dänische Kriegeslust einzulassen, ergeben mehrere Beispiele, damals zunächst Hameln und Münden. Als Tilly im Juni seine Truppen nach dem linken Weserufer zog, waren der Rath und die Mehrzahl der Bürger von Hameln mit den Truppen in gutem Einvernehmen. Die Soldaten kamen in die Stadt, kauften und zehrten für ihr Geld. „Wir mögen es ihnen nicht weigern," berichtet der Rath von Hameln im Juni 1625 an den Herzog Friedrich Ulrich; „denn das Vieh unserer Bürger weidet über der Weser, und unsere Kornfrüchte stehen dort auf dem Felde. Auch ist uns das ja nicht verboten."[2] Tilly verlangt damals wiederholt von der Stadt Proviant, und zwar für baare Bezahlung von seiner Seite. Er warnt die Stadt, fremde Truppen einzunehmen, die im Dienste auswärtiger Mächte stehen. Es war nicht die Absicht des Rathes das zu thun. Der Rath betheuert, daß er in der Devotion zum Kaiser verharren wolle. Als die Gefahr näher drängt, bittet und fleht er den Herzog Friedrich Ulrich an: er wolle die Stadt mit einer Besatzung verschonen, die ja unvermeidlich das kaiserliche Heer gegen sie heranziehe.

Ähnlich erging es damals der Stadt Münden. Dort erschien, am 22. Juni / 2. Juli, ein dänischer Officier, um das Hauptquartier für den König anzusagen. „Worauf sich der Rath mit vielen erheblichen Ursachen und Motiven entschuldigt. Der Gesandte dagegen verlangte kategorische Resolution und sagte: er müsse Antwort haben, müsse noch den Abend wieder zurück zu seinem Könige. Er vermeinte, der König werde ihm begegnen. Das Quartier müsse also sein. — Es ist aber so viel möglich und bittlich entschuldigt und abgeschlagen."[3]

Aus diesen Thatsachen ergibt sich, daß die conservativen Körperschaften des Landes die Sache klarer erkannten, als ihre bethörten Landesfürsten.

Allein diese hatten durch ihre Beschlüsse dem Dänenkönige die Macht gegeben, die er auszunutzen wußte. Der Kurfürst Maximilian legte in einem ausführlichen Gutachten, vom 30. Juni, dem Kaiser die

[1] Beilage XVI zur ersten A., Bd. I, 530.

[2] Die Correspondenz im Archiv der Landschaft Calenberg. [3] Kriegsacten F. 63.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gründe dar, warum dem Dänen nicht zu trauen.[1] „Es ist nicht, sagte er, wie man vorgibt, eine Kreis-Defension, sondern ein weit aussehender und gefährlicher Offensiv-Plan. Der Däne hat das Geld für seine Werbungen aus England und aus Frankreich. Er hat sich aus freien Stücken (den Fürsten in Niedersachsen) erboten, gegen künftige Rückbezahlung die Kriegeskosten vorzustrecken, hat dadurch, weil nur ihm die Truppen vereidet, den Kreis in seiner Gewalt."

Dies war der Kern der Sache. Der Vorwand der Defensive lieh dem Dänen Grund und Schein, den Kreis Niedersachsen mit Truppen anzufüllen, die nur ihm vereidet waren, nur von ihm die Zusage ihres Soldes hatten. Es war ein merkwürdiger Krieg, den er zu führen ging. Es war ein Krieg, der seinem eigenen Lande wenig oder nichts kosten sollte. Die Söldner wurden geworben aus aller Welt Enden. Das Geld für dieselben sollte von England und Frankreich, auch von Holland, der Natur der Sache nach aber zumeist von den Deutschen selber kommen. Der König Christian hatte so viel wie nichts zu verlieren, und zu gewinnen sehr viel. Die unglücksreiche Geschichte unserer deutschen Nation meldet von vielen Fällen, in denen deutsche Fürsten dem Fremden behülflich gewesen sind zum Verderben des Vaterlandes. Aber dann hatten doch in der Regel sie selber ihren Vortheil davon. Hier dagegen hatte Niemand einen Vortheil in Aussicht als der Dänenkönig. Ob Sieg, ob Niederlage, ob vorwärts, ob zurück: es kam alles auf Kosten der Deutschen, und nicht zum wenigsten der betreffenden Fürsten selbst.

Der Dänenkönig begnügte sich nicht damit, daß bereits so viele dieser Fürsten ihm dienstbar waren. Die Kette derselben war nicht geschlossen, wenn ein durch sein Ansehen im Reiche so gewichtiges Glied wie der Herzog Christian von Lüneburg-Celle fehlte. Bei diesem rief er den fürstlichen Standesgeist an. Er fragte, ob Christian als geborener freier Reichsfürst die hochmüthigen Zumuthungen eines bayerischen Generals ertragen, ob er nicht lieber zur Erhaltung der deutschen Libertät das Aeußerste daran setzen wolle.[2] Es scheint in solchen Worten des Königs Christian IV. die Redeweise des Landgrafen Moritz durchzuklingen, der in Lauenburg und wo immer sonst wesentlich mitgewirkt. Im selben Athem lenkte der Däne die Furcht des Herzogs Christian wieder auf den fernen Mansfeld. Sogar noch im Juni 1625, wo doch Viele längst

[1] A. a. O.

[2] Celler Briefarchiv. Christian IV. zu einem Gesandten des Herzogs, im Mai.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

erkannten, wohin das alles steuere, berief sich der König dem Herzoge Christian in Celle gegenüber auf die Gefahr, die dem Kreise von Mansfeld drohe. Die Gefahr allerdings war vorhanden. Drei Monate später finden wir den König Christian und Mansfeld im niedersächsischen Kreise zusammen, nicht feindlich, sondern sehr freundlich.

Der Vorwand der Defension des Kreises schrieb dem Dänenkönige sein Verhalten vor. Um nicht seine Gefolgschaft der Fürsten in Niedersachsen scheu zu machen, durfte nicht er den ersten Streich führen, sondern mußte trachten, seinen Gegner in die Nothwendigkeit desselben zu bringen.

Im Laufe des Monates Juni zog Tilly seine ganze Armee am linken Weserufer zusammen. „Nachdem ich erkannt, meldet er dem Kurfürsten Maximilian, daß Bielefeld ein wichtiger Paß, habe ich mich dessen mit dem Bergschlosse Sparenberg versichert, am 28. Juni. Die dort liegende spanische Besatzung, von dem holländischen Obersten Gent belagert, litt bereits Noth.“ [1] Dem Obersten Gent gegenüber berief sich Tilly für seine Forderung des Abzuges auf den Befehl des Kaisers, die Pässe im westfälischen Kreise zu verwahren.

„Aber die Armee, fährt der Bericht Tillys fort, ist erschöpft und schwer durchzubringen. Deshalb habe ich, um Klarheit über Christian IV. zu erlangen, an ihn geschrieben.“

Dieses Schreiben Tillys, vom 30. Juni, führt in längerer Rede aus, daß die starke Kriegsverfassung des Königs den niedersächsischen Kreis in große Unkosten und Beschwerden bringe, zumal da die Tragung derselben allen Ständen desselben zugemuthet werde. [2] Es bedürfe keiner Defension, wo eine Offension nicht vorhanden. „Im Namen der Kaiserlichen M. und der assistierenden Reichsstände werde ich bei dieser Unsicherheit gleichsam gedrungen, von der Königlichen M. eine runde deutsche unverdunkelte Erklärung eines friedlichen Wohlmeinens zu gesinnen und zu begehren.“

Der Dänenkönig war nicht geneigt, eine solche Erklärung zu geben. „Weil wir und der ganze niedersächsische Kreis — so lautete die Antwort, vom 24. Juni / 4. Juli, aus Verden — nun eine geraume Zeit her von allerhand Kriegsarmeen nicht allein große Gefahr verspürt, sondern auch deren unleidliche Pressuren, zu geschweigen vieler Bedrohungen, wirklich empfunden: So haben wir, neben dem löblichen niedersächsischen

[1] Kriegsacten F. 63.

[2] Diese Wechselschriften fast sämmtlich bei Londorp III, 812 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kreis, nicht weniger thun mögen, denn daß man sich geeinigt, und endlich auf ein Defensionswerk, welches wir jetzt als Kreisoberster führen, geschlossen."

Da die Antwort die Forderung umging, fragte Tilly in München an. „Der König, meldet er am 9. Juli, hat 20,000 Mann Infanterie und 6000 Reiter. Nur die Weser scheidet uns. Aber es mangelt meiner Armee an genügender Verpflegung. Es gibt hier wenige Dörfer. Ich muß das Heer in armen Gegenden zusammen halten. — — Das langwierige Cunctieren erweckt bei Jedermann die Gedanken, als hätte man nicht Herz und Muth, die Feinde anzugreifen. Auch kann der König andere Reichsstände gewinnen. Es ist nicht zu erwarten, daß der König mich angreift, bis er durch die Abnahme meines Volkes seinen Vortheil ersieht. Es ist daher nothwendig zu wissen, ob ich den König für Feind oder Freund halten soll." [1]

Auf diese Anfrage antwortete der Kurfürst Maximilian, am 15. Juli: „Es bleibt bei der zuletzt gegebenen Resolution, nämlich daß Ihr vor allen Dingen auf die Erhaltung Eurer unterhabenden Armada als auf das Haupt-Fundament sehen sollt, damit sie durch den Abgang der Lebensmittel nicht ruiniert werde, ja im Namen Gottes Euerem Vorhaben nach fortrücken könnt. Doch wird es weniger zu verantworten sein, wenn Ihr im niedersächsischen Kreise allein still liegen und mehr nicht als die Quartiere und Lebensmittel suchen wolltet. Dannenhero finden wir rathsam, daß Ihr Euch dem Könige von Dänemark oder seiner Armee nähert, die zwei Schreiben an den König wie auch an den niedersächsischen Kreis, enthaltend die Forderung der Entwaffnung, ausfertigen laßt, und, wenn nicht, dies für Feindseligkeit achtet." Zum Schlusse dringt Maximilian auf gute Ordnung, damit das Landvolk günstig gesinnt erhalten werde. [2]

Dem Befehle gemäß überschritt Tilly bei Höxter und Holzminden die Weser, und richtete von diesem Orte aus, am 28. und am 30. Juli, seine Schreiben an die Fürsten des niedersächsischen Kreises und an den Dänenkönig. Das erstere Schreiben legt nochmals ausführlich dar, daß bei dem Thatbestande, das Vorgeben der Defension eine Maske der Offensive zu Gunsten des geächteten Pfalzgrafen sei. Tilly verlangt daher Entwaffnung und Einstellung des bereits ergangenen Aufgebotes

[1] Kriegsacten F. 63. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Unterthanen. Im anderen Falle werde er gezwungen sein, selber die Mittel an die Hand zu nehmen, durch welche die kaiserliche Autorität und endlich der Friede erhalten werden könne. — Dem Könige besonders bemerkt Tilly, daß die ganze Bewaffnung unter seiner, des Königs, und nicht des Kreises Namen geschehe, daß das Kriegsvolk nur ihm, dem Könige, geschworen, daß eine Reihe von niedersächsischen Reichsständen der Bewaffnung nicht zustimme, sondern Tilly um Hülfe gegen dieselbe ersuche, daß endlich der König nicht innerhalb des Kreises sich gehalten, sondern kaiserliche Salvegarden im westfälischen Kreise feindlich habe angreifen lassen. Tilly fordert daher Entwaffnung.

Gemäß jener Bitte der Stadt Hameln hatte Friedrich Ulrich seinen dänischen Oheim ersucht, die Stadt nicht zu besetzen. Nicht mehr nach solchen Bitten und Ersuchen handelte Christian IV., sondern nach seiner Kriegsraison. Zwei dänische Kriegscommissäre erschienen in Hameln und drohten dem Rathe mit Gewalt, wenn er nicht gutwillig Besatzung einnähme. Der Rath fügte sich. Christian IV. nahm dort sein Hauptquartier.

Zwei Jahre später hielt der Herzog Friedrich Ulrich seinem dänischen Oheim vor: auf die erste Erklärung Tillys, daß die Waffenmacht im Kreise Niedersachsen ihm verdächtig, habe er, der Herzog, den König gebeten, nicht in das braunschweigische Land Truppen einzulegen. Des ungeachtet habe der König sein Quartier in Hameln genommen. „In Folge dessen ist Tilly mit seiner ganzen Armee ins braunschweigische Land gerückt, was sonst wohl nicht geschehen wäre.“ [1]

Wir Spätere müssen diesen Vorwurf, der wesentlich darauf hinausgeht, daß der Herzog den Krieg auch damals, im Juli 1625, noch habe vermeiden, der König ihn provocieren wollen, auf sich beruhen lassen. Der eigentliche Wunsch und die Absicht Tillys war, wie nach seiner Kriegsweise überhaupt, so besonders in diesem Falle, mit dem Dänenkönige sofort zum Schlagen zu kommen. [2] Dieser Wunsch ging nicht in Erfüllung.

Bei der Ankunft des Tilly'schen Trompeters mit jenem Schreiben in Hameln war der König Christian IV. nicht im Stande, dasselbe zu vernehmen. Beim Umreiten des Walles war er mit dem Pferde tief hinabgestürzt, in Folge dessen für längere Zeit bewußtlos. Er selber

[1] Kriegsacten F. 74. Vom 16. Mai 1627. [2] Adlzreitter 129.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

verzeichnete nachher in seinem Tagebuche: „Am 20. Juli (st. v.) fiel ich mit meinem Pferde auf dem Walle zu Hameln, wo ich einen starken Stoß bekam.“ [1] — Die Räthe halfen sich zunächst damit, dem Trompeter einen Empfangsschein zu geben, in welchem sie jegliche feindselige Absicht des Königs wider den Kaiser verneinen und auf den folgenden Tag eine Gesandtschaft an Tilly in Aussicht stellen. In dem ganzen Verfahren liegt unverkennbar das Bestreben vor Augen, zu verhüten, daß Tilly sich den Unfall des Königs zu nutze mache.

Am 2. August erschienen die Dänen Pogwisch und Penz in Holzminden vor Tilly. Sie verschwiegen nicht mehr den Unfall des Königs. Demgemäß sei sofort an den Administrator des Erzstiftes Magdeburg, Christian Wilhelm, dem im Falle der Verhinderung des Kreisobersten die Direction zukomme, die Meldung und die Bitte zur Herüberkunft ergangen. Inmittels möge der General keine Feindseligkeiten verüben, sondern alles in ruhigem Stande verbleiben lassen. — Die Antwort Tillys hielt ihnen vor, daß das alles zweifelhaft gestellt sei, und daß es ihm nicht verdacht werden könne, wenn er seine Gelegenheit in Acht nehme. — In seinem Berichte nach München und Wien jedoch sagt er: „Weil aus dem Inhalte der dänischen Proposition zu vermerken, daß der Kreis gesinnt, des Rathes und des Gutachtens des Administrators Christian Wilhelm zu pflegen und zu geleben: so verhoffe ich demnächst weitere Erklärung.“ [2]

Zu diesem Verhalten Tillys mochte beitragen der Bericht des den Dänen beigegebenen Gesandten des Herzogs Friedrich Ulrich. Darüber schreibt Tilly: „Aus den Anzeigen dieses Gesandten habe ich verstanden und befunden, daß der Kreis allbereits ganz kleinmüthig, dieser Herzog auch entschlossen und im Werke begriffen ist, sich vom Könige abzusondern. Der Herzog hat mir durch diesen Abgesandten versprechen lassen, seine möglichsten Officien bei dem Könige einzuwenden, wie dieser von seinem Vorhaben abwendig gemacht werden möge.“ [3]

So der Stand der Dinge am 2. August. Die Dänen zogen mit ihrem kranken Könige die Weser hinab, erst nach Petershagen, [4] dann weiter nach Verden.

Die Stadt Hameln hatte nicht Partei genommen für den Dänen. Nun nahete Tilly heran. Am 7. August kündigte er an, daß er durch-

[1] Slangen II, 260. [2] Kriegsacten F. 64. [3] A. a. O.
[4] Bericht bei v. d. Decken I, 332. Slangen II, 261.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ziehen, auch einige Compagnien einlegen wolle. „Weil auch unsere Armada mit Proviant versehen sein muß, als wollet Ihr derselben auf jedes Ansuchen und Erfordern die Nothdurft gegen baare Bezahlung folgen lassen.“ [1] Der Rath der Stadt sandte dem General ein Stück Rheinwein, zwei Fuder Hafer und Bier. Er bedankte sich, forderte jedoch Einlaß. Rath und Bürgerschaft legten ihm einige Artikel vor, deren erster die Sicherheit der Bürger, der Geistlichen, der Religion betraf. Tilly antwortete, daß er die Artikel allerdings und gern bewilige. Am 2./12. August nahm Hameln kaiserliche Besatzung ein. [1] — Einige Tage später ward in der Stadt eine Verschwörung zum Verderben des Heeres entdeckt. In Folge des raschen und thatkräftigen Einschreiten des Rathes knüpfte sich, wie sich später ergeben wird, zwischen dem Feldherrn und dem Rathe der Stadt Hameln sogar eine besondere Zuneigung an.

Damals mochte doch Manchem scheinen, daß noch alles friedlich beigelegt werden könne. Denn zugleich auch gelangten an die Fürsten in Niedersachsen mannigfaltige Abmahnungen. Der Kaiser in der seinigen, vom 25. Juli, hob hervor, daß man die Kriegesrüstung gerade zu einer Zeit begonnen, wo es schon reichskundig gewesen, daß er zur Beruhigung und zum Frieden des Reiches einen Deputationstag der Fürsten nach Ulm ausgeschrieben habe. Schon sei dieser Tag vereitelt, und er könne nicht anders als annehmen, daß es so die Absicht gewesen. Er warnt und mahnt die Fürsten, sich nicht einzulassen mit dem geächteten, landverderbenden Mansfeld. Er meldet, daß er Tilly gesendet, damit er die Entwaffnung des Kreises fordere. Dafür sichert der Kaiser abermals den Religionsfrieden zu. Er erinnert daran, daß er nie demselben zuwider gehandelt, obwohl er es gekonnt. [2] Er theilt Johann Georg von Sachsen das Schreiben mit. Der Kurfürst ermahnt die Niedersachsen im selben Sinne. „Ich sehe nicht ab, ruft er ihnen zu, was Ihr nach solchem Schreiben des Kaisers noch begehren wollt. Ihr habt Brief und Siegel des Kaisers, der Euch alles bestätigt, was vor fünf Jahren zu Mühlhausen versprochen ist. Bedenkt, was Ihr thut. Wenn erst das kaiserliche Kriegsheer den Fuß in Euere Länder gesetzt, wenn der namenlose Jammer des Krieges über Euere Unterthanen gekommen ist, über alle die armen Menschen, die an dieser Bewaffnung unschuldig sind: dann, fürchte ich, werdet Ihr solche Bedingungen nicht mehr erhalten. Ich bitte Euch

[1] Calenberg. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

freundlich und ermahne Euch, das eigene Heil zu bedenken. Bisher hat der Kreis sich in standhafter Treue zu Kaiser und Reich bewährt: möge er auch ferner davon nicht lassen!“[1] — Dem entsprechend schrieb, nach dem Einrücken Tillys in den niedersächsischen Kreis, Johann Georg an Christian Wilhelm und Friedrich Ulrich, 11./21. August: „Die Gründe sind von großer Importanz und dergestalt beschaffen, daß der K. Majestät dieser Schritt unseres Ermessens nicht wird verdacht werden können.“[2]

Inzwischen jedoch waren andere Mächte wach geworden. Wie vom Fenstersturze in Prag an alle Rebellen und Angreifer, ob Thurn, ob Friedrich, ob Mansfeld, ob Christian, so hatten auch der Däne und seine Werkzeuge den schauerlichen Ruf des Religionskrieges erhoben. Das Wort that bei dem unkundigen großen Haufen seine Wirkung. Das Landvolk verhielt sich feindselig gegen die einrückenden Soldaten und rief dadurch die Repressalien derselben hervor. Die erste Äußerung, die wir von Tilly selber darüber vernehmen, liegt vor in seiner Antwort, vom 16. August, auf eine Schrift von Friedrich Ulrich und Christian Wilhelm.[3] „Der Soldatesca Exorbitantien, sagt er darin, sind mir sehr misfällig vorgekommen. Nachdem ich aber mit Augen gesehen, daß die Landesunterthanen nicht allein alle Victualien geflüchtet, aus den Städten und Flecken ums baare Geld nichts ausfolgen lassen, sondern auch sich haufenweise rottieren und die Marketender und wen sie sonst von meiner Armada zu Roß und Fuß in ihrem Vortheile antreffen, niederlegen und also dadurch den gemeinen Soldaten ihren unentbehrlichen natürlichen Leibesunterhalt verwehren — kann ich bei so beschaffenen Umständen nicht allemal die strenge Justiz scheinen lassen.“

Es war der Anfang. Wie der Dänenkönig nach allen Seiten hin die Taktik verfolgte, Tilly den bayerischen General zu nennen, so ward von seiner Partei aus mit gleicher Berechnung des Heer, ungeachtet der beständigen Berufung Tillys auf seine kaiserliche Vollmacht, als dasjenige der katholischen Bischöfe bezeichnet. Das Bewußtsein, daß alles, was man in Lehre und im Cultus noch positiv Kirchliches besaß, man nur darum und dadurch besaß, daß man es aus dem Mutterhause der Einen und allgemeinen Kirche mitgenommen — dies Bewußtsein war auch im lutherischen Territorial-Kirchenthume längst untergegangen. Statt dessen war ein Haß erwachsen, dessen wesentlichster Bestandtheil

[1] A. a. O. Vom 10. August. [2] Kriegsacten F. 64. [3] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Unkunde war, und der darum im Interesse der Hab- und Herrschgier der Mächtigen sich verwerthen ließ. In welchem Maße dies der Fall, ergibt sich daraus, daß selbst der Ausschuß der Landschaft Calenberg sich durch diesen Ruf des Religionskrieges, wenn auch nur vorübergehend, irre machen ließ. Er meinte, im August 1625: „Es ist die Absicht Tillys, das reine Wort Gottes auszurotten und die Beschlüsse des Trienter Conciles einzuführen.“[1] Wie tief die Kenntnis der Ritterschaft von Calenberg in die Beschlüsse des Trienter Conciles eindrang, dürfte zu erörtern schwierig sein; aber gewis ist, daß das Schreckbild um so furchtbarer wird, je weniger man es kennt.

Wenn also die Ritterschaft nicht frei blieb von dem Taumel der Erregung durch das unheilvolle Wort: wie viel weniger das Landvolk! Es nannte die Soldaten Tillys papistische Bluthunde. Es behandelte sie dem entsprechend. In Elze ward ein Fähnlein Soldaten von Bauern überfallen, und nach zugesagtem Accorde schauerlich ermordet.[2] Man nannte sie Spanier, und rief ihnen höhnend zu: nun sollten sie Maria anrufen und schreien, bis sie komme und helfe. — Friedrich Ulrich verlangte von Tilly die Abführung einer Schutzwache, die Tilly nach Poppenburg verlegt. „Sie ist bereits abgeschafft, erwiederte der Feldherr;[3] denn man hat mir meine Oberofficiere von dort gefangen weggeschleppt, dann sich über die Anderen gestürzt und sie gemordet.“ „Woher nun, fragt er den Herzog, sollte es nicht erfolgen, daß meine Soldaten zur Ungeduld gebracht und zu ungebührlichen Excessen gereizt werden?“ —

Und in der That, diese Excesse wurden begangen. Es ist unwesentlich zu untersuchen, ob die Handlungen von Elze und Poppenburg die ersten waren. Die Begegnung, welche Tillys Krieger erfuhren, war dieselbe von Anfang an. Man verkaufte ihnen kein Brot, man floh vor ihnen. Da loderte die Leidenschaft der Soldaten zur vollen Wuth empor. Sie vergalten Gleiches mit Gleichem und mit Schlimmerem: es schien nicht mehr ein Unterschied zu sein zwischen Tillys disciplinirtem Heere und den Horden Mansfelds und Christians. Es geschahen Thaten voll Grausens und Entsetzens, nach der üblichen Redeweise jener Zeit also, daß es auch Türken und Tartaren nicht ärger machen können.

Tilly sah das Unheil mit Kummer und Verdruß. Am 31. August betraten seine Truppen das Städtchen Oldendorf. Der Landesausschuß,

[1] Calenberg, vom 14. August.

[2] Ausführlicher Bericht des O. L. de Gleen, bei v. d. Decken I, 334.

[3] Beilage XVII zur ersten Aufl. I, 531.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

das Aufgebot der Landleute setzte sich zur Wehr. Die Soldaten, dadurch ergrimmt, plünderten und zündeten das Städtchen an. Dießmal war Tilly selbst in der Nähe. Er eilt herbei den Unfug zu bestrafen, und trifft selber die Anordnungen zum Löschen.

Friedrich Ulrich entsandte an den Kaiser schwere Klagen. Ferdinand II. bemerkte darüber dem Kurfürsten Maximilian: „Des General-L. Tilly bis daher je und allewege gebrauchte Bescheidenheit und Moderation und gehaltene gute Kriegsdisciplin gibt uns ein viel Anderes zu denken. Daher können wir leichtlich abnehmen, daß dergleichen Sachen zu mehr Aufwiegelung und Erbitterung der Gemüther wider unsere und der getreuen Stände Armada erdichtet und ausgesprengt werden." Damit jedoch solchem übelen Geschrei vorgebaut werde, ersucht der Kaiser den Kurfürsten, den General Tilly darüber zu hören.[1]

Der Kern der Sache indessen war nicht erdichtet. Die Berichte der Beamten Friedrich Ulrichs darüber liegen vor.[2] Aber keiner dieser Berichte enthält eine Anklage gegen Tilly selbst. Einer derselben fügt ausdrücklich hinzu, daß die Excesse wohl ohne Wissen und Befehl des Feldherrn geschehen sein mögen. Ein Anderer meldet geradezu, daß die Bauersleute beim Einmarsche der Truppen sich gar unbarmherzig angestellt haben.[3]

Das Gestatten eines Unfuges der Soldaten durch Tilly würde im Widerspruche stehen nicht bloß, wie der Kaiser bemerkt, mit seiner ganzen Vergangenheit, sondern auch mit der bestimmten Mahnung des Kurfürsten Maximilian vor dem Einrücken in Niedersachsen. Da ferner Tilly aus eigener Überzeugung die Ansicht des Kaisers und des Kurfürsten theilte, daß durch ein freundliches Entgegen-Kommen man die Fürsten in Niedersachsen noch von dem Dänenkönige wieder losreißen könne: so ist es nicht denkbar, daß er den Unterthanen gegenüber dieser Anschauung zuwider gehandelt habe.

Endlich aber und vor allen Dingen kommt es auf Tillys eigene Worte an. Er schreibt an den Herzog Friedrich Ulrich, am 10. September, die Worte: „Die ungebührlichen Excesse sind durchaus nicht auf mein Verhängen, mit meinem Wissen und Willen verübt. Dessen bin ich Gottlob in meinem Gewissen genugsam versichert. Ich habe sie mit

[1] Kriegsacten F. 65. Vom 4. September.

[2] Im Archive der Landschaft Calenberg eine Reihe von Berichten.

[3] Erste A. Bd. I, 532. Anlage XVII.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

scharfem Ernste verboten und gesteuert, und verbiete sie noch täglich. Aber ich muß verlangen, daß meine Soldaten ihre Nothdurft haben, daß man ihnen Brot darreiche. Im anderen Falle will ich alles Unheiles entschuldigt sein."[1]

In gleicher Weise spricht sich Tilly in einem besonderen Briefe an den Obersten Gronsfeld aus, den er zu den weiteren Beredungen der Kreisfürsten in Braunschweig entsandt.[2] Auch darin hebt er die Ursachen hervor, durch welche die Soldaten zu diesem Gebahren gekommen sind. „Daß aber, sagt hier der Feldherr zu seinem Abgeordneten, irgend eine Unthat mit meinem Wissen, Willen oder Gefallen geschehe, dessen wird mich kein Mensch überzeugen, auch wird kein Vernünftiger dergleichen Verfahren von mir ausgeben können. Mein Gewissen gibt mir ein anderes Zeugnis." Aber er durchschaut die Absicht. „Man will den gemeinen Pöbel zur Erbitterung anreizen, ihn ferner antreiben zu ähnlichen Thaten, als die er schon bewiesen hat. Solche Verhetzer und Aufwiegler, die so ungereimt alles übertreiben, sind billig nicht außer Acht zu lassen, weil sie alles nur noch ärger machen." Tilly fordert seine Gesandten in Braunschweig auf, dieß kräftig zur Sprache zu bringen, dort die Bitte zu stellen, daß alle falsche Libelle und Scharteken verboten werden.

Dem entsprechend wiesen die Gesandten Tillys in Braunschweig, Ruepp und Gronsfeld, jegliche Anklage gegen den Feldherrn mit Entschiedenheit zurück. Ihm als einem in der ganzen Welt hochberühmten Kriegshelden, einem Liebhaber sowohl guter militärischer Disciplin, als der heilsamen Justiz und guten Ordnung, dürfe das Geschehene mit einigem Fuge nicht beigemessen werden.

Tilly hatte in diese Beredung zu Braunschweig gewilligt, ohne viel davon zu erwarten. Er meldet, aus Hameln, am 17. August, dem Kurfürsten Maximilian die Sache mit den Worten: „Die niedersächsischen Kreisstände haben auf den 22. einen Convent in Braunschweig angesetzt, um den Dänenkönig zur Entwaffnung zu bewegen. Es ist darauf keine Hoffnung. Denn er befestigt die Stadt Verden, und Mansfeld zieht heran."[3] Eben so sprach sich in denselben Tagen der Kaiser zu dem

[1] Schluß der vorigen Note.
[2] Abschrift im Stadtarchive zu Hannover.
[3] Kriegsacten F. 64.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kurfürsten von Sachsen aus: „Der niedersächsische Kreis ist seiner selber nicht mehr mächtig: er muß dem Dänenkönige folgen.“ [1]

Diesem selber that der Kaiser kund, daß gemäß der Reichsverfassung er ihn als Kreisobersten nicht anerkennen könne. Der Kaiser trage zu ihm das Vertrauen, daß er allem demjenigen, was er durch seine Abgesandten früher verheißen und versprochen, auch nachkommen werde. Dennoch, „weil die Intention, da sie gleich gut und aufrichtig, durch den Antrieb boshafter Leute leicht verändert werden könne,“ so habe er als römischer Kaiser, dem die Pflicht obliege, für den Frieden des Reiches zu wachen, durch den Kurfürsten von Bayern dem General Tilly den Befehl ertheilt, in den niedersächsischen Kreis zu rücken, und sende ihm nun noch eine eigene Armee unter Wallenstein nach. [2]

Die Antwort des Dänen berief sich für sein Kreisobersten-Amt auf Präcedenzfälle. Für das Defensionswerk machte sie geltend, daß „bisher der Kreis durch unverantwortliche Pressuren, auch wider die kaiserlichen Versicherungen und Mandate, von der bayerischen Armee unleidlich gedrückt worden sei.“ [3] In gleicher Weise ging es weiter. Zum Schlusse forderte Christian IV. den Abzug des Generals Tilly. Demnach war auf jene Ankündigung des Kaisers, daß und weshalb er den Tilly entsendet, diese Antwort einer Kriegserklärung gleich.

In entsprechender Weise benahmen sich bei den Beredungen in Braunschweig die Fürsten und deren Gesandte. Die von kaiserlicher Seite vorher gehegte Hoffnung auf eine Spaltung derselben trat nicht ein. Vielmehr verhallten alle Mahnungen. Wie sie sich in den Glauben hatten hinein reden lassen, daß der Übergang Tillys über die Weser den Krieg verschulde: so blieben sie bei dieser Behauptung auch in ihrer letzten und Haupt-Resolution. Sie sagen darin: „Ihre Königliche Würde sind entschlossen, der Fürsten Leib und Leben, Land und Leute, und diesen Kreis zu defendieren, weil sie nicht geständig oder auch überwiesen, daß sie das Geringste wider die Kaiserliche Majestät und die Kaiserliche Hoheit gehandelt, sondern mit ihrem Kreisobersten-Amte intra limites circuli und in puris terminis defensivis verblieben.“ Sie behaupten endlich sich bestrebt zu haben, „alles so zu moderieren, daß der Kaiserlichen Majestät keine Ursache zu widrigen Gedanken sollte gegeben werden, allermaßen dann die Kreisstände sich ein für allemal categorice und rund erklären, mit fremden Bündnissen nichts zu thun zu

[1] A. a. O. Vom 13. August. [2] Londorp III, 820. Vom 3. August.
[3] A. a. O. 821. Vom 23. August / 2. September.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

haben."[1] — Zum Schlusse gaben sie an, die Vermittelung des Kurfürsten von Sachsen nachsuchen zu wollen. Tilly erwiederte: er werde es berichten.

Jene Erklärung der niedersächsischen Fürsten in Braunschweig in Betreff der Bündnisse mit fremden Mächten mochte subjectiv der Wahrheit entsprechen. Um so schlimmer stand es für diese bethörten Fürsten und ihre armen Unterthanen. Nicht sie hatten mit solchen Bündnissen etwas zu thun, sondern ihr Haupt und Führer, der sie ihnen verschwieg.

Als es später dem Dänenkönige nicht nach Wunsche erging, erhob er abwechselnd bei dem englischen oder bei dem französischen Könige die Klage, daß er um ihretwillen sich in diesen Krieg eingelassen. Damals, im Beginne des Krieges, wandte er dieses Druckmittel bei den Generalstaaten an.

Der holländische Gesandte, Joppius van Aitzema, hatte bis dahin den König begleitet. Auf die Kunde, daß nunmehr auch noch Wallenstein mit einem Heere kommen werde, daß dagegen sich nirgendswo in Deutschland etwas wider den Kaiser zu Gunsten des Dänen rege, bewog Christian IV. den Gesandten Aitzema, sich nach dem Haag zu begeben.[2] Demgemäß trug Aitzema im Namen des Königs dort vor, daß er allerdings der schwächere, daß es jedoch ihm nicht an Gelegenheit fehle, einen Accord zu machen und daraus zu kommen. In diesem Falle würde die gesammte kaiserliche Macht sich gegen die Republik wenden, zu Gunsten von Spanien. Besser sei es daher, dem Könige zu helfen, und zwar schleunig, bevor er zu einem Tractate oder zum Rückzuge gezwungen werde.

Auf den Hochmögenden lastete noch der Kummer um den Verlust von Breda, und daraus erwuchs das Bestreben der Sparsamkeit. Dennoch erschien es zweckmäßig, dem Dänenkönige guten Willen zu erzeigen. Man beschloß daher die in solchen Fällen üblichen Subsidien von 50,000 Fl. monatlich. Da jedoch die Bewilligung von den Ständen der einzelnen souveränen Provinzen abhing und daher Zeit erforderte: so ward weiter beschlossen, dem Könige sofort 3000 Mann bis an die Ufer der Wesermündung zuzubringen.

2. Anzug des Mansfeld.

Eine andere Hülfe, die für Christian IV. sich auf dem Wege befand, war Ernst Mansfeld, dessen Name zuvor ihm hatte dienen

[1] A. a. O. 832. [2] Aitzema I, 1221. Auch für das Folgende.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

müssen, die Fürsten im Kreise Niedersachsen in das ihnen vorgehaltene Netz des Planes der Defension hinein zu scheuchen.

Wir haben den Abenteurer, den erst Jacob I. und dann Carl I. zum Wiedergewinne der Pfalz nach Deutschland schicken wollten, verlassen bei Breda, zu dessen Entsatze die Generalstaaten ihn nur halbwillig hatten landen lassen. Seitdem war der Verdruß des Pfälzer Hofes im Haag gegen Mansfeld in stetem Steigen. „Er sucht nur seinen Vortheil, schreibt Camerar am 3. Juni, will den Krieg nicht führen, sondern hinausziehen, will allein den Feldherrn spielen, Niemandem Rechenschaft geben, nicht einmal über das Geld und wozu er es verwandt. Er hat sehr große Summen aus England erhalten. Nun ist beinahe nichts übrig, und doch haben die deutschen Soldaten unter ihm keinen Sold empfangen. Der Herzog von Braunschweig und beinahe alle Hauptleute sind unwillig wider ihn. Die Generalstaaten trauen ihm nicht. Wenn er nach Cleve kommt, wie er verlangt, wird er die armen Unterthanen verderben, wie er in Ostfriesland gethan. Aus seinem Kriegszuge kann uns keine Frucht erwachsen. Dennoch muß man sich bemühen, daß die Truppen des Mansfeld sich nicht verlaufen; denn dann würden der König von Dänemark und Andere den Muth verlieren. Aber eine andere Direction thut noth. Von England her ist diese endlich unserem Herrn überwiesen. Eben dasselbe hoffen wir von Frankreich, obgleich wir wissen, daß Mansfeld mit seinen gewohnten Listen sich dagegen setzen wird."[1] — Camerars Unwille steigt von Tag zu Tag. Erst allmählig erschließt sich ihm das ganze Geheimnis, welches er schon fünf Jahre zuvor hätte durchschauen sollen. „Mansfeld hat nie die Absicht gehabt unsere Sache zu führen, sondern nur seine eigene. Und während er weit entfernt ist die Oberleitung unseres Herrn anzuerkennen, ja offen erklärt hat, daß er das nie thun werde, fällt alle Schuld auf uns." — „Die Holländer, sagt weiter Camerar, verwünschen ihn. Sie sehen, wie er ihr Geld verschleudert und nichts thut." Camerar erlangt mit unsäglicher Mühe einige Lebensmittel und Geld von den Generalstaaten, doch mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sie ferner nichts für Mansfeld thun wollen. Und dennoch ist das Elend so groß, daß es mit Worten nicht zu beschreiben ist. Im Beginne des Juli 1625 sind von den Engländern und Franzosen noch 600 am Leben, Deutsche noch 4000, die das Schwert ziehen können. Mansfeld darf aus Furcht für sein

[1] Sötti III, 200. A. a. O. 202, 204, 205. Roe 429.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Leben Wochen lang nicht ins Lager kommen. Man schien der völligen Auflösung dieser Schaaren gewärtig sein zu müssen.

Dann jedoch, im Anfange des August, wendeten sich für Mansfeld die Dinge wieder günstiger. So gering auch, nach dem was in den letzten Monaten vor Augen lag, in London, bei den Generalstaaten und dem pfälzischen Hofe im Haag, Mansfelds Leistungen geschätzt werden mochten: in Paris hatte man eine andere Meinung. Die Erfahrung von sechs Jahren hatte bewiesen, daß für die innere Zerrüttung Deutschlands der Abenteurer ein sehr brauchbares Werkzeug war, eben darum, weil Mansfeld den Krieg führte um Kriegführens willen. „Es ist wichtig, Mansfeld nicht zu verlieren" — heißt es von Paris aus in einer Meldung an den Gesandten d'Espesses im Haag.[1] — Demgemäß bot dieser seine Mühe auf, auch die Generalstaaten und England dafür geneigt zu machen. Es genügte dem Cardinal Richelieu nicht. Er entbot den Mansfeld nach Paris.[2] Dann entsandte er an d'Espesses eine noch bestimmtere Instruction. D'Espesses soll dem Prinzen von Oranien, den Generalstaaten, den Gesandten aller Mächte dort eröffnen, daß eins der wirksamsten Mittel, den Kaiser von Unternehmungen gegen sie abzuhalten, darin bestehe, ihn in Deutschland lebhaft zu beschäftigen. „Dies kann zur Zeit nur geschehen vermittelst der Diversion durch Mansfeld, und durch die Unterstützung der Streitkräfte des Königs von Dänemark, der offen erklärt hat, daß er sich zurückziehen und mit dem Kaiser vertragen werde, wenn nicht Mansfeld mit einer Armee im Felde erscheine."[3] — In der von dem Könige Ludwig XIII. gezeichneten Depesche befinden sich die Worte: De la subsistance du roi de Danemarc dépend, ce me semble, le salut de l'Allemagne.[4]

Der König Ludwig XIII. erklärte sich bereit unter der Bedingung, daß ein Gleiches von England geschehe, für vier Monate die bisher für Mansfeld bewilligte Summe zu zahlen. Der Betrag, den Carl I. monatlich für Mansfeld zu zahlen hatte, war, nach der Angabe Ludwigs XIII., 120,000 Reichsthaler. Ludwig verlangte, daß auch Venedig zahle. Mansfeld solle eine Armee haben von 18,000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern.[5] — Für den König Christian IV. sagte Richelieu auf zwei Jahre je 500,000 Livres zu.

[1] Villermont, Mansfeld II, 315. [2] A. a. O. 323.
[3] A. a. O. 323. Vom 21. September. [4] A. a. O. 322.
[5] Avenel II, 148. Instruction für Blainville.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Bestand an Truppen, die dem Mansfeld noch übrig geblieben waren, wird sehr verschieden angegeben. Wahrscheinlich waren es nur noch 800 Reiter und 2 bis 3000 Mann zu Fuß.[1] Die letztere Mannschaft wurde in Holland eingeschifft, um in der Wesermündung zu landen. Die Reiter zogen durch das Fürstbisthum Münster, unbehelligt von Tilly, den die Stellung gegenüber dem Dänen fest hielt, über Cappeln und Bramsche nach der Grafschaft Diepholz. Dort reichten die Dänen ihnen die Hand. Der Herzog Christian ging mit seinen noch übrigen Reitern zu dem Oheime von Dänemark, Mansfeld in das Erzstift Bremen, um dort neu zu werben. Er hatte die für ihn unangenehme Zeit der Unterordnung und Überwachung durch Andere hinter sich, und war nun wieder wie zuvor, souveräner Fürst von der Werbetrommel.

Noch bevor dies geschah, gelang es Tilly, ein Schreiben des Pfalzgrafen Friedrich an den Grafen Thurn aufzufangen, jenen Anfänger des böhmischen Unheiles.[2] Es war datiert vom 4. September. Friedrich enthüllte darin alle Umtriebe und Hoffnungen. Das Ziel derselben war noch immer das Königreich Böhmen, wo man Friedrich längst vergessen, wo auch nicht der leiseste Anspruch ihm aufbewahrt war. Nur Friedrich selber bewahrte alle Ansprüche. Er erzählt dem Grafen Thurn, was er von diesem, was er von jenem, von den verschiedenen Königen, von Venedig zu erwarten habe. Er berichtet, wie die Könige von England und von Frankreich Geld schicken wollen für Mansfeld, der sich mit Christian von Dänemark vereinen werde. „Auch dieser König, sagt Friedrich, ist Gottlob wohlauf, verbleibt noch beständig in seinem guten Vorhaben und stärkt sich täglich." Friedrich kennt die Einzelheiten. Er weiß, welche Officiere der Dänenkönig bestellt. Das alles meldet er Thurn. Er meint, die Signoria von Venedig könne ihr Geld nicht besser anlegen, als indem sie den Dänenkönig unterstütze. — Hier endlich schien sich für Tilly das Mittel zu finden, den Fürsten von Niedersachsen die Binde des Wahnes von den Augen zu reißen. Er schickte eine Abschrift dieses Briefes an die Fürsten von Niedersachsen. Er fragt sie, ob sie etwa glauben, daß Venedig Geld hergäbe für die Vertheidigung des Kreises Niedersachsen gegen Mansfeld, denselben Mansfeld, gegen den die Niedersachsen ihrer Meinung nach gerüstet, und der nun mit dem Dänenkönige sich vereinen solle. Er fragt sie, ob es denn nun

[1] So Capellen I, 376.

[2] Oft abgedruckt. Londorp III, 835. Theatrum E. I, 994.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht mit Händen zu greifen, daß der Dänenkönig die Reichsstände in ein Labyrinth geführt, sie getäuscht und betrogen. Er fragt sie, ob sie, die immerdar ihre Devotion gegen den Kaiser betheuern, noch ferner dem Kaiser und seinem Heerführer Vorwürfe machen wollen über das Einrücken in den Kreis. Er bittet sie ernstlich, sich die Frage zu erwägen, wer die Schuld trage an dem neuen Kriege. Er fordert sie abermals auf sich loszusagen und zu entwaffnen.

Es mochte die Frage sein, ob diese Fürsten es konnten, auch wenn sie die Ansicht Tillys vollständig sich zu eigen machten. Sie hatten nichts zu entwaffnen, weil auch nicht ein einziger Mann des dänischen Heeres ihnen gehorchte. Sie und ihre Länder hatten lediglich die Kosten zu zahlen für den dänischen Kriegesmuth, willig oder unwillig.

Wie der dänische König gegen diejenigen verfuhr, die nicht wollten, wie er, hatte eben noch der Herzog Christian von Lüneburg-Celle mit Schrecken und Wehklagen erfahren. Der König Christian besetzte, ohne vorher bei dem Herzog anzufragen, dessen festen Platz Nienburg, noch im August. Er schrieb dann dem Herzoge: weil Tilly fortdauernd die Entlassung der Truppen verlange, so sei dieser ungeziemenden Forderung gegenüber die sofortige Verstärkung der Kreisarmee nothwendig. Als Kreisoberst fordere daher der König den Herzog auf, die Ritterschaft und den Landesausschuß aufzubieten.[1] Er ging weiter. Auf die Forderung des Herzogs, seine Neutralität anzuerkennen, besetzte der König auch Hoya.

Als Tilly heranrückte, um Nienburg für den Herzog wieder zu nehmen, und als zugleich aufgefangene Schreiben das gute Verständnis zwischen dem Herzoge und Tilly darthaten, ergriff der König noch ein anderes Druckmittel. Er gab das Land des Herzogs, so weit es im Bereiche der Dänen, für einige Tage preis. „Das hat, heißt es, Manchem den Sack tapfer gefüllt, und ward unter anderem eine Kuh für drei und ein Ochs für vier Reichsthaler, auch sonsten andere köstliche Sachen, wie in dergleichen Occasionen zu geschehen pflegt, für ein schlechtes Geld verkauft.“[2]

Tilly belagerte Nienburg. Darüber meldet der Herzog Christian dem Kaiser: „Tilly hat, am 23. August / 2. September, nichts unterlassen, was zur Occupation diensam. Ohne Zweifel hätte er dazu eher

[1] V. d. Decken I, 151. [2] Theatrum E. I, 967.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gelangen mögen, wenn er meines Hauses, auch der Gebäude in der Stadt mit Einwerfung mehrer Feuerkugeln nicht verschont. Am 26. August / 5. September ist der Accord getroffen, daß das dänische Volk abziehen, Stadt und Festung mir restituiert, der Paß beiden Parteien frei sein solle. Eben so mit Hoya." Endlich bittet der Herzog um kaiserlichen Schutz.[1]

Diesen dem Herzoge zu leisten waren der Kaiser wie der Kurfürst Maximilian, die Feldherren Tilly wie Wallenstein, in gleicher Weise willig und erbötig. Einstweilen jedoch war der Dänenkönig näher und hatte es in der Macht, den Ländern des Herzogs Christian, der ihn durchschauete und sich ihm nicht beugte, wiederholt schwere Leiden aufzuerlegen.

Unter den Fürsten des niedersächsischen Kreises mochten damals der Herzog Christian der Ältere, sein Bruder Georg, und ihr stiller, friedlicher Vetter August, zu Dannenberg, der gelehrteste Fürst seiner Zeit, die einzigen sein, die klar erkannten, welchem Ziele der Dänenkönig zustrebe. Aber wenigstens Einem von denen, die sich hatten verstricken lassen, dem Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, wurde die Sachlage verständlich gezeichnet, und zwar von dem Schwedenkönige Gustav Adolf, nur freilich von einem ganz anderen Standpuncte aus als demjenigen der Lüneburger.

3. Gustav Adolfs Urtheil über den dänischen Krieg.

Gustav Adolf hatte sich widerstrebend darein gefügt, daß der Däne in London ihm vorgezogen war, und sich grollend nach Livland eingeschifft.[2] Dort, in Riga, erreichte ihn, im Anfange October, ein Gesandter seiner Vettern von Mecklenburg, um ihn persönlich einzuladen. Den zwei Herren schwebte, wie es nach der Antwort Gustav Adolfs scheint, der Gedanke vor, daß die Anwesenheit und der Rath Gustav Adolfs diejenigen Fürsten herbei bringen würde, die zur Zeit noch sich nicht zur Kreis-Defension verstehen wollten, also das Haus Lüneburg. Der Schwede antwortete, am 8. October: im Herbste und Winter könne er nicht kommen, aber für den nächsten Sommer sei er bereit, nicht bloß mit Rath, sondern auch mit That. „Welches dann nicht geschehen kann, als wenn ich begleitet werde von einer guten und starken Armee, damit zwischen den streitenden Theilen die Balance gehalten und E. L.

[1] Kriegsacten F. 64. [2] Das Folgende nach Styffe 460.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und mehr andere Freunde vor der Begehrlichkeit von beiden Seiten her geschützt werden." Er führt diesen Gedanken weiter aus und verlangt zu dem Zwecke Geld, namentlich von den Städten, die bisher neutral.

Der Herzog Adolf Friedrich nannte diesen Vorschlag impracticabel.[1] Er hob hervor, daß Christian IV. zum Kreisobersten gewählt sei, daß er das Herzogthum Braunschweig administriere, und daß er sich bemühe, den obersächsischen Kreis herüber zu ziehen. Die Last aller dieser Angelegenheiten sei dem Dänenkönige so schwer, daß, wenn nun noch gar ein Angriff von Schweden her auf ihn erfolge, er die Führung nieder legen werde. Dadurch würde Schweden für den niedersächsischen Kreis Ursache des Verderbens sein. Denn der König Christian IV. sei Schiedsrichter der Differenzen, habe die Direction des Kriegswesens, habe dagegen im Rathe nur die Stellung eines Herzogs von Holstein und werde auch nicht höher respectiert.

Darauf antwortet der Schwedenkönig: „Ew. L. kann ich zur freundlichen Erwiederung mein Leidwesen nicht verhehlen, daß die Sachen bei Euch so weit gekommen, daß guter Rath impracticabel ist. Der König von Dänemark hat das erlangt, wonach er seit vielen Jahren getrachtet, nämlich die Grenzen seines engen Königreiches weit und breit zu elargieren. Denn ich bemerke, daß er erstlich in genere Haupt des ganzen Kreises ist, dann in specie der General-Bischof aller Bisthümer im selbigen Kreise, ferner auf sechs Jahre Vormund in Braunschweig, Schutzherr über Halberstadt und Magdeburg. Und E. L. sagen noch, Sie wollen ihn nicht mehr respectieren als einen Herzog von Holstein, meinen auch, daß die Sachen mehr ihn festhalten, als daß er sie in seiner Macht habe, meinen daneben, Ihr sämmtlich wollet dafür sein, daß man in solchem turbido nicht solle fischen. Aber ich halte dafür, daß die Fische schon gefangen sind; denn so viele Stifter und das Herzogthum Braunschweig sind wohl die vornehmsten Fische aus diesem Teiche. Und stehet der Rest recht vor dem Korbe, mit diesem Anschlage, daß er das Directorium Eurer Waffen hat, der so nahe und so mächtig auf Euch drückt. — E. L. sagen: der Kaiser wird es nicht leiden. Das glaube ich wohl, und dann werdet Ihr sedes belli sein und praeda victoris. — E. L., bitte ich, wollen fleißig Acht haben, daß das Schiff

[1] A. a. O. 419. Der Herausgeber Stysse setzt diesen Brief in 1623. Dies ist schon darum nicht richtig, weil gleich im Beginne Christian IV. als Kreisoberst erscheint. Also 1625.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Euerer sämmtlichen Freiheiten nicht durch solchen Schiffmann stranden möge ad scopulos servitutis, welches ich nicht schreibe aus Misgunst, sondern quia mea interest conservatio vestri."

Die weitere Rede des Schweden ergibt, daß er doch noch einmal durch Adolf Friedrich diejenigen Fürsten in Niedersachsen zu gewinnen sucht, „die noch nicht die Knie vor Dänemark gebeugt haben," oder die, „welche da capabel sind, ihre selbst eigene Freiheit und Wohlfahrt zu betrachten, auch diejenigen, die verstehen können, daß der Däne sie allgemach unter das Joch zu bringen Willens sei." Gustav Adolf entwickelt ausführlich seinen Plan, mit den Beisteuern von Niedersachsen, den Generalstaaten und anderen Mächten den Sitz des Krieges aus Deutschland nach Polen zu verpflanzen und von dort aus auch dem Kaiser und der Liga sich furchtbar zu machen. — Für diesen Plan, der noch für die nächsten Jahre bei ihm haftet, fand er jedoch bei seinem Vetter Adolf Friedrich kein geneigtes Ohr, auch nicht bei den Generalstaaten, denen er, im October, durch Benedict Oxenstierna entsprechende Vorschläge machen ließ.[1] Lassen wir also immerhin das Motiv des Schweden für seine Rede, ob Misgunst, ob ein anderes, außer Frage: so ergibt sich doch, daß der wirkliche Stand der Dinge in Niedersachsen von ihm klarer und bestimmter aufgefaßt wurde[2] als von jenem Vetter, der die bessere Einsicht erst noch auf eigene Kosten zu erlangen hatte.

In dem größeren Theile des niedersächsischen Kreises war Christian IV. der Herr, nicht durch dänische Mittel, sondern durch englisches, französisches, holländisches Geld, und auf Kosten der Niedersachsen. Neben ihm in gleicher Weise stand Mansfeld. Von der anderen Seite befand sich Tilly mit seiner Armee auf dem Boden des niedersächsischen Kreises, und dazu nahete noch ein anderes Heer.

4. Anzug Wallensteins mit seiner Armee.

Im Juli und August sammelten sich die neugeworbenen Truppen Wallensteins. Der Musterplatz war die Stadt Eger. Baares Geld floß ihm dadurch zu, daß eine Reihe von Städten, auf deren Gebiete er Laufplätze angeordnet, sich davon mit erheblichen Summen loskauften. Nürnberg allein zahlte 100,000 Fl., Ulm 15,000 Thaler. Andere nach

[1] Aitzema I, 1253. [2] Die schwedische Ansicht auch bei Meiern I, 93.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Verhältnis. Dennoch erhob dann bald die Stadt Ulm schwere Klagen über die Eigenmacht der Officiere, eben so Gemünd und Aalen. Die letztere Stadt klagt, daß, nachdem sie 500 Fl. wöchentlich bewilligt, der Rittmeister, der dort werbe, sie eigenmächtig auf 900 Fl. setze. Ähnlich an anderen Orten. Für das Stift Ellwangen trat Maximilian bei dem Kaiser nachdrücklich ein, mit den Worten: „Ich bin in der Muthmaßung und Meinung begriffen, daß alles, was die Wallensteinischen Obersten und Officiere in dem Stifte Ellwangen bisher gethan, wider Ew. K. M. gemessenen Befehl, Wissen und Wollen, allein aus eigener Anmaßung geschieht.“ [1] — Am 25. September wandten sich die gesammten Reichsstände des schwäbischen Kreises klagend und bittend an den Kaiser.[2] Es war der Anfang.

Am 17. August that Wallenstein, von Eger aus, dem Kaiser kund, daß er von dem neuen Kriegsvolke die Obersten La Motta und Herzog Franz Albrecht von Lauenburg mit ihrer Cavallerie auf den Reichsboden entsendet. „Welchen ich auf dem Fuße folgen und durch Hessen mich alldahin, wo der Graf Tilly anzutreffen, wenden will.“ Die Worte entsprachen dem Wunsche des Kaisers, der in der Antwort, vom 23. August, abermals drängte mit den Worten: „Es ist hiermit anderweit unsere gnädigste Ermahnung und Befehl, D. L. wollen Ihnen die vorerwähnte baldigste Conjunction mit bekanntem Fleiß und Eifer angelegen sein lassen, sonderlich aber mit mehrgenanntem GL. Grafen Tilly, erheischender Nothdurft nach, also zeitliche Correspondenz pflegen, auf daß mit Proviant und anderer Kriegesnothdurft genugsame Anschaffung und Vorsehung gethan werden möge.“ [3]

Aus der Correspondenz des Kaisers mit Maximilian von Bayern, vom selben Tage, klingt eine Andeutung herdurch, wie er sich damals die Abzahlung des geworbenen Kriegsvolkes dachte. Da nach den Nachrichten, die er erhalten, der Herzog Friedrich Ulrich zu einem Separatfrieden neige, so sei ihm neben anderen Bedingungen eine Kriegssteuer von zwei Millionen oder doch 1,200,000 Fl. zu jenem Zwecke aufzuerlegen.[4] Die Worte haben geschichtlich den Werth, daß sie zeigen, wie wenig noch der Kaiser voraussah, was da ferner kommen würde.

In den ersten Tagen des Monates September brach auch Wallenstein selber von Eger auf. Am 10. September war er in Schweinfurt.

[1] Kriegsacten F. 65. Vom 12. September. [2] A. a. O.
[3] A. a. O. [4] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Es ist zu bemerken, daß er damals Sorge trug, daß seine Truppen nicht die Gebiete von Fürsten der Liga betraten.[1] Am selben Tage drängt abermals der Kaiser: „Wir wollen nicht zweifeln, es werden D. L., wenn nicht mit der ganzen Armee, so doch mit einem guten Theile bei dem Grafen Tilly bereits angelangt sein, und man also conjunctis viribus wider den Feind gehen."[2] Dem Befehle in Worten entgegen kommend, meldete Wallenstein, am 16. September, aus Vacha an der Werra, an Collalto: „Ich ziehe Tag und Nacht fort, will keine Minute versäumen."[3] Am 22. war er in Eschwege, am 25. in Allendorf, am 6. October bei Göttingen.[4] Dort versuchten im Hardenbergischen einige Ritter und das Aufgebot des Landesausschusses Widerstand zu thun. Sie wurden zersprengt.[5]

In diese Gegend schickte der Herzog Christian der Ältere dem nahenden Wallenstein seinen Landdrosten Hodenberg zur Begrüßung entgegen. Dieser traf den Feldherrn nahe am Stadtthore von Einbeck in einem Garten, wo Wallenstein Tafel hielt.[6] Er versprach gute Manns-zucht, und Hodenberg sah von da aus in nächster Nähe das Heer vorüberziehen. Es geschah in großer Stille, ohne irgend welche Gewalt. Wallenstein war erst am Tage zuvor schreckend unter sie gefahren: er hatte fünfzehn, darunter auch Knaben, zugleich aufhängen lassen. Auch waren schon wieder einige ergriffen, die gleiches Schicksal erleiden sollten. Es ging dem Heere die Meinung voran, daß es schlechtes, übel disciplíniertes Volk sei. Hodenberg meinte: die Strenge des Herzogs von Friedland bewirke doch einige Ordnung. Auch Andere theilten die Verwunderung, daß es noch so möglich sei. Der Zug währte vom Morgen an den ganzen Tag und die Nacht hindurch. 2—3000 Wagen fuhren einher, wohl gespickt mit geraubtem Gute. An Weibern, Kindern und gemeinem Gesindel war eine solche Zahl, daß es mit Verwunderung anzusehen war. Als endlich die lange Schlange des Zuges vorüber war, preßte die Erinnerung dessen, was er angesehen, dem Drosten Hodenberg den Seufzer aus: „Gott tröste den Ort, wo die hinkommen und ihr Winterlager halten!"

Von einer anderen Seite sieht die Sache an der Bericht eines Beamten des Herzogs Friedrich Ulrich, also von der dänischen Partei, aus der Grafschaft Hohnstein, vom 27. September / 7. October.[7]

[1] Chlumecky 15. [2] Kriegsacten F. 65. [3] Chlumecky 16. [4] A. a. O.
[5] v. d. Decken I, 157. [6] Bericht im Celler Briefarchiv. Ein Theil desselben auch bei v. d. Decken I, 157. [7] V. d. Decken I, 338.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„Die Wallensteinische Armee, meldet er, besteht aus altem und neu geworbenem Volke. Die neuen Werbungen zu Roß und Fuß sind auf die vorgeschossenen Gelder der Officiere vorgenommen, und die Mannschaften haben noch bis heute keinen Pfennig von J. K. M. erhalten. Daher sich dieselben hin und wieder ausdrücklich verlauten lassen, daß, wenn sie näher zu der königlich dänischen Armee geführt werden, sie übertreten wollen. Ferner, da der größere Theil von ihnen evangelischer Religion wäre, und sie nunmehr erkennten, daß es vornehmlich um dieselbe angesehen sein möchte, so wollen sie Gelegenheit suchen, sich jener Partei abzuthun. — Die Reiterei ist mit keinen Waffen versehen, übel beritten, hat größten Theils leichte und schlechte Pferde. Im Ganzen sind die Neugeworbenen unzufrieden, und es wäre zu hoffen, daß, wenn J. K. M. zu Dänemark bei diesem Zustande eine gute Summe Geldes nicht ansehen, und schleunig eilfertige Commission ertheilen möchten, etliche Regimenter zu Roß und Fuß, wo nicht ein Mehreres, zu attrapieren sein sollten, wozu ich dann allerhand Mittel und Gelegenheit, wenn man etwas spendieren wollte, in Händen habe. — Sie mögen wohl 20 bis 21,000 Mann stark sein."

Der Beamte Friedrich Ulrichs fügt hinzu, von einem ihm bekannten Officier der Wallensteiner vernommen zu haben, „daß Wallenstein zum Tilly zu stoßen nicht gemeint, sondern sich der Stifter Halberstadt, Hildesheim, Magdeburg, wie auch des Elbstromes zu bemeistern."

In der That hatte Wallenstein am Tage zuvor, dem 6. October, indem er von Göttingen aus seinem Schwiegervater seine bevorstehende Zusammenkunft mit Tilly zu Alfeld meldete, hinzugefügt: „Ich will meinen Fleiß anwenden, daß ich in den Stiftern Magdeburg und Halberstadt meine Winterquartiere haben kann."[1] — Auch zu Hodenberg bei Einbeck hatte Wallenstein sich geäußert: er wolle mit Tilly durchaus nichts zu schaffen haben.[2]

Absichten und Äußerungen dieser Art entsprachen nicht den Wünschen des Kaisers. Noch am 4. November schrieb er an Tilly: „Wir geleben gänzlich der Hoffnung, es werde inmittels unser General, der Herzog zu Friedland, mit seiner unterhabenden Armee zu Dir gestoßen, und also mit geeintem Rath dieses Werk fortgesetzt sein."[3]

[1] Tadra 299. [2] v. d. Decken I, 158.
[3] Kriegsacten F. 66.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Inzwischen hatte längst die Trennung statt gefunden, nachdem die Häupter, Tilly und Wallenstein, sich vorher in Alfeld darüber unterredet. Es ist von Interesse, die beiderseitigen Äußerungen darüber zu vernehmen.

Am 21. October meldet Wallenstein, von Alfeld aus, seinem Schwiegervater Harrach: „Trautmannsdorf schreibt mir auch, daß der Kaiser Willens ist, diese Armada, da sich der Bethlen rühren sollte, durch Schlesien in Ungarn führen zu lassen. Ich antworte ihm, daß ich mir getraue sie in Schlesien zu bringen, aber ohne Geld nicht in Ungarn. Aber ich sehe, daß einem großen Herrn zu Gefallen man kein Bedenken hat mir torto zu thun. Meinen Herrn (nämlich Harrach) jedoch bitte ich ganz dienstlich, er wolle es beim Fürsten (Eggenberg) dahin richten, auf daß es weder jetzunder noch nachher geschieht; denn es wäre meine ruina.“ [1]

Am nächsten Tage, dem 22. October, schreibt Wallenstein aus demselben Orte an Harrach: „Ich ziehe in das Stift Halberstadt und Magdeburg, den Elbestrom zu gewinnen; denn sonsten hat der Graf Tilly hin gewollt; aber ich habe gesagt, im Falle der Bethlen etwas anfängt, müsse ich dem Kaiser succurrieren.“ [2] — Die Differenz der Äußerungen Wallensteins liegt zu Tage.

Er hatte also durch die Behauptung, daß er dem Kaiser bereit stehen müsse gegen Bethlen Gabor, die Besetzung der Stifter für sich durchgedrückt und für Tilly unmöglich gemacht. Über die Gründe, weshalb Tilly sie gewünscht hatte, und den ganzen Hergang berichtet dieser dem Kurfürsten Maximilian wie folgt.[3]

„Nachdem ich gesehen, daß der König sich nicht ins Feld begeben und schlagen will, haben der Herzog von Friedland und ich (in der Zusammenkunft zu Alfeld) die Frage der Winterquartiere erwogen. Das Land hier ist, weil die Unterthanen ausgewichen und allen Vorrath vor meiner Ankunft zeitig auf die Seite geschafft, ganz leer und so beschaffen, daß, wie es schon sehr schwer ist, meine Armee hier zu erhalten, die Unterbringung beider Armeen eine pur lautere Unmöglichkeit sein würde. Ich bin also dieser Enden verblieben, und der Herzog von Friedland hat seinen Zug in das Stift Halberstadt nehmen wollen. Er ist also fort-

[1] Tadra 302. [2] A. a. O. 303.

[3] Kriegsacten. Vom 31. October. Der eingeschachtelte Satzbau des Originals würde schwer verständlich sein. Deshalb etwas umgestaltet.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gezogen und hat den Grafen Schlick mit einem Vortrab von 10,000 Mann vorangeschickt. Wie mir der Herzog berichtet, hat der Graf Schlick Halberstadt gutwillig einbekommen, und dann, nachdem er eine Besatzung eingelegt, seinen Weg weiter auf Halle genommen. Der Herzog folgt. Weil aber nicht zu trauen, wenn er sich allzu weit hinein wagt und das Volk zertrennt, so habe ich ihn gewarnt, sich vorzusehen und mit dem Fortzuge nicht zu eilen, damit wir auf allen unvorhergesehenen Nothfall einander erreichen und succurrieren mögen."

„Wo ich meine Winterquartiere nehmen soll, bin ich, nachdem der Herzog von Friedland das Bisthum Halberstadt für sich erwählt und bereits occupiert hat, in schweren Gedanken. Entweder muß ich hier alles beisammen halten, oder einen Theil in Hessen legen. Dem Ersteren steht entgegen der Mangel an Proviant, das Andere hat andere Nachtheile, so daß ich nicht weiß, wie ich den Sachen recht thue. Mit dem Herzog von Friedland hat es eine ganz andere und bessere Bewandtnis. Denn, weil er der K. M. eigenes Volk führt, findet er allenthalben, wohin er kommt, allen guten Willen, Thür und Thor offen, und hat noch dazu den Vortheil, daß er vom Feinde weit separiert ist. Dahingegen werde ich aller Orten enthört, bin aller Hülfe beraubt, und muß noch daneben gegen den Feind in stetiger Wehr und Gefahr sein."

Das Ergebnis also dieses ersten Feldzuges Wallensteins war, daß es ihm gelang, in den bisher vom Kriege nicht berührten Stiftern Halberstadt und Magdeburg die Winterquartiere zu nehmen.

5. Weitere Kriegsvorfälle in den letzten Monaten des Jahres 1625.

Der Herzog Friedrich Ulrich war in den Händen seiner Räthe, die, wie sich später noch klarer ergab, dem Dänenkönige ganz zu Diensten waren. Nun war noch, im October, der Bruder Christian heimgekehrt, mit der Absicht, den Volkskrieg, den schon jene durch den Ruf des Religionskrieges begonnen, zur vollen Wahrheit zu machen. Er ließ die Waffenfähigen von vierzehn Jahren an aufbieten. Um sie zu bewaffnen, ließ er Keulen anfertigen und mit eisernen Spitzen beschlagen. Da nach der Volkssage die Tilly'schen Soldaten sich gegen metallene Kugeln fest machen konnten, ließ Christian eine große Zahl Glaskugeln anfertigen.[1] Wenn nichts Anderes damit erreicht wurde, so diente es zur Fanatisierung des betrogenen Landvolkes.

[1] B. d. Decken I, 158. Aus einem Halberstädter Zeitungsblatte von 1626.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ernsthafter war das Bestreben, durch Einlegung von Besatzungen die festen Städte mit in den Krieg zu verwickeln.[1] Im September 1625, als das Tilly'sche Heer bereits zwei Monate auf dem Boden Niedersachsens stand, verlangte der Herzog Friedrich Ulrich als Landesherr, daß Northeim Besatzung einnähme. Der Rath legte den Bürgern die Sache vor, zweimal. Die Bürgerschaft weigerte sich, am 2. October. Man sagte ihr: sie möge dem Landesausschusse nur ein Nachtlager gewähren. Die Stadt erwiederte: sie sei zu arm, habe keinen Raum, habe überhaupt auch zu viel gelitten. Friedrich Ulrich war damit nicht zufrieden. Wallenstein liege zu Alfeld, sagte er, und wolle von da aus Göttingen und Northeim besetzen. Deshalb verlange der Herzog als Landesherr die Aufnahme des Landesausschusses. Also sei es sein ernster Wille und Befehl. Der Rath von Northeim ward unsicher. Er meldete den Befehl des Herzogs, am 12./22. October, an die Nachbarstadt Göttingen. Er selbst wisse nicht, sagte der Rath, was darin zu thun sei. Seine Meinung sei noch immer, man müsse um Verschonung bitten; doch möge Göttingen die dortige Ansicht mittheilen. Der Rath von Göttingen erwiederte, am 13./23. October: er habe sich bereit erklärt zwei Fähnlein einzunehmen. Demgemäß meldete am folgenden Tage auch Northeim: es wolle ein Fähnlein einnehmen; doch möge der Herzog Friedrich Ulrich demselben Gehorsam gegen den Stadthauptmann auferlegen. Der Rath schließt mit einer Lobpreisung des eigenen Gehorsams, daß die arme Stadt so willig sei.

Man sieht, ein Eifer für den Krieg nach irgend einer Seite hin ist hier nicht vorhanden. Der leitende und bestimmende Gedanke ist lediglich der, wie man möglichst ohne Schaden und ohne Parteinahme hindurch steuere und laviere.

Göttingen hatte am 12./22. October sich bereit erklärt zur Einnahme von zwei Fähnlein; allein der Eifer war nicht groß. Am 17./27. November 1625 meldet Wobersnow im Namen Friedrich Ulrichs: obwohl dem Rathe von Göttingen sichtlich nichts daran gelegen, eine Besatzung zum Schutze zu erhalten: so habe er doch den Auftrag, sie der Stadt noch einmal anzubieten. — Eben so war auch Northeim wieder schwankend geworden. Die Ursache dieses Schwankens tritt uns am deutlichsten entgegen aus einer Mahnung des jungen Herzogs Christian an Northeim. Er mahnt, er beschwört die Stadt, nicht eine Besatzung

[1] Das Folgende nach den Acten im Celler Briefarchive.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

von Tilly einzunehmen. Die Unterhandlungen mit dem Feldherrn dauern dennoch bis gegen Weihnachten 1625. Dann nimmt die Stadt Northeim einige Truppen des Herzogs Christian ein. Damit war der Finger gegeben, es galt nun die ganze Hand zu bekommen. Der Herzog Christian meldete der Stadt Northeim am 3. Januar 1626: er erfahre mit großem Unmuthe, daß die Officiere und Soldaten in Northeim, besonders die geworbenen, sehr schlecht von den Bürgern unterhalten würden. Er kam selbst dahin. Er ließ am 26. Januar 1626 die Soldaten in Northeim dem Dänenkönige vereiden. Er zog mehr Mannschaft in die Stadt. Was den Sold betreffe, sagte der Herzog Christian: so sei das Geld da. Es könne nur wegen der Gefahr der Wege nicht geschickt werden. Einstweilen möge der Rath von Northeim es auslegen. — In derselben Weise ward mit Göttingen verfahren. Nachdem dort Truppen genug in der Stadt waren, eröffnete Wobersnow im Namen des Herzogs Christian den Bürgern am 12. Februar 1626: er setze voraus, daß man ja doch für die gemeinsame Sache dies thun und einstweilen das Geld auslegen wolle, zumal da man dann den Vortheil habe, daß der Soldat zufrieden und ruhig sei.

Die Bürger indessen waren nicht zufrieden. „Wir haben mit großem Befremden vernommen," meldet Christian am 27. Februar 1626 der Stadt Northeim, „daß die Einquartierung der neu angeworbenen und noch täglich frisch ankommenden Truppen unseren Capitänen von euch rund abschlagen wird. Dadurch geht die Werbung zurück, und wir leiden großen Schaden. Besonders aber haben wir sehr unmuthig vernommen, daß ihr unseren Soldaten die Wachen abgenommen habt und sie selber bestellt."

So die Klagen des Herzogs Christian über das Verhalten der Bürger gegen die dänischen Truppen. Stellen wir denselben die Klagen des berühmten Theologen Calixt an den Statthalter Steinberg über das Verhalten der Truppen gegen die Bürger in Helmstädt entgegen. „Könnte doch, sagt Calixt im November 1625,[1] den unglücklichen Bürgern, welche uns und unsere Musen 50 Jahre lang gastlich beherbergt haben, auf irgend eine Weise Hülfe geschafft werden! Denn, wenn das nicht geschieht, werden sie unter der Last erliegen, und völlig zu Grunde gehen, so daß sie künftig weder dem Fürsten noch dem Vaterlande irgend welche Dienste

[1] Henke, Georg Calixt und seine Zeit I, 383.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

leisten können. Ein Drittel, oder mindestens ein Viertel ist im letzten Sommer und Herbst von der Pest weggerafft. Von da an hat der Handel, die Getreideeinfuhr in die Stadt aufgehört. Dennoch hat man den Bürgern befohlen, 500 Mann zu Fuß und 100 Reiter aufzunehmen und zu ernähren. Dabei ist es nicht geblieben; denn jetzt sind in der Stadt 1200 Reiter und Soldaten oder mehr. Ein Ziel und Maß ist nicht abzusehen: es kommen täglich 50, 60 und mehr, und fordern mit Soldatenrohheit für sich Quartier und Essen, und Futter für die Pferde. Es wird nicht anders verfahren, wie in einer mit den Waffen genommenen Stadt. Obersten und Officiere erpressen wöchentlich, der eine 30 Thlr., der andere 20, einige mehr, andere weniger. Sie geben kostbare Gastmähler auf Kosten der armen Bürger. Was in den Häusern ist, das erklären sie für ihr Eigenthum. Ja die Häuser selbst, welche die Bürger vor Armuth und Einquartierung verlassen haben, wollen sie, wie sie sagen, verkaufen, sobald sie einen Käufer finden. Es würde jedoch dieselben auch geschenkt Niemand von den unrechtmäßigen Besitzern annehmen. Einer machte neulich Anspruch auf alle Windmühlen um die Stadt her, und verlangte, daß sie ihm wieder abgekauft werden müßten. Ich weiß ein Beispiel, daß ein Bürger, welcher mit seiner Frau von dem einquartierten Soldaten geschlagen und verwundet war, für die Beschädigung des Degens, der an seinem Kopfe zerschlagen war, noch Schadenersatz leisten und dem wüthenden Menschen einen neuen kaufen mußte. Das Unerträglichste ist, daß sie sich darauf berufen, das alles geschehe nicht gegen den Willen des Herzogs Christian, von welchem sie leicht auch zu noch schlimmeren Dingen Erlaubnis erhalten könnten. Indem sie also ihre Rohheit beschönigen, thun sie dem durchlauchtigsten Fürsten noch das größte Unrecht, da dessen Gesinnung gegen die Unterthanen als eine ganz andere bekannt ist."

Dieser Brief des Calixt an den herzoglichen Statthalter allein schon könnte zu einer genügenden Antwort auf die Frage dienen, ob zwischen den Besatzungen, die der Herzog Christian für die Sache seines dänischen Oheims in deutsche Städte einbrachte, und den Bürgern dieser Städte irgend welche Gemeinsamkeit der Interessen statt fand. Bestimmter noch werden wir bei der Stadt Hannover die Gesinnung der eigentlich conservativen Corporation, des Magistrates, erfahren. Die Gesinnung solcher Körperschaften, bevor der lange Kriegesjammer alle Selbständigkeit geknickt, muß für das Urtheil der Nachwelt maßgebend sein.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Landstände der Fürstenthümer Calenberg und Wolfenbüttel hatten dem Herzoge Friedrich Ulrich die neunfache Reichssteuer, zu welcher er in dem Lauenburger Vertrage dem Dänenkönige sich verpflichtet, nicht bewilligt. Dem an die Ritterschaft ergangenen Aufgebote leistete sie nur in geringer Minderheit Folge: die Mehrzahl suchte Zuflucht hinter den Mauern der festen Städte wie Nordhausen,[1] Hannover u. a. Die Excesse, welche die Truppen Tillys in Folge der Provocationen des bethörten Landvolkes begingen, mögen dann eine Zeitlang eine ungünstige Stimmung gegen die Ligisten hervorgerufen haben. Bald jedoch richteten sich die Klagen auch nach der anderen Seite. Bereits am 24. Sept. / 4. Oct. wenden sich die Landstände von Calenberg an die dänischen Heerführer mit den Worten: „Die armen Leute haben gehofft: sie würden von den Freunden Schutz, Schirm und Erleichterung haben; allein sie befinden leider das Widerspiel. Wenn die verhofften Freunde und Vertheidiger sich eben so arg und ärger als Feinde erzeigen wollen: so werden die Gemüther der verzweifelten Unterthanen sich wenden und auf die widrige Seite fallen.“ [2]

So an die Dänen. Klarer gab die eigentliche Gesinnung der Landstände von Calenberg sich kund in der Instruction, mit welcher sie von der Stadt Hannover aus, am 28. October / 7. November, eine Deputation an den Landesfürsten Friedrich Ulrich ausstatteten.[3] „Die Gesandten sollen bei der Herzogin-Mutter und dem Herzog selber unterthänigst und inständigst anhalten, daß JJ. FF. GG. Deroselben Herrn Sohn und Bruder Herzog Christian durch alle dienliche Motive dahin disponieren, daß S. F. Gn. sich dieses für Land und Leute verderblichen Kriegswesens abthun, die vorhandenen Werbungen in diesem Lande einstellen und nach Ruhe und Frieden trachten möge.“ Mit Nachdruck werden dann die Gefahren hervorgehoben, denen man im anderen Falle entgegen gehe, dem Brande des gesammten Landes. Endlich beläßt die Schrift über die Urheberschaft des Krieges keinen Zweifel: „Die Königliche Würde von Dänemark muß, mit Niederlegung des Kreisobersten-Amtes, zur Räumung des Kreises und Niederlegung der Waffen disponiert, und dadurch der General Tilly ebenmäßig zur Räumung des Kreises und Restitution des Landes vermocht werden.“ — Dies letzte Ansuchen der Landschaft Calenberg bei dem Herzoge Friedrich Ulrich entsprach genau den Forderungen, welche Tilly im Namen des Kaisers erhob.

[1] Bericht bei v. d. Decken I, 339. [2] Calenberg. [3] Hannover.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Während er, am 31. October, jene Meldung an seinen Kurfürsten abfaßte, daß Wallenstein sich von ihm ostwärts gewendet, belagerte er das Schloß Calenberg. „Dieses hat aber breite und tiefe Wassergräben und starke dicke Wälle. Wenn es nicht gelingt das Wasser abzugraben, so ist die Sache schwer, zumal bei dem nassen, kalten Wetter." Am nächsten Tage jedoch capitulierte Calenberg. Dann ging der Zug Tillys nordwärts: es handelte sich um die Besetzung der Stadt Hannover.

Christian IV. hatte wiederholt den Magistrat zur Aufnahme einer Besatzung aufgefordert; vergeblich. Der Magistrat wollte in erster Linie die ziemlich feste Stadt neutral erhalten, und, wenn dies nicht möglich, lieber kaiserliche Truppen einnehmen als dänische.[1] Gegen die Empfehlung des Landesherrn Friedrich Ulrich für Christian IV. berief sich der Rath darauf, daß er die Einnahme einer dänischen Besatzung vor dem Kaiser nicht verantworten könne. Um einen Druck auf die Stadt auszuüben, schickte Christian IV. eine starke Abtheilung Cavallerie, nach dem Berichte Tillys 16 bis 17 Compagnien zu je 200 Mann, unter dem Pfälzer Hans Michael von Obentraut und dem Herzog Friedrich von Altenburg, in die Nähe der Stadt. Tilly griff sie an und zersprengte sie, bei Seelze, am 25. October / 4. November. 300 Dänen fielen, andere ertranken in der Leine. Unter den Ersteren waren die zwei Führer. Der Herzog Friedrich, der, im Jahre 1623 bei Stadtlohn gefangen, im folgenden Jahre die kaiserliche Verzeihung erlangt hatte, ward, bereits abermals gefangen, als wortbrüchig von einem ligistischen Officier erschossen. — Obentraut, schwer verwundet, erwiederte auf die theilnehmenden Worte Tillys: „In solchen Gärten pflückt man solche Rosen."[2] Tilly ließ ihn in seinen Wagen legen. Dort starb der Mann, dessen unbändige Kriegesluft nur so ein Ende finden konnte. Tilly bemerkt in einem späteren Berichte an den Kurfürsten Max: „Der Tod des Obentraut war bei Seelze der beste Vortheil."[3]

Nach diesem Treffen näherte sich Tilly der Stadt Hannover, und stellte seine Vorposten bis auf den Lindener Berg vor derselben. Er forderte die Stadt auf, seine Besatzung einzunehmen, und der Rath schickte eins seiner Mitglieder zum Unterhandeln. Unterdessen lagen jedoch die Dänen nordwärts von der Stadt, höhere Officiere gingen dort aus und

[1] W. d. Decken I, 161. [2] Adlzreitter 132.

[3] Kriegsacten F. 66. Vom 30. December. Das Denkmal des O. bei Seelze unfern der Eisenbahn.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ein und hatten Anhang unter der geringeren Bürgerschaft. Namentlich der Herzog Johann Ernst von Weimar als dänischer Oberst ritt umher, und redete zu dem Volke von Religion und Freiheit. Am 27. October / 6. November erschien ein Ausschuß der Zünfte im Rathhause und forderte von dem Rathe die Einnahme der dänischen Besatzung. Der Rath weigerte sich. Während sie noch redeten, drang der dänische Oberst Schlammersdorf in die Rathsstube, stellte sich unter den Ausschuß der Zünfte und versicherte hoch und theuer, daß es der Wille und die Absicht des dänischen Königs sei, die christliche, wahre und reine Religion zu erhalten und zu beschützen. Ihm erwiederte ein allgemeines Geschrei, daß man dänische Garnison einnehmen wolle.[1]

Da erhob sich einer der Rathsherren und sprach zu seinen Mitbürgern: „Bedenket alle wohl und recht, wie der allmächtige Gott je und allewege über seine Ordnung mit gewaltiger Hand gehalten. Ich will nicht reden von alten Geschichten, sondern von denen, die in frischem Gedächtnisse sind. Bedenket, wie der vermeinte König aus Böhmen durch Gottes Kraft am Weißen-Berge gestürzt, wie er sich selbst um Land und Leute, ja um kurfürstliche Ehre und Reputation gebracht hat. Und wofern wir uns nun von unserer von Gott gesetzten höchsten Obrigkeit, dem römischen Kaiser, lossagen und einem fremden Könige anhängen wollen, dem wir weder angeboren, noch verschworen sind: solches wird man besorglich noch hiernächst mit Zahnknirren und Haarraufen beseufzen müssen. Denn es kann der verführte König von Dänemark in seinem unbefugten Kriege wider Gott und sein Wort keinen Sieg, kein Glück, keinen Segen, keine Wohlfahrt haben. Will man mir solches nicht glauben: so thut mich in ein Gemach mit nothdürftiger Speise und Trank, und verwahrt mich. Wenn dann der König siegt: so mögt ihr mich strafen an Leib und Leben."

Die Worte verhallten. Das Gedränge nahm zu. Da erhob sich der erste Bürgermeister Barteldes und forderte den Rath auf wegen gestörter Berathung ihm in ein anderes Gemach zu folgen. Es geschah. Dort trat er vor den Tisch und rief mit lauter Stimme: „Ich bezeuge vor Gott und der Welt, daß ich in diese Rathschläge zu Gunsten des Dänenkönigs nicht gewilligt, und daß ich hiernächst vor Gott, vor Mit- und Nachwelt deshalb entschuldigt sein will." Dem Beispiele des Vorsitzenden folgte der ganze Rath, Mann vor Mann. Noch hatten sie

[1] Stadt Hannover.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht geendet, als die Thür wiederum sich eröffnete und der Oberst Schlammersdorf mit einem Haufen Volkes auch da eindrang. Schweigend hörte der Rath abermals die Rede an. Schlammersdorf trat an den Tisch, schüttete einen Beutel Goldstücke aus und verlangte dafür Ankauf von Lebensmitteln für die Garnison. Die Goldstücke blieben unberührt. Der Rath beharrte bei seiner Weigerung. Er meldete dem Herzoge Friedrich Ulrich wie zuvor, daß er dem Kaiser getreu wider dessen Willen eine dänische Garnison nicht aufnehmen werde.

Darüber war es Nachmittag geworden. Man sah dreizehn dänische Fähnlein hart an der Stadt vorüber ziehen. Es gelang den Dänen, mit Hülfe einiger Bürger zwei davon in die Stadt zu bringen, und somit eine vollendete Thatsache zu schaffen. Der Rath sah sich in die Nothwendigkeit gesetzt, über den Unterhalt dieser zwei Fähnlein mit dem Dänenkönige einen Vertrag abzuschließen.

Dagegen betheuerte der Rath, daß die Einnahme der zwei dänischen Fähnlein wider sein Wissen und Wollen geschehen sei, und es ist nach dem ferneren Verhalten des Dänenkönigs und Tillys gegen die Stadt kein Grund vorhanden, diese Betheuerung in Zweifel zu ziehen. Der kaiserliche Feldherr behandelt die Stadt fortdauernd mit derselben Schonung wie bisher. Er meldet ihr: er habe ihr wohl Schaden thun, ihr das Wasser benehmen und das Mühlenwerk lahm legen können; doch habe er das um Glimpfs willen unterlassen. Er droht nicht. Er richtet an die Stadt das freundliche Gesinnen, sie wolle den Dänenkönig vermögen, sein Kriegsvolk von der Stadt abzufordern. Er ermahnt sie, dem obersten Richter des Reiches den schuldigen Respect zu erweisen.

Anders der Dänenkönig. Auf die schweren Klagen des Rathes über den Mangel an Disciplin jener zwei Fähnlein in der Stadt erwiederte er: dergleichen Querelen seien der Rede nicht werth. Die Stadt müsse mehr Truppen, müsse Reiter einnehmen. Der Herzog Johann Ernst von Sachsen-Weimar erläuterte den Befehl. Wenn dieß nicht geschehe, setzte er hinzu, so erfordere es das gemeine Wesen, das Land rings um die Stadt auf zwei Meilen weit in Asche zu legen. — Die Drohung scheint berechnet gewesen zu sein auf die Ritterschaft, die sich zahlreich in die Stadt Hannover geflüchtet. Wenn das so war: so schlug der Plan, die Hoffnung eines Druckes der Ritter auf den Magistrat völlig fehl.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Denn bereits hatte sich die Ritter- und Landschaft von Calenberg völlig umgethan. Sie hatte Tillys Walten inzwischen näher kennen gelernt. Sie hatte aus dem aufgefangenen Briefe des Pfalzgrafen Friedrich ersehen, worauf das alles hinausging. Mansfeld stand im Erzstifte Bremen, und brach von da aus in der bei ihm üblichen Weise ins Fürstenthum Lüneburg ein. Der Herzog Christian der Jüngere rief auf zum Volkskriege. Nicht dahin wollte es die Ritter- und Landschaft kommen lassen. Am 28. October / 7. November bat sie den Herzog Friedrich Ulrich: er wolle dem ruhestörenden, friedelosen Beginnen seines Bruders Christian Einhalt thun. Sie ging weiter. Sie bat: Friedrich Ulrich wolle allen Forderungen Tillys willfahren. Sie flehte auf das eindringlichste den Herzog an: er wolle sich nicht theilhaftig machen an den Planen des landverderbenden, geächteten Mansfeld. Dazu lag nun von Johann Ernst von Weimar, und gleichlautend dann von dem Dänenkönige jene Drohung vor, die sie so nahe berührte. Sie wendet sich mit zürnender Frage an ihren Herzog, was für ein gemeines Wesen das sei, welches erfordere, die Länder in Asche zu legen. Sie hält ihm mit ernster Mahnung vor, daß selbst im Falle des Sieges, der nicht wahrscheinlich, für den Herzog und seine Unterthanen das Ergebnis nichts Anderes sein werde, als ein verheertes Land. Sie bittet ihn abermals, die Gefahr zu erwägen, welche für Fürst und Land aus dem Verdachte entspringe, mit einem Aechter wie Mansfeld in irgend welcher Verbindung zu stehen. Sie erneuert ihr Gesuch an ihren Herzog: er wolle eingehen auf die Vorschläge des kaiserlichen Generals.[1]

Es war zu spät oder zu früh. Selbst wenn Friedrich Ulrich einen Willen gehabt hätte, so stand in seinem Lande der Dänenkönig mächtiger als er.

Zugleich brach Mansfeld vom Bremischen aus in das Fürstenthum Lüneburg des kaisertreuen Christian zu Celle ein. Mansfeld lag mit 800 Pferden und 3000 Mann Infanterie fünf Tage lang zu Winsen an der Aller. „Er ist nahe an meine Residenz (Celle) herangerückt, meldet der Herzog Christian dem Kaiser, am 23. November / 3. December: ich habe ihm aber nichts folgen lassen, was er mit allerhand Hostilitäten gegen meine Unterthanen auf dem Lande zu ahnden sich untersteht. Ich habe an Tilly und Wallenstein berichtet und hoffe auf

[1] Sämmtliche betreffende Acten im Archive der Stadt Hannover.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sie."[1] — Aber der Eine wie der Andere waren weit. Ein anderer Bericht sagt: „Es ist insgemein ein gar schlechtes und schlimmes Volk, und haust mehr als barbarisch." Diesen Worten entspricht ein weiterer Bericht des Herzogs Christian aus Celle. „Die Mansfelder haben alles Vieh weggenommen, die Menschen ohne Unterschied des Geschlechtes ohne einige Ursache jämmerlich erschossen, bis auf den Tod verwundet, gequetscht, gesengt, am Feuer gebraten, in Rauch gesetzt, mit eisernen Ketten geschlossen, ob adelig, ob unadelig, ihnen die Ohren abgeschnitten. Die unglücklichen Leute müssen ihr Vieh lösen. Haben sie es gethan, so nimmt man es ihnen zum zweiten Male, und wieder zum dritten Male, bis sie mehr dafür bezahlt haben als es werth ist. Schon wandern vormals vermögende Leute als Bettler durch das Land."[2] Der Herzog erhebt vor dem Dänenkönige die zürnende Frage, ob er denn das dulden wolle. Christian IV. erwiederte: Mansfeld stehe nicht unter seinem Befehle.

Mansfeld wandte sich ostwärts über Ülzen der Elbe zu und bemächtigte sich dann bei Artlenburg des Passes über die Elbe. Er nahm im Lauenburgischen, dann im Mecklenburgischen Quartier.

Und nun erst erkannten die zwei Mecklenburgischen Herzöge, in welche Genossenschaft sie gerathen waren. Am 15./25. December richteten sie an Christian IV. die Beschwerde, daß Mansfeld einen Einbruch in ihr Land gethan und mit Berufung auf den Befehl des Königs requiriert habe.[3] „Wir sind darüber ziemlich perplex und bestürzt, besonders da uns ja genugsam bekannt und wissend, daß sowohl Ew. K. Würde wie auch unsere und der anderen Fürsten des Kreises Intention bei dem Lauenburgischen Schlusse nur dahin gerichtet gewesen, daß der Kreis defendiert werden solle. Dabei wir auch beständig zu verharren gedenken. So müssen wir doch nunmehr befahren, daß J. K. Majestät, darum daß man sich dem Grafen Tilly widersetzt und den geächteten Mansfeld einläßt, in die Suspicion gerathen, als wäre diese Kreisverfassung nicht zur Defension, sondern auf andere fremde Sachen gemeint, was doch Ew. K. Würden sowohl als uns und anderen Fürsten des Kreises niemals in den Sinn gekommen." In dieser Weise geht es weiter fort.

Das Schreiben ist abermals der bündige Beweis, daß diese armen Herzöge von Mecklenburg nicht gewußt, was sie in Lauenburg gethan.

[1] Kriegsacten F. 66. Vom 25. November. [2] Celler Briefarchiv.
[3] Abschrift dessen in der Correspondance de Walstein et de Tilly.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Aber sie hatten es gethan, und an den Consequenzen hielt der Däne sie fest.

Wie in das Mecklenburgische, so brach Mansfeld auch in das Gebiet der Stadt Lübeck, wo er sich des Städtchens Möllen bemächtigte. Die Truppen der Stadt Lübeck schlugen ihn hinaus. In der Meldung dessen an den Kaiser versichert die Stadt Lübeck abermals ihre Treue. „Wir wollen uns wehren, sagt das Schreiben; aber wir tragen Scheu vor den auswärtigen Potentaten. Wir bitten daher, daß, wenn der Friede zu Stande kommt, wir namentlich mit eingeschlossen werden, damit wir in dem Stande, darin wir durch Gottes Gnade und den Schutz und Schirm Ew. K. M. Herren Vorfahren am Reiche aller löblichsten Gedächtnisses so viele hundert Jahre her gewesen, auch ferner nach dem Willen Gottes gehalten werden und Ew. K. M. und dem H. R. Reiche getreue und gehorsame Dienste erzeigen mögen.“ [1]

6. Verhalten der Hansestädte.

Das Verhalten der Stadt Lübeck führt uns auf dasjenige der Hansestädte überhaupt, zunächst der Stadt Magdeburg.

Sie hatte dem von Wallenstein an sie entsendeten Obersten Aldringer alle Willfährigkeit entboten. Sie empfing dafür das Lob des Kaisers, vom 21. November, daß ihm wie ihre Erklärung an Aldringer, so überhaupt ihre gehorsamste getreue Devotion zu besonders angenehmem Gefallen gereiche.[2] Zugleich schrieb der Kaiser an Wallenstein: „Wir befehlen D. Lbd. hiermit gnädigst, Sie wollen durch unvermerkte Unterhandlung, wie es dann D. Lbd. an bequemen Mitteln hierzu nicht mangeln wird, dahin bedacht sein, wie wir solche Hansestädte, als in welchen nicht die geringste Macht des H. R. Reiches besteht, rechtschaffen auf unsere Seite bringen mögen, damit sie auch gegen unsere Widerwärtigen, zu ihrer selbst mehreren Versicherung und zur Abwendung der bisher von Dänemark und Schweden ihnen zugefügten Drangsale, zu uns zu treten und von der holländischen Liga sich abzusondern bewegt werden. Doch nicht dergestalt, als wäre diesfalls D. Lbd. etwas von uns anbefohlen, sondern gleichsam für Ihre eigene Person, weil D. Lbd. sich bei dieser Gelegenheit die Wohlfahrt der Hansestädte angelegen sein ließen. Dazu dann zu Anfang dienlich sein möchte, etlicher wohl Affectionierten aus der Bürgerschaft und sonderlich des Rathes durch dritte Personen

[1] Celler Briefarchiv. Vom 18. December. [2] Kriegsacten F. 66.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kundschaft zu erwerben, durch welche man sich dann erkundigen könnte, was etwa bemeldeten Hansestädten in commerciis oder auf anderem Wege für ein Interesse zu machen, damit sie zu dem obangedeutetem Anschlusse an uns endlich zu bringen sein möchten." [1]

Noch bevor Wallenstein einen Schritt in diesem Sinne des Kaisers gethan, kam der Rath von Magdeburg mit neuen Erbietungen an den Obersten Schlick entgegen. Nicht allein wolle er mit der kaiserlichen Armee gute Correspondenz pflegen, sondern bei allen Vorfällen möglichste Hülfe erzeigen. „Und da das Kriegsvolk über die Brücke zu setzen von Nöthen, wolle der Rath den Paß frei und sicher verstatten." [2] — „Damit dann, fährt Wallenstein fort, dieselben bei ihrer Devotion desto mehr conserviert werden, wäre an Ew. K. M. meine gehorsamste Bitte, ob dieselben Ihro gnädigst belieben ließen, die Verordnung zu thun, damit mir ein Schreiben, daß Ew. K. M. derer von Magdeburg treue Affection mit kaiserlichen Gnaden erkennen, überschickt werde. Ich werde nicht unterlassen, mit den anderen Hansestädten gleichfalls in guter Correspondenz zu stehen."

Nicht minder eifrig betrieb der Kaiser selber diese Sache. Bereits am 2. December erfolgte an Wallenstein ein neues Schreiben, voll des Lobes für die getreue Gesinnung der Hansestädte, besonders Lübeck und Magdeburg. [3] Das Schreiben fährt fort: „So befehlen wir D. Lbd. hiermit gnädigst, Sie wollen, was jetzt verstandener unserer Intention gemäß ist, Ihnen angelegen sein lassen, und gedachte unsere und des H. R. Reiches Hansestädte vor aller feindlichen Gewalt, mit unserer D. Lbd. untergebenen Armada schützen und defendieren, dieselben außer höchster erheischender Nothdurft mit Kriegsbeschwerden nicht belegen, sondern alles dasjenige, was zu derselben gedeihlichem Wohlstande und Aufnehmen gereichen mag, wirklich befördern. Hierin erfüllen D. Lbd. unseren gnädigst gefälligen Willen."

Es folgt das Postscriptum: „Dieses Schreiben haben wir D. Lbd. zu dem Ende zuschicken wollen, damit Sie sich desselben bei der vorhabenden Handlung mit den Hansestädten gebrauchen, und hierdurch dieselben in guter Devotion gegen uns erhalten."

Es ist möglich, daß in Wallenstein oder einem seiner Obersten

[1] A. a. O. [2] Friedensacten F. 5. Vom 26. November.
[3] Kriegsacten F. 67.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sich der Wunsch, eine Besatzung in die Stadt Magdeburg zu legen,[1] geregt hat: die kaiserlichen Schreiben schließen eine solche Absicht aus.

Wallenstein übersandte aus Halberstadt, am 18. December, den Hansestädten jene Declaration des Kaisers. Seinerseits fügte er derselben hinzu: „Weil uns denn in alleweg gebühren will, Ihrer K. M. gnädigstem Befehle gehorsamst nachzuleben, Als versichern wir Euch, daß wir nicht allein von Dero uns untergebenen Armee Euch und den Eurigen, wie Ihr bisher verspürt haben werdet, nicht die geringste Beschwer auf keinerlei Weise zufügen lassen wollen, sondern auch, da Ihr unsere Hülfe und Assistenz von Nöthen haben solltet, nicht unterlassen wollen, auf Euer erfolgendes Ersuchen, Ihrer K. M. gnädigstem Befehle uns gehorsamst zu bequemen und Euch alle mögliche Assistenz jederzeit zu erzeigen."[2]

Wie die Berichte des mecklenburgischen Edelmannes Heinrich Husan, den der Kaiser zu seinem Commissar ernannt, über die Gesinnung der Ritter- und Landschaft seiner Heimat günstig lauten, so auch über die drei dortigen vornehmsten Hansestädte Rostock, Wismar, Parchim.[3] Er versichert ferner, daß auch „die Stadt Lübeck in ihrer standhaften aufrechten Devotion und pflichtschuldiger Treue, wie bis anhero, so auch hinfüro — gönne es Gott —, bestehen werde." — „Sie stecken aber zur Zeit, dem Sprichworte nach, zwischen Thür und Angel." — „Nach dem Beispiele Lübecks richten sich die Städte Mühlhausen, Nordhausen, Goslar."

Etwas weniger günstig ist Husans Urtheil über Hamburg, „die zu dieser Zeit vornehmste und reichste an der Westsee belegene Kauf- und Handelsstadt. Bei denen hat der Feind das holländische Unkraut gesäet." Husan empfiehlt, dort einen ständigen kaiserlichen Legaten zu halten.

„Bremen ist, meines Erachtens, der verdächtigen Neutralität ergeben, die sich mehr auf die dänische Seite neigt. Seitdem Christian IV. seinen Sohn zum Coadjutor des Erzstiftes gemacht, ist die Stadt ihm noch mehr gewogen. Durch welche Künste er das bewirkt, ist mir unbekannt."

„Magdeburg hat Differenzen mit dem Administrator Christian Wilhelm und mit dem Domcapitel (über die angrenzenden Städte Suden-

[1] Neubauer 14. [2] Friedensacten F. 5.
[3] Kriegsacten F. 67. Vom 1. Februar 1626.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

burg und Neustadt). Es läßt sich nicht anders vermerken, als daß die Stadt in Ew. K. M. Devotion und beharrlicher Treue zu continuieren gemeint sei."

Dennoch muß innerhalb der Städte selbst ein Unterschied gemacht werden. Wie in Hannover, so war auch in den Hansestädten der Magistrat kaiserlich gesinnt, in der niederen Bürgerschaft dagegen walteten auch andere Strömungen ob. Der Mecklenburger Heinrich Husan entwirft von der Bevölkerung Niedersachsens im Allgemeinen vor dem Kaiser die folgende Schilderung.[1] „Die Fürsten des niedersächsischen Kreises sind mehrentheils durch bösen Rath etlicher Weniger hinter das Licht geführt und dahin persuadiert, als ginge man von Seiten Ew. K. M. damit um, wie der vermittelst des Passauer Vertrages erworbene Religionsfriede von Augsburg gänzlich aufgehoben, und dagegen gleich durchgehends der alte katholisch-christliche Glaube aller Orten wieder eingeführt, folglich die occupierten Stifter und Klöster wieder in den vorigen Stand gesetzt werden sollen. Damit man aber der Sache einen besseren Schein gebe und endlich die Volksgunst sich erwerbe, um sowohl die eingezogenen geistlichen Güter zu behalten, als für die danach Gierigen noch mehr an sich zu bringen, hat man dem einfältigen gemeinen Manne nicht bloß die Gefahr übergroß gemacht, sondern ihm auch eine solche unerhörte, darunter verborgene Tyrannei und Gewissenszwang eingebildet, daß wahrlich nicht eine geringe Mühe, sondern eine schwere Arbeit ist, den Leuten solchen ex mera ignorantia gefaßten Scrupel zu benehmen."

Was Husan hier von der Bevölkerung im Allgemeinen sagt, das gilt namentlich auch, wie wir an Hannover gesehen, von dem Handwerkerstande in den Städten. Und darum erhebt jeder neue Friedensstörer des Reiches, den fremde Mächte bezahlen, wie Mansfeld und wie Christian, so auch der Dänenkönig, zur Bethörung des Volkes immer wieder aufs neue den Ruf des Religionskrieges.

Jedoch geschieht es auch, daß eine Stadt den Ruf ausdrücklich verneint. So die Hansestadt Braunschweig. Sie richtet an die Abgeordneten Tillys zum Friedenscongresse, im December, eine Zuschrift, in der es heißt: bisher sei der Krieg den Einwohnern der Stadt immer als ein Religionskrieg vorgestellt worden. Nachdem sie aber nunmehr aus den kaiserlichen Schreiben die stattlichen Zusicherungen vernommen,

[1] Kriegsacten F. 67. Vom 1. Februar 1626.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

müßten sie erstaunen, wie die Fürsten und Stände des Kreises sich für befugt erachten können, gegen die K. M. ein so beharrliches und steifes Mistrauen zu schöpfen. Ein ehrbarer Rath und die Bürgerschaft der Stadt Braunschweig, in dieser Sache zuvor nicht unterrichtet, haben nunmehr eine ganz andere Überzeugung gewonnen.[1]

7. Der Haager Allianz-Vertrag vom 9. December 1625.

Am 19. September hatte der Kurfürst Johann Georg an Tilly das Erbieten zur Vermittelung des Friedens gerichtet. Demgemäß sollte zu diesem Zwecke in Braunschweig ein Congreß zusammen treten. Aber Johann Georg konnte nur zwischen den Reichsfürsten vermitteln. Nicht von diesen war der Krieg ausgegangen, sondern von dem Dänen, und wiederum auch von dem Dänen nicht zuerst aus sich selber, sondern auf das Angebot der Mächte England und Frankreich, ihn für diesen Krieg zu bezahlen, und ihm den gleichfalls von ihnen bezahlten Mansfeld als Gehülfen zu schicken. Noch im Laufe des Monates November 1625 wußte Wallenstein wie Tilly, wußte man in Wien wie in München, daß die eigentliche Bestimmung des Mansfeld war, sich mit Bethlen Gabor zu vereinigen. Noch im November ließ der Kurfürst Maximilian durch seinen Gesandten Leuker, auf Grund seiner Nachrichten aus dem Haag und aus London, dem Kaiser aussprechen, daß Christian IV. im Dienste der westlichen Mächte für den nächsten Frühling einen umfassenden Krieg plane, daß daher die Friedensberedung in Braunschweig kaum einen Erfolg haben werde. Daher hat die geschichtliche Betrachtung zunächst sich nach dem Lande zu wenden, von welchem, nach dem Abbruche der spanischen Heirathssache, im Jahre 1624 der Kriegsruf ausgegangen war und nun abermals bestätigt wurde, nach England.

Daß dort für den Krieg in Deutschland der Däne dem Schweden vorgezogen war, hatte der scharf blickende Agent des Pfalzgrafen Friedrich, Rusdorf, eben so wenig gut geheißen, wie im Haag aus persönlicher Kenntnis des befähigteren Schweden Friedrichs Berather Camerar. Rusdorf hatte noch andere Gründe zur Klage im Interesse seines Herrn. Er sah, daß der junge König Carl I. völlig unter der Herrschaft des verworfenen Buckingham stand. Er gab dem Pfalzgrafen Friedrich den Rath, gemeinsam mit Elisabeth dahin zu wirken, daß der Oheim Christian IV. sich nach England begebe, um den Neffen Carl I. auf

[1] Hurter IX, 423.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

eine bessere Bahn zu bringen. „Dies, meint Rusdorf, würde nützlicher sein als seine unbesonnene Kriegesexpedition.“ [1] „Im anderen Falle, meint er, ist es um uns Alle geschehen.“

Jacob I. und dann Carl I. hatten gesagt, daß sie zu Gunsten des Friedrich und der Elisabeth zu den Waffen greifen wollten. Nach dem Tode Jacobs trat bestimmter der Plan hervor, eine Flotte gegen Spanien auszurüsten. Im Anfange September lag sie segelfertig da. Dagegen hob Friedrichs Vertreter Rusdorf nachdrücklich hervor, daß, um den Kaiser und die Liga zur Herstellung der Pfalz zu nöthigen, es anderer Mittel bedürfe, als mit der Flotte eine spanische Seestadt zu nehmen. [2] Er schlug vor, daß die Flotte verwendet werden möge zu Gunsten der Unternehmung Christians IV. Aber Rusdorf wußte selber, daß an der feindseligen Gesinnung gegen Spanien, welche Buckingham um der Popularität willen zur Schau trug, sein Wunsch der Rache an dem spanischen Minister Olivarez einen erheblichen Antheil hatte, und daß die Wünsche Buckinghams bei Carl I. schwerer wogen als die Sache des Pfalzgrafen. Andererseits entsprach die Entsendung der Flotte gegen Spanien dem Andringen der Holländer. Am 7. September 1625 ward zu Southampton zwischen dem Könige Carl I. und den Generalstaaten eine Offensiv- und Defensiv-Allianz geschlossen, die in Worten den Wünschen des Pfälzer Hofes volle Genüge that; denn sie setzte im Eingange ausdrücklich die völlige Herstellung von Friedrich und Elisabeth als Ziel. [3]

Auf Grund dieses Vertrages fuhr im October die holländisch-englische Flotte aus, um gegen die Stadt Cadix eine That zu vollbringen und dann die spanische Silberflotte zu nehmen. Weder das Eine gelang, noch das Andere. Die Flotte kehrte heim, arm an Ruhm und mit schwerem Verluste. [4]

Es kam auf die andere Bethätigung Englands zu Gunsten des Pfalzgrafen Friedrich an, die Schürung des Krieges in Deutschland.

Im Anfange des Monates December erschienen im Haag einige Engländer, voran unter ihnen Buckingham, einige Dänen, voran unter ihnen Uhlefeld, um mit den Bevollmächtigten der Generalstaaten die im

[1] Rusdorfii epistolae 66.

[2] Rusdorf, mémoires etc. I, 610, 632. Rusdorf, consilia 183.

[3] Der Vertrag bei Aitzema I, 1227, und sonst oft.

[4] Gardiner, the duke etc. I, 315.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Laufe des Jahres beredeten Entwürfe zum Abschlusse zu bringen. Nicht vertreten war der Schwedenkönig Gustav Adolf, dessen Gesandter Rutgersius im Haag kurz zuvor verstorben war. Zugegen war ferner ein höherer Officier, Quadt, im Namen des Bethlen Gabor. Am 9. December kam der Vertrag zwischen den drei erst genannten Mächten zu Stande.[1] Der Eingang sagt: „In Erwägung der bösen und sehr gefährlichen Vorgänge, Gewaltthätigkeiten und Unterdrückungen, welche seit einigen Jahren her nicht bloß angedroht, sondern auch thätlich und durch offenen Krieg verübt worden sind, wider den Friedensstand, wie er durch die Kaiser wiederholt proclamiert ist, wider die Constitutionen des Reiches und die beschworenen Wahlcapitulationen — in fernerer Erwägung, daß dies nicht allein die Kurfürsten, Fürsten, Städte und Stände des Reiches angeht, sondern durch unvermeidliche Consequenz auch die benachbarten Könige, Fürsten und Staaten betrifft, wegen des Interesses, welches sie als Freunde und Verbündete an dem Frieden haben —: so ist man, um rechtzeitig den allzu heftigen und unerträglichen Strom dieser bösen Absichten und Unterdrückungen zu hemmen, und die Freiheit, die Rechte und die Constitutionen des Reiches herzustellen, genöthigt worden, sich dem augenscheinlich herannahenden Verderben und den Urhebern desselben entgegen zu stellen. Zu diesem Zwecke haben sich vereinigt" — es folgen dann die Namen der Mächte und ihrer Gesandten.

Ein bestimmteres Ziel als in den vorhergehenden Worten wird der Allianz nicht gesetzt, der Name Friedrichs von der Pfalz nicht genannt. Vielmehr folgen dann gleich die Ansätze der Leistungen für die Mitglieder der Allianz. Der Dänenkönig soll seine Armee verstärken auf 28,000 Mann Infanterie und 7 bis 8000 Mann Cavallerie, und dafür von den Bundesgenossen gebührend unterstützt werden. Der König von Großbritannien wird ihm zahlen monatlich 300,000 Fl. Die Generalstaaten werden ihm zahlen monatlich 50,000 Fl. Keiner der Verbündeten darf aus der Allianz austreten, bis, mit der Gnade Gottes, die völlige Herstellung in Deutschland erfolgt ist. Der König von Frankreich soll zum Beitritte zu der Allianz eingeladen oder doch um Unterstützung ersucht werden. Ferner sollen aufgefordert werden der König von Schweden, die Republik Venedig, der Herzog von Savoyen, die betheiligten Kurfürsten, Fürsten und Stände von Deutschland. Endlich soll auch dem Fürsten von Siebenbürgen der Beitritt offen stehen.

[1] A. a. O. 1254. Die Separat-Artikel bei Roe 503.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Es folgen dann einige geheime Artikel.[1] Der erste derselben sagt, daß ohne die Herstellung des Königs von Böhmen ein Friedensschluß nicht erfolgen dürfe. — Es fehlt dabei die sonst übliche Bestimmung, daß der geheime Artikel in gleicher Weise verbindlich sein solle wie der Hauptvertrag. Es hätte also einer besonderen Genehmigung bedurft. Eine solche hat, wie sich später zeigen wird, der Dänenkönig nicht gegeben.

Auch in dem eigentlichen Vertrage war die Nicht-Erwähnung des Namens Friedrich nicht zufällig. Der Däne hatte abgelehnt, mit der Begründung, daß die Nennung des Namens den Kurfürsten Johann Georg und die Fürsten in Niedersachsen abschrecken werde.[2] Die Vertreter Friedrichs faßten das anders auf. „Es ist nicht zu bezweifeln, sagt Rusdorf, daß der Däne bei guter Gelegenheit, wenn er einen Vortheil für sich erlangen kann, unbekümmert um seine Bundesgenossen seinen Frieden machen wird.“[3]

Die Folgezeit wird zeigen, daß Rusdorf richtig gesehen. Bis dahin hatte für die Parteigänger wenigstens der Name Friedrichs als Fahne gedient. Fortan wird dieser Name kaum noch genannt. Statt dessen sehen wir einen Eroberungskrieg nicht Dänemarks, sondern des Königs Christian IV., geführt zum geringeren Theile mit den Mitteln der fremden Mächte, zum größeren Theile auf Kosten des deutschen Volkes.

Ein weiterer geheimer Artikel betraf Bethlen Gabor. Bevor wir daher auf die Verabredungen im Haag, im December 1625 eingehen, ist es erforderlich, einen Blick auf den Stand der Angelegenheiten des Bethlen Gabor in der zweiten Hälfte des Jahres 1625 zu werfen.

Bethlen Gabor hatte für die Erneuerung seines Krieges wider den Kaiser zwei Bedingungen gestellt: eine fürstliche Braut für ihn, und Geld. Nachdem ihm durch die Zusage der Prinzessin Katharina von Brandenburg die erstere Bedingung erfüllt war, meinte der Engländer Roe: „Er wird alle Verträge mit dem Kaiser brechen, auch wenn sie gesiegelt wären sanguine humano.“[4] — Auch fühlte sich der Kaiser keineswegs sicher vor ihm. Er schrieb, am 30. Juni, an den Primas Pazmany: für den Fall eines Losbruches des Bethlen hoffe er doch ihm gewachsen zu sein.[5] Bereits erwog er mit Pazmany die Frage der Insurrection des Königreiches.[6]

[1] Roe 503. [2] Rusdorf, consilia 201. [3] A. a. O. [4] Roe 430.
[5] Miller I, 81. [6] A. a. O. 82.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Für Bethlen jedoch war durch jene Zusage von Berlin aus erst die eine seiner Bedingungen erfüllt, nicht die andere. Er wollte Geld von den westlichen Mächten, und zugleich durch ihre Verwendung von der Pforte die Ermächtigung zum Kriege. Er verlangte von den Gesandten in Constantinopel, daß sie ihm bei dem Sultan die völlige Freiheit erwirkten, Bündnisse mit jenen Mächten gegen das Haus Oesterreich zu schließen. Er verlangte dann die Aufnahme in das Bündnis dieser Mächte, mit der Verpflichtung derselben ihm monatlich 40 oder 50,000 Reichsthaler zu zahlen. Er begründete dies damit, daß er, sicher und im Frieden, um seiner selbst willen nicht nöthig habe sich zu rühren, oder sein Land in Gefahr zu bringen, oder Jemanden zu suchen — daß daher, wenn er sich in die Gefahr begäbe, sich viele Feinde zuzuziehen, nur um Anderer willen, es billig und vernünftig sei, sich einen Beitrag auszubedingen, so wie andere derartige Sicherheiten für seinen Rückzug, wie ein weiser Fürst zur Begründung seiner Handlungen sie bedürfe. Im anderen Falle sage er offen, daß er in Ruhe leben wolle, im Genusse des Friedens, der in seiner Macht. Wenn er dagegen zeitig eine Antwort nach Wunsch erhalte, so wolle er in die Länder des Kaisers einbrechen bis zu den Mauern von Wien und Prag, und nicht eher Frieden oder Stillstand schließen, bis die verbündeten Fürsten für alle gerechten Wünsche Befriedigung gefunden.[1]

Wie bei Bethlen selber, so hatte bei seiner ganzen Partei das Gelingen der Werbung in Berlin die Hoffnungen hoch gespannt. Der Graf Thurn schildert mit starken Worten die Freude des Bethlen über dies Gelingen, so wie die kostbaren Herrichtungen für die demnächstige Heirath.[2] Bereits malt er sich aus, daß Bethlen mit seiner Armee in Oesterreich einbreche, dort überwintere, dann Wien belagere, die Donaupässe schließe, Schlesien und Mähren in seinen Schutz nehme — und dergleichen Dinge mehr.

Auch bei den Aggressiv-Mächten wider das Haus Habsburg waren im Sommer und Herbste des Jahres 1625 die Hoffnungen auf Bethlen in starkem Steigen. Die Signoria von Venedig beauftragte den Bailo, zusammen mit den Gesandten der Mächte Frankreich, England, der Generalstaaten, bei der Pforte dahin zu wirken, daß sie den Bethlen ermächtige, sich mit den Freunden der Pforte in Westeuropa gegen den Kaiser zu verbünden.[3] Aber es stand die Thatsache entgegen, daß im

[1] Roe 423. [2] Óváry 156. Vom 15. August.
[3] A. a. O. 155. Ferner a. a. O. 579 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Mai die Pforte den Frieden von Sitvatorok mit dem Kaiser erneuert hatte. Nun war es im August. Bethlen fand den Ausweg, daß das türkische Schreiben an ihn auf den März zurückdatiert werden möchte. Der Rath gefiel den Gesandten der Mächte in Constantinopel. Sie halfen mitrathen, und setzten durch, daß die Pforte dem Bethlen die Ermächtigung gab.[1] Sie wußten jedoch zugleich sehr wohl, daß Bethlen auch jene reelle Tröstung verlangte, die er auf 40 bis 50,000 Reichsthaler monatlich bezifferte.[2]

Unterdessen fuhr Bethlen fort, dem Kaiser schön zu thun. Zur selben Zeit, wo er sich bei der Pforte jene Ermächtigung zu erwirken suchte, im August, hielten seine Gesandten nochmals um eine Tochter des Kaisers für ihn an. Es geschah, sagte man, um den voraussichtlichen Abschlag nachher zu dem Vorwande einer Kränkung zu verwerthen.[3] Der Abschlag war um so sicherer, weil in Wien wie an anderen Orten die Werbung in Berlin kaum noch ein Geheimnis sein konnte.

Der Kaiser berief den ungarischen Landtag nach Oedenburg, im October, mit der Absicht, die Krönung seines Sohnes Ferdinand durchzusetzen. Der Anfang des Landtages war nach Wunsch. Der getreue Esterhazy ward zum Palatin erwählt. Bethlen, von Kaschau aus, wo er eine erhebliche Macht um sich gesammelt, sprach schriftlich dem Kaiser sein Leidwesen aus, daß man gegen ihn Mistrauen habe erwecken wollen.[4] Ein Gesandter in Oedenburg wiederholte unabläßig die Betheuerung, daß Bethlen beharren wolle als ergebenster Diener des Kaisers.[5] — Erst als die Frage der Krönung, die dem Bethlen die Hoffnung abschnitt, welche ihn nicht ruhen ließ, und der Rückgabe der Kirchengüter zur Sprache kam, suchte Bethlens Gesandter die Opposition zu steifen. Nicht jedoch machte Bethlen mit seiner Macht bei Kaschau irgend welche feindliche Bewegung. Er ließ, am 19. November, dem Kaiser den Abschluß seiner Heirath mit der Prinzessin Katharina von Brandenburg, so wie die Hochzeit auf den 22. Februar in Kaschau ankündigen, mit dem Ersuchen, daß der Kaiser dabei sich vertreten lasse, mit der Einladung dazu an die ersten Minister des Hofes und der Krone Ungarn, und besonders an die Geistlichen. Zugleich ersuchte er um einen Paß für 300 Reiter zum Geleite der Prinzessin.[6]

[1] Roe 437: We procured this command to be antidated in March. Vgl. Óváry 591. [2] Óváry 580. [3] Padavins Bericht vom 20. August, bei Óváry 372. [4] A. a. O. 381. [5] A. a. O. 383. [6] A. a. O. 387.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„Das Innere dieses Mannes, schließt der Venetianer Padavin in Wien seinen Bericht, am 19. November, ist nicht leicht zu durchdringen, weil er immer auf doppelten Wegen geht. Hier traut man ihm nicht im Geringsten. Man thut, als ob man ihm traue, und ist gefällig gegen ihn; aber in den Gemüthern haftet immer der Zweifel, oder vielmehr der feste Glaube, daß, wenn die Gelegenheit ihm winkt, er sie nicht verlieren wird."

Die Gelegenheit allerdings fehlte, weil dem Bethlen noch nicht von Westen her der Glanz des Goldes aufgegangen war. Zu diesem Zwecke hatte er seinen Agenten Quadt nach dem Haag entsendet. Dieser hatte dort den Gesandten eine Reihe von Vorschlägen zu machen. Bethlen wolle die Ratification des Vertrages zwischen dem Kaiser und dem Sultan bis zum Georgitage hindern, und habe zu diesem Zwecke den türkischen Ministern Geschenke zum Betrage von 23,000 Thalern gemacht. Er wolle zwei bis drei türkische Armeen in Bewegung bringen gegen Steiermark, Wien, die Bergstädte in Ungarn. Da der König von Polen, in der Absicht mit aller seiner Macht in schwedisches Gebiet einzufallen, sich bei dem Kaiser 10 oder 12,000 Deutsche ausgebeten: so wolle Bethlen 50 oder 60,000 Tartaren zu einer Diversion in Polen hinein aufbieten, und zugleich dem Türken zum Frieden mit Persien rathen, damit er sich gegen Polen wende und gegen die Kosaken sichere. Bethlen beabsichtige eine Besendung an den König von Schweden, um mit ihm Rath zu pflegen, damit alles nach Vereinbarung zugehe. Bethlen schlage ferner vor, daß die Verbündeten durch den König von Schweden den Czaren von Moskau zum Kriege gegen Polen anreizen. Dies werde leicht geschehen können, weil der Czar den Verlust von Smolensk und einen seinem Botschafter in Polen widerfahrenen Schimpf nicht verschmerzen könne. Diese Diversionen würden den Entwürfen Bethlens sehr zu statten kommen. Bethlen verlange ferner, daß Mansfeld mit 8000 Mann Infanterie und 2000 Reitern sich gegen Böhmen und Schlesien ziehe. Dorthin werde Bethlen mit seiner Macht ihm entgegen kommen. Bethlen wünsche endlich, daß das Geld für ihn in Venedig gezahlt und von dort nach Großwardein geschafft werde.

Der König von Dänemark, in dem Wunsche, daß Bethlen im Felde erscheine, ließ diese Vorschläge befürworten. Man einigte sich im Haag durch den zweiten geheimen Artikel dahin, daß, wenn Bethlen sich zu

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

einer Diversion entschließe, die Verbündeten ihm monatlich 40,000 Reichsthaler zahlen wollten.

Es liegt vor Augen, daß, so gefahrbringend das alles klang, es doch nur bedingungsweise und in Betreff der Zahlungspflichtigen unbestimmt gefaßt war.

Die Beträge dagegen für den Dänenkönig waren durch den Vertrag zugesichert. Die Holländer vernahmen mit Verwunderung die, wie sie es nannten,[1] monstruösen Subsidien des Königs von England. 300,000 Fl. monatlich machten im Jahre 3,600,000 Fl., wo dagegen die höchste Summe, die jemals Frankreich in Einem Jahre der Republik gezahlt, sich auf 2,300,000 Fl. belief. Ein Engländer löste ihnen das Räthsel. Das Versprechen dieser exorbitanten Summe, sagte er, sei das Werk des Herzogs von Buckingham, der sich in England populär zu machen suche durch seinen Eifer für die Herstellung des Königs von Böhmen, und durch seinen Haß gegen Spanien und Oesterreich. Ferner sei Buckingham ein Mann, der, bei der hohen Gunst, in welcher er bei dem Könige stehe, und bei dem eigenen Reichthume, das Geld nicht achte, oder, richtiger zu sagen, nicht wisse, was Geld sei.

Der französische Gesandte d'Espesses schildert das Gebahren dieses Buckingham im Haag mit den Worten: „Er tritt auf mit erstaunlichem Pompe und macht die Gunst, in der er steht, in auffallender Eitelkeit bemerkbar. Nicht bloß zum Tanze, sondern tagtäglich läßt er sich sehen bedeckt mit Perlen und Diamanten, damit die Leute hier die vorher nie gesehene Pracht anstaunen. Er sucht das Verdienst seiner Handlungen kund zu thun, und beklagt sich, daß das menschliche Geschlecht das so wenig erfasse."[2]

Den kundigen Holländern mußte die Höhe der englischen Subsidien für Christian IV. um so mehr auffallen, weil sich sehr bald ergab, daß die Mittel Carls I. dafür nicht reichten. Er hatte im August sein Parlament wegen der feindseligen Haltung desselben gegen Buckingham entlassen. Er hatte kein Geld. Um eine namhafte Summe zu erlangen, brachten Buckingham und seine Begleiter die Kronjuwelen mit herüber, um sie zu versetzen. Sie beanspruchten dafür zwei Millionen. Die Kaufleute von Amsterdam waren nicht sehr willig. Sie verlangten die

[1] Aitzema I, 1253. Vgl. jedoch auch Gardiner, the duke of etc. I, 340.
[2] Vreede, Inleiding II², 84. Aus den Depeschen des d'Espesses.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bürgschaft der Provinz Holland oder der Stadt Amsterdam. Auch diese erhoben Schwierigkeiten.[1]

Es folgte daraus der Schluß der Holländer, daß die 300,000 Fl. nicht so leicht gezahlt wie versprochen würden.[2] Dies war richtig; aber die Nachtheile des nicht gehaltenen Versprechens trafen dann nicht so sehr den König von Dänemark, noch den König von England, sondern das arme Volk Niedersachsens, auf welchem die nicht bezahlten Soldaten des Dänenkönigs lasteten.

Pünktlicher als England zahlte für Christian IV. und für Mansfeld der Cardinal Richelieu. Darum tritt hier die Frage heran, warum sich nicht auch Ludwig XIII. direct an dem Haager Bündnisse betheiligte.

8. Die Politik des Cardinals Richelieu, zu Ende 1625 und Anfang 1626.

Auf die Aufforderung an den Gesandten d'Espesses im Haag, daß auch Frankreich dem Bündnisse zutreten möge, erwiederte dieser, daß dies für die Verbündeten selber einen Nachtheil bringen würde. Denn, indem Frankreich nicht beitrete, vermöge es mit seiner ganzen Macht dem Bunde zu dienen. Durch den Beitritt dagegen würde es genöthigt sein, zum Schutze der eigenen Grenzen seine Macht zu theilen.[3]

Der wirkliche Grund für den Cardinal Richelieu war wie früher das Verhalten gegenüber der Liga in Deutschland. „Der Beitritt Frankreichs zu dem Haager Bündnisse, ließ er später in England sagen, würde unfehlbar die Liga-Fürsten bewogen haben, sich mit Spanien zu einem Gegenbunde zu einigen.“[4] — Dies wollte Richelieu nicht. Er wollte den Krieg in Deutschland schüren, zu diesem Zwecke den Dänenkönig und den Mansfeld bezahlen, und sich dies bei England als einen Freundschaftsdienst anrechnen; nicht jedoch wollte er dies so, daß die Liga ihn der offenen Feindseligkeit beschuldigen könnte. „Es war freilich sehr schwer, sagt er selbst, bei der heimlichen Unterstützung der englischen Politik wider die Liga in gutem Verhältnisse mit der letzteren zu bleiben; allein, indem es nur heimlich, nicht öffentlich geschah, setzte man sich nicht außer Stand der Aussöhnung.“[5] Diese Aussöhnung, wie der Cardinal Richelieu in der Wirklichkeit sie beabsichtigte, bedeutet Trennung der Liga von dem Kaiser und von Spanien.

---

[1] Aitzema I, 1251. [2] A. a. O. 1253. [3] Richelieu, mémoires II, 506.
[4] Avenel II, 250. [5] Mémoires II, 465.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Es war die Absicht Buckinghams, sich als Botschafter Carls I. vom Haag aus nach Paris zu begeben. Bei den Zeitgenossen herrschte die Meinung, daß ein starkes Motiv für diese Absicht seine leidenschaftliche Neigung für die Königin Anna, in Frankreich Anne d'Autriche genannt, gewesen sei. Wie immer dem sei, er erhielt von dem Gesandten d'Espesses im Haag auf die Kundgebung seiner Absicht un refus absolu.[1]

Dies war stärker als es im Rathe des Königs Ludwig XIII. selber beabsichtigt war. Man hatte dort die Bedingung gestellt, daß ein englischer Botschafter, um willkommen zu sein, dem Könige die Erledigung seiner Beschwerden über England mitzubringen habe. Diese Beschwerden betrafen namentlich die Behandlung der Katholiken in England. Carl I. hatte die Bedingungen für die Heirath mit der Prinzessin Henriette Marie nicht gehalten. Dem Parlamente zu Gefallen, in welchem die puritanische Strömung und, davon untrennbar der Haß gegen das Papstthum alljährlich zunahm, hatte er, entgegen seinem Versprechen, die Blutgesetze gegen die Katholiken wieder in volle Kraft treten lassen. Die Bitten der Königin, die Vorstellungen des Gesandten Blainville blieben vergeblich. Nun kam für Buckingham persönlich der Zorn über jene Zurückweisung hinzu. Er suchte die Generalstaaten zu bewegen, ihre Schiffe aus dem französischen Dienste gegen die Hugenotten abzurufen. Er ließ verlauten, daß sein König den Hugenotten in Frankreich alle Hülfe leisten werde.[2]

Richelieu wollte keinen Krieg mit England. Er suchte daher einzulenken. Er legte im Rathe des Königs in langer Rede seine Ansicht dar.[3] „Es ist gewis, begann er, daß, so lange die Partei der Hugenotten in Frankreich existiert, der König in seinem Lande nicht absoluter Herr sein, und nicht die Ordnung und die Richtschnur feststellen kann, welche sein Gewissen ihm auferlegt und das Bedürfnis seiner Völker von ihm verlangt, so wie ferner, daß er eben so wenig den Hochmuth der Großen im Zaume zu halten vermag, welche in ihrer Unbotmäßigkeit immer die Stadt La Rochelle als die feste Burg ansehen werden, in deren Schatten sie ungestraft sich auflehnen können. Es ist ferner gewis, daß, so lange dieser Zustand dauert, wir nach außen nichts Ruhmvolles unternehmen, nicht einmal mit Erfolg uns vertheidigen können. Es folgt daher unzweifelhaft, daß der hauptsächliche Plan für den König sein muß, die Partei der Hugenotten zu Grunde zu richten."

[1] A. a. O. 511. [2] A. a. O. 512. [3] A. a. O. 518.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Richelieu erörtert dann die Gründe für und wider, ob zunächst dieser Plan gegen die Hugenotten auszuführen sei. Er hebt hervor, daß es politisch nicht klug sei, zugleich im Inneren und nach außen Krieg zu haben, wie zur Zeit mit den Hugenotten und mit Spanien in Italien. Er hebt hervor, daß dagegen der Stand der Dinge in Deutschland dringend die Hülfe des Königs erfordere. Wenn er, durch inneren Krieg in Frankreich in Anspruch genommen, seine Hand von den Unterdrückten im Reiche zurückziehe: so werde das Haus Oesterreich sich dort spätestens binnen sechs Monaten zum Herrn machen und dann über Frankreich kommen. Wenn dagegen der König, ohne Krieg daheim, seine alten Verbündeten in Deutschland auch ferner unter der Hand mit Geld unterstütze, so könne er für Deutschland den Frieden herstellen und alle Dinge in das richtige Gleichgewicht bringen.[1]

Was Richelieu hier unter der Herstellung des Friedens in Deutschland versteht, hat er dann noch bestimmter ausgeführt.[2] Die dänische Armee genügte ihm nicht für seinen Zweck. Außer derselben wollte er auf französische, englische, holländische Kosten noch eine andere Armee von etwa 30,000 Mann aufstellen, die, unter der Führung des Markgrafen von Baden-Durlach, von Westen her in die Unterpfalz eindringen solle.[3]

Der Plan ist nicht zur Wirklichkeit geworden. Die Angabe dient daher nur, die Politik des Cardinals Richelieu klarer zu zeichnen. Die Zerrüttung Deutschlands, die er als Frieden desselben benennt, soll ihm dienen als Vorstufe zur Vernichtung der Hugenotten. Es ist anders gekommen; aber für Richelieu damals ergaben sich aus seinen Prämissen die Consequenzen. Um die Aufgabe der Zerrüttung Deutschlands desto nachdrücklicher zu betreiben, müsse man sich zunächst anderswo frei machen, also mit den Hugenotten, mit La Rochelle einen Frieden schließen.

Richelieu sah klar voraus, daß viele Franzosen diese seine Politik nicht als aufrichtig und ehrlich anerkennen würden. „Aber, sagte er im Rathe des Königs, die Verleumdung wird nur Einen Monat währen: dann wird der Erfolg nach außen sie ersticken."[4]

Seine Ansicht schlug durch. Es handelt sich also zunächst um die Thatsache des Friedens mit den Hugenotten, und zugleich um diejenige des Friedens mit Spanien.

[1] A. a. O. 525. [2] Die betr. Denkschrift bei Avenel II, 199. Kürzere Angabe in den Mémoires III, 38. [3] A. a. O. 525. [4] Mémoires II, 526.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„Der Beginn des Jahres 1626, erzählt[1] Richelieu, wurde merkwürdig durch zwei wichtige und wenig erwartete Thatsachen, die dem Könige nach außen und im Inneren seines Königreiches Ruhe verschafften, und ihm den Weg eröffneten, um die Partei der Hugenotten, die seit einem Jahrhunderte sein Staatswesen zerrüttete, zu vernichten. Die eine war der Abschluß des Friedens mit Spanien, die andere desjenigen mit den Hugenotten."

Nach der weiteren Darstellung Richelieus geschah es, daß, mit einem Aufwande außerordentlichen Fleißes, man einerseits die Hugenotten dahin brachte in den Frieden zu willigen, durch die Furcht, daß die Spanier darin zuvorkämen, und andererseits die Spanier, durch die Furcht, daß dies von den Hugenotten geschähe.

Der Friede mit La Rochelle ward abgeschlossen am 5. Febr. 1626. Der Eingang lautet: „Der König, in dem Wunsche, seinen Unterthanen der Stadt La Rochelle von der vorgeblich reformierten Religion den Frieden zu gewähren, den sie mit aller Art der Unterwürfigkeit und des Respectes und dringenden Bitten nachgesucht haben, bewilligt denselben unter folgenden Bedingungen."[2] Die hauptsächliche dieser Bedingungen war die Herstellung der Stadt-Regierung von 1610. — Keine der Bedingungen enthielt eine Andeutung, daß hinter dem Friedensschlusse die Absicht der Vernichtung lauere und nur noch des geeigneten Momentes harre.

Schwieriger war die Angelegenheit des Friedensschlusses mit Spanien, weil eine Reihe von Mächten, namentlich England, ein Interesse daran hatten, daß dieser Kriegeszustand verblieb. Deshalb fanden die Unterhandlungen mit Spanien statt im tiefsten Geheim. Es erfolgte dann, am 5. März, der Friedensschluß von Monzon, dessen hauptsächliche Bedingungen den Graubündtnern das Recht der Souveränetät über das Valtellin zusicherten, den Bewohnern des Thales die Freiheit ihrer Religion verbürgte, den Spaniern jedoch den Durchzug verwehrten.[3]

Die englischen Botschafter in Paris, die anstatt Buckinghams gekommen waren, hatten, der eigentlichen Absichten Richelieus unkundig, den Frieden mit den Hugenotten gewünscht und befördert. Denjenigen von Monzon misbilligten sie sehr. Richelieu hielt ihnen entgegen, daß, je freier der König nach der Seite von Spanien, er desto mehr Kraft in

[1] Mémoires III, 1. [2] A. a. O. 14. [3] A. a. O. 29.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bezug auf Deutschland entwickeln könne.[1] Er hielt ihnen jenen Plan der Entsendung eines Heeres unter dem Markgrafen von Baden nach der Unterpfalz entgegen. Dabei habe man besonders darauf Bedacht zu nehmen, daß man nicht, indem man für Deutschland die Freiheit verschaffe, zugleich auch den Protestantismus dort begründe. Denn die Besorgnis, daß dies geschehe, habe bisher die katholischen Fürsten gehindert, sich dem Plane (des Richelieu) anzuschließen. Würde diese Besorgnis hinweg genommen, so könne man sehr bald einige katholische Kurfürsten gewinnen, geistlich oder weltlich.[2]

So die Meinung des Cardinals Richelieu im Februar 1626, also zu einer Zeit, wo die Besorgnis der Kurfürsten vor dem kaiserlichen Feldherrn Wallenstein nur erst noch keimte. Da der Plan des Cardinals auf eine zweite Armee unter dem Markgrafen an der wachsenden Spannung mit England sofort scheiterte: so hat jene seine Behauptung in Betreff der katholischen Kurfürsten geschichtlich nur den Werth, sein Trachten, dieselben von dem Kaiser abzuziehen, abermals klar ins Licht zu stellen.

Es ist die Politik des Cardinals Richelieu, die in allem diesem uns entgegen tritt, des Mannes, der den Willen seines jungen Königs in seiner Hand hatte wie weiches Wachs. Zur selben Zeit war England behaftet mit dem Günstling Buckingham, dem sein König willige Folge leistete zum eigenen Verderben. Aber wie Buckingham nicht England repräsentiert, so auch der ihm an Berechnung und Willenskraft weitaus überlegene Richelieu dennoch nicht Frankreich. Gegen den Einen wie gegen den Anderen erhob sich mancher Widerspruch. In Frankreich war, bei der dortigen Verfassung, dies kaum anders möglich als durch das Mittel der Druckschriften.

Namentlich zwei Schriften erregten allgemeines Aufsehen. Die eine schon früher genannte, unter dem Titel: Politische Geheimnisse,[3] greift durch die Zusammenstellung einer Reihe von Briefen die Politik des Cardinals hart an. Schärfer noch ist die andere, vom Standpuncte eines Theologen geschrieben: Getreue Abmahnung an den König von Frankreich, daß er sich lossage von einem gottlosen Bündnisse, welches,

[1] A. a. O. 36. [2] A. a. O. 39.

[3] Mysteria politica hoc est epistolae arcanae virorum illustrium sibi mutuo confidentium. Neapoli 1624.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Krieg führt gegen Katholiken und nicht fortgesetzt werden kann ohne Schaden der Religion.[1] — Diese zweite Schrift drängt den Grundzug der Politik des Richelieu Deutschland gegenüber zusammen in die Worte: „O Du armselige Felicität des Königreiches Frankreich, die Du nicht kannst sicher sein, es sei denn, daß der Däne, der Schwede, Gabor, die Türken und Tartaren Deutschland mit Rauben, Unzucht, Tödten, Brennen, Ketzereien, verheeren und umkehren."

Die zwei Schriften erregten in Paris ungemeines Aufsehen. Nach der Meinung des Cardinals Richelieu waren sie hervorgegangen „nicht aus der Aufrichtigkeit eines christlichen Herzens, sondern aus der Leidenschaft einer an der spanischen Faction betheiligten Seele."[2] Er rief gegen sie die Urtheile der geistlichen Körperschaften und des Parlamentes von Paris an. In der That überboten sich dieselben in Verdammungsurtheilen, aus welchen sich ergibt, daß die Grundsätze des Gallicanismus, der Hinaussetzung der königlichen Gewalt über die Kirche, nicht bloß im Parlamente von Paris, sondern auch in der Geistlichkeit im raschen Fortschreiten waren. Eine starke Partei suchte die zwei Schriften dem Jesuiten-Orden beizumessen. Dieser wies den Verdacht zurück; aber die Sache ward gefährlich für ihn, als eben damals eine Schrift eines Ordensmitgliedes, P. Santarelli, über Schisma und Häresie erschien.[3] Obwohl dieselbe nur im Allgemeinen das Verhältnis der geistlichen und der weltlichen Gewalt besprach, ward sie angesehen als gerichtet gegen die Krone Frankreich und zog daher für die Mitglieder des Ordens schwere Stürme herauf.[4]

Gemäß den Kundgebungen des Ordens steht fest, daß er jene zwei Schriften nicht einmal billigte, daß er namentlich in der zweiten Schrift Übertreibungen fand. Wenn immer dies sein mag, so behalten die Schriften geschichtlich ihren Werth als Proteste gegen die Politik des Cardinals.

Auch reichten weder die Strafandrohungen, noch die weniger geschickt abgefaßten Widerlegungen, die der Cardinal jenen Schriften entgegen

[1] Der französische Titel in Mémoires II, 530. Die ganze Schrift deutsch bei Londorp III, 744 u. f. Crétineau-Jolly III, 340 mißt beide Schriften dem deutschen P. Keller S. J. zu, jedoch ohne weiteren Nachweis.

[2] Richelieu, mémoires II, 531.

[3] Prat, recherches historiques et critiques sur la c. de Jesus. Lyon 1876. t. IV, 710.

[4] Crétineau-Jolly III, 343.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

stellen ließ, dazu aus, die Gegner zum Schweigen zu bringen. Im Sommer 1626 erschien eine Schrift, die sich bezeichnete als von einem ehemals königlichen Advokaten an das Parlament gerichtet. Auch in dieser Schrift[1] ist die Sachkunde in deutschen Angelegenheiten bemerkenswerth. Sie schließt mit der für den Cardinal Richelieu durch einen besonderen Vergleich wenig schmeichelhaften Mahnung an die Franzosen: „Fasset endlich wieder französischen Muth! Bereits sind die Vertreter Englands darauf aus, ihren Richelieu zur Ordnung zu bringen: Euch liegt es ob, dem Buckingham unseres Königreiches Maß und Ziel zu setzen.“[2]

Der Erfolg war nicht mit diesen Mahnungen und Bestrebungen. Wie an Buckingham, so prallten auch an Richelieu derartige Anstürme ab. Nur war es unvermeidlich, daß diese zwei Gewaltigen selber an einander geriethen, und daß daran zunächst der von Richelieu zur weiteren Zerrüttung Deutschlands entworfene Plan, noch ein Heer unter der Führung des Markgrafen von Baden-Durlach von Westen her einbrechen zu lassen, im Keime erstickte.

9. Die Frage des Vorranges zwischen Tilly und Wallenstein.

Wie der Kurfürst Maximilian auf Grund seiner Nachrichten aus London und dem Haag, so setzte auch Tilly, auf Grund des Verhaltens der Fürsten in Niedersachsen, auf die kursächsische Vermittelung in Braunschweig geringe Hoffnung. „Keiner der Fürsten, meldet er, am 31. October, wird persönlich dort anwesend sein, namentlich nicht der Kurfürst von Sachsen selber. Die Fürsten in Niedersachsen dagegen, in der Meinung, daß der Dänenkönig mit seiner Macht doch durchdringen werde, suchen nur zu protrahieren, um uns auszumatten. Dies ergibt sich daraus, daß Christian Wilhelm und Friedrich Ulrich gegen uns beide die Antwort auf die Hauptresolution bis zum Convente in Braunschweig differieren. Ist dies der Fall, so ist für den Frühling an Nachschub zu denken. Meine Armee ist abgekommen, diejenige des Königs liegt wohl verpflegt in Städten und Dörfern.“[3]

Zu dem Herunter-Kommen der Tilly'schen Armee trug erheblich mit bei der Mangel in Folge der feindseligen Haltung der Bevölkerung.

[1] Discursus super famosissima quaestione in consilio regio agitata etc. Lutetiae P. 1626.

[2] A. a. O. 24. [3] Kriegsacten F. 65.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Auch sogar in der Stadt Hildesheim ward an seinen Soldaten Mord verübt. Aus Rücksicht auf Ferdinand von Köln, der zugleich Fürstbischof von Hildesheim, versuchte Tilly keine Gewalt gegen die Stadt.[1] Über die Haltung Friedrich Ulrichs und seiner Unterthanen berichtet Tilly noch am 13. December: „Bis jetzt erzeigen sich Herr und Unterthanen als Feinde, angesehen ich bisher für meine Armada mit gutem Willen und ohne Gewalt und Zwang niemals des geringsten Bissens Brotes von ihnen mächtig sein können, des Todschlagens, Raubens und anderer Hostilitäten, so noch bis auf den heutigen Tag gegen meine Soldaten verübt werden, zu geschweigen." Er verneint nicht: „daß von meinen Angehörigen mit Auslaufen, dazu sie Hungers halber genöthigt werden, jeweilen — jedoch wider mein Wissen, Wollen und Ordnung — excediert und über die Schnur gehauen werde." In Betreff seiner Maßnahmen dagegen schließt er mit den Worten: „daß mit ihnen (der Landbevölkerung) bis daher noch so gelind und gütlich und nicht nach Schärfe und Verdienst, wie sie dann eine scharfe Ruthe und gute Strafe wohl verdient haben, procediert worden, dasselbige haben sie für eine Commiseration und Barmherzigkeit zu achten."[2]

Noch am 8. Januar 1626 schreibt Tilly an seine Delegierten in Braunschweig, Fürstenberg und Ruepp, wie folgt.[3] „Demnach mir und meiner Armee von dem Land- und Bauernvolke noch täglich und ohne Unterlaß also feindlich zugesetzt wird, daß an ihnen durchaus keine Besserung zu spüren: so wollen Sie bei dem O.-L. Joachim von Reden, oder bei einem anderen diesseits wohl affectionierten Braunschweigischen Beamten und Rathe die nothwendige Erinnerung thun, daß, im Falle solchen Thätlichkeiten nicht alsobald und unverweilt abgeholfen und gesteuert werden sollte, ich alsdann denselben länger nicht wie bisher zu- und durch die Finger sehen könnte, sondern unnachlässig genothdrängt werden müßte, mit Zurückhaltung der nun so lange gebrauchten Milde und Clemenz einmal die Schärfe im Werke scheinen und schneiden zu lassen, das Bauersvolk in den Gehölzen und Wäldern zu suchen und dieselben und das Land mit Schwert und Feuer zu verfolgen. Zu welcher genothdrängten Procedur ich es doch ungern kommen lasse."

Im Laufe des Jahres 1626 drang, wie sich später ergeben wird, bei der Bevölkerung die richtige Erkenntnis durch. Damals, zu Ende 1625, hafteten noch die Consequenzen der dänischen Predigt des Religions-

[1] A. a. O. [2] Friedensacten F. 5. [3] Friedensacten F. 7.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

krieges. Der Graf Fürstenberg als Delegierter Tillys bei dem Friedenscongresse in Braunschweig, meldete ihm, am 11. December, aus sicherer Quelle zu wissen, daß der Dänenkönig festhalten werde an der Kriegesliſt, die Armee Tillys als die bayerische, als diejenige der katholischen Bischöfe zu bezeichnen, vor welcher er nicht weichen wolle.[1]

Fürstenberg war dem Feldherrn eine besonders liebe Persönlichkeit, so daß, nach dem damals häufigen Brauche, Tilly ihn Sohn benannte, Fürstenberg den Feldherrn Vater. Mit Fürstenberg war als Delegierter Tillys in Braunschweig der Oberst Ruepp. Da die Delegierten Wallensteins noch nicht eingetroffen waren, so einigten sich diese zwei Männer, ohne Vorwissen Tillys, am 1. December zu einem Schritte, der, nach ihrer Meinung, im Interesse der gemeinsamen Sache das Rechtsverhältnis Tillys und Wallensteins klar stellen sollte. Sowohl die Termine der Ernennungen, als die Instructionen des Kaisers für den Einen wie den Anderen, sprachen für Tilly als den ersten kaiserlichen Feldherrn. Dies Verhältnis war einigermaßen verdunkelt durch die Eigenmacht, mit welcher Wallenstein sich die besseren Quartiere genommen. Dazu kam von Seiten der Feinde die beharrliche Behauptung, daß Tilly nicht kaiserlicher, sondern bayerischer General sei, darum geringeren Ansehens. Die zwei Obersten, Fürstenberg und Ruepp, entsandten also an Wallenstein, der sich in Halberstadt befand, einen höheren Officier mit einer ausführlichen Vorstellung. Sie beginnen mit einer Darlegung der Laufbahn Tillys. Sie weisen hin auf die kaiserliche Ernennung, auf die Immediat-Vollmacht vom 3. Juni 1625. „Ob aber wohl, sagen sie dann, Se. Excellenz aus sonderbarer ihr beiwohnender heroischer Discretion und Freundlichkeit und Verstand vor Ew. Fürstlichen Gnaden sich (auf Grund der Ernennung) einiges Vorzugs und Prärogative für ihre eigene Privatperson anzumaßen nicht begehren" —: so bitten doch die zwei Obersten, daß in Betracht der Gefahr, die aus dem Hasse und Neide der Gegner wider den bayerischen Namen und die Liga erwachse, Wallenstein die Führung bei dem Friedenscongresse gutwillig und gern an Tilly einräumen möge. Sie weisen endlich darauf hin, daß, wie der Kaiser, so auch die Vermittler es gut heißen werden. — Dies Letztere konnten

[1] A. a. O. Die folgende Darstellung der von den Historikern des 30 j. Krieges kaum oder unrichtig berührten Angelegenheit ruht auf Friedensacten FF. 5 und Ga. Ich unterlasse daher die Anführung im Einzelnen. Man vgl. auch historisch-politische Blätter 107, 20 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sie, wie ihre weitere Meldung zeigen wird, mit Sicherheit sagen. Nach den Andeutungen ist es sogar wahrscheinlich, daß Fürstenberg und Ruepp ihren Schritt vorher mit den Kursachsen erwogen haben.

Am nächsten Tage, dem 2. December, berichteten Fürstenberg und Ruepp den geschehenen Schritt an Tilly, der sich in Liebenhall bei Salzgitter befand. Sie heben in diesem Berichte noch stärker hervor, wie sehr die Anerkennung des kaiserlichen Namens auch für das ligistische Heer zum Vortheile gereichen und die Kriegeslist des dänischen Königs und seiner Anhänger durchkreuzen würde. Sie sagen, daß die kursächsischen und brandenburgischen Vermittler, namentlich die ersteren, Tilly als den Principal und Director nennen und erkennen. Sie schließen mit den Worten: „Und bitten demnach Ew. Excellenz wir gehorsamst und unterthänig, Sie wollen dies unser treueifriges und wohlmeinendes Bemühen im Besten und Gnaden von uns verstehen und aufnehmen, und diesfalls das bonum publicum Ihrer angeborenen heroischen Demuth vorziehen, auch dasjenige, was der Kaiser und der Kurfürst Ew. Excellenz aus sonderbarer hoher Consideration gönnen und geben, um des gemeinen Besten willen nicht ausschlagen."

Tilly antwortete, daß er dem Kurfürsten von Bayern die Entscheidung anheim stelle, daß er für seine Person dem Herzoge von Friedland den Vorrang herzlich gern gönne, wenn nur der Zweck, die Friedenshandlung, nicht gestört werde.

Anders lautete die Antwort Wallensteins, vom 2. December: „Wie uns die Werbung des Abgeordneten seltsam und verwunderlich fürkommen, werden die Herren von ihm des Mehreren vernehmen. Wir verhoffen aber, Sie aus Ihrer bekannten Discretion werden uns in dem Stande verbleiben lassen, in welchen uns Gott und der Kaiser gesetzt haben."

Fürstenberg und Ruepp schickten diese Antwort dem Grafen Tilly ein. Sie fügten aus der Meldung ihres Abgeordneten hinzu: Wallenstein habe diesem erklärt, Tilly selber habe den Vorrang vor ihm nie begehrt. Dazu „sei er ein Fürst, kein Graf, und was dergleichen auf diesen Schlag mehr gewesen." — Endlich bitten sie Tilly dringend, diesen sehr wichtigen Punct reiflich zu erwägen und sich dessen nicht zu begeben, weil, was darin einmal verloren, nicht wieder zu bringen sei.

In Wahrheit war die Frage noch viel wichtiger als die zwei Urheber derselben, Fürstenberg und Ruepp, damals voraussehen konnten. Es handelte sich nicht bloß um eine Rangstreitigkeit, noch auch, wie die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zwei Delegierten die Sache ansahen, nur um die Führung in der damaligen Friedensangelegenheit. Vielmehr stehen wir hier an der Kernfrage: ob für den ferneren Krieg die Principien Tillys oder diejenigen Wallensteins schwerer ins Gewicht fallen würden, mit allen Consequenzen der Entscheidung.

In seiner Antwort, vom 8. December, erkennt Tilly den guten Willen seiner Delegierten an. „Es erscheint, sagt er, daß Sie einzig und allein auf des gemeinen Wesens Wohlfahrt Ihr Absehen gehabt. So wäre zwar dem gemeinen Wesen aus Ihren angeführten Motiven ersprießlich gewesen, wenn bei dem H. Herzog die ermeldete Strebung etwas Fruchtbarliches hätte verfangen mögen. Dieweil aber solches Suchen ungleich und nicht in dem Sinne, wie es gemeint, aufgenommen werden will, bin ich nicht Willens, mit J. Gn. in einiger Weise zu competieren, alldieweil J. K. M. uns beiden einerlei Commission aufgetragen und also wir beide in dieser Sache von gleicher Condition und nur Diener sind." — Jedoch läßt Tilly die Gegenüberstellung des Fürsten und des Grafen nicht ungerügt. Er sagt: „Ihre Gnaden als eine fürstliche Person hätten mir in gegenwärtiger Occasion nicht als einem Grafen, sondern als einem von J. K. M. und J. K. D. bevollmächtigten Commissar zu weichen."

Es fragte sich nun, wie in München und in Wien die Sache angesehen wurde. Tilly hatte nach München sofort seinen Bericht mit allen Schriftstücken gesandt. Wallenstein wartete mit seinem Berichte nach Wien bis dahin, daß auch seine Delegierten, die Obersten Graf Wratislaw und Wahl, in Braunschweig eingetroffen und zwischen diesen und den Delegierten Tillys die Sache zur Sprache gekommen war. Dann berichtete Wallenstein, am 11. December. Er beginnt damit, daß er seinen Delegierten eingebunden, allen äußersten Fleiß zum Frieden anzuwenden. Dann heißt es weiter: „So werde ich anjetzo von ermelten meinen Abgeordneten berichtet, daß der Buckhelte" (so steht es da!) „Graf Fürstenberg, so von dem General Grafen Tilly auch dahin nach Braunschweig abgesandt worden, mit ihnen Competenzen prätendieren will und anfangt, wodurch unfehlbarlich Ew. K. M. Dienst und des gemeinen Wesens Wohlfahrt anders nicht als merklich leiden werden, daß er sich auch angemaßt, von meinen Gesandten zu begehren, (daß) sie ihm (als) von des G. G. Tilly Abgeordnetem die (erste) Stelle geben sollen. Vermeine aber nicht, daß aus des Grafen von Fürstenberg unnöthigen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Vanitäten ich mich aus dem Stande bringen lasse, in welchen mich Gott und E. K. M. gesetzt haben. — Ich weiß nicht, was ihn dazu bewegt, da er doch selbst gesehen, wie sein Principal, dessen Abgeordneter er ist, mich tractiert, den ich dann auch nicht allein als meinen Freund ehre, sondern auch als Vater respectiere, und unter uns dergleichen wohlmeinende Correspondenz passiert, daß sie nicht besser sein könnte, weil er Alles, so er gegen den Feind zu tentieren Willens, mir mittheilt, und ich desgleichen, so etwas vorzunehmen vorfällt, auch ihm alles berichte. Und gewis, was zu Ew. K. M. Dienst gereichen thut, sowohl der G. G. von Tilly als ich allezeit Einer Meinung sein, auch einander zu erfordernder Nothdurft treulich assistieren."

Dies Schreiben Wallensteins an den Kaiser entspricht, wie man sieht, in mehr als Einer Beziehung nicht dem Thatbestande. Dazu geht er auf die Sache gar nicht ein. Dagegen klagt er den Grafen Fürstenberg persönlich an, bezeichnet die Vanität desselben als den Grund der Differenz und seiner Besorgnis, daß dadurch die Friedenshandlung gestört werde. Er rühmt sein gutes Einvernehmen mit Tilly. Die Thatsachen der Folgezeit werden ergeben, wie es darum stand.

Aus dem Schreiben Wallensteins konnten also der Kaiser und seine Räthe den wahren Sachverhalt nicht entnehmen. Aber auch der Kurfürst Maximilian trat mit ein. In einem ausführlichen Schreiben, vom 19. December, erinnert er den Kaiser zunächst an die Correspondenz vor der Aussendung Wallensteins. „Ew. K. M., sagt er, werden verhoffentlich noch in unentsunkenem Angedenken haben, was Deroselben gleich anfangs, als Sie Sich entschlossen, gedachten Herzog von Friedland mit seinem Kriegsvolke gleichfalls in den niedersächsischen Kreis anziehen zu lassen, eben dieser besorglichen Ungelegenheit und daraus nachgehends dem gemeinen Wesen zu merklichem Nachtheile und Schaden entstehender Unordnung halber, ich für unterthänigst wohlmeinende Anregung und Erinnerung gethan und gebeten, wie nicht weniger auch, welcher Gestalt Sie Sich gegen mich darauf wieder erklärt haben, so daß ich billiger Weise nicht anders glauben noch hoffen sollte, als daß der Herzog von Friedland würde sich seiner von Ew. K. M. empfangenen Ordinanz der Gebühr gemäß erzeigt und verhalten, und dem Grafen Tilly an seiner von Ew. K. M. bereits vorher gleichfalls aufgetragenen und noch habender Commission, und bisher ganz unverweislich und löblich geführter Direction dergleichen Eintrag nicht angemuthet haben." Der Kurfürst entwickelt

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dann die Motive des Vorschlages von Fürstenberg und Ruepp, wie diese selber es gethan, und hebt weiter hervor: „mit was glimpflicher Bescheidenheit und gar nicht seiner eigenen Person, sondern allein der von Ew. K. M. principaliter mir gnädigst aufgetragenen und ihm, Grafen Tilly, durch mich subdelegierten Plenipotenz und Commission halber, und also nicht so sehr in meinem als Ew. K. M. Namen, der Graf Tilly die Präcedenz und Direction, und zwar nur in solchen Sachen und Handlungen, die unmittelbar dem Kriegswesen anhängig, gesucht und sich benebens erboten hat, dem Herzog von Friedland im Übrigen allen gebührenden Respect zu erzeigen." Demgemäß bittet der Kurfürst: der Kaiser wolle die ihm und durch ihn dem Grafen Tilly gegebene Commission autoritativ so erläutern und erklären, daß Wallenstein sich in militärischen Dingen der Direction und Prärogative vor dem Grafen Tilly nicht anmaße. Indem also Maximilian von der Ansicht ausgeht, daß die Direction des Kriegswesens in Einer Hand sein müsse, verlangt er dieselbe, auf Grund der kaiserlichen Ernennung, für Tilly.

Maximilian hatte seinem Schreiben an den Kaiser die sämmtlichen Schriftstücke beigelegt. Alles also, was Wallenstein in jenem seinem Berichte vom 11. December verschwiegen hatte, wurde durch denjenigen Maximilians vom 19. December zum Vollen ergänzt. Demnach konnten die kaiserlichen Räthe bei der Antwort an Wallenstein, welche das Datum des 24. December trägt, die Sachlage kennen.

In dieser Antwort[1] jedoch zeigt sich von einer solchen Kenntnis keine Spur. Sie ist im Ganzen und im Einzelnen der Widerhall des dem Sachverhalte nicht entsprechenden Berichtes von Wallenstein, mit zugefügtem Lobe für das „rühmliche und vernünftige Handeln" Wallensteins. Maximilian hatte in seinem Berichte vom 19. die Priorität der kaiserlichen Vollmacht für Tilly mit Nachdruck hervorgehoben. Die dem Kaiser zur Unterschrift vorgelegte Antwort, an Wallenstein, vom 24. December, schweigt von dieser Vollmacht. Sie nennt Tilly den General L. der Liga. Sie redet also von ihm in dem Sinne, wie einerseits Wallenstein, andererseits aber namentlich auch Christian IV. und dessen Partei es wollten.

Überhaupt konnte das Schreiben allen Wünschen Wallensteins entsprechen. Es nahm seine Anklage als begründet, seine Aussagen für

[1] Abgedruckt bei Gindely, Waldstein. I, 68.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

richtig an, ohne, so weit erkennbar, den anderen Theil zu hören. Der Kaiser mochte in der Mahnung zur ferneren Einigkeit mit Tilly, die man in die Antwort an Wallenstein eingesetzt, seine Meinung ausgeprägt finden; aber es waren Worte, nachdem man der Sache ausgewichen war. Der Erfolg des Schrittes, den Fürstenberg und Ruepp im Interesse der Sache zu thun meinten, war zu Gunsten der Person Wallensteins ausgefallen. Das kaiserliche Schreiben vom 24. December 1625 sanctionierte die völlige Unabhängigkeit Wallensteins von Tilly, für die jener bisher hauptsächlich den Grund gefunden, daß er Fürst sei, Tilly nur Graf. Fortan standen die zwei Feldherren, jeder mit seinem Heere, selbständig neben einander.

Die kaiserliche Antwort an Maximilian ist gehalten im Sinne derjenigen an Wallenstein. Der Kernpunct der Sache, daß Fürstenberg und Ruepp die Forderung des Vorranges für Tilly erhoben haben, um dem dänischen Könige den Vorwand zu nehmen, daß er vor Tilly als bayerischem General nicht zu weichen habe — um dagegen die Einmüthigkeit auf kaiserlicher Seite unter der Führung Tillys darzuthun und dadurch die niedersächsischen Fürsten zur Lossagung von dem Dänenkönige zu bewegen — dieser Kernpunct der Sache wird in dem Schreiben von kaiserlicher Seite nicht berührt. Der in diesem Falle rathgebende Minister des Kaisers schreibt auch an den Kurfürsten genau so, als hätte Wallenstein den Brief dictiert. Er erzählt abermals, daß „Wallenstein den Tilly nicht allein als einen Freund ehre, sondern auch wie einen Vater respectiere."

In derselben Richtung erfolgte ein abermaliges kaiserliches Schreiben, vom 10. Januar 1626, an Wallenstein. In völliger Verkennung des Ursprunges der Differenz wie der Personen spricht es zu Wallenstein das Vertrauen aus, daß er das Privatinteresse dem Gemeinwohle nachsetzen, und zugleich die Hoffnung, daß die Differenz nunmehr bereits erledigt sein werde.

In der That war sie erledigt. Bei der sehr zweifelhaften Aussicht auf einen Erfolg der Friedenshandlung wies Tilly seine Delegierten an: „etwas bedachtsam und sanft zu verfahren, damit es nicht das Ansehen haben möchte, als wenn ich gesinnt wäre, mich der Sachen allein zu unterfangen, und diesseits allein der Undank verdient werde." — Auf die Mittheilung dessen erwiederte der Kurfürst Maximilian, am 21. December: „Wir finden Eueren Vorschlag nicht unrathsam, nämlich daß man hierin, da die Präeminenz vom Herzoge von Friedland nicht wollte

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nachgegeben werden, nicht ferner difficultiere, und dem allgemeinen Wesen, welches in alleweg dem privato vorzuziehen, hierdurch schaden solle. So viel aber die Direction und das Commando im Felde belangt, wollen wir hoffen, der von Friedland werde sich wie bisher, auch hinfüro mit Euch wohl verstehen und Eueren guten Vorschlägen deferieren. Und weilen Euch sein Humor bekannt, als werdet Ihr, Euerer Vorsicht nach, dextre mit ihm zu procedieren wissen." [1]

Demnach war auch von Seiten Bayerns und demnach der Liga die unabhängige Stellung Wallensteins anerkannt. Fortan erhielt der Krieg von kaiserlicher Seite das Gepräge der Persönlichkeit Wallensteins.

Der Verlauf dieser Angelegenheit hat gezeigt, daß sie am Kaiserhofe in Wien entweder mit sehr geringer Sorgfalt oder mit Absicht im Interesse Wallensteins behandelt war. Das Letztere ist wahrscheinlicher. In den erhaltenen Acten tritt keiner der Minister mit Namen in den Vordergrund: der gewichtigste, der entscheidende Mann im Rathe des Kaisers aber war der Fürst Eggenberg. Er und Wallenstein kannten einander. Wie an dem Reichthume des Einen, so haftet an demjenigen des Anderen der Makel ihrer Betheiligung an der Falschmünzerei der Jahre 1621 und ferner. — Klarer indessen als hier wird sich das Eintreten Eggenbergs für Wallenstein um ein Jahr später herausstellen und einen tiefer eingehenden Nachweis gestatten.

10. Die Zeit der Friedenshandlung in Braunschweig. December 1625 bis März 1626.

Der Kurfürst Johann Georg von Sachsen hatte für den Friedenscongreß in Braunschweig sich als Vermittler erboten. Nachdem dies geschehen, meldete sich in gleicher Weise dazu auch Georg Wilhelm von Brandenburg bei dem Kaiser an.

Das Verhalten dieses Fürsten ist ein sehr zweifelhaftes. Im Beginne des Jahres 1625 hatte er durch seinen Rath Bellin die Anträge Gustav Adolfs in London und Paris ausrichten lassen, und dem entsprechend weiter gehandelt. Das Vordrängen des Dänen schob auch ihn mit zurück. Inzwischen beharrte er nach Wien hin bei den Betheuerungen seiner Loyalität. „Ich versehe mich, schrieb er am 25. August, zu Ew. K. M. unterthänigst und gehorsamlich keines anderen als wessen ich mich zu einem gerechten lobwürdigen Kaiser, der seine Kurfürsten

[1] Westenrieder VIII, 159.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mit kaiserlicher Huld und Gnade meint, versehen und erwarten soll."[1] Er meldete, am 17. October, daß er die Fürsten des niedersächsischen Kreises von den Waffen abgemahnt habe, zunächst seinen Vetter Christian Wilhelm, und erbot sich an der Vermittelung in Braunschweig Theil zu nehmen.[2] Der Kaiser ging ein.

Georg Wilhelm blieb auch ferner unermüdlich in seinen Versicherungen. Am 18. December schrieb er dem Kaiser: „Ich versehe mich für ganz gewis, daß aus allen Actionen der Meinigen Niemand ein Anderes werde abzunehmen oder zu verspüren haben als meine besondere Begierde, das theuere Kleinod des lieben Friedens, welches mit keinem Gelde zu bezahlen, nach so unsäglichem Blutvergießen wieder zu bringen."[3]

Bedenklicher erschien das Verhalten dieses Kurfürsten, als es kund wurde, daß der eigentliche Plan des Mansfeld darauf gerichtet sei, nach Schlesien und Böhmen durchzubrechen und eine Verbindung mit Bethlen anzustreben, dem Georg Wilhelm damals seine Schwester Katharina verlobt hatte. Als Wallenstein den Kurfürsten ersuchte, dem Mansfeld nicht den Durchzug zu gestatten, antwortete Georg Wilhelm mit einer langen Darlegung, daß der erfahrene Mansfeld nicht in einer solchen Weise allen Kriegsregeln zuwider handeln werde, und daher die Besorgnis unbegründet sei.[4] Die gesuchten Ausdrücke des Zweifels von Georg Wilhelm verstärkten bei Wallenstein den Verdacht wider ihn. Wallenstein wiederholte nachdrücklich, daß seine Nachrichten aus dem Mansfeldischen Lager selber stammten, und daß, im Falle des Aufbruches des Mansfeld, er ihm auf dem Fuße folgen werde.[5] Sowohl Tilly, wie Wallenstein sprachen dann wiederholt die Ansicht aus, daß Georg Wilhelm dem Haager Bündnisse angehöre.[6]

Dies war nicht richtig; aber die Zulassung des Kurfürsten Georg Wilhelm zu den Verhandlungen in Braunschweig erregte auch bei Maximilian von Bayern schwere Bedenken. Er machte vor dem Kaiser geltend, daß vom Beginne des Unwesens an Georg Wilhelm den geächteten Pfalzgrafen und dessen Anhänger begünstigt. Er könne sich daher nicht denken, sagt er, daß es jemals des Kaisers Wille und Intention gewesen, jenen Kurfürsten als einen Mitunterhändler des Friedens anzusehen. Es sei zu besorgen, meint er, daß dasjenige, was der Kurfürst von

[1] Kriegsacten F. 64. [2] A. a. O. F. 65. [3] Friedensacten F. 5.
[4] Tadra 310. Eben so an den Kaiser, 31. December, in Friedensacten F. 5.
[5] Tadra 313. [6] A. a. O. 329, 331.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sachsen in aufrichtig friedliebender Intention Gutes schaffe, durch den von Brandenburg verhindert und rückwendig gemacht werde.[1]

Aus den Verhandlungen in Braunschweig ist jedoch nicht ersichtlich, daß der Brandenburger hindernd eingewirkt. Vielmehr standen vom Beginne an die beiderseitigen Forderungen so scharf und schroff einander gegenüber, daß an eine Vermittelung derselben kaum zu denken war. Tilly stellte seine Forderung kurz dahin: „Die ganze Substanz der Tractation besteht in der Frage, ob der König Christian IV. die Waffen niederlegen will.[2] Der Kaiser gab Wallenstein die Vollmacht, die Bedingungen nach reifer Erwägung und nach Conferierung mit Tilly zu fassen. Jedoch gab er seine Forderung an: „Abführung der Truppen, Bezahlung der Rüstung ohne unsere und unserer Erbkönigreiche und Lande Entgeltung." Beide Feldherren erhoben anfangs diese Forderung, so wie diejenige der Schadloshaltung des Herzogs Christian des Älteren zu Celle.[3]

Eben damals aber, wo man in Braunschweig zu verhandeln begann, am 9. December, schloß Christian IV. im Haag jenes Bündnis, kraft dessen er mit englischem, holländischem und, wenn auch im Vertrage nicht ausdrücklich ausgesprochen, französischem Gelde, eine Armee von fast 40,000 Mann halten sollte. Er stand mit dieser Armee auf dem Boden Niedersachsens. Es war nicht zu erwarten, daß er gutwillig davon weichen werde. Ein Friedensschluß auf die Bedingungen, welche Tilly und Wallenstein zu stellen hatten, war unmöglich. Es konnte sich nur darum handeln, ob es gelingen würde, die Fürsten in Niedersachsen, die mit ihren Ländern und Unterthanen sich dem Dänen dienstbar gemacht, wieder von ihm loszureißen.

Unverkennbar aber sprach der Schein, wenigstens bei denjenigen dieser Fürsten, die nichts wußten von der Haager Allianz, von den englischen, holländischen, französischen Subsidien für Christian IV., zu Gunsten dieses letzteren und seiner Behauptung der Defension. Christian IV. hatte allerdings nicht die Grenzen des niedersächsischen Kreises inne gehalten, sondern auch in den westfälischen Kreis übergegriffen; aber Tilly war mit seiner ganzen Armee auf das rechte Weserufer übergegangen. Insoweit konnten also diese Fürsten unter der Führung Christians IV.

[1] Friedensacten F. 5. Vom 19. December.

[2] So wiederholt an seine Delegierten in Friedensacten F. 5.

[3] Die Wechselschriften bei Londorp III, 843 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mit einem Scheine der Wahrheit sagen: „Wenn nicht der Graf Tilly mit seiner unfriedsamen Resolution des Einrückens in den Kreis den Anfang gemacht, so würde es nimmermehr zu den vor Augen schwebenden extremis ausgeschlagen sein.“ [1] In so weit also auch durften die Unkundigen meinen, mit Recht zuerst den Abzug Tillys und Wallensteins zu fordern.

Von diesem Standpuncte aus auch konnten sie sich einreden oder einreden lassen, gegen Kaiser und Reich und den Frieden desselben nichts verbrochen zu haben. Sie gebrauchten in Betreff des Kaisers die hergebrachten Ausdrücke der Ergebenheit. „Es erinnern sich, sagen sie, die Kreisgesandten des hohen Respectes und der kaiserlichen Prärogative, so Ihrer K. Majestät als dem christlichen von Gott vorgesetzten Haupte und Brunnquell aller weltlichen Ehre, Würde, Herrlichkeit, auch Justiz und Gerechtigkeit, unstreitig gebührt; es ist daher ihnen nie zu Sinnen und Herzen gestiegen, Derselben zu nahe zu treten.“ [2]

In der That spricht sich ein zuverlässiger Zeuge in dieser Sache, der Kurfürst Johann Georg, ein Jahr später zu dem Kaiser über die Herzöge von Mecklenburg aus mit den Worten: „Ich muß dem Herzoge Hans Albrecht von Mecklenburg das Zeugnis geben, wie derselbe nichts lieber gesehen, als daß die Unterhandlung in Braunschweig einen anderen und besseren Verlauf genommen als leider erfolgt ist.“ [3]

Die gewichtigste von allen diesen fürstlichen Persönlichkeiten in Niedersachsen war der Herzog Friedrich Ulrich zu Wolfenbüttel, nicht durch Einsicht oder Willenskraft, sondern durch die Bedeutung seiner Länder Calenberg und Wolfenbüttel. Wir finden ihn in beständigem Schwanken, je nach der Einwirkung seiner Räthe Elz und Rautenberg, die, wie sich später offen ergab, im Solde des Dänenkönigs standen, so wie ferner des raufluſtigen Bruders Christian, und andererseits der zum Kaiser neigenden Ritter- und Landschaft. Tilly wies, bereits am 5. December, seine Delegierten in Braunschweig an, offen auszusprechen: „daß zuförderst die eigenen Diener und Räthe des Herzogs an allem in diesem Lande ergangenen Unheil und Unglück die einzige Ursache, und daß es nimmermehr dahin gerathen wäre, wenn die Räthe und Diener dem Herzoge mit besserer Rathgebung und Unterweisung, wie bisher in Allem das Widerspiel geschehen, an Hand gegangen wären.“ [4]

[1] Londorp III, 844. [2] A. a. O.
[3] Schreiben vom 30. Novbr. 1627 im Brüsseler Archiv. [4] Friedensacten F. 5.

Digitized by Google Origina from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Unter dem moralischen Drucke dieser Räthe und des Bruders Christian hatte Friedrich Ulrich manches feindselige Schreiben gegen Tilly unterzeichnet. Zuweilen jedoch, unter der Einwirkung der Ritter- und Landschaft, klingt ein anderer Ton herdurch. Am 9. December ließ Tilly durch Fürstenberg und Ruepp den Herzog wie die Ritterschaft in Braunschweig an alle seine Warnungen erinnern, auf die Friedrich Ulrich nicht gehört. „Was nun die dänische Kriegsverfassung betrifft, läßt er weiter sagen, da muß doch ein jeder Vernünftige spüren, erkennen und sehen, daß dieselbe niemals zu des Kreises Defension gemeint gewesen, es vielmehr das Ansehen gewinnen will, daß der König, anstatt die Waffen niederzulegen, erst recht vorhat dieselben zu ergreifen, und mit den der kaiserlichen Majestät Widerwärtigen, mit den Rebellen und Ächtern sich zu einigen und zusammen zu thun, da ja bereits der geächtete Mansfeld mit seinen Truppen zu dem Könige gestoßen ist. Da nun E. F. Gn. und Jedermann die androhende allgemeine landverderbliche Gefahr vor Augen sehen, so habe E. F. Gn. ich kraft dieses nochmals in unterthäniger getreuer Wohlmeinung erinnern und ermahnen wollen, zur Verhütung alles ferneren Unheils.“ [1]

Ein gleichlautendes Schreiben erging an die Ritter- und Landschaft. Dies Mal antwortete Friedrich Ulrich, in einem Schreiben an Fürstenberg und Ruepp, vom 14. December: „Wir ersuchen Euch gnädigst, Ihr wollet Euch die heilsamen Friedens-Tractaten zum besten recommandiert sein lassen, auch bei dem Herrn General Grafen Tilly, zu dem wir die Zuversicht haben, daß er es gleichwohl noch so übel nicht mit uns meine, Euerer uns bekannten Dexterität und unserem zu Euch habenden Vertrauen nach unbeschwert befördern.“ [2]

In einem Schreiben an den Kaiser einige Tage später, am 20. December, betheuert Friedrich Ulrich seine Devotion, mit der Versicherung, daß er bis an sein Ende in den Fußstapfen seines Vaters Heinrich Julius wandeln wolle. In allen seinen Archiven, sagt er, werde man kein Blatt eines Bündnisses mit fremden Mächten finden. [3] — Das Letztere ist sehr glaublich; denn nicht Friedrich Ulrich und die deutschen Gefährten seines Unglückes hatten im Haag mit pactiert, sondern Christian IV. auf ihre und ihrer Völker Kosten.

Derartige Lichtblicke in dem Verhalten Friedrich Ulrichs verdankten ihre Entstehung der Einwirkung der Ritter- und Landschaften beider

[1] A. a. O. [2] A. a. O. [3] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

seiner Fürstenthümer auf ihn. Tilly unterhielt namentlich engere Beziehungen mit einem in Pattensen reich begüterten Herrn von Reden, durch dessen Bemühungen er die zwei dänischen Fähnlein aus der Stadt Hannover auszuschaffen hoffte.[1]

Auch Wallenstein stand mit der Braunschweigischen Ritterschaft in Beziehungen. Er sprach dem Kaiser die Hoffnung aus, daß, im Falle die Friedenshandlung sich zerschlüge, wenn nicht alle, doch die meisten Mitglieder der Ritterschaft sich dem Herzoge Christian dem Älteren zu Celle anschließen würden.[2]

Der Däne seinerseits gab noch die Hoffnung nicht auf, auch diesen Herzog zu gewinnen. Am 19./29. Januar 1626 ließ der Herzog durch seinen Rath Hundt den kaiserlichen Gesandten in Braunschweig kund thun: der König Christian IV. habe durch einen eigenen Legaten ihm eröffnen lassen, daß er sich mit dem Könige von England und den Generalstaaten in ein Bündnis eingelassen, mit der völligen Hoffnung, daß auch Frankreich, Schweden, Savoyen, Venedig sich betheiligen würden. „Derowegen Rex uns fleißig ersucht auch mit einzutreten, und in solchem Falle uns seinen Schutz zusichert, mit Bedenkzeit bis zum 1. Februar."[3]

Zugleich ließ Christian IV. dieselbe Aufforderung in Dresden stellen. Der Kurfürst Johann Georg antwortete mit der Mahnung zum Frieden. Der dänische Gesandte setzte dann zum selben Zwecke seinen Weg fort nach Berlin.[4]

Die Aufforderungen allein schon zeigen, wie sicher der Dänenkönig seiner Sache zu sein glaubte. Er prägte damals diese seine Zuversicht gemäß seiner Behauptung des Religionskrieges aus in einer sehr auffallenden Weise.[5]

Auf der königlichen Kunstkammer in Kopenhagen bewahrt man ein Gemälde auf Holz, das nach Befehl und Anweisung Christians IV. angefertigt wurde. Es stellt den Heiland dar, auf einem Steine sitzend, entkleidet, nur mit dem Purpurmantel angethan, eine Dornenkrone auf dem Haupte, in der Hand ein zerbrochenes Rohr. Unter diesem Gemälde ist ein Zettel, von des Königs Christian Hand zierlich geschrieben, mit

[1] A. a. O. [2] Wiederholt in Friedensacten F. 6a. Vgl. Tadra 318.
[3] Friedensacten F. 6a.
[4] A. a. O. Bericht aus Dresden an den Landgrafen Ludwig, vom 23. Januar / 2. Februar.
[5] Slangen II, 272.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Glas bedeckt in einem Rahmen. Der Zettel besagt: „Diese Gestalt ist mir den 8. December auf dem Hause Rotenburg Morgens früh gezeigt: der Hohn und Spott, so unser Erlöser und Seligmacher unserthalben gelitten, bei währendem Gebete für die Noth der ganzen evangelischen Kirche Anno 1626. Chr. IV. D. G. Rex Daniae et Norw. etc."

Es ist möglich, daß bei den Hallucinationen in Folge der Trunkfälligkeit des Dänenkönigs auffallende Erscheinungen eingetreten sind, welche er dann im wachen Zustande zu solchen Bildern verklärte. Er verkündete sich demgemäß als den von Gott erwählten Streiter für den Heiland der Welt.

Es ist die Frage, in wie weit sein Thun solchen Wahnvorstellungen entsprach.

Während Christian IV. sich in Rotenburg im Bremischen befand, ward bei den Kreisständen die Meinung aufgebracht, daß er zum Frieden geneigter gemacht werden könne, wenn seine Schwester Elisabeth und ihr Sohn Friedrich Ulrich sich zur mündlichen Beredung dorthin zu ihm begäben. Aus anderen Gründen erschien dies auch der dänischen Partei zweckmäßig. „Man hat, berichtet Ruepp, dem Herzog Friedrich Ulrich vorgemacht, daß ein Einwohner von Wolfenbüttel mit Tilly heimlich correspondiere und diesem die Öffnung des neuen Thores in der genannten Stadt versprochen habe. Dadurch ist der fromme Fürst zur Abreise zu dem Könige um so viel mehr präcipitiert." [1]

In Rotenburg ging dann Alles nach Wunsch des Oheims. Nicht er ward zum Frieden beredet, sondern sein unglücklicher Neffe ward abermals zum Kriege bethört. Von Rotenburg aus kehrte Rantenberg heim mit Vollmacht. Er entließ in Wolfenbüttel die Räthe, welche für Unterwerfung gestimmt hatten. Er entließ ferner den Commandanten von Wolfenbüttel, und öffnete diese stärkste Feste des Landes den dänischen Truppen. Als sich zwei Jahre später die Dinge gewendet, bekannte Friedrich Ulrich in einer Landtags-Proposition den Verlauf ziemlich offen ein mit den Worten: „S. F. G. sind nicht geschont, sondern unter allerhand vornehmen Prätexten bewogen, eine Reise an andere Örter zu unternehmen, bis es dem unverantwortlichen Praktizieren solcher Leute nach mit der Festung Wolfenbüttel zu einem anderen Stand gebracht

[1] A. a. O. Vom 28. Januar. Auch für das Folgende.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

worden."[1] — Und dazu fügte endlich Friedrich Ulrich die Ernennung seines raufluſtigen Bruders Chriſtian zum Statthalter.[2]

Die Ritter- und Landſchaft jedoch war nicht Willens, ſich ohne Weiteres dem zu fügen. Sie ſandte dem Herzog Friedrich Ulrich ein Schreiben ein, in welchem ſie hinwies auf die Beiſpiele der Vorfahren, wie übel es immer denen ergangen, welche ſich Kaiſer und Reich widerſetzt, wie dagegen Herzog Heinrich Julius, der in kaiſerlicher Devotion und Treue bis in ſeine Grube beſtändig und unverrückt geblieben, ſich wohl dabei befunden. Sie führen ihm zu Gemüthe, wie viel Jammer und Noth über das Land daher gekommen, daß der Herzog bisher böſem Rathe gefolgt und unnöthiger Weiſe ſich in die Kriegeshändel eingemiſcht.[3]

Zugleich erſuchten einige vertraute Perſonen aus der Ritter- und Landſchaft den Oberſten Ruepp, dahin zu wirken, daß bei der ſo großen und ungewöhnlichen Veränderung ein kaiſerliches Mandat ſie ihrer Eide und Pflichten gegen den Landesherrn entbinde und zu Treue und Gehorſam für den Kaiſer anweiſe.[4]

Einſtweilen jedoch, von Ende Januar 1626 an, ſahen die Dinge für die Ritter- und Landſchaft drohend genug aus. Denn die zwei Chriſtiane, Oheim und Neffe, ließen ſich jene an Friedrich Ulrich gerichtete Mahnung nicht gefallen. Dieſer mußte eine Antwort zeichnen, welche der Ritterſchaft in ſcharfen Worten verwies, daß ſie in ihrer Erinnerung und Warnung der Sache zu viel gethan.[5] „Sie habe ſich fortan dergleichen Maßgebungen zu enthalten und dem Herzog Chriſtian d. J., welchen S. F. G. für eine Zeitlang zum Statthalter in der Regierung verordnet, zu Gehorſam zu ſtehen, auch ihre Pflichten, ſonderlich etliche Verdächtige unter ihnen, beſſer als bisher in Acht zu nehmen. Er, der Herzog, wolle ſich unterdeſſen auf dem Hauſe Wölpe aufhalten, oder auch je nach dem Laufe der Dinge ganz außer Landes begeben. Inmittels werde Herzog Chriſtian d. J. den Sachen Rath zu ſchaffen, und einige von der Ritterſchaft und den Landſtänden, deren Actionen ihm etlichermaßen verdächtig vorkommen wären, der Gebühr darum anzuſehen wiſſen."

Auf die Mittheilung dieſer Drohung erwiederte der Oberſt Ruepp

[1] Calenberg. [2] Decken I, 183. Kurze und gründliche Information uſw. 24.

[3] Friedensacten F. 6a. Jener Bericht Ruepps vom 28. Januar.

[4] A. a. O.

[5] Das Referat von Ruepp, im Berichte vom 7. Februar, nach der Verleſung der CC. Reden und Gans.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Mitgliedern der Ritterschaft: „Bei einer solchen Veränderung des Rechtes ist es nunmehr hohe Zeit, daß die Ritter- und Landschaft selber um ein kaiserliches Mandat zur Entbindung vom Huldigungseide ersuche." — „Man hat sich aber darüber, meldet er weiter, auf Seiten der Ritterschaft sehr perplex und zweifelhaftig mehr als zuvor und jemals erzeigt, mit dem Einwurfe, daß sich die Lüneburgische Ritterschaft wegen des bei beiden Herren Generalen gesuchten, aber bisher unterbliebenen Succurses höchlich beschwert empfinde, da doch bei den Lüneburgern die Fourage und andere Lebensmittel besser zu finden als im Braunschweiger Lande. Daher die Braunschweigische Ritter- und Landschaft auf Schutz und Rettung von den Kaiserlichen her sich weniger als Andere die Rechnung machen könne. Sie geben sich noch der Hoffnung hin, daß der Kreis sich vom Dänenkönige trennen werde. Zu diesem Zwecke haben sie einen aus ihrer Mitte an den Herzog Christian den Älteren in Celle entsendet, mit der Bitte, daß er persönlich bei den Friedenstractaten erscheinen möge. Der Herzog hat sich bereit erklärt, wenn die Vermittler ihn ersuchen würden."

Es mochte fraglich sein, ob von einem solchen Schritte etwas erwartet werden durfte, wo die Macht in den Fürstenthümern in den Händen jener zwei Christiane war. Da die Ritter- und Landschaft Bedenken trug, jenen Schritt bei dem Kaiser zu thun, so that Tilly ihn für sie. Er ersuchte, am 5. Februar, nach Wien hin um ein solches kaiserliches Mandat, nicht bloß jedoch für die Ritterschaft, sondern auch für die Städte Braunschweig, Hannover, Göttingen, Northeim, Münden an der Werra.[1]

Ähnlich wandten sich auch die Lüneburgischen Brüder Christian und Georg, der eben damals als Oberst unter Wallenstein eintrat, um Abhülfe an den Kaiser. Denn die weiteren Absichten des Königs Christian waren nicht schwer zu errathen. Friedrich Ulrich war kinderlos, sein Weib wegen Ehebruchs entflohen, Christian war körperlich schon völlig zerrüttet: an berechtigte Leibeserben war daher nicht zu denken, auch wenn der Kaiser ihm noch einmal verzieh. Die Übertragung der Regierung an den Bruder Christian war der erste Schritt, das Land in die Hände des dänischen Oheimes zu bringen, der Lüneburgischen Linie des Welfenhauses es zu entziehen. Bereits einige Monate früher

[1] Friedensacten F. 6a.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hatte ja Gustav Adolf einen ähnlichen Verdacht gegen Christian IV. dem Mecklenburger Herzoge Adolf Friedrich ausgesprochen.

Am 5. März lag die Sache dem Reichshofrathe vor. Das Gutachten desselben lautete: „Die Handlungen Christians des Jüngeren begründen den Spruch der Acht über ihn. Aber es ist nicht rathsam, die bei der Acht über Friedrich V. erhobenen Einwände nochmals wieder aufzurühren, oder auch die Fürsten in Niedersachsen stutzig zu machen."[1]

Unterbrechen wir hier kurz das Gutachten. Es entstand in damaliger Zeit das Gerücht, und ist später oft wiederholt worden, daß in Wien der Spruch der Reichsacht über Georg Wilhelm von Brandenburg erwogen worden sei. Wenn man aber dort Bedenken trug, einen solchen Spruch über einen Prinzen zu verkünden, dessen immer erneuerte Rebellion seit fünf Jahren notorisch war: so ist nicht anzunehmen, daß man eine solche Absicht ernstlich erwogen haben kann gegen einen Fürsten, der, was immer er betrieb, in seinen Worten vor dem Kaiser immer den Schein der Loyalität zu wahren wußte.

„Dagegen, fährt jenes Gutachten des Reichshofrathes fort, ist an die Ritter- und Landschaft von Braunschweig ein Schreiben zu erlassen, des Inhalts, daß der Herzog Christian ipso facto in der Reichsacht begriffen und darum ihm keine Huldigung zu leisten ist. Die Ritter- und Landschaft soll sich halten an den Herzog Christian den Älteren zu Celle."[2]

Das kaiserliche Schreiben an die Landstände von Calenberg und Wolfenbüttel, datiert vom 4. März, enthält einen eingehenden Rückblick auf die Laufbahn des Herzogs Christian des J. seit dem Jahre 1621, erklärt ihn auf Grund dieser Thatsachen jeder Regierung unfähig, und untersagt der Ritter- und Landschaft ihm zu huldigen. — Das Schreiben sollte durch Wallenstein der Ritter- und Landschaft ausgeliefert werden.

Allein vergeblich harrte die Ritter- und Landschaft, durch den Herzog Christian zu Celle von dem Erlasse des Schreibens unterrichtet, der Ankunft desselben.[3] Sie wandte sich fragend an Wallenstein. Das kaiserliche Schreiben erfolgte nicht. Erst drei Monate später, nach dem Tode des Herzogs Christian, lieferte Wallenstein es aus, und wir werden dann die Sache wieder zu berühren haben. — Der Nachtheil, den durch die Nicht-Auslieferung die Ritter- und Landschaft der Fürstenthümer

[1] A. a. O. [2] Man vgl. v. d. Decken I, 360. [3] Calenberg.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Friedrich Ulrichs erlitt, war nicht gering. Er bestand darin, daß sie im Frühling und Sommer 1626 für ihr ablehnendes Verhalten gegenüber dem Herzog Christian d. J. der Rechtsbasis einer kaiserlichen Vollmacht entbehrte.

Mit der Ernennung des Herzogs Christian d. J. zum Statthalter für Friedrich Ulrich sank die Hoffnung, die niedersächsischen Kreisfürsten von dem Dänenkönige zu trennen. Die Gesandten in Braunschweig reichten den Vermittlern eine Reihe von Wechselschriften ein. Diejenigen des niedersächsischen Kreises — denn nur unter diesem Namen trat auch der Dänenkönig dort auf — tragen das dänische Gepräge. Auf kaiserlicher Seite ließ man mehrere der ursprünglich gestellten Forderungen fallen, zuerst diejenige der Entschädigung für Christian den Älteren. Dann handelte es sich um die Kriegeskosten. Die Tilly'schen Delegierten berichten am 11. Januar: „Die fürstlich Friedländischen Gesandten, so viel wir von ihnen vermerken können, wollen diesen Punct der Kriegeskosten nicht allein nicht fallen lassen, sondern setzen denselben gar auf unmögliche Dinge und unterstehen sich, unter diesem Titel 1,300,000 Reichsthaler zu fordern, wodurch allein, wenn sonst kein anderes Hindernis wäre, diese Friedenshandlung sich besorglich zerschlagen muß. In diesem Falle würden die Friedländischen sowohl bei Kursachsen als bei den Fürsten und Ständen des niedersächsischen Kreises den Undank vor uns davon tragen." [1]

Es dürfte die Frage sein, ob diesen Delegierten Tillys damals schon klar war, welches Gewicht in den Augen des Kaisers diese Frage der Kriegsentschädigung hatte. Sie sollte ihm dienen, das Heer wieder zu entlohnen, welches er im anderen Falle mit seinen Mitteln nicht entlohnen konnte.

Am 27. Januar berichtet Wallenstein dem Kaiser, daß der Kurfürst von Sachsen ihm habe vorstellen lassen: das Festhalten an der Forderung der Entschädigung für die Kriegeskosten werde für Christian IV. als Vorwand dienen. Deshalb habe er seinen Delegierten aufgetragen, sich in Allem mit den Tilly'schen zu conformieren. Er bittet, daß der Kaiser genehmige. [2] — Bestimmter wiederholt er dies am nächsten Tage seinem Schwiegervater Harrach. „Ich bitte, daß J. K. M. ratificiere. Wo nicht, so mache man ein Paar Millionen alle Jahr fertig, diesen lang-

[1] Friedensacten F. 6a. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wierigen Krieg zu führen. Ratificiert man aber, so verhoffe ich im Reiche wohl Mittel zu finden, Ihrer M. Volke Satisfaction zu geben."[1] — In den wenigen Worten liegt für das unglückliche Deutschland ein Meer der Noth und des Jammers.

Am 7. Februar meldete der Kaiser dem Kurfürsten Johann Georg, daß er um des Friedens willen die Forderung der Erstattung der Kriegeskosten zurückziehe.[2]

Der Kern aller Fragen war und blieb, wie Tilly von Anfang an vorausgesagt, diejenige der Priorität der Entwaffnung. In Betreff dieser Frage, so wie überhaupt alles dessen, was streitig war, wurde von den Tilly'schen Delegierten, am 14. Februar, ein Schriftstück eingereicht, das sie als Conclusionsschrift benannten.[3] Einige Zeit später berichtet darüber Ruepp an Tilly: „Die Kursächsischen haben dem Johann Mercator (Tillys erstem Kriegs-Secretär) ein Schreiben des Kurfürsten im Originale vorgezeigt und vorgelesen, dessen Inhalt er dahin vermerkt, wie es J. K. D. zu gnädigstem contento und Gefallen gereiche, daß E. E. in Betreff der Friedensmittel eine so tapfer heroische friedliebende Resolution gefaßt und übergeben lassen. J. K. D. hätten es allbereits zu E. E. ewigem Ruhme und verhoffender kaiserlicher Remuneration an J. K. M. gelangen lassen, mit angehefteter Erinnerung, daß des H. Herzogs zu Friedland F. G. durch die hohe kaiserliche Autorität zur Einstimmung mit E. E. möchte bewogen werden, und, obwohl solche Concordanz seither von J. F. G. zu Friedland erfolgt, so haben doch E. E. den Dank und den Ruhm davon."[4]

Es mangelte zum Frieden allerdings nur der gute Wille des Dänenkönigs. Es hieß, daß er auf den Frühling 45,000 Mann haben werde, außer den Truppen des Mansfeld, die von den Königen Ludwig XIII. und Carl I. bezahlt wurden. Auch äußerlich machte Christian IV. von seinen Bündnissen kein Hehl. „Seine Officiere tragen jetzund die Schärpen weiß-blau-orange, wegen des Bündnisses mit den Generalstaaten."[5]

Einige Tage später erfuhr Ruepp noch genauer, wie es um den Dänenkönig stand. In einer Audienz bei der von Rotenburg nach Braunschweig zurückgekehrten Herzogin Elisabeth eröffnete ihm diese, daß ihr Bruder bei der ersten der drei Forderungen beharren werde,

[1] Tadra 321. [2] Friedensacten F. 6a. [3] Bei Londorp III, 850.
[4] A. a. O. [5] A. a. O. Bericht des Grafen Gallas an Tilly, 24. Jan.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nämlich daß beide Generale ihr Kriegsvolk, wo nicht vor dem Könige, doch pari passu abführen und abdanken sollen. Die Armee Tillys sei bayerisch. Ihrem Bruder als einem Könige falle es nicht wenig despectierlich, wenn er schuldig sein solle, sein Kriegsvolk vor einem bayerischen General abzuführen. — Ruepp antwortete: „Wenn man auf die rechte gründliche Ursache, warum auf den Abzug des Tilly'schen Heeres so scharf gedrungen wird, sehen und gehen wollte, so ist es, nach meiner Ansicht, die militärische Erfahrung, die unverdrossene Mühe und Arbeit, der Heldenmuth, mit welchem der General den Feinden im Winter wie im Sommer, im Felde wie in Besatzungen, zu begegnen weiß. Das ist die rechte eigentliche Ursache, weshalb auf den Abzug der Tilly'schen Truppen heftiger gedrungen wird als auf denjenigen der Friedländischen." — Die Herzogin dagegen bemerkte: „Der Grund, weshalb man von der anderen Seite die Truppen Tillys durchaus beisammen halten will, ist die Absicht des Bayernfürsten, die Pfalz gegen den Pfalzgrafen mit Gewalt zu behaupten. Der König hat aber hochbetheuerlich erklärt, daß er sich nie in Sinn oder Gedanken hat kommen lassen, sich des pfälzischen Wesens durch Kriegesmacht annehmen zu wollen, es wäre denn, daß diese beschwerliche Differenz durch gütliche Composition nicht beigelegt werden könnte. Von der pfälzischen Sache her hat also der General Tilly keinen Grund, sein Kriegsvolk zu behalten, sondern kann eben so wohl entwaffnen wie der König."

Hier liegt die völlige Veränderung der Dinge vor Augen. Dem Dänenkönige ist das englische Geld versprochen worden, in der Hoffnung, daß er damit seinen Krieg für das pfälzische Ehepaar führen werde. Dieses selber beharrt im Haag in seiner alten Thorheit und in seinem Wahne, daß abermals um seinetwillen die deutschen Länder in Brand gesteckt werden sollen. Der Däne dagegen nimmt das Geld und führt dafür seinen Eroberungskrieg. Die Sache des Pfälzers sinkt unter.

Jene Tilly'sche Conclusionsschrift, vom 14. Februar, beendete die Verhandlungen in Braunschweig noch nicht. Es erfolgten noch andere. Auf welcher Seite die Schuld lag, daß man nicht zu einem Abschlusse gelangen konnte, bemerkte reichlich ein Jahr später der Vermittler, der Kurfürst Johann Georg, in Anlaß eines abermaligen Antrages des Dänenkönigs auf Vermittelung, diesem selber mit den Worten: er, der Kurfürst Johann Georg, hätte sich jedes Mal auf Ersuchen zur Interposition bequemt und dieselbe nicht abgeschlagen; allein es hätte sich daran

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gestoßen, daß er von Ihrer Königlichen W. keine Special-Erklärung über diejenigen Artikel, die zu Braunschweig übergeben, hätte erlangen und darauf die Interposition anstellen können.[1]

Die höflich gedehnten Worte enthalten in sich als Kern den Gedanken: der Dänenkönig trägt die Schuld des Nicht-Friedens in Braunschweig.

Und dennoch schloß, am 28. Februar / 10. März, die letzte Schrift der Kreisgesandten oder, richtiger, des Dänenkönigs, in Braunschweig mit den Worten: „Es wird die ganze Welt nunmehr sehen und ergreifen, an wem es gestanden und noch steht, über wen auch so vieler hunderttausend armer Christenseelen bittere Seufzer und Thränen, so sie in ihren jetzigen und künftigen Nöthen, Elend, Herzensangst, Wehmuth und endlicher Desperation gen Himmel schicken und um Rache und Vermaledeiung schreien, auslaufen werden."[2]

Für sich selber schrieb der Däne in sein Tagebuch: „Der Tractat hat uns großen Schaden gethan; denn sie Alle meinten uns hinter das Licht zu führen und uns einen unerhörten Frieden abzulocken."[3]

Zugleich mit jener letzten Schrift entbot von Wolfenbüttel aus der Dänenkönig nach Braunschweig, daß er seine Gesandten abberufe und die Geleitsbriefe der Kaiserlichen kündige.

Nach dem Abbruche der Verhandlungen erließen diese Fürsten unter der Führung des Dänenkönigs ein öffentliches Mandat,[4] in welchem sie abermals betheuern, daß ihre Kriegsverfassung nicht offensiv, sondern lediglich defensiv sei, „einzig und allein zu dieses löblichen niedersächsischen Kreises Schutz und Versicherung, zu höchstnothwendiger, zuverlässiger Handhabe der theuer erworbenen Libertät in Religions- und Profan-Sachen, sammt hergebrachtem Exercitio Augsburgischer Confession als des höchsten Kleinods, so Fürsten und Stände in dieser Welt haben können, dawider sie über die Maßen lange Jahre her in viele Wege merklich beschwert worden." Abermals also wurde hier der Religionskrieg proclamiert, dies Mal lediglich von Häuptern des lutherischen Territorial-Kirchenthumes. Und zwar tritt uns hier wieder, wie immer, die Anklage in der Form der allgemeinen Behauptung entgegen. Die Schrift bringt nicht den Beweis einer Verletzung des Religionsfriedens, einer Störung in der Übung der Augsburgischen Confession: die unbe-

[1] Theatrum E. I, 1090. [2] Londorp III, 866. [3] Slangen II, 278.
[4] Londorp III, 869.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

stimmte Furcht vor einer solchen sollte die Menge fangen, die mit dem Rufe der Religion und der Freiheit so oft und so leicht sich hat bethören lassen und jederzeit sich bethören lassen wird.

Bei der bisherigen Haltung des Volkes in Niedersachsen erschien es Tilly als eine Nothwendigkeit, in gleicher Weise durch eine Proclamation zu antworten und darin die allgemein gehaltene Anklage an ihrer schwachen Seite zu fassen, dem Mangel des Beweises.[1]

„Es mögen, heißt es in dieser Proclamation, alle und jedwede Pfarrer, Prediger und Geistliche der Confession von Augsburg im niedersächsischen Kreise und anderswo kühnlich auftreten und sagen, ob Jemand derselben von dem General Tilly vertrieben, ob ihnen sonst in der Verwaltung ihrer Aemter und Kirchendienste jemals auch die geringste Behinderung, Hemmnis und Sperrung begegnet ist. Denn man weiß sich genugsam versichert, und es liegt notorisch unzweifelhaft vor, daß keiner unter ihnen mit Grundes Bestand den Mund zur Klage und Beschwerde desfalls eröffnen kann, sondern daß sie sammt und sonders vielmehr sich werden zu bedanken wissen für den starken Schutz und Schirm, der wider allen Betrug und Bedrang ihnen geleistet ist."

Dagegen hebt der Feldherr damals wie immer seinen Standpunct hervor, den des Patriotismus für Kaiser und Reich. „Die Gegner, sagt er, reden beständig von deutscher Libertät und Freiheit. Was für eine Freiheit ist es denn, die im Namen der Fremden, der Holländer, der Engländer, der Franzosen die geächteten Rebellen dem Reiche bringen? — Sie haben ganze Provinzen geplündert, zerrüttet und verwüstet. Sie haben durch ihre Bündnisse gegen uns in allen anderen Völkern Muth und Hoffnung erweckt sich zum Spotte und zur Schande der Deutschen mit des römischen Adlers kostbaren Schwungfedern zu erhöhen. Darum ist die Berufung auf die augsburgische Confession, die von Niemandem in dem ganzen Kreise irgendwo angefochten worden, hohl und nichtig. Auch ist ja nicht zu erwarten, daß diejenigen, welche sich hier laut für die Beschützer der Confession ausgeben, eine besondere Anhänglichkeit an dieselbe besitzen, weil sie nämlich sich verbünden mit Fürsten und Potentaten, die in ihren Ländern für die Confession von Augsburg nicht Eine Kirche, nicht Eine Capelle verstatten."

[1] Ein genauerer Abdruck dieser Schrift als bei Londorp III, 871, Theatrum E. I, 1026, Khevenhiller X, 1212 — findet sich in der ersten Ausgabe Bd. I, 533. Nro. XX.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„Und wie mit dem Namen der Religion, sagt weiter die Proclamation, so verhält es sich mit demjenigen der Libertät.“ — Tilly hatte in Hessen-Cassel einen tiefen Blick in die Hoheits-Gelüste des Landgrafen Moritz gethan. Er hatte dort erkannt, in welcher Weise die Reichsfürsten strebten nach der vollen Souveränetät, wohl wissend, daß diese volle Souveränetät nur zu erreichen sei einerseits durch die Rebellion gegen den Kaiser nach oben, andererseits durch die Vernichtung der Rechte der Corporationen nach unten. Aus dem reichhaltigen Schatze der Erfahrung des in Hessen-Cassel Selbsterlebten schöpft Tilly, um im Voraus in kurzen Strichen die Zustände darzuthun, welche später in Folge des Krieges mit einigen Modificationen nicht bloß in Hessen-Cassel, sondern in Deutschland allgemein wurden.

„Das Wort der deutschen Libertät, sagt Tilly, bedeutet die Begierde nach unumschränkter Herrschaft, die nicht gehemmt werden soll durch die Furcht vor Kaiser und Reichsgericht. Man will über Leib, Hab und Gut vollkommen dominieren, den Schwächeren unter die Füße treten, Land und Leute, Stifter und Genossenschaften an sich reißen, Adel und Städte um ihre Gerechtigkeit und ihre Privilegien bringen, dazu den Bedrängten allen Zugang zum Rechte abstricken, keine Justiz, kein Gesetz, keinen Richter, keine höhere Obrigkeit über sich dulden, in Summa das Joch der Dienstbarkeit den Ständen, Communen und Privatpersonen über den Hals werfen: das ist deutsche Libertät, diejenige Libertät, die man den Deutschen bringen will mit Hülfe der Holländer, Engländer, Franzosen und wessen immer sonst. Und dieses Bestreben umhüllt man dazu mit dem Namen der Religion.“

In denselben Tagen, im März 1626, wo der Dänenkönig vor den Deutschen die Religion zum Vorwande seines Thuns nahm, redete er nach anderen Seiten anders. Er schickte nach Paris seinen Gesandten Laurenz von Wensin mit der Meldung, wie sehr er sich mühe um das Wohl und die Ruhe der Christenheit, für die er mit einem auf seine Kosten geworbenen Heere seine eigene Person eingesetzt. Er beklagte, daß der König Ludwig XIII. nicht dem Haager Bündnisse beigetreten sei. Er bat, daß dieses noch geschehe, oder, wenn nicht, der König doch eine gute Summe für den Unterhalt der dänischen Armee zahle, so wie die bereits zum 1. Januar versprochenen 200,000 Livres. Er ersuchte ferner, daß Ludwig XIII., um eine Diversion zu machen, die in der Picardie und der Champagne gesammelten Truppen über die Grenze

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

marschieren lasse. Da auch der allerchristlichste König sich mit dem Könige von Großbritannien verbindlich gemacht, beizutragen für den Unterhalt der Armee des Mansfeld, so hoffe Christian IV., daß Ludwig XIII. dies Versprechen erfüllen werde. — Es folgen die gewichtigen Worte: ne doutant point, puisque S. M. T. Ch. est cause que sa dite M. de Danemarc s'est engagée en cette guerre, qu'Elle aussi de son côté ne changera point la première résolution, et n'entendra à aucun accommodement ou accord pour les affaires d'Allemagne, que le roi de Danemarc et tous les princes qui s'en seront mêlés, ne soient contents et satisfaits.[1] — Ludwig XIII. versprach 500,000 Livres zu zahlen.[2]

Es erübrigt noch, mit dieser Verlogenheit des Dänenkönigs, ferner mit jenen vorher vernommenen Äußerungen Tillys zu vergleichen, in welchem Lichte die kriegenden Parteien dem neutralen Theile der Deutschen erschienen. Und dabei tritt die Meinung des kurfürstlichen Hofes von Dresden in den Vordergrund. Denn Johann Georg war zugleich ein eifriger Lutheraner, der berufene Schützer seines Bekenntnisses, und gemäß der siebzigjährigen Tradition seines Hauses, ein kaiserlich getreuer Mann. Er kannte die Sachlage genauer, als irgend Jemand sonst; denn der letzte Friedensversuch zu Braunschweig war auf seine Anregung geschehen. Er hatte dort das Amt des Vermittlers geführt. Wir haben gesehen, wie er die Schuld des Abbruches der Verhandlung, die moralische Verantwortung für den ferneren Krieg dem Dänen zuwies. Aber wir haben genauer seine Ansicht über die ganze Sachlage zu vernehmen. Sie liegt vor in einer Druckschrift, die, wie es scheint, stark verbreitet gewesen ist.[3]

„Es ist ein erhebender Gedanke, sagt diese Schrift, daß ein Volk alles daran setzt, seine Religion und seine Freiheit gegen ungerechten Angriff zu vertheidigen. So ist es geschehen im Jahre 1552 von den deutschen Fürsten gegen den Kaiser Carl V. In gleicher Weise behauptet nun der Dänenkönig, daß auch sein Kampf gegen den Kaiser die Rettung und Erhaltung dieser edlen Güter bezwecke. Es ist die

[1] Das ganze Schreiben bei Aretin, Bayern usw. Urkunden S. 169.

[2] A. a. O. 192.

[3] Abgedruckt bei Londorp III, 890 u. f., so wie bei Lünig, C. Staatscon silia II, 94 u. f. Der officiöse Charakter der Schrift tritt besonders hervor in der Vertheidigung derselben S. 114. Ich habe den Inhalt zusammen zu drängen gesucht. — Über die Schrift urtheilt anders Grünbaum 15 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Frage, ob dem also sei. Der Kaiser bedrohte damals den Protestantismus. Er wollte das Papstthum allgemach wieder einführen. Nicht so liegt jetzt die Sache. Der Kaiser Ferdinand hat auch nicht einem einzigen Stande des Reiches zugemuthet sich von der evangelischen Religion loszusagen, und dafür die katholische wieder anzunehmen. Auch nicht die geringste Reichsstadt kann diesen Vorwurf auf den Kaiser bringen: eine jede bleibt frei bei der Übung des Glaubens, welchen sie von vielen Jahren her bekannt hat. Der Vorwurf einer Religionsbedrückung ist mithin hohl und nichtig."

„Und eben so verhält es sich mit der Freiheit. Unter dem Kaiser Carl V. allerdings litt die deutsche Freiheit Noth. Der Kaiser führte den Kurfürsten Johann Friedrich, den Landgrafen Philipp gefangen umher, und alle Bitten um die Loslassung derselben waren vergeblich. Die Haft ward nicht erleichtert, sondern erschwert. Nicht so ist es jetzt. Wohl hätte der Kaiser Ursache gehabt, die gefangenen Reichsfürsten ferner und besser zu verwahren. Er hat es nicht gethan. Er hat sie nach einander erledigt und begnadigt. Er hat sich gnädig und willfährig gegen Alle erzeigt, welche sich erst höchlich gegen ihn vergriffen hatten und dann seine Gnade suchten. Auch in Betreff der Freiheit liegt der Unterschied der Zeiten Ferdinands von denjenigen Carls V. sonnenklar vor Augen."

„Und ferner spricht man viel von der Furcht vor einem spanischen Dominat, von einer Knechtung Deutschlands unter demselben. Zur Zeit des Kaisers Carl V. hatte das einigen Grund. Damals suchte Carl V. seinen Bruder Ferdinand bei Seite zu schieben, um seinem Sohne Philipp die Kaiserkrone zu verschaffen. Nicht so liegt es jetzt. Der Kaiser Ferdinand II. hat im Anfange seiner Regierung das spanische Haus bewogen, allen Ansprüchen auf die deutschen Erbländer des Hauses Oesterreich ausdrücklich zu entsagen. Und wenn man desungeachtet immer dieselbe Rede und diese Besorgnis wiederholt: so müssen wir wieder entgegnen, daß es nur Reden sind, die man nicht beweist, grundlose Vermuthungen solcher Leute, die da meinen: ohne ihre Sorgfalt stürze der Himmel ein und die Sonne höre auf zu leuchten. Anders liegt die Thatsache. Spanien hat schon jetzt alle Kraft aufzuwenden, um nur sich selber zu schützen und zu erhalten, und der Zustand dort deutet nicht auf Fortschritt, sondern auf Rückgang. Die Furcht vor einem spanischen Dominat über Deutschland ist eitel und grundlos."

„Und doch hält man uns entgegen, daß es im Hintergrunde die Absicht des Kaisers sei, die evangelische Lehre auszurotten und alle Reichs-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

stände mit Gewalt zur Annahme der päpstlichen Religion zu zwingen. Man weist hin auf Böhmen, Oesterreich und Mähren, auf Schriften der Jesuiten, die das fordern und dergleichen mehr. Man schürt täglich das Mistrauen und meint, man dürfe nicht still dazu sitzen, nicht schweigen. Auf solche Reden erwiedern wir: was der Kaiser im Sinne hat, ob er mit solchen Planen umgeht, das weiß allein Gott und nicht wir. Wir können uns nicht vermessen die Gedanken der Menschen zu ergründen. Wir haben uns zu halten an die oft und vielfach ausgesprochenen Verheißungen des Kaisers, daß seine Heere nur dienen sollen zur Vertheidigung des Reiches gegen die Feinde. Wir haben das kaiserliche Wort, und unser Luther sagt, daß man das Wort des Kaisers für rechtlich und wahrhaft zu halten fest und getreulich schuldig ist, so lange bis der Kaiser selbst es widerruft. Allerdings hat der Kaiser in Böhmen, Mähren, Oesterreich die katholische Religion hergestellt. Aber das sind seine Erblande, über welche diese Befugnis ihm zusteht, und mit dem Reiche hat das nichts zu schaffen."

„Man sagt uns ferner: der Kaiser hat den Pfalzgrafen Friedrich seiner Länder entsetzt, und darüber sind diese auch den Kindern entzogen und in fremde Hände gekommen. Dafür müsse man die Katholischen wieder heimsuchen. — Daß der Pfalzgraf seiner Länder beraubt in der Verbannung umherirrt, ist zu beklagen; allein wer trägt die Schuld? Er hat den Kaiser, den er zuvor als rechten König von Böhmen anerkannt, mit zum Kaiser erwählen helfen, und dann hat er nach geleistetem Eide und Schwure den Kaiser böslicher Weise um seine Länder zu bringen getrachtet. Dafür ist ihm mit demselben Maße wieder gemessen, wie er gemessen hat, um so mehr, da er niemals zur Erkenntnis seines Unrechtes hat kommen wollen. Er hat Zeit und Raum genug dazu gehabt; denn nach der Schlacht bei Prag ist fast ein Jahr verflossen, bis die Oberpfalz ihm genommen wurde. Damals hätte er sich entschließen können und sollen. Statt dessen haben sein General Mansfeld und Andere Tod und Verderben über die Länder gebracht, und jener selbst hat den Gegnern den Weg gewiesen zuerst in die Ober- und dann in die Unterpfalz. Friedrich hat auch damals und später sein Unrecht nicht einsehen wollen: vielmehr hat er statt dessen abermals die deutschen Länder verheeren lassen. Wer will da dem Kaiser verdenken, daß er schärfere Mittel gebrauchte? Wer will es dem Kaiser verargen, sich desselben Rechtes zu bedienen, welches jeder Andere in gleichem Falle auch angewendet haben würde?"

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„Dennoch hat sich nun abermals der dänische König in Waffen gegen den Kaiser erhoben. Er will den Krieg. Nehmen wir an, seine Sache sei gerecht: so beweist es doch die Erfahrung aller Zeiten, daß gar oftmals Fürsten und Könige auch da, wo sie zur gerechten Vertheidigung des Vaterlandes die Waffen erhoben, dennoch unterlegen sind. Wie vielmehr hat der sich eines Schadens zu befahren, der nicht eine gerechte Sache treibt, und doch, wo er etwas zu klagen hätte, für die Erhaltung der allgemeinen Wohlfahrt wohl andere Mittel näher finden könnte, als Krieg und Blutvergießen? Eine gerechte Sache aber hat der König von Dänemark keineswegs. Weder um ihn, noch um den niedersächsischen Kreis hat der Kaiser etwas verschuldet, vielmehr hat er sich ihnen immerdar zu kaiserlicher Gnade und Freundschaft erboten. Das Einzige, was man vorwenden könnte, ist der neuliche Einfall und das Streifen im Herzogthume Braunschweig. Auch dazu hatte man auf jener Seite Ursache gegeben. Dagegen hat der Kaiser mit Geduld und Langmuth zugesehen, wie alljährlich im niedersächsischen Kreise Söldner zu Roß und zu Fuß für seine Gegner angeworben wurden. Will der Dänenkönig vielleicht den vertriebenen Pfalzgrafen wieder in sein Land einsetzen? Aber es findet sich bei diesem noch keine rechte Erkenntnis des hohen Verbrechens, welches er wider seinen Kaiser begangen. Darum ist, wie Zeit und Erfahrung lehren wird, ein glücklicher Fortgang dieser Dinge nicht zu hoffen."

„Denn es ist offenkundig, wie augenscheinlich Gott bisher dem Kaiser beigestanden wider alle seine Feinde. Anfangs und bald nach der Krönung gab fast Jedermann ihn für verloren. Ja, es kam dahin, daß auch deutsche Fürsten sich erdreisteten schimpflich zu reden über ihren eigenen Herrn. Dann wendete es sich und das Symbol der fünf Vocale des Kaisers Friedrich III.: Aquila Electa Juste Omnia Vincit — ward zur Wahrheit. Denn Gott der Herr hält über seiner Ordnung und stürzt diejenigen, welche sich auflehnen wider die Obrigkeit. Es hat sich mancher Geier, Falk und Habicht gegen den kaiserlichen Adler versucht und bisweilen ihm auch eine Feder ausgezogen; dennoch hat sich der Adler jederzeit des Schadens erholt, hat seine Gegner überdauert und ist der Oberste geblieben."

„Das ist das Glück und das Geschick des österreichischen Hauses, gegen welches der Däne in die Waffen tritt. Und dabei hat er zu thun mit einem so vorsichtigen, so wohlversuchten, so kundigen, so klugen Feldherrn, daß dessen Gleichen in unseren Tagen in Europa nicht viele zu

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

finden sind. So haben die letzten fünf Jahre der Laufbahn Tillys ihn erprobt. Bei seinem Kriegsvolke findet sich ein solcher Gehorsam, bei dem General selbst eine solche Freundlichkeit gegen Jedermann, sonst aber ein so scharfes Regiment und eine solche Kriegszucht, daß man billig ihn loben muß. Darum ist es auch kein Wunder, daß ihm bisher alles glücklich von statten geht. Es ist die Frage, es ist fast unmöglich, daß auf der anderen Seite eine gleiche Kriegszucht erhalten werden könne. Darum ist um so weniger Glück für den Dänen zu hoffen, zumal da Tilly nun auch Verstärkungen an sich zieht. Der König von Dänemark ist in keiner geringen Gefahr, und es kann ihm leicht ergehen, wie es vor drei Jahren in Westfalen bei Stadtlohn geschah, wo nicht alle davon kamen, die zu entrinnen vermeinten."

„Und nicht allein den göttlichen Schutz über das Haus Oesterreich, das Feldherrngeschick des alten Tilly hat der Däne zu befahren, sondern auch die Schwäche seiner Bündnisse. Es ist kein Glück dabei sich mit fremden Mächten in Bündnisse gegen das Reich einzulassen. So lehrt es die Erfahrung. Was haben die Anderen ausgerichtet, die bisher in fremdem Solde das deutsche Land überzogen? Sie haben die Länder der Freunde geplündert, und dann ist Tilly über sie gekommen, und sie haben den Raub den Kaiserlichen lassen müssen."

„Darum ist von diesen neuen Kriegsrüstungen, die als zum Besten des Religionsfriedens geschehen ausgerufen werden, für diesen Frieden nichts Gutes zu erwarten. Alle wöchentliche Zeitungen haben mit Rühmen verkündet, wie stark diese Rüstungen seien. Aber in den letzten Jahren war ein solches Rühmen und Verkünden immer eine gewisse Anzeige, eine Art Prophezeiung, daß die Rüstenden geschlagen werden sollten. Das Rühmen und Verkünden hat die Gegner niemals verzagt gemacht: sie sind dadurch nur um so sorgfältiger und eifriger geworden. — Es ist nun freilich dennoch möglich, daß Gott durch eine besondere Schickung eine Züchtigung über die Papisten verhängt, die es auch wohl verdient haben. Es ist möglich, daß wider die Erwartung der Sieg für die Dänen sich entscheidet. Aber was dann? Dann wird erst recht kein Ende des Kriegens sein; denn der Kaiser und die katholische Macht wird durch einen Sieg nicht gebrochen. Und dann droht auch für Kursachsen eine große Gefahr, und die Gegner werden uns büßen lassen wollen für die Treue, die wir dem Kaiser und dem Reiche bewiesen haben. Der Sieg des Dänen würde verderblich sein für uns."

„Dagegen erhebt sich die Frage, ob nicht der Sieg der kaiserlichen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und katholischen Macht noch mehr zu fürchten sei. Es geht die Rede, daß der Kaiser nach erlangtem völligem Siege die geistlichen Stifter und Bisthümer nicht bloß wieder fordern, sondern sofort ergreifen werde. Er werde, sagt man, anfangen bei den zunächst Ueberwundenen und bei den Geringeren, und dann werde er zuletzt Sachsen und Brandenburg auch zu finden wissen. Auch diesen werde er die Stifter und geistlichen Güter wieder nehmen, und es werde dann dem Kurfürsten von Sachsen nicht helfen, daß er dem Kaiser getreu gewesen, sondern er werde den Dank der Welt dafür empfangen. Man stützt diese Besorgnis auf die gewaltsame Herstellung der katholischen Kirche in den Erblanden des Kaisers. Das hat allerdings einigen Schein für sich, und es ist aus den Schriften und Reden auf katholischer Seite nicht zu verkennen, wie Viele da wünschen, das gefallene Papstthum in Deutschland wieder aufzurichten und der entfremdeten Stifter, wo nicht aller, doch zum Theile sich wieder zu bemächtigen."

„Aber man hat durch allerlei Zumuthungen ihnen dazu nicht geringe Ursache gegeben. Es bildete sich im Reiche die bekannte Union einiger Fürsten. Sie bewiesen den katholischen Fürsten vielfältige Unbill. Sie entzogen denselben ihr Einkommen, quartierten ihre Söldner in katholisches Gebiet, hegten, schützten und beförderten die böhmische Rebellion, deren Ziel der gewaltsame Untergang der katholischen Kirche war. Sie warfen auf Reichs- und Deputationstagen um sich mit bedrohlichen Reden, welche deutlich die Absicht auf den Sturz der katholischen Kirche verriethen, und handelten mithin gegen den Religionsfrieden, der dies ausdrücklich untersagt. Darf man sich da wundern, daß die katholischen Fürsten dessen eingedenk blieben, daß sie später, als die Macht in ihren Händen war, dasselbe zu thun anfingen, was vorher von unseren Evangelischen gegen sie verübt war?"

„Es ist allerdings zu erwarten, daß nach erlangtem völligem Siege die geistlichen Stifter wieder gefordert, oder den Besitzern sonst irgend welche Zumuthungen gestellt werden. Nur daß sofort und mit Gewalt verfahren werde, ist nicht anzunehmen. Man wird es nicht thun, weil dies die Gemüther der protestantischen Reichsstände sowohl wie auswärtiger Könige und Fürsten zu sehr aufregen und ein Anlaß zu einem Religionskriege sein könnte. In solchem Falle würde unsere Partei angegriffen sein, und darum, weil sie sich zu vertheidigen hätte, desto eher Aussicht auf Erfolg haben. Es ist ferner nicht wahrscheinlich, weil auch die katholischen Reichsstände an Gelde erschöpft sind, und nicht Krieg

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wünschen, sondern Frieden. Sie sind aber zu verständige und erfahrene Politiker, um nicht einzusehen, daß ein solcher Krieg sie am schwersten heimsuchen würde. Dazu sind viele ihrer eigenen Unterthanen der evangelischen Religion zugethan, und namentlich halten die Ritterschaften es im Geheimen mit uns. Und endlich sollten wir doch dem Worte des Kaisers mehr vertrauen, als den unzeitigen Reden, die auf Mistrauen ausgehen. So Gott will, wird es mit den eingezogenen geistlichen Gütern nicht so arg werden, wie Mancher sich dünken läßt; doch darf und muß der Kaiser dafür erwarten, daß man in Devotion und Gehorsam gegen ihn verbleibe, wie es bisher nicht geschehen ist. In Niedersachsen freilich muß man sich etwas gefallen lassen, und die dortigen Fürsten tragen selber die Schuld. Man wird dort katholische Prälaten wieder einsetzen, und Klöster aufrichten. Soll man sich dessen mit Gewalt erwehren? Ich rathe, daß man Gottes Allmacht in der Beschützung der wahren Kirche nicht vorgreife, noch unter der Hülle der Religion seinen Eigennutz suche."

„Wir Alle wünschen und sehnen den Frieden zurück auf des Reiches Boden. Dazu ist vor allen Dingen nöthig, daß der Pfalzgraf Kurfürst sein Vergehen bei den böhmischen Händeln aufrichtig bekenne und den Kaiser um Verzeihung bitte. Dann ferner ist nöthig, daß alle evangelische Fürsten des Reiches in gebührlichem Gehorsam sich um ihren Kaiser schaaren und ablassen von allen Bündnissen unter einander und mit fremden, undeutschen Mächten."

Die vorstehenden Worte ergeben, in welchem Lichte damals der Kurfürst von Sachsen, das Haupt der Lutheraner, und demnach auch die gesammte, an dem Kriege nicht betheiligte lutherische Partei den Krieg und die ganze Lage der Dinge ansahen. Wie der Kurfürst Johann Georg in dieser Schrift die Besorgnis ausspricht, daß einmal ein Anlaß zu einem Religionskriege gegeben werden könne: so darf mit Gewisheit gesagt werden, daß bis dahin keine unbetheiligte, urtheilsfähige Corporation das schauerliche Wort des Religionskrieges gebilligt hat.

In dieser Beziehung entsprachen jene mahnenden Worte des Kurfürsten von Sachsen durchaus den Instructionen des Kaisers an seine Feldherren Tilly und Wallenstein, so wie den Meldungen des Nuntius Caraffa nach Rom, wie wir sie vor dem Beginne des Krieges im Wortlaute vernommen haben. — Von dieser seiner Gesinnung aus mahnte noch einmal in gleicher Weise wie der Kurfürst Johann Georg, auch

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Kaiser die Fürsten und Stände von Niedersachsen. Das Bündnis des Dänenkönigs mit den Generalstaaten, mit England, mit Frankreich war im März 1626 allbekannt. Darauf wies der Kaiser hin. Er fragte die Niedersachsen, ob sie glauben könnten, daß ein Mann, der heute jene Bündnisse suche, morgen mit Ernst einen Friedenscongreß beschicken werde. Er versicherte die Fürsten und Stände abermals, daß es nicht sein Wille sei, wider den Religionsfrieden zu handeln. Er verwies sie auf die Erfahrung der letzten Zeit, daß Niemand jemals eine Rebellion oder einen Krieg erwecke, der sich zu diesem Zwecke nicht der klingenden Namen der Religion und der Freiheit bediene. Er setzte sein kaiserliches Wort zum Pfande, daß alle diejenigen, die noch jetzt sich von dem Bunde mit dem fremden Könige lossagten, zu vollen Gnaden angenommen und ungefährdet sein sollten.

Der Kaiser hatte den Deputationstag, der im August des Jahres zuvor nach Ulm ausgeschrieben, dann durch den dänischen Kriegslärm vereitelt war, abermals auf den 18. Mai 1626 nach Nürnberg ausgeschrieben. Er mahnte die Fürsten des Reiches zur Besendung dieses Tages.

Einstweilen verhallten in Niedersachsen diese friedlichen Worte; denn die Macht dort war in den Händen des Dänenkönigs, seines Neffen Christian, und des Mansfeld.

11. Der Krieg in Norddeutschland in der ersten Hälfte des Jahres 1626.

Für die ersten vierzehn Tage der Friedensberedung in Braunschweig, im December 1625, war ein Stillstand der Waffen vereinbart. Vom Beginne des Jahres 1626 an trat wieder der Kriegeszustand in Kraft. Was jedoch dann in den nächsten Monaten geschah, war der Regel nach von geringer Consequenz. Das bedeutendste Ereignis, im Januar 1626, wie für das nicht zu stande Kommen des Friedens, so für die Fortführung des Krieges war die Ernennung des Herzogs Christian d. J. zum Statthalter Friedrich Ulrichs, und zugleich die Einbringung einer dänischen Besatzung in die stärkste Feste des Landes Braunschweig, in Wolfenbüttel.

Dennoch war das Regiment des neuen Statthalters nicht ein solches, wie Oheim und Neffe es sich ausgedacht haben mochten. Am 10. März 1626 forderte der junge Herzog im Namen seines Bruders

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

von den Landständen die Gelder, zu welchen sie durch frühere Verträge verpflichtet seien. Sie weigerten sich. Christian redete von dem reinen Worte Gottes, und so weiter nach seiner Art. Es half nichts. Er ließ die von Friedrich Ulrich gezeichneten Schreiben vorlegen. Die Landstände schrieben an Friedrich Ulrich: „Wir bestreiten Ew. Fürstlichen Gnaden nicht das Recht sich des Ihrigen zu begeben; allein daß nun auch wir und die liebe Armuth darum unserer Rechte uns begeben sollten, kann uns mit Fug nicht zugemuthet werden.“[1] Der Rath von Hannover entgegnete: das Land könne immerhin die dreifache Tripelhülfe bezahlen, wenn der Dänenkönig seinerseits den zugefügten Schaden ersetze. Dieser Schaden aber sei bereits mit der fünffachen Tripelhülfe nicht mehr zu decken.[2]

Was konnten die Worte helfen? Da die Stände gutwillig nicht wollten: so gebot der Dänenkönig am 2. Mai mit Gewalt durchzugreifen und die Steuer zu nehmen.[3]

Dagegen beharrte ein großer Theil des Landvolkes noch in der Täuschung, welche die Predigt des Religionskrieges hervorgerufen. Diese abgeneigte Haltung des Volkes und dazu die Consequenzen des Miswachses von 1625 trugen bei, die Lage Tillys im Frühlinge 1626 zu einer außerordentlich schwierigen zu machen.

Die Misernte von 1625 war von ganz besonderem Gewichte. Das Jahr 1625 begann mit heftigen Stürmen.[4] Dann trat eine solche Wärme ein, daß Sommer und Winter vertauscht zu sein schienen. Im Januar blüheten Blumen, die man in anderen Jahren frühestens im April erwarten durfte. Im Rheingau, in den Aemtern Wiesbaden, Hochheim und Höchst fand man im Januar die Mandelbäume und andere feine Obstsorten in voller Blüthe. Gegen Ende Februars wurde es sehr kalt. Um Pfingsten lag in der ganzen Wetterau und an den Ufern des Maines her, namentlich auf dem Taunus, ein tiefer Schnee, der dem blühenden Korne verderblich wurde. Im Juni war es kälter als im Januar, und auch fortan blieb es den ganzen Sommer hindurch kalt und windig. Der Erfolg war eine allgemeine Misernte. Kaum minder groß war dies Unglück im Braunschweiger Lande. Korn und Stroh war sehr spärlich eingekommen.

[1] Calenberg. [2] Stadt Hannover. [3] Calenberg.
[4] Keller 57. Vgl. Reuß, Straßburg 19.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In den Quartieren der Reiter, meldete Tilly im März 1626, ist auch nicht ein Strohhalm mehr vorhanden. Er klagt über den Zustand seines Heeres. Die Kleidung, das Lederzeug ist zerrissen und verfault. Es mangelt an Fuhren. Die Regimenter schmelzen zusammen. Viele Soldaten sind krank. Vor allen Dingen fehlt Brot. Tilly ist gegen das Ende des Monats Januar 1626 nicht im Stande, mehr als 6000 Mann ins Feld zu stellen. Er bittet und fleht in München, in Brüssel um Unterstützung.[1]

Dabei waren die Truppen Tillys in fast unabläßiger Berührung mit den an Zahl überlegenen Gegnern, die sich weit nach Westen dehnten. Im Anfange März entsendete Christian IV. den Herzog Johann Ernst von Weimar über die Weser gegen Osnabrück. Dort sollte dieser deutsche Herzog das Domcapitel zwingen, einen dänischen Prinzen zum Coadjutor zu erwählen. Johann Ernst lagerte sich auf dem Gertrudenberge an der Stadt. Der Rath, um friedlich mit ihm abzukommen, gestattete für je eine geringe Anzahl von Soldaten den Einlaß in die Stadt. Einige Mitglieder des Domcapitels, der Propst und der Dechant, ließen sich von Johann Ernst dahin bewegen, aus der sicheren Stadt hervorzukommen. Sie behaupteten später, daß die Haltung des Rathes sie gezwungen. Johann Ernst, der sie mit Lachen empfing, wußte sie weiter einzuschüchtern. Er ließ sie nahe an die Geschütze heranführen und dann diese lösen. Dann forderte er von ihnen die Wahl des dänischen Prinzen Friedrich zum Coadjutor. Auf die Einreden der Prälaten ließ er durch sie dem Capitel die Wahl stellen: entweder die Wahl und damit die Befreiung der Prälaten, oder Abbrennen des ganzen Stiftes. Das Capitel protestierte vor Notar und Zeugen; aber es wählte.[2]

Und weiter drohte Johann Ernst, von da aus vorzubrechen gegen Münster, gegen Paderborn, um dem Heere der Liga das Hinterland abzuschneiden. Tilly so wie dann auch der Kaiser[3] wendeten sich an die Infantin in Brüssel, mit der Bitte, von dort aus den Weimarer Herzog abzuwehren.

Unmittelbar im Rücken Tillys lag das hessische Land. Dorthin war Moritz heimgekehrt. Vom November 1625 an traf er Vorbereitungen,[4] harrend eines Erfolges der dänischen Waffen, um dann sich mit dem Herzog Christian d. J. offen zu vereinigen.

[1] Hurter IX, 441. Hurter, Wallenstein 20 u. f. Villermont, Tilly II, 346.
[2] Osnabrück D. C. Archiv. [3] Villermont, Tilly II, 353.
[4] Friedensacten F. 6b. Vom 3. April.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Denn dieser war in den Frühlingsmonaten 1626, wo das dänische Hauptheer sich noch in den Winterquartieren hielt, der gefährlichste Gegner. So sehnlich die Landstände von Braunschweig den Frieden wünschten: so glaubte doch ein großer Theil des geringen Volkes nach wie vor den Predigten und Reden von dem Worte Gottes, das man schützen müsse. Viele der Unglücklichen hatten durch Raub und Brand und Plünderung alles verloren: sie suchten sich zu rächen. Es gelang dem Herzog Christian, am 14./24. Januar, 300 Wallensteinische Reiter einzuschließen. Nachdem 200 davon kämpfend gefallen waren, übergab Christian die noch übrigen, meist Kroaten, den Bauern. Diese marterten die Gefangenen langsam zu Tode.[1]

Es bildeten sich durch Christians Bemühen, namentlich am Harze, zahlreiche Banden, die von da aus auf die Soldaten streiften, sie würgten und mordeten. Der Dänenkönig nahm dies Gesindel in seinen Schutz. Tilly nahm das so hoch auf, daß er dem Kaiser rieth, dieses Verfahren des Königs durch einen besonderen Erlaß öffentlich zu brandmarken. Aber auch er selber griff durch. Es lag im Harze ein Städtchen, Im Grund genannt, das zum Sammelplatze dieser Haufen erkoren war. Von da zogen die bewaffneten Schaaren aus, die man Harzschützen nannte, und überfielen die Quartiere. Oder sie lauerten an den Wegen dem Wanderer auf, daß Niemand sich mehr getrauete, die Straßen zu ziehen, noch das Feld zu bestellen. Diesem Treiben Einhalt zu thun, schickte Tilly eine Abtheilung nach dem Städtchen Im Grund, und ließ es anzünden. Die Maßregel fand die volle Billigung der Beamten des Herzogs Christian d. Ä. von Lüneburg-Celle.[2]

Dadurch indessen ward dem Uebel nicht bleibend gesteuert: man fand andere Plätze zum Verstecke. Der Herzog Christian mit seinen Reiterschaaren, wohl an 3000 Mann, ist wie das fliegende Wetter bald hier, bald dort. Tilly muß des Unterhaltes wegen seine Soldaten weit vertheilen. Es sind lauter offene Oerter, klagt er, in denen man keiner Gewalt widerstehen kann. Und rasch und unversehens ist dann der Herzog Christian da mit seinen Reiterschaaren, fällt nächtlich in die Quartiere, schlägt hier eine Compagnie und dort eine andere. Christian sprengt bei Nachtzeit plötzlich die Thore der kaiserlich getreuen Reichsstadt Goslar, weil er dort, wie an vielen Orten, das niedere Volk sich geneigt

[1] Bericht des Brandenburgers Götz bei Gindely, Waldstein I, 72.

[2] Man vgl. hierzu und zu dem Folgenden die Beilagen XXI, XXII, XXIII der ersten Ausgabe, I, 536 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

weiß. Der Rath indessen ist auf seiner Hut. Er ruft die getreuen Bürger in die Waffen, und Christian zieht ab, wie er gekommen.

Die Bergwerke am Harze dagegen litten von ihm große Noth. Die Arbeit stockte. Die Bergleute flohen. Christians wilde Banden erklärten, daß alles ihnen gehöre. Es war das Eigenthum des Herzogs von Celle, und darum der Zorn. Dagegen mußte Hülfe geschafft werden. Tilly selber rückte mit mehreren Regimentern heran, um den bedrängten Bewohnern von Clausthal als Retter und Befreier zu erscheinen. Der junge Herzog indessen fuhr fort in seinem Zorne und Grimme. Gefangene aus seinen Schaaren sagten aus: er habe ihnen nicht bloß das katholische Eichsfeld, sondern auch das Fürstenthum Grubenhagen seiner Vettern preis gegeben. Sie sollten alles verfolgen mit Raub und Feuer. Mit Schmerzen und Klagen rufen im Anfange des April die Beamten des älteren Christian ihrem Herzoge zu: „Wenn nicht nächst Gott der Herzog von Friedland oder der Graf Tilly uns zu Hülfe kommen: so steht es um uns schlimm." Der bösen Ahnung folgt die Wirklichkeit auf dem Fuße. An jedem Abende steigt am Himmel eine neue Flammenröthe auf, und jeder folgende Morgen bringt neue Berichte, wie der junge Herzog zum Sühnopfer für die Kaisertreue seiner Vettern in Celle die Habe und das Obdach unglücklicher Menschen den Flammen darbringt.

Die Rückwirkung alles dessen konnte auf die Truppen Tillys, zumal bei einem Vergleiche mit den Wallensteinern, nicht eine günstige sein. Die Letzteren waren im Herbste zuvor, bevor sie einen Feind gesehen, in die besseren Winterquartiere geführt. Dort lagerten sie in Ruhe, wenig gefährdet, wartend, ob etwa ein Feind komme. Tillys Krieger, die bis dahin alles gethan, erduldeten alle Entbehrungen, zu jeder Stunde des Tages und mehr noch bei Nacht des raschen Feindes gewärtig, dem bis in seine verborgenen Schlupfwinkel zu folgen nicht möglich war. Und bei solchem Treiben sollte der Soldat in Hunger und Noth noch die schärfste Mannszucht halten, auf dem Boden des Freundes wie des Feindes, sollte täglich zittern vor dem Galgen, der jegliche Ausschweifung zu rächen drohte? War das der Lohn für alle Mühen, alle Beschwerden? Die Soldaten waren unmuthig. Die Beamten aus Herzberg melden im März 1626 dem Herzoge von Celle: „Der General Tilly hat die Vorschläge über die Kriegeszucht, die wir ihm eingereicht, schärfer gefaßt, als wir es wollten. Aber die Soldaten handeln nicht danach, und die Officiere sehen durch die Finger. Wenn

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wir Klagen anbringen, so ist der Name der Thäter nicht zu erforschen."[1] Und eben so berichtet ein Anderer: „Es mag dem Herrn General leid genug sein, und er läßt ernstliche Befehle an die Obersten ausgehen. Dennoch thut das alles bei denselben nicht verfangen, noch helfen. Sie berufen sich auf die Noth, den Mangel, das Ausbleiben des Soldes. Der General darf nichts Ernstliches gegen sie vornehmen, und es gewinnt fast das Ansehen, als stecke eine heimliche Meuterei darunter."

Tilly fühlte tief die drückenden Schwierigkeiten seiner Lage. Das Nächste war, sich an Wallenstein um Hülfe zu wenden. Wallenstein schlug ab. Und nicht bloß das. Er forderte im Anfange März, daß eher Tilly sich mit ihm in Magdeburg und Halberstadt vereinen solle.[2] Er gab dabei zu verstehen, daß, wenn dies nicht geschehe, er seinen Mitfeldherrn den mächtigen Feinden gegenüber allein lassen werde. Tilly berichtet es zürnend an seinen Kurfürsten, an die Infantin. „Nicht der Herzog von Friedland, sagt er, sondern ich stehe dem Feinde zunächst, und darum kann ich ohne hohe Gefahr mich nicht mit dem Herzoge von Friedland vereinen." Er bricht weiter in schmerzliche Klagen aus: „So lange ich mit dem Herzoge von Friedland zu schaffen haben muß: so lange verursacht er mir alle Stunde Unruhe und einen Aufruhr und Lärmen über den andern." Ein jedes dieser Schreiben enthält die Bitte um Hülfe und Nachschub. Maximilian begütigte seinen Feldherrn, dessen Lob und Ruhm ja männiglich bekannt und unauslöschlich sei. Er hoffe, sagt weiter der Kurfürst, Tilly werde nichts unterlassen, was zur Verhütung von Schaden für Wallenstein, oder wohl gar von gänzlichem Ruin desselben dienen könne. Die Worte deuten klar genug die Meinung des Kurfürsten an. Nicht für Tilly fürchtete er, sondern für Wallenstein. Darum blieb freilich die Lage Tillys dieselbe. Er bat bei Wallenstein um Zufuhr wenigstens von Lebensmitteln aus Magdeburg und Halberstadt. Wallenstein schlug ab. Ob er auch wolle, sagte er, seien doch die Quartiere so ausgezehrt, daß es eine Unmöglichkeit sei. Tilly zog die Bedürfnisse für sein Heer hauptsächlich aus Hessen, Westfalen, dem Bisthume Paderborn. Wallenstein dehnte seine Quartiere aus nach Hessen hinein. „Wenn mir dort und in Westfalen die Quartiere abgeschlagen werden, meldet Tilly nach Brüssel an die Infantin, so werde ich zuletzt mit höchster Ungelegenheit der Sache nicht allein die Orte

[1] Celler Briefarchiv.

[2] A. a. O. Tadra 328.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

aufgeben, die ich bereits inne habe, sondern mit dem ganzen Heere zurückgehen müssen." [1]

Es war die Aufgabe Tillys, aus so bedrohlichen Umständen sich empor zu arbeiten, das Heer moralisch neu zu kräftigen, sich der Feinde zu erwehren, sie zu schlagen, und dabei zugleich durch das eigene Verhalten die bethörten Landleute zu überzeugen, daß nicht gegen sie der Krieg geführt werde.

In günstigeren Verhältnissen dagegen befand sich Wallenstein. Es ist bemerkenswerth, daß jene kursächsische Schrift, welche den Namen Tillys in so rühmender Weise hervorhebt, Wallensteins nicht gedenkt. Allerdings lag noch keine Leistung des Letzteren vor, welche ihn mit dem Ersteren in eine Parallele stellen konnte.

Das Heer Wallensteins lag in den Stiftern Halberstadt und Magdeburg vom Ende October 1625 bis Ende Juli 1626, er selber erst in Halberstadt, von der Mitte Februar an fast nur in Aschersleben. Schon dies lange Verweilen an Einem Orte läßt auf den Chrakter seiner Kriegführung schließen: sie ist durchweg defensiv, also grundverschieden von derjenigen Tillys. Diese haben wir kennen gelernt in Böhmen, in der Pfalz und wo immer sonst als dieselbe: Tilly sucht den Feind zu ereilen und zu schlagen. Wallenstein erwartet den Feind, um ihn abzuwehren. Dabei kommt es vor, daß er sich den Gegner stärker denkt als dieser in der Wirklichkeit ist. Am 11. Februar meldet er dem Kaiser, daß die verschiedenen feindlichen Truppen unter dem Herzog Christian d. J., dem Herzog Johann Ernst von Weimar, dem Könige, dem Obersten Fuchs, denen auch noch Mansfeld folgen solle, in Bewegung seien. „So diese alle zusammen stießen, hielte ich nicht für rathsam, daß ich mich mit ihnen riskieren sollte, weil mir wohl bewußt, was Ew. K. M. an dieser Dero Armee gelegen." [2] Auch ferner finden wir bei ihm die Meinung, am 11. März: „Der König mit seiner ganzen Forza liegt gegen mir." [3] — Dies war nicht richtig. Im feindlichen Lager herrschte vielmehr die Verabredung, vom 15. Februar: Mansfeld solle am rechten Elbufer hinauf ziehen, Fuchs am linken, der König mit der Hauptmacht solle Tilly gegenüber treten. [4]

[1] Villermont, Tilly II, 353. Hormayr, Taschenbuch 1839. S. 343. Tadra 331, 336. [2] Friedensacten F. 6a. [3] Tadra 334, 339.

[4] Friedensacten F. 6a. Aufgefangene Meldung: Il Re doverà con il grosso dell'Armata far testa a Tilli.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Zug des Obersten Fuchs am linken Elbufer hinauf mislang sehr bald. Er wurde von der überlegenen Macht Wallensteins auf Tangermünde zurück gedrängt, im Anfange April.[1] Mansfeld gelangte bis an die Elbbrücke bei Dessau.

Das Verhalten des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg bei diesem Marsche des Mansfeld durch sein Land ist erkennbar aus seinem Berichte an den Kaiser. Am 28. März / 7. April meldet er, daß Christian IV. und Mansfeld, trotz alles seines Schickens, Bittens und Flehens, ihm ins Land gerückt seien.[2] „Ich habe doch, fährt er fort, mit den im R. Reiche schwebenden Unruhen nichts zu thun. Zwar erfahre ich von Anderen, daß sich Leute finden — wie es denn mir und meinem Hause eine geraume Zeit anhero an Misgünstigen nicht mangelt — welche vorgeben dürfen, ich hätte um solche Einquartierung wohl gewußt, und wäre dieselbige mit meinem guten Willen vorgenommen worden; auch hätte ich, da ich nur selber gewollt, dieselbe leicht abwehren können. Ich kann aber mit Gott und meinem Gewissen bezeugen, daß ich hiervon überall nichts erfahren. Es ist auch bei mir nichts dieser Einquartierung halber gesucht oder anbracht worden, ehe und zuvor das Volk allbereits im Lande: da haben mir meine Räthe beider Armeen Einquartierung zugleich in Einem Schreiben unterthänigst zu erkennen gegeben. Gestalt dann als solche königlich dänische und Mansfeldische Schreiben, darin sie beiderseits selbst so gut wie sie gekonnt, solche, meiner ganz unwissend, geschehene Einquartierung entschuldigt, fast auf Einen Tag meinen Räthen eingeliefert, sind den nächst folgenden darauf viele schwere Klagen meiner armen Unterthanen über die geschehene Einquartierung eingeschickt worden: also daß dieselbe etliche Tage vor der Insinuation vorberührter Schreiben geschehen ist." In diesem Sinne geht es weiter. Er habe keine geworbene Truppen. Mit Landvolk entgegen zu treten, sei nicht möglich. „Weiters, heißt es dann, ist an E. K. M. meine gehorsamste Bitte, Sie geruhen auch Ihrer Armee anzubefehlen, meiner Lande hinfüro zu verschonen, damit auch die anderen Armeen, wenn ich ihrer los geworden bin, nicht von neuem wieder einziehen, und nicht sedes belli in mein Land transferiert werde." — Der Kaiser antwortete mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß Georg Wilhelm sich zum Deputationstage einfinden werde, den er auf den 18. Mai nach Nürnberg ausgeschrieben.

[1] Padavins Bericht bei Gindely, Waldstein I, 90. [2] Friedensacten F. 6a.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wallenstein dagegen versichert wiederholt, daß Georg Wilhelm dem Haager Bündnisse angehöre.[1] Er weist hin auf die eben erfolgte Heirath der Prinzessin Katharina mit Bethlen Gabor.[2] Bei Gelegenheit dieser Heirath in Kaschau waren allerdings zwischen Bethlen Gabor und dem Grafen Schwarzenberg, der die Braut dahin geleitet, die Angelegenheiten in anderer Weise besprochen als in jenem Briefe des Georg Wilhelm an den Kaiser. Bethlen Gabor erkannte an, daß Georg Wilhelm sich nicht schon jetzt als Mitglied des Haager Bündnisses erklären könne, zumal da auch Frankreich seinen Beitritt noch offen halte.[3] Also nur in so weit war die Anklage Wallensteins gegen Georg Wilhelm nicht richtig. — Wallenstein ging jedoch noch weiter. Er gebraucht über Georg Wilhelm die Worte: „Der Kaiser hat keinen ärgeren Feind als ihn."[4] Dies war eine starke Übertreibung der Gefährlichkeit Georg Wilhelms. Dagegen blickt aus den eigenen Briefen des Mansfeld hervor, daß er den Kurfürsten von Brandenburg als seinen wohl geneigten Gönner ansieht,[5] und daß daher Georg Wilhelm in jenem Schreiben an den Kaiser wider seinen Willen von sich selber ein zutreffendes Bild gezeichnet hat.

Es war die Absicht des Mansfeld, sich in den Besitz des wichtigen Passes der Elbbrücke bei Dessau zu setzen. Wallenstein hatte einen Brückenkopf aufwerfen lassen, und das Commando darüber dem Obersten Aldringer gegeben. Bereits am 12. April machte Mansfeld den ersten Versuch, vergeblich. Verstärkt durch die Truppen Christian Wilhelms erneuerte er den Versuch am 21. April, auch dies Mal vergeblich. Jedoch verlangte Aldringer, einen abermaligen Angriff voraussehend, Hülfe von Wallenstein. Dieser selber kam heran, und zwar so sehr in der Stille, daß die Verstärkung dem Mansfeld unbemerkt geblieben zu sein scheint.[6] Am 25. April erneuerte Mansfeld den Angriff. Er ward nicht bloß zurückgeschlagen, sondern die gesammte hervorbrechende Macht, unter der Führung Wallensteins,[7] brachte seinen Truppen eine schwere Niederlage bei. Er selbst berichtet darüber am nächsten Tage aus Brandenburg: „Es hat sich gestern das Unglück zugetragen, daß der Feind dermaßen stark auf uns ankommen, daß wir unsere gemachte Werke und Trancheen vor der Schanze haben verlassen müssen, und darüber das Fußvolk,

[1] Tadra 331, 335 u. f. [2] Hurter, Wallenstein 60.
[3] Droysen, pr. Politik III[1], 48. [4] Tadra 360. [5] A. a. O. 367.
[6] Theatrum E. I, 1028. [7] Hallwich, Aldringen 162.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dessen bei 4000 gewesen, zerstreuet und niedergemacht worden. Die Reiterei aber und unsere Stücke haben wir davon gebracht."[1] — „Wir haben uns hierher nach Brandenburg begeben, daselbst uns wieder zu sammeln und einen Haufen beisammen zu bringen, um dem Feinde wiederum den Kopf zu bieten."

Es ist bemerkenswerth, daß Mansfeld am Tage nach einer so schweren Niederlage, fast noch im Bereiche Wallensteins, der nach Zerbst gerückt war, keine Besorgnis vor einer Verfolgung ausspricht. In der That finden wir Wallenstein spätestens am 29. wieder in Aschersleben,[2] abermals für ein Vierteljahr.

Wallenstein suchte sich gegen einen etwaigen Tadel von Wien aus für diese Nicht-Verfolgung im voraus zu sichern.[3] Am 7. Mai schreibt er seinem Schwiegervater: „Ich zweifele nicht, daß es am Hofe allerlei Discurse abgeben wird, daß man die erlangte Victorie gegen den Mansfelder nicht verfolgt, des Landes sich nicht bemächtigt, oder andere Fortschritte macht, wie sie nach erlangtem Siege sein können. Darauf ich denn meinem Herrn diesen Bericht thue. Wenn ich nicht mehr Feinde hätte als den Mansfelder, so wäre jene Meinung ausbündig (richtig): aber ich habe den O. Fuchs zu Tangermünde, der sich dort verschanzt hat, mit vier Regimentern zu Fuß und 2000 Pferden. Der König läßt alles sein Volk bei Wolfenbüttel zusammen ziehen, und vermeint in kurzem sein Heil zu versuchen. Der Herzog Christian liegt in Göttingen und Northeim mit 3500 Pferden, neben etlichen und 20 Fähnlein zu Fuß. Der Graf von Tilly ist zu Höxter an der Weser mit seiner ganzen Armee. Von ihm habe ich keine einzige Assistenz, auch hat er sich von mir um ein 30 Meilen Weges separiert. Er hat keinen Feind dorten. In Summa, er geht mit mir um, wie der Bayerischen Brauch ist. — Zur Zeit sich ins Feld zu begeben, ehe denn Fourage vorhanden ist, wer ein Narr will sein und eine Armee in vierzehn Tagen ruinieren, so kann er es thun. Zudem läßt sich mit einer unbezahlten Armee das nicht thun, was mit einer bezahlten. Darum muß man nicht denken, daß diese Armee eine langwierige Belagerung unternehmen kann. — — Ich vernehme, daß der Graf Trautmannsdorf nach Dresden zum Kurfürsten soll, bitte, mein Herr, helfe, daß er auch hierher komme, weil ich ihm allerlei mitzutheilen habe, was sich nicht schreiben läßt. Ich bitte auch, J. M. thun Instanz beim Kurfürsten von Bayern, daß H. G. Tilly

[1] Tadra 342. [2] A. a. O. 349. [3] A. a. O. 354.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sammt mir Wolfenbüttel belagere, auch daß Sie dem Herrn Tilly oft und beweglich deswegen zuschreiben; denn es wird viel Gutes daraus erfolgen. Er ergeht sich an der Weser, wo er keinen Feind hat. Die Ursachen weiß Gott am besten. Ich will nicht gern temerariamente von Jemandem judicieren."

Ob dieses Schreiben Wallensteins in Wien diejenige Wirkung gethan, deren Absicht darin nicht zu verkennen ist, ergibt sich aus einem anderen von ihm, acht Tage nachher. Darin heißt es: „Daß Viele über des Mansfelders Niederlage ihre Mäuler haben gewetzt, geschieht einem Jeden, der eine Armada commandiert; aber wenn sie gedächten, in was für terminis unsere Sachen gestanden sein, so redeten sie anders. Der Kaiser delectiert sich wohl mit solchen Avisen, daher ich bis in die Seele disgustiert bin; denn ich sehe, daß Gute und Böse gleich tractiert werden. Ich will gern sehen, wenn ich abziehen werde, ob ein Anderer das Werk wird manutenieren können. Ich habe dem Kaiser von neun oder zehn Jahren her große und außerordentliche Dienste geleistet, aber allezeit gesehen, daß die Calumniatores haben nicht allein Gehör, sondern gute Audienz bekommen." [1]

Diese eigenen Worte Wallensteins lassen einige Grundzüge seiner Persönlichkeit und seines Heeres hervortreten: er stellt die Bitte um seine Entlassung in Aussicht, sein Heer ist unbezahlt.

Über das Walten dieses Heeres vernehmen wir am 3. Juni 1626 die Klagen der Stadt Halberstadt bei dem Kaiser.[2] „Am 9. October 1625, heißt es dort, haben wir mit Wallenstein einen Vertrag über die Einnahme von drei Fähnlein und 30 Reitern geschlossen. Bereits vom 19. an sind mehr eingerückt. Mancher Bürger hat seit jenem 9. October wöchentlich 20, auch 30, 40, ja auch wohl 50 oder 60 Reichsthaler den bei uns einquartierten Officieren und Soldaten zahlen müssen. Dazu geben die Officiere Gastereien auf Kosten der Bürger. Wenn diese dafür nicht zahlen, so werden sie in Haft genommen, geprügelt oder sonst an Leib und Leben gefährdet, und um ihr Vermögen, wo dasselbe anzutreffen, peinlich befragt. Ja auch der Kinder wird nicht geschont, sondern sie werden der Eltern halber, wenn diese nicht mehr geben können, in die Keller gesperrt, angeschlossen und mit Hunger und Kummer gemartert. Das Alles hat bei Vielen, Alten und Jungen, Bürgern und

[1] A. a. O. 356. Vom 13. Mai. [2] Kriegsacten F. 68.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bürgerinnen, verursacht, daß sie vor Angst und großem Herzeleid verstorben, ja theils gar in Desperation gerathen, daß sie an sich selber die Hand gelegt. Wie es dann in den hierum im Stifte Halberstadt gelegenen Ämtern und Dörfern nicht besser zugangen, sintemal den Bauersleuten fast alles ihr Getreide, die Pferde, das andere Vieh, und was sie sonst im Vorrathe gehabt, ja auch die eingemauerten Pfannen und Blasen genommen, und sonst mit ihnen also gebahrt worden, daß ihrer viele ihre Häuser verlassen, sich anderswohin begeben oder den Bettelstab ergriffen haben. Der Verlust derselben trifft auch die Bürger der Stadt. Kurz, von der dieses Ortes gewesenen großen Menge der Bürger sind nicht mehr als 209 übrig, die ihre Häuser bewohnen. — Und doch haben wir ja nichts verbrochen."

Ähnlich bittet, am 7. Juni, das Domcapitel des Erzstiftes Magdeburg von Wittenberg aus um Abzug der Truppen. „Andergestalt ist unmöglich, daß wir und des Erzstiftes Stände und Unterthanen uns länger sollten erhalten können, sondern müssen in Hunger und Kummer, in Armuth und Elend, mit großem Ach, Seufzen und Wehklagen umkommen und verderben. Und doch ist ja das Erzstift an dem jetzigen Wesen unschuldig." [1]

Wallenstein war im October 1625 mit etwa 20,000 Mann in die Stifter eingerückt. Am 19. Februar meldete er seinem Schwiegervater Harrach, daß, wenn man nicht binnen fünf oder sechs Wochen ihm Getreide aus Böhmen schicke, er Hungers halber die Stifter verlassen müsse. [2]

Von da an belegte er nach und nach auch Gebiete des obersächsischen Kreises. Am 2./12. Mai reichten die zu Leipzig versammelten kurfürstlichen und fürstlichen Räthe der Stände des Kreises bei dem Kaiser Beschwerde ein über die Excesse des Kriegsvolkes in Anhalt, Schwarzburg, Mansfeld, Stolberg, Barby. [3] Darin heißt es: „Nun ist dieser Kreis und desselben gehorsame und getreue Unterthanen in Ew. K. M. beharrlicher Devotion bisher standhaftiglich verblieben, gedenken auch nochmals durch göttliche Verleihung dabei gewislich zu verharren, und durch keine Gewalt, Unglück, Schaden und Gefahr von solcher getreuen Zuneigung sich abwendig machen zu lassen. Allein es kommt ihnen ganz schmerzlich, wehmüthig und erbärmlich vor, daß sie gleich denjenigen, so

[1] A. a. O. [2] Tadra 326. [3] Friedensacten F. 6b.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gegen E. K. M. verbrochen und wider Dieselbige gesündigt, unschuldiger Weise mit gleichmäßiger Strafe belegt werden sollen, können auch nimmermehr dafür halten, noch ihnen einbilden, daß solche ihnen zugefügte Widerwärtigkeit mit Ew. K. M. Bewilligung und Vorbewußt geschehen, sondern halten Ew. K. M. als einen gerechtesten Kaiser darunter entschuldigt, und sind dessen gewis versichert, daß Ew. K. M. aus angeborener kaiserlicher Milde und Güte über den ihnen zugefügten großen und unüberwindlichen Schaden — so Sie dessen gründlich und ausführlich berichtet werden sollten — nicht unbillig ein christliches und herzliches Mitleid tragen würden."

Als einige Wochen später auch der Kurfürst Johann Georg bei Wallenstein wider die an seinen Unterthanen verübte Gewalt Beschwerde erhob, antwortete Wallenstein: er habe allen seinen Officieren und Soldaten verboten, den kurfürstlichen Ländern irgend einen Schaden zu thun, bei Strafe lebendig aufs Rad geflochten zu werden.[1]

Die Strafandrohung in diesem Falle steht zu den schweren Klagen in einem auffallenden Gegensatze. Diese Klagen, der Zustand überhaupt erfordern einen Rückblick auf den Ursprung, das Werden und den Bestand des Heeres unter Wallenstein.

12. Wallenstein und sein Heer.

Als im April des Jahres zuvor die Kurfürsten von Mainz und von Bayern den Kaiser aufforderten, neben dem Heere der Liga auch selber ein solches zum Schutze des Reiches aufzustellen, hatte Ferdinand II. sich zur Entsendung Wallensteins ohne Geld entschlossen, in der Voraussetzung, daß wie ihm als Kaiser die Pflicht obliege, die Länder des Reiches zu schützen, so auch den Reichsunterthanen die Kosten dafür zu tragen, und ferner in der Hoffnung, daß es den geeinigten Kräften bald gelingen werde, die Gegner zu überwältigen, und daß er dann von den besiegten Fürsten die Kriegeskosten für die Entlohnung auch seines Heeres zu fordern haben würde. Die letztere Hoffnung hatte sich nicht erfüllt. Wallenstein und sein Heer hatten im Herbste 1625 sich vom Marsche nach Niedersachsen aus in die Winterquartiere begeben. Bei den Friedensberedungen in Braunschweig hatte zuerst Tilly, dann auch Wallenstein die Forderung der Kriegsentschädigung fallen lassen, und Wallenstein hatte, wie wir seiner Zeit vernommen, der Meldung dessen die inhalt-

[1] Tadra 379. Die Verkündigung ist vom 28. Juni, in Friedensacten F. 6a.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

schweren Worte hinzugefügt: „Ich verhoffe im Reiche wohl Mittel zu finden, Ihrer M. Kriegsvolk Satisfaction zu geben.“[1]

Dies war am 28. Januar. Vierzehn Tage später erhebt Wallenstein bei Harrach die Forderung seiner Entlassung. Am 16. Februar wiederholt er sie: „je eher, desto größere Gnade.“[2] Er erneuert unablässig dieses Verlangen, bis zum 16. März achtmal. Dann bringt Harrach die Forderung mit den Gründen bei dem Kaiser zum Vortrage.[3]

Als den ersten Grund gibt Wallenstein andauerndes Unwohlsein an. „Zum anderen zieht er an, daß er vermeint, genug gethan zu haben, indem er Ihrer M. eine ansehnliche Armee auf den Fuß gebracht, damit Posto genommen und bisher den Feind aufgehalten, und die Armee anjetzo gestärkt, neue Werbung gethan, dadurch sich um viele hundert tausend Gulden in Schulden gesteckt und noch tägliche Ausgaben hat. Er beklagt sich ferner, daß man bei Hof vermeint: er solle und könne den völligen Krieg auf seine Kosten führen. Er habe nicht mehr versprochen, als die Armee auf den Fuß zu bringen und Posto zu nehmen. Dies habe er bisher erlangt. Dergleichen Krieg aber könne Niemand als ein großer Potentat führen.“

Diese Angabe Wallensteins, daß man am kaiserlichen Hofe mehr von ihm verlange als er versprochen, nöthigt zu dem Schlusse, daß von Anfang an das Verhältnis nicht klar gestellt sein kann. Es fragt sich dann: wer die Schuld dieser Unklarheit trug.

Anders als Wallenstein verfuhr in ähnlichem Falle sein Zeitgenosse Spinola. Als man ihm im Jahre 1627 das Ansinnen stellte, ohne Geld zum Heere abzugehen, entgegnete er, daß er seine theuer erworbene Reputation nicht aus Mangel an Geld in Gefahr bringen wolle. Wenn man ihm nicht die Mittel des Soldes gewähre: so werde er lieber mit der Pike in der Hand seinem Könige dienen, als sonst mit einem Commandostabe.[4]

Daß am kaiserlichen Hofe Meinungen aufgekommen waren, wie diejenigen, über welche Wallenstein sich beschwerte, konnte nur daher kommen, daß Wallenstein selber nicht von Anfang an sich mit der Bestimmtheit und Klarheit ausgesprochen, wie sein Zeitgenosse Spinola. Die eigenen Äußerungen Wallensteins müssen die Meinung, daß er den Sold vorschießen werde, wenn nicht erregt, so doch wenigstens nicht ausgeschlossen haben. Nur so ist es erklärlich, daß, wie bemerkt, der Kaiser

[1] Tadra 321. [2] A. a. O. 324. [3] A. a. O. 337.
[4] Khevenhiller X, 1697.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

in den verschiedenen Schreiben über die Errichtung des Heeres, im Juni 1625, der Soldfrage nicht gedenkt. Jene Meinung war damals nicht so auffallend, wie sie es in unseren Tagen sein würde. Denn Wallenstein war bereits damals reich genug, auch eine Million vorschießen zu können. Die Rückerstattung meinte dann der Kaiser aus der Kriegsentschädigung nehmen zu können.

Die Täuschung, in welcher der Kaiser sich befinden mochte, zerrann erst durch jene Meldungen zu Ende Januar. Der Kaiser stand vor der vollendeten Thatsache, daß er eine Armee hatte, die er nicht bezahlen konnte, weder ganz, noch auch nur zum Theile. Zugleich lag vor ihm der Hinweis Wallensteins, daß er im Reiche die Mittel zu finden wisse, dem Heere Satisfaction zu geben.

Auf Grund jener Beschwerden Wallensteins entwarf Harrach vor dem Kaiser verschiedene Anträge. Darunter kommt auch vor, daß der Kaiser sich mit Spanien oder der Infantin und dem Kurfürsten von Bayern als Haupt der Liga vergleiche, jeder Theil eine bestimmte Anzahl Truppen stelle, und der Kaiser als Haupt des Bundes dem Grafen Tilly das Commando dieser Armee gebe.[1] Aber ein solches Bündnis der drei Mächte war zur Zeit nicht da. — Ähnlich war es mit den anderen Vorschlägen, durch welche Harrach dem Kaiser aus der Verlegenheit heraus zu helfen meinte. Sie bestanden in Wünschen und Hoffnungen, die, selbst wenn auch begründet, doch zur Zeit nicht verwirklicht waren. Thatsächlich aber war man im offenen Kriege. Ein kaiserliches Heer, auf den Namen Wallensteins geworben, stand im Felde. Wallenstein dagegen forderte seine Entlassung. Wie die Dinge lagen, meinte der Kaiser sich in der Zwangslage zu befinden, den Feldherrn und das Heer so zu behalten wie sie waren, nämlich so, daß Wallenstein den Unterhalt des Heeres von dem besetzten Lande erhob.

Daß es so geschehen ist, zeigt der Verfolg der Dinge. Nach dem 16. März schweigt Wallenstein für zwei Monate lang von seiner Entlassung. Indem er sie dann aufs neue zur Sprache bringt, geschieht es nicht mehr wegen der Gründe wie im März, sondern, wie wir seiner Zeit vernommen, wegen des Tadels seiner Unthätigkeit nach der Schlacht an der Dessauer Brücke. Die im März geltend gemachten Gründe waren erledigt, also nach dem Willen Wallensteins.

[1] Ladra 338.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Demnach schrieb er vor, wie die Befehlshaber und Soldaten in den Quartieren wöchentlich und täglich unterhalten werden sollen. Ein Hauptmann wird angesetzt auf wöchentlich 100 Fl., ein Lieutenant auf 35 Fl., ein Fähnrich auf 25 Fl., ein Feldwebel auf 7 Fl. Der Soldat erhält täglich anderthalb Pfund Fleisch, zwei Maß Bier und zwei Pfund Brot. Dazu bewilligt Wallenstein einem Hauptmann und dessen Officieren auf sechs Pferde wöchentlich je ein Malter Hafer.[1] — Von einer Verständigung darüber mit den Landesobrigkeiten ist in dem Ausschreiben keine Rede. Wallenstein bewilligt. Es ist dabei zu bemerken, daß das Ausschreiben für jene Ansätze lediglich den Namen des Unterhaltes gebraucht.

Als damals der Kurfürst von Sachsen dem Obersten Marradas seine Klage über den Kriegesdruck aussprechen ließ, antwortete dieser dem Gesandten: „Es ist wahr, daß diese kaiserliche Armee ohne ordentliche Bezahlung, auch ohne einige Hoffnung derselben errichtet ist. Daher ist es unmöglich, dieselbe, so lange sie in Quartieren hin und wieder weitläufig zerstreut liegt, in so enger Disciplin zu halten. Es ist schwer, mit einer wohlbezahlten Armee fertig zu werden: um wie viel schwerer mit dieser großen Menge unbezahlten Volkes, welches ich auf 60,000 Mann, darunter 18,000 Pferde schätze, bei dem nichts, nichts, nichts ist, was zu ihrer Nothdurft und sie im Gehorsame zu erhalten gehört.“[2]

Diese letzten Worte sind sehr gewichtig. Die unvermeidliche Folge mußte sein, daß das Wallensteinische Heer an Disciplin und Ordnung allen anderen nachstand; denn auch selbst Mansfeld konnte Sold zahlen, je nachdem die von den Königen von England und Frankreich ihm versprochenen Geldmittel einflossen. Das Heer Wallensteins fiel lediglich und allein den Landeseinwohnern zur Last.

Gegen diesen Zustand erhob, zu Ende April, der Kurfürst Maximilian von Bayern vor dem Kaiser seine mahnende Stimme.[3]

„Nach den bisher eingelangten Nachrichten über die Friedländische Armee erhält sie über den nothwendigen Proviant, der unentbehrlich und daher unausgesetzt zu reichen ist, keinen wöchentlichen oder monatlichen Sold. Das dafür erforderliche Geld würde doch aus den Contributionen

[1] Tadra 340. Vom 16. März 1626.

[2] A. a. O. 379. Vom 21. Juni / 1. Juli.

[3] A. a. O. 343. Ein Auszug bei Aretin, Bayern usw. 207. Da der Originaltext gedruckt, so suche ich die Fassung lesbarer zu machen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Unterthanen und aus ergiebigen Geldhülfen der vornehmen Landstände in Böhmen und den anderen Ländern noch wohl zu haben sein, wie es ja auch im Falle des Unglückes der Feind zu suchen nicht unterlassen wird. Wenn eine solche Soldzahlung nicht geschieht, so ist nicht bloß zu besorgen, daß die Armada zergeht, sondern auch daß das Kriegsvolk zu den Gegnern überläuft, so daß diese mit Übermacht dann auch das Bundesheer überwältigen können."

„Die Gründe dieser Besorgnis liegen so offen vor, daß es einer Darlegung kaum bedarf. Allerdings hat es sich bisher thun lassen, daß Werbungen ohne Geld vorgenommen und eine Anzahl Kriegsvolk ebenfalls ohne Geld und Bezahlung eines Monatssoldes hinab geführt worden sind. Dies war vornehmlich dadurch möglich, daß die Befehlshaber die Werbungen unentgeltlich auf sich genommen, weil sie gleich darauf gute Musterplätze, gute Quartiere und aus denselben ergiebige Eintreibungen bekommen haben. Nun aber ist der Befehlshaber Säckel gefüllt, die Quartiere ausgesogen, die Lebensmittel aufgezehrt, und keine Hoffnung zu anderen guten Quartieren übrig. Der Befehlshaber also, der genug hat und nichts Anderes zu erwarten als Gefahr des Lebens und Verlust des Erlangten, ist auf Mittel und Wege bedacht, sich aus seiner bisherigen Stellung frei zu machen. Keiner von ihnen erbarmt sich der armen Knechte, gibt oder leiht etwas den Kranken und Nothleidenden, weil er sich der Erstattung nicht zu getrösten. Der arme Soldat daher, der nichts mehr zu leben, kein Geld oder Bezahlung gehabt hat, oder noch verhofft, der nichts Anderes als den Tod entweder vom Feinde oder von Hungers- und Kummersnoth zu erwarten, dagegen den mit Geld versehenen Feind vor Augen hat — der geht zum großen Vortheile des Feindes und zum Nachtheile des gemeinen Wesens hinüber. Der König von Dänemark hat also die beste Gelegenheit, nicht bloß das nothleidende Volk abzumatten, sondern auch durch Geld an sich zu ziehen, und dadurch mit etlichen tausend Reichsthalern das zu vollbringen, was er durch andauernden Krieg nicht hätte erreichen mögen. Das sind Dinge, die nicht bloß eintreten können, sondern, weil bei fernerem Geldmangel die Noth steigt, unvermeidlich sich begeben müssen."

„Es ist nicht zu zweifeln, daß der Kaiser und seine Räthe nicht unterlassen werden, die nothwendige Remedur an die Hand zu nehmen. Gewis haben die kaiserlichen Länder bisher viel ausgestanden und gelitten, sind vielfältig erschöpft. Andererseits jedoch wird auch Niemand in Abrede stellen, daß bei der vor Augen schwebenden äußersten Gefahr

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auch die äußersten Mittel aufgeboten werden müssen. Alles Vermögen ist daran zu strecken, weil im Falle des Sieges der Gegner kein Vermögen schonen wird. Besser ist es, sich selbst anzugreifen, als vom Feinde angegriffen zu werden; besser in eines Anderen Hause die Flammen dämpfen zu helfen, als sie im eigenen zu erwarten. Die Exempel der nächsten Vergangenheit dienen zur Warnung."

„Bekanntlich hat eine einzige Contribution der Länder der Krone Böhmen mehrere hunderttausend Reichsthaler eingetragen. Ein Theil derselben könnte zu diesem Zwecke verwendet werden. Wenn jedoch über dieselbe bereits verfügt sein sollte: so ist ja die Gefahr so dringend, daß ein abermaliges Verfahren in dieser Weise anzustellen wäre."

Der Zweck des Kurfürsten Maximilian liegt vor Augen. Das kaiserliche Heer unter Wallenstein soll auf ähnliche Weise organisiert werden wie dasjenige der Liga unter Tilly. Wie dieses zur Hälfte erhalten wird aus der Bundescasse, in welche die Ligafürsten ihre regelmäßigen Beiträge zahlen: so sollen auch die kaiserlichen Erbländer für das Heer unter Wallenstein bestimmte Beiträge auf sich nehmen.

Diese Schrift Maximilians war vom 15. April. In Folge der Unthätigkeit Wallensteins nach dem Treffen von Dessau, des ablehnenden Verhaltens gegen Tilly, ferner eines Befehls an den Herzog Georg von Lüneburg, Hülfe zu leisten für das Fürstenthum Grubenhagen, nicht jedoch für das nahe gelegene kurmainzische Eichsfeld — war der Unmuth des Kurfürsten gegen Wallenstein im Steigen. Dazu noch kam ein anderes Verfahren Wallensteins. Im Jahre zuvor hatte er den Truppen auf dem Marsche untersagt, die Länder der Ligafürsten zu berühren. Im Mai 1626 gebot er den Obersten in Franken, die Durchzüge durch die Stifter Bamberg, Würzburg, Fulda zu nehmen, dagegen die Länder nicht-katholischer Fürsten zu verschonen.[1] — Darauf fügte Maximilian, am 27. Mai, einem Auftrage an seinen Gesandten Leuker in Wien eigenhändig die Worte zu: „Es sieht ihm gleich, als sei der Herzog von Friedland nur zur Defension der Nicht-Katholiken und gar nicht der getreuen katholischen Stände, sondern vielmehr zu ihrem Ruine bestellt. — Es hat der Herzog von Friedland so viel Volk, daß er es nicht unterzubringen weiß, nimmt nach erlangter Victorie nichts gegen den Feind vor, und will dem Tilly auch nicht succurrieren. Ich kann diesen

[1] Gindely, Waldstein I, 94.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

modum procedendi nicht verstehen: einen guten Effect kann es wohl nicht causieren." [1]

Es war damals ein Jahr verflossen, seitdem der Kurfürst Maximilian den Kaiser aufgefordert hatte, ein eigenes Heer aufzustellen. In ähnlicher Weise hatte damals der Mainzer Kurfürst Johann Schweikard sich bethätigt. In denselben Tagen, in welchen Maximilian die vorstehenden Worte niederschrieb, richtete der um Ferdinand II. eben so hochverdiente Johann Schweikard aus Johannisburg an ihn das folgende Schreiben. [2]

„Bei längerem Ausbleiben der nothwendigen Remedur und anderwärtiger Verordnung ist nichts Gewisseres als der hiesigen Lande gänzliche Verwüstung, und der Unterthanen, so allenthalben klagen und weder vor den Freunden noch den Feinden mehr sicher sind, weit aussehender gefährlicher Aufstand zu erwarten. Denn wie übel, barbarisch und tyrannisch ermeldetes Kriegsvolk sich gegen dieselben mit thätlicher gewaltsamer Einnehmung von Städten, Flecken und Dörfern, mit Ranzionierung und Plünderung, auch Niederhauen und jämmerlichem Torquieren der Unterthanen, Mishandeln der Weiber und Töchter verfahren, wie schimpflich und spöttlich sie von ihren Obrigkeiten sprechen, welcher bedrohlichen und gefährlichen Reden sie sich gegen Ew. K. M. gehorsame Kurfürsten und Stände verlauten lassen — Das ist nicht zu beschreiben, und haben die Widerwärtigen ein sonderbares Frohlocken dabei, daß die getreuen, gutwilligen und standhaftigen Stände mit gleicher Münze wie der Feind selbst tractiert und bezahlt werden, und viel härter als die Neutralen, die außer bloßen leeren Worten für Ew. K. M. nichts gethan."

„Man hat Recurs zu mir genommen, und ich habe dann auf die friedfertigen Intentionen Ew. K. M. verwiesen. Anjetzo aber, wo ich selber nicht verschont bleibe, inmaßen Ew. K. M. Kriegsvölker sich fast meines ganzen Erzstiftes diesseit und jenseit des Maines bemächtigt, ohne einiges Ersuchen bei mir sich selbst eigenen Willens und Gefallens dort einquartiert haben, die schon zuvor aufs äußerste erschöpften armen Leute von Haus und Hof jagen, mich und mein Erzstift ins äußerste Verderben setzen, auch so wenig mir gegenüber Respect tragen, daß auch die geringsten Officiere auf mein gütliches Ansuchen sich nicht scheuen,

[1] Kriegsacten F. 68. Eben dort jene Befehle Wallensteins an den Herzog Georg, vom 3. Mai.

[2] Friedensacten F. 6a.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

meine Abgeordneten zu affrontieren, und mich mit Zuentbietung höhnischer, schimpflicher Reden zu despectieren — da will es bei Jedermann ein sehr ungleiches Ansehen gewinnen und solche gefährliche Gedanken verursachen, die wohl, ehe man es vermeint, zu unversehener großer Weiterung ausschlagen dürften."

„Ich setze in Ew. K. M. kein Mistrauen. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß bei den Ständen des Reiches — wie es fast scheinen will — etwa die Gedanken erwachsen, als ob diese mitten im Reiche vorgenommene und fortdauernde Kriegsbereitschaft zu einem anderen Ende angesehen, welches dann den verhofften Fortgang des ausgeschriebenen Deputationstages und die Wiedererlangung des werthen Friedens wenig befördern, ja, ohne Zweifel denselben ganz zerstoßen und ein neues innerliches Feuer im Vaterlande erwecken und entzünden dürfte."

„Deshalb ist es meine Pflicht dies vorzustellen: Ew. K. M. möge mit der Remedur keine Zeit verlieren. Denn gleich wie hierauf Ew. K. M. hohe Autorität und Erhaltung der Reichsconstitutionen, auch des Vaterlandes Wohlfahrt beruht: also werden dadurch auch die Reichsstände bei schuldiger Devotion länger erhalten, großes Mistrauen verhütet und die noch im Wege liegenden Hinderniſſe des Friedens hinweg geräumt. Zu welchem Allem Ew. K. M. ich vorhin Allergnädigst geneigt weiß."

In Betreff der hochfahrenden Reden der Officiere Wallensteins gegen die Reichsfürsten ging von ihm selber in Holland die Rede, er habe oft geäußert: „Ich will der Kaiserlichen Majestät gehorsame Fürsten machen."[1] — Der gesammten Aggressiv-Partei lag es ja gar zu nahe, für das Auftreten Wallensteins den Kaiser persönlich verantwortlich zu machen.

Als Johann Schweikard jene Worte schrieb, war der zum Deputationstage in Nürnberg angesetzte Termin des 18. Mai bereits vorüber.

Johann Schweikard sandte das Schreiben auch an Maximilian ein. Dieser fügte in seiner Mittheilung an den Kaiser bei, daß, wenn die Dinge in dieser Weise fort gingen, die Bundesstände nichts mehr für ihr Heer leisten könnten, und dann alles ihm überlassen wollten. Er aber vermöge nicht allein diese Last zu tragen.[2]

Wiederum berichtet einige Tage später, am 9. Juni, Johann Schweikard an Maximilian, daß bisher keine Abhülfe geschehen. Dagegen „fangen nunmehr die geworbenen Soldaten an, sich mit einander um

[1] Aitzema I, 1216. [2] Friedensacten F. 6a. Vom 4. Juni.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Quartiere zu schlagen. Wo der Eine ausgezogen, rückt gleich ein Anderer wieder ein. Auch lassen sie sich verlauten, daß sie nicht so bald zur Armee geführt werden sollen, sondern an andere Orte, wo noch etwas zu erlangen. Dadurch wird das Reich aller Orten dermaßen verwüstet, daß sich der Kaiser und die getreuen Reichsstände in vielen Jahren wenig zu erfreuen haben werden, also daß dieser Schade viel größer ist als die geringen Dienste, welche dem Kaiser von diesem Volke immer geleistet werden können."[1] — Damals waren seit der Schlacht an der Dessauer Brücke sechs Wochen verflossen. Die Meinung also des Kurfürsten von der Bedeutung dieses Sieges und der Folgen desselben war nicht hoch.

Noch einmal dann, am 15. Juni, gab Johann Schweikard dem Kurfürsten Maximilian seine Ansicht kund. Er meldet, daß dort Spanier und Kaiserliche sich um die Quartiere raufen und wiederum das Landvolk sich gegen beide zusammen rotte. „Wir haben zwar, schließt er, Ihrer K. M. diese Gefahr treuherzig zu Gemüthe geführt. Weil aber keine Änderung erfolgt, müssen wir es dem lieben Gott und der Zeit befehlen. Und wird man besorglich eher als gut ist erfahren, wer Ihrer K. M. am besten gerathen."[2]

In ähnlicher Weise klagte der Trierer Kurfürst Philipp Christoph von Sötern. Der Herzog Adolf von Holstein habe betheuert, daß er nur den Durchzug nehmen wolle, und hause nunmehr so, daß es kein Mansfelder ärger machen könne.[3] Ähnlich Andere. Nach dem Vernommenen indessen bedarf es keines weiteren Eingehens darauf.

Die Darlegungen jener zwei hervorragenden Kurfürsten des Reiches stellen den Thatbestand in Betreff Wallensteins und seiner Armee im Sommer 1626 fest. Es erwächst daraus die Frage nach dem Verhalten des Kaisers.

13. Der Kaiser Ferdinand II. und Wallenstein.

Bereits im Februar meldet der bayerische Gesandte Leuker: „Ich verspüre, daß Eggenberg, Wallenstein und Harrach dermaßen bei Hofe triumphieren und in so guter Correspondenz mit einander stehen, daß, wer den Einen offendiert, der hat auch die zwei Anderen ihm zuwider."[4]

Auf den Hinweis Maximilians, die kaiserliche Armee in ähnlicher Weise zu organisieren wie die Bundesarmee, erhielt Leuker eine Andeutung,

[1] Kriegsacten F. 68. [2] A. a. O. [3] A. a. O. Vom 7. Juni.
[4] Gindely, Wallenstein I, 75.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die er meldet mit den Worten: „Ich verspüre, daß es nicht gern gehört wird, wenn man dergleichen moviert, unter dem Prätexte: es wolle ihm halt Niemand wehe geschehen lassen, sondern sei alles darauf abgesehen, daß J. K. M. und Dero Erbländer alles allein ausstehen, und, wenn heute oder morgen unter den übrigen Protestanten im Reich, die bisher neutral geblieben, ein Aufstand darum erfolgte, daß man der Katholiken allenthalben verschont und alle Last den Anderen aufgebürdet, die Verantwortung allein auf sich nehmen sollten.“ [1]

Demnach ward die Furcht des Kaisers vor dem dänischen Vorwande des Religionskrieges von den Ministern in Wien benutzt, um das Verfahren Wallensteins zu entschuldigen. — Dazu waren weder der Kaiser und seine Räthe noch Wallenstein selber der Meinung, daß das Heer an der Elbe nur auf Kosten des besetzten Landes leben sollte. Am 16. Februar meldet Wallenstein dem Kaiser: die Stifter Halberstadt und Magdeburg seien nunmehr ganz ausgezehrt. Er bitte daher um die Zusendung von 60,000 Strich Korn aus Böhmen. — Es schließt sich jedoch unmittelbar daran die Bitte, auch das Anhaltische Land besetzen zu dürfen. [2]

Im Februar also noch bittet Wallenstein um eine solche Erlaubnis. Er that dies bald nicht mehr. Sein Verhalten in dieser Beziehung läßt sich am klarsten darlegen in der Verfolgung eines besonderen Falles.

Im April richtete der Herzog Friedrich von Württemberg an den Kaiser das Ersuchen, daß der schwäbische Kreis mit Musterplätzen und Durchmärschen verschont werde. [3] Der Kaiser sagte zu, am 28. April, und theilte zugleich dem Herzoge die am selben Tage an Wallenstein erlassene Weisung abschriftlich mit. „Wenn dann, heißt es darin, unsere Intention und Meinung je und allezeit dahin gerichtet gewesen, die gehorsamen Stände des Reiches mit solchen Kriegesbeschwerden, so viel immer möglich gewesen und es die Umstände und Zeitläufe erduldet haben, zu entheben — ferner auch der gedachte schwäbische Kreis und dessen Stände in aufrichtiger, beständiger Treue und Devotion gegen uns je und allezeit verharrt, und ohne das dem gemeinen Wesen zum Besten, mit Gestattung unterschiedlicher Durchzüge, Einquartierungen und Sammelplätze, ihre getreuen, gehorsamsten Dienste in viele Wege geleistet und erwiesen: So begehren wir an D. L. hiermit gnädigst, befehlend:

[1] A. a. O. 95. [2] Kriegsacten F. 67.
[3] Kriegsacten F. 68. Auch für das Folgende.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sie wollen unseren und des Reiches schwäbischen Kreis, so viel immer möglich und es nur thunlich sein wird, mit allen besorgenden Kriegspressuren verschonen und alle Musterung, Einquartierung, Durchzüge und Sammelplätze von demselben abwenden. Daran erfüllen D. L. unseren gnädigsten gefälligen Willen und Meinung."

So am 28. April. Am 7. Mai meldet Wallenstein dem Kaiser, daß der Herzog Franz Albrecht zu Sachsen in seinem Auftrage ein Regiment geworben, jedoch wegen der Feindseligkeit des Landgrafen Moritz, nicht, wie der Kaiser wünsche, seinen Musterplatz in Hessen-Cassel nehmen könne. „Nun wollte ich nicht gern, daß dies Volk, welches gar gut, zum Feinde laufen sollte. Also bin ich bewegt worden, an die Städte Schwäbisch-Hall und Nördlingen zu schreiben und sie wegen der Musterplätze daselbst zu ersuchen. Wäre derowegen mein gehorsamstes Bitten, E. K. M. geruhen durch einen eigenen Courier nicht allein ermelten zwo Städten, sondern auch den ausschreibenden Fürsten im schwäbischen Kreise gnädigst zu befehlen, in bemelten Orten die Musterplätze zu geben. Auch wollen Ew. K. M. hierin keine Zeit verlieren lassen, dieweil gemeldete Städte, wenn sie diesfalls keinen Befehl von Ew. K. M. erhalten, vielleicht auch zur Wehr greifen, und, wie der Landgraf Moritz gethan, dies Volk zertrennen könnten. Wodurch dann ihm, wie auch anderen des H. R. Reiches Widerwärtigen der Muth wachsen und viel Unordnung und Aufstand daraus erfolgen möchte. Welches Ew. K. M. ich erforderter Nothdurft nach gehorsamst zu erinnern nicht umgehen können."

Offenbar enthält das Schreiben in scheinbar unterthänigen Ausdrücken die Zumuthung, daß der Kaiser die wider sein Versprechen dem schwäbischen Kreise von Wallenstein thatsächlich auferlegte Last nunmehr gutheißen solle.

Dagegen sträubte sich der Kaiser. Er verwies Wallenstein abermals auf Hessen-Cassel. Er erließ, am 27. Mai, an den Herzog Friedrich von Württemberg eine neue beruhigende Zusicherung. Anders Wallenstein. Auf die Abmahnung des Kaisers in Schwaben einmarschieren zu lassen, antwortete Wallenstein, am 29. Mai: „Nun dringt mich aber die äußerste Noth dahin, daß ich für des Herzogs Franz Albrecht zu Sachsen und des Obersten Carfilio neu geworbene Knechte bis in die 8000 den Sammelplatz nothtrungenlich auf Schwäbisch-Hall, Nördlingen, Dinkelsbühl und Heilbronn geben müssen, welche alle bewehrt und bereits dahin marschieren. Belangend aber, daß Ew. K. M. gnädigst vermelden, daß solche Musterplätze in Hessen angezeigt werden sollten, wissen Dieselben

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gnädigst wohl, daß, wo der Feind sich befindet, kein Sammelplatz daselbst sein, noch der Soldat sicher verbleiben könne. — Bitte demnach Ew. K. M. gehorsamst, Sie geruhen den ausschreibenden Fürsten des Kreises deswegen zuschreiben zu lassen; denn, weil das Volk nunmehr dahin im Anzuge, möchte es eine große Confusion geben, wenn sie nicht sollten sinceriert werden."

Am 30. Mai / 9. Juni erstattete der Herzog Friedrich von Württemberg aus Wildbad dem Kaiser seinen Dank für die abermalige Zusicherung vom 27. Mai. Zugleich jedoch meldet er gewaltthätige Einquartierung im Gebiete der Stadt Schwäbisch-Hall, ferner den Einmarsch eines Oberwachtmeisters v. d. Leien mit 600 Pferden in sein Herzogthum, sowie das Zusammen-Rotten des Landvolkes zu einem beschwerlichen Aufstande gegen denselben.

Wallenstein hatte in seinem Schreiben vom 29. Mai dem Kaiser angegeben, daß die äußerste Noth ihn dringe, jene Truppen nach Schwaben zu legen. Worin für ihn in Aschersleben diese äußerste Noth bestand, hatte er nicht ausgeführt. Bevor er darauf eine Antwort erhalten, erneute er, am 5. Juni, seine Mahnung mit den Worten: „Ew. K. M. habe ich zuvor gehorsamsten Bericht gethan, aus was äußerster und dringender Noth ich bewegt worden, des Herzogs Franz Albrecht zu Sachsen und des Obersten Carfilio neu geworbenem Volke die Musterplätze auf Schwäbisch-Hall, Nördlingen, Dinkelsbühl und Heilbronn zu geben. Weil dann dieselben bereits sämmtlich dahin marschieren thun, Als bitte Ew. K. M. nochmals gehorsamst, Sie geruhen zur Verhütung aller Confusion deswegen an die ausschreibenden Fürsten des schwäbischen Kreises ein Schreiben gnädigst abgehen und ihnen solches ungesäumt zuschicken zu lassen."

Es hätte in Wien dieser neuen Mahnung nicht einmal bedurft. Am 9. Juni erfolgte von dort die Antwort auf Wallensteins Schreiben vom 29. Mai. Nach der Wiederholung des Inhalts desselben heißt es weiter: „Ob wir nun wohl wegen der gewissen Dr. L. zuvor mit mehrerem angedeuteten Ursachen lieber gesehen, daß es bei den Ihro in Hessen angezeigten Orten verblieben wäre[1], zudem D. L. auch vernünftig ermessen können, daß uns viel daran gelegen, die Stände des schwäbischen Kreises, welche sich gegen uns bei allen Gelegenheiten unterwürfig, gehorsam und im Werke willfährig erwiesen, bei gutem Willen zu erhalten

[1] Im Originale ist noch ein anderer Gedanke ausgesprochen, der aber, bei dem lückenhaften Zustande des Papieres, nicht mit Sicherheit erkannt werden kann.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und zu einem Widrigen nicht Ursache zu geben —: so wollen wir es doch nunmehr dahin gestellt sein lassen, zumal da das Volk bereits im Fortzuge ist, und wir uns desselben, bei dem urplötzlichen Aufstande unserer Unterthanen in Oesterreich ob der Ens, zur Dämpfung dieses Feuers auf alle Fälle gebrauchen können."

Zugleich that der Kaiser diese Wendung dem Herzoge Friedrich von Württemberg kund, mit den Worten: „Ob wir uns wohl guter Maßen erinnern, was mehrmals und noch unlängst D. L. wegen Verschonung des schwäbischen Kreises mit weiteren Kriegsbeschwerungen, Musterplätzen und Durchzügen an uns gelangen lassen, wir uns auch darauf, wenn nicht etwa die äußerste Nothdurft ein Anderes erforderte, willfährig haben vernehmen lassen, auch nochmals nichts lieber sehen wollten, als daß desselben Kreises Stände, die bisher nicht wenig gelitten, aller weiteren Ungelegenheit entledigt sein könnten:

So werden wir doch anjetzo von dem Herzog von Friedland gehorsamlich berichtet, wasmaßen er aus unvermeidlichen Ursachen, ehe er sich bei uns weiteren Bescheides erholen können, für 8000 Mann die Musterplätze in Schwaben nothdringlich habe anweisen müssen."

Jene Worte, daß Wallenstein sich vor seiner Verfügung nach Schwaben hin nicht erst eines weiteren Bescheides habe erholen können, finden sich nicht in seinen Meldungen, sondern sind von dem Concipienten des kaiserlichen Schreibens in Wien hinzugefügt. Wallenstein hatte sich mit der allgemeinen Angabe der Nothwendigkeit begnügt.

Der Kaiser erklärt dann dem Herzoge Friedrich, daß unter diesen Umständen, wo die Truppen bereits im Marsche, von den zwei Übeln das geringere gewählt werden müsse, und hebt auch hier den Vortheil hervor, daß die Truppen nach der Musterung in Schwaben den Donaustrom herabwärts nach Oberösterreich gebracht werden können. „Damit aber, sagt weiter das kaiserliche Schreiben, die besorglich hieraus anwachsende Ungelegenheit und Schade so viel möglich verhütet werde, haben wir des Herzogs von Friedland L. mit allem Ernste auferlegt und befohlen, ohne allen Verzug die gewisse und unfehlbare Anordnung zu thun, damit das dort geworbene Kriegsvolk unsäumlich gemustert, in währender kurzer Zeit solcher Musterung gute Disciplin und Ordnung gehalten, der arme unschuldige Mann keineswegs wider Gebür beschwert und das Volk des ehesten von dannen abgeführt werde."

Was immer der Kaiser von solchen Ermahnungen hoffen mochte, nicht er regelte, was die Bevölkerungen den Truppen zu leisten hatten,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

noch auch die Landesobrigkeiten, noch auch erfolgte eine Vereinbarung der Commandanten mit den Landesobrigkeiten, sondern jene schrieben vor. „Entweder, gebot jener Herzog Franz Albrecht zu Sachsen, sind die Officiere und die Mannschaft, ein Jeder seinem Amte und seiner Condition nach, mit Speisen und Getränk zu unterhalten, oder dafür Geld zu zahlen, nämlich dem Hauptmanne wöchentlich 100 Gulden oder $66^2/_3$ Reichsthaler, dem Lieutenant die Hälfte. Franz Albrecht ging also höher als Wallenstein selber, der einem Lieutenant 35 Fl. wöchentlich zuwies. — Dem gemeinen Soldaten ist neben der Hausmannskost täglich für Trank und Servis ein Kopfstück ($^1/_3$ Fl.) zu reichen."

Was derartige Ansätze von Leistungen für die Bevölkerungen bedeuteten, und wie sie sich dagegen verhielten, haben wir aus den Klagen von Halberstadt und anderen Orten, namentlich aber aus den Darlegungen des Kurfürsten Johann Schweikard von Mainz bereits vernommen. In gleicher Weise strömten nunmehr, im Juni, die Klagen der Stände des schwäbischen Kreises bei dem Kaiser ein, nicht ohne die nahe liegenden Vorwürfe wohl erkennbar durchblicken zu lassen.

In der Frage der Musterung der Truppen im schwäbischen Kreise hatte also Wallenstein seinen Willen durchgesetzt, ohne zu seinem äußersten Mittel zu greifen, der Drohung mit seiner Entlassung. Dem Kaiser dagegen war das Nachgeben erleichtert worden durch die Aussicht auf die Verwendung jener Truppen gegen die aufständischen Bauern in Ober-Oesterreich. Um das Commando dieser Truppen bemühete sich der Präsident des Hofkriegsrathes, Graf Collalto. Dieser, anfangs beim Heere Wallensteins, hatte sich dann in Unfrieden von ihm getrennt. Aus den vielen scharfen Reden[1] Wallensteins gegen ihn ist der eigentliche Grund des Zwistes nicht mit Sicherheit zu entnehmen. Daß er persönlicher Art war, ergibt sich daraus, daß auch nicht einmal der Kaiser erfuhr oder nicht erfahren wollte, was zwischen den Beiden vorgefallen war, dagegen den Grafen Collalto aufforderte, seine frühere Stellung als Präsident des Hofkriegsrathes wieder zu übernehmen.[2] Dies geschah. Der Gedanke jedoch, daß Collalto das Commando über jene Truppen haben sollte, erregte Wallensteins Zorn. Am 26. Juni schreibt er an Harrach: „Nun versehe ich mich nicht zu J. M., daß Sie mich auf solche Weise despectieren werden; denn wenn das Kriegsvolk Einem untergeben werden

[1] Tadra 325, 327, 374 u. f. [2] Olmütz 263.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sollte, der es nicht versteht, dazu das Volk, so ich mit solcher harten Mühe auf meinen Credit zusammen gebracht habe: so müßte mir in der Grube leid sein, daß ich je einen einzigen Tritt in J. M. Diensten gethan habe." [1] Im Fortgange des Schreibens deutet er auf sein letztes Mittel hin, die Forderung der Entlassung.

Stärker noch drückt sich Wallenstein am selben Tage in einem Schreiben an den Grafen Trautmannsdorf aus.[2] Darin heißt es: „Berichte auch meinem Herrn, daß ich in Erfahrung komme, daß der Graf Collalto prakticiert, man solle ihm das Volk untergeben, das ich in Schwaben auf meinen Credit mit großer Mühe aufgebracht habe. Wird das geschehen, so will ich keinen Augenblick nicht bleiben; denn Jedermann würde dann urtheilen, daß er, Collalto, zuvor hätte Ursache gehabt, wegzuziehen. — — Zudem werden die Obersten ihm gewis nicht obedieren; denn sie kennen ihn. Darum bitte ich, mein Herr wolle mir nicht lassen das Unrecht anthun. Denn geschieht es, so ist es mir unmöglich, einen Augenblick länger zu bleiben, wenn es schon alla faccia dell'inimico wäre. Denn dadurch müßte ich sehen, daß J. K. M. diejenigen, die wohl dienen, despectieren, die aber übel dienen, recompensieren und hervor thun."

Der Verdruß Wallensteins über die Absicht der Ernennung Collaltos war im Steigen. Zwei Tage später schreibt er seinem Schwiegervater Harrach, daß er auch die Truppen in Schwaben nicht gegen die Aufständischen in Österreich verwenden lassen wolle. Er könne sie nicht entbehren. „Und wird man mir einen einzigen Mann davon wegnehmen, so müssen alle meine disegni interrumpiert werden und ich den Augenblick werde abziehen; denn ich könnte dem Kaiser nicht mehr nützlich und mir rühmlich dienen." [3]

Das Schreiben ist vom 28. Juni, aus Aschersleben. Dort stand Wallenstein seit Monaten, und verblieb noch ferner dort bis Ende Juli.

Ungeachtet wiederholter Schreiben in diesem Sinne drang Wallenstein doch nicht gleich durch. Der Fürst Eggenberg ließ ihm auf mittelbarem Wege sogar eine nicht willfährige Antwort zukommen. Darüber erging sich Wallenstein zu Harrach[4]: „Des Fürsten von Eggenberg Schreiben, so er dem Herrn Werda thut, schicke ich meinem Herrn wieder zu, aus welchem ich nicht allein die verhoffte Satisfaction nicht bekommen, sondern (welches) ich für einen guten, doch höflichen Stutz annehmen

[1] Tadra 374. [2] Kriegsacten F. 68. Das Schreiben ist ganz eigenhändig.
[3] A. a. O. 378. Ähnlich 382, 383. [4] A. a. O. 390. Vom 13. Juli.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

muß, und sehe gar augenscheinlich, daß man den Collalto im Lande ob der Ens gebrauchen will, welcher nachher seine Praktiken weiter treiben wird. Dieweil aber dann bei männiglich man dafür halten wird, daß er zuvor Ursache gehabt hat wegzuziehen: so müßte ich mit Schanden bestehen, und er wegen seiner begangenen Impertinenz Satisfaction bekommen. Itzunder bitte ich den Herrn: er wolle auf Mittel bedacht sein, wie ich meinen Abzug kann nehmen. Denn bei dem Gott, den ich anbeten thue, mir ist nicht möglich zu bleiben, dieweil ich mich übel tractiert sehe. Nehme der Kaiser vorlieb, daß ich ihm einen solchen exercitum aufgebracht, den er nie gehabt hat, und bis Dato hat er keinen Heller darauf angewandt."

Es war das fünfzehnte[1] Mal, daß Wallenstein durch seinen Schwiegervater Harrach dem Kaiser seine Entlassung in Aussicht stellte. Der Hinweis schlug auch dies Mal durch. Der Plan des Commandos über jene Truppen für Collalto sank unter. Wallenstein dagegen erhob keinen Einspruch mehr gegen die Verwendung derselben in Ober-Oesterreich.

Das eine Beispiel mag genügen, darzuthun, wie Wallenstein seinen Willen durchsetzte auch in Angelegenheiten rein persönlicher Art.

Ungleich wichtiger ist das Verhalten im Allgemeinen, wie wir es aus der klagenden Schilderung des Kurfürsten Johann Schweikard von Mainz vernommen haben. Wallenstein gibt Werbepatente aus nach seinem Ermessen. Er weist die Lauf-, die Musterplätze an. Er fragt nicht zuvor die Landesobrigkeiten. Wallensteins Werbepatent in der Hand eines Obersten ist der Freibrief, der ihn hinaushebt über die Landesobrigkeit, ihn zum Herrn des Landes macht. Er schreibt vor, was die Einwohner ihm zahlen sollen, und nimmt, was sie nicht freiwillig leisten, mit Gewalt. — Wallenstein selber hat später einmal, nachdem er sich mit jenem Collalto wieder vertragen und ihn doch als brauchbar für sich befunden hatte, diesem gegenüber sein System in die Worte gekleidet: „Der Herr Bruder mache es, wie ich es zu Anfang habe machen müssen: Capite, rapite!"[2]

Dem Sinne des gütigen, frommen Kaisers Ferdinand II. entsprach das wahrlich nicht. Es liegen von ihm unzählige Mahnungen an Wallenstein zur Schonung vor. Jedoch alle diese Mahnungen werden durch-

[1] Tadra 301, 324, 325, 326, 327 zweimal, 330. 332, 336, 362, 374, 376, 377, 385, 391.

[2] Chlumecky 135.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

löchert durch die hinzugefügte Clausel: „So weit immer möglich." Dagegen findet sich nicht — und dies ist durchschlagend — daß auf jene Mahnungen der Kurfürsten von Mainz und Bayern der Kaiser und seine Räthe mit Ernst und Nachdruck darauf ausgegangen sind, das System und das Princip zu ändern. Sie konnten es nicht; denn die Person Wallensteins verkörperte das System und das Princip. Und diese Person Wallensteins erschien ihnen unentbehrlich.

Dennoch darf und muß dabei immer wiederholt werden, daß nicht von Anfang an dem Kaiser und seinen Räthen dies System in seiner vollen Furchtbarkeit vor Augen gelegen hatte. Der Kaiser hatte für die Entlohnung des im Sommer 1625 geworbenen Heeres gehofft auf den Ersatz der Kriegskosten. Erst als man zu Ende Januar in Braunschweig diese Forderung fallen lassen mußte, und dann Wallenstein erklärte, daß er die Mittel für die Satisfaction des Heeres wohl finden werde, ließ sich das System in voller Klarheit erkennen. Denn, daß Wallenstein später, im Juli, zu einer Zeit, wo der Feind ungebrochen mitten im Reiche stand, noch wieder von einem Ersatze der Kriegskosten als einer Bedingung für den Frieden redete,[1] war entweder Prahlerei, oder gleichbedeutend mit der Erklärung den Frieden nicht zu wollen. Weil, wie im Sommer des Jahres 1626 die Dinge lagen, dem Kaiser und seinen Räthen ihr Feldherr Wallenstein und sein Heer für unentbehrlich galten, so setzte auf Grund dessen in zweifelhaften Fällen Wallenstein, der Regel nach, seinen Willen durch. Wenn andere Mittel zu diesem Zwecke versagten, so gab die Drohung mit seiner Entlassung endlich doch den Ausschlag. Er selber prägt seine Stellung, wie er sie haben wollte, in seiner Weise aus mit den Worten: „In Summa, will man mich beim gusto erhalten, so lasse man mich machen; denn ich unterlasse gewis nichts, was zu Nutz Ihrer Majestät gereicht. Dächte ich so viel an meiner Seelen Seligkeit als an des Kaisers Dienst, so käme ich gewis in kein Fegefeuer, viel weniger in die Hölle."[2]

In besonderer Weise wußte Wallenstein die Meinung von seiner Unentbehrlichkeit in Wien zu nähren durch unabläßigen Hinweis nicht bloß auf wirkliche Gefahren, sondern auch auf solche, die nach seiner Behauptung eintreten konnten. „Wird der Feind im wenigsten einen einzigen guten Progreß bekommen, so versichere ich meinem Herrn, daß sich das ganze Reich gegen uns movieren wird."[3] Derselbe Gedanke in

[1] Tadra 402. [2] A. a. O. 366. Vom 3. Juni.
[3] Tadra 394. Vom 14. Juli. Ferner 397, 418.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dieser oder jener Form des Ausdruckes, kehrt häufig bei ihm wieder, und fordert darum ein näheres Eingehen.

Wider den Kaiser standen mit dem Dänenkönige, der von England, Frankreich, Holland für seinen Krieg bezahlt wurde, im Jahre 1626, nur die geringe Zahl der von dem Dänen bethörten Fürsten, und ein Theil des niederen Volkes, welches nicht wußte was es that. Dagegen waren die conservativen Corporationen aller derjenigen Länder, die unter dem Kriegesdrucke standen, die Ritter- und Landschaften, die Magistrate der Städte in Hessen-Cassel, in Braunschweig, in Lüneburg, in Mecklenburg, durchweg kaiserlich gesinnt. Wir haben die Kundgebungen vernommen, welchen Vortheil in den Meinungen der Niedersachsen Wallenstein über Tilly dadurch hatte, daß jener als der eigentliche kaiserliche Feldherr erschien, dieser als der bayerische. Weiter haben wir gesehen, wie der Dänenkönig dies Verhältnis auszunutzen wußte. Ferner haben wir die Darlegungen von Fürstenberg und Ruepp vernommen, daß die Herstellung Tillys als des ersten kaiserlichen Feldherrn den Gegnern einen starken Vorwand des Krieges benehmen werde. Endlich haben wir beobachtet, daß selbst da, wo die Kreisgesandten in Braunschweig den Bruch ankündigen, sie in ihren Worten sich verwahren, dem Kaiser als „dem christlichen von Gott vorgesetzten Haupte und Brunnquell aller weltlichen Ehre, Würde, Herrlichkeit und Gerechtigkeit," nicht zu nahe zu treten. — Ob die Worte aufrichtig waren oder nicht, um des christlichen Volkes willen meinte man so reden zu müssen. Denn der Name des römischen Kaisers als des weltlichen Hauptes der Christenheit stand noch in voller Kraft. Ihm als der höchsten Obrigkeit auf Erden galt das sonntägliche Kirchengebet, ob katholisch, ob nicht-katholisch, in allen Kirchen des Reiches. Und dieser Anschauung entsprach die äußerliche Bezeugung der Ehrfurcht vor dem kaiserlichen Namen überhaupt. Heben wir dies an einem besonderen Beispiele hervor.

Im April beschloß der Kaiser in den großen Städten von Niedersachsen die Abberufung der Unterthanen des Reiches von dem Feindesheere durch einen eigenen Herold zu verkünden. Dieser traf bei Wallenstein in Aschersleben ein. Von dort aus ließ Wallenstein den in seine Amts-Gewänder gekleideten Herold durch drei Compagnien Reiter bis an die Thore von Magdeburg geleiten, am 6. Juni.[1] Über den weiteren

[1] Tadra 369. Vgl. Neubauer 67.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Verlauf berichtet Wallenstein mit folgenden Worten: „Der Herold ist in Magdeburg mit großer Solennität und Submission empfangen und angehört worden. Der Rath ist ihm bis unter das Thor entgegen gekommen, hat alsdann mit entblößten Häuptern ihn vor des Kaisers Otto Grabstätte geleitet, und wie er das Edict publiciert, so hat es geregnet, der Rath aber sammt der Gemeine mit entdeckten Häuptern gestanden. Alsdann hat man den Herold aufs Rathhaus geführt, dort niedergesetzt und eine lange Oration an ihn gethan. Darauf haben sie ihm wollen ein Bankett halten, er aber, dieweil drei Compagnien Reiter auf ihn gewartet, hat nicht bleiben wollen, sondern wiederum in seinem Habit also von ihnen begleitet sich hinaus begeben. Den Reitern haben sie Futter, zu Essen und zu Trinken hinaus gebracht. Itzunder habe ich ihn auf Goslar geschickt: dieselben sind aber zuvor gar gut kaiserlich."

Diesen Worten entsprach der Empfang in Goslar. Der Herold ritt dort ein, begleitet von einem Pauker und fünfzehn Trompetern, mit einem Gefolge von hundert Reitern. „Der Herold und dessen Gefolge wurden herrlich tractiert, nach kurzem Aufenthalte mit Lösung von drei Stücken dimittiert und von reitenden Bürgern eine halbe Stunde weit begleitet." [1]

Ungeachtet jener loyalen Kundgebung der Stadt Magdeburg vor dem Namen des Kaisers versuchten dennoch Christian Wilhelm und Johann Ernst von Weimar persönlich die Bürgerschaft zu verleiten, und zwar, wie üblich, mit dem Rufe des Religionskrieges. Der Versuch mislang. Jedoch fügt Wallenstein seinem Berichte darüber hinzu: „Ob nun wohl der Rath daselbst sich in E. K. M. Devotion standhaft erzeigt, so ist doch der gemeine Pöbel sehr widerspenstig und aufrührerisch." Wallenstein räth daher, die Stadt Magdeburg besonders zu versichern, daß es kein Religionskrieg sei.[2] Der Kaiser befolgte den Rath. Am 24. August entbot er der Stadt Magdeburg: „Ihr habt bei Euch selber vernünftig zu erachten, wie übel und unbillig uns beigemessen wird, daß unsere im niedersächsischen Kreise nothgedrungen angestellte Kriegsverfassung das Ansehen eines Religionskrieges haben soll, sintemal wir niemals noch nicht gedacht, weniger jemals entschlossen gewesen, des H. Reiches heilsame Satzungen und den aufgerichteten hochbetheuerten Religions- und Profan-Frieden einiges Weges zu schmälern, oder irgend eine Stadt des Reiches zur Ungebür dawider zu beschweren, vielmehr aber bei demselben

[1] Havemann II, 645. Aus einem Goslar'schen Miepte.

[2] Friedensacten F. Ga. Vom 4. Juli.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

alle und jede getreue Städte des Reiches, auch bei allen anderen Privilegien und Freiheiten zu schützen und zu handhaben, allermaßen wir uns dessen mehrmals erklärt, insonderheit aber bald nach der entstandenen Unruhe im niedersächsischen Kreise, dies allen Fürsten und Ständen zum öftern ausgesprochen und sie dessen bei unserem kaiserlichen Worte versichert haben." [1]

Die Zusicherung des Kaisers an die Stadt Magdeburg hat uns weiter fortgeführt. Kehren wir zurück zu der Hauptsache, so ergibt sich, daß, wenn auch die niedere Bevölkerung anderen Einflüssen zugänglich war, die höheren und leitenden Schichten der menschlichen Gesellschaft doch sich durchweg kaisertreu verhielten.

Eben darum auch muß geschlossen werden, daß jene Behauptung Wallensteins von einer feindseligen Gesinnung der Angehörigen des Reiches wider den Kaiser im Jahre 1626 nicht begründet war. Dagegen war es, wie der alte treue Mainzer Kurfürst Johann Schweikard vorausgesagt, unvermeidlich, daß in den Gemüthern der Fürsten und der Völker, über welche das Kriegsvolk unter dem Namen des Kaisers kam wie über Feinde, andere Gefühle aufwuchsen als diejenigen der Ehrfurcht und der Zuneigung. Wallenstein fand nicht eine solche Stimmung vor, wie er sie häufig schildert, sondern sie keimte erst unter dem Drucke seines Thuns, seiner Habgier, seiner Herrschsucht.

Die Darlegungen Wallensteins haben gezeigt, in welchem Lichte er in Wien angesehen werden wollte. Geringer als von sich und den eigenen Leistungen war die Meinung, die er über Tilly dahin verkündete. [2] „Der Herr Tilly, meldet er seinem Schwiegervater Harrach, am 3. Juni, ist mit seiner Armee also abkommen, daß ich mich besorgen thue, daß (es) einmal wird dürfen seltsam abgehen. Denn er ist der bayerischen Commissarien Sclave, und muß wider ragion travaglieren und die Armee consumieren, und ist nicht ohne, daß er wegen seiner tapferen Thaten bei der Welt glorioso ist; wegen der Patienz aber, so er mit denen Hundsföttern muß haben, wird (er) bei Gott coronam martyrii erlangen. Er befindet sich derzeit im Stifte Paderborn: seine Armee ist nicht allein abkommen, sondern ganz schwierig, und die Meisten wollen ihre resti im Stiche lassen, auf daß sie könnten ledig werden. Die Franzosen und die, so più di consciencia larga, sind also von sich selber weggeritten.

[1] A. a. O. F. 6b. [2] Tadra 364.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In Summa, der gute Alte, er befindet sich in ziemlich travaglioso statu. Er ist aber nicht selbst schuldig daran, sondern die, so ihn den vorigen Sommer, den vergangenen Winter, auch diesen Frühling haben machen unnöthig travaglieren und um umsonst die Armee consumieren. In Summa, er hat gethan, was sein Herr befohlen, welcher nicht gern Geld umsonst ausgibt. Vielleicht macht man Frieden: so hat er den Nutz davon, daß er desto weniger wird zu zahlen haben."[1]

Auch dies Zerrbild, in welchem man in Wien, nach der Absicht Wallensteins, Tilly und Maximilian erblicken sollte, läßt die Grundzüge erkennen. Ob oder in wie weit die Zeichnung der Wirklichkeit entsprach, werden die ferneren Thatsachen ergeben. Bemerkenswerth indessen ist namentlich die hier wie oft sich kund gebende Neigung Wallensteins, nach Wien hin in unfreundlicher Weise über den Kurfürsten von Bayern zu reden. In Anlaß des Bauernaufstandes in Oberösterreich kommt er später sogar zu dem Ausdrucke: „Wir sehen, was für schöne Assistenz wir aus Bayern bekommen, dessen wegen allein wir diese Ungelegenheiten haben, vor drei Jahren und itzunder im Lande ob der Ens."[2] Was hier Wallenstein mit der Angabe der drei Jahre meint, ist, wie so Vieles in seiner abgebrochenen Redeweise, schwer zu errathen. Aber die Worte konnten so ausgelegt werden, daß überhaupt an der Fortdauer des Krieges Bayern die Schuld trage.

14. Der weitere Feldzug Tillys, im April, Mai und Juni 1626.

Wir haben Tilly verlassen, nachdem er die Bergwerke des Harzes gegen die wilde Zerstörungslust des Herzogs Christian d. J. geschützt. Dann rief die Gefahr für Westfalen ihn westwärts. Johann Ernst von Weimar stand im Fürstenthume Osnabrück, seine Reiter streiften nach Münster und Paderborn. Tilly fürchtete, daß Johann Ernst mit den Holländern sich gegenseitig die Hand reichen würde. Deshalb bat er die Infantin, dort zu wehren und zu helfen.[3] Aber auch er selbst näherte sich. In der Wirklichkeit hatte indessen Johann Ernst nicht viel erreicht. Die erzwungene Wahl des dänischen Prinzen zum Coadjutor fand, wie die Cassation derselben durch den Kaiser mit Sicherheit zu erwarten stand, so auch an sich selber geringen Anklang. Das niedere Volk der Stadt Osnabrück lauschte auch dort wie überall auf das Wortgepränge von Religion und Freiheit: der Rath der Stadt dagegen, die Ritterschaft,

[1] Tadra 364. [2] A. a. O. 408. [3] Villermont, Tilly II, 353.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die nicht minder fast ganz nicht-katholisch war, betheuerten damals und später oft ihre treue Gesinnung für Kaiser und Reich. Es liegt kein Grund vor, an der Wahrheit dieser Betheuerung zu zweifeln, eben so wenig wie bei Wiedenbrück, welches vorübergehend in der Gewalt der Dänen war.[1] Die Stadt Osnabrück dagegen ließ den Herzog Johann Ernst nicht ein. Sie zahlte ihm eine Brandschatzung, weil sie nicht anders konnte. Als Anholt im Auftrage Tillys herandrängte, wich Johann Ernst zurück. Bleibendes hatte er nicht errungen.

Der nächste Auftrag des Kaisers und des Kurfürsten Maximilian wies Tilly abermals nach Hessen-Cassel, wo der Landgraf Moritz einer günstigen Gelegenheit harrte, sich mit dem Dänenkönige oder dem Herzoge Christian d. J. zu vereinigen. Dennoch meinte Moritz, ungeachtet alles dessen was geschehen, nicht erkannt zu werden. Auf eine Mahnung des Kaisers an seine Pflicht als Reichsfürst, vom 10. Januar, antwortete er am 18. Februar: er habe daraus „mit sonderbarer Gemüthsbestürzung" vernommen, daß er abermals von seinen Widerwärtigen verunglimpft sei, wider alle Wahrheit, im Besonderen, daß er für Mansfeld und für Christian werben lasse. Er bittet, der Kaiser wolle wieder sein allergnädigster Herr sein und seinem Lande die Last der Einquartierung abnehmen.[2]

Zugleich war Moritz thätig nach allen Seiten. Bei den Generalstaaten jedoch, die wohlbedächtig zu erwägen pflegten, was einer für sie leisten könne oder wolle, drang er niemals recht durch. Moritz war Reichsfürst, hatte etwas zu verlieren, und auf solche Persönlichkeiten war, wenn sie in Gefahr kamen, für die Hochmögenden kein sicherer Verlaß. Nicht immer durften sie hoffen, einen geistig beschränkten Friedrich von der Pfalz oder einen tollen Herzog Christian zu finden. Dazu setzte Moritz in einem Gesuche um eine Anleihe seinen Namen vor die Anrede an die Generalstaaten. Sie ließen seinem Gesandten Hermann Wolf das Schreiben als ungewöhnlich zurückstellen. Auch der Sohn des Landgrafen erlangte nichts.[3]

Mit größerer Hoffnung schauete Moritz aus nach Frankreich, von wo, wie er selber an Ludwig XIII. schrieb, ihm wiederholte Zusicherungen der Hülfe und des Schutzes zugekommen waren. Er pries den Cardinal Richelieu als denjenigen, „dem allein wir die weisen Rathschläge und

[1] Anlage XXIV der ersten Ausgabe. [2] Kriegsacten F. 67.
[3] Aitzema II, 119 (121).

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

deren Erfolge verdanken, durch welche Frankreich seit einiger Zeit sich den Freunden liebenswerth, den Feinden furchtbar gemacht hat." Auf die ruhmreichen Thaten des Cardinals bauete Moritz die Bitte, daß derselbe auch ihm behülflich sein werde in den besonderen Angelegenheiten des hessischen Hauses, das so große Verdienste um Frankreich habe.[1]

Moritz ließ es nicht bei Briefen bewenden. Im März 1626 war ein hessischer Edelmann von der Partei des Moritz in Paris. Moritz machte den Vorschlag, daß die Franzosen die günstige Gelegenheit benutzen möchten, sich auf die Unterpfalz zu werfen. In diesem Falle erbot nicht bloß er selbst mit der Kraft seines ganzen Landes sich zur Mithülfe, sondern fügte die Versicherung hinzu, daß auch andere Fürsten sofort sich erklären und mit den Franzosen sich vereinen würden.[2] Er versprach seine Festung Rheinfels ihnen offen zu halten.[3] — Moritz mochte nicht wissen, daß der Cardinal Richelieu einstweilen nur mit dem Geldbeutel, nicht mit den Waffen, seinen Krieg gegen Kaiser und Reich führen wollte. Eine französische Hülfe blieb aus.

Dagegen gelang es dem Landgrafen Moritz, am 4./14. April einige Deputierte von Städten seines Landes zu dem Beschlusse einer Defension zu einigen, den er dann einen Landtagsabschied benannte.[4] Aus der Ritterschaft war kein Name betheiligt. Der Landgraf entsandte dies doch immer noch vorsichtig genug gehaltene Actenstück an den Dänenkönig, mit der weiteren mündlichen Versicherung, „daß er als ein unverfälschter, redlicher Fürst neben seinen treu gebliebenen Ständen und Unterthanen alles Mögliche für den König aufsetzen wolle."[5]

Christian IV. sandte seinen Neffen, den Herzog Christian d. J., mit dessen Reiterschaaren. Moritz meinte eine besondere Fügung Gottes darin zu erkennen, daß ein Nachkomme desselben Herzogs von Braunschweig, den einst der Landgraf Philipp bekriegt, nun einem Landgrafen von Hessen helfen solle. Anders dachte die hessische Ritterschaft. Christian hatte einen Anschlag gemacht, ein kaiserliches Regiment in seinen Quartieren im Hessenlande zu überfallen.[6] Einige hessische Adlige gaben dem Obersten davon Kunde, und der Anschlag ging fehl. — Auch war die Unterstützung, welche der Herzog dem Landgrafen brachte, nicht eine solche, wie Moritz sie wünschte. Christian eilte an der Spitze von 3000 Reitern hierin und dorthin, zerstörend und verderbend; aber etwas Bleibendes

[1] Rommel VII, 621. [2] Beilage XXVI zur ersten Auflage.
[3] Aretin, Bayern usw. UB. 169. [4] Rommel VII, 693. [5] A. a. O. 625.
[6] Theatrum E. I, 1030.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auszurichten war er nicht im Stande. Das gefiel Moritz nicht. Sie wurden lau gegen einander. Christian forderte den wollenden, aber nicht dürfenden Moritz wegen seines Wankelmuthes vor den Richter der Lebendigen und der Todten.[1] Man sieht, wie selbst unter einander diese Eiferer ihre Redeweise nicht vergaßen. Moritz hatte doch diesmal einigen Grund, dem Begehren des Christian nicht zu willfahren. Er erwiederte: was Christian von ihm verlange, die heimliche Aufhebung des Herzogs von Holstein im kaiserlichen Heere, sei wider das Völkerrecht. Er beklagte sich gegen seine Räthe, daß Christian aus Mangel an Fußvolk sich immer vor dem Feinde verstecke.

Die Berichte des Herzogs Christian über den Mangel an Entschlossenheit bei dem Landgrafen dürften auch den König von Dänemark etwas zurückhaltend gemacht haben. Dennoch war es dem Landgrafen Ernst. Am 11. Mai berichtet Tilly der Infantin, daß in Hessen 3000 Mann für Christian angeworben seien; ferner für einen Grafen Solms 4000 Mann.[2] „Sie haben sämmtlich zu Cassel die Musterung passiert. Der Landgraf hat sich vor dem Kaiser noch immer einen devoten Fürsten genannt; aber er tritt auf als unser offener Feind."

Bereits im April war an Tilly der kaiserliche Befehl gelangt, den Landgrafen zu entwaffnen und die dem Reiche getreue hessische Ritterschaft außer Gefahr zu setzen. Nachdem Tilly den Herzog Christian aus Hessen wieder hinaus gescheucht, forderte wie das Gebot des Kaisers so auch die eigene Sicherheit, nicht den Landgrafen bewaffnet im Rücken zu haben. Bevor er jedoch zu dieser Aufgabe der Entwaffnung des Moritz schritt, lag ihm die andere näher, sich der Stadt Münden an der Werra zu versichern.

Das ablehnende Verhalten der Stadt Münden im Sommer zuvor auf die dänische Forderung, das Hauptquartier dahin zu legen, hat uns gezeigt, daß der Rath über diesen Krieg ähnlich dachte, wie überhaupt alle conservativen Corporationen in Niedersachsen. Das Bestreben derselben ist dahin gerichtet, wenn möglich, nicht mit verwickelt zu werden, also namentlich Besatzungen abzulehnen.

Dagegen wünschte eben so wie der Däne, so auch Tilly Besatzungen in die Städte zu legen. Am 30. December 1625 schrieb er darüber dem Kurfürsten Maximilian: „Ich habe zwar verschiedene Orte besetzt,

[1] Rommel VII, 627. [2] Villermont, Tilly II, 356.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

jedoch keinen, auf welchen ich, im Falle eines Unglückes, mich zurückziehen könnte. Westwärts wären sie zu finden; aber dort sind der Landgraf Moritz und die Holländer. Für einen Rückzug bedürfte ich der Städte Northeim, Göttingen, Münden an der Werra und Minden an der Weser, wenn ich diese Städte zur Obedienz bringen könnte. Gestalten ich denn jetzt damit umgehe."[1] — Es gelang ihm nur mit Minden an der Weser. Die Stadt gehörte damals dem Herzog Christian dem Älteren zu Celle als Fürstbischof, welcher, kaisertreu, zugleich mit Tilly auf besonders freundlichem Fuße stand. Die anderen drei Städte gehörten zum Lande des Herzogs Friedrich Ulrich, welcher thatsächlich, wenn auch rechtlich ungültig, zu Ende Januar seinen Bruder Christian d. J. zum Statthalter ernannt hatte.

In der Besetzung jener drei Städte kam Christian d. J. zuvor. Es liegt darüber ein Bericht des Oberamtes in Heiligenstadt vor, vom 28. April, an den Landesherrn, den Kurfürsten Johann Schweikard von Mainz.[2] „Der Herzog Christian d. J. ist mit etlichen tausend Mann zu Roß und Fuß über Münden nach Göttingen gelangt, hat diese zwei Städte, wie dann auch Northeim, besetzt, und daraus in das hiesige Ew. K. Dt. Land, das Eichsfeld, mit Streifen, Rauben, Plündern, Hinwegtreiben des Viehes, Niederhauen der armen Unterthanen, Brennen und Anstecken von Klöstern, Flecken und Dörfern, alle Grausam- und Feindseligkeiten verübt." Der Bericht zählt die Namen der Ortschaften auf, welche in Asche liegen oder zum Theile noch brennen. „Es hat auch der Herzog Christian an den Ausschuß der Ritterschaft und die zwei Städte Heiligenstadt und Duderstadt drei besondere Schreiben gleichmäßigen Inhalts durch einen Trompeter in Duderstadt überliefern lassen. Darin begehrt er, daß man ihm inner vierundzwanzig Stunden die an den hierbevor — im Jahre 1622 — versprochenen 100,000 Reichsthalern noch rückständigen 30,000 entrichten und abstatten solle, mit anhangender Bedrohung, im Gegenfalle mit den schärfsten und äußersten Executionsmitteln zu verfahren. Beide Städte, eine jede besonders, haben die schriftliche Vorantwort ertheilt, daß sie mit den anderen Ständen über diese schwere Sache sich besprechen würden. Die Ritterschaft hat dem Recepisse diese Worte einverleibt: der Herr General Graf Tilly werde die gehörige Antwort zu stilisieren wissen."

[1] Kriegsacten F. 66. [2] A. a. O. F. 68.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Meldung erging auch direct nach München. Bereits am 4. Mai schrieb dann Maximilian an Johann Schweikard: „Ich habe an Tilly Befehl ergehen lassen, die Städte Münden, Göttingen, Northeim, von deren Besatzungen hauptsächlich dieser Schade verübt wird, in seine Gewalt zu bringen.“ [1] Dies war der eine Grund des Befehls zunächst gegen Münden: als den anderen hebt später Maximilian hervor, daß Münden die Verbindung Christians d. J. mit Hessen offen hielt und den Rücken Tillys unsicher machte. [2]

Bevor Tilly ein Lager vor Münden aufschlug, ließ er durch Abgeordnete einen Accord und Pardon anbieten, wenn die Stadt fortan in des Kaisers Devotion verharren wolle. Seine Abgeordneten wurden mishandelt und ermordet. Das bewog ihn vor die Stadt zu ziehen und am Sonnabend vor Pfingsten, am 27. Mai / 6. Juni, drei Lager um die Stadt zu schlagen: das eine in der nordwärts gelegenen Vorstadt, welche die Besatzung selbst verbrannt hatte, die Blum genannt, ein anderes auf der Spitze vor der Stadt, wo die Ströme sich vereinigen, das dritte auf dem Galgenberge, wo Tilly selbst sein Quartier nahm. Die Besatzung bestand aus 800 Mann, Tilly lag davor mit 8 Regimentern, also mit starker Übermacht. Tilly hatte die Gewohnheit, die wir ihn jederzeit beobachten sehen, belagerte Städte mindestens dreimal aufzufordern. Er schickte deshalb am Sonnabend, dem 6. Juni, abermals einen Trompeter. Die Antwort war verneinend.

Am ersten Pfingsttage berief der Bürgermeister Mengerssen den Rath und eröffnete seine Ansicht. [3] Ein Entsatz sei nicht zu erwarten. Dagegen stehe im Falle der Erstürmung der gänzliche Untergang der Stadt und Bürgerschaft bevor. Deshalb erfordere es die hohe Nothdurft davon zu reden, wie der Gefahr zu begegnen sei, damit die Bürger selbst, ihre armen Weiber und Kinder errettet werden könnten. Der Rath erwog die Frage und entschied sich dahin: man wolle, um einen Accord zu erlangen, an den General Tilly eine demüthige Bitte ergehen lassen. Während sie redeten, trat der dänische Commandant Lawis oder Lauch herein und nahm sogleich das Wort. Wenn Rath und Bürgerschaft, erklärte er, gemeint sein sollten, sich mit Tilly in einen Accord einzulassen, so werde er das nicht zugeben. Dieser Platz sei ihm anbe-

[1] Kriegsacten F. 68. [2] Gindely, Waldstein I, 214.

[3] Vaterländisches Archiv von Spiel und Spangenberg. Jahrgang 1832 und 1837. Damit zu vergleichen das in den Forschungen zur d. Geschichte I, 128 abgedruckte Flugblatt. Dasselbe fast wörtlich auch bei Meteren III, 453.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

fohlen und er habe darauf Eid und Pflicht geleistet. Der Rath solle noch einen Tag oder einige das Werk ansehen und die Bürgerschaft zur Standhaftigkeit ermahnen.

Lawis mochte immerhin ein entschiedener, thatkräftiger Mann sein; aber er hatte dazu noch einen wichtigen, persönlichen Grund: er war ein Deserteur und demgemäß erwartete ihn der Strang. — Es ist endlich sowohl nach der Sachlage, als nach der folgenden Entwickelung bis zur Gewisheit wahrscheinlich, daß damals die Mehrzahl der Einwohner bereits geflohen war.

Wie immer dem sei, in dem Rathe der Stadt Münden erhob sich gegen jene Worte des Obersten Lawis auch nicht Eine Stimme. Sie alle fügten sich schweigend.[1]

Unterdessen feuerten den ersten Pfingsttag über die Geschütze von beiden Seiten. Namentlich ließ der Graf Fürstenberg von der Blum und den Höhen aus, die nordwärts am rechten Ufer der Werra die Stadt überschauen und beherrschen, seine Kanonen nicht ruhen. Am Montag Morgen glaubte Tilly einen wirksamen Eindruck gemacht zu haben, und schickte abermals einen Trompeter mit der Aufforderung der Übergabe. Der Commandant ließ die Mitglieder des Rathes herbeirufen und gab in deren Beisein dem Trompeter die Antwort: der Platz sei ihm vom Könige anvertraut und befohlen. Er wolle seinem Eide und seiner Pflicht getreu sein. Denn wenn er einen mit allem Kriegsbedarf so wohl versehenen Ort so leichtfertig aufgäbe: so verdiene er an dem höchsten der Bäume, die da herum ständen, aufgehängt zu werden. Der General Tilly würde in gleichem Falle ebenso handeln. Der Magistrat habe nichts damit zu thun. Der Commandant sei Meister der Stadt, und Magistrat und Bürger müßten nach seiner Geige tanzen.

Der Rath der Stadt hörte das mit an. Er kannte seine Lage. Daß die von den Höhen ringsum beherrschte Stadt gegen die Belagerer unhaltbar sei, lehrte der Augenschein. Der Rath hatte seine Meinung in diesem Sinne durch seinen Beschluß des vorigen Tages kund gethan. Diese Meinung konnte seitdem sich nur befestigt haben. Der Rath wußte, daß eine Hülfe, ein Entsatz nicht möglich war. Und dennoch wagte auch nicht Ein Mitglied dieses Rathes im Interesse der eigenen Stadt, des eigenen Heerdes, und des eigenen Lebens seine Stimme zu erheben gegen den dänischen Obersten! Sie alle schwiegen. Der Trompeter ritt fort, und die Besatzung höhnte ihm mit Schmähreden nach.

[1] Willigerod 252.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Pfingstmontag verstrich, ohne daß irgend etwas von Bedeutung unternommen wurde. Es ist möglich, daß Tilly abwartete, ob noch wenigstens dann die Bürger zur Besinnung, zum Aufraffen kommen könnten. Am Dienstage früh um fünf Uhr begann das Feuer aus zwölf großen Kanonen. Tilly gebot einen Mauerbruch so weit zu legen, daß zur Schonung der Mannschaft ein ganzes Regiment auf einmal stürmen könne. Der Bruch ward gelegt. Kein Zeichen einer Willigkeit zur Übergabe von Seiten der unglücklichen Stadt gab sich kund. Nach Allem, was vorangegangen, durfte der kaiserliche Feldherr nur annehmen, daß der Rath und die Bürgerschaft mit dem Commandanten desselben Sinnes seien. Auch so noch harrte Tilly. Wenn erst der Sturm befohlen war, lag das Zurückhalten nicht mehr in seiner Macht. Nach dem Rechte des Krieges gehörte die Beute der eroberten Stadt den Stürmenden. Der Tag verging. Die Sonne sank. Kein Trompeter erschien, keine Bitte irgend welcher Art ward laut.[1] Gähnend lag der Mauerbruch da.

Am Abend des 8. Juni um 9 Uhr setzt der Graf Fürstenberg von der Blum herab mit zwei Regimentern durch die Werra. Er dringt in den Mauerbruch. Die Besatzung leistet mannhafte Gegenwehr. Sie kann nur verzögern. Innerhalb einer Viertelstunde sind die Ligisten in der Stadt. Auch da noch finden sie Widerstand. Auf dem Kirchhofe haben die Dänen sich verschanzt. Als sie auch da sich nicht mehr halten können, weichen sie auf das Schloß, um abermals sich zu vertheidigen. Ringsumher häufen sich auch dort die Leichen, bis endlich alle erlegen sind. Dem Obersten Lawis gibt auf sein Geheiß der eigene Diener den Todesstoß.

War schon diese zwecklose Vertheidigung eines unhaltbaren Platzes geeignet die Wuth der Sieger zu reizen: so geschah das noch mehr durch die Art und Weise. Nachdem die Stadt erstürmt, näherten sich die anderen kaiserlichen Truppen den Thoren. Vor dem südlichen Brückenthore stand ein Geschütz, bei welchem ein Bürger Constabel war.[2] Er hatte dasselbe mit Radnägeln und ähnlichen Sachen voll geladen. Als das Thor sich eröffnete, als die Kaiserlichen einmarschierten, feuerte der Bürger dies Geschütz in den dichten Haufen. Das Jammergeschrei der vielen Getroffenen verkündete die Wirkung. Also meldet ein Bericht. Ob der Berichterstatter, der dann über die Wuth der kaiserlichen

[1] Adlzreitter 156. [2] Willigerod 255.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Soldaten klagt, auch wohl erwogen haben mochte, welche Wirkung das Abfeuern dieses Geschützes moralisch haben mußte?

Dazu kam nach einigen Berichten noch ein besonderer Umstand. Der Pulverthurm bei der Aegidienkirche fing Feuer und zersprang gegen Tagesanbruch mit schrecklichem Krachen. Wer hatte es gethan? Der Bericht, der es uns erzählt — ob von einem Augenzeugen oder nicht, ist nicht mit Sicherheit zu sagen — mißt die Schuld der Unvorsichtigkeit kaiserlicher Soldaten bei. Es wäre nicht unglaublich; aber eben so nahe läge die Vermuthung, daß die Sieger darin eine That der Verzweiflung der Bezwungenen gesehen. Als das schreckliche Krachen verhallte, sah man nach diesem Berichte Tilly und Fürstenberg auf der langen Straße in Münden halten. Der letztere rief in leidenschaftlichem Zorne: „Haut die rebellischen Hunde alle nieder!" Auch das würde nach dem Vorangegangenen keineswegs unwahrscheinlich sein. Jedenfalls ist gewis, daß nicht alle niedergehauen sind.

Immerhin war das Blutvergießen groß genug. Auch Frauen, die den Soldaten entgegen liefen, um ihre Männer zu erretten, fielen der Wuth zum Opfer.[1] Es wird berichtet, daß die Zahl der Leichen in Allem 2260 gewesen sei.[2] Nun bestand allein die Besatzung aus 800 Mann. Sie waren sämmtlich gefallen, dazu 269 kaiserliche Soldaten.[3] Rechnen wir diese ab: so sind 1200 Bürger und Bauern umgekommen. Die Zahl ist noch immer groß genug; doch reicht sie nicht hin, von einer Vernichtung der ganzen Bevölkerung zu reden. Obwohl der Kriegesstand fortdauert, sehen wir im Jahre 1627 den Bürgermeister von Münden mit einem Prälaten und einem Ritter in einer besonderen Commission für die Landschaft Calenberg.[4] Vier Jahre später finden wir die Stadt Münden im Streite mit dem Landgrafen von Hessen über das Stapelrecht.[5] Mithin bestand die Stadt fort, zumal da sie bei der Erstürmung nicht erheblich durch Brand beschädigt war.

Alle Berichte stimmen überein, daß der Pulverthurm aufgeflogen sei. Nur setzen die Berichte vom Heere aus dies neue Unglück auf den vierten Tag nachher, den Sonnabend.[6] Die Mündener Erzählung sagt: es sei in der Morgenfrühe nach dem Sturme geschehen. Die Ver-

[1] Das angeführte Flugblatt. [2] Willigerod 261. [3] Adlzreitter 156.
[4] Calenberg. [5] Rommel VIII, 161.
[6] Adlzreitter 156 und das Flugblatt. Da das Theatrum E. und Meteren das letztere ausschreiben, so haben sie als secundär kein Gewicht.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

schiedenheit ist nicht von Bedeutung, zumal da keiner der Berichte von einem Brande in Folge der Explosion erzählt.

Am anderen Morgen durchritt Tilly die Stadt und betrat auch den Schloßhof. Dort zeigte man ihm die Leiche des jugendlichen Hauptmanns Reden, in dessen Lobe des bewiesenen Muthes alle einstimmig waren. Man hatte dem Verwundeten Quartier angeboten, Reden sich geweigert es anzunehmen. Gerührt betrachtete ihn der Feldherr. Dann schüttelte er das Haupt und sagte: „Der junge Lecker hätte ein braver Kerl werden können." Er ließ die Leiche aufnehmen und mit Ehren in der St. Blasienkirche bestatten. Die anderen Leichen wurden theils begraben, theils in die Weser geworfen.

Alsdann gedachte Tilly den kaiserlichen Auftrag gegen den Landgrafen Moritz auszuführen. Es ist auffallend, daß der Dänenkönig, wie er keinen Versuch gemacht, die Stadt Münden zu entsetzen, eben so dann Tilly auch in dem Vorgehen gegen den Landgrafen Moritz nicht hinderte. Wir haben daher unsere Blicke zunächst auf Christian IV. zu wenden.

Der Grund seiner Unthätigkeit scheint hauptsächlich an ihm persönlich gelegen zu haben. Im Anfange Mai vernehmen wir aus dem Berichte zweier cellischer Gesandten, daß sie den König, den sie nur bei der Tafel zu Gesicht bekommen, in erschreckender Weise verändert gefunden haben. Er sei kaum noch kenntlich, sehr blaß, abgemagert, niedergeschlagen, rede wenig und nicht zusammen hangend, habe sich sehr verdrießlich gegen sie bezeigt.[1] — Es galt vielfach die Meinung, daß der Sturz in Hameln bleibende Nachwirkungen bei ihm hinterlassen. Andere redeten von Christians Trunkfälligkeit. — Dem Camerar dagegen war es bei seiner Anwesenheit im Lager, im Frühling, aufgefallen, daß der König immer nach eigenem Kopfe handele, auf fremden Rath nicht höre. Darüber hatten Johann Ernst von Weimar und Fuchs von Bimbach sich schwer bei ihm beklagt.[2]

Indessen gab es doch noch eine andere sehr gewichtige Ursache der Unzufriedenheit und Unthätigkeit Christians IV., eine solche, die weiterhin Camerar als die eigentliche Quelle alles Unheiles bezeichnet. Dies war das Ausbleiben der englischen Subsidien. Wie überhaupt der Leichtsinn und das Laster des Günstlings Buckingham zu nicht geringem Theile den Krieg verschuldeten: so hatte er den Dänenkönig besonders hineingelockt

[1] v. d. Decken I, 205. [2] Moier VI, 105.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

durch das Versprechen von 300,000 Fl. monatlicher Subsidien. Die Voraussicht der Holländer, daß es für Carl I. sehr schwer sein werde, dieses von seinem leichtsinnigen Günstlinge gegebene Versprechen auf die Dauer zu halten, war eher in Erfüllung gegangen als sie selber es gedacht. Bereits im März hatte Carl I. kein Geld.[1] Buckingham, in dessen Händen alles lag, hatte für die Geschäfte oder für ernsthafte Unterredungen keine Zeit. „Nur im Vorübergehen, meldet Rusdorf, kann man einige Worte von ihm erhaschen."[2] Im Anfange Juli brachte es endlich Carl I. zu einer Entschuldigung bei seinem Oheim von Dänemark. Er habe gehofft, meldete er, alles vom Parlamente zu erlangen. Dieses aber habe mit frivolen Dingen die Zeit verbracht, habe gegen Buckingham, seinen treuesten Diener, conspiriert, so daß er es habe auflösen müssen. Er bittet Christian IV., nicht auszusetzen. Er, Carl I., wolle trachten, durch andere Mittel ihm zu Hülfe zu kommen, wolle gemeinsam mit den Generalstaaten durch eine starke Flotte Spanien bedrängen.[3] Und dergleichen mehr.

Bereits im Jahre zuvor hatte Rusdorf in London an Camerar seine Ansicht gemeldet: Fortuna et casu, haud consilio et ratione, regitur hoc regnum.[4] Von Monat zu Monat bestärkte sich diese Ansicht.

Auf jene Entschuldigung antwortete Christian IV. an Carl I. am 23. Juli, daß er im Falle der Nichtzahlung auf andere Mittel gedenken müsse. Jedoch wolle er sich noch auf seinen Neffen verlassen.[5] — „Aber hier ist kein Geld, fügt Rusdorf seiner Meldung hinzu, und das englische Volk verweigert, ohne die Bewilligung des Parlamentes, auch nur Einen Pfennig zu zahlen."

Dazu kam für den Dänenkönig ein besonders schwerer Verlust, der Tod seines Neffen, des Herzogs Christian, der Tolle zugenannt, wenige Tage nach dem Falle von Münden, am 16. Juni, an welchem er das 27. Lebensjahr vollendete.

Der frühe Tod gab Anlaß zu allerlei Gerüchten über die Ursache. Christian selbst sagte: er sei verzaubert. Er hätte die Ursache näher finden können. Sein Oheim von Dänemark und Andere waren der Meinung: „Die Krankheit und der Tod haben ihren Ursprung von dem unordentlichen Leben, das S. F. Gnaden jederzeit geführt."[6]

[1] Rusdorf, mémoires I, 680. [2] A. a. O. [3] A. a. O. 708.
[4] Rusdorfii epistolae 67. [5] Mémoires de Rusdorf 1, 713. cf. Gardiner II, 91. [6] Sötti III, 232.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In späteren Zeiten, wo man die Leiden nicht mehr empfand, welche der unreife und übel berathene Jugendmuth Christians über sein Vaterland gebracht, hat man ihn zu einer Heldengestalt zu verklären gesucht.[1]

Nicht anzuzweifeln ist sein rastloser Kriegesmuth. In anderen Beziehungen dagegen haben wir die verschiedenen Äußerungen seiner Zeitgenossen vernommen. Das scharfe Urtheil jedoch, welches nach der Schlacht bei Stadtlohn der Holländer Capellen über ihn fällte, galt in Holland im Jahre 1626 nicht mehr. Auf die Nachricht des Todes schreibt Capellen: „Ein schwerer Verlust für die allgemeine Sache. Denn der Herzog war nun in seinem Naturell völlig verändert. Er war überlegend, vorsichtig, muthig und that Tilly großen Abbruch."[2] — Eine entsprechende Stimme vernehmen wir aus dem dänischen Lager.[3] Einem Berichte von Christians Tode fügt sie hinzu: „Dies ist der Hinschied des theueren Helden, der sein Vaterland, ja die allgemeine Freiheit gewis mit Treuen gemeint, ja so weit, daß er auch deshalb mit dem Könige in Dänemark sich überworfen."

Diese letzte Angabe ist nicht bloß eine Vermuthung. Während der Schwedenkönig, im Juni, nur noch eines günstigen Windes harrte, um nach Preußen hinüber zu setzen, erschien vor ihm im Namen des Herzogs Christian der Oberst Plato, um die Dienste desselben anzubieten. Christian wolle seine Armee mitbringen. Gustav Adolf antwortete: „Einen so vaillanten Prinzen wie E. L. möchte ich von Herzen gern in meiner Suite haben, wäre es nicht Sache, daß ich dies Mal dergestalt mit Spesen beschwert bin, daß ich besorgen muß, daß ich E. L. und die Ihrigen nicht also würde können tractieren, wie Dero Meriten es erfordern."[4] Er verweist ihn auf die Zukunft. So am 20. Juni, wo Christian bereits im Sarge lag.

Jener Bericht aus dem dänischen Lager fügt hinzu: „Die Stadt Münden hätte sehr wohl entsetzt werden können. Aber mit dem Herzoge Christian ist auch aus der Armee das Leben geschieden. Die königliche Armee ist sehr stark, gleichwohl wird nichts verrichtet. Man will den Feind ausmatten und aushungern, der doch das halbe Deutschland offen hat, und der, was den Proviant anlangt, noch wohl ein Jahr und mehrere ausharren mag, weil er diese Ernte abermals erreicht hat."

In Folge des Todes des Herzogs Christian hatte auf der einen Seite Tilly freiere Hand gegen Moritz von Hessen-Cassel; auf der anderen

[1] Beispielsweise Lichtenstein 13. [2] Capellen I, 405.
[3] Söltl III, 233. Vom 22. Juni / 2. Juli. [4] Styffe 603.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

konnte die reichstreue Partei in den Ländern Friedrich Ulrichs, befreit von dem Drucke des thatsächlichen Regenten Christian, offener sich kund geben. Folgen wir zuerst Tilly.

Von Münden aus forderte Tilly die Aufnahme seiner Truppen in die hessischen Festungen.[1] Es sei ihm selber schmerzlich, sagte er, daß die tief gewurzelten Vorurtheile des Landgrafen die eigene Person desselben, seine Nachkommenschaft und sein ganzes Fürstenthum von Tage zu Tage in größere Gefahr setzten. Wenn Moritz sich von jedem Verdachte reinigen und sein Land sich erhalten wolle, so sei dafür kein anderes Mittel, als die freiwillige Übergabe der Festungen, die im anderen Falle kraft kaiserlichen Auftrages Tilly doch erzwingen würde.

Moritz dachte sich die Dinge anders. Noch am 24. Mai / 3. Juni hatte er an Dieterich von Falkenberg, der als Burgmann zu Herstelle an der Weser hessischer Vasall, seit langen Jahren im Dienste des Schwedenkönigs stand, die Worte geschrieben: „Die Ritterschaft hat sich nicht gescheut, uns abermals der Nicht-Accommodation vor der K. M. zu beschuldigen, und uns den abermaligen Überzug Tillys zur Last zu legen. Deshalb wären wir wohl befugt zu strafen. Dieweil wir aber aus angeborener fürstlicher Milde und Güte nochmals die Gnade der Schärfe vorziehen, so" usw. Er erwartet, daß Dieterich von Falkenberg in Treue verbleibe.[2]

Jener Gesinnung gemäß ließ der Landgraf durch seine Gesandten in Münden antworten: Tilly habe unversehens wieder sein Land überzogen. Allerdings, entgegnete der Feldherr, nur liege die Schuld an dem Landgrafen selbst, der den Herzog Christian ins Land gelockt und unterstützt habe. Er warnte abermals, der Landgraf möge mehr auf die Meinung seiner Ritter- und Landschaft halten, als auf die Lockungen fremder Mächte. Die Antwort der landgräflichen Räthe brachte endlich auch den gelassenen Feldherrn auf. Mit einer Geberde des Zornes erwiederte er: ihm sei in Hessen alles verweigert, den Feinden dagegen alles freiwillig dargebracht.[3]

Moritz wich nicht. Doch machte man sich klar, was kommen würde. Die Räthe des Landgrafen meinten: Tilly würde Abdankung verlangen zu Gunsten des Sohnes Wilhelm. Moritz dagegen befürchtete Schlimmeres, und eröffnete diese seine Furcht. Nicht um seine Person

[1] Rommel VII, 624. [2] Friedensacten F. 6b. [3] Rommel VII, 631 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

allein sei es zu thun, sondern Tilly habe im Einverständnisse mit der Ritterschaft weit aussehende Plane. Daß die Ritterschaft in dem Streite mit Hessen-Darmstadt sich ganz dieser Seite zuneigte, war allbekannt. Nicht bloß das war die Furcht, die den Landgrafen drückte. Der Plan Tillys ging noch weiter hinaus, meinte er. Tilly wolle die österreichische Monarchie stärken, sagte Moritz, und in Hessen das halbpapistische Lutherthum wieder einführen. So am 16./26. Juni.[1]

Es ist Gewicht auf diese Worte zu legen. Seit drei Jahren stand Tilly bald im Lande Hessen selbst, bald nahe dabei. In diesen drei Jahren hatten Moritz und sein Land den General kennen lernen müssen. Und das Ergebnis dieser Kenntnis ist bei Moritz die Furcht: Tilly wolle das reformierte Land wieder lutherisch machen. Einen stärkeren Beweis dafür, daß Tilly niemals und nirgends auch nur den leisesten Religionsdruck geübt, kann es nicht geben, als diese minder scharfsinnige Befürchtung des Landgrafen Moritz. Es war dem zorneseifrigen Fürsten freilich damit bitterer Ernst. Hier kleinmüthig nachzugeben, erklärte er, sei ewig unverantwortlich.

Tilly ließ sich dadurch nicht stören. Er gebrauchte keine Gewalt, sondern da Moritz nicht wollte, berief Tilly im Namen des Kaisers einen Landtag nach Gudensberg. Auf demselben erschienen die Räthe des Moritz und protestierten. Tilly ließ darauf den Ständen die Sachlage vorstellen und sie auffordern: da mit Moritz nicht auszukommen sei, so möchten sie mit dem Sohne Wilhelm gütlich verhandeln. Dazu biete er die Hand; aber die hessischen Festungen müsse er zur Sicherheit seines Heeres haben. Die Stände erkannten das an und schickten eine Deputation an Moritz. Er weigerte sich auf etwas einzugehen. Er sei im Gewissen verbunden, sagte er, seinen Stand und Beruf zu behaupten. Auch sei er des Müßigganges nicht gewohnt. Wenn er dieses undankbare und abtrünnige Volk verlasse: so werde er anderswo doch nicht sicher sein.

Der Zustand im Lande ward täglich verworrener. Cassel war voll landgräflicher Söldner. Der Pöbel dort hielt mit Moritz und streifte auf Tillysche Soldaten. Es mochte doch bedenklich erscheinen, die Geduld derselben so lange auf die Probe zu setzen, wie diejenige ihres Feldherrn. Auch Moritz erkannte die Nothwendigkeit, etwas zu thun. Er ließ mit Tilly selbst unterhandeln. Ungeachtet aller erlittenen Kränkungen milderte

[1] A. a. O. 634. Nr. 595.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Tilly seine Forderungen. Zuerst verlangte er Gehorsam gegen Kaiser und Reich und die feste Zusage: der Landgraf wolle seine Festungen nie in die Hände eines Fremden geben, er sei auch wer er wolle. Dann verlangte er Entlassung der übel gesinnten Rathgeber, namentlich des Wolfgang Günther, ungehinderte Rechtspflege und Gestattung der Berufungen an die Reichsgerichte, Versöhnung mit der Ritterschaft. Die Bedingungen enthielten kaum etwas, wozu nicht Moritz als Fürst des Reiches und darum nicht souveräner Herr an sich verpflichtet war. Deshalb schloß die Annahme derselben das Bekenntnis einer schweren Schuld ein. Moritz fragte seine Theologen. Sie erwiederten: es sei in der Hauptsache nichts gegen Gottes Wort. Auch das stimmte den Landgrafen nicht um. Lieber, als das zugestehen, wolle er abdanken. Tilly erbot sich ihm einen Reisepaß zu geben, wohin er wolle. Dann jedoch schritt er zu einer abermaligen Milderung der Worte. Da endlich unterschrieb Moritz, im Hader mit sich, seiner Frau, seinem Sohne, seinen Ständen. Nur der Pöbel von Cassel war und blieb sein.

In Folge dessen führte Tilly am 21. Juli 1626 sofort alle Truppen ab. Was etwa von seinen Soldaten geraubt war, ward auf den Markt zu Münden gebracht. Es kam alles zurück, nur ein Stück Geschütz bat Tilly gegen Göttingen mitnehmen zu dürfen, unter dem Versprechen baldiger Rücksendung. Dann ertheilte er an die Beamten von Hessen ein gedrucktes Patent mit der Ermächtigung, die etwa streifenden Soldaten zu verhaften und in Gewahrsam zu bringen.

Dies ist deshalb hervorzuheben, weil unter allen Feldherren jener Zeit einzig und allein Tilly den Landesobrigkeiten diese Befugnis zuwies.

Der Trotz des ruhelosen Moritz war für diesmal gebrochen; aber mit demselben hatte auch seine Geisteskraft schwer gelitten. Sein Thun und Treiben streifte an Verrücktheit. Bis zum 17. März 1627 noch führte er die Regierung fort.[1] Dann dankte er ab, sich selber wohl bewußt, daß die meisten Zeugen der Abdankung heimlich frohlocken würden. Die Abdankung ermöglichte für die beiden hessischen Linien den Vergleich ihres langjährigen Zwistes. Moritz willigte nicht ein. Deshalb ward in der Vertragsurkunde festgestellt, daß Moritz nicht einwillige wegen seines bekannten Gemüthszustandes, wegen allerhand Perplexitäten desselben, und darum wurde von beiden Theilen der Kaiser ersucht, diese Einwilligung aus kaiserlicher Macht zu ergänzen.[2]

[1] Rommel VII, 676. Nr. 628. [2] Khevenhiller X, 1580 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Obwohl politisch todt, lebte dennoch Moritz fort, zerfallen mit sich selber und der Welt, vor Allem mit seinem Sohne Wilhelm. Von diesem hatte er sich eine jährliche Summe zu seinem Unterhalte ausbedungen. Schon im ersten Jahre blieb Wilhelm dem Vater schuldig. Nach Ablauf desselben setzte Wilhelm die Summe von 20,000 Fl. auf 12,000 Fl. Abermals blieb er auch so noch dem Vater schuldig. Moritz erntete was er gesäet. Aber doch wenigstens lebte er.

Seinem Rather und Helfer ward es nicht so gut. Wolfgang Günther, die rechte Hand des Moritz, war mit dem Hasse der Landgräfin Juliane, des Landgrafen Wilhelm, der Ritter- und Landschaft, des Volkes schwer beladen. Die Rache aller dieser kam über den unglücklichen Mann.[1] Moritz warf seinem Sohne vor, daß man Günther vier Stunden gemartert habe. Gesetzlich war nur eine Anzahl Minuten gestattet. Die Art der Marter war noch schauerlicher. Nicht zufrieden mit der gewöhnlichen Pein, hatte man dem Unglückseligen die Haare mit Branntwein gefeuchtet und dann abgesengt. Nach langer Qual fiel erst am 12. December 1628 das Haupt Wolfgang Günthers unter dem Schwerte des Henkers.

Das grausige Verfahren traf in dem Diener mittelbar den Herrn. Aber der Landgraf Moritz hatte mehr als einmal ähnlich gehandelt. Er hatte bei einigen seiner Räthe, die nicht seiner Meinung waren, nicht das Feuer, sondern den Frost als Quälmittel angewandt. „Am 13. Januar 1626 Abends zwischen 8 und 9 Uhr haben Friedrich von Schollei und einige andere, weil sie etliche Sachen nicht approbieren wollen, nachdem ihnen die Thore geöffnet, in großer Kälte aus der Stadt weichen müssen.“[2]

Wie die Unterwerfung des Landgrafen Moritz für Tilly leichter geworden war durch den Wegfall des Herzogs Christian, so befreiete eben dieser Wegfall die eigene Heimat desselben von einem schwer lastenden Drucke. Wallenstein hatte das kaiserliche Schreiben vom 14. März, welches den Landständen die Rechtsbasis für die Nichtanerkennung des Herzogs Christian als Statthalters geben sollte, bis dahin nicht ausgeliefert; allein in Ermangelung dessen gab auch noch bei Lebzeiten

[1] Rommel VII, 681.

[2] Zeitschrift für hessische Geschichte und Landeskunde V, 77. Ein vorhergehender Aufsatz von Dr. Landau beweist, daß Schollei auch schon früher als Ehrenmann sich den ungerechtfertigten Forderungen des Moritz widersetzt hatte.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Christians, das allgemeine kaiserliche Mandat der Abberufung aus fremden Diensten gegen Kaiser und Reich einen festen Anhaltspunct. Denn dies Mandat enthielt, mit der Aufforderung zum Gehorsame binnen sechs Wochen, die Androhung des Verlustes aller Lehen. Dringend und mahnend wenden sich die Landstände, im Mai, an Friedrich Ulrich: „Wir Prälaten und Ritter haben nichts Anderes als unsere Landgüter. Werden diese uns abermals verheert: so haben wir nichts, wovon wir leben, und unsere Zukunft ist der Bettelstab.“ [1]

Dazu lag vor Augen die gänzliche Verheerung des Landes. Im Hinblicke darauf war auch in Friedrich Ulrich längst die Erkenntnis aufgedämmert, daß er und sein Land zum Opfer gebracht wurden für die Kriegesfurie seines Bruders, und zum Schemel dienen sollten für das Emporsteigen des ländergierigen Oheims. Schon am 11. Mai richtete Friedrich Ulrich an diesen ein flehendes Schreiben.

„Wir müssen täglich, sagt er, von den armen Unterthanen mit Winseln und Wehklagen anhören, haben auch zum Theil mit Augen selbst gesehen, wie die Soldatesca verfährt. Vor dem Rauben und Plündern der Soldaten kann das arme Landvolk auch nicht einen Bissen Brotes erretten.“

Bereits war es dahin gekommen, wie in dem Städtchen Dransfeld, daß dänische Obersten die Kirchenglocken herausnahmen und mit wegführten. Schon im Juni wurden täglich auf dem Markte von Braunschweig die Kirchenglocken der Dörfer herangeführt und feil geboten. [2] Friedrich Ulrich bat um Ordnung und Zucht. „Das wird, fügte er hinzu, Eurer Majestät zu unsterblichem Nachruhme gereichen, unzählige bedrängte Herzen werden ihre Fürbitte für Ew. K. Majestät zu Gott dem Allerhöchsten hinaufsenden,“ und dergleichen. Es blieb beim Alten.

Auch in der alten Herzogin Elisabeth, der Schwester des Dänenkönigs, der Mutter Friedrich Ulrichs und Christians, gewann allmählig der Zweifel Raum, ob es wahr sei, was ihr dänischer Bruder und ihr jüngerer Sohn so eifrig von diesem Kriege verkündeten. Sie fragte den Kanzler Elz, ob denn wirklich es ein Religionskrieg sei. Elz war dem dänischen Könige verkauft. Es ist derselbe Mann, der später den Herzog Friedrich Ulrich an Wallenstein und Pappenheim verrieth, und nach dem Mislingen des Verrathes in die Dienste Wallensteins trat. Elz bejahte

[1] Stadt Hannover.

[2] Hornejus an Calixt, bei Henke, Georg Calixt I, 370. Nr. 1.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Frage: gewis und unzweifelhaft sei es ein Religionskrieg.[1] Die Herzogin war dadurch nicht beruhigt. Sie ließ sich von dem Consistorium ein Gutachten geben.[2] Die Theologen befanden sich in einer mislichen Lage; denn officiell war das Wort Religionskrieg noch nicht widerrufen. Deshalb drehten sie und wanden sich, wie in solchen Fällen üblich. Sie schrieben eine endlos lange Folge von Seiten voll mit Berufung auf diesen, auf jenen. Sie gebrauchten für die kriegenden Parteien die Namen: katholisch und evangelisch. Aber im Angesichte dessen, was vor ihren Augen vorging, im Vorgefühl ferner der nahenden Wendung, wagten sie nicht das Schlagwort Religionskrieg zu gebrauchen, sondern hüllten ihre Meinung in langathmige Sätze ein, die im Grunde Niemand verstand und vielleicht auch Niemand verstehen sollte. In Wahrheit freilich war auch das schon genug. Wenn selber die Landestheologen es nicht mehr wagten von einem Religionskriege zu sprechen: so konnte bei den schärfer Blickenden das Wort nur noch Widerwillen erwecken. Und in dieser Umwandlung war im Sommer 1626 das braunschweigische Land begriffen.

Am 8./18. Juni ließ Friedrich Ulrich dem Rathe der Stadt Hannover verschiedene Puncte zugehen, mit der Weisung, dieselben mit den Anwesenden und rund umher Angesessenen von Adel zu besprechen. Es geschah. Der Tod Christians löste den Ständen vollends die Zunge. Täglich kamen und gingen die Boten zwischen Friedrich Ulrich und den Ständen.[3] Der Anfang und das Ende aller Bitten war die Unterwerfung unter den Kaiser. Die Stände hoben ausdrücklich das kaiserliche Avocatorium vom 20. April hervor, das nur sechs Wochen Frist verstatte. Man müsse die Fürsprache der Herzöge von Celle nachsuchen. Christian der Ältere bewies sich willig. Schon am 20. Juni meldet er an Tilly und Wallenstein, daß Friedrich Ulrich bereit sein werde zur Unterwerfung. Seine Abgeordneten an Tilly fanden den General sanftmüthig und bescheiden.[4] Er lasse Mittel der Aussöhnung zu, berichteten sie; doch fordere er, wie nicht anders zu erwarten: Friedrich Ulrich müsse sich ganz von seinem Oheime lossagen.

Sie wendeten sich abermals an Wallenstein mit dem Verlangen der Auslieferung des kaiserlichen Schreibens vom 14. März, von dessen

[1] Calenberg. [2] Das Gutachten im Archive der Stadt Hannover.
[3] Eine lange Reihe von Schreiben im Archiv der Landschaft Calenberg.
[4] v. d. Decken I, 214.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Existenz sie von Darmstadt und von Celle her sichere Kunde hatten. Wallenstein schickte es ein, am 28. Juni, nachdem er es drei Monate unter sich gehabt. Er bemerkte dabei: die Sache betreffe den Herzog Christian. Da derselbe ja inzwischen gestorben, so habe er die Übersendung nicht für nöthig geachtet. — Anders redeten darüber die Landstände von Calenberg. Der Herzog, sagten sie, hat noch Monate lang nach dem Dato des Schreibens gelebt. Sie klagten es dem Kaiser. „Dies Betragen, sagten sie, befremdet uns sehr." Schärfer lauten die Ausdrücke in ihren Berathungen. „Das Schreiben, sagen sie, ist zu unserem Nachtheile unterschlagen."[1]

Wie die Klage der Landstände berechtigt, so ist der Gedanke unabweisbar, daß Wallenstein bei diesem Zurückhalten einer nicht für ihn bestimmten kaiserlichen Schrift eine Absicht für sich selber gehabt haben muß. Die Auslieferung der Schrift nach dem Tode Christians beweist, daß damit die Absicht erledigt war. Jeder weitere bestimmte Anhaltspunct fehlt. — Jedoch muß erwähnt werden, daß der Venetianer Padavin in Wien, ohne, so viel erkennbar, von dem Zurückhalten jenes Schreibens etwas zu wissen, am 15. Juli berichtet: es gehe in Wien das Gerücht, daß Wallenstein trachte als Lohn für seine Dienste und für sein Guthaben von dem Kaiser ein Reichsfürstenthum zu erwerben. Es wurden genannt Braunschweig oder Holstein, oder Brandenburg. — „So reden Leute, schließt Padavin, die den Wallenstein genau kennen, und unterstützen ihre Behauptungen mit dem Hinweise auf sein bisheriges Thun, das ihn von Nichts zu einem Einkommen von 500,000 Thalern und mehr gelangen ließ, und auf seine Erfindung, ohne Geld ein Heer auf die Beine zu bringen."[2]

Kehren wir zurück zu den Landständen Friedrich Ulrichs. Schon am 8. Juli schickten sie von Braunschweig aus an den Kaiser einen eigenen Courier mit der Versicherung ihrer Treue.[3] Die Antwort des Kaisers war lobend und beruhigend. Er wisse wohl, sagte er, wie die Landstände immer zum Besten gerathen.[4] Am 26. Juli erklärte Friedrich Ulrich auf dem Schlosse zu Wolfenbüttel vor zwei Notaren, daß es niemals seine Absicht gewesen, den Kaiser feindlich anzugreifen. Die Antwort des Kaisers versicherte im voraus dem Herzoge Schutz und

[1] Calenberg. Fasc. von 1626. [2] Gindely, Waldstein I, 98.
[3] Kurze, gründliche Information usw. 179. [4] Calenberg.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sicherheit für seine Besitzthümer, für das Land und die Religion. Doch forderte der Kaiser bestimmtere Erklärung. Friedrich Ulrich konnte, wie es scheint, sich dazu doch nicht sofort entschließen, oder er ward gehemmt durch die Abhängigkeit von seinen Räthen. Er zauderte noch.

Entschiedener wandelte sich die Stimmung des Landes. Man hatte beide Heerführer, den kaiserlichen Feldherrn und den Dänenkönig, um die Einstellung der Feindseligkeiten während der Unterhandlung, oder wo nicht das gewährt würde, um genaue Kriegeszucht ersucht. Tilly war bereit, nicht so der Dänenkönig. Oder vielleicht konnte er nicht, auch wenn er wollte. Wir erinnern uns an das Wort des Kurfürsten von Sachsen in dem Vergleiche des Dänenkönigs mit Tilly: es ist schwer, es ist fast unmöglich, daß ein anderer Feldherr eine solche Kriegeszucht bei seinem Heere erhalten könne, wie Tilly.

Es war gerade ein volles Jahr verflossen, nachdem Tilly die Weser überschritten. Damals, als man seinen Truppen entgegenkam wie den ärgsten Feinden, wie den Verwüstern des Landes, wie den Zerstörern der Religion, hatten diese Truppen Gleiches mit Gleichem vergolten. Damals hatten die Braunschweiger in den Fremden, in den dänischen Söldnern ihre Schützer und Erretter zu erblicken geglaubt. Nun hatte sich das gewandt. „Die Tillyschen," also rufen ein Jahr nach der Anwesenheit beider Heere die Landstände ihrem Herzoge zu, „die Tillyschen sind mitleidig und barmherzig; aber die Dänen handeln, als wenn kein Gott im Himmel lebte, der sein wachendes Auge auf uns hätte." Am 18. Juli 1625 hatte Tilly die Weser überschritten, am 20. Juli 1626 erhoben die Landstände diesen Schmerzensruf.[1]

Dennoch stand der Däne mit überlegener Macht im Lande. Zwar verhielt er sich unthätig; aber andererseits reichte die Macht Tillys nicht aus, mit Nachdruck zum Angriffe vorzugehen. Er bat um Nachschub einmal über das andere. Die Kraft der Liga war, nach Maßgabe der geringen Kriegeslust[2] der geistlichen Herren, zur vollen Genüge angespannt. Der Kurfürst Maximilian für sich selber konnte keine Hülfe senden, weil der in Oberösterreich entfachte Brand des Aufruhrs der Bauern alle verfügbaren Kräfte in Anspruch nahm. Demnach konnte Tilly nur von Brüssel oder von Wallenstein her Hülfe erwarten. Der Kaiser entsandte

[1] Beilage XXVII zur ersten Ausgabe.

[2] Man vgl. die Note bei Villermont, Tilly II, 351.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

damals an Wallenstein, wie dieser selbst es gewünscht,[1] zur Vermittelung mit Tilly den Grafen Trautmannsdorf. Der Kurfürst Maximilian fügt seiner Meldung dessen an Tilly, und der Aufforderung, die Gelegenheit zur Herstellung eines guten Verhältnisses zu benutzen, eigenhändig die Worte hinzu: „Ihr seid ja doch dieser Prudenz, daß Ihr solchem Humor mit Euerem großen Ruhme in etwas nachzugeben ohne dieß werdet geneigt sein.“[2] Die Correspondenz Tillys mit Brüssel[3] zeigt, daß er große Hoffnung auf die Infantin setzte. Dort fanden eben damals wichtige Beredungen statt.

15. Die Brüsseler Conferenzen und die Zusammenkunft in Duderstadt.

Im Jahre zuvor hatte der Graf Khevenhiller in Madrid den Vorschlag eines engeren Bundes zwischen dem Kaiser, der Liga, dem Könige von Spanien gemacht, welchem dann auch Kursachsen beitreten würde. Man war darüber zu keinem Abschlusse gekommen, sondern hatte sich dahin geeinigt, zur weiteren Berathung des Vorschlages eine Conferenz in Brüssel anzusetzen. Zu diesem Zwecke entsandte, im März, der Kaiser dahin den Grafen Georg Ludwig von Schwarzenberg. Auf der Durchreise in München erhielt er von dem Kurfürsten Maximilian die Antwort, daß „es nicht unrathsam wäre, dem Kurfürsten von Sachsen vorher die rechte Intention, das Ziel und Ende dieser Zusammenkunft im Vertrauen zu entdecken.“[4] Es ist die erste, noch leise Kundgebung des bald schärfer hervortretenden Mistrauens von Maximilian in die Absichten zunächst Spaniens, dann auch des Kaisers. Auch er entsandte dann nach Brüssel seine Gesandten Preising und Tanner. Auf der Durchreise in Bonn erfuhren sie: der Graf Schwarzenberg habe sich offen vermerken lassen: die hauptsächliche Absicht der Spanier sei, die Liga in den holländischen Krieg mit einzuflechten, und er selber sei dem Plane nicht abgeneigt.[5] — Es ergab sich daran von vorn herein ein wichtiger Differenzpunct; denn, wie von Anfang an, so hielten die Häupter der Liga auch ferner fest an dem Principe, sich gegen die Generalstaaten nicht einzulassen.

Eine andere wichtige Differenz lag in dem Bestreben Spaniens, mit Dänemark neutral zu bleiben. Um dies Bestreben abzuschneiden,

[1] Tadra 350, 357, 367. [2] Hormayr 246. [3] Villermont, Tilly II, 356 et suiv. [4] Aretin, Bayern usw. II. B. 167. [5] A. a. O. 175.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

schickte der Kurfürst Maximilian seinen Gesandten, noch vor ihrer Ankunft in Brüssel, den Befehl nach, die Infantin zur schleunigen Hülfesendung für Tilly aufzufordern. Der Einwand der Neutralität mit Dänemark dürfe hier nicht gelten, weil Christian IV. beständig behaupte, nicht als König von Dänemark, sondern als Kreisoberster von Niedersachsen in Waffen zu stehen.[1]

Stärker noch als in Maximilian regte sich das Mistrauen gegen die spanischen Absichten in seinem Bruder, dem Kurfürsten Ferdinand von Köln. Einer seiner Räthe ließ sich verlauten: Spanien wolle gar zu groß und mächtig in Deutschland werden, dem müsse man zuvorkommen: sonst werde es alle Fürsten unterdrücken wollen.[2] — Darüber stutzten sogar die Bayern. Dagegen vernahmen sie von spanischer Seite die Klage, daß die Neutralität, welche Ferdinand von Köln zu dem Kriege gegen die Holländer beobachte, zu Gunsten dieser ausfalle.

Schwarzenberg, zugleich im Namen des Kaisers und des Kurfürsten, reichte, am 23. Mai, der Infantin den Vorschlag einer beständigen Defensions-Verfassung ein.[3] Der Nachdruck darin lag auf schleuniger Hülfe gegen Christian IV. Am 28. Mai gab die Infantin ihre Resolution.[4] Sie wolle 7000 Mann senden, aber unter Bedingungen. Die erste war diejenige der Abschickung einer geeigneten Persönlichkeit zu Tilly und Wallenstein, um mit ihnen das Nähere zu vereinbaren. Die Infantin forderte dann die Einräumung eines Hafens an der Ostsee. Sie verlangte endlich, in Betracht der Bündnisse der rebellischen Provinzen mit allen Feinden des Reiches, das Verbot des Verkehres der Reichsunterthanen mit den Holländern. Dies war ein milderer Ausdruck für das Aussprechen der Reichsacht über die Holländer.

Das Erbieten des Hülfscorps nahmen die Gesandten mit Dank entgegen. Die Infantin ließ ihnen weiter sagen, daß sie dies Hülfscorps für Tilly bestimme, auch gern sehen werde, wenn auch Wallenstein ihm drei oder vier Regimenter überlasse. Besonders Spinola redete mit Nachdruck für Tilly. Für den Fall, meinte er, daß die feindlichen Streitkräfte sich zu Einer Armee vereinigten, müsse „auch der Herzog von Friedland mit seinem ganzen Heere sich entweder mit Tilly conjungieren, oder doch sonst mit ihm einen einhelligen Angriff auf den Feind dergestalt thun, wie solches der General von Tilly am verständigsten

[1] A. a. O. 173. [2] A. a. O. 184. [3] A. a. O. 182. [4] A. a. O. 185.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und rathsamsten erachten werde, also daß der Herzog von Friedland hierin von dem Grafen von Tilly dependieren und gehörige Ordinanzen unweigerlich annehmen müsse." — „Auf welches denn, schließt der Bericht, der Herr Marchese Spinola sonderbar dringen thut, wolle man anders den erwünschten guten Effect erreichen."[1] Die Hauptsache dabei in den Augen Spinolas wie der Infantin war die Einheit der Leitung. Sie würden noch lieber sehen, wenn der Kurfürst von Bayern oder der damals bereits als König von Ungarn gekrönte Erzherzog Ferdinand sich ins Feld begebe, damit Ein Haupt beide Armeen führe. Wenn nicht Einer die Oberleitung habe, sagte Spinola, so sei nichts Gutes zu verhoffen, „wann sie schon alle beide Caesares oder Alexandri wären."[2]

Die Bedingungen der Infantin wurden in München übel vermerkt. Die Gesandten in Brüssel erhielten den Befehl, die neue Conföderation gar nicht zu fördern, vielmehr ihr entgegen zu arbeiten, jedoch den versprochenen Succurs für Tilly zu betreiben. Unter den ferneren Weisungen findet sich dann die merkwürdige: „Den von Tilly nicht zu sehr zu loben."[3]

Der Grund dieses Befehles dürfte doch nicht schwer zu errathen sein. Vom Beginne an hatte Tilly niemals ein Hehl gemacht aus seiner politischen Grundanschauung, daß, ohne die Bezwingung der kriegschürenden Republik der Holländer, das Reich niemals zum Frieden gelangen werde. Dies war und blieb die Differenz, in der er sich mit Maximilian und den anderen Häuptern der Liga befand, welche meinten, daß sie im Falle der Betheiligung an dem niederländischen Kriege ihren Standpunct der Defensive aufgeben und noch dazu nur für Spanien arbeiten würden. Daß der Standpunct Tillys, indem er nur die Sache im Großen ins Auge faßte, der höhere und zugleich der richtigere war, beweist vor allen Dingen die Politik der Holländer selbst, die hauptsächlich darum von Anfang an den Krieg in Deutschland geschürt hatten, damit sie selber von daher nicht angegriffen würden. Im Besonderen legt Zeugnis dafür ab ihre Furcht im Jahre 1623, wo sie es als einen für sie glücklichen Fehler Tillys oder der Liga ansahen, daß er nach dem Tage von Stadtlohn nicht über sie gekommen war. — Wenn also die Frage der Reichsacht über die Holländer weiter erörtert wurde, wenn es dahin kam, daß auch

[1] A. a. O. 189. [2] A. a. O. 191. [3] A. a. O. 196.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Tilly sein Gutachten darüber abzugeben hatte: so war mit Sicherheit vorauszusehen, daß er sich zu Gunsten der Forderung der Infantin aussprechen würde. Und darum durften die bayerischen Gesandten in Brüssel „ihn nicht zu sehr loben."

Maximilian ging in seiner Abneigung gegen die spanischen Wünsche noch weiter. In Brüssel befand sich auch der französische Gesandte Baugy. Er suchte auf alle Weise sich den Bayern zu nähern, eine Verbindung des Kurfürsten mit Ludwig XIII. anzubahnen. Jene hielten ihm vor, daß Frankreich die Feinde des Reiches unterstütze, und legten dem ableugnenden Gesandten die Beweise vor.[1] Dennoch beharrte Baugy bei seinen Versuchen. Die Krone Frankreich, sagte er, könne die wachsende Erhöhung des Hauses Oesterreich nicht ruhig ansehen, sondern müsse sich dieselbe zu Gemüth gehen lassen, und eben so müßten es die Bayern.[2] — Die Gesandten Maximilians erhielten darauf den Auftrag, zwar dem Franzosen sein Ableugnen vorzuhalten, jedoch vorsichtig und glimpflich mit ihm zu handeln. Bayern bleibe sonst dahin wohl gewogen.[3]

Die Verstimmung Maximilians beschränkte sich nicht auf die spanische Linie des Hauses Habsburg. Auch in dem gegenseitigen Verhalten des Kaisers und des Kurfürsten sind Mißklänge bemerkbar. Der Ton, den Wallenstein, wie wir vernommen, in seinen Briefen an Harrach gegen Bayern anschlug, war berechnet auf eine Resonanz in Wien. In den Unterredungen der Gesandten zu Brüssel tritt die gegenseitige Stimmung klarer hervor. Eines Tages fuhr der Bayer Tanner zu dem Grafen Schwarzenberg über die gefährlichen spanischen Intentionen mit scharfen Worten heraus. Schwarzenberg antwortete in ähnlicher Weise: „Das Haus Oesterreich hat Ursache, auf genugsame Versicherung seiner Dignitäten, Länder und Leute und deren steter Succession zu gedenken, und ist damit im Werke. Ihr wollt gern machen, daß der Bauer Kaiser, und der Kaiser Bauer werde, oder der Bauer wollte gern Kaiser sein. Aber der Kaiser will nicht Bauer sein. Das wird nicht geschehen. Wir unsererseits sind mächtig genug, das Gegengewicht zu halten, contra quosvis."[4] Preising und Tanner berichteten heim, daß die Rede auf Bayern gezielt habe.

Die spanischen Bedingungen der Einräumung eines Hafens an der Ostsee und der Fortsetzung des Krieges bis dahin, hatten auch bei dem

[1] A. a. O. 194. [2] A. a. O. [3] A. a. O. 196. [4] A. a. O. 200.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kaiser keine Aussicht auf Erfolg. Er wies mit Nachdruck auf die Gefahr des Widerspruches hin, welchen auch nur das Kundwerden einer solchen Forderung bei den Reichsständen hervorrufen würde.[1]

Bei einer solchen Stimmung, in welcher man von allen drei Seiten dahin kam, in Brüssel wie in Wien die bisher in diesem Kriege gegebenen oder empfangenen Wohlthaten gegen einander abzuwägen, war an den Abschluß eines engeren Bundes der drei Mächte, des Kaisers, des Königs von Spanien, der Liga, kaum noch zu denken. Es handelte sich zunächst und hauptsächlich über den von der Infantin versprochenen Succurs von reichlich 7000 Mann für Tilly.

Auch von kaiserlicher Seite ward es als eine unnöthige Verzögerung angesehen, daß, wo die Zeit drängte, zuerst eine Beredung zwischen Tilly, Wallenstein und einem belgischen Gesandten, dem Obersten La Motterie, statt haben sollte. Diese erfolgte, Ende Juni, in Duderstadt. Am 2. Juli einigten sich dort Tilly und Wallenstein zu einer gemeinschaftlichen Darlegung für den Kaiser und den Kurfürsten. Diese beginnt damit, daß das Verhalten des Feindes offenbar nur dahin ziele, den Krieg in die Länge zu ziehen und Zeit zu gewinnen. Den eigentlichen Plan legt dann kürzer Wallenstein in einem Schreiben an Harrach dar mit den Worten: „Wir haben uns auf solche Weise verglichen, daß die 7000 Mann, so die Infantin uns zuschickt, sollen beim Herrn Tilly verbleiben, dazu ich auch noch zwei Regimenter zu Fuß und 1000 Pferde dem Herrn von Tilly zugebe, welcher alsdann soll nach der Elbe marschieren und die linke Seite nehmen. Ich aber werde über die Elbe setzen. Also werden wir auf beiden Seiten der Elbe auf den Feind zu ziehen. Will er nun unser erwarten, so verhoffe ich, daß wir ihn zum Schlagen nöthigen werden."[2]

So wohl immer der Plan ausgedacht sein mochte, er gelangte nicht zur Ausführung. Der Succurs von Seiten der Infantin war noch nicht da, und es wurde mit jedem Tage mehr fraglich, ob er kommen werde. Die Gesandten in Brüssel traten einander nicht näher. Der Bayer Preising dort sprach sich in einem Briefe an den Rath Jocher in München aus: „Die Spanier gehen nur darauf aus, zunächst unserem Kurfürsten den Besitz der Unterpfalz zu entreißen, damit der Kaiser

[1] Aretin, Bayern nro. 234. [2] Tadra 381.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

darüber zum Nutzen der Seinigen verfügen könne. Ferner wollen sie, unter dem Vorwande eines neuen Bündnisses der katholischen Stände, die gesammte Kriegsmacht dem unumschränkten Oberbefehl des Kaisers untergeben. Der Kaiser wird dieselbe zum Nutzen des österreichischen Hauses verwenden, und dadurch sich den Weg zur Alleinherrschaft in Deutschland bahnen." [1]

Ob dieser Verdacht begründet war, mag dahin gestellt sein. Die Thatsache des Verdachtes, ob begründet, ob nicht, ist das geschichtliche Moment, welches beweist, daß die in Brüssel projectierte Conföderation von bayerischer Seite her moralisch unmöglich war.

Die Infantin dagegen hatte nicht bloß für ihren Beitritt, sondern auch für den Succurs ihre Bedingungen gestellt. Indem es ihr klar wurde, daß diese Bedingungen auf Erfüllung keine Aussicht hatten, kehrte sie zurück zu dem früheren Gedanken, die Neutralität mit Dänemark beizubehalten. Sie ging so weit, durch ein Schreiben vom 30. Juni, dem Dänenkönige ihre Vermittelung zum Frieden anzubieten. [2] Christian IV. antwortete sogleich mit dem Ausdrucke seiner Bereitwilligkeit zur Annahme. [3] Einige Tage später, am 10. Juli, richtete er aus Wolfenbüttel ein ähnlich gehaltenes Schreiben an den Kaiser. [4] Er weist darin die in dem letzten kaiserlichen Schreiben dem Herzoge Friedrich Ulrich gemachten Vorwürfe zurück. Er versichert, „daß in diesem ganzen Werke vor und nach der Wahl zum Kreisobersten alles unser Tichten und Trachten" nur auf die Erhaltung des Religions- und Profanfriedens gerichtet gewesen sei. Er stellt dem Kaiser anheim, einen gewissen Tag und Ort zur Friedensberedung anzusetzen, „mit Gott bezeugend, daß uns nichts so sehr als so viele Vergießung unschuldigen Blutes, Unterdrückung so vieler armen unschuldigen Witwen und Waisen usw., bewegen thut."

„Auf dieses Schreiben, sagt Khevenhiller, bekam der König keine Antwort." [5]

Anders in Brüssel. Der Graf Schwarzenberg schickte Abschriften der zwischen der Infantin und Christian IV. gewechselten Briefe nach Wien ein, mit dem Bemerken: „Ew. K. M. werden daraus ersehen, daß man allhie dem Feinde nicht so gar alien ist." [6]

---

[1] Aretin, Bayern usw. 249.

[2] Das Schreiben bei Aretin, Bayern usw. 248. N. 2.

[3] Khevenhiller X, 1222. [4] A. a. O. 1219. [5] A. a. O. 1221.

[6] Friedensacten F. 6b.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wie immer dem sei, schon das Angebot der Infantin, vom 30. Juni, an Christian IV., schließt offene Feindseligkeiten aus. Welche Worte also auch nachher noch von Brüssel aus gemacht sind: der 30. Juni muß als der Termin angesehen werden, an welchem in Brüssel die Absicht einer Hülfeleistung für Tilly bereits aufgegeben war, so jedoch, daß dieser selber es nicht wußte.

Auf der anderen Seite konnte Wallenstein in der bisher inne gehabten Stellung nicht lange mehr verharren. Wir haben die Sachlage ins Auge zu fassen, die ihn zum Aufbruche von dort nöthigte.

16. Bethlen Gabor im Frühlinge 1626.

Der zweite geheime Artikel des Haager Bündnisses vom 9. December 1625 hatte dem Fürsten Bethlen von Siebenbürgen für eine neue Erhebung wider den Kaiser 40,000 Thaler monatlich in Aussicht gestellt. Sicherer als dieses Geld war ihm die fürstliche Braut, die Prinzessin Katharina von Brandenburg. Begleitet von der Schwester Anna Sophia, die, weil nicht rechtskräftig von Friedrich Ulrich geschieden, den Titel einer Herzogin von Braunschweig fortführte, und einem zahlreichen Gefolge unter der Führung des Grafen Adam von Schwarzenberg, trat die Prinzessin die Reise von Berlin nach Kaschau in Oberungarn an, wo im Februar 1626 die Hochzeit stattfinden sollte. Die Reise war nicht bloß beschwerlich, sondern auch gefahrvoll,[1] die Feierlichkeiten in Kaschau ein Gemisch von Pracht und rohen Sitten.[2] Zur Verherrlichung der Tage hatte Bethlen Einladungen an die Potentaten Europas ergehen lassen. Sie waren nicht erschienen; aber viele Gesandte brachten reiche Geschenke dar, namentlich der Kaiser, sein Sohn, der König von Ungarn, der König von Spanien, die Kurfürsten von Bayern und von Köln. Sie Alle mochten hoffen, durch die Bethätigung ihres guten Willens für Bethlen das etwaige Kriegesgelüste desselben eindämmen zu können. In der That wußte sich dann auch Bethlen so zu benehmen, daß der Gesandte, der im Namen des Kaisers den Festen beigewohnt, zurückkehrte mit der Meldung: es sei von Bethlen nichts zu fürchten.[3]

[1] Die Reise und die Festlichkeiten in Müllers Zeitschrift für deutsche Culturgeschichte. Hannover. Jahrgang 1874. Ferner im Anhang zu Jugler, Aus Hannovers Vorzeit. 1876. Hannover.

[2] Der genannte Bericht. Vgl. Óváry 397: Le nozze sono passate ferocemente e con termini barbari che sono riusciti di disgusto alla sposa.

[3] Óváry 397.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bereits hatte damals Ludwig XIII. den Gesandten in Constantinopel kund thun lassen, daß er, ohne in das Haager Bündnis einzutreten, seinen Antheil für Bethlen Gabors Erhebung wider den Kaiser mit 10,000 Thalern bezahlen wolle.[1] Auf die Erwiederung der Gesandten Bethlens, daß dieser die ganze Summe verlangen müsse, deponierte der französische Gesandte 40,000 Thaler.[2] Der Engländer Roe dort hatte kein Geld. Er schrieb heim, daß, wo der König Carl I. monatlich 50,000 Pfund Sterling für Christian IV. und Mansfeld zahle, die Summe von 2000 Pfund für Bethlen, der über eine Armee von 25,000 Mann verfüge, eine verhältnismäßig geringe Leistung sein würde.[3]

Wir Spätere haben die Sache noch von einer anderen Seite anzusehen. Indem der Günstling Buckingham das Geld seines Königs in profuser Weise wegwarf, benahm er ihm die Mittel, die verhältnismäßig geringen Forderungen des für den Kaiser so sehr gefährlichen Bethlen zu erfüllen.

Die Erwartungen der westmächtlichen Gesandten in Constantinopel standen im Beginne des Jahres 1626 sehr hoch. Der Kaimakam, im Range nach dem im Kriege abwesenden Großwesir der erste, war dem Kaiser feindlich gesinnt. Sie hofften, daß er für Bethlen eintreten werde, wenn der Krieg mit Persien es verstattete. Dort aber, wo Türken und Perser um den Besitz von Babylon mit einander rangen, stand die Sache der Türken gar nicht gut.[4] — Es ist immer zu wiederholen, daß die Perser die natürlichen Verbündeten des Kaisers und des Reiches waren.

Bethlen vernahm mit Freuden von Constantinopel her die französische Ankündigung. Er antwortete, daß er zum Anfange 100,000 Thaler bedürfe.[5] Wenn er dies Geld erhalte, und damit seine Leute ermuthigen könne, werde er sofort aufbrechen, nach Schlesien oder direct gegen Wien. Er theilte die Meldung dem noch anwesenden Grafen Adam Schwarzenberg mit, der die Prinzessin hergeführt, und bewog ihn zur sofortigen Rückkehr zu dem Kurfürsten Georg Wilhelm, damit dieser den Mansfeld entsende. Zugleich schickte er abermals seinen Agenten Quadt nach dem Haag.[6]

In dieser Weise wußte und berichtete man in Constantinopel den Stand der Dinge, im Anfange Mai. Eben damals erhielt der Kaiser

[1] A. a. O. 615. [2] A. a. O. 616. [3] Roe 511.
[4] A. a. O. 486, 491. Óváry 618. [5] Roe 510. Óváry 622.
[6] Óváry 622.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Ankündigung Bethlens, daß in Betracht der übelen Behandlung, welche sein Brandenburger Schwager von Mansfeld erleide, er demselben zu Hülfe kommen wolle.[1] In Erwägung der so oft erfahrenen Falschheit Bethlens, der wiederholten Klagen Wallensteins über das Zusammenspiel des Brandenburgers mit Mansfeld, ward in Wien sofort erkannt, was hinter der Ankündigung des Bethlen stecke. Die Besorgnis indessen legte sich bei der weiteren Erwägung, daß nach dem Datum des Schreibens Bethlen bei der Abfassung die Nachricht der Niederlage Mansfelds an der Dessauer Brücke noch nicht gehabt haben konnte.

In der That wirkte diese Nachricht niederschlagend auf Bethlen, zumal da gleichzeitig eine Erkaltung Ludwigs XIII. gegen ihn bemerkbar wurde. Der venetianische Bailo in Constantinopel meldete heim, im Juni: er zweifele, daß Bethlen noch etwas unternehmen werde.[2] Die Besorgnis in Wien jedoch blieb rege.

Es ist sehr merkwürdig, daß dieser Sieg an der Dessauer Brücke, den Wallenstein selber gegen den geschlagenen Mansfeld nicht weiter ausnutzte, dennoch auch nach einer anderen Seite hin den Anlaß zu Bewegungen gab, die man vorher kaum hätte ahnen können. Wir kommen zu Gustav Adolf.

17. Gustav Adolf nimmt Pillau.

Obwohl im Jahre 1625 die schwedischen Kriegserbietungen in London den dänischen hatten nachstehen müssen: so war darum der Wunsch Gustav Adolfs sich am Kriege in Deutschland zu betheiligen, nicht minder lebhaft geblieben. „Denn Sie dürfen für gewis annehmen, schreibt Oxenstierna an Camerar, am 10. November 1625, daß von dem Tage an, wo mein König zuerst jenen Gedanken erfaßte, er weder in Neigung noch Plan sich irgendwie verändert hat. Auch ist es nicht richtig, zu behaupten, daß er davon abgelenkt werde durch den polnischen Krieg, in den wir verwickelt sind. Vielmehr treibt dieser uns noch mehr dazu an, weil diese Angelegenheiten so sehr mit einander verbunden und verschlungen sind, daß, wer die eine betreibt, die andere nicht vernachlässigen darf.“[3]

Dem Haager Bündnisse gemäß sollte auch Gustav Adolf zum Beitritte aufgefordert werden. Zu diesem Zwecke entsendete der Pfalzgraf

[1] A. a. O. 399. Bericht Padavins vom 13. Mai. [2] A. a. O. 630, 631.
[3] Moser VI, 67.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Friedrich vom Haag aus sofort nach dem Abschlusse seinen Rath Ludwig Camerar nach Schweden. Die Instruction, das letzte Actenstück, welches Camerar im Dienste Friedrichs verfaßte, lautete volltönend wie von Macht zu Macht, auffordernd, nicht jedoch dafür etwas anbietend.[1] — Es mochte dem beschränkten Blicke Friedrichs noch nicht die Ahnung aufgegangen sein, daß auch selbst dies Haager Bündnis, welches nach dem Wortlaute des ersten geheimen Artikels nur seinetwegen gemacht zu sein schien, durch die Weigerung des Dänenkönigs diesen Artikel zu zeichnen, für ihn gar nichts bedeutete. Und eben so wenig mochte er ahnen, daß dieser selbe Camerar, der, dem Auftrage Friedrichs gemäß, seine Instruction niederschrieb wie diejenige eines mächtigen Herrn, von Oxenstierna her schon die Zusicherung empfangen hatte, daß er nicht als Diener Friedrichs nach dem Haag zurückkehren werde.[2]

Wenn Friedrich der Erkenntnis für die wirkliche Lage der Dinge fähig war, so konnte er diese lernen aus dem Verhalten des Schwedenkönigs. Gustav Adolf behielt den Camerar Monate lang bei sich. Dann entsandte er ihn zurück, nicht mit einer Antwort auf die überbrachten Vorschläge Friedrichs, sondern mit der Ankündigung, daß er, Gustav Adolf, den Camerar fortan als seinen Residenten im Haag bestelle, und mit dem Ersuchen daher um die Entlassung desselben.[3] Das Ersuchen war Befehl.

Demnach hatte Gustav Adolf mit dem Haager Bündnisse keine Gemeinschaft, sondern handelte frei, nach eigenem Ermessen, von dem Grundgedanken aus, den Oxenstierna in jenen Worten vom November 1625 dem Camerar ausgesprochen.

Die erste Bedingung für sein Eingreifen in den Krieg in Deutschland war der Besitz eines Hafens, Stettin oder Danzig.[4] Den letzteren hätte er vorgezogen. Nachdem man im Haag und in London seiner Wünsche wenig geachtet, kam es darauf an, ob er durch eigene Mittel sich in den Besitz setzen könne.

Im Frühling 1626 ward in Schweden gerüstet zu Wasser und zu Lande. Es ging darüber das Gerücht, daß ein abermaliger Zug nach Livland unternommen werden solle. Das Gerücht diente die wahre Absicht zu verschleiern. Denn es liegt ein Schreiben von Bethlen Gabor an Gustav Adolf vor, datiert vom 13./23. Mai, in welchem Bethlen

[1] A. a. O. 69. [2] A. a. O. 69. [3] A. a. O. 80. Vom 22. April 1626.
[4] Moser V, 189.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gabor die Absicht des Schweden durch Preußen nach Polen zu ziehen, bekämpft.[1] Demnach hatte Gustav Adolf bereits mindestens vier Wochen zuvor seinen Entschluß gefaßt, in Preußen einzubrechen. Dort bot sich ihm als der für ihn geeignetste, und dennoch schwächste Ort der Hafen von Pillau im herzoglichen Preußen. Da jenes Gerücht über die eigentliche Absicht des Schweden irre führte, da ferner der Kurfürst Georg Wilhelm sich einer Feindseligkeit von seinem Schwager her nicht versah: so durfte Gustav Adolf darauf rechnen, daß sein Einbruch nicht auf ein nennenswerthes Hindernis stoßen würde.

Überhaupt war ein wichtiger Baustein für die Entwürfe des Schweden die volle Erkenntnis der persönlichen Schwäche seines Schwagers von Brandenburg. Wir haben wiederholt gesehen, wie dieser bei dem Kaiser sich durchzuwinden suchte und doch mit Christian IV. und Mansfeld freundlich stand. Die Folge seiner Haltlosigkeit war Mishandlung von allen Seiten. Nicht er war Herr in seinem Lande, sondern wer sonst die Macht und den Willen dazu hatte. Wie daheim, so auch in Cleve. Die Holländer hielten dies für ihn besetzt: in Wahrheit herrschten sie dort.[2] Der Commandant bewohnte das dortige Schloß. Georg Wilhelm bat im Haag: die Hochmögenden wollten befehlen, daß sein Haus in Cleve ihm eingeräumt würde. Er erhielt die Antwort, daß die Sicherheit der Stadt die Wohnung des Commandanten im Schlosse erfordere. Auch zweifle man nicht, daß der Kurfürst damit zufrieden sein werde. — Er fragte dann an, wie er sich zu verhalten habe, wenn die Truppen des Kaisers oder Tillys den Durchzug durch die Grafschaft Mark begehrten. Er erhielt die Antwort: man müsse sich schicken nach Zeit und Gelegenheit. Er fragte weiter an, wie er sich zu verhalten habe, wenn staatische Truppen ohne Befehl des Prinzen von Oranien in sein Land kämen. Die Hochmögenden entgegneten: der Prinz werde Sorge tragen, daß nichts Unordentliches geschehe. — In Wahrheit behandelten die Holländer das Land Cleve, als sei es ihr Eigenthum.[3] Sie ließen der brandenburgischen Regierung melden, daß dieselbe in die Einziehung der Contributionen bessere Ordnung bringen müsse. Wo nicht, so werde man die nöthigen Befehle geben, daß es durch holländische Truppen geschehe. Solchen Anmaßungen gegenüber wagte nur ein einziger Mann von brandenburgischer Seite eine feste und entschiedene Sprache zu führen. Es war der Minister Schwarzenberg. Er erwiederte, daß die Schritte

[1] Kriegsacten F. 69. Vgl. Óváry 197. [2] Aitzema II, 73.
[3] A. a. O. 667.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Hochmögenden häufig wie berechnet erschienen, um die kurfürstliche Regierung in Verachtung zu bringen. Schwarzenberg bemühte sich um völlige Verschonung des Landes Cleve, um Entlassung der dortigen holländischen Truppen. Dafür ward er im Haag schwer gehaßt.

Mit eben derselben Abneigung betrachtete ihn Gustav Adolf und die ganze Partei desselben am Hofe zu Berlin. Nach Schwarzenbergs eigener Meinung hatten seine Gegner am Hofe seine Begleitung der Braut Katharina darum betrieben, damit er ihr Zusammenspiel mit den Dänen nicht stören solle.[1]

Nach der Vollendung der Rüstung gab Oxenstierna dem Camerar im Haag die Vorwände an, auf Grund deren er vor den Generalstaaten und sonst die Unternehmung Gustav Adolfs auf Pillau vertheidigen solle.[2]

„Es war, meldet er, die Absicht des Königs, mit der Armee nach Livland hinüber zu gehen, um durch möglichste Bedrückung Lithauens ein Ende des polnischen Krieges zu erzwingen. Während der Vorbereitungen traf, von dem Kurfürsten von Brandenburg gesendet, Winterfeld hier ein, mit der Bitte, daß der König nach Deutschland hinüber setzen möge. Das rathe und wünsche auch der Däne, und wolle zur Erleichterung dessen die Subsidien für Mansfeld abtreten. Der Däne schlage als Landungsort Cammin vor, und dann den Marsch auf die Oder; der Kurfürst halte Wismar besser geeignet für die Landung, und empfehle dann den Marsch an die Elbe. Der König, der nichts so sehr in Gedanken hat, als wie er dem wankenden Gemeinwesen zur Stütze gereichen möge, war geneigt. Allein es erhoben sich doch auch manche Bedenken. Das hauptsächliche war, daß Winterfeld sogleich nach dem Treffen an der Dessauer Brücke abgeschickt war, wo, wie auch andere Zeichen andeuteten, der Berliner Hof mehr im Zustande der Erregung als ruhiger Überlegung sich befand. Dazu stand die Rückkehr des Grafen Schwarzenberg in Aussicht, der, wie er bekanntlich die Leitung des Hofes in Händen hat, alle diese Entwürfe durchkreuzen würde. Auch berichtete Winterfeld, daß man dem Herzoge von Pommern nicht eher zumuthen dürfe, die Landung zu gestatten, als bis der König mit Flotte und Heer herankomme. — Mag daher immer der Plan zu seiner Zeit zweckmäßig sein: für jetzt, bei dem täglichen Schwanken der Gemüther, ist er es nicht. Eine Correspondenz darüber würde die günstige Jahreszeit ungenutzt

[1] Cosmar 46. [2] Moser VI, 82.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

verfließen lassen; denn nach dem Monate August ist die Überfahrt einer Armee mit großen Gefahren verknüpft. — Wenn dagegen bei dieser Lage der Dinge der König sich nach Livland begäbe, so würde er sich allzu weit von dem hauptsächlichen Schauplatze der Ereignisse entfernen."

„Daher war ein anderer Entschluß zu fassen, kraft dessen der König sich und sein Königreich deckte und mit seiner Armee in der Nähe Deutschlands bliebe. Da trat uns der schon früher erwogene, dem Könige von Böhmen und dem Prinzen mitgetheilte Plan entgegen, nämlich die deutschen Angelegenheiten von Polen aus herzustellen, und zu diesem Zwecke das Land Preußen als feindlichen Boden in Besitz zu nehmen. Von dort aus können wir unseren Feind bedrängen, und doch zugleich auch durch das nahe Pommern den Verkehr mit unseren Freunden unterhalten, so daß, nach Wunsch derselben, sie für die Herstellung der Angelegenheiten in Deutschland die Hülfe des Königs in Anspruch nehmen können, sei es auf dem Wege durch Polen, oder, wenn das zweckmäßiger erscheint, durch Deutschland."

„Auch darf man annehmen, daß wir nirgends mit mehr Hoffnung auf Erfolg um den Frieden unterhandeln können als in Preußen, weil von keiner Seite her der Pole mehr Nachtheile zu erleiden und zu fürchten hat, so daß nicht mit Unrecht die Rücksicht auch auf unsere eigene Sicherheit dafür geltend gemacht werden kann. Dem Dänenkönige und den übrigen Vertretern der gemeinsamen Sache fließt daraus der Vortheil zu, daß sie die Verbindung des Kaisers mit dem Könige von Polen nicht zu fürchten haben; denn, was immer der Pole an Streitkräften vermag, das wird er, in so weit andere Nachbaren es zulassen, dem Kriegsbrande in Preußen entgegen zu stellen haben."

„Dagegen scheint der Plan den Nachtheil zu haben, daß der König von Schweden nach dem königlichen Preußen nicht anderes sicher gelangen kann als durch den Hafen von Pillau, welcher zum herzoglichen Preußen gehört, so wie ferner daß, damit der König des Ausganges wie des Einganges sicher sei, er für die Dauer seines Aufenthaltes in Preußen diesen Hafen besitzen muß. Dieser Nachtheil indessen wird weitaus aufgewogen durch den ungleich größeren Vortheil für die gemeinsame Sache. Er kann ferner entschuldigt werden durch die Nothwendigkeit. Endlich auch wird mein König sich bemühen, daß, nach Möglichkeit, die Kriegeslast von dem herzoglichen Preußen fern gehalten, den ruhigen Unterthanen kein Schade zugefügt werde. Nach hergestelltem Frieden, oder nach der Abführung der schwedischen Truppen nach Deutschland wird der König

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Mündung des Haffs mit Pillau unverweilt dem Kurfürsten zurückgeben."

„Auch scheint dem Kürfürsten bei dem Polen deshalb kein Haß erwachsen zu können, weil ja doch unschwer zu urtheilen, daß dies alles ohne sein Vorwissen geschieht."

Die Aufgabe für Camerar, auf Grund der angegebenen Vorwände den Einbruch des Schweden in fremdes Eigenthum vor den Generalstaaten zu entschuldigen, war doch nicht leicht, weniger wegen des Kurfürsten, der zunächst den Schaden erlitt, als wegen der Holländer selber, denen für ihren Handel in der Ostsee die Durchfahrt von Pillau unentbehrlich war. Daher blieben auch Gustav Adolf und Oxenstierna von einiger Besorgnis nicht frei. Camerar erhielt den besonderen Auftrag: wenn er nichts Anderes erreichen könne, doch alles aufzubieten, damit nicht dieser so wohl ausgedachte, so lange ersehnte Plan von bissigen Auslegungen böswilliger und neidischer, oder müßiger Leute durchgezogen und etwa dem Schwedenkönige zum Vorwurfe gemacht werde, besonders am Hofe von Brandenburg. Aber damit nun auch Camerar nicht zu früh rede, ward ihm bemerkt, daß er so lange zu schweigen habe, bis er die Nachricht erlangt, daß der König den Hafen von Pillau genommen und im Herzogthume Preußen festen Fuß gefaßt habe. Denn sonst, wenn etwas dazwischen käme, könne man leicht den König tadeln.

Die Besorgnis des Fehlschlagens war nicht gegründet. Gustav Adolf hatte zwar den Gesandten Winterfeld mit der Meldung seines Vorhabens auf Pillau zurückgeschickt, aber erst am 18./28. Juni, nach der Einschiffung.[1] Anstalten zur Abwehr zu treffen, war daher nicht mehr möglich. Georg Wilhelm mußte sich auf eine Abmahnung beschränken. Gustav Adolf selber sagte darüber nachher in Preußen: „Der Kurfürst hat auch an mich geschrieben und mich abgemahnt, worauf ich ihm aber geantwortet: ich ließe mich von meinem Vorsatze nicht abkehren."[2] — Am 26. Juni / 6. Juli erschien Gustav Adolf mit einer Flotte von 150 Segeln vor dem fast unbewehrten Pillau. „Durch Gottes Gnade, berichtet des Königs Schwager Johann Casimir an Camerar, ist Pillau genommen."

Die Wegnahme von Pillau war nur erst der Beginn. Wiederholen wir hier, zur völligen Klarstellung, die Worte Oxenstiernas vom

[1] Styffe 602. [2] Faber III, 42.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

November 1625.[1] „Die feste Grundlage eines Krieges gegen den Kaiser ist der Besitz einer Seestadt." Damals schwankte sein König zwischen Stettin und Danzig. „Aber auf das erstere, sagt Oxenstierna, haben wir gar keinen Anspruch. Das Land, der Fürst, die Stadt ist uns freundlich. Wie können wir dahin den Krieg bringen? Wir haben gar keinen Vorwand. Danzig ist uns verhaßt und gefährlich — das müssen wir haben, müssen wir zum Sitze des Krieges machen. Von da aus können wir vorbrechen." Im Juli 1626 nahm Gustav Adolf die Stadt Pillau. Es war die Vorstufe zu Danzig. Auf dieses war es abgesehen.

18. Gustav Adolf in Preußen.

Zunächst jedoch handelte es sich für den Schwedenkönig darum, mit den in solcher Weise überraschten Unterthanen seines Schwagers, die er um seiner weiteren Plane willen nicht durch Feindseligkeit von sich scheuchen durfte, ein leidliches Verhältnis herzustellen. Er trat dabei selber redend und handelnd auf, und es ist sehr merkwürdig, in welcher Weise das geschah.

Er forderte von den Oberräthen d. h. der statthalterlichen Regierung Georg Wilhelms in Preußen und von der Stadt Königsberg die Erklärung, ob sie seine Freunde oder seine Feinde sein wollten.[2] Auf seine Ladung erschienen preußische Abgeordnete vor ihm. Sie erklärten, daß sie nicht befugt seien, sich über seine Forderung auszusprechen; denn sie seien Diener ihres Herrn, und ihr Herr sei dem Könige von Polen mit Eiden verbunden. Auch habe der Kurfürst gewisse Verträge beschworen, gegen welche sie nicht handeln dürften. „Was Verträge?" fiel der Schwedenkönig ein, „Verträge sind keine Verträge, wenn sie gegen das jus humanitatis sind." Was dieser letzte Bedingungssatz bedeute, erklärte er nicht. Er fragte weiter: „Warum hat man solche Verträge eingegangen?" Die Preußen erwiederten: „Die Verträge sind althergebracht, und der Kurfürst hat das Land mit ihnen angenommen. Er muß sie halten." Der König fragte weiter: „Wer hat ihm und Euch das befohlen? Ihr wollt von Eurem Herrn Resolution; aber die Resolution wird weder kalt noch warm sein. Faßt Ihr selbst Resolution, und Euer Herr wird sich damit zufrieden geben." Man erwiederte: „Auch das ist nicht möglich; denn die preußische Regierung darf nicht handeln ohne die Stände, und diese Stände sind Polen mit Eiden verbunden." Der

[1] Moser V, 189. [2] Faber III, 37.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

König drohte. „Faßt gute Resolution, sagte er, sonst seid Ihr verdorbene Leute. Ich greife hier zu, auch die Polen greifen von dort zu, und wenn Ihr jetzt auch noch so viel thut, werden sie erwiedern, daß Ihr Verräther seid; denn Ihr habt die Durchfahrt von Pillau verloren."

Eine Reihe solcher Beredungen fand statt, in denen der König immer aufs neue von jenem einen Puncte ausging. „Ihr seid närrische Leute," fuhr er beim Beginne der dritten Unterredung die Abgeordneten an. „Ihr habt dem Könige in Polen die schuldige Beschützung des Hafens von Pillau nicht geleistet. Denn die Schanze ist nicht fertig gebauet und nicht stark genug besetzt gewesen. Ihr habt geschehen lassen, daß meine Soldaten sie einnahmen, und habt Euch nicht gewehrt: dadurch habt Ihr Felonie begangen." [1]

Wie von der einen Seite diesen Druck, so wendet Gustav Adolf auf der anderen Seite denjenigen des Fingerzeiges auf sein Heer an. „Wir sind ungefähr 13,000 Mann stark, ohne die Besatzung von Pillau: es werden aber noch einmal so viele kommen. Es sind noch fünf Regimenter in Livland, und aus Deutschland erwarte ich auch noch etliche. Die, so ich jetzo bei mir habe, sind nur arme schwedische Bauernknechte und schlecht von Ansehen, fechten aber wohl, und ich hoffe, sie sollen in kurzem besser bekleidet werden, wie sie denn bereits in Frauenburg fünf hundert rothe Röcke bekommen haben." [2]

Dieser Fingerzeig war deutlich genug. Die Beredung fand statt, am 13. Juli, in Tolkemit. Am Abende zuvor hatten die Abgeordneten auf ihrer Fahrt zu dem Könige, von Braunsberg aus, ein großes Feuer erblickt. Auf der Weiterfahrt, am 13., fanden sie das Städtchen Frauenburg, bis auf den Thurm und die Pfarrkirche, in Asche liegen. [3]

Dennoch wichen die Abgeordneten auch so noch dem scheltenden und drohenden Könige nicht. Sie verlangten Frist bis zur Einholung der Resolution des Kurfürsten. Darauf Gustav Adolf: „Ich halte diese Euere Resolution für eine offenbare Kriegserklärung. An die Städte Königsberg habe ich kürzlich geschrieben, daß sie sich auf gewisse Puncte erklären sollen. Nun erfahre ich, daß man ihnen solches unter dem Vorwande, als ob sie keine freie Stadt wären, nicht gestatten will, wo ich doch aus ihren Privilegien beweisen will, daß sie eine freie Stadt sind." [4]

Die Abgeordneten der preußischen Regierung verneinten, und die Königsberger selbst stimmten zu: die Stadt dürfe nicht handeln, ohne

[1] A. a. O. 63. [2] A. a. O. 65. [3] A. a. O. 62. [4] A. a. O. 67.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Kurfürsten-Herzog Georg Wilhelm zu fragen. Gustav Adolf blieb dabei. „Königsberg ist eine freie Stadt. Sie kann sich wohl entschließen und zu mir treten. Ich will ihr Capitän sein und ohne Sold." Die Abgesandten schwiegen. Der König fuhr in seinem Eifer fort: „Ich merke wohl: Ihr wollt den Mittelweg halten; aber der Mittelweg bricht Euch den Hals. Wollt Ihr Euch recht rathen, so müßt Ihr Partei ergreifen, mich oder Polen. Ich bin Euer Religionsverwandter, habe ein Fräulein aus Preußen in meinem Bette, ich will für Euch fechten, will die Stadt gegen die Krone Polen, auch gegen den Teufel selbst vertheidigen." Auch auf solche Reden ward ihm nicht ein besserer Bescheid. Man dürfe, hieß es, nichts beschließen, was gegen den Kurfürsten und die Verträge sei. Gustav Adolf erwiederte: „Ich verlange nichts gegen den Kurfürsten; aber die Verträge habt Ihr selbst gebacken und meinen Schwiegervater mit eingemischt. Sie werden Euch noch im Halse stecken bleiben. Pacta non sunt pacta. Inter arma silent leges."[1] Er fuhr dann direct den Abgeordneten der Städte, Hiob Löbner, an und verlangte schriftliche Resolution. Der Angeredete versetzte: „Ich bin nicht ermächtigt, ohne Einwilligung meiner Vollmachtgeber eine Erklärung zu geben. Thäte ich es und käme mit einer solchen Antwort nach Hause, so müßte ich besorgen, daß mir von meinen Machtgebern der Hals entzwei geschlagen würde." — Darauf Gustav Adolf: „Mein Herr Bürgermeister, oder wer Ihr seid! Wie, wenn ich das nun thäte? Warum seid Ihr nicht mit einer besseren Resolution zu mir gekommen? Ihr wißt doch wohl, was ich von Euch begehrt habe."[2]

Es blieb bei der Drohung. Gustav Adolf zog sogar in etwas zurück. Auf eine weitere Verweigerung der Einräumung von Plätzen erwiederte er: „Ich sehe wohl, Ihr könnt Euch nicht resolvieren. Ich marschiere jetzt auf Elbing. Unterdessen werde ich sehen, wie Ihr Euch verhaltet. Werdet Ihr stille sein, so ist es gut. Wo nicht, so werde ich, wenn ich mit Elbing richtig bin, mir die Mühe nicht verdrießen lassen, zurück zu marschieren, und werde alles einnehmen, was ich kann, außer Haus und Hof. Ich will die reifsten Birnen vorher abschütteln. Ich sage es Euch voraus, was ich thun will. Wenn ich Elbing inne habe, so will ich eine Katze herum bauen, die wohl um sich kratzen soll: es soll sie Keiner ohne Handschuhe angreifen. Und da will ich alsdann sedem belli machen, nachher mich nach Pillau begeben, dasselbe der-

[1] A. a. O. 70. [2] A. a. O. 74.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

maßen befestigen, daß mich nicht leicht Einer aus der Herberge treiben soll. Hernach will ich mit meinen Schiffen an die Stadt Königsberg kommen und Euch lehren, Ja oder Nein zu sagen." [1]

Während der langen Rede trat bei dem Abgeordneten Hiob Löbner der Schreck vor der brutalen Drohung zurück gegen das Bewußtsein der moralischen Überlegenheit. Er faßte den Muth, dem gewaltthätigen Eindringling unumwunden die Wahrheit zu sagen. „Es kennen ja doch Ew. Majestät, sagte er, das Naturgesetz: was du nicht willst, daß es dir geschieht, das thue auch einem Anderen nicht. Wenn Ewr. Majestät Unterthanen in dem Falle wären, wie wir es jetzt leider sind; wenn sie da ohne Ewr. Majestät Erlaubnis mit einem Fremden in ein Bündnis sich einlassen wollten: was würden Ew. Majestät dazu sagen?" Die Frage war scharf: indessen der König war zu weit gegangen. Er konnte nicht mehr zurück. „In solchem Falle, entgegnete er, kann kein christlicher Potentat seinen Unterthanen einen solchen Schritt verargen, auch wenn sie ihm noch so hoch und hart verpflichtet wären. Denn sonst würden sie sich zu Unmöglichkeiten verpflichtet haben, was in keinen Rechten gut geheißen werden kann."

Damit war die Unterredung auf ein bedenkliches Gebiet gelangt. Gustav Adolf lenkte ein. „Da aber, schloß er, unsere weitere Unterredung zu keinem Effect gedeihet, so habt Ihr Euch nach dieser meiner endlichen Resolution zu richten. Wird etwas Scharfes daraus entstehen, so will ich entschuldigt sein. Macht es nur mit Eueren Rathschlägen nicht so lange, bis ich Euch über den Hals komme." — Er selber mochte bei sich nicht im Unklaren darüber sein, daß nicht ihm, sondern dem Bürger Hiob Löbner die Palme des Tages gebührte.

Wir haben hier den Schwedenkönig in einem fremden Lande, auf welches er nicht den Schatten eines Anspruches hatte, welches seinem eigenen Schwager gehörte und welches diesem Fürsten bei aller Schwäche desselben treu ergeben war, vor den Unterthanen seines Schwagers Grundsätze aussprechen hören, mit denen ein geordnetes Staatsleben, ein einheitliches Zusammenwirken des Fürsten und der Unterthanen unvereinbar ist. Begleiten wir ihn weiter auf diesem seinem Zuge.

Am 14./24. Juli traf Gustav Adolf von Tolkemit vor Elbing ein, [2] also im königlichen Preußen. Er ließ der Stadt die Neutralität

[1] A. a. O. 76. [2] Beiträge I, 43.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

antragen: am Morgen des folgenden Tages solle weiter verhandelt werden. Zu diesem Zwecke entsandte Gustav Adolf den Feldmarschall Wrangel und den Hofmarschall Dietrich von Falkenberg, mit der Frist zur Erklärung bis auf zehn Uhr. Diese Zeit war noch nicht verlaufen, als man den König an der Spitze von 6000 Mann anrücken sah. Er war also der von ihm bestimmten Frist vorangeeilt und hatte die Unterhändler überrascht, vorgebend, daß seine Uhr schon zehn wäre, und der Stadtzeiger nicht richtig gehen müßte.[1] — Damit war die Unterhandlung zu Ende. Der Zug ging auf die Stadt zu.

Im Fortreiten richtete Gustav Adolf verschiedene Reden an das angesammelte Volk. „Er fragte, ob sie ihn zum Könige haben wollten. Worauf das Volk haufenweise Ja gesagt, und mit voller Stimme gerufen: Da kommt unser König! Das ist unser König! — Etliche gemeine Leute auch sind nahe hinzu getreten und haben ihn angeredet: Willkommen, Herr König!“[2] — Richtiger vielleicht als durch die Annahme solcher Huldigungen hatte Gustav Adolf einige Jahre zuvor in einem Briefe an seinen Schwager Georg Wilhelm in Berlin geurtheilt: „Denn in dem Pöbel ist kein consilium, non ratio, non discrimen, non diligentia.“[3]

Der König ritt weiter, mit ihm die aus der Stadt abgeordneten Rathsherren. „Als er an den Schlagbaum vor dem Thore kam, befahl er: man solle das Hölzlein wegthun und ihn einlassen.“[4] Noch einmal machten die Rathsherren einen schwachen Versuch, ihn vom Einmarsch in die Stadt abzuhalten. „Sie stellten ihm vor: er möge sich nicht in Gefahr setzen: von ungefähr könne auf seine Person ein Schuß geschehen. — Gustav Adolf sah hierauf gegen den Wall und sagte: Die heiligen Engel sind um mich und mein Schutz. — Würde ein solches aber geschehen, so müßt Ihr wissen, daß auch das Kind in der Wiege nicht geschont werden und Keines Gebein davon kommen sollte.“[5] — „Er stellte ihnen hierauf die Unmöglichkeit vor, daß die Stadt sich gegen ihn vertheidige, und verlangte das Öffnen des Thores. Als es geöffnet war und die schwedischen Soldaten einrückten, wollten die abgeordneten Rathsherren auch in die Stadt eilen. Der König aber begehrte, daß sie bei ihm blieben und ihm die Zeit vertreiben helfen möchten.“ Nachdem alle Posten besetzt waren, entließ Gustav Adolf die Rathsherren.

[1] A. a. O. [2] A. a. O. 44.
[3] Geijer III, 21. Aus Palmstiölds Handschriften. [4] Beiträge I, 44.
[5] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Am anderen Tage speiste er mit den Rathsherren an der Tafel eines Bürgers. Er zollte den armen Rathsherren, die am Tage zuvor nicht gewußt, wo endlich sie dem Eindringlinge gegenüber einen festen Punct des Widerstandes finden sollten, das bedenkliche Lob, daß sie sich besser als die Königsberger resolviert hätten. Er verlangte auch die Huldigung von der Stadt, so lange sie ihm unterworfen wäre und nicht wieder an die Krone Polen käme. Er bewies ihnen das Recht seiner Forderung, mit den Worten: „Die Bürger wären nun nicht mehr seine Feinde, sondern seine Freunde. Seines Gleichen aber wären sie nicht. Denn zwischen seinem Königreiche und ihrer Stadt wäre keine Vergleichung. Seine Nachbaren wären sie auch nicht; denn Schweden und Elbing wären viel zu weit von einander entlegen. Es wäre also nur das Dritte übrig und kein Viertes, nämlich sie müßten seine Unterthanen sein. Zwischen Unterthanen und einem Herrn gebe es aber kein anderes Band als die Huldigung. — Er gab ihnen Bedenkzeit, daß sie die Sache mit Weib und Kindern bereden sollten." — „Späterhin aber machte er der Stadt den Eid schwerer und verlangte, daß sie auch auf die Erbverträge der Krone Schweden schwören sollten."[1] — Die Waffen des Schweden waren das untrügliche Zeugnis für die Richtigkeit seiner Logik.

Alsdann ordnete Gustav Adolf, wie er in Tolkemit vorher gesagt, die Befestigung der Stadt Elbing an. Er zog weiter nach Marienburg. Dort traten wieder die Abgeordneten aus dem herzoglichen Preußen vor ihn. Sie suchten festzuhalten an dem Einwande, daß sie vor der Erklärung der Neutralität erst die Resolution des Kurfürsten einholen müßten. Sie schlugen ihm einen Stillstand mit Polen vor. Gustav Adolf entgegnete: „Was den Stillstand anlangt, so sehe ich, daß nicht ich, sondern Gott für mich krieget: also verfolge ich es billig; denn ich Gottes Ehre suche."[2] Wiederholt äußerte er sich in ähnlicher Weise. Könnte man jedoch Frieden oder einen aufrichtigen Stillstand machen, so wäre er auch wohl zufrieden, und wollte sich bald nach Deutschland wenden.[3]

Die Abgeordneten aus dem herzoglichen Preußen fügten sich endlich den Drohungen. Sie schlossen mit dem fremden Könige den Neutralitäts-Vertrag in der Fassung, welche er verlangte.[4]

---

[1] A. a. O. 45. [2] A. a. O. 48. [3] A. a. O. 50.
[4] A. a. O. 52. Vgl. Faber III, 78.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dann begab er sich nach Dirschau. Dort gelangte an ihn eine Botschaft nicht nach seinem Wunsche.

Er hatte seinem neuen Schwager Bethlen Gabor bereits im Frühling seine Absicht kund gethan, in Preußen einzubrechen und von dort aus durch Polen sich den Weg nach Schlesien zu bahnen, mit der Aufforderung an Bethlen, sich in Polen mit ihm zu vereinigen. Die Antwort Bethlens, vom 23. Mai, die Gustav Adolf in Dirschau erhielt, bestritt diesen Plan durchaus.[1] Bethlen erklärte sich gegen den Weg durch Polen. Er stellte vierzehn Gründe entgegen, unter ihnen namentlich den, daß es ihm unmöglich sein würde, die Ungarn zu einem Angriffe auf die befreundeten Polen zu bewegen. Er erklärte sich überhaupt gegen den Weg auch durch Preußen, weil Gustav Adolf dadurch die Republik Polen kränke, wo nur der König ihm Feind. Vielmehr möge Gustav Adolf in Pommern landen, dann Brandenburg mit sich nehmen. Auf diese Vorstellungen Bethlens gab Gustav Adolf von Dirschau eine für seine Persönlichkeit lehrreiche Antwort, am 24. Juli.[2]

Sie begann mit dem Lobe des heroischen Entschlusses von Bethlen, abermals die Waffen wider den Kaiser zu ergreifen. Dann verneint der Schwede für sich selber die Zweckmäßigkeit einer Landung in Pommern. „Alle deutschen Häfen an der Ostsee gehören meinen Freunden, die ich nicht kränken darf. Dagegen habe ich nicht bloß mit dem Könige von Polen Krieg, sondern auch mit der Republik. Denn diese zuerst hat vor siebenundzwanzig Jahren ein Heer über das Meer zum Einbruche in Schweden geschickt. Sie hat seitdem fast alljährlich in öffentlichen Landtagen vor allen Mächten der Welt die schwedische Nation der Rebellion, des Hochverrathes, des Treubruches, der Majestätsbeleidigung, des Sacrilegiums beschuldigt. Ferner hat die Republik Polen dem Könige die Waffen gegen Schweden in die Hand gegeben. Die Republik Polen ist bei dem Streite um Livland betheiligt. Der Reichstag hat noch in dem abgelaufenen Winter den Krieg gegen Schweden beschlossen."

„Nicht also eine Absicht, einem Nachbar etwas zu nehmen, fährt Gustav Adolf fort, sondern die Nothwendigkeit, mich und meinen eigenen Staat gegen den König und die Republik Polen zu schützen, hat mir den Plan eingegeben, diese Häfen von Preußen in Besitz zu nehmen, bis dahin, daß die Polen ihren Sinn ändern und sich einem gerechten Frieden

[1] Bei Óvary 197. [2] Kriegsacten F. 69. Das Schreiben wurde aufgefangen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zuwenden, oder, wenn sie durchaus den Krieg vorziehen, die üblichen Unannehmlichkeiten desselben um so schärfer empfinden."

„Mit Gottes Hülfe, sagt weiter Gustav Adolf, habe ich Pillau, Braunsberg, Elbing, Marienburg genommen. Ich bin Herr der Weichsel, und der Weg vor mir liegt offen. Ich bitte daher, daß Ew. Durchlaucht an der Weichsel sich mit mir vereinigen. Mit mir halten es viele vornehme Polen, welche alle ihren vom Alter hinfälligen König verabscheuen, bereit, die neue Sonne eines aufgehenden Imperiums bei der ersten Bewegung anzubeten.[1] Wenn dagegen eine Macht mir oder Ew. Durchlaucht in den Weg trete, so wird dagegen, wie es die von Ew. Durchlaucht angegebenen Gründe ausführlich darthun, eine Diversion von den Moskoviten, den Tartaren, den Türken her mit leichter Überredung zu erlangen sein. Auch wird uns dabei unser gemeinschaftlicher Schwager, der Kurfürst von Brandenburg, nicht fehlen, welcher sehnlichst wünscht, die ihm angedrohete Tyrannei abzuwehren, und darum diese Gelegenheit gern ergreifen wird."

Gustav Adolf entwickelt noch viele Gründe mehr. Getreu seiner wiederholt vorgebrachten politischen Fiction, daß eine allgemeine papistische Liga existiere, weist er darauf hin, daß in dem Polenkönige ein hauptsächliches Mitglied derselben niedergeschlagen würde. Da ferner alle Gründe, welche Bethlen Gabor für die Landung in Pommern und den Marsch die Oder hinauf anführe, in gleicher Weise oder stärker noch für Preußen und die Weichsel sprechen: so erneuert Gustav Adolf die Bitte, daß Bethlen Gabor in Polen zu ihm stoße, damit sie mit vereinten Kräften alsdann sich nach Schlesien begeben können.

Endlich spricht der König Gustav Adolf seinen Dank aus für den großen Freundschaftsdienst, den Bethlen ihm zu verschiedenen Malen durch die Entsendung von Tartaren wider seinen Feind geleistet, mit der Bitte, daß Bethlen auch ferner darin beharre, nicht bloß bei den Tartaren, sondern auch bei den Übrigen, welche Bethlen als für diesen Zweck geeignet am besten kenne.[2]

Das Schriftstück zeigt uns einen starken Fortschritt des Sohnes hinaus über den Vater. Wie der Vater Carl dem Neffen Sigismund die Krone Schwedens genommen, so will Gustav Adolf dem Vetter

[1] Qui omnes Regem senio invalidum detestantur, novum exorientis Imperii solem ad primos motus adoraturi.

[2] Uti porro non solum in Tartaris, sed etiam in caeteris quos optime novit ei rei idoneos esse, urgendo continuare pergat.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sigismund auch die Krone Polens nehmen, und zwar mit der Hülfe von Türken und Tartaren. Aber die Krone Polens ist nicht sein letztes Ziel. Dies wird angedeutet durch die Worte: novus exorientis Imperii sol.

Allerdings hat ja das Trachten Gustav Adolfs und des ganzen Hauses der schwedischen Wasa in ihrer Todesfeindschaft gegen Polen geendet zu Gunsten eines novus exorientis Imperii sol — nur daß diese Sonne nicht diejenige des Hauses Wasa war. Nach dem Aufhören des Deutsch-Ordens blieben als die Bollwerke des Westens gegen die Expansivkraft des Moskovitenthumes die Königreiche Schweden und Polen. Anstatt sich zum festen Bunde gegen den gemeinsamen Feind zu einigen, zerfleischten sich diese Königreiche an einander, zur Freude der Moskoviten. Die Schuld dessen trug das immer aggressive, Völker mordende Haus der schwedischen Wasa, von Carl IX. an bis zu Carl XII. Nachdem dieser letzte vom Mannsstamme der schwedischen Wasa sein eigenes Königreich erschöpft und durch die Kräfte desselben Polen zerrüttet, kam bei Pultawa über ihn der Moskovite. Von Pultawa an datierte der Czar Peter seinen Anspruch auf das Imperium Romanum Orientis, welches Constantinopel mit inbegriff.[1]

Der Plan Gustav Adolfs im Jahre 1626 hatte kein anderes Fundament als seine Wünsche und seine Gewalt, so weit sie reichte. Er hoffte auf seine Schwäger, Bethlen Gabor und Georg Wilhelm. Es ist nicht zu ersehen, daß der Eine, Bethlen Gabor, nach der Ablehnung der Vorschläge Gustav Adolfs, im Sinne derselben weiter auch nur Einen Schritt gethan. Wir kommen zu dem Anderen, Georg Wilhelm von Brandenburg.

Dieser hatte bis dahin, bei allen Betheuerungen seiner Loyalität vor dem Kaiser, die Aggressiv-Partei begünstigt. Er hatte in seinem eigenen Lande dem Mansfeld kein Hindernis in den Weg gelegt. Die Correspondenz des Mansfeld mit Christian IV. thut dar, daß jener sehr wohl wußte, wie weit er darin gehen dürfe.[2] Georg Wilhelm selber hatte durch seinen Rath Winterfeld den Schwedenkönig aufgefordert, in Pommern zu landen und die Oder hinauf zu gehen. Wallenstein wußte genau, wie es um Georg Wilhelm stand. Am 6. Juli schrieb er nach Wien: „Was immer der Kurfürst von Brandenburg mit uns tractiert, ist alles auf Betrug abgesehen.“[3] Dann jedoch gelangte nach Berlin die Nachricht vom Einbruche des Schwedenkönigs in Preußen. Darüber

[1] Einzelnheiten in meinem Werke: Fall des Hauses Stuart usw. XIII, 310 u. f. [2] Tadra 366. Vom 3. Juni. [3] A. a. O. 384.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

klagte Georg Wilhelm dem kurz zuvor von Kaschau zurückgekehrten Grafen Adam Schwarzenberg seinen Kummer in der folgenden Weise.[1]

„Ich gräme mich sehr, daß mir meine Lande so verdorben, ich selber gering geachtet und verhöhnt werde. Meine Räthe berathen und erwägen und kommen nicht zu einem Beschlusse, was ich thun soll. Man hat mir große Hoffnung von dem Schweden gemacht, und der nimmt mir jetzt Pillau, und das soll Freundschaft heißen und Beförderung der gemeinen Sache. Was helfen mir Freunde, wenn sie mir das thun, was ich von meinen ärgsten Feinden erwarten sollte? Was geht mich die gemeine Sache an, wenn ich darüber Ehre, guten Namen und meine Habe verliere? Sitze ich so stille und sehe meinem Unglücke zu: was wird man von mir sagen? Hingegen da ich mich noch wehre und thue was ich kann: so habe ich doch nicht solchen Schimpf, und ich glaube nicht, daß es der Kaiser ärger mit mir machen werde, als dieser. Und weil der Kaiser bis daher nichts gegen mich gethan: so muß ich doch dann, wenn ich mich zu ihm schlage, Gnade und alles Gute hoffen." An diesem Gedanken spann Georg Wilhelm weiter: wenn er sich zum Kaiser schlug, stand ihm eher ein Gewinn in Aussicht, als von dem Dänen oder dem Schweden. Dazu war auch der Ehrenpunct wachgerufen. „Alle Welt," ruft er weiter aus, „wird mich für eine feige Memme halten, daß ich so ganz stille sitze. Besser mit Ehren gestorben, als mit Schanden gelebt. Ich habe nur Einen Sohn. Bleibt der Kaiser Kaiser, so bleibe ich und mein Sohn auch wohl Kurfürst, wenn ich mich zum Kaiser halte. Also sehe ich nichts Anderes, als daß ich mich zum Kaiser schlagen muß, so lange ich noch etwas habe. Denn je länger ich zaudere: desto mehr greifen der Däne und der Schwede um sich, und wenn ich alles quitt bin, und sie meine Lande in ihrer Gewalt haben: was soll ich dann thun?"

Schwarzenberg entwarf sein Gutachten für den Anschluß an den Kaiser.[2] Es treten darin weniger die Gründe der Pflicht als der Zweckmäßigkeit hervor. Bei fernerem Halten mit dem Dänen stehe die Reichsacht in Aussicht, und der Kurfürst könne um Land und Leute kommen. Schlüge sich aber der Kurfürst zum Kaiser — jedoch wie Sachsen mit der Freiheit der Religion und des Gewissens — so würde man nicht ohne Rath und Hülfe sein. Die Vorfahren hätten sich immer an das Haus Oesterreich gehalten, und wären dadurch in Aufnahme gekommen.

[1] Cosmar 50. [2] A. a. O. 49.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Einige Wochen zuvor hatte der Kaiser Carl Hannibal von Dohna nach Berlin entsendet. Diesem hatte der Kurfürst Georg Wilhelm seine Bereitwilligkeit erklärt, „sonderlich wegen der aufs neue anerbotenen kaiserlichen hohen Gnade, Benevolenz, Huld und Favors, seine getreuesten, unterthänigste, gehorsamste Dienste und Gewärtigkeit zu erzeigen."[1] Unter dem Eindrucke jener Nachrichten aus Preußen kam, am 29. Juli, der Kurfürst dahin, dem kaiserlichen Gesandten weiter auszusprechen, daß er fortan andere Wege wandeln wolle als bisher. Nicht jedoch ohne Gewinn, namentlich an Ansprüchen auf die Länder rund umher. Wie darin seine Forderungen weit gingen, so auf der anderen Seite auch seine Erbietungen. „Was Ew. K. M. hinwiederum, schreibt Dohna, von dem Herrn Kurfürsten haben wollen, möchten Sie allergnädigst eröffnen und begehren, sich auch in Kaiserlichen Gnaden versichern, daß der Herr Kurfürst solche Real-Demonstration erzeigen werden, es wäre bei Deputations- oder bei Reichstagen, wie Ew. K. M., was er jedes Ortes thun sollte, allergnädigst vorschreiben würden. Ja Ew. K. M. sollten alsdann die Instructionen nur dort in Wien verfertigen und dem Kurfürsten einsenden, und sich allergnädigst darauf verlassen, daß der Herr Kurfürst ehrbar und teutsch dessen geleben solle."[2]

Der Bericht wurde im kaiserlichen Rathe verlesen, und dann auf den Umschlag geschrieben: „Aufzuheben und mit Stillschweigen zu übergehen. Per Imperatorem. 7. September 1626."

War also auch in Betreff des Gewinnes die Rechnung nicht richtig: so war doch die Schwenkung Georg Wilhelms da. In so weit Gustav Adolf für seine Entwürfe auf seine zwei Schwäger hoffte, hatte er sich getäuscht. Bethlen Gabor kam ihm nicht zu Hülfe, und Georg Wilhelm war, wenn er es auch zu einer That zunächst nicht brachte, doch ihm abgeneigt.

Der reelle Erfolg, den der Schwedenkönig von dem Friedensbruche an seinem Schwager hatte, bestand darin, daß er in beiden Preußen eine Reihe von Plätzen in Besitz hatte: Pillau, Braunsberg, Elbing, Marienburg; ferner, daß er, um den Strom der Weichsel zu beherrschen, Dirschau befestigte, so wie eine Schanze an der Nogat anlegte. Sein Bestreben, das feste Danzig auch nur zur Neutralität zu bewegen, mislang. Dem Könige Sigismund getreu, wies die Stadt alle Lockungen des Schweden zurück.

[1] Kriegsacten F. 69. Bericht Dohnas vom 5. Juli.

[2] A. a. O. Vom 29. Juli.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

19. Bethlen Gabor im Sommer 1626.

Bethlen Gabor hatte sich geweigert, dem Schweden zu Gefallen sich in die Gefahr eines polnischen Krieges zu stürzen. Er verfolgte seine eigene Bahn, mit der Vorsicht, sich niemals so weit zu verwickeln, daß er nicht mehr zurück konnte.[1] Die Nachricht der Niederlage des Mansfeld an der Dessauer Brücke hatte ihn etwas scheu gemacht, nicht jedoch so sehr, daß er von dem Plane eines neuen Friedensbruches gegen den Kaiser abließ, zumal bei der rastlosen Aufstachelung der Gesandten der europäischen Mächte in Constantinopel und dem beifälligen Winken der Pforte. Weiter durfte diese nicht gehen. Denn dem Wunsche von der günstigen Gelegenheit der Feindschaft so vieler christlichen Mächte gegen den Kaiser auch für sich Nutzen zu ziehen, stand im Divan immer entgegen der Hinweis auf den persischen Krieg, die ungünstige Lage der Dinge um Babylon.[2]

Über den Perserkönig, Schah Abbas, vernehmen wir aus damaliger Zeit den Bericht eines vielgereisten Ungarn.[3] „Er ist wohl bewaffnet, mit allem zum Kriege Nöthigen versehen, und der Dinge sehr kundig. Er ist bei seinen Unterthanen nicht bloß beliebt, sondern auch, man dürfte sagen, adorato. Er achtet die Türken wenig und wünscht nur, daß sie in noch größerer Anzahl kommen, damit er ihrer noch mehr überwältigen könne. Er trägt sich mit großen Entwürfen. Er tadelt die Fürsten der Christenheit, daß sie sich nicht in Waffen gegen die Türken erheben, insbesondere daß sie sich nicht zu Herren des heiligen Landes und Jerusalems machen. Er sagt, daß er diese Orte erobern und dann, wegen der Zuneigung, die er für die Christen trage, sie ihnen schenken wolle." — Die Mächte, die den Namen der christlichen führten, dachten freilich anders als dieser Perserkönig.

Durch die Bemühungen der westmächtlichen Gesandten, derjenigen des Bethlen und der Kriegspartei im Divan, ließ der Sultan sich bewegen, im August, drei Schreiben ergehen zu lassen:[4] das eine „an die Fürsten, die für die deutschen Angelegenheiten sich verbündet haben;" das andere an Bethlen Gabor; das dritte an Mehemed Pascha von Buda. Namentlich genannt werden als jene Fürsten indessen nur die Könige von Dänemark und Schweden. Der Sultan gewährt allen Fürsten, „welche wünschen sich zu befreunden mit unserer erhabenen Pforte, der

[1] Roc 543. [2] Óváry 649. [3] A. a. O. 714.
[4] Sämmtlich bei Óváry 654 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Zuflucht aller Cäsaren dieses Zeitalters, und der tragenden Säule aller Könige durch das gesammte Asien," die Erlaubnis, die hohe Pforte durch Gesandte zu beschicken. — In diesem türkischen Bombast geht es weiter. Der Kern der ellenlangen Schriftstücke ist, daß der Pascha von Buda und die ihm untergeordneten Paschas von Bosnien, Temesvar, Canisza, Erlau, den Befehl erhalten, zu Gunsten Bethlens sich in den Stand der Defensive zu setzen. — Mehemed Pascha von Buda starb, bevor ihn noch der Befehl erreichte. Morteja Pascha, bisher von Bosnien, trat an seine Stelle, mit denselben Befehlen. Dennoch galt bei den Gesandten in Constantinopel der Wechsel als ein Vortheil für Bethlen, weil Mehemed zur Vorsicht neigte, Morteja zum Angriffe.[1]

Der Plan gemäß dem Versprechen des Bethlen an die Gesandten der Mächte war, daß sie den Mansfeld mit 8000 Mann Infanterie und 3000 Reitern zu seiner Hülfe senden sollten. Zugleich werde Bethlen mit 15,000 Mann Infanterie und 5000 Reitern sich auf Schlesien werfen, mit der Hoffnung, die Länder Schlesien, Böhmen, Oesterreich binnen zwei Jahren einzunehmen.[2] „In dem Aufbruche Mansfelds nach Schlesien auf der einen Seite, — berichtet der Engländer Roe aus Constantinopel — und auf der anderen Seite in der Zahlung der geringen Subsidien für Bethlen, besteht das Herz und das Leben der Sache. Erhält er das Geld, so ist er in zwanzig Tagen marschfertig, und dann ist an der glücklichen Verrichtung nicht zu zweifeln."[3]

Aber das Geld, die 40,000 Reichsthaler monatlich für Bethlen, war nicht da. Der Engländer Roe, der Holländer Haga, der venetianische Bailo Cavalier in Constantinopel, hatten Worte und Gründe für die Unternehmung Bethlens vollauf, aber kein Geld. Der französische Gesandte wurde immer kühler. Er mistraute dem Bethlen.[4]

Dieser hatte seinen Agenten Quadt nach dem Haag und nach London entsendet, um direct dort zu wirken. Die Hochmögenden gaben ihm Audienz, im Juli. Die Rede[5] des Quadt war ein Inbegriff aller Feindseligkeit gegen den Kaiser und das Haus Oesterreich, und doch dabei ganz in der Färbung Bethlens, nämlich mit der schon 1619 vorgebrachten Fiction desselben, daß der Kaiser nach einem Bündnisse mit den Türken

[1] A. a. O. 666, 668. [2] A. a. O. 643. Bericht vom 25. Juli.
[3] Roe 529. [4] Óvári 647, 651, 654, 669. [5] L. Camerarii etc. epistolae 34. Auch bei Caraffa 239, bei Katona XXXI, 195.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

trachte. Er verlangte den Antheil der Generalstaaten an den für Bethlen versprochenen 40,000 Thalern monatlich: dann werde Bethlen mit 40,000 Ungarn ins Feld rücken und dem Hause Oesterreich eine tödtliche Wunde schlagen.

Camerar im Haag schildert den damaligen Zustand der Republik mit düsteren Farben. „Das niedere Volk, schreibt er, murrt gegen die schweren Auflagen. Dazu kommen andere Verwickelungen, welche die Gemüther erbittern. Von den inneren Parteiungen kann ich ohne Schrecken nicht reden. Auch sehe ich nicht, woher die Holländer Geld nehmen können, wo sie weder von England, noch von Venedig, noch von den Hansestädten, wider Pflicht und Versprechen, einen Heller empfangen. Darum sind sie nur auf ihre eigene Vertheidigung bedacht, nicht auf Hülfe für Andere." [1] „Bethlens Gesandter Quadt, fügt er hinzu, der von hier nach England geht, ist über einen Monat hier aufgehalten. Dennoch hat er kein Geld erlangt. Wenn Bethlen das erfährt, so fürchte ich, daß er abspringt. Thut er das, so ist es um Mansfeld geschehen."

Als Camerar diese für den Mansfeld unheilverkündenden Worte schrieb, war dieser bereits auf dem Marsche nach Schlesien. Dahin also haben wir unsere Blicke zu richten.

20. Mansfeld und Wallenstein, im Juli und August.

Da Mansfeld nach seiner Niederlage an der Dessauer Brücke von Wallenstein nicht weiter behelligt wurde, suchte er in Havelberg seine Mannschaft wieder zu sammeln, um dennoch den Marsch zu Bethlen Gabor anzutreten. Am 3./13. Juni meldete er dem Könige Christian IV. seine Bereitwilligkeit zum Aufbruche, mit der Bitte um Verstärkung.[2] Christian IV. gewährte sie unter dem Herzoge Johann Ernst von Weimar. Jedoch betrug die ganze Macht, mit welcher Mansfeld, am 30. Juni / 10. Juli, aus Havelberg aufbrach, kaum 6000 Mann Infanterie und noch nicht 2000 Reiter.[3] Mansfeld scheint dabei nicht gewußt zu haben, daß er, bei der Haltung des Bethlen, der zuerst Geld zu sehen verlangte, bevor er sich rühre, auf ein Entgegen-Kommen desselben bis in Schlesien hinein nicht mit Sicherheit rechnen dürfe. Dagegen war ihm eine andere Gefahr wohl bekannt, die er mit den Worten ausdrückt: „Es ist außer allem Zweifel, daß mir der Feind bald folgen wird." [4] Daß dennoch Mansfeld einen Marsch antrat, für welchen er keine Basis eines Rückzuges hatte, war ein ähnliches Unter-

[1] A. a. O. 4. [2] Tadra 361. [3] Londorp III, 880. [4] Tadra 367.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nehmen wie dasjenige um vier Jahre zuvor von Sedan aus durch Belgien. Dies Mal kam es auf das Verhalten Wallensteins an.

Eine Woche vor dem Aufbruche des Mansfeld schreibt Wallenstein in Betreff der Furcht in Schlesien vor dem Kommen des Mansfeld: „Nun vermeine ich, daß des Mansfelders Sachen der Zeit sich nicht in solchem Stande befinden, daß er sich sollte allein hinwagen. Wird aber der König (Christian IV.) wollen eine Narretei begehen und mit seiner ganzen Armee, wie mir der Kurfürst von Brandenburg berichtet, dahin seinen Zug nehmen, so ist er verloren wie die Seele des Judas; denn ich werde ihm alsbald auf dem Fuße nachziehen, und, wo ich ihn antreffen werde, darauf schmeißen.“ [1]

Vier Tage später, am 7. Juli, trat dem Wallenstein schon die Nachricht näher, daß Mansfeld nach Schlesien ziehen wolle. Am 11. Juli ward ihm dies zur Gewisheit, und eben so, nach seiner Meinung, die andere Meldung, daß der Schwedenkönig die Oder stromauf ziehen wolle.[2] Er schickte den Obersten Pechmann mit 5000 Mann nach Schlesien. Am 19. Juli erwägt er wie folgt: „Ich weiß nicht, ob es rathsam ist, daß ich mich von hinnen moviere. Denn thue ich es, so zieht mir der Feind auf dem Fuße nach, und damit verlegen wir den Sitz des Krieges ganz in die Länder des Kaisers. Sollte dann gar Friede geschlossen werden, so werden weder Freund noch Feind, weder Katholiken noch Lutheraner uns ins Reich einlassen. Ob nun der Kaiser wird Mittel haben, das Volk zu contentieren, das lasse ich einen Jeden considerieren. Daher ich nochmals bitten thue: man werbe, was man in der Eile bekommen kann; denn unsere Sachen stehen in ärgeren terminis als nie zuvor. Die wenigste Schlappe, die wir kriegen werden, so moviert sich das ganze Reich wider uns. Werden die Werbungen zu nichts Anderem nutz sein, so werden sie dem Feinde das Volk wegnehmen, und wir uns unserer Städte, denen wir gar nichts trauen dürfen, versichern.“ [3]

In dieser Ausmalung von Gefahren, die in solcher Weise nicht bestanden, zeichnet Wallenstein in der Wirklichkeit sich selber als den Mann der Gewalt, der darum, weil er alle Angehörige des Reiches, ob katholisch, ob lutherisch, als feindlich ansah, kein Bedenken trug, sie sämmtlich wider ihn feindlich zu machen. Die Absicht seiner Übertreibungen kann nur die gewesen sein, durch Harrach den Kaiser einzuschüchtern, und dadurch die Meinung von seiner Unentbehrlichkeit abermals zu steigern.

[1] A. a. O. 383. Vom 3. Juli. [2] A. a. O. 388. [3] A. a. O. 396.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Er wiederholt dann noch einmal seine Mahnung zu werben, und schließt mit den Worten: „Bedürfen sie nachher das Volk nicht dort, so schicken sie es her: ich will es schon bezahlt machen.“ [1]

Zwei Tage später, am 19. Juli, kündigt Wallenstein an, daß er mit 30,000 Mann nach Schlesien aufbrechen wolle, wohin er den Obersten Pechmann bereits vorausgeschickt.[2] „Ich verhoffe, fügt er hinzu, daß, treff ich den Weimar und den Mansfeld an, es eben so wie bei der Dessauer Brücke abgehen wird; denn ich ziehe resolutamente hin, wo ich sie antreffe und zum Schlagen kommen kann, daß ich sie angreifen will.“

Weiter schreibt Wallenstein, vier Tage später, am 23. Juli, immer aus Aschersleben: „Sobald ich diese Quartiere werde versichert haben, alsdann incaminiere ich mich den geraden Weg nach Schlesien, ob ich diese zwei Herren eher antreffen kann, ehe denn sie sich mit dem Bethlen vereinigen.“ [3] — Es scheint also, daß es zu diesem Zwecke der Eile bedurft hätte; aber noch bis zum 26. Juli datiert Wallenstein seine Briefe aus Aschersleben.

Er hatte den Obersten Pechmann vorangeschickt. Über den Marsch desselben vernehmen wir aus Breslau, vom 29. Juli, die Meldung: „Der Mansfelder zieht an der einen (rechten) Seite der Oder, hat Crossen verlassen und marschiert auf Guhrau. Herr Oberst Pechmann auf der anderen (linken) Seite. Mansfelder thut den Unterthanen nicht Überlast, H. Oberst Pechmann aber, wie man sagt, läßt nehmen, was er findet. Das verursacht böses Geblüt, und macht, daß die Unterthanen auf dem Lande den Mansfelder lieber als den Pechmann sehen. — Ist also allenthalben großes Klagen und Jammern, dabei zu erbarmen, daß wir Christen uns selber verderben, und geschieht noch von denen, die das Land schützen sollten.“ [4] — Daß indessen auch Mansfeld seine Art nicht gewandelt, ergibt sich aus den schweren Klagen, namentlich der Herzogin von Teschen.[5] Andererseits ließ das Oberamt verkünden: „Es hat sich offenbarlich erwiesen, daß nicht allein viele Eingeborene des Landes sich unter der Armee des Mansfeld befunden, sondern es ist auch, je weiter und tiefer er mit seinem verderblichen Vorhaben ins Land gerückt, desto kundbarer und augenscheinlicher geworden, daß ihrer viele im Lande nicht ohne merklichen Nachtheil und höchste Ungelegenheit desselben an seinen verübten Feindseligkeiten keinen Abscheu getragen, sondern mit Hintan-

[1] A. a. O. 398. [2] A. a. O. [3] A. a. O. 399. [4] A. a. O. 404.
[5] Acta publica VI, 71.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

setzung aller unterthänigen Devotion, Treue, Liebe und Gehorsams, womit sie Ihrer K. M. und dem gemeinen Vaterlande gewärtig sein sollen, eines Theils zu seiner Armee gutwillig getreten, eines Theils auf andere Weise, ohne alle gedrungene Noth und Erweisung des geringsten Widerstandes, ihm gleichsam vorsätzlich Recht und Gewalt über sich eingeräumt und solchen Vorschub gethan, daß er in seinem arglistigen Vorhaben immer fortsetzen und dem Lande dieses Unheil, das nunmehr vor Augen schwebt, und in viel langen Zeiten nicht verschmerzt werden kann, an- und zufügen können."[1]

Wie immer, so bedienten sich Mansfeld und Johann Ernst auch in Schlesien des Rufes des Religionskrieges, und nicht ohne Erfolg. Der Kaiser, ließen sie ausstreuen, gedenke in kurzem eine Änderung der Religion vorzunehmen, und darum seien sie zum Schutze derselben ins Land gekommen. Der Kaiser dagegen ließ durch den Herzog Georg Rudolf von Liegnitz kund thun: dies seien die Praktiken, deren die Feinde sich von Anfang des Krieges an bedient. Er hoffe, man werde sich an solches nichtige Gerede nicht kehren. Er sei nicht gemeint, seine gehorsamen und getreuen Unterthanen, dem sächsischen Accorde (von 1621) zuwider, irgendwie zu beschweren.[2]

Gegen Ende des Monates Juli brach endlich Wallenstein von Aschersleben auf, und zog über die Elbe bis Zerbst. Er ließ nach Schlesien hin verkünden, daß er mit 50,000 Mann marschiere. Den Effectiv-Bestand, die Truppen Pechmanns eingerechnet, gab er selber nach Wien hin an auf 20,000.[3] Aber in Zerbst schwankte er wieder. Er hatte nach Wien die Bitte gestellt: der Kaiser möge Tilly ersuchen an die Elbe zu ziehen.[4] Bevor von Wien eine Antwort darauf erfolgen konnte, meldete Tilly selber, daß die Belagerung von Göttingen ihn festhalte. Dies war gemäß dem früher dargelegten Plane Tillys, daß er für die Sicherung eines etwaigen Rückzuges des Besitzes der Städte Münden, Göttingen, Northeim bedürfe.

Auf jene Meldung Tillys schrieb Wallenstein, am 30. Juli: „Daher stehe ich in großem Zweifel, was ich thun soll. Ziehe ich von hinnen, so sind die occupierten Örter verloren, das Volk, das ich zu Besatzungen gelassen, wird niedergemacht, der Kurfürst von Sachsen wird gezwungen, sich mit den Gegnern zu verbünden, die Übelgesinnten im Reiche werden sich gegen uns erklären, und unser Kriegsvolk wird in

[1] A. a. O. 77. [2] A. a. O. 86. [3] Tadra 405, 408. [4] A. a. O. 402, 405.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

große Furcht und Confusion gerathen. Ziehe ich aber nicht, so besorge ich, daß der Kaiser mit allen seinen Ländern periclitiert; denn, wie meine Nachrichten lauten, zieht der Mansfelder jenseit der Oder gar stark fort, um sich mit Bethlen zu vereinigen. So kommt der Schwede auch durch Pommern heraus und nimmt seinen Weg an der Oder heraufwärts. Ich muß mich necessariamente noch eine Weile dahier aufhalten, um zu sehen, wo es hinaus will; denn, sollte ich so plötzlich ohne Consideration hinein plumpen, so möchte daraus etwas erfolgen, was nachher übel zu remediieren wäre." [1]

Gustav Adolf ankerte am 26. Juni / 6. Juli auf der Rhede von Pillau. Es ist auffallend, daß Wallenstein, am 30. Juli, in Zerbst, davon noch keine Kunde hatte. Die Übertreibungen in der Angabe der übrigen Gründe für sein Verweilen in Zerbst liegen zu Tage, oder werden im Verlaufe sich als solche ergeben.

In den nächsten Tagen stellt Wallenstein seine Bedingung bestimmt dahin: „Wenn nur der Herr Tilly mit dem bösen Göttingen fertig wäre, so wären meine Quartiere assecuriert, und ich könnte dem von Weimar und Mansfelder nachziehen." [2]

Während er noch immer in Zerbst verweilt, berechnet er im voraus die Consequenzen seines zu erringenden Sieges. „Habe ich 8 oder 9000 Kosaken und so viele Ungarn und Brot nach Nothdurft, so verhoffe ich, daß ich gewis mit Gottes Hülfe dem Bethlen und Mansfeld alla prima vista will barba machen, und alsdann gegen Preußen ziehen, um dem Könige in Polen zu helfen." [3]

Auf das Andringen von Wien aus brach endlich Wallenstein am 9. August von Zerbst auf, mit dem Versprechen: „Ich werde starke Tagereisen thun und wenig rasten." [4] Aber nach dem ersten Marsche, in Koswig, überkommt ihn wieder das Bedenken, ob er recht gethan, dem Andringen aus Wien zu folgen. „Daß ich den Mansfeld sollte antreffend schlagen, darauf muß man nicht gedenken; denn er hat 50 Meilen Vorsprung vor mir. Dazu wird man sehen, was für Unordnungen hier einreißen werden, wenn ich weg bin. Denn der Feind bemächtigt sich itzunder eines Ortes nach dem anderen. Der Herr Tilly ist auf Persuasion des buckelten Grafen von Fürstenberg vor Göttingen gezogen. Jetzt wollte er, daß er davon wäre. Der Feind zieht mit allem Volke zusammen. Ich besorge nicht allein, daß er die occupierten Stifter wird

[1] A. a. O. 406. [2] A. a. O. 408. Vom 2. August.
[3] A. a. O. 414. Vom 4. August. [4] A. a. O. 417.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wieder einnehmen, sondern auch alles mein Volk, das ich noch dort verlassen habe, niedermachen. Movieren sich ihrer viele in Ungarn wider den Kaiser, so sei man versichert, daß man im Reiche nicht feiern wird. Der obersächsische Kreis waffnet, und werden gewis die meisten (anderen) Kreise auch waffnen. Ich ziehe zwar fort nach Schlesien, aber weiß nicht, ob es wohl erwogen ist; denn dahier wird der Herr Tilly mehr Feinde und weniger Assistenz haben." [1]

So Wallenstein am 9. August, einen Monat nach dem Aufbruche des Mansfeld. Das Urtheil über dies Zaudern liegt in den vorher zu dem Dänenkönige ausgesprochenen Worten des Mansfeld: „Es ist außer allem Zweifel, daß mir der Feind bald folgen wird." — Es fragt sich nunmehr, ob Wallensteins Besorgnis für Tilly gegründet war.

21. Die Schlacht bei Lutter am Barenberge, 27. August 1626.

Nach der Beredung in Duderstadt, welche für das schwächere Heer der Liga unter Tilly eine Hülfe von Brüssel und von Wallenstein her in Aussicht stellte, unternahm Tilly, seinem ursprünglichen Plane gemäß, die Belagerung von Göttingen. Nach der Angabe Wallensteins hatte Tilly im Monate Juli nur 6000 Mann zu Fuß und 3000 Pferde bei sich.[2] Tilly selber schätzte die wehrfähige Mannschaft in der Stadt, die Bürger und die in die Stadt geflüchteten Bauern eingerechnet, auf 6000.[3] Die Erdarbeiten zum Zwecke der Annäherung an die Werke der Stadt wurden erschwert durch den andauernden Sommerregen. Dazu endlich lag der Dänenkönig mit seiner stärkeren Armee in und um Wolfenbüttel.

Unablässig daher mahnte Tilly in Brüssel an die ihm versprochene Hülfe. Dort jedoch wurden zwischen den Mächten, dem Kaiser, Spanien, Bayern, deren Gesandte ein engeres Bündnis berathen sollten, die Gegensätze eher schärfer als gelinder, namentlich zwischen Bayern und Spanien. Die bayerischen Gesandten merken am 29. Juli an, daß von München der Befehl an sie gekommen, Frankreich bei gutem Willen zu erhalten.[4] Aber auch zwischen den Kaiserlichen und den Bayern kam es wiederholt zu scharfen Reden. Der Graf Schwarzenberg bemerkte, allerdings post prandium: die Friedenshandlung lasse sich nicht in irgend einer Zusammenkunft des Reiches tractieren; denn dort würden die Kurfürsten und Fürsten

[1] A. a. O. 418. [2] Tadra 401. [3] Villermont, Tilly II, 363.
[4] Aretin, Bayern usw. II. B. 202.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

allein ihr Privat-Interesse richtig machen, den Kaiser und das Haus Oesterreich dagegen, wie bei allen Kaiserwahlen durch die Beschränkung der kaiserlichen Autorität geschehen, völlig hintansetzen. Das Haus Oesterreich müsse selber Frieden machen und dabei sich bedenken.[1]

Derartige Äußerungen zeigen, wie die Fugen der bisherigen Gemeinschaft sich lösten. Für die actuelle Sachlage fiel schwerer ins Gewicht die Wahrnehmung der bayerischen Gesandten, daß die Infantin mit dem Dänenkönige nicht brechen wolle. Auf ihr und Tillys Andringen ward ihnen die Antwort, daß die Holländer Oldenzaal belagerten, Lingen und Grol bedroheten, daß man daher keine Truppen ins Reich hinein entsenden dürfe. Die Gesandten ließen am 1. August durch Tillys Boten ihm die Antwort zugehen, daß er auf Hülfe von Brüssel her sich keine Rechnung machen möge.[2]

Tilly konnte antworten mit der Nachricht eines Erfolges. Der Dänenkönig hatte das Schloß Calenberg, nach damaliger militärischer Anschauung eine ausbündige Festung,[3] umzingeln lassen. Tilly schickte, am 27. Juli, zum Entsatze den Grafen Fürstenberg mit 32 Compagnien Reiter. Die Zahl der Gegner wird auf 47 Compagnien Reiter angegeben, sogar auf 7000 Pferde.[4] Dennoch griff Fürstenberg an, und es gelang ihm, bei Rössing, die Feinde mit schwerem Verluste derselben zu trennen. Er fügt seinem Berichte an Tilly hinzu, daß er dessen Lehre eingedenk geblieben sei: Il ne fait bon de désespérer un poltron lequel par force devient vaillant.[5]

Zugleich jedoch übte diese Schlappe auf den Dänenkönig die Wirkung, daß er sich aufraffte. „Ich erfahre von Fürstenberg, fügt Tilly seinem Berichte vom 30. Juli hinzu, daß der Dänenkönig mit aller Macht sich gegen mich aufmachen will. Und dabei bin ich in diese Belagerung verwickelt, schwach an Mannschaft, ohne Hoffnung einer weiteren Hülfe von dem Herzoge von Friedland, der bereits die Elbe überschritten und mir nur den Herzog Georg von Lüneburg mit zwei Regimentern belassen hat, die kaum binnen Monatsfrist bereit sein können."[6]

Dennoch gestalteten die Dinge sich günstiger. Es gelang den herangezogenen Bergleuten des Harzes, durch unterirdische Arbeiten einem Theile der Gräben um Göttingen das Wasser zu entziehen. Vom

[1] A. a. O. 205. [2] A. a. O. 202. [3] B. d. Decken I, 368.
[4] A. a. O. Dort eine ausführliche Beschreibung. [5] Kriegsacten F. 69.
[6] Villermont, Tilly II, 362.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Morgen des 9. August feuerten die Kanonen den ganzen Tag hindurch auf den Wall, bis am Abend zwei Brüche offen lagen, genügend zum Stürmen. „Die Soldaten und Officiere, meldet der Bevollmächtigte des Herzogs Christian zu Celle aus dem Lager, sind sehr begierig zum Sturme, fürchten uud besorgen nur, daß die Stadt in Güte sich accommodieren möchte. Der General wollte die Stadt lieber schonen; aber er vernimmt, sie seien zu halsstarrig und werden sich nicht bequemen."[1]

In der That erfolgte nicht von der Stadt aus die Bitte um Capitulation, sondern von Tilly das Angebot. Es ward nicht ausgeschlagen.

Die Unterhandlung begann, und ward am 11. August vollendet. Tilly gewährte die möglichst ehrenhaften Bedingungen.[2] Die Besatzung zieht aus frei und frank, unbekümmert um irgend welche Ursache es auch sei, mit fliegenden Fahnen, Kugeln im Munde, brennenden Lunten, mit Trommelschlag, mit Sack und Pack, nur daß sie aus der Stadt nichts mitnimmt, was hineingeflüchtet ist, oder was den Bürgern gehört, und ferner Deserteure von kaiserlicher Seite auf Ehrenwort nicht verhehlt. Von der Religion fiel kein Wort. Die Bedingungen bezweckten lediglich Sicherheit der Bürger von Göttingen und ihres Eigenthums gegen die abziehenden Truppen der Dänen.

Die Capitulation von Göttingen gebietet einen Rückblick auf Münden. Dort wäre dasselbe geschehen, wenn nicht der Commandant ein Deserteur von kaiserlicher Seite gewesen, wenn diesem gegenüber der Rath der Stadt Entschlossenheit genug gehabt hätte, auf das wiederholte Angebot Tillys auch ohne den Commandanten den Wunsch und die Bitte um Unterhandlung zu erkennen zu geben.

Bereits jedoch hatte sich auch der Dänenkönig aufgemacht. Sein erster Plan war, Göttingen zu entsetzen.[3] Um so dringender also trat, nach dem Falle von Göttingen, die Verpflichtung einer Leistung an ihn heran. Tillys Absicht war gerichtet auf Northeim, in das wie in Münden und in Göttingen der Herzog Christian der Jüngere kurz vor seinem Ende dänische Besatzung eingebracht hatte. Die Bürgerschaft war nicht sehr willig für den Dänen, so daß in Celle die Hoffnung laut wurde: die Bürger würden selber die Besatzung hinaus treiben.[4] Bereits am

[1] V. d. Decken I, 368. Das Datum ist irrig.

[2] Wahrhaftiger und gründlicher Bericht, deren unterschiedliche Belägerungen usw. Frankfurt a./M. 1626. [3] Tilly an die Infantin, bei Villermont, Tilly II, 365.

[4] V. d. Decken I, 368.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

15. August erschien Tilly in der Nähe von Northeim. Am folgenden Tage rückte von der anderen Seite der Däne mit starker Übermacht heran. Tilly mußte den Plan aufgeben. Der Däne schrieb heim: „Ich habe Northeim entsetzt, und Tilly mußte vor mir davon.“ [1]

Christian IV. überschätzte seinen Erfolg. Tilly hatte sich, ohne Verlust, auf die Umgegend von Göttingen zurückgezogen, hauptsächlich in der Absicht, dort die Truppen aufzunehmen, welche Wallenstein, gemäß der Verabredung von Duderstadt, vor seinem Aufbruche nach Schlesien, zur Hülfe entsandt hatte. Es waren nicht, wie anfänglich bestimmt war, die Truppen des Herzogs Georg, sondern zwei Regimenter Infanterie und vier Cavallerie, unter der Führung des Obersten Des Fours. Bei Geismar, nahe bei Göttingen, am 22. August, zog Tilly diese Truppen an sich.

Zugleich erhielt er Kunde von den Bewegungen des Feindes. [2] „Nach der Richtung des Marsches, meldet Tilly, mußte ich schließen, daß derselbe auf die Länder der Fürsten der Liga gerichtet sei. In der That hatte er bereits im Eichsfelde Fuß gefaßt, und bedrohete Duderstadt. Demnach marschierte ich eiligst vorwärts, und kam ihm von der Seite aus so nahe, daß er, anstatt seinen Marsch in der Richtung fortzusetzen, sich zurück wandte. Dies bestimmte mich um so lebhafter, ihm nachzusetzen, so daß ich am Abende des 25. seiner Nachhut ansichtig wurde, mit welcher meine Vortruppen scharmützelten, bis zum Einbruche der Nacht. Am Morgen des 26. setzte er, um seinen Rückzug zu begünstigen, verschiedene Dörfer in Brand.“

Nach den Ermittelungen des anwesenden cellischen Rathes Hundt, der selber mit Hand zum Löschen anlegte, hatte jedoch die Brandlegung noch einen anderen Grund. [3] Die Dörfer gehörten zum Amte Herzberg, der Apanage des Herzogs Georg, den der König in der Armee Tillys irriger Weise vermuthen mochte. „Das Dorf Eistorff, meldet Hundt, ist so ganz und gar in die Asche gelegt, daß nicht das geringste stehen geblieben. Und wird berichtet, daß solches auf speciellen Befehl des Königs geschehen sei, derselbe auch so lange dabei gehalten, bis das Dorf an allen Ecken gebrannt habe, auch des Vorhabens gewesen sein soll, wofern nur Zeit dazu gelassen wäre, auch die anderen Dörfer des Amtes Herzberg gleichergestalt gänzlich in die Asche zu legen.“ — Diese Zeit ward ihm nicht gelassen.

[1] A. a. O. 217. [2] Der folgende Bericht ist an die Infantin, bei Villermont, Tilly II, 365. [3] V. d. Decken I, 376.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„Meine Vortruppen, sagt Tilly weiter, drängten des ungeachtet so stark nach, daß der Feind, nachdem er etwa 600 Musketiere und Dragoner eingebüßt, dennoch sich gezwungen sah, mit seiner ganzen Armee Front zu machen. In voller Schlachtordnung marschierend, zog er sich dann, bevor die Meinigen heran kommen konnten, auf einen großen Berg zurück. Nachdem wir einige Stückkugeln gewechselt, lagerte ich mich ihm gegenüber. Bei Tagesanbruch setzte er seinen Rückzug fort. Ich folgte. Die Gegend war eng, von Querthälern durchschnitten. Nachdem wir den Feind hindurch gedrängt, gelangten wir in die offene Ebene zwischen Bockenem und Goslar, nahe bei einem Schlosse Lutter. Dort sah sich der Feind abermals genöthigt Front zu machen. Es geschah mit der ganzen Armee, indem er sich des Vortheils des Bodens bediente, der auf seiner Seite höher war, während mir ein morastiges Thal vorlag. Unsere Vorhut machte hier Halt, um die Gesammtheit der Truppen zu erwarten. Inzwischen spielten beiderseits die Geschütze, bis gegen Mittag beide Armeen sich in Schlachtordnung gestellt hatten. Als es nun sich darum handelte, einander näher zu kommen, und ich bemerkte, daß der Feind keine Miene machte, sich zu rühren, begann ich die Infanterie, mit Cavallerie an den Flügeln, nicht ohne Unbequemlichkeit auf dem genannten Boden über zwei enge Zugänge vorrücken zu lassen. Diesen Vortheil gedachte der Feind sich zu nutze zu machen; denn, indem er seine Zeit wahr nahm, griff er mit großer Entschlossenheit an. Aber ein Regiment Infanterie hielt den Stoß mit vieler Festigkeit aus. Nach einigem Schwanken behielt es die Oberhand und brachte, indem es den Feind zurückdrängte, ihn in Unordnung. Die gesammte Infanterie des Feindes wurde zerschlagen, und fast alle hauptsächlichen Officiere getödtet oder gefangen."

Unter den Getödteten war namentlich der Oberst Fuchs von Bimbach, ein Überläufer aus kaiserlichem Dienste, ferner ein Sohn des Landgrafen Moritz, Namens Philipp. Den Leichnam desselben ließ Tilly dem Vater nach Cassel bringen.

Das gesammte Geschütz ward erbeutet, jedoch wenige Gefangene gemacht. Etwa 2000 Mann, die sich auf das Schloß Lutter geflüchtet, ergaben sich sofort auf Discretion. Sie wurden nach dem damaligen Brauche unter die Regimenter vertheilt. Der Verlust auf Seiten Tillys war gering, namentlich wenige höhere Officiere. Ein besonderes Lob zollte Tilly dem FM. Grafen Anholt. Sein Bericht schloß mit den

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Worten: „Die Ehre dieses Sieges gebührt dem großen Gott der Armeen, der die Gnade gehabt hat, uns ihn zu verleihen."

Der Dänenkönig war mit wenigen Reitern entkommen.

Mit Recht durfte Tilly diesen Sieg als den wichtigsten ansehen, den er bis dahin errungen.[1] Der Papst,[2] der Kaiser, die Kurfürsten, die Infantin[3] in Brüssel sandten ihm ehrende Schreiben zu. In Brüssel ward der Sieg gefeiert wie ein eigener der spanischen Waffen. Dennoch ward dadurch das gute Vertrauen zwischen dem Kurfürsten Max und Spanien nicht hergestellt. Die bayerischen Gesandten dort erhielten den Auftrag, den entbliebenen spanischen Succurs nun nicht mehr zu betreiben, bei Gelegenheit jedoch zu verstehen zu geben, daß die Liga es hoch aufnehme, bei dem dringenden Bedürfnisse der Hülfe von Spanien wider das gegebene Versprechen verlassen worden zu sein.[4]

Dennoch überschätzte Tilly selber seinen Sieg nicht. Er wußte ja am besten, wie es um seine Armee stand. Er berichtet einige Wochen später, daß er sofort die ganze Reiterei unter Anholt aufgeboten zur Verfolgung.[5] „Aber sei es, meint er, daß die Furcht den Gegnern Flügel verliehen oder daß die Meinen zu sehr ermüdet waren: sie haben nur wenige erreicht und die anderen nicht hindern können die Elbe zu gewinnen. Rund umher sind noch feste Plätze in der Gewalt der Feinde, und gegen diese habe ich mich wenden müssen, zunächst gegen die, welche meine Verbindung mit den Stiftern Halberstadt und Magdeburg durchschnitten. Diese habe ich genommen. Aber meine Armee ist durch die beständige Arbeit so vieler Monate gänzlich ermüdet und beträchtlich vermindert. Viele meiner Soldaten sind krank. Sie werden schlecht bezahlt, sie haben kein Geld gesehen seit dem letzten Winter. Dazu kommt der Mangel an Lebensmitteln. Mehr als einmal ist es geschehen, daß die Fußgänger in ganzen acht Tagen kein Brot erblickt haben. Die Fürsten wie die Städte entschuldigen sich mit der Verwüstung, welche der Dänenkönig und der verstorbene Herzog Christian über das Land gebracht haben. Darum sind meine weiteren Fortschritte unterbrochen."

Tilly überschätzte nicht die Folgen seines Sieges. Und doch war derselbe von weittragender Bedeutung nach allen Seiten. Zunächst ward dadurch, wie der politische Umschlag im Kreise Niedersachsen seit langem sich vorbereitete, auch der moralische vollendet.

---

[1] Westenrieder VIII, 161. [2] Adlzreitter 150. [3] Villermont, Tilly II, 367.
[4] Aretin, Bayern usw. II. B. 209. [5] Villermont, Tilly II, 371.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der däniſche Krieg von 1625 bis 1629.

Elftes Buch.

Von der Schlacht bei Lutter bis zur Übertragung von Mecklenburg an Wallenſtein.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

1. Folgen des Sieges von Lutter für den Kreis Niedersachsen 1626.

Die Folgen des Sieges von Lutter waren für den niedersächsischen Kreis von weit tragender Bedeutung. Zunächst ward dadurch der Umschlag in den Ländern des Herzogs Friedrich Ulrich vollendet.

Wir haben vernommen, daß, im Sommer 1626, der Herzog Friedrich Ulrich dem Kaiser seine Treue und Ergebenheit betheuerte. Diese Erklärungen genügten weder Tilly, noch dem Kaiser. Tilly forderte Thaten, nicht bloß Worte. „Von Werken ist noch nichts zu schauen," sagte er am 4. August zu Christian von Celle; „denn die dänischen Besatzungen bleiben."[1] Friedrich Ulrich war noch nicht frei von dem Drucke des Oheims und der bestochenen Räthe. Indessen er ging weiter. Noch vor dem Treffen bei Lutter berief Friedrich Ulrich seine Unterthanen, die etwa im Heere des Dänenkönigs dienten, von demselben ab.[2] Er gebot am selben Tage den dänischen Commandanten, welche seine Festungen und Städte inne hatten, dieselben aufzugeben und unter dem Geleite kaiserlicher Truppen, wozu sich Tilly erboten, friedlich von dannen zu ziehen. Es stellte sich heraus, daß Friedrich Ulrich selber auch nicht einen einzigen Soldaten im Dienste hatte, daß die Truppen in seinen Städten nur dem Dänenkönige vereidet waren.

Nach dem Siege bei Lutter gab die Gesinnung der Landstände sich kräftiger kund. Aus beiden Ländern, Wolfenbüttel und Calenberg, traten sie in Braunschweig zusammen. Von dort aus entsandten, am 24. August / 3. September, Prälaten, Ritterschaft und Städte der Länder Friedrich Ulrichs eine Deputation an Tilly.[3] Sie betheuern, was ja allerdings dem Kaiser und seinem Feldherrn längst offenkundig vorgelegen, daß sie diesen unseligen Krieg nie gebilligt, daß sie alles gethan, was in ihren Kräften gestanden, um denselben abzuwenden, und daß sie auch

[1] Calenberg.

[2] Kurze und gründliche Information usw. 181. Londorp III, 873.

[3] Hannover.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dann noch, als er wider ihren Wunsch und Willen durch das Zuthun fremder Mächte ausgebrochen, sich daran nie betheiligt haben. Sie sprechen das Vertrauen aus: „Se. Exc. wolle Ihrer berühmten Discretion und hohen Sanftmuth nach gnädig der Bitte des Herzogs Friedrich Ulrich deferieren, und Ihre gegen dieses Land und dessen nunmehr so gar unschuldiger Weise verderbte arme Unterthanen tragende gnädige Affection urthätlich demonstrieren." — In entsprechender Weise erließen die Stände der zwei Fürstenthümer, am 26. August / 5. September, einen offenen Brief in der Form einer Urkunde.[1] „Wir erklären und verpflichten uns, sagen sie, also und dergestalt, daß in Ihrer K. M. Gehorsam wir beständig und unausgesetzlich verharren, davon nicht abstehen, auch so viel an uns ist, daran sein und darob halten wollen, daß die Fürstenthümer und Landschaften und dazu gehörende Festungen und Städte von den dänischen Besatzungen los, ledig und frei gemacht werden, auch dieselben der kaiserlichen Armada, sodann auch unserem gnädigsten Landesfürsten und Herrn, auch uns und dem Heiligen R. Reiche zu gute, offen und dienstwillig bleiben" usw.

Zugleich gewannen die Unterhandlungen mit dem Herzoge Friedrich Ulrich nun rascheren Fortgang, zumal durch die Vermittelung des Herzogs Christian zu Celle. Dieser wie Friedrich Ulrich selber waren der Ansicht, daß die Einwilligung Christians IV. in die Lossagung Friedrich Ulrichs von ihm erforderlich sei. Das Ergebnis der Unterhandlung darüber ward von ihnen so aufgefaßt, daß Christian IV. eingewilligt habe. Auf eine Erinnerung daran, einige Wochen später, verneinte jedoch Christian IV. eine solche Einwilligung gegeben zu haben, und bat, ihn „mit solchen unerfindlichen Beimessungen zu verschonen."[2]

Der förmliche Vertrag, durch welchen sich Friedrich Ulrich von dem Dänen lossagte, kam am 29. August / 8. September in Celle zu Stande. Friedrich Ulrich wiederholte hier seine Zusage, die dänischen Garnisonen seiner Städte auszubieten. Durfte er hoffen und vertrauen, daß er die Schaaren, die er in seiner Verblendung und Thorheit mit allem Jammer und Wehe in sein Land aufgenommen, durch sein Wort wieder abschütteln könne? Nicht also waren die Dänen gesinnt. Sie waren im Besitze. Sie wichen nur der Gewalt. Und eine solche anzuwenden, dazu war unter all den zehn Städten, die noch unter dem Drucke dänischer Garnisonen seufzten, nur eine einzige im Stande. Es

[1] Kriegsacten F. 69. [2] Friedensacten F. 6b. Vom 11. October.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

war die Stadt Hannover, deren Rath und Geschworene (Bürgervorsteher) in die Aufnahme der Dänen nie gewilligt, die sich nur darein gegeben hatten, als die Dänen, jene wußten selber nicht wie, durch ein Einverständnis mit einigen Bürgern in die Stadt gebracht waren. Der General Tilly gab ihr im Voraus das Versprechen, daß sie nicht gezwungen werden solle, eine kaiserlich-ligistische Besatzung einzunehmen.[1] Tilly konnte dies auch bei aller Verwendung des Herzogs Christian zu Celle doch nur dann thun, wenn er sich der Gesinnung des Rathes dieser wichtigen Stadt so versichert hielt, daß er überzeugt sein durfte: die Stadt würde freiwillig nicht wieder dem Dänen die Thore öffnen, vielmehr in solchem Falle ihm den nöthigen Widerstand thun. Er selber hatte davon den Vortheil, sein Heer nicht noch mehr durch Abtheilungen für Garnisonen zu zersplittern.

Nur Eine Bedingung forderte der kaiserliche Feldherr: sofortige Ausschaffung der dänischen zwei Fähnlein. Der Rath erwies sich in der Erfüllung nicht säumig. Es war nicht so gar schwer. Der Mangel an aller Kriegeszucht, die unabläßige Dieberei dieser Söldner mochten allmählig auch die ganze Gemeinde der Bürger von Hannover überzeugt haben, daß auf den Eifer dieser Banden für das Evangelium und das reine Wort Gottes nicht allzu fest zu bauen sei. Die dänischen Truppen sperrten sich. Sie wollten nicht gern die gute Herberge verlassen. Aber der Rath hatte nicht einmal nöthig, die Bürger in die Waffen zu rufen: er hatte selbst zwei Compagnien Soldaten unter einem wohlerfahrenen, von Tilly selbst geachteten Hauptmann. Dieser bot dem dänischen Führer die Wahl: sofortigen freiwilligen Abzug, oder einen Kampf auf dem Markte der Stadt, Mann gegen Mann. Der Däne wählte den Abzug und ward unter ligistischer Bedeckung nach Nienburg geleitet, wo noch eine dänische Besatzung lag.

Alsdann erließ der Rath von Hannover das Gebot: nachdem der General Tilly die Anordnungen getroffen, daß das Streifen auf dem Lande aufhöre und die Sicherheit hergestellt sei: so haben alle Nichtbürger, die in die Stadt sich geflüchtet, mit Weibern, Kindern und Vieh sich aus der Stadt wieder an ihren Wohnort auf dem Lande zu begeben.[2] Bis dahin hatten dort die Dänen gestanden, deren König nach seinen eigenen Worten der Freund des Landesfürsten war. Vor diesen Dänen waren die Einwohner des Landes in die Stadt geflüchtet. Bei Tillys Ankunft

[1] Hannover. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

fordert der Magistrat, daß diese Nichtbürger, durch deren Andrang, deren Überfülle die Stadt von Seuchen heimgesucht ward, sich an ihren Wohnort zurück begeben sollen. Mithin war nicht allein der Rath der Stadt Hannover überzeugt von der Verschiedenheit der Mannszucht unter dem Dänenkönige und unter Tilly: sein Gebot des Ausgehens aus der Stadt setzte dieselbe Kenntnis dieses Unterschiedes bei den Landleuten voraus.

Der Schritt des Magistrates der Stadt Hannover beweist einen starken Umschwung der Meinungen zu Gunsten Tillys und seiner Armee. Dies indessen betraf zunächst die Disciplin. Es handelte sich noch um die andere wichtige Frage, diejenige des Religionskrieges.

Der Landesherr selber, unter dem moralischen Drucke seines Oheims von Dänemark und seines Bruders Christian, hatte den Religionskrieg proclamiert. Auf ihn selber kam es an, das unheilvolle Wort zurückzunehmen. Es geschah, und zwar in derselben Weise, wie es ein Jahr zuvor verkündet war.

In denselben Kirchen, wo ein Jahr zuvor auf Befehl des wilden Christian der Ruf des Religionskrieges erschollen war, vernahm man nun die Predigt, „daß der allmächtige Gott über diejenigen, welche die Religion und das seligmachende Wort Gottes zum Deckmantel ihrer Räuberei, Tyrannei und Brandschatzung gebrauchen, endlich mit deren Ach und Wehe seine Rache und Strafe werde ergehen lassen.“ [1]

Friedrich Ulrich selbst legt in einer Proclamation ein reuiges Geständnis ab, daß er verführt und betrogen sei zu diesem Kriege.[2] „Es bekümmert uns von Herzen, sagt er, daß die Unterthanen in dies jämmerliche, landverderbliche, blutige Kriegswesen verflochten sind, und bis daher so elendiglich gemartert, gepreßt und abgemergelt werden.“ Er bittet, er ermahnt seine Unterthanen: sie mögen sich nicht abermals irre machen lassen, sie mögen treu zu ihm und dem Kaiser halten, unter welchem sie ihrer Religion sicher seien. Er droht bei schwerer Ungnade, bei Verlust der Güter, bei Leib- und Lebensstrafe, den Forderungen der dänischen Garnison in Wolfenbüttel, der alleinigen Quelle alles noch dauernden Unheiles, nicht Folge zu leisten. Was half es den Armen? Die dänische Besatzung in Wolfenbüttel saß fest und spottete dort, in der eigenen Burg des Herzogs, seiner und seines unglücklichen Landes. Es ward ein Schreiben des Obersten Marquard Pens von dort auf-

[1] Kurze und gründliche Information usw. 213. [2] Celler Briefarchiv.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gefangen, vom 26. September, gerichtet an einen Freund am Hofe Christians IV.[1] „Der Oberst Loo und ich, schreibt er, wissen nicht, wie wir daran sind, und fürwahr, hätte sich der König nicht an die Diener des Herzogs gemacht, wir würden bestanden sein wie Butter an der Sonne. Ich meine aber, wir haben dem Herzoge und seinen Edelleuten den Speck- und Kornboden besucht. Und das heißt: geh zum Hause hinaus, Herr mit dem Knechte, und nimm einen Stärkeren ein als Du bist. Nunmehr merken sie, daß es kein Religionskrieg, sondern daß es dem Könige um das Land zu thun ist. Der König hat drei Söhne und Eine Krone. Sie müssen alle ein Land haben. Was geht dem Kaiser oder dem Reiche davon ab: es habe, wer es habe? Ich weiß aber nicht, ob nicht der König zu früh davon geschrieben. Einige sagen: es sei noch das Beste, wir bleiben dabei, es sei ein Religionskrieg: die Pfaffen fallen uns sonst ab und alle Leute. Wir wollen unterdessen so viel beten und glauben, wie uns gelegen. Sag dem Medicus und dem Secretär des Königs, daß sie den Proviantmeister häufig mahnen beständig dabei zu bleiben: es sei ein Religionskrieg, und daß die Papisten nicht halten, was sie schreiben und sagen. Ich mag nicht mehr darauf schwören — der Teufel möchte ein Schelm werden — weil mir der Sinn des Königs anders bekannt ist."

Und so geschah es. Der Commandant in Wolfenbüttel, Philipp Reinhard Graf Solms, rief nach wie vor den Religionskrieg aus über das unglückliche Land. Er schickte auch ferner seine Streifparteien aus, um zu holen, was brauchbar war. Das Land zahlte und gab, wenn nicht willig, so mit Gewalt. Dem Verfahren sowie der ganzen Kriegsweise vom Beginne an entsprachen die Folgen.

In der Danksagung an den Kaiser für die gnädige Gesinnung sagen Prälaten, Ritterschaft und Städte des Fürstenthumes Braunschweig: „Durch Schwert, Hunger, Pestilenz, Furcht und Schrecken sind weit über die Hälfte der Menschen verdorben und gestorben."[2]

Stellen wir jener Stimme des dänischen Söldners entgegen diejenige des ersten lutherischen Theologen des Landes und vielleicht der damaligen Zeit, Georg Calixts zu Helmstädt. „Wahrlich, sagt Calixt am 15. October 1626,[3] von da an, wo mein Geist sich zu entwickeln und

[1] Beilage XXIX zur ersten Ausgabe.

[2] Friedensacten F. 6b. Vom 27. October.

[3] Henke, Georg Calixt I, 389.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ein Urtheil über menschliche Dinge zu gewinnen anfing, bin ich stets auf das entschiedenste überzeugt gewesen, daß von dem ungeschwächten Ansehen der Kaisermacht auch das Heil des ganzen Deutschlands, unseres theuren Vaterlandes, abhängig sei. Ohne diese Autorität des Kaisers können weder innere Unruhen und bürgerliche Zwietracht unterdrückt, noch der auswärtige Feind von uns abgehalten werden. Wenn die Würde und die Macht des Kaisers nicht feststeht: so ist der ohnmächtige gute Wille der mächtigeren Schlechtigkeit preisgegeben, und dann fällt, was Gott verhüten wolle, das ganze Reich demjenigen als Beute zu, welcher im rechten Augenblick die mit einander kämpfenden, die vom Wechselmord blutenden Deutschen überfällt. Niemand darf es darum dem Kaiser zum Vorwurfe machen, wenn er sein Ansehen unverkürzt erhalten, wenn er es nicht ertragen will, daß dasselbe von zügelloser Willkür frech geschändet werde. Denn dadurch sorgt er nicht allein für sich, sondern für das gesammte Reich und das ganze Deutschland, welches, wenn es seinen Kaiser nicht in Ehren hält, nicht unverletzt, viel weniger glücklich sein kann. Darum handeln alle diejenigen schlecht und niederträchtig, welche den Kaiser, den sie freiwillig verehren und durch ihre Dienste und ihren Gehorsam unterstützen sollten, durch Beschimpfungen und Attentate nöthigen, daß er den Gehorsam, den sie aus sich willig leisten sollten, ihnen unfreiwillig abpresse, und wenn kein anderes Mittel mehr ausreicht, zu den Waffen greife." In völliger Übereinstimmung mit der politischen Grundanschauung Tillys nennt dann Calixt als die Urheber des deutschen Jammers, als die Aufwiegler, die mit fremdem Unglücke und Verderben ihre eigene Sicherheit und Wohlfahrt erkaufen — die Holländer. Die Lüge des Religionskrieges ist dem ehrenwerthen Theologen allzu hohl und nichtig, als daß er sie zu widerlegen sich bemühte. Er erwähnt nur, daß gerade dieser Vorwand ein treffliches Mittel der verschlagenen Holländer sei.

Ein Zeugnis im ähnlichen Sinne über Friedrich Ulrich konnte Tilly dem Kaiser erstatten. „Ich weiß, schreibt er am 29. September, Sr. F. Gn. ein anderes Zeugnis nicht nachzusprechen, als daß dieselben von der Zeit des mit mir eingegangenen Accordes an sich Evr. K. M. getreu, hold und gehorsam im Werk und in der That, so viel an ihm ist, erzeigt haben. Allein ist es an dem, daß er durch die dänische Übermacht daran verhindert wird. Ich lebe der guten Vertröstung, daß, wenn Gott den völligen Sieg über das dänische Kriegsvolk ver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

leiht, S. F. G. in Ewr. K. M. Devotion bis in den Tod erhalten bleiben."[1]

Ähnlich gab sich die Stimmung an vielen Orten kund. Der Kaiser hatte den Mecklenburger Heinrich Husan zunächst an die dortigen Herzöge, überhaupt aber an die Fürsten des Kreises entsendet. Vernehmen wir zuerst die Berichte, die er noch vor der Schlacht bei Lutter dem Kaiser einsandte.[2]

In der ersten Hälfte des Monates August traf Husan in Güstrow bei dem Herzoge Hans Albrecht ein. „Er hat mir, schreibt Husan, solche Ehre, Treue, Gnade und Liebe erwiesen, daß ich es vor Ewr. K. M. nicht genug rühmen kann." — „Und kann Ewr. K. M. ich bei dem wahren Gott versichern, daß ich ungezweifelt dafür halte, Ew. K. M. haben an diesem Prinzen einen recht getreuen, gehorsamen, beständigen Fürsten." — Einen ähnlichen Empfang fand Husan bei dem Bruder Adolf Friedrich in Schwerin, und demgemäß die entsprechenden Betheuerungen. Er begab sich weiter zum Herzog Johann Friedrich von Holstein, Administrator des Erzstiftes Bremen. Dieser hatte schon am 27. Juli ein Schreiben an den Kaiser abgefaßt, wie es loyaler nicht sein kann. Husan schildert nun seine Begegnung mit ihm. „Da dann, schreibt er, agdstr. Kaiser und Herr, ich in abundantia und zwar mit solcher Bewegung einen frommen Prinzen zu Ewr. K. M. beharrlicher, ungefärbter Treue, Devotion und schuldiger Liebe, aus allen Dero Reden, Geberden und gepflogenen vertraulichen Discursen klar verspüren und vernehmen können, daß neben J. F. Gn. auch mir aus Mitleid die Thränen über die Backen fließen mögen. Der gute fromme Fürst, der es wegen seines tapferen Gemüthes und seiner Qualitäten nicht meritiert, ist die ganze Zeit über, in welcher man nach dem Erzstifte Bremen getrachtet, gedrückt, gepreßt und beschwert worden, zuletzt bei der unlängst vorgegangenen Occupation seines Residenzhauses Börde, und noch zweier anderer vornehmen Orte, Langwedel und Ottersberg. Er ist von seinen vornehmsten Officieren, wie man sagt, verrathen und verkauft worden."

Von Lübeck aus berichtet dann Husan den Gesammteindruck seiner Reise durch den Kreis. „So viel den Zustand aller Sachen in diesem Kreise zur Zeit betrifft, sind sowohl Fürsten als Stände gleich den unschuldigen armen Unterthanen des Krieges überaus müde und überdrüssig. Pacem proinde exoptant omnes. Der Administrator Christian Wilhelm

[1] Friedensacten F. 6 b. [2] Kriegsacten F. 69. Vom 29. und 31. August.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hat zwar im Lande Hadeln einen Haufen zusammen gebracht, den ich nach den Berichten darüber für eine colluvies deploratorum ansehen muß, hat auch in arglistiger Weise der Stadt Hamburg die Festung Ritzebüttel entrissen, hat aber auch dadurch, weil nun die Stadt Hamburg sich zur Gegenwehr anschicken muß, den Städten die Augen geöffnet. Lübeck beharrt wie zuvor in aufrichtiger Devotion. Der dringendste Wunsch Aller aber, namentlich auch der Herzöge von Mecklenburg, ist der Friede."

Bereits am 4. September konnte Husan aus Hamburg melden, daß Christian Wilhelm, aus Furcht vor den Consequenzen des Tages von Lutter, Ritzebüttel sofort zurück gegeben habe.

Es fragte sich nun aber, ob jene Fürsten, die, wie sie noch vor dem Tage von Lutter dem kaiserlichen Gesandten Husan betheuerten, sich durch den Dänenkönig zu ihrem eigenen Unheile hatten verleiten lassen, nunmehr, nach dem Siege Tillys, die Willenskraft besitzen würden, sich von dem Dänenkönige loszureißen. Denn gutwillig ließ dieser sie nicht los. Vielmehr befliß er sich kund zu thun, wie schwer seine Hand diejenigen traf, welchen er grollte.

Insbesondere waren dies die Cellischen Brüder Christian und Georg. Der erstere hatte, so viel er es vermochte, von dem Tage in Lauenburg an die dänischen Entwürfe durchkreuzt. Der Letztere hatte, nach der irrigen Meinung des Dänen, bei Lutter die Wallensteiner geführt. Dann wieder hatten diese Brüder den Stammesvetter Friedrich Ulrich mit dem Kaiser versöhnt. Dafür wollte Christian IV., wie er schon unmittelbar vor Lutter im Amte Herzberg gethan, sie an ihren Unterthanen büßen lassen.

Vom Anfange Septembers an liefen in Celle tägliche Berichte der Beamten aus den Elbgegenden ein, angefüllt mit schmerzlichen Klagen über die Zorneswuth der Dänen.[1] „Sie nehmen, heißt es darin, den armen Leuten alles was sie haben. Das Vieh wird heerdenweise weggetrieben, ein Schaf wird von den Plünderern um zwei oder drei Schillinge verkauft. Die Menschen werden gejagt, gehetzt, mit langen Röhren wird Jagd auf sie gemacht. Täglich vernimmt man laut und öffentlich die Rede, daß der rothe Hahn steigen müsse." In solcher Noth bat der Herzog Christian flehend Tilly herbei. Er schickt dem kaiserlichen

[1] Celler Briefarchiv.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Feldherrn die Berichte seiner Beamten. Er bittet, ihn des kaiserlichen Spruches, des Schutzes und der Sicherheit auch wirklich genießen zu lassen. Tilly war dem ehrenhaften Herzoge Christian freundlich zugethan. Obwohl er auch an diesen, der ihn um Hülfe bittet, in Ausdrücken schreibt, wie ein Unterthan an seinen Fürsten: so war doch Tilly sich seiner wirklichen Macht sehr wohl bewußt. Er für seine Person, erwiederte er dem Gesandten des Herzogs, werde, so lange er lebe, es sich höchst angelegen sein lassen, um den Herzog und sein Haus groß zu machen und zu erhöhen. Doch so schleunige Hülfe zu bringen vermöge er nicht. — Er zog die Weser hinab, um die dänischen Besatzungen aus den dortigen Plätzen auszutreiben. — Einstweilen mußte er die Dinge im Lüneburgischen gehen lassen.

Die Herzöge von Mecklenburg waren in den ersten Wochen nach der Schlacht bei Lutter sehr willfährig. Sie meldeten zu wiederholten Malen an Christian von Anhalt, der nunmehr ganz kaiserlich war, daß sie völlig dem Beispiele des Herzogs Friedrich Ulrich folgen würden. Der König habe ihnen sagen lassen, daß er in kurzem wieder dem Tilly den Kopf bieten werde. Aber sie würden beharren.[1] — Wenn dies geschah, so waren sie dafür der Zustimmung des Landes sicher.

Denn am 7. October faßte auf dem Landtage zu Rostock, an welchem auch Husan Theil nahm, die mecklenburgische Ritterschaft einmüthig einen wichtigen Beschluß.[2] Nach dem Ausdrucke des Dankes für die Mahnung des Kaisers erklären sie: „Wir bezeugen mit Bestand der Wahrheit, daß wir niemals das Geringste, was den kaiserlichen Patenten oder der Reichsverfassung, der gehorsamsten Treue und insonderheit der dem Kaiser als Oberlehnsherrn schuldigen Pflicht in irgend einem Wege, wie das immer geschehen möchte, zuwider laufen könnte, wissend oder vorsätzlich gethan haben: vielmehr sind wir jederzeit gänzlich vermeint, zufolge dem rühmlichen Beispiele unserer Voreltern, solche gegen J. K. M. allerunterthänigste Devotion, gehorsamste, schuldpflichtigste Treue, und was davon abhangt und uns obliegt, ferner bis an unser Ende ritterlich, tapfer, aufrichtig und redlich fortzusetzen."

Sie führen dies weiter aus mit Berufung auf das Zeugnis des anwesenden Husan „als dieses Landes Patrioten." „Dagegen, fahren sie fort, stehen wir in der festen Hoffnung, Ihre K. M. werden unsere

[1] Kriegsacten F. 70. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gnädigsten Landesfürsten und uns gegen alle Feindseligkeiten schützen, uns bei allen habenden Frei- und Gerechtigkeiten manutenieren, und dawider allergnädigst nichts verhängen, nachgeben noch zulassen, diese unsere allerunterthänigste Bezeigung und Erklärung allergnädigst vermerken und uns mit kaiserlicher Huld und Clemenz allergnädigst zugethan sein und verbleiben. Solches sind gegen J. K. M. mit allerunterthänigster Treue und pflichtschuldigsten Diensten, auch Darsetzung Leibes, Gutes und Blutes, gleich unseren löblichen Eltern und Vorfahren, wir in höchster Devotion, Demuth und Unterthänigkeit bis an unser Ende zu verschulden stets willig, bereit und geflissen."

Dagegen hatten die beiden Herzöge von Mecklenburg nicht denselben Muth, wie ihre Landstände. Immerhin mag der Hinblick auf das, was im Lüneburgischen geschah, beigetragen haben, ihren Entschluß, bei aller ihrer dem Husan kund gegebenen Gesinnung, dennoch zu lähmen. Dies zumal, da sie eben so wie der Herzog Friedrich Ulrich, auch nicht Einen Mann zu eigener Verfügung hatten. Dennoch hatte Friedrich Ulrich sich von seinem Oheim offen losgesagt. Die Mecklenburger Herzöge wagten es nicht. Der Däne blieb Herr in ihrem Lande.

In entsprechender Weise dagegen wie die Landstände von Mecklenburg, erklärten sich, auf Husans Anforderung, am 8. und 10. October, die Städte Hamburg und Wismar.[1]

Auch Andere kamen heran, die bis dahin noch zurück gehalten, unter ihnen der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg. Er schickte als seinen Gesandten an Tilly einen Dr. Joachim Kraz, hauptsächlich um zu bitten, daß sein Land mit Einquartierung verschont werde. Tilly benutzte die Gelegenheit sich weiter auszusprechen.[2] Zuerst bedankte er sich, daß der Kurfürst ihn so hoch würdige und durch eine Gesandtschaft ehre. In der Hauptsache, fuhr er fort, könne er sich bei dem Schwanken des Kriegswesens nicht bestimmt erklären. Wohin er sich wende, finde er Feinde des Kaisers, und wisse nicht, was doch der fromme Kaiser den Ständen des Reiches zuwider gethan, daß ein jeglicher Fürst und Unterthan sogar vorsätzlich, mit Hintansetzung der Pflicht, ihm widerstrebe. Dann ging Tilly weiter. „Der obersächsische Kreis, sagte er, und besonders der Kurfürst von Brandenburg, tragen nicht geringe Schuld an diesem landverderblichen Kriege, weil sie dem Könige von Dänemark so

[1] A. a. O. F. 70. [2] A. a. O. Bericht des Kraz vom 17. October.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zugesehen und ihm nicht mit Nachdruck gewehrt, daß er nicht allein den Kreis Niedersachsen, sondern auch den größeren Theil der Mark Brandenburg mit seinem Kriegsvolke belegt, sich darin aufgehalten und gestärkt hat."

Darauf Kraz: „Mit dieser Beschuldigung geschieht Sr. K. D. zu viel; denn Ihr gebührt es nicht, für sich allein den König von Dänemark aus dem niedersächsischen Kreise zu treiben. Auch ist die Brandenburgische Macht nicht so groß, daß sie allein sich gegen ein so großes Kriegsheer setzen und die gewaltsame Einquartierung abwenden könnte. Sind doch der kaiserliche General Herzog von Friedland, ja Ew. Excellenz selbst, wider den König von Dänemark ausgezogen, und haben es nicht gewehrt! Es haben aber Se. K. D. sich doch bemüht und es dahin gebracht, daß beide Armeen aus dem obersächsischen Kreis gerückt." — Tilly, ohne auf die matte Entgegnung zu achten, fuhr fort: „Kein fürstliches Haus im Reiche ist dem Hause Oesterreich höher obligiert als das Haus Brandenburg; aber es widersetzt sich dem Kaiser und dem Hause Oesterreich mehr als alle anderen, wie das die Freundschaft mit den Generalstaaten beweist, welche ganz Deutschland ins Unglück geführt haben; ferner diejenige mit den Königen von Dänemark und Schweden, ja mit den Türken und Tartaren; dann die Bemühungen bei England und Frankreich. Ja könnte man auch Italien erregen, um den armen Kaiser zu ruinieren: man würde es nicht unterlassen. Inzwischen stellt man sich neutral. Weil aber die Fürsten im Reiche dergestalt wider den Kaiser gehandelt und connivendo dem Reiche so viel Übeles zugefügt, werden sie nun, wenn der Däne, den sie herein gelockt, alles verloren gibt und in sein Königreich zurückweicht, die Kriegeskosten bezahlen müssen."

„Ich habe geantwortet, berichtet Kraz weiter, daß ich mit großer Bestürzung solches Alles vernommen. Inmittels bäte ich, Ew. K. Dt. aus solchem Verdachte zu halten. Vielmehr könnte ich S. E. versichern, daß Ew. K. D. an aller Unruhe, so im Reiche entstanden, ein großes Misfallen gehegt und getragen."

Tilly entgegnete: „Ich finde nur Worte und nicht Thaten. Man wäre schuldig gewesen, dem Kaiser mit aller Macht beizustehen, um den Dänenkönig und andere Feinde aus Deutschland hinaus zu treiben. Jetzt wo alles verloren, will Jedermann zu Kreuze kriechen."

Der Verlauf der Thatsachen in den Jahren 1625 und 1626 spricht für die Wahrheit der Anklagen Tillys. Dennoch hielt Georg Wilhelm es für zweckmäßig, sich darauf vor dem Kaiser zu verantworten. „Mich und mein Haus betreffend, sagt er, erinnere ich mich der Wohlthaten

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Kaiser sehr wohl. Daß aber mein Haus vor anderen undankbar gewesen, kann ich keineswegs einräumen noch zugestehen. — Ich habe mich stets beflissen, solche Consilia zu führen, die ich vor Gott, Kaiser und Reich verantworten kann. Von Türken und Tartaren weiß ich nichts." [1] — Er beklagt sich dann, daß Tilly ihm die Einquartierung einiger Regimenter in die Altmark angekündigt und zu diesem Zwecke die Absendung von Commissarien zur Regelung der Quartiere verlangt habe. Georg Wilhelm bittet um Abführung dieser Truppen.

Damals, zu Ende October 1626, zeichnet Tilly den Fortschritt seiner Waffen mit den folgenden Worten: „Nachdem ich Neustadt a./R. gewonnen, habe ich der dänischen Besatzung in Nienburg den Paß auf der Weser dadurch abgeschnitten, daß ich Hoya genommen. In Folge dessen ist Nienburg wie von weitem belagert. Dann habe ich Verden und das nicht weit davon gelegene Langwedel, ferner auch Rotenburg genommen. Alle gefangene dänische Soldaten, außer den Officieren, haben sich in Eid und Pflicht Ewr. K. M. gestellt. Ferner hat so eben der Graf Fürstenberg das von Dänen besetzte Haus Syke genommen. In Folge dessen ist nunmehr nicht allein das ganze Stift Verden in Gehorsam gebracht, sondern es kann von da aus auch das Erzstift Bremen dominiert werden." [2]

Bei diesem Stande der Dinge, im November 1626, erließ der Kaiser ein Dankschreiben an die Bisthümer Halberstadt und Magdeburg, an Pommern, Holstein, Sachsen, Lauenburg, Oldenburg, an die Städte Lübeck, Goslar, Mühlhausen, daß sie zu ewigem Lobe und Ruhme sich dieses Unwesens gänzlich enthalten. [3] Er sprach ihnen ferner seine Freude aus, daß, wenn auch nicht alle, doch die meisten und vornehmsten Glieder des Kreises sich lossagten von dem Dänen und den Ungrund ihres Mistrauens erkannten. Der Kaiser hob mit wohl berechtigtem Selbstgefühle hervor, daß die Ursache dieser Sinnesänderung aus der Überzeugung entspringe, daß es dem Kaiser nicht um irgend ein Privatinteresse, sondern nur um den Schutz und die Erhaltung der Ordnung des Reiches zu thun sei. Er mahnte die Stände des Kreises auch fernerhin in deutscher Aufrichtigkeit und Treue zu dem Oberhaupte des Reiches zu stehen und

[1] Kriegsacten F. 70. Vom 28. October.
[2] Friedensacten F. 6b. Vom 31. October.
[3] Kurze und gründliche Information usw. 193.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auf den Schutz desselben zu vertrauen. Er schrieb eigenhändig, was er selten that, an Friedrich Ulrich und versicherte ihn noch einmal ausdrücklich seines Schutzes und seiner Gnade. Er forderte den Herzog Christian von Lüneburg-Celle auf, daß er das Werk, welches er bei Friedrich Ulrich angefangen, auch weiter fortsetze, daß er im Vereine mit dem General Tilly als kaiserlicher Commissar auch die Herzöge von Mecklenburg bewege, sich von dem fremden Könige abzuthun und zu ihrem Kaiser zu treten.[1]

Am 23. November erließ der Kaiser für den Herzog Christian d. Ä., mit besonders warmem Danke für dessen bisheriges Verhalten, und für Tilly diese Vollmacht der Vermittelung.[2] Der Herzog Christian soll den Reichsfürsten „versichern, daß wir als ein römischer Kaiser und ein Vater des geliebten Vaterlandes teutscher Nation, niemals gesonnen gewesen, Jemanden, wer es auch sei, wider des H. Reiches Privilegien, Satzungen und Ordnungen, insonderheit den so hoch betheuerten Religions- und Profanfrieden, beschweren zu lassen. Noch weniger wollen wir unseren Generalen gestatten, wider die teutsche Libertät das Geringste vorzunehmen."

Die Vollmacht redet noch von dem Pfalzgrafen Friedrich, als wenn der Dänenkönig dessen Sache führe. Daß Christian IV. die Subsidien der westlichen Mächte nur zu dem Zwecke genommen, um für sich selber an Niedersachsen einen Eroberungskrieg zu führen — wie der kundige Schwedenkönig damals sofort durchschaut — das lag also in Wien damals noch nicht klar vor. Für Christian IV. aber war demgemäß nicht etwa eine Concession für den Pfälzer, sondern die eigenen Wünsche etwas zu erlangen, oder der Verzicht darauf, bestimmend für den Krieg oder den Frieden.

Und dies führt uns zu der Frage, welche Wirkung der Schlag von Lutter auf die westlichen Mächte übte, welche dem Dänen ihre Subsidien, wenn nicht immer gezahlt, doch versprochen hatten.

2. Die Nachricht von Lutter in London, Paris, dem Haag.

Carl I. hatte seinem Oheim von Dänemark die enormen Subsidien von 300,000 Fl. monatlich versprochen. Er hatte das Geld nicht. Auf die dänischen Mahnungen richtete Carl I., am 8./18. August, ein langes Schreiben der Entschuldigung an seinen Oheim.[3] In einer darauf folgenden Audienz beschwerte der dänische Gesandte sich scharf: man könne

[1] A. a. O. 197. [2] Londorp III, 948. [3] Rusdorf, mémoires I, 720.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Soldaten nicht mit Worten zahlen. Auf das Versprechen Carls I. habe Christian IV. den schweren Krieg unternommen, seine eigene Person gewagt.[1] — Dann erst traf die Nachricht von Lutter ein. Der dänische Gesandte trat abermals vor Carl I. und hielt ihm in erregten[2] Ausdrücken dies Unglück vor. Er wiederholte, daß auf die Verheißungen Carls I. der König Christian IV. sich in diesen Krieg verwickelt habe, und daß durch die Nichtzahlung des Versprochenen Carl I. zum Theile die Schuld dieses Unglückes trage.

Auch der Cardinal Richelieu sprach die Ansicht aus, daß die Niederlage des Dänen verursacht sei durch den Soldmangel in Folge der Nicht-Erfüllung der englischen Zusagen. „Daher, sagt er von seinem Standpuncte aus, wurden alle guten Rathschläge, die man gefaßt hatte, für die Herstellung des Friedens in Deutschland und gegen die Fortschritte, welche das Haus Oesterreich zum Nachtheile der Freiheit des Reiches machte, vereitelt durch die persönlichen Leidenschaften eines ungetreuen Günstlings."[3]

Aus Besorgnis vor dem Hasse der Engländer gegen Buckingham durfte Carl I. nicht wagen, ein Parlament zu berufen. Dennoch redete der Staats-Secretär Conway zu dem dänischen Gesandten von Geldsendungen. Auf den Einwand des Dänen, daß ja nichts da sei, erwiederte jener: „Der König wird von seinen Unterthanen Geld erheben kraft eigener Autorität und seines Rechtes der Souveränetät."[4] — Der Pfälzer Rusdorf, der dabei stand, fügt der Meldung sein Urtheil hinzu: „Das hat er uns gesagt, ohne sich zu schämen, in der Einbildung, daß wir leichtgläubige Thoren seien, denen man so etwas aufbinden könne."

So begründet die Verwunderung Rusdorfs sein mochte, so waren doch jene Worte des Conway, eines der Werkzeuge Buckinghams, ernstlich gemeint. Der Gedanke, Geld zu erheben auch ohne Bewilligung des Parlamentes, ward weiter erwogen. Auch der Dänenkönig selber stand ihm nicht fern. Er bot seine Mitwirkung an, „um zu verschaffen, daß die Engländer zur wahren Devotion gebracht würden."[5] Carl I. wies das Erbieten zurück. „So jung ich bin, meinte er, kenne ich mein Königreich, und weiß, was ich zu thun habe."[6] — Das Ende dieses Kennens und Wissens war in der Folge das Schafott von Whitehall.

[1] A. a. O. 722. [2] A. a. O. 736: avec passion et ressentiment.
[3] Mémoires de Richelieu III, 198. [4] Rusdorf, mémoires I, 739.
[5] A. a. O. 744. [6] A. a. O. 738.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Saat des Verderbens für Carl I., die erst später völlig aufging, war also schon damals ausgestreut, aller Wahrscheinlichkeit nach in Anlaß gerade der Schlacht von Lutter. Aber Christian IV. bedurfte der sofortigen Hülfe. In einem Schreiben vom 21. Sept. / 1. Octbr. stellt Carl I., mit seiner Mahnung und Bitte zum Ausharren, ihm die Zusendung der 6000 Engländer in den Niederlanden in Aussicht, so wie eine Hülfe durch den Markgrafen von Baden-Durlach.[1] Carl I. wolle gemeinsam mit Venedig und Savoyen den Markgrafen in den Stand setzen, daß er mit 16 bis 20,000 Mann in die Unterpfalz oder das Elsaß eindringen könne. — Welchen Werth dies letztere Versprechen des geldarmen Carl I. hatte, konnte Christian IV. aus eigener Erfahrung wissen.

Auch die Generalstaaten empfanden den Schlag von Lutter schwer. Sie wandten sich über den Stand ihrer Angelegenheiten an den Cardinal Richelieu mit flehender Klage, die übertrieben erscheinen könnte, jedoch stimmt zu dem Berichte Camerars einige Wochen zuvor. „Die Kosten unserer Armee, sagen sie, nehmen das Mark unserer Finanzen hinweg. Die Bevölkerung schreit und klagt über die schwere Belastung mit Steuern, wo doch Handel und Wandel danieder liegen. Man stellt uns Aufruhr in Aussicht, wenn wir nicht die Armee auf die Defensive beschränken; aber wer sichert uns nach dem großen Unglücke des Dänenkönigs, der das gesammte Reich in Mitleidenschaft zieht, gegen einen Einbruch in diesen schwachen Vertheidigungsstand? — Niemals waren wir in einer mehr kritischen Lage, und es drängt die Zeit, daß Sie uns die Hand bieten. Nur von Ihrer Einsicht und Ihrer Macht dürfen wir das Heilmittel für unsere Krankheit erwarten." [2]

Eben damals war der Vertrag von Compiegne erneuert, welchem gemäß Richelieu den Generalstaaten jährlich eine Million Livres zahlte. Er ging darüber nicht hinaus. Eben so wenig dann aber auch die Generalstaaten gegenüber Christian IV. Sie wagten nicht ihm Truppen zu senden, aus Furcht, daß in diesem Falle die Infantin, gemäß dem früheren Versprechen, auch Tilly verstärken werde. Aber sie erneuerten die Zusage pünctlicher Zahlung der Subsidien. Sie schickten ferner den Agenten Aitzema ins dänische Hauptquartier in Stade, mit dem Auftrage zur Ermuthigung bei dem Könige dauernd zu verweilen.[3]

[1] Das Schreiben Carls I. abschriftlich in Kriegsacten F. 71. Vgl. Gardiner II, 95.
[2] Groen van Prinsterer III, 10. [3] Aitzema II, 131.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dem Wunsche der Generalstaaten gemäß meldete ihnen der Dänenkönig schon am 21./31. October, daß er „den Muth nicht sinken und das gemeine Wesen nicht stecken lassen wolle.“[1] Er sah es schon als einen Vortheil für sich an, daß Tilly die Winterquartiere nicht im Erzstifte Bremen habe nehmen können. — Ob jedoch damals Christian IV. selber sich über einen Entschluß klar war, dürfte fraglich sein. Denn dem englischen Gesandten Anstruther gegenüber sagte er, daß er sich gezwungen sehe, mit dem Kaiser zu unterhandeln. Er drohete die englischen Schiffe im Sunde anzuhalten, bis man die rückständigen Subsidien zahle. Jedenfalls solle Carl I. auf Abschlag derselben 100,000 Pfund Sterling senden.[2] Es hieß damals in London, daß Buckingham für einen einzigen Ball 4000 Pfund Sterling aufgewendet habe.[3] Der König Carl I. dagegen hatte kein Geld. Der Mangel daran wirkte hemmend nicht bloß auf den Dänenkönig, sondern auch auf Bethlen Gabor.

3. Bethlen Gabor, Mansfeld, Wallenstein.

Bis tief in den Sommer 1626 hinein hatten weder die hoffnungsvollen Berichte des Gesandten Roe aus Constantinopel, noch die pathetischen Reden des Agenten Quadt im Haag und in London etwas Ausgiebiges für Bethlen Gabor beschafft. Auch der Schlag von Lutter brachte darin bei den Generalstaaten kaum eine Änderung hervor. Sie begnügten sich dem Agenten Quadt eine goldene Kette zum Werthe von 600 Fl. zu schenken, und seinen Herrn in das Haager Bündnis aufzunehmen, ohne weitere eigene Verpflichtung.[4]

Quadt begab sich nach England. Dahin sendeten der Pfalzgraf und Frau aus dem Haag ihm ihre Empfehlungen voran. Sie baten, der König Carl möge nicht die günstige Gelegenheit verlieren, wo er mit einer geringen Summe durch Bethlen in Deutschland alles herstellen könne.[5] Denn so mochten, nach den Berichten Roes aus Constantinopel, dem hoffenden Ehepaare im Haag die Dinge erscheinen. Gerade damals hatte Roe aus Constantinopel der Pfalzgräfin gemeldet: „Die Gesandten des Bethlen hier versichern und wir glauben, daß Bethlen Gabor mit einer mächtigen Armee in diesen Tagen aufgebrochen ist, um sich mit Mansfeld und dem Herzog von Weimar zu vereinigen. Dies wird, nach meiner Überzeugung, dem Kriege oder doch der Macht des Kaisers ein

[1] Londorp III, 948. [2] Óváry 799. [3] Rusdorf, mémoires I, 772.
[4] Aitzema II, 132.
[5] Óváry 796. Bericht Contarenos aus London, vom 18. September.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ende machen."[1] — Zwei Monate zuvor hatte Roe eben derselben Elisabeth den bevorstehenden Aufbruch des Bethlen angekündigt. Dieser werde direct nach Schlesien ziehen, und bei der Kunde seines Nahens werden Böhmen und Mähren, so wie alle unterdrückten Provinzen, sich erheben. Doch hatte Roe dann kluger Weise hinzugefügt: „Ohne Geld für Bethlen werden jedoch alle Entwürfe verduften."[2] — Genauer noch zeichnet Roe den Bethlen nach England hin: „Er wird mit starken Reiterschaaren aufbrechen. Allein, wenn ihm kein Geld wird, so geht er über die Möglichkeit eines sicheren Rückzuges nicht hinaus. Dann, nachdem er alles erreichbare Land in Contribution gesetzt, kehrt er geldbeladen zurück, weil ja der Friede mit dem Kaiser immer in seiner Macht und Wahl. Die Türken durchschauen ihn nicht."[3]

Christian IV., der ähnliche Hoffnungen hegte wie das pfälzische Ehepaar, drängte in gleicher Weise wie für sich, bei Carl I. auch für Bethlen.[4] Er hatte ein Recht dazu, weil er selber mit 10,000 Thalern monatlich ein Viertel der von Bethlen geforderten Summe zahlte. Carl I. sollte die Hälfte der ganzen Summe zahlen. Christian IV. ließ geltend machen, daß, wenn Bethlen aus Mangel an Geld sich nicht rühre, auch Mansfeld unrettbar verloren sei.[5]

Im Anfang October kam Quadt selber nach England. Der König Carl I. ließ ihn halten wie einen Botschafter; aber es ward zugleich Sorge getragen, daß er nicht einen Einblick in den zerrütteten Stand der Regierung gewinne, weil ein Bericht darüber alles verderben könne.[6] Denn gerade damals waren die hoffnungsvollen Meldungen des Roe aus Constantinopel eingetroffen. Indessen auch Quadt versicherte, daß Bethlen sich nicht rühren werde ohne Geld.[7] Man verhandelte darüber eine Reihe von Tagen. Endlich kam man überein, daß der König Carl I. dem Bethlen 14,000 Pfund Sterling zusagte, zahlbar im Mai 1627 in Constantinopel. Er gab dem Gesandten Quadt ein Handschreiben an Bethlen mit, enthaltend die Bitte um Entschuldigung für den Aufschub.[8] Es war am 11. December 1626, zu spät; denn bereits hatten die Dinge im fernen Südosten einen ganz anderen Verlauf genommen.

Bethlen Gabor war in der That in feindlicher Absicht gegen den Kaiser aufgebrochen, aber, in Ermangelung des Geldes, welches er von

[1] Roe 558. Vom 22. September. [2] A. a. O. 531. Vom 10./20. Juli.
[3] A. a. O. 530. Vom 16. Juli. [4] Óváry 796. [5] A. a. O. 797.
[6] A. a. O. 798. [7] A. a. O. 800. [8] A. a. O. 803.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Mächten der Haager Allianz verlangte, nicht nach Schlesien hinein. Am 13. September meldete er von Debreczin aus dem Herzog Johann Ernst von Weimar, daß er ihn und Mansfeld erwarte.[1] Sie waren auf dem Wege, und hinter ihnen her kam dann auch Wallenstein.

Dieser hatte schon am 8. August von Zerbst aus nach Wien kund gethan, daß er nun nicht eher an Mansfeld und Weimar kommen könne, als nach ihrer Vereinigung mit Bethlen, und dann sie nicht anders angreifen werde, als bis ungarische und polnische Reiter zu ihm gestoßen seien. Daß dies geschehe, dafür möge Harrach in Wien Sorge tragen.[2] Einige Tage später erfahren wir von ihm noch ein anderes Bedenken, welches ihn von allzu großer Eile abhält. „Es wird mir gemeldet, schreibt er am 13. August, aus Kottbus, daß der Mansfeld und der Weimar fünf gute Regimenter haben. Ich habe zwar sieben, aber sie sind gar schwach: darum bitte ich, man lasse einige andere Regimenter vorrücken, auf daß sie alsbald zu mir stoßen können."[3]

Es ergibt sich also, daß durch das Verhalten Wallensteins dem Mansfeld gelingen konnte, was dieser selbst und Andere für ihn kaum gehofft hatten, das Durchkommen nach Ungarn. Er beließ einen Theil seiner Truppen als Besatzungen in den Städten Teschen, Troppau, Jägerndorf und anderen festen Plätzen von Schlesien.[4]

Harrach scheint dem Schwiegersohne die Unzufriedenheit angedeutet zu haben, die man in Wien über seine Langsamkeit empfinde. Wallenstein antwortet, aus Kosel, am 15. August: „Ich versichere, daß ich mir meiner Seelen Seligkeit nicht so sehr angelegen sein lasse als J. M. Dienst, und ziehe stark fort, und versichere meinem Herrn, daß nie keine Armee so stark marschiert hat wie diese."[5] — „Ich marschiere über die Maßen stark, berichtet er wieder am 30. August, aus Neustattle; ich besorge, daß ich den dritten Theil des Volkes nicht werde hinbringen."[6] — Er wiederholt aus Olmütz, am 2. September: er hoffe, daß alle Anmahnungen überflüssig seien.[7] Demnach scheinen sie doch nicht aufgehört zu haben. Der Marsch Wallensteins ging weiter über Kremsier, Ungarisch-Brod an die Waag. „Ich muß mich nun gefaßt machen, schreibt er seinem Schwiegervater Harrach, am 6. September, mit dem Bethlen und dem Mansfeld zugleich zu raufen; denn Mansfeld ist bereits über die Waag."[8] Stärker drückt er diese Aussicht einige Tage

[1] Katona XXXI, 227. [2] Tadra 417. [3] A. a. O. 423.
[4] Acta publica VI, 183. [5] Tadra 425. [6] A. a. O. 431.
[7] A. a. O. 433. [8] A. a. O. 435.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

später, am 16. September, in einem Schreiben aus Kreisebl an Collalto aus: „Ich muß mich nun gefaßt machen, mit dem Bethlen, Mansfeld und den Türken zugleich zu raufen: es grauft mir aber vor ihnen Allen nicht.“ [1]

Diese Vereinigung war jedoch noch nicht geschehen. Mansfeld hätte sogar, noch zu Ende August, lieber einen anderen Weg eingeschlagen, nämlich durch Böhmen in die Oberpfalz. Man wird in dieser Absicht wohl weniger eine strategische Weisheit zu suchen haben, als die Abneigung des Söldnerhäuptlings gegen eine Unterordnung unter Bethlen. Aber eben von diesem, an welchen er gewiesen war, mußte Mansfeld die Erlaubnis haben, sich westwärts zu wenden. [2] Bethlen gewährte sie nicht.

Dagegen trat vom Anfange September an ein neuer moralischer Factor in die Kriegführung mit ein. Das Gerücht des Sieges bei Lutter eilte von Land zu Land. Indem Mansfeld es dem Bethlen meldet, bekämpft er die Glaubwürdigkeit. — Zugleich jedoch waren für Bethlen noch andere Nachrichten von Osten her auf dem Wege. Am 27. Mai war unfern von Bagdad ein Haupttreffen zwischen Türken und Persern erfolgt. Es blieb unentschieden. Am 21. Juni dagegen erlitten die Türken dort eine völlige Niederlage mit wilder Flucht. [3] Auf das Eintreffen dieser Nachrichten ward im Rathe des Sultans lebhaft erwogen, daß man es nicht zum Bruche mit dem Kaiser kommen lassen dürfe. [4] Dies führte zum völligen Umschwenken. Am 4. October kam man in Constantinopel dahin zu sagen: die Aufstellung einer Defensivmacht an der Grenze in Ungarn gegen den Kaiser habe nur bezweckt, Mistrauen in ihm zu erregen, damit er um so schneller sich zu der noch nicht geschehenen Ratification des Friedens entschließe, und damit dann alle türkische Macht, ohne jegliche Besorgnis vor dem Westen, gegen die Perser gewendet werden könne. [5]

Die Vorboten dieser Wendung, die im September an Bethlen gelangten, waren nicht geeignet, seinen Kriegeseifer anzufachen.

Und eben so wenig trug dazu die Haltung der Ungarn bei. Auch schon vor dem Eintreffen der Nachricht von Lutter gelangten an ihn die Mahnungen ungarischer und selbst siebenbürgischer Landstände: er möge

[1] Chlumecky 37. [2] Katona XXXI, 230. [3] Zinkeisen IV, 71 u. f.
[4] Óváry 674 u. f. Die Berichte des Bailo Cavalier. — Roe 564, 571.
[5] Óváry 676.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ablassen.[1] — Der Palatin Esterhazy dagegen ließ das Hauptbanner des Königreiches fliegen, und rief dadurch zur Insurrection auf.

Der Kaiser hatte, am 1. September, an Bethlen ein Schreiben erlassen, daß er auch jetzt noch von ihm auf die Erhaltung des Friedens hoffe. „Jedenfalls, schreibt der Kaiser, beharren wir unsererseits beständig bei dem Entschlusse, den heilig gelobten Frieden gewissenhaft zu bewahren und in nichts ihm zuwider zu handeln.“[2]

Alle diese Motive zugleich mochten auf Bethlen einige Wirkung üben. Er ging, im September, nicht weiter vor, sondern ließ Mansfeld und Johann Ernst zu sich herankommen.

Daß dem Mansfeld der verwegene Zug von der unteren Elbe bis nach Ungarn hinein gelang, waren sowohl in Ungarn als in Wien Viele geneigt, weniger seiner Befähigung beizumessen als der Nicht-Befähigung oder gar dem Nicht-Wollen Wallensteins.[3] Die Reden gegen diesen in Wien ergingen laut und heftig. „Er will den Mansfeld nicht vernichten, hieß es, damit nicht der Krieg zu Ende sei, bevor sein Interesse befriedigt ist.“ — Die Reden steigerten sich, als Wallenstein nichts gethan, um den Übergang des Mansfeld über die Waag bei Trentschin zu hindern, am 5. September. Behülflich war diesem dazu ein ungarischer Magnat, Illeshazy, der ihm die Wege bahnen ließ. Mansfeld setzte unangefochten von Trentschin aus seinen Marsch fort, auf Bethlen zu, der im Comitate Hont stehend, von dort aus ihm den Obersten Stephan Horvath mit einer Reiterschaar entgegen sandte.

Langsam rückte dann auch Wallenstein weiter südlich in Ungarn ein. Wir finden ihn vom 9. September an neun Tage lang in Freistadt, vom 20. September an vier Tage lang in Neutra. Der Kaiser drängte auf den Angriff, nicht bloß durch schriftliche Befehle, sondern wiederholt durch Gesandte. Am 26. September stand Wallenstein in Neuhäusel, am 27. in Lewenz. Seine Absicht war, wie er meldete, das von Mortesa Pascha belagerte Novigrad zu entsetzen.[4]

Bethlen stand am Nordufer des Flusses Ipoly im Comitate Hont, nicht weit von Balassa-Gyarmat. Auf die Kunde des Herannahens von Wallenstein entsandte er einen Eilboten nach dem anderen an Mansfeld und Johann Ernst, die nordwärts von ihm in der Nähe standen. Am

[1] Gindely, Waldstein I, 114. Leukers Bericht vom 9. September.
[2] Pray III, 389. [3] Katona XXXI, 235. Gindely, Waldstein I, 112.
[4] Tadra 443. Katona XXXI, 237.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

28. schreibt er, daß Worte und Feder ihm nicht ausreichen, sie zum Anzuge zu drängen. Der Feind, meint er, rücke in Eilmärschen heran, stehe bereits bei Bars. Er könne sich, wo ihm der Angriff des Feindes bevorstehe, von Mortesa Pascha, der Novigrad belagere, keine sichere Hülfe versprechen. Daher fordert Bethlen die beiden zur höchsten Eile auf. — Zugleich ließ Bethlen dem Pascha sagen: er solle die Belagerung aufgeben: sonst werde Bethlen im Falle einer Niederlage ihm die Verantwortung vor dem Sultan auferlegen. In Folge dessen kam Mortesa Pascha heran. Nicht jedoch kam Mansfeld.

Am 29. erneut Bethlen sein Dringen in Mansfeld. „Der Feind ist nur noch zwei Meilen entfernt." Jedoch erkennt Bethlen an, daß die Vereinigung schwer. Mansfeld soll daher auf Losoncz marschieren. Um 8 Uhr Abends erfolgt eine neue Meldung: „Der Feind steht jetzt so nahe, daß, wenn er fortsetzt, er morgen um 8 Uhr hier sein kann. Deshalb dringende Bitte um Eile. Gepäck zurück lassen. Eine Wache von 300 Reitern genügt." Bethlen fügt dann noch hinzu: „Wir verlangen aber, daß Ihr nicht, wie bisher geschehen, die Stände und die Bevölkerung gegen Euch aufbringt: im anderen Falle wird Jedermann Euch für Feinde achten." [1]

Am 30. September mußte also die Sache sich entscheiden. Mansfeld kam nicht. Über den Verlauf dieses Tages sind dann der Bericht Wallensteins und diejenigen von ungarischer Seite schwer vereinbar. Am 1. October berichtet Wallenstein dem Kaiser: „Als ich gestern etwa bei einer halben Meile Wegs von meinen Quartieren mich hinaus begeben, hat sich der Feind alsbald mit vielen Truppen präsentiert, so daß ich darauf mit höchstem Fleiße fortgezogen, in der Meinung, noch bei Tage an den Feind zu kommen und auf ihn zu schlagen. Es ist aber wegen der Weite des Weges und der vielen Pässe unmöglich gewesen, so daß ich erst, als bereits die Sonne untergegangen, noch reichlich ein Viertel einer Meile von des Feindes rechtem Lager entfernt war. Solchergestalt hat mich die Nacht übereilt, daß ich nichts Hauptsächliches mehr habe thun können. Wenn noch etwas länger Tag gewesen wäre, zweifelt mir nicht, daß der Feind ohne einiges Risico in die Flucht wäre getrieben worden. Es hat aber der Bethlen öfters zu dem Palatin (Esterhazy) geschickt, ihm die Tractation angeboten und bis um Mittag des anderen

[1] A. a. O. 246.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Tages Stillstand begehrt. Ich habe mich darauf nicht einlassen wollen, bis endlich der Palatin vorgeschlagen, daß man bis zu Tagesanbruch Stillstand halten könne. Darein habe ich gewilligt, weil man ohne dies nichts thun konnte, und die ermüdeten Soldaten ruhebedürftig waren. Unterdessen aber hat der Feind noch denselben Abend, nachdem er zum Scheine, als wenn er verbliebe, die Lagerfeuer angesteckt, den Rückzug auf Gyarmat angetreten." [1]

Der ungarische Bericht aus dem Lager Bethlens erzählt nichts von einer Bitte des Bethlen um Stillstand, berichtet nur die Kriegslist des nächtlichen Rückzuges.[2] — Derjenige aus dem Lager Esterhazys stimmt in jener Thatsache mit demjenigen Wallensteins, erzählt aber den Verlauf ganz anders.[3] Bethlen, auf seine Niederlage gefaßt, habe sehr dringend um einen Stillstand von drei, oder auch nur zwei Tagen und um eine Unterredung gebeten. Sicherlich werde daraus der Friede hervorgehen. — Darauf warnte der Palatin: Wallenstein möge der Fuchslist dieses Mannes keinen Glauben schenken: er möge die sich darbietende Gelegenheit eines herrlichen Sieges nicht aus den Händen lassen. Wallenstein war anders gesinnt. Darüber wurden die Reden heftiger. Endlich brach Wallenstein hervor: „Und wenn es mir gewis und sicher wäre, daß ich über die Leichen der erschlagenen Feinde noch am selben Tage nach Constantinopel gelangen und die kaiserlichen Adler auf den Mauern dieser Stadt aufpflanzen könnte, so würde mich das doch nicht zum Schlagen bewegen."

Auf die Kunde, daß Bethlen in der Nacht geflohen, berief Wallenstein am Morgen des 1. October einen Kriegsrath aller Obersten. Er legte die Frage vor, was nun zu thun. Darüber fährt er in jenem Berichte fort: „Ihrer Aller einhellige Meinung ist gewesen, daß nicht rathsam wäre, den Feind weiter zu verfolgen." Als Gründe wurden geltend gemacht die bevorstehende böse Jahreszeit und der Mangel an Lebensmitteln. Es kam noch hinzu: „In sonderlicher Betrachtung, daß das Intent, dessen wegen die Armee ausgezogen, Novigrad zu entsetzen, erlangt, der Feind auch schändlicher Weise feldflüchtig geworden wäre." — „Aus welchen Ursachen, schließt Wallenstein, ich mich dann mit der Armee wiederum gegen Neuhäusel anheute incaminiert und bereits im Fortzuge bin."

[1] Tadra 443. [2] Katona XXXI, 251. Kemény.
[3] A. a. O. 249. Kazius und Pethó.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

So Wallenstein an den Kaiser. Für seinen Schwiegervater Harrach fügt er dem Berichte noch besonders hinzu: „Aus dem Berichte an J. M. wird mein Herr vernehmen, wie es mit dem Entsatze von Novigrad zugegangen. Wäre noch drei Stunden Tag gewesen, so hatte ich eine schöne Victorie in Händen; denn der Feind ist so verzagt gewesen, wie es dem Herrn Bethlen noch nie widerfahren. Nichts ist mir mehr leid, als daß der Mansfeld nicht auch bei ihnen gewesen ist. Denn dann hätten sie desto eher Stand gehalten und also ihre Stöße bekommen." [1]

Anders als diese Bramarbas-Reden über Leistungen, die nicht geschehen sind, lauten die kurzen Worte, die wir zum Schlusse des ganzen Feldzuges als das Urtheil des Primas von Ungarn, Pazmany, vernehmen werden.

Im Lager Bethlens dagegen fiel der volle Zorn auf Mansfeld. Die Ungunst gegen ihn ergibt sich schon aus der Beschreibung seiner Persönlichkeit durch Kemeny, der als Historiker Bethlens sich im Heerlager befand. Er schildert den damals sechsundvierzigjährigen Mansfeld als einen hasenschartigen, zusammen geschrumpften, häßlichen Alten, der immer Weiber mit sich führe. Man fand im Lager die Zeichnung eines sitzenden Hasen mit einem Halskragen nach deutscher Weise, und der Unterschrift: Mansfeld. [2]

Wallenstein zog sich über die Waag, so daß er diese zur Deckung vor sich hatte, wie in gleicher Weise Bethlen den Fluß Gran. Beiderseitig war man zu einem Angriffe nicht geneigt. Beide Heere hatten in sich selber andere Feinde, Hunger und Krankheit, dasjenige Wallensteins jedoch mehr. Von Anfang an hatte zwischen ihm mit seinem Heere und den Ungarn kein gutes Einverständnis geherrscht: dies Misverhältnis steigerte sich von Tag zu Tag. Wallenstein beschwerte sich, daß die Ungarn keine Zusage und kein Versprechen hielten, die Ungarn, daß er nichts geleistet. Dabei erhielt die Armee von den Ungarn kein Brot. Am 14. October meldet Wallenstein aus Schinta, daß er seit dem Entsatze von Novigrad, also in zwei Wochen, den vierten Theil seiner Armee eingebüßt habe. [3]

Die Berichte der fremden Gesandten [4] in Wien melden die steigende Unzufriedenheit dort mit der Unthätigkeit Wallensteins. Der Kaiser ließ ihn mahnen, schriftlich und durch die Sendung von Ministern. Wallen-

[1] Tadra 444. [2] Katona XXXI, 258. [3] Tadra 449.
[4] Bei Gindely, Waldstein I, 119 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

stein beharrte bei seinem Sinne. Er wußte sogar einen dieser Minister für sich zu gewinnen. Am 6. October meldet er seinem Schwiegervater Harrach, daß er den Questenberg, den der Kaiser ihm gesandt, bewogen habe, bei dem Kaiser um die Aufnahme in den Herrenstand einzukommen. „Ich bitte daher meinen Herrn ganz dienstlich, schließt Wallenstein, ihn zu recommandieren; denn ich habe seit langer Zeit an ihm einen großen Freund gehabt, und alle Gnaden, die er von meinem Herrn empfangen wird, will ich für eigen halten.“[1] — Fortan finden wir Questenberg immer als zuverlässigen Anhänger Wallensteins.

Bei der Unzufriedenheit mit Wallenstein stieg in Wien die Frage seiner Entlassung empor. Bevor jedoch diese wichtige Angelegenheit erledigt wurde, festigte sich die Aussicht auf einen Frieden mit Bethlen Gabor. Dieser also nimmt zunächst unsere Aufmerksamkeit in Anspruch.

4. Der Preßburger Friede mit Bethlen Gabor 1626.

Nachdem Bethlen ungeachtet der Mahnung des Kaisers vom 1. September dennoch losgebrochen war, erließ Ferdinand II., am 2. October, abermals ein Schreiben an ihn voll schwerer Vorwürfe. „Ich hege jetzt keinen Zweifel mehr, heißt es darin, daß das Ausbleiben der Ratification des Friedens von Constantinopel her den Rathschlägen Ew. Ldd. dort beizumessen ist.“[2] Der Kaiser fordert, daß Bethlen sofort aus seinem Gebiete weiche und erkläre, den Mansfeld nicht gerufen zu haben.

Die wenigen Tage der Kriegführung mochten ausgereicht haben, dem Bethlen zu zeigen, daß, wenn er auch der drohenden Gefahr der Vernichtung entkommen, doch geringe Hoffnung irgend eines Gewinnes für ihn übrig sei. Am 10. October sucht er sich bei dem Kaiser für das Geschehene mit der Nothwendigkeit zu entschuldigen, betheuert dann aber, daß er den Frieden dem Kriege vorziehe, und daß er, um dem Unheil der Verwüstung des Königreiches zuvorzukommen, alle Friedensbedingungen eingehen werde.[3] — Darauf erklärt sich der Kaiser, am 18. October, bereit, Bevollmächtigte des Bethlen Gabor anzunehmen, jedoch unter Bedingungen: die Gesandten, und zwar nicht kaiserliche beeidigte Räthe, müssen sich einstellen vor dem 1. November; Bethlen soll sich von dem kaiserlichen Gebiete bis jenseit der Theiß zurückziehen; er soll den erklärten Rebellen und Ächter Mansfeld nicht beschützen und darf fortan mit demselben keine Gemeinschaft haben.[4]

[1] Tadra 446. [2] Pray III, 391. [3] A. a. O. 398. [4] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In der Erfüllung dieser letzteren Bedingung war Bethlen nicht säumig, nur daß der Thatbestand, die Entlassung des Mansfeld ob mit, ob wider Willen, möglichst verhüllt wurde. Am 5. November schrieb Mansfeld von Bars aus an den Bailo in Constantinopel, daß er im Dienste der Könige von Frankreich und England bis dahin gelangt, daß aber nunmehr seine Infanterie nicht ausreiche, daß er daher von seinen Kriegsherren die Mittel zu neuen Werbungen holen, alsdann mit der neuen Mannschaft in Spalato landen wolle, um durch Dalmatien, Bosnien nach der Steiermark zu ziehen. Darum ersuche er den Bailo, ihm bei dem Sultan die Erlaubnis des Durchmarsches zu erwirken.[1] — Das durfte ausreichend erscheinen, um in Constantinopel über den wirklichen Hergang der Dinge irre zu führen.

Zugleich stellte Bethlen dem Mansfeld ein Creditiv an die Republik Venedig aus.[2] Er sagt darin von sich, daß er, aufgefordert von den verbündeten Fürsten, mit dem Wagnisse seiner Person und seiner Interessen, nur der gemeinsamen Sache habe dienen wollen. Die Folge aber sei gewesen, daß er die ganze schwere Last des Krieges aus dem Reiche auf sich gezogen, ohne von denen, um deren Interesse es sich handele, eine Hülfe zu empfangen. Das Nähere werde Mansfeld berichten. — Ein ähnliches Schreiben erhielt Mansfeld von Bethlen für den König von England.

Mit einem Reisegelde von tausend Ducaten, welche Bethlen ihm vorgestreckt,[3] machte Mansfeld, mit einem Geleite von etwa 80 berittenen Personen, darunter 12 Officieren, von Bars aus sich auf, um über Bosnien und Dalmatien nach Venedig zu gelangen, und von da nach Padua. Denn dort — so berichten seine Officiere vor dem Senate von Venedig[4] — wollte er Heilung suchen für ein veraltetes Leiden. Er kam nicht so weit. In einem Dorfe Racova, nicht weit von Zara, warf sein Leiden ihn nieder. Er ließ sein Testament nach seinen Angaben aufsetzen, am 19./29. November sich dasselbe vorlesen, und unterzeichnete. Wenige Stunden später, in der Nacht auf den 30., starb er.

Man hat Vermuthungen aufgestellt, in welchem Religionsbekenntnisse er gestorben. Man hat erzählt, in welcher besonderen Weise er den Tod erwartet. Es ist darauf entgegnet worden, daß im Angesichte des Todes alle Komödie aufhöre.[5] — Entscheidend dürfte sein, daß der Bericht der Officiere, die Augenzeugen des Todes waren, vor dem Senate von

[1] Óváry 692. [2] A. a. O. 18. [3] A. a. O. 228. [4] A. a. O. 225.
[5] Villermont, Mansfeld II, 343.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Venedig, schlichtweg den Tod erzählt, ohne einen Anhaltspunct für die Sage des Heldenthumes zu gewähren. Das Testament[1] des Mansfeld läßt nicht ersehen, in welchem Glaubensbekenntnisse er gestorben. Der erste Artikel spricht seinen Wunsch aus, daß er, gemäß den Ehren und dem Stande, den Gott in diesem Leben ihm verliehen, auf dem Gebiete der Republik begraben werde. Die Signoria,[2] mit starken Ausdrücken für die Seelengröße des Mansfeld, willfahrte und ließ die Leiche in Spalato beisetzen.

Die Signoria hatte reichlich fünf Jahre lang beigetragen, den Mansfeld zu bezahlen, damit der Brand in Deutschland, in welchem die Politik der Signoria ähnlich wie diejenige der Generalstaaten, eine Bürgschaft der eigenen Sicherheit erblickte — damit dieser Brand nur nicht erlösche. Die Bevölkerungen der langen Reihe von deutschen Ländern, die Mansfelds Fuß betreten, hatten keinen Grund, in dieses Lob seiner Seelengröße einzustimmen. Richtiger als das Lob der Signoria dürften die Worte eines Zeitgenossen desselben Landes sein. „Mehrere, sagt Gualdo Priorato, haben Mansfeld mit Attila verglichen, und sogar behauptet, daß jener diesen überträfe. Denn Attila, der so viele europäische Länder verwüstete, war ein König und verfügte über gewaltige Streitkräfte. Mansfeld dagegen, ein mittelloser Cavalier, der kein anderes Capital besaß als seinen Degen und sein Genie, vermochte doch fast das ganze Deutschland zu verwüsten.“[3]

Mansfeld allerdings war nun todt, aber nur seine Person: das System, das er erfunden, den Krieg zu nähren durch den Krieg, lebte fort und überdauerte den Erfinder um volle zwei und zwanzig lange bange Jahre.

Mansfeld und sein Genosse Johann Ernst von Weimar hatten auch auf ungarischem Boden dies System der Erpressung versucht. Bethlen ließ ihnen das nicht hingehen. Wie er sie beide getadelt selbst an dem Tage, wo er ihrer bedurfte, so entsandte er an Johann Ernst, der nach Mansfelds Abgange mit den Truppen im Comitate Turocz stand, eine sehr scharfe, sehr eindringliche Mahnung. Er fügt der Mittheilung der Beschwerden des Comitates hinzu: „Wie sehr ein so abscheuliches, erschreckendes, bei unserem Heere in diesen Gegenden zuvor niemals erhörtes Verfahren die Gemüther Aller erregt hat, können Ew. Lbd. leicht bei

[1] Óváry 226. [2] Óváry 229. [3] Villermont, Mansfeld II, 345.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sich selber ermessen. Es ist uns wahrlich zum höchsten zu verwundern, daß die Einwohner eine so unmenschliche Grausamkeit der Soldaten, eine solche zügellose, unter Christen unerhörte Wuth straflos haben hingehen lassen." [1] In dieser Weise setzt das Schreiben sich fort.

Im Rathe des Kaisers ward damals schon seit längerer Zeit der Gedanke erwogen, auch über Johann Ernst von Weimar die Reichsacht auszusprechen. Der Bruder Wilhelm, einst bei Stadtlohn gefangen, dann begnadigt, legte Fürbitte für ihn ein. „Wie Ew. K. M., schreibt er am 3. October, nach dem höchst rühmlichen Exempel Ihrer Vorfahren und Dero angeborenen in aller Welt bekannten kaiserlichen Sanftmuth und Gütigkeit sich, ohne die äußerste Noth, zur Schärfe nicht aufbringen und bewegen zu lassen pflegen — wie ich selbst in eigener Person erfahren und solche allergnädigste Bezeigung dermaßen empfunden, daß ich dieselbe nimmermehr genugsam rühmen kann —: also lebe ich der allerunterthänigsten Hoffnung, es werde Ew. K. M. nicht zuwider sein, daß ich meinem Bruder die obschwebende Gefahr zu erkennen gebe und ihn freundbrüderlich ermahne, Ew. K. M. sich allerunterthänigst zu accommodieren." [2]

Der Kaiser antwortete, am 17. November: nachdem er lange gehofft, Johann Ernst werde in sich gehen: „So haben wir doch endlich, zumal da wir uns bei dem so beharrlichen Ungehorsam einige Hoffnung der Besserung nicht machen können, wider unseren Willen, Anderen zum Abscheu und Exempel uns resolvieren müssen. Weil aber die Gnadenpforte bei uns allen denjenigen, welche sie aufrichtig suchen, unverschlossen offen zu stehen pflegt: so haben wir Dr. Lbd. angeborene brüderliche Zuneigung in Gnaden angesehen und mit der Schärfe inne zu halten uns bewegen lassen, damit D. Lbd. Zeit haben auf den Bruder zu wirken." [3]

Der Herzog Wilhelm antwortete, am 23. November / 3. December, daß er diese Resolution für eine sonderbare kaiserliche Gnade erachte, und sogleich einen Boten an seinen Bruder absenden werde. [4]

Die wirkliche Gesinnung dieses Herzogs Wilhelm ergibt sich aus den Thatsachen, daß er, der Begnadigte, wenige Monate zuvor mit dem Dänenkönige in Verbindung stand und ihm Hoffnung machte, sich ihm anzuschließen, bis das Schwert Tillys bei Lutter alle solche Entwürfe durchhieb. [5] — Später finden wir diesen Herzog Wilhelm im Heere Gustav Adolfs. Er war also in hervorragender Weise einer derjenigen

[1] Katona XXXI, 271. Vom 21. November. [2] Kriegsacten F. 70.
[3] A. a. O. [4] A. a. O. [5] Röse I, 120.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

deutschen Fürstensöhne jener Zeit, die immer bereit standen, je nach Zeit und Gelegenheit zu rebellieren oder um Gnade zu bitten.

Der Bote Wilhelms traf den Bruder Johann Ernst nicht mehr. Am 4./14. December war Johann Ernst zu St. Martin in Ungarn gestorben.

Es ist möglich und wahrscheinlich, daß damals für Bethlen Gabor der Verdruß und Unwille über solche Freunde, wie Mansfeld und Johann Ernst, die durch die Zügellosigkeit ihrer Schaaren ihm seine Sache bei den Ungarn verdarben, ein Antrieb[1] mit war, recht bald zum Frieden mit dem Kaiser zu gelangen.

Im kaiserlichen Rathe ward zunächst die Sache des Friedens principiell erwogen. Der Kaiser stellte die Frage, ob es nützlich oder thunlich, zugleich den Krieg im Reiche und denjenigen gegen die Türken zu führen. Ein ausführliches Gutachten, zu dessen Berathung auch Theologen zugezogen waren, verneint diese Frage.[2] Aber der Friede mit Bethlen stehe in der Hand des Kaisers, nicht derjenige im Reiche. Und doch sei aus der Fortsetzung des letzteren für den Kaiser geringer Vortheil zu erwarten. Es ward die Frage erwogen, ob die nach dem Augsburger Religionsfrieden der Kirche entzogenen Stifter in Niedersachsen zurückzufordern seien. Das Gutachten bemerkt dazu: „Bei welchem Puncte denn auch dies wohl in Acht zu nehmen, daß Viele von Ew. K. M. eigenen Soldatesca, und darunter vornehme Obersten, auch fürstlichen Standes, der anderen Religion zugethan, welchen auf einen solchen Fall, wo sie nur im wenigsten verspüren würden, daß es um die Religion zu thun, wenig zu trauen wäre. Vielmehr würde man sich von ihnen eines gänzlichen Umtrittes und schädlichen Abfalles zu befahren haben."

Es komme darauf an, dem Dänenkönige die Bundesgenossen zu entziehen, und ihn vom Reichsboden abzudrängen. — Aus dieser Erwägung reifte jene Vollmacht für den Herzog Christian den Älteren und Tilly, vom 23. November, die wir bereits kennen gelernt haben.

Die Friedenssache mit Bethlen Gabor übertrug der Kaiser in erster Linie dem Primas Pazmany. Dieser berichtete, am 9. November, daß Bethlen bereit sei, alle Bedingungen einzugehen, wenn nur auch für seine Sicherheit gesorgt werde. Diese Sicherheit bestand darin, daß er behalten wollte, was er bis dahin gehabt. Und dann folgt das Urtheil

[1] Katona XXXI, 292. [2] Kriegsacten F. 78.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Pazmanys über den ganzen Feldzug in Ungarn. „Ich würde, schreibt er dem Kaiser, anders zu Bethlen reden, wenn das Heer Ew. Majestät in Ungarn auch nur den geringsten Erfolg gehabt hätte, oder wenn es den Anschein hätte, daß es einen solchen haben könnte. Denn, in diesem Falle, würde ich alles ihm früher Bewilligte bis an die Theiß zurückfordern. Wie zur Zeit die Dinge liegen, würde diese Forderung fruchtlos bleiben." [1]

Daher schlägt Pazmany vor, nur die jährliche Geldzahlung an Bethlen, die der Würde des Kaisers nicht entspreche, wegfallen zu lassen, im Übrigen die früheren Friedensschlüsse zu erneuern. Zur Sicherheit aber gegen einen abermaligen Bruch müsse nicht bloß Bethlen, sondern auf dem nächsten Landtage auch alle dem Bethlen untergebene Comitate und Körperschaften, sich durch schriftlichen Eid für sich und ihre Nachfolger verpflichten, niemals wieder die Waffen gegen den Kaiser erheben zu wollen. — „Auch mit den Türken, bemerkt Pazmany, bedarf es keiner neuen Verträge, sondern der Haltung derjenigen, die bereits geschlossen sind."

Auf Grund dieser Vorschläge Pazmanys kam im December der Friede zu Stande, [2] zum großen Verdrusse der europäischen Aggressiv-Partei. Der englische Gesandte Roe in Constantinopel, der, wie kein Anderer, die Kriegsunternehmung des Bethlen geschürt hatte, konnte noch für Monate lang den Glauben nicht fassen. Als er endlich zur Gewisheit kam, brach er aus in die Worte: „Die Seele des Bethlen ist grundlos wie das Meer." [3] — „Bethlen will nur Geld. Es würde keine Hoffnung übrig sein, wenn nicht Bethlen schon dreimal den Frieden mit dem Kaiser gebrochen hätte." — Der kaiserliche Resident erwiederte ihm: „Auch ich setze kein Vertrauen in Bethlen, sondern nur in den Mangel des Geldes von England." [4]

Jedoch auch Pazmany hatte bei jenen Vorschlägen diese Frage des Vertrauens mit in Betracht gezogen. „Ich weiß sehr wohl, schreibt er, welcher Glaube den Eidschwüren des Bethlen beizumessen ist. Allein er hat jetzt selber empfunden, was es für ihn bedeutet, daß er sich durch die leeren Vorspiegelungen und die Lügen der Feinde Ew. M. hat verleiten lassen, fruchtlose Versuche zu machen. Dazu auch befindet er sich, wie mir seine Abgesandten berichten, belastet von Alter und Krankheit.

[1] Miller I, 131. [2] Die 13 Artikel bei Roe 630. [3] A. a. O. 651.
[4] A. a. O. 654.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Darum wird er doch vielleicht in Zukunft mit mehr Vorsicht den Frieden beobachten." [1]

So geschah es. Allerdings suchte Bethlen im Sommer 1627, in Betreff Schlesiens wieder mit Roe in Constantinopel anzuknüpfen. Dieser aber wußte, daß der filius occasionis, pater mutationis, wie er ihn nannte, vor allen Dingen erst Geld verlange, und Bethlen ließ offen erwiedern: Non arma sine stipendiis haberi possunt. [2] Der Engländer hatte kein Geld.

Ähnliche Nachrichten des Mistrauens gegen Bethlen Gabor im Jahre 1627 liefen ein von den königlichen Friedens-Commissarien in Ungarn. [3] Zugleich meldete der Cardinal Klesel aus Rom, daß Bethlen Verbindungen unterhalte mit Frankreich, England, Dänemark. [4] Auch Pazmany selber wiederholt noch gegen das Ende des Jahres 1627, daß er dem Bethlen nicht traue. [5] — Dennoch reifte für Bethlen eine Gelegenheit zum Friedensbruche nicht wieder. Für eine Reihe von Jahren konnte sich Ungarn, glücklicher darin als Deutschland, des Friedens erfreuen.

Und nicht bloß dies. Der Kaiser Ferdinand zollte am 22. December dem Primas sein Lob und seinen Dank für den Fleiß, die Mühe, die Sorgfalt, in der Herstellung des Friedens. [6] In denselben Tagen gelangte an den Primas ein anderes gewichtiges Schreiben des Lobes und des Dankes von dem geistlichen Haupte der Christenheit. [7] Es betraf ein Friedenswerk in ganz besonderem Sinne, hell leuchtend in der Nacht der Trübsal jener Zeiten — die Gründung des Pazmaneums in Wien. Das Schreiben lautet wie folgt.

„Seinem ehrwürdigen Bruder dem Erzbischofe von Gran Papst Urban VIII. Deine Brüderlichkeit hat durch die Gründung des Collegiums in Wien der Religion eine Burg, der Gottlosigkeit eine Niederlage bereitet. Wahrlich, Du hast durch die Wohlthaten, mit denen Du es ausgestattet, das Lob der gesammten Kirche und die päpstliche Zuneigung Dir in wunderbarer Weise erworben. Die fromme Munificenz Deiner Brüderlichkeit hat für Deutschland das Beispiel gegeben, zu welcher Verwendung das Gold im Besitze der Kirche zu dienen hat. Das Collegium in Wien wird nicht bloß ein Thurm der Stärke sein, und ein Bollwerk für den Weinberg des Herrn, sondern auch ein Monument priesterlicher Freigebigkeit, wetteifernd mit kaiserlicher Großmuth. Eingedenk einer

[1] Miller I, 133. [2] Roe 670. [3] Miller I, 181. [4] A. a. O. 183, 188. [5] A. a. O. 204. [6] A. a. O. 147. [7] A. a. O. 134. Vom 14. Novbr.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

solchen Wohlthat wird der ungarische Adel die Frömmigkeit des Erzbischofes von Gran preisen wie ein Geschenk des Himmels. Indem wir Deiner Brüderlichkeit Glück wünschen zu einer solchen Zier, bestätigen wir jenes Collegium, wie das päpstliche Diplom ergibt, durch unsere apostolische Autorität. Wir flehen zu dem Gotte der Barmherzigkeit, daß er auf den Niedergang der Ketzerei das Fundament jenes heiligen Werkes lege, und mit dem himmlischen Lohne die Freigebigkeit Deiner Brüderlichkeit vergelte, welcher wir den apostolischen Segen liebevoll ertheilen. Gegeben zu Rom, bei S. Maria Major, unter dem Fischerringe, am 14. November 1626."

Es ist herzerfreuend, gegenüber der zerstörenden Thätigkeit, mit welcher so viele Deutsche damaliger Zeit zum Dienste der Fremden ihr Vaterland mit Trümmern überdeckten, hier die auferbauende Thätigkeit eines Ungarn zu erblicken, der in sich alle Eigenschaften vereinigte, welche seinem Vaterlande zum Segen gereichen konnten. Pazmany war ein Mann frommen Wandels, gelehrt wie Keiner, festen Willens, ohne Furcht, des Wortes wie der Feder mächtig, gleich klarblickend und zielbewußt als Staatsmann wie als Kirchenfürst, einer der größten Männer seiner Zeit und eine der edelsten Zierden seiner Nation für alle Zeiten.

Der Kaiser Ferdinand II. erholte sich in allen ungarischen Angelegenheiten von Wichtigkeit des Rathes von Pazmany. Für das römische Reich deutscher Nation stand ihm ein ähnlicher Berather nicht zur Seite, namentlich nicht in der nach dem Ende des ungarischen Feldzuges von 1626 scharf herantretenden Frage der Belassung Wallensteins als kaiserlichen Feldherrn.

5. Erneuerung des Generalates für Wallenstein, im November 1626.

Im Laufe der Monate October und November war in Wien und bei den Ungarn der Unmuth über die Unthätigkeit Wallensteins im Steigen. Der Kaiser schickte den Grafen Trautmannsdorf, um ihn zu mahnen. Zuerst schien Wallenstein willfährig; dann jedoch erwiederte er: da er weder Lebensmittel noch Geld habe, sei er entschlossen, nicht anders zu handeln. Der Kaiser möge immerhin ihm Minister und Räthe zusenden: so lange er sein Amt inne habe, werde er es ausüben, wie nach seiner Ansicht der Dienst des Kaisers es erfordere.[1] — Nach solchen

[1] Óváry 427. Bericht des Venetianers Padavin, zu welchem die späteren eigenen Worte Wallensteins stimmen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Reden kehrte Trautmannsdorf um. In Preßburg trat zu ihm der Palatin Esterhazy und erging sich in scharfen Worten über Wallenstein. Er nannte ihn einen Feigling, einen Unwissenden, oder gar Rebellen.

Inzwischen sandte Wallenstein seinen Neffen Maximilian dem Grafen Trautmannsdorf nach, mit dem Auftrage, dem Kaiser zu melden: in der Erkenntnis, daß seine Dienste nicht angenehm und ihm allgemeinen Haß zuzögen, werde Wallenstein, sobald er das Heer quartiert, um die Entlassung aus seinem Amte bitten. Auf die Kunde dessen suchte Harrach, wie er immer gethan, den Schwiegersohn von diesem Entschlusse abzumahnen. Wallenstein antwortete: „Ich bin versichert, daß die Abmahnung treuherzig gemeint ist. Ich kann aber meinem Herrn in Wahrheit sagen, daß es mir nicht möglich ist, meinen Entschluß zu ändern. Denn thäte ich, was man bei Hofe will, so habe ich dem Kaiser das Heer und die Länder verloren. Thäte ich aber, was ich vermeine, daß es vernünftig, so müßte ich mich verlieren. — Um den Kaiser und das Haus Oesterreich habe ich viel ein Anderes verdient, will aber meine Merita nicht exaggerieren. Dessen tröste ich mich allein, daß kein Mensch in der Welt anders sagen kann, als daß ich jederzeit treulich, ehrbar und nützlich dem Kaiser gedient habe, und wenn ich Gott also gedient hätte, so wäre ich gewis der vornehmste Heilige im Himmel.“ [1]

Es ist ein Selbstzeugnis, das Wallenstein mit diesen Worten ausstellt, und das, wie er dessen sicher sein durfte, zu den Augen oder den Ohren des Kaisers gelangen würde. Dort auch konnte es vielleicht bestätigt werden durch den Fürsten Eggenberg, durch Wallensteins Schwiegervater Harrach, durch den Kriegsrath Questenberg. Aber es fragte sich, ob auch Andere dies Zeugnis bestätigten. Wir haben also das Walten Wallensteins in dieser Zeit nach den Zeugnissen Anderer zu überblicken.

Zum Sommer 1626 haben wir vernommen, daß gerade die zwei vornehmsten Kurfürsten, der Mainzer und der Bayer, die im Frühlinge 1625 den Kaiser aufgefordert hatten, ein eigenes Heer zu errichten, über die Art und Weise des Wallensteinischen Heeres vor dem Kaiser schwere Klagen führten. Diese Klagen wurden fortan nicht geringer. Am 16. August meldet Johann Schweikard von Mainz an Maximilian: er vernehme, daß Wallenstein Werbepatente auf 20,000 Mann ausgegeben habe, für die Wetterau und die Umgegend. „Wenn das ist, schreibt

[1] Tabra 456. Vom 5. November.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Johann Schweikard, so werden diese Länder vollends zu Grunde gerichtet und ist ein Beitrag für die Liga eine pur lautere Unmöglichkeit." Maximilian als Bundesoberster möge Schritte dagegen thun.[1]

Jedoch wandte sich Johann Schweikard auch selber an den Kaiser, am 21. August. Er hebt hervor, daß, im Falle der Bestätigung, Mainz, Köln, Trier die Beiträge für das Ligaheer nicht mehr zahlen können, und daß ein Aufstand des gemeinen Mannes wider den Kriegsdruck in sicherer Aussicht stehen werde.[2]

Als keine Antwort erfolgte, inzwischen aber der Herzog Rudolf Maximilian von Sachsen-Lauenburg in der Grafschaft Hanau eintraf und den Laufplatz auf fünf Monate ansagen ließ, erneuerte Johann Schweikard am 29. seine Bitten. Er beruft sich auf seine dem Hause Oesterreich und dem ganzen Reiche erwiesene treue Dienste, und andererseits auf die nun seit Jahren erlittenen großen und unaussprechlichen Drangsale. Darum bittet er, der Kaiser wolle dem Herzog Rudolf Maximilian, so wie dessen Obersten Mariame und Görzenich den Durchzug und die Einquartierung in seinem Lande untersagen.[3]

In denselben Tagen durcheilte die Kunde des Sieges von Lutter die deutschen Länder. Auf dieselbe erneuerte Johann Schweikard, am 3. September, seine Vorstellung bei dem Kaiser.[4] „Der Sieg, sagt er, setzt die Feinde in große Furcht, und man ist ihnen genugsam, wo nicht überflüssig, gewachsen. Nun hat aber der Herzog von Friedland neue starke Werbungen vor. Gehen diese vor sich, so wird dadurch das H. R. Reich verwüstet und verderbt, die Gemüther der gehorsamen Stände entfremdet, den gequälten Unterthanen zu einem gefährlichen Aufstande Ursache gegeben, und endlich, was am meisten zu besorgen, wenn die Mittel der Bezahlung abgehen sollten, Ew. Majestät und den gehorsamen Ständen die äußerste Gefahr zugezogen. Darum habe ich nicht unterlassen wollen, Ew. K. M. darauf hinzuweisen und zu Dero Nachdenken zu verstellen, ob es nicht rathsamer sei, die anbefohlenen neuen Werbungen abzustellen, insonderheit, weil man mit denselben noch im Anfange, keine erhebliche Kosten darauf verwendet, und der Winter vor der Thüre steht — damit also das Reich des bevorstehenden großen Unheils erledigt werden möge."

Es war die letzte und — man darf sagen — weissagende Klage des um Kaiser und Reich hoch verdienten Kirchen- und Reichsfürsten Johann Schweikard. Wenige Tage darauf starb er.

[1] Kriegsacten F. 69. [2] A. a. O. [3] A. a. O. [4] A. a. O. F. 70.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Am 12. September meldete der Kaiser dem Wallenstein, daß der Mainzer Kurfürst schwere Klage führe und der Bayer sie unterstütze.[1] „Da wir nun, fährt das Schreiben fort, zur Zeit noch eine eigentliche Nachricht nicht haben, was es mit den angedeuteten Werbungen und Anweisung von Lauf- und Musterplätzen für eine Gelegenheit und Beschaffenheit haben möge, so können wir uns darüber gegen die Kurfürsten zu nichts Gewissem erklären. Nur daß auch wir nicht sehen noch befinden können, daß, nach dem nunmehr durch göttlichen Beistand über den König von Dänemark erlangten ansehnlichen Siege, die Fortsetzung von dergleichen starken Werbungen noch erforderlich sei. Auch werden ja D. L. selbst sich unzweifelhaft erinnern, was für Wehklagen wegen der beharrlichen Drangsale fast von allen Orten bereits einkommen, und daher vernünftiger Weise zu ermessen haben, daß dem Kurfürsten von Mainz eben so wie den anderen benachbarten gehorsamen Kurfürsten und Reichsständen dergleichen länger auszustehen, nunmehr ganz unmöglich fallen werde."

Nach diesem Eingange dürfte man den bestimmten Befehl erwarten, die Werbungen einzustellen. Anders jedoch lautet der Schluß.

„Also befehlen wir D. L. hiermit gnädiglich, Sie wollen uns hierüber, besonders in Betreff der so großen Werbungen, Ihre Meinung und Ihre Intention bei dem jetzigen Stande der Dinge ehestens eröffnen und dazu Ihr Gutachten einsenden, was wir den Kurfürsten von Mainz und Bayern zu antworten und wessen wir dieselben zu vertrösten haben, zumal aber wie dem zu besorgenden Übel zu remediieren."

Bei aller Misbilligung also legt doch der Kaiser die Sache in Wallensteins Hand.

Schwerer lauteten dann noch die Klagen des Kurfürsten Philipp Christoph von Trier. Sie folgen rasch auf einander, am 5., am 9., am 14., am 16. September.[2] Er hat erfahren, daß der Herzog Rudolf Maximilian 9000 Mann aus den Niederlanden werbe. Er verlangt Schutz dagegen. Jener Herzog werde angestachelt namentlich durch die Gräfin Witwe zu Hanau, Katharina Belgica, eine der Töchter Wilhelms von Oranien, und diene dadurch der ganzen calvinischen Partei, um, was diese direct nicht vermöge, indirect die Länder der geistlichen Fürsten zu Grunde zu richten.

[1] A. a. O. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Maximilian von Bayern unterstützte auch diese Klage Philipp Christophs. „Aus dem Verfahren jenes Herzogs Rudolf Maximilian, schreibt er am 26. September, kann endlich nichts Anderes erfolgen, als daß die Bundes-Armada, welche doch Ew. K. M. und dem R. Reiche hoffentlich mehr als diese neuen auf eine solche hoch beschwerliche Weise angestellten Werbungen genützt hat und noch nützen kann, zu Grunde gehen muß und wird." — „Nachdem nun aber durch den gnadenreichen Segen des unlängst wider den Dänenkönig erhaltenen Sieges die Sache in einen solchen Stand gerathen, daß man dieses neu geworbenen oder noch zu werbenden Volkes nicht von nöthen: so bitte ich, Ew. K. M. wollen die angefangenen neuen Werbungen sofort wieder einstellen. Wenn aber dies nicht möglich, so bitte ich doch, die Last dieser Werbungen den Ländern der katholischen Kurfürsten abzunehmen."[1]

Maximilian führt ferner die Klage, daß die unter Aldringers Befehl in Niedersachsen verbliebenen Wallensteiner dieselben Quartiere einnehmen wie vordem. Tilly dagegen kann sich in den hart mitgenommenen Ländern Friedrich Ulrichs nicht erhalten. Maximilian bittet daher für ihn um die Einräumung der Stifter Halberstadt und Magdeburg.

Auf diese letzte Anfrage ward in Wien sofort eine Antwort gefunden. Es seien, ließ der Kaiser am 8. October schreiben, in Niedersachsen neun Regimenter zurück geblieben. Die Abführung derselben werde der Kurfürst selber nicht für rathsam halten. Dazu haben auch jene Stifter schwer gelitten. Endlich stehe der Krieg gegen Bethlen Gabor und die Türken noch unentschieden. So lange aber der Kaiser von seinen ausgesogenen Erbländern etwas zum Unterhalte der Armee verlange, könne er sie nicht auch noch mit Einquartierung belasten. Maximilian möge daher auf andere Weise für Winterquartiere bedacht sein.[2] — Es lag in der Natur der Sache, daß diese Frage damit nicht erledigt sein konnte, sondern wiederkehren mußte.

Und noch viel weniger verstummten die Klagen der rheinischen Kurfürsten. Philipp Christoph meldet, am 8. October, daß Rudolf Maximilian seine Unterthanen wie mit Feuer und Schwert verfolge, gegen die kleine Stadt Wehrheim grausamer gewüthet habe als jemals Mansfeld und sein Anhang gethan. Philipp Christoph berichtet dann eine letzte Mahnung des sterbenden Johann Schweikard. Sie enthält genau dasselbe, was einige Tage zuvor der Kurfürst Maximilian dem

[1] Friedensacten F. 6b. [2] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kaiser gerathen. — Für sich verlangt Philipp Christoph offen das Recht, den Herzog Rudolf Maximilian und dessen Officiere wegen Friedensbruches vor dem kaiserlichen Kammergerichte zu verklagen. Dies fordere von ihm die Gerechtigkeit für seine Unterthanen.

Und wiederum kam am selben Tage, dem 8. October, auch der Kurfürst Ferdinand von Köln, und, im Namen desselben als seines Bruders, abermals der Kurfürst Maximilian mit Klagen ein, gegen die Werbungen und die Durchzüge jenes Rudolf Maximilian. Die Worte des Kurfürsten Maximilian wurden stärker. „Um der Billigkeit der Sache und des gemeinen Besten willen, schreibt er, ersuche ich Ew. K. M., für den unverhofften Fall, daß es noch nicht geschehen wäre, fürdersamst die Verfügung zu thun, damit die vorhabenden neuen, allen katholischen Kur- und Fürsten so hoch beschwerlichen Werbungen wo nicht ganz cassiert, doch zum wenigsten also moderiert, auch solches Volk, wenn man es ja behalten will, aus der Wetterau hinweg und an andere Orte geführt werde, damit doch die katholischen Kur- und Fürsten hierdurch nicht also hoch beschwert, ihnen die Mittel zur Abstattung ihrer Contributionen, die doch bis daher Ewr. K. M. und dem gemeinen Wesen wohl ersprießlich angewendet sind, nicht also vorsätzlich benommen, und die im unverhofften widrigen Falle unfehlbar erfolgenden hochschädlichen Ungelegenheiten noch bei rechter Zeit verhütet werden."

In dem Schlußsatze treten die Andeutungen, welche die Mitglieder der Liga bisher nur erst vereinzelt gegen Wallenstein erhoben, in eine bestimmte Anklage vereinigt auf, namentlich in dem Worte vorsätzlich. Nach der Ansicht Maximilians will also Wallenstein, dessen Heer nur von dem besetzten Lande lebt, durch die Einlagerung desselben in die Länder der Ligafürsten diese unfähig machen, ihre Beiträge zu dem eigenen Heere zu zahlen, welches regelmäßigen Sold empfängt, oder kürzer: er will indirect das Heer der Liga zu Grunde richten.

Es vergingen einige Wochen ohne Antwort. Am 5. November erneuerte Maximilian seine Vorstellungen[1] „Ich muß, sagt er, auf das Verlangen von Mainz, Köln, Trier abermals schreiben, damit ich nicht in den Verdacht gerathe, als wollte ich ihrer und der anderen Bundesstände Gefahr nicht achten. Sie haben gehofft, sie würden nach ihren und meinen bittenden Schreiben verschont werden. Aber es ergibt sich aus den Beilagen, daß nicht bloß die große Beschwerung andauert, sondern

[1] Kriegsacten F. 71.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

daß auch die getreuen Bundesstände beständig bei der Meinung verharren, unter diesem Drucke für die Erhaltung der so hoch nothwendigen Bundesarmee nichts mehr geben zu können, so daß diese Armee, die doch der allmächtige Gott bisher augenscheinlich und vielfältig gesegnet, mit Ewr. K. M. und Dero eigenen Hauses Schaden und der Gegner unfehlbarem Vortheile, zu Grunde gehen müsse. Ich zweifele aber nicht, auch ohne Wiederholung der Umstände, daß Ew. K. M. meine gutherzigen Vorschläge erwogen haben, wie diese unerträgliche Last von den Bundesständen genommen, sie und ihre Unterthanen vor dem gänzlichen Verderben gerettet werden, und sich ihrer standhaft bewiesenen Treue und ihres Eifers einstens zu erfreuen haben mögen. Nicht bloß sind die katholischen Stände und deren Unterthanen ganz erschöpft, sondern mit den langwierigen Werbungen und Einquartierungen verstreicht auch die Zeit, das geworbene Kriegsvolk mit Nutzen zu gebrauchen. Dem Feinde dagegen wächst der Vortheil zu, den Krieg in die Länge zu ziehen. Dabei darf ich nicht die mir gewordene Kunde verschweigen, daß der Schwedenkönig einen Stillstand mit dem dazu nicht abgeneigten Polen stark sucht, nur zu dem Zwecke, damit er das ausrichte, wovon bisher allein der polnische Krieg ihn abgehalten, nämlich mit seiner Macht dem Dänen Hülfe zu bringen. Dazu schickt der König von England dem Dänen neue Verstärkungen."

„Es sind zwar, fährt dann Maximilian fort, die Bundesstände nicht abgeneigt, die Armee des Grafen Tilly zu verstärken. Jedoch werden ihnen durch die berührten Einlagerungen und Durchzüge die Mittel geschmälert. Und wenn auch jetzt dies Hindernis hinweg genommen wird, so erfordern doch neue Werbungen für die Liga mehr Zeit als die angedeutete Feindesgefahr gestattet. Daher halte ich unvorgreiflich dafür, daß wegen dieser Gefahr das neu angeworbene Volk füglich und besser in den niedersächsischen Kreis geführt und gegen den Dänenkönig verwendet werde. Denn weil der Graf Tilly noch mit Einnehmung der von den Dänen besetzten Plätze beschäftigt, so könnte aus diesen neuen und den älteren dort befindlichen Truppen ein besonderes Corps gebildet werden, welches den Dänenkönig nöthigen würde, in sein eigenes Land zurück zu weichen. Oder man könnte, mit Zuthun des Grafen Tilly, auch dort ihn angreifen, in seinem Lande Quartier nehmen, jede Hülfe seiner Gönner ihm abschneiden. Es würde dadurch der doppelte Vortheil erreicht, daß die Bundesstände entlastet und die Gegner bedrängt würden. Aber die Jahreszeit drängt zu raschem Entschlusse."

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Vorschlag des Kurfürsten Max ruft die Frage hervor: wie sich die von Wallenstein in Niedersachsen zurückgelassenen Truppen zur Kriegführung Tillys gegen die Dänen bis dahin verhielten.

Der Kaiser hatte durch einen directen Befehl[1] den kaiserlichen Obersten Herzog Georg von Lüneburg dem Grafen Tilly überwiesen. Das Datum liegt nicht vor; aber am 5./15. September meldet Georg seinem Bruder Christian, daß er mit Tilly vereinigt operiere.[2] — Einer Verwendung anderer kaiserlicher Truppen kam Wallenstein zuvor. Von Ungarn aus schrieb er, am 12. September, seinem Schwiegervater Harrach: „Was man dem Volke im Reiche befehlen will, das muß durch mich geschehen; denn sonst verursacht es viele Unordnungen."[3]

Demnach wollte Wallenstein von Ungarn aus über die Zweckmäßigkeit der Verwendung von Truppen in Niedersachsen entscheiden. Und nicht bloß das. Der Wallensteinische Oberst Aldringer in den Stiftern nahm nicht bloß keine Befehle von Tilly an, sondern verfuhr auch nach eigenem Willen, ohne Tilly zu fragen. Am 25. October meldet Tilly dem Kaiser: „Aldringer will nicht bloß meinen Truppen kein Quartier in den Stiftern verstatten, sondern auch einen guten Theil derer, die dort sind, in meine Quartiere verlegen. Das ist unmöglich."[4] — Tilly bittet dann, daß, so lange Wallenstein abwesend, „jene Truppen, an mich und meine Befehle verwiesen werden."

Aus den Thatsachen der folgenden Zeit ergibt sich, daß Wallenstein durch jenes Schreiben an Harrach, vom 12. September, genügend vorgebaut hatte. Indem er alle Truppentheile des auf seinen Namen geworbenen Heeres als die seinigen betrachtete, verfügbar nur durch ihn — und nicht gestattete, daß Tilly diese Truppen gegen den Feind verwendete, verblieb ihnen nur die Aufgabe, die Contributionen des von ihnen besetzten Landes für Wallenstein einzuheben. Wie dies geschah, ergibt sich aus einem weiteren Berichte Tillys, vom 13. November, an den Kurfürsten Maximilian.[5]

Zuerst meldet Tilly, wie er die Winterquartiere vertheilt. Seine erste Absicht war gewesen, von Rotenburg im Bremischen aus auf die Elbe zu marschieren. Theils weil ihm die bremischen Marschen für die Quartierung seiner Mannschaft nicht geeignet erschienen, theils auf den

[1] Gindely, Waldstein I, 201. Von Kf. Maximilian dort erwähnt.
[2] V. d. Decken I, 376. [3] Tadra 438. [4] Friedensacten F. 6b.
[5] Friedensacten F. 6b.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wunsch des Herzogs Christian in Celle hatte er diese Absicht aufgegeben. Er entsandte dann den Herzog Georg von Lüneburg, den der Kaiser ihm zugewiesen, in die Altmark, die Obersten, Schönberg nach Franken, Reinach nach Hessen, Cronberg nach der Wetterau, Herliberg nach Schaumburg, und etlichen Orten an der Weser. Tilly für sich hatte die Absicht, sein Winterquartier in Helmstädt zu nehmen. „Hier angelangt, schreibt er am 13. November, habe ich aber diesen Ort und die umliegenden von dem kaiserlichen Kriegsvolke allenthalben occupiert und aufs höchste mit Contributionen graviert befunden, daß ich auch fast nicht wohl absehen kann, im Falle sich J. K. M. nicht ins Mittel schlagen, wie der H. Herzog von Friedland und ich uns mit einander auf die Dauer vertragen oder vereinbaren werden. Es ist daher auch nicht wohl anzunehmen, daß die kaiserliche Armee ihrer Quartiere viel genießen könne, dieweil der H. Herzog zu Friedland von allem dem, was der arme Unterthan vermag, den halben Theil, aus den fürstlichen Ämtern aber von dem dritten Theil zwei Theile Getreides für sich zieht: von der übrigen Substanz soll der Bauer den Soldaten erhalten. Hieraus erscheint es unmöglich, daß bei solcher Beschaffenheit die Sache auf die Dauer bestehen könne."

„Überdies ist nicht genug, daß ich meine Soldaten im Lande Braunschweig nicht unterbringen kann und daher die Truppen zum Theile in andere Quartiere senden muß, sondern es hat auch der H. Herzog zu Friedland dem Obersten Aldringer Befehl ertheilt, nicht allein die bisher bei mir gehabten kaiserlichen Regimenter, sondern auch dasjenige Kriegsvolk, welches bisher in den Stiftern gelegen — sämmtlich mir auf den Hals zu weisen, damit ich sie im Lande Braunschweig accommodiere, er dagegen die Stifter mit der Contribution desto besser an sich halte." — In der Voraussicht, auf andere Weise nicht durchkommen zu können, bat Tilly den Kurfürsten um baares Geld.

Bisher haben wir die Klagen der Häupter der Liga über die Wallensteiner vernommen. In ähnlicher Weise klagten Andere. Am schärfsten wurde die Stadt Halle a./S. behandelt, und zwar nach Wallensteins eigenen Befehlen. Er hatte ihr im Herbste 1625 eine Contribution von 8000 Fl. wöchentlich auferlegt, die er später auf 4000 Rthlr. ermäßigte. Im Mai schickte die Stadt an ihn in Aschersleben eine Deputation mit einer sehr demüthigen Bitte um Erleichterung. „Es ist aber darauf erfolgt, daß S. F. G. die vier abgefertigten Bürger von Halle

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

in die Eisen schlagen und mit solchem Schimpf wieder heim ziehen lassen." Er fügte mündlich hinzu, daß er, im Falle des Wiederkommens, sie hängen lassen werde. Die Stadt wandte sich an den Kaiser und an den Kurfürsten von Sachsen. Der Kaiser antwortete, daß er ein gnädigstes Mitleiden mit der Stadt trage und gern sehen werde, daß der armen unschuldigen Bürgerschaft Schonung widerfahre. Er wolle den Herzog zu Friedland ermahnen solches zu thun. Derselbe werde wissen, darin den gnädigsten wohlgefälligen Willen des Kaisers zu vollbringen.

Die Stadt ließ dem General, bereits im Aufbruche nach Ungarn begriffen, in Zerbst, am 6. August, diese kaiserliche Antwort zustellen. Sie that nicht die gehoffte Wirkung, reizte vielmehr den Gewaltigen zu heftigem Zorne. Er erließ sofort an den Hauptmann Sproiavacca, der die kleine Anzahl Truppen in Halle commandierte, das folgende Schreiben.[1] „Ungeachtet wir der Stadt Halle mehr Gnade erwiesen als irgend einer anderen Stadt in diesen Stiftern, dieselbe nicht allein mit aller Einquartierung verschont, sondern auch allezeit ihr Gewerbe und ihren Handel ungehindert fortsetzen lassen, hat sie sich gleichwohl unterstanden, sowohl den H. Kurfürsten zu Sachsen mit ihrem unnöthigen Lamentieren zu importunieren, als auch bei J. K. M. ein Schreiben, welches uns der Rath überschickt, zu expraktizieren. Daraus wir dann verspüren, daß sie es allein uns dadurch ein disgusto zu geben und zu einem despect gethan, wie dann wohl wissend ist, wie halsstarrig sie sich jederzeit erzeigt, mit dem Feinde correspondiert, und ihm allen heimlichen Vorschub, auch möglichste Beförderung gethan haben. Daß wir demnach ihnen dies nicht also nachsehen können. Also thun wir Euch hiermit anbefehlen, daß Ihr den Rath der Stadt, wie auch eine gute und starke Anzahl von den Vornehmsten aus der Bürgerschaft in das Schloß in Verhaft nehmen, dort selbige wohl verwahren und so lange mit Wasser und Brot speisen lassen sollt, bis dieselben alle Rückstände, die sie noch an der Contribution schuldig, richtig bezahlen. Auch sollen sie dafür, daß sie dieselbe inskünftig pünctlich liefern wollen, Versicherung geben, und imgleichen zur Strafe wegen ihrer Halsstarrigkeit, und daß sie über unsere Ermahnung von ihrem Importunieren und Praktizieren, uns zu sonderlichem Despecte, nicht abgelassen haben 4000 Dukaten erlegen."

---

[1] Kriegsacten F. 69. Von der starken Correspondenz über Halle befinden sich andere Stücke in Friedensacten F. 6a und 6b.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„Welchem Ihr dann in alle Wege also nachkommen sollt. Geben im Hauptquartiere zu Zerbst, den 6. August 1626."

Der Vertheidiger der Stadt Halle machte vor dem Kaiser geltend, daß Wallenstein für seine Anklagen wider die Stadt auf Vorschub für den Feind keinen Beweis gebracht habe, noch bringen könne. Am 4. November that ein kaiserliches Schreiben dem Obersten Aldringer kund, daß Wallenstein dem Sproiavacca die Entlassung der Gefangenen aufgetragen. Doch fügte das kaiserliche Schreiben dann den Zusatz bei: „gnädigst befehlend, daß Du nicht allein darob sein wollest, damit die gefangenen Rathspersonen und Bürger der bisher ausgestandenen schweren Haft und Verstrickung, wofern solches nicht allbereits geschehen, alsbald entledigt und alle auf freien Fuß gestellt werden, sondern auch, daß in Betreff der Contribution, im Falle die Stadt davon nicht gänzlich befreit werden kann, auf ein Leidliches gehandelt, und die Stadt über ihr Vermögen gar nicht gedrungen oder weiter beschwert werden möge."[1]

Bei der dann folgenden Verhandlung ergab es sich, daß die Stadt Halle binnen Jahresfrist 300,000 Fl. an Contribution erlegt habe. „Unser Salzwerk, heißt es, worauf der Stadt Nahrung, zeitliches Wohlwesen und Einkommen einzig und allein beruht, ist fast ganz zu Grunde und Sumpfe gerichtet. Viele Häuser stehen leer, viele Bürger wandern am Bettelstabe." — Die Stadt bot für die Folgezeit 500 Fl. wöchentlich. Aldringer drückte 1500 Fl. heraus.[2]

Die Maßlosigkeit der Habgier und des Zornes von Wallenstein hatte also für die Stadt Halle auf die Dauer eine Erleichterung zur Folge. Aber in ähnlicher Weise klagten viele andere Städte, denen das nicht widerfuhr. Es würde zu weit führen, in alle diese Klagen einzugehen.

Der Kurfürst Johann Georg von Sachsen, dessen eigenes Land damals noch nicht betheiligt war, faßt, am 22. November, die ihm zugegangenen Berichte zusammen wie folgt.[3]

„Der Respect des Kriegsvolkes vor den Kreisobersten, also auch den Kurfürsten und Fürsten, ist gar schlecht. Wider die Ordnungen des H. R. Reichs und die Kreisabschiede werden die Fürsten um Einquartierung gar nicht ersucht, sondern die Obersten erhalten Befehl, an diesen oder jenen Ort mit ihren Regimentern zu rücken. Auch sie melden dann sich nicht eher an, als bis sie mit dem Kriegsvolke vor dem Thore stehen.

[1] Kriegsacten F. 71. [2] A. a. O. [3] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Alsdann machen sie in Betreff des Unterhaltes mit Geld und Lebensmitteln ihnen beliebige, ganz unerträgliche Ordinanzen."

„Die Befehle Ewr. K. M. werden wenig geachtet. Es ist also gar keine oder doch geringe Kriegs-Disciplin mehr zu spüren. Dadurch werden die Stände in dem einen und anderen Kreise aufs höchste offendiert, und empfinden diese Bedrängnis und die Unbilligkeit gar sehr. Es läßt sich — Gott wolle es verhüten — ansehen, als ob die Unterthanen, wenn sie befinden, daß Hab und Gut verloren, in eine gefährliche Desperation gerathen werden, sonderlich wenn dieses Unwesen nicht bald ein Ende nimmt. Dies Ewr. K. M. zu offenbaren, erachte ich für nöthig und meiner Pflicht gemäß zu sein, damit, wenn es zu einem solchen betrübenden und gefährlichen Stande der Dinge kommen sollte, bei Ewr. K. M. und den Ständen des Reiches ich entschuldigt sein möge."

Demnach sind die Klagen der lutherischen Fürsten, wenn auch minder eindringlich, als diejenigen der rheinischen Kurfürsten, dennoch principiell dieselben.

Der Kaiser suchte einzuschreiten. Er selber schrieb auf die Klagen über den Obersten Görzenich an Eggenberg, daß Görzenich in der Wetterau „alle Enormitäten und mehr denn barbarische Abscheulichkeiten" begangen habe.[1] Es war dahin gekommen, daß am 6. November der Fürstbischof von Bamberg an Maximilian schrieb: er und der fränkische Kreis stelle sich in Kriegsverfassung gegen Görzenich.[2] Der Kaiser mahnte ab, mit dem Versprechen, auch für den Trierer Kurfürsten Philipp Christoph, daß der Herzog Rudolf Maximilian und Görzenich ihre Regimenter cassieren sollten. Eben dieselbe Antwort erhielt der Kurfürst Maximilian, 1. December.[3] — Unzweifelhaft also war dies der Wille des Kaisers, nur freilich noch nicht ausgeführt, wie auch die anderen zahlreichen Klagen nicht erledigt waren.

Alle diese Klagen der Reichsstände lagen dem Kaiser in denselben Tagen des November 1626 vor, wo Wallenstein, bei der Wahrnehmung des kaiserlichen Schwankens in der Frage seiner Entlassung, selber zuerst sie verlangte, und durch seine Betheuerungen bei seinem Schwiegervater Harrach dies dahin verschärfte, daß er seinen Entschluß als unwandelbar verkündete.

[1] Hurter, z. G. Wallensteins 79. [2] Kriegsacten F. 71.
[3] A. a. O. Vom 11., 23. November, 1. December.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dem Berichte darüber fügt der Venetianer Padavin in Wien die Worte hinzu: „Man glaubt hier, daß diese Worte Wallensteins das Gegentheil dessen bezwecken, was sie sagen.“[1]

Diese Meinung wird unterstützt durch das bisherige Verhalten Wallensteins, wie es jenem Gesandten wohl kaum offenkundig vorliegen konnte. Bei jeder seiner Forderungen an den Kaiser bis dahin hatte Wallenstein seinem Schwiegervater Harrach die Bitte um seine Entlassung in Aussicht gestellt, im Laufe des Jahres reichlich ein Dutzend Mal. Dadurch hatte er jedes Mal, was er gewollt, auch durchgesetzt. Auch dies Mal hatte er über das, was er wollte, keinen Zweifel belassen. „Thäte ich, sagt er, was man bei Hofe will, so habe ich dem Kaiser das Heer und die Länder verloren.“ Wallenstein will also thun, nicht was man bei Hofe, sondern was er selber will. Die Bedingung, die er für sein Verbleiben im Amte stellen will, ist völlige Unabhängigkeit, Freiheit des Thuns und des Lassens nach eigenem Ermessen.

Die Correspondenz Wallensteins mit Harrach, nach jener Betheuerung, thut dar, daß Harrach Versuche macht, zu einer Unterredung mit Wallenstein zu gelangen.[2] Eine solche Zusammenkunft nicht bloß Wallensteins und Harrachs, sondern auch und namentlich des Fürsten Eggenberg, erfolgte endlich am 25. November, zu Bruck an der Leitha.

Über diese Zusammenkunft liegt nicht ein authentischer, unzweifelhafter Bericht vor, jedoch ein solcher, welcher, gleichzeitig, aus inneren Gründen und nach dem Verlaufe der Thatsachen der Wahrheit sehr nahe stehen muß. Er lautet wie folgt.[3]

„Als S. K. M. sich überzeugt hielt, daß der Herzog von Friedland den Durchzug des Mansfeld durch Schlesien, Mähren und Ungarn habe hindern können, und daß in ähnlicher Weise er unterlassen habe, dem mit den Türken verbündeten Bethlen Gabor eine Niederlage beizubringen — nahm der Herzog dies sehr übel auf. Als noch dazu seine Verfügung über die Winterquartiere nicht genehmigt wurde, stieg sein Verdruß so sehr, daß er das Commando niederlegen wollte. Daher begab sich der Freiherr Carl von Harrach zu ihm, kehrte dann nach Wien zurück und brachte es dahin, daß auch der Fürst Eggenberg einwilligte, sich zum Zwecke einer Unterredung mit dem General nach Bruck zu begeben, gleich weit entfernt, etwa sechs Meilen, von Wien und dem Hauptquartiere in Modern. Dort trafen sie zusammen am 25. November, und

[1] Óváry 428. [2] Tadra 458 u. f. [3] Aretin, Wallenstein, Urk. 1.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

unterredeten sich mehrere Stunden am selben Abend und am nächsten Morgen. Nach der Mittheilung, die darüber der Herzog von Friedland einigen Vertrauten gemacht, billigte der Fürst Eggenberg das bisherige Kriegsverfahren des Generals, und dieser erklärte sich zufrieden, im Commando zu verbleiben, mit der Versicherung, im nächsten Frühlinge mit einem Effectivbestande von 70,000 Mann und 70 Geschützen ins Feld zu ziehen."

„Das Kriegsverfahren, welches der General bisher beobachtet hat und in Zukunft beobachten will, begründet sich nach seiner Ansicht auf die politische Lage der Dinge, in welcher der Kaiser sich zur Zeit befindet und in der es hauptsächlich auf zwei Puncte ankommt. Der eine betrifft die Menge, die Macht, die Plane der Feinde, nämlich, mit den wenigen Ausnahmen derer, die auch sonst verwickelt — aller Fürsten in Europa. Der andere Punct ist der Geldmangel, an welchem der Kaiser und seine Erbländer kranken. Daher folgert der Herzog, daß der Kaiser in diesem Kriege nur drei Ziele im Auge haben dürfe: zuerst seine Königreiche und Erbländer so zu vertheidigen, daß er ihnen den Krieg möglichst fern halte, dann das Reich zu einem gerechten und vernünftigen Frieden zu zwingen, und zugleich das Reich dahin zu bringen, daß es das kaiserliche Heer bezahle, damit beide Theile die Waffen niederlegen. Um, bei der erwähnten politischen Lage der Dinge, jene Zwecke zu erreichen, hat der General, nach seiner Ansicht, kein anderes Mittel, als den Sitz des Krieges mitten in das Reich zu legen, mit einem so zahlreichen und mächtigen Heere, daß es für ganz Europa zum Schrecken gereiche. Wie dies Heer nicht zum Zwecke haben dürfe ein Land zu nehmen, um es dem Kaiser anzueignen, so dürfe es sich auch nicht einer wahrscheinlichen Gefahr aussetzen, entweder geschlagen oder in Belagerungen aufgerieben zu werden, es wäre denn im äußersten Falle. Ferner müsse es in solcher Weise die Bewegungen des Siebenbürgers und des Türken beobachten, daß wie es die an Ungarn grenzenden Länder schütze, zugleich auch die Bewegungen des Feindes im Reiche beobachte, damit dieser, unter dem Drucke der Last eines so schweren Heeres sich dahin beuge, einen ehrlichen Frieden zu erbitten und die Mittel zur Entlöhnung des Heeres zu bezahlen. — Dagegen hält es der General für schwer durchführbar und gefährlich, sich zur Vertheidigung von ganz Ungarn auszubreiten, und mehr noch, sich ohne andere Hülfe in einen Offensivkrieg gegen Bethlen Gabor und die Türken einzulassen."

„Dies war, fährt der Bericht fort, der Inhalt der Rede des

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generals. Vor Allem sind zwei Puncte derselben wesentlich: der eine, daß der Kaiser nicht neue Erwerbungen für sein Haus im Reiche machen könne, der andere, welches Fundament der General habe, ein so zahlreiches Heer ohne Geld ferner zu unterhalten."

„Auf den ersten Punct antwortet der General, daß, wenn der Kaiser dies versuche, so würde ihm der Boden mangeln, Soldaten zu werben. Diese sind fast sämmtlich Nicht-Katholiken, wie auch ein großer Theil der Obersten, so daß das Heer selber zur großen Gefahr für S. M. gereichen könne. Um daher nicht ein solches Mistrauen im Reiche aufkommen zu lassen, hat der General es für zweckmäßig erachtet, einen großen Theil der Regimenter lutherischen Obersten anzuvertrauen."

„In Betreff des zweiten Punctes antwortet der General, daß, weil der Kaiser nicht wider die Reichs-Constitutionen handelt, er auch nach der Meinung der Feinde, geschweige denn der Freunde und Neutralen, den gerechten Anspruch hat, die Staaten der Feinde seinem Heere zur Beute zu geben, und auch das ganze übrige Deutschland zu Quartieren anzuweisen. Dies beträgt so viel, daß es etwa dem Solde gleich kommt. Und wenn der General in dem abgelaufenen Jahre mehr als 70,000 Soldaten erhalten und Siege davon tragen konnte, auf der Basis, daß fast das gesammte Deutschland dem Willen des kaiserlichen Heeres offen stand: so ist er der Ansicht, zur Zeit noch leichter sein Heer wieder ergänzen und mehrere Jahre hindurch erhalten zu können, bis dahin, daß die Feinde entweder um einen vernünftigen Frieden bitten, oder daß sie, thatsächlich aufgerieben, nicht mehr im Stande sind, die Waffen wider ihren Herrn zu erheben."

„Das ist der wesentliche Inhalt der Darlegung des Generals vor dem Fürsten Eggenberg. Dieser erkannte die Gründe für das Verfahren an, welches der General in diesem Kriege beobachtet, daß er mit seltener Klugheit niemals den Sieg in Zweifel stellen wollte und immer sich weigerte, etwas zu unternehmen, was nicht dem Hauptzwecke entsprach, wie z. B. einen Offensivkrieg gegen Bethlen Gabor und die Türken zu führen, wo diese kein anderes Ziel verfolgten, als ihn aus dem Reiche zu ziehen und tiefer nach Ungarn hinein zu locken, um hernach auf tausendfache Weise ihn aufzureiben."

Diesem Berichte gemäß, der das Gepräge einer für Wallenstein geneigten Gesinnung sehr erkennbar an sich trägt, hat also die Darlegung Wallensteins den Fürsten Eggenberg überzeugt. Es ist dagegen mehr

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

als zweifelhaft, ob auch nur Einer unter den Reichsfürsten, die das eigene Recht und dasjenige ihrer Unterthanen gegen Wallenstein vor dem Kaiser zu vertreten hatten, einem solchen Berichte, wenn er zu ihrer Kunde gekommen wäre, hätte zustimmen können. Denn in dem Berichte redet Wallenstein, als sei man allgemein darüber einverstanden, daß sein und seiner Obersten Verfahren den Reichs-Constitutionen nicht zuwider laufe. In der Wirklichkeit aber war ja der Kernpunct der Beschwerden aller Reichsfürsten über Wallenstein und seine Obersten die Eigenmacht derselben wider die Constitutionen des Reiches.

Am wenigsten hätten die Fürsten der Liga, wenn sie die Verantwortung Wallensteins gekannt, dieselbe gut heißen können. Bis in 1625 hinein war fast alles, was wider die Rebellen und die Reichsfeinde geschehen war, vollbracht durch das Heer der Liga. Dann verlangten die Häupter der Liga die Entsendung eines kaiserlichen Heeres zur Hülfe für Tilly. Sie erfolgte unter Wallenstein. Das erste Bestreben dieses neuen Generals war, sich von Tilly, dem er zur Hülfe geschickt war, unabhängig zu machen. Mit Hülfe seiner Freunde im Rathe des Kaisers gelang es ihm. Er hatte dann den Erfolg, den Mansfeld an der Dessauer Brücke zurück zu werfen. Dennoch ward dadurch der Plan des Zuges von Mansfeld nach Schlesien und Ungarn nicht vereitelt, sondern nur um einige Wochen verzögert. Wallenstein zog ihm nach, der Eine wie der Andere nicht zum Schaden des Gegners, sondern des Landes, welches sie berührten. Wie nicht dem Mansfeld, so fügte Wallenstein auch dem Bethlen keinen Nachtheil zu. Die Friedensbitte des letzteren bei dem Kaiser ward hervorgerufen durch das Ausbleiben des englischen Geldes, durch den Druck der Türken auf ihn in Folge ihrer Niederlagen im fernen Osten, endlich durch das Gerücht von Tillys Siege bei Lutter.

Die Häupter der Liga hatten ihre Meinung von den geringen Leistungen Wallensteins dem Kaiser nicht verhehlt. Sie hatten andererseits gegen ihn die Anklage erhoben, daß Wallenstein darauf ausgehe, das Heer der Liga, auf dessen Namen alle Erfolge der Defensive für Kirche und Reich bis dahin gebucht waren, vorsätzlich zu Grunde zu richten.

Und nun hören wir Wallenstein in seiner Vertheidigung vor dem ersten Rathe des Kaisers reden, als existiere das Heer der Liga nicht, als habe er, Wallenstein, etwas Nachdrückliches geleistet, als habe er einen Sieg dadurch errungen, daß fast ganz Deutschland dem Machtgebote der kaiserlichen Waffen offen lag.[1] Wenn die Häupter der Liga von

[1] Con haver quasi tutta la Germania esposta all'arbitrio dell' armi Cesaree.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

solchen Reden Wallensteins Kunde erhielten, so konnte ihr Verdacht, daß Wallenstein darauf ausgehe, das Bundesheer mittelbar zu Grunde zu richten, sich nur verstärken.

Für den Kaiser lag die Frage der Belassung Wallensteins im November 1626 anders als diejenige der Entsendung im Juni 1625. Damals hatte man noch nicht gewußt, was kommen würde. Erst schrittweise war das System Wallensteins in die Erscheinung getreten. Im November 1626 dagegen war es längst vollendet. Es lagen dem Kaiser die Beschwerden der Reichsfürsten über ein solches Kriegsverfahren bergeshoch vor Augen. Er mußte die Frage erwägen, ob er, solchen Beschwerden der Reichsfürsten, insbesondere denen der Liga gegenüber, sich berechtigt glaube, ohne die Reichsfürsten zu befragen noch zu hören, dem Wallenstein das Commando zu belassen.

Es ist dabei nicht unwichtig, daß am kaiserlichen Hofe noch immer die Meinung galt, daß die Gegner, welche den Kaiser zu diesem schweren Kriege gezwungen, verpflichtet werden könnten: „auf alle Mittel und Wege zu gedenken, wie die durch sie verursachten schweren Unkosten wieder erstattet, und unsere kaiserliche Armada, dem Vermögen und der Billigkeit nach bezahlt und abgedankt werden möchte." [1] — Es ist schwer zu fassen, wie es möglich war, daß, nachdem man schon zur Zeit des Friedenscongresses in Braunschweig diese Meinung hatte fallen lassen müssen, man dennoch immer wieder darauf zurück kam.

In der Wirklichkeit lag die Sache so, daß für den Kaiser, der aus eigenen Kräften nicht die Mittel besaß, ein Heer so zu unterhalten, wie die Liga es that, zur Hälfte aus der Bundescasse, zur Hälfte von dem besetzten Lande — daß für den Kaiser sich die ganze Verwickelung zusammen drängte in die Alternative: entweder kein Heer, oder ein Heer nach Wallensteinischer Art. Der Rath der Reichsfürsten, wenn der Kaiser sie befragt, insbesondere der Liga, hätte unzweifelhaft dem ersten Satze der Alternative entsprochen. Denn die Consequenzen von Lutter waren in Kraft, und die Möglichkeit des Friedens stand in Aussicht.

Der Kaiser befragte nicht die Reichsfürsten, sondern hauptsächlich seinen Rath Eggenberg, der, wie jener Bericht sagt, völlig befriedigt mit der Darlegung Wallensteins aus Brück heimgekehrt war. Über die Geltung Eggenbergs bei dem Kaiser vernehmen wir von kundigen Zeit-

[1] Londorp III, 842. Der Kaiser an den Kurfürsten Johann Georg.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

genossen zwei und mehrere Jahre später gewichtige Zeugnisse. Der Nuntius Caraffa meldet, im Jahre 1628: „Er ist unbeschränkter Herr über den Willen des Kaisers.“ [1] — Der Venetianer Venier berichtet, im Jahre 1630, über die Laufbahn Eggenbergs, seinen ungeheueren Reichthum, seine Befähigung zu Geschäften, und schließt: „Der Geist des Fürsten Eggenberg hat über denjenigen des Kaisers durchaus das Übergewicht. Wer von dem Kaiser etwas will, sucht zuerst die Gunst Eggenbergs; denn dieser kann den Kaiser lenken, nicht ihn der Kaiser.“ [2]

Wallenstein bezeichnet später einmal den Fürsten Eggenberg als „meinen besten Freund, den ich in der Welt habe.“ [3]

Die Entscheidung des Kaisers liegt nicht in ausdrücklichen Worten vor, sondern in der Thatsache, daß Wallenstein blieb und mit ihm sein System der Kriegführung, und zwar weil er mit seiner Unfügsamkeit durchdrungen war, sicherer noch als zuvor gegen den Einspruch und die Milderung durch den Kaiser. Ferdinand II., fromm und gütig, wie er war, wollte nicht fremde Rechte kränken, nicht auf Kosten der Reichsfürsten seine Macht erhöhen. Die schweren Klagen der Reichsfürsten dagegen, ob katholisch, ob nicht-katholisch, haben dargethan, daß sie insgesammt sich von Wallenstein schwer geschädigt glaubten. Indem nun dennoch der Kaiser wieder denselben Mann als Feldherrn mit thatsächlich noch erhöheten Befugnissen in das Reich aussandte, zog dies unvermeidlich die Folge nach sich, daß fortan sich eine Kluft aufthat zwischen den Reichsfürsten und dem Kaiser. Wenn Wallenstein nicht, wie die Reichsfürsten meinten, sein eigenes Interesse voranstellte, sondern wie er versicherte und wie der Kaiser glaubte, treu und ehrlich dem Kaiser diente: so konnte er doch, bei seinem Auftreten, nach der Meinung der Reichsfürsten, kein anderes Ziel verfolgen, als das Reich in unbeschränkter Weise auszunutzen für das alleinige Waffenrecht des Kaisers. Die Reichsfürsten sahen daher das Auftreten Wallensteins an als aggressiv wider jeden Einzelnen und wider ihre Gesammtheit. Und dabei deckte sich Wallenstein mit dem kaiserlichen Namen. Was immer von ihm aus geschah, es warf seinen Reflex zurück auf den Kaiser. So konnte es dahin kommen, daß der berufene Schützer des Rechtes in den Augen Vieler erschien als der Schädiger desselben.

Die gefährlichen Consequenzen, die sich für den Kaiser an die Wieder-Entsendung des Wallenstein knüpften, beschränkten sich nicht auf das Reich nach innen. Es war das Bestreben des Cardinals Richelieu,

[1] Caraffa, Relatione etc. 196. [2] Fiedler I, 158. [3] Chlumecky 186.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Häupter der Liga für den Anschluß an Frankreich zu gewinnen, wenn möglich, gegen das Haus Habsburg. Es war das Bestreben der nordischen Könige, erst des Dänen, dann des Schweden, die nicht-katholischen Fürsten des Reiches mit dem Rufe des Religionskrieges an sich zu locken wider den Kaiser. Darum war es auch in dieser Beziehung nicht ein Act der politischen Klugheit, abermals einen Feldherrn zu entsenden, gegen welchen von beiden Seiten, von katholischer wie von nicht-katholischer Seite, so schwere Klagen erhoben waren und, voraussichtlich, auch ferner sich erheben würden.

Es kam dann freilich auf die Treue und Ehrlichkeit an, mit welcher Wallenstein dem Kaiser diente. Aus den zahlreichen Beschwerden gegen ihn bis dahin blickt mancher Verdacht hervor: eine unwidersprechliche, überzeugende Thatsache ergibt sich daraus nicht.

Immerhin mochte es damals, gegen das Ende des Jahres 1626, scheinen, als gehe nunmehr eine Aussicht auf den Frieden auf. Denn in rascher Folge mehrten sich die günstigen Anzeichen. Der Dänenkönig war geschlagen. Der König von England ermangelte des Geldes. Der Schwedenkönig war in Polen verwickelt. Bethlen Gabor suchte gütlich abzukommen. Mansfeld und Johann Ernst von Weimar waren todt. Zugleich ward ein Brand in der Nähe gelöscht, dessen Flammenschein mehr als einmal hoch bedrohlich aufgeleuchtet war, der Bauernkrieg in Ober-Oesterreich.

6. Der Bauernkrieg in Ober-Oesterreich.

Der Kaiser hatte dem Kurfürsten von Bayern für den Ersatz der Kriegeskosten von 1620 das Land Ober-Oesterreich als Pfand einräumen müssen. Die Einlösung lag dem Kaiser sehr am Herzen, wie auch die Stände des Landes ihrerseits sie wünschten; aber es fehlten die Mittel. Im Jahre 1623 ward eine Übereinkunft dahin getroffen, daß dem Kurfürsten die Oberpfalz überwiesen werden solle und dazu ein Betrag von sechs Millionen Gulden in baarem Gelde. Diese Summe sollten die Stände von Ober-Oesterreich so auf sich nehmen, daß sie zwölf Jahre hindurch jährlich eine halbe Million erlegten.[1]

Die Stände dagegen begleiteten ihr Angebot mit der Bitte um Bestätigung der Privilegien, und namentlich der Religionsfreiheit der drei weltlichen Stände, ohne die es keine wahre Devotion geben könne.[2] —

[1] Stülz, Wilhering 279. [2] A. a. O. 282.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Bitte war dem Kaiser sehr zuwider. Denn, wie die Erfahrung seines Lebens ihm zeigte, daß alle Rebellion der Stände seiner Länder aus der sog. Religionsfreiheit, der seinen Vorfahren abgedrungenen Gestattung des Territorial-Kirchenthumes, ihren Ursprung genommen, so war Ferdinand II. fest entschlossen, das landesfürstliche Hoheitsrecht, welches seine Siege ihm zurück erworben, gemäß den Bestimmungen des Religionsfriedens von Augsburg zur vollen Geltung zu bringen. Im August 1625 erließ der Kaiser ein Decret seines festen Willens, das Land zu reformieren, mit den einzelnen Bestimmungen bis zu Ostern des nächsten Jahres. Noch Einmal reichten die drei Stände gegen diese „unverhoffte schwere Reformation" eine Vorstellung ein. Die Antwort war ein scharfer Verweis mit dem Gebote des perpetuum silentium, am 9. Februar 1626.[1]

Allein es fragte sich doch, ob nach der kirchlichen Verwilderung, die seit Jahrzehnten im Lande geherrscht, eine Umkehr in der Zeit eines halben Jahres auch nur möglich war. Denn diese kirchliche Verwilderung betraf nicht bloß die Bevölkerung im Allgemeinen, sondern namentlich und hauptsächlich den geistlichen Stand. Der Kurfürst Maximilian schreibt, am 27. December 1624, seinem Statthalter Herbersdorf in Linz: „er vernehme, daß die Prälaten sich in der Besetzung der erledigten Seelsorgestellen sehr säumig erzeigen, und daß die im Lande vorhandenen Priester also gering, ärgerlich und unexemplarisch seien, daß sonderlich in den Pfarrhöfen gemeiniglich mehr Kinder als in ehelichen Haushaltungen gefunden werden, und daß es nicht bald ein Land gebe, wo es mit den Priestern schlechter und ärgerlicher zugehe."[2]

Die erste Bedingung des Zurückgewinnens von kirchlich verwilderten Menschen für die Kirche ist ein pflichtgetreuer und opferwilliger Priesterstand. Ob daher bei einem solchen Stande der Dinge, wie Maximilian ihn für Ober-Oesterreich angibt, die Menschen sich durch ein Machtgebot innerhalb einer Frist weniger Monate zur Kirche zurückführen lassen würden, war eine sehr schwere Frage.

Dazu kam, daß auf der Bevölkerung ein schwerer Druck lastete. Der bayerische Statthalter Herbersdorf berichtet, am 15. April 1626: „Der Bürger und vorzüglich der Bauer muß neben den gewöhnlichen Steuern seit mehreren Jahren her Kriegsrüstung, Musterplätze und

[1] Raupach IV, 254. [2] Stieve I, 36.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Durchzüge aushalten. Er muß ununterbrochen das monatliche Garnisonsgeld bezahlen, und ist nun also erſaigert und an Vermögen zu Grunde gerichtet, daß man augenscheinlich verspürt, daß er es nicht mehr erdauern oder ausstehen kann. Der Kaiser und der Kurfürst, in Wahrnehmung dieser Umstände, haben beschlossen, die Besatzungen wegzuführen. Es ist aber Vorsicht nöthig; denn, obgleich man kein Mistrauen hat, so geht doch ein allgemeines Geschrei und Ruf von allerhand aufrührigen, ungehorsamen, leichtsinnigen Reden und Drohungen." [1]

In so weit also war der Stand der Dinge in Ober-Oesterreich ähnlich demjenigen, den wir aus so vielen Klagen der Reichsfürsten über den Militärdruck der Wallensteiner in ihren Ländern erfahren haben: sie fürchten einen Aufstand des allzu schwer belasteten Volkes. Das Mehr in Ober-Oesterreich war die Erregung des Volkes gegen die anbefohlene Reformation, und die Erbitterung gegen den Statthalter Herbersdorf persönlich, wegen der Härte, mit welcher er im Mai 1625 die Befehle des Kaisers für die Reformation vollstreckt hatte. [2]

Wo immer aber die Religion ein mitwirkender Factor, da gibt sie in den Augen der Menge der Bewegung das Gepräge und den Namen.

Im Mai 1626 ward zu Lembach im Mühlviertel ein Streit zwischen Bauern und Soldaten der Anlaß zum Ausbruche eines Aufstandes, der in dem Hause eines Hofbesitzers Stephan Fadinger längst vorbereitet war. [3] In wenigen Tagen standen tausende von Bauern in Waffen. Bereits am fünften Tage nach dem Beginne erlitt der Statthalter Herbersdorf, der von Linz aus mit aller verfügbaren Macht gegen die Bauern anrückte, bei Peuerbach von ihnen eine schwere Niederlage. Der Erfolg breitete den Aufstand aus über alle vier Viertel des Landes Ober-Oesterreich. Als der hauptsächliche Heerd wird das Hausruck-Viertel bezeichnet.

Jedoch beschränkte sich die Erhebung auf den Bauernstand, oder, richtiger noch, auf dessen Mehrheit. Kein Magistrat oder ganze Commune der sieben Städte betheiligte sich. [4] Es regte sich der Verdacht, wiederholt namentlich bei dem Statthalter Herbersdorf, daß die Landstände, nämlich die Herren und Ritter, dem Aufstande nicht fremd seien. Aber es fehlte der Beweis.

[1] Stülz, Wilhering 292. [2] Stieve I, 61. [3] A. a. O. 76.
[4] Khevenhiller X, 1465.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Aufständischen schrieben in ihre Fahnen:

Von Bayerns Joch und Tyrannei
Und seiner großen Schinderei
Mach uns, o lieber Herr Gott, frei.
Weil's gilt die Seel, und auch das Gut,
So soll's auch gelten Leib und Blut.
O Herr, verleih uns Heldenmuth!
Es muß sein![1]

Die Worte mochten immerhin, wie man gesagt hat, die Stimmung der Bauern ausprägen. Aber sie waren die Angreifer. Sie zuerst hatten fremdes Recht verletzt. Sie versicherten, daß sie dem Kaiser getreu sein wollten. Aber sie stellten dafür eine Bedingung, die, wie ihre Führer wissen konnten und wissen mußten, der Kaiser nie gewähren würde, diejenige der Religionsfreiheit. Auf Grund des Religionsfriedens von Augsburg hielt der Kaiser fest an seinem landesfürstlichen Rechte, welches ihm allein die Disposition über die Religion des Landes zusprach. Es war nicht anzunehmen, daß er die Bewilligung, welche er kurz zuvor den Bitten der Herren und Ritter abgeschlagen, dem Trotze der Bauern gewähren würde. Er konnte es endlich nicht, weil eine solche Gewährung die Durchführung des sog. jus reformandi nicht bloß in Ober-Oesterreich selber, sondern in allen seinen Erbländern in Frage gestellt haben würde. Nach dem bestehenden Reichsrechte machte nicht der Kaiser durch das Versagen sich einer Härte schuldig, sondern die Bauernhäupter durch das Fordern des Nicht-Erreichbaren — einer Thorheit.

Wenn nämlich die Sache sich darauf beschränkt hätte. Anders jedoch urtheilte namentlich der Kurfürst Maximilian. „Diese Rebellion, ließ er am 8. August dem Kaiser sagen, ist, wie männiglich sieht und greift, nicht ein gemeines Bauernwerk, sondern von Anderen mit Rath und That angesponnen und Viele dabei interessiert, auch sogar dies Werk zu Constantinopel tractiert, und der König von Dänemark sammt dem Gabor haben schrift-, münd- und öffentlich zu den Bauern geschickt. — — Ew. K. M. wissen auch selber, daß Bethlen Gabor unlängst dem Pascha zu Ofen geschrieben und Vertröstung gethan hat: wenn er schon von einer gütlichen Tractation mit den oberösterreichischen Bauern etwas vernehmen werde, daß er sich darum an seinem Vorhaben nicht hindern

[1] Kurz I, 138. Vgl. Stieve I, 90.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

lassen solle, sintemal er, Bethlen, bemeldete Bauern in seiner Hand habe, und versichert sei, daß sie ohne sein Vorwissen in nichts Endliches sich einlassen werden. — Wann dann die Bauern und deren Führer dies Alles wohl wissen, so ist leicht zu erachten, daß sie durchaus keine aufrichtige Intention zu gütlicher Beilegung haben, sondern nur zum Aufzuge der Sache, bis der Bethlen Gabor, der Dänenkönig und andere Betheiligte sich in völlige Bereitschaft stellen."[1] — Der Kurfürst widerräth daher die Versuche gütlicher Beilegung.

Daß der Dänenkönig, Mansfeld, bald auch Bethlen Gabor in Waffen standen, war jedenfalls den Häuptern des Aufstandes der Bauern von Anfang an sehr wohl bekannt. Beiderseits wußte man von einander und hoffte auf einander. Das Eingehen in die Einzelnheiten dessen würde zu weit führen, weil das Bindeglied, durch welches die Hoffnungen hätten zur Wirklichkeit werden können, ein namhafter Erfolg, nicht eintrat.

Dagegen mangelten dem Kaiser wie dem Kurfürsten von Bayern die ausreichenden Streitkräfte, den Aufstand sofort zu bewältigen. Im Juni verhandelten sie mit ihnen.[2] Aber die Bauernhaufen waren übermächtig. Vom 24. Juni an bis zum 29. August hielten sie Linz umlagert. Im Juli fanden neue Verhandlungen der Bauern mit den kaiserlichen Commissären statt; aber die Führer der Bauern zogen hin, weil sie auf Mansfeld hofften.[3] Abermals griff man zu den Waffen, beiderseits mit maßlosen Greueln. Die Bauernführer schickten an Christian IV. um Hülfe. Anstatt derselben kam die Nachricht von Tillys Siege bei Lutter, niederschlagend hier wie in Ungarn.

Nach abermaligen Unterhandlungen gelobten die Bauern Unterwerfung unter den Kaiser, mit Anerkennung des landesfürstlichen Rechtes der Verfügung über die Religion. Der Vertrag ward am 19. September geschlossen. Dennoch war damit das Trauerspiel noch lange nicht zu Ende. Bereits war von Westen her auf Befehl des Kurfürsten Maximilian jener Herzog von Holstein eingerückt, dem einige Monate zuvor Wallenstein, ohne den Kaiser zu befragen, den Musterplatz in Schwaben angewiesen, dann jedoch Befehl nach Ober-Oesterreich gegeben hatte. Der Einmarsch rief die Bauern, zunächst des Hausruckviertels, wieder empor. Die Holsteiner wurden bei Neukirch geschlagen. Es folgten ihnen bayerische Truppen unter dem General Lintelo. Auch sie

[1] Khevenhiller X, 1182. [2] Kriegsacten F. 70.
[3] Kurz I, 544. Stieve I, 204.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wurden geschlagen. Der Krieg stand wieder in vollen Flammen. Auch der kaiserliche Oberst Löbl erlitt, am 9. October, eine Niederlage.

Bereits indessen war ein anderer Mann auf dem Wege, Gottfried Heinrich von Pappenheim. Sechs Jahre zuvor in der Schlacht am Weißen-Berge auf den Tod verwundet, hatte er, nach seiner Herstellung, Dienste für Spanien genommen, und sich unlängst durch die Vertheidigung von Riva hohen Ruhm erworben. Im August erbot er sich zum Dienste bei dem Kurfürsten von Bayern, in der Hoffnung, seinem Stiefvater, dem Statthalter Herbersdorf, zu Hülfe zu kommen. Nach der Niederlage Vintelos ernannte Maximilian den Pappenheim zum Anführer der verfügbaren Streitkräfte. Am 30. October befand sich Pappenheim in Passau, um von da an stromabwärts in das Land einzudringen. Bereits am 3. November kam es zum Treffen unweit Efferding. „Da sollten, meldet Pappenheim, E. K. D. das wunderbarste Fechten, welches vielleicht in langen Jahren geschehen ist, von beiden Theilen gesehen haben. Kein Bauer hat seine Waffe weggeworfen, viel weniger sind sie davon gelaufen, sondern, obwohl sie weichen mußten, ist es doch nur Fuß für Fuß geschehen. Hier haben sie Einem sein Pferd niedergestochen, dort Einen vor den Kopf geschlagen und sich selbst ohne Ach- oder Wehklagen niederhauen lassen wie die Hunde. Und ob sie gleich oft versucht haben, die Piteniere zu trennen, ist es ihnen doch unmöglich gewesen und haben sie stets dabei eingebüßt. Das hat so anderthalb Stunden und mehr bis an die Stadt Efferding hin gewährt, und ist das Feld überall mit Todten belegt gewesen."[1]

Abermals kam es zum Treffen, bei Gmunden, am 15. November. Die Bauern zersprengten die kaiserlichen Truppen unter Löbl, erlagen aber dann den bayerischen unter Pappenheim. „Ich bin, meldet dieser, in etlichen Schlachten gewesen, habe aber nie ein hartnäckigeres, mehr den Erfolg bestreitendes und grausameres Fechten gesehen."[2] — Die Kraft und der Muth der Bauern war noch nicht gebrochen. Am 18. November erfolgte wieder ein Treffen bei Vöcklabruck, abermals mit schwerem Verluste der Bauern. „Wir sind, schreibt Pappenheim, in Schlachten so gewohnt und versiert, daß uns nichts Anderes träumt und wir nichts Anderes reden noch thun als alleweil zuschlagen."[3] Nur noch einmal jedoch hielten die Bauernhaufen Stand, am 20. November, bei Wolfsegg. Dies letzte Treffen brach den Muth. Das Feuer glomm in sich selber zusammen.

[1] Stieve I, 294. [2] A. a. O. 301. [3] A. a. O. 304.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

7. Friedensaussichten Ende 1626 und Anfang 1627.

Bei den mancherlei Erfolgen für den Kaiser in den letzten Monaten des Jahres 1626 keimten Friedensaussichten empor. Am 4./14. November that der Kurfürst Johann Georg dem Kaiser kund, daß auf seine Mahnung der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg sich nicht mehr abgeneigt zeige, die Übertragung der pfälzischen Kurwürde auf Maximilian anzuerkennen. Er rieth diese bessere Gesinnung durch eine eigene Gesandtschaft zu befördern.[1] Der Kaiser erklärte sich bereit, sofort Carl Hannibal von Dohna nach Berlin zu schicken.[2]

Weiter trug Johann Georg darauf an, die im Beginne des Jahres durch Christian IV. abgebrochene Friedenshandlung in Braunschweig zu erneuern. Der Kaiser antwortete, daß er auf das wiederholte Erbieten der Infantin in Brüssel zur Vermittelung eines gütlichen Ausgleiches mit Dänemark bereits eingewilligt habe, und dem Kurfürsten die weiteren Schritte mittheilen werde. In Betreff des Ausgleiches mit den Reichsständen in Niedersachsen that der Kaiser dem Kurfürsten Johann Georg die Vollmacht kund, die er am 23. November für den Herzog Christian den Älteren zu Celle und für Tilly ausgestellt, gemeinsam von jenen die reelle Unterwerfung zu fordern.

Der Kaiser meldete der Infantin, daß er von diesem letzteren Auftrage große Hoffnung hege.[3] Und allerdings schienen ja die zu Husan geredeten Worte jener Fürsten dazu zu berechtigen. Aber sowohl in den Mecklenburger Herzögen, wie in Johann Friedrich von Bremen regte sich als der mächtigste Factor die Furcht. Der König Christian IV. wußte diese rege zu erhalten. „Nachdem auf dem Landtage zu Sternberg, meldet Husan, die Ewr. K. M. beständig treue und gehorsame Ritter- und Landschaft sich geweigert zu diesem Kriege zu contribuieren, hat der König den General Schlammersdorf und den Herzog Bernhard von Weimar mit ihren Regimentern über Boitzenburg, und dann noch ein drittes Regiment dazu ins Land geschickt. Es scheint, daß diese Einquartierung nur auf den Ruin der gehorsamen Ritter- und Landschaft abgesehen sei." — „Gleichen Proceß hat er gegen den H. Erzbischof von Bremen, dessen Stifts- und andere Ämter, sowohl im Bremischen als Lübeckischen, angestellt. Dagegen wird von den genannten Fürsten aus Furcht und weil sie sich zum Widerstande nicht gefaßt befinden, nichts vorgenommen. Der

[1] Londorp III, 940. [2] A. a. O. 941. [3] Kriegsacten F. 71.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Erzbischof von Bremen hat um seiner Sicherheit willen sich nach Lübeck zurückgezogen." [1]

Entschiedener noch griff Christian IV. im Lande Holstein durch, obwohl dort nicht ihm die Regierung zustand, sondern seinem Vetter Friedrich. Der König berief auf den 28. November / 8. December einen Landtag nach Rendsburg. Er bat die Ritterschaft, sich nicht daran zu stoßen, daß nicht der Herzog Friedrich den Landtag berufe; denn das sei ein Friedmacher. Dann ließ der König haarsträubende Dinge berichten über alles, was der Kaiser vorhabe: spanische Servitut, Ausrottung aller Fürsten und hohen Familien, Vernichtung der christlichen alleinseligmachenden Kirche, allgemeine Verwüstung, Knechtschaft der Einwohner, Schändung aller Weiber und Kinder, und was des Grauslichen mehr gesagt werden konnte, bis das Entsetzen die Ritter ankam. Diesem Entsetzen gemäß fiel die Antwort aus. Der Statthalter Gerhard Ranzau erwiederte: er sei ein alter Mann; aber er wolle seine grauen Haare dem Feinde entgegen setzen; denn es sei besser mit grauen Haaren in deutscher Freiheit zu sterben, als in spanischer Knechtschaft zu leben. Der Eifer war groß. Einige meinten, daß die Städte bei ihrer alten Gewohnheit bleiben dürften; aber die Ritter beschlossen: die Städte sollten thun gleich wie sie, und der Bauer solle aufgeboten werden Mann für Mann. Die Städte hatten nicht solchen Eifer; dennoch einte man sich: so viele Pflüge, so viele Soldaten. Das hätte ein stattliches Heer von 70—80,000 Mann gegeben, wenn nämlich der Rausch des Eifers über solche grausliche Erzählungen des Königs Christian hätte bleibend sein können. [2]

Denn schon die nächsten Worte Tillys waren berechnet auf einige Ernüchterung dieser kampfeslustigen Ritter. Er warf ihnen vor, ob der Adel auch gedenke an Eid, Pflicht und Gewissen, mit welchen er dem Kaiser verwandt sei. Er hob hier wie immer den Frevel hervor, daß unter der falschen Anklage einer Unterdrückung des göttlichen Wortes das arme unwissende Volk aufgewiegelt werde. Tilly wiederholte seine alte Frage, ob das deutsche Freiheit sei, was durch Engländer, Franzosen, Schotten, Irländer und alle möglichen Nationen im Dienste des Dänenkönigs errungen werden solle. [3]

Es scheint, daß diese Worte einigen Eindruck gemacht haben.

[1] Kriegsacten F. 71. Husans Bericht vom 8./18. December.

[2] Extract der Proposition so J. K. M. zu Dennemarck usw. Flugschrift.

[3] Londorp III, 961.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wenige Wochen später starb jener Statthalter Ranzau. Er war, berichtet Walmerode, jenes Landtagsschlusses von Rendsburg „einziger Anstifter." „Mit seinem Tode hören die Contributionen der Stände von Holstein auf." [1]

Anders als zur holsteinischen Ritterschaft, redete Tilly zu der mecklenburgischen. In denselben Tagen, wo die Holsteiner unter der Führung Christians IV. und des Statthalters Ranzau sich so hoch verstiegen, am 17./27. November, hatten die Mecklenburger zu den beiden Herzögen sehr eindringlich geredet: „Bei dem großen Unglücke, das uns zustößt, müssen wir Gottes Wort, der römisch-kaiserlichen Majestät Pflicht und ein gutes Gewissen zuförderst und vor allen Dingen im Auge haben." [2] — Darauf richtete Tilly an sie die Worte: er habe gern vernommen, daß sie sich erklärt, dem Kaiser als oberstem Haupte und Schutzherrn eid- und pflichtgetreu zu bleiben. Er mahnt sie dabei zu verharren. — Sie mochten immerhin verharren. Der König Christian wußte um die eigentliche Gesinnung der mecklenburgischen Ritterschaft eben so wohl wie Tilly, und hatte deshalb in zeitiger Fürsorge jene drei Regimenter Cavallerie in das Land geschickt. Die Mecklenburger waren noch dazu der Meinung, daß eben um jener Gesinnung der Ritterschaft willen Christian IV. mit Absicht schlechte Mannszucht halten ließ. [3]

Nicht bei der Ritterschaft stand es, die Dinge durch einen festen Entschluß zu wenden, sondern bei den herzoglichen Brüdern. Daher drängte bei ihnen, am 18. Januar 1627, Husan aus Lübeck auf einen Entschluß. „Denn, schließt er, wenn EE. FF. GG. sich lange in dem gegenwärtigen Zustande befinden, thun Sie Niemandem einen größeren Schaden als sich selbst, Ihrem hohen Hause, der getreuen Ritterschaft, Ihrem Lande und Ihren Leuten, und es möchte der endliche Ausschlag — welchen die göttliche Barmherzigkeit zu mitigieren väterlich geruhen wolle — EE. FF. GG. und Dero hohem Hause zu schwer fallen." [4]

Auf die wiederholten Aufforderungen des Herzogs Christian und Tillys erwiederten die Herzöge, am 20. Januar: sie könnten dem Rathe des Lossagens von Christian IV. nicht folgen. Sie hätten es schon einmal versucht; aber die Folge sei gewesen stärkeres Einrücken dänischer Truppen. Nur durch Tractate könne geholfen werden, und sie bitten bald damit anzufangen. [5]

[1] Kriegsacten F. 72. [2] A. a. O. [3] Frank XIII, 17.
[4] Kriegsacten F. 72. [5] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Aber auch die Ritterschaft ihrerseits ließ nicht ab in die Herzöge zu dringen. Die Verordneten des großen Ausschusses derselben überreichten, am 1. Februar, eine Abschrift der Mahnungen Tillys an sie, mit dem Ausdrucke der Hoffnung: die Herzöge würden sich also bezeigen, wie dies hernächst vor dem Angesichte Gottes und vor der Kaiserlichen Majestät wolle zu verantworten sein.[1]

Auf die abermalige Ablehnung der Herzöge, kaiserliche Truppen ins Land zu nehmen, erließen der Herzog Christian und Tilly eine scharfe Antwort, am 7. Februar. „Die kaiserliche Commission für uns, sagen sie, ist nicht auf gütliche Tractaten und Kreis-Convente gerichtet, sondern lediglich auf die Mahnung an die Fürsten und Stände des niedersächsischen Kreises, daß sie den schuldigen Respect und Treue nicht bloß in Worten, sondern auch in Werken erweisen. Dies ist nicht möglich ohne die Trennung von Christian IV. EE. LL. und FF. GG. mögen bedenken, welches Unheil für das Herzogthum Braunschweig daraus erwachsen ist, daß die dänischen Besatzungen mit Gewalt hinausgeschafft werden müssen. Es steht bei Ihnen, von Mecklenburg ein ähnliches großes Unheil abzuwenden."

„Wenn aber nicht, so werde ich, Graf von Tilly, vermöge kaiserlichen Befehles das königlich dänische Kriegsvolk als der K. M. offenbare Feinde mit feindlicher Macht und Gewalt in Dero Lande verfolgen. Ob dies EE. LL. und FF. GG. und Deroselben Land und Leuten erträglicher sein werde, als wenn Sie dieselbe mit gutem Willen aufnehmen — das stellen wir Ihnen zu bedenken anheim."[2]

Die Herzöge beharrten dabei, von dem Dänenkönige, der mit Macht in ihrem Lande stehe, sich nicht trennen zu können.

Christian IV. selber indessen lehnte Vorschläge einer Friedenshandlung nicht unbedingt ab. Er antwortete, aus Stade, am 6./16. December 1626, der Infantin: er sei nicht abgeneigt, einen Gesandten nach Brüssel zu schicken, verlange aber erst Bestimmteres zu wissen.[3]

Die Hoffnung mit Christian IV. zum Frieden zu gelangen, stützte sich zu nicht geringem Theile auf den kundbaren Zustand der Dinge in England, wo der König Carl I. nicht bloß nicht im Stande war, dem dänischen Oheim die versprochenen Subsidien zu zahlen, sondern auch selber neuen Verwickelungen nach außen entgegen ging. Er hatte durch die Heirath mit der französischen Prinzessin Henriette Marie nicht erlangt,

[1] A. a. O. [2] A. a. O. [3] Kriegsacten F. 71.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

was er gewünscht: Ludwig XIII. war dem Haager Bündnisse, im December 1625, nicht beigetreten. Der Cardinal Richelieu machte gegen diese englische Forderung geltend, daß in solchem Falle die deutsche Liga sich mit Spanien zum Bunde geeinigt haben würde.[1] Eine solche Einigung stand dem politischen Trachten des französischen Ministers, welcher die Liga nicht bloß von Spanien abhalten, sondern auch von dem Kaiser losreißen wollte, direct entgegen. Der Abschlag war für Carl I. eine herbe Täuschung. Denn wie in den Jahren zuvor sein Vater Jacob I. an die Aussicht auf die spanische Heirath alle seine Hoffnung auf die Herstellung der Pfalz geknüpft: so hatte Carl I. seine französische Heirath geschlossen in der Erwartung der offenen Mithülfe Frankreichs für den Wiedergewinn der Pfalz. Er hatte dafür zu Gunsten der Katholiken in England die lästigen Bedingungen auf sich genommen, derenwegen die Anglicaner wie die Puritaner daheim ihm grollten. Er suchte die Popularität wieder zu erlangen durch das Nicht-Halten seiner Versprechungen, durch Begünstigung der Hugenotten in Frankreich. Das Verhältnis von England und Frankreich spannte sich. Gegen das Ende des Jahres 1626 war man auf Krieg gefaßt.[2]

Ein kundiger Beobachter der englischen Angelegenheiten sprach damals in London seine Ansicht aus: diejenigen, die in England das Steuerruder in Händen haben, also Buckingham und seine Diener, würden nicht ungern sehen, wenn Christian IV. seinen Frieden machte. Denn dann bräche er zuerst den Allianz-Vertrag vom December 1625 und entbände dadurch den König Carl I. von der sehr lästigen Pflicht der Zahlung der schweren Rückstände.[3]

Christian IV. selber war schwankend. Am 18. December meldet Tilly aus Rethem an der Aller dem Kaiser, daß der Graf Anton Günther von Oldenburg im Namen Christians IV. Anerbietungen mache. Zwar seien die Forderungen hoch: besser jedoch sei es anzufangen.[4] Einige Tage später, am 26., vernimmt Tilly, daß die Gegner auf einen allgemeinen Aufstand im Reiche speculieren: demnach sei geringe Aussicht auf Frieden.[5] Dennoch entwickelt er dann wieder dem kaiserlichen Gesandten Walmerode seine Ansicht bestimmter dahin, daß er von der spanischen Unterhandlung mit Christian IV. nicht viel erwarte. Die

[1] Mémoires III, 211. [2] Gardiner II, 107.
[3] Rusdorf, mémoires I, 793. Vom 21./31. December 1626.
[4] Friedensacten F. 6 b. [5] Kriegsacten F. 71.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Spanier seien langsam, der Dänenkönig von Natur durchaus veränderlich. „Wenn ihm das Glück in etwas zuwider, so ist er friedensbegierig und möchte die Waffen niederlegen. Sobald dagegen ein günstiger Luftzug ihm zuweht, ist er wieder ganz muthig und überhebt sich. Solcher Veränderungen gibt es bei ihm gar zu viele. Deshalb muß man trachten abzuschneiden. Denn die zwei Heere des Kaisers und der Liga sind bereits sehr nothleidend. Ziehen die Verhandlungen sich lange hin, so könnte der König eine Gelegenheit wahrnehmen, seine Meinung ändern und den Krieg fortsetzen wollen. Auch werden die Spanier und die Infantin das eigene Interesse nicht vergessen, werden auch andere Sachen mit einmengen, durch welche Frankreich, England, die Generalstaaten mit herein gezogen werden. Dies Alles hat jetzt, bei dem directen Antrage, nicht statt. Christian IV. ist beängstigt, furchtsam durch Misgeschick, ermangelt des Fußvolkes. Deshalb wäre diese Gelegenheit zu nutzen, in aller Enge und Stille durch Anton Günther zu unterhandeln." — „Aber dazu, schloß Tilly seine Rede, bedarf ich einer Special-Vollmacht vom Kaiser."[1]

Ferdinand II. war über die Meldung und das Erbieten hoch erfreut. „Aus welchem Allem, antwortet er an Tilly, Deine für das Heil und die Wohlfahrt des gemeinen Wesens tragende Sorgfalt und Vorsicht, zuförderst auch das erscheint, daß Du nicht allein unsere Feinde im Kriege zu überwinden, sondern auch den finem belli, nämlich den theueren Frieden einstens wieder zu erwerben, in alle Wege Dir angelegen sein lässest."[2] Zugleich erfolgte die Vollmacht.

In denselben Tagen erwies sich, wie richtig das Urtheil Tillys über Christian IV. war. Im Januar 1627 schickte er alle zum Frieden neigenden Räthe aus seiner Umgebung heim. Es verblieben bei ihm in Stade außer einigen Dänen und Holsteinern, sämmtlich der Reichssachen unkundig, namentlich die zwei Persönlichkeiten, deren er sich zwei Jahre zuvor hauptsächlich bedient, um seinen unglücklichen Neffen Friedrich Ulrich von Braunschweig zu umgarnen und für sich dienstbar zu machen, Elz und Rautenberg. Christian IV. ließ damals sich verlauten: er könne ohne die Gesandten der Generalstaaten, Carls I. und Gustav Adolfs nichts vornehmen.[3]

[1] Friedensacten F. 7.
[2] A. a. O. Vom 15. und 20. Januar 1627.
[3] A. a. O. Walmerodes Berichte vom 11. und 22. Januar.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Zugleich jedoch hatte der Kaiser dem Grafen Anton Günther von Oldenburg direct den Auftrag gegeben, zu Christian IV. vom Frieden zu reden. Anton Günther begab sich nach Stade. Dort fand er als den ersten Berather Christians IV. jenen Herrn von Elz, den der König zu seinem deutschen Kanzler ernannt hatte. Christian IV. antwortete dem fragenden Anton Günther: es seien Verhandlungen vor mit der Infantin in Brüssel und mit dem Kurfürsten Johann Georg; jedoch könne er leiden, daß Anton Günther auch mit Tilly verhandele. Darauf begab sich Anton Günther zu Tilly, der sich in Alfeld an der Leine befand, am 30. März.[1]

Die Unterredung der beiden gerieth sehr bald an eine Klippe. Anton Günther verlangte, bevor er die Bedingungen des Königs vorlege, die Mittheilung der Vollmacht des Generals. Tilly lehnte ab. Er sei bereit, sie dem Grafen Anton Günther selber als getreuem Reichsstande vorzulegen, nicht dem Könige. Darüber kam man nicht hinweg. — Aus der Umgebung Anton Günthers äußerte sich sein vertrauter Rath Riedisen zu dem Obersten Ruepp: so lange man nicht den Dänenkönig von den Generalstaaten, von England, von Frankreich, von Bethlen Gabor zu trennen wisse, werde mit ihm gar kein Friede, viel weniger ein beständiger zu schließen sein.

Tilly dagegen redete mit Nachdruck zu Anton Günther: „Die Uranstifter alles Unheils im Reiche sind die Generalstaaten, denen zur Beförderung ihrer Rebellion nur mit Unruhe im Reiche gedient ist. Sie haben die Union, den Pfalzgrafen, die böhmischen Stände angehetzt, und dadurch sie alle ins Unheil gebracht. Will der König sich nicht von ihnen absondern und besseren Rath annehmen, so hat er nichts Anderes zu erwarten als eben desgleichen oder Schlimmeres."

Diese Rede fiel in Gegenwart Walmerodes. Auf dessen Fragen nachher ließ sich Tilly noch weiter heraus. „Ich meines Ortes, sagte er, halte es für unmöglich, daß, wenn auch jetzt ein Friede mit Dänemark geschlossen wird, wie immer er wolle, man sich auf denselben verlassen dürfe, so lange nicht den Generalstaaten ein starkes Gebiß eingelegt und nicht wenigstens, was, meines Erachtens, leicht ins Werk zu setzen, sie von des Reiches Boden abgetrieben werden. Denn es ist allbereits handgreiflich zu spüren, daß die Generalstaaten, selbst wenn ein Friede mit Dänemark erfolgt, dann den König von Schweden zu neuem Aufruhre

[1] Kriegsacten F. 73.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und Empörung gegen den Kaiser anreizen werden, nur damit das Reich in sich niemals zum Frieden komme."

Walmerode berichtete dem Kaiser diese Rede Tillys. Es lag daraus noch klarer als vorher vor Augen, daß der General der Liga mit der politischen Grundansicht seiner Kriegsherren, mit den Generalstaaten nicht zu brechen, nicht einverstanden war. Die bei jedem Anlasse sich regende Furcht der Holländer, daß ein solcher Bruch erfolgen könne, spricht für die Ansicht Tillys als die richtige.

Auch seine Meinung, daß es nicht schwer sein werde, die Truppen der Generalstaaten von des Reiches Boden abzutreiben, erhielt damals Bestätigung wenigstens in Betreff der Stadt Emden. Die Bürgerschaft derselben verhielt sich auflehnend gegen die staatische Besatzung. „Es wäre damals, meint der holländische Zeitgenosse Aitzema, wenn kaiserliche oder spanische Truppen oder die Nachbarfürsten der Bürgerschaft die Hand geboten, sehr leicht gewesen, die staatische Besatzung auszutreiben."[1] Der Besitz der Stadt Emden war ja, bei ihrer damals so günstigen Lage, seit Jahrzehnten in Brüssel, in Madrid, in Wien, ein sehr erstrebenswerthes Ziel. Aber die Generalstaaten kamen zuvor und warfen noch 1250 Mann hinein.

Die weiteren Unterredungen zwischen Tilly und Anton Günther verliefen fruchtlos. Nur eine besondere Thatsache ward dadurch nach Wien hin offenkundig. Auf eine Anfrage Walmerodes über den Pfalzgrafen Friedrich ließ Anton Günther sich vermerken, daß Christian IV. nicht im geringsten darauf bedacht sei, sich der Händel desselben anzunehmen.[2] — Es ist dabei festzuhalten, daß Christian IV. den geheimen Artikel der Haager Allianz, vom December 1625, der nach der Meinung Carls I. den eigentlichen Kern enthalten sollte, nicht mit bestätigt hatte.

Eben so geringen Erfolg wie die Unterredungen des Grafen Anton Günther mit Tilly, hatten die Correspondenzen Christians IV. mit der Infantin und mit dem Kurfürsten Johann Georg. Die Kriegesneigung behielt bei dem Könige die Oberhand.

Im April 1627 fiel in die Hände der Spanier ein Bote des Dänenkönigs mit Instructionen für seinen Agenten in Venedig. Der König erging sich dort in hochfahrenden Worten.[3] „Bisher, sagt er, haben wir uns auf die Vertheidigung beschränkt: von nun an werden

[1] Aitzema II, 230. [2] A. a. O. Vom 1. April.
[3] Villermont, Tilly I, 398.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wir angreifen." „Es ist wahr, fügt er hinzu, daß unsere Gegner durch Vermittelung verschiedener Fürsten und Herren, namentlich durch die Infantin, durch den Kurfürsten zu Sachsen zahlreiche Schritte gethan haben, um uns zur Niederlegung der Waffen, zur Annahme eines ehrenvollen Friedens zu bewegen. Ja sie haben uns sogar schöne Bedingungen angeboten. Allein wir würden vor der Nachwelt, vor der Krone Frankreich und der Republik Venedig einen Friedensschluß nicht haben verantworten können. Deshalb haben wir uns fest entschlossen den Krieg fortzusetzen."

Minder hochfahrend schrieb Christian IV. an seinen Neffen von England, am 19. April.[1] Er sprach seinen Dank aus für die Sendung der gleich nach Lutter ihm versprochenen Truppen unter dem Schotten Morgan. Wenn er jedoch nicht bald noch mehr Truppen erhalte, so sehe er einen ungünstigen Feldzug voraus. „Und wir haben Gott zu bitten, fährt er fort, daß nicht noch Schwereres über uns verhängt werde. Dabei aber werden E. L. eingedenk sein, daß wir durch keines Anderen als Euer. L. Rath bewogen sind, diesen Krieg auf uns zu nehmen, und doch bisher durch keine Hülfe unterstützt allein ihn geführt haben, mit unermeßlichen Kosten, mit schwerer Mühsal, mit beständiger Sorge und Kümmernis. Darum bitten wir E. L. dringend um Hülfe an Menschen und Geld. Dies um so mehr, weil die uns übermittelten Edelsteine, wie sie in Friedenszeiten über alle Schätzung hinausgehen, in dieser drückenden Noth der Kriegeszeit weder einen Käufer, noch Credit finden."

Die zwei Briefe geben Zeugnis über Christians Behauptung vom Religionskriege.

Im Übrigen mochte sein Schreiben an Carl I. von England der Wahrheit näher kommen als dasjenige an Venedig. Auch die Anklagen waren von seinem Standpuncte aus berechtigt. Einige Monate früher hatte man in England dem Botschafter Bassompierre vorgehalten, daß Frankreich den Dänenkönig nicht bezahle. Jener erwiederte: „Ihr klagt uns mit Unrecht an, daß wir nicht zahlen, wo wir nicht schuldig sind: Ihr aber schuldet dem Dänenkönig bereits zwei Millionen Reichsthaler."[2] — Die Edelsteine, von denen jener Brief spricht, waren ein Hosenband-Orden, der auf 700,000 Thaler geschätzt wurde, und auf welchen Christian IV. nicht 160,000 Thaler geliehen erhalten konnte.[3]

Ungleich sicherer mit ihren Zahlungen waren wie immer die Generalstaaten. Ihnen ja war, wie Tilly sagte, vor Allem daran gelegen, daß

[1] Abschrift in Kriegsacten F. 73. [2] Aitzema II, 195. [3] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

das Reich in sich nicht zum Frieden komme. Sie stellten dem Könige für den Monat Juni drei volle Monate Subsidien in Aussicht.[1] Die regelmäßigen Beträge zu zahlen, ward ihnen um so leichter, weil sie dieselben von der Signoria in Venedig zurück erhielten.[2] — Frankreich zahlte dem Dänen eine halbe Million Livres.[3]

Ferner hoffte Christian IV., wie im Jahre zuvor, auf das Entgegenkommen des Bethlen Gabor nach Schlesien, wo in einigen Städten Mansfeld und Johann Ernst Besatzungen zurück gelassen hatten. Um Bethlen anzutreiben, begab der flüchtige Markgraf Christian Wilhelm, zuvor Administrator von Magdeburg, sich nach dem Haag, bat dort um ein Schiff nach Calais, um über Frankreich und Italien nach Siebenbürgen zu gelangen. Die Holländer, die bereits besser als Christian IV. wissen mochten, wie es um Bethlen stand, hatten schon vorher Subsidien für diesen abgeschlagen.[4] Das Schiff gewährten sie. Christian Wilhelm, ausgerüstet mit den Empfehlungen der Könige von Dänemark, England, Frankreich, so wie der Republik Venedig und anderer Mächte,[5] trat die Reise an, nicht erwägend, daß ihm dasjenige Requisit fehlte, welches allein bei Bethlen einen Werth hatte: baares Geld oder sichere Wechsel.

In ähnlicher Weise erschien im Haag bittend der Markgraf von Baden-Durlach. Er hatte im Hasse gegen den Kaiser, der ihm auch nach seiner Rebellion noch wohl gewollt, viele Länder Europas durchirrt. Er trug einer Commission, welche die Generalstaaten zu ihm gesandt, seine Wünsche vor: Geld zur Anwerbung eines Truppencorps für den dänischen Kriegsdienst, und ein Schiff zur Überfahrt. Der letzteren Bitte willfahrten die Hochmögenden.[6]

Ferner kam dahin die Brandfackel des böhmischen Aufruhrs, Heinrich Matthias Graf von Thurn, bis dahin General im Dienste der Republik Venedig, mit welchem das pfälzische Ehepaar in ständiger Correspondenz verblieben war. Auch dem Grafen Thurn galt, wie jenen zwei, der Haß gegen den Kaiser für eine Befähigung, die auch er dem Dienste des Dänenkönigs widmen wollte.

Im Lager Tillys ward zu Ende März die dänische Macht auf 16,000 Mann zu Fuß und 6 bis 8000 Pferde geschätzt. Seit Wochen schon drängte damals Tilly direct und durch Walmerode auf den Anschluß der in Niedersachsen liegenden kaiserlichen Truppen an ihn, um etwas Nachdrückliches zu unternehmen. Er hatte auf diesen Anschluß noch sehr

[1] A. a. O. 253. [2] A. a. O. 363. [3] Hurter IX, 512.
[4] Aitzema II, 253. [5] A. a. O. 254. [6] A. a. O 253.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

lange zu warten. Zunächst tritt daher an uns heran die Frage nach dem Verhalten Tillys und seiner Armee in ihren Quartieren.

8. Verhalten Tillys und seiner Armee in ihren Quartieren, 1626 und 1627.

Im Laufe des Jahres 1626 war es dem General Tilly gelungen, die große Mehrheit der Bevölkerung in den Fürstenthümern Wolfenbüttel und Calenberg durch die That zu überzeugen, daß er nicht als ihr Feind, sondern als ihr Freund und Beschützer gegen den Dänenkönig gekommen war. Ungleich leichter war ihm dies im Fürstenthume Lüneburg, welches er, von dem Herzoge Christian in Celle gegen den abermaligen Einbruch des Dänenkönigs zur Hülfe gerufen, im December 1626 betrat. Denn vor allen Dingen war an die Lüneburger, gemäß dem Verhalten ihres eigenen Herzogs, der Wahn des Religionskrieges nicht herangetreten. Bevor Tilly einrückte, schickte er, am 17. December, eine Proclamation voraus, die klar verkündet, wie er es gehalten haben wolle. Sie lautet wie folgt.[1]

„Wir Johann Graf von Tilly urkunden und bekennen kraft dieses, daß als wir aus hochdringender Noth, zumal aber zu mehrer Versicherung der eingenommenen Örter und Pässe an dem Weserstrom, der besseren Verfolgung der dänischen Armee, auch Defendierung des hochw., durchl. und hochgeb. Fürsten und Herrn Hrn. Christian, erw. Bischofs des Stiftes Minden u. s. w., als eines recht getreuen, aufrichtigen und devoten Fürsten des Reiches, Land, Leute und Unterthanen, und schleuniger Wiederbringung des edlen theuren Friedens, in hochged. Sr. Fürstl. Gn. Ämter und Vogteien eine Anzahl zu Roß und Fuß verlegen müssen: wir dahin äußersten Fleißes bedacht sein wollen, daß mehr hocherw. Herzogs Christian zu Br. und L. Land und Unterthanen beschützt, vertheidigt und vor allen feindlichen Einfällen gesichert sein und bleiben, insonderheit aber alles also angestellet werden solle, daß es S. F. Gn. und den Unterthanen erträglich, sie bei ihren Häusern und Gütern verbleiben, davon mit Gewalt, Schlägen und anderen ungeziemenden Mitteln nicht verjagt, die Kirchen, Pastöre, Schuldiener, Küster und andere geistliche Personen, wie denn auch die Vögte, mit keinem Kriegsvolke belegt, und zusammt den Mühlen unbenommen bleiben, zuvörderst aber der Gottesdienst, und was dem mit Besuchung der Kranken, Taufung der

[1] Celler Briefarchiv. Das Actenstück vollständig als Nr. XXX S. 541 der ersten Ausgabe.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kinder, und sonsten anhängig, unbehindert verrichtet, den Leuten an allen Enden die Pferde und Ochsen zu den Holz- und anderen Fuhren, wie auch Handdiensten, Bestellung der Äcker, auch das Vieh, ohne welches die Äcker in Stand nicht erhalten werden können, und sonst dasjenige, es sei was es wolle, gelassen, und mit Feuersbrunst kein Schade zugefügt, und alles also geordnet und verrichtet werden solle, daß allenthalben guter Wille und Freundschaft gehalten werden möge. Wie wir denn, daß diesem allem also wirklich und unnachlässig so viel möglich gelebt werden solle, in allem und jedem Quartier dieses alles ausblasen lassen, und vermittelst unterschiedlicher Abdrücke und Copeyen, dem gleich diesem unserem Originale vollkommener Glauben beigemessen werden soll, den Obersten, Befehlshabern, gemeinen Reitern und Soldaten mit höchstem Fleiße in Acht zu nehmen, bei Vermeidung Leibes- und Lebensstrafe, befehlen wollen. Alles getreulich und ohne Gefährde. Geben unter unserer Handschrift und aufgedrücktem Sekret.

Den 17. December 1626. (Siegel.)

Johann grave von Tilly."

Dann kam es auf den Unterhalt der Truppen an. Dabei ist vor allen Dingen hervorzuheben, daß Tilly nicht nach eigenem Willen verfügte, sondern nach Vereinbarung mit der Landesobrigkeit, und daß er ihr und ihren Organen das Einziehen der Gelder überließ. Ein Beispiel beleuchtet das ganze Verfahren.[1]

Die Kosten der Einquartierung von zwei Compagnien Kroaten und einer Compagnie in Winsen an der Luhe und den nächst liegenden Ämtern, zusammen sieben, betrugen, „gemäß der Ordinanz Sr. Fürstlichen Gnaden," also des Landesherrn Christian, monatlich für die Reiter 3333 Thaler, für die Anderen 1446 Thaler, zusammen 4779. Die Einsammlung dieser Gelder geschah monatlich durch die Beamten, welche sie dem Abte des Klosters St. Michael in Lüneburg einlieferten. Dazu erließ der Herzog Christian die weitere Verfügung: „Jedoch soll ein jeder der Beamten bei der Einlieferung der Gelder ein besonderes Verzeichnis dessen übergeben, was der eine oder der andere der Officiere, Reiter oder Soldaten in den Ämtern für sich und ihre Pferde verzehrt, weggenommen oder sonst Schaden gethan hat. Dieser Betrag soll von den Herren Commissarien bei der Auszahlung zurück behalten und den

[1] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Leuten, denen es gebührt, eingehändigt werden. Und sollen sowohl die Herren Commissarien als Beamte gute Achtung darauf geben, auch geben lassen, daß Officiere, Reiter und Soldaten mit diesem Solde content seien, die Unterthanen darüber mit Forderungen von Geld, von Darreichung Proviants oder anderer Sachen gar nicht beschweren, auch in Sr. F. G. Land in andere Ämter nicht auslaufen, die Straßen unsicher machen, oder andere Gewalt gegen Männer oder Frauen verüben, sondern jedes Mal ihnen vorhalten davon abzustehen, sie ernstlich erinnern, und wenn sie darin keine Folge finden, die Sache mit den Umständen an S. F. G. gelangen lassen. Endlich sollen die Commissarien, mit Vorwissen und Belieben der Kriegsofficiere, bestimmte Marketender verordnen, die ihnen, auch den gemeinen Reitern und Soldaten, was zu ihrem Unterhalte nöthig, um billige baare Bezahlung aus der Stadt Lüneburg in ihre Quartiere zuführen, also daß Sr. F. Gn. oder deren Beamten deswegen kein Aufschlag gemacht werde. So am 29. December 1626."

Alles dies entsprach den eigenen Verordnungen Tillys. Indem er einschärft, daß der Werth alles dessen, was über die Ordinanz hinaus von Officieren oder Soldaten genommen, ihnen in Abzug gebracht werden solle, fügt er hinzu: „Dabei Ihr Euch mit nichten einbilden sollet, ob Ihr gleich diesem unserem Befehle, wie vorher mehrmals zu unserem Misfallen geschehen, nicht gehorsamlich nachkommen würdet, wir alsdann mit angezeigter Strafe wider Euch zu verfahren unterlassen werden. Denn wir wollen nicht allein solche unziemliche und unverantwortliche grobe Exorbitantien und beschehene vielfältige Exactiones an dem gewöhnlichen Solde hiernächst abziehen, sondern auch die Übertreter an Leib und Gütern ernstlich bestrafen lassen." [1]

In entsprechender Weise macht Tilly die Commandanten jedes Ortes verantwortlich für den etwa angerichteten Schaden. In einem Tagesbefehl, datiert zu Peine am 17. März 1627, heißt es: „Da aber einer oder anderer hierüber betreten würde, wollen wir nicht allein den- oder dieselben zu vorangedeuteter Strafe (Leibes und Lebens) exemplariter ziehen lassen, sondern es sollen auch die Commandanten jedes Ortes, daß sie dies unser Protectorium der schuldigen Gebühr nach nicht in Acht genommen, nach Inhalt der Reichsconstitutionen einem jeden Beschädigten seinen Schaden, ohne alle Einrede, zu erstatten schuldig sein. Wonach sich ein Jeder zu richten und vor Schaden zu hüten wissen wird." [2]

[1] Abvenbillier X, 1599. Vom 5. Februar 1627. [2] Calenberg.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Daß dennoch Übergriffe Tillyscher Truppen nicht unterblieben, ist bei dem Charakter des Söldnerthumes jener Tage leicht vorauszusetzen. Eben damals führte die Stadt Nürnberg schwere Klagen über das Walten des ligistischen Obersten Schönberg auf ihrem Gebiete. Der Kaiser schickte diese Klagen an Tilly ein.[1] Wo jedoch dieser selber weilte, da gab er seinen Proclamationen Nachdruck durch sein eigenes Beispiel. Eines Tages verübte ein Haufe seiner Reiter in Fallersleben Gewalt.[2] Die Bewohner setzten sich zur Wehr, schlugen den Haufen hinaus und behielten vier derselben gefangen. Es waren zwei Deutsche und zwei Franzosen. Am Tage hernach kam Tilly dahin, erfuhr, was vorgefallen war, und ließ alle vier aufhängen. Kaum war das geschehen, als man in der Ferne wieder den Reiterhaufen sich nähern sah. Es mochte diesen leid thun ihre Kameraden bei dem gemeinschaftlichen Unternehmen den Bürgern zur Beute gelassen zu haben: sie wollten dieselben holen. Von der Ankunft des Feldherrn wußten sie nichts. Eben diese aber gedachten die Bürger für sich zu benützen. Plötzlich ertönt die Sturmglocke. Tilly aufgeschreckt, eilt hervor und jagt selbst als der Vorderste der Reiterschaar nach, die mit Entsetzen den Feldherrn erkennend nach allen Richtungen auseinander stiebt. Zwei wurden gefaßt. Auch sie sollten hängen; aber die Bürger selbst, die auf eine so nachdrückliche Weise ihrer Dränger losgeworden waren, legten nun ein Fürwort für sie ein. Tilly willfahrte der Bitte.

Bei solchem Verfahren mochte Tilly persönlich ein Recht haben, an den Herzog Christian zu Celle nach einigen Wochen im Januar 1627 zu schreiben: „Ich hoffe, Ew. Fürstlichen Gnaden und die Ihrigen werden nunmehr zum Öfteren durch die That verspürt haben, daß ich es an nothwendiger Kriegsdisciplin und Ordnung nicht ermangeln lasse. Also will ich auch fernerhin verfahren, daß hoffentlich daran nichts fehlen soll, wenn nur auch die Einwohner den Soldaten das Nothwendige liefern wollen.“[3]

Die Kriegszucht im Heere Tillys ward ferner wesentlich erleichtert durch die Befugnisse, welche der Feldherr den Landesobrigkeiten über die Soldaten gestattete. Andere Generale und die kriegführenden Mächte selbst weigerten sich jedes Zugeständnisses an die Obrigkeiten über die Söldner. Die Holländer namentlich waren darin sehr eifersüchtig auf

[1] Kriegsacten F. 72. Vom 18. Januar 1627. [2] Celler Briefarchiv.
[3] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ihre Gewalt.[1] Der Kurfürst von Köln führte 1627 im Haag schwere Klage, daß man die Soldaten aus den Grenzstädten auslaufen lasse. „Sie plündern, rauben, knebeln und ranzionieren von Tage zu Tage mehr. Das nimmt in einer Weise zu, daß kein Handel, noch Wandel mehr möglich. Weder Edelmann, noch Bauer kann die Wege gebrauchen, ja Niemand ist auf dem platten Lande seines eigenen Hauses oder Bettes sicher. Wenn ferner kleine Haufen zu diesem oder jenem Zwecke ausgeschickt werden gegen die Feinde: so suchen sie nicht diese, sondern mit Anschluß des Gesindels von allen Orten her ziehen sie von Dorf zu Dorf und unter dem Vorwande von Futter und Mahl erpressen sie, was sie finden. Flüchten die armen Leute in die Kirche: so haben sie auch da keinen Schutz. Oft auch lodern die Häuser in Flammen auf." Die Klagen des armen Kurfürsten bewirkten im Haag die Erneuerung derselben Vorschriften, die sich eben als unwirksam erwiesen hatten. Der Kurfürst wagte es sich selber helfen zu wollen. Es wies nämlich seine Unterthanen an sich zu vertheidigen, die Zugänge zu schließen, mit Glockenklang die Nachbarn aufzubieten, und im Nothfalle kaiserliche Truppen zu Hülfe zu rufen.[2] Diese Verordnungen waren allgemein, gegen alles streifende Kriegsvolk überhaupt, gegen spanisches nicht minder als gegen holländisches. Der Kurfürst ließ dies im Haag vorstellen. Die Hochmögenden entgegneten: sie wüßten das besser, es seien ihre Truppen damit gemeint. Das seien Neuerungen, die sie nicht dulden würden.

Anders verfuhr Tilly. Er verlieh den Ortsobrigkeiten die ausdrückliche Ermächtigung, die Soldaten, welche nach dem üblichen Ausdrucke jener Zeit sich auf das Auslaufen verlegten, zu verhaften und an das Regiment abzuliefern. Auf die Klage über einen Unfug, den mehrere Compagnien zusammen verübt, entgegnete Tilly: es würde ihm lieb und angenehm gewesen sein zu vernehmen, wenn der Herzog Christian die Officiere so lange in Arrest behalten hätte, bis alles erstattet sei. Da dies nicht geschehen, so werde er selbst eine solche Strafe verhängen, daß der Herzog daran erkennen solle, wie sehr ihm die Sache missalle.[3] Ja Tilly gestattete selbst der Behörde des Herzogs Christian Urtheilsspruch und Vollziehung an einem seiner Soldaten. Ein Soldat hatte einen Schafhirten erschossen. Auf den betreffenden Bericht des Herzogs Christian antwortete Tilly, am 4. November 1627: „Ich habe diese unverantwortliche Verübung mit höchstem Misfallen vernommen, und bin dero-

[1] Aitzema II, 674. [2] A. a. O. 757. [3] Celler Briefarchiv.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wegen kraft dieses zufrieden, auf den Fall, daß sich die Sache angegebener Maßen also bewandt befinde, daß wider den verhafteten Thäter an demjenigen Orte, allwo er gefangen gehalten, die heilsame Justiz vollzogen werde, Anderen zum abscheulichen Exempel." [1]

Ein solcher Fall mag in der Geschichte jener Zeit dastehen als völlig unerhört. Der Gedanke an die Möglichkeit einer solchen Befugnis mußte den Localobrigkeiten und dem Landesherrn selbst in den Augen der Soldaten ein ganz anderes Gewicht verleihen, als sie es bei den meisten Heeren jener Zeit haben konnten. Auch ging in dieser Beziehung wiederum Tilly mit seinem Beispiele voran. Nach den Reichsordnungen war die Residenz auch des kleinsten Landesherrn von jeglicher Einquartierung frei. Tilly wagte es niemals ohne besondere Erlaubnis oder Einladung eine solche Residenz zu betreten, und eben so wie er, verfuhren demgemäß auch seine Officiere.

Wir lernen bei einer solchen Gelegenheit den Mann kennen in seiner ganzen liebenswürdigen Bescheidenheit. Auf einer Rundreise beim Heere begriffen, kündigt er dem Amte zu Winsen an der Luhe an, daß er im dortigen herzoglichen Schlosse zu übernachten gedenke. [2] Weder der Amtmann noch der Amtsschreiber sind anwesend, lediglich der Hausvogt des Schlosses. Bestürzt geht der Mann zu den kaiserlichen Officieren im Städtchen und klagt ihnen, daß er ja keine Vollmacht habe, das Schloß einzuräumen. Diese erwiedern ihm: Tilly habe vor seiner Abreise ausdrücklich gesagt, daß er bei seiner Wiederkehr sein Quartier auf dem Hause Winsen nehmen werde. Dann aber habe er sich Gedanken darüber gemacht, es möchte vielleicht dem Herzoge Christian nicht gefallen. Deshalb habe er sofort an den Herzog Christian darüber geschrieben, und von diesem sei die Antwort gekommen: der General möge sich nicht einbilden, daß dem Herzoge das misfallen würde; er möge nach Gefallen allemal sein Quartier auf dem Hause des Herzogs nehmen. Dem armen Vogte bangt nach beiden Seiten. Er hat vom Herzoge keine schriftliche Vollmacht; aber darf er den Officieren Tillys sagen, daß er Mistrauen in ihre Worte setze? Die Ankunft des Feldherrn befreit ihn endlich aus der Sorge. Es ist Tilly selbst, der Geistliche, der ihn immer begleitet, noch zwei andere Personen, und Tillys Kanzlei. Die Zahl der Personen ist wenig gefährlich, und noch weniger die Forderungen für dieselben.

[1] A. a. O. [2] A. a. O. Bericht des Hausvogtes zu Winsen a. L.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Tilly ſpeiſt allein, und zwar Fiſch, Bier und Brot. Die Officiere erhalten Fleiſch und Wein. Am andern Morgen hört Tilly ſeiner Gewohnheit nach die Meſſe. Nach derſelben ſteigt er die Treppe des Schloſſes zu Winſen herab und läßt den Hausvogt rufen. Dieſer erwartet neue Befehle. Statt deſſen ſpricht der Feldherr dem verwunderten Manne ſeinen Dank aus, daß er aufgenommen und ihm Gutes geſchehen ſei. Er wolle dem Herzoge deſſen eingedenk ſein. Alsdann begehrt er das Schloß und den Wall zu beſehen, und der Hausvogt führt ihn umher. Tilly äußert Lob und Tadel über dieſe und jene Einrichtung der Brücken, der Geſchütze. Endlich hat er noch eine beſondere Bitte. Er gehe nun nach Lauenburg, ſagt er, und wiſſe nicht, ob er dort jederzeit Fiſche haben könne. Es ſei deshalb ſein Wunſch, daß man Fiſche nach Lauenburg bringe, wie man es nach Lüneburg thue. Die Überbringer würden nicht allein Schutz und Sicherheit haben, ſondern auch alles der Billigkeit gemäß wohl bezahlt erhalten.

Tilly begnügte ſich nicht, den Wirkungskreis der geſetzlichen Obrigkeiten unverletzt zu erhalten, ſo wie mit ihnen die Anordnungen für die Verpflegung ſeines Heeres zu vereinbaren. Er unterhielt auch ferner beſtändigen Verkehr mit ihnen und zwar lebendigen. Zuerſt war häufig bei ihm der Großvogt Johann Behre, einer der erſten Beamten des Fürſtenthumes. Dieſem hatte der Dänenkönig zur Strafe für ſeine kaiſertreue Geſinnung zwei adelige Häuſer ausplündern, eins davon abbrennen laſſen, mit weiteren Drohungen.[1] Als Behre erkrankte, erbat ſich Tilly an deſſen Stelle den Amtmann Kahrſtett aus Winſen a./L.

Von beſonderer Wichtigkeit iſt Tillys Verhalten zu den deutſchen Städten. Es iſt ein anderes als welches wir bei Wallenſtein gegenüber der Stadt Halle a./S. kennen gelernt haben.

Bereits zum Jahre 1625 haben wir vernommen, daß Tilly zur Sicherung eines etwaigen Rückzuges wünſchte, die Städte Northeim, Göttingen, Münden an der Werra, Münden an der Weſer zu beſetzen. Die drei erſten Städte gehörten zum Lande des Herzogs Friedrich Ulrich, und daher kam deſſen Bruder Chriſtian der Jüngere mit der Beſetzung zuvor. Minden jedoch, damals dem Herzog Chriſtian dem Älteren als Fürſtbiſchof unterthan, erwies ſich willfährig. Überhaupt erwarben ſich

[1] Kriegsacten F. 71. Walmerodes Bericht vom 29. December 1626.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Städte dieser Wesergegend, insbesondere Herford, damals die volle Anerkennung Tillys.[1] — Am 15./25. August schloß Tilly mit der Stadt Minden eine Übereinkunft.[2] Der erste Artikel derselben enthielt: „daß durch diese Besetzung die Stadt Minden und alle ihre Bürger und Einwohner an ihrer Religion und an dem öffentlichen Exercitium ihres Glaubens der ungeänderten A. C., oder auch an ihrer Stadt Freiheiten und Gerechtigkeiten, oder an dem Commercium mit nichten gehindert, beeinträchtigt oder gekränkt, sondern in Allem ungehindert, wie sie dessen jetzo in Besitz, sollen gelassen werden." — Die Stadt dankte ihr eigenes geworbenes Volk von 300 Mann ab, und nahm dafür 300 Tilly'sche Fußknechte auf ihre Kosten ein.

Dann ertheilte Tilly vor dem Kaiser der Stadt Minden ein empfehlendes Lob standhaft bewiesener Treue.[3] „Bürgermeister und Rath der Stadt Minden, schreibt er, haben je und alleweg gegen die kaiserliche Armee vor zwei Jahren, wie Herzog Christian an der Stadt vorüber marschiert und sonst der Enden in der Nachbarschaft Quartier gehabt, besonders auch anjetzo bei der dänischen Armatur sich also allergehorsamst in Einem und Anderem bezeigt, daß gegen J. K. M. sie ihre gehorsamste Standhaftigkeit, Devotion, unerachtet aller widrigen vor Augen schwebenden Gefahren, in der Werkleistung selber haben erscheinen lassen, sintemal gedachter Bürgermeister und Rath und gemeine Bürgerschaft nicht allein die Eröffnung ihrer anbefohlenen Stadt ganz ungezwungen und gutwilligst dem gemeinen nothleidenden Wesen zum Besten, zu der K. M. und des H. R. Reiches Dienst, mit möglichem Vorschub und Herschaffung (von) allerhand Proviant und Kriegsmunition, ohne Entgelt, thätlich zu Werke gerichtet, besonders über das auch eine Zeit hero etliche Compagnien zu Roß und Fuß in gedachter Stadt erhalten und verpflegt haben und theils noch bis Dato selbige verpflegen."

Demnach empfiehlt Tilly dem Kaiser, allen Kurfürsten und Fürsten des Reiches, daß „sie die bezeigten treuen Dienste der Stadt Minden in andere Wege mit allen Hulden vergelten wollen." Speciell wünscht er „die Verleihung eines Zolles auf der Weser unter der Brücke, welche, gestalt ich selbsten gesehen und verspürt, dem H. Reich, den benachbarten Fürstenthümern und Herrschaften und Ländern zu notorischem Besten, die Stadt Minden auf ihre eigene Kosten aus dem Grunde von großen

[1] Vgl. Beilagen XXIV und XXV der ersten Ausgabe.

[2] Eine Art Chronik eines nicht genannten Bürgermeisters von Minden im Celler Briefarchiv. [3] Kriegsacten F. 67.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

steinernen Quaderstücken, mit Verspildung etlicher vieler tausend Reichsthaler, hat lassen erbauen und annoch erhalten." — Ein ähnlich wohlwollendes Zeugnis dürfte in jener schrecklichen Zeit wohl kaum von irgend einem Feldherrn einer deutschen Stadt ausgestellt worden sein.

Die Stadt wußte die gute Gesinnung Tillys für sie auszunutzen. Die anfängliche Contribution betrug 1350 Thaler wöchentlich.[1] „Nach vielem Lamentieren, Winseln und Wehklagen wurde sie herabgesetzt auf 600 Thaler, am 7. October 1626 auf 300 Thaler, am 27. Mai 1628 auf 100 Thaler, und verblieb so bis 1633. Aber das nicht einbegriffene Servisgeld für die hohen Officiere übertraf oft diese Steuer."

Wir haben seiner Zeit aus einer Meldung Tillys an den Kaiser vernommen, daß es anfänglich sein Plan war, sein Winterquartier in Helmstädt zu nehmen, welches er in dem Vertrage mit Friedrich Ulrich von anderer Einquartierung befreit, und daß dann die Wallensteiner diesen Vertrag nicht beachtet hatten. In ähnlichem Sinne beschwerten sich die Professoren der Universität bei dem Kaiser, am 25. October 1626. „Im letzten Winter, sagen sie, haben wir theils wegen der Krankheit, theils wegen der dänischen Besatzung uns nach Braunschweig zurück ziehen müssen. Nachdem nun aber durch Gottes Gnade und den herrlichen Sieg der kaiserlichen Waffen nicht bloß Helmstädt, sondern das ganze Fürstenthum von dänischen Truppen befreit und dem Reiche zurückgegeben ist, war es unsere Absicht heimzukehren. Da müssen wir nun vernehmen, daß der Oberst Aldringer, wir wissen nicht mit welchem Rechte, eine Besatzung in die Stadt gelegt hat. Darum wenden wir uns nicht bloß an Se. Excellenz den Grafen Tilly, sondern haben geglaubt, auch an Ew. K. M. selber unsere Bitte richten zu müssen."[2]

Kurzgefaßt ist also die Sachlage diese: die Professoren haben Helmstädt verlassen wegen der Dänen. Sie sind bereit zur Wiederkehr mit Tilly. Der Vorsatz wird wankend durch die Einquartierung von Wallensteinern.

Am 16. December erließ der Kaiser an Wallenstein die Verfügung, gemäß dem Vertrage zwischen Tilly und Friedrich Ulrich der Stadt Helmstädt die Einquartierung abzunehmen.[3]

Tilly jedoch verlegte sein Quartier dann nicht nach Helmstädt. Nachdem im December 1626 der dänische Einbruch in das Lüneburgische ihn wieder nordwärts gerufen, verweilte er längere Zeit in Peine.

[1] Die genannte Chronik. [2] Kriegsacten F. 71. [3] Friedensacten F. 65.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Im Anblicke der Noth, welche der Krieg über die eine Stadt mehr als über die andere gebracht, suchte er ausgleichend einzuschreiten. Am 29. December schrieb er an Bürgermeister und Rath der Städte Eimbeck und Osterode: „Wir mögen Euch günstiglich nicht bergen, daß die Armuth und die Noth in den zwei Städten Göttingen und Münden sehr überhand nimmt, also daß die kaiserlichen der Orten liegenden Garnisonen ihres leiblichen unentbehrlichen Unterhalts halber sehr merklich gespannt werden, und zu besorgen steht, daß, wenn ihnen nicht von anderen Orten her Hülfe und Beisprung geleistet wird, sie sammt den armen Bürgern endlich in Hunger und Kummer verderben müssen. Wenn nun die christliche Liebe erfordert, in solchen höchst unumgänglichen Nothfällen die Benachbarten, die es wohl vermögen, zur Mithülfe zu ersuchen und anzulangen: So ersuchen wir Euch hiermit günstiglich, Ihr wollet zur Unterhaltung aufs wenigste einer Compagnie Fußvolk nach Göttingen oder Münden contribuieren, und also derselben erschöpften Bürgerei die Last desto erträglicher machen. Solches wollen wir um Euch jederzeit dankbarlich erkennen, und sind hierüber Eurer gewierigen Resolution gewärtig.“ [1]

Es geschah in jenen Tagen häufig, daß Städte oder überhaupt Corporationen, um sich das Wohlwollen mächtiger Persönlichkeiten zu erwerben, ihnen Geschenke entgegen trugen. Die Stände von Calenberg verehrten dem General-Commissär Ruepp eine goldene Kette.[2] Von einem Versuche solcher Art bei Tilly findet sich keine Nachricht. Das einzige Werthgeschenk, welches er, so viel man weiß, jemals von einer Commune angenommen, bestand in tausend Rosenobeln, welche ihm die Stadt Hamburg, ohne irgend welchen äußeren Anlaß, übersandte. Er verwandte sie, wie das Geschenk der Infantin nach Stadtlohn, zu einer kirchlichen Stiftung in Altötting.[3]

Dennoch lehnte Tilly nicht solche Geschenke ab, welche eine Aufmerksamkeit der Geber für ihn bezeugten, ohne ihnen erhebliche Kosten zu machen. Im Frühlinge 1627 verlangte er von der Stadt Hannover eine Lieferung Getreide. Die Stadt schickte der Forderung gemäß 1800 Malter Korn. Aber die Überbringer, unter ihnen der Stadthauptmann Barthold Knauff, dem Tilly eben so wie dem Rathe bei der Austreibung der Dänen, im September 1626, Vertrauen bewiesen, brachten noch ein anderes Geschenk für Tilly selber mit. Sie überreichten

[1] A. a. O. [2] Calenberg. [3] Adlzreitter 265.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ihm einen Vorrath ausgesuchter Äpfel. „Womit, also lautet der Bericht, der General wohl zufrieden war.“ [1]

So gut indessen das Verhältnis zwischen Tilly und der Stadt Hannover, so kam es doch auch hier vor, daß ähnlich wie bei dem Einmarsche der Truppen in das Land Braunschweig, im Sommer 1625, noch im Jahre 1627 ein Versuch zur Aufreizung gegen dieselben gemacht wurde. Es lagen einige Truppen Tillys in der Neustadt vor Hannover. Gegen dieselben und namentlich gegen Tilly persönlich erschien eine heftige Schrift. Der Verdacht fiel auf einen gewissen Barkhausen, früheren Notar, in Hannover. Auf das Begehren des Obersten Albers legte der Rath den Barkhausen in Haft. Dann fragte Albers bei Tilly an, der in Lauenburg weilte, ob der General den Barkhausen ausgeliefert haben wolle. In der Voraussetzung einer Bejahung hatte Albers von dem Rathe bereits die Herausgabe des Barkhausen gefordert. Tilly entgegnete: „Ich begehre seiner Person gar nicht. Allein ich mag leiden, daß der Rath von Hannover, gemäß seinem rechtmäßigen Erbieten gegen den Barkhausen so verfahre, wie es in solchen Fällen Recht und Gesetz mit sich bringen.“ Demgemäß erhoben die Geschworenen (Bürgervorsteher) der Stadt Hannover gegen den ehemaligen Notar Barkhausen die Anklage, daß er den kaiserlichen Feldherrn und das Heer auf heftige und höchst strafbare Weise beleidigt und verleumdet habe. Die Sache schlich langsam vorwärts. Im Januar 1628 entschied die Juristenfacultät zu Helmstädt, daß der Beklagte, der bis dahin sich geweigert, verpflichtet sei, sich auf die Anklage einzulassen. Da endlich ergriff die Frau des Gefangenen, der bereits vierunddreißig Wochen in Haft gesessen, das rechte Mittel. Sie wandte sich an Tilly selbst. Sie bat den Feldherrn, ihren Mann befreien zu lassen. Einige Tage nachher gelangte ein Schreiben Tillys an den Rath der Stadt Hannover: „Da es nicht unser Begehren ist, daß der Angeklagte unseretwegen länger in Haft gehalten werde: so möget Ihr, wenn Ihr wider denselben Anderes nicht habt, unserethalb ihn wohl wieder auf freien Fuß kommen lassen.“ [2]

Ein besonders freundliches Verhältnis waltete ob zwischen Tilly und der Stadt Hameln. Diese hatte im Juli 1625 unter ähnlichen Bedingungen wie Minden an der Weser eine Besatzung gutwillig eingenommen. Dann jedoch hatten einige Bürger einen Anschlag zum Verderben der Truppen gemacht. Die Sache wurde entdeckt. Über die

[1] Redekers Chronik. [2] Hannover.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Schuldigen, die meist entflohen waren, sprach die Juristenfacultät zu Marburg das Todesurtheil. Die Stadt war eifriger für die Verfolgung als Tilly. Aber sie suchte diesem ihre Ergebenheit auch auf andere Weise darzuthun. Als Tilly im Winter 1626/27 zu Peine erkrankte, schickte die Stadt Hameln ihm ein Faß Rheinwein und — eine Mohnsalbe.[1] Die Antwort Tillys auf dies Geschenk möge im Originale hier folgen.

Johann Grave Tserclaes von Tilly, Freiherr u. s. w.

„Unseren Gruß zuvor, Ehrenfeste, Vorsichtige und Wolweise, Liebe Besondere. Aus Euerem Schreiben vom 10./20. dieses haben wir mit danknehmigem Gemüthe verlesen hören, daß unserer jüngsten Leibesunpäßlichkeit halben ein mitleidendes, ob der Herstellung aber ein erfreuendes Gemüth Ihr empfangen und geschöpft, auch aus tragender guter Affection uns mit einem Stücklein rheinischen Weines verehren lassen, sammt dem, was Ihr in den übrigen Puncten mehreres angezeigt und gebeten."

„Mit dem verehrten Wein wäre es nicht von nöthen und hätte wohl unterbleiben können, möchte es Euch auch gerne nachgesehen haben, weil Ihr ja sonsten, wie leicht zu erachten, starke Beschwerden und Bürden ob Euch habt. Allbieweil Ihr aber so gutwillig und es aus Eurer guten Affection hergeflossen, so wollen wir dasselbe zu Dank acceptieren, und einige thunliche Gelegenheit es in andere Wege zu erwiedern, nicht unterlassen.

Die Bitte des Rathes betraf dann die Erleichterung der Kriegeslast. Darauf antwortet Tilly wie folgt: „So wissen wir Euch in diesem Puncte, wie wir wollten, noch zur Zeit nicht an Hand zu gehen, günstig gesinnend, Ihr wollet, in Ansehung der unvermeidlichen Bedrückung anderer Euch benachbarten Örter, Euch noch zur Zeit die Geduld nicht zu leid sein lassen, und dagegen Euch versichert halten, daß wir einiges diensame Mittel und Weg, wodurch Euch mehrers geholfen und unter die Arme gegriffen werden möge, nicht außer Handen lassen, inmaßen Ihr bisher hoffentlich in viele Wege verspürt haben werdet."

Bis hier der Secretär. Dann Tilly eigenhändig:

„Sonsten thun wir uns um die überschickte Mohnsalbe günstig bedanken, und verbleiben Euch in allem Guten geneigt. Datum Moringen, den 27. Martii anno 1627.

Euer gutwilliger

Johann grave von Tilly."

[1] Stadt Hamelnʼsche Acten im Privatbesitze, mir freundlichst mitgetheilt.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Im Beginne des nächsten Jahres erneuerte der Rath von Hameln das Geschenk, diesmal als Dank. Das Begleitschreiben vom 18. Januar 1628 beginnt wie folgt.

„Hochgeborener Graf u. s. w. Nachdem nunmehr der Allerhöchste Gott das neue Jahr in Gnaden beschеert, und wir uns erinnern, daß von Ew. Hochgräflichen Excellenz dieser Stadt im vorigen und nächst vergangenen Jahre viele und hohe Wohlthaten erzeigt und erwiesen, so haben wir in ungefärbter und dankbarer Devotion daher Ursach nehmen sollen, Ewr. Hochgr. Excellenz ein fröhliches, gesundes, glückliches neues Jahr, sammt vielen folgenden von Herzen anzuwünschen, auch in thätlicher Contestation beikommendes Faß guten rheinischen Weines Derosselben unterthänig zu präsentieren, höchsten Fleißes bittend, daß Ew. Hochgräfliche Excellenz solches in Gnaden annehmen und unser gnädiger Herr sein und bleiben wollen." — Es folgt dann abermals die Bitte um die Erleichterung der Kriegeslast. Tilly antwortete, am 7. Februar, daß die Angelegenheit der Quartiere bei den Commissarien des Herzogs stehe, daß er diese als der Landessachen aller Orten am besten kundig damit schalten und walten lasse, und aus sich nicht gern eine Änderung darin vornehme.

Dies ist, neben dem persönlichen Wohlwollen des Feldherrn, die Hauptsache. Die Kriegeslast war unvermeidlich; aber es kam darauf an, wie sie vertheilt wurde. Das Princip der Vertheilung der Last durch die Landesobrigkeiten ward unter allen Kriegeshäuptern nur von Tilly durchgeführt. Folgerecht lasteten daher seine Truppen auf der Bevölkerung immer minder schwer, als diejenigen, deren Führer nach eigenem Ermessen handelten.

Dazu kam, daß Tilly doch immer seinen endlichen Rückhalt an der Bundescasse hatte. Eben damals als er die Städte Eimbeck und Osterode aufforderte, für Göttingen und Münden die schwere Last tragen zu helfen, am 13. Januar, schrieb er aus Peine an Kurmainz, Kurtrier, Würzburg, Bamberg, daß das braunschweigische Land, ausgesogen durch drei Armeen, keine Contribution mehr zahlen könne. Darum müsse er aus der Bundescasse den Sold verlangen, wie verdient. Mit Nachdruck weist er darauf hin: „wie getreu, tapfer, mannhaftig und ritterlich meine ehrlichen Soldaten sich bisher in Schlachten und Belagerungen verhalten."[1]

[1] Friedensacten F. 7.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Aber auch von Seiten dieser Kriegsherren gelangten Klagen an Tilly. Der Kurfürst Maximilian wies auf die Officiere hin, nicht im Tone des Vorwurfes für Tilly, sondern so schonend wie nur immer möglich.[1] Er wisse, sagt der Kurfürst, daß der Feldherr mehr als zu viel mit den Geschäften seiner schwierigen Stellung überhäuft, den Officieren das Vertrauen schenken müsse, daß ein jeglicher sich halte nach seiner Pflicht. Darum hätte der Kurfürst lieber geschwiegen. „Aber alle Übelstände entspringen lediglich aus der Habgier der Officiere. Nicht den Soldaten, sondern jenen kommen alle Vortheile zu gut; in die Beutel der Officiere verlieren sich die reichen Geldsendungen, und der arme Soldat soll fechten, soll sein Leben aufsetzen und dabei Hunger, Noth und Kummer leiden. Es kommt die Bundesstände wunderbar an, daß, wenn ein oder zwei Monate Sold auszutheilen sind, alsdann so viele Soldaten sich finden, und wenn man fechten soll, der Kaiser und die Spanier um Hülfe gebeten werden."

Bei solchen Worten jedoch fühlt der Kurfürst, daß sie, obwohl er es nicht gewollt, mittelbar doch Tilly treffen und ihn kränken müssen. Er wendet deshalb seine Rede. „Ich weiß wohl, fährt er fort, daß Euch als einem so berühmten und der ganzen Welt bekannten General solche Ungelegenheit unlieb ist. Ich weiß, daß Ihr daran unschuldig seid, daß alles nur von Anderen herrührt. Nicht Euch verdenke ich, viel weniger ist das die Absicht meines Schreibens. Ich gebe Euch nur meine Ansicht, wie den Dingen zu helfen, wie die Gefahr, die Ihr befürchtet, abzuwenden sei. Denn auf Euch haben ja ich und die anderen Bundesstände all unser Vertrauen gesetzt: Euch haben wir durch die That all unsere Wohlfahrt, unsere Länder und Leute befohlen. Deswegen nehmt mein Schreiben nicht ungleich auf, denkt nicht, als ob Ihr an den Übelständen schuldig sein sollet. Seid vielmehr gewis, daß ich wie bisher jederzeit, also auch noch und hinfortan Euch hochachte, Euch ehre und liebe, meine ganze Hoffnung auf Euch gründe und nicht zweifle, daß Ihr nicht ablassen werdet von Eurer so löblichen Bahn."

Dennoch mochte der alte Feldherr durch einige Ausdrücke empfindlich berührt sein. Deshalb antwortet ihm der Kurfürst noch einmal mit voller Anerkennung. „Keine Historien, ruft Max aus, werden dasjenige zeigen, was Ihr und diese Armee allein verrichtet habt. Deshalb wird auch Euer Muth, Euer Verstand, Eure Treue, Eure Tapferkeit an allen

[1] Hormayr, Taschenbuch 1844, S. 348, vom 3. Januar 1627.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Orten gepriesen, und Ihr seid darum mit Eurer Armee billig lob- und liebenswerth. Wir kennen ja Eure aufrichtige, getreue, gottselige Weise, Eure Mühe, Eure Arbeit, Euren Fleiß und Eure Sorge."

Anders urtheilten diese Fürsten über Wallenstein.

9. Der Kaiser, die Liga, Tilly, Wallenstein, in den ersten Monaten 1627.

Der Kurfürst Johann Georg hatte auf seine Klagen, vom 22. November, bei dem Kaiser über die eigenmächtigen Einlagerungen der Wallensteiner, bis zum 26. December keine Antwort erhalten. An diesem Tage erneuerte er sie mit starkem Nachdrucke. „Ich stelle, beginnt er, Ewr. K. M. die aus diesen Einquartierungen zu besorgende Gefahr und das große Unheil, das dem ganzen H. R. Reiche daraus entstehen möchte, nochmals vor Augen." [1]

In denselben Tagen, am 29. December, kamen abermals die zwei Kurfürsten von Mainz und Bayern bei dem Kaiser ein „gegen die große Unbilligkeit und den Muthwillen, mit welchem Dero getreue Kurfürsten und Stände unschuldiger Weise vor anderen nicht-katholischen Ständen bedrängt und zu Grunde gerichtet werden, und wie sehr man die Geduld misbraucht, die sie bisher mit solchem Volke allein um des zu Ewr. K. M. tragenden schuldigen Respectes willen erzeigt." [2] Die Kurfürsten heben abermals die gefährliche Consequenz hervor, daß durch die Einlagerung der Wallensteiner den Liga-Fürsten die zur Erhaltung ihres Heeres noch übrigen Mittel benommen werden. „Dadurch wird diese Armada nothwendig dissolviert, und das, was mit so kostbarem langwierigem Unterhalte derselben gewonnen und erhalten worden, wieder verloren. Dem Gegentheil also wird das, was er bisher mit seiner Kriegesmacht nicht erfechten können, eingeräumt. Deshalb bitten wir, Ew. K. M. wollen erwägen, was endlich daraus gleichsam unfehlbar zu besorgen, und wollen also ohne längeren Verzug eine solche ernstliche Remedur vornehmen lassen, daß solches Alles, was jetzt erzählt und zu besorgen ist, noch bei Zeiten verhütet und errettet werde." — Namentlich stellen sie dann anheim, ob es „den unaufhörlich bedrängten armen ganz verderbten Unterthanen so hoch zu verdenken sein werde, wenn sie endlich, nachdem alle andere gesuchte Mittel und Wege nicht ersprießlich, aus hochdringender Noth ihre eigene Vertheidigung wider solche Gewaltthätigkeit in Acht und die hierzu nothwendigen Mittel an die Hand nehmen."

[1] Kriegsacten F. 71. [2] Aretin, Wallenstein. Urk. 2 S. 3.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Unterdessen ließ Wallenstein von Prag aus seine neuen Werbepatente ausgehen. Er wolle, sagt er darin, „größere Werbung anstellen, auch sich möglichst stärken, damit des Kaisers friedfertige Intention manuteniert und der werthe Friede im H. R. Reiche wiederum eingeführt werden möge.“ [1] — Als jedoch die Briefe seines Schwiegervaters Harrach durchblicken ließen, daß in Wien wieder Unzufriedenheit mit ihm aufwuchs, deutete er, am 27. Januar 1627, abermals auf sein äußerstes Mittel hin.[2] „Ich mache keine Präparation, schreibt er, will auch keine machen: das kann mein Herr dem Kaiser und allen Ministern sagen; denn man gibt mir keine Mittel. Bis Dato habe ich von dem Meinigen zugesetzt: hinfüro will ich es nicht thun; denn ich ruiniere mich und die Meinigen damit, hab keinen Dank davon und in der Zeit der Noth habe ich keinen Heller, daß ich mein Weib könnte aus dem Land schicken. In Summa, ich bin verdrossen zu allem, was ich sehe und thue.“

In einem etwas anderen Lichte erscheinen die Grundsätze des Wallensteinischen Handelns in einem Briefe um drei Tage später, ebenfalls an Harrach.[3] Die Stadt Oppeln beschwerte sich über den Obersten Colloredo wegen Erpressung von 500 Rthlrn. Colloredo verneinte die Anklage. Darüber schreibt Wallenstein: „Ich sage aber: gesetzt daß dem also wäre, so finde ich keinen Grund, daß wegen 500 Rthlr., die ein Oberster in J. M. Dienst und angelegenen Geschäften verzehrt, wo er keine Bezahlung empfängt und doch wohl und treulich dient — auf solche Weise gegen ihn sollte procediert werden. Es wäre von nöthen, daß man nicht Alle vor den Kopf stieße. Denn die gute Affection der Officiere ist es einzig und allein, die den Kaiser erhält. Wird die abgekühlt, so weiß ich kein Mittel noch Hülfe.“ — Die Worte sind inhaltsschwer.

Unterdessen gelangte, in Folge jener Klageschrift der zwei Kurfürsten von Mainz und Bayern, an Wallenstein die Aufforderung des Kaisers sich darüber auszusprechen.[4]

„D. L., heißt es, werden zur Genüge sich erinnern, wie vielfältige Klagen und Beschwerden im abgelaufenen Jahre uns zu unserer oft sehr verdrießlichen Behelligung von verschiedenen getreuen Reichsfürsten fast täglich eingereicht sind. Sie betreffen die durch ihre Erzstifte und Länder vorgenommenen schädlichen Durchzüge und Einquartierungen, besonders

[1] Tadra 473. [2] A. a. O. [3] A. a. O. 475.

[4] Aretin, Wallenstein. Urk. 3 S. 4. Das Datum ist, nach Tadra 476, richtiger der 20. Januar. Da das Actenstück gedruckt, so suche ich es lesbarer zu machen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

aber die großen unerschwinglichen Schatzungen und Eintreibungen. Auch haben wir Dr. L. der oft inständig gebetenen Abhülfe halber beweglich zugeschrieben."

„Nun haben wegen dieser unaufhörlichen Bedrängnis und Beschwerung im Namen aller Stände der Liga die Kurfürsten von Mainz und Bayern, wie die beigelegte Abschrift ausweist, sich abermals an uns gewandt. Besonders betreffen ihre Klagen den Herzog Rudolf Maximilian von Sachsen-Lauenburg. Wie diese Klagen von so vornehmen Kurfürsten des Reiches an uns ergehen, so möchten wir es ungern dahin kommen lassen, daß diejenigen, welche bisher ihr äußerstes Vermögen neben ihrem Leben und zeitlicher Wohlfahrt bei uns ganz treulich zugesetzt, in der angedeuteten Weise ohne Unterschied und härter als die Feinde selbst von den Unsrigen verfolgt und in Grund verderbt, oder gar darum, daß sie bei uns Trost und Hülfe suchen, noch weiter bedroht und bedrängt würden. Es wäre dann zu besorgen, daß sie endlich nach allem bisher ausgestandenen Elende und Noth, aus Ungeduld, obwohl wider ihren Willen, zur Desperation und einem ganz gefährlichen Aufstande gezwungen würden. Auch ohne weitläufige Ausführung werden D. L. selbst vernünftig zu ermessen haben, daß bei diesen so beschaffenen Sachen und dem übelen Hausen und Verfahren der so gar undisciplinierten Soldatesca kein Bestand dieses Wesens zu hoffen, sondern vielmehr, wenn man dem Übel nicht bei Zeiten steuerte, das längst besorgte Äußerste ohne allen Zweifel eintreten werde."

Bis hierher entspricht die Begründung den Beschwerden der Kurfürsten. Es folgt die Mahnung an Wallenstein.

„Demnach stellen wir zu Dr. L. hohen Discretion und reifem Nachdenken, wie Sie vermeinen möchten, die Abhülfe und Remedur dieses weit aussehenden Unwesens und des schon fast vor Augen schwebenden Unheils wirksam an die Hand zu nehmen. Ferner befehlen wir gnädigst und begehren, D. L. wollen uns unverzüglich an die Hand geben, was anjetzo alsbald darin zu thun und was wir den Kurfürsten auf ihr bewegliches Ansuchen zuverlässig zu antworten haben. D. L. wollen ferner uns die Mittel angeben, durch welche dieses Ortes den Sachen guter Rath geschafft, und alles zu besorgende Übel verhütet werden möge. Dies Alles durch den Courier."

Das eine Schreiben ist charakteristisch für alle, welche in dieser Angelegenheit die kaiserliche Canzlei an Wallenstein erläßt. Die Vordersätze erkennen die Klagen als thatsächlich begründet und berechtigt an.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Und dann folgt eine Schlußmahnung, die von dem Urheber des unheilvollen Systemes die Mittel zur Abhülfe verlangt, sehr häufig noch mit dem Zusatze, der jede Mahnung durchlöchert: so weit möglich.

Wir haben also mit der dringenden Mahnung des Kaisers die Antwort Wallensteins, vom 2. Februar, zu vergleichen. Sie lautet wie folgt.[1]

„Aus Ewr. K. M. Schreiben vom 20. Januar und der Beilage der Kurfürsten zu Mainz und Bayern, habe ich zur Nothdurft verstanden, was man sich abermals über die übel disciplinierte Soldatesca, besonders über das Volk des Herzogs Rudolf Maximilian zu Sachsen-Lauenburg, so hoch beschwert, und daß Ew. K. M. mein Gutachten begehrt, wie diesem und dem daraus ferner zu besorgenden Unheil ehestens vorgebaut und remediiert werden möchte."

„Hierauf soll Ewr. K. M. ich gehorsamst nicht verhalten, daß ich dem genannten Herzog nicht allein zu unterschiedenen Malen geschrieben, gutes und strenges Regiment über seine Soldatesca zu halten und keinen Muthwillen oder ungebürliche Eintreibungen zu gestatten, sondern daß ich auch J. L. selber bei mir gehabt und sie zu dergleichen und besonders zur Verschonung der Kur- und Fürsten Lande ganz beweglich ermahnt. Es haben mir aber J. L. jederzeit dahin geantwortet, daß Sie dero Volk am wenigsten in der Kur- und Fürsten Lande legen, auch wissentlich dieselben nicht beschweren ließen. Ich will gleichwohl nicht unterlassen, J. L. ferner deswegen zu schreiben und Sie ernstlich dessen zu erinnern, auch ausdrücklich dabei zu vermelden, daß, im Falle J. L. der Erinnerung nicht nach Gebür nachkommen, Ew. K. M. mit wirklicher Bestrafung gegen des Herzogs eigene Person vorgehen werden."

Auf diese ernstliche Erinnerung, wie Wallenstein sagt, für den Lauenburger Herzog beschränkte sich also die Frucht der kaiserlichen Aufforderung. Es war doch ein Minimum. Und noch dazu schloß dies Minimum mittelbar die geringe Rücksicht auf die Kurfürsten in sich, daß Wallenstein durch die einfache Verneinung des Rudolf Maximilian die Klagen, welche die zwei Kurfürsten im Namen der gesammten Liga erhoben, als abgethan behandelt.

Klarer gibt am selben Tage Wallenstein dem Schwiegervater Harrach seine Absicht zu erkennen. „Dies, schreibt er — nämlich die Klagen über Rudolf Maximilian — kommt allein von Bayern her; denn er will nicht, daß der Kaiser mächtig im Reiche ist."[2]

---

[1] Tadra 476. [2] A. a. O. 476.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In Wien verlautete: Wallenstein habe sich geäußert, er wolle es denjenigen, die ihn beim Kaiser angeben, vergelten und „etliche unter ihnen mores lehren.“ [1]

Unterdessen gingen aller Orten die Werbungen Wallensteins fort, zur Verwunderung der Menschen, die einander fragten, gegen wen das gerichtet sein könne.[2] Hatte ja doch das Jahr 1626 eine lange Reihe der Feinde des Kaisers zur Ruhe gebracht. Der tolle Herzog Christian, Mansfeld, Johann Ernst von Weimar waren todt. Bethlen Gabor hatte den Frieden gesucht und erlangt. Von den im fernen Osten bedrängten Türken drohte keine Gefahr. Der Aufstand der Bauern in Ober-Oesterreich war niedergeschlagen. Mit Frankreich war der Kaiser nicht im Kriege. In Niedersachsen war nur noch der Däne in Waffen, aber geschlagen und, wie es längere Zeit hindurch schien, friedenswillig und bedürftig. Warum also neue Werbungen in so weitem Umfange?

Was unzählige Menschen dachten, fand abermals seinen Ausdruck durch die vier katholischen Kurfürsten. Als auf jene Mahnung von Mainz und Bayern an den Kaiser, vom 29. December, wochenlang keine Änderung eintrat, einigten sie sich abermals zu einer nachdrücklichen Vorstellung bei dem Kaiser, unter dem Datum des 6. Februar.[3] „Auf unsere Bitten und Mahnungen, sagen sie darin, haben wir Verschonung mit den friedländischen Werbungen, den starken Einquartierungen und Durchzügen gehofft. Diese Verschonung ist bisher nicht zu erlangen gewesen; vielmehr müssen wir beständig vernehmen, daß der Herzog von Friedland angefangen, neue Werbungen je länger je stärker fortzutreiben, und die Lauf-, Sammel- und Musterplätze im Reiche nach seinem Belieben, wider das Herkommen, auszutheilen. Es geht uns die Kunde zu, daß der Herzog Rudolf Maximilian über sein eigenes Kriegsvolk, das zu harter Beschwerde aller Nachbaren in der Wetterau liegt, noch 2000 Mann für seinen Bruder Franz Albrecht werbe, daß der Graf v. Merode Patente habe auf 10,000 Mann zu Roß und Fuß, daß imgleichen der Oberst Görzenich abermals frische Werbungen anstelle. Nun aber ist es für uns vor Gott und der lieben Nachwelt nicht zu verantworten, unsere unschuldige arme Unterthanen in solchen unerträglichen Lasten länger stecken und ohne Hülfe und Trost zu lassen. Besonders heben wir hervor, daß die friedländischen nicht-katholischen Obersten und Officiere gegen die

[1] Lenkers Bericht bei Gindely, Waldstein I, 176. [2] A. a. O.
[3] Kriegsacten F. 72.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

geistlichen Kurfürsten und Fürsten, deren Land und Leute, sich ohne Scheu solcher weit aussehenden und bedrohlichen Reden verlauten lassen, daß, in Betracht der darauf täglich erfolgenden Thaten und ihres geringen Respectes gegen Ew. K. M., man sich zu ihnen endlich nichts Anderes als einer öffentlichen Feindseligkeit zu versehen hat. Dadurch sind wir bewogen worden, auf eine besondere Zusammenkunft bedacht zu sein, und haben für die gesammten Bundesstände uns verglichen über den 21. Februar nach Würzburg."

Auf dies Schreiben erwog der Kaiser den Entschluß, Wallenstein nach Wien zu rufen. Auf die Nachricht dessen bat Wallenstein, von Prag aus, seinen Schwiegervater wiederholt den Befehl abzuwenden; „denn J. M. werden dadurch leiden, indem meine Kur müßte verschoben werden, und ich dadurch um ein Paar Monate später zu Feld ziehen würde."[1] Dennoch erfolgte der Befehl, wiederholt. Wallenstein antwortete, am 27. Februar, daß er nach Beendigung seiner Kur, welche innerhalb vierzehn Tagen geschehen werde, nach Wien aufbrechen wolle.[2] Aber noch am 22. März entsandte der Kaiser abermals nach Prag an ihn den Befehl sich zu stellen.[3] Darauf brach Wallenstein am 25. März endlich auf, erkrankte unterwegs am Podagra, und lag längere Zeit in Habern.[4]

Unterdessen fand der Ligatag zu Würzburg statt. Die Berathungen zogen sich lange hin, weil zu demjenigen, was bereits vorlag, noch neue wichtige Berichte Tillys einliefen. Einige derselben betrafen den Zustand seines Heeres; andere die Bitte um Zuordnung von kaiserlichen Truppen zum Zwecke der Offensive wider Christian IV. Erörtern wir beide Gruppen.

Tilly schildert den Zustand seines Heeres als sehr traurig.[5] „Es sind nur vier Regimenter, die in ihren Quartieren etwas haben; die übrigen können zum Theile mit dem lieben, trockenen Commisbrot sehr schwerlich versehen werden." Dazu jedoch ist nun eine andere Gefahr für den Bestand des Heeres selbst gekommen: die neuen Werbungen Wallensteins. „Fast täglich, meldet Tilly, laufen Befehlshaber von der mir anvertrauten Armee über zu der friedländischen. Denn, wo ein Rittmeister und Hauptmann nach meiner Verpflegungs-Ordinanz wöchentlich

[1] Tadra 482. Vom 21. Februar. [2] A. a. O. 483. [3] Kriegsacten F. 78.
[4] Tadra 485. [5] Gindely, Wallenstein I, 182. Bericht vom 21. Februar.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

etwa auf 28 und 25 Rthlr. kommt, da kann bei der friedländischen Armee einer es auf 200 Rthlr. und darüber bringen."

In einem weiteren Berichte[1] einige Tage später antwortet Tilly auf einen Vergleich, den man zwischen seinem Heere und dem spanischen so wie dem wallensteinischen gezogen, auch seinerseits mit diesem Vergleiche. „Es ist notorisch und weltkundig, sagt er, daß die Spanier ihre gewisse Zeit in und außer Feld haben, auch daß sie ihrer ordentlichen bestimmten Winterquartiere, der Zahlung, der Ruhe in denselben versichert sind. Was die kaiserliche Armee betrifft, so hat, nach glaubhaften Berichten, der Herzog von Friedland in der Zeit von anderthalb Jahren von den Stiftern (Magdeburg und Halberstadt) und anderen Ständen im Reiche für seine Armee eine so ansehnliche Geldsumme extorquiert und ausgepreßt, daß dergleichen, meines Dafürhaltens, die katholischen Bundesstände von Anfang des Krieges an, abgesehen vom ersten Jahre, zur Bundescasse kaum dargeschossen haben.[2] Dessen zu geschweigen, was auf des Herzogs Person besonders gegangen ist, so werden sich unter den kaiserlichen Obersten gewislich sehr wenige befinden, welche sich aus den Contributionen wöchentlich minder als 1000 bis in 2000 Rthlr. zu Nutze machen, wie ein Rittmeister 400, ein Hauptmann von 2 bis in 300 und 400 Rthlr." — „Dessen ungeachtet, obschon die Kaiserlichen bisher wie noch in vollen Quartieren liegen, die zwei ansehnlichen Stifter und andere viele Landschaften mehr im Reiche in ihrer Contribution haben, und überdies unverborgen ist, wie viele Millionen an Werth noch dazu der Kaiser in Remunerationen hingegeben und verschenkt hat: so ist doch nicht zu sehen und mag Jedermann urtheilen, wie oft dies Volk dem Feinde unter die Augen gegangen, und welche nützliche Dienste es dem Kaiser und dem gemeinen Wesen geleistet hat. — — Dagegen ist vernünftiger Weise zu erwägen, was meine armen Soldaten jetzt zwei Sommer und Winter continuierlich in so vielen verschiedenen Anlässen für Miserie, Drangsal, Hunger und Kummer, mit Darsetzung und Aufopferung von Leib und Leben ausgestanden haben."

Tilly kommt dann zurück auf den Nachtheil, der seiner Armee aus der Verlockung durch den höheren Sold der Officiere bei der Wallensteinischen Armee erwachse. „Ich halte dafür, schreibt er am 26. Februar,

[1] A. a. O. 183. [2] Die Beiträge der Liga zur Bundescasse beliefen sich in den Jahren 1624 und 25 auf reichlich vier Millionen Gulden, nach Hurter, Wallenstein 73.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

daß sich nunmehr bei der friedländischen Armee nicht unter dreihundert Officiere befinden, welche sich von der meinigen hinüber begeben haben."

In jenem Vergleiche des Bestandes der drei Armeen konnte Tilly nur die Vermuthung aussprechen, daß von den erhobenen Contributionen Wallenstein einen Antheil für sich nahm. Einen bestimmteren Anhaltspunct erlangte Maximilian von Bayern durch seinen Residenten Leuker in Wien. Dieser meldete, daß der Oberst Graf Merode sich ihm über Manches ausgesprochen. „Unter Anderem hat er aus freien Stücken bekannt, daß er von den Contributionen, die er hin und wieder im Reiche erhoben, speciell die 50,000 Rthlr., die er von der Stadt Erfurt bekommen, überhaupt an Geld und Geldeswerth bis in 200,000 Gulden dem Herzog von Friedland eingehändigt, wovon dieser ihm hernach einen Monatssold bezahlt." [1]

Ungeachtet jedoch der gedrückten Stimmung, in welcher sich Tilly über den Zustand seiner Truppen befand, gedachte er noch vor dem Ende des Monates Januar an die Offensive gegen den Dänen. „Er ist, meldet Walmerode, am 22. Januar, der zuversichtlichen Hoffnung, daß, wenn nach dem Abschlusse des Friedens in Ungarn E. K. M. dasselbe Volk nach der Elbe schicken und man auf beiden Seiten des Stromes den König angreifen würde, dieser in kurzer Zeit nicht allein vom Reichsboden zu verdrängen, sondern auch zu einem reputierlichen, nützlichen und beständigen Frieden zu zwingen wäre." [2]

Stärker noch redet, am 10./20. Februar, Husan aus Lübeck: „Die Kriegsverfassung Christians IV. ist in Confusion. Es geschieht bisher keine Bezahlung. Land und Leute leiden darunter schwer. Die Straßen sind ganz unsicher. Der König ist eilends zurück gefordert. Man spricht von einem Aufstande gegen ihn. Kurz, es steht um die dänischen Angelegenheiten kläglich und jämmerlich. — Und es sind alle Einsichtigen der gänzlichen Meinung, wie ich auch dem Grafen Tilly geschrieben, daß wenn Evr. K. M. Armee mit dem Beginne des Frühlings, je eher je besser, aus den Winterquartieren aufbräche und wider den Feind mit Gott geführt würde: es würde ein solcher Progreß und Succeß zu hoffen sein, daß der Feind bald gänzlich debelliert und ein beständiger Friede reduciert würde." [3]

Wiederum berichtet Walmerode dem Kaiser, am 6. März: „Tilly hat mir gesagt: die Zeit gegen den Dänen zu marschieren, sei da. Zuver

[1] A. a. O. 187. [2] Kriegsacten F. 72. [3] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

aber müsse er wissen, was Ewr. K. M. und des Herzogs von Friedland Intention, wie bald und wie stark dieser sich zu Feld begeben, und an welchen Orten er den Feind anzugreifen Willens, damit danach auch Tilly sich richten könne. — Deshalb hat Tilly mir aufgetragen, an Ew. K. M. zu schreiben: er sei noch der beständigen Meinung, daß, wenn Christian IV. und sein Anhang auf beiden Seiten der Elbe mit Ernst angegriffen würde, alles zum gewünschten Effect und Ende gebracht werden könne. Allein, wenn wegen Schlesiens Wallenstein nicht selber herabziehen könne, so müsse einem anderen vornehmen Officier das Commando über die kaiserlichen Truppen in solcher Weise aufgetragen und belassen werden, daß er je nach den Umständen zu handeln befugt wäre und nicht mit Verlust der Zeit und Gelegenheit erst anderweitigen Befehl einzuholen hätte." — Der Kaiser überwies das Schreiben dem Hofkriegsrathe.[1] Die Sache mußte also dort zur Erörterung kommen. In ähnlicher Weise aber lag sie auch dem Bundestage in Würzburg vor.

Diese Versammlung währte bis zum 18. März.[2] Es ward dort die Frage erwogen, ob nicht der Gewalt auch Gewalt entgegen zu stellen sei. Die mildere Meinung behielt indessen die Oberhand. Aber die Erfahrung zeige, daß das Schreiben keine Frucht bringe; denn der Kaiser verweise die schriftlichen Darlegungen an Wallenstein. Zweckmäßiger daher sei eine Gesandtschaft im Namen der gesammten Liga. Besonders habe diese Einspruch zu erheben gegen die Verwendung nicht-katholischer Obersten wie der Herzöge zu Lauenburg und Holstein, deren Reden den geistlichen Fürsten Unheil verkündeten. Sie habe darauf hinzuweisen, wie viel zweckmäßiger als neue Werbungen die Verwendung des erprobten Bundesheeres sein werde. Der Bitte Tillys gemäß, möge der Kaiser 8000 Mann seiner Truppen dazu stoßen lassen. Ferner solle die Gesandtschaft auf einen Collegialtag der Kurfürsten dringen.

Unterdessen war das Drängen vom Kriegsschauplatze her noch lebhafter geworden. Am 27. März schreibt Husan aus Lübeck: „Ich möchte vom Grunde meines Herzens wünschen, daß Ewr. K. Majestät General und die Armee so schnell wie möglich aus den Winterquartieren aufbrechen und dadurch vielen weiteren Ungelegenheiten zuvor kommen möchte. Denn ich besorge, daß der König damit umgeht, sich der Städte Rostock und Wismar zu bemächtigen. Dem könnte durch den Marsch die Elbe herab leicht vorgebaut werden. Ich schreibe ja oft genug davon. Paratis

[1] A. a. O. F. 73. [2] Hurter, zur G. Wallensteins 87.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

differre noxium semper fuit, et quae praecavere possis, stultum est admittere."[1]

Und wiederum schreibt am nächsten Tage Walmerode aus Peine: „Her Graf Tilly bittet nochmals, daß, für den Fall eines Angriffes auf ihn, die in diesem Lande liegenden kaiserlichen Truppen ihm folgen und assistieren mögen. Er will ein Gleiches thun im Falle eines Angriffes auf sie."[2]

Blicken wir darauf zurück, daß zwei Jahre zuvor gerade die Bitte Tillys um Nachschub gegen die Übermacht der Feinde den Anlaß zur Entsendung Wallensteins gegeben: so scheint es, daß ja doch die Erfüllung dieser neuen Bitte vom 28. März sich um der Sache willen wie von selbst verstehen müsse.

Der Kaiser allerdings war sehr geneigt, der Bitte Tillys zu willfahren, zumal da auch der Kurfürst Maximilian durch seinen Residenten Leuker wiederholt darauf dringen ließ. Er verlangte, daß dem Grafen Tilly die in der Altmark stehenden Truppen unter dem Herzog Georg von Lüneburg direct überwiesen würden.[3] Aber der Kaiser wollte nicht einen Entschluß fassen ohne Wallenstein, und Wallenstein lag, bis tief in April, krank am Podagra in dem kleinen Orte Habern.

Die Urtheile unabhängiger Persönlichkeiten in Wien über Wallenstein wurden unterdessen nicht günstiger. Besonderes Gewicht dürfte zu legen sein auf dasjenige des spanischen Gesandten Aytona, weil der König Philipp IV. an den Schicksalen der deutschen Linie seines Hauses zunächst betheiligt war. Aytona berichtet am 31. März wie folgt.[4]

„Der Kaiser hat sich völlig dem Herzoge von Friedland in die Hände gegeben. Dieser aber verfährt in einer solchen Weise, daß er bisher nur bewirkt hat, die Freunde zu verstimmen. Er hat ein Heer aufgestellt überaus zahlreich an Obersten und Officieren, welche die Länder des Kaisers und der befreundeten Fürsten mit Einquartierungen und Durchzügen zu Grunde richten. Bei den Feinden dagegen hat er sich große Geringschätzung dadurch zugezogen, daß er mit so großen Streitkräften bis zur Stunde auch nicht den geringsten Erfolg erlangt hat."

„Der Herzog von Friedland ist, wie ich bereits gemeldet, Herr über die ganze bewaffnete Macht des Kaisers. Er besetzt alle Stellen des Heeres, wirbt neue Regimenter an, ernennt die Obersten, und weist

[1] Kriegsacten F. 73. Vom 28. März. [2] A. a. O.
[3] Gindely, Waldstein I, 201. [4] A. a. O. 205.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

in allen Theilen des Reiches den Einzelnen nach seinem Belieben die Quartiere an, so daß dem Kaiser darin keine andere Autorität mehr bleibt als, im Falle eines Wunsches, bei dem Herzog zu intercedieren. Nicht allemal findet er dann Gehör. Alles dies entspringt aus der Meinung des Kaisers, daß die Entlassung Wallensteins die Auflösung des ganzen Heeres nach sich ziehen werde. In der That, der Herzog hat sich nach und nach so sehr zum Herrn der Interessen der Obersten und Soldaten gemacht, daß es nicht eine leichte Sache sein würde, ihn zu entlassen und dem Heere ein anderes Haupt zu geben. Wie der Herzog ein launenhafter Mensch, so hat er Obersten ernannt mit so geringer Rücksicht auf die für eine solche Stellung erforderlichen Eigenschaften, daß man sich vor dem kaiserlichen Heere mehr fürchten muß als vor dem feindlichen. Die Einen fehlen in ihrer Pflicht aus Habgier, Andere, weil sie nicht-katholisch, Andere, weil sie keine Soldaten sind. Und das Schlimmste von Allem ist, daß dieses Heer, nachdem es die Länder des Kaisers zu Grunde gerichtet, diejenigen des Reiches durch die maßlosen Contributionen in Verzweiflung gebracht, dann, wenn es einmal zu Felde zieht, sich auflösen wird, ohne etwas vollbracht zu haben. Der Herzog von Friedland mit seinen gewohnten Bedenklichkeiten wird sehr wenig ausrichten. Das Heer der Liga ist sehr herabgekommen, weil, bei der Freigebigkeit des Herzogs von Friedland in der Anweisung von Quartieren, sehr viele Officiere dahin überlaufen. Der Kurfürst von Bayern ist der Ansicht, daß Friedland absichtlich so verfahre, um das Heer der Liga zu Grunde zu richten."

Aytona sagte ferner dem bayerischen Residenten Leuker: er schreibe seinem Könige, daß man auch dort in erster Linie auf Tilly Gewicht legen möge. Es gereicht nicht zum Dienste weder des Gesammthauses, noch der Krone Spaniens insbesondere, daß Tilly ohne spanische Hülfe fechte, ob siegend, ob unterliegend. Darum möge man von Madrid aus nicht wieder, wie im Jahre zuvor, an eine Hülfe für Tilly erst Bedingungen knüpfen, sondern sie leisten, wie Tilly sie verlange.[1]

Man vernahm von Aytona die Worte: „Dies Friedländische Directorium kann nicht gut thun: es wird noch einmal mit einer seltsamen Katastrophe enden."[2]

Auch kaiserliche Minister in Wien führten die Rede: der Kaiser sei mit Wallenstein als General versehen, wie ein Dorf mit einem unsinnigen

[1] A. a. O. 196. [2] Hurter, Wallenstein 90.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Pfaffen.[1] — Es fragt sich freilich, ob darunter sich diejenigen befanden, die in den Angelegenheiten Wallensteins das Ohr des Kaisers hatten. Sicher waren für Wallenstein die Räthe Eggenberg, Harrach, Questenberg, dem er kurz zuvor 20,000 Gulden geschenkt. Zwei verschiedene Berichte reden, unabhängig von einander, von einem Geschenke von 100,000 Gulden, und der eine dieser Berichte nennt Eggenberg.[2] Eben dort wird ferner der Kanzler Werda als reich beschenkt genannt. Was endlich den Präsidenten des Hofkriegsrathes, Collalto, betrifft, so ist aus den Briefen Wallensteins an ihn, vom 11. Februar 1627 an,[3] ersichtlich, daß die Freundschaft zwischen diesen zwei Persönlichkeiten völlig hergestellt war.

10. Wallenstein in Wien, im April und Mai 1627.

Am 20. April traf endlich Wallenstein in Wien ein.[4]

Der Kaiser hatte längst seinen Wunsch kundgegeben, daß Tilly von den Wallensteinern her Hülfe erhalte. Der Kurfürst Maximilian hatte Wallenstein ausdrücklich ersucht, den Herzog Georg von Lüneburg, der in der Altmark stand, zu Tilly stoßen zu lassen. Sogleich nach der Ankunft Wallensteins in Wien erneuerte der Resident Leuker persönlich bei ihm diese Bitte. Leuker war erstaunt den General ganz anders zu finden als er ihn sich gedacht; „denn, schreibt er, fast insgemein hält man S. F. G. für ein ungezähmtes Roß (per un cavallo indomito)";[5] ihm jedoch erschien Wallenstein willfährig. In der That stellte dieser sofort, in einem Schreiben vom 24. April, dem Kurfürsten zunächst 4000 Mann von den Truppen des Herzogs Georg in Aussicht, ferner auch die 7000 Mann des Lauenburger Herzogs Rudolf.[6] „Ich versichere Ewr. Durchlaucht, schließt er, daß, wo es nur menschenmöglich ist, ich in allem dem Herrn Grafen Tilly gern assistieren will."

Dagegen hatte der Spanier Aytona dem Bayer Leuker vorausgesagt: „Der Herzog von Friedland wird nach seiner Ankunft in Wien alles bewilligen, was der Kaiser und der Kurfürst von Bayern von ihm begehren: hernach aber wird er den einen Weg wie den andern handeln nach eigenem Belieben."[7]

[1] Gindely, Waldstein I, 196. [2] A. a. O. 198 und 226.
[3] Chlumecky 40. [4] Gindely, Waldstein I, 208.
[5] Hurter, Wallenstein 90. [6] Aretin, Wallenstein. Urk. 4. S. 5.
[7] Gindely, Wallenstein I, 217.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In den nächsten Wochen vernahm man, daß Wallenstein die bereits ergangenen Befehle geändert. Der Lauenburger Rudolf Maximilian marschierte nicht nach Niedersachsen, sondern nach dem Herzogthum Coburg. Der Herzog Georg von Lüneburg erhielt den Befehl, am rechten Ufer der Havel die Päſſe Rathenow, Plauen, auch die Stadt Brandenburg zu beſetzen.[1] „Es iſt eine ſchlechte Kunſt, ſagten die Gegner Wallenſteins, nicht vertheidigte Plätze einnehmen zu laſſen."[2]

Der Monat April ging zu Ende. Es ward Mai. Am kaiſerlichen Hofe ward gemurrt, daß Wallenſtein bei der guten Jahreszeit nicht hinausziehe ins Feld. Es regten ſich Zweifel an ſeiner Krankheit.[3]

Dagegen meldete Huſan aus Lübeck, am 28. April / 8. Mai: „Die däniſche Macht iſt in der vorigen Nacht aus Holſtein aufgebrochen, um ſich mit den Truppen in Mecklenburg zu vereinigen. Wollte Gott, daß die Armada Ewr. K. M. nur alsbald fortrückte, ſo ſollte dem Könige wohl bald genug der Weg wieder nach Holſtein gewieſen werden."[4]

Unterdeſſen ſtieg der Unmuth der vier katholiſchen Kurfürſten über die Unbill, die namentlich die Lauenburgiſchen Brüder, Rudolf Maximilian und Franz Albrecht, im Erzſtifte Mainz verübten. Gemäß dem Beſchluſſe des Ligatages in Würzburg ſollten die Kurfürſten von Mainz und Bayern an den Kaiſer eine Geſandtſchaft ſchicken. Sie ernannten den Mainzer Domherrn Metternich und den Freiherrn Kurz von Senftenau.

Bevor noch dieſe, im Anfange Mai, in Wien eintrafen, ging ihnen eine neue Beſchwerdeſchrift der Kurfürſten voran, vom 20. April.[5] Die Ausdrücke derſelben ſind ſcharf. Bereits, ſagt ſie, werde der Kaiſer vernommen haben, daß die Stadt Nürnberg wegen des friedländiſchen Kriegesdruckes und des dadurch verurſachten Mangels das Abhalten eines Deputationstages in ihren Mauern ablehne. An dieſen Preſſuren wird aber ſeitdem nichts nachgelaſſen, „ſondern ſie nehmen dermaßen zu und überhand, daß, wofern nicht bald Remedur erfolgt, nichts gewiſſer als ein gänzliches Verderben zu erwarten iſt". Es handele ſich nicht bloß um die Stadt Nürnberg, ſagen ſie, ſondern um das ganze Reich. „Der Nachtheil überwiegt den Vortheil, der aus dem Siege, wenn dieſer erfolgt, fließen könnte."

[1] Decken I. 245. [2] Gindely, Wallenſtein I. 220. [3] A. O. 219.
[4] Kriegsacten F. 73. [5] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Lauenburgischen Brüder verfahren gegen Georg Friedrich von Mainz und dessen Unterthanen schlimmer als der Feind. „In Gegenwart einer Commission haben sie sechs Dörfer meines Erzstiftes in Brand stecken lassen, aus lauter Trutz und Muthwillen, auch diejenigen meiner armen Unterthanen, die zugelaufen und das Feuer löschen wollen, unchristlicher, barbarischer und ganz tyrannischer Weise niedergestochen und ermordet, mit der Drohung, daß, wenn ich nicht hundert wohlgerüstete Wagen stelle, sie das Nothdürftige in meiner Residenz zu Aschaffenburg wohl finden werden."

Die Ordinanzen des Herzogs von Friedland werden von den Offizieren im geringsten nicht geachtet. „Daraus denn fast scheinen will, daß der Herzog von Friedland derselben entweder nicht mächtig, oder daß andere verborgene Befehle oder widrige Ordinanzen mit unterlaufen müssen. Daher ist zu besorgen, daß, weil bei den Obersten und Officieren aller Respect verloren, und weil dieselben einen solchen bösen Eifer gegen die getreuen und gehorsamen Stände des Reiches vermerken lassen und dieselben mehr als andere bedrängen: es dürften Ew. K. M. und die Reichsstände, anstatt der gehofften nützlichen Kriegsdienste wohl ein großes Unheil und Unglück von ihnen zu erwarten haben. Insonderheit will für gewis verlauten, daß unter den genannten Lauenburgischen Truppen in der Wetterau die Generalstaaten ganze Compagnien sammeln und werben, jetzt aber unter dem Scheine als seien sie ausgerissen, hinunter führen lassen. Dies sind sehr weit aussehende verschlagene und gefährliche Dinge, denen man um des hohen Respectes vor Ewr. K. M. willen bis daher hat zusehen müssen. Unserer dem H. R. Reiche geleisteten Eidespflicht gemäß haben wir jedoch, bei dessen gleichsam vor Augen schwebenden Untergange, nicht unterlassen können noch sollen — obwohl unsere Gesandten bereits auf dem Wege — weil bei diesem Stande der Sachen keine Stunde zu versäumen, Ewr. K. M. obenerzählte Drangsale und Beschwerungen hiermit in Schrift vor Augen zu stellen, mit der Bitte, Ew. K. M. wollen geruhen, das bevorstehende große Unheil zu Gemüthe zu führen und wirkliche Fürsehung zu thun."

Am 9. Mai trafen die zwei Gesandten in Wien ein. Auch sie überreichten eine ausführliche Denkschrift,[1] welche wesentlich die früheren Darlegungen Tillys wiedergibt und ausführt. Bemerkenswerth darin ist

[1] Gindely, Waldstein I, 242. Hurter, Wallenstein 91.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

besonders die Beschwerde, daß die Truppen des Lauenburgers die Tilly'schen in der Grafschaft Lippe aus ihren Quartieren getrieben, mit dem Vorgeben: sie selber allein seien kaiserliche Truppen, jene dienen den Pfaffen. — Die Wallensteiner wendeten also gegen die Truppen der Liga dasselbe Mittel an, wie die Dänen, demgemäß bei dem unwissenden Landvolke auch zu Gunsten derselben.

Der Bescheid des Kaisers, vom 17. Mai, an die Gesandten lautete weniger günstig als sie nach den mündlichen Äußerungen erwartet hatten. Es hieß darin, daß wegen der Besorgnis, die man vor den gefährlichen Praktiken der Widerwärtigen haben müsse, in der Rheingegend drei Regimenter zu Fuß und 2000 Pferde stehen bleiben sollten.[1]

Den Einwendungen der Gesandten gegen diesen Bescheid kam zu statten ein neues Schreiben,[2] vom 11. Mai, der vier katholischen Kurfürsten an sie. „Im Falle nicht erfolgender schleuniger und wirklicher Remedur, heißt es darin, sind wir entschlossen, alsobald auf die Zurückforderung der Bundes-Armada zu gedenken, und dieselbe zur Defension der bedrängten Stände und des Reiches zu gebrauchen." Die Gesandten sollen diese herandrängende äußerste Gefahr und Desolation dem Kaiser gar wohl und beweglich vorstellen und ihn vor dem bevorstehenden großen Unheil treulich warnen.

Die Wirkung dieser Drohung ward ersichtlich in dem Verhalten Wallensteins bei der Audienz, die, nach dem Rathe des P. Lamormaini, die Gesandten Metternich und Kurz bei ihm nachgesucht.[3] Auf ihren Bericht „über die Excesse der Soldaten verantwortete er sich: Gott und allen Heiligen sei wissend, wie sehr solche Verbrechen der Armada seinen Befehlen und Verordnungen zuwiderlaufen. Seine Patente geben Zeugnis, wie eifrig er befohlen, die zu der Liga contribuierenden Kurfürsten und Stände mit Einquartierungen zu verschonen. Er wolle alsbald das Volk mustern und abführen, die vorgegangenen Insolenzen bei den geringeren Officieren mit dem Leben, bei den höchsten aber mit Entziehung des Commandos bestrafen. Und als ihm unter Anderen gesagt wurde, daß man nicht anders annehme als daß diese so starke Kriegsverfassung den Schutz des H. R. Reiches bezwecke, daß jedoch die Werke damit im Widerspruche stehen, weil durch die ihm untergebene Soldatesca ein Reichsstand nach dem anderen zu Grunde gerichtet werde, hat er sich

[1] A. a. O. 249. [2] Aretin, Wallenstein II. B. Nr. 5 S. 6.
[3] Gindely, Wallenstein I, 256.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

erstlich etwas alteriert, jedoch dann sich verantwortet, daß dies seiner Intention zuwider laufe. Die große Kriegsverfassung sei deshalb erforderlich, weil man wegen des Bethlen, des Schweden und anderer Feinde, die hin und wieder im Reiche noch verborgen, allezeit in guter Bereitschaft stehen müsse. Ferner könne auch dem General Tilly einmal ein Unglück im Kriege widerfahren, und, wenn dann nicht Kriegsvolk im Vorrath wäre, so würde es dem Feinde frei stehen, nach seinem Belieben im Reiche zu hausen. Jedoch habe er aufs neue scharfe Befehle erlassen, daß bei unausbleiblicher Strafe kein Officier sich unterfange, irgend einen katholischen Reichsstand mit der geringsten Einquartierung zu beschweren. Nachdem der Kaiser ihm die Klageschrift der Kurfürsten, vom 20. April, zugestellt, habe er sich sofort entschlossen, den Herzog Rudolf Maximilian seines Amtes zu entheben und zur Rechenschaft zu ziehen, um männiglich dadurch zu zeigen, wie großes Misfallen er an solchem Thun habe. Er wolle auch von den drei Regimentern am Rhein noch zwei wegziehen."

Auf dies Entgegen-Kommen ersuchen endlich die Gesandten um die Einstellung der neuen Werbungen. Darauf jedoch brach Wallenstein hervor mit den Worten, ob sie meinten, der Kaiser sei eine Bildsäule. Die Gesandten antworteten: alle ihre Begehren seien gestellt mit der Protestation, dem Kaiser nicht ein Maß vorschreiben zu wollen. Der Verdacht einer anderen Absicht sei daher nicht begründet. Dagegen wisse man auch, daß wie das Reich dem Kaiser, so auch der Kaiser dem Reiche geschworen habe.

Dennoch legt die ganze Rede Wallensteins Zeugnis ab von einer etwas minder als sonst hochfahrenden Stimmung. Zu seiner Willfährigkeit dies Mal dem Wunsche des Kaisers, wenigstens in Worten, zu entsprechen, mochte beitragen, daß damals eine andere Angelegenheit für ihn in günstiger Weise verlief.

Er war nach Wien gekommen mit der Hoffnung, den durch den Tod des Fürsten von Liechtenstein erledigten Posten des Statthalters von Böhmen zu erlangen.[1]

Nach einem Berichte des Nuntius Caraffa waren am kaiserlichen Hofe Einige der Ansicht, daß die Verleihung das geeignete Mittel sein werde, dem General die Waffen aus der Hand zu nehmen. Allein der

[1] A. a. O. 220.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kaiser hatte nicht die Absicht den Posten wieder zu besetzen. Die Forderungen Wallensteins wandten sich nach einer anderen Seite. Mit Bezug auf das Beispiel der Kurfürsten von Bayern und Sachsen für ihren Feldzug von 1620, verlangte Wallenstein für seine geleisteten Geldvorschüsse von dem Kaiser ein Land.[1]

Vernehmen wir über diesen neuen Fortschritt Wallensteins auf seiner Bahn das Wort eines Augenzeugen, des bayerischen Residenten Leuker in Wien, vom 19. Mai.[2]

„Vom Herzoge von Friedland sagt man Wunder, was überaus schwere Bezahlungsmittel er für seine aufgewandte Kriegskosten beansprucht, und daß er sich dabei auf das Beispiel E. K. D. und des Kurfürsten von Sachsen beruft. Den Ministern hier liegt also bereits vor Augen, ob es dem Kaiser nützlicher gewesen, seit nunmehr zwei Jahren ein eigenes Heer zu haben, oder sich, wie zuvor, des Heeres der Liga zu bedienen. Der Kanzler Werda läuft stark hin und wieder, ob er dem Friedland zu seinen Prätensionen verhelfen könne; aber die vornehmsten Landofficiere in Böhmen und Mähren wollen darein nicht willigen. Friedland jedoch bedient sich der früher[3] schon angegebenen Mittel: daß die vornehmsten Räthe und Minister, von denen J. K. M. allerdings dependiert, mit ihm nicht nur nahe verwandt, sondern (auch) in casibus similibus gleiches Interesse haben. Dazu kommt jetzt noch, daß, weil Friedland die Armee in Händen, männiglich ihn fürchten muß, besonders diejenigen, welche nicht seiner Partei angehören und mit Berufung auf Pflicht und Gewissen sich seinen Ansprüchen widersetzen."

Diese Furcht gründete sich auf die Thatsache, daß nicht bloß die Reichsländer den Druck der Wallensteiner schwer empfanden, sondern nicht minder auch die kaiserlichen: Böhmen, Mähren, Schlesien, Oesterreich. „Ich habe hier Schreiben gelesen, meldet Leuker, vom 24. März, die möchten Einem die Haare machen gen Berg stehen, was für überaus schwere Exactiones in allen Orten, wo das friedländische Volk liegt, den Unterthanen abgenommen werden."[4] — Unter den Großen des Landes, deren Besitzungen für Wallenstein erreichbar waren, hatten seine Hand besonders schwer empfunden der Cardinal Dietrichstein, den er in seinen Briefen nicht selten verspottet,[5] und der Fürst Liechtenstein.

[1] A. a. O. 224. [2] A. a. O. 224. Etwas lesbarer gemacht.
[3] A. a. O. 177. [4] A. a. O. 198.
[5] Tadra 470, 478, 481. Chlumecky 42.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Von dem letzteren hieß es, daß er aus Gram über die Verwüstung seiner Güter gestorben sei.[1]

Der Fürst Eggenberg vermittelte, daß der Kaiser sich entschloß, dem General eine Domaine der Krone Böhmen zu überweisen, das Fürstenthum Sagan in Schlesien. Eine Abrechnung darüber scheint jedoch erst im folgenden Jahre geschehen zu ein, und zwar dann nach Maßgabe der Besoldung Wallensteins.[2] Im Januar 1628 erhöhte der Kaiser die Besoldung von monatlich 3000 auf 6000 fl., von Anfang, also vom Juli 1625, an zu rechnen. Bis zum April 1628 aber war noch nichts davon bezahlt, so daß das Guthaben Wallensteins nahe an 200,000 Gulden betrug. Von diesem Betrage war abgerechnet das auf etwa 150,000 Gulden geschätzte Fürstenthum Sagan, so daß ein Rückstand von etwa 50,000 Gulden verblieb. Nach einer Berechnung vom December 1628 trug Sagan jährlich 34,000 Gulden ein.[3] Demnach hatte Wallenstein sich abermals als geübter Rechner bewährt.

Nachdem durch die Abtretung des Fürstenthums Sagans im Mai 1627 den Wünschen Wallensteins willfahrt war, schickte er sich an zu seinem Heere aufzubrechen. Vorher ließ ihm der Kaiser durch Eggenberg entbieten: wenn er den Willen des Kaisers ganz erfüllen und sich recht verdient machen wolle, so möge er sich so verhalten, daß der Kurfürst von Bayern nicht Ursache habe sich über seinen Wankelmuth zu beklagen. Namentlich sei es durchaus erforderlich, daß wie der Kaiser der guten Intention Tillys und seiner Kriegserfahrung versichert sei, so auch Wallenstein mit Tilly gute und vertrauliche Correspondenz pflege, alle Privatpassionen bei Seite setze und fest halte an dem Gedanken, daß an der Conservation der Tilly'schen Armee eben so viel als der friedländischen gelegen, und daß es in der Wirklichkeit nicht zwei, sondern Eine Armee seien, zum Dienste des Kaisers und des gemeinen Wesens. Diesen Dienst habe die Armee Tillys schon seit vielen Jahren her bei verschiedenen Gelegenheiten geleistet, und sei ihn ferner zu leisten im Werke und guter Hoffnung.[4]

In der Abschieds-Audienz Wallensteins wiederholte der Kaiser persönlich diese Mahnung, erging sich noch ausführlicher und ließ am nächsten Tage dem abgereisten Wallenstein darüber ein Decret nachsenden,

[1] Hurter, Wallenstein 70. [2] Acta publica VI, 268.
[3] Hurter, Wallenstein 15.
[4] Gindely, Waldstein 228. Leukers Bericht vom 26. Mai.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dem die letzte Beschwerde des Mainzer Kurfürsten von Mainz beigelegt wurde.[1] In dem Decrete heißt es: „Wann uns dann nicht allein anjetzt, sondern zu vielen unterschiedlichen Malen über die verübten Insolentien und den Frevel besonders dieses (Lauenburger) Kriegsvolkes also starke Klagen und Lamentationen vorgebracht werden, daß wir ja als ein gerechter Kaiser nicht anders thun können und im Gewissen schuldig sind Gerechtigkeit walten zu lassen, auch die Constitutionen und Satzungen des H. R. Reiches hoch verpönen, dergleichen Dinge zu verstatten und ungestraft hingehen zu lassen: so haben D. L. in frischem Andenken, was wir erst gestrigen Tages in der Ihnen verliehenen Audienz in Betreff dieser Sache umständlich und mit Ernst mündlich anbefohlen und hiermit Solches abermals wiederholt haben wollen, mit dem gnädigsten Befehl, daß D. L. über dies geklagte Factum ernstlich inquirieren, dem Herzog Rudolf Maximilian das Commando bis zum Austrage der Sache suspendieren, darüber erkennen lassen und nach Gelegenheit solche wirkliche Demonstration thun, wie es sich gezieмt und an sich selber recht und billig ist. Darob auch Jedermänniglich erkennen möge, daß wir ob dergleichen Unbilligkeiten und Mishandlungen ein ungnädiges Misfallen tragen."

So die Gedanken des Kaisers. Die Ausführung derselben stand bei Wallenstein. Er schrieb am selben Tage, dem 24. Mai, von der ersten Station seines Marsches aus an Collalto: wenn der Kaiser den Fürsten der Liga die Satisfaction gebe, daß auf ihrem Gebiete keine kaiserlichen Truppen einquartiert würden, so dürfe auch das Kriegsvolk der Liga sich nicht im Reiche ausbreiten.[2] Mit anderen Worten: die Länder des Reiches, deren Fürsten nicht der Liga angehören, müssen zur Verfügung Wallensteins verbleiben. — Dann schließt er: „Es wäre sehr gut, wenn J. M. auch erzeigen thäten, daß Sie Kaiser seien und Ihnen unbillige Sachen nicht zumuthen lassen wollten."

Die Worte stimmten wenig zu jener kaiserlichen Mahnung, die noch am selben oder dem folgenden Tage bei Wallenstein eintraf. Für Wallenstein aber hatten die Dinge sich geändert. Er fühlte sich, nunmehr fern von Wien, freier von dem moralischen Drucke, den die Nähe des Kaisers auf ihn üben mußte, und dessen wegen er vorher so zaudernd nach Wien gegangen war. Darum wurde nun seine Rede freier. Unter

[1] Aretin, Wallenstein II. Nr. 7 S. 7. [2] Chlumecky 49.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die unbilligen Sachen, die man, wie er sich ausdrückte, dem Kaiser zumuthete, mochte in seinem Sinne auch die Forderung zu rechnen sein, daß er zur Hülfe für Tilly einen Theil seiner Truppen abgeben solle. In der Nähe des Kaisers hatte Wallenstein sich mit Worten gewunden, um diese Forderung zuzusagen und dann doch wieder ihr zu entkommen. Fern von Wien überließ er dem Kaiser und dessen Ministern die Sorge, wie sie sich mit dem Andringen des Kurfürsten Maximilian auf das Halten des gegebenen Versprechens dieser Hülfe abfinden konnten oder wollten. Er selber handelte, wie der Spanier Aytona vorausgesagt, nach seinem Belieben. Auf *seinen* Namen waren die Truppen geworben: *ihm* also hatten sie zu dienen. Tilly mußte sich selber helfen, so gut er es vermöchte.

11. Feldzug Tillys bis zum Übergange über die Elbe, 7. August 1627.

Bis in den Mai hinein beharrte der Dänenkönig, ob aufrichtig, ob nicht, bei seinen Friedensversuchen. Am 3. ließ er durch den Grafen Anton Günther von Oldenburg dem General, der sich in Verden befand, fünf Puncte vorlesen.[1] Der erste war, wie früher, die Forderung, daß Tilly seine Vollmacht offen lege. Tilly schlug ab. Im zweiten Puncte verlangte Christian IV. den Frieden für sich und den niedersächsischen Kreis, lieber jedoch den Einschluß aller seiner Verbündeten: Frankreich, England, die Generalstaaten, Venedig. Tilly antwortete: der Kaiser erkenne Christian IV. als Kreisobersten nicht an, habe mit den genannten Mächten keinen Krieg. Ferner verlangte Christian IV. den Stand der Stifter im Reiche wie unter Rudolf II. Tilly entgegnete: die Richtschnur sei gegeben durch die vom Kaiser beschworene Wahlcapitulation. Dann forderte Christian IV. die Abdankung der Heere in gleichem Schritte. Tilly verneinte; denn der Kaiser habe mehr Feinde als den Dänenkönig. Endlich forderte Christian IV. absoluten Pardon. Tilly erwiederte: wenn man über die anderen Puncte einig, so werde der Kaiser sich als ein gütiger Herr beweisen.

Die Forderungen Christians IV. legen offenbar nicht Zeugnis ab von einem Gefühle der Schwäche. Er hatte sich des Stillhorn bemächtigt, auch zu Achim, zwischen Bremen und Verden, eine starke Schanze angelegt, so daß er beide Ströme, Elbe und Weser, beherrschte. Dennoch

[1] Kriegsacten F. 74.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

war Tilly, wie wir von ihm selber, von Walmerode, von Husan, wiederholt vernommen, bereit zum offensiven Vorgehen, wenn er nur einigen Nachschub erhielte. Indem dieser ausblieb, erschien ihm die eigene Macht um so weniger ausreichend, weil ihm noch die dänischen Besatzungen in Wolfenbüttel, in Northeim, in Nienburg im Rücken lagen.[1] Namentlich die Besatzung von Wolfenbüttel unter dem Commando von Philipp Reinhard Grafen von Solms gereichte dem Lande zur schweren Plage.

Der Dänenkönig ließ, zum Beginne des Feldzuges, am 28. April / 8. Mai, durch seinen General-Kriegs-Commissar eine Proclamation für den Religionskrieg ausgehen.[2] Tilly war gegen die möglichen Consequenzen eines solchen Rufes auf seiner Hut. Ein Maueranschlag von seiner Seite verkündete: „Unser bisheriges Verfahren gibt den Maßstab zu urtheilen, ob wir in der hergebrachten Religion, oder der deutschen Libertät jemals die geringste Änderung vorgenommen. Weder hat der Kaiser uns den Auftrag gegeben, noch ist es unser eigener Wille in das Religionswesen uns irgendwie einzumischen. Es ist der Wille und die Zusage des Kaisers, daß die Religion und jegliche hergebrachte Freiheit des Herzogs und des Landes unangetastet und unverändert verbleibe wie sie ist.“[3]

Das hinderte den Grafen Solms in Wolfenbüttel nicht, noch ungleich lauter als Christian IV. selber den Ruf des Religionskrieges zu erheben. Auch er ließ, am 28. April / 8. Mai, eine Proclamation ausgehen, mit der Drohung, daß er, wenn nicht seinen Forderungen willfahrt würde, das Land auf zehn Meilen weit rund um Wolfenbüttel in Asche legen wolle. Der Herzog Friedrich Ulrich dagegen berief einen Landtag nach Braunschweig. Dort einigte er sich mit der Ritter- und Landschaft, ein scharfes Mandat an Solms zu erlassen, damit er Wolfenbüttel räume, am 11./21. Mai.[4] „Die noch andauernden Kriegsleiden, sagt der Herzog darin, rühren lauter einzig und allein her von der Besatzung in unserer Festung Wolfenbüttel.“ — „Wir stellen zu Eurer künftigen Verantwortung, wie Ihr als ein Graf des Reiches diese Befehdung und Feindseligkeit unter dem Deckmantel der Religion, die doch in unseren Landen, noch sonst in diesem löblichen niedersächsischen Kreise, im wenigsten angefochten ist, deren Vorgeben vielmehr nur dazu dient,

[1] A. a. O. [2] Londorp III, 977. Auch sonst in den Sammelwerken.
[3] Beilage XXVIII zur ersten Ausgabe. [4] Londorp III, 979.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Unwissenden und Einfältigen zu bethören — hiernächst zu entgelten und zu büßen haben werdet." — Friedrich Ulrich ließ dies Patent öffentlich anschlagen und von den Kanzeln verlesen. Es mochte bei der Bevölkerung seine Frucht schaffen, nicht jedoch bei dem Grafen Solms. Auch er erließ seine Patente gegen den katholischen Grafen Tilly, von welchem alles Unheil des Krieges herstamme. Er verlangte von der Bevölkerung Schutz und Gunst für die „treuen, feinen Patrioten, die Makkabäer".[1] — Es waren damit die sogenannten Harzschützen gemeint, welche von den Regierungen Friedrich Ulrichs und Christians d. A. etwas anders bezeichnet wurden.

Zugleich nämlich wandte sich der Herzog Friedrich Ulrich, am 16./26. Mai, mit einer ausführlichen Darlegung des Thatbestandes an seinen Oheim von Dänemark.[2] Die Darlegung geht zurück bis auf das Jahr 1625. Sie hält in höflichen Worten dem Oheim den Betrug vor, den er an dem vertrauenden Neffen verübt, und wendet sich dann besonders gegen die friedenstörende Besatzung in Wolfenbüttel.

„Man untersteht sich auch, sagt Friedrich Ulrich, unseren Unterthanen die Gefahr einer Veränderung der Religion vorzumalen und sie dadurch zum Aufstande zu verführen. Wirklich haben sich auch Etliche sowohl am Harze als am Solling gesammelt. Davon haben Einige, welche wir hernach wegen Straßenraubes haben justificieren lassen, gütlich und peinlich bekannt, sind auch darauf gestorben, daß sie im Namen Ewr. K. Würden von der Wolfenbütteler Garnison zu solcher Rottierung und Aufwiegelung Geld und Patente erlangt. Wir sind aber von der K. Majestät her sowohl in Betreff des Religions- als des Profanfriedens genugsam versichert, und haben das Vertrauen, daß J. K. M., wie Sie es bisher im Werke nicht anders erwiesen, uns auch ferner bei dem Inhalte der Verfassung des H. R. Reiches schützen werden. Wie man also die erwähnte Aufwiegelung unserer Unterthanen gegen uns als ihre natürliche von Gott vorgesetzte Obrigkeit rechtfertigen will, das müssen wir Anderen zu verantworten überlassen. Jedenfalls sind wir gewis, daß sie es mit keinem einzigen Reichs- oder Kreisabschiede, noch einigem Vorwande oder Deckmantel der Religion, oder der deutschen Libertät darthun können. Inmittels aber werden wir von Ewr. K. Würden Garnison in Wolfenbüttel aus der fürstlichen Freiheit in eine schändliche Dienstbarkeit gesetzt. Daran sind mitschuldig Ewr. K. Würden böse

[1] A. a. O. 979. [2] Kriegsacten F. 74.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Rathgeber (Elz und Rautenberg), die an uns treulos geworden, weil sie aus den uns geschworenen Pflichten und Eiden bis zur Stunde nicht entlassen sind."

Von den sogenannten Harzschützen, die der Graf Solms als Patrioten, der Landesherr Friedrich Ulrich als Straßenräuber bezeichnet, ist in der Unkenntnis der späteren Zeiten viel gefabelt worden. Die benachbarten Obrigkeiten jener Zeit redeten wie Friedrich Ulrich. Der Rath der Reichsstadt Nordhausen verhängte über die Harzschützen, die in seine Hände fielen, die Todesstrafe.[1] Auch andere Berichte an den Kaiser wie Christians von Anhalt und der Stadt Goslar, reden von den Harzschützen wie von Räuberbanden.[2] Am 13./23. September berichtet der Herzog Christian d. A. zu Celle, daß er gegen die von Wolfenbüttel aus genährte Bauernunruhe ein eigenes kleines Corps in Klausthal errichtet und durch dasselbe die Sache zu Ende gebracht habe. Eine Reihe der Betheiligten sei in Halberstadt hingerichtet worden.[3]

Ähnlich wie der Herzog Friedrich Ulrich antworteten dem Grafen Solms die Landstände von Wolfenbüttel und Calenberg. „Wir haben, Gott sei es gedankt, noch in keine Wege verspürt, daß der Religion wegen uns ein Eintrag geschehen sei. — Die Kriegesleiden, die in unserem Lande noch fortdauern, rühren einzig und allein von der dänischen Garnison in Wolfenbüttel. Fürwahr, es muß Gott darüber erzürnt werden und der Herr Christus sich gänzlich aus etlicher Leute Augen und Herzen verlieren, weil ja nun auch die Diener des göttlichen Wortes um Wolfenbüttel her vor dem viel täglichen Ausreiten nicht sicher sind, der Seelsorge nicht abwarten können, sondern gefangen, verjagt, geplagt und verderbt werden. Daher bleibt manches Kind ungetauft, mancher kranker, elender Mensch muß in höchster Seelenangst, ohne Beichte, Trost und Communion elendiglich dahin sterben."[4]

Auch Tilly beschloß ein Patent zur Antwort auf dasjenige des Grafen Solms zu erlassen, legte jedoch den Entwurf erst dem Herzoge und dessen Räthen vor. Sie fanden die Verneinung des Religionskrieges nicht stark genug. Sie ersuchten daher, das Patent möge abermals hervorheben, daß „Se. Excellenz eben so wenig von der K. M. in der Religion etwas zu ändern befehligt als Sie es für sich zu thun gemeint wären."[5]

[1] Kriegsacten F. 75. Vom 5. Juli. [2] A. a. O. [3] A. a. O. F. 77.
[4] Theatrum E. 1100. [5] Friedensacten F. 7. Vom 17./27. Mai.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Tilly hatte den Landständen die Ansicht ausgesprochen, daß Solms es nicht wagen werde, die Drohung des Brennens auf zehn Meilen weit auszuführen. Aber die Flammen des nahen Schöppenstedt bewiesen, daß Solms doch etwas wagte. Der Herzog bat Tilly dringend, zu Ende Mai: wenn er nicht die Macht besitze, Wolfenbüttel zu belagern, es wenigstens zu blokieren.[1]

Ähnlich wie Solms von Wolfenbüttel aus, waltete Limbach in der Umgegend von Nienburg. Der Großvogt Johann Behre meldet am 17. Juni: „Vor einigen Tagen hat Limbach meinen adelichen Sitz und Wohnung sammt Nebengebäuden, wie auch den ganzen Flecken Drakenburg, abgebrannt, allein darum, weil ich kaiserlich gesinnt. Meinem Hause in Drakenburg war ein anderer adelicher Sitz im Lande nicht zu vergleichen.“[2]

Das Thun Limbachs von Nienburg aus entsprach dem Willen des Dänenkönigs. Sein Zorn kehrte sich namentlich gegen die Lüneburger Herzöge Christian und Georg, die vom Beginn an ihm widerstanden. Schon während des Monates Mai kamen die Dänen, die am rechten Elbufer lagen, allnächtlich herüber in das Herzogthum Lüneburg und zündeten einzelne Häuser an. Im Juni wurden andere Maßregeln ergriffen: es kam Methode in die Sache.

„Der König Christian IV., meldet Walmerode aus Gifhorn, hat einen sonderlichen Brandmeister, einen von Dannenberg, welcher specielle Pflicht hat leisten müssen, nichts, so Lüneburgisch, unabgebrannt stehen zu lassen.“[3] Demgemäß durchstreiften die Schaaren Dannenbergs das Land und legten, wie im Fluge, in Flecken und Dörfern Feuer an. Sie waren freilich menschlicher, als ihre Auftraggeber. Sie entschuldigten sich bei den flehenden, jammernden Menschen, daß sie sich gern begnügen würden nur das Vieh und die Habseligkeiten wegzunehmen. Man möge darum ihnen den Brand nicht verdenken: es geschehe auf besonderen Befehl des Königs. Er habe geboten alles schlicht zu machen. Von den Wällen der Stadt Lüneburg aus sah man allnächtlich in der Ferne den Himmel sich röthen von der Flammenglut. In dem einzigen Amte Winsen an der Luhe loderten in wenigen Tagen fünfundzwanzig Dörfer auf.[4]

Es liegt aus dieser Gegend der Bericht des Amtmanns Kahrstett

[1] Kriegsacten F. 74. [2] A. a. O. [3] A. a. O. F. 75. Vom 5. Juli.
[4] Berichte der Lüneburger Beamten im Celler Briefarchive.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

aus Winsen vor. Das Gefühl des selber tief getroffenen Mannes durchbricht in demselben die officielle Sprache. Kahrstett kann wegen der streifenden Dänenrotten eines Tages nicht von Lüneburg nach seinem Amtssitze Winsen gelangen: er muß in jener Stadt abwarten, was ihm kommt. Von da aus sieht er die Feuer aufgehen. Er schreibt an seinen Herzog. Der Bericht geht nicht zu Ende; denn Stunde auf Stunde fügte er eine Nachschrift hinzu, immer trauriger. „Anjetzo kommt Zeitung," schließt endlich der gepreßte Mann, „daß die Königlichen die Nacht um zwölf Uhr auch Winsen angefallen, es angesteckt, und darüber, daß sich Gott im hohen Himmel erbarm! das Städtlein in Rauch aufgegangen. Man vernimmt, der König sei persönlich in der Nähe. Mächtiger Succurs will hoch nöthig sein. Ach des großen Jammers und Elendes! Gott sei aller Betrübten und Elenden Trost! 22. Juni 1627."

Und auch damit benügte der Dänenkönig sich nicht. „Er hat, meldet weiter Walmerode, in einer bei Christen unerhörten Weise eine große Anzahl kleiner unerzogener Kinder, so viel er deren immer bekommen können, den Müttern abgenommen, hinweg nach Dänemark und ferner nach Norwegen geschickt." [1]

Flehend wandte sich der Herzog Christian von Lüneburg zu Celle an den General Tilly, und bat um Hülfe und Rettung gegen den Barbaren des Nordens. Tilly war mit der Hauptmacht noch zurück; doch machten hier und da vorsprengende Kroatenhaufen das Werk der Dänen unsicher und gefährlich. Während das Dorf Adendorf brennt und die Dänen schon bereit sind Pechkränze in das Kloster daneben zu schleudern, eilen zwei Compagnien Kroaten heran. Die Dänen sind stärker an Zahl; dennoch schlagen die Kroaten sie mit hartem Verluste in die Flucht. „Das war Gottes Schickung," also berichtet der Amtmann seinem Herzog in Celle. Zweihundertfünfzig Jahre später mag der Gedanke, daß solche Worte einmal dort an der Elbe gesprochen, dort einmal Kroaten als Retter und Befreier begrüßt seien, der Nachwelt erscheinen wie ein Traum.

Unterderdessen ward Tilly im Rücken etwas freier. Die hartnäckige Haltung der dänischen Besatzung in der Stadt Northeim hatte ihn zur Belagerung gezwungen, mit welcher er den Grafen Fürstenberg beauftragte. Am 25. Juni bat die Besatzung um Accord. Fürstenberg

[1] Ebenso Berichte von Beamten im Celler Briefarchive.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sah dies nicht als ernstlich gemeint an, sondern als einen Versuch Zeit zu gewinnen, um den Wallbruch zu stopfen. Er verlangte die Übergabe auf Discretion. Die Besatzung weigerte sich. Sie schlug dann wiederholte Stürme ab. Am 27. Juni verstand sich endlich Fürstenberg dazu, der Besatzung den verlangten Accord zu gewähren. Die noch Übrigen wurden nach Wolfenbüttel geleitet.[1]

Am 27. Juni meldet Tilly dem Kaiser: „Die Zeit ist da, mich in Person an die Elbe zu begeben. Aber, außer Northeim, ist noch zu thun vor Wolfenbüttel, Nienburg, Stolzenau und Achim an der Weser. Deshalb bitte ich, daß der Herzog Georg und Aldringer den Paß Havelberg besetzen. Sollte aber der Feind an einem oder anderen Orte an der Elbe sich mit Macht hervorthun, bin ich so willig als schuldig, auf erlangte Nachricht zu Hülfe zu kommen."[2]

Von dieser seiner Gesinnung aus erneuerte Tilly persönlich, am 29. Juni, die seit Monaten von den Häuptern der Liga durch den Kaiser an Wallenstein gestellte Aufforderung, mit der Armee herabzukommen, damit der Feind gleichzeitig an beiden Ufern der Elbe angegriffen werden könne.[3] — Die Thatsachen ergeben, daß Wallenstein auch dieser Aufforderung noch nicht entsprach. Jedoch kündigte er am 11. Juli, von Kosel aus, dem Kaiser an, daß er sich nach dem niedersächsischen Kreise wenden wolle.[4]

Am selben Tage brach Tilly mit etlichen tausend zu Roß und zu Fuß von Gifhorn auf nach Ülzen, Lüneburg und weiter der Elbe zu, um den Dänenkönig anzugreifen.[5] Mit der anderen Abtheilung des Ligaheeres, etwa 8000 Mann, stand der Graf Anholt an der Weser.

Das dänische Heer bewegte sich, vermittelst einer Brücke bei Lauenburg, auf beiden Ufern der Elbe. Der König hatte durch Schlammersdorf die Städte Lenzen und Havelberg rechts der Havel besetzen lassen, nicht wohl überlegt; denn dadurch brachte er den Kurfürsten Georg Wilhelm zum Entschlusse. Der Kurfürst, der sich in Königsberg befand, ließ sowohl Tilly als Georg von Lüneburg, der, zu Wallensteins Heere gehörig, in der Altmark stand, auffordern, ihm seine Städte wieder zu verschaffen. Er ließ durch Dohna an Tilly schreiben, 20. Mai, daß er ihm alle Plätze seines Landes frei stelle, außer Berlin, Küstrin,

[1] Lerchenfelds Bericht vom 29. Juni, in Kriegsacten F. 74.
[2] Friedensacten F. 7. [3] Kriegsacten F. 75. Walmerodes Bericht vom 28. Juni.
[4] A. a. O. [5] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Spandau, Driesen.[1] — Das Schreiben ist ein Zeugnis der damaligen Gesinnung Georg Wilhelms, nicht seiner Sachkenntnis: denn die Macht Tillys war vollauf dem Dänenkönige gegenüber an der Elbe verwickelt.

Das Hauptquartier des Königs war in Boitzenburg, seine Schiffbrücke über die Elbe lag bei Lauenburg. Tilly suchte eine andere Brücke bei Bleckede zu legen, und ließ zugleich einige Mannschaft hinübersetzen, um am rechten Ufer einen Kopf aufzuwerfen. Der Versuch gelang. Die Brücke ward fertig im Angesichte des Feindes. Tilly zog hinüber, am 7. August. Den Dänenkönig überkam der Schrecken. Er eilte auf und davon, nach Holstein zu.

Von Freund[2] und Feind ward dieser Übergang über die Elbe Tilly als entscheidender Sieg angerechnet, namentlich im Haag. „Tillys Elbübergang, meinten die Politiker dort, ist der Todesstreich für die Sache des Dänenkönigs."[3]

Es kam dazu, daß in denselben Tagen der Herzog Georg von Lüneburg einen ähnlichen Erfolg an der Havel davon trug. Am rechten Ufer des Stromes bei Havelberg hatte der Markgraf von Baden-Durlach, der dort das Commando der Dänen führte, um den hochgelegenen Dom eine verschanzte Stellung inne. Es gelang dem Herzog Georg die erforderlichen Schiffe zusammen zu bringen, um, mit Benutzung eines Werders im Strome, eine Brücke zu legen. Die Truppen gingen hinüber, bereit, am nächsten Tage die Schanzen zu stürmen. Es bedurfte dessen nicht mehr. Auf die Nachricht, daß Tilly auf dem rechten Elbufer stehe, zog der Markgraf vor, in der Nacht „mit stiller Trommel" seine Verschanzungen zu verlassen. Indem er nicht mehr hoffen durfte, den Dänenkönig zu Lande wieder zu erreichen, nahm er seinen Weg nach Wismar.[4]

Und täglich wurden nun die Consequenzen des Tilly'schen Überganges über die Elbe mehr augenfällig. Abermals, wie alljährlich seit dem Jahre 1620, war es auch dies Mal ihm beschieden gewesen, auf den Reichsfeind den entscheidenden Streich zu führen. In der

[1] A. a. O. F. 74.

[2] Pappus 30: Tillius, cui superasse flumen pro victoria fuit.

[3] Roe 671. Der Engländer Carleton dort schreibt: Tilly's passing the Elb is a dead blow to the king of Denmark. Vgl. Reidvard 48, 164.

[4] V. d. Decken I, 251. Theatrum E. 1097. Aitzema II, 357.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gehobenen Stimmung darüber richtete er, am 20. August, von Lauenburg aus an den Kaiser ein ausführliches Schreiben.[1]

„Ich habe bereits berichtet, wie glücklich und schleunig mir Gott über den Elbestrom geholfen, und daß ich dann verschiedene dänische Schanzen genommen, zuletzt Neuhaus. Weil nun die noch übrigen Stände in Niedersachsen sich eines so geschwinden Fortschrittes nicht versehen und zu den früheren denkwürdigen Siegen auch noch diesen haben erwarten und mit Augen sehen wollen, bevor sie ihrer Pflicht genügten: so haben sie in Betrachtung, daß ein längeres Zaudern ihre Sache schwerer machen möchte, nach und nach sich eingestellt. Zuerst Lübeck und Hamburg, die zum vollen Beweise ihrer Devotion mir auf mein Begehren die Schanze Zollenspieker eingeräumt haben. Ich habe sie ihnen wieder abgetreten. Auch wüßte ich in diese Städte, besonders in Lübeck, keinen Zweifel mehr zu setzen. In Hamburg hat freilich Christian IV. noch eine starke Faction."

„Desgleichen hat Rostock sich willig erklärt, auch der große Ausschuß der Stände von Mecklenburg, ferner die Herzöge selbst durch Gesandtschaften. Ebenso die Herzöge von Holstein, beider Seiten, Joachim Ernst durch Gesandte, der regierende Herzog Friedrich durch einen vertrauten geistlichen Herrn, der in Hamburg wohnt, mit ausführlichem Handschreiben."

„Bei dieser Gestaltung der Dinge hat sich der Feind sowohl aus Mecklenburg als der Mark Brandenburg zurückgezogen. Dagegen sucht er im Lande Holstein einen allgemeinen Lärm und Aufstand zu erwecken, mit der Aufforderung, daß Mann für Mann stehen solle. Ich würde ihm auf dem Fuße folgen, wenn ich nicht fürchten müßte, daß der in Schlesien pardonnierte Überrest der Feinde den geraden Weg nach Wolfenbüttel oder Nienburg einschlagen und mir dort bei der Belagerung Ungelegenheiten machen könnte. Ich habe den Grafen Fürstenberg gegen sie geschickt, um entweder in Güte sie herüber zu bringen, oder sie aufzuschlagen und zu zertrennen."

„Sintemal nun, agdstr. Kaiser und Herr, die Sache also beschaffen, daß der Feind in Furcht und Flucht, und die Gemüther der übrigen Fürsten und Stände dieses niedersächsischen Kreises, Gottlob, alle gewonnen oder doch ziemlicher Maßen geneigt gemacht sind: so will ich zu

[1] Hurter IX, 523 und 527 citiert einige Gedanken aus diesem Schreiben. Es findet sich in Kriegsacten F. 76, und in Friedensacten F. 7.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gott, der hochheiligen Dreifaltigkeit, hoffen, daß mit dem göttlichen Segen und Beistand, wenn der Herzog zu Friedland auch nur mit einem Theile seiner Macht bald ankommt und sich mit mir vereinigt, wir beide diesen Feind in kurzer Zeit vollends dämpfen und dadurch diesem Kriege ein Ende bereiten werden. Nach dieser glücklichen Verrichtung könnten beide Ewr. K. M. dienenden Armeen mit Nutzen anderwärts verwendet werden, nach der einen Seite für den König von Spanien gegen die Holländer als die recht eigentlich schuldigen Urheber alles dieses Unwesens, nach der anderen zum Besten der Krone Polen gegen die Schweden."

In dem Vollbewußtsein dessen, was er abermals geleistet, stellt dann Tilly auch eine Bitte für sich selber.

„Nachdem denn der allmächtige und gütige Gott Ewr. K. M. den Segen so reichlich gegeben, daß Sie nach siegreicher Überwindung aller der Feinde und Widerwärtigen nicht allein Ihre Königreiche und Erbländer wieder erlangt, sondern auch anjetzo mit so vielen fremden Landschaften gesegnet worden, und dann ich, von Anfang dieser Rebellion her, zu solchem Ende nächst der Ehre Gottes für Ew. K. M. mein Gut und Blut, ja das Leben selbst, Gott und dem Glücke vertraut, im H. R. Reiche herum gekugelt, weder Tag noch Nacht gefeiert, bis ich endlich in diese nördliche Gegend gerathen, und solches um Ewr. K. M. Hoheit, Ehre und Wohlfahrt willen gern gethan, auch ferner bis an mein Ende und letzten Athemzug der erheischenden Nothdurft nach thun werde:

Als gelebe ich der allerunterthänigst tröstlichen Zuversicht, thun auch allerunterthänigst und gehorsamst darum bitten, Ew. K. M. werden und wollen alle solche meine getreuesten Dienste reiflich zu Gemüthe und Herzen ziehen, also und dergestalt, wie von vielen Dero hochlöblichsten Vorfahren am Reiche, römischen Kaisern, geschehen, die, nach debellierten und subjugierten Feinden, ihre wohl meritierten Kriegsobersten mit dem verfallenen, eingezogenen und confiscierten Feindesland recompensiert, und wie noch jetziger Zeit in dergleichen Fällen geschieht — daß also auch meiner dabei vor anderen allergnädigste Consideration gehegt und in kaiserlichen Gnaden gedacht werden möge. Welches alles um Ew. K. M. und Dero K. und K. hochlöbliches Haus Oesterreich mit Gut und Blut bis auf den letzten Tropfen hinwieder getreulichst zu verdienen, ich in schuldigster Dankbarkeit nichts will erwinden lassen."

Bereits in den ersten Monaten nach der Prager Schlacht hatte Tilly eine ähnliche Bitte gestellt. Nach dem Treffen bei Höchst hatte der Kaiser die Zusage in nachdrücklicher Weise erneuert. Aber das

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Schreiben Tillys zeigt, daß sie bis dahin nicht verwirklicht war. So dankbar der Kaiser persönlich für Tilly gesinnt sein mochte, so scheint doch nach den spöttischen Reden, die wir im Jahre zuvor von Wallenstein her nach Wien hin vernommen haben, in der Umgebung des Kaisers eine Bereitwilligkeit zur vollen Anerkennung Tillys sich kaum gefunden zu haben. Tilly hatte nur Leistungen in die Wage zu legen: für Wallenstein übten die Reden seiner Freunde und Gleichgesinnten eine stärkere Wirkung.

Wir haben zunächst dem Kriegeszuge Wallensteins in Schlesien zu folgen.

12. Wallenstein in Schlesien, im Sommer 1627.

Auf dem Durchzuge durch Schlesien im Sommer 1626 hatte Mansfeld sich der Städte Teschen, Troppau, Jägerndorf bemächtigt und darin Besatzungen zurückgelassen.[1] Von dort her breiteten sich diese mansfeldisch-dänischen Truppen weiter in Oberschlesien aus. Der Kaiser that dann dem Verwalter des Oberamtes, Herzog Georg Rudolf von Liegnitz, kund, daß er Succurs schicken werde. Die Einquartierung desselben würde in der Disposition des Oberamtes stehen. Anstatt eines Succurses jedoch rückten, nach dem Friedensschlusse mit Bethlen Gabor, die meisten der aus Ungarn rückkehrenden Regimenter Wallensteins in Schlesien ein, nicht zunächst, um jene vom Feinde besetzten Orte wieder zu nehmen, sondern um die Winterquartiere zu beziehen. In Wahrheit also war aus dem Succurse, den der Kaiser in Aussicht gestellt, eine General-Einquartierung geworden. Dies jedoch nahm der Kaiser auf sich. Bei der Stellung des Feindes in Ungarn, antwortete er, so wie bei dem plötzlich eingetretenen harten Winterfroste sei es nicht möglich gewesen, Schlesien mit Einquartierung zu verschonen; auch Böhmen und Mähren müßten sie tragen.[2]

Die Einquartierung geschah dann, wie überall, nach dem Ermessen Wallensteins und seiner Obersten. Über diese Eigenmacht beschwerte sich der Herzog Georg Rudolf, im Januar 1627, bei dem Kaiser, mit dem Erbieten seiner Entlassung Der Kaiser suchte wiederholt ihn durch den Ausdruck des gnädigen Wohlgefallens mit seinem Verhalten zu begütigen.[3]

Die Last lag schwer auf dem Lande. Die Soldaten begnügten sich nicht mit der Lieferung des nothwendigen Unterhaltes. Die Befehls-

[1] Acta publica VI, 183. [2] A. a. O. 95. [3] A. a. O. 88, 92, 95.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

haber, hohe und niedere, forderten außerdem Geldcontributionen, und zwar für den ganzen Sollstand der Regimenter, wenn auch der Effectivstand nicht die Hälfte betrug.[1] Die schlesischen Stände erhoben ihre Beschwerden vor dem Kaiser. Dazu ersuchte der Fürstentag in Liegnitz, im Januar 1627, den Kurfürsten Johann Georg um sein Fürwort. Er willfahrte. Er habe sich bewegen lassen, schrieb er dem Kaiser, zu bitten: „Daß Ew. K. M. das Land Schlesien nicht gleichsam in Dero Angesichte ruinieren lassen wollen.“ [2]

Ob dies etwas fruchtete, hat uns der Bericht Leuters vom 24. März gezeigt. Er schließt denselben, in Betreff der eigenen Unterthanen des Kaisers, mit den Worten: „Insgemein wird gesagt, wenn nicht J. M. eine Resolution schöpfen, und entweder den General absetzen oder das Volk ins Reich führen, so werden die österreichischen Unterthanen an allen Orten zum Feinde abfallen; denn die Menschen sind allenthalben in äußerster Desperation begriffen.“ [3]

Es wurden Versuche gemacht, die Disciplin herzustellen. Im April verkündete das Oberamt durch ein Patent: nach der Mittheilung des commandierenden Obersten Pechmann sei es des Generals ernstlicher Befehl, daß den Übelthätern, wo man sie beträfe, nach jedes Ortes Gelegenheit ohne Weiteres mit Galgen und Rad ihr Recht widerfahren solle.[4]

Die Kriegsthätigkeit der Truppen beiderseits in Schlesien während des Winters zeichnet ein Bericht vom März mit den Worten: „Damals haben die Kaiserlichen und Weimarischen wenig gegen einander ausgerichtet, als daß sie beiderseits mit Rauben und Plündern, Sengen und Brennen das schöne Land aufs äußerste verderbt haben.“ [5] Es gelang jedoch den Weimarischen, das feste Kosel in ihre Gewalt zu bekommen. Aber bereits im März ward in Wien die Meinung laut, daß die Gegner in Schlesien nichts Anderes wünschten als einen sicheren Abzug mit der erlangten Beute bis in die Mark Brandenburg.[6] Diese Meinung erhielt sich. Auch noch im Mai sagten Viele, daß die Weimarischen, wie man nach dem früheren Haupte, Herzog Johann Ernst, durchweg sie nannte, es zum Angriffe nicht kommen lassen, sondern vorher sich zum Accord erbieten würden.[7] Dennoch war die Zahl derselben nicht so gering. Sie

[1] A. a. O. 183. [2] A. a. O. 184. [3] Gindely, Waldstein I, 198.
[4] Acta publica VI, 94. [5] A. a. O. 278
[6] Leuters Bericht vom 3. März bei Gindely, Waldstein I, 192.
[7] A. a. O. 223.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ward auf 13 000 Mann angeschlagen. Wenn auch der Däne Mitzlaff, der sich die Führung angemaßt, nicht ein hohes Ansehen genoß, so waren die Obersten unter ihm, Holk, Ranzau, Carpenzan, Baudissin doch erfahrene Soldaten.[1] Sie waren im Besitze der festen Plätze Troppau, Jägerndorf, Kosel.

Wallenstein selber gab die Macht, mit welcher er gegen Ende Mai sich nach Schlesien auf den Weg machte, an auf 10,000 M. zu Pferd, und 22,000 zu Fuß. Dazu stand Marradas mit einem anderen Corps bereit gegen einen etwaigen Versuch des Bethlen Gabor.

In Betreff des Bethlen kleidete Wallenstein seine Meinung in die Worte an Collalto: „Gegen den Bethlen offensiv kriegen, muß man mehr mit Praktiken als aperto Marte. Solches aber müßte angesehen sein auf seine Person all' usanza d'Italia, und eine Diversion zu machen durch die Zaporoger Kosaken, daß sie durch die Moldau in Siebenbürgen einfielen."[2] — Bethlen indessen regte sich nicht.

Am 14. Juni finden wir Wallenstein in Neisse, dem Sammelplatze seiner Truppen. Von dort aus ging der Marsch zunächst auf Leobschütz. „Es ist darin, meldet Leuker,[3] eine heftige böse Bürgerschaft." In der That bedurfte es einer eigentlichen Belagerung. Der erste Sturm führte nicht zum Ziele; im Angesichte jedoch der Vorbereitungen zu einem zweiten erbot sich die Stadt zur Capitulation. Sie erfolgte.

Vom 27. Juni an lagerte Wallenstein eine Reihe von Tagen vor Jägerndorf.[4] Dort erfuhr Wallenstein, daß der Feind, wie er schreibt, durchgehen wolle, und zwar, auf Befehl Christians IV., durch Polen nach Pommern.[5] Andere Nachrichten sagten: nach Niedersachsen. Wallenstein traf die Anstalten, ihnen die Pässe zu versperren. Nachdem auch Jägerndorf gewonnen, zog Wallenstein vor Kosel, wo die Hauptmacht des Feindes versammelt war. Hier jedoch ward jenes Gerücht zur Wahrheit: in der nächst folgenden Nacht zogen 4000 Reiter ab. Es blieben drei Regimenter zu Fuß und 600 Reiter. Aber der Commandant Carpenzan, eingeschüchtert, erbot sich sofort zur Capitulation. Gegen den

[1] Militärische Blätter von 1823, Bd. II, 172.

[2] Chlumecky 54. [3] Gindely, Waldstein I, 294.

[4] Förster I, 80, 86. Die Datierungen bei Förster, Ladra 487 u. f., Gindely, Waldstein I, 205, sind schwer zu vereinen.

[5] Förster I, 93.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Eid in sechs Monaten nicht wider den Kaiser zu dienen, erhielten die Truppen freien Abzug. Es war nur noch Troppau übrig.

Der Sieg von Kosel, vom 11. Juli, erregte bei dem Kaiser hohe Freude.[1] Wallenstein schrieb noch am selben Tage: „Ich vermeine, mitten im August mich mit der Armee im niedersächsischen Kreise zu befinden, und den Feind von allen Seiten mit Ernst anzugreifen.“[2]

In der That war der Fall von Kosel, dem bald Troppau folgte, entscheidend. Mitzlaff suchte sich mit der noch übrigen Reiterei zu retten: aber der Oberst Pechmann folgte ihm auf dem Fuße, ereilte und schlug ihn. Nur geringe Trümmer dieses einst weimarisch-mansfeldischen Heeres gelangten an die pommersche Seeküste, und von dort zu Schiffe zu dem Dänenkönige.

Die Niederlage der dänischen Truppen in Schlesien brachte dem Lande nicht die Befreiung von der Kriegeslast. Bei dem Aufbruche nach Niedersachsen beließ dennoch Wallenstein eine starke Macht dort zurück. Die Stände wandten sich um die Abberufung bittend an den Kaiser. Ferdinand II. erwiederte: seitdem er seine Königreiche und Länder wieder zum Gehorsam gebracht, seien alle seine Gedanken auf den Frieden gerichtet gewesen. Seine Feinde haben ihm das nicht vergönnt, sondern sich nichts mehr angelegen sein lassen, als den Krieg wieder in sein Königreich Böhmen zu tragen. Zu diesem Zwecke haben sie, im Jahre zuvor, mit einem räuberischen Haufen einen Einfall in das bis dahin von dem Kriegsbrande noch nicht ergriffene Schlesien gethan. Sein obrigkeitliches Amt habe ihm die Pflicht auferlegt, auch seine Armada dem Feinde folgen zu lassen. Dadurch sei Schlesien in Kriegsbeschwerden gerathen, denen abzuhelfen nicht in seiner Macht gestanden. Auch nach der Zerstreuung der Feinde und dem Abzuge der Hauptarmada sei es dennoch nothwendig, daß um der Türken willen, welche aufzureizen die Feinde sich bemühen, noch eine gewisse Anzahl Kriegsvolkes im Lande verbleibe.[3] — Das war für Schlesien die Consequenz der Nicht-Abwehr des Durchzuges von Mansfeld.

Unterdessen war Wallenstein bereits auf dem Marsche an die Unterelbe. Am 14. August finden wir ihn noch in Goldberg.[4]

[1] Gindely, Waldstein I, 205. [2] Förster I, 96.
[3] Acta publica VI, 233. Vom 24. September.
[4] A. a. O. 101 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dort oder schon früher mochte an ihn die Nachricht von dem entscheidenden Elbübergange Tillys gelangt sein. Denn von da an beschleunigen sich seine Schritte, ganz anders als ein Jahr zuvor in der umgekehrten Richtung. Am 21. August war er in Cottbus, am 24. in Jüterbock, am 28. in Perleberg, am 30. in Dömitz, am 3. September in Lauenburg an der Elbe.[1] Dort fand er Tilly vor.

13. Der Herbstfeldzug 1627 gegen die Dänen.

Es mochte ein eigenthümlicher Anblick sein, die zwei Feldherrn in Lauenburg zusammen zu sehen. Wallenstein trat auf, von einem glänzenden Gefolge begleitet, mit einer Pracht, die eher einem Souverän als einem General gebührte.[2] Um so schärfer stach davon ab die Einfachheit Tillys, der dennoch sich wohl bewußt blieb, daß alle bis dahin gegen die Feinde des Kaisers und Reiches nach innen wie nach außen errungenen Erfolge wesentlich und hauptsächlich sein Verdienst waren.

Nach dem Berichte eines dort Anwesenden scheint es, daß Wallenstein in Lauenburg Versuche gemacht habe, Tilly als seinen Untergebenen zu betrachten. Tilly beließ dem Wallenstein, wie er von Anfang an gethan, als Fürsten den Vorrang der äußeren Ehre; jeden weiteren Anspruch wies er so höflich, wie entschieden zurück. Als gleichberechtigt beredeten sie nicht bloß den weiteren Feldzugsplan, sondern auch Friedensvorschläge.

Zum Zwecke des Friedens nämlich erschien in Lauenburg der Herzog Friedrich von Holstein-Gottorp, von den dänischen Reichsräthen aufgefordert, daher nicht im Auftrage, aber doch mit Vorwissen Christians IV.[3] Der Herzog eröffnete vertraulich, daß die dänischen Stände mit dem Könige und dessen Regierung je länger, je übler zufrieden, daß auch viele von ihnen dem Könige mündlich oder schriftlich zu verstehen gegeben: seine Handlungen legten Zeugnis ab von Confusion; er ließe sich von einer Frau, einer Dänin von Adel, leiten und regieren; es wäre kein einziger Prinz im Königreiche; die ganze Sache dürfte bald einen bösen Ausschlag gewinnen. — Weiter berichtete der Herzog: es seien

[1] Kriegsacten F. 76. Walmerodes Bericht vom 9. September.

[2] V. d. Decken I, 253. Nach dem Berichte des Amtmannes von Lauenburg, leider nicht im Wortlaute.

[3] Kriegsacten F. 77. Friedensacten F. 7. Vgl. Aberenbiller X, 1443.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

königliche Räthe nach Gottorp zu ihm gekommen, um ihn zu dieser Reise zu bewegen. Einer der Vornehmsten habe die Worte gebraucht, daß sie den Frieden unter jeder Bedingung erhandeln wollten. Denn es sei kein Geld vorhanden. Zwar sei vor etlichen Wochen einiges Silber aus Dänemark hergebracht, aber allbereits vermünzt und verzehrt. — Auch sei den Holländern nicht zu trauen. Denn die aus Holland nach Dänemark geflüchteten Arminianer, die vor Zeiten daheim mit im Rathe gesessen, hätten ausdrücklich ausgesagt, daß die Absicht der Generalstaaten dahin gehe, sich, nach der Niederlage der königlichen Macht, des Sundes zu bemächtigen, unter dem Vorwande daß es zum Besten des Königreiches geschehe, um dem Kaiser und dem Könige von Spanien darin zuvorzukommen. Der Herzog deutete ferner an, daß es in seiner Hand stehe, durch einen geringen Durchschnitt seines Landes von der Ostsee bis zur Westsee die Bedeutung des Sundes zu verringern.

Man sieht, die Gesinnung des Herzogs Friedrich war dem Dänenkönige nicht sehr geneigt. Dennoch erschienen die zwölf Friedensartikel, die dann Wallenstein und Tilly ihm vorlegten, ihm zu schwer. Er, sowie sein Rath Aegidius von der Lanken, der selber vom Dänenkönige auf Leib und Leben verfolgt[1] wurde, baten diese Artikel zu mildern. Ausführlicher legte der Herzog seine Gedanken darüber dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen dar, mit dem nachdrücklichen Hinweise darauf, daß der beste Theil des Königreiches Dänemark den festländischen Armeen unnahbar sei.[2]

Eher dagegen entsprachen diese scharfen Artikel den damaligen Meinungen in Wien. Einen Ausdruck derselben finden wir in einem Gutachten des Rathes Stralendorf.[3] „Bei Fortsetzung des Krieges, heißt es darin, gewinnt der Kaiser ein ansehnliches Königreich, aus welchem einst die Cimbern der Herrschaft der Römer beinahe ein Ende gemacht hernach die Normannen fast ganz Deutschland, Frankreich und England überzogen haben. Der Besitz der Fürstenthümer Holstein, Ditmarsen, Schleswig sichert das werthvolle Mecklenburg. Durch die Herrschaft über die Elbe und die Weser wird der ganze niedersächsische Kreis im Zaume gehalten. Mit dem Sunde gewinnt der Kaiser den ertragreichsten Zoll in Europa, dämpft die Rebellen in Holland, welche durch den Sund aus Preußen und aus Schweden das Holz zu ihrem Schiffbau beziehen, und kann im Besitze desselben eine Seemacht aufstellen, was allen Potentaten

[1] A. a. O. [2] Gindely, Waldstein I, 200. [3] Hurter, Wallenstein 117.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zum Reichthume und zur Macht verhilft. Er sichert seinem Hause die Kaiserkrone. Er festigt durch die Herstellung der Bisthümer die Religion. Er bringt die muthwilligen Städte zum rechten Gehorsam gegen ihre höchste Obrigkeit. Bei den großen, bereits gewonnenen Vortheilen ist an dem erwünschten Erfolge nicht zu zweifeln. Endlich sind auch weder der Kaiser, noch die katholischen Bundesstände so erschöpft, daß sie nicht noch auf Jahre hin dem Kriege gewachsen wären."

Diesem Gutachten gemäß ist anzunehmen, daß die zwölf scharfen Bedingungen in Lauenburg Wallenstein zum Urheber haben, dem Tilly sich fügte. Als die sechste darunter befand sich die Forderung der Zahlung der Kriegskosten, als der neunte diejenige der Erstattung der zugefügten Brandes- und Kriegsschäden aller Länder, besonders der Herzogthümer Braunschweig und Lüneburg. Da Christian IV. von Anfang an fingiert hatte, den Krieg, für welchen England, Holland, Frankreich, Venedig ihn bezahlten, nicht als König von Dänemark zu unternehmen, sondern als Kreisoberst von Niedersachsen, da also das Königreich Dänemark in so weit völkerrechtlich an dem Kriege nicht betheiligt war: so waren jene zwei Bedingungen an sich selber unerfüllbar, und demnach die Aufstellung derselben ein Abschlag des Friedens. Den zwei Feldherren erschien sie als eine Vergeltung für den Übermuth, mit welchem der König im März des Jahres zuvor ihre Friedensbevollmächtigten aus Braunschweig hinaus gewiesen hatte. In ihrem gemeinschaftlichen Schreiben[1] an den Kaiser sagen sie, daß sie eine Milderung der Artikel abgelehnt, und schließen: „Nachdem wir Beide unsere Streitkräfte vereinigt, hoffen wir jene Bedingungen gegen den König, wo nicht in Güte, so mit Gewalt durch den Segen Gottes zu erhalten, und werden daher erster Tage den Fortzug gegen Holstein antreten."

So geschah es mit der gesammten Macht. Tillys Heer bildete den linken Flügel, die Mitte hielt Wallenstein, rechts zog der Graf Schlick unter ihm einher.

Tilly persönlich indessen kam nicht weit. Seinem Principe gemäß ein entscheidendes Treffen zu suchen, nahm er seinen Zug auf Trittau zu, wo die Dänen in einem befestigten Lager standen.[2] Aber vor seiner Ankunft verließen sie es und wichen auf Krempe zurück. Demnach

[1] Ihr Schreiben an den Kaiser bei Khevenhiller X, 1444.

[2] Adlzreitter 158.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

erwuchs für Tilly als nächste Aufgabe, die Stadt Pinneberg zu nehmen. Als er dort, völlig ungedeckt, seine aufgeworfene Batterie besichtigte, ward er vom Walle aus bemerkt. Eine Musketenkugel traf ihn oberhalb des Knies.

Die Anhänglichkeit seiner Veteranen an ihn erwies sich in rührender Weise. Aber es war im Feldlager nicht mehr seines Bleibens. Er mußte sich in einer Sänfte nach Lauenburg zurücktragen lassen, von wo aus er einige Tage zuvor den Siegeszug angetreten. Jedoch auch in Lauenburg verweilte Tilly nicht. Er hatte das unfern gelegene Schloß zu Winsen an der Luhe lieb gewonnen, und bat den Herzog Christian sich dahin begeben zu dürfen. Christian gestattete es gern und nahm herzlichen Antheil. Er schickte ihm dies und jenes Hausmittel, gebrannten Hirschhorn u. dgl., ferner aber auch seinen Leibmedicus.[1] Der Leibmedicus erwarb sich Tillys Vertrauen so sehr, daß derselbe von seinem eigenen Doctor und Balbierer, wie der Leibmedicus berichtet, nichts mehr wissen wollte. Die Wunde war bedeutend, zumal da die Entzündung, welche der Leibarzt die Rose nennt, sehr heftig wurde. Mit Interesse folgen wir den Berichten dieses Arztes an den Herzog Christian über seinen Patienten. Sie zollen ihm das Lob der stillen Geduld in heftigen Schmerzen, und nicht minder lassen selbst die officiellen Worte der Berichte die eigene Freude des Arztes über die wiederkehrende Genesung deutlich erkennen. Auch während dieser Krankheit unterzeichnet Tilly die vielfachen Schreiben seiner Kriegskanzlei; aber die festen deutlichen Züge, in denen wir sonst das „Johann grave von Tilly" lesen, sind hier zitternd, uneben und verschwommen. Am 19. October, fünf und eine halbe Woche nach seiner Verwundung, war Tilly so weit hergestellt, daß er dem Herzoge Christian den Leibmedicus zurücksendete.

Auf die Nachricht von Tillys Verwundung war der Kurfürst Max sehr betroffen.[2] Es ging ihm das, wie er an Tilly schreibt, sehr sorgsam zu Gemüthe. Er sprach ihm sein Beileid aus, verhehlte aber auch nicht einen Vorwurf, daß Tilly wider seines Kurfürsten so wohlmeinende Warnungsschreiben sich zu weit gewagt habe. Er dürfe darum nicht unterlassen, sagt der Kurfürst, ihn abermals zu ermahnen und ihm zu befehlen, daß er seine Person, an deren Erhaltung so hoch und viel gelegen sei, nicht wieder der Gefahr aussetze. Tilly selbst scheint sein Ende gefürchtet zu haben. Er sprach seinem Generalcommissär Ruepp den

[1] Celler Briefarchiv. [2] Westenrieder VIII, 163.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wunsch aus, daß er seinen Kurfürsten gern noch einmal sehen und mit ihm reden wolle. Zugleich meldete Ruepp, daß Tilly ihm einen anderen Wunsch von geringer Erheblichkeit für sich persönlich ausgesprochen, den er dennoch nicht zu erfüllen wisse. Tilly auf seinem Krankenlager hatte nach Granatäpfeln verlangt. Einem Manne gegenüber, der so selten einen Wunsch, eine Bitte für sich aussprach, erschien die Gewährung auch des Geringsten eine Pflicht. Der Kurfürst sendete durch einen eigenen Boten Granatäpfel von München nach Winsen an der Luhe für seinen kranken Feldherrn.

Tilly hatte bei Wallenstein drei Regimenter unter Fürstenberg und seine gesammte Artillerie belassen. Denn ohne diese, erklärte Wallenstein, werde er nicht vorwärts, sondern wieder zurückziehen.[1]

Alsdann heimste Wallenstein allein die Siegesernte ein, welche Tilly vorbereitet hatte.

Schrecken und Furcht lagen auf dem Dänenkönige und seinen Truppen. Christian IV. zog sich auf Rendsburg zurück, um dorthin die zerstreuten Kräfte zu sammeln. Indem er auch dort nicht zu bleiben wagte, sondern weiter zurück weichen mußte, gereichte ihm die Bestimmung jenes Ortes zum schweren Nachtheile. Der Markgraf von Baden hatte sich, nach dem Abzuge von Havelberg, nordwärts in gerader Richtung durch Mecklenburg gewandt, und dann auf der Insel Pöl ein Lager bezogen. Von dort trugen dänische Schiffe sein Corps nach Heiligenhafen, und es galt nun den Marsch nach Rendsburg anzutreten. Sie gelangten nicht weit. Bei Oldenburg trat der General Schlick, der von dem in Lübeck weilenden Herzoge Johann Friedrich die Kunde erhalten, mit seiner Macht ihnen entgegen, am 24. September.[2] Die Haltung der dänischen Söldner bekundete nicht die Neigung zum Schlagen. Während die kaiserlichen Regimenter aufmarschiert standen, erging an jene die Frage, ob sie Dienste nehmen, oder wieder zum Könige sich begeben wollten. Man vernahm von Vielen die Worte: sie wären lange genug hinter das Licht geführt, begehrten in solchem Betruge nicht mehr zu bleiben. Fast das ganze Heer trat über. „Und hätten der alte Markgraf von Baden-Durlach sammt seinem Sohne, Herzog Bernhard von Weimar, Schlammersdorf, Klein Jacob und andere höhere Officiere, die

[1] Aretin, Bayern usw. U. B. 277.

[2] Bericht des Herzogs Georg bei v. d. Decken I. 383. Die Controversen erörtert Röse I, 352.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sämmtlich zuvor in Havelberg gelegen, sich nicht so eilfertig zu Schiffe salviert, so wäre ihres Gebeins nicht davon gekommen, oder doch gefangen worden." — Die Aussagen der Übergetretenen über die Führung des Markgrafen, der doch ein dickes Werk über die Kriegskunst geschrieben, lauteten wenig günstig. „Diese des Durlachers Armee, meldet dagegen der Herzog Georg, ist des Königs Krone und Herz gewesen, darauf er sich am meisten verlassen."

In dem Berichte Schlicks an den Kaiser über seinen Erfolg heißt es: „Gleichsam sine sanguine".[1]

Der Marsch der Kaiserlichen ging auf Rendsburg, 2./12. October, dessen Besatzung zumeist aus Franzosen bestand. Christian IV. setzte dem französischen Obersten einen deutschen Hauptmann vor, mit den Worten: er könne einem Franzosen nicht eine Festung anvertrauen.[2] — Wie dies Wort die Franzosen nicht williger machte, so erstickte es in dem deutschen Hauptmanne nicht die Neigung zur Capitulation. Nach zwölf Tagen wurde diese zur That. Und rascher noch fielen die anderen Städte. Nur die Besatzungen von Krempe und Glückstadt leisteten andauernden Widerstand.

Die Kaiserlichen überschritten die Eider nach Schleswig hinein. „Daß der Dänenkönig in extrema desperatione, meldet Stralendorf aus Heiligenstadt, ist aus dem Abbrennen seines eigenen Landes leichtlich abzunehmen."[3] — Die dänischen Reichsräthe, zu Dalum versammelt, thaten einen anderen Schritt. Sie sandten an Wallenstein ihren Protest ein: der Krieg gehe nur den niedersächsischen Kreis an: die Krone Dänemark und ihre Länder seien dabei nicht betheiligt: daher ersuchten sie um Abzug. Wallenstein ließ durch Aldringer mündlich sagen: seine Antwort sei den Herren aus dem Berichte des Herzogs Friedrich über die Lauenburger Verhandlung bereits bekannt. Er suche seinen Feind, wo dieser sich finde. Die Herren mögen sich um weitere Antwort an den Kaiser wenden. Jedoch bemerke er an ihrem Verhalten noch keine Geneigtheit zum Frieden.[4]

Christian IV. klagte und jammerte vor dem Herzog Friedrich: er sei nicht durch seine eigenen Handlungen in diese Noth gekommen, son-

[1] Kriegsacten F. 76. [2] B. d. Decken I, 385.
[3] Kriegsacten F. 77. Vom 3. October. Vgl. Theatrum E. 1106.
[4] Londorp I, 1038. Vgl. Theatrum E. 1106.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dern durch diejenigen, die ihn verleitet und dann verlassen haben. Wenn er dies auf England, Frankreich, Holland bezog, so würde er damit nicht Unrecht gehabt haben; aber er wendete die Sache dahin, daß die Stände des Kreises Niedersachsen inständig ihn um das Ergreifen der Waffen ersucht.[1] Dies war der Wahrheit zuwider. Nicht jene hatten ihn gesucht, sondern er sie und hatte dann unter dem Namen des Kreisobersten und der Defension ganz Niedersachsen in seinen Offensivkrieg verwickelt. Eben damals hob der Lüneburger Großvogt Behre nach Wien hin hervor, wie wichtig es sei, dem Dänenkönige den Schein dieses Namens zu nehmen.[2] Darauf erfolgte am 26. October ein kaiserliches Edikt, des Inhalts: „Die ohne der gesammten Kreisstände einhelligen Consens vorgegangene Wahl des Königs zum Kreisobersten ist null, nichtig, todt.“[3]

Wenn auch Christian IV. sich selber über das richtige Sachverhältnis zu täuschen suchte, so ward es ihm von anderer Seite offen dargelegt. Er bemühte sich durch den Hamburger Syndikus Lünsmann bei Wallenstein um den Frieden.[4] Wallenstein erwiederte: „Der Dänenkönig hat die Schuld seines Misgeschickes nur sich selber zuzuschreiben. Er hätte vor zwei Jahren unter sehr vortheilhaften Bedingungen für ihn den Frieden herstellen können; aber er hat nicht gewollt. Er zog es vor, mit den Waffen das Herzogthum Braunschweig zu seinem Eigenthume zu machen, und nach einigen Fürstbisthümern zu trachten. Als Vorwand dafür diente ihm der Ruf des Religionskrieges. In den Jahren zuvor hat er, obwohl öfters aufgefordert, sich am Kriege gegen den Kaiser nicht betheiligen wollen: er hat sich dann hinein gestürzt aus Neid und Misgunst gegen den Schweden, um diesem, der in London, in Paris und im Haag sich zum Kriege bereitwillig erklärt hatte, die Sache vorwegzunehmen.“

So Wallenstein zur Nachricht für den Dänenkönig. Der Berather des Pfalzgrafen Friedrich, Rusdorf, von welchem her wir diese Kunde vernehmen, war nicht mit Unrecht erstaunt, daß Wallenstein um jene geheimen Verhandlungen Gustav Adolfs wisse, die doch das Eigenthum so weniger Personen geblieben waren.

Der Kaiser hieß jene von Wallenstein den dänischen Reichsräthen gegebene Antwort gut. „Wir lassen es uns gnädigst wohl gefallen, schrieb er ihm, daß D. L. dem Könige den Unfug gut deutsch unter die

[1] A. a. O. [2] Kriegsacten F. 77. [3] A. a. O.
[4] Rusdorfii epistolae 87.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Augen gerückt, und ferner, daß, wie wir wohl befugt, die dem Könige gehörigen, von unserer Armada besetzten Länder aus den von D. V. angezogenen Gründen nach Kriegesrecht inne zu behalten, wir auch gänzlich entschlossen sind, die uns von Gott verliehenen Siege so lange zu verfolgen, bis uns von dem Könige und denen, welche ihm bisher mit Rath und That beigestanden, gebührende Satisfaction und Erstattung der Kosten gegeben werde."[1]

In den Truppen Christians IV. in Schleswig und Jütland war keine Kraft mehr. Eine starke Reiterschaar, unter ihr auch diejenigen mit, die sich aus Schlesien her gerettet, unter den Obersten Callenberg, Baudissin, Nell, Holk, Franz Carl von Lauenburg, suchte sich in Wiborg zu halten. Wallenstein drängte nach. Sie eilten weiter nach Aalborg. Auch dahin folgte Wallenstein. Das weitere Entweichen verwehrten ihnen die Wellen des Liim Fjord. „Da sie nun gesehen, meldet Wallenstein, daß sie nirgends mehr hinkönnen, haben sie einen Trompeter zu mir geschickt, und Gnad gebeten. Darauf habe ich die Befehlshaber gefangen genommen, die Reiter, welche etwa drei tausend Pferd gewesen, absitzen lassen, und die Pferde und Sättel mit Waffen unter J. K. M. Reiterei ausgetheilt. Die Reiter will ich truppweise zu Fuß zum Lande hinausschicken. Ich habe also durch die Gnade Gottes wiederum achtundzwanzig Cornette und zwei Fähnlein zu Fuß überkommen. Welche Victoria hoffentlich zu J. K. K. M. Diensten gereichen wird."[2]

Am Belt wehten die kaiserlichen Fahnen, und nur die weite Wasserwüste setzte ihnen das Ziel.

Ähnlich erging es in Niedersachsen. Bei der Rückkehr von Pinneberg aus hatte Tilly dort den Grafen Fürstenberg mit einem Theile des Heeres bei den Wallensteinern belassen: die anderen Truppen der Liga wurden gegen die noch übrigen dänischen Besatzungen in Niedersachsen verwendet, namentlich vor Wolfenbüttel und Nienburg.

Die Besatzung von Wolfenbüttel war längst isoliert, und seit dem fluchtartigen Rückzuge Christians IV. von der Elbe, im August, schwand ihr jede Hoffnung auf Entsatz. Dennoch war Graf Solms des festen Willens, sich zu halten so lange wie möglich. Vom Anfange September an umschnürte Pappenheim mit 12,000 Mann die Stadt, in welcher

[1] Friedensacten F. 7. [2] Chlumecky 58.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

11 Compagnien zu Fuß und 500 Reiter lagen.[1] Bereits herrschte in der Stadt Mangel an Lebensmitteln. Pappenheim fügte eine andere Noth durch einen Überfluß hinzu: denjenigen des Wassers. „Durch öfteres Recognoscieren, schreibt er am 1. October, habe ich solche Anschläge gefunden, daß ich mit der Schwellung des Wassers die Einwohner in die oberen Bauen treiben kann.“[2] Die unterhalb der Stadt angelegten Dämme staueten den Strom der Ocker zurück zu einem weiten See, in und um Wolfenbüttel.[3] Der Herzog Friedrich Ulrich, längst zur vollen Erkenntnis des falschen Spieles gekommen, welches zwei Jahre zuvor der Oheim und Bruder mit ihm getrieben, half nach Kräften mit. „Er hat sich, meldet Pappenheim, gegen des Königs Volk schier mehr feindlich erzeigt als ich selbst.“[4] Die Besatzung suchte sich zu helfen durch unabläßige Ausfälle, um so mehr, weil sie stark war an Reiterei. „Außer diesem, meldet Pappenheim, halten wir es nach altem abenteuerischem Rittersgebrauch. Wenn das Treffen vorüber und unsere schweißige Köpfe abgewischt, so kommen wir dann zusammen auf dem Felde, discurieren, essen und trinken, und lobt Einer des Anderen ritterliche Thaten, als wenn wir die besten Freunde wären. Wenn wir dann wieder von einander scheiden, geht es nicht ohne Scharmuzieren ab. Und bekenne ich, daß ich mit keinem mehr tapferen Feinde zu thun gehabt.“[5]

Der Mangel an Lebensmitteln und das steigende Wasser zwang endlich die Belagerten zur Capitulation. Sie erfolgte am 9. December, unter den üblichen ehrenhaften Bedingungen. Pappenheim ließ die Abziehenden nach Lübeck geleiten. Die Erbitterung des Landvolkes gegen diese Besatzung war so groß, daß Pappenheim bei Lebensstrafe untersagte, den Abziehenden ein Leid zuzufügen.[6]

Noch vorher drängte der Graf Anholt die Truppen Christians IV. von der Weser zurück. Für Nienburg kam es Anholt zu statten, daß eine Krankheit, die man die Pest nannte, die Besatzung verringerte, und namentlich den Obersten Limbach, dessen Hand schwer auf den Unterthanen des Herzogs Christian gelastet, selber hinweg nahm. Die Besatzung von Nienburg capitulierte, bereits im November. Die Schanze bei Achim ward aufgegeben. Anholt drängte den Schotten Morgan, der die von Carl I. seinem Oheim zu Hülfe geschickten Engländer und

[1] Pappenheims Schreiben vom 1. October bei Heß 61. [2] A. a. O. 62.
[3] Vgl. den Abriß im Theatrum E. I, 1110. [4] Heß 56.
[5] A. a. O. 63. [6] Theatrum E. 1110.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Schotten führte, auf die Elbe zurück. Den Ligisten ward das siegende Vordringen erleichtert durch die Abneigung der Bevölkerung gegen die Truppen Christians IV. Wo eine Möglichkeit des Erfolges vorlag, da erhoben sich beim Vordringen der kaiserlichen Truppen die Lüneburger und in gleicher Weise die Bremenser, und jagten die dänischen Soldaten hinaus. Die Bewohner von Buxtehude entrangen der dänischen Garnison die Waffen und trieben sie aus dem Thore. Das erwarb ihnen die warme Anerkennung und Zuneigung Tillys, und auf seinen Bericht und denjenigen des Rathes von Buxtehude ehrende Lobschreiben von dem Kaiser und dem Kurfürsten von Bayern.[1] Wo dänische Soldaten einzeln sich sehen ließen, harrte ihrer von den ergrimmten Bauern der Tod. Im Kehdinger Lande an der Elbe wurden zehn Cornette Reiter und ein Fähnlein Fußvolk zersprengt. Der Bericht des kaiserlichen Officiers an Tilly meldet: „Die Reiter und Soldaten, welche nicht von den Bauern erschlagen sind, haben sich untergestellt.“[2] Der Bericht hört sich an, als ob das Erschlagenwerden der Dänen durch die Bauern sich ganz von selbst verstehe. Das Unterstellen unter Tillys Truppen war für die einzelnen versprengten Dänen das einzige Rettungsmittel.

Der Oberst Morgan fand seine Zuflucht in dem festen Stade. Diese drei Plätze also, Stade, Krempe, Glückstadt verblieben zu Ende des Feldzuges 1627 noch dem Dänenkönige.

Noch bevor der Feldzug des Jahres 1627 zu Ende ging, waren die Kurfürsten zu Mühlhausen zur Berathung der Angelegenheiten des Vaterlandes zusammen getreten. Voran unter denselben standen die Frage des Friedens im Reiche und die Klage über den Druck der Truppen Wallensteins. Wir haben also den Stand dieser Dinge ins Auge zu fassen, zunächst die Sache Friedrichs V. von der Pfalz.

14. Die Friedensverhandlungen in Colmar, im Juli 1627.

Seit dem Ausbruche des dänischen Krieges trat diejenige Persönlichkeit, die in den Jahren zuvor für jede Aggressive den Namen hergegeben, der Pfalzgraf Friedrich, mehr und mehr in den Schatten. Der Dänenkönig, der beim Abschlusse des Haager Bündnisses, im December 1625, sich geweigert, eine Verpflichtung zu Gunsten Friedrichs V. auf

[1] Beilage XXXV zur ersten Ausgabe.

[2] Celler Briefarchiv.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sich zu nehmen, hatte daher auch keinen Anlaß, öffentlich jemals seinen Namen zu nennen. Vielmehr hatte er, wenn auch in mehr vertraulicher Weise, wiederholt kund gegeben, daß er sich der Sache des Pfalzgrafen nicht annehme.

Ob Friedrich V. selber und seine Umgebung dies durchschauten, dürfte fraglich sein. Jedenfalls aber erweckte seine Haltung im Jahre 1626 bei dem Kaiser die Hoffnung, dennoch gütlich mit ihm abkommen zu können. Der Kaiser ließ dem Herzoge von Lothringen sagen: da es scheine, als ob die Schreiben des Pfalzgrafen Friedrich glimpflicher lauten, als zuvor: so möge der Herzog erforschen, wie weit Friedrich sich herbeizulassen gedenke.[1] Der Kaiser hoffte damals einen Deputationstag zu Nürnberg zu Stande zu bringen. Als Friedrich die Absicht des Kaisers erfuhr, bat er fortan in öffentlichen Ausschreiben ihn zunächst mit dem Namen des Ächters, des geächteten Pfalzgrafen zu verschonen. Ferdinand willfahrte. Diese Worte unterblieben.

Auch von einer anderen Seite trat zur selben Zeit die Mahnung zum Frieden an den Pfalzgrafen heran, nämlich von einem seiner eigenen Räthe, Rusdorf, der als sein Gesandter bis zum Beginne des Jahres 1627 in England weilte. Der scharfe Blick und das offene Wort dieses Mannes war dem mächtigen Günstlinge Buckingham so unbequem geworden, daß er von dem Pfalzgrafen die Abberufung Rusdorfs verlangte.[2] Friedrich gehorchte.

Im Haag zeichnete dann Rusdorf, in Nachahmung, wie er sagt, der venetianischen Botschafter, die nach dem Ablaufe ihrer Sendung einen ausführlichen Bericht über das Feld ihrer bisherigen Thätigkeit geben, ein Gesammtbild des englischen Staatswesens, „des lecken Schiffes auf hohem Meere mit einem unerfahrenen Jünglinge als Steuermanne".[3] Es ist immerhin möglich, daß Rusdorf in seinem Unmuthe über die ihm widerfahrene Behandlung schärfer zeichnet; aber auch mit Milderungen bleibt das Bild noch immer grell genug. Unter dem noch frischen Eindrucke des in England Selbsterlebten, am 1. Mai, richtete Rusdorf an den Pfalzgrafen ein Gutachten für die Aussöhnung mit dem Kaiser.[4]

[1] Hurter IX, 445. [2] Rusdorf, mémoires etc. I, 804.

[3] R. consilia et negotia publica. Relatio de statu rerum apud Britannos 345.

[4] A. a. O. 307 sqq. Consilium paraeneticum etc. Ich gebe einen Auszug.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Das Gutachten geht nicht aus von dem Standpuncte des Rechtes, sondern demjenigen der Zweckmäßigkeit. Rusdorf sieht keine Hülfsquellen mehr. Er fragt, was denn die Generalstaaten, was England Nachdrückliches gethan. Um den Dänen ist es geschehen. Deshalb muß Friedrich sich jetzt unterwerfen, wo er noch gute Bedingungen erhalten kann. Denn noch stehen die Dänen in Schlesien. Das Lob der Großmuth und Milde, sagt Rusdorf, nach welchem der Kaiser strebt, wird ihm nicht gestatten auch bei besseren Erfolgen das einmal Bewilligte zurückzunehmen.

Zu diesem Zwecke, fährt Rusdorf fort, müsse der Pfalzgraf dem Kaiser bittend nahen. Der jüngere Anhalt, der längst Verzeihung gefunden, muß dem Kaiser im Namen Friedrichs Abbitte thun, muß ihm sagen, wie eifrig, wie devot und ernst der König von Böhmen — denn noch immer verlangte Friedrich von seinen Untergebenen diesen lächerlichen Titel — die kaiserliche Gnade wieder zu erlangen wünsche. Er muß auf alle Fälle zu bewirken suchen, daß die Fürsten und Stände des Reiches fortan milder von ihm denken.

Es liegt in diesen Worten des Rusdorf die Anerkennung, daß die Sache des Pfälzers bei allen Deutschen moralisch längst gerichtet war. Und um sie wieder zu heben, um ein milderes Urtheil zu bewirken, gibt Rusdorf seinem Herrn den Rath, das zu thun, was Ferdinand von Anfang an als die hauptsächlichste und als die einzige Bedingung gefordert hatte: die Abbitte des begangenen Unrechtes, und zwar darum gefordert hatte, weil allein diese Abbitte den Pfalzgrafen gegen die Wiederholung seines Verbrechens moralisch binden konnte. Rusdorf beweist, daß die Ehre und der Ruhm des Kaisers die Wiederannahme des Pfalzgrafen fordere; denn es ist etwas Großes, sagt er, den Feind bittend vor sich zu sehen und dann sofort ihm zu verzeihen. Rusdorf mahnt Friedrich ab von den Rathschlägen, die er aus England empfange. Der König Carl I. hatte nämlich sich geäußert, daß die Vorschläge des Kaisers aller Billigkeit und Ehre zuwiderliefen.[1] Wer hat diese Ansichten? fragt Rusdorf. Wer gibt diese Rathschläge? Es ist Buckinghams Interesse, des mächtigen Günstlings, daß es so bleibt, weil Friedrich und seine Kinder mit ihrem Unterhalte von der Gnade dieses Mannes abhangen, und weil das seinem Ehrgeize schmeichelt. Rusdorf bittet den Pfalzgrafen, sich über Anhänger in England keinen Täuschungen hinzugeben. Kein einziger unter den englischen Großen billigt seine Sache. Wenn

[1] Sattler, Geschichte Württembergs VI, Beilage 63.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sie nicht Rücksicht nähmen auf das englische Blut der Pfalzgräfin und ihrer Kinder, so hätten sie die pfälzische Sache längst verlassen. Und noch wichtiger ist das ungünstige Urtheil über unsere Sache in Deutschland. Wenn wir jetzt nicht uns unterwerfen, sagt Rusdorf: so laden wir bei allen Ständen des Reiches den Vorwurf der Halsstarrigkeit auf uns und machen uns den Frieden für immer schwer. Er fragt: was ist denn auch in Wahrheit der Grund, der uns von der Unterwerfung zurückhalten sollte? — Die Engländer und Holländer haben keinen anderen Grund, uns von derselben abzuschrecken, als die Meinung: wir würden betrogen werden. Es sei dort nicht Treu und Glauben, sagen sie. Angenommen, es sei so, sagt Rusdorf: so würden die Gegner dennoch in diesem Falle unserer Sache etwas geben, was wir jetzt nicht haben, nämlich moralisches Gewicht.

Er erörtert die Bedingungen, die der Kaiser Ferdinand 1626 gefordert. Obenan steht wie immer die Abbitte und Unterwerfung mit Verzicht auf Böhmen. Sie muß geleistet werden, sagt Rusdorf; doch verhüllt er dem störrischen Friedrich den schweren Schritt unter einem Schwalle von Worten, daß diese Abbitte nicht eine Abbitte, sondern nur eine flehentliche Bitte sei. Die Kurwürde wird sich der Bayer, nachdem er sie mit solchem Eifer gesucht, und vom Kaiser erpreßt hat, nicht wieder nehmen lassen. Im günstigen Falle kann vielleicht ein Wechsel der beiden Fürsten in der Führung der Kurstimme erreicht werden. An eine Wiedererlangung der ganzen Pfalz ist nicht zu denken, nur an einen Theil; aber jeder Tag macht unsere Sache schlimmer. Der Kaiser hat begonnen die katholische Kirche in der Pfalz wieder aufzurichten. Er ist ein Mann von höchster Religiosität, er wird darauf halten, und es bleibt uns nur übrig uns zu fügen. Wir können Einwendungen machen, daß der Kaiser doch auch nicht von anderen Reichsfürsten, die er zu Gnaden wieder angenommen, eine Herstellung der katholischen Kirche gefordert: warum denn allein von uns? Warum sollen wir geringer sein als andere? Solches können wir einwenden und schrittweise dann nachgeben, wenn wir nur so viel erhalten, daß das päpstliche und das orthodoxe (calvinische) Bekenntnis mit gleichen Rechten in der Pfalz neben einander bestehen. Es liegt auch hier Gefahr im Verzuge; denn wenn erst der Däne völlig zu Boden liegt: so wird der Kaiser die Rückgabe der kirchlichen Güter durch das ganze Reich fordern. Er wird ein Restitutionsedikt erlassen. Und wer wird ihn an der Ausführung desselben hindern? — Der Kaiser hat endlich Erstattung seiner Kriegskosten gefordert. Das ist

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

eine Forderung, die zu erfüllen unmöglich ist; aber sie ist auch nur vorgeschlagen zum Unterhandeln. Nachdem Rusdorf in diesem bedeutsamen Gutachten seinem Herrn die Lage der Dinge gezeichnet hat, schließt er mit den Worten: „Wem nicht zu rathen ist, dem ist auch nicht zu helfen."

Das Gutachten blieb nicht ohne Eindruck auf Friedrich. Er schickte Rusdorf und Pawel zu dem Congresse, den die Herzöge von Württemberg und Lothringen zu Colmar im Elsaß angesetzt hatten, im Juli 1627. Der erste Bericht Rusdorfs an Camerar lautet: „Wir haben hier Niemanden gefunden als lothringische und württembergische Räthe, keinen Abgeordneten des Kaisers, noch des Bayern. Das deutet nichts Gutes an. Wir aber wollen uns zur Rechtfertigung unserer Sache, und damit es der ganzen Welt offenbar werde, daß es nicht an uns gelegen, wenn der Friede in Deutschland nicht hergestellt wird, bereit erklären, in alles einzugehen, was wir mit Ehren und mit Sicherheit auf uns nehmen können und wozu das Gewissen uns verpflichtet. Die Vorsicht jedoch gebietet, uns zu bewegen gleich den Schildkröten, so daß wir bei jeder annahenden Gefahr uns hinter unseren Schild zurückziehen können."[1] Der Bericht ist augenscheinlich nicht hoffnungsvoll.

Auf die Forderungen von kaiserlicher Seite ließ Friedrich seine Bereitwilligkeit erklären, Abbitte zu thun, nicht jedoch selbst, sondern durch eine dritte Person und in Ausdrücken, die nicht eigentlich eine Abbitte waren.[2] Er wolle auch der Krone Böhmen entsagen, wenn er Kurwürde und Erblande wieder erhalte. Jedoch müsse die Herstellung der Abbitte sofort folgen. Wo nicht, so sei diese als nicht geschehen zu betrachten. Friedrich wolle dann in der Pfalz zwei Klöster dulden. Die Kriegskosten zu ersetzen sei er nicht schuldig, da er sich nur gegen Angriffe vertheidigt habe. — Der Kaiser ließ darauf erwiedern, daß diese Antwort mehr in Weitläufigkeit leerer Reden bestehe als in Thatsachen. Der Pfalzgraf müsse näher treten. — Friedrich entgegnete: es betrübe ihn, daß der Kaiser auch nicht mit Einem einzigen Worte anzeige, was er in der gegebenen Erklärung vermisse. Der Friede stehe lediglich in des Kaisers Hand.

Die Verhandlung in Colmar brachte kein Ergebnis, „weil, wie

[1] Rusdorfii epistolae 86.

[2] Die Verhandlungen bei Khevenhiller X, 1522 ff. Adlzreitter 151 ff.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Pappus sagt, der Friede von der einen Seite mehr begehrt als angenommen, von der anderen mehr dargeboten als gegeben wurde".[1] — Es kam also darauf an, wie die Kurfürsten in Mühlhausen darüber sich aussprechen würden.

Eine andere wichtige Frage, die in dieser Zusammenkunft verhandelt werden sollte, betraf Wallenstein.

15. Wallensteins Verhalten zu den Reichsfürsten und dem Reiche, im Sommer 1627.

Die Beschwerden der vier katholischen Kurfürsten bei dem Kaiser über Wallenstein und dessen Obersten, vor dem Beginne von Wallensteins Feldzuge, hatten nicht eine wesentliche Abhülfe nach sich gezogen. Am 10. Juli erfolgte eine neue Beschwerde, von den vier Kurfürsten unterzeichnet.[2] Es verlaute noch nichts, sagen sie, über die Abführung der Krazischen, Verdugischen, Sulzischen Regimenter gegen den Feind. Sie fügen die neue Klage hinzu: „Es ist nunmehr auch dahin gekommen, daß einige Obersten ihre Truppen aus dem Königreiche Böhmen und anderen fern entlegenen Orten unnöthiger Weise in das Reich und hiesige Lande führen, solche der Länge und Breite nach durchstreifen, und, nach genugsam eingeholter Beute, auf demselben, oder weit umschweifenden Wegen sich an den vorigen Standort zurück begeben."

In Betracht alles dessen, sagen weiter die Kurfürsten, dürfen „wir als Ewr. K. M. innerste Räthe und Glieder des H. R. Reiches, unserem geleisteten Eide nach, nicht unterlassen, Ew. K. M. hiermit nochmals gehorsamst zu ersuchen, dermaleins die unverlängte ernstliche und wirkliche Verfügung zu thun, damit auf Dero gnädigste Resolution und Vertröstung, auf die wir uns beständig verlassen, die im Reiche und am Rheinstrome noch weilenden Obersten und Regimenter ohne längeren Verzug aus den jetzigen Quartieren ab und gegen den Feind geführt werden. Ferner bitten wir, daß alsdann keine Werbepatente mehr ertheilt, sondern daß wir und unsere unschuldigen armen Unterthanen gegen solche gewaltsamen, im Reiche bei gehorsamen Ständen unerhörten, auch allen Reichsconstitutionen zuwider laufenden Beschwerden, dermaleins mit Bestand gesichert werden mögen. Es würde auch der Sache wenig gedient oder geholfen, wenn das Kriegsvolk den nicht-katholischen Ständen eingelegt, und wir, die katholischen, dessen überhoben bleiben sollten; denn,

[1] Pappus 33. [2] Kriegsacten F. 75.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bei der vielfach verschlungenen Lage der Länder, muß unfehlbar eins mit dem anderen leiden. Daher wollen wir auch Ew. K. M. ganz inständig gebeten haben, daß, im Falle die Obersten und Officiere den empfangenen kaiserlichen Befehl, wie bisher vielfältig und zu nicht geringer Ewr. K. M. Disreputation geschehen, in den Wind schlagen, und dagegen sich trotziglich widersetzen sollten — Ew. K. M. dann zu keiner Ungnade aufnehmen wollen, wenn wir, zur Aufrechterhaltung der kaiserlichen Autorität, zur Abwendung des endlich unausbleiblichen gefährlichen Mistrauens und der gänzlichen Zerrüttung des Vaterlandes, selber die Waffen zur Hand nehmen, um jene Regimenter hinweg und aus den Quartieren zu treiben."

„Wir verhoffen, daß dieses unser billigmäßiges Vorhaben Ewr. K. M. nicht entgegen sein, sondern daß diesfalls Ew. K. M. auf uns als Ewr. K. M. hochverpflichtete Kurfürsten und geheime innerste Räthe mehr Vertrauen setzen werden als etwa auf andere geringere Persönlichkeiten, die, wie zu besorgen, auf ihren Privatnutzen zielen."

Dieser Vorstellung legten die Kurfürsten einen Bericht über einen nächtlichen Einbruch des Obersten Görzenich in Wiesbaden bei.

Der Name dieses Görzenich ward unter den räuberischen Wallensteinischen Obersten voran genannt. Auch Wallenstein führte vor dem Kaiser Beschwerde, freilich zu Gunsten Görzenichs. Am 2. Juli meldete er aus Jägerndorf: der Oberst Görzenich, der für den Kaiser geworben und den ersten Monatssold aus seinem Beutel erlegt, sei von dem Kurfürsten von Köln gefangen gesetzt. Wallenstein verlange die Freilassung. „Im Falle der Herr Kurfürst sich über ihn zu beschweren hat, kann derselbe solche Klagen bei mir anbringen."[1] — Auf die Anfrage des Kaisers verneinte der Kurfürst die Wahrheit der Nachricht, und bat den Urheber zu bestrafen.[2] In der That verübte Görzenich in denselben Tagen, wo Wallenstein ihn im Kölnischen gefangen wähnte, jenen Gewaltstreich in Wiesbaden, am 6. Juli.

Im Juli schwollen die Klagen an, und, namentlich im fränkischen Kreise, die Neigung zum bewaffneten Widerstande.[3] Auch der Kurfürst Johann Georg erhob mit Nachdruck seine Bitte, am 4. August: „Ew. K. M. wollen diesem hochbeschwerlichen, unordentlichen und länger uner-

[1] Kriegsacten N. 75. [2] A. a. O. Vom 1. August. [3] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

träglichen Wesen nicht allein im fränkischen Kreise, sondern auch den anderen remedieren, und dem General, den Obersten und Anderen ernstlich befehlen, daß man Kurfürsten, Fürsten und Reichsstände anders als bisher geschehen, respectiere und tractiere, sich den Reichs- und Kreisordnungen gemäß bezeige und mit Durchzügen, Einquartierungen, mit Anstellung von Sammel- und Musterplätzen nicht eigenen Willens und Gefallens, sondern jenen Ordnungen gemäß verfahre." [1]

Auch sogar dem hauptsächlichen Gönner Wallensteins, dem Fürsten Eggenberg, der im November zuvor dessen Verbleiben in seinem Posten vermittelt hatte, wurde der empor steigende Unmuth bedenklich. Zu ihm traten, in Graz, Abgeordnete des schwäbischen Kreises, um Klage zu führen über die Einquartierung des Obersten Kraz, über die Abnöthigung unerschwinglicher Contributionen und die daraus entstehenden Gefahren.[2] „Sie haben mich darauf inständig ersucht, bei Ewr. K. M. Fürbitte einzulegen. Nun weiß ich zwar nicht, ob der O. Kraz diese Einquartierung und auf solche Weise für sich selbst oder auf Befehl des Herzogs von Friedland vorgenommen. Auch weiß ich nicht, was in dem zweiten Falle der Herzog für Ursache dazu haben, noch was vielleicht Ew. K. M. zur Duldung dessen bewegen möchte. Dessen aber erinnere ich mich ganz wohl, daß der Herzog mir im vergangenen Winter zu Bruck an der Leitha und hernach wieder vor seinem Aufbruche von Wien ganz beständig versichert, daß in den fränkischen und den schwäbischen Kreis, besonders aber in den letzten, kein Mann von seiner Armada eingelegt werden solle, und daß ich den Ständen desselben dies unfehlbar zusagen möge. — Es ergeben sich daraus mancherlei Erwägungen gewichtiger Art. Ist es rathsam, daß Ew. K. M. am Ende das ganze Reich ohne Unterschied misgestimmt machen? Ist es ferner rathsam, daß Ew. K. M. den allgemeinen Haß, welchen die Wegnahme des eigenen Besitzes bei Hohen wie bei Niederen unzweifelhaft erregt, auf sich laden? Weiter, wollen Ew. K. M. bei der bevorstehenden Versammlung der Kurfürsten diese Sache zur Berathung belassen? Wollen Ew. K. M. einen gefährlichen Entschluß der Verzweiflung bei dem gemeinen Manne abwarten? Endlich wollen Ew. K. M. über Ihr Können und Wollen die Welt in Zweifel stecken lassen?"

[1] A. a. O. F. 76.

[2] A. a. O. Vom 28. August. Gedruckt bei Gindely, Wallenstein I, 275. Ich ändere ein wenig die Fassung.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Nach solchen Worten eines Berathers, der, nach der Meinung kundiger Zeitgenossen, wie des Nuntius Caraffa, den gewichtigsten Einfluß auf die Entschlüsse des Kaisers Ferdinand II. übte, dürfte man die Mahnung zum entschiedenen Eingreifen gegen den einen Mann erwarten, der sein eigenwilliges Thun zum höchsten Schaden des Kaisers mit dem Namen des Kaisers deckte. Allein an diesem Puncte angelangt, stockt die Rede Eggenbergs. „Ich halte aber, schließt er, die weitere Ausführung dieser Sache nicht für nöthig, weil Ew. K. M. allerleuchtest alles wissen, erkennen und ermessen." Mit anderen Worten: Eggenberg warf, nach einer sachgemäßen und gewichtvollen Einleitung, den zur Unschlüssigkeit geneigten Kaiser in diese Unschlüssigkeit zurück.

„So viel ich verspüre, meldet in denselben Tagen der bayerische Gesandte Leuker in Wien, kommen J. K. M. nicht gern dazu, dem Herzog von Friedland in Ernst etwas zu befehlen; denn sie wollen ihn bevorab jetzt, wo er in Schlesien so nützliche Dienste geleistet, nicht offendieren." [1]

In der Voraussicht, daß auf dem Kurfürstentage, dessen Zusammentreten der Kaiser nicht hindern konnte, die Sache Wallensteins ein hauptsächlicher Gegenstand der Berathung sein werde, faßte der Kaiser, schon zu Ende Juli, den Entschluß, durch einen besonderen Gesandten die Meinung Wallensteins einzuholen. Der Kaiser ersah für diese Mission den Kriegsrath Questenberg. Die Instruction [2] desselben trägt vor Allem den Charakter des Nicht-Offendierens. Questenberg soll den Wallenstein „besten Fleißes dahin disponieren und vermahnen, daß S. L. nicht allein durch förderliche Abführung der Regimenter (am Rheine und in Franken), unser den katholischen Kurfürsten und Ständen gegebenes Wort manutenieren helfen, sondern auch, gemäß dem Gutachten des Kurfürsten von Sachsen, allen hohen und niederen Officieren den Befehl zur Verhütung der Inconvenientien geben und darob ernstlich halten wolle." Diesem Eingange entspricht die ganze Instruction. Questenberg hat nicht Befehle zu überbringen, sondern „des Herzogs Liebden dahin zu vermahnen, daß Sie uns ihre Gedanken eröffnen".

Dazu gab der Kaiser dem Abgesandten Auszüge aus zehn der eingelaufenen Klageschriften mit. Besonders zutreffend mochte darunter die

[1] Gindely, Wallenstein I, 263. Vom 4. August.

[2] Kriegsacten F. 75. Vom 24. Juli.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bemerkung sein, welche der Kurfürst Maximilian einem Schreiben an seinen Gesandten Leuker eigenhändig nachgefügt: „Was die Ruinierung der Quartiere und so vieler unschuldigen Leute nützt, kann am kaiserlichen Hofe daraus abgenommen werden, daß das Lauenburgische Volk, welches in der Wetterau den ganzen Winter über gelegen, und den Kurmainzern und anderen Katholiken so schweren Schaden gethan, an Quantität und Qualität jetzt so abgekommen ist, daß man keine Dienste mehr davon haben kann. So wird es mit dem Kraziſchen und Verdugiſchen Volke, das noch der Enden und in Franken die Menſchen zur Desperation treibt, endlich auch hergehen."[1] Der dritte, Görzenich, war damals endlich nach dem Kriegsſchauplatze abmarſchiert.

Der Kaiſer entließ Queſtenberg mit einem Handſchreiben[2] an Wallenſtein, vermuthlich von Queſtenberg ſelber verfaßt. Es beginnt: „Weil der allmächtige Gott bisher durch Dr. L. der Welt bekannten Valor ſo viele anſehnliche Victorien verliehen" u. ſ. w. — Bei den Siegen, die Wallenſtein damals in Schleſien davon getragen, kamen doch wohl hauptſächlich ſeine Übermacht und die Zerfahrenheit ſeiner Gegner in Rechnung. Um ſo eher aber konnte bei ſolchem Lobe Wallenſtein alles Geleiſtete für ſich perſönlich in Anſpruch nehmen.

Seine Antwort an den Kaiſer, vom 28. September, beſteht nicht wie ſehr häufig ſeine Schreiben, in kurzen abgeriſſenen Sätzen, welche den Gedankengang nur ſelten klar ausprägen, ſondern enthält einen Überblick ſeines Thuns, wie der Kaiſer dasſelbe anſehen ſollte, und iſt daher einer der wichtigſten Briefe, die Wallenſtein geſchrieben.[3]

„Aus Ewr. K. M. gnädigſtem Handſchreiben habe ich den Wunſch vernommen, daß den Klagen aus dem Reiche abgeholfen werde. Nun bezeuge ich mit Gott, daß mir dieſe Klagen ſo unlieb ſind, wie wenn auf meinen eigenen Gütern die Unordnung geſchähe. Deshalb habe Ew. K. M. ich gehorſamſt gebeten, den Grafen Wolf von Mansfeld in Dienſt zu nehmen und zum Capo über dasſelbe Volk zu beſtellen, wie ich dann auch E. K. M. bitte, Sie wollen durch einen Courier ihn auffordern, daß er die Verbrecher beſtrafe und gute Ordnung halte. Ich glaube

[1] A. a. O. F. 76. Vom 26. Auguſt.

[2] So in den Acten, F. 77, benannt, jedoch vom Kaiſer nur unterzeichnet.

[3] A. a. O. F. 77. Abgedruckt bei Gindely, Waldſtein I, 266. Obwohl dort einige ſachliche Leſefehler, ſo geſtattet mir doch der im Ganzen wörtliche Abdruck, die Satzbildung etwas leſbarer zu machen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wohl, daß man Ursache zur Klage hat; denn bei einem unbezahlten Volke sind Enormitäten unvermeidlich. Dies versichere ich E. K. M., daß alle katholischen Reichsstände wie auch der Kurfürst von Sachsen, die Fürsten von Darmstadt, Württemberg, Kulmbach verschont bleiben werden. Hätten E. M. nicht eine solche Macht, so wären Sie, wenn Gott nicht Mirakel gethan, zur Stunde Ihrer Königreiche und Länder beraubt; denn alle umliegenden Potentaten waren wider E. M. verbündet und die Reichsfürsten conspirierten mit ihnen. Die Katholischen wären nicht vermögend gewesen, so vielen Feinden zu widerstehen. Die Lutherischen, die man für gut hält, hätten sich darauf ausgeredet, daß sie einer solchen Macht nicht gewachsen. Ich habe nicht bloß den Dänenkönig ins Auge fassen müssen, sondern auch den Türken, Bethlen Gabor und Frankreich. Zudem eine unbezahlte Armee, wohin sie kommt, destruiert alles was sie findet: darum fürchtet sich ein Jeder davor. Hätte ich nur so viel Volk gehabt, wie gegen den König von Dänemark erforderlich, und dann beim Herannahen des Winters die Quartiere nehmen wollen: so hätte ich überall Thür und Thor geschlossen gefunden. Zwingen hätte ich sie nicht können, sie dagegen mich nicht gutwillig in ihre Länder eingelassen. Also wäre die Armee vor Hunger und Kummer von einander gelaufen, und E. M. hätten sich in schlimmerer Verlegenheit befunden als im Anfange. Deswegen habe ich allezeit am Rheine und in der Wetterau Kriegsvolk haben müssen, unter dem Vorwande der Franzosen, in der Wirklichkeit zur Versicherung des Rückens. — Zudem wird diese große Macht, die E. M. haben, einen guten und beständigen Frieden, welchen ich unterthänigst anrathe, im Reiche machen. Ich glaube wohl, daß sie Alle schreien und Proteste und Bedrohungen haufenweise einbringen werden; jedoch sehe ich nicht, daß es weiter gehen wird. Denn die geistlichen Fürsten werden, wenn ihre Länder nicht beschwert sind, nicht Ursache geben wollen, daß es geschehe. Ähnlich auch Bayern, Sachsen und andere; denn sie wären allesammt nicht imstande, sich der kaiserlichen Armee zu widersetzen. Wollten sie aber fremde Hülfe ins Reich ziehen, so sehen sie selbst, daß daraus ihr eigenes Unheil erfolgen müßte. Denn verzweifelte Entschlüsse, die sind für den Pfalzgrafen, der alles verloren hat, nicht aber für diejenigen, welche noch keine Ungelegenheit ausgestanden, sondern sich nur vor den künftigen fürchten. Aber gewis, sie haben dessen keine Ursache."

„Weil nun die Kurfürsten in Mühlhausen zusammen treten, so meine ich, daß sie sich stark um den Frieden annehmen werden, welchen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht auszuschlagen E. M. ich nochmals unterthänigst bitte. Ich vermeine, daß der König eine ansehnliche Summe Geldes geben wird. Ferner können E. M. sich vorbehalten, diejenigen, die wider E. M. sich vergangen, wes Standes immer, zu bestrafen, sowie Magdeburg und Halberstadt nach Kriegesrecht zu behalten. Auch bin ich der Ansicht, daß die anderen Reichsstände ein Ansehnliches contribuieren werden. Ich werde bei der Armee das Äußerste thun, daß sie über die Artikel (der Werbung) hinaus nichts begehren.[1] Wollen alsdann E. M. die bösen Humoren aus dem Reiche purgieren, so können Sie den Krieg wider den Türken mit großem Nutzen führen, wie ich dann deswegen durch den von Questenberg Ewr. K. M. unterthänigst meine Meinung weitläufiger vorbringen lasse."

Fassen wir zunächst den Schluß des Schreibens ins Auge. Wallenstein mahnt wiederholt zum Frieden. Die Kritik des Kurfürsten Johann Georg über die Friedensbedingungen von Lauenburg lautete: sie seien der Beweis, daß man auf kaiserlicher Seite den Frieden nicht wolle.[2] — Jedenfalls werden wir die Friedenswilligkeit Wallensteins an seinen Handlungen zu prüfen haben.

Das ganze Schreiben ist eine Fortentwickelung des schon bei der Unterredung in Bruck an der Leitha angedeuteten Gedankens: Wallenstein will jede Regung eines Widerstandes im Reiche gegen ihn niederhalten durch die Furcht vor seiner Übermacht. Darum werben und immerfort werben.

Dabei verhüllen die Ausdrücke der Unterthänigkeit nur schwach die Thatsache, daß Wallenstein als der eigentliche Herr im Reiche auftritt. Ohne vorher den Kaiser darüber zu befragen, hat er das überstarke Heer geworben nach seinem Ermessen, und den Truppen die Quartiere angewiesen nach seinem Belieben. Erst nun, nachdem es geschehen, gibt er Gründe dafür an, in der Wirklichkeit Behauptungen ohne Beweis. Während in dieser Weise Wallenstein den Kaiser einzuschüchtern trachtet durch die Fiction von Gefahren, die durch seine Umsicht abgewendet seien,

[1] Es ist dabei zu bemerken, was späterhin ausdrücklich gesagt werden wird, daß die Obersten und Officiere Wallensteins dasjenige, was sie in den Quartieren nahmen, nur als Unterhalt und nicht als Sold betrachtet wissen wollten. Sie sahen ihren ganzen Sold als rückständig an.

[2] Kriegsacten F. 77. Bericht Stralendorfs vom 27. September.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sucht er diejenigen, welche die Consequenz seines Thuns sein mußten, zu verhehlen oder doch zu verringern.

Diese Consequenz war vor allem das Mistrauen, die Furcht, welche von Wallenstein her auf den Kaiser zurückfiel, in dessen Namen er auftrat. Man fragte, man forschte nach der Absicht dieser gegen die geringe Macht des Dänenkönigs unnöthigen Bewaffnung. Am Hofe in Wien selber liefen Reden um, daß die kaiserliche Autorität gestärkt werden müsse. Leuker berichtete darüber nach München, und der Kurfürst antwortete am 22. Juli: „Wir haben aus deinem Schreiben vernommen, daß man damit umgehe, den statum Monarchicum in Deutschland aufzurichten und zum wenigsten den Kurfürsten ihre Vorrechte und ihre Gewalt zu beschränken.“[1] Leuker erhält also den Befehl, alles was er darüber in Erfahrung bringen könne, aufs genaueste zu berichten.

Wenn es wirklich die Absicht Wallensteins und seiner Anhänger war, die Autorität des Kaisers im Reiche zu stärken: so waren ihre Mittel zu diesem Zwecke, indem sie vielmehr Mistrauen und Erbitterung hervorriefen, nicht mit Geschick gewählt.

Und noch weniger war es das Auftreten Wallensteins selber, seiner Obersten und Officiere. Am 20. September sprach Georg Friedrich von Mainz dem Kaiser seinen Dank aus für ein Handschreiben, welches bessere Disciplin in Aussicht stellte.[2] Dann jedoch fügt er hinzu: „Von dem Kriegsvolke Ewr. K. M. werden die Kurfürsten und Fürsten des Reiches ohne Unterschied despectiert, verunehrt und gleichsam unter die Füße getreten. Wenn sie sich bei Ewr. K. M. als dem Oberhaupte beklagen, so werden sie alsdann desto härter gehalten und öffentlich bedroht. Ewr. K. M. wie auch des Herzogs von Friedland Befehle und Patente, sie seien auch so scharf und ernst wie immer, werden spöttlich gehalten, beschimpft, und haben nicht die geringste Folge. Ew. K. M. mögen hochvernünftig selber ermessen, was für Gedanken ein solches Verfahren erwecken muß.“

In jenem Schreiben versichert Wallenstein dem Kaiser, daß die Reichsstände allesammt nicht im Stande sein würden, sich seinem Heere zu widersetzen. Der Fall ist nicht eingetreten: die Frage würde daher eine müßige sein. Jene Versicherung Wallensteins hat einen geschichtlichen Werth nur als Verhüllung seiner Besorgnis, daß es doch dazu kommen könne.

[1] Windely, Waldstein I, 262. [2] Kriegsacten F. 77.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ähnlich steht es mit der Frage des Hereinziehens von fremden Mächten in das Reich. Wallenstein selber wirft sie auf, um sie dann mit dem Hinweise auf das nicht empfehlenswerthe Beispiel des Pfalzgrafen, zu verneinen. Die Frage wird bei den Berathungen in Mühlhausen in concretem Falle an uns herantreten.

In der Voraussicht der Klagen jedoch, die auf diesem Kurfürstentage in Mühlhausen erschallen würden, hielt Wallenstein es für gerathen, vorher ein Exempel zu statuieren. Am 12. October meldet er aus Rudsburg an Collalto: „Auf daß man im Reiche sich über mich nicht zu beschweren habe, daß ich die Übertreter nicht strafe: so habe ich heute dem von Görzenich den Kopf weghauen lassen. Er ist wohl aufs Rad verurtheilt worden. Aber ich vermeine, daß man sich mit diesem contentieren kann. Er soll gar wohl und andächtig gestorben sein.“ [1]

16. Der Kurfürstentag in Mühlhausen, im October 1627.

Der Kurfürstentag in Mühlhausen war hauptsächlich das Werk der zwei Kurfürsten von Mainz und Trier, deren Länder ganz besonders durch die Wallensteiner gelitten hatten. Die Berufung erging, dem Herkommen gemäß, von dem Kurfürsten von Mainz, dies Mal, nachdem Georg Wilhelm von Brandenburg die Übertragung der pfälzischen Kurwürde anerkannt, auch an Georg Wilhelm. Der Kaiser ging nicht ohne Besorgnis dem Tage entgegen. „Ich versehe mich zu meinem Herrn Bruder, schrieb er, noch im Juli, an Maximilian: er werde es dahin zu richten wissen, daß nichts wider die Ehre Gottes, wider unsere Religion und wider meine kaiserliche Reputation gehandelt werde.“ [2] — Der Kaiser ließ sich durch Stralendorf vertreten.

Der Kurfürstentag verhandelte über wichtige Angelegenheiten des Reiches: über das Wallensteinische Heer, über den Pfalzgrafen Friedrich, über den Frieden mit Dänemark, über die Rückgabe der Kirchengüter, die nach dem Passauer Vertrage eingezogen waren. Betrachten wir zuerst die Sache des Pfalzgrafen.

Die Voraussage Rusdorfs, welche dieser schon 1624 gethan, daß jede Versammlung im Reiche die Sache Friedrichs verurtheilen werde, erwies sich in Mühlhausen als völlig begründet. Friedrich hätte noch in der letzten Stunde klüger gethan, den kaiserlichen Vorschlägen von

[1] Chlumecky 57. [2] Gindely, Waldstein I, 261.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Colmar mehr entgegen zu kommen, weil er dadurch noch die Ehre der Freiwilligkeit gerettet haben würde: nach diesem Tage zu Mühlhausen war das nicht mehr möglich. Die erste Forderung der Kurfürsten war dieselbe, welche von Anfang an der Kaiser als die nothwendige und unerläßliche voran gestellt: Unterwerfung und Abbitte des Pfalzgrafen. Auch die anderen Bedingungen, welche die Kurfürsten des Reiches erhoben, waren eben so scharf wie die kaiserlichen. Sie waren in der Sachlage gegründet. Die Kurfürsten verlangten Verzicht auf Böhmen, Verzicht auf die verwirkte Kur, Verzicht auf alle Bündnisse mit fremden Mächten. Man erkannte an, daß die kaiserliche Forderung des Ersatzes der Kosten rechtmäßig sei; aber man hoffte kaiserliche Mäßigung und Milde. Nach gethaner Abbitte wird der Kaiser nicht aus Schuldigkeit, sondern aus Gnaden den Pfalzgrafen der Acht entbinden, und ihm einen Theil seiner Länder wieder zustellen. Im Falle der Nichtunterwerfung dagegen sind Kurfürsten und Stände des Reiches dem Kaiser zu fernerer Beihülfe erbötig. Das Ergebnis war: die gesammten Kurfürsten des Reiches erkannten das Recht und den moralischen Sieg des Kaisers an.

In ähnlicher Weise urtheilten sie über den Krieg mit dem Könige Christian IV. Dennoch gingen sie auf die Sache nicht näher ein. Johann Georg und die Gesandten Georg Wilhelms ersuchten die dänische Angelegenheit auf einen neuen Convent zu vertagen, an welchem hoffentlich auch der Kaiser sich betheiligen werde. Die katholischen Kurfürsten, um eine Trennung zu vermeiden, willigten ein.[1]

Dann trat eine andere wichtige Frage hervor: die Rückforderung der Kirchengüter, welche nach dem Passauer Vertrage in die Hände protestantischer Fürsten und Obrigkeiten gekommen waren. Wie war doch das die unvermeidliche Folge der Dinge, auf die Johann Georg von Sachsen so oft nachdrücklich hingewiesen! Er hatte zur Zeit der böhmischen Rebellion gegen Friedrich von der Pfalz mit ernster Mahnung betont, daß ein solch unrechtmäßiges Beginnen die katholische Partei mächtig in die Waffen rufe. Er hatte abermals dieß hervorgehoben, als im Beginne des Jahres 1626 seine Friedensvermittelung zu Braunschweig scheiterte. Er hatte warnend vorausgesagt, daß im Falle des Sieges die katholische Partei wenn nicht alle, doch viele Kirchengüter zurückfordern werde. Wie auch konnte es nach der Natur menschlicher Dinge anders

[1] Stralendorfs Bericht vom 3. November, in Kriegsacten F. 78.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kommen? Seit einer langen Reihe von Jahren hatte der Bund der katholischen Kirchenfürsten ein starkes Heer in Waffen, nicht zum Angriffe, sondern zur Vertheidigung. Die geistlichen Herren waren nicht krieges-durstig: sie waren längst kriegesmüde. Maximilian von Bayern hatte oft eindringliche Vorstellungen anwenden müssen, um sie zum Beharren zu bewegen. Aber sie hatten nun beharrt. Ihr Heer war siegreich nah und fern. Sollte denn das gar keinen Gewinn bringen, wenn nicht für die Einzelnen selbst, so doch für die Gesammtheit, welcher sie angehörten, für die Kirche? Sollten sie nun nicht, wo der Erfolg so offen zu Tage lag, für die Kirche wieder in Anspruch nehmen, was nach ihrer Ansicht auch nach dem positiven Rechte des Reiches derselben nie hätte entzogen werden dürfen? Also dachten die katholischen Kurfürsten.

Sie legten ihre Ansicht in folgender Weise dar.[1]

Es sind nach dem Religionsfrieden von Augsburg und wider denselben von den protestantischen Fürsten und Reichsständen eine lange Reihe von Stiftern und geistlichen Gütern eingezogen. Gegen die Klagen darüber ist von protestantischer Seite der Einwand geltend gemacht, daß der geistliche Vorbehalt nicht ein wesentliches Stück des Religionsfriedens von Augsburg sei. Allein die Sache verhält sich anders. Nur unter dieser ausdrücklichen Bedingung ist der Religionsfriede abgeschlossen. Die Güter, die *vor* dem Passauer Vertrage eingezogen waren, sind von katholischer Seite nur darum aufgegeben, weil man durch dieses Zugeständnis Sicherheit erlangen wollte für die noch übrigen. Also war es begründet in der Natur der Sache und in den Verhältnissen. Und selbst wenn der Friede zweifelhaft wäre, was er nicht ist: so darf schon nach gemeinen Rechten und nach dem Landfrieden Niemandem das Seinige genommen werden. Und ferner auch selbst wenn es den protestantischen Fürsten völlig frei stünde zu reformieren: so kann dieses Reformieren in Bezug auf die katholische Geistlichkeit doch nicht weiter gehen, als in Betreff eines jeden Anderen. Jeder Andere nämlich, der um der Religion willen ausziehen muß, weil der Landesherr ein anderes Bekenntnis von ihm fordert, hat das Recht, vorher seine Güter zu verkaufen. Dieser Satz ist in jedem einzelnen Falle der Einziehung von Kirchengütern entgegen gehalten. Wie von dieser Seite das Recht der Einzelnen eine Abhülfe fordert, so auf der anderen Seite die Reichsverfassung selbst. Diese beruht auf *allen* Reichsständen, auf geistlichen und auf weltlichen,

[1] Senkenberg XXV, 548. Man vgl. die Abhandlung bei Moser VI, 367, dort irrig in 1640 gesetzt, wo doch der Inhalt namentlich S. 396 für 1627 spricht.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und es steht nicht diesen zu, die Zahl jener nach eigenem Gefallen zu verringern. Darum hat der Kaiser das Recht, als Schutzherr der Kirche und als oberster Richter des Reiches die Herausgabe der entrissenen Kirchengüter zu befehlen. Dieses Recht ist bisher nicht ausgeübt, weil man sich vor den Türken, vor einem Angriffe derselben von außen zu fürchten hatte. Nun da diese Gefahr nicht droht, hat der Kaiser das Recht einzuschreiten, und Niemand wird seinen Anforderungen sich widersetzen.

Der Kurfürst Johann Georg unterzeichnete nicht dieses Gutachten der katholischen Kurfürsten; aber die wesentliche Frage, den Rechtspunkt, erkannte er zur selben Zeit vollkommen an.[1] Als der Herzog von Württemberg sich beklagte, daß ihm ein Kloster genommen werden solle, entgegnete Johann Georg: er könne dem Kaiser die Gerichtsbarkeit in geistlichen Sachen nicht nehmen. Denn von den sämmtlichen Kurfürsten sei dem Kaiser alle Gerichtsbarkeit überlassen, und der Religionsfriede sei klar. Er wünsche nur, sagte der Kurfürst, daß seine Warnungen besser in Acht genommen seien. Es sei nicht seine Schuld, daß man den katholischen Theil so in Waffen gebracht habe. — Aus dem Gutachten des pfälzischen Raths Rusdorf haben wir ersehen, daß auch er ein Restitutionsedict erwartete.

Die Einigkeit der Kurfürsten bethätigte sich namentlich in der Besprechung der Klagen über das Wallensteinische Kriegsvolk. Von einem Religionsdrucke war dabei, wie sich von selbst verstand, nirgends die Rede. In dem Heere Wallensteins ward nach irgend welchem Glaubensbekenntnisse nicht gefragt. Wallenstein hatte ja selbst wiederholt hervorgehoben, wie wichtig es sei, daß er nicht-katholische Obersten ernenne, damit nicht der Gedanke aufkommen könne, als beabsichtige der Kaiser eine Änderung in der Religion. Also nicht davon konnte in Mühlhausen die Rede sein, sondern von dem Drucke dieses Heeres auf Alle ohne Unterschied. Es war die erste und wichtigste Frage, welche die Kurfürsten zu Mühlhausen verhandelten. Sie Alle dachten darin gleich. Der Kurfürst Johann Georg fuhr heftig heraus: wenn nicht geholfen werde: so müsse er mit Anderen sich verbinden und zu erkennen geben, daß zum Schutze gegen unbillige Gewalt im Reiche noch nicht alle Mittel verloren seien.[2]

Dachte bei solchen Worten Johann Georg etwa an ein Bündnis mit einer fremden Macht? — Hier tritt an uns die Frage heran, die

[1] Sattler, Geschichte Württembergs VI, 222 ff. [2] Hurter, Wallenstein 101.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

einige Tage zuvor Wallenstein in seinem Schreiben an den Kaiser berührt hatte, und zwar in Betreff der Fürsten der Liga.

Es war, wie wir wiederholt beobachtet, ein hauptsächliches Augenmerk der Politik des Cardinals Richelieu, die Liga von Spanien getrennt zu erhalten und vom Kaiser loszureißen. Darum hatte er den Beitritt zur Haager Allianz, im December 1625, verweigert, um nicht dadurch den Anlaß zu einem katholischen Gegenbündnisse zu geben, hatte aber dann doch Christian IV. zu seinem Angriffskriege mit namhaften Summen unterstützt.[1] Mit entsprechender Zweideutigkeit suchte er sich unter dem Vorwande der Herstellung des Friedens in Deutschland einzumischen. Am 3. December 1626 richtete Ludwig XIII. ein Schreiben an den Kurfürsten von Mainz, mit Betheuerungen seiner Freundschaft für die Kurfürsten und Stände des Reiches. „Große Kriege aber, sagt er dann, können nur durch einen Vertrag beendet werden, und dazu biete ich meine Vermittelung an."[2] — Georg Friedrich schickte das Schreiben dem Kaiser ein.

Dies Angebot der Vermittelung ward dann von Frankreich her unabläßig erneuert, vom Beginne 1627 an durch einen eigenen Gesandten, Marcheville. Wir finden ihn im Januar in München,[3] im Februar in Mainz,[4] im Juli in Coblenz.[5] Hier redete er zu Philipp Christoph von Trier bestimmter: wenn die Liga sich zu einem billigen Frieden verstehe, so werde Frankreich den Dänenkönig bewegen die Waffen niederzulegen. Dasselbe Erbieten richtete Marcheville an Georg Friedrich in Aschaffenburg.[6] Er überreichte ein Handschreiben Ludwigs XIII. an die drei geistlichen Kurfürsten, in welchem die Worte: Vous y devez être animés et excités par le zèle de la religion catholique, par l'amour de votre patrie, de la liberté et dignité des princes de l'Empire etc. Das Oberhaupt des Reiches ward darin nicht genannt. Georg Friedrich für seine Person war nicht abgeneigt, wenn so der Friede zu erreichen wäre. Jedoch schickte er alle Schreiben dem Kaiser ein, und bat um Resolution. Ferdinand II. antwortete, daß Ludwig XIII., weil er den Dänenkönig unterstützt, als Vermittler nicht zugelassen werden dürfe.[7]

Marcheville erschien auch in Mühlhausen. Johann Georg erklärte vor

[1] Richelieu, mémoires III, 211. [2] Kriegsacten F. 71.
[3] A. a. O. F. 72. [4] A. a. O. [5] A. a. O. F. 75. [6] A. a. O.
[7] A. a. O. F. 76. Vom 20. August.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den anderen Kurfürsten: Marcheville sei Spionierens halber gekommen.[1] Jedoch ließ er ihn vor. Marcheville eröffnete dem Kurfürsten: sein König habe vernommen, daß im Reiche Uneinigkeit sei. Sein König habe oft schon Zwistigkeiten im Reiche vermittelt, sei auch jetzt dazu erbötig, wenn etwa die Kurfürsten sich nicht einen könnten. Johann Georg hörte das an. Dann entgegnete er: „Ich und die anderen Kurfürsten haben auch vernommen, daß Frankreich und England feindselig gegen einander sind, und daß im französischen Reiche allerlei Unruhe ist. Ich für meine Person erbiete mich, und setze eine gleiche Bereitwilligkeit bei meinen Mitkurfürsten voraus, die inneren Irrungen in Frankreich und diejenigen mit England zu vergleichen."

Feiner in der Form, aber wesentlich nicht minder scharf ablehnend lautete die Gesammtantwort der Kurfürsten an Marcheville.[2] Sie sprechen darin „Sr. Königlichen Würde" (Suae Regiae Dignitati) Dank aus für den guten Willen. Sie versichern aber auch, daß „diejenigen, welche bisher darauf ausgegangen, den Frieden des Reiches zu stören, wenn sie nun zur besseren Erkenntnis kommen und sich entschließen, die Autorität der Kaiserlichen Majestät gebührend zu ehren, dann erfahren werden, daß in diesem Convente von Mühlhausen die rechten Friedensmittel berathen sind, über welche die Entscheidung der geheiligten Kaiserlichen Majestät gebührt."

Wiesen in dieser Antwort die Kurfürsten insgesammt jeden Gedanken einer fremden Einmischung eben so entschieden zurück, wie vorher derjenige von Sachsen: so klingt doch aus jenen Worten Johann Georgs an die Ligafürsten über den unleidlichen Kriegesdruck noch ein anderer Gedanke, ein Wunsch, mit herdurch. Es ist der Wunsch, auch einmal in Waffen stehen zu können wie sie. Mit anderen Worten: die rücksichtslose Ausbeutung des jus armorum im Namen des Kaisers, wie Wallenstein sie betrieb, zog die Gegenwirkung nach sich, daß auch in den Reichsfürsten ihrerseits der Wunsch und das Streben erwuchs, das Recht der Waffen für sich selber zu beanspruchen und geltend zu machen. Das Heer der Liga war da. So kriegesmüde die geistlichen Herren waren, bestand doch für sie einer der stärksten Antriebe es fortzuerhalten, in ihrer Besorgnis vor den Übergriffen Wallensteins. Johann Georg wünschte für sich die gleiche Bereitschaft. Demnach verhielten sich die Dinge nicht,

[1] Bericht des Bischofs Franz Wilhelm an den Kurfürsten Ferdinand, im C. Domcapitel A.

[2] Adlzreitter 161.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wie Wallenstein meinte und dem Kaiser vorspiegelte, daß sich aus Furcht vor seiner Übermacht Alle beugen würden. Wenn dies auch Jahre hindurch geschah, so säete doch zugleich diese Furcht die Saat des Mistrauens, der Trennung, endlich des Widerstandes, nicht bloß gegen Wallenstein, sondern gegen den Kaiser.

Die Kurfürsten insgesammt entwarfen dann dem Kaiser ein ausführliches Bild von der trübseligen Lage der Dinge im Reiche, deren Hauptursache das Wallensteinische Heer sei.[1]

„Die Misbräuche bei dem Heere, also beginnen sie ihre Unglück weissagende Schrift vom 3. November, sind so beschaffen, daß dadurch bei längerem Zusehen der Respect vor dem Kaiser mehr gefährdet als erhalten, der Dienst desselben mehr verhindert als befördert, dem Reiche mehr geschadet als genützt, und allen Ständen desselben ohne einigen Unterschied von diesem Kriegsheere fast nicht weniger zugesetzt wird als von den Feinden. Es ist leider dahin gekommen, daß die Kurfürsten des Reiches ihrem Amte und ihren Pflichten nicht genügen würden, es nicht vor Gott, vor dem Kaiser und der Nachwelt verantworten könnten, wenn sie diese Gefahr dem Kaiser verschweigen und nicht bei Zeiten vor dem herannahenden Unglück treulich und ernstlich warnen wollten."

„Die Grundlage alles Kriegswesens ist Disciplin und Ordnung von oben bis unten. Diese ist hier nicht vorhanden. Sie ist zuerst nicht bei dem General selbst. Er hält kein Maß in der Verstärkung seines Heeres. Er gibt nach seinem eigenen Gefallen Werbepatente aus in übermäßiger Anzahl. Er gibt sie Jedem, der darum sich anmeldet, nicht bloß Fremden, die in ausländischen Diensten gestanden, sondern auch solchen, die des Kriegswesens unkundig sind, und gibt sie nicht bloß für Ein Regiment, sondern bis zu vier zu Roß und zu Fuß. Diese Obersten können oder wollen nicht selbst die Werbung übernehmen. Sie vertrauen dieselbe ihren Officieren, und verlangen für sich von Anfang an ihren Unterhalt ohne den geringsten Abzug. Sie zahlen nicht einmal Auritt- noch Laufgeld. Sie schlagen auch dies auf die Contribution, die das Land tragen muß, in welchem sie nach des Feldherrn Befehl oder eigener Wahl ihre Werbefahne aufpflanzen." —

Wie so ganz anders war es bis dahin in den deutschen Ländern mit Geldforderungen gehalten! Die Stände aller dieser einzelnen deutschen

[1] Hurter, Wallenstein 104. Ich dränge den Auszug hier noch mehr zusammen. Vgl. auch Gindely, Waldstein I, 268 u. f.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Länder waren gewohnt, je nach ihrem Ermessen auf die Anfrage ihrer Landesfürsten Gelder zu bewilligen oder zu verweigern. Das Letztere war sehr häufig. Wallenstein und seine Officiere fragten Niemand. Sie forderten, nicht um eine Gewährung der Frage ob? zu erwarten, sondern lediglich, um das Maß anzugeben: wie viel? — das sie allein bestimmten. Die Bewilligung zunächst stand nur bei Wallenstein. Und von welcher Art, von welchem Betrage waren diese? Der Oberst eines Regimentes erhielt 500 Fl. wöchentlich, der Hauptmann eines Fähnleins 100 Fl. wöchentlich. Dennoch blieb Wallenstein auch dabei nicht stehen. Dem Obersten Arnim bewilligte er 3000 Fl. monatlich.[1] Woher das kommen sollte, dafür mochten die unglücklichen Bewohner des Landes sorgen, in welchem diese Truppen standen. Die Bewilligung des Feldherrn war das Recht, auf welches Officiere und Soldaten fußten. Wenn sie nämlich, was wesentlich ist, sich an diese Ordnung banden. Und ob dies geschah, berichten uns weiter die Kurfürsten des Reiches.

„Indem man, also fahren sie fort, das Lauf- und Anrittgeld zu den Contributionen mit ansetzt, wird bewirkt, daß es überflüssig und wohl vierfach einkommt, daß es den Obersten und Officieren bis in viele Tausende, ja wohl Tonnen Goldes mehr in ihren eigenen Beutel einbringt. Und ähnlich ist es mit der Contribution selbst. Sie wird gerechnet von der ersten Stunde an, gleich als ob das Regiment bis auf den letzten Mann vollzählig gewesen wäre. Das ist leicht, wenn der Oberst, der ein Regiment wirbt, bereits ein anderes hat. Er legt eine Compagnie des alten an den Ort des Musterplatzes, und diese Compagnie treibt alles ein. Also handeln die Obersten und Officiere. In gleichem Geiste die Untergebenen auf ihre Weise. Sie rauben und plündern. Sie lassen sich nicht Einmal anwerben, sondern vielmals. Dieß geschieht also. Beim Verlauten der Nachricht von einer neuen Werbung verläßt das Kriegsvolk haufenweise seine Standorte, um den Vortheilen und der Ungebundenheit der neuen Werbung nachzulaufen. Es gibt viele Soldaten, die sich Jahre lang auf allen Musterplätzen umher getrieben haben und niemals vor den Feind gekommen sind. So ist die Zahl der Regimenter groß, der wirkliche Bestand jedes einzelnen gering, die Plage und die Kosten aber so bedeutend, daß man bei rechter Ordnung statt für Ein Regiment auch für drei damit ausgereicht hätte. Und dabei wird noch nicht in Anschlag gebracht das Morden und Brennen,

[1] Förster I, 126.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wie es durch den Herzog von Sachsen-Lauenburg neulich in der Wetterau geschehen, ohne irgend welche Erstattung noch Strafe."

„Diese Art von Kriegswesen, sagen ferner die Kurfürsten des Reiches, ist das Übel, welches Deutschland aussmergelt und zu Schanden macht. Des heiligen Reiches Kraft und Vermögen war ehedem den Türken und allen Ausländern ein Schrecken. Es erhielt das Kaiserthum viele hundert Jahre in glänzendem Flor; aber nun wird es ganz und gar bis auf den Grund erschöpft."

„Allein gibt es denn keine Abhülfe? Der Kaiser hat auf das Flehen der Stände des Reiches wiederholt geboten, den Ausschweifungen ein Ende zu machen. Er hat drohende Befehle erlassen. Freilich, aber sie werden nicht befolgt. Sie werden statt dessen verhöhnt. Auch die Kurfürsten selbst, die Säulen des Reiches, haben bei hohen und niederen Officieren keinen Respect mehr. Ihre Schreiber, ihre Commissarien werden mit Spott und Verachtung behandelt. Man scheut sich nicht, sie öffentlich zu bedrohen. Fürsten und Stände des Reiches sollen Obersten und Befehlshabern bittend nachlaufen. Jene leben im eigenen Lande, in ihrem Eigenthume in Dürftigkeit. Diese prassen und schwelgen und werden dann noch reich dazu. Wie auch kann es anders sein? Die Obersten und Officiere kümmern sich um keine Satzung des Reiches. Alles ist ihnen tributär und gleichsam vogelfrei. Sie fragen nach keinen fürstlichen Commissarien, nach keiner Vereinbarung mit ihnen. Sie selbst weisen die Quartiere an. Sie kündigen diese auch vorher nicht einmal an. Die Truppen sind da, unversehens, und fordern. Sie ziehen ab und zu, aus und ein nach dem Belieben der Obersten. Die bedrängten Einwohner müssen nicht bloß hergeben, zahlen, was sie haben, sondern man nimmt ihnen auch alle Mittel sich wieder aufzurichten. Die Pferde werden ihnen ausgespannt, mit fortgenommen, und aller theueren Zusagen und Versprechungen ungeachtet kommt selten eins zurück. Darum liegt an vielen Orten das Feld wüst und unangebaut. Der Acker trägt keine Früchte mehr. Der Handel steht still. Aber von allen Menschen will am wenigsten der Soldat eine Einbuße erleiden. Er fordert nach wie vor. Und selbst wenn endlich der Abzug erfolgt, bleibt zur Eintreibung der Reste noch eine Wache zurück und fordert die volle Contribution, als sei das ganze Regiment noch da. Der arme Bauersmann läßt allen Muth und alle Hoffnung fahren. Er greift verzweifelnd mit Weib und Kind zum Bettelstabe, verläßt Haus und Hof und wandert hinaus

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ins Elend, um zu sterben. Ganze Dörfer und ansehnliche Flecken stehen öde und leer."

„Wie soll das enden? Wo solchem Unheil noch länger zugesehen wird, wo nicht ein durchgreifendes Heilmittel erfolgt: da ist nichts anderes zu erwarten als ein allgemeiner Aufstand der bis aufs Blut mishandelten Menschen. Dann steht des Reiches Ruin und Untergang vor der Thür. Aber noch ist Hülfe möglich. Und darum wenden sich die Kurfürsten und Stände des Reiches an den Kaiser als den Vater des Vaterlandes. Sie bitten ihn, er möge der ferneren Werbung ein Ziel setzen, er möge mehr Regimenter einziehen, vor allen Dingen diejenigen, welche nutzlos zur Qual der Menschen am Rheine stehen. Er möge zur Verhütung größeren Mistrauens bei dem Heere eine solche Oberleitung einführen, daß die Stände des Reiches dazu ein gutes Vertrauen, die Soldaten selbst davor Respect haben. Sie bitten den Kaiser ferner: er wolle befehlen, daß nicht die Obersten und Officiere einseitig alles verfügen, Quartiere anordnen, Contributionen erheben, diesen verschonen, jenen belegen, dann wiederum sich mit Gelde abkaufen lassen, um einen dritten heimzusuchen. Eine schleunige bessere Ordnung ist ein Gott wohlgefälliges und gemeinnütziges Werk, eine Erlösung von vielen tausenden betrübter Seelen, eine Rettung der Witwen und Waisen."

„Wenn aber dies nicht geschieht, wenn die Generale, die Obersten und Officiere sich auch ferner um kaiserliche Befehle nicht kümmern und wider den Willen und die Meinung des Kaisers die gehorsamen Stände des Reiches bedrängen: so müssen diese selbst auf Mittel zu ihrem Schutze sinnen und hoffen, daß der Kaiser ihnen das, was sein eigenes und des Reiches Bestes erheischt, nicht als Eingriff in kaiserliche Rechte oder gar als Ungehorsam auslegen werde."

Die Eingabe der Kurfürsten an den Kaiser nennt Tilly nicht. Sie spricht nicht von ihm. Wie auch sollte sie es? Im Bösen konnte sie nicht, im Guten, wie er es verdiente, von ihm zu reden, war in einer solchen Eingabe nicht der Ort. Also schwieg sie von ihm. Aber dieses Schweigen ist ein sehr beredtes. Jede einzelne dieser himmelschreienden Anklagen gegen Wallenstein ist mittelbar für Tilly ein glänzendes Lob. Alles, was für Wallenstein hier gefordert wird, sah man bei Tilly erfüllt. Er kann sein Heer nicht maßlos und ziellos vermehren; denn er hat seine bestimmte Zahl, für deren Sold zur Hälfte seine Kriegsherren aufkommen. Nur die Hälfte fällt dem Lande zur Last, in welchem er steht, und zwar nach gemachter Verständigung. Jeder Oberst, jeder Officier

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

unter Wallenstein verfährt eigenmächtig, als seien die Landesfürsten und Obrigkeiten nicht vorhanden. Tilly selbst verlangt für sich die stäte Anwesenheit landesherrlicher Commissarien, damit dem Lande nicht Unerträgliches aufgebürdet werde. Und vor allen Dingen ist wichtig, daß der Regel nach nicht seine Officiere und Soldaten die Contributionen erheben, sondern die Obrigkeiten des Landes mit der Vollmacht zum Abzuge des angerichteten Schadens. Eben darum aber war es die unvermeidliche Folge, daß Wallensteins Heer täglich schwoll, daß Tilly bekümmerten Herzens seinem Kurfürsten melden mußte von zahlreichen Desertionen.

Dennoch thaten die Kurfürsten zu Mühlhausen auch äußerlich einen Schritt, der dem Kaiser jeglichen Zweifel benehmen mußte, wie sie Tilly anschauten im Verhältnis zu Wallenstein.[1] Sie heben hervor, wie die hohe Bescheidenheit und das demüthige Wesen dieses Mannes zu bekannt sei, als daß er in sich selber auch nur den Gedanken aufkommen lasse nach höheren Dingen zu streben. Die Versammlung der Kurfürsten zu Mühlhausen aber wolle es nicht außer Acht lassen, daß der Feldherr bei seinen Verdiensten Anspruch habe auf höhere Würden. Deshalb bittet sie: der Kaiser wolle dem Feldherrn den fürstlichen Stand antragen lassen. Das würden sie, setzen die Kurfürsten hinzu, nebst dem Grafen Tilly als eine besondere kaiserliche Gnade betrachten. Wie zu erwarten, genehmigte der Kaiser diese Bitte sofort. Er ließ dem alten Tilly die Fürstenwürde antragen.

Und Tilly? Die Kurfürsten waren ihm ohne Zweifel wohlgesinnt. Auch seine Bescheidenheit erschien ihnen lobenswerth. Sie thaten das Ihrige, um ihm zur Anerkennung zu verhelfen. Aber die stille Größe des in sich selber klaren und gewissen Mannes erkannten sie nicht. Tilly bedurfte keines Fürstentitels. Er zahlte dem kaiserlichen Sekretär Gereon die übliche Summe für das Diplom, damit Gereon dasselbe nicht ausfertige.[2]

Der Kurfürst Johann Georg begnügte sich nicht mit der Gesammt-Vorstellung der Kurfürsten über den Druck der Wallensteiner. „Ich habe gehofft, schreibt er am selben Tage, dem 24. October / 3. November: es handele sich um den Frieden. So muß man nun doch das Widerspiel erfahren, und wird mir von den Grafen Schwarzburg,

[1] Hurter, Wallenstein 114. [2] Aldzreitter 265.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Stolberg und Gleichen berichtet, daß Ewr. K. M. General ihnen zugeschrieben, die Merodischen Regimenter in ihre Grafschaften einzunehmen. Nun haben allein die Grafen von Schwarzburg bei dem jetzigen Collegialtage einen Kriegsschaden von vierzehn Tonnen Goldes liquidiert. Daraus mögen Ew. K. M. ersehen, wie mit gehorsamen Ständen des Reiches umgegangen und einer nach dem anderen ruiniert werde. Sollte nun desfalls keine Änderung erfolgen, noch bessere Anstalt und Ordnung in Betreff der Durchzüge und Einquartierungen gemacht, sondern ein Stand nach dem anderen durch fernere Vergewaltigung und unerhört starke Geldeintreibungen enerviert und dem Reiche entzogen werden: so kann Ewr. K. M. ich unterthänigst gewis versichern, daß nicht allein es ihnen unmöglich gemacht wird, Ewr. K. M. in der höchsten Noth die geringste Hülfe zu leisten, sondern daß auch, weil den Unterthanen nichts mehr als das bloße Leben übrig gelassen wird, und wenn sie dann vermerken, daß sie von der Obrigkeit keinen Schutz zu hoffen — es endlich zu einem desperaten Werk gerathen, und eine solche Unruhe und Unglück daraus entstehen dürfte, daß es hernach nicht so leicht zu dämpfen und zu stillen sein würde." [1]

Auf die Kunde der Klageschrift der Kurfürsten ersuchte Wallenstein, von Itzehoe aus, am 28. October, den GR. Stralendorf, von Mühlhausen her die besonderen Beschwerden über die Regimenter von Verdugo, Kraz, Sulz, mit den erforderlichen Zeugnissen nach Prag zu schaffen, wohin er auf die Ladung des Kaisers binnen kurzem sich begeben werde.[2] — Aber war es darum sein Wille, überhaupt zu ändern? Es handelte sich damals zwischen Wallenstein und Collalto als Präsidenten des Hofkriegsrathes um die Frage, ob die Reiter des Don Balthasar Marradas auf den Kriegsschauplatz zu schicken seien. Wallenstein, von Fehrbellin aus, am 15. November, verneint, weil diese Truppe zur Meuterei geneigt, bittet daher Collalto sie abdanken zu lassen. „Denn ich bedarf ihrer hier nicht, unangesehen daß ich zuvor fünfmal mehr Cavallerie habe als von nöthen ist." [3] — Eine Absicht, die ihm unnöthige Cavallerie zu entlassen, spricht er nicht aus.

Am 26. November / 6. December wiederholte Johann Georg mit starkem Nachdrucke bei dem Kaiser seine Verwendung zu Gunsten der

[1] Kriegsacten N. 77. [2] A. a. O. [3] Chlumecky 63.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Grafen von Schwarzburg. Er fügt hinzu, daß unter seinen Augen Kroaten und andere Völker unter den Obersten Draghi, Isolani, Colloredo dort einrücken. Er betont, daß ein solches Verfahren den Reichs-Constitutionen zuwider laufe.[1]

Die Antwort des Kaisers an Johann Georg geht, wie immer, von dem Gedanken aus, daß er nicht freiwillig gewaffnet, sondern gezwungen: „Da wir anders nicht still sitzen und zusehen wollten, daß sich unsere und des H. R. Reiches Widerwärtige nicht bloß aller unserer Erbkönigreiche, Länder und Leute wieder mit Gewalt bemächtigten, sondern auch wider uns und des Reiches getreue Fürsten und Stände nach ihrem Willen und Gefallen straflos verführen, ja das ganze Reich in ein anderes, ihnen beliebiges Modell gössen."[2] — „Dieselbe Gefahr besteht auch noch heute."

Diese Beweisführung von kaiserlicher Seite vertheidigte einen Satz, den die Kurfürsten gar nicht angegriffen hatten. Sie fochten das Recht des Kaisers, ein Kriegsheer zu haben, nicht an. Vielmehr hatten ja im April 1625 zuerst die Bitte Tillys um Nachschub, dann die Vorstellungen der Kurfürsten von Mainz und Bayern bei dem Kaiser um die Aufrichtung eigener Streitkräfte, den Anlaß zur Entsendung Wallensteins gegeben. Nicht also, daß eine kaiserliche Armee bestand, gab den Grund zur Klage, sondern die Art und Weise, in welcher sie bestand und erhalten wurde.

Über diesen Kern der Sache gab der Kaiser an Johann Georg die Antwort: er habe Wallenstein nach Prag erfordert, um mit ihm zu berathen.[3] — Er fügte hinzu, daß er zugleich an Wallenstein den Befehl gegeben: „Land und Leute der Grafen von Schwarzburg, Stolberg, Gleichen, wo immer möglich, vor allen anderen zu verschonen". — Offenbar stellten diese drei Worte: wo immer möglich —, die der Regel nach in solchen kaiserlichen Rescripten an Wallenstein wiederkehren, alles in seine Hand.

Und so geschah es auch dies Mal in der That. Wallenstein meldet darüber an Arnim: „J. M. schreiben mir, daß Sie, auf Ersuchen der Kurfürsten von Mainz und Sachsen, die Grafschaften Schwarzburg, Gleichen, Stolberg gern verschont sähen. Nun ist es nicht möglich: denn ich habe den Merode wohl mit 3000 Pferden dahin geschickt, und

[1] Kriegsacten F. 78. [2] A. a. O. [3] A. a. O.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

schicke noch jetzt andere 2000. — J. M. wollen gern einem Jeden gratificieren, und der Herr sieht, daß es nicht sein kann." [1]

Jene Beweisführung von kaiserlicher Seite für den Bestand des Heeres findet sich mit der Consequenz klarer ausgesprochen von dem bayerischen Agenten Leuker: „Bei der Beschaffenheit der Dinge, wo der Kaiser sich in Kriegsverfassung stellen mußte und keine andere Persönlichkeit hatte, welche sich der Werbung unternehmen konnte oder wollte, als den Herzog von Friedland — vermag der Kaiser nicht dem jetzigen Zustande abzuhelfen, sondern muß dem General seinen Humor belassen. Dieser besteht darin, daß Wallenstein durchaus sicher gehen und alles nur mit der Menge des Volkes durchdrücken will." [2]

Die Macht Wallensteins war, nach dem glücklichen Feldzuge wider Christian IV., nach allen Richtungen im Wachsen. Nicht minder seine Hoffnungen und Wünsche. Noch im October war er geneigt gewesen, mit Christian IV. einen Stillstand auf drei Monate einzugehen. Am 2. November spricht er in einem Schreiben an Tilly die Hoffnung aus, daß der Frost ihm den Weg nach den dänischen Inseln bahnen werde.[3] Am 15. November schreibt er dem Kaiser: „Der Stand der Dinge hat sich so verändert, daß ich im Winter die Inseln Fünen und Alsen besetzen kann. Indem ich auch bereits die Anstalten dazu getroffen, bitte ich Ew. K. M., auf den etwaigen Antrag des Kurfürsten von Sachsen zu einem Stillstande nicht einzugehen." [4]

Bei dieser Hoffnung Wallensteins auf die Besetzung dänischer Inseln kamen zwei Bedingungen in Betracht: die eine, ob ihm zu diesem Zwecke Schiffe zu Gebote stehen könnten; die andere, ob, wie er damals hoffte, der Schwedenkönig gemeinschaftlich mit ihm gegen den Dänen handeln würde. Die eine Bedingung wie die andere fordert ein weiteres Eingehen.

17. Die Frage der Schiffe gegen Ende 1627.

Bei den Erfolgen zu Lande gegen den Dänenkönig war die Frage, ob es möglich sein werde, ihm auch auf seine Inseln zu folgen, seit Monaten an vielen Orten erwogen. Gegenüber allzu kühnen Hoffnungen ließ der Herzog Bogislav von Pommern, bereits am 12. Juli, dem

[1] Förster I, 154. [2] Gindely, Waldstein I, 305. Vom 6. Oktober.
[3] Hurter, Wallenstein 123. [4] Chlumecky 62.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kaiser seine Ansicht melden: „Da keine hierzu gehörige Schiffs-Armada vorhanden, auch in vielen Jahren eine solche nicht anzufertigen: so dürfte es unmöglich fallen, die Feinde Ewr. K. M. weiter zu verfolgen.“[1]

Zu Wien jedoch und vielfach anderswo schien die Sache ein mehr günstiges Ansehen zu gewinnen durch das lebhafte Eintreten Spaniens für die Begründung einer kaiserlichen Kriegesflotte und durch die Hoffnung Spaniens dafür auf die Städte des Hansabundes. Der Plan war wesentlich gegen die Republik der Niederlande gerichtet.

Die Macht der vereinigten sieben Provinzen der Niederlande, ihre Kraft des Widerstandes gegen Spanien war erwachsen auf dem Meere. Auf offener See war der einzelne Spanier dem einzelnen Holländer nicht ebenbürtig: bei einem Kampfe mit der gleichen Zahl der Kräfte unterlagen die Spanier. Die neue Macht behielt lange ihren ursprünglichen Charakter: der Reichthum der Holländer gründete sich für längere Zeit weniger auf ihren Handel als auf ihren Seeraub an Spanien. Für Spanien und für Portugal waren neue Welttheile entdeckt; aber die Schätze beider Indien an edlen Metallen, an herrlichen Früchten des warmen Erdgürtels, fielen gar oft den Holländern zu, nicht weil sie dort gruben und pflanzten und ernteten, sondern weil sie auf dem Meere die heimkehrenden Fahrzeuge überwanden und sie mit der Ladung als gute Beute davon führten. Die Holländer waren und blieben zur See gegen Spanien aggressiv und überlegen. Dazu kam ihr Handel. Als die Seele desselben bezeichnen die Holländer selbst die ostseeische Fahrt.[2] An den Küsten dieses Meeres wuchsen die Kiele und die Masten ihrer Schiffe, der Hanf ihrer Taue, der Leinsamen für ihr Segeltuch. Die Bergwerke von Schweden lieferten das Eisen und das Kupfer. In den südlichen Küstenländern dieses Meeres wuchs das Getreide, welches die Holländer unter dem Namen der Hanseaten nach Spanien verfrachteten, und welches dort ihnen reicheren Gewinn brachte als den Erzeugern.

Zu dem Zwecke dieses Handels nach Spanien hatten die Generalstaaten mit den Hansestädten, im Jahre 1615, ein Bündnis abgeschlossen, nicht um die Hanse in ihren Krieg mit Spanien hereinzuziehen, sondern um sie davor zu bewahren, zugleich aber auch, um sie gegen etwaige Übergriffe des Dänenkönigs zu schützen. Des Namens wegen wurden

[1] Kriegsacten F. 75. [2] Aitzema II, 358.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

in diesem Bündnisse für die Hansastädte die Beiträge zur Führung der gemeinen Sache, wie man es nannte, angesetzt.[1] Aber die Generalstaaten hüteten sich, jemals diese Quoten einzuziehen, damit nicht die Hansestädte mit Spanien verfeindet würden.[2] Denn unter den Seebriefen und Pässen der Osterlinge trieben auch die Holländer ihren Handel nach Spanien.

Für die Hansastädte gewährte das Bündnis den Vortheil, der Regel nach frei zu sein von Übergriffen ihrer mächtigen Gönner. Indessen hinderte das die Generalstaaten nicht, gelegentlich sie zu drücken und an ihre politische Ohnmacht zu erinnern. Wenn sich ein geeigneter Vorwand bot, gut oder schlecht: so nahmen die Holländer die Schiffe ihrer Freunde von Hamburg gelegentlich auch auf der Elbe weg.[3] Ebenso wenig genossen die Hanseaten des Schutzes der Holländer gegen die mächtigen Freunde derselben auf der nordafrikanischen Küste. Als Freunde der Holländer durften die Barbaresken bezeichnet werden; denn sie fuhren ungehindert in holländische Häfen ein,[4] kauften und verkauften. Um sich dem französischen Könige gefällig zu beweisen, nahmen dann die Holländer vielleicht diesen oder jenen französischen Sklaven heraus und schickten ihn frei nach Frankreich. Den Barbaresken dagegen das Handwerk zu legen, hatten sie gar keine Neigung, weil dieselben sehr nützliche Verbündete gegen Spanien waren. Nur wenn Klagen einliefen, daß diese guten Freunde es wagten Holländer zu behandeln gleich Hanseaten, daß die Seeräuber durch Anwendung der Bastonade holländische Schiffscapitäne zu dem Bekenntnis hatten zwingen wollen, daß sie Hanseaten seien: nur in solchem Falle legten sich einige holländische Kriegsschiffe vor die Städte der Barbaresken, öffneten die Stückpforten und forderten die Abhülfe der Beschwerden. Dieselbe pflegte dann sofort zu erfolgen.[5]

Alle solche Dinge waren in Madrid sehr wohl bekannt. Aber zu einem Versuche, die Hansa von den Generalstaaten zu lösen, bot sich für lange Jahre keine Aussicht.

Während Spanien zur See sich auf die Vertheidigung beschränken mußte, verfuhr es bis dahin zu Lande angriffsweise. Aber betrachten wir diese Unternehmungen zu Lande. Es sind nicht großartige Feldzüge mit zahlreichen Heeren, welche die geringere Landmacht der Niederlande zu erdrücken vermöchten, sondern man zieht aus, belagert diese oder jene Stadt, nimmt sie entweder nach einer Belagerung von vielen Monaten,

[1] Vgl. Bd. I, 198. [2] Aitzema I, 391. [3] A. a. O. I, 1104. II, 252.
[4] A. a. O. 207. [5] A. a. O. 69.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

oder läßt sich auch davon zurück treiben. Damit geht ein ganzer Feldzug hin. Jeder Erfolg der Holländer zur See dagegen bringt ihnen baaren Gewinn. Das Ergebnis einer solchen Unternehmung von spanischer Seite steht auch bei günstigem Ausgange nicht im Verhältnisse zu den Mitteln, die dafür aufgewendet werden. Die letzte That dieser Art war die Belagerung von Breda. Die Stadt wurde endlich von Spinola gewonnen. Der Verlust war scheinbar auf der Seite der Niederländer, und dennoch war er in Wahrheit auf der Seite Spaniens. Es hatte sich für diese Belagerung so erschöpft, daß es fortan auch selbst zu Lande auf den Angriff verzichtete, daß es schon im nächsten Jahre nur zur Vertheidigung im Felde erschien. Die Nachricht, daß dem also sei, daß die Spanier nur noch sich vertheidigten, erregte in Europa allgemeines Erstaunen. „Ich kann es nicht glauben," rief der Cardinal Richelieu aus.[1] „Es kann nicht sein: sie haben noch keine Subsidien von uns bekommen."

Bedurften die Holländer derselben? Sie nahmen die dargebotenen immerhin gern an, bemühten sich auch sie zu erlangen: aber sie hätten derselben auch entbehren können. Die Versuche der Spanier zu Lande trafen das innere Leben der Holländer nicht. Waren ihre Söldner gefallen, von Pest und Hunger weggerafft: so kauften sie sich neue. Denn ihre Märkte überströmten von Geld, theils durch ihre Erfolge zur See, theils durch ihren Handel. Und namentlich darf man sagen, daß an die Fahrt nach der Ostsee sich das Gedeihen, oder, nach den Umständen, selbst die Existenz der Republik knüpfte. Wollte Spanien sie treffen ins Leben hinein: so mußte es ihr die Wurzel abgraben, die Quelle verstopfen. Im Jahre 1626 entwickelte sich in Spanien dieser Plan, der sich zusammen drängen läßt in einen einzigen Namen. Bei der Zusammenkunft von Tilly, Wallenstein und dem spanischen Gesandten La Motterie zu Duderstadt, im Juli 1626, verlangte der Spanier die Stadt Lübeck. Die Möglichkeit der Ausführung erschloß sich erst damals, zu Ende 1627, als kaiserliche Fahnen wehten an beiden Meeren, als der Adler des Reiches die deutschen Ströme schützend überwachte bis da, wo sie sich in die unendliche Wasserwüste verlieren.

Der Inbegriff der spanischen Plane war, daß allein die Hansestädte das Recht des Handels nach Spanien haben sollten.[2] Nur sie sollten nach Spanien Getreide bringen, und was es sonst bedurfte; nur sie sollten die Erzeugnisse des warmen Erdgürtels, soweit derselbe der

[1] A. a. O. 429.

[2] Aitzema II, 499. Khevenhiller X, 1512. Vgl. auch Reichard 69.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Krone Spanien unterthan war, und diejenigen des Landes Spanien selbst nach dem übrigen Europa bringen. Die Hansestädte sollten die Stapelplätze für beide Zweige des Handels sein. Die nordwärts gelegenen Städte sollten die Waaren, welche sie nach Spanien zu verführen gedächten, nur über die Hansestädte dort einbringen, und wiederum nur auf den Märkten der Hansestädte die Producte des Südens einkaufen dürfen.

Dem Kaiser Ferdinand II. bot sich hier die Gelegenheit, die Hansestädte, deren Werth für das Reich er niemals unterschätzte, denen er jederzeit besondere Geneigtheit bewies, diese Hansestädte durch die Aussicht auf Vortheile von unermeßlicher Tragweite mit sich und dem Reiche fester wieder zu verknüpfen. Er ließ sich verschiedene Gutachten über die Möglichkeit der Ausführung geben. Als diese beistimmend ausfielen, schickte der Kaiser im Herbste 1627 den Grafen Georg Ludwig von Schwarzenberg nach Lübeck. Zugleich ward in Hamburg und in Danzig die Sache erwogen. Schwarzenberg legte dem Rathe von Lübeck die kaiserlichen und spanischen Plane vor. Er hob hervor, daß die spanische Fahrt früher als die rechte Quelle alles Reichthums gegolten, daß jetzt das Monopol derselben für die Hanse sich darbiete. Er verhehlte die Gefahren nicht; aber er wies zugleich hin auf den kaiserlichen Schutz. Er forderte die Hansestädte auf, sich die Sache zu überlegen. Bis dahin hatten diese Hansestädte, bei allen Betheuerungen ihrer Treue für Kaiser und Reich, ihr Heil in der Neutralität gesucht. Nun trat an sie die Aufforderung heran, sich offen zu erklären. Die Vortheile waren lockend, aber in der Ferne, die Gefahren dagegen unmittelbar nahe, nicht bloß von Dänemark her, sondern von allen zur See gewaffneten Mächten. Es war eine Frage von unabsehbaren Folgen, wichtiger vielleicht als bis dahin im Laufe des Krieges eine erwogen war. Eben darum bedurfte sie einer sorgfältigen Überlegung, war eine sofortige Antwort nicht zu erwarten.

Zunächst konnte es in Frage kommen, ob bei der Lage der Dinge die Hansestädte dem kaiserlichen General ihre Schiffe zum Angriffe auf die dänischen Inseln verstatten würden. Es ergibt sich nicht, daß der Graf Schwarzenberg damals gleich einen Antrag dieser Art an den Senat von Lübeck gestellt habe. Dagegen erschienen bereits im Anfange November in Lübeck die dänischen Gesandten Palle Rosenkranz und Friedrich Günther, zugleich um diese Anfrage zu stellen und vor dem weitaussehenden spanischen Plane zu warnen. Dänische Kriegsschiffe legten sich vor Travemünde. Es bedurfte indessen nicht einmal dieser Drohung.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Senat von Lübeck antwortete: „Nach den Statuten der Stadt dürfen die Bürger nicht das geringste Schiff zum Schaden oder Überfalle des Königreiches Dänemark darleihen. Darüber ist bis Dato festiglich gehalten und soll ferner gehalten werden.“ [1]

Christian IV. scheint jedoch noch nicht völlig getraut zu haben. Es erschien in Lübeck, wo sich eine Reihe von Deputierten der Hanse eingestellt, im Namen des Königs abermals ein Gesandter, Joachim Kraz. Am 1. December erwiederte auf seine Anfragen der Syndikus von Lübeck im Namen des Senates: man werde den spanischen Plan einer reiflichen Berathung unterziehen. „Inmittels kann der König sicher sein, daß von den Städten, deren Abgeordnete hier anwesend, der kaiserlichen Armee zur Überführung von Truppen kein Schiff geliehen werden soll. Ausgenommen ist nur, was die bedrängte Stadt Wismar thun muß, mit deren Bürgern und Schiffen die Soldaten übel hausen.“ [2]

Auf ein freiwilliges Herleihen von Schiffen gegen Dänemark hatte also Wallenstein sich keine Hoffnung zu machen. Vielmehr keimte wegen der Behandlung der Hansestadt Wismar, die Wallenstein durch die Erbauung einer Citadelle dort zwingen wollte, [3] bereits der Unwille der Bundesstädte gegen ihn empor.

Wallenstein hatte diese Entscheidung nicht abgewartet, sondern, erfüllt von großen Entwürfen für seine Person, sich schon vorher auf die Reise nach Prag begeben. Wir haben also unser Auge zu richten auf die andere Frage: wie der Schwedenkönig sich zu diesem Stande der Dinge verhielt, zuvor aber seinen Feldzug von 1627 zu überblicken.

18. Gustav Adolf im Jahre 1627.

Die Correspondenz zwischen Oxenstierna und Camerar hat uns gezeigt, daß das eigentliche Ziel des schwedischen Einbruches in Preußen, im Jahre 1626, der Besitz [4] der Stadt Danzig war, nicht bloß um dem Könige von Polen dadurch einen schweren Streich zu versetzen, sondern eben so sehr oder mehr noch, um einen festen und sicheren Ausgangspunct für die Einmischung in den deutschen Krieg zu haben. Das Ziel war nicht erreicht. Die Stadt Danzig hatte die List wie die Gewalt mit Nachdruck abgewiesen.

Der Beginn des Feldzuges von 1627 war für den Schwedenkönig nicht günstig. Die Obersten Streif und Toifel hatten für ihn in Mecklen-

[1] Kriegsacten F. 78. [2] A. a. O. 85. [3] Förster I, 163, 265.
[4] Moser VI, 100.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

burg Truppen angeworben, deren Zahl verschieden angegeben wird, wahrscheinlich doch 4000 Mann. Sie wagten nicht den Durchmarsch durch Pommern, wo der Herzog Bogislav das Landvolk gegen sie aufgeboten. Der polnische Feldherr Koniecpolski hatte rechtzeitig auch den Kurfürsten Georg Wilhelm vor dem Durchzuge jener Truppen durch die Mark gewarnt. Daß es dem von Adam von Schwarzenberg berathenen Kurfürsten ernstlich darum zu thun war, nicht abermals wider Polen eine Schuld auf sich zu laden, muß nicht bloß nach seinen Worten, sondern auch nach der Sachlage mit Recht angenommen werden.[1] Aber jene Truppen zogen durch die Ukermark. Sie überschritten die Oder bei Schwedt, wo gerade die Kurfürstin anwesend war. Die Berliner Geheimenräthe meldeten dem Kurfürsten, der sich bereits in Preußen befand: sie hätten das Herannahen jener Mannschaft zu spät erfahren.[2] Die Schaar zog weiter. Dennoch gelangte sie nicht ans Ziel. Bei Hammerstein in Pomerellen trat ihnen Koniecpolski entgegen, und zwang sie die Waffen zu strecken, am 15. April.

Darüber meldet Husan aus Lübeck dem Kaiser: „Daß der schwedische Oberst Streif von den Polen zur Waffenstreckung gezwungen, ist wie ein großer Sieg zu erachten."[3]

Auch der Kurfürst Georg Wilhelm, berathen von Adam von Schwarzenberg, ermannte sich dies Mal zum Entschlusse des Widerstandes gegen seinen übergreifenden Schwager. Die Stände des Herzogthums Preußen entsprachen dieser Gesinnung.[4] Als Georg Wilhelm sie berief, erklärten sie, daß sie bei dem Könige in Polen und dem Kurfürsten von Brandenburg mit Zusetzung von Gut und Blut beständig verharren wollten. Sie machen einen Überschlag der Kosten, und bestimmen 10,000 Mann zur Wiedereroberung von Pillau, und 10,000 Mann zur Besetzung der Grenzen, damit nicht der Schwede unversehens einbreche. Die Unkosten aller Art belaufen sich in neun Monaten auf 60 Tonnen Goldes. Die Landschaft bittet zuerst, ob nicht noch alles gütlich vermittelt werden könne. Wo nicht, so sei sie pflichtschuldig und erbötig den Rest dabei aufzusetzen.

Dem Muthe der Worte entsprachen dennoch nicht die Thaten. Dohna, der sich als kaiserlicher Gesandter bei dem Kurfürsten in Königsberg befand, berichtet am 20. Mai: „Vorgestern ist Gustav Adolf in Pillau angelangt, mit 47 Compagnien. Der Kurfürst hat Gesandte an ihn geschickt, um Pillau zurückzufordern: denn er könne nicht neutral

[1] Cosmar 343. [2] A. a. O. [3] Kriegsacten F. 73. Vom 28. April 8. Mai.
[4] Youdorx III, 980.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sein. Aber der Kurfürst hat nicht mehr als 4800 Mann und 500 Pferde. Die Polen sind kaum so stark. Darum ist geringe Aussicht auf Widerstand, und der Kurfürst sehr perplex. Er hätte gern kaiserliche Hülfe; aber eine solche würde den Polen sehr verdächtig sein." [1]

In der Audienz der Gesandtschaft Georg Wilhelms bei Gustav Adolf ließ dieser seinem Zorne über den Versuch der Abwehr freien Lauf.[2] Man solle den Kurfürsten vor dem Grafen Adam von Schwarzenberg warnen, sagte er; denn der Graf verkaufe das Gewissen seines Herrn dem Kaiser und dem Könige von Polen, und heuchele mit den Papisten. Gustav Adolf schien also vergessen zu haben, daß der Kurfürst dem Kaiser wie dem Könige durch Lehnseid verpflichtet war. Er gab weiter den Rath: die Preußen sollten den Grafen Schwarzenberg fenestrieren, wie die böhmischen Stände mit den kaiserlichen Ministern gethan, oder ihm den Hals entzwei schlagen. — Auf den Bericht seiner Gesandten ließ Georg Wilhelm dem Schwager erwiedern: wie es ihm gefallen würde, wenn einer seiner liebsten Diener und ersten Räthe also geschmäht würde. Gustav Adolf beharrte: was er geredet, sei wahr — und fügte Ähnliches hinzu.

Georg Wilhelm stand verschanzt bei Lochstädt, der schwedischen Übermacht nicht gewachsen. Man unterhandelte. Darüber schreibt Gustav Adolf heim: „Das Begehren des Kurfürsten, Pillau zurückzubekommen, ist durch Unterhandlung beseitigt worden. Er thut nicht mehr gegen uns, als wozu er des Scheines halber gezwungen ist, auf daß Polen ihn nicht seines Lehens beraube." [3] — Und in einem folgenden Briefe: „Wir haben uns mit unserem Schwager dem Kurfürsten in einen Tractat eingelassen und sind zuletzt so weit gekommen, daß zwischen ihm im Herzogthume und uns ein Waffenstillstand bis Michaelis errichtet worden ist. Darauf haben wir die Schanze bei Pillau verstärken lassen und drei Regimenter hinein gelegt." [4]

Wie Gustav Adolf in seinen Berichten nach Schweden die Fügsamkeit Georg Wilhelms unter die Übermacht als guten Willen für ihn auslegte: so zeichnete von der anderen Seite der polnische Vicekanzler Bischof Lubienski in einem Briefe an den kaiserlichen Gesandten Dohna die Schwäche Georg Wilhelms mit scharfen Worten als Verrath.[5]

In der That war der Vortheil des geschlossenen Vertrages völlig auf der Seite des Schwedenkönigs. Pillau mit dem hohen Zolle, den

[1] Kriegsacten F. 74. [2] Cosmar 371. [3] Geijer III, 124.
[4] A. a. O. [5] Pilnig, literae etc. I. 964.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

er dort von der Schifffahrt erhob, blieb in seinen Händen, und der Kurfürst-Herzog verhielt sich in dem ferneren Feldzuge des Schweden gegen die Polen neutral. Zur Aufrechthaltung dieser Neutralität diente die geringe Macht jener 4 bis 5000 Mann. Es ist später hervorgehoben, daß diese Truppe der Stamm des preußischen Heeres geworden ist. Wie weit man damals noch entfernt war, den Bestand eines eigenen Heeres in einem Territorium des Reiches für nothwendig zu erachten, beweist namentlich das gleichzeitige Verhalten der märkischen Stände. Im Jahre 1626 hatten sie dem Kurfürsten zur Sicherung des Landes und seiner vier Festungen Küstrin, Driesen, Peiz und Spandau, den Unterhalt von 3000 Mann auf sechs Monate bewilligt, nämlich 100,000 Reichsthaler.[1] Sie setzten dann die Zahl der zu unterhaltenden Mannschaft herab auf 2000, auf 1500, auf 900. Nach der Niederwerfung des Restes der Dänen in Schlesien erklärten die märkischen Landstände: es sei ganz und gar unnöthig, ferner einiges Kriegsvolk zu unterhalten, weil man sich nach wie vor in kaiserlicher Majestät Devotion befinde, auch von der dänischen Armee, welche nunmehr gar weit, ganz keine Gefahr zu besorgen, vielmehr ein fernerer Unterhalt von Truppen zu sonderlicher Offension der kaiserlichen Majestät gereichen werde.[2]

Aus der Antwort ergibt sich, wie sehr noch in den Landständen das Bewußtsein lebendig war, daß dem Oberhaupte zuerst und hauptsächlich das Recht der Waffen durch das ganze Reich gebühre. Es ist wesentlich dieselbe Wahrnehmung, die wir gemacht haben bei dem Auftreten Wallensteins, dessen Name als nur kaiserlicher Feldherr, bevor man sein Walten näher kennen lernte, den Völkern eher willkommen war als derjenige Tillys. Wenn daher Wallenstein dem Dienste für Kaiser und Reich sein Privatinteresse unterordnete, so hätte es ihm gelingen können, durch Gerechtigkeit und Milde bei den Völkern die Anerkennung des Rechtes der Waffen für das Oberhaupt im Reiche völlig wieder zu gewinnen. Das Walten Wallensteins hatte nicht diesen Erfolg.

Für den Unterhalt der Truppe in Preußen, welche, wie gesagt, als der Beginn eines brandenburgisch-preußischen Heeres gilt, ward eine Accise, also eine indirecte Steuer erhoben, weil weniger gehässig als die Contribution.[3] Den Schwedenkönig wandelte die Besorgnis an, daß dennoch diese Truppe auch gegen ihn gebraucht werden könne. Er wandte daher abermals das Mittel an, dessen er sich schon früher bedient. Er

[1] Cosmar 343. [2] A. a. O. 344. [3] A. a. O. 352.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mahnte die preußischen Landstände, die von dem Landesherrn geforderten neuen Steuern, als zu Rüstungen gegen ihn bestimmt, zu verweigern. Er durfte ohne Sorge sein; denn Entschlüsse solcher Art reiften nicht in der Seele Georg Wilhelms. Nach dem Abschlusse jenes Vertrages und der Sicherung von Pillau führte Gustav Adolf seine übrige Macht in das polnische Preußen, um, wenn es möglich war, vor Allem die Stadt Danzig zu erlangen.

Dieser Krieg in Preußen war namentlich den Kaufleuten in der Republik der Niederlande sehr wenig genehm, weil sie hauptsächlich den hohen Zoll zu tragen hatten, welchen Gustav Adolf in Pillau erhob. Die Generalstaaten beschlossen den kriegenden Mächten ihre Vermittelung anzubieten.[1] Bereits im Mai trugen holländische Schiffe eine besondere Gesandtschaft ostwärts. Sie kehrte zuerst in Kopenhagen ein und begann dort, wo das calvinische Bekenntnis eben so wenig geduldet ward, wie die Hochmögenden daheim den Hugo Grotius und die anderen Arminianer duldeten, mit dem Ruhme und Preise des evangelischen Wesens und der deutschen Freiheit. Sie versicherten, daß die Verdienste des Königs um dieselben unsterblich seien. Sie führten einige Klagen über die Erhöhung des Sundzolles; aber sie beruhigten sich bei der Antwort, daß diese Erhöhung nur geschehen sei, um die Kriegsmittel gegen den Kaiser zu erlangen.[2] Dann segelten sie weiter und trafen zuerst den Schwedenkönig im Lager bei Dirschau. Sie sprachen ihm in deutscher Rede ihre Glückwünsche aus zu seinen Erfolgen. Er selbst war nicht zufrieden und erging sich in solchen Drohungen gegen die Stadt Danzig, daß die Holländer davor erschraken. Sie sagten ihm, daß sie gekommen seien, um Frieden oder wenigstens Stillstand zu vermitteln, und daß sie deshalb zunächst den Weg zu dem Polenkönige einschlagen würden. Gustav Adolf war damit zufrieden. Sie traten vor den Polenkönig. Wie sie Gustav Adolf beglückwünscht hatten: so sprachen sie seinem Vetter Sigismund ihr Bedauern aus, daß er von feindlicher Macht in seinem Lande angefallen sei. Sie betheuerten, daß sie neutral seien nach allen Seiten, und daß ihnen nichts mehr am Herzen liege als ein allgemeiner Friede. Deshalb auch seien sie zu ihm gekommen. Sigismund erwiederte ihnen: er nehme die Wünsche für Frieden und Ruhe an, und strebe seinerseits durch die That ihnen zu beweisen, wie sehr er diejenigen verabscheue, die

[1] Aitzema II, 251, 255. [2] A. a. O. 271.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ohne allen Grund und alle Veranlassung aus Habgier und Ehrgeiz den Kriegesbrand unter friedliche Völker schleuderten und ruhige Menschen zum Blutvergießen aufstachelten.[1] — Die scharfe Antwort auf die gleißenden Reden that den Vertretern der Hochmögenden indessen nicht so wehe, wie der frostige Empfang. Der König Sigismund hatte sie baarhäuptig reden lassen, und selber bedeckten Hauptes ihnen geantwortet. Das empfanden sie tief. Auch der Unterhalt war so mager, daß sie unter dieser Behandlung eine Absicht vermutheten.[2] Nach reiflicher Erwägung kamen sie zu dem Schlusse, daß dies geschehe aus Respect des Königs vor dem Hause Oesterreich. In Betreff der Hauptfrage erwiederte Sigismund: Gustav Adolfs Regierung sei eine Kette von Ungerechtigkeiten gegen ihn; doch wolle er Versuche zur Vermittelung gestatten. Die Hoffnung, die aus solchen Worten entsprang, war nicht groß, und nicht größer war diejenige, welche dann Gustav Adolf den Holländern machte.

Er verließ sofort diesen Gegenstand, um von den Entwürfen zum Kriege in Deutschland zu reden, die er früher dem Prinzen von Oranien und den Generalstaaten vorgelegt habe, nämlich den Kaiser durch Polen und Schlesien, oder von Pommern und Mecklenburg her anzugreifen. Er erkannte an, daß die Dinge seitdem sich sehr geändert hätten; dennoch könne auch noch etwas Gutes ausgerichtet werden, wenn nur die Hochmögenden und andere Potentaten die Hand dazu bieten und gemäß der Wichtigkeit der Sache beisteuern wollten. Sein Eifer stieg während des Redens,[3] und die Holländer erkannten, wie sehr es ihm Ernst damit sei. Er bemühte sich ihnen zu zeigen, wie das Interesse der Hochmögenden diesen Krieg der Schweden gegen den Kaiser verlange, wie nur dadurch die Macht des Kaisers von den westlichen Grenzen gegen die Niederlande abgelenkt werden könne.

Zur Beförderung der Angelegenheit blieben die Niederländer im Lager. Die nächsten Tage fielen heftige Gefechte vor. Der König ward verwundet; aber seine Wunde hinderte ihn nicht. Er ließ Beaumont, einen der drei holländischen Gesandten, zu sich bescheiden und begann sofort wieder von den Gedanken zu reden, die seine Seele erfüllten. „Mein ganzes Kriegswesen, sagte er, bezweckt nichts Anderes als den Vortheil und die Erleichterung aller derer, die ein gemeinsames Interesse gegen das Haus Oesterreich und Spanien verbindet.“[4] Es liegt in

[1] A. a. O. 285. [2] A. a. O. 286. [3] A. a. O. 297. [4] A. a. O. 305.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

diesen Worten die unumwundene Anerkennung der allerdings auch sonst klar vorliegenden Thatsache, daß Gustav Adolf sich wohl bewußt war, daß nur er und nicht seine Gegner die zerstörenden Kriege begannen. Er hatte ja hier nicht mit dem großen Haufen zu thun, den man zu allen Zeiten durch Reden und Proclamationen bethört, sondern mit einsichtigen, erfahrenen Politikern, welche wußten, wie die Dinge lagen. Deshalb unterblieben in einer solchen Zusammenkunft alle hier überflüssigen Redensarten von Religion und dergleichen. Gustav Adolf legte wiederum seinen alten Plan dar, daß Oesterreich nirgends besser angegriffen werden könne, als durch Polen und Schlesien. Die Folge würde sein, daß aller Kriegsschwall sich dahin zöge. Aber er vermöge das nicht allein, Andere müßten ihn unterstützen, und namentlich die Hochmögenden, weil man sich auf diese sicher verlassen könne. Er erklärte, er müsse ein Heer haben von 26,000 Mann zu Fuß und 8000 Reitern. Wenn der Weg durch Polen zu lang sei: so wolle er von Pommern aus die Oder hinauf ziehen; denn der Rhein sei zu fern, und die Elbe und Weser zu stark besetzt. Er drang in den Gesandten, dies heim zu melden. Er ergoß seinen Zorn in heftigen Worten über den Dänenkönig, der im Jahre 1625 sich ihm vorgedrängt habe. Er erneuerte seine Erbietungen, und bat dies schleunigst nach dem Haag zu melden. — Der Holländer blieb sehr gemessen. Je eifriger der König wurde, je mehr er den Holländer zu überzeugen suchte, daß all sein Sinnen und Streben nur auf einen deutschen Krieg gerichtet sei: desto kühler und schweigsamer wurde Beaumont.[1] Nur zuweilen warf er ein Wort ein von der schweren Schuldenlast, welche die Generalstaaten so drücke, daß sie sogar Geld aufnehmen müßten in fremden Ländern. Gustav Adolf wiederholte seine Bitten, bis Beaumont die Zusage gab sich mit seinem Gefährten zu besprechen. Er hoffe, sagte er, diese würden keine Schwierigkeit erheben das Verlangen des Königs den Generalstaaten vorzustellen. So oft die Gesandten ferner mit dem Könige zusammen kamen, begann er aufs neue von dieser Sache zu reden.

Bei solchen Reden mochte der König vermuthen, daß die Holländer gekommen seien mit einem Angebote für seinen Kriegesplan gegen den Kaiser. Allein die Instruction lautete nur auf die Friedensvermittelung. Für diese zeigte sich Gustav Adolf nicht willfährig; denn, wie damals

[1] A. a. O. 304.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Dinge lagen, hatte er auch für den hauptsächlichen Zweck, den er verfolgte, denjenigen des Angriffes auf den Kaiser, oder, richtiger, des Eroberungskrieges in Deutschland, keinen anderen Weg als denjenigen durch Polen. Die Forderungen der Schweden für den Frieden standen denen der Polen so schroff gegenüber, daß auch die biegsame Gewandtheit der Holländer daran erlahmte.

Am 30. September nahmen die Holländer Abschied von dem Könige von Schweden. Er widmete seinem Streite mit Polen nur wenige Worte, um dann sogleich seinen schweren Kummer auszusprechen über die Fortschritte des Kaisers, über den Nachtheil, der daraus für das gemeine Wesen erfolge, zumal wenn der Dänenkönig nicht bessere Ordnung in seine Angelegenheiten bringe. „Wir alle, sprach er zuletzt, ich, die Hochmögenden, und andere Fürsten müssen bei Zeiten darauf Acht haben und fernerem Unheile zuvorkommen. Der erste und hauptsächlichste von allen Gründen, die eigene Sache wahrzunehmen, ist die günstige Gelegenheit. Noch ist es Zeit." [1] Abermals bat er die Gesandten, im Haag dies vorzustellen.

Einige Monate später erneuerten die Holländer den Versuch. Aber hinter diese Vermittelung barg sich die weitere Consequenz, daß im Falle des Friedens der Schwede auch Pillau wieder räumen, also den Zoll dort aufgeben mußte. Gustav Adolf jedoch war kriegesdurstig und hatte kein Geld. Darum bedurfte er des Zolles von Pillau. Auch der abermalige Versuch der Vermittelung schlug fehl. Zu Folge dessen ward das Verhältnis der Hochmögenden zu ihm für mehrere Jahre kühl. [2]

Jene Reden, Gustav Adolfs zu den holländischen Gesandten, im September 1627, haben gezeigt, mit welchem Eifer er trachtete, zum Kriege mit dem Kaiser zu gelangen. Und dennoch hatte er ihnen dann zum Abschiede ein Wort gesagt, welches auch eine andere Deutung zuließ: der principalste aller Gründe, die eigene Sache wahrzunehmen, sei die günstige Gelegenheit. In der Wirklichkeit schwankte damals Gustav Adolf, ob es die bessere Gelegenheit für ihn sei, dem Dänen gegen die Kaiserlichen zu Hülfe zu kommen, oder mit den Kaiserlichen die dänische Beute zu theilen.

Schon im Jahre zuvor hatte er durch den Obersten Fahrensbach, der früher in seinen Diensten, dann zu Wallenstein gegangen war, mit diesem anzuknüpfen gesucht. Der Versuch blieb ohne Consequenz. [3] Nach

[1] A. a. O. 333. [2] A. a. O. 494. [3] Förster I, 124.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Erfolgen der Kaiserlichen von 1627 wandte Gustav Adolf sich an Arnim, der ebenfalls zuvor im schwedischen Dienste gestanden. Zur selben Zeit jedoch erhob Christian IV., in einem Schreiben vom 12./22. September, vor Gustav Adolf schwere Klage über die Genossen der Haager Allianz, die ihn mit großen Verheißungen in diesen Krieg verwickelt hätten und nun schändlich stecken ließen. Er müsse das Gott und den Menschen klagen, und hoffe nur, daß Gustav Adolf ihm freundlich gesinnt bleiben und ihn nicht verlassen werde.[1]

Die Klage des Dänen bei seinem Nachbar war mehr ein Fühler, wessen er sich von dort zu versehen, als ein Ausdruck des Vertrauens. Denn die mannigfachen Auslassungen des Unmuthes von Gustav Adolf über Christians IV. Verhalten im Jahre 1625 konnten diesem kaum verborgen geblieben sein. — Wie immer dem sei, Gustav Adolf entschloß sich, einstweilen die nach beiden Seiten hin angeknüpften Fäden fortzuspinnen.

Der Kanzler Oxenstierna meldete dem Obersten Arnim, der in Mecklenburg stand, daß Gustav Adolf sich erbiete, sich mit den Kaiserlichen gegen Christian IV. zu vereinen. Wallenstein hatte früher wiederholt seine Besorgnis vor dem Schweden ausgesprochen. Er warnte den Kaiser, schon im März 1627. „Wir dürfen den König von Polen auf keine Weise im Stiche lassen; denn wir hätten nachher an dem Schweden einen viel ärgeren Feind als an dem Türken."[2] Daher schickte Wallenstein den Herzog von Holstein mit einem Regimente den Polen zur Hülfe. Diese Besorgnis hielt an. Wallenstein erwägt, im Anfange October 1627, wo etwa der Schwede im Falle eines Angriffes landen würde, in Mecklenburg oder in Pommern.[3] Merkwürdig ist, daß dabei dem Wallenstein der Gedanke nicht kommt, welcher für Gustav Adolf die Vorbedingung eines Einbruches in Deutschland war: die Nothwendigkeit zuvor einen festen Hafen zu besitzen. Weniger um Polens, als um Deutschlands willen trachtete ja Gustav Adolf nach dem Besitze von Danzig.

Eben wegen dieser Furcht des Wallenstein vor Gustav Adolf war ihm jener Antrag willkommen: „wäre es auch nur, ihn mit Hoffnung zu unterhalten, auf daß er sich nicht mit dem Dänen vereinigt."[4]

Gustav Adolf seinerseits gab aber zugleich dem Dänen Nachricht von dieser Verhandlung, als hätte nicht er sie angefangen, sondern die

[1] Aitzema II, 342. Vom 12./22. September. [2] Chlumecky 46.
[3] Förster I, 115. [4] A. a. O. Vom 2. November.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kaiserlichen. Nach seiner Heimkehr aus dem Feldzuge, in Calmaresund, am 21./31. October, schrieb er an Christian IV. den folgenden Brief.[1]

„Wir haben hinreichend sehen können, daß der päpstlichen Liga dessein gegen die Ostsee gerichtet gewesen ist, um bald in directen, bald in indirecten Versuchen die vereinigten Niederlande, unser Königreich Schweden, endlich auch Dänemark zu bezwingen. Dazu werden nicht nur Gewalt, sondern auch Umtriebe und Anschläge angewendet. So haben wir vernommen, Ewr. L. sei die neue Admiralität des Römischen Reiches angeboten worden, nebst dem Vorschlage anstatt des Ersatzes der Kriegeskosten den Sund abzutreten. Auch uns sind in diesen Tagen unter der Hand Vorschläge gethan worden, uns mit dem Kaiser gegen Ew. L. zu verbünden, wofür man uns nicht nur zu ewigem Frieden mit dem Könige von Polen und der Krone Polen, und zu beständigem Besitze von Livland und Preußen verhelfen, sondern auch uns den dänischen Thron als ein kaiserliches Lehen übertragen will, und dergleichen mehr — in der Absicht mit solchen Vorspiegelungen unsere beiderseitige Conjunction zu hindern. — Den Ausgang haben wir zum voraus befürchtet, wohl kennend die Macht, die Einigkeit, den Fleiß, die Constance der Gegenpartei, dagegen auch den Unfleiß, die Undankbarkeit und Unbeständigkeit derer, die in unserer Sache interessiert sind, weshalb auch ihre Macht, die wohl conjungiert dem Feinde überlegen gewesen wäre, so ohnmächtig geworden ist, daß Keiner sich zu defendieren vermochte, sondern Einer den Anderen verkommen ließ, zum Schaden und Verderben Aller. Wir haben nach Vermögen unseren Freunden in Erinnerung gebracht, daß von allen Privatinteressen abgesehen und zu solchen consiliis geschritten werden müsse, durch die das gemeine Wesen gerettet werden könnte. Allein unsere gute Meinung ist übel gedeutet worden, so daß wir, Alles bei Seite setzend, einzig trachten müssen, unseren Krieg mit Polen auszuführen und dadurch die polnische Macht zu divertieren, auf daß sie sich nicht mit den anderen Ligisten conjungiere. Ewr. L. Extremität thut uns von Herzen leid: wir hätten aber gewünscht, daß die Intention von Ewr. L., sich mit uns zur Vertheidigung der Ostsee zu vereinigen, uns früher bekannt geworden wäre. — Gleichwohl haben wir gleich nach unserer Heimkunft schreiben wollen, damit die Sache, zur Vertheidigung der Ostsee und beider Königreiche, während des Winters möge abgemacht werden können."

In der Wirklichkeit hatte Gustav Adolf, als er diese Worte schrieb, am 31. October, nach der kaiserlichen Seite hin nur erst seine Eröff-

[1] Geijer III, 142.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nungen gemacht und noch keine Antwort erhalten,[1] geschweige denn ein Angebot. Jener sein Brief an Christian IV. war also ein Gewebe von Fictionen. Es wächst daher die Frage heran, welche von beiden Parteien Gustav Adolf täuschen wollte, ob den Kaiser, ob den Dänenkönig.

Eine Reihe von Jahren nach den Erfolgen Gustav Adolfs in Deutschland, 1636, sagte der Kanzler Oxenstierna im schwedischen Senate: „Ich rieth Sr. Majestät, daß er sich nicht mit der Armee auf den deutschen Boden begeben solle. Hätte der König meinen Rath befolgt, so wäre er arbiter totius septentrionis geworden."[2] — Demnach ist anzunehmen, daß im Spätherbste 1627 Oxenstierna geneigt war, die günstige Gelegenheit der dänischen Schwäche auszunutzen.

Ja es muß darüber sogar ein Beschluß vorgelegen haben. Denn der schwedische Senat sagt im Jahre 1654: „Zu der Zeit, als der Kaiser Ferdinand II. den König Christian IV. bekriegte, hat der König Gustav Adolf beschlossen, in Schonen einzufallen, sobald er nur hören würde, daß sich die Kaiserlichen der Insel Fünen bemächtigt. Denn er hielt es für absurd, wenn er bei dem instehenden Ruin des Königreiches Dänemark sich nicht auch eines ihm am bequemsten gelegenen Theiles davon bemächtigen sollte."[3]

Es fragt sich dann um das vermeintliche Angebot von kaiserlicher Seite, welches Gustav Adolf am 31. October als bereits geschehen berichtet. Erst am 21. November geht Wallenstein auf den von Arnim bei ihm gemachten Vorschlag einer Unterhandlung mit dem Schweden ein, mit den Worten: „Meine Meinung ist, daß man sich in alle Wege in eine Tractation einlassen sollte. Denn, will er Dänemark von der anderen Seite angreifen, diejenigen Örter desselben, die an Schweden stoßen, für sich occupieren, so vermeine ich, daß der Kaiser dagegen keine Schwierigkeit einwenden wird."[4]

Wallenstein verfolgt den Gedanken sehr lebhaft. Arnim soll dem Oxenstierna schreiben: „wie hoch ich den König äftimieren thue."[5] Wallenstein zieht sogar einen Plan der Feindseligkeit in etwas zurück. Bereits vom 2. November an hat er dem Arnim wiederholte Befehle[6] gegeben, Anstalten zu treffen, daß die schwedischen Schiffe in Brand gesteckt werden.

[1] Förster I, 152, 154. [2] Geijer III, 154.
[3] Lünig, E. Staatsconsilia II, 558. [4] Förster I, 143. [5] A. a. O. 144.
[6] A. a. O. 125, 135, 141.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dem Auftrage zur Unterhandlung, vom 21. November, fügt er die Einschränkung hinzu: „Vermeine auch, daß schier besser sein wird, mit Verbrennung seiner Schiffe in etwas zurück zu halten. Denn wer weiß, vielleicht wird er mehr Stütze an uns finden als an unserem Gegentheil? — Die dänischen Schiffe aber kann der Herr lassen in Brand stecken. Da bitte ich, er feiere Tag und Nacht nicht, spendiere mehr als wir bezahlen können, und sei versichert, daß ihm alles wird gut gemacht werden."[1]

Die Regung zur Verschonung der schwedischen Schiffe bei Wallenstein dauerte jedoch nur einen einzigen Tag. Am folgenden, dem 22. November, erwägt er, daß dem Schweden nicht mehr zu trauen ist als dessen Schwager, dem Bethlen. Darum will er dem Arnim die Sache der Unterhandlung völlig anheim stellen. „Die Schiffe aber, wo sie sind, müssen in Brand gesteckt werden, nicht allein die, welche er in Preußen gelassen, sondern auch die nach Schweden mitgeführten. Darum bitte ich, der Herr spare weder Zeit, noch Geld."[2]

Am nächsten Tage schwankt Wallenstein wieder. „Ich remittiere es dem Herrn: er kennt den Schweden, darum thue er, was er vermeint, daß es dem Kaiser und der Christenheit das Beste ist." Es folgt die Rücksicht auf seine eigene Person. „Denn den Schweden will ich gern zum Freund haben, nur daß er nicht gar zu mächtig ist; denn amor et dominium non patitur socium. Doch die Unterhandlung muß auf jeden Fall vor sich gehen."[3]

Diese Worte Wallensteins, daß Liebe und Herrschaft keinen Genossen dulden, in der Anwendung auf ihn selber und Gustav Adolf, schließen eine unabsehbare Tragweite in sich. Was hielt danach Wallenstein nicht für sich erreichbar? — Und dennoch liegt darin auch sein Grundirrthum angedeutet. Der Vergleich war nicht zutreffend. Gustav Adolf war ein Souverän, der, was immer er sonst erstreben mochte, zunächst den festen Boden seines unabhängigen Königthumes unter den Füßen hatte. Wallenstein dagegen war ein Emporkömmling. So hoch er gestiegen war und noch steigen mochte, so dictatorisch er waltete: die Basis, auf der er stand, war nicht eine unabhängige. Er war ein Diener. Wenn endlich einmal dem Kaiser Ferdinand die Erkenntnis aufging, daß Wallenstein nicht ihm diente, sondern nur der eigenen Habgier und Herrschsucht — wenn dann endlich der Kaiser den Entschluß faßte, einen

[1] A. a. O. 144. [2] A. a. O. 150. [3] A. a. O. 152.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

solchen Diener nicht mehr zu wollen: so entzog er damit der Größe Wallensteins die Basis und sie stürzte zusammen.

Jene Worte schrieb Wallenstein eigenhändig an Arnim. Diesem, so weit erkennbar, zu Allem willigen Diener, scheint er sich mehr als einem Anderen erschlossen zu haben, und doch dann auch wieder so, daß er sich in Geheimnis hüllt. Aus derselben Zeit liegt darüber ein auffallendes Beispiel vor. Einige Tage zuvor datiert Wallenstein einen Brief an Arnim vom 30. October aus Elmshorn, drei Briefe vom 2. November aus Frankfurt, und wiederum einen Brief vom 3. November aus Elmshorn.[1] Der Herausgeber der Briefe hat dazu die Bemerkung gemacht: „Die Absicht dabei scheint keine andere zu sein, als daß Wallenstein glauben machen will: er fliege mit einem Zaubermantel. Solche Unmöglichkeiten kommen bei den Angaben der Zeit und des Ortes in seinen Briefen öfters vor."[2] — In der That dürfte eine andere Erklärung kaum möglich sein. Man hat sich dabei gegenwärtig zu halten, daß damals, wo noch nicht der Jesuit Friedrich von Spee dem Zauberglauben die Axt an die Wurzel gelegt, dieser Wahn in voller Kraft und allgemein bestand, so sehr, daß der ausgesprochene Verdacht der Zauberei dem niedrig stehenden Menschen der bürgerlichen Gesellschaft die Qualen der Tortur und schmählichen Feuertod zuzog. Wallenstein für sich vermeidet nicht diesen Verdacht. Er ruft ihn bei Arnim hervor, oder bemüht sich wenigstens ihn hervorzurufen, um desto geheimnisvoller, desto gewaltiger zu erscheinen. — Kehren wir von diesem Auswuchs der Prahlerei zurück zu jener seiner Eifersucht gegen den Schweden.

Am nächsten Tage, dem 24. November, empfiehlt Wallenstein abermals die Unterhandlung. „Die Schiffe aber müssen einen Weg als den anderen in Rauch aufgehen."[3] An diesem Standpuncte hält Wallenstein auch für die folgenden Tage fest. „Denn je ärmer und kraftloser der Schwede, desto besser ist es für uns. Die Unterhandlung muß aber einen Weg als den anderen fortgehen."[4]

Ob Arnim einen Versuch gemacht, den Befehl seines Meisters zum Anzünden der schwedischen oder dänischen Kriegsschiffe auszuführen, steht dahin. Jedenfalls ist von einem Erfolge solcher Versuche der Nachwelt keine Kunde überliefert.

Der schwedische Vorschlag dagegen, daß dem Könige Gustav Adolf derjenige Theil von Dänemark verbleiben solle, den er in Besitz nehmen

[1] A. a. O. 152. [2] A. a. O. 126. [3] A. a. O. 151. [4] A. a. O. 157.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

würde, lag, im December, in Wien vor.[1] Er fand dort eben so wenig wie von München her einen Widerspruch. Dennoch vernehmen wir dann von schwedischer Seite nichts mehr in dieser Sache. Zunächst dürfte dafür zu beachten sein, daß dem Beschlusse, dessen der schwedische Senat im Jahre 1654 gedachte, die Bedingung zugefügt ist: wenn die Kaiserlichen sich in den Besitz der Insel Fünen setzen. — Dies ist, obwohl wir von Wallenstein die Absicht vernommen, nicht geschehen. Schwerer jedoch dürfte für die Entschlüsse Gustav Adolfs das Verfahren Wallensteins in Betreff der Länder Mecklenburg und Pommern ins Gewicht gefallen sein. Dies führt uns auf die Frage der Winterquartiere für die kaiserlichen Heere.

19. Die Frage der Winterquartiere und des Verhaltens zu den Generalstaaten.

Bei der Zusammenkunft von Tilly und Wallenstein in Lauenburg, am 1. September, hatte es sich nicht bloß um die ferneren gemeinschaftlichen Operationen gehandelt, sondern auch um die Winterquartiere. Graf Georg Ludwig von Schwarzenberg, auf dem Wege als kaiserlicher Gesandter zu den Hansestädten, hatte den besonderen Auftrag, Wallenstein an ein gutes Einvernehmen mit Tilly zu mahnen. Der Winter nahe: da müsse das Heer mit guten Quartieren versehen sein, an denen es Tilly bislang gefehlt. So war es der Wille des Kaisers. Dennoch war dann Schwarzenberg dem Grafen Tilly eher hinderlich als förderlich durch die Hindeutung: dem Einen die Elbe, dem Anderen die Weser.[2] Denn Tilly wollte seine Truppen aus den ausgezehrten Quartieren nach Mecklenburg verlegen.[3] Wallenstein schlug es rund ab. Er berief sich darauf, daß kaiserliches und nicht bayerisches Kriegsvolk von jenen Gegenden Besitz genommen.[4] Das war richtig; aber die Bahn dazu, daß Wallensteins Truppen Mecklenburg besetzen konnten, hatten nicht sie, sondern diejenigen Tillys gebrochen und geebnet. Wallenstein beharrte. Am liebsten hätte er Mecklenburg ganz verschont: denn er hatte einen besonderen Plan für dieses Land im Sinne. Deshalb hatte er schon am 30. August die Stadt Güstrow und die Umgegend[5] von aller Einquartierung frei gesprochen. Aber dies Verhältnis zu Tilly, die Forderung desselben gebot um des Scheines willen einstweilen andere Schritte. Der

[1] Arctin, Bayern usw. II, 2, 281. [2] Förster I, 108.
[3] Gindely, Waldstein I, 311. Klage Tillys. [4] Hurter, Wallenstein 126.
[5] Förster I, 107.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Oberst Arnim erhielt sofort Befehl, alle Örter in Mecklenburg zu besetzen,[1] nicht stark, aber überall etwas nach Gelegenheit des Ortes, damit man sich mit Fug darauf berufen könne: Mecklenburg sei bereits von kaiserlichen Truppen bezogen. Also geschah es. Nur die bereits erschöpften Quartiere von Braunschweig und Lüneburg, von Hessen, der Wetterau, dem Westerwalde, von Oldenburg und von Ostfriesland, wo Mansfeld drei Jahre vorher in vierzehn Monaten die Bevölkerung auf den fünften Theil herabgebracht, dazu die Altmark ohne die Städte, wollte Wallenstein für Tilly belassen, alles zur Rechten der Elbe belegene Land für seine Truppen behalten. Aber er wollte mehr als nur Tilly beschränken. Die Absicht Wallensteins tritt uns entgegen aus seinen Worten an Arnim, vom 29. November: „Nun habe ich allbereits mehr als 7000 Pferde über die Elbe — also links derselben — geschickt, daß der Tilly schon nicht weiß, wo sie ihre Winterquartiere werden haben können. Bitte derowegen, der Herr besetze alle und jede Örter im Lande Mecklenburg, groß und klein, auf daß Niemand sich hinein logieren kann; denn ich besorge, daß sie werden suchen zu quartieren, wo sie etwas ledig finden.“[2]

Tilly hatte damals 22 Regimenter, 12 zu Fuß und 10 zu Pferd.[3] Er wußte nicht, sie alle unterzubringen. Seine und des Kurfürsten Maximilian Klagen darüber nach Wien blieben vergeblich; denn dort ward jegliche Frage solcher Art der Entscheidung Wallensteins heimgestellt. Tilly mußte sich helfen, so gut oder schlecht er es vermochte.

Er nahm sein Hauptquartier in Buxtehude, um der Festung Stade nahe zu sein, dem letzten Platze, welchen Christian IV. am linken Elbufer noch besaß und welchen für ihn der Schotte Morgan vertheidigte. Tilly hielt die Stadt den Winter über mit vier Regimentern blokiert. In Stade befanden sich 2500 Engländer und 1000 Schotten.[4] Morgan war guten Muthes: er hoffte sogar, bei eintretendem Froste Vortheile über seine Gegner davon zu tragen.[5] Der Frost stellte sich nicht ein, der Winter blieb gelind: um so schlimmer vielleicht für Tillys vier Regimenter. Er selber zeichnet die Leiden seiner Soldaten in folgender Weise.[6]

„Ewr. K. D. muß ich hiermit in kurzen Zügen vor Augen stellen, in welcher Armuth, Unvermöglichkeit und Elend hier um Stade meine

[1] A. a. O. 112. [2] A. a. O. 159. [3] Gindely, Waldstein I, 308.
[4] Roe 721. [5] A. a. O. 730. [6] Hurter, Nr. 128. Da das Actenstück gedruckt, so ändere ich in etwas die Fassung. Das Schreiben ist vom 25. Jan. 1628.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Soldaten stecken und mir dadurch nicht geringe Kümmernis und Herzeleid verursachen. In diesen morastigen Landschaften liegen die Hütten und Häuser nicht in Dorfschaften beisammen, sondern wie Meierhöfe hin und her verstreut. Die Folge ist, daß die vier Regimenter, welche Stade blokiert halten, nicht allesammt unter Obdach kommen können, sondern daß viele von ihnen im Felde und unter bloßem Himmel liegen müssen, in Gegenden, wo auch bei trockenem Wetter die Einwohner sich eigenthümlicher Stelzen bedienen. Zu welcher unerträglichen Beschwerde bei dem seit Monaten anhaltenden Regen und ungestümen Wetter dies den armen Knechten gereicht, ist leichter auszudenken als zu schreiben. Denn in der Verrichtung ihrer Kriegsdienste müssen sie Tag und Nacht bis an die Knie in Koth und Wasser waten, darin verharren und erstarren, wo sie doch meist weder mit Hemden, Schuhen, Strümpfen, Hüten, Mänteln, noch anderer Kleidung versehen sind. Zu diesem Elend fügt sich noch das andere, daß der Feind zuvor diese Quartiere ganz ausgegessen und also diesen armen Soldaten an Brot, Bier, Käse, Fleisch nichts übrig gelassen, und sie mit dem trockenen Commisbrot, das auch nicht immer vorhanden, und einem Trunk kalten Wassers zufrieden sein müssen. Zu allem diesem kommt noch eine andere Noth, nämlich die geschwinden, unversehenen, uns unbekannten schrecklichen Stürme, Unwetter und Wasserfluthen. Daher kann Ewr. K. D. ich mit Wahrheitsgrund eröffnen, daß durch Hunger und Kummer, durch Frost und Pest und durchs Wasser viele hundert wackere und tapfere Soldaten diese geringe Zeit über umkommen. Deshalb habe ich unlängst zu ihrem Troste mich persönlich hinbegeben, wo sie mich dann ganz erbärmlich angeschrieen und erzählet: so manchen gefährlichen Strauß hätten sie gekämpft auf Heerstraßen und auf festem Boden unter den Füßen; aber hier zu Lande seien die Wege unbekannt, verdächtig, gefährlich. Hier lauere der Feind von hinten und von vorne, nicht Menschen, sondern Wasser und immerdar Wasser, und ehe sie es sich versähen, steige die Fluth ihnen heran bis an den Hals. Dazu wehe der Wind vom nahen Meere herüber schnöde und grausam über die ebenen Flächen, und trage für die Hungrigen und Entblößten allerlei Schwächen und Pestilenz mit sich. Was helfe es nun, daß sie bisher so viele lange Jahre durch ihre tapfere Thaten und Kriegsdienste einen guten Namen erhalten, daß man sie lobe im heiligen Reiche, wenn man sie nun wie arme Schlucker hier verderben und sterben lasse. Ihr verdienter Sold bleibe ihnen aus bis an ihren Tod, und könnte doch jetzt, wo sie noch Kräfte haben und dabei die größte Noth leiden,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ihnen helfen gleich einem Almosen. Sie bitten mich um Gottes willen, bei dem Blute derer, die verlassen umgekommen seien: ich wolle sie als ehrliche Soldaten, als meine in so mancher Gefahr erprobte aufrichtige Bürgen nicht stecken lassen, und, wenn ich die noch Übrigen nicht vollends um ihre Kraft und Gesundheit bringen, ja gar tödten wolle, solle ich ihnen helfen, und das verheißene Verdienst eines wahren Almosens an ihnen empfangen.

„Also verhält es sich in Wahrheit," schließt Tilly seinen Bericht. „Es sind ehrliche, in aller Noth durchwetterte Soldaten, die durch ihren Schweiß und ihr Blut, durch ihre beständigen Dienste und tapferen Thaten das gemeine Wesen bisher erhalten. Darum bitte ich hochfleißig, daß diesen alten wohlverdienten Kriegern der vier Regimenter in ihrer Noth durch einige Monatsolde geholfen werde."

Nach Verhältnis günstiger stand es um die drei Regimenter, welche Tilly unter dem Grafen Anholt in die Grafschaften Oldenburg und Ostfriesland entsandte. Er hoffte dort kaum auf eine Willigkeit, war vielmehr darauf gefaßt, daß man zur Abwehr der Einquartierung das Land unter Wasser setzen werde.[1] Es kam anders. Am 16. December meldet er dem Kaiser: „Der Graf von Ostfriesland hat das Kriegsvolk mit aller Gutwilligkeit auf- und angenommen, alle Festungen, Thür und Thor geöffnet."[2] — Der Graf Rudolf Christian konnte jedoch nur diejenigen Festungen öffnen, die in seinem Besitze waren, nicht die zwei stärksten und wichtigsten, welche die Holländer inne hatten, Emden und Leerort. Kurz zuvor war eine Deputation von Seiten des Grafen und der sämmtlichen Landstände nach dem Haag gegangen, um die Abberufung der Besatzungen aus jenen Plätzen zu erbitten. Die Hochmögenden gaben, am 20. December, zur Antwort, daß seit dem Aufbruche der Deputation aus der Heimat sich die Dinge dort sehr verändert hätten. Man müsse daher vielmehr darauf denken jene Plätze zu sichern, und zu diesem Zwecke würden die Generalstaaten aufbieten, was möglich und thunlich.[3]

Der Graf Rudolf Christian dagegen nahm die Truppen der Liga gern auf, weil er, wie einst sein Vater Enno III., durch diese Truppen Befreiung hoffte von dem Joche der Holländer, welches seit nunmehr fast dreißig Jahren auf seinem Hause und seinem Lande lastete.

Die Truppen bezogen die ihnen angewiesenen Quartiere. Eine Abtheilung ward in den Marktflecken Leer gelegt, innerhalb des Bereiches

[1] Gindely, Waldstein I, 310. [2] Kriegsacten F. 79. [3] Aitzema II, 213.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Geschütze von Leerort. Der Graf Ernst von Nassau, der sich dort befand, ließ durch einen Trompeter den Officier dieser Truppe auf das Haus Leerort laden. Dort eröffnete er, daß er fremde Truppen im Bereiche seiner Kanonen nicht dulden, und am nächsten Morgen ihm den Beweis liefern werde. Es geschah durch drei scharfe Schüsse. Die in den Marktflecken einschlagenden Kugeln legten dem Officier die Nothwendigkeit auf, seine Mannschaft abzuführen.[1]

Hätte es nur von Tilly abgehangen, so war dem Grafen Rudolf Christian die gewünschte Hülfe sicher. Denn in dem Berichte an den Kaiser nach dem siegreichen Elbübergange hatte Tilly abermals, wie früher oft, geradezu den Wunsch ausgesprochen, seine Armee verwenden zu dürfen gegen die Holländer „als die recht eigentlich schuldigen Urheber alles dieses Unwesens im Reiche." In gleicher Weise hatte er damals dem Kurfürsten Maximilian geschrieben: „Wenn man nicht, wie es jetzt wohl geschehen könnte, mit den Generalstaaten die Schärfe vornimmt, so ist zu besorgen, ja der Augenschein ist da, daß Kaiser und Reich keinen beständigen Frieden haben werden und erlangen mögen, bis die Generalstaaten gedämpft und die Zügel ihnen so viel kürzer gemacht."[2]

Der Vorschlag Tillys kam den Wünschen des spanischen Gesandten Aytona in Wien entgegen. Er äußerte sich zu dem bayerischen Gesandten Leuker, daß sowohl sein König wie die Infantin in Madrid die Verwendung des besser disciplinierten, mehr kriegsgeübten und zuverlässigeren Heeres der Liga gegen die Holländer viel lieber sehen würden als diejenige der Wallensteiner.[3] Wie der Kaiser aus sich geneigt war, so kam es darauf an, auch den Kurfürsten Maximilian und die Liga dafür zu gewinnen.

Halten wir diesen Wünschen und Hoffnungen entgegen die Kundgebungen in der Republik. Auf die Nachricht des Einrückens von Ligisten in Ostfriesland gerieth namentlich Groningen in Furcht.[4] Dort sah man den offenen Krieg als unvermeidlich an. Anders urtheilten die Staatslenker im Haag. Sie lehnten die Gesuche um die Verstärkung der Besatzung in Emden ab. Sie beschlossen auch ferner an der Neutralität festzuhalten, oder, wie der holländische Berichterstatter sich ausdrückt: „um genauer zu reden: man war der Ansicht, daß man den Kaiserlichen

[1] Kriegsacten F. 79. Bericht vom 30. December 1627.
[2] Gindely, Waldstein I, 303. [3] A. a. O. 305. [4] Capellen I, 443.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mehr Schaden thun könne unter dem Deckmantel der Neutralität als durch offenen Krieg.“[1]

Dem Beschlusse entsprach das Verhalten. Tilly meldete den Generalstaaten in aller Höflichkeit,[2] daß er auf Befehl des Kaisers einige Truppen in Ostfriesland einrücken lasse. Nachdem er nun vernommen, daß auch staatische Truppen dort liegen, ersuche er die Hochmögenden, zur Aufrechthaltung der Neutralität diese Truppen abzurufen. — Die Hochmögenden, ohne ihrer Besatzungen in Emden und Leerort zu erwähnen, erwiederten, daß sie keine Truppen in der Grafschaft hätten. Sie könnten nicht fassen, sagten sie, welche unruhige Geister derartige Gerüchte ausstreueten, wo sie doch auf nichts Anderes gedächten als an der Neutralität festzuhalten. Aber sie müßten Klage führen, daß Tilly'sche Soldaten auf holländische Schiffe feuerten, und bäten ihn das abzustellen.[3]

Tilly schrieb an den Rath der Stadt Emden: er kenne die Sclaverei der Stadt, und wünsche ihr Erlösung, Rückkehr zu dem alten Frieden und Wohlstande unter des kaiserlichen Adlers Schirm und Schutz.[4] — Immerhin hatte der Graf Rudolf Christian, wie einst auch sein Vater Enno III., eine so starke Partei in der Stadt, daß im Jahre zuvor die Generalstaaten es für zweckmäßig gehalten hatten, trotz des Murrens der Einwohner die Besatzung zu verstärken. Eben diese Besatzung aber hielt die gräfliche Partei nieder. Die Herrschaft stand bei den staatischen Commissarien. In einer Stadt des Reiches bestraften sie jegliche Äußerung der Bürger für den Kaiser, für ihren Landesherrn mit Geldbußen, Gefängnis oder Ausweisung.[5] Die Generalstaaten ließen durch den Rath der Stadt den Grafen auffordern, für seine Angelegenheiten keine andere Beamte in die Stadt zu senden, als welche er als wohlgesinnt für die Generalstaaten kenne.[6]

Dennoch ward im Haag lebhaft erwogen, ob Correspondenzen solcher Art nicht wie im Jahre 1625 in Niedersachsen, den offenen Krieg herbei führen würden. Man erörterte bereits den Vorschlag, für diesen Fall den Markgrafen von Baden-Durlach auf den Reichsboden zu entsenden, damit er dort ein Heer werbe und durch Contribution erhalte.[7] Um einen neuen Mansfeld oder Christian also war es zu thun.

[1] Aitzema II, 431.

[2] Capellen I, 451 beleefdelyk. Das Schreiben bei Aitzema II, 433. Vom 16. Januar. [3] Capellen I. 451. [4] Emden. [5] Aitzema II, 441. [6] A. a. O.

[7] Capellen I, 452.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Es kam nicht dazu. Auf die Anfrage des Kaisers an den Kurfürsten Maximilian als das Bundeshaupt über das Verhalten zu den Generalstaaten erwiederte dieser, am 21. Februar 1628: auf den Wunsch des Kaisers und der Infantin habe er die Einquartierung einiger Regimenter Tillys in Ostfriesland gern verfügt. „Die Frage jedoch, ob und in wie weit man von Seiten des katholischen Bundes und dessen Armada sich mit den Holländern einlassen solle oder möge, ist bei unterschiedlichen Bundesversammlungen als ein sehr wichtiges, weit aussehendes Werk in reife Deliberation gezogen. Jedes Mal aber ist es aus vielen erheblichen Ursachen mit einhelligem Schlusse weder thunlich noch rathsam gehalten worden, die Neutralität mit den Holländern durch die Bundesarmee zu brechen und die Liga in einen solchen langwierigen und ausländischen Krieg einzuflechten. Besonders ist dabei erwogen, daß ebenmäßig auch bei allen früheren Reichsconventen dieses holländische Unwesen für eine allgemeine Reichssache angesehen worden ist, als eine solche also, welche nicht bloß die wenigen, und ohne dies allzu viel erschöpften Bundesstände, sondern alle Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches insgemein angeht, so daß, wenn man gegen die Holländer etwas Thätliches unternehmen wollte, dieses nur mit einhelligem Rath, Hülfe und Zuthun des gesammten Reiches geschehen dürfte." [1]

Der Kurfürst Maximilian hatte diese Worte unzweifelhaft aus der Seele der Bundesfürsten gesprochen; denn gerade den Holländern gegenüber hatte sich von Anfang an der defensive Charakter der Liga scharf ausgeprägt. Dennoch haben wir von den Holländern selber vernommen, daß die Neutralität nur die Maske war, unter welcher sie in Wahrheit Krieg führten. Ihre beständige Besorgnis, daß Tilly ihnen diese Maske entreißen würde, bestätigt die Richtigkeit seines Urtheiles über sie. Aber dieselbe Kenntnis der Dinge, wie Tilly, hatte auch der Kurfürst Maximilian. Und dennoch dabei diese Zurückhaltung! Alles, was der Kurfürst Maximilian im Namen der Liga gegen den Bruch mit den Holländern sagte, war richtig und entsprach der Gesinnung derselben. Und doch hatte Maximilian daneben noch einen Grund, welchen er dem Kaiser nicht sagte. Tilly sollte nicht mit den Holländern sich verwickeln: er sollte im Reiche verfügbar bleiben. Die Thatsachen der nächsten Monate werden diesen Grund bei Maximilian klarer hervortreten lassen.

[1] Kriegsacten F. 79.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

20. Wallenstein erlangt Mecklenburg, im Beginne 1628.

Während für Tilly im Nordwesten des Reiches nach und nach die Gewisheit aufging, daß er einem Hauptplane seines Strebens für das Gemeinwohl des Reiches werde entsagen müssen, erklomm Wallenstein in Wien eine Stufe des Vortheils und des Glanzes für ihn persönlich nach der anderen.

Wir haben das Verhalten der schwachen Herzöge von Mecklenburg in den drei Jahren von 1625 an zur Genüge kennen gelernt. Sie gehen im Jahre 1625 mit Christian IV., weil sie, auch ungeachtet der klaren Darlegung ihres schwedischen Vetters, nicht erkennen, daß sie für die Eroberungsgier des Dänen die Kosten zu tragen haben. Der Einbruch Mansfelds in ihr Gebiet, im December 1625, enthüllt ihnen die grelle Wirklichkeit ihrer Genossenschaft. Sie meinen sich nicht lossagen zu können. Die Consequenzen der Schlacht von Lutter stellen ihnen noch klarer die eigene Gefahr vor Augen. Die Erkenntnis reift nicht zum Entschlusse. Sie machen Worte für den Kaiser, und fügen sich in der That dem Dänen. Anders gestalten sich die Dinge durch den Übergang Tillys über die Elbe, im August 1627.

Im Anblicke der dänischen Flucht am rechten Stromufer hinunter, beeilten sich die Herzöge, dem kaiserlichen Feldherrn entgegen zu kommen. Ihre Boten trafen Tilly in Lauenburg. Er nahm sie freundlich an, verlangte jedoch die Einräumung der Feste Dömitz.[1] Die Boten eilten weiter zu Wallenstein, den sie, am 16. August, in Perleberg fanden. Sie berichteten, daß die Herzöge in Verdacht gekommen seien, als stünden sie nicht in kaiserlicher Devotion. Aber die Macht des Dänenkönigs habe ihnen auf dem Halse gelegen, und Niemand sie geschützt. Deshalb hoffen sie, Wallenstein werde keine Gewalt gegen sie brauchen. Wallenstein entgegnete: er habe vom Kaiser keinen Auftrag, einen Fürsten im Reiche, der nicht gegen den Kaiser in Waffen stünde, feindlich zu behandeln. Er werde Befehl geben, der herzoglichen Häuser zu schonen. Aber er verlange Freundschaft in Werken, und nicht bloß in Worten, damit es ihm nicht ergehe, wie zwei Jahre zuvor Tilly in Braunschweig.

Der Oberst Arnim, der früher bei Gustav Adolf gedient hatte, damals Wallensteins rechte Hand war, führte die Vorhut. Zu ihm sandten die Herzöge erneute Erbieten ihrer treuen Ergebenheit an den Kaiser. Dömitz, welches Tilly verlangt hatte, wurde eröffnet, und, ohne

[1] Correspondance de Wallenstein et de Tilly t. II.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Tilly zu fragen, von Wallensteinern besetzt.[1] Arnim entgegnete am 28. August, daß der Kaiser das in Gnaden aufnehmen und den Herzögen dafür willfährig sein werde.[2] Am 3. September schrieb Wallenstein an den Herzog Adolf Friedrich im gleichen Sinne.[3] Er mahnte die Brüder von Mecklenburg ihm zu helfen und allen möglichen Vorschub zu leisten. Das gereiche zu ihrer und des Landes Wohlfahrt. Zum Mistrauen schien da kein Grund. Und dennoch regte sich in Wallensteins Seele schon ein Anderes, das immerhin damals noch keine feste Gestalt gewonnen haben mochte. Aber es war vorhanden. Am Tage zuvor, am 2. September, also nach der Zusammenkunft in Lauenburg, meldete Wallenstein an Arnim: er sei über den Mecklenburger Herzog mit Arnim einverstanden; doch fügte er hinzu: „Wir wollen uns richten nach seinen Werken, und nicht nach seinen Worten."[4]

Bei der Beredung in Lauenburg, am 1. September, verlangte Tilly für seine Truppen die Winterquartiere in Mecklenburg. Wallenstein lehnte ab. So einfach und offen der Grund des Verlangens von Tilly vorlag: Wallenstein suchte einen anderen. Nicht sofort, sondern erst um einen Monat später berichtet er eigenhändig im höchsten Vertrauen und Geheimnis dem Obersten Arnim dies vermeintliche Motiv Tillys. „Seine Intention dabei ist gewesen, schreibt Wallenstein: dieweil sich diese Fürsten wider den Kaiser vergriffen, könnte sein Herr ihnen eine Feder ziehen."[5] — Irgend welchen Anhaltspunct für diesen Verdacht gibt Wallenstein nicht an. Inzwischen zeigt der Verlauf der Dinge, daß Wallenstein für sich selber jene Intention hegte, welche er dem Tilly für Maximilian beimaß.

Zunächst befiehlt Wallenstein dem Arnim, in alle feste Plätze in Mecklenburg kaiserliches Volk einzubringen. „Wenn die Herzöge nur im wenigsten eine Schwierigkeit erheben, so thue es der Herr mit Gewalt, ohne einigen Respect, wie denn der Herr wohl wissen wird zu thun."[6] So am 29. September. Es genügt noch nicht. Am 2. October befiehlt er: „Der Herr soll keinen Ort, so nur mit einer Mauer umfangen ist, seien es nun Städte, oder Schlösser der Fürsten oder des Adels, ohne Besatzung belassen. Wenn sie auch schon von mir Salvegardien haben, soll er sich nichts daran kehren, auch Güstrow und Schwerin besetzen." — Dem Herkommen nach durften fürstliche Residenzorte nicht mit Ein-

[1] A. a. O. Tillys Schreiben an den Kaiser, vom 7. November.
[2] Förster I, 103. [3] A. a. O. 109. [4] A. a. O. 108.
[5] A. a. O. 111. Vom 2. October. [6] A. a. O. 110.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

quartierung belegt werden. — „Denn ich komme, fährt dann Wallenstein fort, hinter seltsame Praktiken; daher ich denn auf Alles muß fleißige Aufsicht geben.“[1] Worin diese Praktiken bestehen, und wer sie übt, sagt er nicht.

Dagegen meldet Wallenstein weiter, daß er sich vom Kaiser die Erlaubnis erbeten, auf drei Monate nach Hause zu ziehen, d. h. nach Prag, wo damals der Kaiser zum Zwecke der Krönung seines Sohnes als Königs von Böhmen verweilte.

Die Besetzung aller festen Orte hatte einerseits den Zweck zu bewirken, daß Tilly „die Lust vergehe hinein zu begehren.“[2] So am 2. October. Der andere Zweck taucht am selben Tage nur erst in der Andeutung auf: „Der Herr erkundige sich fleißig, wie sich die Herren (Herzöge) verhalten, auf daß ich es vor meinem Verreisen wissen kann.“ — Acht Tage später, am 9. October, tritt die Absicht schon klarer hervor. „Bitte, schreibt Wallenstein, der Herr notiere fleißig alle die Stücke, die der ältere Herzog von Mecklenburg gethan hat; denn ich sehe, daß er nicht gut thun will.“[3] — Auch das genügt noch nicht. Wallenstein fügt am selben Tage noch einen eigenhändigen Brief hinzu: „Bitte nochmals den Herrn ganz fleißig: er wolle auf des älteren Herzogs von Mecklenburg Schritt gute Achtung geben und mir berichten; denn er hat es wohl verdient, daß man ihn strafe.“[4] Womit der Herzog Adolf Friedrich das verdient, oder was er nach der Lossagung von Dänemark Böses gethan, sagt Wallenstein nicht.

Klarer dagegen liegt die Absicht Wallensteins vor in einem Briefe vom 29. October, an den Obersten San Julian, der ihm in vertraulichen Geschäften am kaiserlichen Hofe diente. Daraus ergibt sich, daß Wallenstein seine Forderungen an den Kaiser mit dem ihm bereits verliehenen Sagan nicht als befriedigt ansah, daß er mehr verlangte, dafür aber lieber Mecklenburg nehmen wollte. Das Schreiben zeigt, wie San Julian dies vorzubringen habe.[5]

„Wegen Sagan, heißt es dort, habe ich meine Meinung bereits geändert und begehre nichts in J. M. Ländern; denn ich sehe, daß große Stücke schwer zu bekommen und unsicher zu halten seien; proponiere nochmals Mecklenburg; denn sie (die Herzöge) haben gute Worte gegeben, aber sich nicht laut ihren Worten verhalten. Will mir der Kaiser das Land ganz und gar verkaufen, desto lieber wird es mir sein; wo aber

[1] A. a. O. 111. [2] A. a. O. 112. [3] A. a. O. 115. [4] A. a. O.
[5] Lorenz 86.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht ganz und gar, so vermeine ich den Theil des älteren (Herzogs), und ein Stück von des jüngeren; denn dieser ist auch um ein Stück besser als der ältere gewesen. In Summa, ich will machen, daß der Jüngere solches für eine Gnade halten wird: den Älteren aber werden wir mit etlichen Ämtern contentieren, daß er zu leben haben wird. Bei meiner Ankunft will ich zu Allem Mittel bringen. Es ist zudem ein fürstliches Gut von 6000 Reichsthalern Einkommens im Lande: dies will ich den Kaiser bitten, er wolle, wie auch der Papst, seine Einwilligung dazu geben, daß ich es könnte den Jesuiten schenken, und damit zwei Collegia, eins zu Rostock, das andere zu Wismar fundieren, um dadurch die katholische Religion einzuführen. Der Herr muß aber sehen, daß diese Tractation wegen Mecklenburg nicht weiter gehe als zwischen dem Fürsten Eggenberg, Herrn Werda und dem Herrn allein, daß der Fürst derweil Präparatorien mache, auf daß bei meiner Ankunft die Räthe selbst dies proponieren; alsdann will ich mich ein wenig spreizen und auf die letzt acceptieren. Wegen Sagan halte der Herr derzeit zurück; denn eins ist besser als das andere."

Es ist zwischen diesem Beginne und dem späteren Verlaufe der Unterschied, daß Wallenstein im Anfange den Herzögen doch noch etwas belassen will, damit sie zu leben haben, daß dagegen später er für zweckmäßiger hält, ihnen alles zu nehmen.

Er war sich seines Erfolges schon im voraus sicher. Auf der weiteren Reise nach Böhmen meldet er von Frankfurt a. O. aus, am 2. November, seinem getreuen Diener Arnim: es sei möglich, daß in kurzer Zeit in Mecklenburg eine Veränderung vorgenommen werde.[1] In diesem Falle müsse das Land von Kriegsvolk befreit werden. Wallenstein wußte ja zu wohl, was eine Einquartierung seiner Truppen mit sich brachte, als daß er dieselbe in seinem eigenen Lande hätte dulden wollen. Ganz eben so befreite er sein Herzogthum Friedland in Böhmen, und darum gelangte von Städten, Dörfern und manchen Adeligen in Böhmen an ihn die Bitte, in den Unterthanenverband seiner Herrschaft aufgenommen zu werden.[2]

Daß Wallenstein irgend etwas gegen die Mecklenburger Herzöge im Schilde führe, konnte nach der ganzen Sachlage nicht lange unbekannt bleiben. Es kam auch dem Herzoge Hans Albrecht zu Ohren, und er

[1] Förster I, 123. [2] Hurter, Wallenstein 144.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wendete sich an Wallenstein selbst. Am 2. November hatte dieser dem Arnim geschrieben, daß Mecklenburg von der Einquartierung befreit werden müsse, sobald die beabsichtigte Veränderung stattgefunden. Dem Herzoge Hans Albrecht dagegen meldet er am 10. November, also acht Tage später: es sei nicht möglich das Kriegesvolk anderswohin zu legen. Der Herzog wolle sich der Billigkeit bequemen und sich in die unvermeidliche Forderung der allgemeinen Wohlfahrt fügen. Daß aber Hans Albrecht durch böse Leute bei dem Feldherrn verklagt sei, darin, also meldet Wallenstein, sei der Herzog übel benachrichtigt.[1]

Die Unwahrhaftigkeit Wallensteins liegt hier offen vor Augen. Aber auch damals gleich konnte sie nicht ganz verborgen bleiben. Wallenstein hatte Arnim angewiesen, den Mecklenburger Herzögen aufzupassen, alle ihre Stücklein zu notieren, weil sie nicht gut thun wollten. Es ist nicht denkbar, daß ein solches Aufpassen und Auflauern statt haben konnte, ohne Aufmerksamkeit und Verdacht zu erregen. Adolf Friedrich beeiferte sich durch Willfährigkeit in der Hingabe der Insel Pöl an Arnim alles etwaige Mistrauen zu zerstreuen.[2] Das geschah noch im November. Es änderte den Zustand der Dinge nicht, und den Herzögen ahnte Schlimmes. Eine Gesandtschaft von ihnen an den Kaiser mit Zeugnissen ihrer treuen Ergebenheit erschien als das sicherste Mittel. Tilly hatte sich ihnen beim Betreten ihres Landes wohlgesinnt erwiesen, und demnach wandten sie sich an ihn.[3] Er gab, ohne Wallensteins zu erwähnen, dem Kaiser Bericht,[4] wie die Herzöge bei seinem Eintritte in das Land ihrer Schuldigkeit gemäß gehandelt, und daß er demgemäß erwarten dürfe, daß sie auch ferner so handeln würden. Das Schreiben hat augenscheinlich die Absicht, die Mecklenburger Herzöge im Voraus gegen jeden Verdacht sicher zu stellen. In der Meinung, daß vielleicht die nicht sofortige Übergabe von Dömitz ein Anklagepunct sein würde, berichtete Tilly, daß er zuerst die Übergabe gefordert, nicht die Wallensteiner. Der Bericht Tillys ist schon vom 7. November, also noch vor der letzten gleisnerischen Schrift Wallensteins an Hans Albrecht. Eben so wandten sich die Herzöge an Georg Ludwig von Schwarzenberg, der als kaiserlicher Gesandter bei den Hansestädten weilte. Schwarzenberg lobt das treue Bezeigen der Herzöge.[5] Er weist darauf hin, daß die vornehmsten Officiere des kaiserlichen Heeres dies würden bezeugen müssen. Schwarzenberg hebt rühmend hervor, wie die Herzöge in Wismar das murrende Volk gegen die Einquartierung

[1] Förster I, 131. [2] Frank XIII, 30. [3] A. a. O. 91.
[4] Villermont, Tilly II, 399. Nr. 160. [5] Beilage XXXVI zur ersten Ausgabe.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

beruhigt und dadurch den Seeplanen des Kaisers hülfreich entgegen gekommen. Er bittet den Kaiser diese Treue und Ergebenheit der Herzöge anzuerkennen, 14. November. Mit diesen Zeugnissen von Tilly und Schwarzenberg ging eine Gesandtschaft der Herzöge nach Prag an den Kaiser. Unterwegs verschaffte sie sich andere. Der Kurfürst Johann Georg von Sachsen bezeugte, daß die Herzöge bei der Friedenshandlung zu Braunschweig im Winter 1625/26 allen Fleiß für den Frieden aufgewendet, an dem Kriege kein Gefallen getragen, und so viel der Kurfürst wisse, jederzeit in kaiserlicher Devotion verblieben seien.[1]

Im December trafen die Boten in Prag ein. Dort waren alle Hebel Wallensteins bereits in voller Thätigkeit.[2] Die mecklenburgischen Gesandten erhielten keinen Zutritt zu dem Kaiser. Man wies sie an den Kanzler Stralendorf. Dort erhielten sie den Bescheid: in Mecklenburg solle die Sache untersucht werden.[3]

Den armen Herzögen dagegen war es bei Arnims Verfahren gegen sie daheim nicht mehr geheuer. Sie dachten, also glaubte oder hoffte wenigstens Wallenstein, an eine Reise nach Schweden. Er gebot Arnim, dazu allen möglichen Vorschub zu leisten. Es werde ihm dadurch ein großer Dienst geschehen.[4] Seine Sprache gegen Arnim wird täglich offener und weniger umwunden. Schon am 22. November, zwölf Tage nachdem er an Hans Albrecht beruhigend geschrieben, befiehlt er Arnim, die Anordnungen so zu treffen, daß sofort nach der Änderung mit Mecklenburg das Heer nach Pommern abgeführt werden könne.[5] Schon betrachtet er sich als Besitzer. „Ich will in Mecklenburg nicht mehr als zehn oder zwölf Fähnlein leiden." An eine abschlägige Antwort des Herzogs von Pommern dürfe sich Arnim nicht kehren. Am Tage vorher, als Wallenstein von Frankfurt a. O. aus diesen Befehl gab, nahm Adolf Friedrich von Mecklenburg Arnims Truppen in das feste Haus Pöl auf, und bat, wie wir gesehen haben, den Arnim die abermals durch die That bewiesene treue Ergebenheit für den Kaiser berichten zu wollen.

Das Spiel dieser Tücke dauert fort. Gemäß den Befehlen Wallensteins mußte Arnim darauf ausgehen, zugleich mit den Herzögen von Mecklenburg nun auch den Herzog Bogislav von Pommern zu täuschen. Dieser ward nach Arnims Veranstaltung ihm auf halbem Wege entgegen geführt. Er ließ sich wider den Rath einiger Wohlgesinnten zu einer

[1] Beilage XXXVII zur ersten Ausgabe. [2] Hurter, Wallenstein 171.
[3] Frank XIII, 40. [4] Förster I, 139. [5] A. a. O. 145.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Reise nach Franzburg verleiten, in die Nähe der Truppen Arnims.[1] Das geschah noch im October. Am selben Abende seiner Ankunft trat ein Wallensteinischer Oberst dort mit der Forderung zu ihm, daß zehn Regimenter auf eine kurze Zeit von wenigen Wochen in Pommern einquartiert werden müßten. Der bestürzte Bogislav erwiederte: er müsse vorher seine Stände fragen. Er berief dieselben. Arnim war schneller. Er selbst erschien am 4. November mit starker Begleitung in Franzburg. Bogislav bewilligte alles. Er hätte gar gern dann sein Wort zurückgenommen. Allein Arnim erwiederte kurz: wenn es nicht gütlich geschähe, so mit Gewalt.

Arnim hatte darin seinen Meister übertroffen. Denn der Herzog Bogislaw war im Besitze eines kaiserlichen Schreibens vom 27. Juli, lautend: „Und wollen darauf bei unserem General die gemessene Verordnung thun, damit Dr. Lbd. Land und Leute unter unserem kaiserlichen Schutze und Protection sicher bleiben und mit einiger Einquartierung, wider Dr. Lbd. Willen oder auf allen äußersten Nothfall, nicht graviert oder belegt werden sollen, sondern vielmehr Ihrer gutherzigen Bezeugung und Real-Demonstration Ihres treuesten Gehorsams wirklichen Genuß empfinden mögen."[2]

Wallenstein ließ jedoch dem Arnim keine Ruhe, bis auch thatsächlich die Sache ins Werk gerichtet war. „Ich bin versichert, schreibt er, am 24. November, daß wegen Pommern allerlei Anstoß sein wird; denn J. M. wollen gern einem Jeden gratificieren. Und der Herr sieht, daß es nicht sein kann, auch die Kriegsraison es nicht zuläßt, daß Pommern mit dem kaiserlichen Volke nicht sollte besetzt werden." Daher soll Arnim keinen Winkel in Pommern unbesetzt lassen, „bevor ihnen dort etwa eine vergebliche Hoffnung von einem Orte gemacht werde."[3]

Dazu mochte Wallenstein bereits wissen, daß bei der Stimmung in den größeren Hansestädten auf ein Darleihen von Schiffen von dort her für ihn keine Hoffnung war. Er trachtete daher auf andere Weise sie sich zu verschaffen. „Es wird mir berichtet, sagt er in seinem nächsten Schreiben, daß achtundzwanzig Seehäfen in Pommern sind. Nun ist das ziemlich viel; aber, sei es wie es will, sie müssen alle besetzt und befestigt werden." — Und weiter: „Zudem halte der Herr alle Schiffe an. Einen Theil wollen wir bewaffnen, den anderen zum Übersetzen gebrauchen." Und ferner: „Insonderheit lasse der Herr den Holländern

[1] Neubur 16. [2] Kriegsacten F. 82. [3] Förster I, 154.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kein Getreide verabfolgen: er kann sich entschuldigen und vorwenden, daß ich befohlen habe, wegen der Armada alles Getreide zu behalten."

Während Wallenstein in solcher Art mit eiserner Faust in das Erwerbsleben der Pommern eingreift, erneuert er zugleich die Befehle, einerseits daß die schwedischen Schiffe einen Weg als den anderen in Rauch aufgehen müssen, und andererseits, daß Arnim den Schwedenkönig auffordern solle, „honestas conditiones zum Bündnisse zu proponieren."

Demnach kommt bei Wallenstein noch keine Ahnung auf, daß sein Verfahren in Mecklenburg und in Pommern beitragen könne, den Schwedenkönig auf andere Gedanken zu bringen als diejenigen der Allianz mit ihm.

Vielmehr fährt Wallenstein in derselben Weise fort. Am 2. December nennt er zum ersten Male die Stadt Stralsund.[1] Er vernimmt, daß die Bürger anfangen, die Stadt zu befestigen. „Das muß man ihnen auf alle Weise einstellen." Alle diese Städte sollen befestigt werden, aber um Besatzungen Wallensteins aufzunehmen. Besser jedoch sind, namentlich für Rostock und Wismar, Citadellen. „Der Herr weiß wohl, daß große Städte ohne Citadellen gar nichts werth sind." Oder ein anderes Mal: „Man muß ihnen den Zaum ins Maul thun." Arnim soll noch im Winter anfangen zu bauen, „dieweil das Wetter gelind ist." Er soll ferner „allen möglichen Fleiß aufwenden, auf daß wir uns gegen den Frühling stark zu Meer gefaßt machen; denn was wir jetzt thun sollen, muß zu Meer geschehen."[3] — Er vernimmt abermals, am 22. December, daß die von Stralsund anfangen sich zu befestigen. Solches muß man ihnen von Stund an einstellen, und sie mit anzulegenden Forts schließen, damit sie sich des Feindes Assistenz nicht prävalieren können."[4]

Ob derartige Befehle, abgesehen von der moralischen Qualification, als Zeugnisse von Einsicht und Überlegung betrachtet werden können, dürfte, nach dem späteren Verlaufe der Dinge, etwas zweifelhaft erscheinen.

Unterdessen kam Wallenstein auf dem Schlosse Brandeis in Böhmen an. Von dort aus meldet er am 20. December 1627: die Sache ist bereits accordiert.[5] Er bittet jedoch, Arnim möge dafür sorgen, daß die beiden Herren „durchgehen." Das werde nicht schwer sein, meint er, weil der eine der beiden schon einmal reisefertig gewesen. Die Absicht dieses Wunsches, daß die Herzöge fliehen mögen, liegt nahe. Eine Flucht gab einen Anhaltspunct zum Verdachte. Wallenstein erneuert seinen Befehl,

[1] A. a. O. 161. [2] A. a. O. 139, 278. [3] A. a. O. 168. Vom 20. Decbr.
[4] A. a. O. 174. [5] A. a. O. 169. Nr. 100.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Einquartierung aus Mecklenburg abzuführen: denn über 3000 Mann wolle er da nicht leiden.

Wallenstein hatte in diesen Briefen an seinen Vertrauten und Helfershelfer auch nicht eine einzige Anklage vorgebracht, welche die Herzöge von Mecklenburg härter träfe, als die anderen Fürsten des niedersächsischen Kreises, die sich von dem Dänen gegen Pflicht, Ehre und eigenes Interesse hatten verführen lassen. Warum denn verfuhr man anders gegen sie, als gegen die anderen? — Es liegen darüber zwei Gutachten der kaiserlichen Räthe vor, eins der Minderheit, eins der Mehrheit.[1]

„Die Mecklenburger Herzöge, sagt das Gutachten der Minderheit, haben nicht mehr Unrecht gethan, als die anderen Fürsten des niedersächsischen Kreises, welche sich mit dem Dänenkönige verbunden. Wenn diese begnadigt sind: warum will man jene strafen? Der König von Dänemark wird sich der Herzöge annehmen, und derjenige von Schweden wird dadurch ins Reich gezogen werden. Wenn man darüber noch hinwegsehen will: so ist von größerer Wichtigkeit, daß das Mistrauen im Reiche selbst durch eine solche Übertragung der Herzogthümer an Wallenstein gesteigert wird. Denn es ist bekannt, daß Wallenstein sich geäußert: man bedürfe keiner Kurfürsten und Fürsten mehr. Man müsse ihnen das Gasthütel abziehen. Wie in Frankreich und Spanien, so müsse auch in Deutschland nur ein einziger Herr sein."

Wie rufen doch diese Worte der Räthe ganze Reihen von Gedanken hervor! Also von Anfang an, sehen wir, war die Strafe für die Mecklenburger Herzöge, der Lohn für Wallenstein am kaiserlichen Hofe eine und dieselbe Angelegenheit, beide ganz verschiedene Dinge nur ein Ganzes. Eine solche Vermengung machte von vorn herein die Gerechtigkeit, die der Kaiser üben wollte oder sollte, zur Dienerin des Interesses.

Und weiter sind die Worte der kaiserlichen Räthe so höchst gewichtig. Indem sie sich vor dem Kaiser auf das beziehen, es bekannt nennen, was Wallenstein über die Reichsfürsten gesagt, mußten diese Worte Wallensteins offenkundig, eine unbestreitbare Thatsache sein. Indem ferner die kaiserlichen Räthe diese Worte vor dem Kaiser als Grund gegen die Forderungen Wallensteins geltend machten, mußten sie wissen und überzeugt sein, daß der Kaiser solche Ansichten und Worte Wallensteins nicht billige, daß es auch keineswegs die Absicht des Kaisers war, den Reichsfürsten ihre Rechte zu nehmen und sich nach französischem Muster zum

[1] Khevenhiller XI, 62 u. f. Ich dränge den Inhalt zusammen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Alleinherrn zu machen. Die Räthe mußten überzeugt sein, daß der Kaiser die Reichsverfassung zu beobachten Willens war, daß er einen Plan des Bruches und des Umsturzes derselben auch dann nicht billigte, wenn dieser Bruch, dieser Umsturz im kaiserlichen Interesse geschähe.

Denn eben dies führen die kaiserlichen Räthe ausdrücklich weiter aus. „Wenn die Fürsten des Reiches, sagen sie, auf ihre vielfältigen Klagen hören und sehen, daß anstatt der Gewährung einer Abhülfe derselbe Mann, den alle als den Urheber dieser Klagen betrachten, noch mit mehr Gewalt ausgestattet wird, als der Kaiser vermöge der Wahlbedingungen ihm geben kann: so ist unfehlbar zu besorgen, daß die Fürsten und Stände des Reiches sich einbilden, jene Worte rühren von einer höheren Stelle her, jenes Verfahren werde an einer höheren Stelle gebilligt. Die Fürsten sehen, wie er so schon hoch begnadigt, wie er durch die erhaltenen Gnaden hochmüthig geworden ist, wie er ferner alle Kriegsvölker mit der armen Leute Schweiß und Blut an sich zieht, seine Anhänger sowohl am kaiserlichen Hofe, als im Heere mit solchen Geschenken begabt, daß auf die Dauer das ganze Reich und die kaiserlichen Erblande dafür nicht ausreichen werden. Da ist sehr zu fürchten, daß man zum Äußersten greife, daß ein Krieg entbrenne, dessen Ende nicht abzusehen. Der Kaiser ist Wallenstein nichts mehr schuldig. Wallenstein hat sich in Güte oder mit Gewalt längst bezahlt gemacht. Wenn man die Rechnung genau untersucht; so hat nicht Wallenstein von dem Kaiser, sondern der Kaiser von Wallenstein zu fordern. Und selbst wenn man behaupten will: es komme Wallenstein etwas zu: so erhebt sich die wesentliche Frage, ob es recht ist, ihn zu bezahlen mit dem Eigenthume der Herzöge von Mecklenburg. Diese sind noch nicht gehört, und es ist nicht recht, sie erst zu entsetzen, und nachher erst die Anklage des Hochverrathes gegen sie auszubringen. Vielmehr ist es besser, die Herzöge nach geleisteter Unterwerfung wieder einzusetzen. Man kann ihnen, wenn das nöthig ist, eine Geldstrafe auferlegen, und für die Zahlung derselben Wallenstein einige Örter zum Pfande geben. Besser aber ist es, jetzt Maß und Ziel zu setzen; denn Wallenstein wird in Zukunft immer mehr verlangen."

Das Gutachten ist offenbar von Männern verfaßt, die nicht Wallenstein dienstbar waren. Die Namen sind nicht überliefert: mit Wahrscheinlichkeit dürften nur die Grafen Slawata und Trautmannsdorf genannt werden. Der Gedankengang stimmt überein mit derjenigen Ansicht über Wallenstein, in welcher drei Monate zuvor zu Mühlhausen sämmtliche katholische und protestantische Kurfürsten und andere Stände des Reiches sich geeinigt.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dagegen hob das Gutachten der Mehrheit der kaiserlichen Räthe das Verbrechen der Herzöge von Mecklenburg hervor, das Verdienst Wallensteins und den Nutzen des Kaisers. „Die Herzöge, heißt es darin, haben sich schwer vergangen. Sie halten fest zu dem Dänen, und haben beide kaiserliche Heere in ihren Fortschritten gehindert. Es ist Zeit, daß einmal ein Beispiel gegeben werde; denn bisher ist die Meinung: ein Reichsfürst dürfe nur ungestraft rebellieren, und wenn er sich dann unterwerfe: so sei alles vergeben und vergessen. Nicht also muß es sein. Strafen und Belohnungen sind die Stützen eines wohlgeordneten Staates. Die Strafe muß erfolgen, aber auch die Belohnung. Und zwar ist Wallenstein dieser vor allen würdig; denn sein Verdienst hat nicht seines Gleichen. Niemals hat man gehört noch gelesen, daß ein Feldherr eine Armee von 100,000 Mann auf die Beine bringt und sie erhält ohne Entgelt noch Bezahlung, ja noch dazu aus den Contributionen Geld zu allerlei Nothdurft nach Hofe schickt, um treue Minister zu belohnen. Er hat die Kriegsobersten, Befehlshaber und Soldaten durch Gaben und Geschenke also angefeuert, daß sie ihrem Kaiser und Herrn vor allen anderen dienen."

Das Lob dieser Worte birgt, schärfer angesehen, schwere Anklagen in sich. Dies wird klarer durch den Vergleich Wallensteins mit Tilly. Jener war unermeßlich reich,[1] und dieser, nach Maßgabe seiner Stellung, arm. Tilly hat niemals Geld nach München geschickt, sondern von dort her nur gefordert. Wallenstein dagegen hat nicht bloß das Heer ohne Kosten des Kaisers erhalten, sondern auch noch Geld nach Wien geschickt. Aber woher? Von einer Beute an Feinden kann nicht die Rede sein; denn Wallenstein hatte kein deutsches Land betreten, dessen Bewohner er, bei dem Betreten, nicht als kaiserlich gesinnt und willig erfunden hätte. Woher also das Recht Wallensteins, diesen Ländern mehr abzunehmen als für den Unterhalt seines Heeres erforderlich war?

Das Gutachten der Mehrheit der Räthe warf nicht solche Fragen auf, sondern häufte statt dessen die Übertreibungen zu Gunsten Wallensteins. „Nur Wallenstein, sagte es, hat das Vertrauen, die Liebe und die Furcht der Soldaten. Er ist unentbehrlich." „Wenn er nicht mehr da, so gibt es Niemanden, der seine Stelle vertreten könnte."

Diese Räthe vergaßen dabei, in wessen Händen die Sache des Kaisers gestanden, bevor Tilly, im April 1625, Unterstützung gefordert. Sie vergaßen weiter, wer auch dann noch die entscheidenden Streiche

[1] Die Angaben bei Förster II, 74 doch wohl übertrieben.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

geführt, im August 1626 bei Lutter am Barenberge, und im August 1627 durch den Übergang über die Elbe im Angesichte Christians IV.

„Ferner, sagte dies Gutachten der Mehrheit, ist von der Übertragung von Mecklenburg auf Wallenstein eine Gefahr nicht zu befürchten. Die Kurfürsten werden sich auf eine Fürbitte beschränken. Dänemark wird Frieden schließen auch ohne die Herzöge. Schweden ist in Polen beschäftigt. Die Erwerbung von Mecklenburg bietet dagegen neue Vortheile. Sie gewährt Seehäfen, und dadurch kann der so lange mit Spanien beabsichtigte Handel ins Werk gesetzt werden."

Es ist in dieser Erwägung, daß die Übertragung von Mecklenburg keine Gefahr in sich schließe, kaum Ein Satz, den nicht die Thatsachen schon des nächst folgenden Jahres als irrig dargethan haben. Namentlich die Urkunde über den Schweden Gustav Adolf, dessen Schreiben an Bethlen Gabor, vom 24. Juli 1626, weil aufgefangen, sich doch in den Händen dieser Räthe befand, ist erstaunlich. In denselben Tagen, wo die kaiserlichen Räthe dieses Gutachten abfaßten, hatte bereits, wie sich bald ergeben wird, das Walten Wallensteins in Mecklenburg und Pommern beigetragen, bei Gustav Adolf einen folgenreichen Umschlag zu bewirken.

Das Gutachten der Mehrheit fügt dann noch einen Grund hinzu, der in der Seele des Kaisers Ferdinand II. jederzeit anschlug: eine Übertragung des Landes Mecklenburg an Wallenstein gereiche zum Vortheile der katholischen Religion. In der That: wenn Wallenstein wirklicher Reichsfürst war, so verstammte damit auf ihn, gemäß den Satzungen des Religionsfriedens von Augsburg, auch das landesherrliche Reformationsrecht, und er durfte demgemäß Mecklenburg wieder katholisch machen. Wenn etwa der Kaiser diese Hoffnung, die Mecklenburger diese Furcht hatten: so waren am wenigsten diese Regungen begründet. Wallenstein hat nachher in Mecklenburg nicht das jus reformandi geltend gemacht. Dagegen hat er vorher diese Aussicht als Drücker auf Geistliche am Kaiserhofe benutzt. Er machte ihnen Zusicherungen, die zu weitergehenden Hoffnungen zu berechtigen schienen. Es wird in bestimmter Weise angegeben, daß einflußreiche Geistliche am Hofe des Kaisers ihre Stimme für die Übertragung geltend gemacht haben.[1]

Der Kaiser schwankte. Aber Wallenstein hatte eine fest geschlossene und nach den mehrfachen Andeutungen gut bezahlte Partei. Wie er dem

[1] Khevenhiller XI, 67.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Arnim gegenüber von Anfang an seiner Sache gewis gewesen war: so sehen wir auch nachher keinen Zweifel in ihm sich regen, wenigstens nicht laut werden. Im December 1627 hat er gemeldet, daß alles bewilligt sei. Am 19. Januar 1628 gebot der umdrängte, wider seine Pflicht und sein Interesse umgarnte und bethörte Kaiser dem neuen Herzoge von Mecklenburg bei Tafel in der Gegenwart des Kaisers bedeckten Hauptes zu sein.

Die Form, in welcher das Land Mecklenburg dem neuen Herzog übertragen wurde, entsprach dem Gutachten der Mehrheit der kaiserlichen Räthe.[1] Der Spruch des Kaisers gegen die Herzöge sagte, daß sie sich mit fremden Mächten zum Nachtheile und zur Gefahr des Reiches in ein hochschädliches Bündnis eingelassen, daß sie dann alle Mahnungen und Drohungen des Kaisers verächtlich in den Wind geschlagen, halsstarrig in der Conspiration verharrt und sogar Ursache gewesen seien, den Erbfeind der Christenheit mit in das Spiel zu ziehen. Deshalb, weil die Herzöge den Krieg veranlaßt und in demselben beharrt, sind sie dem Kaiser verantwortlich für die Kriegskosten. Der Kaiser wiederum ist für die Kosten dem Herzoge von Friedland und Sagan verpflichtet, der sie ausgelegt. Deshalb gewährt ihm der Kaiser die Herzogthümer als ein Unterpfand. Die Forderung des Herzogs an den Kaiser von etwa 750,000 Fl. ist damit getilgt.

An diese Erwerbung von Mecklenburg für sich knüpft fortan Wallenstein Krieg oder Frieden für das Reich. So lehrt es nicht bloß der fernere Gang der Thatsachen, sondern seine eigenen Worte. Vier Tage, nachdem er vom Kaiser als regierender Herzog von Mecklenburg begrüßt war, meldet er seinem Vertrauten: „Ich will zum Frieden helfen mit Hand und Fuß; allein Mecklenburg muß ich behalten und dabei bleiben. Im anderen Falle begehre ich keinen Frieden.“[2] Die Worte wiegen inhaltsschwer.

Jedoch gibt es darüber auch andere Worte. Ein späterer Mecklenburger sagt über diese Erwerbung: „Damit sprang ein Brunn auf, darin sich Wallensteins Glück endlich ersäufte; denn so wie er Recht hatte zu diesem Lande, so hatte er auch Segen damit.“[3]

Bereits drei Vierteljahre vor dieser Übertragung Mecklenburgs hatte der inzwischen verstorbene bayerische Gesandte Leuker in Wien sich über die Erwerbung des ungleich geringeren Sagan für Wallenstein mit

[1] Förster I, 291. Hurter, Wallenstein 172. [2] Förster I, 281 Nr. 145.
[3] Franck XIII, 61.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

einigen Worten ausgesprochen, die schweres Unheil weissagen.[1] „Die verschiedenen Mittel, schreibt er, werden endlich die Ansprüche Friedlands durchsetzen. Dagegen wird er, wenn ihm das gelingt, dem kaiserlichen Hause in Deutschland mehr Schaden zufügen als Mansfeld, Christian, die Fürsten in Niedersachsen, Bethlen Gabor, der König von Dänemark, ja die Türken selbst während des böhmischen Unwesens jemals gethan haben."

Die gewichtigen Worte kamen nur nicht vor die Augen desjenigen, den sie zunächst angingen, des Kaisers Ferdinand II.

[1] Gindely, Waldstein I, 224.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Personen-Register.

A.

Abbas, Schah von Persien, 634.
Abbot, Erzbischof von Canterbury, 371, 376.
Adolf Friedrich, Herzog von Mecklenburg, 129, 320, 451 u. f., 454, 465, 511, 527, 675, 678, 723, 725, 840 u. f., 843 u. f.
Aerssen van Sommelsdyk 378.
Aitzema, Foppius van, 270, 451, 506, 683.
– – Leo van, 56, 254, 258.
Albers, Oberst, 743.
Albrecht, Erzherzog, 13, 41, 51 u. f., 86, 96.
Aldringer, Oberst, 528, 585, 706, 709, 741, 772, 785.
Alexander v. Hales 318, 370.
Alliaga 84.
Anhalt s. Christian.
Anholt 125, 154, 182, 188, 270, 274 u. f., 278, 300, 323, 665, 772, 788.
Anna, Gemahlin Ludwigs XIII., 265, 485, 541.
Anna Sophia, Gemahlin Friedrich Ulrichs, 453, 653.
Anstruther, Lord, 382, 410, 414 u. f., 429, 439 u. f., 443 u. f., 460, 493, 684.
Anton Günther, Graf von Oldenburg, 266, 286, 325, 327, 332, 335, 380, 412 u. f., 459, 727, 729 u. f.
Arnim, Oberst, 828 u. f., 830, 834, 840 u. f., 842 u. f., 844 u. f., 846 u. f.
Attila 694.
August, Herzog zu Braunschweig und L., 511.
Autona 756, 758.

B.

Bagny 479 u. f.
Barbaresken 817.
Barberini, Cardinal, 480, 486.
Barkhausen 743.
Barteldes 584.
Bassani 69.
Bassompierre, Marschall, 265, 731.
Bauer, Oberst, 93.
Baugy 632.
Beaumont 825 u. f.
Becanus S. J. 65.
Behre, Großvogt i. Lüneburg, 739, 770, 786.
Bellarmin S. J. 360.
Bellin 412, 421, 422 u. f., 436 u. f., 442 u. f., 484.
Berg, Graf Heinrich v., 184 u. f.
Bernhard, Herzog zu Sachsen-Weimar, 161, 279, 723, 784.
Bethlen Gabor, Fürst von Siebenbürgen, 3, 5, 7, 8, 10, 11, 16, 28, 33, 34, 40, 41, 44, 47, 59 u. f., 73, 82, 87, 89, 91, 126 u. f., 129, 137, 155, 222 u. f., 225, 227 u. f., 229 u. f., 281 u. f., 283 u. f., 285 u. f., 345, 346 u. f., 348 u. f., 383, 403 u. f., 405 u. f., 407 u. f., 409 u. f., 477 u. f., 517, 534, 535 u. f., 537 u. f., 585, 635 u. f., 638, 649 u. f., 654 u. f., 684, 685 u. f., 696 u. f., 721, 778.
Blainville 541.
Bogerman 483.
Bogislav, Herzog v. Pommern, 458, 845 u. f.
Bouillon, Herzog v., 208, 210.
Brandenburg, Haus, 679.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Braunschweig-Lüneburg, Haus, 114, 277.
Bristol, Graf, früher Lord Digby, 234, 236, 359, 362, 365, 366 u. f., 381.
Brineau 433.
Buckingham 57, 108, 213, 219, 280, 359, 361 u. f., 363, 365, 369, 375 u. f., 377 u. f., 428, 437, 442 u. f., 483, 484 u. f., 487 u. f., 533, 539, 541, 544, 618, 636, 638 u. f., 682, 684, 727, 790.
Buquoi, Graf, 3, 11, 38, 41, 74, 79 126, 172.
Bürgermeister und Rath der Städte:
Braunschweig 531.
Bremen 457, 530.
Buxtehude 789.
Danzig 633 u. f.
Eimbeck 742.
Elbing 646 u. f.
Emden 286, 289, 324, 334, 838.
Frankfurt a./M. 195.
Goslar 581, 607.
Göttingen 519 u. f.
Halberstadt 587.
Halle a./S. 707 u. f.
Hamburg 456, 530, 742.
Hameln 494, 499 u. f., 678, 743.
Hannover 523 u. f., 531, 578, 626, 671, 742.
Lübeck 456, 465, 528, 530, 819.
Magdeburg 528 u. f., 607.
Minden 613, 739 u. f.
Mühlhausen 188.
Münden 494, 612, 614.
Nordhausen 769.
Northeim 519 u. f.
Nürnberg 16 u. f., 80 u. f., 105, 514, 736.
Osnabrück 579, 609.
Osterode 742.
Straßburg 16 u. f., 104, 136, 199 u. f.
Ulm 16 u. f.
Wismar 678.

C.

Calixt, Georg, 520, 673 u. f.
Calvert, Staatssecretär, 159, 214, 280, 408, 409.
Calvinisten im Reiche 99 u. f., 102, 151, 242, 255, 402, 702.
Camerar, Ludwig, 6 u. f., 14, 15, 20, 25, 62, 76, 104, 130, 139, 155, 177, 193 u. f., 216 u. f., 222, 234, 240, 283, 381 u. f., 391, 416 u. f., 426, 435, 444, 507, 532, 618, 638, 640, 642, 656.
Capellen, v. d., 271, 316, 322, 620.
Caraffa, Nuntius, 102, 138, 242, 243 u. f., 245 u. f., 272, 345, 473, 716, 762.
Carl, Erzherzog, 101.
Carl, Prinz von Wales, 45, 57, 85, 98, 232, 280, 359, 361 u. f., 364 u. f., 366, 368, 369 u. f., 375 u. f., 398, 442. Dann als
Carl I, König von England, 443, 445, 507, 532, 539, 541, 619, 681 u. f., 684 u. f., 726, 731.
Carl IV., römischer Kaiser, 235.
Carl V., römischer Kaiser, 7, 35, 83, 85, 101, 235, 486, 570 u. f.
Carl IX., König von Schweden, 650 u. f.
Carl Emmanuel, Herzog von Savoyen, 36, 75, 480 u. f.
Carleton, englischer Gesandter im Haag, 45, 268, 351, 368, 387, 406.
Carliste 400, 439.
Carlos, Don, 369.
Carpenzan, Oberst, 772.
Carsilio, Oberst, 599.
Cavalier, Bailo, 635.
Chalon, René de, 96, 103.
Chatillon 32.
Chichester, Lord, 173 u. f., 180 u. f., 190, 196.
Christian Fürst von Anhalt, der Ältere, 3, 11 u. f., 14, 20, 25, 34, 352, 354 u. f., 462, 480.
Christian Fürst von Anhalt, der Jüngere, 355.
Christian Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, der Ältere, in Celle, 114, 120, 275, 290, 293, 294, 309, 310, 336, 340, 414, 450, 463, 465, 467, 493, 495, 510 u. f., 515, 526 u. f.,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

529, 562, 581, 626, 670, 671, 676, 681, 721, 726, 733 u. f., 769, 771, 783.

Christian Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, der Jüngere, Braunschweiger Linie, 114 u. f., 116 u. f., 118 u. f., 120 u. f., 122 u. f., 133 u. f., 147 u. f., 149 u. f., 173, 179, 181, 182 u. f., 184 u. f., 186 u. f., 188 u. f., 190 u. f., 194 u. f., 200, 202 u. f., 206, 209, 211 u. f., 249, 262, 273 u. f., 275 u. f., 277 u. f., 290 u. f., 292 u. f., 294 u. f., 296, 300 u. f., 304 u. f., 306 u. f., 310 u. f., 312 u. f., 314 u. f., 322, 328, 332, 340, 356 u. f., 380 u. f., 411, 427, 429, 435, 453, 458, 509, 518, 557, 561, 563, 577, 580, 581, 609, 611, 619 u. f.

Christian IV. König von Dänemark 6, 44, 46, 48—50, 114, 117, 152, 177, 194, 197, 291 u. f., 294, 295, 319, 327, 380, 410 u. f., 402, 436 u. f., 439 u. f., 441, 450 u. f., 452 u. f., 454 u. f., 459 u. f., 461 u. f., 464, 476 u. f., 489, 494 u. f., 496 u. f., 498 u. f., 501 u. f., 505 u. f., 510 u. f., 512, 523 u. f., 525 u. f., 527 u. f., 532, 534, 538 u. f., 556 u. f., 559 u. f., 561, 564 u. f., 569, 570, 573 u. f., 577, 583, 611, 618 u. f., 625, 628, 634, 656, 663 u. f., 670, 680, 682 u. f., 685, 723 u. f., 726, 727 u. f., 730 u. f., 754, 766, 768, 770 u. f., 780 u. f., 783 u. f., 785 u. f., 814, 820, 828 u. f., 840.

Christian Wilhelm, Markgraf von Brandenburg, Administrator von Magdeburg, 121, 290, 293, 304, 340, 412, 451 u. f., 454, 455, 493, 499, 501, 530, 546, 585, 607, 675 u. f., 732.

Coeuvres, Marschall, 479, 482.

Collalto, Graf, 319, 346, 476, 602 u. f., 604, 687, 758, 765, 813.

Colloredo, Oberst, 748, 814.

Coloman 376.

Conway, Staatssecretär, 369, 427, 428, 682.

Cordova, spanischer General, 107, 111 u. f., 113, 146, 168, 172, 179, 181, 189, 191, 211, 217.

D.

Dannenberg 770.

Debitz 77.

Delavir Pascha 226.

Des Fours, Oberst, 664.

Dietrichstein, Cardinal, 763.

Digby, Lord, 73, 82 u. f., 85, 88, 93 u. f., 95, 105. Dann Graf Bristol.

Dohna, Carl Hannibal, Burggraf von, 87 u. f., 653 u. f., 723, 772, 821.

Domcapitel von
— Bamberg 91 u. f., 166.
— Halberstadt 114 u. f., 291, 312, 411.
— Magdeburg 530, 588.
— Osnabrück 579.
— Paderborn 147.
— Würzburg 91 u. f., 166.

Donnersberg, bayerischer Rath, 386 u. f.

Draghi, Oberst, 814.

Drohm, Arnold, 150, 154.

E.

Edzard II., Graf von Ostfriesland 254 u. f.

Efferen, von, 395.

Eggenberg, Fürst von, 70, 209, 483, 517, 554, 597, 603, 700, 710, 711 u. f., 716, 758, 764, 796 u. f.

Ehrentreuter 287.

Eleonore von Mantua, Gemahlin des Kaisers Ferdinand II., 222 u. f.

Elisabeth, Herzogin-Witwe zu Braunschweig und Lüneburg, 42, 120, 123, 149, 276 u. f., 290, 292 u. f., 312, 321, 358, 380, 560, 565 u. f., 625.

Elisabeth, Gemahlin Friedrichs V., 4, 46, 54, 56 u. f., 58, 118, 159, 204, 209, 273, 305, 352, 359, 368 u. f., 377, 403, 406, 409, 418, 427, 474, 532, 566, 684.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Elz, Kanzler des Herzogs Friedrich Ulrich, 453, 557, 625, 728.
Emmo III., Graf von Ostfriesland, 254, 256 u. f., 258 u. f., 262 u. f., 287, 289, 320, 323 u. f., 333, 385, 387.
Ernst von Nassau 324.
Erwitte, Oberst, 182, 332.
Espesses, französischer Gesandter im Haag, 403, 429, 439, 482, 508, 539.
Esterhazy 224, 350, 537, 688, 689, 700.
Ethelbert, König von England, 400.

F.

Fabinger, Stephan, 719.
Fahrensbach, Oberst, 827.
Falkenberg, Dieterich von, 621, 647.
Ferdinand, Kurfürst von Köln, 119, 122, 147 u. f., 154 u. f., 182 u. f, 186, 206, 253, 270, 275 u. f.
Ferdinand I., römischer Kaiser, 71, 101.
Ferdinand II., römischer Kaiser, 3, 4, 13 u. f., 18 u. f., 21, 23, 35, 41, 46, 60 u. f., 63, 64 u. f., 71 u. f., 78 u. f., 80, 82 u. f., 86 u. f., 87 u. f., 94, 96, 97, 98 u. f., 106, 108, 122, 129 u. f., 131, 137, 139 u. f., 160, 192 u. f., 201, 213 u f., 219, 222 u. f., 237, 240, 244, 245, 246 u. f., 267, 278, 283, 289, 291 u. f., 297, 301 u. f., 308, 318, 336, 338, 348, 351 u. f., 353, 354 u. f., 369, 380, 383 u. f., 385, 387, 392, 394, 396, 410, 421 u. f., 446 u. f., 450 u. f., 456 u. f., 458, 459, 462, 465, 467 u. f., 469 u. f., 472 u. f., 475 u. f., 486, 500 u. f., 503, 505, 514 u. f., 516 u. f., 528 u. f., 535, 537, 551, 564, 577, 584, 597 u. f., 604 u. f., 607, 659, 680, 691, 692 u. f., 695, 696 u. f., 698 u. f., 702, 710, 715, 718, 723, 748 u. f., 752, 756, 761, 764 u. f., 776, 779, 786, 790, 793, 802, 806, 819, 833, 839, 846.
Ferdinand III., König von Ungarn, 537, 631.
Ferenz 141, 264.
Feria, Herzog v., 481.
Flamant, St., 263 u. f.
Fleckenstein, Oberst, 161.
Florentius S. J. 84.
Floyd 57.
Franz Albrecht von Sachsen Lauenburg 514, 599, 751, 758.
Franz Carl von S. L. 787.
Frenk 37, 39.
Friedrich, Herzog von Holstein-Gottorp, 451 u. f., 724, 780 u. f., 785.
Friedrich, Herzog zu Sachsen-Altenburg, 277, 305, 314, 354, 523.
Friedrich, Herzog zu Sachsen Weimar, 179, 277.
Friedrich, Prinz von Dänemark, 411.
Friedrich V., Pfalzgraf und Kurfürst, 3 u. f., 6, 7, 9 u. f., 11 u. f., 13 u. f., 18, 21, 23, 26, 27, 35, 36, 42 u. f., 44 u. f., 46 u. f., 49 u. f., 54 u. f., 59, 60, 75, 77 u. f., 84, 89 u. f., 93, 99 u. f., 108 u. f., 118, 140 u. f., 142, 145, 154 u. f., 157 u. f., 159 u. f., 163, 165, 166, 170 u. f., 174, 175 u. f., 178 u. f., 193 u. f., 196, 197 u. f., 201 u. f., 203 u. f., 213 u. f., 219, 242, 247, 269, 282, 283 u. f., 346, 348, 352, 353, 367, 369 u. f., 376, 387, 413, 416, 418, 462, 477, 509, 532, 534, 566, 638, 789 u. f., 793, 802 u. f.
Friedrich Heinrich, Friedrichs V. Sohn, 84.
Friedrich Heinrich, Graf von Nassau, 116 u. f., 185, 314, 316; dann Prinz von Oranien 483.
Friedrich Ulrich, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Braunschweiger Linie in Wolfenbüttel, 42, 114, 120, 149, 203, 246, 276 u. f., 290, 291 u. f., 300 u. f., 306, 312, 319, 340, 451, 453, 458, 462, 465, 493 u. f., 498, 501, 503, 514, 518 u. f., 526, 546, 557, 560, 625 u. f., 627 u. f., 669 u. f., 672 u. f., 767 u. f., 788.
Fuchs von Bimbach, Oberst, 304, 319, 583, 584, 586, 618, 665.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Fürstenberg, Graf, Oberst, 547, 548 u. f., 550 u. f., 553, 615 u. f., 662, 774, 787.

G.

Geer, Louis de, 207, 326, 334.
Generalstaaten der Republik der Niederlande 22, 26, 44, 45 u. f., 49, 50, 51 u. f., 54 u. f., 86, 89 u. f., 115 u. f., 117 u. f., 120 u. f., 129, 142, 149, 155 u. f., 166, 183, 184 u. f., 187, 207, 220, 228, 253 u. f., 256 u. f., 261 u. f., 268 u. f., 270, 290, 315 u. f., 321, 324, 326 u. f., 328, 333 u. f., 336, 351 u. f., 375, 378, 385 u. f., 397 u. f., 417, 426, 435, 439, 442 u. f., 481, 483, 506, 507, 513, 533, 536, 610, 639, 642, 683, 729 u. f., 731, 760, 781, 816 u. f., 824, 826, 836 u. f., 848.
Gent, Oberst, 496.
Georg, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, 275 u. f., 278, 290, 338 u. f., 562, 594, 662, 664, 676, 706, 758, 759, 772, 773, 785.
Georg Friedrich, Kurfürst von Mainz, 747, 759, 760, 801, 806 u. f.
Georg Friedrich, Markgraf von Baden Durlach, 136, 145, 160, 161, 162, 163 u. f., 167 u. f., 169 u. f., 178, 196, 542, 546, 683, 773, 784.
Georg Mohamed Pascha 229, 233.
Georg Rudolf, Herzog von Liegnitz, 776.
Georg Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg, 4, 152, 247, 356, 390, 412, 421 u. f., 423, 436, 554 u. f., 563, 584 u. f., 636, 639 u. f., 642, 647, 651 u. f., 678 u. f., 723, 732, 802, 821 u. f.
Gereon 812.
Gleichen, Graf, 812, 814.
Golstein 90, 207.
Gondomar, Graf, 46, 330, 359, 361 u. f., 442.
Görzenich, Graf, 701, 710, 751, 795, 798, 802.
Graman 351 u. f.
Grandpré 209.
Graubündtener 265, 479 u. f., 543.
Gregor der Große 360.
Gregor VII. 226.
Gregor XV. 84, 139, 235, 248, 265, 360, 479.
Grey, Oberst, 158.
Gronsfeld, Oberst, 504.
Grotius, Hugo, 52, 824.
Günther, Friedrich, 819.
Günther, Wolfgang, 447, 624.
Gustav Adolf, König von Schweden, 46, 49, 50, 128 u. f., 152, 269, 295, 316, 319 u. f., 355, 395, 416 u. f., 418 u. f., 422 u. f., 436 u. f., 438, u. f., 440 u. f., 444, 454, 458 u. f., 476, 489, 511 u. f., 532, 534, 620, 634 u. f., 640 u. f., 642, 643—651, 653, 820—832.

H.

Habernfeld 64, 65.
Habsburg, Haus, (oder Oesterreich), 21, 26, 27, 29, 51, 61, 83, 96, 99, 143, 209, 229, 263, 265, 369, 384, 387, 392, 395, 396, 403, 417, 420, 439, 445, 457, 479, 488, 536, 542, 573, 632, 662, 679, 717, 774.
Haga, Cornelius, holländischer Gesandter in Constantinopel, 128, 228, 233, 270, 347, 404, 455.
Hansabund 456, 528, 529, 530, 817 u. f., 846.
Harrach, Geheimerrath v., 468, 517, 564, 586, 591, 597, 603, 608, 657, 686, 691, 700, 706, 711, 648, 750, 758.
Harzschützen 580, 768.
Hautain, Admiral, 482.
Hayes, des, französischer Gesandter, 395, 459.
Heinrich II., König von Frankreich, 392.
Heinrich IV., König von Frankreich, 20, 22, 26, 31, 257, 296, 360, 393, 398, 479, 488.
Heinrich Julius, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, 122, 123, 148, 558, 561.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Henriette Marie, fr. Prinzessin, nachher Gemahlin Carls I., 370, 398, 400, 485, 541, 726.
Hodenberg, Drost, 515 u. f.
Hoe von Hoenegg, Hofprediger in Dresden, 244.
Hohenhug 121.
Hohenlohe, Graf, 12, 13, 14, 355, 358.
Hohenzollern, Graf, 161, 162, 163, 164, 242.
Holland, Lord, 400, 439.
Hugenotten 30 u. f., 207, 209, 210, 265, 392, 399, 482, 487, 541 u. f.
Hundt, cellischer Rath, 559.
Husan, Heinrich, 456, 530, 675, 677, 723, 725, 754, 755, 759.
Hyacinth P., O. C., 84, 98 u. f., 102, 103, 235 u. f., 237, 317.

J.

Illesbazu 688.
Inoyosa 376.
Isabella Clara Eugenia, Infantin, 51 u. f., 86, 107, 110, 140, 144, 158, 168, 173, 181, 202, 207 u. f., 209 u. f., 220, 236 u. f., 247, 263, 270, 309, 316, 341, 396, 428, 432, 469, 579, 629 u. f., 634, 635, 662, 666, 731.
Jolani 815.
Jacob I., König von England, 4, 20, 24, 44 u. f., 49, 56 u. f., 65, 82 u. f., 84, 85 u. f., 94 u. f., 108 u. f., 128, 158, 177, 197, 203, 213, 219, 234 u. f., 237, 280, 359 u. f., 361 u. f., 364, 366, 367, 368 u. f., 375 u. f., 377 u. f., 379 u. f., 381 u. f., 400 u. f., 410, 421, 427 u. f., 430, 433, 434, 436 u. f., 440, 442 u. f., 484 u. f., 488.
Jeanne d'Albret 31.
Jesuiten 52, 65, 66, 84, 92, 150, 185, 186 u. f., 192, 314, 315, 425, 474, 545, 572, 761, 843.
Joachim Ernst 15, 20, 21, 22, 24, 25, 168, 195.
Joachimi 378.
Johann, Pfalzgraf von Zweibrücken, 15.
Johann Albrecht, Herzog von Mecklenburg, 320, 451 u. f., 454, 527, 557, 675, 678, 723, 725, 840 u. f., 843 u. f.
Johann Casimir, Pfalzgraf, 129, 320, 441, 642.
Johann Ernst, Herzog zu Sachsen-Weimar, 177, 179, 314, 524 u. f., 579, 583, 607, 609, 618, 656, 679, 686 u. f., 688, 694 u. f.
Johann Friedrich, Administrator von Bremen, 451 u. f., 675, 723, 784.
Johann Friedrich, Herzog von Württemberg, 19, 24, 136, 161, 168.
Johann Georg, Kurfürst von Sachsen, 8, 10, 12, 13, 32, 34, 46, 71 u. f., 75, 77 u. f., 83 u. f., 86 u. f., 103, 131, 160, 165, 177, 188, 197, 240, 242, 244, 247, 271, 356, 387, 388 u. f., 459, 465, 466, 475, 486, 500, 532 u. f., 554 u. f., 557, 564 u. f., 570 u. f., 589, 629, 709, 723, 747, 795, 800, 803, 805, 806 u. f., 812 u. f., 845.
Johann Georg, Markgraf von Brandenburg, Herzog von Jägerndorf, 14, 34, 59 u. f., 73, 77 u. f., 79, 87, 89, 130, 223.
Johann Gottfried, Fürstbischof zu Bamberg und Würzburg, 91, 122, 167.
Johann Ludwig, Graf von Nassau, 296.
Johann Schweikard, Kurfürst von Mainz, 18, 25, 111, 122, 145, 162, 167, 174, 175, 177, 271, 291, 389, 395, 447, 457, 461, 467, 469, 595 u. f., 700 u. f.
Juan, Don, Secretär in Brüssel, 330.
Julian, San, 842.
Justin von Nassau 425, 484.

K.

Kahrstett 770 u. f.
Katharina Belgica 702.
Katharina, Prinzessin von Brandenburg, dann vermählt mit Bethlen Gabor, 409, 418, 474, 535, 537, 585, 635 u. f., 640.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kemeny 691.
Khevenhiller, Graf, kaiserlicher Gesandter bei Philipp IV., 45 u. f., 67, 84, 236, 237, 318, 365, 383, 486, 629, 634.
Klein-Jacob, Oberst, 784.
Klesel, Cardinal, 698.
Knauff 742.
Knod 200.
Knyphausen, Dodo v., 190 u. f., 195, 262, 314, 356 u. f.
Koniecpolski 824.
Kosaken 173, 464, 465 u. f., 538, 778.
Krauß 11.
Kraz, Dr. Joachim, 678 u. f.
Kreisstände von Niedersachsen 244, 302, 303 u. f., 307 u. f., 310, 320, 337, 341, 388, 450 u. f., 452 u. f., 455 u. f., 457, 461, 462, 466, 495, 505, 560 u. f., 564, 567, 774, 786.
— von Obersachsen 588, 678.
— von Schwaben 514, 598, 600 u. f., 602, 796.
Kurz von Senftenau 759, 761.

L.

Lamormaini S. J. 474, 761.
Landstände (Ritter- und Landschaft) von Böhmen 37 u. f., 42, 240.
— Brandenburg 823.
— Calenberg 120, 493, 502, 522, 526, 557 u. f., 561, 563, 578, 624 u. f., 627 u. f., 670 u. f., 673, 742, 769.
— Eichsfeld 613.
— Hessen-Cassel 21, 27 u. f., 296, 299, 304, 309, 343, 344, 445 u. f., 447 u. f., 449, 493, 611, 621, 622.
— Holstein 724.
— Lüneburg 562.
— Magdeburg 493.
— Mähren 9, 10, 11.
— Mecklenburg 494, 677, 725.
— Münster 119, 147, 183 u. f., 185.
— Nieder- oder Oberösterreich 33, 383. Dann O. O. 717, 719.
— Oberpfalz 76, 95.
— Ostfriesland 255, 258, 261, 262, 325, 327, 328, 329, 331, 333, 336, 385 u. f., 836.
— Pommern 846.
— Preußen (herzogl.), 643, 648, 821, 824.
— Schlesien (Fürsten und Stände), 7, 9 u. f., 11 u. f., 32 u. f., 34, 46, 59, 69 u. f., 71 u. f., 77, 131, 246.
— Siebenbürgen 687.
— Ungarn 126, 129, 224.
— Wolfenbüttel 493, 522, 557, 561, 563, 578, 670 u. f., 673, 767, 769.
— Württemberg 19.
Lanken, A. v. d., 781.
Lawis (Lauch), Oberst, 614 u. f.
Leopold, Erzherzog, 36, 136, 138, 170 u. f., 173, 179, 209, 214, 265.
Lerma 84.
Lesdiguieres 480 u. f.
Leuchtenberg, Landgraf von, 91, 93.
Leuker, bayerischer Resident in Wien, 697, 754, 756, 758, 763, 777, 797, 801.
Liborius, St., 150, 187, 315.
Liechtenstein, Fürst Carl, 3, 63, 69, 70, 242, 244, 762, 763.
Liga 16, 41, 74, 91, 111, 112, 144, 145, 172, 271, 273, 316, 318, 352 u. f., 387 u. f., 430, 445, 457, 467, 474, 484, 540, 579, 629, 683, 666, 704 u. f., 714, 747, 755, 759, 761 u. f., 765, 794, 806, 839.
Limbach, Oberst, 323, 332, 770, 788.
Lintelo 721.
Löbl 722.
Löbner, Hiob, 645 u. f.
Loo, Oberst, 673.
Lothringen, Herzog von, 208.
Löwenstein, Graf, 90, 92, 157, 171.
Lubienski 822.
Lucio 127.
Ludovisi, Cardinal, 248.
Ludwig, Landgraf von Hessen-Darmstadt, 18, 20, 21, 24, 89, 123 u. f., 173 u. f., 175 u. f., 177 u. f., 194 u. f., 197 u. f., 247, 298, 345, 389, 449, 466.
Ludwig XIII, König von Frankreich, 26 u. f., 29 u. f., 102, 141, 178, 206,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

208 u. f., 265, 326, 379, 391 u. f., 393 u. f., 398 u. f., 430, 431 u. f., 437, 457, 508, 540, 543, 569, 610, 636, 806 u. f.
Lutheraner 101, 102, 115, 151, 239, 242, 244, 254, 345, 389 u. f., 466, 501, 570, 576, 710, 713.

M.

Magno, Oberst, 192.
Male 433.
Mansfeld, Ernst, 35 u. f., 40 u. f., 43, 73, 74 u. f., 80, 89 u. f., 91 u. f., 96 u. f., 103 u. f., 105 u. f., 107 u. f., 111 u. f., 120 u. f., 137, 140 u. f., 142 u. f., 144 u. f., 146, 157 u. f., 159 u. f., 162 u. f., 165 u. f., 167 u. f., 170 u. f., 174, 175 u. f., 177 u. f., 179 u. f., 189, 192, 194, 196 u. f., 199 u. f., 201 u. f., 204 u. f., 206 u. f., 208 u. f., 210 u. f., 212, 249, 258 u. f., 260 u. f., 262 u. f., 264 u. f., 266 u. f., 267, 273, 286 u. f., 288 u. f., 295, 317, 322, 323 u. f., 326 u. f., 328 u. f., 331, 333 u. f., 335 u. f., 379 u. f., 385 u. f., 400 u. f., 426 u. f., 429, 433, 434 u. f., 451, 487, 488, 495 u. f., 506 u. f., 509, 526 u. f., 532, 555, 584 u. f., 655, 656 u. f., 686 u. f., 688 u. f., 691 u. f., 693 u. f., 721.
Mansfeld, Graf Wolf von, 798.
Marcheville 806 u. f.
Margareta, Erzherzogin, Carmeliterin, 102.
Maria, Infantin von Spanien, 45, 85, 98, 238, 280, 359, 365.
Marradas 347, 592, 778, 813.
Massimi, Nuntius in Madrid, 248, 360.
Matthias, römischer Kaiser, 41, 70, 72, 383.
Maurier 288, 379.
Maximilian, Herzog von Bayern, dann Kurfürst, 3, 6, 13, 14, 25, 37, 41, 63, 74, 78, 81 u. f., 86 u. f., 94 u. f., 101 u. f., 104 u. f., 106 u. f., 116 u. f., 118, 133 u. f., 137, 143, 154, 164, 172, 181 u. f., 199, 205, 235, 247 u. f., 249, 271, 301 u. f., 317, 318, 353, 385, 387, 393, 411, 459 u. f., 466 u. f., 470, 486, 494 u. f., 497, 503, 514, 517 u. f., 551 u. f., 553 u. f., 555, 582, 592 u. f., 596, 614, 628 u. f., 631, 666, 703 u. f., 718, 720, 746, 747, 759, 783, 798, 801, 839.
Maximilian II., römischer Kaiser, 19, 72.
Mehemed Pascha 88, 127, 128.
Mercator 565.
Merode, Oberst, 751, 754.
Merven, v. d., Commandant in Heidelberg, 215 u. f.
Metternich, Domherr in Mainz, 759, 761.
Michna 69.
Mitlaff 778, 779.
Montenegro, kaiserlicher General, 172, 174, 346, 348, 350.
Montereau 288.
Morgan, Oberst, 731, 788, 834.
Moritz, Landgraf von Hessen-Cassel, 17, 21 u. f., 65, 118, 123 u. f., 150, 188 u. f., 257, 296 u. f., 298 u. f., 309, 342, 345, 386, 445 u. f., 447 u. f., 449 u. f., 451, 453, 569, 579, 599, 610 u. f., 620 u. f., 622 u. f.
Moritz, Prinz von Oranien, 52 u. f., 116, 118, 155 u. f., 182, 185, 208, 253, 258, 268, 270, 277, 281, 316, 321, 326, 351, 352, 368, 378, 404, 424 u. f., 428, 483.
Morteja Pascha 655, 688.
Morton, Ritter, 20, 44.
Motta, La, 514.
Motterie, La, 633, 818.
Muggenthal, Kriegscommissär, 136, 191, 195.
Murad, Sultan, 347, 425, 536, 654.
Mustafa, Sultan, 226, 347.

N.

Nachod, Graf, 66.
Revers 210.
Rostiz 94.
Nürnberg s. Bürgermeister und Rath.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

O.

Obentraut, Oberst, 125, 138, 523.
Oldenbarnevelt 52, 483.
Olivarez, Graf, 85, 238, 346, 361 u. f., 376, 485.
Onate, spanischer Gesandter in Wien, 96, 97, 102, 237, 248.
Oppen 115.
Osman, Sultan, 128, 223, 225 u. f., 347.
Oxenstierna, Axel, schwedischer Kanzler, 416, 419 u. f., 440 u. f., 444, 637 u. f., 640 u. f., 642, 828, 830.

P.

Padavin, venetianischer Botschafter in Wien, 209, 223, 349, 407, 538, 627, 711.
Papazoni 36.
Pappenheim 481, 722, 787 u. f.
Pappus 65, 241, 261, 794.
Parlament, das englische, 45, 57, 58, 108 u. f., 375 u. f., 382, 400, 402, 488, 539, 619, 682.
Patricier in den Reichsstädten 17.
Paul V., Papst, 83, 226, 235, 479.
Pawel 93, 793.
Pazmany, Primas von Ungarn, 223, 283, 347, 350, 407, 410, 535, 696 u. f., 698 u. f.
Pechmann, Oberst, 657 u. f., 777, 779.
Peckius, Kanzler der sp. Niederlande, 51 u. f., 352.
Penn 499, 672.
Pericard 210.
Perser 404, 478, 538, 636, 654, 687.
Peter I., Czar, 651.
Philipp, Sohn des Landgrafen Moritz, 665.
Philipp II., König von Spanien, 101.
Philipp III., König von Spanien, 84 u. f.
Philipp IV., König von Spanien, 84 u. f., 97 u. f., 110, 140, 144, 234 u. f., 236 u. f., 236 u. f., 265, 266, 330, 346, 359, 361 u. f., 365 u. f., 369, 469, 484, 486 u. f.
Philipp Christoph, Kurfürst von Trier, 113, 145, 206, 597, 702 u. f., 704 u. f., 806 u. f.
Philipp Sigismund, Fürstbischof von Osnabrück, 153.
Pöblis 176 u. f., 178 u. f.
Pogwisch, Sivert, 160, 293, 499.
Pöllnitz 55.
Porta 37.
Posmak, Thomas, 79.
Preising 629, 632, 633.
Puisieux 392.
Puritaner 402, 541, 727.

Q.

Quadt 207, 534, 538, 636, 653 u. f., 684, 685.
Questenberg, Kriegsrath, 692, 700, 758, 797.

R.

Radziwil 173.
Ranzau, Rath Christians IV., 325, 327, 332, 724.
Rantenberg 453, 557, 560, 728.
Recke, v. d., 291, 303, 461, 467.
Reden, Hennig v., 69.
Reden, Joachim v., 547, 559.
Reichshofrath, der, 83, 148, 172, 187, 354 u. f., 385, 388, 412, 563.
Richelieu, Cardinal, französischer Minister, 379, 391 u. f., 395 u. f., 398 u. f., 428, 430, 437 u. f., 479 u. f., 481 u. f., 486, 487 u. f., 508, 540 u. f., 542 u. f., 544 u. f., 610, 682 u. f., 716, 727, 806, 818.
Rietberg, Graf Johann von, 341.
Roe, Sir Thomas, englischer Gesandter in Constantinopel, 128, 225, 227 u. f., 229 u. f., 281 u. f., 349, 383, 403, 405 u. f., 407 u. f., 409 u. f., 478, 636, 655, 684, 697.
Rohan 31, 481, 482.
Rollingen 143 u. f., 145 u. f., 158 u. f.
Rudolf II., römischer Kaiser, 70, 101, 258, 383.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Rudolf Christian, Graf von Ostfriesland, 836 u. f.
Rudolf Maximilian, Herzog zu Sachsen-Lauenburg, 701 u. f., 743 u. f., 751, 758 u. f., 762.
Ruepp, Oberst, 504, 547, 548 u. f., 561, 565 u. f., 742, 783.
Ruppa, Wenzel von, 55, 63, 132, 288.
Rusdorf, pfälzischer Rath, 5, 6, 13, 361, 369, 376, 378 u. f., 381 u. f., 391, 416, 427, 433, 532 u. f., 535, 619, 682, 786, 790 u. f., 793.
Rutgersius, schwedischer Resident im Haag, 320, 417, 534.

S.

Santarelli S. J. 545.
Schlammersdorf, Oberst, 524, 772, 784.
Schlick, Graf, Oberst, 782, 784.
Schollei 624.
Schönberg, Oberst, 736.
Schortemer 185.
Schwarzburg, Graf, 812, 814.
Schwarzenberg, Graf Adam, 585, 635, 636, 639, 640, 652, 821 u. f.
Schwarzenberg, Graf Georg Ludwig, 145, 159, 253, 629 u. f., 632, 634, 661, 819.
Scultetus, Abraham, 261, 287.
Senkenberg 204.
Setschi 59.
Sigismund III., König von Polen, 82, 128 u. f., 173, 420, 641 u. f., 649 u. f., 654, 824.
Sillery 392.
Sinclair 50.
Slawata, Graf, 57.
Solms, Graf Friedrich, 191.
Solms, Graf Philipp Reinhard, 673, 767 u. f., 769 u. f., 787 u. f.
Soubise 31, 481, 482.
Spee S. J. 832.
Spens, Lord, 382, 418, 438, 440.
Spinola, Ambrosius, 19, 21, 23 u. f., 29, 93, 95, 107, 117, 146, 155, 159, 184, 207, 213, 219, 254, 263, 324, 393, 397 u. f., 424 u. f., 483 u. f., 590, 630, 818.
Sproiavacca 708.
Starzer 7.
Steinbauer 466.
Stolberg, Graf, 812, 814.
Stralendorf 781, 802, 813.
Streif, Oberst, 820.
Streithorst 69.
Styrum, Graf, 125, 149, 328.
Suriano 51.

T.

Tanner 629, 632.
Tartaren 10, 13, 59, 126, 538, 651, 680.
Tengnagel 218.
Thurn, Heinrich Matthias Graf von, 9, 63, 132, 222, 227 u. f., 285, 401, 509, 536, 732.
Thurn, Graf, der Sohn, 130.
Thurzo, Palatin von Ungarn, 224, 283, 349.
Tilliers 57.
Tilly, Johann Tserclaes Graf von, 3, 38, 41, 64, 67, 76 u. f., 80, 81 u. f., 92 u. f., 107, 112 u. f., 124, 133, 136, 162, 163, 167 u. f., 170, 172, 173, 179 u. f., 181 u. f., 189 u. f., 196, 199, 204 u. f., 206, 213 u. f., 215 u. f., 218 u. f., 220, 221 u. f., 271 u. f., 277, 296 u. f., 298 u. f., 300 u. f., 302 u. f., 306 u. f., 308 u. f., 310 u. f., 312 u. f., 315 u. f., 317, 322 u. f., 324 u. f., 326 u. f., 337 u. f., 339 u. f., 343 u. f., 386 u. f., 389, 445 u. f., 447 u. f., 451, 455 u. f., 457 u. f., 460, 466, 470 u. f., 494 u. f., 496 u. f., 498 u. f., 501 u. f., 503 u. f., 509 u. f., 514 u. f., 517 u. f., 523 u. f., 546 u. f., 549 u. f., 553, 556, 558, 562, 568, 574, 579, 581 u. f., 586, 608, 612 u. f., 614 u. f., 616, 618 u. f., 621 u. f., 631, 633, 661 u. f., 664 u. f., 669 u. f., 671 u. f., 674, 676 u. f., 678 u. f., 680, 681, 705, 706 u. f., 724 u. f., 726, 727, 729 u. f., 733 u. f. bis 747,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

752 u. f., 754 u. f., 757, 766, 767, 769, 771 u. f., 773, 774 u. f., 780, 782 u. f., 811 u. f., 834 u. f., 836 u. f., 840 u. f., 844.
Toiſel, Oberſt, 820 u. f.
Tournon 263.
Trautmannsdorf, Graf, 517, 586, 603, 629, 699.
Triumvirn 16, 17, 21, 25.
Trumbull 93.
Türken 10, 13, 16 u. f., 34, 38, 82, 88, 100, 127, 155, 193, 201, 225 u. f., 227 u. f., 229 u. f., 268, 331, 346 u. f., 404, 536 u. f., 636, 651, 654, 680, 687.

U.

Ulefeld, däniſcher Geſandter im Haag, 50, 533.
Union 5 u. f., 14 u. f., 17, 20 u. f., 25 u. f., 38, 48, 117, 136, 168, 257, 393, 575.
Urban VIII., 431, 479, 666, 698.

V.

Valkenburg 351.
Vatiga 80.
Vaubecourt 393.
Venedig, Signoria von, 51, 109, 126 u. f., 141, 264, 350, 509, 536, 693 u. f., 732.
Vere, de, engliſcher General in der Pfalz, 117, 125, 142, 173, 204, 220.
Verospi, Cardinal, 139.
Villiers ſ. Buckingham.

W.

Wagenaar 254.
Wahl, Oberſt, 550.
Waldeck, Graf, 123.
Wallenſtein, Adam v., 73, 123.
Wallenſtein, Albrecht W. E., 69, 70, 468 u. f., 472 u. f., 476, 513 u. f., 515 u. f., 517 u. f., 528 u. f., 548 u. f., 550 u. f., 555, 563, 581 u. f., 583 u. f., 585 u. f., 587 u. f., 589 u. f., 597 u. f., 599 u. f., 601 u. f., 603 u. f., 605 u. f., 608, 627, 633, 651, 657, 659 u. f., 686 u. f., 688, 689 u. f., 699 u. f., 706 u. f., 710 u. f., 748 u. f., 750 u. f., 752, 756 u. f., 758, 761 u. f., 763 u. f., 765 u. f., 776 u. f., 779 u. f., 781 u. f., 785 u. f., 794, 798 u. f., 801 u. f., 808 u. f., 814, 823, 828, 830, 831, 833, 840—858.
Walmerode, kaiſerlicher Rath, 724, 727, 729 u. f., 754, 756, 770.
Weiß, Samuel, 279 u. f., 295.
Wenſin, L. v., 569.
Werda, Kanzler, nachher Graf Werdenberg, 603, 758, 763, 843.
Werther, Dieterich von, 48, 117.
Weſton, Sir Richard, 159, 173, 181, 201, 213, 236.
Wilhelm, Herzog zu Sachſen-Weimar, 76, 92, 160 u. f., 278 u. f., 305, 314, 354, 695.
Wilhelm, Landgraf von Heſſen-Caſſel, 189, 343, 345, 446, 622 u. f.
Winnenberg 158.
Winterfeld 640, 642, 651.
Witte, J. de, 69.
Wobersnow 68, 519, 520.
Wolf, Anton, 18.
Wolf, Hermann, 610.
Wotton 26.
Wrangel 647.
Wratislaw, Graf, 550.
Wrzeſowetz, Oberſt, 75, 80.

Z.

Zeidler 72.
Zierotin 55, 66.
Ziska 246.
Zuniga, ſpaniſcher Miniſter, 85, 98, 138, 237.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Orts- und Sach-Register.

A.

Aalborg 787.
Accord, ſchleſiſcher, 32 u. f., 72.
Achim 766, 788.
Alfeld 577, 729.
Allianz, Haager, 533 u. f.
Alſen 815.
Altmark 680, 756, 772, 834.
Amöneburg 124.
Andlau 200.
Arnheim 314 u. f.
Aſchaffenburg 190.
Aſchaffenburger Vertrag 18.
Aſchersleben 583, 586, 659.
Aſſenheim 277, 297.
Augsburgiſche Confeſſion 33 u. f., 71, 243 u. f., 278, 437, 456.

B.

Babylon 636, 654.
Bagdad 687.
Bergen op Zoom 207 u. f., 212.
Bibliothek, Heidelberger, 218 u. f., 248 u. f.
Binger Vertrag 24.
Brandeis 847.
Braunſchweig 462 u. f., 504, 669.
Breda 212, 424 u. f., 428 u. f., 485, 483 u. f., 517 u. f.
Bremen 193, 393, 442, 530.
Breslau 4 u. f., 10 u. f.
Bruck an der Leitha 711 u. f.
Brüſſel 173, 185, 209, 214, 317, 330, 629 u. f.
Bulle, die goldene, 83, 235, 240.
Burtehude 789, 834.

C.

Calenberg 526, 662.
Calvinismus 30, 43, 72, 101, 114, 152, 255, 345.
Canzlei, Anhaltiſche, 25, 61, 81, 139.
Canzlei, ſpaniſche, 139, 234.
Celle 526.
Colmar 789 u. f.
Compiegne, Vertrag v., 398, 683.

D.

Danzig 477, 638, 643, 654, 820, 824, 828.
Darmſtadt 175 u. f.
Deputationstag 174, 459, 461, 577, 596.
Deſſauer Brücke 584 u. f.
Dieburg 179.
Dirſchau 649.
Dömitz 840, 844.
Donauwörth 16, 257.
Drakenburg 770.
Duderſtadt 613, 633, 661, 664.

E.

Efferding 722.
Eger 513.
Eichsfeld 279, 291, 306 u. f., 581.
Einbeck 742 u. f.
Elbing 645 u. f.
Elſaß 137 u. f., 196 u. f.
Emden 254 u. f., 264 u. f., 286 u. f., 322, 333, 730, 837 u. f.
Erfurt 279, 754.
Execution in Prag 63 u. f.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

F.

Fallersleben 736.
Fleurus 211.
Frankenthal 108, 215 u. f., 280.
Frankfurt a./M. 180 u. f., 190 u. f.
Frankfurt a./O. 4, 832.
Franzburg 846.
Friesoithe 332 u. f.
Fünen 815, 830, 833.

G.

Gallicanismus 545.
Gardelegen 294.
Geertruidenberg 434 u. f., 485.
Genua 480 u. f.
Germersheim 158.
Geseke 182.
Glatz 3, 77, 130.
Glückstadt 785 u. f.
Gmunden 722.
Göding 348 u. f.
Goslar 580, 607, 769.
Göttingen 515 u. f., 519, 612 u. f., 659, 661 u. f., 742.
Graubündten 27 u. f., 543.
Gröningen 116, 294, 299.
Grubenhagen 581.
Güstrow 675, 833.

H.

Haag 45, 51 u. f., 156, 253 u. f., 288, 311, 354, 533 u. f., 737, 773.
Hagenau 138, 144 u. f., 158 u. f., 170 u. f., 205.
Halberstadt 115 u. f., 291, 312, 411 u. f., 516 u. f., 583, 587, 702.
Halle a./S. 707 u. f.
Hamburg 530, 676, 678, 742, 774, 817.
Hameln 494, 498 u. f., 743 u. f.
Hammerstein in Pomerellen 821.
Hannover 522 u. f., 671, 742 u. f.
Havelberg 772.
Heidelberg 15, 25, 45, 112, 215 u. f.
Heilbronn 15 u. f., 19 u. f., 25 u. f.
Helmstädt 520, 673, 741.
Hersfeld 446.
Hilsperg 162.
Höchst 189 u. f.

J.

Iburg 312.
Jägerndorf 776 u. f.
Jülich 155.
Jütland 787 u. f.

K.

Kaschau 537 u. f., 635.
Königsberg 643 u. f.
Kosel 777 u. f.
Krempe 782 u. f., 789.
Kurfürstentag 213, 237 u. f., 246 u. f., 267 u. f., 390 u. f., 436, 802 u. f.
Kurwürde, die pfälzische, 82 u. f., 86, 98 u. f., 139 u. f., 175, 235 u. f., 247 u. f., 388 u. f., 723 u. f., 792 u. f.
Küstrin 4, 823.

L.

Ladenburg 168 u. f.
Lauenburg 451 u. f., 772, 780, 840.
Leerort 258, 333, 837 u. f.
Lenzen 772.
Leobschütz 778.
Ligatag 74, 271, 732 u. f.
Lindau, Vertrag von, 265.
Linz 718 u. f.
Lippstadt 149, 187.
Lorsch 180.
Lothringen 208.
Lübeck 456, 528 u. f., 675, 774, 818 u. f.
Lüneburg 303, 307, 310, 455, 461, 734.
Lutter am Barenberge 664 u. f.

M.

Madrid, Vertrag von, 265.
Magdeburg, Erzstift, 516 u. f., 702.
Magdeburg, Stadt, 528 u. f., 606 u. f.
Mainz, Vertrag von, 24.
Mannheim 176 u. f., 180 u. f., 189 u. f., 215 u. f.
Meppen 383 u. f.
Minden 618, 739 u. f.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Mingolsheim 165 u. f.
Montauban 31.
Monzon, Friedensſchluß von, 543.
Mühlhauſen 188, 802 u. f.
Münden 494, 612 u. f., 742.
Münſter 182 u. f.
Münzfälſchung 67 u. f.

N.

Nantes, Edict von, 31, 265.
Neuburg 510, 680, 770, 788.
Nikolsburg 126 u. f., 129 u. f.
Nordhauſen 769.
Northeim 519 u. f., 618, 663 u. f., 771 u. f.
Novigrad 688 u. f.
Nürnberg 16 u. f., 80 u. f., 513, 759.

O.

Oberöſterreich 717 u. f.
Oberpfalz 76 u. f., 81 u. f., 90 u. f., 95 u. f., 105 u. f., 141, 686.
Oedenburg 537.
Oldenburg, Grafſchaft, 266, 325.
Oldenburg in Holſtein 784, 836.
Oldenwithe 332.
Oppeln 748.
Osnabrück 579 u. f., 609 u. f.
Oſterode 742.
Oſtfriesland 254 u. f., 286 u. f., 335 u. f., 385 u. f., 836.

P.

Paderborn 147 u. f., 186, 315.
Paſſeminitz 269.
Pforte, ottomaniſche, 235 u. f., 280 u. f., 347 u. f., 536 u. f., 654, 687.
Pillau 639 u. f., 821 u. f., 827.
Pilſen 36 u. f., 38 u. f., 75.
Pinneberg 783.
Pöl 844.
Prag 3 u. f., 63 u. f.

R.

Racova 698.
Reformationsrecht 71 u. f., 150, 240 u. f., 255 u. f., 383 u. f., 718 u. f.
Reichsacht 13 u. f., 29 u. f., 33, 41, 59, 86, 240, 247, 388 u. f.
Reichsadmiralität 256, 829.
Religionsfriede von Augsburg 18, 241, 244 u. f., 383 u. f., 388, 718, 804 u. f.
Religionskrieg 109, 157, 164, 193, 200, 217 u. f., 238 u. f., 272, 276, 304, 358, 419 u. f., 439 u. f., 464, 466, 473 u. f., 501 u. f., 531, 559 u. f., 607, 625 u. f., 659, 672 u. f., 731, 733 u. f., 767 u. f.
Rendsburg 724, 784 u. f.
Rheine 275.
Riga 128, 511.
Rinteln 273 u. f.
Ritzbüttel 676.
Riva 480 u. f.
Rochelle, La, 31 u. f., 482, 542 u. f.
Röſſing 662.
Roſtock 677, 755, 774.
Rotenburg 559, 680.

S.

Sagan 764, 842, 852.
Schleswig 785 u. f.
Schleuſingen 389 u. f.
Schonen 830.
Schöppenſtedt 770.
Schwerin 841.
Sedan 206, 208.
Segeberg 47 u. f.
Soeſt 149, 153, 187.
Spandau 823.
Speier, Fürſtbisthum, 111 u. f.
Stade 728 u. f., 789, 834.
Stadtlohn 313.
Stettin 638, 643.
Stickhauſen 259, 274.
Stralſund 847.
Straßburg 16 u. f., 19 u. f., 136, 199 u. f.
Sundzoll 50.

T.

Tept 40.
Teichen 776.
Treves 51 u. f., 54.
Troppau 776.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

U.

Ulm 16 u. f., 513.
Ulmer Vertrag 26.
Unterpfalz 5, 107 u. f., 141, 214 u. f.

V.

Valtellin 27 u. f., 265 u. f., 397, 479 u. f., 543.
Verden 680.
Vöklabruck 722.

W.

Waffenſtillſtand 51 u. f., 54, 92 u. f., 173 u. f., 180 u. f., 213 u. f.
Waldhauſen 76 u. f., 81 u. f., 91 u. f.
Warendorf 275.
Wiborg 787.
Wiener-Neuſtadt 354.
Wiesloch 163.
Wimpfen 169 u. f.
Winſen an der Luhe 734 u. f., 738 u. f. 770, 782 u. f.
Wismar 493, 640, 678, 755, 820.
Wolfenbüttel 577 u. f., 672 u. f., 767 u. f., 787 u. f.
Wolfegg 722.

Z.

Zabern im Elſaß 138, 202, 205.
Zerbſt 659 u. f., 686, 708.
Ziegenhain 446 u. f.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google
Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

14 DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED

LOAN DEPT.

This book is due on the last date stamped below, or on the date to which renewed.
Renewed books are subject to immediate recall.

24Oct'60EE

REC'D LD
JAN 31 '67

DAVIS
INTERLIBRARY LOAN
AUG 13 1975

REC. CIR. SEP 16 '75

LD 21A-50m-4,'60
(A9552s10)476B

General Library
University of California
Berkeley

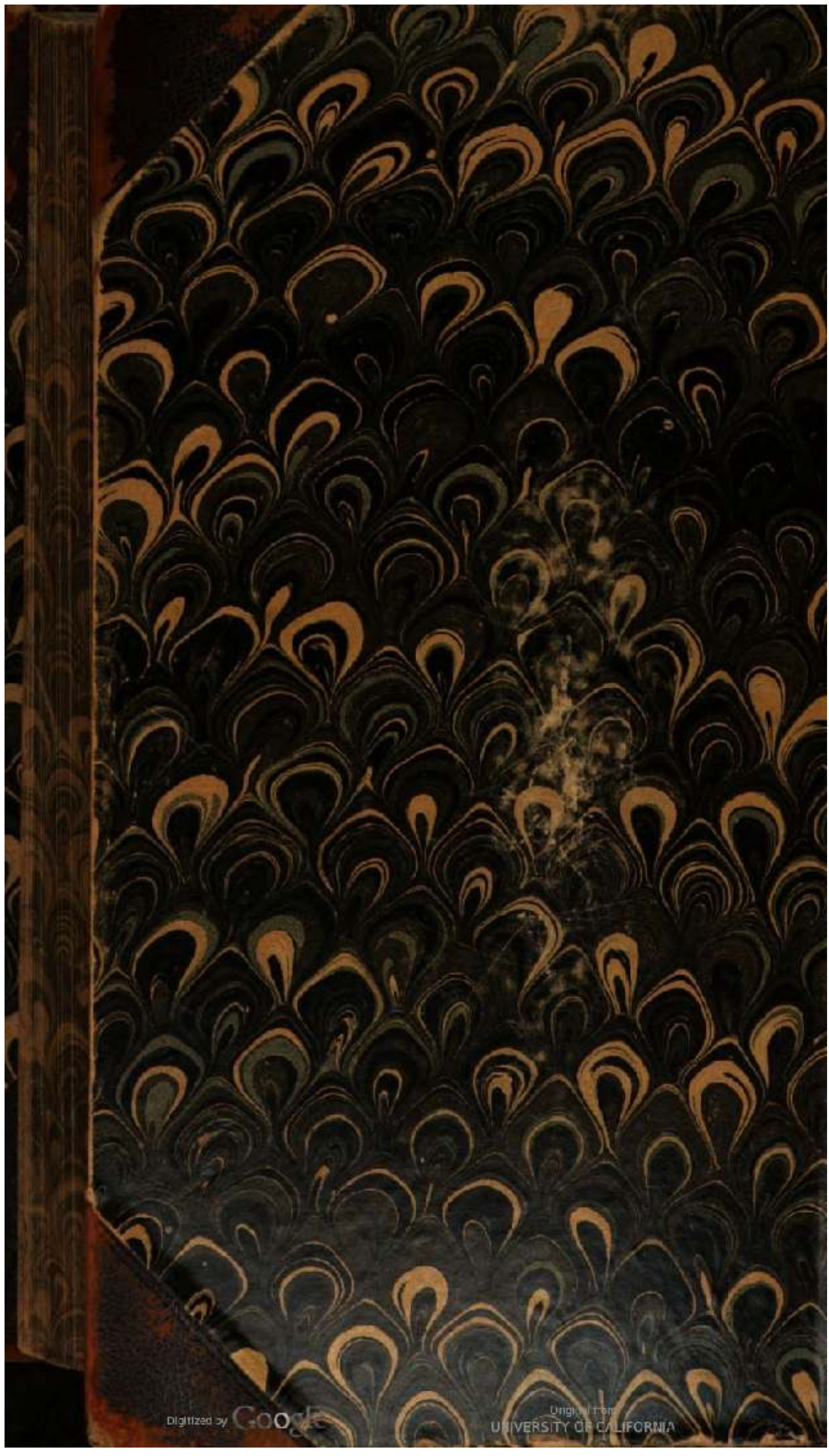
Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

U. C. BERKELEY LIBRARIES
C051130439

115069
D 258
K6
v. 2

Digitized by Google
Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA


Digitized by Google
Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA